

**Hochschule für öffentliche  
Verwaltung und Finanzen  
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Wahlpflichtfach im Verwaltungszweig:  
Führen in Kommunen**

**Sicherung und Erhaltung einer attraktiven Innenstadt  
durch Mittel der Bauleitplanung**

## **DIPLOMARBEIT**

zur Erlangung des Grades eines  
Diplom-Verwaltungswirts (FH)

vorgelegt von

Stefan Benker  
Schulstraße 27  
72622 Nürtingen-Reudern

Studienjahr 2009/2010

Erstgutachter: Prof. Eberhard Ziegler  
Zweitgutachter: Dipl. Geograph (FH) Michael Paak

## Inhaltsverzeichnis

<b>Anlagenverzeichnis.....</b>	<b>IV</b>
--------------------------------	-----------

<b>1 Einführung .....</b>	<b>1</b>
---------------------------	----------

<b>2 Grundlagen der Bauleitplanung.....</b>	<b>4</b>
---	----------

2.1 Aufgaben der Bauleitplanung.....	4
--------------------------------------	---

2.2 Grundsätze der Bauleitplanung.....	6
--	---

2.3 Arten von Bauleitplänen .....	8
-----------------------------------	---

2.3.1 Der Flächennutzungsplan .....	8
-------------------------------------	---

2.3.2 Der Bebauungsplan .....	10
-------------------------------	----

2.4 Arten von Bebauungsplänen.....	11
------------------------------------	----

2.4.1 Qualifizierter und einfacher Bebauungsplan .....	11
--	----

2.4.2 Sonderfälle.....	12
------------------------	----

2.5 Festsetzungsmöglichkeiten.....	15
------------------------------------	----

<b>3 Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO .....</b>	<b>17</b>
--	-----------

3.1 Einkaufszentren und großflächiger Einzelhandel in Sonder- gebieten .....	18
---	----

3.2 Mögliche Auswirkungen von Einkaufszentren und großfläch- igem Einzelhandel auf die Innenstadt .....	20
--	----

3.3 Möglichkeiten zum Schutz der Innenstadt.....	23
--	----

3.3.1 Möglichkeiten im Flächennutzungsplan .....	23
--	----

3.3.2 Möglichkeiten im Bebauungsplan .....	25
--	----

3.3.2.1 Rolle des Einzelhandelskonzepts .....	26
---	----

3.3.2.2 Sortimentsbeschränkungen .....	29
--	----

3.3.2.3 Rechtliche Grenzen .....	32
----------------------------------	----

3.3.3 Abwehrrecht von Kommunen.....	33
-------------------------------------	----

<b>4 Einzelhandel außerhalb von Sondergebieten.....</b>	<b>36</b>
4.1 Der Begriff des „agglomerierten“ Einzelhandels.....	36
4.2 Mögliche Auswirkungen von agglomeriertem Einzelhandel auf die Innenstadt.....	38
4.3 Möglichkeiten zum Schutz der Innenstadt.....	40
4.3.1 Möglichkeiten im Bebauungsplan .....	41
4.3.1.1 Festsetzungsmöglichkeiten nach § 1 BauNVO.....	41
4.3.1.2 Sortimentsbeschränkungen .....	44
4.3.1.3 Rechtliche Grenzen .....	46
4.3.2 Festsetzungen auf Grund von § 9 Abs. 2a BauGB .....	48
<b>5 Sicherung der Bauleitplanung .....</b>	<b>51</b>
5.1 Veränderungssperre .....	51
5.2 Zurückstellung von Baugesuchen .....	53
5.3 Gemeindliches Vorkaufsrecht .....	55
5.3.1 Allgemeines Vorkaufsrecht .....	55
5.3.2 Besonderes Vorkaufsrecht.....	56
5.4 Sonstige Möglichkeiten zur Sicherung der Bauleitplanung .....	57
<b>6 Fazit.....</b>	<b>59</b>
<b>Anlagen.....</b>	<b>VII</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>XXVIII</b>
<b>Erklärung nach § 36 Abs. 3 APrOVw gD.....</b>	<b>XXXII</b>

## Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Artikel „Hintergründe des Flächenverbrauchs“	VII
Anlage 2	Studie „Der demografische Wandel in Baden-Württemberg“ - Auszug	VIII
Anlage 3	Interview mit Herrn Böhm, Leiter des Baurechtsamts der Stadt Esslingen, 19.01.2010	IX
Anlage 4	Interview mit Herrn Rinn, Stadtplanungsamt Nürtingen, 25.01.2010	XIV
Anlage 5	Inhaltsverzeichnis des Einzelhandelskonzepts der Stadt Nürtingen; erstellt von der BBE Baden-Württemberg GmbH	XIX
Anlage 6	Sortimentskatalog der zentrenrelevanten Sortimente der Stadt Nürtingen; Anlage 1a des Einzelhandelskonzepts	XXI
Anlage 7	Sortimentskatalog der nicht-zentrenrelevanten Sortimente der Stadt Nürtingen; Anlage 1b des Einzelhandelskonzepts	XXII
Anlage 8	Abgrenzungskriterien für die Klassifizierung von zentren- und nicht-zentrenrelevanten Sortimenten; Beurteilung des Einzelhandelskonzepts der Stadt Nürtingen, S. 28; erstellt von der BBE Baden-Württemberg GmbH	XXIII



Anlage 9	Beispiele für textliche Festsetzungen im Bebauungsplan; Anlagen 2a und 2b des Einzelhandelskonzepts der Stadt Nürtingen	XXV
Anlage 10	Online-Artikel „Umstritten – aber toleriert“	XXVI
Anlage 11	Urteile zur „Großflächigkeit“; (Anlagen 11-1 bis 11-4)	CD
Anlage 12	Essay „New Economy – zur Bedeutung von E-Commerce für die Arbeitsteilung im Raum“	CD
Anlage 13	Essay „Zur partizipativen Reorganisation eines Unternehmens des Maschinen- und Anlagebaus“; Lagerflächenreduktion durch just-in-time-Lieferung	CD
Anlage 14	Vortrag Dr. Acocella	CD
Anlage 15	Regionalplan der Region Stuttgart mit Teilfortschreibungen und Übersichtskarte über die Regionen; (Anlagen 15-1 bis 15-5)	CD
Anlage 16	Artikel „Planwirtschaftliche Vollkonzentration zentrenrelevanten Einzelhandels auf gemeindlich festgesetzte zentrale Versorgungsbereiche? Perspektiven und Grenzen nach BVerwG, Urteil vom 26.3.2009, -4 C 21.07-.“	CD
Anlage 17	Artikel „Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt“ und Liste der Wirtschaftszweige; (Anlagen 17-1 und 17-2)	CD

- Anlage 18      Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums  
zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten –  
Raumordnung, Bauleitplanung und Genehmigung  
von Vorhaben (Einzelhandelserlass) vom 21.  
Februar 2001 mit Inhaltsverzeichnis und  
Änderungen; (Anlagen 18-1 bis 18-3)

CD

# 1 Einführung

Eine attraktive und lebendige Innenstadt sichert und steigert die Lebensqualität ihrer Bewohner und ist ein Aushängeschild für eine Kommune sowie ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor. Außerdem kann eine attraktive Innenstadt zusätzliche Gewerbetreibende und neue Einwohner anziehen und somit weitere Finanzaufweisungen und Steuereinnahmen für die Kommune generieren.

Auch für Touristen und Ausflügler ist eine lebendige Innenstadt sehenswert und interessant, was zusätzliche Belebung und Kaufkraft in die Stadt bringt und gleichzeitig auch den Bekanntheitsgrad der jeweiligen Kommune erhöht.

Wie aber kann man eine attraktive Innenstadt sichern und auf Dauer erhalten und welche Schwierigkeiten gilt es in diesem Zusammenhang zu bewältigen?

Aktuell „veröden“ viele Innenstädte regelrecht und in den Zentren vieler Kommunen sind immer häufiger Leerstände zu beobachten.<sup>1</sup> Gleichzeitig entstehen großflächige Einzelhandelsgeschäfte „auf der grünen Wiese“<sup>2</sup>, was immer wieder mit Geschäftsaufgaben oder dem Weggang kleinerer Geschäfte aus dem Zentrum einhergeht.

Auf der anderen Seite ist es aber gerade das erklärte Interesse einer Kommune und deren Bürger, dass Produkte des täglichen Lebens möglichst zu Fuß und ohne großen Zeitaufwand<sup>3</sup> direkt in der Innenstadt erhältlich sind.

---

<sup>1</sup> Bestätigend u.a. Ehrmann, 2007, S. 15.

<sup>2</sup> U.a.: Betzholz/Weber: Hintergründe des Flächenverbrauchs, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 3/2009, S. 23, Hypothese 8; s.a. Anlage 1, S. VII.

<sup>3</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, durch den sich der Anteil der älteren Einwohner (deren Mobilität im Regelfall zugleich eingeschränkter ist) signifikant erhöht<sup>4</sup>, äußerst wichtig.

Was also gegen zunehmende Leerstände, abwandernde Geschäfte, eine sich verschlechternde Versorgungslage und einen in diesem Zusammenhang oftmals eintretenden „Trading-Down-Effekt“<sup>5</sup>, etwa durch die Belegung der Leerstände mit Wettbüros und Spielhallen, unternehmen?

Diese Arbeit soll einen Überblick über einige der baurechtlichen Möglichkeiten geben, wie diesen Problemen in der kommunalen Praxis begegnet wird und was es zu beachten gilt.

Dabei geht es nicht um die Möglichkeiten der Raumordnung auf Landes-, Bundes- oder Europaebene, vielmehr wird erörtert, welche Möglichkeiten die jeweilige Kommune auf Grundlage des Baurechts direkt vor Ort hat und (relativ) selbstständig durchsetzen kann.

Gerade durch geeignete Festsetzungen im Bebauungsplan - dem zentralen städtebaulichen Rechtsinstrument<sup>6</sup> überhaupt - die allein von der jeweiligen Gemeinde festgesetzt werden können, kann sehr viel für den Schutz und den Erhalt einer attraktiven Innenstadt getan werden. Auf die hierfür ebenso geeigneten städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen kann leider nicht näher eingegangen werden, da dies den Rahmen dieser Arbeit „sprengen“ würde.

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu u.a.: O.V.: Der demografische Wandel in Baden-Württemberg, in: Reihe statistische Analysen, 1/2009, S. 16; s.a. Anlage 2, S. VIII.

<sup>5</sup> Zum „Trading-Down-Effekt“ s.u.a.: VGH Mannheim, Urteil v. 02.11.2006 – 8 S 1891.05 / BauR 2007, 1373; VGH Mannheim, Urteil v. 03.03.2005 – 3 S 1524.04 / BauR 2005, 1892; VGH Kassel, Beschluss v. 19.06.2008 – 3 A 825.08 / BauR 2009, 616.

<sup>6</sup> Vgl. Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 47, Rn. 34; zum Bebauungsplan s.a. Kapitel 2.3.2.

Neben den „einfacheren“ baurechtlichen Mitteln, wie Veränderungssperren oder der Zurückstellung von Baugesuchen, wird im Zentrum der Betrachtungen unter anderem das Thema Sortimentsbeschränkungen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten zur städtebaulichen Steuerung stehen.

Hierbei werden sowohl die Sortimentsbeschränkungen in Sondergebieten für großflächigen Einzelhandel und Einkaufszentren nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO) beleuchtet, als auch die Sortimentsbeschränkungen aus „besonderen städtebaulichen Gründen“ nach § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO außerhalb von Sondergebieten.

Dabei wird untersucht, ob und inwiefern Sortimentsbeschränkungen zur Steuerung des Einzelhandels im Gemeindegebiet überhaupt geeignet sind, welches die rechtlichen Voraussetzungen und Grenzen dieses Instruments sind und was es bei der Anwendung in der Praxis zu beachten gilt.

Zudem soll geklärt werden, ob die Mittel der Bauleitplanung zum Schutz und Erhalt der Innenstadt ausreichend sind, oder ob Handlungsbedarf auf Seiten des Gesetzgebers besteht.

## 2 Grundlagen der Bauleitplanung

Das öffentliche Baurecht lässt sich dogmatisch in die drei Teilrechtsgebiete Städtebaurecht<sup>7</sup>, Bauordnungsrecht und Baunebenrecht gliedern.<sup>8</sup> Hierbei regelt das Bauordnungsrecht, wie und das Bauplanungsrecht, wo gebaut werden darf<sup>9</sup>, während das Baunebenrecht diese beiden Teilrechtsgebiete gewissermaßen „flankiert“. <sup>10</sup> Beispiele für das Baunebenrecht sind etwa das Raumordnungsgesetz (ROG), das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) oder Regelungen des Natur- und Denkmalschutzes. Das Städtebaurecht ist größtenteils im Baugesetzbuch (BauGB) kodifiziert. Das Herzstück des Städtebaurechts bildet hierbei die Bauleitplanung.<sup>11</sup>

### 2.1 Aufgaben der Bauleitplanung

Nach § 1 Abs. 1 BauGB ist es die Aufgabe der Bauleitplanung, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde nach Maßgabe des Baugesetzbuches vorzubereiten und zu leiten. Man spricht hierbei von der Entwicklungs- und Ordnungsfunktion<sup>12</sup> der Bauleitplanung. Dabei soll positiv bestimmt werden, welche baulichen und sonstigen Nutzungen zulässig sind.<sup>13</sup> Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB sind hierzu Bauleitpläne aufzustellen.<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> Häufig wird auch von Bauplanungsrecht gesprochen; s. Schrödter, 2006, S. 7, Rn. 5.

<sup>8</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. V, Nr. 1.

<sup>9</sup> Siehe Koppitz, 2007, S. 24, Rn. 4.

<sup>10</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. V, Nr. 1.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu auch Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 2, Rn. 6.

<sup>12</sup> Siehe Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 21, Rn. 10.

<sup>13</sup> Vgl. Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 37, Rn. 7.

<sup>14</sup> Siehe hierzu Kapitel 2.3.

Nach § 1 Abs. 5 S. 1 BauGB soll die Bauleitplanung eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten, die auch sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen, gerade auch im Hinblick auf künftige Generationen, Rechnung trägt.

Hieraus lässt sich das „Prinzip der Nachhaltigkeit“<sup>15</sup> ableiten, da die Ausgleichsfunktion der Bauleitplanung, ausdrücklich auch künftigen Generationen gegenüber, betont wird. Ebenfalls in Abs. 5 ist auch der Aspekt des Gemeinwohls und der sozialgerechten Bodennutzung verankert. § 1 Abs. 6 BauGB stellt einzelne, bei der Bauleitplanung insbesondere zu berücksichtigende Belange heraus, ist jedoch nicht abschließend.

§ 1 Abs. 4 BauGB regelt ergänzend, dass die Ziele der Bauleitplanung den Zielen der Raumordnung anzupassen sind. Man spricht auch vom „Anpassungsgebot“. Hierbei sind die übergeordneten Ziele der Raumordnung bindende Vorgaben, die auch durch Abwägung<sup>16</sup> nicht überwunden werden können.<sup>17</sup>

Nach § 1 Abs. 3 BauGB ist grundsätzlich die Gemeinde für die Wahrnehmung der Bauleitplanung zuständig. Diese Planungskompetenz ist ein Ausfluss der in Art. 28 Grundgesetz (GG) garantierten kommunalen Selbstverwaltung und der damit verbundenen Planungshoheit.

Ausnahmen von der grundsätzlichen Zuständigkeit der Gemeinde bilden die §§ 203 – 205 BauGB.<sup>18</sup>

---

<sup>15</sup> Siehe hierzu Battis/ Krautzberger/Löhr, 2009, S. 34, Rn. 45.

<sup>16</sup> Zur Abwägung s. Kapitel 2.2.

<sup>17</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 20.08.1992 – 4 NB 20.91 / NVwZ 1993, 167; bestätigend BVerwG, Urteil v. 20.11.2003 – 4 CN 6.03 / BVerwGE 119, 217.

<sup>18</sup> Vgl. Gelzer/Bracher/Reidt, 2001, S. 7, Rn. 16 u. S. 10, Rn. 26 ff.

## 2.2 Grundsätze der Bauleitplanung

Nach § 1 Abs. 3 BauGB sind Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Auf die Aufstellung von Bauleitplänen besteht kein Rechtsanspruch, auch nicht durch Vertrag, § 1 Abs. 3 S. 2 BauGB.

Unter „erforderlich“ im baurechtlichen Sinne ist zu verstehen, dass eine konkrete planerische Konzeption der Gemeinde vorliegt und diese sich auch mit baurechtlichen Darstellungen und Festsetzungen erreichen lässt.<sup>19</sup>

Daraus ergibt sich, dass die Gemeinde zur Aufstellung eines Bebauungsplanes verpflichtet ist, wenn ein städtebauliches Erfordernis besteht, aber keinen Bauleitplan aufstellen darf, wenn es an der städtebaulichen Erforderlichkeit fehlt. Innerhalb dieses Rahmens steht der Gemeinde jedoch ein weites Planungsermessen zu.<sup>20</sup>

Als Maßstab für die Erforderlichkeit wurde von der ständigen Rechtsprechung sowie der einschlägigen Kommentarliteratur die städtebaulichen Vorstellungen der jeweiligen Gemeinde angesetzt.<sup>21</sup> Laut Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ist die Aufstellung eines Bauleitplanes dann erforderlich, wenn es nach den jeweiligen städtebaulichen Vorstellungen und Konzeptionen der Gemeinde vernünftigerweise geboten ist.<sup>22</sup> Welche städtebaulichen Ziele verfolgt werden, steht ganz im Ermessen der Gemeinde.<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 69, Rn. 193.

<sup>20</sup> Siehe hierzu Koppitz, 2007, S. 31, Rn. 13, 14.

<sup>21</sup> Etwa BVerwG, Urteil v. 17.09.2003 – 4 C 14.01 / BVerwGE 119,25 m.w.N. .

<sup>22</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 22.01.1993 – 8 C 46.91 / BVerwGE 92, 8.

<sup>23</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 14.08.1995 – 4 NB 21.95 / Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 86, zitiert nach juris.



Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 7 BauGB die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Hierzu gehören insbesondere die Belange des § 1 Abs. 6 BauGB wie etwa allgemeine Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse (§ 1 Abs. 6 Nr. 1), soziale und kulturelle Bedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 3) oder Belange des Umwelt- und Naturschutzes (§ 1 Abs. 6 Nr. 7). Auch von der Gemeinde beschlossene städtebauliche Entwicklungskonzepte<sup>24</sup> und sonstige beschlossene städtebauliche Planungen (§ 1 Abs. 6 Nr. 10) finden so als informelle Grundlage Eingang in die Bauleitplanung.

Für die Abwägung sind gemäß § 2 Abs. 3 BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne alle Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind, zu ermitteln und zu bewerten.

In der Abwägung ist das gesamte Material nach Wichtigkeit und Bedeutung zu gewichten und ins Verhältnis zu anderen betroffenen Belangen zu setzen. Die Gewichtigkeit und Wertigkeit der einzelnen Belange ergibt sich hierbei aus den jeweiligen Zielen der konkreten Planung.<sup>25</sup> Es besteht nicht die Notwendigkeit, über den Bebauungsplan sämtliche städtebaulichen Konflikte und Probleme zu lösen, es genügt vielmehr sich auf die „wirklich wichtigen und erkennbaren Probleme“ zu beschränken.<sup>26</sup>

Fehler in der Abwägung können nach den §§ 214 – 216 BauGB je nach Schwere zur Rechtswidrigkeit, in manchen Fällen sogar zur Nichtigkeit eines Bauleitplans führen.

Nach § 2 Abs. 2 S. 1 BauGB sind die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Dies wird auch als „interkommunales Abstimmungsgebot“ bezeichnet.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Z.B. Einzelhandelskonzepte; s. Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 52 f., Rn. 78; zum s.a. Einzelhandelskonzept in Kapitel 3.3.2.1.

<sup>25</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 104, Rn. 101.

<sup>26</sup> Siehe Stürer, 2006, S. 452, Rn. 773.

<sup>27</sup> Siehe u.a. Ferner/Kröniger/Aschke, 2008, S. 55, Rn. 8.

## 2.3 Arten von Bauleitplänen

Das Baugesetzbuch kennt zwei Arten von Bauleitplänen, namentlich den Flächennutzungsplan als vorbereitenden Bauleitplan sowie den Bebauungsplan als verbindlichen Bauleitplan, § 1 Abs. 2 BauGB.

Bauleitpläne sind die rechtlichen Instrumente, mit denen die Gemeinde die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke i. S. des § 1 Abs. 1 BauGB in ihrem Gemeindegebiet vorbereitet und lenkt.

Söfker<sup>28</sup> definiert einen Bauleitplan als die

*„Summe der durch Zeichnungen, Farbe, Schrift oder Text getroffenen Normativaussagen, die zum Zweck städtebaulicher Entwicklung und Ordnung eines bestimmten Gebietes Bodennutzungsregelungen enthalten und durch ihre Zweckbestimmung untereinander in einem notwendigerweise sachlichen Zusammenhang stehen.“*

### 2.3.1 Der Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan ist für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in Grundzügen darzustellen, § 5 Abs. 1 S. 1 BauGB. Der Flächennutzungsplan ist dabei in seinen Darstellungen weniger spezifisch gehalten als der Bebauungsplan, da der Flächennutzungsplan die künftige Nutzung des Gemeindegebiets lediglich grob „vorzeichnet“.<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> Söfker in: Ernst/Zinkhahn u.a., Loseblatt-Kommentar, Stand 2009, § 1 Rn. 17.

<sup>29</sup> Vgl. Schrödter, 2006, S. 266, Rn. 1.

Das Bundesverwaltungsgericht führt aus, dass der Flächennutzungsplan in erster Linie überörtliche Planungen koordiniert<sup>30</sup> und integriert und landesplanerische Ziele und Aktivitäten in den örtlichen Bereich transformiert<sup>31</sup> und unterstreicht somit den, im Vergleich zum Bebauungsplan, bedeutend grobmaschigeren Charakter<sup>32</sup> des Flächennutzungsplans.

Die Darstellungen der Art der Bodennutzung erfolgt also lediglich in Grundzügen. Auf Grundlage des Flächennutzungsplans ist dann der Bebauungsplan zu entwickeln<sup>33</sup>, § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB.

Man kann den Flächennutzungsplan also als Bodennutzungskonzept bezeichnen, das zwar bei der Aufstellung von Bebauungsplänen noch einige Freiräume lässt, jedoch trotz allem eine gewisse Vorentscheidung<sup>34</sup> über die zukünftige Nutzung des Bodens und das weitere Verwaltungshandeln trifft.<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang wird auch von der „Programmierungsfunktion“<sup>36</sup> des Flächennutzungsplans gesprochen.

Nach höchstrichterlicher Rechtssprechung ist der Flächennutzungsplan per se weder eine Satzung noch ein anderer Rechtssatz, noch eine rein verwaltungsinterne Konzeption, sondern eine „*Rechtsfigur eigener Art*“.<sup>37</sup> Schrödter spricht auch von einem „*Plan sui generis*“.<sup>38</sup>

<sup>30</sup> Sog. „Koordinierungsfunktion“; s.a. Schrödter, 2006, S. 267, Rn. 2.

<sup>31</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 21.10.1999 – 4 C 1.99 / BVerwGE 109, 371.

<sup>32</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 13, Rn. 32.

<sup>33</sup> Sog. „Entwicklungsgebot“; s. hierzu Ferner/Kröniger/Aschke, 2008, S. 80, Rn. 4; zu den Ausnahmen vom Entwicklungsgebot s. Kapitel 2.4.2.

<sup>34</sup> Sog. „Determinationsfunktion“; vgl. auch Schrödter, 2006, S. 267, Rn. 2.

<sup>35</sup> Siehe hierzu Gelzer/Bracher/Reidt, 2001, S. 46 f., Rn. 125, 126.

<sup>36</sup> Vgl. Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 46, Rn. 32.

<sup>37</sup> Siehe BVerwG, Beschluss v. 20.07.1990 – 4 N 3.88 / NVwZ 1991, 262.

<sup>38</sup> In: Schrödter, 2006, S. 267, Rn. 2.

### 2.3.2 Der Bebauungsplan

Nach § 8 Abs. 2 BauGB ist, wie oben dargestellt, der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Durch ihn wird die grobe Konzeption des Flächennutzungsplans in rechtlich verbindlicher Form konkretisiert, § 8 Abs. 1 BauGB.

Es bleibt aber nicht bei einer reinen Konkretisierung und Ergänzung der Darstellungen des Flächennutzungsplans.<sup>39</sup> Der nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließende Bebauungsplan verleiht diesen Festsetzungen materiellrechtliche Bindungskraft. Gleichzeitig bildet er nach § 8 Abs. 1 S. 2 BauGB die Grundlage für weitere, zum Vollzug des BauGB erforderliche Maßnahmen.

So ist der Bebauungsplan nach § 30 BauGB die Grundlage für die Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben i. S. d. § 29 BauGB. Der Bebauungsplan ist ebenfalls die Grundlage für die städtebauliche Umlegung nach § 45 Abs. 1 BauGB, für die Erschließung nach § 125 BauGB, für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 165 Abs. 3, 166 BauGB, für die Enteignung nach § 85 Abs. 1 BauGB oder für die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts der Gemeinde nach den §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 25 Abs. 1 Nr. 1 BauGB.

Auf Grund seiner enormen Bedeutung ist der Bebauungsplan das zentrale städtebauliche Rechts- und Steuerungsinstrument.<sup>40</sup>

Nach § 9 Abs. 8 BauGB ist dem Bebauungsplan eine Begründung mit dem in § 2a BauGB festgelegten Inhalt beizufügen. Dadurch sollen die städtebauliche Erforderlichkeit und Rechtfertigung sowie die Grundlagen der Abwägung<sup>41</sup> transparent gemacht werden, um eine effektive Rechtskontrolle des Plans zu ermöglichen.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Siehe Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 79, Rn. 1.

<sup>40</sup> Vgl. u.a. Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 47, Rn. 34.

<sup>41</sup> Zur Abwägung s. Kapitel 2.2.

<sup>42</sup> Siehe BVerwG, Urteil v. 07.05.1971 – 4 C 76.68 / NJW 1971, 1626.

## 2.4 Arten von Bebauungsplänen

An Hand der Art ihres Zustandekommens, ihrer verschiedenen Festsetzungen oder dem Aufstellungszeitpunkt lassen sich mehrere Arten von Bebauungsplänen unterscheiden. Unabhängig davon werden innerhalb des jeweiligen Bebauungsplanes die städtebaulichen Ziele und Aufgaben durch die Festsetzungsmöglichkeiten des § 9 BauGB verfolgt.

Der Begriff „Festsetzung“ unterstreicht den Umstand, dass es sich beim Bebauungsplan - im Unterschied zum Flächennutzungsplan, wo von Darstellungen gesprochen wird - um materiellrechtlich verbindliche Regelungen handelt.<sup>43</sup> Der Festsetzungskatalog des § 9 BauGB ist abschließend.<sup>44 45</sup>

Dies bedeutet, dass der Gemeinde kein Festsetzungsfindungsrecht zusteht, das über den Inhalt des § 9 BauGB hinausgeht.<sup>46</sup> Die Festsetzungen nach § 9 BauGB werden durch die §§ 1 ff. BauNVO präzisiert und ergänzt.

### 2.4.1 Qualifizierter und einfacher Bebauungsplan

Als qualifizierter Bebauungsplan oder Q-Plan i. S. d § 30 Abs. 1 BauGB wird ein Bebauungsplan bezeichnet, der mindestens Festsetzungen über die Art der baulichen Nutzung (§§ 1- 15 BauNVO), das Maß der baulichen Nutzung (§§ 16 – 21a BauNVO), die überbaubaren Grundstücksflächen (§ 23 BauNVO) sowie die örtlichen Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) enthält. Zusätzliche Festsetzungen<sup>47</sup> und ergänzende baurechtliche Regelungen, etwa zum Denkmalschutz, sind unschädlich.

---

<sup>43</sup> Vgl. Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 53, Rn. 53.

<sup>44</sup> Siehe Büchner/Schotterbeck, 2008, S. 18, Rn. 45.

<sup>45</sup> Bestätigend BVerwG, Urteil v. 11.02.1993 – 4 C 18.91 / BVerwGE 92, 56.

<sup>46</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 16.09.1993 – 4 C 28.91 / BVerwGE 94, 151;  
s.a. Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 198, Rn. 5.

<sup>47</sup> Siehe Kapitel 2.4.

Damit ein Vorhaben i. S. d. § 29 BauGB im Geltungsbereich eines solchen Bebauungsplans zulässig ist, darf es den Festsetzungen nicht widersprechen. Zusätzlich muss die Erschließung gesichert sein, § 30 Abs. 1 BauGB.

Als einfachen Bebauungsplan oder E-Plan i. S. d. § 30 Abs. 3 BauGB bezeichnet man einen Bebauungsplan, der die Mindestfestsetzungen des Abs. 1 nicht erfüllt. Zur Beurteilung der Zulässigkeit eines Vorhabens i. S. d. § 29 BauGB im Bereich eines solchen E-Planes sind gemäß § 30 Abs. 3 BauGB ergänzend die Regelungen der §§ 34 und 35 BauGB hinzuzuziehen.

#### **2.4.2 Sonderfälle**

Eine Ausnahme vom Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB<sup>48</sup>, wonach der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln ist, bildet der selbstständige Bebauungsplan, der vorzeitige Bebauungsplan sowie ein im Parallelverfahren aufgestellter Bebauungsplan. Bei letzterem handelt es sich jedoch lediglich um ein spezielles Verfahren, bei dem Flächennutzungsplan und Bebauungsplan gleichzeitig aufgestellt, geändert oder ergänzt werden können, § 8 Abs. 3 S. 1 BauGB.

Die Aufstellung eines selbstständigen Bebauungsplans nach § 8 Abs. 2 S. 2 BauGB kommt dann in Betracht, wenn ein Flächennutzungsplan nicht erforderlich ist, da ein Bebauungsplan ausreicht, um die städtebauliche Entwicklung zu ordnen.

---

<sup>48</sup> Vgl. Kapitel 2.3.1.

Der vorzeitige Bebauungsplan nach § 8 Abs. 4 BauGB kann aufgestellt werden, bevor ein Flächennutzungsplan aufgestellt ist, wenn durch den Bebauungsplan die geplante städtebauliche Entwicklung für das Gemeindegebiet nicht unterlaufen wird.

Eine weitere Voraussetzung für die Zulässigkeit eines vorzeitigen Bebauungsplans ist das Vorliegen dringender Gründe. „Dringende Gründe“ i. S. d. § 8 Abs. 4 BauGB sind nur objektiv gewichtige Gründe, etwa die Vermeidung von erheblichen Nachteilen für die Gemeinde oder die Verwirklichung eines Vorhabens, das im dringenden öffentlichen Interesse steht. Der Begriff der dringenden Gründe wird von der Rechtsprechung sehr restriktiv ausgelegt.<sup>49</sup>

Ein weiterer Sonderfall ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan oder V-Plan nach § 12 BauGB. Hier wird auf Grund eines Vorhabens- und Erschließungsplans, den ein privater Vorhabenträger mit der Gemeinde abgestimmt hat, ein Bebauungsplan aufgestellt.

Bevor dieser Bebauungsplan endgültig als Satzung beschlossen wird, verpflichtet sich der Vorhabenträger durch einen Durchführungsvertrag nach § 10 Abs. 1 S. 1 BauGB dazu, das Vorhaben auch tatsächlich durchzuführen. Gegenstand eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans können sämtliche städtebauliche Vorhaben sein.<sup>50</sup>

Ebenfalls einen Sonderfall stellt der Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB dar. Es handelt sich zwar nicht um eine besondere Art des Bebauungsplans, jedoch um ein besonderes, beschleunigtes Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Siehe Hoppe/Bönker/Grotefels, 2004, S. 51, Rn. 44.

<sup>50</sup> Vgl. Stürer, 2006, S. 93, Rn. 150.

<sup>51</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 59, Rn. 161.

Im beschleunigten Verfahren gelten nach § 13a Abs. 2 BauGB die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 BauGB. Das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB kann auch bei der Aufstellung, Ergänzung oder Änderung eines Bebauungsplanes angewendet werden, wenn hiervon die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Das beschleunigte Verfahren ist nicht bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans anwendbar.<sup>52</sup>

Nach § 13a Abs. 1 S. 1 BauGB dient der Bebauungsplan der Innenentwicklung der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder sonstigen Maßnahmen, die der Innenentwicklung einer Kommune dienen. Primäres Ziel dieser Regelung ist es also, die Inanspruchnahme von bisher ungenutzten Flächen zu verhindern.<sup>53</sup>

Gemäß § 13a Abs. 1 S. 2 BauGB darf das zu überplanende Gebiet jedoch eine gewisse Grundfläche<sup>54</sup> nicht überschreiten.

---

<sup>52</sup> Siehe Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 59, Rn. 161.

<sup>53</sup> Vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 306, Rn. 1.

<sup>54</sup> Ausführlich zur Grundfläche s. Koppitz, 2007, S. 123, Rn. 122.



## 2.5 Festsetzungsmöglichkeiten

Die möglichen Festsetzungen innerhalb des Bebauungsplans ergeben sich wie bereits kurz dargestellt<sup>55</sup> aus § 9 BauGB und sind abschließend.<sup>56</sup>

Eine vom Katalog des § 9 BauGB abweichende Festsetzung ist rechtswidrig.<sup>57</sup> Die Festsetzungen müssen nicht zwingend positiv, also zulassend wirken, sondern können auch negativ, also ausschließend, wirken.<sup>58</sup>

So können etwa auf Grund der § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO bestimmte Nutzungsarten ausgeschlossen werden.

Unzulässig hingegen ist eine reine „Negativplanung“ mit dem Ziel, unerwünschte Nutzungen zu verhindern ohne positiv städtebauliche Ziele zu formulieren, da dies dem Entwicklungs- und Ordnungsauftrag der Bauleitplanung zuwider liefe.<sup>59</sup>

Ebenfalls unzulässig sind Festsetzungen, die unter dem „Deckmantel des Baurechts“ dem Jugend-, Umwelt- oder Denkmalschutz dienen. Positiv formuliert muss also jede Festsetzung rein städtebaulich motiviert sein.<sup>60</sup>

Der Festsetzungskatalog des § 9 BauGB wird durch die Regelungen der BauNVO ergänzt und konkretisiert.<sup>61</sup>

Nach § 1 Abs. 3 BauNVO besteht die Möglichkeit, die Art der baulichen Nutzung durch die Festsetzung eines bestimmten Baugebiets zu regeln. Die möglichen zehn Baugebietstypen sind in Abs. 2 enumerativ aufgezählt.

---

<sup>55</sup> Vgl. Kapitel 2.4.

<sup>56</sup> Siehe BVerwG; Urteil v. 11.02.1993 – 4 C 18.91 / BVerwGE 92, 56; BVerwG, Urteil v. 16.09.1993 – 4 C 28.91 / BVerwGE 94, 151.

<sup>57</sup> Vgl. z.B. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 13.11.2009 - 10 D 87.07 / BeckRS 2009, 41950.

<sup>58</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 02.03.1973 – 4 C 40.71 / BVerwGE 40, 30.

<sup>59</sup> Siehe BVerwG, Beschluss v. 27.01.1999 – 4 B 129.98 / BauR 1999, 611; BVerwG, Beschluss v. 17.12.1998 – 4 NB 4.97 / BauR 1999, 608.

<sup>60</sup> Ständige Rechtsprechung; BVerwG, Urteil v. 18.05.2001 – 4 CN 4.00 / BVerwGE 114, 247 m.w.N. .

<sup>61</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 147, Rn. 160.

Durch die Festsetzung eines solchen Baugebiets werden die Vorschriften zu den Baugebietstypen in den §§ 2 – 14 BauNVO gemäß § 1 Abs. 3 S. 2 BauNVO automatisch Bestandteil des Bebauungsplans. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der „Festsetzungsautomatik“<sup>62</sup> des Absatzes 3.

Die Gemeinde hat jedoch stets die Möglichkeit, die vorgegebenen Regelungen der Baugebietstypen nach den §§ 2 – 14 BauNVO über die Differenzierungsmöglichkeiten nach § 1 Abs. 4 – 10 BauNVO abweichend zu gestalten und zu modifizieren.

Möglich ist z.B. die räumliche Gliederung von Baugebieten (§ 1 Abs. 4 BauNVO), die Beschränkung der Festsetzungen auf Teile des Baugebiets (§ 1 Abs. 8 BauNVO) oder der Ausschluss bestimmter Arten der in den Baugebieten allgemein oder ausnahmsweise zulässigen baulichen und sonstigen Anlagen (§ 1 Abs. 9, 2. Alt. BauNVO).

Neben der Art der baulichen Nutzung konkretisiert die BauNVO auch die Regelungen des BauGB zur Bauweise, überbaubarer Grundstücksfläche und zum Maß der baulichen Nutzung.

---

<sup>62</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 166, Rn. 425.

### 3 Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO

Unter sonstigen Sondergebieten versteht der Gesetzgeber nach § 11 Abs. 1 BauNVO all jene Gebiete, die sich von den Baugebieten nach den §§ 2 - 10 BauNVO wesentlich unterscheiden.

Ein wesentlicher Unterschied wird dann von der Rechtsprechung bejaht, wenn die Gemeinde einen Festsetzungsinhalt anstrebt, der sich keinem der Gebietstypen der §§ 2 - 9 BauNVO zuordnen lässt und somit auch nicht durch auf diese Paragraphen gestützte Festsetzungen erreicht werden kann.<sup>63</sup> Sie sind von den Sondergebieten nach § 10 BauNVO strikt zu unterscheiden, da diese Sondergebiete ausschließlich der Erholung dienen.

Die Festsetzung eines Gebietes nach § 11 BauNVO verfolgt in aller Regel den Zweck Gebiete zu schaffen, in denen Anlagenkomplexe entstehen können, deren einzelne Gebäude und Nutzungen aufeinander bezogen und voneinander abhängig sind. Häufig werden solche Anlagenkomplexe auch im Zusammenhang geplant.<sup>64</sup>

Exemplarisch für solche Anlagenkomplexe führt § 11 Abs. 2 BauNVO etwa Kurgebiete, Gebiete für Messen und Kongresse, Hochschul- und Klinikgebiete sowie Gebiete für Einkaufszentren an. Die Aufzählung des Absatzes 2 ist nicht abschließend. Gemäß § 11 Abs. 2 S. 1 BauNVO sind im Falle der Festsetzung eines Sondergebietes immer die Zweckbestimmung und die Art der Nutzung darzustellen.

Für die Thematik Schutz, Erhalt und Weiterentwicklung einer attraktiven Innenstadt ist hierbei insbesondere Absatz 3, der nähere Ausführungen zu Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel enthält, von Interesse.<sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Siehe u.a. BVerwG, Urteil v. 29.09.1978 – 4 C 30.76 / BVerwGE 56, 283.

<sup>64</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 789, Rn. 1.

<sup>65</sup> Siehe hierzu Kapitel 3.1.

### **3.1 Einkaufszentren und großflächiger Einzelhandel in Sondergebieten**

Nach § 11 Abs. 2 BauNVO kommen als sonstige Sondergebiete insbesondere auch Einkaufszentren in Betracht. Der Gesetzgeber hat bereits Ende der 60ziger Jahre erkannt, dass die Errichtung von Einkaufszentren, großflächigen Einzelhandelsbetrieben und großflächigen Handelsbetrieben mit negativen Auswirkungen verbunden sein kann und damit auch Spannungen und Probleme entstehen können.<sup>66</sup>

Um dieser Problematik Rechenschaft zu tragen wurde durch die ÄndVO 1968 erstmals Abs. 3 zu § 11 BauNVO hinzugefügt, der sich speziell mit Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel beschäftigt.

Nach § 11 Abs. 3 S. 1 BauNVO sind Einkaufszentren und großflächige Einzelhandelsbetriebe, die sich nach Art, Lage oder Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentlich auswirken können, außer in Kerngebieten, nur in den für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig.

Dies gilt auch für großflächige Handelsbetriebe, sofern sie ähnliche Auswirkungen wie großflächige Einzelhandelsbetriebe haben.

Für den Begriff der Großflächigkeit existiert keine Legaldefinition. Zwar führt Abs. 3 S. 3 aus, dass die in S. 1 beschriebenen Auswirkungen des großflächigen Einzelhandels ab einer Geschossfläche von 1.200 m<sup>2</sup> angenommen<sup>67</sup> werden, der Begriff der Großflächigkeit wird jedoch weder in § 11 BauNVO noch in einer anderen Norm eindeutig definiert, weshalb dieser Begriff auch häufig Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten war.

---

<sup>66</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 811, Rn. 12.

<sup>67</sup> Sog. „Vermutungsregel“; vgl. hierzu Ferner/Kröniger/Aschke, 2008, S. 871 f., Rn. 2.

Wurde von früherer Rechtssprechung<sup>68</sup> die Schwelle zur Großflächigkeit bei 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche gesetzt, so geht die aktuelle Rechtssprechung ab einer Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> von einem großflächigen Einzelhandelsbetrieb aus, was so auch in mehreren Urteilen bestätigt wurde.<sup>69</sup>

Meines Erachtens wäre sinnvoll, hier mit der nächsten BauNVO-Novelle Klarheit zu schaffen und den Begriff der Großflächigkeit verbindlich legal zu definieren.

Zwar wurde hier von der Rechtssprechung eine meiner Meinung nach sehr vernünftige und sinnvolle Regelung getroffen, insbesondere die Orientierung an der Verkaufsfläche ist in Zeiten kleiner werdender Lagerflächen, bedingt durch zunehmenden „E-commerce“<sup>70</sup> und just-in-time-Liefer- und -fertigung<sup>71</sup>, positiv zu bewerten.

Allerdings sollte ein derart gewichtiges Thema verbindlich im Gesetz geregelt werden und nicht der Rechtssprechung zur Klärung überlassen werden. Dies würde die Rechtssicherheit für Kommunen und Unternehmen bei diesen zumeist ohnehin schon rechtlich komplexen Einzelhandelsvorhaben deutlich erhöhen. Eine Möglichkeit wäre etwa, die gängige Rechtssprechung aufzugreifen und in gleicher oder ähnlicher Form in den Gesetzestext aufzunehmen.

---

<sup>68</sup> Siehe u.a. BVerwG, Urteil v. 22.05.1987 – 4 C 19.85 / NVwZ 1987, 1076 m. w. N. .

<sup>69</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 10.04 / BVerwGE 124, 364;

BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 14.04 / BVerwGE 124, 376;

BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 8.05 / BauR 2006, 648;

BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 3.05 / BeckRS 2006, 20905; s. CD, Anlage 11.

<sup>70</sup> Bestätigend u.a. Laaser/Soltwedel: Raumstruktur und New Economy – zur Bedeutung von E-Commerce für die Arbeitsteilung im Raum, in: Exzerpt aus einem Essay im Auftrag der Wüstenrot Stiftung zur Erforschung von „Raumwirtschaftliche[n] Implikationen der New Economy – zur Bedeutung von E-commerce und E-Business“, S. 176, Abschnitt „Deutliche Wachstumspotentiale für E-commerce“; vgl. CD, Anlage 12.

<sup>71</sup> Zur Lagerflächenreduktion durch just-in-time-Lieferung und Fertigung vgl. Schlauch/Schütte: Zur partizipativen Reorganisation eines Unternehmens des Maschinen- und Anlagebaus, in: Essay der Forschungsgruppe praxisnahe Berufsbildung (FPB), Universität Bremen, S. 45, Abschnitt 4.1. Effizienz-Effekte; vgl. CD, Anlage 13.

### **3.2 Mögliche Auswirkungen von Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel auf die Innenstadt**

Die Entstehung von Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel kann sowohl mit positiven als auch mit negativen Auswirkungen verbunden sein. Positive Auswirkungen liegen dann vor, wenn das Vorhaben die städtebauliche Entwicklung fördert oder zur Erreichung von raumordnungspolitischen Zielen, beispielsweise des Regionalplans<sup>72</sup>, beiträgt.<sup>73</sup>

Konkret kann die Ansiedlung eines solchen Vorhabens zur Verbesserung der Nahversorgung beitragen.<sup>74</sup> Dies ist insbesondere bei einer Ansiedlung direkt in Kerngebieten der Fall.

Der Umstand, dass § 11 Abs. 3 BauNVO Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandel nur in Sonder- und Kerngebieten erlaubt, zeigt, dass eine Ansiedlung solcher Vorhaben in Kerngebieten vom Gesetzgeber eindeutig erwünscht ist.

Neben einer Verbesserung bzw. der erstmaligen Herstellung einer Nahversorgung geht mit einer Ansiedlung der in § 11 Abs. 3 BauNVO genannten Vorhaben im Kerngebiet einer Gemeinde häufig auch eine Verbesserung der Angebotsvielfalt sowie eine gleichzeitige Attraktivitätssteigerung des Zentrums einher.

Negative Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung wiederum entstehen häufig, wenn sich Einkaufszentren oder großflächiger Einzelhandel „auf der grünen Wiese“, also an peripher gelegenen Standorten, ansiedeln.

---

<sup>72</sup> Zum Regionalplan s.a. Kapitel 3.3.1.

<sup>73</sup> Siehe hierzu Blank, 2004, S. 68.

<sup>74</sup> Ebenda.

Hierdurch findet ein Kaufkraftabzug bzw. eine Umlenkung der Kaufkraft- und Besucherströme statt, was in letzter Konsequenz bis hin zur Schließung oder Verdrängung von Einzelhandelsbetrieben im bzw. aus dem Zentrum führen kann.<sup>75</sup> Dies wiederum gefährdet die wohnortnahe Versorgung und lässt sogenannte „Nahversorgungslücken“<sup>76</sup> entstehen. Besonders die nicht mobilen Bürger einer Kommune sind hiervon betroffen.<sup>77</sup> Als „Hausnummer“, was unter wohnortnaher Versorgung zu verstehen ist, wird in der Praxis davon ausgegangen, dass die Versorgung mit Produkten des Nahrungs- und Genussmittelbereiches für den kurzfristigen Bedarf fußläufig innerhalb von zehn Minuten möglich sein sollte.<sup>78</sup>

Die durch die Verdrängung des Einzelhandels aus der Innenstadt entstehenden Leerstände verschlechtern das Erscheinungsbild der Innenstadt und senken die Aufenthaltsqualität im Zentrum.

Häufig werden die leerstehenden Objekte in Vergnügungsstätten wie Spielhallen, Wettbüros oder Nachtlokale jeglicher Art umgewandelt. Die Folgen können eine Verzerrung des Boden- und Mietpreises, Lärm, eine Störung des Erscheinungsbildes der Innenstadt, etwa durch „abgeklebte Fenster“, kulturelle und soziale Konflikte, Imageverluste sowie Konflikte mit „seriösen Nutzungen“ sein.<sup>79</sup>

All diese zuletzt genannten negativen Folgen lassen sich unter dem von der Rechtssprechung anerkannten - obgleich nirgends eindeutig definierten - Begriff des „Trading-Down-Effekts“<sup>80</sup> subsumieren.

---

<sup>75</sup> Vgl. Ehrmann, 2007, S. 47.

<sup>76</sup> Siehe hierzu Blank, 2004, S. 71.

<sup>77</sup> Vgl. Weers-Hermanns, 2006, S. 83.

<sup>78</sup> Vgl. Fickert/Fiseler, 2002, S. 839, Rn. 25.4.

<sup>79</sup> Vgl. Vortrag über Stadt- und Regionalentwicklung, Dr. Donato Acocella; s. CD, Anlage 14.

<sup>80</sup> Zur Schwierigkeit einer fehlenden Definition des Begriffs in der Praxis vgl. Interview mit Herrn Rinn, Stadtplanungsamt Nürtingen, Anlage 4, S. XIV, Frage 1.

Der „Trading-Down-Effekt“ ist ein „besonderer städtebaulicher Grund“ i. S. d. § 1 Abs. 9 BauNVO.<sup>81</sup>

Weitere negative Auswirkungen auf die Innenstadt einer Kommune sowie auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung können eine zunehmende Angebotsverarmung, ein gesteigertes Verkehrsaufkommen mit den damit verbundenen zusätzlichen Immissionen, aber auch der Verlust sozialer Kommunikationsbereiche sein.<sup>82</sup>

---

<sup>81</sup> Siehe hierzu BVerwG, Beschluss v. 04.09.2008 - 4 BN 9.08 / BauR 2009, 76.

<sup>82</sup> Vgl. Blank, 2004, S. 68 f.



### 3.3 Möglichkeiten zum Schutz der Innenstadt

Wie in Kapitel 3.2 dargelegt, können mit der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel sowohl positive als auch negative Auswirkungen für die Innenstädte der Kommunen verbunden sein. Nachfolgend wird nun erörtert, welche Möglichkeiten einer Gemeinde auf der Ebene des Flächennutzungsplans und der Ebene des Bebauungsplans für den Fall zur Verfügung stehen, dass sich Einkaufszentren oder großflächiger Einzelhandel nicht im Zentrum einer Gemeinde, sondern an einem peripheren Standort ansiedeln wollen.

#### 3.3.1 Möglichkeiten im Flächennutzungsplan

Eine Möglichkeit, Einfluss auf die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel und dessen Auswirkungen zu nehmen, ist die Entscheidung, ob überhaupt Sonderbauflächen<sup>83</sup> nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO, auf denen später unter anderem Sondergebiete für großflächigen Einzelhandel festgesetzt werden können, im Flächennutzungsplan der jeweiligen Gemeinde ausgewiesen werden und wenn ja, wo diese entstehen sollen. Die einfachste Möglichkeit ist also, gar keine Sonderbauflächen auszuweisen oder aber keine Sonderbauflächen an den Siedlungsrändern der jeweiligen Kommune zu platzieren.

Dieses Vorgehen muss jedoch durch städtebauliche Gründe gerechtfertigt sein und im Interesse der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Kommune sein.<sup>84 85</sup> Allerdings werden die Kommunen in ihrer Entscheidung zusätzlich durch die Regionalpläne der einzelnen Regionen Baden-Württembergs eingeschränkt.

---

<sup>83</sup> Zwar ist es auch möglich bereits im Flächennutzungsplan Baugebiete nach § 1 Abs. 2 BauNVO, also auch Sondergebiete für großflächigen Einzelhandel nach § 11 Abs. 3 BauNVO auszuweisen, dies entspricht jedoch nicht bauleitplanerischer Praxis.

<sup>84</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 24.08.1993 – 4 NB 12.93 / NVwZ-RR 1994, 490.

<sup>85</sup> Zur Negativplanung vgl. auch Kapitel 2.5.

Gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 1 ROG sind in den Ländern Raumordnungspläne für die Teilräume der Länder („Regionen“), sogenannte Regionalpläne, aufzustellen. Baden - Württemberg ist in zwölf Teilräume bzw. Regionen<sup>86</sup> eingeteilt, wobei die Regionen Donau-Iller und Rhein-Neckar zum Teil in angrenzenden Bundesländern liegen.

Die Kommunen innerhalb einer solchen Region sind durch die § 4 Abs. 1 ROG und § 1 Abs. 4 BauGB<sup>87</sup> bei der Aufstellung ihrer Bauleitpläne an die Vorgaben des Regionalplans gebunden, was den Raum für eigene Konzeptionen, je nach Größe und Einstufung im Regionalplan, auf der Ebene des Flächennutzungsplans mehr oder weniger stark einschränken kann.

In Hinblick auf Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandel ab einer Fläche von 800 m<sup>2</sup> trifft etwa der Regionalplan der Region Stuttgart die Festlegung, dass derartige Vorhaben nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren zulässig sind.

Hierbei sind der Umfang der Verkaufsfläche und der Einzugsbereich des jeweiligen Vorhabens auf die Einwohnerzahl eines solchen Zentrums sowie die Struktur des umliegenden Gebietes zu berücksichtigen.

Ausnahmsweise sind Einkaufszentren und großflächiger Einzelhandel, die ausschließlich der Grundversorgung der Einwohner dienen und bei denen keinerlei negative Auswirkungen zu erwarten sind, auch in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion zulässig.

Voraussetzung ist jedoch immer, dass die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns der Standortgemeinde und anderer zentraler Orte sowie die verbrauchernahe Versorgung nicht beeinträchtigt wird.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Vgl. § 12 Abs. 1 u. 2 Landesplanungsgesetz (LplG).

<sup>87</sup> Zum Anpassungsgebot s.a. Kapitel 2.1.

<sup>88</sup> Vgl. Regionalplan Region Stuttgart, Teilfortschreibung Kapitel 2.7 vom 09.07.2008, 2.7.2 (Z); näheres zum Regionalplan s. CD, Anlagen 15-1 bis 15-5 .

### 3.3.2 Möglichkeiten im Bebauungsplan

Die größten Einflussmöglichkeiten den negativen Auswirkungen von großflächigen Einzelhandelsvorhaben „auf der grünen Wiese“ entgegenzuwirken, hat die Kommune auf der Ebene des Bebauungsplans. Dies unterstreicht nochmals die Stellung des Bebauungsplans als das zentrale städtebauliche Rechts- und Steuerungsinstrument.<sup>89</sup>

Die Ansiedlung von Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel ist nicht zwingend nur mit negativen Auswirkungen verbunden. Gerade eine Verbesserung des Warenangebots sowie zusätzliche Gewerbesteuererlöse sind für eine Kommune positiv zu bewerten.

Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein solches Vorhaben im Zentrum einer Kommune verwirklicht wird und die Innenstadt sogar noch stärkt und ihre Attraktivität steigert.<sup>90</sup>

Soll ein derartiges Vorhaben jedoch „auf der grünen Wiese“, also auf einer an einem peripheren Standort ausgewiesenen Sonderbaufläche<sup>91</sup> entstehen, ist es von Seiten der Kommune angezeigt, durch geeignete Festsetzungen sicherzustellen, dass Bürger und Kommune von den positiven Auswirkungen profitieren können, gleichzeitig jedoch die Attraktivität der Innenstadt erhalten bleibt und der dort angesiedelte Einzelhandel geschützt wird.

---

<sup>89</sup> Vgl. Kapitel 2.3.2.

<sup>90</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

<sup>91</sup> Zur Steuerung der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel über die Platzierung von Sonderbauflächen im Flächennutzungsplan, vgl. Kapitel 3.3.1.

### 3.3.2.1 Rolle des Einzelhandelskonzepts

Bevor eine Kommune über den Bebauungsplan Einfluss auf die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel nimmt und Festsetzungen trifft, die dem Schutz und der Entwicklung der Innenstadt und dem dortigen Einzelhandel sowie dem Erhalt und der Weiterentwicklung einer wohnungsnahen Grundversorgung dienen, ist es sinnvoll, die vorhandene Einzelhandelsituation zu analysieren.

Dies geschieht in aller Regel in der Form von Einzelhandelskonzepten. Der Begriff des Einzelhandelskonzepts ist nicht allgemein verbindlich definiert, kann aber als ein unterstützendes Instrument der bauleitplanerischen Steuerung umschrieben werden.<sup>92</sup> In der Regel wird ein solches Konzept auf der Grundlage von Markt- und Strukturgutachten erstellt und vom Gemeinderat beschlossen.<sup>93</sup>

Das Einzelhandelskonzept stellt ein von der Gemeinde beschlossenes städtebauliches Entwicklungskonzept i. S. d. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB dar.<sup>94</sup> Die Ergebnisse finden deshalb bei der Aufstellung von Bauleitplänen besondere Berücksichtigung.

Der Inhalt eines Einzelhandelskonzepts<sup>95</sup> ist nicht rechtsverbindlich geregelt. Regelmäßig beginnt die Erstellung eines Einzelhandelskonzepts aber mit der Beschreibung der Rolle der jeweiligen Kommune als Einzelhandelsstandort, einer Bestandsermittlung der vorhandenen Einzelhandelsbetriebe sowie einer Prognose der möglichen Entwicklung des Einzelhandels. Auf dieser Grundlage werden dann zentrale Versorgungsbereiche identifiziert und definiert.

---

<sup>92</sup> Siehe Weers-Hermanns, 2006, S. 290.

<sup>93</sup> Vgl. Ehrmann, 2007, S. 97.

<sup>94</sup> Vgl. Kapitel 2.2.

<sup>95</sup> Zum Inhalt eines Einzelhandelskonzepts vgl. exemplarisch das Inhaltsverzeichnis des Einzelhandelskonzepts der Stadt Nürtingen, erstellt von der BBE Baden-Württemberg GmbH, Anlage 5, S. XIX f.

Dabei muss auf eine möglichst präzise Lagebeschreibung geachtet werden. Bloße „Einzelhandelsagglomerationen“<sup>96</sup>, denen keine zentralörtliche Versorgungsfunktion zukommt, sollten von den zentralen Versorgungsbereichen abgegrenzt werden. Außerdem sollte das Einzelhandelskonzept auch Aussagen darüber treffen, wo in Zukunft eine Weiterentwicklung oder Erweiterung des Einzelhandels möglich ist.<sup>97</sup>

Ein wichtiger Bestandteil eines solchen Einzelhandelskonzepts ist auch eine Auflistung der zentren- und nahversorgungsrelevanten Warensortimente, die typischerweise in der Innenstadt erhältlich sind und deren Attraktivität ausmachen. Es können dabei auch Warensortimente aufgenommen werden, die noch nicht in der jeweiligen Innenstadt erhältlich, aber vorstellbar und erwünscht sind.<sup>98</sup> Das Ergebnis dieser Auflistung ist die sogenannte ortstypische Sortimentsliste.<sup>99</sup>

In diesem Zusammenhang ist es ratsam zur besseren Abgrenzung als Gegenpart zu den zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten<sup>100</sup> eine Liste mit den nicht-zentrenrelevanten Sortimenten<sup>101</sup> zu erstellen. Für die Erstellung beider Listen<sup>102</sup> sowie des gesamten Einzelhandelskonzepts ist nur die tatsächliche Situation in der jeweiligen Kommune maßgeblich.<sup>103</sup>

---

<sup>96</sup> Zur Einzelhandelsagglomeration s.a. Kapitel 4.1.

<sup>97</sup> Vgl. hierzu Kuschnerus, 2007, S. 240 ff., Rn 479 ff.

<sup>98</sup> Siehe Weers-Hermanns, 2006, S. 292.

<sup>99</sup> Vgl. Kuschnerus, 2007, S. 242, Rn. 485.

<sup>100</sup> Vgl. hierzu Anlage 6, S. XXI; „zentrenrelevante Sortimente“ der Stadt Nürtingen gemäß Anlage 1a des Einzelhandelkonzepts, erstellt von der BBE Baden-Württemberg GmbH.

<sup>101</sup> Siehe Anlage 7, S. XXII; „nicht-zentrenrelevante Sortimente“ der Stadt Nürtingen gemäß Anlage 1b des Einzelhandelkonzepts, erstellt von der BBE Baden-Württemberg GmbH.

<sup>102</sup> Zur Abgrenzung von zentren- und nicht-zentrenrelevanten Sortimenten s. Anlage 8, S. XXIII f.; Auszug aus der Beurteilung des Einzelhandelkonzepts der Stadt Nürtingen, S. 28, ebenfalls erstellt durch die BBE Baden-Württemberg GmbH.

<sup>103</sup> Vgl. Kuschnerus, 2007, S. 242, Rn. 485.

Da das Einzelhandelskonzept als maßgebliches Abwägungsmaterial in zukünftige Bebauungspläne Eingang findet, muss es genauso wie Bauleitpläne den Grundsätzen und Zielen der Bauleitplanung, insbesondere dem Erforderlichkeitsgrundsatz und dem Abwägungsgebot, entsprechen.<sup>104</sup> Langfristig ist ein nachvollziehbares, widerspruchsfreies Konzept geeignet, Abwägungsfehler<sup>105</sup> zu reduzieren bzw. ganz zu vermeiden und die Kommune von schwierigen Nachweisen und zu erbringenden Begründungen zu befreien<sup>106</sup>, was die Rechtssicherheit der gemeindlichen Bauleitpläne erhöht. Auch die „besonderen städtebaulichen Gründe“ des § 1 Abs. 9 BauNVO, die die Festsetzung von Sortimentsbeschränkungen rechtfertigt, können mittels Einzelhandelskonzept schlüssig dargelegt werden.<sup>107</sup>

Um diese Funktion zu erfüllen, muss das Einzelhandelskonzept „innerhalb eines absehbaren Zeitraums“<sup>108</sup> realisierbar sein.<sup>109</sup> Das Ausleben von „*paternalistisch-bauplanerischen Omnipotenzfantasien*“ fern jeder städtebaulicher Realität hingegen führt zwangsläufig dazu, dass das Einzelhandelskonzept mangels sachgerechter Abwägung und fehlender Erforderlichkeit unbrauchbar ist.<sup>110</sup> Abschließend ist festzuhalten, dass ein Einzelhandelskonzept nicht darauf ausgerichtet ist, die Ansiedlung von Einzelhandel generell zu verhindern. Das Ziel eines Einzelhandelskonzepts ist die Innenstadt sowie andere wichtige Versorgungsbereiche zu schützen und weiterzuentwickeln, was ein legitimes, positiv formuliertes und in § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB ausdrücklich genanntes städtebauliches Ziel ist und somit keine verbotene Negativplanung<sup>111</sup> darstellt.

<sup>104</sup> Siehe Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 55 f., Rn. 85.

<sup>105</sup> Zum Abwägungsgebot s. Kapitel 2.2.

<sup>106</sup> Siehe BVerwG, Urteil v. 26.03.2009 – 4 C 21.07 / BVerwGE 133, 310.

<sup>107</sup> Vgl. Ehrmann, 2007, S. 97.

<sup>108</sup> In der Praxis orientiert man sich an der Sieben-Jahres Frist des Planschadensrechts; § 42 Abs. 2 BauGB.

<sup>109</sup> Siehe BVerwG, Urteil v. 18.03.2004 – 4 CN 4.03 / BVerwGE 120, 239.

<sup>110</sup> Füßer/Lau : Planwirtschaftliche Vollkonzentration zentrenrelevanten Einzelhandels auf gemeindlich festgesetzte zentrale Versorgungsbereiche? Perspektiven und Grenzen nach BVerwG, Urteil vom 26.3.2009 - 4 C 21.07 -, in: BauR, 12/2009, S. 1837 u.1840; s. CD, Anlage 16.

<sup>111</sup> Zur Negativplanung s.a. Kapitel 2.5.

### 3.3.2.2 Sortimentbeschränkungen

Im Unterschied zu den Baugebieten nach den §§ 2 - 9 BauNVO, bei denen sich die Zweckbestimmung des Gebiets sowie die zulässigen Nutzungen direkt aus der BauNVO ergeben, muss die Zweckbestimmung und die Art der Nutzung eines Sondergebietes gemäß § 11 Abs. 2 S. 1 BauNVO speziell im Bebauungsplan festgesetzt werden.

Die in § 11 Abs. 2 BauNVO aufgeführten „Gebiete“ sind nicht abschließend, es sind auch andere Bezeichnungen<sup>112</sup> wie „Sondergebiet für Hochschulen und Forschung“ oder „Sondergebiet für landwirtschaftliche Betriebe einschließlich Tierzucht und Tierhaltung“<sup>113</sup> denkbar. Ebenfalls besteht die Möglichkeit verschiedene Nutzungsarten nebeneinander festzusetzen. Voraussetzung ist lediglich, dass sich aus den Regelungen der BauNVO die Verträglichkeit der verschiedenen Nutzungen herleiten lässt.<sup>114</sup>

Bei der Festsetzung eines Sondergebiets für großflächigen Einzelhandel und Einkaufszentren empfiehlt es sich bereits in der Aufstellungsphase das Maß der baulichen Nutzung durch Angabe der Geschossflächenzahl nach § 16 Abs. 1 BauNVO sowie durch Angabe der Gesamtgeschossfläche darzustellen. Dadurch können die in § 11 Abs. 3 BauNVO beschriebenen möglichen Auswirkungen besser eingeschätzt werden.<sup>115</sup>

Dies ist insbesondere für die interkommunale Abstimmung nach § 2 Abs. 2 BauGB<sup>116</sup> sowie für die Anpassung der Planung<sup>117</sup> an die Ziele der Raumordnung von Bedeutung.<sup>118</sup>

<sup>112</sup> Derart spezielle und vom Darstellungskatalog des § 11 Abs. 2 BauNVO abweichende Darstellungen bzw. Festsetzungen werden in der Praxis in der Regel erst bei einer Teiländerung des Flächennutzungs- bzw. des Bebauungsplans getroffen.

<sup>113</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 28.02.2002 – 4 CN 5.01 / BauR 2002, 1348.

<sup>114</sup> Siehe hierzu BVerwG, Urteil v. 28.05.2009 - 4 CN 2.08 / BauR 2009, 1547.

<sup>115</sup> Siehe Fickert/Fieseler, 2002, S. 803 f., Rn. 10.1.

<sup>116</sup> Zum interkommunalen Abstimmungsgebot s. Kapitel 2.2.

<sup>117</sup> Zum Anpassungsgebot s.a. Kapitel 2.1.

<sup>118</sup> Zu beachten ist hier auch die Rolle der Regionalpläne, vgl. Kapitel 3.3.1.

Neben der Festsetzung der Zweckbestimmung ist es ebenfalls zwingend erforderlich die Art der Nutzung, also welche Gebäude, Betriebe, Anlagen usw. generell oder ausnahmsweise zulässig sind, festzusetzen.<sup>119</sup> Die Gemeinde kann dabei auf die in der BauNVO aufgeführten Nutzungsarten zurückgreifen, ist aber nicht an sie gebunden bzw. kann sie je nach Zweckbestimmung des Sondergebiets abwandeln.<sup>120</sup>

In Sondergebieten ist eine Feingliederung des Plangebiets über § 1 Abs. 4 - 10 BauNVO nicht möglich, da die Regelungen dieser Absätze gemäß § 1 Abs. 3 BauNVO dort keine Anwendung finden.

Gemäß § 1 Abs. 3 S. 3 2. HS. BauNVO können zudem besondere Festsetzungen über die Art der Nutzung nach den §§ 10 und 11 BauNVO getroffen werden. Laut Rechtssprechung schließt dies die Möglichkeit von Sortimentsbeschränkungen mit ein.<sup>121</sup>

Im Zusammenhang mit der Thematik großflächiger Einzelhandel und Schutz und Erhalt der Innenstadt ist die Möglichkeit des Ausschlusses von zentrenrelevanten Sortimenten in peripheren Sondergebieten<sup>122</sup> von besonderer Bedeutung.

Bei der Festlegung der zulässigen Wirtschaftszweige, die unmittelbaren Einfluss auf das Warenangebot bzw. die Sortimente haben, wird von der Literatur empfohlen allgemein anerkannte amtliche Kennzeichnungslisten zu verwenden. Für die Bestimmung der Wirtschaftszweige wird etwa auf die 1979 vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Gliederung der „Systematik der Wirtschaftszweige“ verwiesen, in der jedem Wirtschaftszweig eine dreistellige Kennziffer zugeordnet wird.

---

<sup>119</sup> Siehe Boeddinghaus, 2005, S. 183, Rn. 2.

<sup>120</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 08.05.1989 – 4 B 78.89 / NVwZ 1989, 1060; BVerwG, Beschluss v. 07.09.1984 – 4 N 3.84 / NVwZ 1985, 338.

<sup>121</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 27.04.1990 – 4 C 36.87 / NVwZ 1990, 1071; BVerwG, Beschluss v. 25.07.1986 – 4 B 144.86 / NVwZ 1987, 50.

<sup>122</sup> Siehe hierzu Anlage 9, S. XXV, insbesondere Beispiel II; Beispiele für textliche Festsetzungen in Bebauungsplänen aus anderen Städten, Anlage 2a und 2b zum Einzelhandelskonzept der Stadt Nürtingen, erstellt durch die BBE Baden-Württemberg GmbH.



Bei der Festlegung der Sortimente wird geraten, auf das 1978 ebenfalls vom Statistischen Bundesamt herausgegebene „Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik“ zurückzugreifen, in dem den einzelnen Sortimenten eine fünfstellige Ziffer zugeordnet wird.<sup>123</sup>

Durch den Rückgriff auf die amtlichen Kennziffern des Statistischen Bundesamtes wird dem verwaltungsrechtlichen Grundsatz der Bestimmtheit entsprochen und die Rechtssicherheit der Bauleitpläne erhöht. Allerdings erscheint diese im Kommentar zur Baunutzungsverordnung von Fickert und Fieseler beschriebene Praxis meiner Meinung nach nicht mehr ganz zeitgemäß.

Seit 1978 bzw. 1979 wurde die Systematik der Wirtschaftszweige und das Warenverzeichnis mehrmals überarbeitet und an aktuelle Entwicklungen angepasst. Ende der 80er- bis Anfang der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts wurde unter der Federführung der Vereinten Nationen ein neues System der Wirtschaftsklassifikationen und ein neues Güterverzeichnis erstellt, um der zunehmenden internationalen Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften und den daraus entstehenden Abhängigkeiten Rechnung zu tragen.<sup>124</sup>

Diesen Umständen wurde in der 10. Auflage des Kommentars zur BauN-VO von Fickert und Fieseler aus dem Jahr 2002 noch keine Rechnung getragen.

Zwischenzeitlich wurde das System weiter modifiziert und ergänzt, zum letzten Mal im Jahr 2008.<sup>125</sup> Um Verwirrungen bei der Festsetzung von Wirtschaftszweigen und Sortimenten zu vermeiden und um die Aktualität der Festsetzungen sicherzustellen, ist es meines Erachtens also ratsam auf die jeweils aktuellste Fassung der Wirtschaftszweigsklassifikationen und der Güterklassifikationen<sup>126</sup> zurückzugreifen.

---

<sup>123</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 804, Rn. 10.2, 10.3.

<sup>124</sup> Vgl. Greulich : Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt, in: Wirtschaft und Statistik, 1/2009, insbes. S. 36, 39 - 45; s.a. CD, Anlage 17.

<sup>125</sup> Ebenda.

<sup>126</sup> 1978 noch „Warenverzeichnis“.

### 3.3.2.3 Rechtliche Grenzen

Wie im letzten Kapitel dargestellt besteht in Sondergebieten die Möglichkeit, nur bestimmte Wirtschaftszweige und Sortimente zuzulassen bzw. ganz gezielt einzelne Wirtschaftszweige und Sortimente auszuschließen.

Eine Kommune kann allerdings nicht nach Belieben Sortimente ausschließen oder begrenzen, sondern benötigt hierfür eine eingehende städtebauliche Begründung, die häufig nur durch ein spezielles Gutachten untermauert werden kann.<sup>127</sup>

Besonders geeignet ist hierfür das Einzelhandelskonzept<sup>128</sup>, da dieses die bestehende Einzelhandelssituation einer Kommune beschreibt und aus städtebaulicher Sicht schützenswerte Bereiche kennzeichnet sowie im Idealfall bereits eine Liste des ortstypischen Sortiments enthält. Der Ausschluss von zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten in peripheren Sondergebieten, der dem Schutz der Innenstadt und deren Attraktivität dient, kann also mit Hilfe des Einzelhandelskonzepts städtebaulich untermauert und begründet werden.

Vor dem Ausschluss von zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten ist eine individuelle Betrachtung der jeweiligen Situation vor Ort erforderlich, was deutlich aus dem Einzelhandelskonzept hervorgehen muss.<sup>129</sup>

Die bloße, unreflektierte Übernahme von vorgefertigten Sortimentslisten, wie sie etwa in entsprechenden Erlassen der Wirtschaftsministerien der Bundesländer<sup>130</sup> enthalten sind, das „Abschreiben“ aus anderen Einzelhandelskonzepten oder lediglich eine Untersuchung des vorhandenen Angebots reichen nicht aus, um Sortimentsbeschränkungen städtebaulich zu rechtfertigen und wirksam festzusetzen.<sup>131</sup>

<sup>127</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 804, Rn. 10.3.

<sup>128</sup> Zum Einzelhandelskonzept s. Kapitel 3.3.2.1.

<sup>129</sup> Ebenda.

<sup>130</sup> Vgl. für Baden-Württemberg: Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten – Raumordnung, Bauleitplanung und Genehmigung von Vorhaben (Einzelhandelserlass) vom 21. Februar 2001; s. CD, Anlage 18.

<sup>131</sup> Siehe VG Mannheim, Urteil v. 02.05.2005 – 8 S 1848.04 / ZfBR 2006, 493.

### 3.3.3 Abwehrrecht von Kommunen

Bisher wurde betrachtet, welche Möglichkeiten einer Gemeinde zur Verfügung stehen, um Einfluss auf die Ansiedlung von Einkaufszentren und großflächigem Einzelhandel zu nehmen, mit dem Ziel, die Innenstadt vor möglichen negativen Folgen zu schützen. Wie ist jedoch die Rechtslage, wenn ein Einkaufszentrum oder großflächiger Einzelhandel in einer Nachbarkommune entstehen soll und Auswirkungen auf das eigene Gemeindegebiet oder die eigene örtliche Versorgung befürchtet werden?

Nach § 2 Abs. 2 S. 1 BauGB sind die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen.<sup>132</sup> Das BVerwG versteht dieses „Gebot der interkommunalen Abstimmung“ zum einen als eine spezielle Form des Abwägungsgebotes<sup>133</sup> des § 1 Abs. 7 BauGB, zum anderen als einen Ausfluss der Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 S. 2 GG, worunter auch Planungshoheit fällt.

Nach der Rechtssprechung des BVerwG sind die Kommunen bei der Ausübung ihrer Planungshoheit zur gegenseitigen Rücksichtnahme aufeinander verpflichtet.<sup>134</sup> Im Falle der Festsetzung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel genügt bereits das in Betrachtkommen von unmittelbaren Auswirkungen auf das Gebiet und die städtebauliche Entwicklung der Nachbarkommune, um eine Pflicht zur Abstimmung zu begründen.<sup>135</sup>

Dies liefert eine Rechtsgrundlage, mit der eine benachbarte Gemeinde auf dem Klageweg, namentlich durch Feststellungsklage oder vorbeugende Feststellungsklage, einen Anspruch auf Abstimmung durchsetzen kann.<sup>136</sup>

<sup>132</sup> Siehe „interkommunales Abstimmungsgebot“, Kapitel 2.2.

<sup>133</sup> Vgl. das BVerwG, Urteil v. 08.09.1972 – 4 C 17.71 / BeckRS 1972, 30443217; BVerwG, Urteil v. 15.12.1989 – 4 C 36.86 / NVwZ 1990, 464.

<sup>134</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 17.09.2003 – 4 C 14.01 / BauR 2004, 443; BVerwG, Urteil v. 01.08.2002 – 4 C 5.01 / BVerwGE 117, 25.

<sup>135</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 09.01.1995 – 4 NB 42.94 / NVwZ 1995, 694.

<sup>136</sup> Siehe BVerwG, Urteil v. 08.09.1972 – 4 C 17.71 / BeckRS 1972, 30443217.

Gegen einen bereits bestehenden Bebauungsplan einer Nachbargemeinde kann auch im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens nach § 47 VwGO vorgegangen werden.<sup>137</sup>

Mit Ausnahme der Festsetzung von Sondergebieten für großflächigen Einzelhandel nach § 11 Abs. 3 kann das Abstimmungsgebot des § 2 Abs. 2 BauGB klageweise nur durchgesetzt werden, wenn die benachbarte Gemeinde die Beeinträchtigung einer hinreichend konkreten Planung geltend machen kann.<sup>138</sup>

Gegen eine Baugenehmigung, die auf Grundlage eines unter Verstoß gegen das Abstimmungsgebot des § 2 Abs. 2 BauGB zustande gekommenen Bebauungsplans, ist die einzelfallbezogene gemeinderechtliche Nachbarklage gegeben.<sup>139</sup>

Zusammenfassend hat eine Gemeinde also die Möglichkeit eine Nachbargemeinde per Feststellungsklage zur Einhaltung des Abstimmungsgebotes zu zwingen, einen Bebauungsplan, der unter einer möglichen Verletzung des Abstimmungsgebotes zu Stande kam, im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens überprüfen zu lassen sowie gegen eine auf Grundlage eines solchen Bebauungsplans erteilte Baugenehmigung im Rahmen einer gemeinderechtlichen Nachbarklage vorzugehen.

Dabei ist der Begriff der Nachbargemeinde nicht auf direkt angrenzende Gemeinden beschränkt, sondern auf alle Gemeinden, in denen das geplante Vorhaben städtebauliche Auswirkungen haben kann, ausgeweitet.<sup>140</sup>

---

<sup>137</sup> Siehe BVerwG v. 09.05.1994 – 4 NB 18.94 / ZfBR 1994, 234.

<sup>138</sup> Vgl. etwa OVG Koblenz, Urteil v. 06.05.2009 – 1 C 10970.08 / NVwZ-RR 2009, 711.

<sup>139</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 09.01.1995 – 4 NB 42.94 / NVwZ 1995, 694; BVerwG, Urteil v. 11.02.1993 – 4 C 15.92 / NVwZ 1994, 285; BVerwG, Urteil v. 15.12.1989 – 4 C 36.86 / NVwZ 1990, 464.

<sup>140</sup> Siehe BVerwG, Beschluss v. 09.01.1995 – 4 NB 42.94 / NVwZ 1995, 694.

Die schwierige wirtschaftliche Situation hat die interkommunale Konkurrenz und den Kampf um Einwohner, Arbeitsplätze und Gewerbeansiedlungen verschärft.<sup>141</sup> Getrieben von „*kommunalen Egoismen*“ wird zudem häufig bewusst versucht, Einkaufszentren zur „*interkommunalen Kannibalisierung*“ gut erreichbar in der Nähe zu benachbarten Kommunen zu platzieren, um so deren Kaufkraft abzuschöpfen.<sup>142</sup>

In letzter Zeit gehen Kommunen deshalb immer häufiger im Wege der gemeinderechtlichen Nachbarklage gegen Bauleitpläne der Nachbargemeinden unter Hinweis auf einen Verstoß gegen das Abstimmungsgebot gerichtlich vor. Die Gerichte konzentrieren sich hierbei auf rechtliche Probleme im Zusammenhang mit großflächigem Einzelhandel.<sup>143</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. Schrödter, 2006, S. 160, Rn. 41a.

<sup>142</sup> Siehe Füßer/Lau in: BauR, 12/2009, S. 1829; vgl. auch Sandrock: Umstritten – aber toleriert, in: Nürtinger Zeitung, 28.05.2009; Anlage 10, S. XXVI f.

<sup>143</sup> Vgl. Schrödter, 2006, S. 160, Rn. 41a.

## 4 Einzelhandel außerhalb von Sondergebieten

Im vorigen Kapitel wurden die häufig negativen Auswirkungen von großflächigen Einzelhandelsvorhaben<sup>144</sup> an peripheren Standorten auf die Innenstadt dargestellt. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten<sup>145</sup> aufgezeigt, wie die Innenstadt vor diesen Auswirkungen geschützt werden kann, um ihre Attraktivität für Einwohner und Besucher gleichermaßen zu erhalten.

Allerdings können nicht nur von großflächigen Einzelhandelsvorhaben „auf der grünen Wiese“ Gefahren für die Innenstadt ausgehen. Auch innerhalb des Gemeindegebietes kann es zu Verschiebungen in der Einzelhandelsstruktur mit negativen Folgen kommen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sich an einer unerwünschten Stelle geballt Einzelhandelsbetriebe ansiedeln und dadurch Besucherströme aus der Innenstadt oder aus wichtigen Nahversorgungszentren abgezogen werden.

### 4.1 Der Begriff des „agglomerierten“ Einzelhandels

Während Einkaufszentren und großflächiger Einzelhandel nur in den dafür vorgesehenen Sondergebieten nach § 11 Abs. 3 BauNVO und in Kerngebieten nach § 7 BauNVO zulässig sind, ist nicht großflächiger Einzelhandel<sup>146</sup>, der sich unter Umständen zu einer Gefahr für die Innenstadt oder wichtige Nahversorgungszentren entwickeln kann, generell<sup>147</sup> in den Gebieten nach den §§ 5, 6, 7 BauNVO zulässig.

---

<sup>144</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

<sup>145</sup> Siehe hierzu Kapitel 3.3.

<sup>146</sup> Bisweilen wird in Praxis und Literatur auch von „kleinflächigem Einzelhandel“ gesprochen; s. z.B. Füßer/Lau in: BauR 12/2009, S. 1834, 3.1.2.2. Taugliche Differenzierungskriterien.

<sup>147</sup> Sofern dieser nicht ausdrücklich im Bebauungsplan ausgeschlossen bzw. nur für ausnahmsweise zulässig erklärt wurde; vgl. auch Kapitel 2.5.

Da sich „nicht großflächiger Einzelhandel“ auch unter den Begriff „Gewerbebetriebe aller Art“ subsumieren lässt, ist er zusätzlich in den Gebieten nach §§ 8 und 9 BauNVO<sup>148</sup> generell<sup>149</sup> zulässig. Wann ein Betrieb großflächig ist und wann nicht, ist in keiner Norm definiert. Nachdem jedoch von der Rechtssprechung<sup>150</sup> die Grenze zur Großflächigkeit bei einer Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> gesetzt wurde, kann daraus geschlossen werden, dass Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche unter 800 m<sup>2</sup> als nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe zu bewerten sind.

Eine große Gefahr für die Innenstadt entsteht insbesondere dann, wenn sich Einzelhandelsbetriebe konzentriert an dezentralen Standorten in den Gebieten nach §§ 5- 9 BauNVO ansiedeln. Besonders „anfällig“ für solche Entwicklungen sind die Gebiete nach §§ 6, 8 und 9 BauNVO, also Misch-, Gewerbe- und Industriegebiete. Die Ansiedlung von mehreren Einzelhandelsbetrieben, die isoliert betrachtet die Schwelle zur Großflächigkeit nicht überschreiten, wird in der Literatur auch als „Agglomeration“ bezeichnet.<sup>151</sup>

Auch für diesen Begriff existiert, ähnlich wie für den Begriff „Trading-Down-Effekt“ oder für den Begriff der Großflächigkeit, keine allgemein verbindliche Definition.

Der Regionalplan der Region Stuttgart<sup>152</sup> beispielsweise enthält eine eigene Definition des Begriffs „Agglomeration“.

<sup>148</sup> Vgl. Ferner/Kröniger/Aschke, 2008, S. 857, Rn. 7 u. S. 863, Rn. 3.

<sup>149</sup> Sofern dieser nicht ausdrücklich im Bebauungsplan ausgeschlossen bzw. nur für ausnahmsweise zulässig erklärt wurde ; vgl. auch Kapitel 2.5.

<sup>150</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 10.04 / BVerwGE 124, 364; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 14.04 / BVerwGE 124, 376; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 8.05 / BauR 2006, 648; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 3.05 / BeckRS 2006, 20905; s. hierzu auch Kapitel 3.1.

<sup>151</sup> Siehe Ehrmann, 2007, S. 41 f.

<sup>152</sup> Zum Verband Region Stuttgart und zum Regionalplan s.a. Kapitel 3.3.1.

Er führt aus, dass

*„Eine Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben entsteht, wenn räumlich nahe beieinander liegend mehrere Einzelhandelsbetriebe errichtet werden, zu einem bestehenden Einzelhandelsbetrieb ein oder mehrere neue Einzelhandelsbetriebe hinzu treten oder bestehende Einzelhandelsbetriebe erweitert oder umgenutzt werden, so dass die Summe der Verkaufsflächen der räumlich nahe beieinander liegenden Einzelhandelsbetriebe größer als 800 m<sup>2</sup> ist. Räumlich nahe beieinander liegen Einzelhandelsbetriebe, wenn die Luftlinie zwischen den Gebäudezugängen nicht länger als 150 m ist.“<sup>153</sup>*

## **4.2 Mögliche Auswirkungen von agglomeriertem Einzelhandel auf die Innenstadt**

Die Auswirkungen des agglomerierten Einzelhandels auf die Innenstadt sind mit den in § 11 Abs. 3 S. 2 BauNVO genannten Auswirkungen vergleichbar.<sup>154</sup> Je nach Lage im Gemeindegebiet kann agglomerierter Einzelhandel positive oder negative Auswirkungen haben.

Auf Grund dieser Vergleichbarkeit der Auswirkungen war es nach früherer Rechtsprechung unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, mehrere an sich nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe als zusammenhängend zu betrachten und solch eine Agglomeration im gesamten als ein Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 – 3 BauNVO einzustufen.<sup>155</sup>

<sup>153</sup> Vgl. Teilfortschreibung des Regionalplans 1998 des Verbands Region Stuttgart im Kapitel 2.7 „Großflächige Einzelhandelsbetriebe und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren“ (i. d. Fassung der Teiländerung v. 13.03.2002) vom 9.07.2008, Punkt 2.7.11 (Z), S. 1 der Anlage zum Satzungsbeschluss.

<sup>154</sup> Häufig wird die Einzelhandelsagglomeration auch als bewusste Umgehung von § 11 Abs. 3 BauNVO aufgefasst; vgl. z.B. Ehrmann, 2007, S. 41.

<sup>155</sup> Siehe u.a. BVerwG, Urteil v. 22.5.1987 – 4 C 19.85 / NVwZ 1987, 1076; BVerwG, Urteil v. 22.7.2004 – 4 B 29.04 / BauR 2004, 1735.



Diese Praxis wurde jedoch vom VGH Baden-Württemberg mit der Begründung abgelehnt, dass § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO für die Frage der Großflächigkeit auf einen einzelnen Einzelhandelsbetrieb abstellt, weshalb eine Zusammenrechnung der Verkaufsflächen unzulässig sei.<sup>156</sup> Das BVerwG bestätigte in seinen Urteilen zur Großflächigkeit<sup>157</sup> diese Ansicht.

Eine Ausnahme vom sogenannten „Agglomerationsverbot“ ist nur innerhalb eines Gebäudes mit mehreren selbständigen Nutzungseinheiten möglich, dessen Gesamtfläche von einem Hauptbetrieb dominiert wird und in dem auf baulich abgetrennten Flächen von einem Nebenbetrieb das Hauptangebot ergänzende Leistungen angeboten werden.<sup>158</sup>

Ähnlich wie bei großflächigem Einzelhandel kann eine Einzelhandelsagglomeration im Zentrum dazu beitragen das Warenangebot, die Warenvielfalt und die Versorgung im Zentrum zu verbessern.<sup>159</sup>

Seit je her ist der Einzelhandel eine tragende und prägende Säule der städtebaulichen Entwicklung und sorgt für die Belebung der Innenstadt, steigert deren Attraktivität und stellt die wohnungsnahe Versorgung der Bevölkerung sicher<sup>160</sup>, weshalb die konzentrierte Ansiedlung von Einzelhandel im Zentrum einer Kommune in aller Regel mit positiven Auswirkungen verbunden ist und einen wichtigen Wachstumsfaktor darstellt.

Negative Auswirkungen sind insbesondere dann zu erwarten, wenn sich außerhalb des Zentrums agglomerierter Einzelhandel in Misch-, Gewerbe- oder Industriegebieten ansiedelt und „Parallel-Zentren“ zur Innenstadt bildet.<sup>161</sup>

<sup>156</sup> Vgl. VGH Mannheim, Urteil v. 22.09.2005 – 3 S 1061.04 / BauR 2006, 489.

<sup>157</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 10.04 / BVerwGE 124, 364; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 14.04 / BVerwGE 124, 376; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 8.05 / BauR 2006, 648; BVerwG, Urteil v. 24.11.2005 – 4 C 3.05 / BeckRS 2006, 20905; s.a. Kapitel 3.1 u. 4.1.

<sup>158</sup> Ausführlich BVerwG, Urteil v. 30.06.2004 – 4 C 3.03 / BVerwGE 121, 205.

<sup>159</sup> Siehe hierzu Blank, 2004, S. 68.

<sup>160</sup> Vgl. Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten – Raumordnung, Bauleitplanung und Genehmigung von Vorhaben (Einzelhandelserlass) vom 21. Februar 2001, S. 1.

<sup>161</sup> Siehe hierzu Ehrmann, 2007, S. 41.

Dadurch kann es zu einer Umlenkung von Besucherströmen und zu einem beachtlichen Kaufkraftabzug aus dem Zentrum kommen.<sup>162</sup> Verschärft wird dieser Effekt zusätzlich, wenn vorwiegend innenstadtrelevante Sortimente angeboten werden. Dies kann unter Umständen bis hin zur Schließung von Einzelhandelsbetrieben in Zentrum führen.<sup>163</sup>

Damit verbunden ist häufig eine Ausdünnung und Verarmung des Angebots, der Verlust sozialer Kommunikationsbereiche, der Verlust des Gefühls der „Urbanität“ durch zunehmende Leerstände in der Innenstadt, eine Gefährdung der wohnortnahen Versorgung<sup>164</sup> sowie eine Zunahme des Verkehrsaufkommens, da Einzelhandelbetriebe in Misch-, Gewerbe- und Industriegebieten häufig wesentlich besser mit dem Auto zu erreichen<sup>165</sup> sind, als Betriebe in der Innenstadt.<sup>166</sup>

### 4.3 Möglichkeiten zum Schutz der Innenstadt

Wie in Kapitel 4.2 dargelegt können mit der Ansiedlung von agglomeriertem Einzelhandel, genauso wie mit der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel<sup>167</sup>, positive als auch negative Auswirkungen auf den innerstädtischen Bereich einer Kommune verbunden sein. In den folgenden Kapiteln soll nun erörtert werden, welche bauleitplanerischen Möglichkeiten einer Kommune zur Verfügung stehen, um den negativen Auswirkungen entgegen zu wirken bzw. eine Einzelhandelagglomeration an einem peripherem Standort erst gar nicht entstehen zu lassen.

---

<sup>162</sup> Vgl. Blank, 2004, S. 68.

<sup>163</sup> Vgl. Ehrmann, 2007, S. 41 u. 47.

<sup>164</sup> Siehe Fickert/Fiseler, 2002, S. 839, Rn. 25.4; s. a. Kapitel 3.2.

<sup>165</sup> Häufig sind die gute Erreichbarkeit, ein Überangebot an Parkplätzen sowie diverse Zusatzangebote auch Teil eines Gesamtkonzepts, das ganz bewusst die Nachteile in innerstädtischen Standorten ausnutzt; zur Problematik s.a. Füßer/Lau in: BauR, 12/2009, S. 1829.

<sup>166</sup> Siehe Blank, 2004, S.69; zur dargelegten Problematik und der Vergleichbarkeit mit den Auswirkungen von großflächigem Einzelhandel vgl. auch Kapitel 3.2.

<sup>167</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

### 4.3.1 Möglichkeiten im Bebauungsplan

Wie auch im Falle der großflächigen Einzelhandelsvorhaben „auf der grünen Wiese“ hat die Kommune auf der Ebene des Bebauungsplans die größten Einflussmöglichkeiten.<sup>168</sup>

Hierbei kann die Gemeinde auf die Festsetzungsmöglichkeiten des § 9 BauGB sowie die verschiedenen Modifikationsmöglichkeiten der BauNVO zurückgreifen.<sup>169</sup> Der Flächennutzungsplan hingegen ist auf Grund seines grobmaschigen Charakters<sup>170</sup> kein geeignetes Instrument, um Einfluss auf die Ansiedlung von nicht großflächigen Einzelhandelsvorhaben<sup>171</sup> zu nehmen.

#### 4.3.1.1 Festsetzungsmöglichkeiten nach § 1 BauNVO

Auf der Ebene des Bebauungsplans bietet § 1 Abs. 4 - 10 BauNVO die besten Möglichkeiten, die Ansiedlung von nicht großflächigen Einzelhandelsvorhaben zu steuern. Diese Regelungen ermöglichen eine sehr feine Untergliederung der einzelnen Baugebietstypen, weshalb in diesem Zusammenhang auch von „planerischer Feinsteuerung“ bzw. „Differenzierung“ gesprochen wird.<sup>172</sup>

Mit § 1 Abs. 4 BauNVO hat die Gemeinde die Möglichkeit das Baugebiet nach der Art der zulässigen Nutzungen oder nach deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften in sich zu gliedern.

Dies wird häufig auch als „horizontale“ Gliederung<sup>173</sup> bezeichnet.

---

<sup>168</sup> Zum Bebauungsplan vgl. Kapitel 2.3.2.

<sup>169</sup> Vgl. hierzu auch Kapitel 2.5.

<sup>170</sup> Siehe hierzu Kapitel 2.3.1.

<sup>171</sup> Im Unterschied zur Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben, auf die über die Platzierung von Sonderbauflächen im Flächennutzungsplan auch auf dessen Ebene Einfluss genommen werden kann; vgl. Kapitel 3.3.1.

<sup>172</sup> Siehe u.a. Fickert/Fieseler, 2002, S. 43, Rn. 2.

<sup>173</sup> Vgl. Boeddinghaus, 2005, S. 106, Rn. 66.

Die Absätze 5 und 6 ermöglichen generell zulässige Nutzungen nur ausnahmsweise zu erlauben, ganz auszuschließen bzw. Ausnahmen ganz auszuschließen oder aber für generell zulässig zu erklären.

Nach § 1 Abs. 7 BauNVO können in den Gebieten nach §§ 4 - 9 BauNVO unter bestimmten Voraussetzungen in einzelnen Ebenen, Geschossen oder Teilen von baulichen Anlagen bestimmte Nutzungen ausgeschlossen werden oder bestimmte Nutzungen für alleinig zulässig erklärt werden. Dies ist gewissermaßen das Gegenstück zur horizontalen Gliederung nach § 1 Abs. 4 BauNVO, weshalb man hier von „vertikaler Gliederung“ spricht.<sup>174</sup>

Durch § 1 Abs. 8 BauNVO ist es gestattet, die Mittel der „planerischen Feinsteuerung“ auf bestimmte Teile des zu überplanenden Baugebiets zu beschränken.

§ 1 Abs. 9 BauNVO enthält noch über Abs. 5 hinausgehende Regelungen, da er die Möglichkeit eröffnet, nach bestimmten Unterarten von baulichen Anlagen zu differenzieren, die in einem Baugebiet generell oder ausnahmsweise zulässig sind. So können beispielsweise in einem Baugebiet Vergnügungsstätten allgemein zulässig sein, Spielhallen als eine Unterart der Vergnügungsstätte jedoch nur ausnahmsweise oder gar nicht.<sup>175</sup>

Mit § 1 Abs. 10 BauNVO wurde durch die ÄndVO 1990 eine Regelung zum sogenannten erweiterten Bestandsschutz eingeführt. Hiermit soll unter anderem die Handhabung von „atypischen Konfliktlagen“ sowie die Standortsicherung vorhandener Betriebe und Anlagen ermöglicht werden, was die Planungs- und Investitionssicherheit für bestehendes Gewerbe erhöht.<sup>176</sup>

---

<sup>174</sup> Vgl. Boeddinghaus, 2005, S. 116, Rn. 108.

<sup>175</sup> Siehe u.a. Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 792, Rn. 28.

<sup>176</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 171 ff., Rn. 130 - 136;  
Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 793 f., Rn. 29, 32.

Wird von den Differenzierungsmöglichkeiten des § 1 Abs. 4 - 10 BauNVO kein Gebrauch gemacht, werden mit der Festsetzung eines Baugebiets nach §§ 4 - 9 BauNVO alle im Gesetz vorgesehenen Nutzungen ohne weitere Modifikationen unverändert übernommen.<sup>177</sup> In Sondergebieten hingegen sind die Vorschriften der Absätze 4 bis 10 nicht anwendbar.<sup>178</sup>

In Bezug auf die Problematik Schutz und Erhalt einer attraktiven Innenstadt ist insbesondere § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO<sup>179</sup> interessant.

Wie oben dargestellt kann nach § 1 Abs. 5 BauNVO im Bebauungsplan festgesetzt werden, dass bestimmte Arten von Nutzungen, die in den Gebieten nach den §§ 2, 4 - 9 und 13 BauNVO allgemein zulässig sind, nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebiets gewahrt bleibt.

Dies eröffnet einer Kommune die Möglichkeit in peripheren, potenziell durch Einzelhandelsagglomerationen gefährdeten Bereichen<sup>180</sup>, (nicht großflächigen) Einzelhandel komplett auszuschließen bzw. nur für ausnahmsweise zulässig zu erklären. Laut Rechtssprechung ist es dabei nicht erforderlich, die gesamte Nummer des jeweiligen Baugebiets auszuschließen, vielmehr können auch einzelne unter der gleichen Nummer aufgeführte Nutzungen für unzulässig erklärt werden.<sup>181</sup> Um beispielsweise Einzelhandelsbetriebe in einem Mischgebiet auszuschließen ist es also nicht erforderlich § 6 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO vollständig auszuschließen.

---

<sup>177</sup> Sog. Festsetzungsautomatik; vgl. Kapitel 2.5.

<sup>178</sup> Vgl. Kapitel 3.3.2.2.

<sup>179</sup> Zu den Möglichkeiten des § 1 Abs. 9 BauNVO s. nächstes Kapitel.

<sup>180</sup> Vgl. Kapitel 4.1; wie dargestellt werden dies in der Regel Misch-, Gewerbe- und Industriegebiete sein.

<sup>181</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 22.05.1987 – 4 C 77.84 / BVerwGE 77, 317.

Bei einem kompletten Ausschluss ist Einzelhandel im fraglichen Gebiet komplett unzulässig. Ist Einzelhandel ausnahmsweise zulässig, braucht man zur Realisierung des Vorhabens eine Ausnahmegenehmigung nach § 31 Abs. 1 BauGB, was der Baurechtsbehörde auch in diesem Fall gewisse Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten eröffnet. Sollen auch ausnahmsweise zulässige Nutzungen komplett ausgeschlossen werden, muss auf § 1 Abs. 6 BauNVO zurückgegriffen werden. Ein Ausschluss einzelner Nutzungsarten nach § 1 Abs. 5 BauNVO darf nur auf Grund von städtebaulichen Erwägungen erfolgen und nicht um bestehendes Gewerbe vor Konkurrenz zu schützen.<sup>182</sup>

#### **4.3.1.2 Sortimentsbeschränkungen**

Eines der wirksamsten, wenngleich auch schwierigsten Instrumente,<sup>183</sup> das einer Kommune zum Schutz und Erhalt ihrer Innenstadt zur Verfügung steht, ergibt sich aus § 1 Abs. 9 BauNVO. Hiernach kann eine Differenzierung nach bestimmten im Baugebiet generell oder ausnahmsweise zulässigen Arten von baulichen und sonstigen Anlagen vorgenommen werden.

Dieser Absatz ergänzt und erweitert die Regelungen des Abs. 5 zur Gliederung der Nutzungen und erlaubt nochmals nach Unterarten von Nutzungen zu differenzieren.<sup>184</sup> So können die von der BauNVO sehr pauschal gehaltenen Begriffe wie „Vergnügungsstätten“ oder „Einzelhandelsbetriebe“ in einzelne Anlagearten untergliedert werden.<sup>185</sup>

---

<sup>182</sup> Siehe Boeddinghaus, 2005, S.112, Rn. 89.

<sup>183</sup> Vgl. Interview mit Herrn Rinn, Stadtplanungsamt Nürtingen, Anlage 4, S. XV, Frage 3.

<sup>184</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 22.05.1987 – 4 C 77.84 / BVerwGE 77, 317; s.a. Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 792, Rn. 28.

<sup>185</sup> Vgl. hierzu auch Birk, 1998, Beispiel auf S. 122, Rn. 358.

Der Begriff des Einzelhandelbetriebs umfasst beispielsweise „Tante Emma Läden“, Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Lebensmittelläden, Supermärkte, „convenience shops [sic!]“ und Einkaufszentren genauso wie Urban-Entertainment-Center (UEC) oder Factory-Outlet-Center (FOC)<sup>186</sup>, mit jeweils unterschiedlichen Verkaufsflächen und unterschiedlichen städtebaulichen Auswirkungen, weshalb eine feinere Untergliederung zur besseren städtebaulichen Steuerung sinnvoll ist.

Anstatt Einzelhandelsbetriebe generell auszuschließen können also auch nur ganz bestimmte Unterarten von Einzelhandelsbetrieben, die bestimmte Sortimente führen, ausgeschlossen werden. Dies ermöglicht eine flexiblere Planung sowie eine Anpassung an die tatsächlichen städtebaulichen Gegebenheiten.<sup>187</sup>

Die Begrenzung des Ausschlusses auf einzelne Unterarten bzw. die Beschränkung auf bestimmte Sortimente<sup>188</sup> kann im Vergleich zur Regelung des Abs. 5 das „zurückhaltendere Planungsinstrument“<sup>189</sup> sein und trägt somit auch dem verwaltungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung.

Um die Attraktivität des Zentrums zu erhalten, die Innenstadt als Einzelhandelsstandort zu sichern und eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, kann eine Kommune durch entsprechende Festsetzungen nach § 1 Abs. 9 i. V. m. Abs. 5 BauNVO im Bebauungsplan Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten an peripheren oder für Agglomerationen „anfälligen“ Standorten ausschließen. So kann einem Abzug von Einzelhandelsbetrieben aus der Innenstadt entgegenwirkt werden.

---

<sup>186</sup> Zu den Arten von Einzelhandelbetrieben s. Weers-Hermanns, 2006, S. 29 f.

<sup>187</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 166, Rn. 126.

<sup>188</sup> Sofern dies städtebaulich sinnvoll ist.

<sup>189</sup> Vgl. Birk, 1998, S. 123 f., Rn. 361.

#### 4.3.1.3 Rechtliche Grenzen

Sortimentsbeschränkungen nach § 1 Abs. 9 i. V. m. Abs. 5 BauNVO können also ein äußerst wirksames Instrument zum Schutz der Innenstadt sein. Allerdings sind mit derartigen Festsetzungen weitgehende Eingriffe in die Bau- und Gewerbefreiheit verbunden, die auch Einfluss auf den Wettbewerb haben können.<sup>190</sup>

Nach § 1 Abs. 9 BauNVO müssen deshalb Sortimentsbeschränkungen bzw. der Ausschluss bestimmter Nutzungsunterarten durch „*besondere städtebauliche Gründe*“<sup>191</sup> gerechtfertigt sein.

Nach geltender Rechtsprechung besteht jedoch das „Besondere“ der städtebaulichen Gründe nicht darin, dass die zur Rechtfertigung angeführten Gründe im Verhältnis zu den Gründen für eine Differenzierung nach § 1 Abs. 5 BauNVO von größerer Bedeutung oder höherem Gewicht sein müssen. Es genügt, wenn spezielle Gründe eine gegenüber Abs. 5 noch feinere Ausdifferenzierung rechtfertigen.<sup>192</sup> Hieran fehlt es immer dann, wenn Festsetzungen nach § 1 Abs. 9 BauNVO nicht der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung bzw. der Erreichung von städtebaulichen Zielen dienen, sondern Erwägungen des Wettbewerbsschutzes o. ä. eine Rolle spielen.<sup>193</sup> Welche städtebaulichen Ziele sich eine Kommune setzt, hängt von ihrem planerischen Ermessen ab.<sup>194</sup>

Hierzu gehört auch die Entscheidung ob, in welchen Gebieten und in welchem Umfang die Kommune ihr Gemeindegebiet für die Ansiedlung von Einzelhandelsunternehmen zur Verfügung stellt.<sup>195</sup>

<sup>190</sup> Vgl. Fickert/Fieseler, 2002, S. 166, Rn. 126.

<sup>191</sup> Im Unterschied zu § 1 Abs. 5 BauNVO dessen Anwendung bereits durch „normale“ städtebauliche Gründe gerechtfertigt werden kann; zu den städtebaulichen Gründen; s.a. Kapitel 2.3.2.

<sup>192</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 22.05.1987 – 4 C 77.84 / BVerwGE 77, 317.

<sup>193</sup> Siehe a. Kapitel 2.5, Festsetzungen nur aus städtebaulichen Gründen.

<sup>194</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 14.08.1995 – 4 NB 21.95 / Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 86, zitiert nach juris.

<sup>195</sup> Siehe BVerwG, Beschluss v. 11.05.1999 – 4 BN 15.99 / BauR 1999, 1136.



Ebenso ist der Beschluss in den Randgebieten Sortimentsbeschränkungen zum Schutz und Erhalt der Innenstadt festzusetzen ein von der Rechtssprechung gedecktes legitimes städtebauliches Ziel. Bei der Festsetzung von Sortimenten ist eine Kommune nicht darauf beschränkt im Zentrum bereits vorhandene Nutzungen auszuschließen, um den Standort Innenstadt abzusichern. Da sich Bauleitplanung nicht darauf reduziert, gegenwärtige Entwicklungen zu steuern, sondern auch für die Zukunft vorausplant, ist es ebenfalls legitim in der Innenstadt erwünschte, aber noch nicht vorhandene Nutzungen an anderen Standorten im Gemeindegebiet auszuschließen, um deren Ansiedlung im Zentrum aus Gründen der Attraktivitätssteigerung zu fördern.<sup>196</sup>

Die Schwierigkeit in der Praxis liegt regelmäßig in der städtebaulichen Begründung und Rechtfertigung von Sortimentsbeschränkungen. Ohne ein schlüssiges Einzelhandelskonzept, das zentrenrelevante Sortimente eindeutig definiert und die zukünftig geplante Entwicklung des Einzelhandels im Gemeindegebiet beschreibt, ist eine städtebaulich „wasserdichte“ Begründung äußerst schwierig bzw. mit enormen Aufwand verbunden.<sup>197</sup>

---

<sup>196</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 26.03.2009 – 4 C 21.07 / BVerwGE 133, 310.

<sup>197</sup> Siehe hierzu Anlage 4, Interview mit Herrn Rinn, Stadtplanungsamt Nürtingen, S. XV f., Frage 3.

#### 4.3.2 Festsetzungen auf Grund von § 9 Abs. 2a BauGB

Wie in Kapitel 2.5 dargestellt, kann eine Gemeinde im Bebauungsplan Festsetzungen nach § 9 BauGB in Verbindung mit den Vorschriften der BauNVO treffen. Im Zusammenhang mit dem Thema Schutz und Erhalt einer attraktiven Innenstadt ist besonders § 9 Abs. 2a BauGB interessant, der mit der BauGB-Novelle 2006 neu eingeführt wurde.

Diese neue Festsetzungsmöglichkeit erlaubt es den Kommunen auch im Zusammenhang bebauter Ortsteile nach § 34 BauGB, dem faktischen Bebauungsbereich bzw. nicht überplanten Innenbereich, nur bestimmte, nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB an sich zulässige Nutzungen, für zulässig, nicht zulässig oder nur ausnahmsweise zulässig zu erklären.

Voraussetzung nach § 9 Abs. 2a S. 1 BauGB ist jedoch, dass dies der Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche dient und im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Einwohner und der Innenentwicklung der Gemeinde liegt.<sup>198</sup>

Im zentralen Versorgungsbereich selbst, also dem Bereich, den die Kommune schützen möchte, müssen jedoch die auf diese Weise ausgeschlossenen Nutzungen zulässig sein. Auch sind die Festsetzungen zur weiteren Differenzierung der Nutzungsart nach § 9 Abs. 2a BauGB nicht den Einschränkungen des § 1 Abs. 4 - 10 BauNVO unterworfen. Eine weitere Besonderheit ist, dass im Bebauungsplan kein bestimmtes Baugebiet festgesetzt werden muss, die Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB sind also „*baugiebtsfrei*“.<sup>199</sup>

Gemäß § 9 Abs. 2a S. 2 BauGB ist bei derartigen Festsetzungen „*insbesondere ein hierauf bezogenes städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 [BauGB]*“ zu berücksichtigen.

---

<sup>198</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 217, Rn. 248.

<sup>199</sup> Vgl. Büchner/Schlotterbeck, 2008, S. 27, Rn. 75.

Gemeint ist hiermit beispielsweise das Einzelhandelskonzept<sup>200</sup> einer Kommune, das in der Regel auf der Grundlage eines Marktgutachtens erstellt wird. Diese Regelung ergänzt § 34 Abs. 3 BauGB, der 2004 im Rahmen des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien eingeführt wurde.<sup>201</sup>

Nach § 34 Abs. 3 BauGB dürfen von nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB an sich zulässigen Vorhaben keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden zu erwarten sein. Mit § 9 Abs. 2a BauGB kann der in § 34 Abs. 3 BauGB bereits angestrebte Zweck verbindlich in einen Bebauungsplan „gegossen“ werden, was eine Beurteilung und Steuerung von im faktischen Bebauungsbereich geplanten nicht großflächigen Einzelhandelsvorhaben wesentlich vereinfacht und praktikabler macht.<sup>202</sup>

Meines Erachtens ist hier vom Gesetzgeber eine gute Möglichkeit geschaffen worden, den zentralen Versorgungsbereich einer Gemeinde zu sichern und zu schützen, da erstmals relativ unkompliziert auf den faktischen Bebauungsbereich i. S. d. § 34 BauGB Einfluss genommen werden kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass für die Aufstellung des Bebauungsplans gemäß § 13 Abs. 1 Alt. 3 BauGB das vereinfachte Verfahren angewendet werden kann, was eine relativ zügige Umsetzung ermöglicht.

Damit jedoch der „richtige“ Bereich geschützt wird und eine optimale Versorgung der Bevölkerung garantiert ist, macht eine solche Maßnahme meiner Meinung nach nur dann Sinn, wenn ein schlüssiges Einzelhandelskonzept für das gesamte Gemeindegebiet vorliegt.

---

<sup>200</sup> Zum Einzelhandelskonzept s. Kapitel 3.3.2.1.

<sup>201</sup> Siehe Ferner/Kröninger/Aschke, 2008, S. 253, Rn. 27.

<sup>202</sup> Vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, 2009, S. 238 f., Rn. 98j ff.

Den Ausführungen von Füber und Lau, die Kommunen könnten „nach § 9 Abs. 2a BauGB mit Blick auf den Einzelhandel eine ansonsten unzulässige ‚Verhinderungsplanung‘ betreiben“<sup>203</sup>, kann ich indes nicht zustimmen. Das Ziel eines Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2a BauGB ist nicht, die Ansiedlung von Einzelhandel generell und ohne Ziel zu unterbinden, was in der Tat eine unzulässige Verhinderungs- bzw. Negativplanung<sup>204</sup> darstellen würde.

Vielmehr sollen mit einem Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2a BauGB, wie dies auch ausdrücklich in der Norm ausgeführt ist, zentrale Versorgungsbereiche entwickelt und erhalten sowie die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden. Dies sind allesamt positiv formulierte städtebauliche Ziele, die einen Ausschluss von Einzelhandel im nicht überplanten Innenbereich außerhalb von zentralen Versorgungszentren rechtfertigen, weshalb meines Erachtens hier nicht von einer Negativ- oder Verhinderungsplanung gesprochen werden kann.

In der Praxis wird man einen nach § 9 Abs. 2a BauGB aufgestellten Bebauungsplan als einfachen Bebauungsplan oder Textbebauungsplan beschließen.<sup>205</sup>

---

<sup>203</sup> In: BauR, 12/2009, S. 1829.

<sup>204</sup> Zur verbotenen Negativplanung vgl. Kapitel 2.5.

<sup>205</sup> Bestätigend Koppitz, 2007, S. 218, Rn. 248.

## 5 Sicherung der Bauleitplanung

Die Aufstellung eines Bauleitplans, der beispielsweise dem Schutz und Erhalt der Innenstadt dienen soll, sowie dessen Ergänzung oder Änderung benötigt Zeit. In der Zeit bis zur Rechtskraft eines Bauleitplans können bauliche Entwicklungen bzw. bestimmte Vorhaben die Planungsabsichten der Kommune unterlaufen. Für diesen Fall eröffnet das BauGB den Kommunen einige rechtliche Instrumente, mit denen diesen ungewollten Entwicklungen begegnet werden kann bzw. die Verwirklichung der Bauleitplanung erleichtert<sup>206</sup> und eine sachgerechte Durchführung der planerischen Maßnahmen sichergestellt werden kann.<sup>207</sup> Nachfolgend wird eine kurze Übersicht über diese Instrumente und deren Funktionsweise gegeben.

### 5.1 Veränderungssperre

Ist ein Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans gefasst und nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB öffentlich bekannt gemacht, kann die Gemeinde nach § 14 Abs. 1 BauGB zur Sicherung ihrer Planungsabsichten für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre beschließen.

Dem Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans steht gemäß § 1 Abs. 8 BauGB der Beschluss über die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung eines Bebauungsplans gleich. Eine ohne einen solchen Beschluss erlassene Veränderungssperre ist nichtig.<sup>208</sup>

---

<sup>206</sup> Vgl. dazu Koppitz, 2007, S. 263, Rn. 299.

<sup>207</sup> Siehe Gelzer/Bracher/Reidt, 2001, S. 741, Rn. 2690.

<sup>208</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 06.08.1992 – 4 N 1.92 / NVwZ 1993, 471.

Eine weitere, nicht in § 14 BauGB enthaltene Voraussetzung für den Erlass einer Veränderungssperre ist nach ständiger Rechtsprechung, dass zumindest in groben Zügen erkennbar sein muss, was zukünftig Inhalt des Bebauungsplans werden soll.<sup>209</sup>

Dies liegt darin begründet, dass überprüfbar sein muss, ob ein geplantes Vorhaben den Planabsichten einer Kommune entgegensteht oder nicht, da es nicht Sinn und Zweck einer Veränderungssperre ist, generell ungewollte Bauvorhaben zu verhindern. Vielmehr soll lediglich der zukünftige Planbereich geschützt werden.<sup>210</sup> Das alleinige Ziel ein bestimmtes Vorhaben verhindern zu wollen, ist also nicht ausreichend.<sup>211</sup>

Die Gemeinde kann nach § 14 Abs. 1 BauGB per Veränderungssperre beschließen, dass Vorhaben i. S. d. § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden sowie dass erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen an Grundstücken und baulichen Anlagen nicht vorgenommen werden dürfen. So kann beispielsweise die Ansiedlung von Einzelhandelsvorhaben verhindert werden, die mit einem sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan in Zukunft ausgeschlossen werden sollen.

Nach § 14 Abs. 2 BauGB sind hiervon jedoch Ausnahmen zulässig. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg führt hierzu aus, dass der Maßstab für das Gewähren einer Ausnahme der konkrete Sicherungszweck der Veränderungssperre sein muss.<sup>212</sup> Positiv formuliert ist eine Ausnahme von der Veränderungssperre also dann zu erteilen, wenn das geplante Vorhaben den Planabsichten der Kommune nicht entgegensteht.

---

<sup>209</sup> Vgl. BVerwG, Urteil v. 10.09.1976, 4 C 39.74 / BVerwGE 51,121.

<sup>210</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 264, Rn. 301.

<sup>211</sup> U.a. BVerwG, Beschluss v. 19.05.2004 – 4 BN 22.04 / BeckRS 2004, 22896; BVerwG, Beschluss v. 25.11.2003 – 4 BN 60.03 / BauR 2004, 634.

<sup>212</sup> Vgl. VGH Mannheim, Beschluss v. 25.09.2002 – 8 S 1833.02 / BauR 2003, 1537.

Geht es etwa nur darum, zukünftig Einzelhandelsbetriebe auszuschließen, wird für die Errichtung eines Wohngebäudes eine Ausnahme zu erteilen sein.

Gemäß § 16 Abs. 1 BauGB wird die Veränderungssperre als Satzung erlassen. Nach § 17 Abs. 1 S. 1 BauGB gilt eine Veränderungssperre zunächst zwei Jahre.

Diese Frist kann gemäß Abs. 1 S. 3 um ein weiteres Jahr verlängert werden. Wenn besondere Umstände es erfordern, ist gemäß Abs. 2 nochmals eine Verlängerung um ein Jahr möglich.

Laut § 17 Abs. 5 BauGB tritt die Veränderungssperre mit Abschluss der Bauleitplanung außer Kraft. Sind die Voraussetzungen für den Erlass der Veränderungssperre nicht mehr gegeben, ist sie nach § 17 Abs. 4 BauGB außer Kraft zu setzen. Die Veränderungssperre kann als Satzung im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens nach § 47 VwGO angefochten oder aber inzident im Baugenehmigungsverfahren überprüft werden.<sup>213</sup>

## **5.2 Zurückstellung von Baugesuchen**

Neben dem Erlass einer Veränderungssperre<sup>214</sup> hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer Bauleitplanung auch die Möglichkeit Baugesuche zurückzustellen. Voraussetzung für eine Zurückstellung von Baugesuchen nach § 15 Abs. 1 BauGB ist, dass der Erlass einer Veränderungssperre rechtlich möglich wäre.<sup>215</sup> Auf Antrag der Gemeinde kann die Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben im Einzelfall von der Baugenehmigungsbehörde bis zu zwölf Monate ausgesetzt werden.

---

<sup>213</sup> Siehe hierzu Schrödter, 2006, S. 484, Rn. 30, 31.

<sup>214</sup> Vgl. Kapitel 5.1.

<sup>215</sup> Zu den Voraussetzungen vgl. Kapitel 5.1.

Dies ist jedoch nur möglich, wenn zu befürchten ist, dass die Durchführung der Planung durch das Vorhaben unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert wird.

Sollen in der Innenstadt aus Gründen der Attraktivitätssteigerung künftig Vergnügungsstätten ausgeschlossen werden, kann beispielsweise die Entscheidung über den Antrag auf Errichtung einer Spielhalle um bis zu zwölf Monate zurückgestellt werden.

Ist ein Baugenehmigungsverfahren nicht notwendig (vgl. §§ 50, 51 LBO) kann die Baugenehmigungsbehörde auf Antrag der Gemeinde gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 BauGB eine vorläufige Untersagung aussprechen.

Im Vergleich zu einer Veränderungssperre ist die Zurückstellung das mildere Mittel. Unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sollte also die Zurückstellung der Veränderungssperre vorgezogen werden, wenn sie zur Sicherung der Bauleitplanung ausreicht. Die Zurückstellung ist im Unterschied zu einer Veränderungssperre stets auf einen konkreten Fall bzw. ein konkretes Vorhaben bezogen.<sup>216</sup> Sie stellt einen Verwaltungsakt dar, der mit Widerspruch und Klage angefochten werden kann.<sup>217</sup>

---

<sup>216</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 270, Rn. 308.

<sup>217</sup> Vgl. Schrödter, 2006, S. 492 f., Rn. 23.



### 5.3 Gemeindliches Vorkaufsrecht

Neben dem Erlass einer Veränderungssperre<sup>218</sup> oder der Zurückstellung von Baugesuchen<sup>219</sup> kann eine Gemeinde ihre Bauleitplanung und deren Durchführung auch über gemeindliche Vorkaufsrechte sichern.

Man unterscheidet das allgemeine und das besondere Vorkaufsrecht. Im Zusammenhang mit der Ausübung des Vorkaufsrechts wird in Praxis und Literatur auch von „kleiner Enteignung“ gesprochen.<sup>220</sup>

Die Relevanz für die Praxis ist allerdings eher gering, da die Ausübung des Vorkaufsrechts nicht planbar ist, sondern davon abhängt, ob Grundstücksveräußerungen erfolgen oder nicht.

Ein weiteres Problem in Zeiten knapper Kassen sind die finanziellen Mittel, die zum Erwerb des Grundstücks benötigt werden.<sup>221</sup>

#### 5.3.1 Allgemeines Vorkaufsrecht

Mit § 24 Abs. 1 BauGB wird der Gemeinde in bestimmten Fällen ein gesetzliches Vorkaufsrecht eingeräumt. In welchen Fällen das gesetzliche Vorkaufsrecht wahrgenommen werden kann, ist in Abs. 1 Nr. 1 - 7 abschließend geregelt.

Auf Grund des enteignungsähnlichen<sup>222</sup> Charakters sind in § 24 Abs. 2 u. 3 BauGB hohe Hürden an die Ausübung des Vorkaufsrecht geknüpft, wenngleich nicht so hohe Anforderungen, wie an die Enteignung im ursprünglichen Sinne.

---

<sup>218</sup> Siehe Kapitel 5.1.

<sup>219</sup> Siehe Kapitel 5.2.

<sup>220</sup> Vgl. Birk, 1998, S. 241, Rn. 665.

<sup>221</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 276, Rn. 313.

<sup>222</sup> Vgl. Kapitel 5.3, „kleine Enteignung“.

Nach der Rechtssprechung ist dem Wohl der Allgemeinheit i. S. d. § 24 Abs. 3 BauGB dann entsprochen, wenn im Zusammenhang mit einer Aufgabe, die in die Erfüllungshoheit der Kommunen fällt, überwiegende Vorteile für die Allgemeinheit angestrebt werden.<sup>223</sup> Hierbei muss ein städtebaulicher, eigentums- oder bodenpolitischer Bezug bestehen.<sup>224</sup> Die Beurteilung, ob die Ausübung des Vorkaufsrechts zum Wohle der Allgemeinheit erfolgte, unterliegt in vollem Umfang der tatrichterlichen Würdigung durch die Gerichte.<sup>225</sup>

### **5.3.2 Besonderes Vorkaufsrecht**

Das gesetzliche bzw. allgemeine Vorkaufsrecht des § 24 BauGB<sup>226</sup> wird durch die Regelungen zum besonderen Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB ergänzt. In § 25 Abs. 1 u. 2 BauGB sind abschließend zwei weitere Fälle geregelt, in denen der Gemeinde ein Vorkaufsrecht zusteht. Um dieses ausüben zu können, ist jedoch zwingend der Erlass einer Satzung nötig.

Hierin liegt auch der Unterschied zum allgemeinen Vorkaufsrecht begründet, das kraft Gesetzes besteht und nicht den Erlass einer Satzung voraussetzt. Man spricht deshalb beim besonderen Vorkaufsrecht auch vom Satzungsorkaufsrecht.<sup>227</sup>

Da § 25 Abs. 2 BauGB auf die Regelungen des § 24 Abs. 3 BauGB verweist, gilt bei der Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts ebenfalls der Maßstab des Wohls der Allgemeinheit.<sup>228</sup>

---

<sup>223</sup> Siehe BVerwG, Beschluss v. 15.02.1990 – 4B 245.89 / NVwZ 1990, 1071.

<sup>224</sup> Ebenda.

<sup>225</sup> Vgl. BVerwG, Beschluss v. 26.04.1993 – 4 B 31.93 / NVwZ 1994, 282.

<sup>226</sup> Siehe Kapitel 5.3.1.

<sup>227</sup> Vgl. Koppitz, 2007, S. 279, Rn. 315.

<sup>228</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 5.3.1.

## 5.4 Sonstige Möglichkeiten zur Sicherung der Bauleitplanung

Neben den in Kapitel 5.1 bis 5.3 behandelten Instrumenten zur Sicherung der Bauleitplanung, bietet das BauGB den Kommunen noch weitere Möglichkeiten, die Bauleitplanung zu sichern.

Nach § 22 BauGB können Gemeinden, die überwiegend durch Fremdenverkehr geprägt sind, per Satzung bestimmen, dass die Begründung oder Teilung von Wohn- und Teileigentum der Genehmigung bedarf. Dies soll einer unerwünschten Häufung von Zweitwohnungen entgegenwirken.<sup>229</sup>

Auf Grund der Irrelevanz dieser Regelung im Zusammenhang mit der Sicherung der Bauleitplanung und der Einzelhandelsproblematik wird hierauf nicht weiter eingegangen.

Ein weiteres Instrument zur Sicherung der Bauleitplanung ist der städtebauliche Vertrag. Durch § 11 BauGB werden die Gemeinden zum Abschluss solcher Verträge ermächtigt.

Gegenstand eines städtebaulichen Vertrags kann nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 BauGB insbesondere auch die Förderung und Sicherung der mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele sein.<sup>230</sup>

In der Praxis hingegen ist die Bedeutung zur Sicherung der Bauleitplanung im Zusammenhang mit Einzelhandelsprojekten gering. Beim Abschluss eines städtebaulichen Vertrags handelt eine Kommune nicht hoheitlich, die Vertragspartner sind also „gleichberechtigt“. Auf Grund der sich in der Regel diametral gegenüberstehenden Interessen einer Kommune und eines Unternehmens der Privatwirtschaft ist der städtebauliche Vertrag im Normalfall ungeeignet, die Bauleitplanung zu sichern.

---

<sup>229</sup> Siehe hierzu Gelzer/Bracher/Reidt, 2001, S. 793, Rn. 2910.

<sup>230</sup> Ausführlich zum städtebaulichen Vertrag s.u.a. Schrödter, 2006, S. 438 ff., Rn. 1 – 50.

In besonders gelagerten Fällen kann sich ein städtebaulicher Vertrag dennoch als ein sehr effektives Instrument erweisen. Beispielsweise hat die Stadt Esslingen im Zuge der Ansiedlung des Möbelhauses Rieger einen städtebaulichen Vertrag mit dem Betreiber abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrages waren unter anderem auch Sortimentsbeschränkungen, die dem Schutz der Innenstadt dienen.

Der Regionalplan der Region Stuttgart lässt an der Stelle, an der sich das Möbelhaus Rieger ansiedelte, nur ein Randsortiment von 350 m<sup>2</sup> zu. Eine Kontrolle durch die Baurechtsbehörde ist aber in der Praxis nicht zu leisten. Im Rahmen eines vereinbarten städtebaulichen Vertrages verpflichtete sich der Betreiber, nur die erlaubte Fläche von 350 m<sup>2</sup> mit ausdrücklich genehmigtem Randsortiment zu bestücken.

Die Einhaltung dieser Vorgaben muss der Betreiber des Möbelhauses der Stadt Esslingen regelmäßig mittels eines externen Gutachtens nachweisen. Bei Verstößen sind im städtebaulichen Vertrag dezidierte Sanktionen festgehalten. In diesem Fall gelang der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages jedoch nur, weil das Möbelhaus Rieger auf einem städtischen Grundstück errichtet werden sollte.<sup>231</sup>

Im Vergleich zum städtebaulichen Vertrag sind aber der Erlass einer Veränderungssperre<sup>232</sup> und die Rückstellung von Baugesuchen<sup>233</sup> sowie, mit Abstrichen, das gemeindliche Vorkaufsrecht<sup>234</sup>, die in der Regel geeigneteren Mittel.

---

<sup>231</sup> Siehe hierzu Interview mit Herrn Böhm, Leiter des Baurechtsamts der Stadt Esslingen, Anlage 3, S. XI, Frage 2.

<sup>232</sup> Vgl. Kapitel 5.1.

<sup>233</sup> Vgl. Kapitel 5.2.

<sup>234</sup> Zu den „Abstrichen“ s. Kapitel 5.3.

## 6 Fazit

Die besten Möglichkeiten eine attraktive Innenstadt zu schützen und zu erhalten hat eine Kommune auf der Ebene des Bebauungsplans, wobei im Falle von großflächigem Einzelhandel in Sondergebieten auch bereits durch Darstellungen im Flächennutzungsplan regulierend eingegriffen werden kann.

Auf der Ebene des Bebauungsplans sind Sortimentsbeschränkungen sicherlich das effektivste, wenngleich auch das am schwierigsten zu handhabende und durchzusetzende Mittel. Im Zuge der Erstellung dieser Diplomarbeit hat sich hier immer wieder gezeigt, wie wichtig ein schlüssiges Einzelhandelskonzept und klare städtebauliche Vorstellungen einer Kommune sind.

Nur dadurch ist es möglich eine fundierte städtebauliche Begründung für Sortimentsbeschränkungen, wie etwa den Ausschluss von zentrenrelevanten Sortimenten in innerstädtischen Randlagen, zu liefern. Voraussetzung für die Wirksamkeit von Sortimentsbeschränkungen ist jedoch, dass die im Einzelhandelskonzept erarbeiteten und dargestellten Vorstellungen einer Kommune strikt eingehalten und nicht, beispielsweise durch „kommunalpolitische Erwägungen“, unterlaufen werden.

Zusammenfassend kann meines Erachtens gesagt werden, dass die Mittel der Bauleitplanung ausreichend sind. An einigen Stellen, wie z.B. im Falle der Großflächigkeit, sollte der Gesetzgeber aber seiner Verantwortung verbindliche Regelungen zu treffen nachkommen und derart wichtige Punkte schon aus Gründen der Rechtssicherheit nicht der Rechtssprechung zur Klärung überlassen.

Gleichzeitig gilt es aber zu bedenken, dass bauleitplanerische Mittel nicht das einzige Instrument zur Sicherung und zum Erhalt einer Innenstadt sind.

Zwar sind diese Mittel, wie dargestellt, ausreichend, bisweilen aber auch sehr starr und restriktiv, was gerade bei Unternehmen und hier insbesondere beim Einzelhandel, nicht immer auf „Anklang“ und Gegenliebe stößt.

Deswegen ist es meiner Meinung nach sinnvoll, sich bei der Sicherung und Erhaltung der Innenstadt nicht nur auf die Mittel der Bauleitplanung zu verlassen, sondern deren Schutz gewissermaßen auf mehrere „Säulen“ zu stützen. Hierbei kann das Baurecht als formaler Rahmen dienen, der durch Instrumente wie City- oder Stadtmarketing ausgefüllt wird. Durch diese Instrumente kann auch der Einzelhandel an Konzeptionen der Verwaltung beteiligt werden, was die Akzeptanz gegenüber von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Innenstadt erhöhen kann. Je besser es gelingt, das Baurecht mit den anderen Instrumenten zu vernetzen und die einzelnen Instrumente aufeinander abzustimmen, desto besser kann das Ziel, das Zentrum einer Kommune zu schützen bzw. möglichst attraktiv zu erhalten und weiter aufzuwerten, umgesetzt werden. Wichtig ist jedoch, dass die Mittel der Bauleitplanung in diesem System das „Rückgrat“ bilden, da sich letztendlich nur die Regelungen der Bauleitplanung auch rechtlich durchsetzen lassen.

## Anlage 1

Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2009

Bevölkerung,  
Familie**Hypothese 8:**

**Die Standortpräferenzen des Einzelhandels und des Gewerbes haben sich in den letzten Jahren von den Innenstädten zur grünen Wiese verschoben und so zu einem beschleunigten Flächenverbrauch beigetragen.**

Experten<sup>5</sup> benennen bei Befragungen verschiedene Ursachen für die Standortverlagerungen von Gewerbe und Industrie. Generell steigt der Flächenanspruch je Beschäftigten an. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der immer mehr favorisierten ebenerdigen Bauweise. Vielen Betrieben standen in den Innenstädten nicht mehr ausreichend Flächen für Erweiterungen zur Verfügung oder aber diese Flächen waren für die spezifischen Anforderungen nicht geeignet. Eine Rolle bei Standortentscheidungen spielen sicherlich auch die Bodenpreise. In einigen Fällen wird die Infrastrukturanbindung als wichtigster Faktor für Verlagerungen benannt. Zudem verhinderten Lärm- und Emissionsschutz, Altlasten und komplizierte Eigentumsverhältnisse eine stärkere Entwicklung im Innenbereich.

Neue Betriebstypen werden für die Standortverlagerungen des Einzelhandels verantwortlich gemacht. Mit dem Aufkommen der Fachmärkte (insbesondere von Bau- und Elektromärkten) ging eine Tendenz zu immer größeren Verkaufsflächen einher, die in der Innenstadt nicht mehr realisiert werden konnten. Zudem mussten immer mehr Parkplätze für die Kunden zur Verfügung stehen. Die Märkte wurden dann dort gebaut, wo die Verkehrsanbindung für den angestrebten Einzugsbereich unter Berücksichtigung der Konkurrenzsituation günstig war.

**Hypothese 9:**

**Ein bedeutender Faktor für den starken Zuwachs an SuV im suburbanen Raum ist der Baulandpreis. Je niedriger der durchschnittliche Baulandpreis einer Gemeinde ist, desto größer ist die Bautätigkeit von EZFH und desto geringer sind die baulichen Dichten.**

Der Logik und marktwirtschaftlichen Überlegungen folgend, verorten sich Ansiedelungen mit hohem Flächenbedarf in der Regel dort, wo die Bodenpreise relativ günstig sind. Dies gilt für den Wohnungsbau (insbesondere für EZFH) und die Ansiedlung von Gewerbebetrieben (zum Beispiel Logistikeinrichtungen an Autobahnanchlussstellen) gleichermaßen. Ein Ende findet diese Entwicklung dort, wo die Entfernung zu den urbanen Zentren eine gewisse Grenze überschreitet. Das relativ größte Wachstum der SuV wird in den Umlandgemeinden stärker verdichteter Bereiche beobachtet. Dies deutet

**Datengrundlage**

Die *Datengrundlage* liefert die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung (FETN). Diese wurde 1979 auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters eingeführt und seit 1981 (jeweils zum Stand 31. Dezember des Vorjahres) in 4-jährigem Turnus durchgeführt. Der über einen längeren Zeitraum angelegte Ergebnisvergleich innerhalb der Flächenerhebungen gestaltet sich problematisch, weil in der Vergangenheit gravierende Änderungen in der Katasterführung selbst vorgenommen worden waren. 1985 wurde damit begonnen, das Liegenschaftskataster gemarkungsweise auf DV-gestützte Führung umzustellen. Verfahrenstechnische Verbesserungen bei der Datenerfassung, Berichtigungen, geänderte Flächenzuordnungen und Neuvermessungen haben zuvor dazu beigetragen, dass die im Zeitvergleich (vor/nach der Umstellung) sich ergebenden rechnerischen Unterschiede nicht den tatsächlichen Nutzungsänderungen im betrachteten Zeitraum entsprechen.

Detaillierte Informationen zu methodischen Fragestellungen, die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Ergebnisse, etc. finden sich bei: *Betzholz, Thomas: Flächenverbrauch in Baden-Württemberg – gestern, heute und morgen, in: Statistisch-Prognostischer Bericht 2002, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.*

auf eine ausgeprägten Suburbanisierungsprozess hin, das neben der Wohnbevölkerung auch die Wirtschaft umfasst.

**Hypothese 10:**

**Mit einer Verkleinerung der Haushaltsgröße geht eine Zunahme der Pro-Kopf-Wohnflächeninanspruchnahme einher, die zu einem Anstieg des Wohnraumes und somit zu einer Neuinanspruchnahme von Wohnbauflächen geführt hat.**

Die durchschnittliche Haushaltsgröße, also der Quotient aus Einwohner je Wohneinheit, kann auf zwei Arten abnehmen. Entweder schrumpft die Bevölkerung oder die Zahl der Wohneinheiten (WE) erhöht sich. Bei einer wachsenden Einwohnerzahl steigt die Zahl der Wohneinheiten schneller, sodass sich die Einwohner auf eine größere Anzahl an Wohnungen aufteilen.

3 Das Charakteristische an diesen Interviews ist die Fokussierung auf einen im Voraus bestimmten Gesprächsgegenstand oder -anreiz. Im anschließenden fokussierten Interview werden dann, auf der Basis eines Gesprächsleitfadens, die Reaktionen und Interpretationen des Befragten bezüglich des zuvor festgelegten Fokus in relativ offener Form festgehalten. Befragt wurden Vertreter von: BUND Ulm, IHK Ulm, Regionalverband Donau-Ilker, Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm, Abteilung Umwelt- und Stadtplanung der Stadt Ulm, Wirtschaftsförderung Alb-Donau-Kreis.

4 Gilt für Wohngebiete gleichermaßen.

5 Ebenda.

## Anlage 2

## Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg



Die entscheidende Aussage betrifft nicht so sehr die Bevölkerungszahl insgesamt, sondern die gravierenden Verschiebungen im Altersaufbau. Zwar wird aller Voraussicht nach der Südwesten auch weiterhin – nicht zuletzt aufgrund seiner wohl auch künftig relativ günstigen Arbeitsmarktsituation – eine für Zuwanderungen attraktive Region bleiben, sodass deshalb erst ab dem Jahr 2012 mit einem zunächst moderaten Bevölkerungsrückgang zu rechnen sein wird. Dennoch wird der Südwesten sicherlich einen ähnlichen Alterungsprozess erleben, wie viele andere westdeutsche Regionen auch.

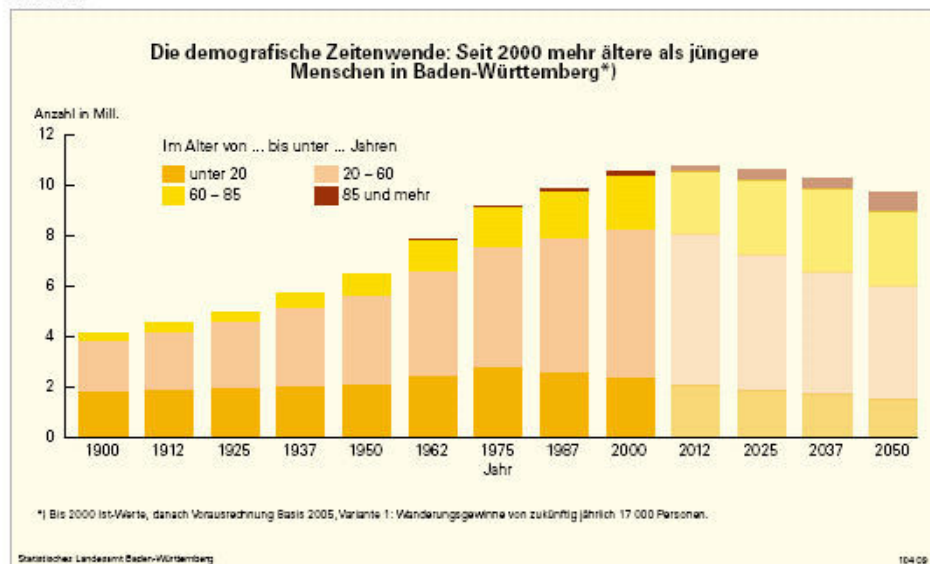
Ende 2000 gab es in Baden-Württemberg die historische Zäsur, dass hier erstmals mehr ältere Menschen lebten als unter 20-Jährige. Bereits heute liegt der Anteil der unter 20-Jährigen nur noch bei 21 %, der Anteil des Erwerbspersonenpotenzials, das heißt der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren, bei 55 % und der Anteil der 60-Jährigen und Älteren bei 24 %. Bis 2050 würde der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen auf 15 % sinken, der Anteil

der Menschen im erwerbsfähigen Alter auf 47 % zurückgehen und der Anteil der 60 Jahre und älteren auf 39 % ansteigen. Darunter befände sich ein Anteil von 7 % an Hochbetagten, d.h. Menschen im Alter von 85 und mehr Jahren. 40 % dieser Menschen sind heute pflegebedürftig. Wir erleben einen Alterungsprozess nicht etwa nur deshalb, weil die Zahl der älteren Menschen so stark zunehmen wird, sondern weil uns die Kinder fehlen.

## 2.2 Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse

In der Vergangenheit stellten die Wanderungsbewegungen den „Hauptantrieb“ für das Bevölkerungswachstum im Lande dar. Seit 1952 erhöhte sich die Einwohnerzahl des Landes durch Wanderungsgewinne um annähernd drei Millionen. Dies war auf Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem Zweiten Weltkrieg, Gastarbeiterzuwanderung sowie Arbeitskräftezuwanderung aus anderen

Schaubild 2





## Anlage 3

19.01.2010

**Interview mit Herrn Böhm,  
Leiter des Baurechtsamts der Stadt Esslingen****1.) Gab oder gibt es in Esslingen Probleme im Zusammenhang mit dem „Trading-Down-Effekt“ und wenn ja, welche Gegenmaßnahmen wurden ergriffen?**

Vor ca. 7 – 8 Jahren gab es Probleme im Stadtteil Pliensauvorstadt. Dort wurde auf einer Industriebrache im Rahmen des Projekts „soziale Stadt“ eine neue Ortsmitte mit Bürgerhaus, Kindertagesstätte, Altenpflegeheim und Wohnungen für besonderen Bedarf geschaffen. Der bestehende Lebensmittelmarkt sollte attraktiver gestaltet werden.

Gegenüber befand sich ein weiterer Lebensmittelmarkt der zwischenzeitlich umgenutzt wurde (Geschäft für Tiernahrung). In diesem Gebäudekomplex sind weitere Nutzungen wie Gastronomie und kleinere Ladenlokale vorhanden.

Mit dem Eingang eines Antrags auf Errichtung einer Spielhalle in diesem Gebäude drohte jedoch eine negative Entwicklung in diesem Gebiet.

Die maximal zulässige Fläche für Spielhallen im Mischgebiet liegt bei 100 m<sup>2</sup>, die beantragte Spielhalle hatte eine Fläche von 105 m<sup>2</sup>, weshalb wir den Antrag abgelehnt haben.

Hiergegen wurde Widerspruch erhoben, es kam zum Prozess, den wir verloren. Begründet wurde dies damit, dass die 100 m<sup>2</sup> eine reine Orientierungsfunktion hätten.

Der Argumentation der Stadt, dass die geplante Spielhalle die Situation in diesem ohnehin sozial problematischen Stadtteil weiter verschlechtern würde, wurde nicht beachtet. Kritisch für uns war insbesondere auch die Nähe zur Innenstadt, weshalb entschieden wurde, diesen Bereich zu schützen. Zu diesem Zweck haben wir ein Sanierungsgebiet ausgewiesen. Die Ausweisung führte auch zum Erfolg, das Vorhaben konnte verhindert werden. Allerdings gab es noch rechtliche Probleme, da die Baugenehmigung zu Unrecht versagt worden war. Es wurden Schadensersatzforderungen gegen die Stadt erhoben, es gelang aber sich außergerichtlich zu einigen.

Allerdings handelte es sich in diesem Fall „nur“ um einen Stadtteil, der vom „Trading-Down-Effekt“ bedroht war. In der Innenstadt selbst haben wir insoweit kaum Probleme.

Das liegt auch daran, dass Esslingen sehr früh<sup>235</sup> damit begonnen hat, mit dem Sanierungsrecht zu arbeiten. Mittel wie Veränderungssperren oder Zurückstellungen wurden anfangs kaum angewandt. Der Fokus lag darauf, aufkommende Probleme über das Sanierungsrecht zu lösen. Mittlerweile haben wir praktisch das gesamte Stadtgebiet neu beplant, indem wir qualifizierte Bebauungspläne aufgestellt haben, die dem Schutz der Innenstadt dienen. Dort haben wir insbesondere Festsetzungen zur Art der Nutzung getroffen, die Vergnügungsstätten und Betriebe der gewerblichen Unzucht ausschließen. Mit diesen Mitteln haben wir in der Innenstadt auch bereits sehr viel erreicht.

Mittlerweile ist die Versorgungssituation in der Innenstadt etwas schlechter geworden, insbesondere Lebensmittelmärkte weichen zunehmend aus der Innenstadt. Die Versorgung in der Innenstadt ist zwar zurzeit noch zufrieden stellend, könnte aber besser sein. Deshalb wird derzeit im Rahmen eines Einzelhandelskonzepts untersucht, wo Einzelhandel noch „verträglich“ angesiedelt werden könnte. Seit Inbetriebnahme des ES-Einkaufszentrums fand eine Verlagerung des Einzelhandels in die westliche Innenstadt statt. Unser Ziel ist es nun, auch mit Hilfe des Einzelhandelskonzepts, die östliche Innenstadt wieder aufzuwerten.

**Zwischenfrage:** Erstellen Sie das Einzelhandelskonzept intern oder haben Sie den Auftrag zur Erstellung extern vergeben?

Das Einzelhandelsgutachten wird extern erstellt. Beauftragt ist das Büro Acocella.

Wichtig im Zusammenhang mit dem Erhalt und der Schaffung einer attraktiven Innenstadt sind sicherlich auch die weichen Gestaltungsfaktoren. Ein Stichwort zu diesem Thema sind die erst kürzlich erlassenen Sondernutzungsrichtlinien, die die Attraktivität der Innenstadt erhöhen sollen. Hier wurden in einem Gemeinschaftswerk der Stadtverwaltung, des Gemeinderats und des Einzelhandels dezidierte Gestaltungsrichtlinien getroffen, wie Einzelhandel und Gastronomie im öffentlichen Raum auftreten dürfen. Auch so lässt sich eine Innenstadt stärken. Ein weiterer Punkt ist die Aufwertung öffentlicher Flächen, etwa durch Begrünung und Neugestaltung des öffentlichen Raums, der auch Bestandteil eines Sanierungsgebietes ist. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Umgestaltung der Neckarstraße und der Bahnhofstraße.

---

<sup>235</sup> Seit den 80er Jahren.

Neben dem Schutz der Innenstadt ist das Ziel der Stadt auch, die jeweiligen Zentren der Ortsteile zu stärken. Ziel ist es, dass jeder Ortsteil sein eigenes Zentrum bekommt. Primäres Ziel ist es, die dortige Nahversorgung sicherzustellen. Insbesondere in der Pliensauvorstadt und in Sulzgries hat das ganz gut funktioniert.

## **2.) Hat die Stadt Esslingen Sondergebiete an peripheren Standorten ausgewiesen?**

Bereits in der Vergangenheit wurde die Firma Metro an einem peripheren Standort angesiedelt. Ende der Neunzigerjahre wurde dann ein Hornbach Baumarkt angesiedelt. Dies war damals vom Regionalplan auch so abgedeckt. Im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Baumarkts wurde ein Bebauungsplan erstellt und das Vorhaben auf Grundlage dieses Bebauungsplans genehmigt. Heute würden wir dies vermutlich anders handhaben. Im Fall des Möbelhauses Rieger etwa haben wir ebenfalls einen Bebauungsplan aufgestellt, gleichzeitig aber einen städtebaulichen Vertrag abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrages waren insbesondere Sortimentsbeschränkungen. Der Regionalplan lässt an dieser Stelle nur ein Randsortiment von 350 m<sup>2</sup> zu, eine Kontrolle durch die Baurechtsbehörde ist aber in der Praxis nicht zu leisten. Im Rahmen des städtebaulichen Vertrages verpflichtet sich der Betreiber, nur diese Fläche mit Randsortiment zu bestücken. Die Einhaltung dieser Vorgaben muss der Betreiber der Stadt mittels eines externen Gutachtens regelmäßig nachweisen. Bei Verstößen sind im städtebaulichen Vertrag Sanktionen festgehalten.

**Zwischenfrage:** In der Literatur wird der städtebauliche Vertrag als ungeeignetes Sicherungsinstrument beschrieben. Wieso ging der Betreiber in Ihrem Fall darauf ein?

In unserem Fall hatten wir den Vorteil, dass der Betreiber auf ein städtisches Grundstück angewiesen war. In diesem Zusammenhang hat sich der städtebauliche Vertrag deshalb als ein sehr geeignetes Mittel erwiesen.

Der aktuellste Fall aber ist sicherlich das Neckar Center. Das Neckar Center war 1960 eines der ersten Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ im Raum Esslingen. Das Neckar Center wurde 1990 in ein Einkaufszentrum „heutiger Prägung“ umgewandelt und wurde so von uns auch bauplanerisch abgedeckt. Vom heutigen Regionalplan ist das Neckar Center nicht mehr abgedeckt. Dort haben wir nicht mit Sortimentsbeschränkungen, sondern mit Verkaufsflächenbeschränkungen gearbeitet. Insgesamt stehen 21.500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zur Verfügung, hiervon müssen jedoch 3000 m<sup>2</sup> für einen Baumarkt bereitgestellt werden.

Dies liegt daran, dass bis 1990 ein Baumarkt mit ungefähr dieser Größe dort angesiedelt war. Mit der Ansiedlung von Hornbach wurde dieser Baumarkt allerdings verdrängt, ebenso wie ein Baumarkt in der Pliensauvorstadt.

Im Moment versucht das Neckar Center, die Fläche für den Verkauf von nicht-zentrenrelevanten Sortimenten zu bekommen. Die Stadt Esslingen sieht dies kritisch, da dies nicht vom Regionalplan abgedeckt wird. Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass die Firma Decathlon mit rund 5000 m<sup>2</sup> ins Neckar Center kommt, was bei den umliegenden Sportmärkten auf Proteste stößt. Derzeit wird die Baugenehmigung angefochten, der Ausgang des Verfahrens ist noch offen. Strittig ist hierbei insbesondere die Größe der Verkaufsflächen. In die Entscheidung wird auch hineinspielen, dass bauleitplanerische Maßnahmen nicht dem Wettbewerbsschutz dienen dürfen.

### **3.) Denken Sie, dass die Mittel der Bauleitplanung ausreichend sind, um die Innenstädte vor dem Verfall zu bewahren?**

Die Bauleitplanung hat sehr gute Möglichkeiten zum Schutz der Innenstadt, allerdings sollte sie nicht das alleinige Mittel sein. Vielmehr ist es wichtig den Schutz der Innenstadt auf mehreren Säulen aufzubauen. Neben der Bauleitplanung sollten auch Mittel des Stadt- und Citymarketings eingesetzt werden. Ein wichtiger Punkt ist auch die Bevölkerung nicht zu vergessen. Gerade auch die Aufwertung von Privatgebäuden trägt einen wichtigen Teil zu Aufwertung einer Innenstadt bei.

### **4.) Haben Sie in der Praxis bereits Erfahrungen mit dem neu geschaffenen § 9 Abs. 2a BauGB?**

Diese Möglichkeit spielt in Esslingen keine Rolle, da praktisch das gesamte Gemeindegebiet durch Bebauungspläne überplant ist. Circa 50 % unserer Bebauungspläne sind qualifizierte Bebauungspläne. Dies ist zum Teil auch historisch bedingt, da die Stadt Esslingen bereits seit den 30er Jahren über die Ortsbausatzung flächendeckend Planungsrecht geschaffen und umgesetzt hat. Die einzelnen Baustaffeln sind in der Regel einfache Bebauungspläne, die insbesondere Festsetzungen über die Art der Nutzung treffen. Nur was das Maß der Nutzung angeht, muss gelegentlich ergänzend auf § 34 BauGB zurückgegriffen werden.

**5.)Aktuell haben Sie zwei neue Baugebiete geschaffen, sechs weitere Bebauungspläne befinden sich in der Aufstellungsphase. Erwarten Sie hiervon Auswirkungen auf die Innenstadt?**

Wir erwarten insbesondere Auswirkungen in der Neckarstraße. Dort besteht derzeit ein qualifizierter Bebauungsplan, es handelt sich um ein Mischgebiet. Im Herbst ging ein Baugesuch ein, bei dem in einem besonders denkmalgeschützten Gebäude mehrere Beherbergungsbetriebe errichtet werden sollten. Wir vermuten, dass dort ein bordellartiger Betrieb entstehen könnte. Um sicherzustellen, dass wirklich nur Beherbergungsbetriebe eingerichtet werden, haben wir einen Aufstellungsbeschluss gefasst und schließen nun Vergnügungsstätten ausdrücklich aus. Wir werden das Vorhaben nach § 15 BauGB zurückstellen und erst genehmigen, wenn der Bebauungsplan geändert ist. Das zu verhindern ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Nähe zur angrenzenden Schule und zur Innenstadt wichtig, da mit einem bordellartigen Betrieb negative Auswirkungen verbunden sind.

Interessant ist auch das Gebiet Breite. Hier wollen insbesondere Baugeinschaften Häuser mit neuen Wohnformen errichten.

**Zwischenfrage:** Im Bebauungsplan ist vorgesehen im zentralen Bereich gewerbliche Nutzungen im Erdgeschoss zuzulassen. Könnte dies nicht mit negativen Auswirkungen für das dort bestehende Nahversorgungszentrum verbunden sein?

Dies ist nicht der Fall. Einzelhandel wurde im Bebauungsplan ausdrücklich ausgeschlossen. Geplant sind Nutzungen des nicht störenden Gewerbes.

## Anlage 4

25.01.2010

**Interview mit Herrn Rinn,  
Stadtplanungsamt Nürtingen****1.) Gab oder gibt es in Nürtingen Probleme im Zusammenhang mit dem „Trading-Down-Effekt“ und wenn ja, welche Gegenmaßnahmen wurden ergriffen?**

Der Begriff des „Trading-Down“ ist in erster Linie eine Frage der Definition. Der Begriff wird in der Praxis vielfältig verwendet, jedoch „versteht“ jeder etwas anderes unter diesem Begriff. Ein Stadtplaner wird den Begriff „Trading-Down“ in der Regel anders verstehen, als ein Kommunalpolitiker. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass je größer eine Stadt ist, desto deutlicher und öfters kann ein etwaiger „Trading-Down-Effekt“ beobachtet werden. Deswegen kann man beispielsweise die Probleme, die Städte im Ruhrgebiet in diesem Bereich haben, so nicht direkt auf Nürtingen übertragen und auch nicht in dieser Intensität beobachten.

In Nürtingen selbst sind aus meiner Sicht keine akuten Fälle von „Trading-Down“ zu beobachten, es gibt Ansätze eines „Absackens“ in Teilbereichen, z.B. in „Klein-Tischardt“<sup>236</sup>. Auch in Teilen der „Kirchheimer Vorstadt“<sup>237</sup> gab es in der Vergangenheit einige Ansätze von Problemen, dort ist seit einigen Jahren aber ein kontinuierlicher Umbruch (Generationenwechsel) zu beobachten, der zunehmend zu einer eigenständigen positiven Entwicklung führt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir in Nürtingen nicht das Problem haben, dass ganze Stadtteile vom so genannten „Trading-Down-Effekt“ betroffen sind. Man kann aber durchaus der Meinung sein, dass es sehr wohl einige Stellen in der Stadt gibt, die man aus planerischer Sicht im Auge behalten sollte. Derzeit besteht aber noch kein dringender Handlungsbedarf. In der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart werden in Nürtingen hierzu auch die Möglichkeiten des Sanierungsrechtes eingesetzt, so haben wir z.B. für den Bereich Gerberplatz (Klein-Tischardt) im vergangenen Jahr die Ausweisung eines Sanierungsgebietes beantragt.

---

<sup>236</sup> Gebräuchlicher Name für ein Stadtviertel Nürtingens an der Metzinger Straße.

<sup>237</sup> Gebräuchlicher Name für das an der Kirchheimer Straße gelegene Stadtviertel Nürtingens.

## 2.) Was veranlasste die Stadt Nürtingen zur Aufstellung des Einzelhandelskonzepts?

Das war in erster Linie das geplante Einkaufszentrum „GANT“, das Mitten im Zentrum Nürtingens angesiedelt werden sollte und mittlerweile dort errichtet wurde. Um etwaige Folgen abschätzen zu können und um Einfluss auf die zukünftige Einzelhandelsentwicklung und -ansiedlung zu nehmen wurde damals ein solches Einzelhandelskonzept erstellt<sup>238</sup>.

## 3.) Kommt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen auch das Instrument der Sortimentsbeschränkungen zum Einsatz?

Wir arbeiten in Nürtingen zum Teil in Bebauungsplänen mit Sortimentsbeschränkungen für den Einzelhandel, um ganz gezielt negativen Folgen für die Innenstadt zu begegnen.

Als Instrument haben wir den aus dem Einzelhandelsgutachten resultierenden „Tennisschläger“<sup>239</sup>, der Zonen für zentrenrelevanten und nicht zentrenrelevanten Einzelhandel ausweist.

Eingesetzt wurden Sortimentsbeschränkungen zum Beispiel im Gebiet „Seebach“<sup>240</sup> und im Bereich des ehemaligen Zementwerkes („Meistermax“)<sup>241</sup>. Bei der Handhabung der Sortimentsbeschränkungen orientieren wir uns an den im Einzelhandelskonzept als zentren- und nicht-zentrenrelevanten festgelegten Sortimenten.

### **Zwischenfrage:** Was halten sie von diesem Instrument?

Sortimentsbeschränkungen sind ein schwieriges Instrument. Der Knackpunkt hier ist für mich immer die Frage der Durchsetzbarkeit. Es ist jedoch auf alle Fälle ein wichtiger Hinweis für einen Unternehmer, dass eine Kommune klare Vorstellungen darüber hat, welche Sortimente sie an welcher Stelle haben möchte und welche nicht. Das ist wichtig und notwendig.

---

<sup>238</sup> Beteiligt waren die Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg GmbH und die BBE Baden-Württemberg GmbH.

<sup>239</sup> Die Zonen, in denen zentrenrelevanter Einzelhandel zulässig ist, ergeben im Zusammenhang die Form eines Tennisschlägers.

<sup>240</sup> Gewerbegebiet im Süd-Osten Nürtingens, nahe der B 313 Richtung Metzingen.

<sup>241</sup> Gebäudekomplex im Osten Nürtingens, in dem Einzelhandel mit nicht-zentrenrelevantem Sortimenten untergebracht ist.

Bei der Festlegung von Sortimentsbeschränkungen ist die Frage immer nach dem Nutzen und der Durchsetzbarkeit zu stellen.

Nehmen wir ein Beispiel:

Es wird ein Baugebiet geplant und alle Sortimente, die nicht zum Lebensmittelsortiment gehören, planungsrechtlich ausgeschlossen.

Das erste Problem in der Umsetzung ergibt sich bereits dann, wenn ein Discounter zur Nahversorgung angesiedelt werden soll, da Discounter einen Großteil ihres Umsatzes inzwischen mit Bekleidung, Schuhen und Elektrogeräten (so genannter „Nonfoodbereich“) machen und deshalb an für sich in diesem Baugebiet auf Grund der Sortimentsfestsetzungen nicht zulässig wären. Andere Instrumente als Sortimentsbeschränkungen hat eine Kommune aber fast nicht, weshalb den formulierten und ausgewiesenen Sortimentsbeschränkungen im Endeffekt doch eine sehr wichtige Rolle zukommt.

Ein weiteres Problem bei Sortimentsbeschränkungen ist auch, dass sie ohne ein vernünftiges Einzelhandelskonzept nicht festsetzbar und durchsetzbar sind. Bevor also das Mittel Sortimentsbeschränkungen eingesetzt werden kann, ist eine Menge Vorarbeit nötig. Gerade eine fundierte Analyse und eine darauf aufbauenden städtebauliche Begründung ist bei dem Einsatz von Sortimentsbeschränkungen unerlässlich. Wenn man diese hat, kann der Einsatz dieses Instruments sehr gut funktionieren.

Wichtig ist dabei jedoch immer, sich im Klaren zu sein, welche Auswirkungen so eine Festsetzung tatsächlich hat oder nicht und das man diese durchsetzen muss.

Allenfalls noch eine Möglichkeit stadtplanerisch regulierend einzuwirken, wäre aktiv eine bevoratende Bodenpolitik zu betreiben. Davon wird jedoch in Nürtingen, wie in vielen anderen süddeutschen Kommunen, kein Gebrauch gemacht, obwohl diese Möglichkeit effizient genutzt zur Steuerung von Nutzungen (z.B. durch städtebauliche Verträge) verwendet werden kann.

Ein anderorts praktiziertes Modell ist beispielsweise, dass die Kommune nur noch dort Bebauungspläne aufstellt, wo die Stadt sämtliche Grundstücke im Eigentum hat. Die Stadt kauft gewissermaßen den Bürgern im Vorfeld die Grundstücke ab, entwickelt diese und im Anschluss erhalten die Bürger die Möglichkeit (evt. durch Verträge gesichert) diese Grundstücke entwickelt zurückzukaufen.

Wie eine Kommune das stadtplanerisch handhabt bzw. ob sie ein derartiges Instrument einsetzt ist eine grundsätzliche Entscheidung, die die Politik treffen muss. Jede Kommune findet gewissermaßen ihr eigenes Konzept, planerisch Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung zu nehmen.



### **3.) Gibt es in Nürtingen Probleme mit großflächigem Einzelhandel an peripheren Standorten?**

Das ist in Nürtingen kein Thema. Vielmehr ist es gelungen mit dem GANT-Einkaufszentrum großflächigen Einzelhandel direkt in der Innenstadt anzusiedeln und so einen echten „Kundenmagneten“ und Frequenzbringer zu schaffen.

### **4.) Denken Sie, dass die Mittel der Bauleitplanung ausreichend sind um die Innenstädte vor dem Verfall zu bewahren?**

Der Bauleitplanung stehen hierfür eine Reihe von Mitteln zur Verfügung. Gerade auch die bereits angesprochenen Sortimentsbeschränkungen sind geeignet, eine Innenstadt zu schützen und auch auf Dauer zu erhalten. Wichtig ist aber immer, dass wenn solche Regeln aufgestellt wurden, diese auch konsequent und restriktiv durchgesetzt werden und nicht durch kommunalpolitische Erwägungen unterlaufen oder verwässert werden. Nur dann kann dieses Instrument seine volle Wirkung entfalten. Setzt eine Stadt Sortimente fest und erteilt laufend Ausnahmen oder Befreiungen davon, ist sie irgendwann nicht mehr glaubhaft.

Bauleitplanung (Bebauungspläne) und die Steuerung über „§ 34er-Gebiete“<sup>242</sup> alleine ist aus meiner Sicht jedoch nicht ausreichend, wichtig ist jedenfalls auch eine kontinuierliche Stadtentwicklungsplanung, d.h. aus dem Blickwinkel einer gesamten Betrachtung heraus müssen Einzelfälle betrachtet und entschieden werden.

Oft wird unter Stadtplanung die alleinige Erstellung von Bebauungsplänen verstanden, ohne zu berücksichtigen, dass gerade in einer Entwicklung einer Stadt die Betrachtung sehr vieler Parameter und vielfältiger Interessen notwendig sind.

Die Einzelbetrachtung eines einzelnen Projektes führt leider öfters dazu, dass z.B. negative Veränderungen bzw. ein Absacken von Teilbereichen innerhalb der Stadt außerhalb des Blickwinkels der Allgemeinheit und der Entscheidungsträger liegen.

---

<sup>242</sup> Gemeint ist der faktische Bebauungsbereich bzw. der nicht überplante Innenbereich nach § 34 BauGB; s. hierzu auch Kapitel 4.1.1.

**5.) Haben Sie in der Praxis bereits Erfahrungen mit dem neu geschaffenen § 9 Abs. 2a BauGB?**

Bis jetzt noch nicht. Bisher konnten (fast) alle unerwünschten Vorhaben über das Einzelhandelskonzept bzw. über direkte Verhandlungen mit den Investoren abgewehrt werden, weshalb wir von dieser neuen Festsetzungsmöglichkeit bislang noch kein Gebrauch gemacht haben.

Wir haben zwar noch klassische „§ 34er-Gebiete“, dort ergab sich aber bis dato keinerlei akuter Handlungsbedarf. Wir arbeiten hier häufig mit dem klassischen Bebauungsplan nach dem „Dreißigerverfahren“<sup>243</sup>, seit der Änderung des BauGBs auch oft mit dem Bebauungsplan der Innenentwicklung im verkürzten Verfahren nach § 13a BauGB.

---

<sup>243</sup> Planerjargon für die Aufstellung eines Q- oder E-Planes nach § 30 BauGB; vgl. hierzu auch Kapitel 2.3.2.

## Anlage 5

**Inhaltsverzeichnis****Seite****I. Überblick**

A

**II. Beschreibung des Projekts - Aufgabenstellung**

1

**III. Abgrenzung des Kundeneinzugsgebiets**

1. Vorbemerkung	2
2. Umsatzkennziffer	2
3. Einzelhandelsumsatz absolut	3
4. Berufs- und Ausbildungspendler	4
5. Kundenwohnorterhebung	6
6. Ergebnis der Abgrenzung des Einzugsgebiets	9
7. Kundenintensität der Orte im Einzugsgebiet	11

**IV. Strukturdaten**

1. Altersstruktur	13
2. Haushaltgröße	14
3. Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen	15

**V. Kaufkraftberechnungen**

1. Einkommens- und Kaufkraftniveau	17
2. Einzelhandelsrelevante Kaufkraft – Verbrauchsausgaben	20
3. Ermittlung des Marktpotentials	22
4. Einzelhandelsumsätze	25
5. Umsatzvergleich 1978/94	27
6. Kaufkraftströme	27
7. Kaufkraftabflüsse in den Versandhandel	32
8. Ergebnis – Kaufkraftzu- und Abflüsse	33

**VI. Struktur des Einzelhandels**

1. Quantitative Analyse	35
2. Flächenproduktivität	38
3. Einzelhandelsflächen pro Einwohner	40
4. Betriebe und Flächen nach Standortlagen	42

**VII. Betriebsbefragung**

1. Vorbemerkung	47
2. Fragen zu Betriebsdaten	48
3. Investitionsabsichten	52
4. Parkplatzsituation	56
5. Beurteilung des Angebots	58
6. Entwicklungschancen / Geschäftsansiedlung	60
7. Beurteilung des gastronomischen Angebots	62
8. Fragen zur Stadtentwicklung	64
9. Werbung	67

**VIII. Erscheinungsbild des Einzelhandels**

1. Außengestaltung	69
2. Außenwerbung und Firmierung	70
3. Schaufenstergestaltung	70
4. Innere Präsentation	71
5. Preisauszeichnung	73

**IX: Entwicklungsmöglichkeiten**

1. Qualitative Beurteilung des Einzelhandels – Attraktivität	75
2. Einzelhandelsversorgung in den Stadtteilen	81
3. Fachmarktentwicklung	85
4. Filialisierungsgrad	89
5. Entwicklung eines städtebaulichen Leitbildes	
5.1. Erlebnis- und Kommunikationsfunktion	90
5.2. Agglomeration als bedeutende Wachstumsvoraussetzung	91
5.3. Zielsetzung: verbrauchernahe Versorgung	94
5.4. Ergebnis und Maßnahmen (Konzept)	95
6. Marktgerechte Flächenentwicklung in den nächsten zehn Jahren	
6.1. Vorbemerkung	99
6.2. Flächenentwicklungspotential bei Wachstum des privaten Verbrauchs	100
6.3. Flächenentwicklungspotential bei Erhöhung der Einzelhandelszentralität	104
6.4. Flächenentwicklungspotential bei Bevölkerungswachstum - Zusatzbedarf	106
7. Die Zukunft des Einzelhandels – Entwicklungstrends	108
8. Geplantes Einkaufszentrum an der Europastraße	112
9. Parkplatzsituation	121
10. Imageverbesserung	123

## Anlage 6

**Sortimentskatalog für Nürtingen****Zentrenrelevante Sortimente**

- ◆ Nahrungs- und Genussmittel einschließlich der Betriebe des Lebensmittelhandwerks
- ◆ Drogerie- (u.a. Wasch und Putzmittel), Apothekerwaren, Parfümeriewaren, Kosmetika
- ◆ Blumen, Tiere, Tiernahrung, Tierpflegeartikel, Zooartikel
- ◆ Oberbekleidung, Kürschnerwaren, Wolle, Wäsche, Haus- und Tischwäsche, Kurzwaren/Handarbeiten, Stoffe, Modewaren incl. Hüte und Schirme, sonstige Textilien u.ä.
- ◆ Schuhe und Furnituren, Leder- und Galanteriewaren; Orthopädie
- ◆ Sportbekleidung, Sportartikel
- ◆ Haushaltswaren, Glas / Porzellan / Keramik, Kunstgewerbe, Geschenkartikel, Hohl- und Stahlwaren, Devotionalien
- ◆ Optische und feinmechanische Geräte, Fotowaren / Fotogeräte
- ◆ Papier- und Schreibwaren, Bücher Schulbedarf, Zeitschriften, Briefmarken
- ◆ Uhren, Schmuck, Silberwaren
- ◆ Musikhandel (u.a. bespielte und unbespielte Tonträger)
- ◆ Heimtextilien, Bettwaren, Gardinen und Zubehör

## Anlage 7

**Sortimentskatalog für Nürtingen****Nicht-zentrenrelevante Sortimente**

- ◆ Möbel, Kücheneinrichtungen
- ◆ Teppiche, Bodenbeläge
- ◆ Baustoffe, Bauelemente, Dämmstoffe, Sanitär (Keramik, Stahl, Installation), Badeinrichtungen, -ausstattungen, Fliesen, Farben, Lacke, Tapeten
- ◆ Werkzeuge, Maschinen, -zubehör (elektrisch und nicht elektrisch)
- ◆ Holz, Holzmaterialien, Fenster, Türen, Platten, Kork
- ◆ Elektrogroßgeräte (sog. weiße Waren, z.B. Öfen, Herde einschließlich Zubehör)
- ◆ Beleuchtungskörper, Elektroinstallationsbedarf
- ◆ Pflanzen (einschließlich Hydrokultur), Pflege- und Düngemittel, Torf, Erde, Pflanzengefäße, Gartenmöbel, Gartenwerkzeuge, -maschinen, Zäune, Gartenhäuser, Gewächshäuser, Naturhölzer, Campingartikel, Eisenwaren, Beschläge u.a.m.
- ◆ Kraftfahrzeuge incl. Motorräder, Mopeds u.ä. , Fahrräder, KFZ-Zubehör, Rasenmäher (z.B. Ersatzteile, Einbauprodukte, Ausstattungartikel), Fahrrad- und Motorradzubehör
- ◆ Rolläden, Rollos, Gitter
- ◆ Kohle, Mineralölerzeugnisse
- ◆ Büromöbel und Büromaschinen, Computer

## Anlage 8

**Abgrenzungskriterien**

- (1) Ist das Sortiment geeignet, hohe Passanten- bzw. Kundenfrequenzen zu erzeugen, d.h. ist eine hohe Periodizität der Nachfrage vorhanden? Besonders regelmäßig bzw. häufig werden in der Regel z.B. Güter des täglichen Bedarfs eingekauft.
- (2) Üben Betriebe, die dieses Sortiment führen, eine wichtige Zentrale Frequenzbringerfunktion aus, wie zum Beispiel Lebensmittelverbrauchermärkte, Bekleidungshäuser?
- (3) Dient das Sortiment einer wohnortnahen Versorgung (Konvenienz); hier z.B. auch in den umliegenden Stadtteilen und den an die Innenstadt von Nürtingen angrenzenden Wohngebieten?
- (4) Handelt es sich um kleinere / leichtere Artikel (oder ist der Transport mit einem Kfz erforderlich)?
- (5) Ist Hauslieferung/Zustellservice der Artikel branchenüblichen?
- (6) Löst das Sortiment in der Regel doppelte Einkäufe (zum Beispiel Schuhe und Bekleidung aus? Werden dadurch Synergieeffekte bewirkt? Oder handelt es sich um typische Zielkäufe?
- (7) Sind Einzelhandelsbetriebe, die dieses Sortiment führen, aufgrund des notwendigen Eigenbedarfs überhaupt in der Innenstadt von Nürtingen oder in teilintegrierter Lage anzusiedeln? So werden zu- meist Möbel und Heimwerkerbedarfsartikel eher als nicht-zentrenrelevant angesehen.
- (8) Trägt das Sortiment zur Bildung einer hohen Einzelhandelsagglomeration bei und beeinflusst es die Zentralität in Nürtingen? Ist das Sortiment mitprägend für die Attraktivität als Einkaufsstadt?

- (9) Wäre eine Ansiedlung im Gewerbegebiet beziehungsweise außerhalb der Innenstadt oder Stadtteile strukturell negativ zu beurteilen?
- (10) Ist die Mark Bedeutung (Verbrauchsausgaben pro Einwohner) hoch oder eher unbedeutend?

Da aber der mögliche Verlust auch von relativ unbedeutenden Einzelhandelsangeboten im Zentrum in der Summe zu Funktionsbeeinträchtigungen des Versorgungskerns führen kann, darf auch ein Sortiment mit vergleichsweise niedrigen Verbrauchsausgaben, d.h. kleiner Marktbedeutung, nicht unbesehen aus dem zentrenrelevanten Katalog gestrichen werden.

Dieser Punkt darf unter städte-baulichen Gesichtspunkten nur im Zusammenhang mit anderen Abgrenzungskriterien zu einer möglichen nicht-zentrenrelevanten Sortimentszuordnung führen.



## Anlage 9

**Beispiele für textliche Festsetzungen  
in Bebauungsplänen aus anderen Städten****Beispiel I**

Zulässige Nutzungen nach § 8 Abs. 2 BauNVO, ausgenommen Einzelhandelsbetriebe, die zentrenrelevante Sortimente führen...

(Katalog mit Zentren und nicht-zentrenrelevanten Sortimenten ist detailliert beigelegt.)

**Beispiel II (Sondergebiete)**

Zulässig ist je ein Einzelhandelsbetrieb für den Verkauf von zentrenrelevanten Sortimenten bis zu einer Geschosßfläche von max. 1.200 m<sup>2</sup>.

Darüber hinaus sind zulässig Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten.

(Katalog mit zentren- und nicht-zentrenrelevanten Sortimenten ist detailliert beigelegt.)

**Beispiel III (bei Ausschluß Einzelhandel)**

...Ausnahmsweise zulässig ist der Verkauf von auf dem Grundstück selbst produzierten Waren auf einer untergeordneten Fläche. Dies gilt nicht für Lebensmittel.

**Beispiel IV (bei Ausschluß von zentrenrelevanten Sortimenten)**

... Ausnahmsweise zugelassen werden branchentypische Randsortimente, welche zentrenrelevant sind; sie dürfen bis 10 v.H. der realisierten Geschosßfläche einnehmen, jedoch insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche umfassen.

**Beispiel V**

Einzelhandelsbetriebe sind in den festgesetzten Baugebieten nicht zulässig. Ausnahmsweise können Einzelhandelsbetriebe zugelassen werden, welche die in § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO dargestellten Auswirkungen nicht hervorrufen, insbesondere nicht zentrenrelevant sind...[...]

## Anlage 10

Nürtinger Zeitung, 28.5.2009

**Umstritten – aber toleriert**

Bau des Frickenhäuser Getränkemarkts startet trotz des Widerspruchs der Region  
– Erneuter Baustopp unwahrscheinlich

**Der Putz am Edeka-Markt in Frickenhausen ist gerade getrocknet, da bekommt er auch schon einen Nachbarn: Direkt neben dem Vollsortimenter entsteht derzeit ein Getränkemarkt. Die Region Stuttgart ist zwar nicht erfreut über den Bau. Rechtliche Schritte wie der Baustopp im vergangenen Jahr seien jedoch nicht geplant.**

VON PHILIP SANDROCK

**FRICKENHAUSEN.** Seit Planungsbeginn hatte die Firma Edeka eine Menge Ärger mit ihrem Lebensmittelmarkt in Frickenhausen. Zuerst musste gemäß den Vorgaben der Region die Verkaufsfläche von 1200 auf 800 Quadratmeter verkleinert werden. Dann klagte die Nachbargemeinde Neuffen gegen den Bau des Markts und erwirkte einen Baustopp.

Frickenhausens Bürgermeister Bernd Kuhn antwortet auf die Frage, was denn neben dem Edeka-Markt derzeit gebaut werde, frei heraus: „Der Getränkemarkt“. Der Schultes kann sich freuen: Die Tälesgemeinde bekommt den dritten Einzelhandels-Markt innerhalb weniger Jahre in das Gewerbegebiet „Gernäcker“ zwischen Frickenhausen und Linsenhofen. Damit sei die wohnortnahe Lebensmittelversorgung gesichert, betont Kuhn.

Beim Regionalverband Stuttgart sieht man das Ganze etwas kritischer. Die Ansiedlung von Einzelhandel außerhalb geschlossener Ortschaften entspreche nicht den Zielen des Regionalplans. Daher habe die Region auch gegen den Getränkemarkt Widerspruch eingelegt, betont Planer Manfred Streule.

***Bereits im April 2008 wurde Widerspruch eingelegt***

Dieser Widerspruch landete zuerst beim Landratsamt in Esslingen, das als zuständige Behörde den Bauantrag genehmigte. Dem Widerspruch der Region sei nicht stattgegeben worden, berichtet Landratsamts-Pressesprecher Peter Keck. Deshalb ging der Antrag zum Regierungspräsidium Stuttgart (RP). „Es ist noch ein Widerspruch der Region Stuttgart anhängig“, bestätigt Pressesprecher Clemens Homoth-Kuhs. Das Landratsamt habe die Firma Edeka als Bauherrin auch im April 2008 darüber informiert, dass Widersprüche gegen die Baugenehmigung eingelegt wurden. Ursprünglich hatte auch die Stadt Neuffen einen Widerspruch eingelegt, diesen aber nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim zurückgezogen. Das Gericht hatte im Sommer des vergangenen Jahres den Baustopp für den Lebensmittelmarkt, den das Verwaltungsgericht Stuttgart verhängt hatte, aufgehoben. Seitdem wurde es ruhig um den Bau im Gewerbegebiet „Gernäcker“. Wenn man jetzt bei Edeka anfragt, ist die Reaktion zurückhaltend.

Am liebsten, so heißt es bei der Pressestelle des Unternehmens, sei es ihnen, wenn gar nichts darüber berichtet werde.

Es ist ein Fall wie aus dem Lehrbuch, berichtet auch RP-Sprecher Homoth-Kuhs. So habe die Sachbearbeiterin die Akte des Falles erst von einem Rechtsreferendar zurückfordern müssen, dem der Rechtsstreit als Studienobjekt zur Verfügung gestellt worden war.

Doch so lehrbuchmäßig die Auseinandersetzung um Für und Wider zum Supermarktbau zu Frickenhausen auch sein mag, der Bau des Lebensmittelmarkts ist nach Auffassung der obersten Verwaltungsrichter des Landes rechtens. Das bestätigt auch der Vorsitzende der Regionalversammlung, Thomas S. Bopp (siehe nebenstehende Rubrik „Wir fragen nach“). Verantwortlich dafür sei die alte Fassung des Regionalplans, der sich vor allem daran orientierte, dass ein Lebensmittelmarkt außerhalb eines Zentrums nicht über 800 Quadratmeter Verkaufsfläche haben durfte.

### ***„Salami-Taktik“ bei der Lebensmittelversorgung***

Die Regelung ermöglichte allerdings ein Schlupfloch, wie es auch in Frickenhausen genutzt wurde, berichtet Manfred Streule und spricht dabei von einer „Salami-Taktik“. Es sei bei vielen Betreibern von Lebensmittelmärkten üblich, die Verkaufsfläche durch die Hintertür zu erweitern.

Eine beliebte Methode sei es gewesen, einen Markt mit großer Lagerfläche zu bauen und diese einige Zeit später als zusätzliche Verkaufsfläche zu beantragen. Eine andere Methode sei gewesen, sukzessive Einzelhandel mit der erlaubten Fläche in unmittelbarer Nähe zueinander anzusiedeln. Die neue Fassung des Regionalplans ermögliche es nun, größere Verkaufsflächen zu beantragen, solange Vorgaben, wie beispielsweise eine zentrale Lage, erfüllt werden. Damit sollen die Anforderungen der Gemeinden bezüglich der Lebensmittelversorgung flexibler gestaltet werden.

In Frickenhausen hätte der Markt jedoch auch schon vor der neuen Regelung ohne den politischen und rechtlichen Gegenwind von Region und Nachbargemeinden gebaut werden können, wie Planer Streule berichtet. Ursprünglich sollte der Markt in der Ortsmitte mit einer Tiefgarage entstehen. Doch diese Lösung wurde verworfen. Bopp weist auch auf die langfristigen Folgen der Ansammlung von Verkaufsflächen außerhalb der Ortschaften hin: „Die Auswirkungen von Märkten auf der grünen Wiese sieht man erst in zehn bis 20 Jahren.“ Bis dahin werde sich so manche Gemeinde in der Region der Frage stellen müssen, warum ihre Ortsmitte verwaist ist, Geschäfte leer stehen und Häuser verfallen.

Gleich neben dem Lebensmittelmarkt entsteht in Frickenhausen derzeit ein Getränkemarkt.

## Literaturverzeichnis

**Beck'sche Textausgaben:** BauGB und Fachplanungsgesetze mit einer Einführung von RA Prof. Dr. Bernhard Stürer, 24. Auflage, München, 2007

**Birk**, Hans-Jörg: Bauplanungsrecht in der Praxis / BauGB 98, BauNVO 90, Normenkontrolle § 47 VwGO 98, 4. Auflage, Stuttgart u.a., 1998

**Blank**, Oliver: Entwicklung des Einzelhandels in Deutschland / Der Beitrag des Gebietsmarketings zur Verwirklichung einzelhandelsbezogener Ziele der Raumordnungspolitik, Wiesbaden, 2004

**Büchner**, Hans / **Schlotterbeck**, Karlheinz: Baurecht – Band 1 / Städtebaurecht einschließlich örtlicher Bauvorschriften, 4. Auflage, Stuttgart, 2008

**Ehrmann**, Jens: Die belebte Innenstadt als Rechtsproblem / Zum rechtlichen Instrumentarium zur Erhaltung funktionsfähiger städtischer Zentren, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard / Schoch, Friedrich (Hrsg.), Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht – Band 28, Stuttgart u.a., 2007

**Gelzer**, Konrad / **Bracher**, Christian-Dietrich / **Reidt**, Olaf: Bauplanungsrecht, 6. Auflage, Köln, 2001

**Hoppe**, Werner / **Bönker**, Christian / **Grotefels**, Susan: Öffentliches Baurecht / Bauplanungsrecht mit seinen Bezügen zum Raumordnungsrecht, Bauordnungsrecht, 3. Auflage, München, 2004

**Koch**, Hans-Joachim / **Hendler**, Reinhard: Baurecht, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, 5. Auflage, Stuttgart u.a., 2009

**Koppitz**, Hans-Joachim: Das öffentliche Baurecht in der kommunalen Praxis / Grundsätze – Regelungsinhalte – Begriffe - Verfahren, Berlin, 2007

**Kuschnerus**, Ulrich: Der standortgerechte Einzelhandel, Bonn, 2007

**Stüer**, Bernhard: Der Bebauungsplan / Städtebaurecht in der Praxis, 3. Auflage, München, 2006

**Weers-Hermanns**, Tomke Frauke: Planerische Steuerung des Einzelhandels aus kommunaler und regionaler Sicht, in: Stüer, Bernhard u.a. (Hrsg.), Planungsrecht – Band 12, Göttingen, 2006

### **Kommentare**

**Battis**, Ulrich / **Krautzberger**, Michael / **Löhr**, Rolf-Peter: BauGB / Baugesetzbuch Kommentar, 11. Auflage, München, 2009

**Boeddinghaus**, Gerhard: BauNVO / Baunutzungsverordnung, 5. Auflage, Heidelberg u.a., 2005

**Ferner**, Hilmar / **Kröniger**, Holger / **Aschke**, Manfred (auch Hrsg.): Baugesetzbuch mit Baunutzungsverordnung / Handkommentar, 2. Auflage, Baden-Baden, 2008

**Ernst**, Werner / **Zinkhahn**, Willy / **Bielenberg**, Walter/ **Krautzberger**, Michael: Baugesetzbuch, Kommentar (Loseblattwerk), München, Stand: 1. Oktober 2009

**Fickert**, Hans Carl / **Fieseler**, Herbert: Baunutzungsverordnung / Kommentar unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und gemeinschaftlichen Umweltschutzes mit ergänzenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, 10. Auflage, Stuttgart, 2002

**Schrödter**, Hans: Baugesetzbuch / Kommentar, 7. Auflage, München, 2006

### **Zeitschriften, Essays**

**Betzholz**, Thomas / **Weber**, Claus Stefan: Hintergründe des Flächenverbrauchs / Dargestellt am Beispiel der Region Donau-Iller, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 3/2009

**Füßer**, Klaus / **Lau**, Marcus: Planwirtschaftliche Vollkonzentration zentrenrelevanten Einzelhandels auf gemeindlich festgesetzte zentrale Versorgungsbereiche? Perspektiven und Grenzen nach BVerwG, Urteil vom 26.3.2009 – 4 C 21.07 -, in: Vygen, Klaus (Hrsg.) u.a., baurecht (BauR) / Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht, 12/2009

**Greulich**, Matthias: Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1/2009

**Laaser**, Claus-Friedrich / **Soltwedel**, Rüdiger: Raumstruktur und New Economy - zur Bedeutung von E-Commerce für die Arbeitsteilung im Raum, Essay im Auftrag der Wüstenrot Stiftung, 2001

**Schlauch, Reiner / Schütte, Marc:** Zur partizipativen Reorganisation eines Unternehmens des Maschinen- und Anlagebaus, Essay der Forschungsgruppe Praxisnahe Berufsbildung (FPB), Universität Bremen 2003

**Ohne Verfasser**

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg / Herausforderungen und Chancen, in: Statistisches Landesamt (Hrsg.), Reihe statistische Analysen, 1/2009

**Erklärung nach § 36 Abs. 3 APrOVw gD**

Ich versichere, dass ich diese Diplomarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Reudern, 1. März 2010

---

Ort, Datum

Stefan Benker

---

Unterschrift



Rechtsquellen:

BauGB        § 30  
BauNVO      § 11 Abs. 3

Stichworte:

großflächiger Einzelhandelsbetrieb; Großflächigkeit; Verkaufsfläche; Auswirkungen.

Leitsätze:

Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten.

Bei der Berechnung der Verkaufsfläche sind auch die Thekenbereiche, die vom Kunden nicht betreten werden dürfen, der Kassenvorraum (einschließlich eines Bereichs zum Einpacken der Ware und Entsorgen des Verpackungsmaterials) sowie ein Windfang einzubeziehen.

Da der Typus des der wohnungsnahen Versorgung dienenden Einzelhandelsbetriebs häufig nicht mehr allein anhand der Großflächigkeit bestimmt werden kann, kommt dem Gesichtspunkt der Auswirkungen in § 11 Abs. 3 BauNVO erhöhte Bedeutung zu.

Urteil des 4. Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04

I. VG Freiburg      vom 11.04.2003 - Az.: VG 9 K 143/02 -

II. VGH Mannheim vom 13.07.2004 - Az.: VGH 5 S 1205/03 -

## **BUNDESVERWALTUNGSGERICHT**

### **IM NAMEN DES VOLKES**

### **URTEIL**

BVerwG 4 C 10.04  
VGH 5 S 1205/03

Verkündet  
am 24. November 2005  
Renner  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In der Verwaltungsstreitsache

hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts  
auf die mündliche Verhandlung vom 24. November 2005  
durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. P a e t o w  
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht H a l a m a , Prof. Dr. R o j a h n ,  
Dr. J a n n a s c h und die Richterin am Bundesverwaltungsgericht Dr. P h i l i p p

für Recht erkannt:

Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Verwaltungs-  
gerichtshofs Baden-Württemberg vom 13. Juli 2004 wird zu-  
rückgewiesen.

Die Klägerin trägt die Kosten des Revisionsverfahrens einschließlich der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen.

### G r ü n d e :

#### I.

- 1 Die Klägerin, ein Lebensmitteldiscounter, erstrebt die Erteilung einer Baugenehmigung für die Erweiterung einer Verkaufsstätte.
- 2 Die Klägerin betreibt auf einem am Ostrand der Gemeinde D. liegenden, an ein Gewerbegebiet der benachbarten beigeladenen Stadt W.-T. angrenzenden Grundstück eine Verkaufsstätte. Diese wurde am 15. April 1996 mit einer Verkaufsfläche von ca. 660 m<sup>2</sup>, einer Geschossfläche von 1 196 m<sup>2</sup> und 159 Stellplätzen genehmigt. Das Grundstück liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, der ein Gewerbegebiet ausweist und Einzelhandelsbetriebe ausschließt; insoweit war eine Ausnahme erteilt worden. Die Klägerin beantragte am 12. April 2001 die Erteilung einer Baugenehmigung zur Erweiterung der Verkaufsstätte auf eine Geschossfläche von 1 469 m<sup>2</sup> bei einer Verkaufsfläche einschließlich Kassenbereich von (nach der Berechnung des Verwaltungsgerichtshofs) ca. 850 m<sup>2</sup> sowie zur Erhöhung der Stellplatzzahl auf 171. Nachdem die Klägerin erklärt hatte, keine Ausdehnung des Sortiments vorzunehmen, erteilte die Gemeinde D. ihr Einvernehmen. Dagegen äußerten unter anderen der Regionalverband sowie die beigeladene Stadt Bedenken. Mit Bescheid vom 22. Oktober 2001 lehnte das Landratsamt den Antrag ab. Es handele sich um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb, der negative Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung habe. Dem stehe nicht entgegen, dass keine Erweiterung des Sortiments vorgesehen sei und die Vergrößerung der Fläche nur der Rationalisierung von Arbeitsabläufen und einer attraktiveren Produktpräsentation dienen solle.
- 3 Auf die nach erfolglosem Widerspruchsverfahren erhobene Klage hat das Verwaltungsgericht Freiburg den Beklagten verpflichtet, erneut über den Bauantrag zu entscheiden. Zur Begründung führte es aus, im Hinblick auf Veränderungen im Ein-

kaufsverhalten der Bevölkerung könne an der pauschalen Annahme der Großflächigkeit bereits bei 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche nicht mehr festgehalten werden. Auch solle vorliegend die Vergrößerung der Verkaufsfläche nicht der Erweiterung des Sortiments sondern der Rationalisierung der Arbeitsabläufe und einer heutigen Kundenbedürfnissen entgegenkommenden Präsentation des Warenangebots dienen. Windfang und Kassenvorraum seien nicht einzubeziehen, da es sich nicht mehr um einen Teil der Geschäftsfläche handele. Daraus ergebe sich eine Verkaufsfläche von knapp 800 m<sup>2</sup>. Somit könne nicht von einer Großflächigkeit des Erweiterungsbaus ausgegangen werden.

- 4 Auf die Berufung des Beklagten hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg mit Urteil vom 13. Juli 2004 (BauR 2005, 968 = ZfBR 2005, 78) das Urteil des Verwaltungsgerichts geändert und die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat er ausgeführt: Es könne dahinstehen, ob das Vorhaben an der textlichen Festsetzung des Bebauungsplans, wonach Einzelhandelsbetriebe nur ausnahmsweise zulässig seien, scheitere. Seine Unzulässigkeit folge jedenfalls aus § 11 Abs. 3 BauNVO. Die geplante Erweiterung führe dazu, dass ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entstehe. Mit dem Merkmal der Großflächigkeit solle ein bestimmter Typ von Einzelhandelsbetrieben und eine städtebaulich erhebliche Nutzungsart definiert werden. Lege man den in den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - (NVwZ 1987, 1076 = BRS 47 Nr. 56) und - BVerwG 4 C 30.86 - (NVwZ 1987, 969) entwickelten Maßstab zugrunde, werde der Schwellenwert zur Großflächigkeit überschritten. Denn mit der geplanten Erweiterung werde die künftige Verkaufsfläche bei ca. 850 m<sup>2</sup> liegen. Dabei sei der vom Landratsamt vorgenommene Abzug von (nur) 1 cm Putz angemessen. Entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts könnten die Flächen des Windfangs und des Kassenvorraums nicht abgezogen werden. Denn beide würden von den Kunden genutzt und prägen die Attraktivität des Betriebs mit. Somit würde nur dann kein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entstehen, wenn der hierzu in der Rechtsprechung entwickelte Schwellenwert auf eine Größe von (weit) mehr als 850 m<sup>2</sup> anzuheben wäre. Dies sei jedoch nicht der Fall. Allerdings habe das Bundesverwaltungsgericht in seinen Urteilen vom 22. Mai 1987 an das "derzeitige Einkaufsverhalten und die Gegebenheiten im Einzelhandel" angeknüpft. Im Hinblick auf die zwischenzeitliche Entwicklung im (Lebensmittel)-Einzelhandel werde die normativ nach wie vor nicht fixierte Flächen-

grenze von ca. 700 m<sup>2</sup> nicht mehr als realitätsgerecht angesehen. Es entspreche allgemeiner Erfahrung, dass bei (Lebensmittel)-Einzelhandelsbetrieben, die der wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung dienen, die Käuferansprüche und Erwartungen gestiegen seien und der unumkehrbare Trend zu Selbstbedienungsläden mit einem immer breiteren Warenangebot einen entsprechenden Bedarf an Verkaufsflächen unter anderem für das Befahren mit Einkaufswagen und das Einräumen sowie zur besseren Präsentation ausgelöst habe. Nach dem Bericht der Arbeitsgruppe "Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel und § 11 Abs. 3 BauNVO", der sich mit der Situation der Lebensmittelsupermärkte befasse, sei festgehalten, dass nach Auskunft der Spitzenverbände des Einzelhandels bereits bestehende Märkte auf einer Verkaufsfläche von mindestens ca. 900 m<sup>2</sup> (d.h. ca. 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche) noch wirtschaftlich betrieben werden könnten, neu zur Eröffnung anstehende Märkte jedoch ca. 1 500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche (ca. 2 000 m<sup>2</sup> Geschossfläche) benötigten, um auf Dauer wirtschaftlich zu sein. Gleichwohl sehe sich der Senat nicht in der Lage, die Verkaufsflächengrenze über den Wert von ca. 700 m<sup>2</sup> hinaus anzuheben, denn zum einen beträfen die im Bericht der Arbeitsgruppe "Strukturwandel" dokumentierten geänderten Verhältnisse allein den Lebensmitteleinzelhandel und damit nur eine einzelne Branche und mit Supermärkten zudem nur eine Betriebsform. Zum anderen habe das für eine Änderung der Baunutzungsverordnung zuständige Bundesministerium auch nach dem genannten Bericht der Arbeitsgruppe "Strukturwandel" keinen Bedarf für eine Änderung des § 11 Abs. 3 BauNVO gesehen. Daher sehe es der Senat nicht als seine Aufgabe an, die Norm abweichend vom höchststrichterlich begründeten und vom Ordnungsgeber nach wie vor als tragfähig angesehenen Verständnis zu interpretieren. Der veränderten Relation zwischen Verkaufsfläche und Geschossfläche (von früher 2:3 zu nunmehr 3:4) könne im Rahmen des weiteren Tatbestandsmerkmals der "Auswirkungen" im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO Rechnung getragen werden. Dagegen schiene es wenig einleuchtend, bei einem Einzelhandelsbetrieb mit - wie hier - einer Geschossfläche von mehr als 1 200 m<sup>2</sup>, welche die Vermutungsregelung des § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO auslöse, die Großflächigkeit - und damit schon die Anwendbarkeit der Vorschrift überhaupt - zu verneinen. Nach diesen Grundsätzen überschreite der geplante Discountmarkt mit einer Geschossfläche von 1 469 m<sup>2</sup> die Vermutungsgrenze des § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO, so dass - widerlegbar - Auswirkungen anzunehmen seien. Im vorliegenden Fall mache die Klägerin selbst nicht geltend, dass einer der tatsächlichen Umstände vorlie-

ge, die nach § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO Anhaltspunkte für das Bestehen einer atypischen Situation begründen könne. Sie führe vielmehr nur ins Feld, dass es in Folge der geplanten Erweiterung der Verkaufsfläche (und der Geschossfläche) zu keiner Erhöhung der im bestehenden Discountmarkt geführten Sortimente kommen werde, was durch Übernahme einer entsprechenden Baulast gesichert werden könne. Mit dem breiten (weit überwiegend) zentrenrelevanten Warenangebot, mit dem weit außerhalb des Ortskerns von D. gelegenen und damit gerade nicht zentralen und für die Wohnbevölkerung allgemein gut erreichbaren Standort, mit der Lage in einer kleinen Gemeinde (ca. 2 300 Einwohner) ohne zentralörtliche Funktionen (was einem raumordnerischen Ziel im Landesentwicklungsplan 2002 ebenso widerspreche wie einer Vorgabe im Regionalplan Hochrhein-Bodensee 2000) und mit dem unstreitig gegebenen Verstoß gegen das raumordnerische "Kongruenzgebot", gehöre bereits der bestehende Discountmarkt zu der Art von Betrieben, die mit der Regelung des § 11 Abs. 3 BauNVO erfasst werden sollen und sei die städtebauliche Situation gegeben, in der diese Vorschrift das Entstehen großflächiger Einzelhandelsbetriebe wegen deren Auswirkungen verhindert wissen wolle. Entgegen der Auffassung der Klägerin könne eine Atypik nicht damit begründet werden, dass keine Erhöhung des im bestehenden Betrieb geführten Sortiments beabsichtigt sei. Denn es könne nicht im Sinne einer Vorbelastung hingenommen werden, dass der schon bisher Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO hervorrufende Betrieb bestandskräftig genehmigt sei, wobei mangels Großflächigkeit seinerzeit Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO nicht zu prüfen waren. Gerade wenn durch die umstrittene Erweiterung in städtebaulicher Hinsicht ein "qualitativer Sprung" eintrete, verbiete sich eine derartige Betrachtungsweise.

- 5 Gegen dieses Urteil hat die Klägerin die vom Berufungsgericht zugelassene Revision eingelegt. Zur Begründung führt sie aus, die Frage, wann ein Einzelhandelsbetrieb "großflächig" sei, sei unabhängig davon zu beantworten, ob und welche Auswirkungen im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO er gegebenenfalls haben könne. Die Eigenständigkeit des Merkmals der "Großflächigkeit" dürfe nicht in Frage gestellt werden. Der Verordnungsgeber habe in seiner Begründung zur Dritten Verordnung zur Änderung der Baunutzungsverordnung vom 7. November 1986 der Rechtsprechung einen größeren Spielraum bei der Bestimmung des Merkmals der Großflächigkeit eingeräumt. Auf der Grundlage der vom erkennenden Senat aufgestellten

Rechtsgrundsätze sei es geboten, im Hinblick auf das in der Zwischenzeit veränderte Einkaufsverhalten der Bevölkerung und die Gegebenheiten im Einzelhandel den Schwellenwert für das Merkmal der Großflächigkeit auf ca. 900 - 1 000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche anzuheben. Entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichtshofs dürften im Übrigen die Bereiche für Windfang und Kassenvorraum (Packzone) nicht eingerechnet werden, da diese für das "Warenangebot" des jeweiligen Einzelhandelsbetriebs nicht maßgebend seien. Hilfsweise sei vorliegend ein atypischer Fall anzunehmen, da das Erweiterungsvorhaben nicht mit einem erweiterten Warenangebot verbunden sei. Falls der vorhandene Markt bereits Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO herbeiführe, würden diese durch die Erweiterung nicht in städtebaulich relevanter Weise vergrößert.

6 Die Klägerin beantragt,

das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 13. Juli 2004 aufzuheben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg vom 11. April 2003 zurückzuweisen.

7 Das beklagte Land beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

- 8      Zwar sei die "Großflächigkeit" ein eigenständiges Tatbestandsmerkmal. Dem stehe jedoch nicht entgegen, dass die weiteren Tatbestandsvoraussetzungen zur Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs herangezogen werden dürften. Die Abhängigkeit beider Voraussetzungen voneinander zeige sich auch daran, dass bei Vorliegen der Großflächigkeit die Vermutungswirkung eingreife. Eine Anhebung des Schwellenwerts würde den Trend zum Verbrauchermarkt auf der "grünen Wiese" eher beschleunigen als verlangsamen. Zahlreiche Gemeinden hätten bei der Aufstellung ihrer Bebauungspläne im Vertrauen auf die Grenze von 700 m<sup>2</sup> einen (kleinflächigen) Einzelhandelsbetrieb zugelassen. Eine Änderung der Rechtslage könnte das Umschreiben einer Vielzahl von Bebauungsplänen erforderlich machen.
- 9      Die beigeladene Stadt beantragt,  
  
             die Revision zurückzuweisen.
- 10     Sie legt dar, eine Änderung des maßgeblichen Schwellenwerts im Hinblick auf - angeblich - veränderte Verhältnisse sei Sache des Verordnungsgebers und nicht der Rechtsprechung. Im Übrigen könne der bereits vorhandene Betrieb keine Atypik begründen.

## II.

- 11     Die zulässige Revision ist nicht begründet. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs, mit dem der Berufung des beklagten Landes stattgegeben und die Klage abgewiesen wurde, verstößt nicht gegen Bundesrecht. Der Verwaltungsgerichtshof ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass das von der Klägerin geplante Erweiterungsvorhaben nicht genehmigungsfähig ist. Es handelt sich um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb, der in einem Gewerbegebiet nicht zulässig ist, weil er sich nach Art, Lage oder Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentlich auswirken kann (§ 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO).
- 12     1. Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten.



- 13 1.1 § 11 Abs. 3 BauNVO liegt die Wertung zugrunde, dass die in dieser Vorschrift bezeichneten Betriebe typischerweise ein Beeinträchtigungspotential aufweisen, das es rechtfertigt, sie einem Sonderregime zu unterwerfen (BVerwG, Urteil vom 1. August 2002 - BVerwG 4 C 5.01 - BVerwGE 117, 25 <35>). Den Typus der in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauNVO genannten Einkaufszentren (vgl. hierzu BVerwG, Urteil vom 27. April 1990 - BVerwG 4 C 16.87 - BRS 50 Nr. 67 = Buchholz 406.12 § 11 BauNVO Nr. 16) schränkt der Ordnungsgeber nicht mit weiteren Merkmalen ein. Demgegenüber grenzt er in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO die nur in Kerngebieten und Sondergebieten zulässigen Einzelhandelsbetriebe mit zwei eigenständigen Merkmalen ein, nämlich mit dem Merkmal der Großflächigkeit und mit der Bezeichnung bestimmter städtebaulich erheblicher Auswirkungen (Urteile vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - NVwZ 1987, 1076 = BRS 47 Nr. 56 und - BVerwG 4 C 30.86 - NVwZ 1987, 969; Beschluss vom 22. Juli 2004 - BVerwG 4 B 29.04 - ZfBR 2004, 699 = Buchholz 406.12 § 11 BauNVO Nr. 28). Er misst dem Erfordernis der Großflächigkeit eigenständige Bedeutung bei. Der Begriff der Großflächigkeit dient ihm dazu, in typisierender Weise unabhängig von regionalen oder lokalen Besonderheiten bundesweit den Betriebstyp festzuschreiben, der von den in den §§ 2 bis 9 BauNVO bezeichneten Baugebieten ferngehalten werden soll. Dies bedeutet entgegen der Auffassung der Klägerin allerdings nicht, dass die nähere Umschreibung der Auswirkungen in § 11 Abs. 3 BauNVO nicht auch für die Auslegung des Begriffs der Großflächigkeit herangezogen werden könnte. Insbesondere bietet § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO, wonach Auswirkungen in der Regel anzunehmen sind, wenn die Geschossfläche 1 200 m<sup>2</sup> überschreitet, einen wichtigen Anhaltspunkt für die Bestimmung der Großflächigkeit. Nach der gesetzgeberischen Konzeption verbietet sich die Annahme, dass diese Grenze auch den Übergang zur Großflächigkeit markiert. Wie sich aus § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO ergibt, ist die Vermutungsregel des Satzes 3 widerleglich. Abweichungen kommen nicht nur nach oben, sondern auch nach unten in Betracht. Schon aus diesem Grund muss das Tatbestandsmerkmal der Großflächigkeit, soll es nicht leer laufen, eine niedrigere Schwelle bezeichnen. Bei Überschreiten dieser Schwelle hat eine eigenständige, eingehende Prüfung einzusetzen, für die der Ordnungsgeber in den Sätzen 3 und 4 des § 11 Abs. 3 BauNVO eine Reihe von Kriterien benennt. Diese Prüfung sieht er auch in Fällen als sachlich geboten an, in denen der in § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO benannte Schwellenwert von (seit 1. Januar 1987) 1 200 m<sup>2</sup> nicht erreicht wird.

- 14 1.2 Das Merkmal der Großflächigkeit wird in der Rechtsprechung mit Hilfe der Größe der Verkaufsfläche bestimmt (BVerwG, Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - a.a.O.). Denn mit ihm soll ein bestimmter Typ von Einzelhandelsbetrieben und eine städtebaulich erhebliche Nutzungsart definiert werden. Für diese Typisierung eignet sich die Geschossfläche als Maßstab weniger (Fickert/Fieseler, BauNVO, 10. Aufl. 2002, Rn. 19.2 zu § 11 BauNVO). Einzelhandelsbetriebe werden vor allem durch die Größe der Verkaufsfläche bestimmt (Söfker, in Ernst/Zinkahn/Bielenberg, BauGB, Rn. 53 zu § 11 BauNVO). Ihre Attraktivität und damit die in § 11 Abs. 3 BauNVO näher umschriebenen Auswirkungen werden nicht von der Größe der baulichen Anlage, die sich in der Geschossfläche widerspiegelt, sondern - soweit es um das Merkmal der Fläche geht - eher von derjenigen Fläche beeinflusst, auf der Waren präsentiert und gekauft werden können.
- 15 1.3 Die zwischenzeitliche Entwicklung rechtfertigt es, den Schwellenwert für die Prüfung, ob die in § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO umschriebenen Auswirkungen vorliegen, bei einer Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> anzusetzen. Dagegen kann dem Anliegen der Klägerin, die Schwelle noch weiter heraufzusetzen, auf der Grundlage des geltenden Rechts nicht entsprochen werden.
- 16 1.3.1 Im Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - (a.a.O.) ist der Senat davon ausgegangen, dass die Baunutzungsverordnung mit dem Merkmal der Großflächigkeit Einzelhandelsbetriebe, die wegen ihres angestrebten größeren Einzugsbereichs - wenn nicht in Sondergebiete - in Kerngebiete gehören und typischerweise auch dort zu finden sind, von den Läden und Einzelhandelsbetrieben der wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung unterscheidet, die in die ausschließlich, überwiegend oder zumindest auch dem Wohnen dienenden Gebiete gehören und dort typischerweise auch zu finden sind. Daraus hat er die Schlussfolgerung gezogen, die Großflächigkeit beginne dort, wo üblicherweise die Größe solcher, der wohnungsnahen Versorgung dienender, Einzelhandelsbetriebe, seinerzeit auch "Nachbarschaftsläden" genannt, ihre Obergrenze finde. Er ging somit davon aus, der Typus des der wohnungsnahen Versorgung dienenden Einzelhandelsbetriebs lasse sich anhand seiner Größe vom großflächigen Einzelhandelsbetrieb unterscheiden, der üblicherweise nicht mehr auf eine im Wesentlichen wohnungsnaher Versorgung zielt. Der Senat hat unter Bezugnahme auf die ihm damals vorliegenden Erkenntnisse in der

Literatur weiter ausgeführt: "Der Oberbundesanwalt gibt hierfür eine Verkaufsfläche von 600 bis 700 m<sup>2</sup> an. Im Schrifttum wird die Obergrenze bei 600 m<sup>2</sup> (...) oder 700 m<sup>2</sup> (...) gesehen. Der Senat hat aus Anlass dieses Falles nicht zu entscheiden, wo nach dem derzeitigen Einkaufsverhalten der Bevölkerung und den Gegebenheiten im Einzelhandel die Verkaufsflächen-Obergrenze für Einzelhandelsbetriebe der wohnungsnahen Versorgung liegt. Vieles spricht dafür, dass sie nicht wesentlich unter 700 m<sup>2</sup>, aber auch nicht wesentlich darüber liegt. Jedenfalls liegt die vom Kläger beabsichtigte Größe seines Lebensmittelmarktes mit einer Verkaufsfläche sowohl von 951 m<sup>2</sup> als auch von 838 m<sup>2</sup> oberhalb dieser Grenze."

- 17 Der Senat hat in diesem Urteil vom 22. Mai 1987 zugleich zum Ausdruck gebracht, dass es im Hinblick auf das Einkaufsverhalten der Bevölkerung wie auf dementsprechende Entwicklungen im Handel nicht angebracht sei, sich beim Merkmal der Großflächigkeit allzu starr an den genannten Richtwert von 700 m<sup>2</sup> zu klammern. Im Anschluss daran hat der Senat in seinem, dem Verwaltungsgerichtshof zum Zeitpunkt des Erlasses seines Urteils noch nicht bekannten, Beschluss vom 22. Juli 2004 - BVerwG 4 B 29.04 - (a.a.O.) hervorgehoben, dass Überschreitungen des Richtwerts von 700 m<sup>2</sup> selbst dann, wenn sie eine Größenordnung von bis zu 100 m<sup>2</sup> erreichen, nicht zu dem Schluss zwingen, das Merkmal der Großflächigkeit sei erfüllt.
- 18 1.3.2 Der Verwaltungsgerichtshof sieht es als eine allgemeine Erfahrung an, dass seit 1987 bei (Lebensmittel-) Einzelhandelsbetrieben, die der wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung dienen, die Ansprüche und Erwartungen der Käufer gestiegen sind. Der unumkehrbare Trend zu Selbstbedienungsläden mit einem immer breiteren Warenangebot habe zu einem entsprechenden Bedarf an Flächen für das Befahren mit Einkaufswagen sowie für eine attraktivere Präsentation der Waren geführt. Die eigenständige, räumlich getrennte Lagerhaltung sei deutlich reduziert worden. Der Verwaltungsgerichtshof verweist hierbei auch auf den Bericht der Arbeitsgruppe "Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel und § 11 Abs. 3 BauNVO" vom 30. April 2002 (ZfBR 2002, 598). Die genannte Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, nachdem sich um die Jahreswende 1999/2000 Unternehmen und Verbände des Einzelhandels an die Bundesregierung gewandt hatten, weil sie die Regelung des § 11 Abs. 3 BauNVO hinsichtlich der Standortzuweisung für großflächige Einzelhandelsbetriebe als Benachteiligung von Lebensmittelsupermärkten (Vollsortimenter)

gegenüber anderen Vertriebsformen des Lebensmittelhandels, vor allem Discountern, empfanden. Sie referiert in ihrem Bericht hierzu umfangreiches Tatsachenmaterial und gibt u.a. die Einschätzung der Spitzenverbände des Einzelhandels wieder, wonach zwar bereits bestehende Märkte auf einer Verkaufsfläche von mindestens rund 900 m<sup>2</sup> (d.h. rund 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche) noch wirtschaftlich betrieben werden könnten, neu zur Eröffnung anstehende Märkte, um auf Dauer wirtschaftlich betrieben werden zu können, jedoch Größenordnungen von rund 2 000 m<sup>2</sup> Geschossfläche (d.h. rund 1 500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche) benötigten. Auf der Grundlage dieser auch vom Verwaltungsgerichtshof festgestellten Tatsachen kann nunmehr davon ausgegangen werden, dass nach den heutigen Gegebenheiten jedenfalls Einzelhandelsbetriebe mit nicht mehr als 800 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche als Betriebe einzustufen sind, die der Nahversorgung der Bevölkerung dienen. Da eine darüber hinaus gehende Erhöhung dieses Schwellenwerts aus Rechtsgründen (hierzu im Folgenden) ausscheidet, bedarf es insoweit keiner weiteren Feststellungen.

19     1.3.3 Die Entwicklung zu größeren Verkaufsflächen auch bei Lebensmitteleinzelhandelsbetrieben, die unbedenklich der ortsnahen Versorgung der Wohnbevölkerung dienen, wird nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs, dem Bericht der genannten Arbeitsgruppe und der vorliegenden Literatur zugleich durch eine andere Tendenz flankiert: Den beschriebenen Vollsortimentern mit 7 500 bis 11 500 Artikeln stehen Discounter gegenüber, die ihr Angebot auf 1 000 bis 1 400 Artikel beschränken und damit leichter mit kleineren Verkaufsflächen zurechtkommen und unter der Schwelle von 700 m<sup>2</sup> bis 800 m<sup>2</sup> bleiben können. Gerade Discounter haben indes häufig Auswirkungen der in § 11 Abs. 3 BauNVO umschriebenen Art. Der vorliegend zugrunde liegende Sachverhalt bietet hierfür deutliches Anschauungsmaterial. Der Schwellenwert, den § 11 Abs. 3 BauNVO mit dem Begriff der Großflächigkeit umschreibt, muss indessen auch für die Handelsform der Discounter Aussagekraft besitzen.

20     1.3.4 Aus diesen zum Teil gegenläufigen Entwicklungen lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass der Typus des Einzelhandelsbetriebs, der auf die Versorgung eines (auch) dem Wohnen dienenden Gebiets zielt, nicht mehr ohne weiteres allein mit Hilfe des Kriteriums der Großflächigkeit vom Typus des Betriebs zu unterscheiden ist, der auf einen größeren Einzugsbereich zielt. Damit mag die auf dieser Un-

terscheidung beruhende Erwägung des Senats in seinen Urteilen vom 22. Mai 1987 an Gewicht verlieren. Dies ändert indes nichts an dem systematischen Zusammenhang zwischen dem in § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO bezeichneten Wert für die Vermutungsregel von 1 200 m<sup>2</sup> einerseits und dem Begriff der Großflächigkeit andererseits.

- 21 1.3.5 Der Verwaltungsgerichtshof hebt zutreffend hervor, dass die genannte Arbeitsgruppe mehrheitlich eine Änderung des Wortlauts der BauNVO nicht befürwortet und das zuständige Bundesministerium im Ergebnis keinen Bedarf für eine Änderung des § 11 Abs. 3 BauNVO gesehen hat. Trotz der eingehenden Überprüfung der Rechtslage durch die Arbeitsgruppe hält der Verordnungsgeber somit an dem durch die Rechtsprechung des Senats konkretisierten Wortlaut der Regelung fest. Er geht ersichtlich davon aus, dass in Anwendung der unveränderten Formulierungen der Verordnung vernünftige, die Interessen aller beteiligten Gruppen beachtende Ergebnisse zu erzielen sind. Diese Schlussfolgerung ergänzt er mit Hinweisen zur Auslegung und Anwendung der Regelung in der Verwaltungspraxis. Daraus wird zugleich deutlich, dass auch in den Augen des Verordnungsgebers an der Funktion des Merkmals der Großflächigkeit als einem eigenständigen Schwellenwert festzuhalten ist.
- 22 1.3.6 Nach § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO sind Auswirkungen der in Satz 2 genannten Art in der Regel anzunehmen, wenn die Geschossfläche 1 200 m<sup>2</sup> überschreitet. Zugleich geht der Verordnungsgeber davon aus, dass derartige Auswirkungen bereits bei weniger als 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche vorliegen können. Das Merkmal der Großflächigkeit umschreibt diejenige Schwelle, ab der die Prüfung vorzunehmen ist, ob derartige Auswirkungen vorliegen. Somit muss die Schwelle ausreichend niedrig liegen, um Raum für diejenigen Fälle zu lassen, in denen entgegen der Regel bereits bei einer Geschossfläche von weniger als 1 200 m<sup>2</sup> Auswirkungen zu erwarten sind.
- 23 In der Begründung für die Herabsetzung der maßgeblichen Geschossfläche von 1 500 m<sup>2</sup> auf 1 200 m<sup>2</sup>, hat der Verordnungsgeber anlässlich der Novellierung der BauNVO im Jahr 1986 ausgeführt, dass "Verkaufsflächen bis nahezu 800 m<sup>2</sup>" nach den Erfahrungen der Praxis einer Geschossfläche von 1 200 m<sup>2</sup> entsprechen (BRDrucks 541/86 S. 3). Daraus folgt ein Verhältnis der Verkaufsfläche zur Geschossfläche von 2:3. Inzwischen hat sich, wie auch den Feststellungen des Verwal-

tungsgerichtshofs zu entnehmen ist, dieses Verhältnis verändert. Als Erfahrungswert hat sich herausgebildet, dass Einzelhandelsbetriebe in Folge einer Reduzierung der Lager- und sonstigen Nebenflächen drei Viertel der Geschossfläche als Verkaufsfläche nutzen können. Somit ist jedenfalls bei einer Verkaufsfläche, die 900 m<sup>2</sup> überschreitet, zugleich eine Überschreitung der in § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO genannten Geschossflächengrenze von 1 200 m<sup>2</sup> zu erwarten. Wie dargelegt muss die Schwelle, ab der eine Prüfung der möglichen Auswirkungen vorzunehmen ist, deutlich unterhalb des für die Geltung der Vermutungsregel maßgebenden Werts liegen. Aus Gründen der praktischen Handhabbarkeit in der Rechtsanwendung legt der Senat einen Schwellenwert von 800 m<sup>2</sup> zu Grunde. Mithin sind Einzelhandelsbetriebe großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten. Dagegen würde die von der Klägerin angestrebte weitere Erhöhung bis zu einer Größenordnung von 850 m<sup>2</sup> der systematischen Bedeutung des Schwellenwerts der Großflächigkeit nicht gerecht.

- 24 1.4 Da der Typus des der wohnungsnahen Versorgung dienenden Einzelhandelsbetriebs häufig nicht mehr allein anhand der Großflächigkeit bestimmt werden kann, kommt dem Gesichtspunkt der Auswirkungen in § 11 Abs. 3 BauNVO erhöhte Bedeutung zu. Danach ist für die städtebaurechtliche Einordnung großflächiger Einzelhandelsbetriebe entscheidend, ob sie sich nach Art, Lage oder Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentlich auswirken können. Die Auswirkungen umschreibt die Verordnung näher als schädliche Umwelteinwirkungen sowie Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung, auf den Verkehr, auf die Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich der Betriebe, auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden, auf das Orts- und Landschaftsbild und auf den Naturhaushalt. Nur wenn derartige Auswirkungen zu bejahen sind, ist ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb in ein Kern- oder ein Sondergebiet zu verweisen. Nach § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO sind derartige Auswirkungen in der Regel anzunehmen, wenn die Geschossfläche 1 200 m<sup>2</sup> überschreitet. Die Regel gilt nach Satz 4 der Vorschrift allerdings nicht, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Auswirkungen bereits bei weniger als 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche vorliegen oder bei mehr als 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche nicht vorliegen. Unterhalb des genannten Werts ist die Genehmigungsbehörde darlegungs-

pflichtig dafür, dass mit derartigen Auswirkungen zu rechnen ist, während bei Betrieben oberhalb dieser Größe der Bauantragsteller die Darlegungslast für das Fehlen solcher Auswirkungen trägt (ebenso die erwähnte Arbeitsgruppe unter Rn. 19 ihres Beratungsergebnisses).

- 25 Bei dieser Prüfung sind nach § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO insbesondere die Gliederung und Größe der Gemeinde und ihre Ortsteile, die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung und das Warenangebot des Betriebs zu berücksichtigen. In der Begründung des Verordnungsgebers zu der 1986 erfolgten Ergänzung um den Satz 4 (BRDrucks 541/86 S. 4 und 5) wird hervorgehoben, dass großflächige Einzelhandelsbetriebe bereits unterhalb der Größenordnung von 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche vor allem in Ortsteilen von großen Städten, kleinen Orten oder Orten im ländlichen Raum je nach Warenangebot und Standort raumordnerische und besondere städtebauliche Auswirkungen haben könnten. Ein Einzelhandelsbetrieb mit 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche in einer kleinen Gemeinde wirke sich anders aus als ein Betrieb von gleicher Größe in einer Großstadt. Zugleich wird betont, dass großflächige Einzelhandelsbetriebe, vor allem, wenn sie wegen ihres Warenangebots (z.B. Möbelmärkte, Kraftfahrzeughandel) auf größere Flächen angewiesen sind, bei einer größeren Geschossfläche als 1 200 m<sup>2</sup> keine nachteiligen Auswirkungen haben könnten. Somit verbietet sich eine lediglich an der Verkaufsfläche und der Geschossfläche anknüpfende schematische Handhabung. Vielmehr erlaubt die differenzierte Regelung, wie der Senat bereits in seinem Beschluss vom 22. Juli 2004 - BVerwG 4 B 29.04 - (a.a.O.) näher ausgeführt hat, eine die verschiedenen aufgeführten Gesichtspunkte beachtende sachgerechte Handhabung:
- 26 Ob die Vermutung widerlegt werden kann, hängt maßgeblich davon ab, welche Waren angeboten werden, auf welchen Einzugsbereich der Betrieb angelegt ist und in welchem Umfang zusätzlicher Verkehr hervorgerufen wird. Entscheidend ist, ob der Betrieb über den Nahbereich hinauswirkt und dadurch, dass er unter Gefährdung funktionsgerecht gewachsener städtebaulicher Strukturen weiträumig Kaufkraft abzieht, auch in weiter entfernten Wohngebieten die Gefahr heraufbeschwört, dass Geschäfte schließen, auf die insbesondere nicht motorisierte Bevölkerungsgruppen angewiesen sind. Nachteilige Wirkungen dieser Art werden noch verstärkt, wenn der Betrieb in erheblichem Umfang zusätzlichen gebietsfremden Verkehr auslöst. Je

deutlicher die Regelgrenze von 1 200 m<sup>2</sup> Geschossfläche überschritten ist, mit desto größerem Gewicht kommt die Vermutungswirkung des § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO zum Tragen. Dabei kann allerdings die jeweilige Siedlungsstruktur nicht außer Betracht bleiben. Je größer die Gemeinde oder der Ortsteil ist, in dem der Einzelhandelsbetrieb angesiedelt werden soll, desto eher ist die Annahme gerechtfertigt, dass sich die potentiellen negativen städtebaulichen Folgen relativieren. Für den Bereich des Lebensmitteleinzelhandels ist die Arbeitsgruppe "Strukturwandel im Einzelhandel und § 11 Abs. 3 BauNVO" zu dem Ergebnis gelangt, dass es insbesondere auf die Größe der Gemeinde/des Ortsteils, auf die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung und das Warenangebot des Betriebs ankommt. Bei der gebotenen Einzelfallprüfung könne es an negativen Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung und den Verkehr insbesondere dann fehlen, wenn der Non-Food-Anteil weniger als zehn v.H. der Verkaufsfläche beträgt und der Standort verbrauchernah und hinsichtlich des induzierten Verkehrsaufkommens "verträglich" sowie städtebaulich integriert ist. Die Arbeitsgruppe ist ferner zu dem Ergebnis gelangt, dass bei der vorzunehmenden Einzelfallprüfung bestimmte von ihr näher dargelegte allgemeine Erfahrungswerte im Sinne einer typisierenden Betrachtungsweise berücksichtigt werden könnten. Auf der Grundlage dieser Überlegungen lassen sich unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles sachgerechte Standortentscheidungen für den Lebensmitteleinzelhandel treffen, ohne dass es von Rechts wegen einer weiteren Erhöhung beim Merkmal der Großflächigkeit bedürfte.

- 27 2. Zu Recht ist der Verwaltungsgerichtshof davon ausgegangen, dass die Flächen des Windfangs und des Kassenvorraums (einschließlich eines Bereichs zum Einpacken der Ware und Entsorgen des Verpackungsmaterials) nicht aus der Verkaufsfläche herausgerechnet werden können. Denn auch sie prägen in städtebaulicher Hinsicht die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs (ebenso Niedersächsisches OVG, Beschluss vom 15. November 2002 - OVG 1 ME 151/02 - NVwZ-RR 2003, 486, sowie Stock, in König/Roeser/Stock, BauNVO, Rn. 55 zu § 11 und Söfker, in Ernst/Zinkahn/Bielenberg, Rn. 53b zu § 11 BauNVO).
- 28 Dies wird deutlich, wenn man die Verkaufsform der Selbstbedienung und die der Bedienung durch Personal (sowie die hierzu bestehenden Mischformen) vergleichend betrachtet. Denn insbesondere der räumliche Bereich vor der Zugangsschranke und



hinter den Kassen erscheint beim System der Selbstbedienung nur wegen der Besonderheiten dieser Verkaufsform als abtrennbar. Der Kunde geht durch eine Schranke, um den Selbstbedienungsbereich betreten zu können. Nachdem er bezahlt und den Kassenbereich durchschritten hat, betritt er eine Fläche, in der er die Waren einpacken, Verpackungsmittel entsorgen und sich zum Ausgang begeben kann. In einem Laden, in dem er herkömmlich bedient wird, besteht eine derartige räumliche Abtrennung nicht. Im Übrigen verweist das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht im genannten Beschluss, auf den der Verwaltungsgerichtshof Bezug nimmt, zum Bereich hinter den Kassen zutreffend darauf hin, der Betreiber könne den Kunden nicht anschließend "in die freie Luft entlassen". Auf die Frage, an welcher Stelle der Kauf im Sinne des Zivilrechts abgeschlossen ist, kommt es aus städtebaulicher Sicht nicht an. Zur Verkaufsfläche sind im Übrigen auch diejenigen Bereiche innerhalb eines Selbstbedienungsladens zu zählen, die vom Kunden zwar aus betrieblichen und hygienischen Gründen nicht betreten werden dürfen, in denen aber die Ware für ihn sichtbar ausliegt (Käse-, Fleisch- und Wursttheke etc.) und in dem das Personal die Ware zerkleinert, abwiegt und abpackt. Insoweit handelt es sich um einen Bereich, der bei einem reinen Bedienungsladen herkömmlicher Art ebenfalls der Verkaufsfläche zuzurechnen wäre. Davon zu unterscheiden sind diejenigen Flächen, auf denen für den Kunden nicht sichtbar die handwerkliche und sonstige Vorbereitung (Portionierung etc.) erfolgt, sowie die (reinen) Lagerflächen.

- 29 3. Somit handelt es sich bei dem hier zur Genehmigung gestellten Vorhaben um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb. Nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs wird seine Verkaufsfläche bei Einbeziehung von Windfang und Kassenvorraum sowie angemessenem Abzug für Putz (1 cm) etwa 850 m<sup>2</sup> betragen. Auf diese Fläche ist abzustellen, denn die planungsrechtliche Überprüfung hat sich auf das gesamte Vorhaben in seiner durch die beantragte Erweiterung geänderten Gestalt zu erstrecken (vgl. hierzu das Urteil des Senats vom 17. Juni 1993 - BVerwG 4 C 17.91 - NVwZ 1994, 294 = BRS 55 Nr. 72 sowie den Beschluss vom 29. November 2005 - BVerwG 4 B 72.05 -).
- 30 Nach der geplanten Erweiterung überschreitet der Einzelhandelsbetrieb der Klägerin mit einer Geschossfläche von 1 469 m<sup>2</sup> auch die Vermutungsgrenze von 1 200 m<sup>2</sup> nach § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO. Die mithin darlegungspflichtige Klägerin benennt

jedoch selbst keine Tatsachen, aus denen sich ergeben könnte, dass der geplante Betrieb nach der Erweiterung nicht die in § 11 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauNVO benannten Auswirkungen herbeiführen würde. Vielmehr handelt es sich nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs geradezu um ein Musterbeispiel für einen nicht integrierten Standort. Denn er liegt am Rande des Gemeindegebiets und der Abstand zur bebauten Ortslage beträgt mehr als einen Kilometer. Der Betrieb soll auch nicht der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung der - keine zentralörtlichen Funktionen wahrnehmenden und überdies sehr kleinen - Standortgemeinde dienen. Vielmehr sollen etwa 80 % des Umsatzes außerhalb dieser Gemeinde erwirtschaftet werden.

- 31 Die Klägerin führt lediglich an, die vorgesehene Vergrößerung des Betriebs werde nicht zu einer Erweiterung des Sortiments führen. Daraus lässt sich jedoch nichts zu Gunsten der Klägerin ableiten. Da die Verkaufsstätte bisher die Schwelle zur Großflächigkeit noch nicht überschritten hatte, ist die nach § 11 Abs. 3 BauNVO gebotene Prüfung, ob die in dieser Vorschrift benannten Auswirkungen zu erwarten sind, noch nicht erfolgt. Mit dem jetzt gestellten Antrag ist diese Prüfung vorzunehmen. Auch die Klägerin stellt nicht in Frage, dass dabei die Auswirkungen des gesamten Betriebs und nicht etwa nur diejenigen der Erweiterung heranzuziehen sind. Zu Recht hebt der Verwaltungsgerichtshof hervor, dass nicht im Sinne einer "Vorbelastung" die von dem genehmigten Betrieb ausgehenden Auswirkungen außer Betracht bleiben können. Mit dem Überschreiten des Schwellenwerts ist der Betrieb erstmals in den städtebaulichen Typus des großflächigen Einzelhandelsbetriebs hineingewachsen, so dass sich seine Zulässigkeit nunmehr nach den Regelungen in § 11 Abs. 3 BauNVO richtet.
- 32 Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 154 Abs. 2 und § 162 Abs. 3 VwGO.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp

## B e s c h l u s s

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 19 000 € festgesetzt.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp



Rechtsquellen:

BauGB § 34 Abs. 1

BauNVO § 11 Abs. 3

Stichworte:

großflächiger Einzelhandelsbetrieb; Großflächigkeit; Verkaufsfläche; selbstständiger Betrieb; mehrere Betriebe.

Leitsätze:

Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten (wie Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -).

Ob es sich um einen einzigen oder um mehrere Betriebe handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. Ein Einzelhandelsbetrieb ist nur dann als selbstständig anzusehen, wenn er unabhängig von anderen Betrieben genutzt werden kann und deshalb als eigenständiges Vorhaben genehmigungsfähig wäre.

Ist innerhalb eines Gebäudes die Betriebsfläche baulich in mehrere selbstständig nutzbare betriebliche Einheiten unterteilt, bilden diese Einheiten gleichwohl einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO wenn die Gesamtfläche durch einen Einzelhandelsbetrieb als Hauptbetrieb geprägt wird und auf den baulich abgetrennten Flächen zu dessen Warenangebot als Nebenleistung ein Warenangebot hinzutritt, das in einem inneren Zusammenhang mit der Hauptleistung steht, diese jedoch nur abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt (hier Backshop und Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren).

Urteil des 4. Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 14.04

I. VG Cottbus vom 20.04.2001 - Az.: VG 3 K 1211/98 -

II. OVG Frankfurt (Oder) vom 08.11.2004 - Az.: OVG 3 A 471/01 -

## **BUNDESVERWALTUNGSGERICHT**

### **IM NAMEN DES VOLKES**

### **URTEIL**

BVerwG 4 C 14.04  
OVG 3 A 471/01

Verkündet  
am 24. November 2005  
Renner  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In der Verwaltungsstreitsache

hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts  
auf die mündliche Verhandlung vom 24. November 2005  
durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. P a e t o w  
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht H a l a m a , Prof. Dr. R o j a h n ,  
Dr. J a n n a s c h und die Richterin am Bundesverwaltungsgericht Dr. P h i l i p p

für Recht erkannt:

Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg vom 8. November 2004 wird zurückgewiesen.

Die Klägerin trägt die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen, die diese selbst trägt.

### G r ü n d e :

#### I.

- 1 Die Klägerin erstrebt die Erteilung einer Baugenehmigung für die Umwandlung einer Getränkelagerfläche in Verkaufsfläche.
- 2 Die Klägerin war Eigentümerin eines Grundstücks in F., auf dem ein Selbstbedienungs-Lebensmittelmarkt betrieben wird. Ein Bebauungsplan besteht nicht. Auf den Antrag der Klägerin wurde ihr am 14. Juni 1996 die Baugenehmigung erteilt. Nach den genehmigten Bauvorlagen umfasste der Betrieb u.a. einen Verkaufsraum (582,83 m<sup>2</sup>), das Getränkelager (149,78 m<sup>2</sup>), die Kassenzone (27,69 m<sup>2</sup>), eine Pack- und Entsorgungszone (23,99 m<sup>2</sup>), einen in den Markt integrierten Thekenbereich (33,55 m<sup>2</sup>), einen Backshop (25,82 m<sup>2</sup>), einen Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren (66,76 m<sup>2</sup>) sowie einen gemeinsamen Windfang (16,84 m<sup>2</sup>). Bei einer Ortsbesichtigung am 5. März 1997 stellten Mitarbeiter des Beklagten fest, dass das Getränkelager als Verkaufsfläche genutzt wurde. Daraufhin erließ der Beklagte gegenüber der Klägerin eine entsprechende Nutzungsuntersagungsverfügung. Die Klägerin beantragte bei dem Beklagten die Erteilung einer Baugenehmigung für die Nutzungsänderung des Getränkelagers zu einem Verkaufsraum. Diesen Antrag lehnte der Beklagte ab; die beigeladene Gemeinde hatte zuvor ihr Einvernehmen versagt. Widerspruch und Klage blieben ohne Erfolg. Im Berufungsverfahren wurde der Rechtsstreit hinsichtlich der Nutzungsuntersagungsverfügung für erledigt erklärt.
- 3 Mit Urteil vom 8. November 2004 - 3 A 471/01 - (ZfBR 2005, 292 <LS>; juris) hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg die Berufung zurückgewiesen.

Zur Begründung hat es ausgeführt: Die Zulässigkeit des streitigen Vorhabens könne sich allein nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB richten, da das Vorhaben nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, aber innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liege und die Eigenart der näheren Umgebung nicht einem der Baugebiete der Baunutzungsverordnung entspreche. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB sei jedoch gemäß § 246 Abs. 7 BauGB in Verbindung mit § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) vom 10. Juni 1998 nicht für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO anzuwenden. Das Vorhaben der Klägerin sei ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb. Bei der Bestimmung der Großflächigkeit sei von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - (NVwZ 1987, 1076 = BRS 47 Nr. 56) und im Beschluss vom 22. Juli 2004 - BVerwG 4 B 29.04 - (ZfBR 2004, 699 = Buchholz 406.12 § 11 BauNVO Nr. 28) auszugehen. Zur Verkaufsfläche sei grundsätzlich all das zu zählen, was nicht Lager, sondern dazu bestimmt sei, Kunden sich dort mit dem Ziel aufhalten zu lassen, Verkaufsabschlüsse zu fördern. Einzubeziehen seien auch Bereiche, in die die Kunden aus Sicherheitsgründen (Kassen) oder solchen der Hygiene (Verkaufsstände für Fleisch, Fisch, Geflügel, Wurst) nicht eintreten dürften. Unter bestimmten Voraussetzungen seien die Verkaufsflächen benachbarter, bautechnisch selbstständiger Einzelhandelsbetriebe zusammenzurechnen. Stünden mehrere Einzelhandelsbetriebe in einem so engen räumlichen und funktionellen Zusammenhang, dass eine Umgehung des § 11 Abs. 3 BauNVO offensichtlich sei, erscheine es gerechtfertigt, diese Betriebe in ihrer Gesamtheit wie einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb zu beurteilen. Die vom Ordnungsgeber mit § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauNVO vorausgesetzte Abgrenzung zwischen Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandelsbetrieben werde dadurch nicht ausgehöhlt. Für die Frage, wann von einer Funktionseinheit auszugehen sei, bedürfe es einer differenzierenden Bewertung unter Berücksichtigung verschiedener baulicher und betrieblicher Gesichtspunkte. Erforderlich sei eine für den Kunden erkennbare wechselseitige Nutzung betrieblicher Kapazitäten. Daneben sei ein gemeinsames Nutzungskonzept zu verlangen, aufgrund dessen die Betriebe wechselseitig voneinander profitierten und das die Betriebe als gemeinschaftlich verbundene Teilnehmer am Wettbewerb erscheinen lasse. Für eine Funktionseinheit spreche es, wenn die Sortimente auf eine konkrete identische Zielgruppe hin orientiert seien und



sich derart ergänzten, dass der Synergieeffekt eines gemeinsamen Standortes genutzt werden könne. Bei der gebotenen Einbeziehung des Backshops und des Ladens für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren werde die Grenze zur Großflächigkeit überschritten. Die baulichen Gegebenheiten sprächen insoweit eindeutig für eine Funktionseinheit. Die Betriebe befänden sich nicht nur auf einem einheitlichen Grundstück, sondern innerhalb desselben Gebäudes. Zufahrt und Stellplätze würden gemeinsam genutzt. Das Merkmal eines gemeinsamen Nutzungskonzepts sei ebenfalls erfüllt. Die Sortimente seien auf eine identische Zielgruppe hin orientiert und optimal aufeinander abgestimmt, da es sich jeweils um Waren des täglichen Bedarfs handele. Aus der maßgeblichen Sicht der Kunden bestehe nicht nur eine beziehungslose Aneinanderreihung selbstständiger Läden, sondern Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren erschienen als dem Lebensmittelmarkt funktionell zugeordnet.

- 4 Auch das Außer-Kraft-Treten des § 3 BbgBauGBDG zum 31. Dezember 2004 führe zu keiner anderen rechtlichen Beurteilung. Die Voraussetzungen einer Zulassung des Vorhabens nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB lägen nicht vor. Die Vergrößerung der Verkaufsfläche um ca. 20 % führe nach der Lebenserfahrung zu einer weiteren Verstärkung des Zu- und Abgangsverkehrs und damit zu einer höheren Belastung der umliegenden Wohnbebauung. Dies rechtfertige die Annahme, dass das den Rahmen der Umgebungsbebauung ohnehin schon überschreitende Vorhaben der Klägerin sich nicht harmonisch in die Eigenart der näheren Umgebung einfüge. Darüber hinaus würden bodenrechtlich beachtliche, bewältigungsbedürftige Spannungen ausgelöst, weil im Hinblick auf eine damit verbundene Vorbildwirkung die städtebauliche Situation negativ in Bewegung gebracht werde.

5 Die Klägerin hat die vom Oberverwaltungsgericht zugelassene Revision eingelegt. Zur Begründung führt sie aus, bei dem Vorhaben handele es sich nicht um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO. Bei der Bestimmung der Verkaufsfläche seien solche Bereiche nicht zu berücksichtigen, die die Kunden nicht betreten dürften. Eine Zusammenrechnung von Verkaufsflächen mehrerer Betriebe entspreche nicht dem Willen des Ordnungsgebers. Eine bauliche und organisatorische Funktionseinheit genüge nicht, um eine solche Zusammenrechnung zu rechtfertigen. Eine gemeinsame Zufahrt und die Nutzung gemeinsamer Stellplätze seien für jede größere Ansammlung von Einzelhandelsbetrieben bezeichnend. Dasselbe gelte hinsichtlich des Merkmals eines gemeinsamen Nutzungskonzepts. Auch das Abstellen auf ein "abgestimmtes Vorgehen verschiedener Betreiber" verwische die Grenze zur "normalen Ladenzeile". Ebenso wenig könne der vom Berufungsgericht angenommene Synergieeffekt sich ergänzender Sortimente ein Indiz für die Großflächigkeit mehrerer selbstständiger Einzelhandelsbetriebe sein. Der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren seien eigenständig lebensfähig. Das Vorhaben sei ferner nicht geeignet, bodenrechtlich beachtliche, bewältigungsbedürftige Spannungen zu begründen oder zu erhöhen. Die Belastung durch den Verkehrslärm werde sich nicht erhöhen.

6 Die Klägerin beantragt,

die Urteile des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg vom 8. November 2004 und des Verwaltungsgerichts Cottbus vom 20. April 2001 aufzuheben und den Beklagten unter Aufhebung seiner Bescheide vom 16. August 1999 und 27. März 2000 zu verpflichten, ihr eine Baugenehmigung für die Nutzungsänderung des Getränkelagers in einen Verkaufsraum zu erteilen.

7 Der Beklagte beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

8 Er verteidigt das angefochtene Urteil.

9 Die Beigeladene hat sich im Revisionsverfahren nicht geäußert.

II.

- 10 Die zulässige Revision ist nicht begründet. Das Berufungsurteil verstößt nicht gegen Bundesrecht. Das Oberverwaltungsgericht ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass mit der Einbeziehung des Getränkelagers in die Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entsteht. Ein solcher war zum Zeitpunkt der Entscheidung des Berufungsgerichts nach § 246 Abs. 7 BauGB in Verbindung mit § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) im unbeplanten Innenbereich gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB nicht zulässig (1.). Eine Genehmigung kommt nach den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts auch für die seit dem 1. Januar 2005 geltende Rechtslage nicht in Betracht (2.).
- 11 1.1 Nach § 246 Abs. 7 BauGB konnten die Länder bestimmen, dass § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB bis zum 31. Dezember 2004 nicht für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO anzuwenden ist. Von dieser Möglichkeit hat das Land Brandenburg in § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) vom 10. Juni 1998 (GVBl I S. 126) Gebrauch gemacht. Diese Regelungen standen der angestrebten Baugenehmigung zu dem für das Oberverwaltungsgericht maßgeblichen Zeitpunkt seiner mündlichen Verhandlung entgegen. Da das Vorhaben nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (§ 30 Abs. 1 BauGB), aber innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt (§ 34 Abs. 1 BauGB) und die Eigenart der näheren Umgebung nicht einem der Baugebiete der Baunutzungsverordnung entspricht (§ 34 Abs. 2 BauGB), hätte es bauplanungsrechtlich nur gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB zulässig sein können.
- 12 1.2 Das Oberverwaltungsgericht ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass mit der Einbeziehung des Getränkelagers in die Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO entsteht.
- 13 Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten. Dies hat der Senat in seinem Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 - (zur Veröffentlichung in BVerwGE vorgesehen) näher dargelegt.

- 14      1.3 Mit der Umwandlung der als Getränkelager genehmigten Fläche in Verkaufsfläche ist diese in die Berechnung der Verkaufsfläche einzubeziehen. Dies stellt auch die Klägerin nicht in Frage. In die Verkaufsfläche einzubeziehen sind auch die "Kassenzone", also der Bereich, in dem sich die Kassen und die Durchgänge befinden, und die Fläche, die vorliegend mit "Pack- und Entsorgungszone" bezeichnet wird und von den Kunden vor dem Betreten des abgetrennten Verkaufsbereichs sowie nach Verlassen der Kasse durchlaufen wird. Denn auch sie prägen in städtebaulicher Hinsicht die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs. Dies wird deutlich, wenn man die Verkaufsform der Selbstbedienung und die der Bedienung durch Personal (sowie die hierzu bestehenden Mischformen) vergleichend betrachtet. Denn insbesondere der räumliche Bereich vor der Zugangsschranke und hinter den Kassen erscheint beim System der Selbstbedienung nur wegen der Besonderheiten dieser Verkaufsform als abtrennbar. Der Kunde geht durch eine Schranke, um den Selbstbedienungsbereich betreten zu können. Nachdem er bezahlt und den Kassensbereich durchschritten hat, betritt er eine Fläche, in der er die Waren einpacken, Verpackungsmittel entsorgen und sich zum Ausgang begeben kann. In einem Laden, in dem er herkömmlich bedient wird, besteht eine derartige räumliche Abtrennung nicht. Auf die Frage, an welcher Stelle der Kauf im Sinne des Zivilrechts abgeschlossen ist, kommt es aus städtebaulicher Sicht nicht an. Zur Verkaufsfläche sind auch diejenigen Bereiche innerhalb eines Selbstbedienungsladens zu zählen, die vom Kunden zwar aus betrieblichen und hygienischen Gründen nicht betreten werden dürfen, in denen aber die Ware für ihn sichtbar ausliegt (Käse-, Fleisch- und Wursttheke etc.) und in dem das Personal die Ware zerkleinert, abwiegt und abpackt. Insoweit handelt es sich um einen Bereich, der bei einem reinen Bedienungsladen herkömmlicher Art ebenfalls der Verkaufsfläche zuzurechnen wäre. Davon zu unterscheiden sind diejenigen Flächen, auf denen für den Kunden nicht sichtbar die handwerkliche und sonstige Vorbereitung (Portionierung etc.) erfolgt, sowie die (reinen) Lagerflächen.
- 15      Bereits nach diesen Grundsätzen ist hier ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb anzunehmen. Denn mit dem ursprünglich genehmigten Verkaufsraum (582,83 m<sup>2</sup>), dem einzubeziehenden früheren Getränkelager (149,78 m<sup>2</sup>), der Theke (33,55 m<sup>2</sup>),

der Kassenzone (27,69 m<sup>2</sup>) sowie dem Bereich für Verpackung und Entsorgung (23,99 m<sup>2</sup>) wird die maßgebliche Schwelle von 800 m<sup>2</sup> um 17,84 m<sup>2</sup> überschritten.

- 16 1.4 Im Ergebnis zu Recht hat das Oberverwaltungsgericht auch die Flächen für den Backshop (25,82 m<sup>2</sup>), den Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren (66,76 m<sup>2</sup>) sowie den von allen drei Bereichen gemeinsam genutzten Windfang (16,84 m<sup>2</sup>) einbezogen. Denn der Backshop sowie der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren bilden mit dem Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb eine betriebliche Einheit und sind daher mit ihm zusammen als ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO anzusehen.
- 17 Der Senat ist bereits in seinem Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 77.84 - Buchholz 406.12 § 1 BauNVO Nr. 5 = ZfBR 1987, 251 <insoweit in BVerwGE 77, 317 nicht abgedruckt> davon ausgegangen, dass ein Vorhaben die Errichtung eines als Einheit zu betrachtenden Betriebs zum Gegenstand haben kann. Er hat erwogen, dass das seinerzeit umstrittene Vorhaben "in Wahrheit nur einen Betrieb darstellen" könne, weil es zwar zwei räumlich getrennte Baukörper umfasste, aber aufgrund eines Bauantrages eines Grundstückseigentümers auf einem Grundstück gleichzeitig und mit aufeinander abgestimmten Sortimenten in den beiden Märkten verwirklicht werden sollte. Er hat andererseits im Urteil vom 4. Mai 1988 - BVerwG 4 C 34.86 - (BVerwGE 79, 309 <315>) hervorgehoben, dass ein räumlicher Zusammenhang allein noch nicht zu einer "summierenden" Betrachtungsweise berechtigt. Der Senat hat in diesem Zusammenhang auch den Begriff der "Funktionseinheit" verwendet, für eine solche im zu behandelnden Fall indes keine Anhaltspunkte gesehen.
- 18 § 11 Abs. 3 BauNVO liegt die Wertung zugrunde, dass die in dieser Vorschrift bezeichneten Betriebe typischerweise ein Beeinträchtigungspotential aufweisen, das es rechtfertigt, sie einem Sonderregime zu unterwerfen. Den Typus der in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauNVO genannten Einkaufszentren schränkt der Verordnungsgeber nicht mit weiteren Merkmalen ein. Demgegenüber grenzt er in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO die nur in Kerngebieten und Sondergebieten zulässigen Einzelhandelsbetriebe mit zwei eigenständigen Merkmalen ein, nämlich mit dem Merkmal der Großflächigkeit und mit der Bezeichnung bestimmter städtebaulich erheblicher Auswirkungen. Der Begriff der Großflächigkeit dient ihm dazu, in typisierender Weise

unabhängig von regionalen oder lokalen Besonderheiten bundesweit den Betriebstyp festzuschreiben, der von den in den §§ 2 bis 9 BauNVO bezeichneten Baugebieten ferngehalten werden soll. Wird die Schwelle zur Großflächigkeit überschritten, hat eine eigenständige, eingehende Prüfung einzusetzen, für die der Verordnungsgeber in den Sätzen 3 und 4 des § 11 Abs. 3 BauNVO eine Reihe von Kriterien benennt (vgl. hierzu das Urteil des Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -).

- 19 Der Begriff des großflächigen Einzelhandelsbetriebs ist vorrangig nach dieser Zielsetzung des § 11 Abs. 3 BauNVO auszulegen. Umschreibungen des Begriffs Betrieb oder Einzelhandelsbetrieb, die in anderen Fachgebieten oder anderen rechtlichen Zusammenhängen verwendet werden, können daher nur eingeschränkt nutzbar gemacht werden (vgl. auch das Senatsurteil vom 18. Juni 2003 - BVerwG 4 C 5.02 - ZfBR 2004, 62 zum Begriff des Verbrauchermarkts in der BauNVO 1968). § 11 Abs. 3 BauNVO verhält sich gegenüber den sich dynamisch entwickelnden unterschiedlichen Strukturen des Einzelhandels neutral und regelt lediglich die städtebaulichen Auswirkungen. Dass Einzelhandelsbetriebe heute vielfältige, zum Teil sich überschneidende Erscheinungs- und Gestaltungsformen aufweisen, ändert freilich nichts daran, dass Regelungsgegenstand der Vorschrift allein "der einzelne Betrieb" ist.
- 20 Ob es sich in diesem Sinne um einen einzigen oder um mehrere Betriebe handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. Für die räumliche Abgrenzung eines Einzelhandelsbetriebs ist auf die nach außen erkennbaren baulichen Gegebenheiten abzustellen. Eine Verkaufsstätte kann ein selbstständiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO nur sein, wenn sie selbstständig, d.h. unabhängig von anderen Einzelhandelsbetrieben genutzt werden kann und deshalb baurechtlich auch als eigenständiges Vorhaben genehmigungsfähig wäre. Hierfür muss die Verkaufsstätte jedenfalls einen eigenen Eingang, eine eigene Anlieferung und eigene Personalräume haben; sie muss unabhängig von anderen Betrieben geöffnet und geschlossen werden können. Ohne Bedeutung ist hingegen, wer rechtlich oder wirtschaftlich jeweils Betreiber ist. Die Frage der bauplanungsrechtlichen Selbstständigkeit ist auch unabhängig davon zu beurteilen, ob Selbstbedienung, Bedienung durch Personal oder eine Mischform erfolgt und wie die

dem entsprechenden Bereiche innerhalb der Betriebsfläche voneinander abgegrenzt sind.

- 21 Die Verkaufsflächen baulich und funktionell eigenständiger Betriebe können grundsätzlich nicht zusammengerechnet werden. Für die Prüfung einer "Funktionseinheit" unter den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Nutzungskonzepts, der Ergänzung der Sortimente, der Nutzung von Synergieeffekten u.ä. ist in diesen Fällen kein Raum. Das gilt indes nicht uneingeschränkt. Ist innerhalb eines Gebäudes die Betriebsfläche baulich in mehrere selbstständig nutzbare betriebliche Einheiten unterteilt, bilden diese Einheiten gleichwohl einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO, wenn die Gesamtfläche durch einen Einzelhandelsbetrieb als "Hauptbetrieb" geprägt wird und auf den baulich abgetrennten Flächen zu dessen Warenangebot als "Nebenleistung" ein Warenangebot hinzutritt, das in einem inneren Zusammenhang mit der "Hauptleistung" steht, diese jedoch nur abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt (vgl. Urteil vom 30. Juni 2004 - BVerwG 4 C 3.03 - BVerwGE 121, 205 <209> zu den einem Postdienstleistungsbetrieb zuzuordnenden Nebenleistungen). Dann ist es im Hinblick auf die bauplanungsrechtliche Zielsetzung geboten, die Verkaufsflächen für die Ermittlung der Schwelle der Großflächigkeit im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO zusammenzurechnen. Unter welchen Voraussetzungen eine derartige Unterordnung anzunehmen ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Für eine betriebliche Einheit wird im allgemeinen sprechen, dass die für die "Nebenbetriebe" in Anspruch genommenen Flächen deutlich hinter denjenigen des Hauptbetriebs zurückbleiben. Schließlich kann berücksichtigt werden, dass nach der Verkehrsanschauung aus der Sicht des Verbrauchers ein Randangebot als zum Hauptbetrieb zugehörig angesehen wird (vgl. auch das Urteil des Senats vom 30. Juni 2004 a.a.O.). Baulich gesondert nutzbare Betriebsflächen bilden somit dann eine betriebliche Einheit mit einem Hauptbetrieb, wenn auf ihnen lediglich ein dieses ergänzendes Angebot erbracht wird. Dies ist insbesondere der Fall, wenn nach der Verkehrsanschauung der kleinere Bereich ebenso in die Verkaufsfläche des größeren Betriebs einbezogen sein könnte. Ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen baulich selbstständig nutzbare Verkaufsstätten einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO bilden können, wenn sie nicht in einem Gebäude untergebracht sind, bedarf aus Anlass des vorliegenden Falles keiner Entscheidung.

- 22 1.5 Das Oberverwaltungsgericht ist vorliegend ersichtlich davon ausgegangen, dass der Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb, der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren bautechnisch selbstständig nutzbar sind. Es geht dabei wohl davon aus, dass sie von dem gemeinsamen Windfang aus über separate Zugänge verfügen (Urteilsabdruck S. 19). Jedenfalls haben der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren jeweils eigenständige Personalräume und Toiletten. Aus den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts ergibt sich jedoch, dass diese Betriebsbereiche nur dem Lebensmittelmarkt zuzurechnende "Nebenleistungen" erbringen. Die für sie in Anspruch genommenen Flächen sind im Vergleich zur Fläche des Hauptbetriebs untergeordnet. Ferner bietet der Backshop ebenso wie der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren ein gleichsam ausgelagertes untergeordnetes Ergänzungsangebot. Beide Sortimente könnten ohne weiteres in dem Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb angeboten werden, wie dies bei anderen Betrieben dieser Art häufig der Fall ist. Das Oberverwaltungsgericht hebt hierzu hervor, die Sortimente seien auf eine identische Zielgruppe hin orientiert und optimal aufeinander abgestimmt, da es sich jeweils um Waren des täglichen Bedarfs handele. Daher handelt es sich vorliegend um einen der Fälle, in denen eine Zusammenrechnung unter dem Gesichtspunkt der betrieblichen Einheit geboten ist. Somit erreicht der Betrieb insgesamt eine Verkaufsfläche von 927,26 m<sup>2</sup> und überschreitet damit bei weitem die Schwelle der Großflächigkeit.
- 23 2. Auch nach Außerkrafttreten der Regelung in § 246 Abs. 7 BauGB ist das Vorhaben der Klägerin nicht genehmigungsfähig.
- 24 Das Revisionsgericht hat Rechtsänderungen, die während des Revisionsverfahrens eintreten, im gleichen Umfang zu beachten, wie sie die Vorinstanz berücksichtigen müsste, wenn sie jetzt entschiede (stRspr, vgl. z.B. BVerwG, Urteil vom 24. Juni 2004 - BVerwG 4 C 11.03 - BVerwGE 121, 152). Das Berufungsgericht ist auf die seit dem Ablauf des 31. Dezember 2004 geltende Rechtslage bereits eingegangen. Sein Ausgangspunkt, wonach mit der Umwandlung der Lagerfläche in Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entsteht, ist wie ausgeführt zutreffend. Mit dem Überschreiten der Schwelle der Großflächigkeit hat die materiellrechtliche Prüfung nunmehr daran anzuknüpfen. Dabei ist der Einzelhandelsbetrieb in seiner



Gesamtheit und nicht etwa nur hinsichtlich der beantragten Vergrößerung zu würdigen (vgl. Senatsurteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -). Nach den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts befindet sich in der Umgebung kein weiterer derartiger Betrieb, so dass der umstrittene Einzelhandelsbetrieb sich nicht nach § 34 Abs. 1 BauGB einfügt. Dabei bietet der Fall keine Veranlassung, der Frage nachzugehen, ob bereits das Bestehen eines einzelnen großflächigen Einzelhandelsbetriebs als Anknüpfungspunkt für § 34 Abs. 1 BauGB ausreicht oder ob ein solcher Betrieb nicht eher als Fremdkörper anzusehen sein wird. Weiterhin gelangt das Oberverwaltungsgericht unter Hinweis auf die zunehmende Verkehrsbelastung sowie die Vorbildwirkung zu dem Ergebnis, dass der Betrieb bodenrechtlich beachtliche Spannungen hervorruft. Bereits die Vergrößerung der Verkaufsfläche werde zu einer Verstärkung des bisherigen Zu- und Abgangverkehrs und damit zu einer höheren Belastung der umliegenden Wohnbebauung führen. Dies rechtfertigt nach der Einschätzung des Oberverwaltungsgerichts die Annahme, dass das den Rahmen der Umgebungsbebauung ohnehin schon überschreitende Vorhaben der Klägerin sich nicht harmonisch in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

- 25 Die Klägerin stellt in Frage, ob lediglich die Vergrößerung der Verkaufsfläche zu einer höheren Belastung der Umgebung führen werde, ohne allerdings zulässige Verfahrensrügen zu erheben. Dies mag indes auf sich beruhen. Denn es kommt bei der jetzt aus Anlass des Entstehens eines großflächigen Einzelhandelsbetriebs vorzunehmenden Prüfung darauf an, wie hoch die von diesem Betrieb insgesamt ausgehenden Belastungen sind. Diese sind in jedem Fall nicht nur geringfügig. Somit ist die Schlussfolgerung des Berufungsgerichts zutreffend, es handele sich nicht um einen der Fälle, in denen ein Vorhaben sich trotz der Überschreitung des durch die Umgebungsbebauung gesetzten Rahmens einfüge, weil es keine bewältigungsbedürftigen Spannungen erzeuge oder verstärke. Davon abgesehen hat das Oberverwaltungsgericht seine Entscheidung überdies darauf gestützt, dass vom Vorhaben aus einem weiteren Grund bewältigungsbedürftige Spannungen ausgehen. Denn es gelangt zu dem Ergebnis, dass die städtebauliche Situation auch im Hinblick auf die mit dem Vorhaben verbundene Vorbildwirkung negativ in Bewegung gebracht wird. In der näheren Umgebung des Vorhabens befinden sich mehrere Grundstücke, die sich für eine weitere Ansiedlung vergleichbarer Betriebe anbieten. Somit kommt eine Genehmigung bereits nach § 34 Abs. 1 BauGB nicht in Betracht, so dass mit dem

Oberverwaltungsgericht dahinstehen kann, ob einer Zulassung des Vorhabens überdies die Regelung in § 34 Abs. 3 BauGB 2004 entgegensteht.

- 26 Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 154 Abs. 2 und § 162 Abs. 3 VwGO.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp

### B e s c h l u s s

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 18 000 € festgesetzt.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp



Rechtsquellen:

BauGB        § 34 Abs. 1  
BauNVO      § 11 Abs. 3

Stichworte:

Großflächiger Einzelhandelsbetrieb; Großflächigkeit; Verkaufsfläche; selbstständiger Betrieb; mehrere Betriebe.

Leitsätze:

Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten (wie Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -).

Ob es sich um einen einzigen oder um mehrere Betriebe handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. Ein Einzelhandelsbetrieb ist nur dann als selbstständig anzusehen, wenn er unabhängig von anderen Betrieben genutzt werden kann und deshalb als eigenständiges Vorhaben genehmigungsfähig wäre (wie Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 14.04 -). Dies ist bei einem Betrieb zu bejahen, der über einen eigenen Eingang, eine eigene Anlieferung und eigene Personalräume verfügt (hier: Getränkemarkt neben einem Lebensmittel-Discount-Markt).

Urteil des 4. Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 8.05

I. VG Gelsenkirchen vom 06.05.2004 - Az.: VG 5 K 3398/01 -  
II. OVG Münster                vom 25.04.2005 - Az.: OVG 10 A 2861/04 -

## **BUNDESVERWALTUNGSGERICHT**

### **IM NAMEN DES VOLKES**

### **URTEIL**

BVerwG 4 C 8.05  
OVG 10 A 2861/04

Verkündet  
am 24. November 2005  
Renner  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In der Verwaltungsstreitsache



hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts  
auf die mündliche Verhandlung vom 24. November 2005  
durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. P a e t o w  
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht H a l a m a , Prof. Dr. R o j a h n ,  
Dr. J a n n a s c h und die Richterin am Bundesverwaltungsgericht Dr. P h i l i p p

für Recht erkannt:

Die Revision des Beklagten gegen das Urteil des Ober-  
verwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom  
25. April 2005 wird zurückgewiesen.

Der Beklagte trägt die Kosten des Revisionsverfahrens.

#### G r ü n d e :

##### I.

Die Klägerin erstrebt die Erteilung eines baurechtlichen Vorbescheids für die Nutzungsänderung einer Lagerhalle zu einem Getränkemarkt.

Sie ist Eigentümerin eines Grundstücks in E. Dieses liegt in einem ca. 350 - 400 m langen und ca. 50 - 120 m breiten ausschließlich gewerblich genutzten Areal südlich der N. Straße und nördlich einer S-Bahnstrecke. Ein Bebauungsplan besteht nicht. Auf diesem Grundstück hat sie ein Gebäude mit einer Grundfläche von 40 x 53 m errichtet. Dessen südlicher Teil (ca. 19 x 53 m) wird entsprechend der Baugenehmigung vom 28. Mai 1999 sowie der Nachtragsbaugenehmigung vom 28. September 2000 als Lebensmittel-Discount-Markt genutzt. Der nördliche Teil (ca. 21 x 53 m) ist als Lagerhalle genehmigt worden und blieb zunächst ungenutzt. Bereits am 28. August 2000 beantragte die Klägerin die Erteilung eines baurechtlichen Vorbescheids für die Nutzungsänderung der Lagerhalle in einen Getränkemarkt (Verkaufsfläche 695 m<sup>2</sup>) mit Lager (324 m<sup>2</sup>). Dies lehnte der Beklagte mit der Begründung ab, da die beiden Betriebe eine Funktionseinheit bildeten, handele es sich um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb, der in einem Gewerbegebiet nicht zulässig sei.

Auf die nach erfolglosem Widerspruchsverfahren erhobene Klage hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen den Beklagten mit Urteil vom 6. Mai 2004 verpflichtet, den beantragten bauplanungsrechtlichen Vorbescheid zu erteilen. Die hiergegen vom Beklagten eingelegte Berufung hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Urteil vom 25. April 2005 (ZfBR 2005, 572 = BauR 2005, 1602) zurückgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Mit der geplanten Nutzungsänderung entstehe kein Einkaufszentrum, denn Anhaltspunkte für eine planvolle Zusammenfassung beider Märkte im Sinne eines geplanten Einkaufszentrums bestünden nicht. Der Getränkemarkt stelle auch keinen großflächigen Einzelhandelsbetrieb dar. Bei der Berechnung der Verkaufsfläche sei lediglich auf den Getränkemarkt abzustellen. Dessen Verkaufsfläche erreiche mit 695 m<sup>2</sup> die kritische Größe von 700 bis 800 m<sup>2</sup> zur Großflächigkeit noch nicht. § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO decke nicht die summierende Betrachtungsweise der Verkaufsflächen von nebeneinander liegenden Einzelhandelsbetrieben. Ein Zusammenrechnen der Verkaufsflächen komme auch unter dem Gesichtspunkt der Funktionseinheit nicht in Betracht. Der Begriff der Funktionseinheit sei - jedenfalls seitdem jeweils mehrere Discounter bzw. Einzelhandelsbetriebe als direkte Konkurrenten die räumliche Nähe suchten - ungeeignet, die Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben zum Zwecke der Sortimentsergänzung zu erklären und eine Addition der Verkaufsflächen zur Großflächigkeit zu rechtfertigen. Weder der räumliche Zusammenhang noch betriebliche Gesichtspunkte reichten aus, um selbstständige Betriebe als eine Einheit zu erfassen. Indiz für eine Selbstständigkeit sei eine bautechnische Gestaltung, die es erlaube, dass jeder Betrieb für sich funktionsfähig sei. Für die Eigenständigkeit spreche auch, dass die Verkaufs- und Lageraktivitäten von verschiedenen Betreibern mit unterschiedlichem Betriebszweck betrieben würden. Etwas anderes könne nur ausnahmsweise dann gelten, wenn ein einheitliches, an sich großflächiges Einzelhandelskonzept unter dem Aspekt der Umgehung in kleinteilige Fachmärkte zerlegt werde. Hierfür bestünden vorliegend keine Anhaltspunkte. Von dem Vorhaben seien keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder anderen Gemeinden gemäß § 34 Abs. 3 BauGB zu erwarten. Das Vorhaben sei auch nicht planungsrechtlich rücksichtslos.

Gegen dieses Urteil hat der Beklagte die vom Berufungsgericht zugelassene Revision eingelegt. Zur Begründung führt er aus, die Möglichkeit einer Funktionseinheit

großflächiger Einzelhandelsbetriebe stehe im Einklang mit der Rechtsprechung und den Absichten des Ordnungsgebers. Die vom Oberverwaltungsgericht aus den Regelungen zum Einkaufszentrum einerseits und großflächigen Einzelhandelsbetrieben andererseits gezogene Schlussfolgerung beachte nicht die unterschiedlichen Rechtsfolgen. Aus baulicher Sicht sprächen vorliegend für eine Funktionseinheit das äußerlich einheitliche Gebäude, der gemeinsame Parkplatz sowie die gemeinsame Ein- und Ausfahrt. Auch ein nach außen erkennbares Nutzungskonzept liege vor. Der vorhandene Discount-Markt diene insbesondere der Deckung des täglichen Bedarfs an Lebensmitteln. Sein umfassendes Sortiment werde aus Kundensicht durch einen Getränkemarkt sinnvoll ergänzt. Konkurrenz zwischen beiden Betrieben bestehe nur bei ganz wenigen Produkten. Im Übrigen handele es sich um denselben Verpächter. Da die Geschossfläche mit knapp 1 400 m<sup>2</sup> die Schwelle von 1 200 m<sup>2</sup> überschreite, bedürfe es keines Nachweises nachteiliger städtebaulicher Auswirkungen.

Der Beklagte beantragt,

die Urteile des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Klägerin beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

Sie verteidigt das angegriffene Urteil.

## II.

Die zulässige Revision ist nicht begründet. Das Berufungsurteil verstößt nicht gegen Bundesrecht. Das Oberverwaltungsgericht ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass der geplante Getränkemarkt mit einer Verkaufsfläche von 695 m<sup>2</sup> nicht als großflächiger Einzelhandelsbetrieb nach § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO anzusehen ist. Entgegen der Auffassung des Beklagten ist die Verkaufsfläche nicht mit derjenigen



des im selben Gebäude bestehenden Lebensmittel-Discount-Markts zusammenzurechnen.

1. Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten. Dies hat der Senat in seinem Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 - (zur Veröffentlichung in BVerwGE vorgesehen) näher dargelegt. Der den Gegenstand des beantragten Vorbescheids bildende Getränkemarkt hält diesen Schwellenwert ein.

2.1 Bei der Berechnung der Verkaufsfläche ist lediglich auf den Getränkemarkt abzustellen. Dieser bildet keine betriebliche Einheit mit dem Lebensmittel-Discount-Markt. Ob es sich um einen einzigen oder um mehrere Betriebe im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. In seinem Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 14.04 - (zur Veröffentlichung in BVerwGE vorgesehen) hat der Senat hierzu dargelegt:

Der Senat ist bereits in seinem Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 77.84 - Buchholz 406.12 § 1 BauNVO Nr. 5 = ZfBR 1987, 251 <insoweit in BVerwGE 77, 317 nicht abgedruckt> davon ausgegangen, dass ein Vorhaben die Errichtung eines als Einheit zu betrachtenden Betriebes zum Gegenstand haben kann. Er hat erwogen, dass das seinerzeit umstrittene Vorhaben "in Wahrheit nur einen Betrieb darstellen" könne, weil es zwar zwei räumlich getrennte Baukörper umfasste, aber aufgrund eines Bauantrages eines Grundstückseigentümers auf einem Grundstück gleichzeitig und mit aufeinander abgestimmten Sortimenten in den beiden Märkten verwirklicht werden sollte. Er hat andererseits im Urteil vom 4. Mai 1988 - BVerwG 4 C 34.86 - (BVerwGE 79, 309 <315>) hervorgehoben, dass ein räumlicher Zusammenhang allein noch nicht zu einer "summierenden" Betrachtungsweise berechtigt. Der Senat hat in diesem Zusammenhang auch den Begriff der "Funktionseinheit" verwendet, für eine solche im zu behandelnden Fall indes keine Anhaltspunkte gesehen.

§ 11 Abs. 3 BauNVO liegt die Wertung zugrunde, dass die in dieser Vorschrift bezeichneten Betriebe typischerweise ein Beeinträchtigungspotential aufweisen, das es rechtfertigt, sie einem Sonderregime zu unterwerfen. Den Typus der in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauNVO genannten Einkaufszentren schränkt der Verordnungsgeber nicht mit weiteren Merkmalen ein. Demgegenüber grenzt er in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO die nur in Kerngebieten und Sondergebieten zulässigen Einzelhandelsbetriebe mit zwei eigenständigen Merkmalen ein, nämlich mit dem Merkmal der Großflächigkeit und mit der Bezeichnung bestimmter städtebaulich erheblicher Auswirkungen. Der Begriff der Großflächigkeit dient ihm dazu, in typisierender Weise unabhängig von regio-

nalen oder lokalen Besonderheiten bundesweit den Betriebstyp festzuschreiben, der von den in den §§ 2 bis 9 BauNVO bezeichneten Baugebieten ferngehalten werden soll. Wird die Schwelle zur Großflächigkeit überschritten, hat eine eigenständige, eingehende Prüfung einzusetzen, für die der Verordnungsgeber in den Sätzen 3 und 4 des § 11 Abs. 3 BauNVO eine Reihe von Kriterien benennt (vgl. hierzu das Urteil des Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -).

Der Begriff des großflächigen Einzelhandelsbetriebs ist vorrangig nach dieser Zielsetzung des § 11 Abs. 3 BauNVO auszulegen. Umschreibungen des Begriffs Betrieb oder Einzelhandelsbetrieb, die in anderen Fachgebieten oder anderen rechtlichen Zusammenhängen verwendet werden, können daher nur eingeschränkt nutzbar gemacht werden (vgl. auch das Senatsurteil vom 18. Juni 2003 - BVerwG 4 C 5.02 - ZfBR 2004, 62 zum Begriff des Verbrauchermarkts in der BauNVO 1968). § 11 Abs. 3 BauNVO verhält sich gegenüber den sich dynamisch entwickelnden unterschiedlichen Strukturen des Einzelhandels neutral und regelt lediglich die städtebaulichen Auswirkungen. Dass Einzelhandelsbetriebe heute vielfältige, zum Teil sich überschneidende Erscheinungs- und Gestaltungsformen aufweisen, ändert freilich nichts daran, dass Regelungsgegenstand der Vorschrift allein "der einzelne Betrieb" ist.

Ob es sich in diesem Sinne um einen einzigen oder um mehrere Betriebe handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. Für die räumliche Abgrenzung eines Einzelhandelsbetriebs ist auf die nach außen erkennbaren baulichen Gegebenheiten abzustellen. Eine Verkaufsstätte kann ein selbstständiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO nur sein, wenn sie selbstständig, d.h. unabhängig von anderen Einzelhandelsbetrieben genutzt werden kann und deshalb baurechtlich auch als eigenständiges Vorhaben genehmigungsfähig wäre. Hierfür muss die Verkaufsstätte jedenfalls einen eigenen Eingang, eine eigene Anlieferung und eigene Personalräume haben; sie muss unabhängig von anderen Betrieben geöffnet und geschlossen werden können. Ohne Bedeutung ist hingegen, wer rechtlich oder wirtschaftlich jeweils Betreiber ist. Die Frage der bauplanungsrechtlichen Selbstständigkeit ist auch unabhängig davon zu beurteilen, ob Selbstbedienung, Bedienung durch Personal oder eine Mischform erfolgt und wie die dem entsprechenden Bereiche innerhalb der Betriebsfläche voneinander abgegrenzt sind.

Die Verkaufsflächen baulich und funktionell eigenständiger Betriebe können grundsätzlich nicht zusammengerechnet werden. Für die Prüfung einer "Funktionseinheit" unter den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Nutzungskonzepts, der Ergänzung der Sortimente, der Nutzung von Synergieeffekten u.ä. ist in diesen Fällen kein Raum. Das gilt indes nicht uneingeschränkt. Ist innerhalb eines Gebäudes die Betriebsfläche baulich in mehrere selbstständig nutzbare betriebliche Einheiten unterteilt, bilden diese Einheiten gleichwohl einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO, wenn die Gesamtfläche durch einen Einzelhandelsbetrieb als "Hauptbetrieb" geprägt wird und auf den baulich abgetrennten Flächen zu dessen Warenangebot als "Nebenleistung" ein Warenangebot hinzutritt, das in einem inneren Zusammenhang mit der "Hauptleistung" steht, diese jedoch nur abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt (vgl. Urteil vom 30. Juni 2004 - BVerwG 4 C

3.03 - BVerwGE 121, 205 <209> zu den einem Postdienstleistungsbetrieb zuzuordnenden Nebenleistungen). Dann ist es im Hinblick auf die bauplanungsrechtliche Zielsetzung geboten, die Verkaufsflächen für die Ermittlung der Schwelle der Großflächigkeit im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO zusammenzurechnen. Unter welchen Voraussetzungen eine derartige Unterordnung anzunehmen ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Für eine betriebliche Einheit wird im allgemeinen sprechen, dass die für die "Nebenbetriebe" in Anspruch genommenen Flächen deutlich hinter denjenigen des Hauptbetriebs zurückbleiben. Schließlich kann berücksichtigt werden, dass nach der Verkehrsanschauung aus der Sicht des Verbrauchers ein Randangebot als zum Hauptbetrieb zugehörig angesehen wird (vgl. auch das Urteil des Senats vom 30. Juni 2004 a.a.O.). Baulich gesondert nutzbare Betriebsflächen bilden somit dann eine betriebliche Einheit mit einem Hauptbetrieb, wenn auf ihnen lediglich ein diesen ergänzendes Angebot erbracht wird. Dies ist insbesondere der Fall, wenn nach der Verkehrsanschauung der kleinere Bereich ebenso in die Verkaufsfläche des größeren Betriebs einbezogen sein könnte. Ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen baulich selbstständig nutzbare Verkaufsstätten einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO bilden können, wenn sie nicht in einem Gebäude untergebracht sind, bedarf aus Anlass des vorliegenden Falles keiner Entscheidung.

2.2 Nach diesen Grundsätzen handelt es sich bei dem Getränkemarkt um einen eigenständigen Betrieb im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO. Der Gebäudeteil, in dem der Getränkemarkt untergebracht werden soll, lässt sich eindeutig von außen erkennbar von demjenigen abgrenzen, in dem der Lebensmittel-Discount-Markt betrieben wird. Die beiden Gebäudeteile haben jeweils ein eigenständiges Satteldach, das die Trennung noch hervorhebt. Die beiden Verkaufsstätten verfügen jeweils über einen eigenen Eingang, eine eigene Anlieferung und eigene Personalräume. Somit können sie beide unabhängig vom benachbarten Betrieb genutzt werden. Der Getränkemarkt ist mit einer Verkaufsfläche von 695 m<sup>2</sup> sowie einem Lager mit 324 m<sup>2</sup> schon im Hinblick auf seine Größe nicht als Nebenbetrieb zu dem etwa gleich großen Lebensmittel-Discount-Markt anzusehen. Daher bedarf keiner Entscheidung, ob bei anderen Größenverhältnissen der Verkauf von Getränken vom Sortiment her als "Nebenleistung" zum Warenangebot eines Lebensmittel-Einzelhandelsbetriebes angesehen werden kann, der dessen Angebot abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 154 Abs. 2 VwGO.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp

### B e s c h l u s s

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 104 250 € festgesetzt.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp



# **BUNDESVERWALTUNGSGERICHT**

## **IM NAMEN DES VOLKES**

### **URTEIL**

BVerwG 4 C 3.05  
OVG 3 A 449/01

Verkündet  
am 24. November 2005  
Renner  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In der Verwaltungsstreitsache

hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts  
auf die mündliche Verhandlung vom 24. November 2005  
durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. P a e t o w  
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht H a l a m a , Prof. Dr. R o j a h n ,  
Dr. J a n n a s c h und die Richterin am Bundesverwaltungsgericht Dr. P h i l i p p

für Recht erkannt:

Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg vom 3. November 2004 wird zurückgewiesen.

Die Klägerin trägt die Kosten des Revisionsverfahrens.

### G r ü n d e :

#### I.

Die Klägerin wendet sich gegen eine bauaufsichtliche Verfügung, mit der ihr die Umnutzung einer Getränkelagerfläche in einen Teil der Verkaufsfläche untersagt worden ist.

Die Klägerin ist Eigentümerin eines Grundstücks in Doberlug-Kirchhain, auf dem ein Selbstbedienungs-Lebensmittelmarkt betrieben wird. Ein Bebauungsplan besteht nicht. Am 15. März 1996 wurde ihr die Baugenehmigung erteilt. Danach umfasste der Betrieb u.a. einen Verkaufsraum (549,76 m<sup>2</sup>), das Getränkelager (147,02 m<sup>2</sup>), die Kassenzone (52,00 m<sup>2</sup>), eine Verkehrsfläche und Entsorgungszone (39,65 m<sup>2</sup>), einen in den Markt integrierten Thekenbereich (33,78 m<sup>2</sup>), einen Backshop (23,83 m<sup>2</sup>), einen Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren (69,03 m<sup>2</sup>) sowie einen gemeinsamen Windfang (23,01 m<sup>2</sup>). Bei einer Ortsbesichtigung am 9. August 1996 stellten Mitarbeiter des Beklagten fest, dass das Getränkelager als Verkaufsfläche genutzt wurde. Ein Antrag auf Nutzungsänderung wurde am 5. Dezember 1996 abgelehnt. Am 15. Januar 1997 erließ der Beklagte gegenüber der Klägerin eine entsprechende Nutzungsuntersagungsverfügung. Der hiergegen gerichtete Widerspruch und die Klage beim Verwaltungsgericht Cottbus blieben ohne Erfolg.

Mit Urteil vom 3. November 2004 - OVG 3 A 449/01 - hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg die Berufung zurückgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Die Nutzungsuntersagungsverfügung sei rechtmäßig. Auch die Würdigung des Beklagten, wonach die Nutzungsänderung nicht genehmigungsfähig sei, sei zutreffend. Die Zulässigkeit des streitigen Vorhabens könne sich allein nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB richten, da das Vorhaben nicht im Geltungsbereich eines Be-

bauungsplanes, aber innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liege und die Eigenart der näheren Umgebung nicht einem der Baugebiete der Baunutzungsverordnung entspreche. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB sei jedoch gemäß § 246 Abs. 7 BauGB in Verbindung mit § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) vom 10. Juni 1998 nicht für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO anzuwenden. Das Vorhaben der Klägerin sei ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb. Bei der Bestimmung der Großflächigkeit sei von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 19.85 - (NVwZ 1987, 1076 = BRS 47 Nr. 56) und im Beschluss vom 22. Juli 2004 - BVerwG 4 B 29.04 - (ZfBR 2004, 699 = Buchholz 406.12 § 11 BauNVO Nr. 28) auszugehen. Zur Verkaufsfläche sei grundsätzlich all das zu zählen, was nicht Lager, sondern dazu bestimmt sei, Kunden sich dort mit dem Ziel aufhalten zu lassen, Verkaufsabschlüsse zu fördern. Einzubeziehen seien auch Bereiche, in die die Kunden aus Sicherheitsgründen (Kassen) oder solchen der Hygiene (Verkaufsstände für Fleisch, Fisch, Geflügel, Wurst) nicht eintreten dürften. Unter bestimmten Voraussetzungen seien die Verkaufsflächen benachbarter, bautechnisch selbstständiger Einzelhandelsbetriebe zusammenzurechnen. Stünden mehrere Einzelhandelsbetriebe in einem so engen räumlichen und funktionellen Zusammenhang, dass eine Umgehung des § 11 Abs. 3 BauNVO offensichtlich sei, erscheine es gerechtfertigt, diese Betriebe in ihrer Gesamtheit wie einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb zu beurteilen. Die vom Ordnungsgeber mit § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauNVO vorausgesetzte Abgrenzung zwischen Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandelsbetrieben werde dadurch nicht ausgehöhlt. Für die Frage, wann von einer Funktionseinheit auszugehen sei, bedürfe es einer differenzierenden Bewertung unter Berücksichtigung verschiedener baulicher und betrieblicher Gesichtspunkte. Erforderlich sei eine für den Kunden erkennbare wechselseitige Nutzung betrieblicher Kapazitäten. Daneben sei ein gemeinsames Nutzungskonzept zu verlangen, aufgrund dessen die Betriebe wechselseitig voneinander profitierten und das die Betriebe als gemeinschaftlich verbundene Teilnehmer am Wettbewerb erscheinen lasse. Für eine Funktionseinheit spreche es, wenn die Sortimente auf eine konkrete identische Zielgruppe hin orientiert seien und sich derart ergänzten, dass der Synergieeffekt eines gemeinsamen Standortes genutzt werden könne. Bei der gebotenen Einbeziehung des Backshops und des Ladens für Toto/Lotto, Zeitschriften



und Schreibwaren werde die Grenze zur Großflächigkeit überschritten. Die baulichen Gegebenheiten sprächen insoweit eindeutig für eine Funktionseinheit. Die Betriebe befänden sich nicht nur auf einem einheitlichen Grundstück, sondern innerhalb desselben Gebäudes. Zufahrt und Stellplätze würden gemeinsam genutzt. Das Merkmal eines gemeinsamen Nutzungskonzepts sei ebenfalls erfüllt. Die Sortimente seien auf eine identische Zielgruppe hin orientiert und optimal aufeinander abgestimmt, da es sich jeweils um Waren des täglichen Bedarfs handele. Aus der maßgeblichen Sicht der Kunden bestehe nicht nur eine beziehungslose Aneinanderreihung selbstständiger Läden, sondern Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren erschienen als dem Lebensmittelmarkt funktionell zugeordnet.

Auch das Außer-Kraft-Treten des § 3 BbgBauGBDG zum 31. Dezember 2004 führe zu keiner anderen rechtlichen Beurteilung. Die Voraussetzungen einer Zulassung des Vorhabens nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB lägen nicht vor. Die Vergrößerung der Verkaufsfläche um ca. 20 % führe nach der Lebenserfahrung zu einer weiteren Verstärkung des Zu- und Abgangsverkehrs und damit zu einer höheren Belastung der umliegenden Wohnbebauung. Dies rechtfertige die Annahme, dass das den Rahmen der Umgebungsbebauung ohnehin schon überschreitende Vorhaben der Klägerin sich nicht harmonisch in die Eigenart der näheren Umgebung einfüge. Darüber hinaus würden bodenrechtlich beachtliche, bewältigungsbedürftige Spannungen ausgelöst, weil im Hinblick auf eine damit verbundene Vorbildwirkung die städtebauliche Situation negativ in Bewegung gebracht werde.

Die Klägerin hat die vom Oberverwaltungsgericht zugelassene Revision eingelegt. Zur Begründung führt sie aus, bei dem Vorhaben handele es sich nicht um einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO. Bei der Bestimmung der Verkaufsfläche seien solche Bereiche nicht zu berücksichtigen, die die Kunden nicht betreten dürften. Eine Zusammenrechnung von Verkaufsflächen mehrerer Betriebe entspreche nicht dem Willen des Verordnungsgebers. Eine bauliche und organisatorische Funktionseinheit genüge nicht, um eine solche Zusammenrechnung zu rechtfertigen. Eine gemeinsame Zufahrt und die Nutzung gemeinsamer Stellplätze seien für jede größere Ansammlung von Einzelhandelsbetrieben bezeichnend. Dasselbe gelte hinsichtlich des Merkmals eines gemeinsamen Nutzungskonzepts. Auch das Abstellen auf ein "abgestimmtes Vorgehen verschiedener Betreiber"

verwische die Grenze zur "normalen Ladenzeile". Ebenso wenig könne der vom Berufungsgericht angenommene Synergieeffekt sich ergänzender Sortimente ein Indiz für die Großflächigkeit mehrerer selbstständiger Einzelhandelsbetriebe sein. Der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren seien eigenständig lebensfähig. Das Vorhaben sei ferner nicht geeignet, bodenrechtlich beachtliche, bewältigungsbedürftige Spannungen zu begründen oder zu erhöhen. Die Belastung durch den Verkehrslärm werde sich nicht erhöhen.

Die Klägerin beantragt,

die Urteile des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg vom 3. November 2004 und des Verwaltungsgerichts Cottbus vom 28. Februar 2001 zu ändern sowie die Bescheide des Beklagten vom 15. Januar 1997 und 5. Februar 1998 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

Er verteidigt das angefochtene Urteil.

## II.

Die zulässige Revision ist nicht begründet. Das Berufungsurteil verstößt nicht gegen Bundesrecht. Das Oberverwaltungsgericht ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass mit der Einbeziehung des Getränkelagers in die Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entsteht. Ein solcher war zum Zeitpunkt der Entscheidung des Berufungsgerichts nach § 246 Abs. 7 BauGB in Verbindung mit § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) im unbeplanten Innenbereich gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB nicht zulässig (1.). Eine Genehmigung kommt nach den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts auch für die seit dem 1. Januar 2005 geltende Rechtslage nicht in Betracht (2.).

1.1 Nach § 246 Abs. 7 BauGB konnten die Länder bestimmen, dass § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB bis zum 31. Dezember 2004 nicht für Einkaufszentren, großflächige

Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO anzuwenden ist. Von dieser Möglichkeit hat das Land Brandenburg in § 3 des Brandenburgischen Gesetzes zur Durchführung des Baugesetzbuches (BbgBauGBDG) vom 10. Juni 1998 (GVBl I S. 126) Gebrauch gemacht. Diese Regelungen standen der Erteilung einer Baugenehmigung zu dem für das Oberverwaltungsgericht maßgeblichen Zeitpunkt seiner mündlichen Verhandlung entgegen. Da das Vorhaben nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 1 BauGB), aber innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt (§ 34 Abs. 1 BauGB) und die Eigenart der näheren Umgebung nicht einem der Baugebiete der Baunutzungsverordnung entspricht (§ 34 Abs. 2 BauGB), hätte es bauplanungsrechtlich nur gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB zulässig sein können.

1.2 Das Oberverwaltungsgericht ist zu Recht zu dem Ergebnis gelangt, dass mit der Einbeziehung des Getränkelagers in die Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO entsteht.

Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten. Dies hat der Senat in seinem Urteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 - (zur Veröffentlichung in BVerwGE vorgesehen) näher dargelegt.

1.3 Mit der Umwandlung der als Getränkelager genehmigten Fläche in Verkaufsfläche ist diese in die Berechnung der Verkaufsfläche einzubeziehen. Dies stellt auch die Klägerin nicht in Frage. In die Verkaufsfläche einzubeziehen sind auch die "Kassenzonen", also der Bereich, in dem sich die Kassen und die Durchgänge befinden, und die Fläche, die vorliegend mit "Verkehrsfläche und Entsorgungszone" bezeichnet wird und von den Kunden vor dem Betreten des abgetrennten Verkaufsbereichs sowie nach Verlassen der Kasse durchlaufen wird. Denn auch sie prägen in städtebaulicher Hinsicht die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs. Dies wird deutlich, wenn man die Verkaufsform der Selbstbedienung und die der Bedienung durch Personal (sowie die hierzu bestehenden Mischformen) vergleichend betrachtet. Denn insbesondere der räumliche Bereich vor der Zugangsschranke und hinter den Kassen erscheint beim System der Selbstbedienung nur wegen der Besonderheiten dieser Verkaufsform als abtrennbar. Der Kunde geht durch eine Schranke, um

den Selbstbedienungsbereich betreten zu können. Nachdem er bezahlt und den Kassenbereich durchschritten hat, betritt er eine Fläche, in der er die Waren einpacken, Verpackungsmittel entsorgen und sich zum Ausgang begeben kann. In einem Laden, in dem er herkömmlich bedient wird, besteht eine derartige räumliche Abtrennung nicht. Auf die Frage, an welcher Stelle der Kauf im Sinne des Zivilrechts abgeschlossen ist, kommt es aus städtebaulicher Sicht nicht an. Zur Verkaufsfläche sind auch diejenigen Bereiche innerhalb eines Selbstbedienungsladens zu zählen, die vom Kunden zwar aus betrieblichen und hygienischen Gründen nicht betreten werden dürfen, in denen aber die Ware für ihn sichtbar ausliegt (Käse-, Fleisch- und Wursttheke etc.) und in dem das Personal die Ware zerkleinert, abwiegt und abpackt. Insoweit handelt es sich um einen Bereich, der bei einem reinen Bedienungsladen herkömmlicher Art ebenfalls der Verkaufsfläche zuzurechnen wäre. Davon zu unterscheiden sind diejenigen Flächen, auf denen für den Kunden nicht sichtbar die handwerkliche und sonstige Vorbereitung (Portionierung etc.) erfolgt, sowie die (reinen) Lagerflächen.

Bereits nach diesen Grundsätzen ist hier ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb anzunehmen. Denn mit dem ursprünglich genehmigten Verkaufsraum (549,76 m<sup>2</sup>), dem einzubeziehenden früheren Getränkelager (147,02 m<sup>2</sup>), der Theke (33,78 m<sup>2</sup>), der Kassenzone (52,00 m<sup>2</sup>) sowie dem Bereich "Verkehrsfläche und Entsorgungszone" (39,65 m<sup>2</sup>) wird die maßgebliche Schwelle von 800 m<sup>2</sup> um 22,21 m<sup>2</sup> überschritten.

1.4 Im Ergebnis zu Recht hat das Obergericht auch die Flächen für den Backshop (23,83 m<sup>2</sup>), den Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren (69,03 m<sup>2</sup>) sowie den von allen drei Bereichen gemeinsam genutzten Windfang (23,01 m<sup>2</sup>) einbezogen. Denn der Backshop sowie der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren bilden mit dem Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb eine betriebliche Einheit und sind daher mit ihm zusammen als ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO anzusehen.

Der Senat ist bereits in seinem Urteil vom 22. Mai 1987 - BVerwG 4 C 77.84 - (Buchholz 406.12 § 1 BauNVO Nr. 5 = ZfBR 1987, 251 <insoweit in BVerwGE 77, 317 nicht abgedruckt>) davon ausgegangen, dass ein Vorhaben die Errichtung eines als Einheit zu betrachtenden Betriebes zum Gegenstand haben kann. Er hat erwo-

gen, dass das seinerzeit umstrittene Vorhaben "in Wahrheit nur einen Betrieb darstellen" könne, weil es zwar zwei räumlich getrennte Baukörper umfasste, aber aufgrund eines Bauantrages eines Grundstückseigentümers auf einem Grundstück gleichzeitig und mit aufeinander abgestimmten Sortimenten in den beiden Märkten verwirklicht werden sollte. Er hat andererseits im Urteil vom 4. Mai 1988 - BVerwG 4 C 34.86 - (BVerwGE 79, 309 <315>) hervorgehoben, dass ein räumlicher Zusammenhang allein noch nicht zu einer "summierenden" Betrachtungsweise berechtigt. Der Senat hat in diesem Zusammenhang auch den Begriff der "Funktionseinheit" verwendet, für eine solche im zu behandelnden Fall indes keine Anhaltspunkte gesehen.

§ 11 Abs. 3 BauNVO liegt die Wertung zugrunde, dass die in dieser Vorschrift bezeichneten Betriebe typischerweise ein Beeinträchtigungspotential aufweisen, das es rechtfertigt, sie einem Sonderregime zu unterwerfen. Den Typus der in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauNVO genannten Einkaufszentren schränkt der Verordnungsgeber nicht mit weiteren Merkmalen ein. Demgegenüber grenzt er in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO die nur in Kerngebieten und Sondergebieten zulässigen Einzelhandelsbetriebe mit zwei eigenständigen Merkmalen ein, nämlich mit dem Merkmal der Großflächigkeit und mit der Bezeichnung bestimmter städtebaulich erheblicher Auswirkungen. Der Begriff der Großflächigkeit dient ihm dazu, in typisierender Weise unabhängig von regionalen oder lokalen Besonderheiten bundesweit den Betriebstyp festzuschreiben, der von den in den §§ 2 bis 9 BauNVO bezeichneten Baugebieten ferngehalten werden soll. Wird die Schwelle zur Großflächigkeit überschritten, hat eine eigenständige, eingehende Prüfung einzusetzen, für die der Verordnungsgeber in den Sätzen 3 und 4 des § 11 Abs. 3 BauNVO eine Reihe von Kriterien benennt (vgl. hierzu das Urteil des Senats vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -).

Der Begriff des großflächigen Einzelhandelsbetriebs ist vorrangig nach dieser Zielsetzung des § 11 Abs. 3 BauNVO auszulegen. Umschreibungen des Begriffs Betrieb oder Einzelhandelsbetrieb, die in anderen Fachgebieten oder anderen rechtlichen Zusammenhängen verwendet werden, können daher nur eingeschränkt nutzbar gemacht werden (vgl. auch das Senatsurteil vom 18. Juni 2003 - BVerwG 4 C 5.02 - ZfBR 2004, 62 zum Begriff des Verbrauchermarkts in der BauNVO 1968). § 11 Abs. 3 BauNVO verhält sich gegenüber den sich dynamisch entwickelnden unter-

schiedlichen Strukturen des Einzelhandels neutral und regelt lediglich die städtebaulichen Auswirkungen. Dass Einzelhandelsbetriebe heute vielfältige, zum Teil sich überschneidende Erscheinungs- und Gestaltungsformen aufweisen, ändert freilich nichts daran, dass Regelungsgegenstand der Vorschrift allein "der einzelne Betrieb" ist.

Ob es sich in diesem Sinne um einen einzigen oder um mehrere Betriebe handelt, bestimmt sich nach baulichen und betrieblich-funktionellen Gesichtspunkten. Für die räumliche Abgrenzung eines Einzelhandelsbetriebs ist auf die nach außen erkennbaren baulichen Gegebenheiten abzustellen. Eine Verkaufsstätte kann ein selbstständiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO nur sein, wenn sie selbstständig, d.h. unabhängig von anderen Einzelhandelsbetrieben genutzt werden kann und deshalb baurechtlich auch als eigenständiges Vorhaben genehmigungsfähig wäre. Hierfür muss die Verkaufsstätte jedenfalls einen eigenen Eingang, eine eigene Anlieferung und eigene Personalräume haben; sie muss unabhängig von anderen Betrieben geöffnet und geschlossen werden können. Ohne Bedeutung ist hingegen, wer rechtlich oder wirtschaftlich jeweils Betreiber ist. Die Frage der bauplanungsrechtlichen Selbstständigkeit ist auch unabhängig davon zu beurteilen, ob Selbstbedienung, Bedienung durch Personal oder eine Mischform erfolgt und wie die dem entsprechenden Bereiche innerhalb der Betriebsfläche voneinander abgegrenzt sind.

Die Verkaufsflächen baulich und funktionell eigenständiger Betriebe können grundsätzlich nicht zusammengerechnet werden. Für die Prüfung einer "Funktionseinheit" unter den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Nutzungskonzepts, der Ergänzung der Sortimente, der Nutzung von Synergieeffekten u.ä. ist in diesen Fällen kein Raum. Das gilt indes nicht uneingeschränkt. Ist innerhalb eines Gebäudes die Betriebsfläche baulich in mehrere selbstständig nutzbare betriebliche Einheiten unterteilt, bilden diese Einheiten gleichwohl einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO, wenn die Gesamtfläche durch einen Einzelhandelsbetrieb als "Hauptbetrieb" geprägt wird und auf den baulich abgetrennten Flächen zu dessen Warenangebot als "Nebenleistung" ein Warenangebot hinzutritt, das in einem inneren Zusammenhang mit der "Hauptleistung" steht, diese jedoch nur abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt (vgl. Urteil vom 30. Juni 2004 - BVerwG 4 C 3.03 -

BVerwGE 121, 205 <209> zu den einem Postdienstleistungsbetrieb zuzuordnenden Nebenleistungen). Dann ist es im Hinblick auf die bauplanungsrechtliche Zielsetzung geboten, die Verkaufsflächen für die Ermittlung der Schwelle der Großflächigkeit im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO zusammenzurechnen. Unter welchen Voraussetzungen eine derartige Unterordnung anzunehmen ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Für eine betriebliche Einheit wird im Allgemeinen sprechen, dass die für die "Nebenbetriebe" in Anspruch genommenen Flächen deutlich hinter diejenigen des Hauptbetriebs zurückbleiben. Schließlich kann berücksichtigt werden, dass nach der Verkehrsanschauung aus der Sicht des Verbrauchers ein Randangebot als zum Hauptbetrieb zugehörig angesehen wird (vgl. auch das Urteil des Senats vom 30. Juni 2004 a.a.O.). Baulich gesondert nutzbare Betriebsflächen bilden somit dann eine betriebliche Einheit mit einem Hauptbetrieb, wenn auf ihnen lediglich ein diesen ergänzendes Angebot erbracht wird. Dies ist insbesondere der Fall, wenn nach der Verkehrsanschauung der kleinere Bereich ebenso in die Verkaufsfläche des größeren Betriebs einbezogen sein könnte. Ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen baulich selbstständig nutzbare Verkaufsstätten einen Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO bilden können, wenn sie nicht in einem Gebäude untergebracht sind, bedarf aus Anlass des vorliegenden Falles keiner Entscheidung.

1.5 Das Oberverwaltungsgericht ist vorliegend ersichtlich davon ausgegangen, dass der Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb, der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren bautechnisch selbstständig nutzbar sind. Es geht dabei wohl davon aus, dass sie von dem gemeinsamen Windfang aus über separate Zugänge verfügen (Urteilsabdruck S. 19). Jedenfalls haben der Backshop und der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren jeweils eigenständige Personalräume und Toiletten. Aus den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts ergibt sich jedoch, dass diese Betriebsbereiche nur dem Lebensmittelmarkt zuzurechnende "Nebenleistungen" erbringen. Die für sie in Anspruch genommenen Flächen sind im Vergleich zur Fläche des Hauptbetriebs untergeordnet. Ferner bietet der Backshop ebenso wie der Laden für Toto/Lotto, Zeitschriften und Schreibwaren ein gleichsam ausgelagertes untergeordnetes Ergänzungsangebot. Beide Sortimente könnten ohne weiteres in dem Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb angeboten werden, wie dies bei anderen Betrieben dieser Art häufig der Fall ist. Das Oberverwaltungsgericht hebt

hierzu hervor, die Sortimente seien auf eine identische Zielgruppe hin orientiert und optimal aufeinander abgestimmt, da es sich jeweils um Waren des täglichen Bedarfs handele. Daher handelt es sich vorliegend um einen der Fälle, in denen eine Zusammenrechnung unter dem Gesichtspunkt der betrieblichen Einheit geboten ist. Somit erreicht der Betrieb insgesamt eine Verkaufsfläche von 938,08 m<sup>2</sup> und überschreitet damit bei weitem die Schwelle der Großflächigkeit.

2. Auch nach Außer-Kraft-Treten der Regelung in § 246 Abs. 7 BauGB ist das Vorhaben der Klägerin nicht genehmigungsfähig.

Das Revisionsgericht hat Rechtsänderungen, die während des Revisionsverfahrens eintreten, im gleichen Umfang zu beachten, wie sie die Vorinstanz berücksichtigen müsste, wenn sie jetzt entschiede (stRspr, vgl. z.B. BVerwG, Urteil vom 24. Juni 2004 - BVerwG 4 C 11.03 - BVerwGE 121, 152). Das Berufungsgericht ist auf die seit dem Ablauf des 31. Dezember 2004 geltende Rechtslage bereits eingegangen. Sein Ausgangspunkt, wonach mit der Umwandlung der Lagerfläche in Verkaufsfläche ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb entsteht, ist wie ausgeführt zutreffend. Mit dem Überschreiten der Schwelle der Großflächigkeit hat die materiellrechtliche Prüfung nunmehr daran anzuknüpfen. Dabei ist der Einzelhandelsbetrieb in seiner Gesamtheit und nicht etwa nur hinsichtlich der beantragten Vergrößerung zu würdigen (vgl. Senatsurteil vom 24. November 2005 - BVerwG 4 C 10.04 -). Nach den Feststellungen des Oberverwaltungsgerichts befindet sich in der Umgebung kein weiterer derartiger Betrieb, so dass der umstrittene Einzelhandelsbetrieb sich nicht nach § 34 Abs. 1 BauGB einfügt. Dabei bietet der Fall keine Veranlassung, der Frage nachzugehen, ob bereits das Bestehen eines einzelnen großflächigen Einzelhandelsbetriebs als Anknüpfungspunkt für § 34 Abs. 1 BauGB ausreicht oder ob ein solcher Betrieb nicht eher als Fremdkörper anzusehen sein wird. Weiterhin gelangt das Oberverwaltungsgericht unter Hinweis auf die zunehmende Verkehrsbelastung sowie die Vorbildwirkung zu dem Ergebnis, dass der Betrieb bodenrechtlich beachtliche Spannungen hervorruft. Bereits die Vergrößerung der Verkaufsfläche werde zu einer Verstärkung des bisherigen Zu- und Abgangsverkehrs und damit zu einer höheren Belastung der umliegenden Wohnbebauung führen. Dies rechtfertigt nach der Einschätzung des Oberverwaltungsgerichts die Annahme, dass das den Rahmen der Umge-



bungsbebauung ohnehin schon überschreitende Vorhaben der Klägerin sich nicht harmonisch in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Die Klägerin stellt in Frage, ob lediglich die Vergrößerung der Verkaufsfläche zu einer höheren Belastung der Umgebung führen werde, ohne allerdings zulässige Verfahrensrügen zu erheben. Dies mag indes auf sich beruhen. Denn es kommt bei der jetzt aus Anlass des Entstehens eines großflächigen Einzelhandelsbetriebs vorzunehmenden Prüfung darauf an, wie hoch die von diesem Betrieb insgesamt ausgehenden Belastungen sind. Diese sind in jedem Fall nicht nur geringfügig. Somit ist die Schlussfolgerung des Berufungsgerichts zutreffend, es handele sich nicht um einen der Fälle, in denen ein Vorhaben sich trotz der Überschreitung des durch die Umgebungsbebauung gesetzten Rahmens einfüge, weil es keine bewältigungsbedürftigen Spannungen erzeuge oder verstärke. Davon abgesehen hat das Oberverwaltungsgericht seine Entscheidung überdies darauf gestützt, dass vom Vorhaben aus einem weiteren Grund bewältigungsbedürftige Spannungen ausgehen. Denn es gelangt zu dem Ergebnis, dass die städtebauliche Situation auch im Hinblick auf die mit dem Vorhaben verbundene Vorbildwirkung negativ in Bewegung gebracht wird. In der näheren Umgebung des Vorhabens befinden sich mehrere Grundstücke, die sich für eine weitere Ansiedlung vergleichbarer Betriebe anbieten. Somit kommt eine Genehmigung bereits nach § 34 Abs. 1 BauGB nicht in Betracht, so dass mit dem Oberverwaltungsgericht dahinstehen kann, ob einer Zulassung des Vorhabens überdies die Regelung in § 34 Abs. 3 BauGB 2004 entgegensteht.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 154 Abs. 2 VwGO.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp

## B e s c h l u s s

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 18 917,80 € festgesetzt.

Dr. Paetow

Halama

Prof. Dr. Rojahn

Dr. Jannasch

Dr. Philipp

# Raumstruktur und New Economy – zur Bedeutung von E-commerce für die Arbeitsteilung im Raum

Von Claus-Friedrich Laaser und Rüdiger Soltwedel\*

Seit einiger Zeit wird in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte den Implikationen des Vordringens der New Economy ein hoher Stellenwert beigemessen. Ein zentrales Merkmal der New Economy liegt darin, dass *Informationen* und *wissensbasierte Dienstleistungen* zu den wichtigsten Wirtschaftsgütern werden. Es wird erwartet, dass informationsintensive Produkte mehr und mehr klassische Industriegüter verdrängen, die in der „old economy“ die Beschäftigungsstrukturen, die Arbeitsteilung innerhalb und zwischen Unternehmen, die Unternehmensorganisation und die Arbeitsverhältnisse beherrscht haben. Von der New Economy erhofft man sich aufgrund der Schubkraft des technischen und organisatorischen Fortschritts einen dauerhaft höheren Produktivitätsanstieg und zusätzliches wirtschaftliches Wachstum.<sup>1</sup> Der ökonomische und gesellschaftliche Wandel zur Informationsgesellschaft vollzieht sich dabei nicht allein durch höhere Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteile im Informations- und Telekommunikations(IT)-Sektor selbst, sondern vor allem in Form zahlreicher neuer Anwendungen moderner IT-Technologien im Wertschöpfungsprozess von immer mehr Gütern und Dienstleistungen, auch solchen, die zur „old economy“ gezählt werden.<sup>2</sup> Die New Economy ist daher weniger ein sektorales Phänomen – und dabei keinesfalls auf die am „Neuen Markt“ der Börse notierten Unternehmen beschränkt –, sondern eher ein die Gesamtwirtschaft betreffender Paradigmen-

---

\* Dieses Papier stellt einen ersten Problemaufriss der Forschungsagenda dar, die von den Autoren im Rahmen des von der Wüstenrot Stiftung in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts „Raumwirtschaftliche Implikationen der New Economy – zur Bedeutung von E-commerce und E-business“ bearbeitet wird.

<sup>1</sup> Zur Abgrenzung zu den Implikationen und zu den Wachstumspotentialen der New Economy vgl. z. B. Siebert (2000: 11 ff.), ferner Funk (2000: 272) oder Schwartz et. al. (1999: 79 f.), die allerdings den Begriff Knowledge Economy bevorzugen.

<sup>2</sup> Häufig wird der Begriff der New Economy allerdings nur einschränkend in sektoral abgegrenzter Perspektive gebraucht. Die New Economy wird dann mit der Netzwerkökonomie oder der Internet-Ökonomie gleichgesetzt, gewissermaßen mit den Unternehmen, die am „Neuen Markt“ der Börse notiert sind und sich der Telekommunikation, der Computerhard- und -software, dem Internet und Multimedia-Leistungen widmen. Diese sektorbezogene Sicht ist aber zu eng, weil die Auswirkungen der neuen Technologien letztlich in allen Wirtschaftsbereichen spürbar werden. Daher wird im Folgenden der Begriff New Economy im Sinne des Forschungsprogramms des IfW verstanden: „The New Economy is mainly driven by modern information and communication technologies which give access to almost any kind of information in an ubiquitous manner on a truly global scale. These general-purpose technologies boost the efficiency of conventional activities and pave the way for creating entirely new activities and products. The evolution of the New Economy is not a sectoral phenomenon, but is concerned with fundamental redesign and restructuring of products and production technologies throughout the economy.“ Vgl.: <http://www.uni-kiel.de/ifw/projects/neweco.htm>

wechsel von der sachkapitalorientierten zur humankapitalorientierten Produktionsweise unter Zuhilfenahme universell anwendbarer IT-Technologien (Klodt 2001: 79; Siebert 2000: 6 f.). An derartigen IT-Anwendungen sind insbesondere die stark zunehmende Nutzung des *Internets* als Informations- und Transaktionsmedium (L'Hoest und Schöning 2000: 278) und die zunehmende *Verschmelzung verschiedener Medien* zu nennen (König 1999: 174).

Gerade die verstärkte Nutzung des Internets als neues Medium, um online ökonomische Transaktionen anzubahnen und auszuführen – üblicherweise als E-commerce bezeichnet –, stellt eine besonders interessante Ausprägung der New Economy dar. Denn diese neue Form der ökonomischen Interaktion kann die raumwirksamen Transaktionskosten (oft einschließlich der „unit transport costs“) nachhaltig verringern und damit die räumliche Struktur von Produktion, Vermarktung und Ansiedlung verändern – manche Autoren sehen in diesem Zusammenhang gar das Ende der Geographie oder „the death of distance“ gekommen.<sup>3</sup> Räumliche Konsequenzen können sich gleichzeitig in mehreren Dimensionen ergeben: Die Informationsvermittlung, die Chancen zu Preisvergleichen ohne Zeitverzug und Anstrengung, die Marktgröße und die Reichweite des Wettbewerbs dehnen sich über die IT-Netze im Prinzip global aus,<sup>4</sup> die Folgen des steigenden Wettbewerbsdrucks und sich wandelnder Logistik- und Warendistributionssysteme dagegen werden regional oder lokal spürbar. In den Implikationen der exponentiell zunehmenden Internetnutzung kommt damit der immer bedeutender werdende „global-local nexus“ in den wirtschaftlichen Beziehungen (vgl. dazu Nijkamp et al. 2000: 11) zum Ausdruck.

Im Folgenden soll zunächst der Begriff des E-commerce im Kontext der New Economy etwas ausführlicher umrissen werden, dann soll kurz auf Prognosen zu den Entwicklungsperspektiven des E-commerce eingegangen werden. Anschließend sollen mögliche raumwirtschaftliche Implikationen eines weiteren Vordringens dieser neuen Transaktionsform, ausgehend von ihren Auswirkungen auf die „unit transport costs“ und die Balance von zentrifugalen und zentripetalen Kräften, diskutiert werden. Ein kurzer Blick auf die Folgen für die Raumordnungspolitik und den sich abzeichnenden Forschungsbedarf beschließen diesen Beitrag.

## E-commerce als Sonderform der New Economy

Das Erscheinungsbild der New Economy umfasst letztlich alle ökonomischen Interaktionen, bei denen einerseits die Wissens- und Informationserzeugung und andererseits deren Verarbeitung und Vermittlung über IT-Netze in stärkerem Maße als bisher in den Wertschöpfungsprozess Eingang finden. Die New Economy ist damit außerordentlich vielschichtig. Im Kontext der Nutzung des Internets als

<sup>3</sup> So etwa Cairncross (1997).

<sup>4</sup> Dass alle Phänomene der New Economy eine weltweite Dimension haben und letztlich auch untrennbar mit der Globalisierung verknüpft sind, liegt nicht zuletzt an den in historischer Sicht drastisch gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten. Vgl. Lipsey (1999: 56 f.); Siebert und Klodt (1999: 118 ff.).

Kasten 1: Matrix der Ausprägungen von E-commerce

	Business	Consumer
Business	<p>„B2B“</p> <p>z. B. – Internetbasierte Vorleistungskäufe von Unternehmen oder – über IT-Netze abgewickelte unternehmensbezogene Dienstleistungen</p>	<p>„B2C“</p> <p>z. B. – Internet-Shopping bei Online-Warenhäusern („die Sendung mit der Maus aus dem virtuellen Kaufhaus“) oder – Online-Banking</p>
Consumer	<p>„C2B“</p> <p>z. B. – Preisgebote von Konsumenten für Airline-Tickets</p>	<p>„C2C“</p> <p>z. B. – Internet-Auktionen zwischen Privatpersonen</p>

Quelle: In Anlehnung an: *The Economist*, 26. Februar 2000.

Informations- und Transaktionsmedium kommt einer wichtigen Ausprägung der New Economy besondere Bedeutung zu, nämlich dem Einsatz von IT-Technologien zur Anbahnung, zum Abschluss und zur Erfüllung wirtschaftlicher Transaktionen zwischen räumlich getrennten Vertragspartnern im Rahmen des so genannten *E-commerce*.

Bei E-commerce übernehmen Anwendungen moderner IT-Technologien wesentliche Funktionen im Produktions- und Vermarktungsprozess von Gütern und Diensten aller Art.<sup>5</sup> Wo immer im Zuge der Wertschöpfungskette Markttransaktionen stattfinden – entweder in den Lieferanten-Abnehmer-Beziehungen zwischen Unternehmen oder zwischen Handelsunternehmen und Endverbrauchern –, werden die Vertragsanbahnung und teils auch -erfüllung zu einem erheblichen Teil über elektronische IT-Netze, vorzugsweise über das Internet, abgewickelt. Kasten 1 zeigt die verschiedenen Transaktionskonstellationen, in die E-commerce üblicherweise unterteilt wird.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Unter E-commerce können dabei alle Transaktionen verstanden werden, bei denen mindestens eine der Transaktionsphasen zwischen Anbieter und Nachfrager elektronisch unterstützt wird. Verschiedene Formen des E-commerce lassen sich unterscheiden nach dem Anteil der elektronischen Unterstützung (nur einzelne Phasen, alle Phasen ohne oder einschließlich Warendistribution), den Transaktionspartnern (zwischen Unternehmen, zwischen Unternehmen und Verbrauchern, zwischen Verbrauchern), nach der Art der Kommunikationsmedien (nur eine Richtung oder interaktiv) und dem Ort der Nutzung (von zu Hause oder von einem öffentlichen Ort). Vgl. Dach (1999: 46) sowie *The Economist* (2000: 9). Ähnlich weitreichend definiert die OECD den Begriff: „E-commerce is concerned with business occurring over open networks“ (OECD 1998).

<sup>6</sup> Es ist sicherlich zweckmäßig, den Blick auch über reine Markttransaktionen hinaus zu richten und den Sektor „Government“ einzubeziehen, um der umfassenden Bedeutung von E-commerce bzw. des Mediums Internet näher zu kommen. Wenn man auch die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen bzw. Bürgern als Dienstleistungskontrakte auffasst, muss die Beziehungsmatrix in Kasten 1 jeweils um eine Zeile und Spalte erweitert werden, wie dies etwa bei Mai (2000: 271) zu finden ist.

Dabei zeigt sich, dass das eigentlich „Neue“ dieser Erscheinungsform der New Economy weniger in neuen Konstellationen zwischen den Beteiligten liegt – jedenfalls soweit die Transaktionen von Seiten der Unternehmen angebahnt werden – als vielmehr in der Beschleunigung zumindest eines Teils der wirtschaftlichen Transaktionen. So verbirgt sich hinter den Transaktionen „business to business“ (B2B) nichts anderes als der IT-basierte Warenaustausch zwischen Firmen auf verschiedenen Wertschöpfungsstufen und damit letztlich die inter- und intraindustrielle Arbeitsteilung im Zuge der Weiterverarbeitung von Vorleistungen zu Endprodukten. Im Verhältnis von „business to consumer“ (B2C) stellt E-commerce eine elektronisch basierte Alternative zu den herkömmlichen Absatzkanälen im Einzelhandel dar und kann als eine neuartige Parallele zum klassischen Versandhandel angesehen werden.

Lediglich diejenigen Erscheinungsformen, bei denen die Transaktionen von den Konsumenten ausgehen, wie bei den über das Internet laufenden Preisgeboten von Konsumenten für bestimmte von Unternehmen angebotene Waren (C2B) oder Internet-Auktionen zwischen Konsumenten (C2C), können als neue Handelsplattformen interpretiert werden, die erst durch E-commerce entstanden sind.

### **Deutliche Wachstumspotentiale für E-commerce**

Trotz der empfindlichen Kursverluste an den internationalen Börsen des Neuen Marktes, die seit dem Frühjahr 2000 zahlreiche Unternehmen der IT-Branche (und dabei insbesondere im Internet-Geschäft tätige Firmen) getroffen und die zuvor herrschende Euphorie hinsichtlich der Entwicklungschancen von E-commerce merklich gedämpft haben, wird den neuen Handelsformen B2B und B2C weiterhin eine große Zukunft vorausgesagt.

Zwar variieren die Prognosen je nach Quelle erheblich, gemeinsam ist ihnen aber der steile Anstieg der Umsatzvolumina und der Marktanteile am gesamten Groß- und Einzelhandelsumsatz.<sup>7</sup> So könnten nach einer Prognose, die in einem aktuellen Beitrag von Colin (2001: 9) vorgestellt wird, die Umsätze von B2B und B2C in den wichtigsten Industriestaaten zusammengenommen von 132 Mrd. Dollar in 2000 auf nahezu 2 Bill. Dollar in 2005 zunehmen.<sup>8</sup> In den Vereinigten Staaten, in denen sowohl die Verbreitung und der Gebrauch des Internets als Informations- und Transaktionsmedium als auch der neue Vertriebskanal E-commerce am ausgeprägtesten entwickelt sind, wurden im B2C-Segment im Jahre 2000 Umsätze in Höhe von 28 Mrd. Dollar getätigt (was 0,7 Prozent der Einzelhandelsumsätze entspricht); bis 2004 wird mit Umsatzsteigerungen auf 180 bis 230 Mrd. Dollar (oder 5 bis 7 Prozent der Einzelhandelsumsätze) gerechnet. Europa hinkt in Bezug auf die absoluten Umsatzzahlen zwar noch hinterher, es

<sup>7</sup> Ein systematischer Überblick über die wichtigsten älteren Prognosen, die also vor der Talfahrt der New-Economy-Unternehmen an den internationalen Börsen gestellt wurden, findet sich bei Mai (2000: 273). Es sollte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass alle diese Vorhersagen mit großen Unsicherheiten verbunden sind und häufig auch die Bezugsbasis unklar bleibt.

<sup>8</sup> Damit liegen die bei Colin (2001: 9) zitierten Voraussagen deutlich unter den alten, die Mai (2000: 273) zusammengestellt hat.

könnten bis 2005 aber vergleichbare Werte für die Marktanteile erreicht werden (Colin 2001: 11). Trotz aller gebotenen Skepsis gegenüber den verschiedenen Prognosen erscheint die Hypothese erlaubt, dass das Phänomen E-commerce in Zukunft nicht mehr zu vernachlässigen sein wird. Hinter dieser Hypothese steht die Erwartung, dass zwar die Euphorie an den Börsen übertrieben war, dass aber der Wandel in den Wirtschaftsstrukturen, der durch die New Economy ausgelöst wird, so grundlegend sein wird, dass er Anlass für einen langanhaltenden Wachstums- und Produktivitätsschub bieten kann (vgl. die Diskussion bei Klodt 2001: 78 und 93 ff.).

## Raumwirtschaftliche Implikationen von E-commerce

### *The Death of Distance?*

Eine unmittelbar spürbare raumwirtschaftliche Auswirkung eines weiteren Vordringens von E-commerce und der Digitalisierung wichtiger Teile der Wertschöpfungskette ergibt sich aus der Eigenschaft dieser Transaktionsform, zu einer deutlichen *Senkung der räumlichen Transaktionskosten* beizutragen: Soweit elektronische Transaktionen über IT-Netze den Ersatz physischer Transporte durch Telekommunikation ermöglichen, sinkt der Ressourcenaufwand zur Raumüberbrückung – die Bedeutung geographischer Distanzen verringert sich damit.

Bei dieser allgemeinen Feststellung wird aber zugleich deutlich, dass zur Bestimmung der Einsparpotentiale bei den räumlichen Transaktionskosten zweckmäßigerweise unterschieden werden muss nach dem Gegenstand der Transaktion, die jeweils durch B2B oder B2C abgewickelt wird. Je nachdem, in welcher Phase einer Transaktion IT-Anwendungen zum Einsatz kommen, werden die Transportstückkosten in unterschiedlichem Maße gesenkt. Dabei spielt die unterschiedliche Substituierbarkeit von früher physischen Transportakten durch IT-Leistungen in den verschiedenen Phasen einer Kaufvertragskette die entscheidende Rolle:<sup>9</sup>

- (i) Die *Informationsbeschaffung* über Produkte dürfte in hohem Maße über IT-Netze abzuwickeln sein, die Informationskosten dürften also in jedem Fall sinken.
- (ii) Der *Qualitätsvergleich* ist jedoch nur bedingt zu geringeren Transaktionskosten möglich, jedenfalls soweit er digitalisierbar erfolgen kann oder auf Erfahrungen basiert. Dies hängt auch davon ab, ob es sich bei physischen gehandelten Gütern um „low touch“- oder „high touch“-Waren handelt.<sup>10</sup>
- (iii) Der *Abschluss des Kaufvertrages und die Erfüllung der Zahlungsverpflichtung* lassen sich grundsätzlich im IT-Netz abwickeln und damit Transaktionskosten unmittelbar senken, vorausgesetzt, es gelingt, eine missbrauchsgeschützte Zahlungsfunktion zu garantieren.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu z. B. Dach (1999: 46).

<sup>10</sup> Bei „low touch“-Waren besteht kein großes Erfordernis, dass der Käufer sie vor dem Kauf physisch begutachtet und prüft (z. B. PCs, Bücher, CDs). Lese- oder Hörproben können online erfolgen. Im Gegensatz bevorzugt er bei „high touch“-Waren die persönliche Prüfung (z. B. bei Kleidern und Schuhen). Vgl. *The Economist* (2000: 9).

- (iv) Bei der *Erfüllung der Lieferverpflichtung* ist es dann entscheidend, ob es sich um eine „digitalisierbare“ Ware bzw. eine moderne losgelöst von Personen erbrachte Dienstleistung,<sup>11</sup> also ein „virtuelles“ Produkt handelt, bei dem die Vertragserfüllung ebenfalls über IT-Netze erfolgen kann oder nicht. Im ersten Fall werden durch den Vertriebskanal E-commerce auch die eigentlichen Transportkosten aus der Vertragserfüllung entscheidend gesenkt. Sind dagegen physische Waren oder traditionelle bzw. personengebundene Dienstleistungen das Handelsobjekt, so erfordert die Vertragserfüllung in jedem Fall einen physischen Transport; ob dann die Transportkosten niedriger sind als bei traditionellen Distributionswegen, kann a priori nicht festgestellt werden.<sup>12</sup>

Insgesamt folgt aus diesen Überlegungen, dass die raumwirtschaftlich wirksame Verringerung von Transportstückkosten durch E-commerce umso geringer ausfallen wird, je weniger auf die physische Auslieferung mittels IT-Netze geordneter Waren verzichtet werden kann, also lediglich eine Beschleunigung des Informations- und Ordervorgangs stattfindet. Gesamtwirtschaftlich können die Transportkosten durch E-commerce dennoch sinken, wenn im Zeitablauf ein spürbarer Strukturwandel hin zu modernen Dienstleistungen oder digitalisierbaren Waren stattfindet. Dies ist im Zuge des üblichen sektoralen Strukturwandels durchaus zu erwarten. Durch E-commerce dürfte der Anteil der digitalisierbaren Transaktionsobjekte an der Wertschöpfung, die selbst über IT-Netze übermittelt werden können, zunehmen – man denke etwa an Text- und Datenübermittlung oder an die Fernüberwachung technischer Einrichtungen. Gleiches gilt für die Bedeutung von nicht in physischem Kontakt erbrachten „disembodied services“ und von unternehmensbezogenen sonstigen Dienstleistungen (z. B. Beratungsleistungen).<sup>13</sup>

Doch auch wenn sich bei den konkret existierenden Raumstrukturen von Produktion und Konsum, herkömmlichen Vorlieferantenverflechtungen bei B2B und gegebenen Siedlungsstrukturen der Kunden von B2C-Firmen nicht viel verändert, kann sich aus der Senkung der Informations- und Kontraktkostenkomponente durch E-commerce selbst bei unveränderten Transportstückkosten im engeren Sinne eine räumliche Ausweitung der Arbeitsteilung ergeben: Wenn im *B2B-Segment von E-commerce* durch IT-Anwendungen zwischen Unternehmen die Vernetzung gefördert und die Informationskosten gesenkt werden, nimmt die räumliche Reichweite des Wettbewerbsdrucks zu. Die Globalisierung der Informations- und Transaktionsfunktion des Internets macht die Arbeitsteilung zwischen Unternehmen tendenziell weiträumiger. Durch den verbesserten Infor-

<sup>11</sup> Derartige Dienstleistungen werden als „disembodied“ bezeichnet (Bhagwati 1984).

<sup>12</sup> Transportkostensenkend wirkt aber der zunehmende Einsatz von IT-Anwendungen in der Transportkette selber, also etwa durch satellitengestützte Navigation oder Online-Sendungsverfolgungssysteme.

<sup>13</sup> So verweisen Siebert und Klodt (1999: 123) darauf, dass IT-Technologien die Handelbarkeit von Dienstleistungen spürbar verbessert haben. L'Hoest und Schönig (2000: 278) prognostizieren einen Anstieg der Bedeutung von „sonstigen Dienstleistungen“ gegenüber traditionellen Dienstleistungen.



mationsfluss haben nun auch weiter entfernt liegende und bislang unbekannte Anbieter von Vorprodukten bzw. Nachfrager nach den eigenen Produkten verstärkt eine Chance, beim Geschäftsabschluss zum Zuge zu kommen. Die Bedeutung von B2B kommt darin zum Ausdruck, dass schätzungsweise ein Fünftel der Arbeitszeit in Firmen für die Warenbestellung verwendet werden muss. Zugleich übt die Digitalisierung der Arbeitsteilung zwischen Firmen durch B2B einen erheblichen Disziplinierungsdruck auf Zulieferer-Abnehmer-Verflechtungen aus, weil der Konkurrent nur einen Mausklick entfernt auf der nächsten Internetseite lauert. Beides unterstreicht gleichermaßen die Rationalisierungspotentiale und die mögliche räumliche Dispersion der Beziehungen zwischen Unternehmen durch B2B.

Soweit physische Materialflüsse in der Arbeitsteilung zwischen Unternehmen nicht ersetzt werden können, sondern wegen des Hinzutretens entfernterer Partner sogar zunehmen, entscheiden die Transportstückkosten (auch in zeitlicher Hinsicht) darüber, wie weit sich Zuliefer-Abnehmer-Beziehungen räumlich ausdehnen können.<sup>14</sup> Im Extremfall und bei gegebener Zahlungsbereitschaft der Abnehmer für das Produkt einschließlich aller raumrelevanten Transaktionskosten können dann wettbewerbsbedingt geringere Produktpreise durch ein erhöhtes Transportbudget (über größere Entfernungen abgewinkelte Transporte bei konstanten Transportstückkosten) kompensiert werden.

Insgesamt kann daher die durch eine verstärkte Anwendung von E-commerce ausgelöste Senkung der räumlichen Transaktionskosten durchaus spürbar genug sein, um einen räumlichen Strukturwandel in Gang zu setzen.

### *Transport und Logistik*

Unmittelbare Auswirkungen geringerer räumlicher Transaktionskosten zeigen sich zunächst in jenem Sektor, der mit der konkreten Abwicklung der per E-commerce getätigten Transaktionen zwar am Ende der Wertschöpfungskette steht, dabei aber ganz entscheidend den künftigen Erfolg oder Misserfolg von E-commerce mitbestimmen kann: im Transport- und Logistikgewerbe. E-commerce und Logistik stehen dabei in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis:

- (i) Die Lösung des logistischen Problems, dass die per Internet bestellte Ware rasch und zuverlässig zum Kunden befördert werden muss, ist entscheidend für den Erfolg von E-commerce.
- (ii) Die zur Erzielung der Wertschöpfung in E-commerce erforderlichen Verkehrsströme im Personen- und Güterverkehr werden sich gegenüber dem Status-quo verändern. Es kann sowohl zu weniger als auch zu mehr Verkehr als Folge von E-commerce kommen.

Zu (i): Gerade die Erfahrungen mit dem Weihnachtsgeschäft der Jahre 1999 und 2000 haben nicht nur bei den B2C-Unternehmen in den Vereinigten Staaten,

<sup>14</sup> Zu den raumwirtschaftlichen Implikationen einer typischen Vorlieferantenverflechtung in der Industrie siehe Kanzlerski (1998: 44 f.), wobei die säkulare Senkung der Transportkosten eine weitmaschigere Verflechtung gefördert hat, während zugleich die zeitliche Kalkulierbarkeit von Lieferungen durch räumliche Nähe verbessert wird.

sondern auch in anderen Industriestaaten gezeigt, dass die Beherrschung der logistischen Komponente einen der wesentlichen Erfolgsfaktoren für die künftige Entwicklung von E-commerce darstellt. Vor allem 1999, aber auch noch im Jahre 2000 sahen sich viele neu gegründete B2C-Firmen mit einer stark steigenden Nachfrage konfrontiert, waren aber mit der Abwicklung der eingegangenen Aufträge und vor allem mit der termingerechten Zustellung der Waren an die Endverbraucher vielfach überfordert. In der Folge haben sich viele enttäuschte Kunden zunächst vom E-commerce wieder abgewandt (Browne 2001: 5). Damit zeigt sich eine deutliche Akzentverschiebung bei der Bewertung der logistischen Leistungsfähigkeit von E-commerce-Firmen: Bisher nahm man an, dass die Logistik einer weiträumigen Belieferung in kleinen Partiegrößen mit kürzeren Lieferfrequenzen sich grundlegend von einer hierarchischen Logistik (von Hersteller zum Zentrallager zum Großhändlerlager zum Einzelhändlerlager) unterscheiden müsse und schloss daraus, dass die Wettbewerbsfähigkeit neu gegründeter B2C-Unternehmen höher sei, die nicht an traditionelle Formen der Logistik gebunden sind<sup>15</sup>. Demgegenüber treten jetzt die Erfahrungen mit traditioneller Logistik und die daraus entstandene Reputation von Unternehmen in den Vordergrund, die bislang im klassischen Versandhandel tätig waren und sich nunmehr verstärkt im B2C-Segment engagieren.<sup>16</sup> Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass die Beherrschung der logistischen Abwicklung der Geschäfte zum wesentlichen Wettbewerbsfaktor für E-commerce-Firmen wird,<sup>17</sup> wobei der technische und organisatorische Fortschritt in der Logistik und zugleich die Anpassung logistischer Konzepte an möglicherweise anders geartete Erfordernisse der neuen E-commerce-Märkte mit deren weiterer Entwicklung vorangetrieben wird.<sup>18</sup>

Zu (ii): Die möglichen Auswirkungen des weiteren Vordringens von E-commerce auf die Verkehrsströme im Güter- und Personenverkehr liegen aus heutiger Sicht noch ziemlich im Dunkeln. Es gibt schlüssige Argumente sowohl für verkehrsvermindernde als auch für verkehrserzeugende Effekte:

- Verkehrsvermindernd könnte sich beispielsweise auswirken, dass im B2C-Segment möglicherweise weniger Individualverkehr der Konsumenten zu Selbst-

<sup>15</sup> Vgl. *NfA* (2000) und *The Economist* (2000: 16).

<sup>16</sup> In diesem Zusammenhang wird ein nachhaltiger Strukturwandel in der Firmenlandschaft dahingehend prognostiziert, dass spätestens zum Jahre 2010 der Anpassungsprozeß traditioneller Anbieter an die Erfordernisse des E-commerce sowohl im B2C als im B2B-Segment abgeschlossen sein werde, mit dem Ergebnis, dass dann nur noch Unternehmen am Markt vertreten seien, die (auch) in der einen oder anderen Form des E-commerce tätig sind (Browne 2001: 3). Es ist dabei auch zu beobachten, dass traditionelle Anbieter sowohl des Versandhandels als auch des klassischen standortgebundenen Handels B2C-Newcomer-Firmen (pure players) im Wege der Firmenübernahme in ihren Unternehmensverbund integrieren (Colin 2001: 21 f.).

<sup>17</sup> E-commerce-Firmen werden dabei durch ihre Erfolge beim Senken der räumlichen Transaktionskosten unter Druck gesetzt, nämlich die Beschleunigung der Transaktionsfunktion über das Internet. Nachfrager, ob Konsumenten im B2C-Segment oder Einkäufer nachgelagerter Unternehmen im B2B-Segment, erwarten, dass die logistische Abwicklung des per Internet geschlossenen Geschäfts genau so rasch und reibungslos vonstatten geht wie der Mausklick zum Abschluss (Colin 2001: 21).

<sup>18</sup> In vielen Fällen erfordert E-commerce logistische Innovationen und neue Belieferungskonzepte (Siebert 2000: 12).

versorgungszwecken stattfindet. Dies wäre zum einen die Folge eines fortschreitenden Strukturwandels bei den gehandelten Gütern hin zu einer Zunahme des Anteils von digitalisier- und online vom Netz herunterladbaren Gütern und Dienstleistungen. Zum anderen könnten bei verstärkten Käufen per Internet bei B2C-Firmen private Fahrten per Pkw zu Geschäften in Innenstadtzentren oder Einkaufszentren am Stadtrand entbehrlich werden. Wenn private Einkaufsfahrten bei B2C durch Anlieferungsfahrten von Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) substituiert werden, die räumliche Skalen- und Verbundvorteile bei den Auslieferungsfahrten realisieren können, dann könnte dies per saldo in einer Verminderung der konsolidierten Verkehrsströme resultieren. Eine Reihe empirischer Studien aus verschiedenen Industriestaaten deutet auf nicht unerhebliche Einsparpotentiale bei den Fahrzeugkilometern der E-commerce-Kunden hin (vgl. dazu die in Browne 2001: 14 ff. genannten Studien). Freilich ist zu berücksichtigen, dass dieser Substitutionseffekt möglicherweise überschätzt wird, weil die Konsumenten statt der Einkaufsfahrten Fahrten zu anderen Zwecken (z. B. für Freizeitaktivitäten) unternehmen (Browne 2001: 17; Colin 2001: 31).

- Die Substitution von privaten Einkaufsfahrten durch Anlieferungsfahrten von KEP-Diensten bei B2C sowie räumlichen Veränderungen in der Lagerhaltungsstruktur, die sich aus den Erfordernissen der E-commerce-spezifischen Logistik ergeben könnten,<sup>19</sup> dürfte darüber hinaus dazu beitragen, dass Transportströme weiter optimiert werden. In diesem Zusammenhang spielt der Einsatz innovativer IT-Anwendungen zum Flottenmanagement, zur satellitengestützten Navigation und Verkehrslenkung sowie zur Sendungsverfolgung via Internet eine kostensenkende Rolle. Weiterhin kann erwartet werden, dass es durch E-commerce zu einem Wegfallen von Zwischenhandelsstufen kommen wird (Disintermediation); durch die Verkürzung der Lieferketten dürfte es ebenfalls zu einer Verringerung von Transportströmen kommen.
- Speziell im B2B-Segment dürften Firmenkooperationen mit einer intensiveren Nutzung von IT-Anwendungen in Logistiknetzwerken eine große Rolle spielen. Der Einsatz von „shared information“-Systemen in der Datenverarbeitung, verbesserte Sendungsverfolgung und die „in-time“-Abstimmung von Lagerhaltung und Lieferströmen im Rahmen des „supply chain managements“ könnte ebenfalls transportvermindernd wirken (Colin 2001: 7). Dabei sollten allerdings neben dem Blick auf Effizienzsteigerungen auch mögliche Gefahren für den Wettbewerb durch verstärkte Kooperationen nicht aus dem Auge verloren werden.

<sup>19</sup> Es wurde bereits darauf verwiesen, dass an die Stelle einer ubiquitär verfügbaren, aber sortimentsmäßig eingeschränkten Lagerhaltung möglicherweise eine an Lieferfristen und Transportkosten orientierte Lagerhaltung tritt, die in regionaler Perspektive eine Zentralisierung, in urbaner aber wohl eher eine Dezentralisierung bedeutet (Verlagerung der Lagerhaltung in gut an Verkehrsnetze angebundene Gewerbegebiete). Die Logistik einer weiträumigen Belieferung in kleinen Partigrößen mit kürzeren Lieferfrequenzen unterscheidet sich dabei grundlegend von einer hierarchischen Logistik (von Hersteller zum Zentrallager zum Großhändlerlager zum Einzelhändlerlager). Vgl. *NFA* (2000) und *The Economist* (2000: 16).

- Demgegenüber kann, wie bereits angedeutet, die räumliche Ausdehnung des relevanten Marktes und der zunehmende Wettbewerbsdruck durch die verringerten Informations- und Kontraktkosten per Internet sowohl im B2B- als auch im B2C-Segment dazu führen, dass zusätzliche Güterverkehrsleistungen über größere Entfernungen erbracht werden müssen, weil nunmehr verstärkt entferntere B2B- oder B2C-Anbieter Aufträge erhalten.
- Soweit die Notwendigkeit der Anlieferung von Waren zum Weiterverarbeiter oder zum Endverbraucher fortbesteht, kann die Erwartung der Kunden nach rascher Anlieferung der bestellten Waren sogar zu zusätzlichen Transportströmen führen, weil die Partiegrößen kleiner werden, häufigere Fahrten notwendig werden und die „just-in-time“-Logistik, die bisher schon ein Kennzeichen der Warenströme zwischen verschiedenen Wertschöpfungsstufen im Unternehmenssektor ist, nun auch für den Konsumgüterbereich bei B2C ausgebaut werden muss (vgl. Grabow und Lehmbrock 1999: 165 f.). Hierdurch verschärfen sich insbesondere für Agglomerationen die Probleme von Staubildung und die damit einhergehenden Rückwirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Für die Politik gilt es, mögliche Infrastrukturdefizite zu erkennen und zu beseitigen (z. B. in Bezug auf die satellitengestützte Navigation oder die Voraussetzungen für die Erstellung digitalisierbarer Karten) sowie institutionelle Regeln anzupassen, die einer effizienten Nutzung der knappen Infrastrukturkapazitäten dienlich sind (z. B. „road pricing“), gleichzeitig aber nicht den Wettbewerb verzerren (vgl. hierzu Nemoto et al. 2001).

Die Bilanz der Auswirkungen von E-commerce auf die Verkehrsströme fällt deshalb einstweilen noch uneinheitlich aus. Viel wird hier davon abhängen, welche Folgen das Vordringen von E-commerce auf die Veränderungen der Standortstruktur von Unternehmen und Betriebsteilen sowie die Siedlungsstrukturen haben wird.

#### *Mehr Agglomeration oder Deglomeration durch E-commerce?*

Ein Vordringen von E-commerce lässt sinkende räumliche Transaktionskosten erwarten. Die Bedeutung des Raumes und der Kosten zu seiner Überbrückung nimmt demzufolge ab. Damit werden sich die herkömmlichen räumlichen Strukturen der Arbeitsteilung verändern, alte Bindungen zwischen brancheninternen und branchenfremden Lieferanten und Abnehmern innerhalb der Wertschöpfungskette sowie zwischen Handelsunternehmen und Endverbrauchern verlieren an Bedeutung, die Arbeitsteilung und die räumliche Vernetzung von Anbietern und Nachfragern wird grundsätzlich beliebiger im Raum.

Damit ist aber noch nicht gesagt, dass aus den niedrigeren räumlichen Transaktionskosten zwingend agglomerative oder degglomerative Tendenzen folgen. Fest steht zunächst nur, dass sich durch die geringeren räumlichen Transaktionskosten das bisherige Gleichgewicht zwischen zentrifugalen und zentripetalen Kräften verschiebt, aufgrund dessen sich Agglomerationen gebildet haben (Quah 2001: 8 f.):

*Zentrifugale Kräfte* in diesem Zusammenhang sind (i) Transportkosten zwischen Produzenten an angestammten Standorten und homogen im Raum verteilten

Nachfragern, die auch lokalen Anbietern einen „Quasi-Zollschutz“ gewähren, (ii) Unterschiede in der regionalen Wettbewerbsintensität, die bei gegebenen Transportkosten für eine weitere Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität im Raum sorgen und (iii) Stau- und Überfüllungskosten, also Agglomerationsnachteile.

*Zentripetale Kräfte* sind demgegenüber (i) das Erfordernis des Zugangs zu einem reichhaltigen Pool an Arbeitskräften mit einem hohen Ausbildungsstand, (ii) die Verfügbarkeit spezifischer nicht ubiquitär verfügbarer Zwischenprodukte (zusammengenommen also spezialisierte Faktorinputs), (iii) Skalen- und Verbundvorteile und (iv) die Existenz von Wissens-Spillover-Effekten, also Fühlungsvorteilen, die durch „face-to-face“-Kommunikation die Entstehung, Verarbeitung und Nutzung neuen Wissens auf engem Raum begünstigen.

Sinken nun Transaktionskosten durch E-commerce im Raum signifikant, verändert sich das räumliche Gleichgewicht dieser Kräfte (Quah 2001: 13 f.). Bisherige Standorte verlieren ihren Transportkostenschutz. Im Sinne von Krugman (1991) wird es dann möglich, dass auch weit entfernte Nachfrager von wenigen zentralen Produktionsstandorten aus versorgt werden können, was insgesamt eine räumliche *Konzentration* bedeuten würde. Es sind unter diesen Umständen Skalenerträgen der Produktion, die Nähe zu komplementären Faktoren, etwa vorhandenen Pools spezifischer Faktorinputs wie qualifizierten Arbeitskräften oder das Erfordernis zur Nutzung von Wissensproduktion und -vermittlung auf engem Raum, die den Ausschlag für die zentripetalen Kräfte geben können. Soweit allein produktionstechnische Skalenerträge ausschlaggebend sind, branchenübergreifende Agglomerationsvorteile jedoch nicht, könnte aus der Konzentration gleichwohl eine polyzentrische Struktur mit regionaler Spezialisierung im Sinne von Krugman und Venables (1993) folgen; bei Überwiegen von Agglomerationsvorteilen dagegen könnte sich eine Konzentration der betreffenden Branchen auf wenige Standorte ergeben.

Aber auch eine *Dekonzentration* und Dispersion wirtschaftlicher Aktivität im Raum ist denkbar, wenn man unterstellt, dass „face-to-face“-Kontakte, Skalenerträge und Spillover-Effekte für bestimmte Wertschöpfungs- und Handelsbeziehungen keine übermäßige Rolle spielen. E-commerce ermöglicht dann Markttransaktionen „anywhere“, „by anyone“ und „anytime“. Die Standortgebundenheit von Transaktionen – sowohl zwischen Handel und Konsumenten (B2C) als auch innerhalb des Unternehmenssektors (B2B) – verliert an Bedeutung. Der für Anbieter und Nachfrager relevante Markt wird sich in geographischer Perspektive ausdehnen. Traditionelle Bindungen zwischen Handel und Kundschaft und innerhalb des Unternehmenssektors, die bisher auf räumliche Nähe aufbauten, lösen sich tendenziell. Die Ansiedlung dieser Aktivitäten kann dann im Prinzip auf eine größere Palette von geeigneten Standorten zurückgreifen als zuvor.

Das gilt im Übrigen nicht nur unternehmensextern (B2B), sondern gleichermaßen unternehmensintern. Denn auch einzelne räumlich abtrennbare Dienstleistungen bzw. Funktionen der Wertschöpfungskette und Arbeitsstätten im E-commerce werden weniger bodenständig (footloose). Verstärkte IT-Anwendungen werden – unternehmensextern und -intern – den Trend verstärken, dass die

klassische fordistische Massengutproduktion am Fließband eher durch ein räumlich getrenntes Netzwerk aus separaten und eigenverantwortlich durchgeführten Funktionen und Arbeitsschritten im Rahmen der interpersonellen Arbeitsteilung ersetzt wird. Die Bildung von virtuellen Arbeitsstätten, die nicht mehr standortgebunden sind, sondern Wertschöpfung an mehreren – im Extremfall weltweit verteilten – Standorten unter Nutzung der IT-Netze erbringen und über diese z. B. zur Echtzeitkoordinierung „just-in-time“ gekoppelt sind, wird gefördert.<sup>20</sup> Neue Impulse können sich zudem bei *Telearbeit* bzw. *Telecommuting* ergeben.<sup>21</sup> Auch dies fördert die räumliche Dispersion, in diesem Fall der Arbeitsstätten innerhalb von Unternehmen.

Dabei können sich gleichzeitig Tendenzen einer räumlichen Konzentration und einer Dispersion von unterschiedlichen Unternehmensfunktionen bzw. Wertschöpfungsstufen einstellen, die mit einer räumlichen Spezialisierung einhergehen. Gillespie et al. (2000: 4 f.) verweisen darauf, dass solche wirtschaftliche Aktivitäten, die in hohem Maße auf spezialisiertes technisches und unternehmerisches Wissen angewiesen sind, eher den zentripetalen Kräften folgen, weil „face-to-face“-Kontakte und Spillovereffekte dabei eine überragende Rolle spielen. Demgegenüber zeigen Routinetätigkeiten, die zudem leicht online über IT-Netze kontrollierbar sind, eher eine Tendenz der räumlichen Dispersion. Dies kann nach den Erkenntnissen von Gillespie et al. (2000: 5) auch dem klassischen Produktzyklus ähnliche Wirkungen entfalten: Neue und innovative Aktivitäten neigen zur räumlichen Konzentration, wenn das Wissen dann zum Allgemeingut wird, folgen die Standorte Faktorkostengesichtspunkten.

### Neuorientierung der Raumordnung?

Das erwartete Vordringen von E-commerce lässt zentrifugale Kräfte erwarten, es ist aber offen, ob sie durch zentripetale Gegenkräfte kompensiert werden. Allerdings dürften traditionelle räumliche Produktions-, Verflechtungs-, Warendistributions-, Siedlungs- sowie Boden- und Gebäudenutzungsstrukturen unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Wenn die New Economy durch veränderte räumliche Muster von Transaktionskosten eine Neuausrichtung privater Vertragsbeziehungen und der Arbeitsteilung im Raum ermöglicht, macht dieser Strukturwandel auch Veränderungen in den raumrelevanten staatlichen Rahmenbedingungen notwendig, innerhalb derer sich die Anbahnung und Erfüllung privater Transaktionen vollzieht, also etwa bei der Regionalpolitik und insbesondere der Raumordnungspolitik.

<sup>20</sup> Vgl. Bickenbach und Soltwedel (1998); Soltwedel (2000); Schwartz et al. (1999: 102 f.).

<sup>21</sup> Meist wird *Telearbeit* nur als die „Nutzung der Telekommunikation zur völligen oder teilweisen Substitution der täglichen Fahrt zum Arbeitsplatz und zurück nach Hause“ verstanden (Heinonen und Weber 1998: 30). In diesem Fall bezieht sich der Einsatz von IT-Technologien nur auf den individuellen Arbeitsplatz und auf das räumliche Verhältnis von Arbeitsstätte und Wohnort eines Arbeitnehmers. Dieser individuelle Blickwinkel kommt im Begriff *Telecommuting* besser zum Ausdruck, der im englischen Sprachraum verwendet wird. Vgl. Mitomo und Jitsuzumi (1999: 741 ff.); Hollbach-Grönmig und Libbe (1999); Grabow und Lehmbrock (1999); König (1999).

Aus der Sicht der Raumordnung stellt eine potentiell erhebliche Änderung der Städtiehierarchie das größte Problem dar.<sup>22</sup> Für sich genommen wäre eine Einbuße an Zentrumsfunktion nicht notwendigerweise schädlich: Rückwirkungen aus einer veränderten Flächen- und Gebäudenutzung in Kernstädten wären bei den relativen Bodenpreisen zu erwarten. Betriebsstättenverlagerungen von Firmensitzen, Handels- und Dienstleistungsanbietern aus den Kernstädten heraus könnten eine mehr polyzentrische Struktur fördern und würden das Gefälle der Bodenrenten zwischen Zentren und Randlagen verringern. Die in der Vergangenheit beobachtete Tendenz steigender Bodenrenten in Zentrumslagen könnte verlangsamt oder sogar umgekehrt werden. Im Ergebnis könnte sich eine Art Einebnung des Zentralitätsgefälles zwischen Stadtzentren und Randlagen ergeben und damit einer Verödung von Zentren entgegen wirken.

Eine Einbuße an Zentrumsfunktion wäre aber dann von Nachteil, wenn aufgrund von Pfadabhängigkeiten im Infrastrukturausbau in Kernstädten Kapazitäten im Infrastrukturkapitalstock bestehen, die den veränderten räumlichen Strukturen der lokalen Wirtschaft nicht mehr angemessen wären, aber nicht kurzfristig – oder wegen bestehender Unteilbarkeiten gar nicht – angepasst werden könnten. Dies erfordert daher unter Umständen frühzeitige raumordnerische Erwägungen für Strategien, die den Übergang erleichtern und die Anpassungskosten möglichst niedrig halten.

Gegenläufige Tendenzen bei der Zentrumsfunktion wären aber ebenfalls denkbar. Die bereits oben angesprochenen Fühlungsvorteile und ein fortbestehendes Erfordernis von „face-to-face“-Kontakten bei Dienstleistungen und im Bereich der Forschung, das soziale Erlebnis des Einkaufsbummels und die kulturelle Funktion von Städten können die städtische Zentrumsfunktion aufrecht erhalten. Selbst innerhalb des Handels könnte sich der Charakter von Geschäften noch stärker hin zu „Schaufensterfunktionen“ wandeln. Auch kann man beobachten, dass schon bestehende reine E-commerce-Anbieter dazu übergehen, sich Ladengeschäfte zuzulegen.

Es dürfte sich daher ein raumwirtschaftlich relevanter Strukturwandel bei den Stadtfunktionen einstellen, dessen Ausmaß und Richtung derzeit aber noch nicht feststeht. Dieser Strukturwandel könnte sich als Katalysator für die Probleme erweisen, die in der Stadtökonomik unter der Überschrift „new challenges for urban governance“ einen immer größeren Raum einnehmen: verschärfter Wettbewerb zwischen Städten im Zuge der Globalisierung, deutliche Betonung urbaner Entwicklungsstrategien gegenüber einer Wohlfahrtsorientierung, verstärkte Individualisierung und zunehmende Komplexität des sozio-urbanen Gefüges, verschärfte Segregation und Exklusion und größere Konfliktpotentiale (vgl. hierzu z. B. Kearns und Paddison 2000; John 2000).

---

<sup>22</sup> Hierzu gibt es teilweise sehr markante Äußerungen: „Cities are leftover baggage from the industrial era“ (Gilder 1996); „... to avoid transportation, mankind invented the city“ (Schaeffer und Schar 1975; beide Quellen zitiert nach Gillespie et al. 2000: 12) und sehr pointierte Gegenpositionen: „It is our contention that this line of thinking, both as applied to the demise of the city and to the removal of regional development constraints, is profoundly flawed.“ (Gillespie et al. 2000: 13).

## Umfangreicher Forschungsbedarf

Der Übergang zur „neuen Ökonomie“ wird sich sicherlich nicht mit einem Schlag, sondern mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Regionen vollziehen. Welche konkreten räumlichen Konsequenzen vom Vordringen des E-commerce und des E-commerce also per saldo zu erwarten sind, welche Richtung und welches Ausmaß sie annehmen werden und welche Folgen das für Siedlungsmuster von Gewerbe- und Wohnraumstandorten hat, ist noch in hohem Maße kontrovers. Doch wird es von herausragender Wichtigkeit sein, in einer Art Monitoringprozess die Implikationen der sich herausbildenden globalen Informationsgesellschaft für viele Politikfelder zu identifizieren, die sich schürzenden Konfliktfelder zu erkennen und eine Plattform für einen offenen Diskurs über die Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten zu bieten. Denn bestehende Raumstrukturen reagieren erfahrungsgemäß eher träge auf Veränderungen der Rahmenbedingungen. Beim immobilien Kapitalstock der Unternehmen sowie beim Wohnungsbestand der Haushalte spielen geringe alternative Verwendungsmöglichkeiten (und dadurch verursachte „versunkene Kosten“) eine wichtige Rolle. Daher sind Pfadabhängigkeiten in der raumwirtschaftlichen Entwicklung zu beachten, insbesondere auch bei der komplementären öffentlichen Infrastruktur, bei der „versunkene Kosten“ noch ausgeprägter sind. Nicht vorhergesehene Entwicklungen (etwa eine Unterschätzung der Veränderungen, die E-commerce mit sich bringen kann) könnte dann vielerorts zu „Standortstress“ führen, also zu einer Verschlechterung individueller oder branchenbezogener relativer Wettbewerbspositionen an angestammten Standorten. Insofern müssen – sofern E-commerce tatsächlich Umwälzungen in der räumlichen Arbeitsteilung mit sich bringen sollte – die zu erwartenden Ergebnisse frühzeitig in die raumordnungspolitische Debatte eingeführt werden.

Es gilt also, die regionalen und kleinräumigen zentrifugalen und zentripetalen Tendenzen als Folge von E-commerce im urbanen Kontext gegeneinander abzuwägen, die voraussichtlichen Entwicklungen im dadurch ausgelösten raumwirtschaftlich relevanten Strukturwandel bei den Stadtfunktionen zu identifizieren, und raum- und verkehrsplanerische Strategien zu entwickeln, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit von Städten gesichert werden kann.

Es bedarf daher verstärkter Forschungsarbeit, um die raumdifferenzierenden zentrifugalen und zentripetalen Wirkungen eines Vordringens von E-commerce zu analysieren, die verschiedenen Bestimmungsfaktoren dieser Wirkungen zu identifizieren, Anhaltspunkte für die quantitative Bedeutung der einzelnen Faktoren und Wirkungsmechanismen zu finden und die Implikationen für die raumrelevante Wirtschaftspolitik (einschließlich der Verkehrspolitik) herauszuarbeiten. Für einen solchen Monitoringprozess sind Standortwettbewerb, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturwandel, neue Formen der Arbeitskultur und der Lebensstile, Grundsatzfragen der physischen und mentalen Mobilität und die Auswirkungen dieser Phänomene auf Raumordnung, Urbanität, Wohnungswirtschaft und Verkehr wichtige Bestandteile einer Forschungsagenda.



## Summary

Even after the painful decline of stock market prices of internet firms in the course of the year 2000 the future evolution of E-commerce, i.e. electronically trading goods and services via information and communications networks, as a new and universally applicable transaction channel is forecasted to proceed rapidly and to penetrate all kinds of economic interaction. What makes E-commerce so fascinating for spatial and regional economics is the decline in spatial transaction costs which can be expected to change the existing patterns of the inter- and intra-regional division of labour. In the very dynamically evolving discussion starkly differing spatial implications of the New Economy are postulated, ranging from heralding the „death of distance“ and the decline of the cities on the one extreme toward strongly fostering agglomeration on the other. The net outcome of these diverging tendencies is far from being self-evident.

The extent of the spatial structural change brought about by E-commerce will depend crucially upon the nature of goods and services traded via the Internet, whether physical transports are still required for completing the transaction, and upon further developments in unit transport and logistics costs. E-commerce on the one hand and transport and logistics on the other hand are mutually interrelated: delivering the goods at low cost and conveniently will turn out to become the crucial factor for commercial success of E-commerce. In any event will the increased use of electronic trading change transport flows both in cargo and passenger transport. The article discusses arguments both for transport-reducing and transport-increasing effects.

Although the debate with all its controversies has just gathered momentum, it seems probable that the spatial patterns of production, goods distribution and consumption can be expected to change markedly, most probably affecting also traditional concepts of spatial planning both in regional and urban perspective. In this state of flux more in-depth analysis is definitely warranted.

## Literatur

- Banister, D., und J. Berechman (1995). A Methodological Framework for Analysing the Impact of Transportation Infrastructure Investment on Economic Development. Tinbergen Institute Discussion Paper TI 5-95-201. Rotterdam.
- Banister, D., K. Dreborg, L. Hedberg, S. Hunhammar, P. Stehen und J. Åkerman (2000). Transport Policy Scenarios for the EU: 2020 Images of the Future. *Innovation. The European Journal of Social Sciences* 13 (1): 27-45.
- Bhagwati, J. N. (1984). Splintering and Disembodiment of Services and Developing Nations. *The World Economy* 7 (2): 133-144.
- Bickenbach, F., und R. Soltwedel (1998). Produktionssystem, Arbeitsorganisation und Anreizstrukturen: Der Paradigmenwechsel in der Unternehmensorganisation und seine Konsequenzen für die Arbeitsmarkterfassung. In D. Cassel (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft 57. Stuttgart.
- Bristow, G., M. Munday und P. Grippaios (2000). Call Centre Growth and Location: Corporate Strategy and the Spatial Division of Labour. *Environment and Planning A* 32 (3): 519-538.

- Browne, M. (2001). E-commerce and Urban Transport. Paper presented on the Joint OECD/ECMT-Seminar „The Impact of E-commerce on Transport“, 5/6. Juni, Paris. Mimeo.
- Cairncross, F. (1997). *The Death of Distance*. Cambridge, Mass.
- Colin, J. (2001). The Impact of E-commerce on Logistics. Paper presented on the Joint OECD/ECMT-Seminar „The Impact of E-commerce on Transport“, 5/6. Juni, Paris. Mimeo.
- Dach, C. (1999). Der Wettbewerb der Zukunft: Elektronischer vs. stationärer Handel. *Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln* 51 (3): 45–57.
- The Economist* (1999). Survey Business and the Internet. 26. Juni.
- (2000). Survey E-commerce. 26. Februar.
- Funk, L. (2000). Ein New Economy-Effekt für Deutschland? *Wirtschaftsdienst* 80 (5): 271–276.
- Gilder, G. (1996). *Forbes ASAP*, February 27th: 56.
- Gillespie, A., R. Richardson, und J. Cornford (2000). Regional Development and the New Economy. Centre for Urban and Regional Development Studies (CURDS), University of Newcastle Upon Tyne: Draft Paper. Erschlossen über: <http://www.ncl.ac.uk/curds>
- Grabow, B., und M. Lehmbruck (1999). Verkehr – Stadt – Telekommunikation/ Telekommunikation statt Verkehr? In H. Mäding (Hrsg.), *Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie*. Difu-Beiträge zur Stadtforschung 27. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.
- Heinonen, S., und M. Weber (1998). Neueste Erkenntnisse zum Thema Telearbeit: Auswirkungen auf den Verkehr. *The IPTS Report (Deutsche Ausgabe)* (21): 30–38.
- Heinze, G. W., und H. H. Kill (1997). Verkehrswachstum als Herausforderung im Informationszeitalter – Zusammenhänge zwischen Telekommunikation, räumlicher Struktur und physischem Verkehr. In Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Daten- statt Autobahn?* Dortmund.
- Hollbach-Grönig, B., und J. Libbe (1999). Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen. In H. Mäding (Hrsg.), *Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie*. Difu-Beiträge zur Stadtforschung 27. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.
- John, P. (2000). The Europeanisation of Sub-national Governance. *Urban Studies* 37 (5/6): 877–894.
- Kanzlerski, D. (1998). Verkehr. In Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), *Bausteine einer nachhaltigen Raumentwicklung*. Forschungen des BBR 88. Bonn.
- Kearns, A., und R. Paddison (2000). New Challenges for Urban Governance. *Urban Studies* 37 (5/6): 845–850.
- Klodt, H. (2001). Die Neue Ökonomie: Aufbruch und Umbruch. *Die Weltwirtschaft*, (1): 78–98.
- König, R. (1999). Vom Leitbild zum konkreten Handeln – Leistungsfähige Infrastruktur. In H. Mäding (Hrsg.), *Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie*. Difu-Beiträge zur Stadtforschung 27. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.
- Krugman, P. R. (1991). *Geography and Trade*. Cambridge, Mass.
- Krugman, P. R., und A. J. Venables (1993). Integration, Specialization and Adjustment. Discussion Paper 886. Centre for Economic Policy Research (CEPR), London.
- L'Hoest, R., und W. Schöning (2000). Die Internet-Wirtschaft als Reformmotor der Wirtschafts- und Sozialpolitik. *Wirtschaftsdienst* 80 (5): 277–283.
- Lipsey, R. G. (1999). Sources of Continued Long-run Economic Dynamism in the 21st Century. In OECD (Hrsg.), *The Future of the Global Economy: Towards a Long Boom?* Paris.
- Mai, S. (2000). Prognosen zum E-commerce – Ungewissheiten über das zukünftige Potenzial des elektronischen Handels. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 49 (3): 267–284.

- Mitomo, H., und T. Jitsuzumi (1999). Impact of Telecommuting on Mass Transit Congestion: the Tokyo Case. *Telecommunications Policy* 23 (10/11): 741–751.
- Nemoto, T., J. Visser und R. Yoshimoro (2001). Impacts of Information and Communication Technology on Urban Logistics Systems. Paper presented on the Joint OECD/ECMT-Seminar „The Impact of E-commerce on Transport“, 5/6. Juni, Paris. Mimeo.
- NfA (Nachrichten für Außenhandel) (2000). Logistik setzt verstärkt auf E-Commerce. Frachtverkehr wird internationaler – Mittelständler suchen ausländische Partner. 21. Juli: 5.
- Nijkamp, P., H. van Delft, H. Gerlings und D. van Veen-Groot (2000). Transportation between Globalization and Localization. *Innovation. The European Journal of Social Sciences* 13 (1): 11–26.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (1998). *The Economic and Social Impact of Electronic Commerce: Preliminary Findings and Research Agenda*. Paris.
- Quah, D. (2001). ICT Clusters in Development: Theory and Evidence. London School of Economics Department Working Paper. Erschlossen über: <http://econ.ls.ac.uk/~dquah>
- Schaeffer, K. H., und E. Schar (1975). *Access for All: Transportation and Urban Growth*. Harmondsworth.
- Schwartz, P., E. Kelly und N. Boyer (1999). The Emerging Global Knowledge Economy. In OECD (Hrsg.), *The Future of the Global Economy: Towards a Long Boom?* Paris.
- Siebert, H. (2000). The New Economy – What is Really New? Kieler Arbeitspapiere 1000. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Siebert, H., und H. Klodt (1999). Towards Global Competition: Catalysts and Constraints. In OECD (Hrsg.), *The Future of the Global Economy: Towards a Long Boom?* Paris.
- Soltwedel, R. (2000). Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels auf den Gebäudebestand in Deutschland. In Wiustenrot-Stiftung (Hrsg.), *Umnutzungen im Bestand – Neue Zwecke für alte Gebäude*. Stuttgart.

# ZUR PARTIZIPATIVEN REORGANISATION EINES UNTERNEHMENS DES MASCHINEN- UND ANLAGENBAUS

## 1 EINLEITUNG

Die unter dem Stichwort „lean production“ seit geraumer Zeit favorisierten Modernisierungs- und Rationalisierungskonzepte sind nach einer These von Widmaier (2000) nur eingeschränkt für die Strukturen des Maschinenbaus geeignet. So weisen die Produkte der Branche einen geringen Standardisierungsgrad und niedrige Losgrößen auf. Der durchschnittliche Anteil der Unikat- und Kleinserienfertigung betrug gegen Ende der 90er Jahre ca. 80 %, der kundenspezifische Fertigungsanteil lag bei 60 %. In diesem Kontext ist auch die durchschnittliche Betriebsgröße von 127 Mitarbeitern zu sehen, wobei ca. 70 % der Maschinenbaubetriebe unter 100 Mitarbeiter beschäftigen (ebd. S. 282 ff.). Diese Angaben verdeutlichen, dass die im Zusammenhang mit der „schlanken“ *Automobilproduktion* entstandenen Konzepte vielfach nicht oder nur bei entsprechender Modifikation auf den Maschinenbau übertragbar sind. Hierbei handelt es sich um ein Phänomen, das mit dem Begriff „Rationalisierungsdilemma“ bezeichnet wird. Es besteht darin, „dass die spezifische Produktionsorganisation des Maschinenbaus zwar über eine eigene, auf spezifische Marktanforderungen zugeschnittene Kreativität und Effektivität verfügt, diese aber ein relativ hohes Kostenniveau verursacht. Der Versuch aber, mit den üblichen Rationalisierungsstrategien diese Kosten zu senken und damit konkurrenzfähiger zu werden, würde genau diese spezifische Effektivität zerstören.“ (Seltz & Hildebrandt 1989, S.29)

Inwieweit branchenspezifische Modernisierungs- und Rationalisierungskonzepte fehlen, ist schwer zu beantworten. Die bereits erfolgreich in der Branche durchgeführten Reorganisationen lassen aber vermuten, dass das Set der Elemente neuer Produktionskonzepte durchaus ein Instrumentarium darstellt, mit dem sich branchen- bzw. firmenspezifische Konzepte realisieren lassen (Brödner & Kötter 1999, Lay & Mies 1997, VDMA 1997). Eine wesentliche Bedingung für erfolgreiche Reorgani-

sationen (mithin ein zentraler Topos der arbeitswissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema) stellt dabei die Nutzung des Innovationspotenzials des Erfahrungswissens der Beschäftigten dar (vgl. z. B. Wehner & Waibel 1997). Der vorliegende Artikel berichtet vor diesem Hintergrund von einer chancengetriebenen (s. u.) Reorganisation, die bei einem mittelständischen Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus unter starker Beteiligung der Mitarbeiter - insbesondere aus der Produktion - durchgeführt wurde. Aus allgemeiner arbeitswissenschaftlicher Sicht sind mit dieser Arbeit im wesentlichen drei Fragestellungen verbunden:

1. Am Anfang steht eine grundsätzliche Frage: Verfügen Mitarbeiter, die teilweise über sehr lange Zeit - Aufgaben mit eingeschränkter Autonomie, Rückmeldung und sozialer Interaktion (im Rahmen einer stark arbeitsteiligen und zentralistischen Arbeitsorganisation) bearbeitet haben, tatsächlich über ein Arbeitsprozesswissen, dass die Ergebnisse der Reorganisation entscheidend mitbestimmen kann?
2. Mit welchen Methoden gelingt zweitens der Zugang zu diesem Arbeitsprozesswissen, wobei es sich noch zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit um sogenanntes „stilles Wissen“ handeln dürfte? Diese Methoden müssen u. a. eine Lösung für das Problem beinhalten, wie Mitarbeiter aus unterschiedlichen Unternehmensbereichen und auf verschiedenen Hierarchieebenen (d. h. mit sozialen und symbolischen Trennungen) an den Veränderungen beteiligt werden können. Frage 1 und 2 sind offensichtlich nicht unabhängig voneinander.
3. Eine weitere, in vielen Überlegungen zur beteiligungsorientierten Reorganisation, speziell wenn sie auf qualifizierende Arbeitsgestaltung abzielt, eher beiseite gelassene Frage ist schließlich, ob das Ergebnis der Reorganisation (Arbeitstätigkeiten mit mehr Autonomie, Rückmeldung und sozialer Inter-

aktion) nicht zu einer Überforderung der Mitarbeiter führt. Mit anderen Worten, sind die Mitarbeiter hinreichend motiviert und kompetent, sich an den technisch-organisatorischen Veränderungen im Ergebnis beteiligen zu können? Bei Duell (1983) u. a. findet sich hierzu der Hinweis, dass die Beteiligung der Betroffenen an der Lösung im Sinne partizipativer Reorganisation für diese eine Gelegenheit darstellt, „das eigene Expertentum zu erkennen und zu realisieren.“ (S. 87)

Obwohl im Rahmen eines einzelfallbezogenen Praxisbeitrags differenzierte und generalisierbare Antworten auf diese Fragen kaum vermittelt werden können, sind die Autoren optimistisch, im folgenden die aufgerissenen Fragestellungen im Zusammenhang mit der partizipativen Reorganisation ein wenig aufhellen zu können.

## 2 AUSGANGSSITUATION UND RAHMENBEDINGUNGEN DER REORGANISATION

Im Rahmen eines FuE-Projekts sollte ein neues Produktionskonzept entwickelt, eingeführt und evaluiert werden. Das Projekt mit dem Titel „Reorganisation von Unternehmen unter Beteiligung der Mitarbeiter“ (Rema) war ein Verbundvorhaben im Rahmen des Bremer Landesprogramms Arbeit und Technik. Zu den Verbundpartnern gehörten neben dem mittelständischen Unternehmen, ein Hersteller von kundenspezifischen Materialflusssystemen, drei regionale Zulieferbetriebe sowie die Forschungsgruppe Praxisnahe Berufsbildung (FPB) der Universität Bremen. Gegenstand der Reorganisation waren die Fertigung und Montage von ausgewählten Baugruppen sowie die Zulieferstruktur in zwei Pilotbereichen.

Die Produktion des mittelständischen Herstellers war bisher sehr traditionell strukturiert. Zahlreiche Komponenten der Materialflusssysteme wurden im Rahmen einer Lagerfertigung produziert. Beschaf-

fung, Fertigung und Montage erfolgte kundenunabhängig, lediglich die Lackierung und der Versand erfolgte kundenabhängig. Diese Fertigungsstruktur bedingte u. a. eine hohe Kapitalbindung. Zusätzlich verursachte die im Produktionsbereich angesiedelte Lagerfläche weitere Kosten. Darüber hinaus war der gesamte Herstellungsprozess sehr stark arbeitsteilig organisiert: Die Trennung von Planung (Arbeitsvorbereitung, Fertigungssteuerung etc.) und Ausführung sowie eine nach dem Verrichtungsprinzip strukturierte Fertigung hatte eine hohe Zahl voneinander getrennter Arbeitsschritte zur Folge. Der gesamte Material- und Informationsfluss wurde zentral gesteuert. Das in den 70/80er Jahren vor dem Hintergrund dieser arbeitsteiligen Fertigungsphilosophie eingeführte PPS-System stabilisierte die vorhandene Organisationsstruktur des Unternehmens: „Das System zwingt uns, es so zu machen“ (Zitat eines AV-Mitarbeiters).

Im Mittelpunkt des Reorganisationsprojektes stand die Frage, wie durch eine beteiligungsorientierte Reorganisation das Erfahrungswissen der Beschäftigten genutzt werden kann, um einerseits Arbeitsplätze interessanter, abwechslungsreicher und auch lernförderlicher zu gestalten, und zum anderen die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern. Es ging in dem Vorhaben, mit anderen Worten, also um die Erreichung einer Balance zwischen persönlichkeits- und effizienzorientierter Partizipation. Partizipation sollte dabei nicht nur Mittel der Zielerreichung sein, sondern darüber hinaus ein Ziel der Veränderungen im Sinne u. a. von sozialer Transparenz/Empathie und Verantwortung für eine gemeinsame Aufgabe. Grundsätzlich gilt: Eine persönlichkeitsorientierte Partizipation ohne verbesserte Effizienz würde vom Management als kostenaufwendig und nutzlos eingestellt werden. Eine ausschließlich effizienzorientierte Partizipation ist ebenfalls nicht denkbar, denn diese würde die Partizipationsmotivation der Beschäftigten zerstören. Das eine ist also ohne das andere nicht zu haben, beide Interessen müssen ausbalanciert werden (siehe Minssen 1997, S. 211 ff.).

Bei der durchgeführten Reorganisation handelte es sich um eine *chancengetriebene* Reorganisation. In der Regel sind Reorganisationen *krisegetrieben*. Unternehmen geraten in wirtschaftliche Problemlagen und müssen dann, unter Zeit- und Kostendruck, ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Diese Krise bewegt das Un-

ternehmen, und genau diese Situation stellt vielfach erst die Chance für Veränderungen dar. Eine intensive Beteiligung der Mitarbeiter ist dann jedoch nicht möglich, vielmehr werden Veränderungen von „oben“ eingeführt. Bei einer chancengetriebenen Reorganisation ist eine Krise nicht vorhanden, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens (noch) gegeben. Ein weitsichtiges Management erkennt frühzeitig Veränderungsnotwendigkeiten und schafft in diesem Kontext entsprechende Gestaltungsräume. Das hat enorme Vorteile, weil die betrieblichen Akteure Zeit haben und sehr „gelassen“ die Veränderungen angehen können. Aber genau dies ist zugleich der Nachteil. Der chancengetriebenen Reorganisation fehlt die *Krise als Entwicklungsmoment*, welche die Kontinuierung von betrieblichen Routinen aufhebt, gewohnte Handlungs- und Wahrnehmungsmuster labilisiert, aufbricht und so den Veränderungsprozess „bewegt“.

Die erfolgreiche Veränderung eines komplexen sozio-technischen Systems, wie es ein Betrieb darstellt, setzt darüber hinaus ein gut funktionierendes Zusammenwirken

sämtlicher an der Produktentstehung beteiligter Unternehmensbereiche, die Kooperation mit externen Partnern (z. B. Zulieferbetriebe) und die Partizipation der Mitarbeiter voraus. Die Beteiligung der Mitarbeiter an den Veränderungsprozessen wurde im Vorhaben als eine wesentliche Bedingung für erfolgreiche Reorganisationen verstanden (vgl. Bild 1).

### 3 ZUR BETEILIGUNGSORIENTIERTEN VORGEHENSWEISE

Nur durch das Engagement und die Mitgestaltung der Mitarbeiter aus den verschiedenen Bereichen - so die Auffassung der Verantwortlichen im Unternehmen und die der Projektakteure - lassen sich neue Konzepte konsequent umsetzen und die eingeführten Strukturen dauerhaft nutzen und weiterentwickeln. Vor dem Hintergrund dieses Leitbildes wurde im Vorhaben die Reorganisation von hierarchie- und abteilungsübergreifenden Projektgruppen in enger Zusammenarbeit mit einem externen Prozessbegleiter geplant, umgesetzt und bewertet. Mitglieder des



Bild 1: Grade der Partizipation (in Anlehnung an Schmicker et al. 1994)

Phase	Maßnahme
<b>Vorbereitungs- und Startphase</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Workshop zur Zielfindung, Festlegung eines Pilotbereiches</li> <li>• Auswahl von Zulieferbetrieben</li> <li>• Bildung einer Projektgruppe</li> <li>• Informationen an Belegschaft (<i>Plakate, Werkszeitung</i>)</li> <li>• Erstellung eines Zeit- und Arbeitsplans</li> </ul>
<b>Analyse</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse der Organisationsstrukturen</li> <li>• Analyse der Kostenstrukturen</li> <li>• Mediale Aufbereitung/Visualisierung (<i>u.a. Produktion einer Videosequenz</i>)</li> </ul>
<b>Konzeption</b> Grobkonzeption	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Festlegung von Zielen</li> <li>• Grobplanung der Organisations- und Fertigungsstrukturen</li> </ul>
Präsentation I	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Workshop, Informationen an Belegschaft</li> </ul>
Detailkonzeption	<p>Bildung von parallelen AG</p> <pre> graph LR     PPS[PPS] --- Layout[Layout] --- Logistik[Logistik]           </pre>
<b>Umsetzung</b>	
<b>Erprobung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Fertigung testen</li> </ul>
<b>Präsentation II</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Workshop, Informationen an Belegschaft</li> </ul>
<b>Optimierung/Transfer</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Fertigung verbessern</li> <li>• Erfahrungen auf andere Bereiche transferieren</li> </ul>

Bild 2: Phasen des Veränderungsprozesses

Betriebsrates waren durch die Mitarbeit in den Projektgruppen unmittelbar an der Gestaltung der Reorganisationsmaßnahmen beteiligt. Im Folgenden werden ausgewählte Phasen des Veränderungsprozesses für die Reorganisation des ersten Pilotbereiches vorgestellt. Eine Übersicht sämtlicher Phasen und der jeweiligen wesentlichen Maßnahmen ist Bild 2 zu entnehmen.

### 3.1 Analysephase

Ein nach Erfahrung der Praxis bedeutsamer erster Schritt ist die (gemeinsame) Analyse der Ist-Situation (vgl. z. B. Doppier & Lauterburg 2000). Die Organisationsdiagnose wurde unter Nutzung unterschiedlicher Methoden und Medien von den betrieblichen Akteuren zu Beginn des Projektes entlang eines ausgewählten Geschäftsprozesses unter Mitwirkung des externen Prozessbegleiters selbst durchgeführt. Um die Mitarbeiter mit den gegen-

wärtigen Strukturen des Unternehmens und mit ihrer jeweiligen Arbeitssituation zu konfrontieren, wurde ein dokumentarischer Videofilm bei einer unabhängigen Produktionsfirma in Auftrag gegeben. Ein intendierter Effekt der umfangreichen Interview-, Recherche- und Filmaktivitäten war, dass die Mitarbeiter die (eigenen) Arbeitsprozesse aus einer veränderten, quasi externen Perspektive analysierten. Die i. d. R. seit vielen Jahren in unveränderter Form existierende Arbeitssituation und das vorliegende implizite Wissen hierzu sollte den Beteiligten auf diese Weise unmittelbar bewusst gemacht und im Film expliziert werden.

Der hier gewählte Ansatz geht zurück auf das an der ETH Zürich entwickelte Konzept „BE-VOR“ (Beteiligungsorientierte Vorgehensweise) (Held 1998), bei dem die Konfrontation mit der gegenwärtigen Arbeitssituation ein wesentliches Wirkprinzip für die Analyse und Problemdefinition von Arbeitssituationen darstellt.

Die Konfrontation erfolgt nach diesem Konzept in sehr deutlicher und vielfach ungewohnter Weise. Die Beteiligten können hierbei u.a. die organisatorischen und auch technischen Defizite einer Arbeitssituation erkennen. Die eigene Arbeitshandlungen werden bewusst gemacht und ein Verständnis für die notwendigen Veränderungen erzeugt. Ausgewählte Sequenzen der Videoaufnahmen aus der Analysephase wurden in dem Film mit dem Titel „Arbeiten am Betrieb“ zusammen mit Aufnahmen aus anderen Phasen des Veränderungsprozesses für den Transfer der Projektergebnisse genutzt (Die Bezugsquelle für den Film ist am Ende der Literaturliste angegeben).

Die gemeinsame Verständigung über den Ist-Zustand der Fertigungs- und Arbeitsorganisation, ehe eine detaillierte Problemdefinition oder der eigentliche Problemlösungsprozess einsetzte, ermöglichte zwischen den betrieblichen Akteuren aus den unterschiedlichen Unternehmensbereichen und Zulieferbetrieben sowie dem Prozessbegleiter (der Erstautor) einen intensiven Dialog. Durch diesen Prozess der Bewusstmachung wurde eine Sensibilisierung und Verständnisbildung erreicht, die für die Akzeptanz und Nachhaltigkeit der geplanten Veränderungen von hoher Bedeutung waren.

Bei der Durchführung der Analyse für den ersten Pilotbereich im Projekt wurde allen Beteiligten deutlich, dass aufgrund der stark arbeitsteiligen Organisation die an der Vorbereitung und Durchführung der Herstellung beteiligten Mitarbeiter lediglich in „ihrem“ Bereich genaue Kenntnisse über die Vorgänge besaßen. Die Abläufe in den jeweils vor- bzw. nachgelagerten Bereichen/Abteilungen waren teilweise nur ansatzweise bekannt. Durch den Einbezug der Kollegen aus diesen Bereichen konnte sich das Projektteam gleichwohl einen sehr guten Überblick über den gesamten Geschäftsprozess - vom Vertrieb, über Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Fertigung etc. bis zum Versand - verschaffen. Im Ergebnis verdeutlichte die Analyse die organisatorischen Abläufe, die hohe Zahl der Schnittstellen und die mit der gegenwärtigen Fertigungsstruktur im Zusammenhang stehenden Veränderungs- und Verbesserungspotenziale.

### 3.2 Konzeptionsphase

Die Konzeption für die Gestaltung des Pilotbereiches erfolgte in zwei Schritten.

Am Anfang stand eine Grobkonzeption, welche die Festlegung von Leitziele und erste Ideen für mögliche Organisations- und Fertigungsstrukturen beinhaltet. Für die Grobkonzeption wurden wiederum Mitarbeiter aus den tangierten Unternehmensbereichen und Zulieferbetrieben von dem Projektteam hinzugezogen. Hier wurden neben der Leitzieleformulierung u.a. Vorschläge für das Fabriklayout, die Materiallogistik, die DV-Systeme und die Arbeitsplatzgestaltung entwickelt. Leitziele, die für die neue Fertigungs- und Organisationsstruktur vor dem Hintergrund der Analysen formuliert wurden, lauteten:

- ◆ keine Lagerfertigung, sondern kundenauftragsbezogene just-in time-Fertigung von Bauteilen,
- ◆ Zusammenfassung aller für die Fertigung und Montage erforderlichen Betriebsmittel in einer Insel (Objektorientierung anstelle der Funktionsorientierung),
- ◆ Bereitstellung sämtlicher für die Produktion benötigter Einzelteile durch selbststeuernde Regelkreise zwischen der Insel und internen sowie externen Zulieferbetrieben (KANBAN-System) und
- ◆ informationstechnische Einbindung der Insel in das PPS-System, so dass die auftragsbezogenen Informationen (Variante, Anzahl, Termin etc.) direkt durch die Konstruktionsabteilung bzw. den Projektmanager der Insel „online“ zur Verfügung gestellt werden.

Die Grobkonzeption sowie ausgewählte Bereiche der Ist-Analyse wurden im Rahmen eines Workshops unterschiedlichen betrieblichen Akteuren (u. a. Geschäftsführer, Betriebsratsvorsitzender, Produktionsleiter, EDV-Leiter) vorgestellt und mit diesen diskutiert. Das Grobkonzept wurde von den Workshopteilnehmern insgesamt positiv bewertet. Anregungen der Teilnehmer wurden von der Projektgruppe in den nachfolgenden Schritten des Veränderungsprozesses entsprechend berücksichtigt. Der Workshop hatte zum einen die Funktion eines Korrektivs, ermöglichte damit aber zugleich die Beteiligung anderer betrieblicher Akteure durch Anhörung und Mitentscheidung (vgl. auch wieder Bild 1). Ersteres brachte für die Projektgruppe eine zusätzliche Sicherheit, mit ihrer Planung der Umstrukturierung auf dem „richtigen“ Weg zu sein, was die Mo-

tivation des Teams erhöhte. Die Beteiligung weiterer betrieblicher Akteure sorgte ferner für eine Verbreiterung der persönlichen Basis im Unternehmen, die das Konzept tragen und die Umsetzung unterstützen musste.

Der zweite Schritt der Konzeptionsphase war die Auslegung der Materiallogistik und des Fabriklayouts sowie die Entwicklung von Vorschlägen zur Modifikation des vorhandenen PPS-Systems. Hierzu wurden drei parallel arbeitende Gruppen gebildet. Die Planung des Layouts der Insel erfolgte mit maßstabsgetreuen Modellen. Auf der Basis der unterschiedlichen präsentierten Lösungen ist nach ausgiebiger Diskussion dann ein von allen Akteuren für „richtig“ gehaltener Entwurf für die Umsetzung ausgewählt worden. Bei der Modifikation des PPS-Systems wurde in gleicher Weise mit modellhaften Abbildungen gearbeitet. Die Arbeit mit Modellen bei der Planung sollte die Gestaltungskompetenz der Mitarbeiter zur vollen Entfaltung bringen. Dies ermöglichte insbesondere den Mitarbeitern aus der Produktion ihre Sicht auf die in Frage stehenden Sachverhalte (Eigenschaften und Zusammenhänge) der Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung zu artikulieren und in Problemlösungen umzusetzen. In der Folge dieser Festlegung des Suchverfahrens haben die hierarchie- und abteilungsübergreifend gebildeten Gruppen ihre Lösungen in einem interaktiven Prozess gemeinsam erarbeitet.

Die jeweiligen Planungsgruppen waren auch für die nachfolgenden Umsetzungen verantwortlich (vgl. Bild 2).

## 4 ERGEBNISSE DER REORGANISATION

Die Darstellung der Ergebnisse ist in zwei Abschnitten gegliedert. Im ersten Abschnitt werden Effizienz-Effekte mitgeteilt. Demgegenüber stehen im zweiten Abschnitt die Mitarbeiter-Effekte im Vordergrund. Die vorgenommene Trennung ist analytisch. Tatsächlich sind die Effekte im Sinne einer erweiterten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung keineswegs unabhängig zu sehen (siehe dazu ausführlich z. B. Reichwald et. al. 1993, 1996).

### 4.1 Effizienz-Effekte

Nach erfolgter Umsetzung und Erprobung der neuen Fertigungs- und Arbeits-

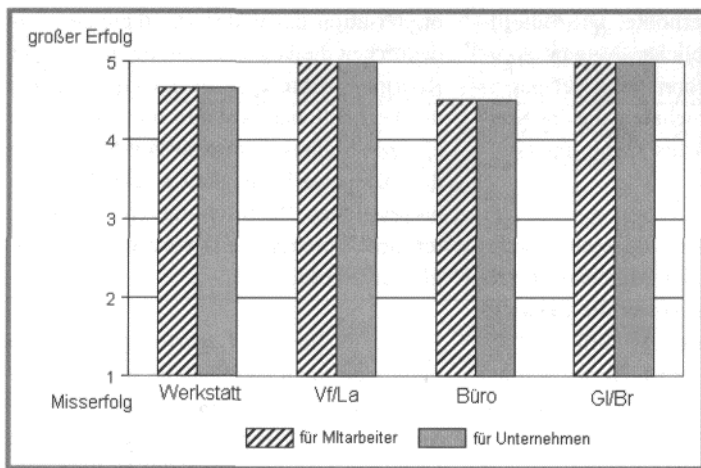
organisation des ersten Pilotbereichs verdeutlichen die vorliegenden Ergebnisse der Reorganisation, dass in der Optimierung der betrieblichen Abläufe und Strukturen ein erhebliches Potenzial zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit steckt. An zwei wesentlichen Bestimmungsgrößen (Kosten und Durchlaufzeit) wird dies im Folgenden verdeutlicht.

Bei der bisherigen Lagerfertigung waren durchschnittlich 160 Bauteile am Lager, die erhebliche Kosten verursachten (Kapitalbindung, Platzbedarf etc.). Durch eine kundenauftragsbezogene just-in-time-Fertigung konnten diese Kosten erheblich reduziert werden. Das ehemalige Lager wird jetzt als Produktionsfläche für eine Fertigungs- und Montageinsel genutzt. Ferner wurde eine Kostenreduzierung durch eine veränderte Fertigungsorganisation (vom Verrichtungsprinzip und einer zentralen Steuerung des Material- und Informationsflusses zum Inselprinzip mit einer dezentralen Steuerung) erreicht. In diesem Kontext ist insbesondere die Reduzierung der Zahl der „Schnittstellen“ zwischen verschiedenen Bereichen (AV, Fertigungssteuerung, Einkauf, Lager etc.) um 60 % zu nennen, welche die Produktion insgesamt effizienter gemacht hat.

In der Vergangenheit betrug die Durchlaufzeit für die Fertigung eines Lagerauftrages (Losgröße i.d.R. 7, 14 oder 21 Bauteile einer Variante) ca. sechs Wochen. Durch die neue Fertigungsorganisation wurde diese Zeit auf ein bis zwei Tage reduziert.

### 4.2 Mitarbeiter-Effekte

Die Evaluierung von Mitarbeiter-Effekten erfolgte nach dem Ansatz des *Survey-Feedback* einige Zeit nach erfolgter Reorganisation. Die Mitarbeiter im reorganisierten Bereich (4 Personen) sowie in den unmittelbar vor- und nachgelagerten Bereichen (Lager, Vorfertigung; 4 Personen), im „Büro“ (Arbeitsvorbereitung, Fertigungssteuerung; 6 Personen) und in der Geschäftsleitung einschließlich dem Betriebsrat (3 Personen), insgesamt 17 Personen, die an den Veränderungen beteiligt waren, sind schriftlich befragt worden. Der Fragebogen (in zwei Versionen) zielte auf die subjektiv wahrgenommenen bzw. erlebten Arbeitsbedingungen in dem Pilotbereich ab. Entsprechend haben jene vier Arbeitspersonen, die im Pilotbereich eingesetzt waren, die Fragen aus der „Innen-



**Bild 3:**  
Erfolg der Reorganisation  
für die Mitarbeiter der  
Werkstatt und für das  
Unternehmen

perspektive“, alle anderen Personen die gleichen Fragen aus einer „Außenperspektive“ beantwortet. Ein daran anschließender Workshop mit allen Befragten wurde genutzt, um die aufbereiteten Ergebnisse (Kontraste) kommunikativ zu validieren.

Im Folgenden werden zwei ausgewählte Ergebnisse der Befragung mitgeteilt, die eine Einschätzung ermöglichen sollen, inwieweit die persönlichkeitsorientierten Ziele des Reorganisationsprojekts tatsächlich erreicht worden sind.

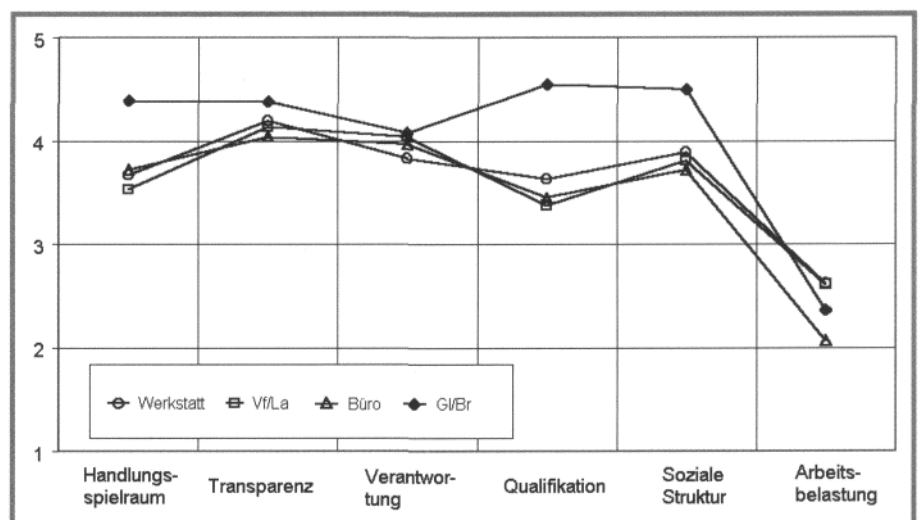
Mit Hilfe des Fragebogens sollte bspw. geklärt werden, ob sich effizienz- und persönlichkeitsorientierte Partizipation im Gleichgewicht befunden haben. Diesbezüglich wurden die Mitarbeiter in dem Fragebogen gebeten, global den Erfolg des Projekts sowohl für das Unternehmen als auch für die Mitarbeiter in der Produktion getrennt einzuschätzen. Hierfür standen jeweils fünfstufige Ratingskalen zur Verfügung (mit den Polen „Misserfolg“=1 und „großer Erfolg“=5). Das Bild 3 zeigt die Ergebnisse für die vier Teilgruppen. Die Akteure schätzen die Ergebnisse der Reorganisation demnach als sehr erfolgreich ein. Es fällt besonders auf, dass die befragten Gruppen zwischen dem Erfolg für das Unternehmen und dem Erfolg für die Mitarbeiter in der Produktion nicht differenzieren. Das Ergebnis kann teilweise sicherlich auf die attributionale Tendenz zurückgeführt werden, eigene Handlungsergebnisse positiv zu bewerten.

Um darüber hinaus differenzierte Einschätzungen über den Erfolg des Projekts zu erhalten, die wahrscheinlich weniger durch selbstwertdienliche Tendenzen überlagert sind, wurde im Rahmen der schriftlichen Befragung der Fragebogen zur „Subjektiven Arbeitsanalyse“ (SAA) von Udris & Alioth (1980) eingesetzt. Das Verfahren

wurde hier ausgewählt, weil es explizit auf die Erfassung der subjektive Wahrnehmung von Arbeitssituationen abzielt und seine Dimensionen als theoretisch gleichrangig behandelt. Die Akteure hatten mit Hilfe der als Aussagen formulierten 50 Items dieses Verfahrens die Arbeit in dem reorganisierten Produktionsbereich zu bewerten. Das Ergebnis ist für die 6 Hauptindizes des SAA-Verfahrens in Bild 4 dargestellt. Wenngleich die Ergebnisse auch in ihren absoluten Ausprägungen auf einen Erfolg des Projekts hindeuten (ohne dies jedoch durch einen Pre-Post-Vergleich absichern zu können), insbesondere im Hinblick auf die Dimensionen „Transparenz“, „Verantwortung“ und (niedrige) „Arbeitsbelastung“, sind hier vor allem die Kontraste zwischen den Gruppen aufschlussreich. Ausgenommen die Betriebsrats- und Geschäftsleistungspersonen (als Gruppe mit relativ großem Abstand zu den konkreten Arbeitsprozessen) weisen die Gruppen eine hohe Übereinstimmung in den Profilverläufen über die sechs Skalen auf. Dieses Ergebnis kann im Sinne einer hohen sozialen Transparenz bzw. Empathie aufgefasst werden, die nach der durchgeführten Reor-

## 5 FAZIT: VORAUSSETZUNGEN UND BEDINGUNGEN FÜR ERFOLGREICHEREORGANISATION

Mit dem Übergang von der stark arbeitsteiligen, funktionsorientierten Lagerfertigung hin zu einer objektorientierten Auftragsfertigung ging nicht nur eine Effizienzsteigerung der Fertigung einher, sondern die Reorganisation schaffte zugleich im Fertigungsbereich Arbeitsplätze mit einer höheren Verantwortung und Autonomie. Die Qualifikationsanforderungen der Mitarbeiter in dem Pilotbereich sind dadurch deutlich gestiegen. Ständen im Kontext der stark arbeitsteiligen Organisation überwiegend berufsfachliche Qualifikationen im Vordergrund, so werden heute darüber hinaus u. a. auch organisatorische und informationstechnische Kompetenzen sowie für den „kontinuierlichen Verbesserungsprozess“ nach erfolgter Reorganisation auch weiterhin Partizipations- und Gestaltungskompetenz benötigt (siehe z. B. auch Hübner & Wachtveitl



**Bild 4:** Mittelwertausprägungen von SAA Indizes für die vier Akteursgruppen (5 = hohe Ausprägung)



2000), die teilweise im Reorganisationsprozess erworben wurden.

Die persönlichkeits- und effizienzorientierten Ergebnisse der Reorganisation zeigen, dass durch eine entsprechend gestaltete Beteiligung der Mitarbeiter eine Balance zwischen den Zieldimensionen erreicht werden kann. Es ist wichtig festzustellen, dass hier tatsächlich eine innovative Arbeitsgestaltung die Effizienzsteigerung bewirkt hat.

Ferner verdeutlichen die Erfahrungen aus dem Vorhaben u. a. die Bedeutung des Erfahrungswissens der Facharbeiter und technischen Angestellten für die Reorganisation von Unternehmen. Trotz langjähriger Arbeit in stark arbeitsteiligen Strukturen verfügen die Mitarbeiter über ein Innovationspotential, dass für die Umgestaltung des Betriebes genutzt werden kann und sollte. Es wurde jedoch auch deutlich, dass dieses Wissen aufgrund der starken Arbeitsteilung bei den einzelnen Mitarbeitern lediglich in einem sehr speziellen Segment des Geschäftsprozesses vorliegt. Es müssen daher adäquate (d. h. im weitesten Sinn „barrierefreie“) Methoden und Medien zum Einsatz kommen, die es den Mitarbeitern erlauben, aktiv an den Veränderungen teilzuhaben und ihr je spezifisches Erfahrungswissen in den Veränderungsprozessen einbringen zu können. Im vorliegenden Fallbeispiel hat sich dabei die Arbeit mit dem Medium Film für die Schaffung eines Problembewusstseins und der Einsatz von Modellen und modellhaften Abbildungen für die (Mit)Gestaltung von Organisation und Technik sehr bewährt.

Neben der beteiligungsorientierten Vorgehensweise waren für den Erfolg der Reorganisation nach u. E. folgende Voraussetzungen und Bedingungen zentral:

- ◆ Bei der Implementierungsstrategie handelte es sich um einen breit angelegten und gemischten top-down/bottom-up-Ansatz. Ferner wurden sämtliche Mitarbeiter des Unternehmens zu Beginn des Reorganisationsprojektes über Ziele und Vorgehensweise und im weiteren Verlauf regelmäßig über den Stand der Arbeiten informiert. Offenheit und Transparenz des Prozesses schafft Vertrauen und stellt ein wichtiges Korrektiv dar.
- ◆ Die vorherrschende Unternehmenskultur war geprägt durch ein starkes, gegenseitiges Vertrauen von Mitarbeitern und Management. Im Vorfeld der Reorganisation wurde zwischen Betriebsrat und Management vereinbart, dass die Effizienz-

steigerungen der Reorganisationsmaßnahmen nicht zu betriebsbedingten Kündigungen führen würde.

- ◆ Die Beweggründe für die Reorganisation waren Chancen und keine Krise. Die oben skizzierten Nachteile einer chancengetriebenen Reorganisation konnten durch die gemeinsame Organisationsanalyse überwunden werden, mit der ein Problembewusstsein bezüglich der vorhandenen Organisationsstrukturen geschaffen wurde.

Im vorliegenden Fallbeispiel scheint es sich insgesamt um den richtigen Weg gehandelt zu haben. Dies ist aber sicherlich nicht der „one best way“. Bei anderen Konstellationen müssen gewiss auch andere, situationsgerechte Wege der beteiligungsorientierten Reorganisation gesucht und gefunden werden.

## LITERATUR

**Brödner, P./ Kötter, W.** (Hrsg.): Frischer Wind in der Fabrik. Spielregeln und Leitbilder von Veränderungsprozessen. Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1999

**Doppier, K./ Lauterburg, C.:** Change Management. Den Unternehmenswandel gestalten. 9. Auflage. Frankfurt, New York: Campus 2000

**Duell, W.:** Partizipative Arbeitsgestaltung: Bedingungen erfolgreicher Intervention. Psychosozial, Band 20, 71-90 1983

**Held, J.:** Partizipative Ergonomie - Die Prozeßgestaltung zur Beteiligung Betroffener an ergonomischen Gestaltungsaufgaben. Zürich: ETH-Dissertation Nr. 12825: 1998 [http://www.ihb.bepf.ethz.ch/pages/leute/held/ETH\\_0998\\_B-VOR.pdf](http://www.ihb.bepf.ethz.ch/pages/leute/held/ETH_0998_B-VOR.pdf)

**Hübner, C./ Wachtveitl, A.:** Vom Facharbeiter zum Prozeßgestalter. Qualifikation und Weiterbildung in modernen Betrieben. Frankfurt, New York: Campus 2000

**Lay, G./ Mies, C.** (Hrsg.): Erfolgreich reorganisieren. Unternehmenskonzepte aus der Praxis. Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1997

**Minssen, H.:** Gruppenarbeit in der Fertigung - Probleme eines zukunftsorientierten Konzepts. In: M. Kröll/ H. Schnauber (Hrsg.): Lernen in der Organisation durch Gruppen- und Teamarbeit. (S. 195-235) Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1997

**Reichwald, R./ Höfer, C./ Weichselbaumer, J.:** Anwenderhandbuch zur Erweiterten

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Abschlußbericht zum Projekt „Humanzentrierte CIM-Konzepte“, Förderprojekt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie im Rahmen des Programms Arbeit und Technik, München 1993

**Reichwald, R./ Höfer, C./ Weichselbaumer, J.:** Erfolg von Reorganisationsprozessen - Leitfaden zur strategieorientierten Bewertung. Stuttgart: Schäffer-Poeschel 1996

**Schmicker, S./ Klaeger, S./ Lengert, E.:** Mitarbeiterbeteiligung bei betrieblichen Innovationen. Grundlagen für den betrieblichen Anwender - praktische Lösungsbeispiele. Magdeburg: CIM-Technologie-Transfer-Centrum, Univ. 1994

**Seltz, R. / Hildebrandt, E.:** Rationalisierungsstrategien im Maschinenbau. Systemische Kontrolle und betriebliche Sozialverfassung. In: L. Pries/ R. Schmidt/ R. Trinczek (Hrsg.): Trends betrieblicher Produktionsmodernisierung: Chancen und Risiken für Industriearbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989

**Udris, I./ Alioth, A.** Fragebogen zur „Subjektiven Arbeitsanalyse“ (SAA). In E. Martin/ I. Udris/ U. Ackermann/ K. Oegerli: Monotonie in der Industrie (S. 61-68 und 204-207). Bern: Huber 1980

**VDMA** (Hrsg.): Quaas, W./Densow, K./Stahn, G.: Unternehmen gemeinsam umgestalten. Drei Fallbeispiele zur beteiligungsorientierten Reorganisation. Frankfurt: Maschinenbau-Verlag 1997

**Wehner, T./ Waibel, M.Chr.** Erfahrungsbegebenheiten und Wissensaustausch als Innovationspotentiale des Handelns - Die Analyse betrieblicher Verbesserungsvorschläge. In I. Udris (Hrsg.): Arbeitspsychologie für morgen. Herausforderungen und Perspektiven (S. 72-100). Heidelberg: Asanger 1997

**Widmaier, U. (Hrsg.):** Der deutsche Maschinenbau in den neunziger Jahren. Kontinuität und Wandel einer Branche. Frankfurt, New York: Campus 2000

Anmerkung: Der im Text genannte Film „Arbeiten am Betrieb“ kann bei fact+film, Contrescarpe 8c, 28203 Bremen, eMail: [info@fact-film.de](mailto:info@fact-film.de) zum Preis von 15 EUR (zuzüglich Versand und Porto bestellt) werden.

## ANSCHRIFT DER VERFASSER

**Dr. phil. Dipl.-Ing. Reiner Schlausch**

**Dr. phil. Dipl. Psych. Marc Schütte**

Forschungsgruppe Praxisnahe Berufsbildung (FPB)

Universität Bremen

Wilhelm-Herbst-Str. 7

D-28359 Bremen

E-Mail: [reiner.schlausch@uni-bremen.de](mailto:reiner.schlausch@uni-bremen.de)

# Die städtebaurechtliche und planerische Steuerung von Vergnügungsstätten

## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption



Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

01.10.09 [www.dr-acocella.de](http://www.dr-acocella.de)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Vergnügungsstätten als Überbegriff verschiedener Nutzungen

Vergnügungsstätten sind...

- Nachtlokale jeglicher Art (Nachtklubs, Tanzbars, Großstadtvarietés, Striptease-Lokale, Swinger-Clubs usw.)
- Diskotheken
- Spielhallen (Spiel- und Automatenhallen, Spielcasinos)
- Wettbüros (Sportwetten, Wettannahme)
- Billardclubs
- etc.

Grundsätzlich lässt sich der Begriff „Vergnügungsstätte“ als Sammelbegriff für Gewerbebetriebe verstehen, die auf verschiedenste Weise unter Ansprache des Sexual-, Spiel- oder Geselligkeitstribs bestimmte Freizeitangebote vorhalten.

(vgl. Fickert/ Fieseler, Kommentar zur Baunutzungsverordnung, 10. Auflage, Rd.Nr. 22 zu § 4a BauNVO)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Störpotenziale

- Diskotheken
  - flächenmäßig meist größer
  - Öffnungszeiten: Nachts an Wochenenden und Feiertagen, Lärmproduzent hauptsächlich zu Ruhezeiten
  - nur begrenzt innenstadtauglich
- Nachtlokale
  - sehr heterogene Nutzungen: Varietés kulturell und gesellschaftlich akzeptiert
  - Swinger-Clubs, Bordelle etc. (meist durch Sperrgebietsverordnungen bereits räumlich gesteuert)
  - hohes Störpotenzial (kulturelle/ soziale Konflikte, Trading-Down-Effekte, Unverträglichkeit mit Wohnnutzung, Öffnungszeiten: täglich – verstärkt in den Abend- und Nachtstunden )
- Billardclubs
  - entweder Spielhallenähnlich oder eher sportlich orientiert (Vereinsbasis), dann keine Vergnügungsstätte
  - falls Vergnügungsstätte, dann vielfältiges Störpotenzial wie Spielhallen/ Wettbüros
- Spielhallen, Wettbüros
  - Öffnungszeiten: täglich, meist von 6 bis 24 Uhr
  - vielfältiges Störpotenzial (→ nächste Folie)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Vielfältiges Störpotenzial von Spielhallen

- Verdrängung (z.B. Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe in Innenstädten);
- Trading-Down-Effekte (Einschränkung der Angebotsvielfalt, Spielhallen unter Indikatoren-Verdacht);
- Verzerrung des Boden- und Mietpreisgefüges (möglicher Auslöser von Verdrängungs- und Trading-Down-Prozessen);
- Flächenverbrauch (Zweckentfremdung, z.B. in Gewerbegebieten);
- Lärm (bspw. durch lange Öffnungszeiten);
- Störung des Ortsbildes (schwache Gestaltung, geschlossene Erdgeschosszone);
- Imageverlust (Nachbarschaftlicher Konflikt mit „seriösen“ Nutzungen);
- Kulturelle und soziale Konflikte (Religionsgemeinschaften etc.);
- Mangelnde Integration (Spielhallen ausschließlich von Spielern frequentiert);
- Abschottung (verstärkt durch die branchentypische Gestaltung, wie verklebte Schaufenster);
- ...



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Zulässigkeiten von Vergnügungsstätten in den Baugebieten nach §1 (2) BauNVO (1990)

Baugebiet nach BauNVO	nicht kerngebietstypisch	kerngebietstypisch
(§ 2) WS = Kleinsiedlung	-	-
(§ 3) WR = reines Wohngebiet	-	-
(§ 4) WA = allgemeines Wohngebiet	-	-
(§ 4a) WB = besonderes Wohngebiet	ausnahmsweise zulässig	-
(§ 5) MD = Dorfgebiet	ausnahmsweise zulässig	-
(§ 6) MI-Gewerbe = Mischgebiet	zulässig	-
(§ 6) MI-Wohnen = Mischgebiet	ausnahmsweise zulässig	-
(§ 7) MK = Kerngebiet	zulässig	zulässig
(§ 8) GE = Gewerbegebiet	ausnahmsweise zulässig	ausnahmsweise zulässig
(§ 9) GI = Industriegebiet	-	-



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Einordnung in kerngebietstypische bzw. nicht kerngebietstypische Vergnügungsstätten

Vergnügungsstätten sind kerngebietstypisch, wenn sie "wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind".

vgl. § 4a (3) Nr. 2 BauNVO

Nach Ansicht des BVerwG sind Vergnügungsstätten kerngebietstypisch, wenn sie als "zentrale Dienstleistungsbetriebe auf dem Unterhaltungssektor" einen größeren Einzugsbereich haben und "für ein größeres und allgemeines Publikum erreichbar sein sollen".

vgl. BVerwG, Urteil vom 25.11.1983, 4 C 64.79; Urteil vom 21.02.1986, 4 C 31.83 oder Urteil vom 24.02.200, 4 C 23.98

Als nicht kerngebietstypisch sind daher die Vergnügungsstätten einzustufen, die der "üblichen" Freizeitbetätigung in einem (begrenzten) Stadtviertel dienen.

Nicht kerngebietstypische Vergnügungsstätten sind beispielsweise:

- eine abendliche Tanzbar, in Abgrenzung zur kerngebietstypischen (Groß)Diskothek
- eine Spielhalle bis 100 qm Grundfläche (mit max. 8 Spielgeräten)





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Ansiedlungsdruck in Gewerbegebiete

Auszug aus einem Expansionsleitfaden eines Spielhallenbetreibers:

Zielstandorte:

- in Städten ab ca. 25.000 Einwohner, zzgl. Einzugsgebiet
- ab einer Größe von 350 qm
- mit hochfrequentierten Straßen
- in bestehenden Gebäuden, bevorzugt in alleinstehenden Gebäuden
- in Gewerbegebieten mit Magnetmietern und in der Umgebung von Fast Food Ketten

Quelle: Internet



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Typische Betriebsformen in Gewerbegebieten



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Mehrfachspielhallen Gewerberecht / Planungsrecht

§ 3 SpielV max. Anzahl von 12 Spielgeräten pro Spielhalle, sowie Mindestaufstellfläche pro Gerät 12 qm.

→ max. 144 qm Aufstellfläche pro Spielhalle (gewerberechtliche Konzession)

Spielhallen **über 144 qm** somit nur über Betriebseinheit mehrerer Konzessionen möglich (sog. Mehrfachspielhalle)

Mehrfachspielhallen im Gewerbegebiet: hier lediglich ausnahmsweise zulässig

Mehrfachspielhallen stellen zum einen mehrere, parallele Nutzungen dar, der Ausnahmetatbestand wird möglicherweise überbeansprucht.

§ 15 BauNVO: "...bauliche und sonstige Anlagen (...) sind im Einzelfall unzulässig, wenn sie nach Anzahl, Lage, Umfang oder Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebiets widersprechen " bzw. " wenn von ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können..."



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Notwendigkeit einer Konzeption

Rahmenbedingungen bei der Steuerung durch die Bauleitplanung

- Totalausschluss von Spielhallen innerhalb eines Stadtgebiets ist verfassungs-rechtlich nicht möglich! (Art. 14 GG)
- Partieller Ausschluss birgt Gefahren:
  - ohne jeweils fundierte städtebauliche Begründungen, Verdacht der planerischen Willkür und Protektionismus; → Folge: Normenkontrollverfahren
  - Verlagerungseffekte: Protektion führt zu einer Verdrängung in ungeschützte Gebiete; → Folge: Häufung von Spielhallen in unbeplanten (schwachen) Gebieten

Was kann eine Vergnügungsstättenkonzeption leisten?

- Übergeordnetes städtebauliches Konzept i.S. § 1 (6) Nr. 11 BauGB
- Ableitung ortspezifischer Festsetzungen und Begründungen
- Komplexitätsreduzierung durch Leitbildfunktion der Konzeption bezogen auf den Einzelfall
- Vereinfachung der Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Arbeitsbausteine für eine Vergnügungsstättenkonzeption

- Planungsrechtliche Definition des Begriffs Vergnügungsstätten
- Planungsrechtlicher Rahmen und Konzeptziele
- Standort- und Funktionsanalyse
  - Räumliche Verteilung des Bestandes bzw. der Anfragen
  - Untersuchungs-/Bewertungskriterien
  - Fallbeispiele
- Konzeptstrategien
- Empfehlung



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### „Nährboden“ für Vergnügungsstätten





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption



01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

[www.dr-acocella.de](http://www.dr-acocella.de)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption



01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

[www.dr-acocella.de](http://www.dr-acocella.de)





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Notwendigkeit einer Bestands- und Funktionsanalyse

#### Erfordernis der ortspezifischen Betrachtung

Eine Vergnügungsstättenkonzeption muss aus einer Bestands- und Funktionsanalyse entwickelt werden.

#### Betr. MK-Gebiete:

städtebauliche Gründe sind eine tragfähige Grundlage für die Festsetzung

Trading-Down-Prozess als städtebaulicher Grund i.S.d. § 1 Abs. 9 BauNVO anerkannt

Ab wann ein Trading-Down-Prozess vorliegt lässt jedoch nicht allgemein, sondern „nur mit Blick auf die Umstände des konkreten Einzelfalls“ beantworten.“

vgl. BVerwG, Beschluss vom 04.09.2008, 4 BN 9/08

#### Betr. GE-Gebiete:

Auch die Zulassung einer Vergnügungsstätte im Wege einer Ausnahme nach § 31 Abs. 1 BauGB steht unter dem Vorbehalt des § 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO. Eine Einzelfallbetrachtung ist erforderlich.

vgl. VGH Mannheim, Beschluss vom 26.08.2009, 3 S 1057/09



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Standort- und Funktionsanalyse - Untersuchungskriterien -

- **Lage** (Baugebiet MK/ MI/ GE,, Innenstadt, Lagequalität, zentral/ randlich, Stadteingang, 1a-Lage etc.);
- **Räumliche Verteilung** (Häufungen/ Konzentrationen);
- **Umfeld** (Art und Maß der Nutzungen, Qualität, Preisniveau, Magnetmieter);
- **Wirkung** (städtebauliche Präsenz, Erdgeschossnutzung etc.);
- **Störpotenziale** (Verdrängung von EH und DL, Trading-Down-Effekte; Zweckentfremdung z.B. von Gewerbegebieten, Störung des Ortsbildes, Nachbarschaftlicher Konflikt mit „seriösen“ Nutzungen, soziale Konflikte etc.)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Standort- und Funktionsanalyse - Bewertungskriterien -

#### Negativbewertung eines Standortes

- allgemeine negative Wirkung der Einrichtung auf den Außenraum
- Außenwerbung, Gestaltung der Einrichtung – Neonlicht, grelle/ aggressive Werbeanlagen
- geschlossen wirkende Erdgeschosszone – verklebte Schaufenster etc.
- Umfeldsituation (Häufung von Spielhallen, Wettbüros, Internet-Callshops usw.)
- städtebaulich/ gestalterisch vernachlässigte räumliche Situation
- allgemeiner Trading-Down-Prozess (Leerstände im Umfeld, Investitionsstaus)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Standort- und Funktionsanalyse - Bewertungskriterien -

#### Positivbewertung eines Standortes

- keine bzw. geringfügige Wirkung der Einrichtung auf den Außenraum
- Zurückhaltende Außenwerbung, Gestaltung der Einrichtung – unauffällige Werbeanlagen
- Offene Wirkung auf das Umfeld – keine verklebten Schaufenster
- Positive/ stabile Umfeldsituation (keine Häufung von Spielhallen, Wettbüros, Internet-Callshops, vielfältiges EH- und DL-Angebot, Gastronomie)
- städtebaulich/ gestalterisch und funktional stabile räumliche Situation
- hoher städtebaulich-gestalterischer Integrationsgrad in das Umfeld



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

Ludwigsburg | MK-Standorte Bietigheimerstr. 2 und Kronenstr. 13



- abträgliche Wirkung auf den Außenraum
  - Außenwerbung, Gestaltung, geschlossen wirkende Erdgeschosszone
  - direkte Nachbarschaft zu weiteren Spielhallen (Spielhallenhäufung)
- Trading-Down-Prozess



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

Ludwigsburg | MK-Standorte Bietigheimer Str. 2 und Kronenstr. 13



- Umfeld der Bietigheimerstraße im Bereich des Marstall-Centers geprägt durch „verwandte“ Nutzungen, wie Wettbüro und Internet-Call-Shop





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Ludwigsburg | MK-Standort Seestraße 4



positiv

- Fußgängerzone, als südliche Verlängerung der Kirchstraße
- vielfältiges Angebot im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich
- McDonalds und Subway (Wilhelmstr.) als Frequenzbringer für Spielhallen



01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

[www.dr-acocella.de](http://www.dr-acocella.de)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Ludwigsburg | MK-Standort Seestraße 4



positiv

- kaum Auswirkungen auf den Außenraum (geringe Sichtbarkeit/ Wahrnehmbarkeit)
  - dezente Außenwerbung
  - zurückgesetzter Eingangsbereich
  - geringe Erdgeschosszone zum Straßenraum (Schaufensterbereich)
- positives Beispiel für eine Integration von Spielhallennutzungen in 1a-Lagen



Eingang



01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

[www.dr-acocella.de](http://www.dr-acocella.de)



## Entwicklung einer Vergnügungsräumkonzeption

### Ludwigsburg | GE-Standort Gewerbegebiet Strombergstraße (Gewerbe- und Gründerzentrum Osterholzallee)



#### Hauptnutzungen:

kleinteiligeres Gewerbezentrum Osterholzallee und großflächige Gewerbeansiedlung im Norden

- Handwerksbetriebe
- Dienstleistungsbetriebe (nicht publikumsorientiert)
- industriell geprägte Gewerbebetriebe

#### Bewertung und Empfehlung:

- Erhalt eines Standortes für nicht publikumsorientierte Gewerbebetriebe
- Bodenpreisgefüge wahren (Existenzgründerzentrum)

→ Ausschluss von Vergnügungsräumen

01.10.2009

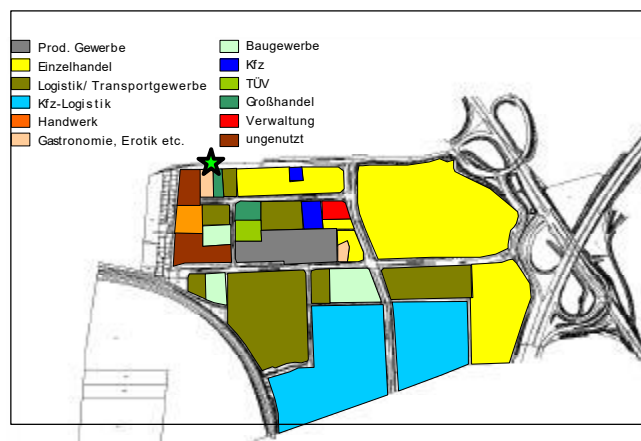
Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



## Entwicklung einer Vergnügungsräumkonzeption

### Ludwigsburg | GE-Standort Gewerbegebiet Nord



#### Hauptnutzungen:

Gewerbegebiet, Sondergebiet für Einzelhandel

- (Einzel)Handelsbetriebe
- Dienstleistungsbetriebe
- Logistikunternehmen
- Vergnügungsräume im Bestand (Vergnügungszentrum aus Spielhalle, Bordell, Erlebnisgastronomie)

#### Bewertung und Empfehlung:

- Ausnahmetatbestand im GE ausgereizt
- drohende Verdrängungseffekte
- Sicherung der bestehenden Flächen für Gewerbebetriebe

→ keine weitere Ansiedlung von Vergnügungsräumen,

→ lediglich Bestandschutz der vorhandenen Einrichtungen

01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Strategien zur Steuerung von Spielhallen

#### Strategie 1: Einzelfallbewertung in Sinne räumlicher Ausnahmen

##### Vorteile

- Betriebstypenbezogen betriebswirtschaftlich optimierte Standorte
- Verwertung nicht genutzter Flächen
- Hohe Grundstückserlöse für die Grundstückseigentümer
- Die wirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer, Immobilienentwickler und der Betreiber können voll befriedigt werden.

##### Nachteile

- Gefahr von Ungleichbehandlung/ Präzedenzwirkung
- Die Erfüllung der Ausnahmetatbestände „zwingt“ zur Genehmigung
- Gefahr einer stadtweiten Verbreitung von Spielhallen an betriebswirtschaftlich optimierte Standorttypen
- Stadt- und Straßenbild wird ggf. beeinträchtigt
- traditionelle Nutzungen werden ggf. verdrängt/ Bodenpreisspirale
- Imageverlust/ trading-down-Spirale
- Minimierung sozialer Kontrolle im öffentlichen Raum
- Die Stadt verliert das aktive, räumliche Steuerungsinstrument



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

**Zulässigkeit von Vergnügungsstätten nach dem Prinzip der zufällig frei werdenden Flächen**



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Strategien zur Steuerung von Spielhallen

#### Strategie 2: Definition eines Standorts außerhalb der allgemeinen Zulässigkeit

##### Vorteile

- Betriebstypenbezogen betriebswirtschaftlich optimierte Standorte
- Verwertung nicht genutzter Flächen
- Hohe Grundstückserlöse für die Grundstückseigentümer
- Konzentration an einem Standort
- Die wirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer, Immobilienentwickler und der Betreiber können voll befriedigt werden.

##### Nachteile

- Gefahr von Ungleichbehandlung/ Präzedenzwirkung
- Gefahr einer stadtweiten Verbreitung von Spielhallen an betriebswirtschaftlich optimierte Standorttypen
- Die Erfüllung der Ausnahmetatbestände „zwingt“ zur Genehmigung
- Stadt- und Straßenbild wird ggf. beeinträchtigt
- traditionelle Nutzungen werden ggf. verdrängt/ Bodenpreisspirale
- Imageverlust/ trading-down-Spirale
- erwünschte Nutzungen werden ggf. verdrängt
- Minimierung sozialer Kontrolle im öffentlichen Raum
- Die Stadt verliert ggf. das aktive, räumliche Steuerungsinstrument



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Rechtliche Bedenken zur 2. Strategie (I)

„Gewerbegebiete zeichnen sich zunächst dadurch aus, dass in ihnen gearbeitet wird. Nach dem Leitbild der BauNVO sind sie den produzierenden und artverwandten Nutzungen vorbehalten.“

(BVerwG, Beschluss vom 20.12.2005, 4 B 71.05).

aktuelle Rechtsprechung des VGH Mannheim betr.: Mehrfachspielhalle mit 517 qm Nutzfläche neben einem Berufsbildungszentrum

Ein Betrieb von vier kerngebietstypischen Spielstätten (mit einer Nutzfläche von jeweils 144 qm) unter einem Dach in einem faktischen Gewerbegebiet, ist nicht als Ausnahme gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO zulässig.

Ist ein faktisches Gewerbegebiet bislang frei von Vergnügungsstätten und wird seine Eigenart durch das Vorhandensein eines Berufsbildungszentrums geprägt, kommt ggf. auch ein Verstoß gegen § 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO in Betracht.

(VGH Mannheim, Beschluss vom 26.08.2009, 3 S 1057/09)





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Rechtliche Bedenken zur 2. Strategie (II)

Der Ausschluss von bestimmten Nutzungsarten in für sie an sich in Frage kommenden Gebieten, bspw. der Ausschluss von Vergnügungsstätten in MK, und der Verweis in Gebiete in denen sie allenfalls ausnahmsweise zugelassen werden können (→ GE), ist nach Auffassung des BVerwG grundsätzlich bedenklich.

Unvereinbarkeit mit dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 6 BauGB,

- wenn dies zur Entwertung schutzwürdiger Gebiete führt oder
- in den Gebieten in Wirklichkeit keine Ausnahmen zugelassen werden sollen.

Vgl. BVerwG, Beschluss vom 29.07.1991, Az. 4 B 80/91; Fickert/ Fieseler Kommentar zur BauNVO, 2008, § 1 (5) Rn 101



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Rechtliche Bedenken zur 2. Strategie (III)

Anforderungen an die städtebauliche Rechtfertigung von Nutzungsausschlüssen nach § 1 Abs. 5 BauNVO (Vgl. VGH Mannheim, Urteil vom 28.01.2005, 8 S 2831/03)

#### Leitsatz:

Der Ausschluss von Einzelhandel zur "Aufwertung" eines Gewerbegebiets (GE) ist bei gleichzeitiger Zulassung von Vergnügungsstätten grundsätzlich bedenklich.

Die Differenzierung zwischen ausgeschlossenen (Einzelhandel) und zugelassenen Nutzungsarten (Vergnügungsstätten) lässt keine nachvollziehbaren städtebaulichen Gründe zu.

Eine geplante Zulässigkeit von Vergnügungsstätten bedingt grundsätzlich eine Zulässigkeit von Einzelhandelsnutzungen.

(Eine Zulassung von Einzelhandel und ein Ausschluss von Vergnügungsstätten sind jedoch grundsätzlich möglich, dar städtebaulich begründbar.)





## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Strategien zur Steuerung von Spielhallen

#### Strategie 3: Nur in den Gebieten allgemeiner Zulässigkeit nach BauNVO

##### Vorteile

- Grundsätzliche Gleichbehandlung aller Antragsteller, keine einzelfall- und standortbezogenen städtebauliche Ausnahmebegründungen erforderlich
- Minimierung städtebaulich gestalterischer Fehlentwicklungen möglich
- Konzentration auf wenige/ ein Gebiet(e)
- Minimierung des städtebaulich-funktionalen und soziokulturellen Störpotenzials
- Bodenpreisentwicklung z.B. in GE geht nicht zu Lasten des Produzierenden Gewerbes u.a. angestrebter Nutzungen
- Standortangepasste Betriebsgrößen/ Betriebskonzepte
- Die Stadt bleibt „Herr“ des Verfahrens

##### Nachteile

- Häufungen/ Konzentrationen von Spielhallen u.a. möglich
- Stadt- und Straßenbild wird ggf. beeinträchtigt
- traditionelle Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe werden ggf. verdrängt
- drohender Imageverlust/ Initiierung/ Beschleunigung trading-down-Spirale
- Minimierung sozialer Kontrolle im öffentlichen Raum
- Entwertung öffentlichen und privaten Eigentums bzw. öffentlicher und privater Investitionen
- Negative Entwicklungsspirale ist (vielleicht) nur durch erhebliche öffentliche Investitionen zu stoppen



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Beispiel: Empfehlungen für die Stadt Ludwigsburg - Zulässigkeit -

#### Leitsatz:

Vergnügungsstätten in Kerngebieten nach § 7 BauNVO ausnahmsweise, aber mit Feinsteuerung zulassen.

Mit der Feinsteuerung soll vermieden werden, dass

- Häufungen/ Konzentrationen von Spielhallen entstehen,
- das Stadt- und Straßenbild beeinträchtigt wird,
- die Angebotsvielfalt eingeschränkt wird,
- das Bodenpreisgefüge sich verzerrt sowie
- traditionelle Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe nicht verdrängt werden.



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

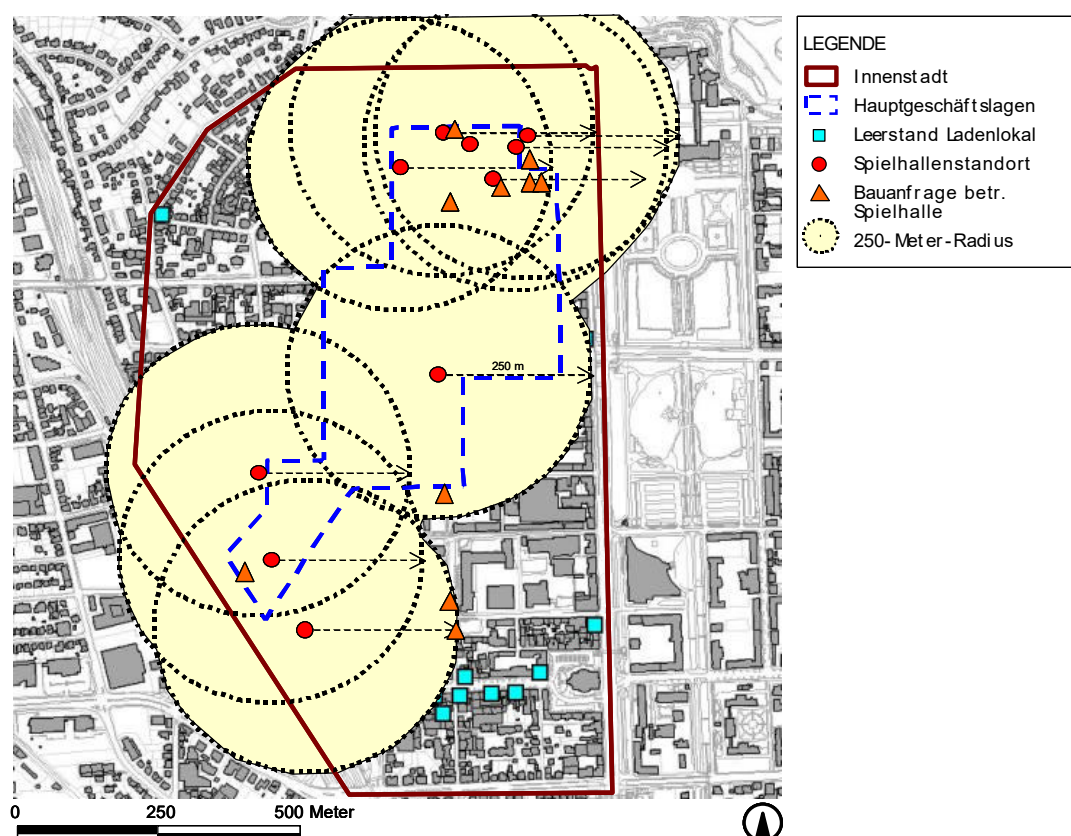
### Beispiel: Empfehlungen für die Stadt Ludwigsburg - Feinsteuerung -

- Feinsteuerung durch Bauleitplanung (z.B. § 1 Abs. 9 BauNVO)
  - Schutz der strukturell schwächeren und gefährdeten 1b und 1c-Lagen
  - Höhere Verträglichkeit bei starken Innenstadtlagen (Robustheit)
  - Ausschluss in Erdgeschosszonen, Mindestabstand zwischen Standorten
- Regelung der Gestaltung und Wirkung von Spielhallen in einer Gestaltungssatzung
  - Keine Beeinträchtigung des Stadt- und Straßenbildes
  - städtebauliche und gestalterische Integration
  - Sondernutzungsatzung/ Werbesatzung
- Maximierung des Vergnügungssteuersatzes
  - Höhere Steuereinnahmen (Mehreinnahmen bspw. für Kompensationsprojekte)
  - Verringerung fiskaler Anreize



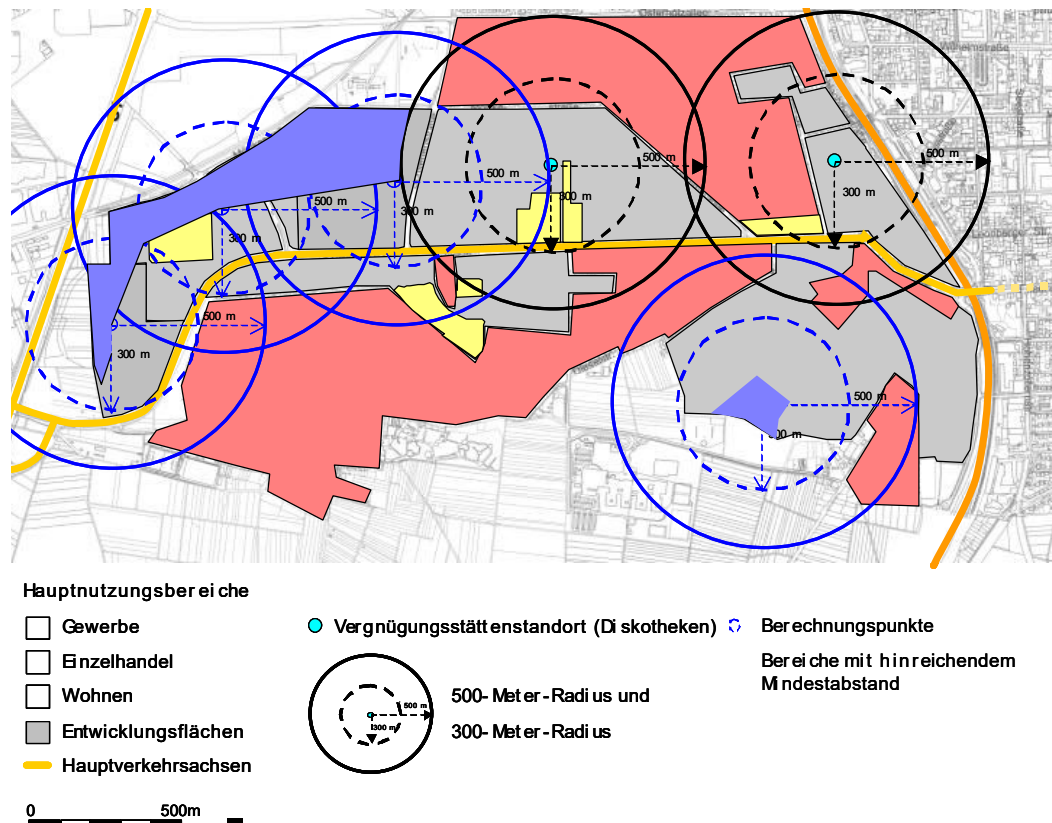
## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Beispiel: Empfehlungen für die Stadt Ludwigsburg - Mindestabstand zwischen Vergnügungsstätten/ zu Wohngebieten -



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

Beispiel: Empfehlungen für die Stadt Ludwigsburg  
- Mindestabstand zwischen Vergnügungsstätten/ zu Wohngebieten -



01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Stadtstrukturen

#### Keine Verallgemeinerung der vorgestellten Strategien

Die Steuerungsempfehlung der 3. Strategie „nur in den Gebieten allgemeiner Zulässigkeit“ ist nicht verallgemeinerbar!

Die 3. Strategie ist in Städten/ Gemeinden grundsätzlich nicht anwendbar, die u.a.

- kein Kerngebiet (MK) haben,
- deren MK ein faktisches Mischgebiet darstellt (hoher Wohnanteil/ Schutzwirkung),
- deren Innenstädte/ Stadtteilzentren (MK) insgesamt starke strukturelle Schwächen aufweisen
- in Grenzlage zu Ländern mit Glücksspielverbot (z.B. Frankreich) liegen:

Bsp.: Stadt Kehl (35.000 Ew.) mit einem spielhallenrelevanten Einzugsbereich von rd. 350.000 Ew. (Strasbourg)

01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Synergetische Wirkung der Konzeption

Das Grundanliegen einer Vergnügungsstättenkonzeption sollte eine nachhaltige und rechtssichere und Steuerung von Vergnügungsstätten sein.

→ „langfristig steuern statt kurzfristig verdrängen“

Die Minimierung städtebaulicher, ökonomischer und gesellschaftlicher Konflikte führt ...

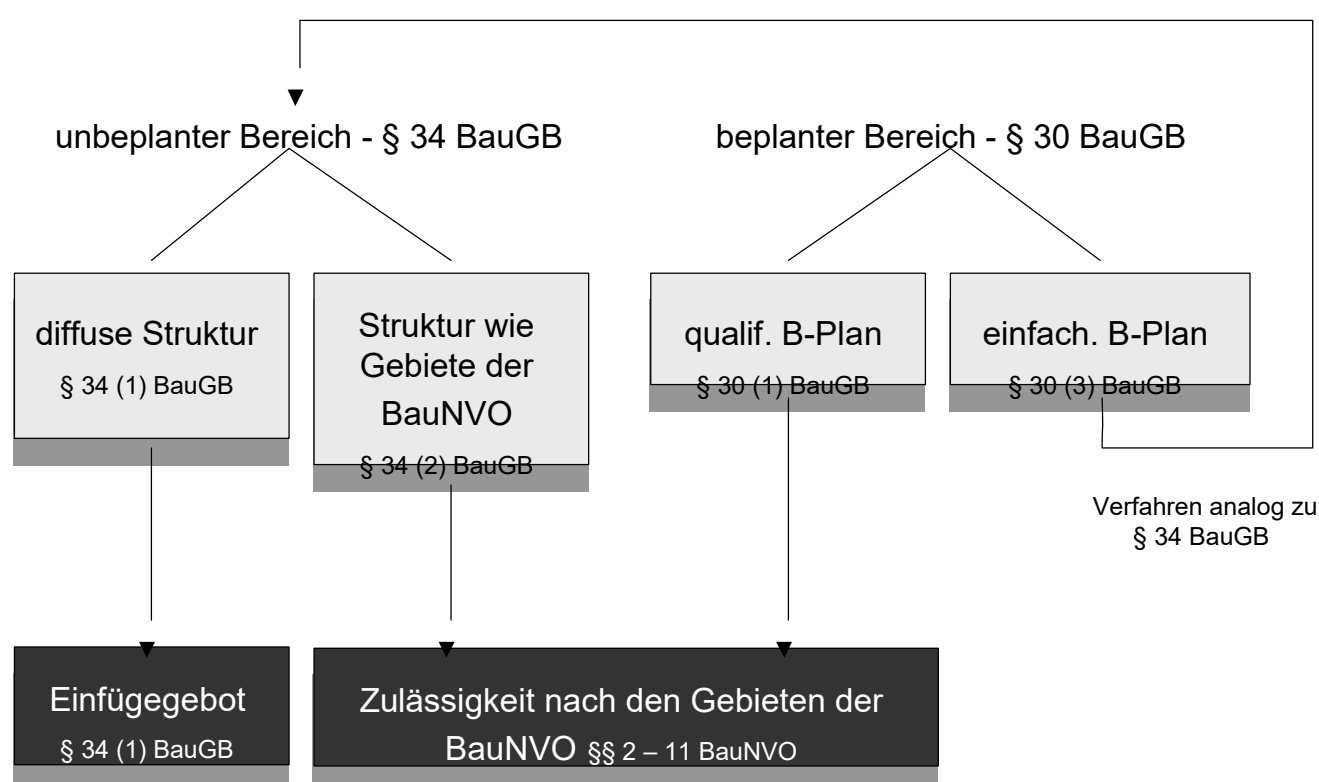
- zum einen zu einer Verbesserung der Standortfaktoren und Attraktivität der Stadt,
- zum anderen eine Investitionssicherheit für alle Nutzungsbereiche geschaffen (Vergnügungsstätten eingeschlossen); welche zusätzlich durch die Nachhaltigkeit der Konzeption bedingt wird.



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich

(vereinfachtes Schema)



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Zulässigkeit von Vergnügungsstätten in älteren Baugebieten nach BauNVO 1962, 1968, 1977

Bis zur ÄndVO 1990 keine eigenständige, abschließende Regelung

WS (§ 2 (2) BauNVO 1962 - 1977): Zulässig sind nicht störende Gewerbebetriebe

WR (§ 3 BauNVO 1962 - 1977): - nicht zulässig -

WA (§ 4 (2) BauNVO 1962 - 1977): Ausnahmsweise zulässig: sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

WB (§ 4a (2) BauNVO 1977): Ausnahmsweise zulässig: Vergnügungsstätten

MD (§ 5 (2) BauNVO 1962 - 1977): Zulässig sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

MI (§ 6 (2) BauNVO 1962, 1968): Zulässig sind sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe

MI (§ 6 (2) BauNVO 1977): Zulässig sind sonstige Gewerbebetriebe

GE (§ 8 (2) BauNVO 1962 - 1977): Zulässig sind Gewerbebetriebe aller Art (...) soweit diese Anlagen für die Umgebung keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen zur Folge haben können

GI (§ 9 (2) BauNVO 1962 - 1977): Zulässig sind Gewerbebetriebe aller Art, (...)

SW (§ 10 BauNVO 1962, 1968): (Wochenendhausgebiete) - nicht zulässig –

SO (§ 10 BauNVO 1977): (Sondergebiete, Erholung) - nicht zulässig –

SO (§ 11 BauNVO 1962, 1968): (Sondergebiete) - je nach Zweckbestimmung –

SO (§ 11 BauNVO 1977): (sonstige Sondergebiete) - je nach Zweckbestimmung –

01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



## Entwicklung einer Vergnügungsstättenkonzeption

### Zulässigkeit von Vergnügungsstätten in älteren Baugebieten nach BauNVO 1962, 1968, 1977

Überwiegende Auffassung bis zur ÄndVO 1990 betr. Vergnügungsstätten:

Vergnügungsstätten als sonstige Gewerbebetriebe\* (§ 6 BauNVO 1977; Mischgebiet) oder Gewerbebetriebe aller Art (§ 8 BauNVO 1962, 1968, 1977; Gewerbegebiet) zulässig in allen Baugebieten in denen Gewerbebetriebe zulässig sind.

Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 22.02.1979, IA 137/78

\*) Grundsatzurteil des BVerwG vom 25.11.1983 (4 C 64.79), Fall nach § 34 BBauG:

„In einem Mischgebiet kann eine Vergnügungsstätte als sonstiger Gewerbebetrieb nach § 6 (2) Nr. 4 BauNVO [1977] zulässig sein, wenn sie nicht dem Typus der Vergnügungsstätte, wie er für Einrichtungen im Kerngebiet kennzeichnend ist, entspricht und keine wesentlichen Störungen für die Wohnruhe vor allem am Abend und in der Nacht mit sich bringt.“ Dies wurde für eine Striptease-Tanzbar verneint.

Vergnügungsstätten sind Nutzungen, „die die unterschiedlichen Zweckbestimmungen von Kerngebieten einerseits und in Mischgebieten andererseits in besonderer Weise kennzeichnen.“

→ Das Grundsatzurteil war maßgebend für die ÄndVO 1990

Vgl. Fickert/ Fieseler, Kommentar zur BauNVO, 11. Auflage 2008

01.10.2009

Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung

www.dr-acocella.de



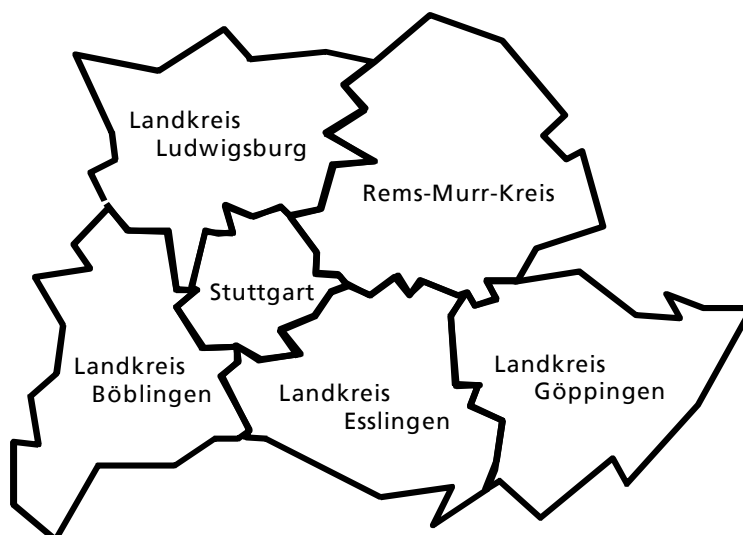


**Verband Region  
Stuttgart**

# ***REGIONALPLAN***

TEILÄNDERUNG FÜR DAS KAPITEL 2.7  
VOM 13. MÄRZ 2002

## **REGION STUTTGART**



**Regionalplan für die Region Stuttgart – Teiländerung für das Kapitel 2.7  
vom 13. März 2002**

Satzungsbeschluss durch die Regionalversammlung gemäß § 9 Abs. 6 Landesplanungsgesetz (LplG):	13.03.2002
Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Az.: 5-2424.-11/25):	11.09.2002
Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 LplG im Staatsanzeiger Baden-Württemberg Nr. 40/2002 (Beilage 06/2002):	14.10.2002
Öffentliche Auslegung gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 LplG:	21.10. – 21.11.2002
Eintritt der Verbindlichkeit gemäß § 10 Abs. 2 Satz 4 LplG:	22.11.2002

Herausgeber: Verband Region Stuttgart  
Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart  
Tel.: (0711) 22759-0 Fax: (0711) 22759-70  
E-Mail: [info@region-stuttgart.org](mailto:info@region-stuttgart.org)  
<http://www.region-stuttgart.org>

Druck: J. F. Steinkopf Druck GmbH  
Hermannstr. 5a  
70178 Stuttgart



## VORWORT

Die 179 Städte und Gemeinden prägen mit ihren städtebaulichen Strukturen, ihren Angeboten und Funktionen ganz wesentlich das Erscheinungsbild der Region Stuttgart. Wie attraktiv die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger ist, hängt entscheidend vom Angebot an Handel, Dienstleistung, Kultur und Verwaltung ab. Die Stadt- und Ortszentren sind – gerade in der heutigen arbeitsteiligen Gesellschaft – notwendige Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens. Auch wenn ihre Attraktivität letztlich von der Mischung der Angebote und Funktionen abhängt – die maßgebende Leitfunktion ist der Handel. Ohne abwechslungsreiche Einkaufsmöglichkeiten als Frequenzbringer können sich auch andere Dienstleistungen und kulturellen Angebote nur schwer in der Stadtmitte halten.

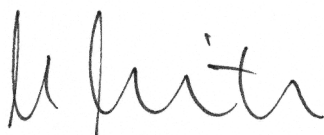
Der Handel war dabei von jeher dem Wandel unterzogen. Diese Veränderungen waren dabei oftmals gerade für den Verbraucher auch mit einer Verbesserung des Angebotes und der Versorgungssituation verbunden. Niemals haben sich diese Veränderungen jedoch in der gegenwärtig zu beobachtenden Geschwindigkeit und nachhaltigen Wirkung für die Stadt- und Regionalentwicklung vollzogen. Natürlich ist Handel in besonderem Maße den Marktgesetzen unterworfen. Dort jedoch, wo eine ungesteuerte, allein an Marktgesetzen orientierte Entwicklung negative raumstrukturelle Folgen hat und die Versorgungssituation für große Teile der Bevölkerung sich verschlechtert, mindestens aber erschwert wird, ist es Aufgabe der Raumordnung steuernd einzugreifen.

Möglichst wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten zu gewährleisten, die weitere Zunahme des Flächenverbrauchs und des Individualverkehrs zu vermeiden sind Ziele, die mit der vorliegenden Teiländerung des Regionalplans und dem damit zur Verfügung gestellten raumordnerischen Instrumentarium verfolgt werden. Einzelhandelsstandorte außerhalb der Zentren, auf der „grünen Wiese“, in dezentralen Gewerbegebieten am Rand der Städte und Gemeinden stellen generell – und vor dem Hintergrund sich verringernder Gewinnmargen und zunehmendem Konkurrenzdruck sogar verstärkt – eine Bedrohung des innerstädtischen Einzelhandels dar. Sie verringern darüber hinaus das Flächenangebot für andere, vor allem gewerbliche Nutzungen. Dieser Entwicklung muss daher raumordnerisch begegnet werden. Der Einzelhandel, soweit er die Attraktivität der Innenstädte wesentlich prägt, soll zukünftig verstärkt auf die Innenstädte ausgerichtet und die Entwicklung neuer dezentraler Einzelhandelsstandorte generell reduziert werden. Damit soll gleichzeitig ein Beitrag zur Sicherung der Nahversorgung geleistet werden.

Die Wirksamkeit des jetzt entwickelten Instrumentariums muss sich nun in der Praxis erweisen. Unabdingbar erforderlich ist hierfür seine konsequente Anwendung. Notwendig ist aber auch die Bereitschaft aller Akteure, hieran mit zu wirken, miteinander zu kooperieren und konsequent zu handeln – beispielsweise durch die Umstellung alter Bebauungspläne auf die aktuelle Baunutzungsverordnung. Ohne diese durch die Kommunen zu vollziehende Anpassung kann dieses neue regionale Steuerungsinstrumentarium nicht voll zum Tragen kommen. Die Verwirklichung des Ziels, attraktive und zukunftsfähige Zentren zu erhalten, bedarf letztlich der aktiven Unterstützung aller Beteiligten, auch die der Verbraucher.

Der Teiländerung des Regionalplans vorausgegangen ist ein aufwendiger und intensiver Abstimmungsprozess mit den Kommunen sowie den Fach- und Aufsichtsbehörden, der auch dazu beigetragen hat, dass sich die Teiländerung für das Kapitel 2.7 auf eine breite und fundierte Basis stützt. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle herzlich für die konstruktive Mitwirkung gedankt.

Stuttgart, im November 2002



Dr. Jürgen Fritz  
Verbandsvorsitzender



Dr. Bernd Steinacher  
Regionaldirektor



Inhaltsverzeichnis  
Satzung  
Genehmigungserlass

**INHALT****SEITE**

<b>Satzung des Verbands Region Stuttgart über die Feststellung der Teiländerung des Kapitels 2.7 des Regionalplans vom 13. März 2002</b>	<b>III</b>
--	------------

<b>Genehmigung der Teiländerung des Regionalplans im Kapitel 2.7 durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom 11. September 2002</b>	<b>IV</b>
--	-----------

**Regionalplan für die Region Stuttgart – Teiländerung im Kapitel 2.7**

<b>2.7 Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren</b>	<b>Plansatz</b>	<b>Begründung</b>
2.7.1 Gewährleistung der verbrauchernahen Versorgung	1	4
2.7.2 Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren	1	5
2.7.3 Zuordnung zu den zentralörtlichen Versorgungskernen	1	7
2.7.4 Standortbereiche für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte	1	10
2.7.5 Standortbereiche für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte	1	32
2.7.6 Ergänzungsstandorte	2	33
2.7.7 Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr	2	35
2.7.8 Standorte bestehender Einrichtungen	2	35
2.7.9 Anpassung von Bebauungsplänen	2	35
2.7.10 Erarbeitung von Entwicklungskonzepten	2	36

**ANHANG****Raumnutzungskarte (Ausschnitte)**

Legende und Kartenübersicht für die Teiländerung des Regionalplans vom 13.3.2002 .....	A1
Legende der Raumnutzungskarte des Regionalplans vom 22.7.1998 .....	A2

**1. Oberzentrum**

Stuttgart-Innenstadt, Stuttgart-Ost .....	A5
Stuttgart-Bad Cannstatt .....	A5
Stuttgart-Degerloch, Stuttgart Sillenbuch .....	A6
Stuttgart-Feuerbach .....	A6
Stuttgart-Möhringen, Stuttgart-Vaihingen .....	A7
Stuttgart-Untertürkheim .....	A7
Stuttgart-Weilimdorf .....	A8
Stuttgart-Zuffenhausen .....	A8

**2. Mittelzentren**

Backnang .....	A9
Bietigheim-Bissingen / .....	A9
Besigheim .....	A10
Böblingen / Sindelfingen .....	A10
Esslingen am Neckar .....	A11
Geislingen an der Steige .....	A11
Göppingen .....	A12
Herrenberg .....	A12
Kirchheim unter Teck .....	A13
Leonberg .....	A13
Ludwigsburg / .....	A14
Kornwestheim .....	A14
Nürtingen .....	A15
Schorndorf .....	A15
Vaihingen an der Enz .....	A16
Waiblingen / Fellbach .....	A16

**3. Unterzentren**

Ditzingen .....	A17
Donzdorf .....	A17
Filderstadt-Bernhausen .....	A18
Leinfelden-Echterdingen .....	A18
Marbach am Neckar .....	A19
Murrhardt .....	A19
Ostfildern-Nellingen .....	A20
Plochingen .....	A20
Weil der Stadt .....	A21
Weinstadt-Endersbach .....	A21
Welzheim .....	A22
Winnenden .....	A22

**Satzung**  
**des Verbands Region Stuttgart über die Feststellung der**  
**Teiländerung des Regionalplans vom 22.7.1998 für das Kapitel 2.7**  
**Großflächige Einzelhandelsbetriebe und Veranstaltungszentren**

**vom 13. März 2002**

Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart hat am 13.03.2002 aufgrund von § 9 Abs. 6 Landesplanungsgesetz i.d.F. vom 8.4.1992 (GBl. S. 229), zuletzt geändert durch Art. 34 AnpVO v. 23.7.1993 (GBl. S. 533), Art. 2 Gesetz v. 7.2.1994 (GBl. S. 92), Art 12 HaushaltsstrukturG 1997 v. 16.12.1996 (GBl. S. 776), Art. 2 Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart v. 18.10.1999 (GBl. S. 409), und Art. 1 Regionen-Weiterentwicklungsg vom 14.3.2001 (GBl. S. 185, ber. S. 325, S. 386), folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Teiländerung des Regionalplans für die Region Stuttgart vom 22.7.1998 für das Kapitel 2.7, bestehend aus Text und Karten gemäß der Anlage zu dieser Satzung, wird festgestellt.

§ 2

(1) Diese Satzung tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung in Kraft. Die Grundsätze und Ziele der Teiländerung des Regionalplans für das Kapitel 2.7 werden damit verbindlich (gemäß §10 Landesplanungsgesetz).

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Feststellung des Regionalplans vom 22.7.1998 für das Kapitel 2.7 außer Kraft.

Stuttgart, den 13. März 2002

gez.

Dr. Jürgen Fritz  
Verbandsvorsitzender

Wirtschaftsministerium  
Baden-Württemberg

Az.: 5-2424.-11/25

## **Genehmigung**

der Teiländerung des Regionalplans 1998 für die Region Stuttgart  
im Kapitel 2.7 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und Veranstaltungszentren

1. Die von der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart am 13. März 2002 als Satzung beschlossene Teiländerung des Regionalplans 1998 für die Region Stuttgart im Kapitel 2.7 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und Veranstaltungszentren wird gemäß § 10 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 8. April 1992 (GBl. S. 229) zuletzt geändert durch Art 1 des Gesetzes über die Weiterentwicklung der Regionen und zur Änderung des Landesabfallgesetzes vom 14. März 2001 (GBl. S. 182) für verbindlich erklärt.
2. Die Verbindlicherklärung umfasst die textlichen Festsetzungen der Plansätze 2.7.1 bis 2.7.8 sowie die Ergänzungen der Raumnutzungskarte. Die mit „V“ gekennzeichneten Vorschläge und die Begründung nehmen an der Verbindlichkeit nicht teil.
3. Gemäß § 4 des Raumordnungsgesetzes vom 18. August 1907 (BGBl. I S. 2081, 2082) haben öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach Maßgabe der Änderung des Regionalplans die Ziele „Z“ bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten und die Grundsätze „G“ zu berücksichtigen.
4. Die Verbindlichkeit der Teiländerung des Regionalplans 1998 für die Region Stuttgart tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung ein.

Stuttgart, den 11. September 2002

gez.

Thomas Langheinrich  
Ministerialdirigent

Plansätze  
Begründungen  
Darstellungen in der Raumnutzungskarte

## 2.7

**EINZELHANDELSGROSSPROJEKTE UND ÜBERÖRTLICH WIRKSAME VERANSTALTUNGSZENTREN**

2.7.1 (G)  
Gewährleistung der  
verbrauchernahen  
Versorgung

Im Sinne der Erhaltung einer verbrauchernahen Versorgung und zur Vermeidung von Fahrverkehr, sind im Rahmen der Bauleitplanung die innerörtlichen zentral und günstig zu Wohngebieten gelegenen Standorte des Einzelhandels zu fördern.

Hierzu ist auch eine für die Gemeinden angemessene und bedarfsgerechte Ergänzung mit Einzelhandelseinrichtungen in günstiger Zuordnung zu den Stadt- und Ortskernen grundsätzlich zulässig.

Bei der Standortwahl und der Verkehrserschließung von Einzelhandelseinrichtungen sind insbesondere Anforderungen von Behinderten, Familien mit Kindern und Senioren zu berücksichtigen. Die Standorte sollen für den Fußgänger- und Fahrradverkehr gut erschlossen und mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein.

2.7.2 (Z)  
Standorte für Einzel-  
handelsgroßprojekte  
und Veranstaltungs-  
zentren

Großflächige Einzelhandelsbetriebe, Einkaufszentren, und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO 1990, die überörtliche Wirkungen entfalten (Einzelhandelsgroßprojekte), sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig.

Verkaufsflächenumfang und Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen sind insbesondere auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und dessen Verflechtungsbereich abzustimmen. Hersteller-Direktverkaufszentren/Fabrikverkaufszentren sind als Einkaufszentren zu behandeln und nur im Oberzentrum vorzusehen. Bei Einzugsbereichen, die nicht wesentlich über einen Mittelbereich hinausgehen kommen hierfür auch Mittelzentren in Frage.

Die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns der Standortgemeinde und anderer Zentraler Orte sowie die verbrauchernahe Versorgung dürfen dabei nicht beeinträchtigt werden.

Überörtlich wirksame Veranstaltungszentren sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind ebenfalls nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig. Der Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen ist auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereiches abzustimmen

2.7.3 (Z)  
Zuordnung zu den  
zentralörtlichen  
Versorgungskernen

Standorte für Einrichtungen gemäß Pl.S. 2.7.2 sind nur in den gemäß Pl.S. 2.3.5 (Z) zum Siedlungsbereich gehörenden Ortslagen vorzusehen und den in der Raumnutzungskarte mit dem Symbol für den Zentralen Ort gekennzeichneten Ortsteilen zuzuordnen (zentralörtliche Versorgungskerne der Zentralen Orte). Hierbei ist auch zu prüfen, ob eine weitere Aufsiedlung, Erweiterung oder Umnutzung vorhandener Standorte möglich ist.

2.7.4 (Z)  
Standortbereiche für  
zentrenrelevante  
Einzelhandels-  
großprojekte

Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevantem Sortiment (vgl. Sortimentsliste in der Begründung) sind nur in den zentralörtlichen Versorgungskernen und nur in den in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkten vorzusehen.

2.7.5 (Z)  
Standortbereiche für  
nicht-zentrenrelevante  
Einzelhandels-  
großprojekte

Einzelhandelsgroßprojekte mit nicht-zentrenrelevantem Sortiment (vgl. Sortimentsliste in der Begründung) sind ebenfalls den in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkten gemäß Pl.S. 2.7.4 oder deren unmittelbaren Umfeld zuzuordnen.

Von dieser Festlegung kann für entsprechende Einzelhandelsgroßprojekte dann abgewichen werden, wenn

- aufgrund eingehender Untersuchung innerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte, wegen nicht ausreichender Flächengröße, nicht herstellbarer ausreichender Verkehrserschließung oder zwingender Inanspruchnahme potenzieller Flächen für andere Nutzungen, keine Standortmöglichkeiten gegeben sind,

- der Standort im Übrigen den Grundsätzen und Zielen des Regionalplans entspricht,
- der Standort in das vorhandene Siedlungsgefüge eingebunden (integriert) ist, kein neuer Siedlungsansatz erfolgt und insbesondere der städtebauliche Zusammenhang mit größeren Wohn- oder Arbeitsplatzgebieten gegeben ist und
- der Standort in eine umfassende, mit der Regionalplanung abgestimmte und bauleitplanerisch abgesicherte Einzelhandelskonzeption eingebunden ist

Zentrenrelevante Randsortimente sind bei Vorhaben außerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelschwerpunkte i.d.R. auszuschließen. Ausnahmsweise zugelassen werden können bei sorgfältiger Begründung entsprechende Sortimente auf höchstens 3 % der Gesamtverkaufsfläche, höchstens 350 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche.

#### 2.7.6 (G) Ergänzungsstandorte

Aus raumordnerischer Sicht hierfür grundsätzlich geeignete Standortbereiche, sind in der Raumnutzungskarte mit einem Symbol gekennzeichnet (Ergänzungsstandorte). Diese Standortbereiche gelten als raumordnerisch abgestimmt, sofern die Bedingungen von Pl.S. 2.7.2 eingehalten werden.

Als Ergänzungsstandort kann alternativ jeweils auch ein anderer Standort dann in Frage kommen, wenn die Vorgaben der Plansätze 2.7.2, 2.7.3 und 2.7.5 im Übrigen eingehalten werden. Dies ist im Einzelfall konkret zu prüfen und entsprechend nachzuweisen.

#### 2.7.7 (G) Anbindung an den öffentlichen Personen- nahverkehr

Neue Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren gemäß Pl.S. 2.7.2 sollen nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie an den öffentlichen Personennahverkehr direkt angebunden sind.

Einrichtungen, die aufgrund des Umfangs ihrer Verkaufsflächen oder ihres zu erwartenden Besucheraufkommens besonders große Bedeutung entfalten können – insbesondere bei Verkaufsflächen über 25.000 m<sup>2</sup> oder Veranstaltungszentren mit mehr als 5.000 Besucherplätzen –, sollen nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie an den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind.

#### 2.7.8 (Z) Standorte bestehender Einrichtungen

Bestehende Standorte von überörtlich wirksamen großflächigen Einzelhandelsbetrieben, Einkaufszentren, sonstigen großflächigen Handelsbetrieben für Endverbraucher, die außerhalb der hierfür in den Plansätzen 2.7.2 bis 2.7.6 bezeichneten Bereiche liegen, dürfen bezüglich ihrer Verkaufsflächen nicht über die rechtlich geschützte Bestandssicherung hinaus erweitert werden.

#### 2.7.9 (V) Anpassung von Bebau- ungsplänen

Zur Gewährleistung und Verbesserung kommunaler Steuerungsmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren wird den Trägern der Bauleitplanung empfohlen, Bebauungspläne, soweit erforderlich, auf die aktuelle BauNVO umzustellen.

#### 2.7.10 (V) Erarbeitung von Entwicklungskonzepten

Es wird vorgeschlagen, dass zur Ordnung und Entwicklung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren gemäß Pl.S. 2.7.2 (Z), von den Kommunen umfassende, die ganze Gemeinde sowie das Umland einbeziehende Entwicklungskonzepte erarbeitet und mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden.



## EINZELHANDELSGROSSPROJEKTE UND ÜBERÖRTLICH WIRKSAME VERANSTALTUNGSZENTREN

### Begründungen

#### Allgemeine Vorbemerkungen

Die Aufnahme von spezifischen Plansätzen bezüglich großflächiger Einzelhandelsbetriebe, Einkaufszentren und sonstiger großflächiger Einzelhandelsbetriebe für Endverbraucher im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO 1990, die überörtliche Wirkung entfalten (Einzelhandelsgrossprojekte) und überörtlich wirksamer Veranstaltungszentren erfolgt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl realisierter bzw. geplanter Einrichtungen an nicht integrierten Standorten, außerhalb der gewachsenen Stadt- und Ortskerne (Versorgungskerne) der Städte und Gemeinden auf bisher unbebauten Stadtrandgrundstücken oder in Gewerbegebieten.

Durch diese, bereits seit längerem zu beobachtenden, neuerdings noch verstärkten Tendenzen ergeben sich mehrere raumordnerisch und städtebaulich sehr nachteilige Auswirkungen; insbesondere sind dies:

- Kaufkraftabfluss und Angebotsverlagerung aus den Innenstädten zu peripheren Standorten an den Stadträndern und damit ein Funktionsverlust und Verlust an Attraktivität und Entwicklungspotential für die gewachsenen Innenstädte und Ortskerne, für die der Einzelhandel eine tragende Leitfunktion darstellt;
- Erschwernis oder völliges Entfallen der wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Versorgung;
- Zunahme des Individualverkehrs durch periphere Lage und damit i.d.R. fehlende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie durch ein umfangreiches und i.d.R. kostenfreies Angebot an Stellplätzen;
- Zunahme des Flächenverbrauchs.

Die durch die Verlagerung von Handel und Dienstleistungen an dezentrale Standorte verbundene Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) wirkt dabei auch dem Klimaschutzziel zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes entgegen. Ohne die Mitwirkung auf lokaler und regionaler Ebene kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Aufgabe auch der Regionalplanung ist es deshalb, Entwicklungen, die eine Zunahme des MIV nach sich ziehen, nach Möglichkeit entgegenzuwirken.

Weitere Folgen der Verlagerung von Handel und Dienstleistungen aus den Städten und Gemeinden sind, neben der Belastung der Umwelt durch Erhöhung von Verkehrsaufkommen und Landschaftsverbrauch, letztlich eine Verschlechterung der Versorgungssituation für Menschen und Bevölkerungsgruppen, die nicht über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügen und daher von einer Nutzung dieser ausgelagerten Versorgungs- und Veranstaltungszentren ausgeschlossen, zumindest aber hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Darüber hinaus besteht die Gefahr der Entstehung von sozialen Randzonen mit der damit verbundenen Gefahr von Kriminalität und wachsender Verunsicherung.

Demgegenüber treten in größerem Rahmen keine positiven Wirkungen für eine Arbeitsplatzzunahme ein. Denn die Tendenz zur Auslagerung von Versorgungsangeboten bzw. Neuerschließung von Einzelhandelsstandorten erfolgt dabei ungeachtet von stagnierendem oder sinkendem Realeinkommen und damit stagnierender Kaufkraft der Konsumenten. Es ist daher davon auszugehen, dass die Gewinnung neuer Kaufkraftpotentiale aufgrund örtlicher Verlagerungen und durch den Abzug bereits vorhandener Kaufkraft erfolgt.

Damit läuft letztlich auch das Argument der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Einzelhandel ins Leere, da einerseits durch Verlagerung oder Geschäftsaufgabe ein Abzug bzw. Verlust vorhandener Arbeitsplätze aus den Innenstädten erfolgt (Verlagerung) und andererseits mit der Realisierung neuer Einzelhandelsgrossprojekte i.d.R. auch eine Rationalisierung (Personal wird durch Fläche für Selbstbedienung ersetzt) einhergeht und damit Arbeitsplätze in Relation zu Umsatz und Kundenstrom verloren gehen.

Die aufgezeigten raumordnerischen Wirkungen stehen dabei auch im Widerspruch zu in § 1 Abs. 2 sowie in § 2 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) formulierten und für die Regionalplanung bindenden Leitvorstellungen bzw. Grundsätzen der Raumordnung und machen es erforderlich, konkrete Plansätze zu formulieren, welche eine raumordnerische (Standort-) Steuerung der Ansiedlung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren ermöglichen.

Gerade die überörtliche Wirksamkeit dieser Einrichtungen ist dabei Anknüpfungspunkt für das regionalplanerische Regelungserfordernis. Die Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren kann aufgrund der interkommunalen Konkurrenz nicht allein in die Verantwortung der (einzelnen) Kommunen gelegt werden, da entsprechende Betriebe regelmäßig über die Markungsgrenzen hinaus, z.T. sogar regionsweit und überregional wirksam sind. Die Kommunen besitzen dagegen nur Regelungsmöglichkeiten innerhalb ihre Markungsfläche und können somit - trotz ggf. konsequenter und wirksamer Steuerung auf der eigenen Markung - negativen Auswirkungen aufgrund von Vorhaben in Nachbarkommunen ausgesetzt sein, die keine vergleichbare Steuerung anstreben. Eine überörtliche Abstimmung und Steuerung ist vor diesem Hintergrund unabdingbar, insbesondere die Vorgabe einheitlicher und verbindlicher Rahmenbedingungen, die bei der Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren zu beachten sind.

Die Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten [...] (Einzelhandelserlass) vom 21.02.2001 führt in diesem Zusammenhang aus: „Aufgabe der Raumordnung ist es, Fehlentwicklungen nach Maßgabe der Erfordernisse der Raumordnung entgegenzuwirken und Ansiedlungsvorhaben räumlich zu steuern. Dazu sind zunehmend regionale Entwicklungskonzepte und gebietsbezogene Festlegungen der Regionalplanung einzusetzen, die eine vorausschauende und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelsstandorte ermöglichen“

Grundlagen für eine entsprechende regionalplanerische Regelung sind:

- Aufgabe der Raumordnung ist, Standorte und deren Zuordnung zu regeln;
- Planungs- und Baurecht darf regeln, wo Wettbewerb stattfindet, nicht aber ob Wettbewerb stattfindet;
- räumliche Planung soll durch geeignete Disposition der Standorte eine günstige Struktur der Siedlung fördern;
- die Wirksamkeit des Instrumentariums ist dabei abhängig von Abstimmungs- und Kontrollmechanismen (z.B. über die Baurechtsbehörde).

Zu 2.7.1 (G)  
Gewährleistung der  
verbrauchernahen  
Versorgung

Grundsätzliche Zielsetzung ist, die bestehenden, günstig zu Wohngebieten und Arbeitsstätten liegenden Stadt- und Ortskerne (Versorgungskerne) der Städte und Gemeinden zu erhalten und zu fördern, um eine möglichst verbrauchernahe und umfassende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Hierbei stehen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung folgende regionalplanerischen Grundsätze im Vordergrund:

- Sicherung einer ausreichenden und qualifizierten Versorgung aller Gruppen und Schichten der Bevölkerung im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse; dazu gehört auch, dass der Zugang für Fußgänger, Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel und motorisierten Individualverkehr gleichermaßen ermöglicht wird;
- Minimierung des Gesamtaufwandes für Verkehr, Energie und räumliche Ressourcen durch Anbindung an ein integriertes Verkehrssystem;
- Optimierung durch räumliche Zuordnung einander ergänzender Funktionen und Nutzungen (Synergieeffekte, Flächensparnis, weniger Verkehr) bzw. räumliche Trennung einander beeinträchtigender Funktionen und Nutzungen;
- Sicherung der i.d.R. kulturhistorisch wertvollen Stadtkerne

Die Sicherung und Förderung der bestehenden innerörtlichen Versorgungskerne umfasst dabei ausdrücklich auch die Weiterentwicklung und Ergänzung bestehender Einzelhandelsflächen innerhalb der Versorgungskerne. Diese Notwendigkeit ergibt sich allein schon aus veränderten Anforderungen der Konsumenten, aber auch, um gegenüber bestehenden großflächigen Einrichtungen in Stadtrandlagen konkurrenzfähig bleiben zu können.

Eine angemessene und bedarfsgerechte Erweiterung von Einzelhandelsverkaufsflächen in den bestehenden Versorgungskernen soll in allen Gemeinden ermöglicht werden. Sie ist i.d.R. dann anzunehmen, wenn erkennbar ist, dass die zusätzlichen Flächen in einer angemessenen Relation zu den vorhandenen Einwohnern und Einzelhandelsverkaufsflächen stehen, in erster Linie der örtlichen Versorgung dienen und – auch vor dem Hintergrund der Standortwahl – nicht überörtlich wirksam werden. Dies ist im Rahmen der Abstimmung der Bauleitplanung mit der Regionalplanung in geeigneter Weise nachzuweisen.

Die konkrete Umsetzung dieses Plansatzes - sowohl der Verhinderung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren an nicht integrierten, den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung widersprechenden Standorten, als auch die Förderung und Weiterentwicklung des innerstädtischen Einzelhandels – soll vor allem von den Kommunen erbracht werden, die bauleitplanerisch über die Ansiedlung von Einzelhandels- und Veranstaltungszentren entscheiden. Neben der Vorgabe möglichst konkreter Rahmenbedingungen seitens der Regionalplanung wird daher empfohlen, Einzelhandelskonzepte auszuarbeiten, die eine zielgerichtete und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelszentren sowie fundierter Standortbewertungen und –entscheidungen ermöglichen. Hierauf geht Plansatz 2.7.10 (V) besonders ein.

#### Zu 2.7.2 (Z) Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren

Die Definition „großflächiger überörtlich wirksamer Einzelhandel“ knüpft zunächst an die entsprechende Vermutungsgrenze der BauNVO 1990 an, die den Begriff der Großflächigkeit bei einem Geschossflächenumfang von 1.200 m<sup>2</sup> ansetzt. In Bezug auf die daraus resultierende Verkaufsfläche wird von einer Größenordnung von 700-800 m<sup>2</sup> ausgegangen. Diese Regelvermutungsgrenze der BauNVO ist dabei nach dem Wortlaut der Vorschrift nicht als absoluter Grenzwert anzusehen, sondern kann je nach den Rahmenbedingungen im konkreten Einzelfall nach Oben und nach Unten ausgelegt werden. Wesentliche Entscheidungskriterien sind hierbei:

- Größe und daraus resultierendes Einzugsgebiet des Projektes,
- die Zentralität und der Verflechtungsbereich der Standortkommune,
- die Lage des Standortes innerhalb der Standortkommune,
- Kaufkraft und Wettbewerbsstruktur im Einzugsgebiet.

Entsprechend der Intention der BauNVO wird der Begriff „großflächig“ hier um den Begriff „überörtliche Wirksamkeit“ ergänzt, da insbesondere die überörtlichen Wirkungen eines Vorhabens seine Regionalbedeutsamkeit ausmachen und die Erforderlichkeit regionalplanerischer Abstimmung begründen. Dies bedeutet, dass auch in Kommunen, in denen großflächiger überörtlich wirksamer Einzelhandel nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans grundsätzlich nicht zulässig ist, gleichwohl eine angemessene, den heutigen Anforderungen entsprechende Weiterentwicklung von Einzelhandelsbetrieben zur Sicherung der örtlichen Versorgung möglich ist. Dabei muss jedoch gewährleistet bleiben, dass keine überörtlichen Wirkungen eintreten, dass Vorhaben also auf die örtliche Versorgung und den örtlichen Einzugsbereich abgestimmt ist. Insbesondere ist dabei zu gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit und Entwicklung der Versorgungskerne und die Nahversorgung in anderen Gemeinden nicht beeinträchtigt werden. Hierdurch wird unterstrichen, dass sich die regionalplanerische Regelung nicht allein oder ausschließlich am Verkaufsflächenumfang anknüpft. Wichtiger Ansatzpunkt für die Erforderlichkeit einer regionalplanerischen Prüfung bleibt dabei jedoch die Regelvermutungsgrenze gem. § 11 Abs. 3 der BauNVO 1990 (nähere Ausführungen hierzu finden sich auch in Pkt. 2.3.2 der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten ... (Einzelhandelserlass) vom 21. Februar 2001.)

Bei der Betrachtung der Geschoss- bzw. Verkaufsflächen ist zu berücksichtigen, dass bei der Realisierung mehrerer jeweils für sich die Grenze der Großflächigkeit nicht überschreitender Betriebe in räumlich engem Zusammenhang – unabhängig davon, ob es sich um ein einziges oder mehrere benachbarte Grundstücke handelt –, diese Einzelbetriebe als Einzelhandelsagglomeration i.d.R. zusammenwirken und entsprechenden zu bewerten sind. Dies insbesondere dann, wenn sich die unterschiedlichen Sortimente ergänzen und Kopplungskäufe möglich und wahrscheinlich sind. Im Rahmen der regionalplanerischen Beurteilung wird in diesen Fällen daher i.d.R. von einer gemeinsamen Wirkung entsprechender Agglomerationen ausgegangen, soweit nicht nachgewiesen werden kann, dass diese Wirkung nicht zu erwarten ist (vgl. hierzu auch Pkt. 2.3.3 des Einzelhandelserlasses vom 21.02.2001).

Eine der Definition großflächigen Einzelhandels vergleichbare normative Begriffsbestimmung gibt es bezüglich überörtlich wirksamer Veranstaltungszentren bislang nicht. Auch in der Literatur liegen nur vereinzelt Hinweise hierzu vor. Grundsätzlich sind mit dieser Bezeichnung Großformen kultureller Einrichtungen gemeint wie Kinozentren (Multiplexkinos), Musical-Zentren, Großdiskotheken und multifunktionelle Veranstaltungshallen, die jeweils aufgrund ihrer Besucherkapazität auf einen großen, überörtlichen Einzugsbereich ausgerichtet sind. Aber auch Kombinationen aus diesen Einrichtungen sowie mit anderen Dienstleistungseinrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten („Urban Entertainment Center“) fallen unter diesen Begriff. Die Frage in wie weit eine konkrete Einrichtung überörtliche Wirksamkeit entfaltet und damit die Vorgaben des Kapitels 2.7 des Regionalplans zu berücksichtigen sind, lässt sich dabei nicht pauschal und allgemeinverbindlich festlegen. Aus diesem Grund wird im Regionalplan diesbezüglich kein konkreter Schwellenwert etwa in Bezug auf Besucherplätze oder die Geschossfläche festgelegt. Ausschlag gebend ist die Frage, ob das z.B. aus der Anzahl der Besucherplätze, der Größe der Einrichtung (Bruttogeschossfläche) bzw. dem Parkplatzangebot zu erwartende Besucheraufkommen und der daraus abzuleitende Einzugsbereich einer entsprechenden Einrichtung auf die Einwohnerzahl der Standortkommune bzw. auf den Verflechtungsbereich eines Zentralen Ortes abgestimmt ist. Dies ist im konkreten Fall zu untersuchen.

Bei einem Großkino oder Kinozentrum mit 2.000 Sitzplätzen ergäbe sich z.B. bei einer mittleren Ausnutzungsziffer von 200 Besuchern pro Sitzplatz und Jahr (durchschnittliche Ausnutzungsziffern liegen zwischen 180 über alle Kinoformen und 260 nur bei Multiplexkinos) und 1,7 Kinobesuchen pro Einwohner und Jahr (Bundesdurchschnitt) ein Einzugsbereich von rund 235.000 Einwohnern. Aus raumordnerischer Sicht kämen als Standorte in der Region Stuttgart hierfür nur größere Mittelzentren sowie die Stadt Stuttgart in Frage.

Einzelhandelsgroßprojekte sowie Veranstaltungszentren, die aufgrund ihrer Größe, ihres Angebotes und ihres Parkraumangebotes überörtliche Bedeutung haben, sind aufgrund dieser Tatsache im zentralörtlichen System den Zentralen Orten mit überörtlicher Bedeutung und gehobenem Ausstattungsstandard zugeordnet (Oberzentrum, Mittelzentren, Unterzentren). Hierbei werden für das Oberzentrum Stuttgart größere überörtlich bedeutsame Stadtteile den Zentralen Orten mit unter- bzw. mittelzentraler Bedeutung gleichgesetzt (sogenannte B- oder C-Zentren gemäß Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Stuttgart mit mindestens 20.000 Einwohnern im Einzugsgebiet). Die Zuordnung zu bestimmten Zentralen Orten entspricht der bisherigen Regelung des Regionalplans und den Vorgaben des Landesentwicklungsplans, der die Zulässigkeit von Einzelhandelsgroßprojekten u.a. daran anknüpft, dass sie sich „nach Größe und Einzugsbereich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen“ (vgl. Pl.S. 2.2.34, LEP 1983). Hieran wird auch im Zuge der aktuellen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans grundsätzlich festgehalten (Pl.S. 3.3.7 Z Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2000).

Neben der grundsätzlichen Zuordnung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren zu Zentralen Orten ab der Stufe Unterzentrum, ist die Größe entsprechender Einrichtungen allgemein auf die Größe des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereiches abzustimmen. Für Mittelzentren sind dies die Mittelbereiche, für die Unterzentren i.d.R. die zugehörigen Nahbereiche. Wesentliches Kriterium hierfür ist zunächst die

entsprechende Einwohnerzahl und die daraus abzuleitende Kaufkraft. Darüber hinaus können aber auch Kriterien wie z.B. die wirtschaftliche Bedeutung des Zentralen Ortes, die sich in der Zahl und Art der Arbeitsplätze ausdrückt oder die Bedeutung als regionaler und überregionaler Verkehrsknoten berücksichtigt werden.

Die in jüngster Zeit verstärkt diskutierten sogenannten Hersteller-Direktverkaufszentren bzw. Fabrikverkaufszentren („Factory-Outlet-Center“) sind aufgrund ihres Verkaufsflächenumfangs, ihrer Angebotsstruktur und Betriebsform ebenfalls i.d.R. als großflächige Einzelhandelsbetriebe bzw. Einkaufszentren anzusehen. Sie unterliegen somit in gleicher Weise den Vorgaben des Plankapitels 2.7. Sie sind somit entsprechend ihres Einzugsbereiches auf die zentralörtlichen Verflechtungsbereiche abzustimmen. Für Einrichtungen, die regionale oder überregionale Wirksamkeit entfalten kommen entsprechend der Empfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO<sup>1</sup>) nur Standorte im Oberzentrum in Frage. Auch im Anhörungsentwurf des Landesentwicklungsplans (Stand 03.07.2000) wird in Pl.S. 3.3.7 Z festgelegt, „Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form des großflächigen Einzelhandels sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig“.

Ergänzend wird an dieser Stelle auf den Ausschluss von Einrichtungen gem. Pl.S. 2.7.2 (Z) in den regionalbedeutsamen Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen hingewiesen (vgl. Pl.S. 2.6.6 (Z)).

Der Hinweis auf die im Regionalplan ausgewiesenen Siedlungsbereiche gem. Pl.S. 2.3.1 (Z) erfolgt, wie schon im Regionalplan 1990, um neue Einzelhandelsstandorte bezogen auf große Siedlungseinheiten und günstig zur Verkehrsinfrastruktur auch des ÖPNV zu realisieren. Dies trifft für die Siedlungsbereiche i.d.R. zu.

Der geltende Landesentwicklungsplan (LEP) 1983 bestimmt darüber hinaus als weitere wesentliche Zulässigkeitskriterien für Einzelhandelsgroßprojekte, die Sicherung der Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns sowie die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung. Hieran wird auch im Rahmen der Fortschreibung des LEP festgehalten (Pl.S. 3.3.7.1 Z Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2000)

Standorte für entsprechende Vorhaben sind somit sowohl auf die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns der Standortgemeinde sowie anderer Zentraler Orte, als auch auf die Funktionsfähigkeit der übrigen Versorgungsstandorte in den Stadt- bzw. Ortsteilen der Standortgemeinde (als Standorte der verbrauchernahen Versorgung) abzustimmen. Der Regionalplan gibt daher vor, dass diese Funktionen durch die Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren nicht beeinträchtigt werden dürfen. Als Nachweis hierüber sind insbesondere Einzelhandelskonzeptionen der Kommunen geeignet. Hierbei sollte nicht allein ein einzelnes konkretes Projekt isoliert betrachtet werden, sondern eine Gesamtschau der vorhandenen und neu hinzukommenden Einrichtungen und damit verbundenen Folgewirkungen vorgenommen werden (vgl. Pl.S. 2.7.9 (V)).

Zu 2.7.3 (Z)  
Zuordnung zu den  
zentralörtlichen  
Versorgungskernen

Die Funktion eines Zentralen Ortes als Standort für überörtliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für einen größeren Versorgungs- (Verflechtungs-) bereich, beruht vor allem auf der Bündelung möglichst vieler Einzel-funktionen des Einzelhandels, der Verwaltung, der Kultur, der Unterhaltung, und des Gesundheitswesens, der privaten Dienstleistungen, des sozialen und kirchlichen Treffpunkte etc. in enger räumlicher Nachbarschaft. Damit ergibt sich auch eine günstige Erreichbarkeit zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem motorisiertem Individualverkehr. In günstiger räumlicher Zuordnung zu den Wohn- und Arbeitsplatzgebieten wirken diese Standortbündelungen auch repräsentativ für die jeweiligen Gesamtstadt. Gerade wegen der überörtlichen Funktion des Zentralen Ortes und der hierzu erforderlichen Bündelung entsprechender Einrichtungen und Angebote, ist also eine Zuordnung z.B. von Einzelhandelsgroßprojekten allgemein zu den Siedlungsbereichen der Markungsfläche nicht ausreichend, um die Ansiedlung

<sup>1</sup> Gemeinsame Entschließung der ARGEBAU und MKRO „Innenstädte als Einzelhandelsstandorte erhalten“ vom 29. März 1996

von Einzelhandels- und Veranstaltungszentren wirksam zu steuern und funktional nicht zusammenwirkende, nicht-integrierte Standorte zu vermeiden. Auch innerhalb der Orte, in denen entsprechende Standorte grundsätzlich zulässig sind, soll daher zukünftig eine Steuerung erfolgen. Entscheidend ist hierbei vor allem, dass entsprechende Standorte städtebaulich integriert sind, d.h. sowohl baulich als auch funktional in das städtebauliche Gefüge eingebunden sind. Nur hierüber lässt sich - wie in Pl.S. 2.2.34 des LEP 1983 bzw. 3.3.7.2 Z Anhörungsentwurf LEP Stand 03.07.2000 vorgegeben - gewährleisten, dass Beeinträchtigungen des städtebaulichen Gefüges vermieden werden. Von erheblicher Bedeutung sind deshalb: die Funktionsergänzung durch öffentliche Versorgungs-, Verwaltungs- und Kultureinrichtungen, die Knotenpunkte des ÖPNV sowie die bequeme und schnelle Zugänglichkeit zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem ÖPNV und dem MIV von den Wohngebieten und Arbeitsplatzschwerpunkten der Standortkommune und aus dem Umland (Verflechtungsbereich).

Eine Verlagerung von publikumsintensiven Teilfunktionen an dezentrale, peripher gelegene Standorte führt zu einem Qualitäts- und Attraktivitätsverlust des Gemeinwesens der Städte und Gemeinden, dem aus Sicht der Regionalplanung entgegenzuwirken ist.

Neue Standorte sollen daher möglichst zentral gelegen in räumlicher Zuordnung zu den gewachsenen Versorgungskernen realisiert werden, um diese als verbrauchernahe Versorgungsstandorte zu erhalten und in ihrer Attraktivität zu stärken. Auf diese Versorgungskerne ist i.d.R. die Versorgungsstruktur der Städte und Gemeinden ausgerichtet (Einzelhandel, Gastronomie, ÖPNV, Behörden, Kultur- und Bildungseinrichtungen), die in ihrer Attraktivität und Tragfähigkeit beeinträchtigt werden, wenn publikumsintensive Versorgungs- und Veranstaltungseinrichtungen an peripheren Standorten etabliert werden. Darüber hinaus sind dort zusätzliche Aufwendungen für die Bereitstellung z.B. von Verkehrsinfrastruktur (Straßen Parkplätze öffentliche Verkehrseinrichtungen) erforderlich, die in den bestehenden Stadt- und Ortskernen bereits vorhanden ist.

#### Zentralörtliche Versorgungskerne

Die Zielsetzung, Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren den zentralörtlichen Versorgungskernen der Zentralen Orte zuzuordnen, erfordert - angesichts der im Zuge der Gemeindereform entstandenen größeren Gebietseinheiten der Kommunen, die neben dem Hauptort oftmals noch zahlreiche weitere Ortschaften umfassen - eine Konkretisierung dieser zentralörtlichen Versorgungskerne. Eine solche Konkretisierung entspricht dabei den Vorgaben des Landesentwicklungsplans 1983, der hierzu ausführt, „dass auch für die nach der Gebietsreform vergrößerten Gemeinden das Prinzip gültig bleibt, zentralörtliche Einrichtungen im zentralörtlichen Versorgungskern weitgehend zu bündeln. [...] Deshalb kann der Grundsatz, dass die zentralörtlichen Einrichtungen gebündelt angeboten werden sollen, nicht auf die ganze Gemeinde bezogen werden.“<sup>2</sup> An diesem Bündelungsprinzip wird auch im Zuge der Fortschreibung des LEP festgehalten (Begründung zu Pl.S. 2.5.2 (G) und 2.5.3 (G) LEP Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2001). Die zentralörtlichen Versorgungskerne (Zentraler Orte im engeren Sinn), in denen Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren gemäß Pl.S. 2.7.3 (Z) ausschließlich zulässig sind, sind i.d.R. der jeweils namensgebende zentrale Hauptort. Dieser Ortsteil wird in der Raumnutzungs- bzw. Strukturkarte über das jeweilige Symbol für den entsprechenden Zentralen Ort gekennzeichnet und damit im Rahmen des Kap. 2.1 Zentrale Orte räumlich konkretisiert.

Ergänzend werden in der folgenden Tabelle für die einzelnen Zentralen Orte jeweils die Ortslagen konkret benannt, die den eigentlichen zentralörtlichen Versorgungskern darstellen. Sofern aufgrund der Nennung der Ortslage der Versorgungskern nicht eindeutig bestimmbar ist, werden ergänzend Hinweise gegeben, welche Ortslagen nicht zum Versorgungskern zählen. Entsprechende Hinweise werden nicht gegeben, sofern Ortslagen räumlich deutlich getrennt vom Hauptort liegen.

<sup>2</sup> Landesentwicklungsplan 1983, Begründung zu 1.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche, S. 91f

Zentrale Orte	Ortslage des Versorgungskerns	Hinweise
<b>Oberzentrum</b>		
Stuttgart	Stadtbezirk Mitte	
	Stadtteil Bad Cannstatt	ohne Steinhaldenfeld, Sommerrain, Burgholzhof
	Stadtteil Degerloch	ohne Hoffeld
	Stadtteil Feuerbach	
	Stadtteil Möhringen	ohne Fasanenhof, Sonnenberg
	Stadtteil Ost	
	Stadtteil Sillenbuch	ohne Heumaden, Riedenberg
	Stadtteil Untertürkheim	ohne Luginsland
	Stadtteil Vaihingen	ohne Büsnau, Rohr, Dürlewang
	Stadtteil Weilimdorf	ohne Giebel, Bergheim, Wolfbusch, Hausen
	Stadtteil Zuffenhausen	ohne Zazenhausen, Rot, Neuwirtshaus
<b>Mittelzentren</b>		
Backnang	Stadtteil Backnang	ohne Sachsenweiler
Bietigheim-Bissingen	Stadtteil Bietigheim	ohne Bissingen, Metterzimmern
Besigheim	Stadtteil Besigheim	
Böblingen/ Sindelfingen	Stadtteil Böblingen	ohne Rauher Kapf
	Stadtteil Sindelfingen	ohne Maichingen
Esslingen a. Neckar	Stadtteil Esslingen	ohne Weil, Mettingen, Sulzgries, Wäl- denbronn, Hegensberg, Oberesslingen, Zollberg
Geislingen a.d.St.	Stadtteil Geislingen	
Göppingen	Stadtteil Göppingen	ohne Faumdau, Bartenbach, Bürgerhölzle, Jebenhausen, Schiefergrube, Holzheim, Manzen, Ursenwang,
Herrenberg	Stadtteil Herrenberg	ohne Affstätt
Kirchheim u. Teck	Stadtteil Kirchheim	ohne Ötlingen, Schaffhof, Jesingen, Lindorf
Leonberg	Stadtteil Leonberg	mit Eltingen; ohne Ramtel
Ludwigsburg/ Kornwestheim	Stadtteil Ludwigsburg	ohne Oßweil, Grünbühl, Hoheneck, Eglos- heim, Pflugfelden
	Stadtteil Kornwestheim	
Nürtingen	Stadtteil Nürtingen	ohne Zizishausen, Oberensingen, Roßdorf
Schorndorf	Stadtteil Schorndorf	ohne Weiler, Röhrach, Eichenbach
Vaihingen a.d. Enz	Stadtteil Vaihingen	
Waiblingen/Fellbach	Stadtteil Waiblingen	
	Stadtteil Fellbach	ohne Lindle, Schmiden, Oeffingen
<b>Unterzentren</b>		
Ditzingen	Stadtteil Ditzingen	
Donzdorf	Stadtteil Donzdorf	
Filderstadt- Bernhausen	Stadtteil Bernhausen	
Leinfelden- Echterdingen	Stadtteil Leinfelden	ohne Musberg
	Stadtteil Echterdingen	
Marbach am Neckar	Stadtteil Marbach	ohne Hörnle
Murrhardt	Stadtteil Murrhardt	ohne Harbach, Gaisbühl, Siegelsberg, Alm- Siedlung, Eulenhöfle, Käsach und sonstige umliegende Weiler
Ostfildern-Nellingen	Stadtteil Nellingen	

Zentrale Orte	Ortslage des Versorgungskerns	Hinweise
<b>Unterzentren</b>		
Plochingen	Stadtteil Plochingen	ohne Stumpenhof
Weil der Stadt	Stadtteil Weil der Stadt	
Weinstadt-Endersbach	Stadtteil Endersbach	
Welzheim	Stadtteil Welzheim	ohne Breitenfürst, Eberhardtsweiler, Schafhof
Winnenden.	Stadtteil Winnenden	ohne Schelmenholz

**Zu 2.7.4 (Z)**  
Standortbereiche für  
zentrenrelevante  
Einzelhandelsgroß-  
projekte

Neben der räumlichen Zuordnung neuer Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte zu den zentralörtlichen Versorgungskernen wirft insbesondere die Vorgabe des Landesentwicklungsplans, entsprechender Standorte städtebaulich-funktional zu integrieren (Pl.S. 2.2.34 LEP 1983 bzw. Pl.S. 3.3.7.2 Z LEP-Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2000) regelmäßig die Frage nach einer nachvollziehbaren Definition dieses Sachverhaltes auf.

Städtebauliche Integration bedeutet grundsätzlich, dass sich ein in Frage kommender Standort sowohl baulich als auch funktional in vorhandene städtebauliche Strukturen einfügt. Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, die über den täglichen bzw. kurzfristigen Bedarf hinausreichen sowie kulturelle Einrichtungen sind dabei seit jeher den Stadt- und Ortskernen als zentral gelegene und auch mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbare Standorte zugeordnet und begründen ganz wesentlich ihre Attraktivität und Funktionalität. Dem Einzelhandel mit seiner Leitfunktion für die Attraktivität der Innenstädte kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Soll die Attraktivität der Innenstädte erhalten und entwickelt werden, muss daher einer Verlagerung entsprechend Einzelhandelseinrichtungen an dezentrale Standorte entgegengewirkt und neue Einrichtungen den Innenstädten zugeordnet werden. Diese Innenstadtbereiche dienen daher im Regionalplan grundsätzlich als Anknüpfungspunkt für neue Einzelhandelsgroßprojekte (städtebaulich integrierte Lagen). Ein weiterer Vorteil dieser Innenstadtbereiche ist, dass dort Straßen, Parkplätze und andere Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen im Tagesverlauf mehrfach genutzt werden und damit flächensparend angelegt sind und Synergieeffekte eintreten.

Die gewachsenen Innenstädte und Ortskerne sind somit aufgrund

- ihrer zentralen Lage im Siedlungsgebiet der jeweiligen Kommune und des zu versorgenden Umlands (Verflechtungsbereich,)
- des vorhandenen umfassenden Angebots an Einzelhandels- sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungseinrichtungen, aber auch kulturellen Einrichtungen,
- der hervorragenden verkehrlichen Anbindung insbesondere durch den auf die Innenstädte ausgerichteten ÖPNV

aus raumordnerischer Sicht der optimale Anknüpfungspunkt für Standortbereiche zur Weiterentwicklung vorhandener und Ansiedlung neuer überörtlich wirksamer Einzelhandelsgroßprojekte.

Für die grundsätzlich als Standortgemeinden für Einzelhandelsgroßprojekte in Frage kommenden Unter- und Mittelzentren sowie das Oberzentrum werden in der Raumnutzungskarte zur räumlichen Konkretisierung entsprechend geeigneter Standortbereiche regionalbedeutsame Einzelhandelsschwerpunkte ausgewiesen. Diese Einzelhandelsschwerpunkte stellen regionalbedeutsame Schwerpunkte gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 1 Landesplanungsgesetz dar. Sie konkretisieren die städtebaulich integrierten Standorte innerhalb der zentralörtlichen Versorgungskerne aus raumordnerischer Sicht. Einzelhandelsgroßprojekte im Sinne von Pl.S. 2.7.2 (Z) sind daher ausschließlich innerhalb dieser Bereiche zulässig (ausgenommen in Fällen gemäß Pl.S. 2.7.5). Andere Dienstleistungseinrichtungen und -betriebe sowie nur örtlich wirksame Einzelhandelsbetriebe sind hiervon nicht betroffen.



Die räumliche Konkretisierung dieser Standortbereiche in der Raumnutzungskarte gewährleistet, dass ein in Betracht kommender Standort funktional und städtebaulich integriert ist und damit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung an die räumliche Lage entspricht (vgl. Pl.S. 2.2.34 LEP 1983, Pl.S. 3.3.7.4 LEP-Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2000 sowie die daraus abgeleiteten Anforderungen des Pl.S. 2.7.3 (Z) des Regionalplans).

Die Darstellung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte und insbesondere der damit verbundene Ausschluss zentrenrelevanter Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb dieser Bereiche ist damit für die Verwirklichung der o.g. Ziele und Grundsätze der Raumordnung und die räumliche Ordnung der Entwicklung der Siedlungsstruktur in der Region erforderlich.

Insbesondere wird hierüber gewährleistet:

- die Bündelung zentralörtlicher Funktionen in bester Erreichbarkeit mit Individualverkehrsmitteln, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie für Fußgänger,
- die räumlich unmittelbare Zuordnung und Zusammenfassung von Einrichtungen und Funktionen mit entsprechenden Synergieeffekten und Flächeneinsparungen,
- damit insgesamt die Sicherung leistungsfähiger Zentraler Orte zur Versorgung eines größeren Verflechtungsbereiches und
- die Sicherung der städtebaulichen Substanz in kultureller, sozialer und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht und damit für den Erhalt der Funktionsfähigkeit und Attraktivität der Innenstädte.

Die Darstellung dieser Bereiche soll darüber hinaus zu einer Vereinheitlichung der Standortbeurteilung führen und damit zu mehr Entscheidungstransparenz sowie Planungs- und Investitionssicherheit sowohl für die Kommunen als auch für potentielle Investoren beitragen.

#### Kriterien für die Abgrenzung

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte sind räumlich nicht parzellenscharf sondern gemäß § 8 Abs. 3 LplG gebietsscharf abgegrenzt. Im Rahmen der Bauleitplanung besteht somit ein Ausformungsspielraum. Die Abgrenzung dieser Bereiche wurde in enger Abstimmung mit den betroffenen Städte und Gemeinden vorgenommen, die entsprechende Vorschläge für die Abgrenzung vorlegten. Diese wurden bei der regionalplanerischen Abgrenzung zu Grunde gelegt, bei der Übertragung in die Raumnutzungskarte jedoch generalisiert.

Die Abgrenzung erfolgte vor dem Hintergrund folgender grundlegender Annahmen:

- es werden keine einzelnen konkreten Standorte abgegrenzt, sondern zusammenhängende Bereiche, in denen Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte möglich sein sollen;
- es werden nicht allein die vorhandenen Einzelhandelslagen dargestellt, sondern nach Möglichkeit darüber hinaus unmittelbar angrenzend ein erweiterter Bereich, der jedoch fußläufig von den vorhandenen geschlossenen Einkaufslagen angebunden sein muss.

Neben den Abgrenzungsvorschlägen der betroffenen Kommunen werden folgende strukturellen und funktionalen Qualitäts- bzw. Abgrenzungsmerkmale als regionalplanerische Positivkriterien bei der Abgrenzung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte berücksichtigt und zu Grunde gelegt:

- zentrale Lage in Bezug auf das Siedlungsgebiet des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereiches, insbesondere zu Wohnsiedlungsgebieten
- günstige Lage zu zentralem ÖPNV-Zugang (Bahnhof, ZOB, sonstiger ÖV-Knoten)
- günstige Lage zu Anbindungsmöglichkeiten für den Individualverkehr (überörtliche Straßen, Parkierungsmöglichkeiten)
- Einbeziehung der bestehenden, zentral gelegenen Einzelhandelslagen
- Einbeziehung publikumswirksamer zentral gelegener öffentlicher und privater Dienstleistungseinrichtungen (Behörden, Banken, Versicherungen etc.)

- Einbeziehung zentral gelegener öffentlicher und privater kultureller Einrichtungen
- Barrieren, die eine fußläufig attraktive Verknüpfung mit den bestehenden Einzelhandelslagen beeinträchtigen (z.B. große Verkehrsstrassen)

In der folgenden Tabelle werden für die in Frage kommenden Zentralen Orte – neben einer Beschreibung der räumlichen Lage – jeweils die bezüglich der o.g. regionalplanerischen Positivkriterien spezifischen Gegebenheiten als Begründung für die Abgrenzung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte in der Raumnutzungskarte dargelegt. Hierbei wird im Wesentlichen darauf abgehoben, inwieweit publikumswirksame zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen innerhalb des abgegrenzten Bereiches gebündelt vorhanden und damit i.d.R. fußläufig erreichbar sind. Die Angaben stellen eine Auswahl dar und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Daneben wird die verkehrliche Anbindung insbesondere vor dem Hintergrund der Anbindung auch aus dem Umland (Verflechtungsbereich) mit dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr dargelegt. Diese Erläuterungen dienen als Anhaltspunkt und Plausibilitätsprüfung für die räumliche Festlegung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte. Die räumlich exakte Abgrenzung soll hieraus nicht abgeleitet werden. Dies ist auch insofern nicht erforderlich, da die Standortbereiche nicht parzellenscharf sondern gebietscharf und generalisiert dargestellt sind. Die Beschreibung der räumlichen Lage gibt die Abgrenzung nur grob wieder. Dies gilt auch, wenn auf Straßenzüge Bezug genommen wird. Als verbindliche Abgrenzung gilt die Darstellung in der Raumnutzungskarte.

Zentraler Ort	Abgrenzung und Begründung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte / ergänzende Hinweise
<b>Oberzentrum</b>	
Stuttgart-Innenstadt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Insbesondere stellt dieser Bereich den oberzentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt mit regionsweitem Einzugsgebiet dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst den Innenstadtbereich von Stuttgart zwischen Österreichischem Platz im Süden, Wolframstraße im Norden, Silberburgstraße im Westen sowie Olgastraße und B14 im Osten. Der Bereich liegt somit räumlich zentral in Bezug auf das gesamte Stadtgebiet und das Umland</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> hervorragende direkte Anbindung über die B 14 und B27, die direkt durch diesen Bereich führen; der sogenannte Cityring verknüpft diese Bundesstraßen und umschließt die eigentliche Einkaufsinnenstadt innerhalb des Bereichs und erschließt zahlreiche Parkhäuser</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> hervorragende Anbindung aus dem Stadtgebiet und dem Umland über den Hauptbahnhof, mehrere S-Bahnstationen sowie ZOB; zahlreiche Stadtbahn- und Buslinien erschließen den Bereich und verknüpfen ihn mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst wesentliche oberzentrale Versorgungsfunktionen sowie die zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone, Marktplatz, Markthalle mit mehreren Kaufhäusern, einer Vielzahl an Fachgeschäften unterschiedlicher Größenordnung; darüber hinaus eine Vielzahl kultureller Einrichtungen mit Kultur- und Kongresszentrum, Staatstheater, Staatsgalerie, weiteren Museen und Theater, Kinos, Galerien, verschiedene weiterbildende Schulen und Hochschulen, VHS, Stadt- und Landesbibliothek, diverse Gastronomie sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus, Hauptstellen von Post, Banken, Versicherungen, IHK, Arbeitsamt; darüber hinaus Landtag, Ministerien und Justizbehörden; einbezogen wird der unmittelbar an den Bahnhof angrenzende Bereich des Entwicklungsgebietes Stuttgart 21</p>

Stuttgart-Bad Cannstatt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (mit Arrondierungen). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentliche Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die Altstadt von Bad Cannstatt zwischen Neckarknie im Norden und Westen sowie den Kursaalanlagen im Osten; im Süden wird der Bereich durch den Bahnhof und Bahnstrecke begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Der Bereich ist unmittelbar an die B 10 und die B 14 angebunden sowie über weitere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen direkt verknüpft</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> über Regional- und S-Bahn, mehrere Stadtbahn- und Buslinien hervorragende Verknüpfung mit dem Umland und Erschließung des Bereiches</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone der Altstadt sowie angrenzende Bereiche mit Kaufhäusern und unterschiedlichen Fachgeschäften; darüber hinaus kulturelle Einrichtungen, Stadtmuseum, weiterbildende Schulen, Stadtbibliothek, Gastronomie sowie öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksrathaus, Postfiliale, Niederlassungen verschiedener Banken, Krankenkassen, Amtsgericht</p>
Stuttgart-Degerloch	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Degerloch Albplatz/B 27 im Nordosten und Filderschule im Südosten; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt unmittelbar an der B27 und darüber hinaus im Schnittpunkt mehrerer Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über die Stadtbahn (mehrere Stadtbahnlinien) und Zahnradbahn sowie mehrere Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, geschlossenen Ladenzeilen zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Feuerbach	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (mit Arrondierungen). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum Feuerbachs sowie einen erweiterten Bereich zum Bahnhof und wird im Norden gegen die B 295, im Süden gegen die Oswald-Hesse-Straße (Steilhang), im Osten gegen die Bahnlinie und im Westen östlich des Krankenhauses begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist unmittelbar an die B 295 angebunden sowie über weitere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen bzw. dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;</p>

	<p>-<u>ÖPNV</u>: über den S-Bahnhof, sowie die Stadtbahn und mehrere Buslinien hervorragende Erschließung des Bereiches und Verknüpfung mit dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle, weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie umfassendes Angebot an öffentlichen/privaten Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Möhringen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Möhringen südlich der Stadtbahnstrecke; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist an die B 27 angebunden und liegt im Schnittpunkt mehrerer Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen; -<u>ÖPNV</u>: über den Bahnhof mit mehreren Stadtbahnlinien hervorragende Erschließung des Bereiches und Verknüpfung mit dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle, Heimatmuseum, weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Ost	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (ohne Gablenberg). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Ost um den Ostendplatz zwischen Bergfriedhof im Norden, Leo-Vetter-Bad im Osten, Tal-/Wagenburgstraße im Süden; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: Bereich liegt im Schnittpunkt zweier Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen; -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über die Stadtbahn sowie Buslinien, die den Bereich mit umliegenden Stadtteilen und dem Umland verknüpfen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Wochenmarkt, Einkaufszentrum (Ostendzentrum), geschlossenen Ladenzeilen, Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei, Theater sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bürgerbüro, Post, Banken</p>
Stuttgart-Sillenbuch	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Sillenbuch entlang der Kirchheimer Straße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohngebieten;</p>

	<p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über die den Bereich durchquerende Kirchheimer Straße erschlossen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über die Stadtbahn sowie eine Buslinie, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Banken</p>
Stuttgart-Untertürkheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Untertürkheim zwischen der Bahnlinie im Westen und dem Friedhof im Nordosten; im Süden wird der Bereich gegen die gewerblichen Flächen an der Augsburger Straße und im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Hindenlang Straße abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt mehrerer Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen; hierüber auch Anbindung an die B 14/B 10;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss, die Stadtbahn (zwei Stadtbahnlinien) sowie eine Buslinie, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen (z.T. Fußgängerzone), zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken</p>
Stuttgart-Vaihingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (mit Arrondierungen). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Vaihingen beiderseits der Hauptstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt zweier Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen; hierüber auch Anbindung an die B 14/A81;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über die Stadtbahn, S-Bahn (angrenzend) und mehrere Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen (z.T. Fußgängerzone), zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Weilimdorf	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (mit Arrondierungen). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p>

	<p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum zwischen Wormser Platz im Osten und Ditzinger Straße im Nordwesten; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen und dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über die Stadtbahn sowie mehrere Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen (z.T. Fußgängerzone), zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Zuffenhausen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart (mit Arrondierungen). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Zuffenhausen zwischen S-Bahnhof im Westen und dem Bereich Stadtbad/Sporthalle im Osten; im Norden wird der Bereich gegen den Friedhof und im Süden im Bereich des Hohensteinplatzes abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen und dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss sowie die den Bereich durchlaufende Stadtbahn und Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
<b>Mittelzentren</b>	
Backnang	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Backnang. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Angesichts zweier vorhandener dezentraler Einzelhandelsstandorte in der Stadt ist die zukünftig ausschließliche Ausrichtung zumindest des zentrenrelevanten Einzelhandels auf den abgegrenzten Bereich zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Altstadt zwischen Murrbogen im Norden und Bahnstrecke im Süden; nach Westen und Osten geht der Bereich über die Murr hinaus und bezieht den Bahnhofsbereich im Westen mit ein; im Osten wird der Bereich grob mit dem Verlauf der Annonaystraße begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Gewerbegebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die parallel zur Murr verlaufenden Hauptverkehrsstraßen (nördliche Umfahrung der Altstadt) sowie die im Süden bzw. Westen und Norden zur Innenstadt führende Stuttgarter-, Sulzbacher bzw. Aspacher Straße an die B 14 sowie über weitere Kreis- und Landesstraßen gut an die übrigen Stadtteile und das Umland angebunden; im Verlauf der Umfahrung der Altstadt zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze</p>

	<p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über Bahnhof und zentralen Busbahnhof aus dem gesamten Verflechtungsbereich; Innenstadt wird darüber hinaus von mehreren Buslinien direkt bedient</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzonen mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthaus, Bürgerhaus, Jugendhaus, Museen, Galerie der Stadt, Theater, VHS, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle des Landratsamtes, Finanzverwaltung, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Amtsgericht, IHK</p>
Bietigheim-Bissingen (Stadtteil Bietigheim)	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Bietigheim-Bissingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des räumliche ausgedehnten Siedlungsbereiches der Stadt und der räumlichen Distanz seiner Stadtteile, ist für die Sicherung der mittelzentralen Versorgungsfunktion eine Bündelung insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in dem abgegrenzten Schwerpunkt geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Bereich umfasst die historische Innenstadt von Bietigheim sowie unmittelbar angrenzende Bereiche zwischen B 27 im Osten, Jakob-Lorber-Straße im Westen die Metterzimmerer Straße im Süden und der Verlängerung der Rotenberger Straße im Norden</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist über die östlich der Innenstadt verlaufende B 27 sowie die nördlich und südlich des Bereiches verlaufenden Hauptverkehrsstraßen gut an die übrigen Stadtteile und das Umland angebunden; innerhalb und am Rande der Innenstadt zahlreiche Parkhäuser -<u>ÖPNV</u>: Bahnhof und ZOB liegen siedlungshistorisch bedingt außerhalb des abgegrenzten Bereiches; das Stadtzentrum Bietigheim ist über zahlreiche Regional- und Stadtbuslinien direkt mit dem Umland, den übrigen Stadtteilen sowie Bahnhof und ZOB verknüpft</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum Kaufland, zahlreichen weiteren Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Veranstaltungszentren Kronenzentrum und Alter Kelter, Stadtbücherei/Stadtarchiv, Museen, Galerien, Kirchen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Bürgerhaus, Post, Banken, Finanzbehörden, Gesundheitsamt; Krankenhaus, Sporthalle, größere Verwaltungsgebäude unmittelbar angrenzend</p>
Besigheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Besigheim. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des vergleichsweise kleinen Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst die historische Altstadt zwischen B 27 und Enz sowie einen nach Westen daran anschließenden Bereich bis zum Bahnhof; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: gute Anbindung der übrigen Stadtteile sowie für das Umland über die als Ortsumgehung fungierende B 27 sowie daran angebundene weitere Landes- und Kreisstraßen; zahlreiche Parkmöglichkeiten am Rand der Altstadt im Verlauf der B 27 sowie im Bereich zwischen Bahnhof und Enz -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof und den zentralen Busbahnhof auch für das Umland; der Innenstadtbereich wird darüber hinaus von mehreren Buslinien direkt erschlossen</p>

	<p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Begegnungsstätte, weiterbildende Schulen, Stadtbücherei, Kirchen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Amtsgericht, Post, Banken, Krankenkasse, Ämter des Landes</p>
Böblingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Böblingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des im Gewerbegebiet „Hulb“ bestehenden dezentralen Einzelhandelsschwerpunktes mit erheblichen Verkaufsflächen und z.T. regionaler Ausstrahlung, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftig Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die gesamte Innenstadt östlich des Bahnhofs und wird im Osten gegen den alten Friedhof abgegrenzt, im Süden südlich des Oberen Sees und im Norden etwa gegen den Bismarckplatz; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und grenzt unmittelbar an umliegende Wohngebiete</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Bereich ist über die Anschlussstelle Böblingen/Sindelfingen direkt an die A 81 angebunden; in die Innenstadt führen mehrere überörtliche Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, die den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpfen; innerhalb des Bereiches in Zuordnung zu den überörtlichen Zufahrten zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze -ÖPNV: gute Anbindung über Bahnhof mit S-Bahn und zentralem Busbahnhof aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen; zahlreiche Stadtbuslinien erschließen den Innenstadtbereich</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Einkaufszentrum, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kongresszentrum, zahlreichen Museen, städt. Galerie, Stadtbibliothek, Kinos, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Justizbehörden, Notariate, IHK, Gesundheitsamt</p>
Sindelfingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Sindelfingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des am östlichen Stadtrand bestehenden dezentralen Einzelhandelsschwerpunktes mit erheblichen Verkaufsflächen (u.a. Breuningerland, Tilsiter Str.), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die gesamte Innenstadt, schließt Bahnhof und ZOB ein und wird grob umgrenzt durch Bahnhof und Bahnlinie, Bach-/Zimmerstraße, Klostersee, Neckarstraße. Der Bereich liegt zentral im Stadtgebiet und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Bereich ist über die Anschlussstelle Böblingen/Sindelfingen direkt an die A 81 angebunden; in die Innenstadt führen mehrere Landesstraßen, die diesen Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpfen; innerhalb des Bereiches sowie entlang der die Innenstadt umfahrenden Straßen zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze. -ÖPNV: gute Anbindung über Bahnhof und ZOB aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen; zahlreiche Stadtbuslinien erschließen den Innenstadtbereich</p>



	<p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Einkaufszentrum (Sterncenter), Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Museen, städt. Galerie, Stadtbibliothek, kommunales Kino, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Esslingen am Neckar	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Esslingen am Neckar. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst die Bereiche des zentralörtlichen Versorgungskerns, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung der Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in dem abgegrenzten Bereich geboten; eine Verlagerung an (z.T. bereits bestehende) dezentrale Standorte und damit die Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns des Mittelzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit dem sogenannten Altstadtring sowie die Weststadt zwischen Bahntrasse bzw. Güterbahnhof im Süden und Steilhang zur Burg im Norden; nach Westen wird der Bereich gegen die Schlachthausstraße und im Osten gegen die an die Fachhochschule östlich anschließenden Wohngebiete abgegrenzt. Der Bereich liegt somit räumlich zentral im Stadtgebiet und zu angrenzenden Wohngebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -<u>Individualverkehr:</u> gute Anbindung auch aus dem Umland von der B 10 über den umgrenzenden Altstadtring und die dort bestehenden Parkhäuser, -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über Bahnhof und ZOB aus dem gesamten Verflechtungsbereich; Altstadtring wird zudem von ÖV-Linien bedient.</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone mit Marktplatz, Fachgeschäften und Kaufhäusern unterschiedlicher Größenordnung, darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kinos, Theatern, Museen, Stadtbücherei, weiterbildenden Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Behördenzentrum, Post, Hauptstellen verschiedener Banken, Krankenkassen, Amtsgericht, IHK</p>
Geislingen a.d. Steige	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Geislingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst die Bereiche des zentralörtlichen Versorgungskerns, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des siedlungshistorisch bedingten Zweiteilung des Zentrums (getrennt durch das WMF-Gelände), ist für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums eine Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in den abgegrenzten Bereichen geboten; eine weitere Verlagerung an (z.T. bereits bestehende) dezentrale Standorte und damit weitere Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns des Mittelzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Die Bereiche umfassen zum einen das innerstädtische Zentrum Altstadt um den Sternplatz zwischen Bahnlinie bzw. WMF in Süden, Berufsschulzentrum im Norden, Sportanlagen im Westen und Werkstraße im Osten; darüber hinaus den Bereich südwestlich des Hauptbahnhofs zwischen Bahnlinie im Osten, Stadtpark im Norden und Radplatz im Süden (Kaisheimer Hof). Die Bereiche liegen jeweils zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -<u>Individualverkehr:</u> Die Bereiche sind über die B 10 und die B 466 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in die zentralen Bereiche führen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze</p>

	<p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof mit Stadtexpress, Regionalschnellbahn und zahlreiche Buslinien; vom Sternplatz über mehrere Buslinien ins Umland und in die übrigen Stadtteile</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (Jahnhalle), Museen, Galerien, Stadtbibliothek, Haus der Familie, weiterbildende Schulen, Außenstelle FH, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Amtsgericht, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Arbeitsamt</p>
Göppingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Göppingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts der südöstlich der Innenstadt bestehenden dezentralen Einzelhandelsbetrieben (z.T. auf Eislinger Markung), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum der Stadt und wird im Süden durch Bahnlinie und Bahnhof und im Norden mit dem Schlossgarten begrenzt; im Osten wird der Bereich gegen die Gewerbegebiete östlich der Poststraße und im Westen gegen die Gewerbegebiete westlich der Willi-Bleicher-Straße abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: gute Anbindung aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen über die B 10 sowie ins Zentrum führende Landes- und Kreisstraßen; Hauptverkehrsstraßen führen auf Innenstadtumfahrung (sogenannter „Parkhausring“), die zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze anbindet; -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen über den Bahnhof und zentralen Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone mit Marktplatz, Fachgeschäften und Kaufhäusern unterschiedlicher Größenordnung, darüber hinaus diverse Gastronomie, Hotels und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, sonstige Veranstaltungsorte (altes E-Werk), Kinocenter, Museen, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Finanzverwaltung, Landratsamt (unmittelbar angrenzend) Post, Hauptstellen verschiedener Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Gesundheitsamt, Amtsgericht, Arbeitsamt</p>
Herrenberg	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Herrenberg. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst die Altstadt Herrenbergs sowie einen erweiterten Bereich, der im Südwesten gegen das Schul- und Sportzentrum, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Nagolder Straße sowie den Festplatz, im Nordosten hinter der Alten Turnhalle und im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Erhard- und Markusstraße abgegrenzt wird. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete.</p>

	<p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt dreier Bundesstraßen (B 14, B 28, B 296) und ist hierüber sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft; unmittelbar angrenzend an die Altstadt sowie im Bereich des Bahnhofs mehrere zentralgelegene Parkhäuser;          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit Fußgängerzone geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentren, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kulturzentrum, Volkshochschule, Stadtbücherei, Galerien, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Finanzbehörden, Arbeitsamt, Gesundheitsamt</p>
Kirchheim unter Teck	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Kirchheim (generalisiert). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich zum Bahnhof und wird im Westen abgegrenzt gegen die Gewerbe- und Wohngebiete westlich der Nürtinger Straße, im Norden gegen den Friedhof sowie die Wohngebiete nördlich der Stuttgarter Straße, im Westen gegen die Wohngebiete östlich der Altstadt und im Süden entlang Lauter und Jahnstraße. Bereich liegt zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete an.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die Anschlussstellen Kirchheim/Teck-West und -Ost an die A 8 angebunden; darüber hinaus wird die Innenstadt über die B 297, die B 465 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und übrigen Stadtteilen verknüpft; im Verlauf des Altstadtrings sowie am Bahnhof zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze;          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit Fußgängerzone, geschlossenen Ladenzeilen, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle/Teckcenter, Kinos, weiterführende Schulen, Volkshochschule, Stadtbücherei, Museum/Galerie, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Amtsgericht</p>
Leonberg	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Leonberg. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich enthält zudem die zentralen auch großflächigen Einzelhandelsstandorte innerhalb der Stadt. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes erforderlich. Eine Verlagerung an dezentrale Standorte und damit eine weitere Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums einschränken.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie das neue Stadtzentrum bis zum Bahnhof (einschließlich der südwestlich unmittelbar angrenzenden Flächen) und grenzt sich im Westen gegen die westlich des Bahnhofs liegende Wohnbebauung, im Süden gegen die Gewerbe- und Wohngebiete südlich der Römerstraße, im Osten gegen den Stadtpark und die</p>

	<p>umgebenden Wohngebiete sowie im Norden nördlich der Altstadt (Steilhang) ab. Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 295 sowie mehrere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze im Bereich der Altstadt und dem Zentrum um den Neuköllner Platz</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den Einkaufslagen mit Fußgängerzone, Einkaufszentrum (Leo-Center), geschlossenen Ladenzeilen, großflächigen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (unmittelbar angrenzend), Theater, Filmtheater, weiterführende Schulen, Volkshochschule, Stadtbücherei, Stadtmuseum, Galerie, Schwimmhalle sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Hauptpost, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Amtsgericht</p>
Ludwigsburg	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Ludwigsburg. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des im Gebiet „Tammer Feld“ bestehenden dezentralen Einzelhandelsschwerpunktes (u.a. Breuningerland, IKEA) mit erheblichen Verkaufsflächen und z.T. regionaler Ausstrahlung, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftig Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum und wird im Westen vom Bahnhof und der Bahnlinie und im Osten mit dem Schlosspark und Forum begrenzt; im Süden wird der Bereich gegen die Wohn- und Gewerbegebiete südlich der Kepler- und Friedrichstraße, im Norden nördlich des Marstall Center abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 27 sowie mehrere Landesstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb des Bereiches sowie entlang der angrenzenden B 27;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Einkaufszentrum, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kulturzentrum, Forum (Veranstaltungs-/Kongresszentrum, unmittelbar angrenzend) sowie weitere Veranstaltungszentren, Musikhaus, Museen, Stadtbibliothek, Schloss, Staatsarchiv, Kinos, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Arbeitsamt, Notariate</p>
Kornwestheim	<p>Die Abgrenzung orientiert sich am Vorschlag der Stadt Kornwestheim. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist ein Ausbau dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p>

	<p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum mit den vorhandenen Einzelhandelslagen und angrenzenden Bereichen; Bereich im Westen begrenzt durch die Bahnstrecke, im Süden auf Höhe des Stadtparks, im Osten gegen die Wohngebiete östlich des Stadtgartens, im Norden nördlich der Bahnhofstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zum Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über Zubringer zur B 27 sowie mehrere Landesstraßen mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb des Bereiches sowie am Bahnhof (City Parkhaus);</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Busbahnhof; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, zusammenhängende Ladenzeilen, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kulturhaus, Haus der Musik, Kinos, Galerie, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, Berufs-/Berufsfachschulen, Kirchen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Notariate, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Nürtingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Nürtingen (generalisiert). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Westen gegen den Neckar, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich des Bahnhofs, im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Berufsschule und im Süden entlang der Bahnlinie abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete an.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt zweier Bundesstraßen (B 313, B 297) und ist hierüber sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und aus den übrigen Stadtteilen verknüpft; am Rande der Altstadt (City-Ring) sowie im Bereich des Bahnhofs mehrere zentralgelegene Parkhäuser/Parkplätze;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof und den Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, zusammenhängende Ladenzeilen, Kaufhäuser, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kino, Theater, Stadtmuseum, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Notariate, Arbeitsamt, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Schorndorf	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Schorndorf. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen unmittelbar angrenzenden Bereich und wird im Norden gegen das Berufsschulzent-</p>

	<p>rum parallel zur Bahnlinie, im Süden gegen den alten Friedhof, im Westen im Bereich der Werderstraße und im Osten gegen die angrenzenden Wohngebiete östlich der VHS abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die alte B 29 sowie mehrere Landesstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb der Innenstadt;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Omnibusbahnhof; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen der Altstadt, Fußgängerzone, zusammenhängende Ladenzeilen, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Gemeinschaftshaus, Künkelnhalle, Kino, Theater, Stadtmuseum, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, Berufsschulzentrum, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, staatliche Behörden, Notariate, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Vaihingen an der Enz	<p>Die Abgrenzung entspricht teilweise dem Vorschlag der Stadt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des vergleichsweise kleinen Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie angrenzende Bereiche und wird im Südwesten gegen die Enzaue, im Nordosten im Bereich der Bahnlinie und im Osten gegen die Hans-Krieg-Straße abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 10 sowie Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkhäuser/Parkplätze innerhalb der Innenstadt und im Bereich der Zufahrten;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> Bahnhof und Busbahnhof Vaihingen liegen außerhalb des Stadtzentrums an der Neubaustrecke Stuttgart-Mannheim; von dort mehrere Buslinien in die Innenstadt sowie in die umliegenden Stadtteile und das Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum (Altstadt) mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fußgängerzone mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Familienbildungsstätte, weiterführende Schulen, VHS, Stadtbücherei, Ausstellungs-/Theaterräume, Städtisches Museum, Heimatmuseum sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Bürgeramt, Außenstelle Landratsamt, Arbeitsamt, Post, Kreissparkasse, Volksbank, Krankenkasse</p>
Waiblingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Waiblingen (generalisiert). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des am südlichen Stadtrand bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes mit erheblichen innenstadtrelevanten Verkaufsflächen („Remspark-Center“), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich mit Anbindung zum Bahnhof und wird im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Rems (L 1142), im Norden gegen die Wohngebiete</p>

	<p>nördlich der Altstadt, im Süden gegen das Schulzentrum und im Westen gegen die Bahnstrecken abgegrenzt. Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 14 bzw. die ehemalige B 14 sowie mehrere in die Innenstadt führende Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkhäuser/Parkplätze um die Altstadt sowie im Bereich des Bahnhofes und des Alten Postplatzes;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum (historische Altstadt und Bereich der Bahnhofstraße zum S-Bahnhof) mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fußgängerzone mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bürgerzentrum (Veranstaltungs-/Tagungszentrum), Familienbildungsstätte, Jugendzentrum, weiterführende Schulen, VHS, Stadtbücherei, Theater, Kinos, Museen, Galerien, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Amtsgericht, Notariate, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkasse, Gesundheitsamt</p>
Fellbach	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Fellbach. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts der am westlichen und östlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte mit erheblichen innenstadtrelevanten Verkaufsflächen („Coca-Cola Gelände“ bzw. Rems-Murr-Center), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum mit den vorhandenen Einzelhandelslagen sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden durch die Bahnlinie begrenzt und reicht im Süden bis südlich des Rathauses; im Westen wird der Bereich gegen die Schwabenlandhalle sowie parallel zur Bahnhofstraße abgegrenzt, im Osten wird der Bereich parallel zur Bahnhofstraße und gegen die östlich der Wohngebiete liegenden Gewerbegebiete abgegrenzt. Im Bereich des Stuttgarter Platzes weitet sich der Bereich aus und wird insbesondere im Osten gegen große Verkehrsbauwerke (Tunnelportal) begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die den Bereich querende ehemalige B14, die zentralen Achse Bahnhofstraße sowie mehrere Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze im südlichen Bereich des Zentrums sowie im Bereich des Bahnhofes und entlang der Bahnhofstraße;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss; mehrere Buslinien erschließen den gesamten Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, z.T. Fußgängerzone, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Schwabenlandhalle (Veranstaltungs-/Kongresszentrum) unmittelbar angrenzend sowie, Stadtmuseum, Stadtbibliothek, städtische Galerie, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariate</p>

Unterzentren	
Ditzingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Ditzingen (generalisiert). Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der bereits bestehenden Ansätze für dezentrale Einzelhandelslagen (Aldi am östliche Stadtrand, Elektrofachmarkt südwestlich im Gewerbegebiet), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie angrenzende Bereiche in Zuordnung zum Bahnhof und wird im Norden gegen den Schlosspark und im Süden gegen das Gewerbegebiet südlich des Bahnhofs abgegrenzt; im Westen wird der Bereich östlich von Hallenbad und Stadthalle und im Westen zur Glems hin abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 295 sowie mehrere die Innenstadt tangierende Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb und am Rande der Innenstadt, am Bahnhof sowie im Bereich der Stadthalle;</li> <li>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss; mehrere Buslinien erschließen den gesamten Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</li> </ul> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum und die neue Stadtmitte mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (unmittelbar angrenzend) sowie, Stadtmuseum, städtische Galerie, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, VHS, kommunales Kino sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Donzdorf	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Donzdorf. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des am westlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes (Euro-Spar, Einkaufszentrum Möbel Schmid), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Süden gegen den Schlossgarten und die ehemalige Bahnstrecke abgegrenzt, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Kreuzkirchstraße, im Westen gegen die Wohn- bzw. Gewerbegebiete westlich der Bahnhofstraße und im Osten gegen die Wohngebiete östlich des Klosterwegs; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die den innerstädtischen Bereich durchquerende B 466 daran angeschlossene Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser im gesamten Bereich der Innenstadt;</li> <li>-<u>ÖPNV:</u> mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland</li> </ul> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Markt-</p>



	platz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und Stadthalle als zentrale kulturelle Einrichtung sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat
Filderstadt-Bernhausen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Filderstadt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst jenen Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der am nördlichen Stadtrand sowie in den Stadtteilen Bonlanden und Plattenhardt bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte mit umfangreichen Verkaufsflächen (Real-Markt, Stinnes Baumarkt, Gartencenter) – aber auch aufgrund der bereits vollzogenen Dezentralisierung von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen, erscheint es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie erweiterte Bereiche in Zuordnung zum neuen S-Bahnhof und wird im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Jakobuskirche, im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Johannesstraße, im Westen gegen die Wohngebiete westlich der Gaisgasse und im Osten gegen die Wohn- und Gewerbegebiete östlich der Mühlenstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über Zubringer zur B 27 und B 312 an die A 8 angebunden sowie über mehrere in die Innenstadt führende Landesstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze im Bereich des Zentrums</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den zukünftigen S-Bahnhof und ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Leinfelden-Echterdingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Leinfelden Echterdingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst die Bereiche der zentralörtlichen Versorgungskerne, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der siedlungshistorisch bedingten Zerteilung des Zentrums sowie aufgrund bereits bestehender dezentraler Einzelhandelsstandorte (Fildereinkaufszentrum Unteraichen, Gewerbegebiet westlich/östlich der Hauptstraße Echterdingen) ist für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Unterzentrums eine Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in den abgegrenzten Bereichen geboten; eine weitere Verlagerung an dezentrale Standorte und damit weitere Aufsplitterung würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns des Unterzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Die Bereiche umfassen zum einen das innerstädtische Zentrum Leinfelden zwischen Bahnstrecke und Stuttgarter Straße; darüber hinaus das innerstädtische Zentrum von Echterdingen zwischen Bahnlinie im Norden und Tübinger Straße im Süden; die Bereiche liegen jeweils zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Die Bereiche sind über die B 27 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in die innerstädtischen Bereiche führen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland und verknüpft und gut erreichbar; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche Parkhäuser bzw. Parkplätze</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über jeweils eigenen S-Bahnhof und Busbahnhof; in Leinfelden zusätzlich Stadtbahnanschluss; Buslinien erschließen die innerstädt-</p>

	<p>tischen Bereiche und verknüpfen sie mit dem Umland;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereiche umfassen die Stadtzentren mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fachgeschäften, darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Filderhalle (Veranstaltungs-/Tagungs-/Kongresszentrum), Museen, Galerien, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Arbeitsamt (angrenzend), Notariate</p>
Marbach am Neckar	<p>Der dargestellten Abgrenzung hat die Stadt zugestimmt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums sowie angesichts der Tatsache, dass eine Dezentralisierung des überörtlichen Einzelhandels bislang vermieden wurde, ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden gegen die Bahnlinie im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Grabenstraße, im Westen gegen die Stadtmauer und im Osten östlich des Bahnhofs sowie gegen die Wohngebiete südöstlich der Schwabstraße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiete und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb sowie in unmittelbarer Zuordnung zum abgegrenzten Bereich          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahn- und Regionalbahnananschluss sowie ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen den gesamten Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bücherei, VHS, Museen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Murrhardt	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Murrhardt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund sowohl am östlichen als auch am westlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorten (u.a. Aldi Minimal, Penny), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden gegen die Bahnlinie, im Osten östlich des Senioren- und Pflegeheims, im Süden gegen den Feuersee und unmittelbar nach der Festhalle und im Westen gegen die Wohngebiete westlich des Großgartenwegs abgegrenzt;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiete und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb sowie in unmittelbarer Zuordnung zum abgegrenzten Bereich          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit Regionalexpressanschluss und den Busbahnhof; mehrere Buslinien erschließen den Innenstadtbereich und</p>

	<p>verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Stadtbücherei, VHS, Museen, Kino sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Ostfildern-Nellingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Ostfildern. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des im Stadtteil Scharnhausen derzeit entstehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes mit umfangreichen Verkaufsflächen (Marktkauf, Schempp-Areal), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt und die Stadtteilzentren auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst den zentralen innerstädtischen Bereich mit der zentralen Achse Hindenburgstraße; er wird im Norden gegen den Bereich der Technischen Akademie und Stadthalle, im Süden gegen die Wohngebiete nördlich des Friedhofs, im Westen gegen den Ortsrand und im Osten östlich der Esslinger Straße abgegrenzt;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Landesstraßen erschlossen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Stadtbahnanschluss; darüber hinaus erschließen mehrere Buslinien den Bereich und verknüpfen ihn mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fachgeschäften; darüber hinaus Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bürgerzentrum, VHS, Theater, weiterführende Schulen Technische Akademie (unmittelbar angrenzend) sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung (südlich angrenzend), Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Plochingen	<p>Die Abgrenzung erfolgte auf der Grundlage des Vorschlags der Stadt Plochingen. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund des am östlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes (u.a. Sportfachmarkt), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt mit historische Altstadt sowie westlich unmittelbar angrenzende Bereiche; Bereich wird im Süden gegen die Bahnlinie, im Norden und Osten gegen die Steilhanglagen von Neckartal und Kirchberg und im Westen gegen die gewerblichen Flächen westlich der Schillerstraße;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 10 bzw. B 313 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in den innerstädtischen Bereich führen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland und verknüpft und gut erreichbar; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche sowie in Zuordnung zum Bahnhof zahlreiche Parkhäuser bzw. Parkplätze  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und ZOB; mehrere Buslinien erschließen den Innenstadtbereich und verknüpfen ihn mit</p>

	<p>dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Bibliothek, VHS, Jugendhaus sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Weil der Stadt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Weil der Stadt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst jenen Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt mit historischer Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche im Süden sowie im Norden zum Bahnhof und wird im Westen begrenzt gegen die Bahnlinie, im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Leonberger- bzw. Malsheimer Straße sowie südlich des „Woldeckenareals“;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt unmittelbar an der B 295 und ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkplätze/Parkhäuser innerhalb des abgegrenzten Bereichs          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss; zahlreiche Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Museen, Kino, Schulzentrum sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Weinstadt-Endersbach	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Weinstadt. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar (u.a. mit dem Gebiet „Kalkofen“). Aufgrund der teilweise bereits vollzogenen Dezentralisierung von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen, ist es für die regionale Funktion des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentralen Standorten zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Zentrum von Weinstadt-Endersbach zwischen der B 29 im Norden („Kalkofen“), der Jahnalle im Süden, den Wohngebieten westlich der Strümpfelbacher Straße im Westen und den Wohngebieten östlich der Theodor-Heuß-Straße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohngebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u>          -<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist unmittelbar an die B 29 angebunden und über mehrere Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb des abgegrenzten Bereichs          -<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und ZOB; mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen mit über-</p>

	örtlicher Bedeutung (Gebiet „Kalkofen“) sowie Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie, Stadthalle (Jahnhalle) sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Ordnungsamt, Banken, Krankenkassen, Versicherungen
Welzheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Welzheim. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem die wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Funktion als Unterzentrum sowie angesichts der Tatsache, dass eine Dezentralisierung des überörtlichen Einzelhandels bislang vermieden wurde, ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtzentrum von Welzheim und wird im Nordwesten gegen die Wohn- und Gewerbegebiete westlich von Bahntrasse und Bahnhofstraße, im Osten gegen die Schulen östlich der Burgstraße und im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Kurze Straße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn –und Gewerbegebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt mehrerer Landes- und Kreisstraßen, die den Bereich mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpfen und ist gut erreichbar; mehrere Parkhäuser/Parkplätze im Bereich der Innenstadt</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> Anbindung über den ZOB; mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fachgeschäften; darüber hinaus Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Veranstaltungsräumen, VHS, Bibliothek, Lichtspieltheater, weiterführende Schulen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Notariat</p>
Winnenden	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Winnenden. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund der bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Schwerpunkt auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich in Zuordnung zum Bahnhof und wird im Westen gegen die gewerblichen Flächen westlich des Bahnhofs und im Osten gegen den Friedhof begrenzt; im Norden gegen die Wohngebiete nördlich des Buchenbach und im Süden gegen das Krankenhausgebiet;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich wird durch die B 14 durchquert und ist über daran angeschlossene Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser im gesamten Bereich der Innenstadt;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und zentralen Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen den Bereich und verknüpfen ihn mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Veranstaltungsräumen, VHS, Heimatmuseum, kommunales Kino, weiterführende Schulen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Notariate</p>

Die Abgrenzung und Festlegung der regionalbedeutsamen Einzelhandelschwerpunkte bedeutet nicht, dass im Umkehrschluss innerhalb dieser Bereiche neue Einzelhandelsgroßprojekte an jeder Stelle möglich oder sinnvoll sind. Festgelegt wird lediglich ein räumlicher Bereich der jeweiligen Stadt, in welchem Standorte für entsprechende Einrichtungen den regionalplanerischen Vorgaben zur räumlichen Lage entsprechen und damit grundsätzlich möglich sind. Damit erfolgt eine räumliche Konkretisierung „städtebaulich integrierter Lagen“ aus raumordnerischer Sicht. Weitergehende Einschränkungen bzw. Vorgaben der Städte und Gemeinden, wie etwa der Ausschluss von Einzelhandel in bestimmten Quartieren oder Bebauungsplänen, bleiben hiervon unberührt.

Mit der Abgrenzung der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte, wie auch der Konkretisierung von Ergänzungsstandorten gemäß 2.7.6 (Z), ist lediglich eine Konkretisierung räumlicher Anforderungen verbunden. Die raumordnerische Beurteilung der Größe und der raumstrukturellen Auswirkungen richtet sich nach dem Landesentwicklungsplan bzw. Pl.S. 2.7.2 (Z) des Regionalplans.

Zu 2.7.5 (Z)  
Standortbereiche für  
nicht-zentrenrelevante  
Einzelhandelsgroß-  
projekte

Die in Pl.S. 2.7.4 (Z) festgelegten Standortbereiche gelten zunächst für alle neuen Einzelhandelsgroßprojekte als Anknüpfungspunkt für die Standortfestlegung. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass bestimmte Formen des (Fach-) Einzelhandels aufgrund seines originären bzw. überwiegenden Warenangebotes i.d.R. keine unmittelbare Innenstadtrelevanz besitzen. Der Flächenbedarf entsprechender Einrichtungen kann darüber hinaus oftmals nur schwer in den historischen Innenstadtbereichen realisiert werden. Solche Einzelhandelsbetriebe sind z.B. Möbelhäuser, Bau- und Gartenmärkte. Eine enge Anbindung bzw. räumliche Integration in die regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte wird aus diesem Grund nicht unbedingt verlangt. Dies entspricht der auch im Einzelhandelserlass und im Anhörungsentwurf des LEP vorgenommenen sortimentsbezogenen Differenzierung von Standortmöglichkeiten, die für nicht-innenstadtrelevante Vorhaben auch städtebauliche Randlagen einräumt (Pkt. 3.2.2.3 Einzelhandelserlass bzw. Pl.S. 3.3.7.2 Z LEP-Anhörungsentwurf, Stand 03.07.2000).

Plansatz 2.7.5 (Z) schafft vor diesem Hinweggrund die Voraussetzung, dass solche nicht-innenstadtrelevanten Vorhaben unter bestimmten Voraussetzungen an einem alternativen Standort außerhalb dieser Bereiche realisiert werden können (Ergänzungsstandort). Die konkreten Gründe für eine solche Abweichung sind im Einzelfall nachvollziehbar darzulegen. Die übrigen Voraussetzungen für die Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten – insbesondere die Integration in den zentralörtlichen Versorgungskern und die Abstimmung auf den Verflechtungsbereich des Zentralen Ortes – sind jedoch zu beachten

Um zu vermeiden, dass diese Ausnahmeregelung faktisch wiederum dazu führt, Standortentscheidungen allein aufgrund kurzfristiger Verwertungserfordernisse bzw. -möglichkeiten oder zufälliger Verfügbarkeitskonstellationen getroffen werden, ist jedenfalls die Einbindung des Standortes in eine längerfristige, bauleitplanerisch abgesicherte Einzelhandelskonzeption erforderlich.

Verbunden mit einer Realisierung außerhalb der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte ist jedoch der Ausschluss bzw. eine weitgehende Begrenzung des innenstadtrelevanten Randsortiments. Der Ausschluss bzw. die deutliche Reduzierung zentrenrelevanter Sortimente ist gerechtfertigt und plausibel, da die Zulässigkeit entsprechende Vorhaben auch in städtebaulichen Randlagen außerhalb der Innenstädte insbesondere damit begründet wird, dass die spezifische Sortimentsstruktur keine Relevanz für innenstadtrelevante Angebote hat. Aus diesem Grund erscheint es nicht erforderlich und nicht sinnvoll, in diesen Fällen umfangreiche Flächen für zentrenrelevante Randsortimente zuzulassen. Hierdurch würde sich darüber hinaus eine Ungleichbehandlung gegenüber Fachmärkten mit vergleichbarem zentrenrelevanten (Haupt-) Sortiment ergeben, die als separates Vorhaben raumordnerisch nicht außerhalb der Innenstädte zulässig wären. Diese Vorgabe dient also dazu, sicherzustellen, dass entsprechende Vorhaben tatsächlich keine oder nur eine untergeordnete Zentrenrelevanz besitzen.

Durch die Begrenzung der ausnahmsweise zulässigen zentrenrelevanten Randsortimente deutlich unterhalb der Vermutungsgrenze der BauNVO wird dabei gleichzeitig gewährleistet, dass auch bei der Realisierung mehrerer Fachmärkte negative Wirkungen über die Kumulation der Flächen für Randsortimente minimiert werden.

Zu 2.7.6 (G)  
Ergänzungsstandorte

Bereiche, die für Ergänzungsstandorte aus raumordnerischer Sicht geeignet sind, werden im Regionalplan dargestellt und durch ein Symbol gekennzeichnet. Dies sind i.d.R. Bereiche, in denen bereits ein hoher Einzelhandelsbestand außerhalb der zentralen Lagen vorhanden ist. Dort wo ein solches Bestandsgebiet nicht vorhanden ist oder aufgrund von Streulagen nicht eindeutig definierbar ist, wurden Entwicklungsvorstellungen der Kommunen, insbesondere in Form konkreter Einzelhandelsentwicklungskonzepte, berücksichtigt. Die Berücksichtigung entsprechender Einzelhandelskonzepte kann im Einzelfall auch dazu führen, dass auf die Darstellung eines solchen Bereiches verzichtet wird.

Mit der Darstellung dieser Bereiche ist jedoch nicht verbunden, dass diese Bereiche für entsprechende Einzelhandelszwecke vorrangig aufgesiedelt werden müssen. Die Ergänzungsstandorte sind vielmehr als Angebotsstandorte anzusehen, die aus regionalplanerischer Sicht vorzugswürdig sind. Nicht ausgeschlossen ist somit die Möglichkeit, unter Verzicht auf diesen Ergänzungsstandort einen alternativen Standort dann zu entwickeln, wenn sich z.B. erweist, dass aus stadtentwicklungsplanerischer Sicht eine Weiterentwicklung in einem anderen Bereich noch günstiger wäre oder überhaupt nur an einem anderen Standort realisiert werden kann. Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass die übrigen regionalplanerischen Ziele eingehalten werden und sich insbesondere keine negativen raumordnerischen Wirkungen in Bezug auf andere Zentrale Orte, die Funktion der Innenstadt und die wohnortnahe Versorgung ergeben. Dies ist jeweils konkret nachzuweisen. Aufgrund dieser Prüfung ergibt sich gegenüber der Inanspruchnahme eines im Regionalplan dargestellten Ergänzungsstandortes ein zusätzlicher Begründungsaufwand.

Tabelle  
Einzelhandels-  
sortimente

Die wirksame regionalplanerische Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten differenziert nach ihrer Zentrenrelevanz, bedarf einer generell anzuwendenden transparenten Vorgabe, welche Sortimente als zentrenrelevant und welche als nicht-zentrenrelevant anzusehen sind. Aus diesem Grund wird in der folgenden Tabelle eine entsprechende Sortimentseinteilung dargelegt. Diese Auflistung soll als Anhaltspunkt dienen und gewährleisten, dass eine möglichst einheitliche Beurteilung der Innstadtrelevanz von Einzelhandelsgroßprojekten in der Region anhand vergleichbare Maßstäbe erreicht wird. Sie wird bei der regionalplanerischen Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben herangezogen. Die Auswahl der in der Tabelle vorgegebenen Sortimente erfolgte dabei in Anlehnung an unterschiedliche Quellen (z.B. Einzelhandelserlass Nordrhein-Westfalen 1996, div. Einzelhandelskonzepte der GMA, Sortimentslisten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG, „Kölner Liste“) sowie aus verschiedenen Bauleitplänen). Sie ist darüber hinaus auf die Liste „Zentren- und Nahversorgungsrelevante Sortimente“ in der Anlage der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten [...] (Einzelhandelserlass) vom 21.2.2001 dahingehend abgestimmt, dass trotz größerer Differenzierung im Regionalplan keine grundsätzlichen Abweichungen hinsichtlich der Einstufung von Sortimenten bestehen. Die Liste stellt keine abschließende oder verbindliche Festlegung zentrenrelevanter bzw. nicht-zentrenrelevanter Sortimente dar.

Die Beurteilung der Zentrenrelevanz kann nicht jeweils standortbezogen bzw. vorhabenbezogen erfolgen. Würde eine entsprechende Bewertung jeweils individuell projekt- und standortbezogen vorgenommen, würde dies zwangsläufig zu einer schleichenden Aushöhlung des Begriffs der Innstadtrelevanz führen und die Verlagerung entsprechender Sortimente forciert. Negative Entwicklungen würden somit verstärkt bzw. - gefestigt und die Chance zur Attraktivitätssteigerung und Funktionsverbesserung von Innenstädten durch das „Zurückholen“ von Versorgungsfunktionen würde letztlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Für die regionalplanerische Bewertung der Zentrenrelevanz von Einzelhandelsgroßprojekten wird folgende Sortimentseinteilung zugrunde gelegt:

Zentrenrelevante Sortimentsgruppen sind insbesondere.

- Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
- Schreibwaren, Papier, Bastelbedarf, Büroartikel (ohne Büromöbel)
- Kunst, Antiquitäten,
- Haushaltswaren, Glas/Porzellan/Keramik, Kunstgewerbe, Geschenkartikel
- Baby-, Kinderartikel
- Bekleidung, Pelze, Lederwaren, Schuhe
- Unterhaltungselektronik, Bild- und Tonträger, Computer, Elektrowaren
- Fotoartikel, Optik,
- Einrichtungszubehör (ohne Möbel), Haus- und Heimtextilien, Teppiche
- Musikinstrumente, Musikalien
- Uhren, Schmuck, Silberwaren
- Spielwaren, Sportartikel, Sportgeräte (ausgenommen Großgeräte)
- Lebensmittel, Getränke
- Apotheken-, Drogerie-, Kosmetikwaren,
- Blumen
- Zooartikel, Tiere, Tiernahrung

Darüber hinaus können im konkreten Einzelfall auch andere als die vorstehend genannten Sortimente als zentrenrelevant einzustufen sein, sofern sie in den zentralen, innerstädtischen Einkaufslagen angeboten werden. Umgekehrt bedeutet es nicht automatisch, dass ein bestimmtes Sortiment nicht innerstadtrelevant ist, das in der jeweiligen Innenstadt nicht (mehr) vorkommt.

Nicht-zentrenrelevante Sortimentsgruppen sind insbesondere:

- Möbel, Büromöbel, Büromaschinen, Küchen
- Sanitär-/Badeinrichtung
- Elektrogroßgeräte („weiße Ware“), Herde, Öfen
- Teppichböden, Fußbodenbeläge, Tapeten, Malereibedarf
- Holz, Bauelemente, Baustoffe, Fliesen, Werkzeuge, Maschinen
- Pflanzen, Pflanzensubstrate, Pflege- und Düngemittel, Pflanzengefäße
- Gartengeräte, -werkzeuge, -baustoffe, Gartenmöbel
- großteilige Camping- und Sportgeräte (z.B. Boote, Tauchsportgeräte)
- Kfz-Zubehör, Fahrräder, Fahrradzubehör

Zusammenfassend sind bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten bzw. Veranstaltungszentren die folgenden standortbezogenen regionalplanerischen Anforderungen und Vorgaben zu berücksichtigen:

1. Standortgemeinde muss als Ober-, Mittel- oder Unterzentrum ausgewiesen sein (Pl.S. 2.7.2 (Z) i.V.m. Pl.S. 2.1.1 (N) - 2.1.4 (Z)).
2. Der Standort muss innerhalb der Ortslagen der Siedlungsbereiche liegen (Pl.S. 2.7.3 (Z) i.V.m. Pl.S. 2.3.5 (Z)).
3. Der Standort muss innerhalb des zentralörtlichen Versorgungskerns liegen (Pl.S. 2.7.3 (Z) i.V.m. Pl.S. 2.1.1 (N) - 2.1.4 (Z)).
4. Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevantem Sortiment müssen innerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte liegen (Pl.S. 2.7.4 (Z)).
5. Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte mit nicht-zentrenrelevantem Sortiment sind unter bestimmten Voraussetzungen auch außerhalb der regionalbedeutsamen Einzelhandelsschwerpunkte zulässig (Pl.S. 2.7.5 (Z)). Hierfür aus raumordnerischer Sicht empfehlenswerte Standortbereiche sind die Ergänzungsstandorte gem. Pl.S. 2.7.6 (G)

Neben diesen standortbezogenen Voraussetzungen sind die in Pl.S. 2.7.2 (Z) formulierten sonstigen raumstrukturellen Vorgaben zu beachten.



Zu 2.7.7 (G)  
Anbindung an den  
öffentlichen Personen-  
nahverkehr

Die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren an nicht integrierten, peripheren und allein auf die gute Erreichbarkeit mit dem Individualverkehr ausgerichteten Standorten bewirkt - in Verbindung mit dem regelmäßig damit verbundenen Verlagerungs- bzw. Verdrängungseffekt von Einzelhändlern aus den bestehenden Versorgungskernen - letztlich eine Verschlechterung der verbrauchernahen Versorgungssituation für Menschen, die nicht über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügen. Eine nachträgliche Anbindung entsprechender Standorte durch den ÖPNV scheitert i.d.R. an den hohen Investitions- und Betriebskosten und der guten Verkehrsanbindung für den motorisierten Individualverkehr. Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren sollen daher zukünftig nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie auch an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind.

Anbindung an den  
Schienenpersonen-  
nahverkehr

Insbesondere Einrichtungen, die aufgrund ihrer Verkaufsfläche bzw. ihres spezifischen Angebot (Einzelhandelsgroßprojekte ab einer Größenordnung von ca. 25.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, Hersteller-Direktverkaufszentren, publikumsintensive überörtlich wirksame Veranstaltungszentren mit mehr als 5.000 Besucherplätzen wie besonders große, regionsweite oder sogar überregionale Bedeutung haben, sollen nach Möglichkeit über eine Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr verfügen.

Zielsetzung dieser Festsetzungen ist, mit zumutbarem Aufwand die Versorgung der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig die weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs mit den bekannten Folgewirkungen und -kosten zu vermeiden. Sofern für eine entsprechende Verkehrsanbindung spezifische Investitionen erforderlich werden, sollten diese durch den Vorhabensträger erbracht werden. Ansonsten würde durch die Belastung der öffentlichen Kassen faktisch eine Subventionierung von (u.U. nicht erwünschten) Standorten vorgenommen.

Zu 2.7.8 (Z)  
Standorte bestehender  
Einrichtungen

Einzelhandelsgroßprojekte gemäß Pl.S. 2.7.2, die baurechtlich genehmigt bereits heute bestehen, genießen grundsätzlich Bestandsschutz unabhängig davon, ob sie an Standorten realisiert wurden, an denen sie nach den Vorgaben des jetzigen Regionalplans zulässig wären. Eine Erweiterung der Verkaufsflächen entsprechender Einrichtungen an ungeeigneten, nach den Vorgaben des jetzigen Regionalplans unzulässigen Standorten sind jedoch zu vermeiden. Erweiterungen der Verkaufsflächen sind somit nur im Rahmen der gesetzlich geschützte Bestandssicherung zulässig. Gleiches gilt, wenn ein bestehender, bislang nur örtlich wirksamer Einzelhandelsbetrieb durch eine vorgesehene Erweiterung überörtliche Bedeutung erlangt. Aus diesem Grund sollen die Erweiterungsmöglichkeiten an solchen Standorten eingeschränkt werden. Diese regionalplanerische Zielsetzung dient in erster Linie dazu, Fehlentwicklungen nicht weiter zu verfestigen, negative Wirkungen dieser „Altfälle“ zu minimieren und zumindest zukünftig für die Entwicklungsmöglichkeiten großflächiger, überörtlich wirksamer Einzelhandelseinrichtungen einheitliche raumordnerische Voraussetzungen zu schaffen.

Zu 2.7.9 (V)  
Anpassung von  
Bebauungsplänen

Das geltende Planungs- und Baurecht bietet bereits eine Reihe von Steuerungsmöglichkeiten für Einzelhandelsstandorte. Neben Landes- und Regionalplanerischen Zielen und Grundsätzen bietet insbesondere die Baunutzungsverordnung über die städtebauliche Vorschrift in § 11 Abs. 3 BauNVO 1990 eine konkrete Handhabe um die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten zu steuern. Solche Betriebe sind demnach nur in Kerngebieten der Städte oder in Sondergebieten zulässig. Über diese Vorschrift werden grundsätzlich auch neue Erscheinungsformen des Einzelhandels, wie z.B. die Ansiedlung mehrerer kleinerer Einzelhandelsbetriebe oder den Verkauf in sogenannten Hersteller-Direktverkaufszentren („Factory-Outlet-Center“) erfasst.

Wirksamkeit entfaltet die BauNVO 1990 i.d.R. jedoch nur für neuere Bebauungspläne, die nach dem 1.1.1977 aufgestellt wurden, da die BauNVO keine automatische Rückwirkung entfaltet. In älteren Bebauungsplänen lässt sich danach im Zweifelsfall planerisch einer Realisierung unerwünschter Standorte nicht ausschließen.

Es liegt im Interesse einer vorausschauenden und verantwortlichen Bauleitplanung, die entsprechenden Bebauungspläne auf die neue Regelung umzu-

Zu 2.7.10 (V)  
Erarbeitung von  
Entwicklungskonzepten

stellen, um die Möglichkeit einer konsequenten Anwendung der bestehenden Regelungsinstrumentarien zu gewährleisten. Dieser Vorschlag erfolgt auf der Grundlage der Empfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO).<sup>3</sup>

Auf die Notwendigkeit von umfassenden Einzelhandelskonzepten und Zentrumsentwicklungsplanungen wurde bereits in der Begründung zu Pl.S. 2.7.1 (G) hingewiesen. Ohne eine umfassende und sorgfältig abgestimmte Konzeption dürften größere Einzelhandelsprojekte i.d.R. nicht mehr abwägungsfähig sein. Dies insbesondere vor dem Hintergrund des erforderlichen Nachweises darüber, dass entsprechend Pl.S. 2.7.2 (Z) Einzelhandelsgroßprojekte bzw. überörtlich wirksame Veranstaltungszentren keine negativen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der zentralen Versorgungszentren (Stadt- und Ortskerne) der Standortgemeinde oder anderer Zentraler Orte haben und damit die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich nicht beeinträchtigt wird.

Auch im Einzelhandelserlass des Wirtschaftsministeriums wird kommunalen Einzelhandelskonzepten eine zentrale Bedeutung hinsichtlich der wirksamen Steuerung des Einzelhandels innerhalb der Kommunen beigemessen. Der Einzelhandelserlass empfiehlt im Zusammenhang mit der Erarbeitung entsprechender Konzeptionen u.a. auch eine Beteiligung der Regionalverbände und eine Abstimmung mit benachbarten Kommunen (Pkt. 4.1 Einzelhandelserlass). Darüber hinaus wird ausgeführt, dass ohne eine entsprechende Einzelhandelskonzeption und ausreichende Thematisierung der Steuerung von Einzelhandelsprojekten im Flächennutzungsplan, dem FNP die Genehmigung zu versagen ist. Dies dokumentiert die zentrale Bedeutung abgestimmter kommunaler Einzelhandelskonzepte für die wirksame Steuerung des Einzelhandels.

---

<sup>3</sup> Gemeinsame EntschlieÙung der ARGEBAU und MKRO „Innenstädte als Einzelhandelsstandorte erhalten“ vom 29. März 1996



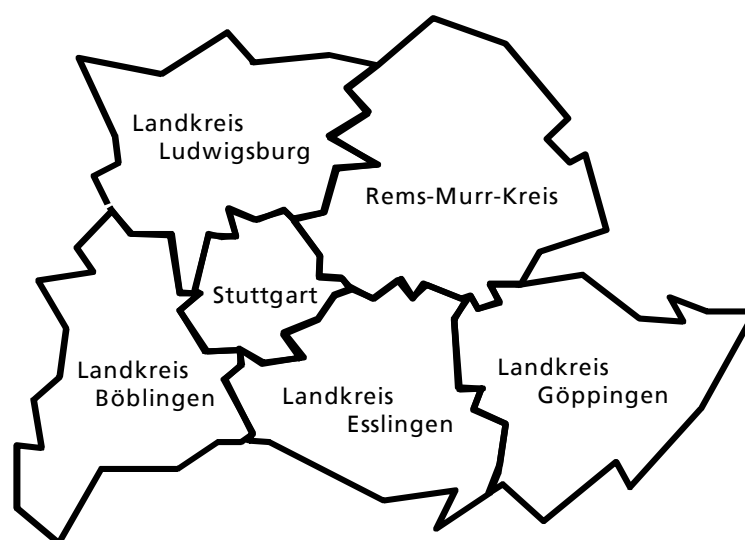
**Verband Region  
Stuttgart**

# ***REGIONALPLAN***

TEILFORTSCHREIBUNG KAPITEL 2.7

VOM 09.07.2008

## **REGION STUTTGART**



**Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart im Kapitel 2.7  
(in der Fassung der Teiländerung vom 13.03.2002) vom 09.07.2008**

Beschluss zur Einleitung des Verfahrens gemäß § 12 Abs. 1 Landesplanungs-gesetz (LplG) durch die Regionalversammlung	20.07.2005
Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen und Planungsträger gemäß § 12 Abs. 2 LplG	25.07.2005 – 31.10.2005
Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 3 LplG	28.09.2005 – 28.10.2005
Beschluss zur erneuten Beteiligung gemäß § 12 Abs. 1 Landesplanungs-gesetz (LplG) durch den Planungsausschuss	26.07.2006
Erneute Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen und Planungsträger gemäß § 12 Abs. 2 LplG	31.07.2006 – 17.11.2006
Erneute Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 3 LplG	02.10.2006 – 02.11.2006
Beschluss zur erneuten Beteiligung gemäß § 12 Abs. 1 Landesplanungs-gesetz (LplG) durch den Planungsausschuss	19.09.2007
Erneute Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen und Planungsträger gemäß § 12 Abs. 2 LplG	28.09.2007 – 31.01.2008
Erneute Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 3 LplG	05.11.2007 – 05.12.2007
Satzungsbeschluss durch die Regionalversammlung gemäß § 12 Abs. 10 LplG	09.07.2008
Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gemäß § 13 Abs. 1 LplG (Az.: 5R-2424.-11/25)	10.11.2008
Öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 LplG im Staatsanzeiger Baden-Württemberg Nr.: 46/2008	21.11.2008
Eintritt der Verbindlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 3 LplG	21.11.2008



# Baden-Württemberg

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM

Az.: 5R-2424.-11/25

## **Genehmigung**

### **der Teilfortschreibung des Regionalplans 1998 des Verbands Region Stuttgart im Kapitel 2.7 „Großflächige Einzelhandelsbetriebe und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren“ (in der Fassung der Teiländerung vom 13.03.2002)**

#### **I. Verbindlicherklärung**

1. Die von der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart am 09. Juli 2008 als Satzung beschlossene Teilfortschreibung des Regionalplans 1998 der Region Stuttgart (in der Fassung der Teiländerung vom 13.03.2002) im Kapitel 2.7 „Großflächige Einzelhandelsbetriebe und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren“, bestehend aus dem als Anlage zur Satzung beigefügten Text, wird gemäß § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385) für verbindlich erklärt.

Die Verbindlichkeit umfasst die Neufassung der textlichen Darstellung der in Plansatz 2.7.2 als Ziel festgelegten Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren sowie das mit Plansatz 2.7.11 neu eingefügte Ziel der Räumlichen Konzentration von Einzelhandelsbetrieben (Agglomeration).

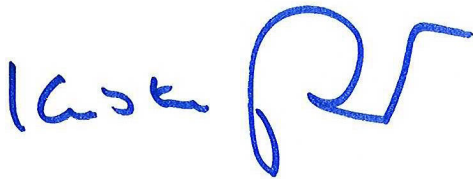
2. Gemäß § 4 LplG und § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2102) haben öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ziele „Z“ nach Maßgabe des Regionalplans bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten.
3. Die Teilfortschreibung des Regionalplans 1998 der Region Stuttgart wird mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Erteilung dieser Genehmigung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg verbindlich.

## **II. Hinweise zu Plansatz 2.7.2:**

Das Integrationsgebot Plansatz 3.3.7 des Landesentwicklungsplans 2002 bleibt unberührt.

Hersteller-Direktverkaufszentren/Fabrikverkaufszentren kommen nach den Vorgaben im Einzelhandelserlass und nach der Begründung zu Plansatz 3.3.7 des LEP in Mittelzentren nur bei einer Geschossfläche von weniger als 5.000 m<sup>2</sup> in Betracht.

Stuttgart, den 10. November 2008

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Kristin Keßler', with a stylized flourish at the end.

Kristin Keßler  
Ministerialdirigentin

## **Satzung**

### **des Verbands Region Stuttgart über die Feststellung der Teilfortschreibung des Regionalplans vom 22.07.1998 im Kapitel 2.7 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren (in der Fassung der Teiländerung vom 13.03.2002)**

**vom 09. Juli 2008**

Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart hat am 09.07.2008 aufgrund von § 12 Abs. 7 Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1.12.2005 (GBl. S. 710), folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1**

Die Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart vom 22. Juli 1998 im Kapitel 2.7 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren (in der Fassung der Teiländerung vom 13.03.2002) – bestehend aus dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Text – wird festgestellt.

#### **§ 2**

(1) Diese Satzung tritt auf Grund der öffentlichen Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg in Kraft. Durch die öffentliche Bekanntmachung werden die genehmigten Ziele und Grundsätze verbindlich.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Verbands Region Stuttgart vom 13.03.2002 über die Feststellung der Teiländerung des Regionalplans vom 22. Juli 1998 für das Kapitel 2.7 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und Veranstaltungszentren für den Plansatz 2.7.2 (Z) außer Kraft.

Ausgefertigt:

Stuttgart, den 09. Juli 2008



Thomas S. Bopp MdL  
(Verbandsvorsitzender)



## 2.7

**EINZELHANDELSGROSSPROJEKTE UND ÜBERÖRTLICH WIRKSAME VERANSTALTUNGSZENTREN**

*Im Zuge der Regionalplan-Teilfortschreibung im Kapitel 2.7 wird Plansatz 2.7.2 (Z) wie folgt neu gefasst und nach Plansatz 2.7.10 (V) der Plansatz 2.7.11 (Z) neu eingefügt.*

[...]

2.7.2 (Z)  
Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren

Einzelhandelsbetriebe, Einkaufszentren und sonstige Handelsbetriebe für Endverbraucher mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m<sup>2</sup> (Einzelhandelsgroßprojekte), sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig.

Verkaufsflächenumfang und Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen sind insbesondere auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und dessen Verflechtungsbereichs abzustimmen. Hersteller-Direktverkaufszentren/Fabrikverkaufszentren sind als Einkaufszentren zu behandeln und nur im Oberzentrum vorzusehen. Bei Einzugsbereichen, die nicht wesentlich über einen Mittelbereich hinausgehen kommen hierfür auch Mittelzentren in Frage.

Die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns der Standortgemeinde und anderer Zentraler Orte sowie die verbrauchernahe Versorgung dürfen dabei nicht beeinträchtigt werden.

Einzelhandelsgroßprojekte, die ausschließlich der Grundversorgung der Einwohner dienen und keine schädliche Wirkungen erwarten lassen, insbesondere auf die zentralörtlichen Versorgungskerne und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung anderer Gemeinden oder deren Ortskerne, sind auch in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion zulässig. Für die vorgenannten Einzelhandelsgroßprojekte gelten die Plansätze 2.7.3 bis 2.7.6 nicht. Ausschließlich der Grundversorgung dienen Einzelhandelsgroßprojekte, deren Sortiment Nahrungs- und Genussmittel einschließlich Getränke sowie Drogerieartikel umfasst; sonstige Waren dürfen nur als Nebensortiment auf nicht mehr als 10 % der Verkaufsfläche angeboten werden.

Überörtlich wirksame Veranstaltungszentren sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind ebenfalls nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig. Der Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen ist auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereichs abzustimmen

[...]

2.7.11 (Z)  
Räumliche  
Konzentration von  
Einzelhandelsbetrieben  
(Agglomeration)

Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben sind in den Ortskernen aller Gemeinden zulässig. Wird ein Bauleitplan aufgestellt oder geändert, dessen Geltungsbereich den Ortskern ganz oder teilweise erfasst, so darf die hier nach zulässige Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben keine schädlichen, überörtlichen Wirkungen entfalten, insbesondere auf die zentralörtlichen Versorgungskerne, die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung anderer Gemeinden oder deren Ortskerne. Ansonsten gelten für Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben die Plansätze 2.7.2 (Z) bis 2.7.8 (Z) entsprechend.

Eine Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben entsteht, wenn räumlich nahe beieinander liegend mehrere Einzelhandelsbetriebe errichtet werden, zu einem bestehenden Einzelhandelsbetrieb ein oder mehrere neue Einzelhandelsbetriebe hinzu treten oder bestehende Einzelhandelsbetriebe erweitert oder umgenutzt werden, so dass die Summe der Verkaufsflächen der räumlich nahe beieinander liegenden Einzelhandelsbetriebe größer als 800 m<sup>2</sup> ist. Räumlich nahe beieinander liegen Einzelhandelsbetriebe, wenn die Luftlinie zwischen den Gebäudezugängen nicht länger als 150 m ist.

Ausgefertigt:  
Stuttgart, den 09. Juli 2008



Thomas S. Bopp MdL  
(Verbandsvorsitzender)



## 2.7

**EINZELHANDELSGROSSPROJEKTE UND ÜBERÖRTLICH WIRKSAME VERANSTALTUNGSZENTREN****Begründungen**

[...]

zu:

2.7.2 (Z)

Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren

Der Strukturwandel im Einzelhandel und die daraus resultierenden Konzentrations- und Flächenwachstumsprozesse führen dazu, dass die Grundversorgung in immer mehr Kommunen in der Region gefährdet ist. Dies betrifft insbesondere die kleineren Kommunen. In der Region verfügen mehr als 30 der 179 Kommunen nicht mehr über eine zeitgemäße Grundversorgung. Infolge der gleichzeitig stattfindenden Standortverlagerung im Einzelhandel an die Peripherie der Kommunen wird hierdurch den nicht über einen Führerschein oder nicht ständig über einen Pkw verfügenden Menschen der Zugang zu Versorgungsmöglichkeiten besonders erschwert. Bestätigt wird dieser Befund in einer empirischen Untersuchung zur Situation und Zukunft der Nahversorgung, die im Auftrag des Verbands Region Stuttgart und gefördert durch das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium Baden-Württemberg im Jahr 2001 vom Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber + Partner durchgeführt wurde.<sup>1</sup> Auf die Frage, was fehlt am Ort, wurde am häufigsten die Lebensmittelversorgung genannt. Dabei wurde in Orten, in denen die Lebensmittelversorgung als nicht ausreichend charakterisiert wurde, dies von 70 % der Befragten als problematisch empfunden. Mehr als die Hälfte der Befragten sehen durch eine unzureichende Nahversorgung erwähnenswerte Beeinträchtigungen für sich; mehr als ein Fünftel sehen durch entsprechende Versorgungslücken sogar erhebliche Nachteile. Die Problematik verschärft sich bei den autolosen Haushalten. Bei den Befragten ohne PKW bewerten Dreiviertel die Situation als problematisch. Ein sprunghafter Anstieg dieser Einschätzung ergibt sich erwartungsgemäß bei den älteren Betroffenen: 90 % schätzen die Versorgungsmöglichkeiten bei fehlender Nahversorgung als problematisch ein. Fehlende Nahversorgung bedeutet – neben den unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten – aber auch immer einen Verlust an Selbstständigkeit, an sozialen Kontakten und ein Angewiesensein auf andere, so ein Ergebnis der Studie.

Angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen tendenziell zurückgehenden Auslastung und Tragfähigkeit von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen ist eine Bündelung sowohl der Siedlungsentwicklung als auch der erforderlichen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen zur nachhaltigen Gewährleistung ihrer Tragfähigkeit erforderlich. Die Stärkung der Einzelhandelsfunktion der Unter- und Mittelzentren sowie des Oberzentrums als Kristallisationspunkt und Frequenzbringer auch für andere zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen ist damit ebenso bedeutsam wie die dezentrale Versorgung der Menschen mit den Gütern des täglichen Bedarfs.

Ziel der Teilfortschreibung des Regionalplanes ist vor diesem Hintergrund einerseits die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der höherstufig Zentralen Orte insbesondere als Einzelhandelsstandorte zu sichern und andererseits die Grundversorgung möglichst wohnungsnah und damit möglichst in allen Orten in der Region sicherzustellen. Dadurch sollen die Versorgungsmöglichkeiten der nicht über einen Pkw verfügenden Menschen gesichert, möglichst aber verbessert werden. Zudem kann dadurch erreicht werden, dass eine flächendeckende, dezentrale Versorgungsinfrastruktur ermöglicht und gesichert wird, die dazu beiträgt, Fahrverkehr und daraus resultierende Umweltbelastungen zu reduzieren.

<sup>1</sup> Verband Region Stuttgart (Hrsg.) „Das Ende der Nahversorgung? Studie zur wohnungsnahen Versorgung“, Schriftenreihe Nr. 17, Stuttgart 2002

Mit Blick auf die Verwirklichung dieses Ziels hat jede Ansiedlung von für Betreiber wie Konsumenten besonders attraktiven Einzelhandelsgroßprojekten, d.h. von Einzelhandelsbetrieben, Einkaufszentren und sonstigen Handelsbetrieben mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m<sup>2</sup> erhebliche Bedeutung.

Angesichts der besonderen räumlichen Struktur des Plangebiets, der prognostizierten Entwicklung der Bevölkerung und des Einzelhandels soll eine möglichst gut erreichbare Versorgung der Bevölkerung mittels einer Konzentration der Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte sichergestellt werden. Die regionale Konzentrationsplanung soll zum einen ausschließen, dass raumordnerisch ungünstiger gelegene Einzelhandelsgroßprojekte den Einzelhandel an den raumordnerisch günstiger gelegenen Standorten in höherstufigen Zentralen Orten verdrängen, zum anderen aber auch schlicht die Zahl der Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte begrenzen, um die Tragfähigkeit dieser Standorte langfristig zu sichern. Damit wird zwar Wettbewerb zwischen Standorten ausgeschlossen, nicht jedoch der Wettbewerb zwischen Einzelhandelsunternehmen; letzterer wird an bestimmten Orten konzentriert. Meint ein Einzelhändler, dass der Verflechtungsbereich eines höherstufigen Zentralen Ortes ein weiteres Einzelhandelsgroßprojekt trägt oder dass er sich im Wettbewerb mit bestehenden Betrieben durchzusetzen vermag, so kann er sich an den höherstufigen Zentralen Orten dem Wettbewerb stellen. Werden hierdurch Einzelhandelsbetriebe – seien es bestehende oder der neu hinzutretene – im Wettbewerb verdrängt, so bleibt gleichwohl eine von der Nachfrage im Verflechtungsbereich getragene Versorgungssituation und damit die Funktionsfähigkeit des höherstufigen Zentralen Ortes erhalten; ausgeschlossen wird die raumordnerisch negativ zu bewertende Situation, dass ein an einem nicht zentralen Ort oder Kleinzentrum gelegenes Einzelhandelsgroßprojekt ein Einzelhandelsgroßprojekt an einem höherstufigen Zentralen Ort verdrängt.

Ausgenommen von der Standortkonzentration werden Einzelhandelsgroßprojekte, die ausschließlich der Grundversorgung dienen. Damit soll die wohnortnahe Grundversorgung außerhalb der höherstufigen Zentralen Orte und deren zentralörtliche Versorgungskerne verbessert werden, indem dort den ausschließlich der Grundversorgung dienenden Betrieben insoweit eine Alleinstellung eingeräumt wird, als dort nur sie Einzelhandelsgroßprojekte realisieren dürfen. Diese Alleinstellung soll gerade Kleinzentren und nicht zentrale Orte für Lebensmittelsupermärkte (sogenannte Vollversorger) attraktiver machen. Auch wenn für diese Betriebe die Plansätze 2.7.3 – 2.7.6 nicht gelten, ist Plansatz 3.3.7.2 Z LEP 2002 zu beachten. Dabei wird nicht verkannt, dass die so privilegierten Betriebe im Wettbewerb mit dem Einzelhandel an den höherstufigen Zentralen Orten stehen und es auch insoweit zu der raumordnerisch unerwünschten Situation kommen kann, dass ein Einzelhandelsgroßprojekt der Grundversorgung an einem nicht zentralen Ort oder in einem Kleinzentrum Einzelhandel an einem höherstufig Zentralen Ort verdrängt. Dieses Risiko wird zwar nicht ausgeschlossen, aber doch reduziert, da im Einzelfall nicht zu erwarten sein darf, dass sich ein Einzelhandelsgroßprojekt der Grundversorgung schädlich auf die Versorgungssituation in seinem Einzugsbereich auswirkt. Das durch diese Einzelfallprognose verminderte Risiko wird – anders als bei sonstigen Einzelhandelsgroßprojekten – hingenommen, weil eine besonders wohnortnahe Grundversorgung für in der Region lebende Bürger von großer Bedeutung ist. Zu beobachten wird sein, ob die Privilegierung der ausschließlich der Grundversorgung dienenden Betriebe in der Praxis trotz Einzelfallprüfung nicht doch zu einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit der höherstufigen Zentralen Orte und deren zentralörtliche Versorgungskerne führt. In diesem Fall müsste erwogen werden, den Plansatz dahingehend zu ändern, dass die Privilegierung grundversorgender Betriebe entfällt. Denn mit Blick auf die wohnortnahe Versorgung aller Bürger der Region genießt die Erhaltung der Versorgungsfunktion der höherstufigen Zentralen Orte Vorrang vor dem Interesse einzelner Gemeinden an einer möglichst wohnortnahen (Grund-)Versorgung ihrer Einwohner.

[...]

zu:  
 2.7.11 (Z)  
 Räumliche  
 Konzentration von  
 Einzelhandelsbetrieben  
 (Agglomeration)

Die Einbeziehung von Einzelhandelsagglomerationen in die regionalplanerischen Vorgaben zu Einzelhandelsgroßprojekten trägt dem Umstand Rechnung, dass in der Region Stuttgart zunehmend Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben insbesondere an peripher gelegenen Standorten entstehen, welche die gleichen Wirkungen hervorrufen, wie Einzelhandelsgroßprojekte. So ging in mehreren Fällen des Entstehens einer Einzelhandelsagglomeration an nicht zentralen Orten die Nahversorgung umliegender Gemeinden vollständig verloren. Die Entwicklung und Ausprägung entsprechender Einzelhandelsagglomerationen ist dabei nicht auf Betriebe der Grundversorgung beschränkt. Erfahrungsgemäß bilden sie den Ansatzpunkt auch für die Ansiedlungen weiterer (nicht großflächiger) Fachmärkte mit Sortimenten des mittel- und langfristigen Bedarfs (z.B. Textil-, Schuh- oder Sportfachmärkte sowie Elektrofachmärkte). Sie übernehmen damit Versorgungsfunktionen von Orten höherer Zentralitätsstufen und tragen zu einer Beeinträchtigung der Tragfähigkeit z. B. bestehender Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen bei. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass Standorte von Einzelhandelsagglomerationen an für den Individualverkehr gut erschlossenen und mit einem großen Parkplatzangebot ausgestatteten Standorten entstehen. Eine solche Entwicklung steht damit im Widerspruch zu der regionalplanerischen Zielsetzung, die Einzelhandelsfunktion der Zentralen Orte als Kristallisationspunkt und Frequenzbringer auch für andere zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen zu stärken.

Einzelhandelsagglomerationen bedürfen vor diesem Hintergrund konsequenter Weise einer raumordnerischen Steuerung, die der von Einzelhandelsgroßprojekten entspricht. Dies gilt jedoch ausdrücklich nicht für bestehende Einzelhandelsagglomerationen in den Stadt- bzw. Ortskernen, in denen Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben raumordnerisch ja gerade gewünscht sind. Die Stadt- und Ortskerne sind die gewachsenen Zentren für Handel und Dienstleistungen, in deren Erhalt und Attraktivitätssteigerung durch die Städtebauförderung erhebliche finanzielle Mittel investiert wurden und werden. Die raumordnerische Standortsicherung dieser Zentren stellt insoweit auch eine wichtige Investitionssicherung dar. Bei Bauleitplanung für Ortskerne ist allerdings zu beachten, dass die Verwirklichung der Bauleitplanung keine schädlichen Auswirkungen erwarten lässt.

Der Begriff der Einzelhandelsagglomeration wird über zwei Merkmale definiert: zum einen über eine räumliche bzw. lagebezogene Komponente und zum anderen, wie auch bei Einzelhandelsgroßprojekten, über den Umfang der insgesamt entstehenden Verkaufsfläche. Für die lagebezogene Komponente wird eine maximale Distanz der Eingänge zu den einzelnen Betrieben von 150 m festgelegt. Bis zu dieser Distanz ist davon auszugehen, dass die Betriebe durch die Kunden fußläufig genutzt werden, gemeinsam wahrgenommen werden und somit ein hohes Maß an Attraktivität und Bequemlichkeit ausstrahlen. Die Größenordnung von 150 m stellt dabei einen vergleichsweise niedrigen Wert für eine fußläufige Distanz dar, der z.B. bei vorgelagerten Parkplätzen von Einkaufszentren regelmäßig erreicht, oft sogar überschritten wird. Innerhalb von Fußgängerzonen werden im Vergleich dazu i.d.R. sogar deutlich größere Entfernungen akzeptiert. Der gewählte Entfernungsansatz gewährleistet daher, dass sich aufgrund der Lage einzelner Betriebe zueinander für die Kunden tatsächlich die Möglichkeit der Kopplung von Einkäufen auf kurzem Wege ergibt. Damit ergeben sich unmittelbare Synergieeffekte und ein entsprechender Attraktivitätsgewinn.

Hinsichtlich des Verkaufsflächenumfangs werden die gleichen Größen zu Grunde gelegt, wie bei Einzelhandelsgroßprojekten i. S. von Pl.S. 2.7.2. (Z), weil Einzelhandels-Agglomerationen aufgrund der über unterschiedliche Betriebe gegebenen Angebotsvielfalt bzw. Sortimentsbreite und -tiefe eher eine stärkere, keinesfalls jedoch schwächere Anziehungskraft auf Verbraucher ausüben, als einzelne, solitäre Betriebe, die entweder nur einzelne Sortimente (z.B. als Fachmarkt) oder zwar verschiedene Sortimente unter einem Dach, meist jedoch in geringerer Angebotsbreite und -tiefe anbieten. Auch für Einzelhandelsagglomerationen gilt jedoch die in Pl.S. 2.7.2 (Z) enthaltene Ausnahmeregelung zur Sicherung der örtlichen Grundversorgung.

Auch wenn eine Einzelhandelsagglomeration im Sinne dieses Plansatzes nach der höchstgerichtlichen Rechtssprechung kein Einzelhandelsbetrieb i. S. des § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1-3 BauNVO ist, und die Errichtung der einzelnen Betriebe somit außerhalb eines Sondergebietes i. S. des § 11 BauNVO oder eines Kerngebiets i. S. des § 7 BauNVO planungsrechtlich zulässig sein kann, so folgt hieraus nicht, dass es für die kommunale Bauleitplanung unmöglich wäre, das Entstehen einer Einzelhandelsagglomeration rechtmäßig durch Bauleitplanung zu verhindern. § 1 BauNVO gibt den Trägern der Bauleitplanung hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an die Hand.

## Umweltbericht

gemäß § 7 Abs. 5 Raumordnungsgesetz (ROG)  
zur Regionalplan-Teilfortschreibung im Kapitel 2.7

Anlass	<p>Das Raumordnungsgesetz (ROG) bestimmt in § 7 Abs. 5, dass bei der Aufstellung und Änderung von Raumordnungsplänen eine Umweltprüfung im Sinne der Richtlinie 2001/42/EG vom 27.06.2004 durchgeführt werden muss. Hierzu ist ein Umweltbericht zu erstellen, in dem die voraussichtlichen wesentlichen Umweltwirkungen, die der Raumordnungsplan hat, ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Der Umweltbericht kann als gesonderter Teil der Begründung des Raumordnungsplans aufgenommen werden. Soweit festgestellt wird, dass eine geringfügige Änderung des Raumordnungsplans keine erheblichen Umweltwirkungen hat kann vorgesehen werden, dass eine Umweltprüfung nicht erfolgen muss.</p> <p>Die Vorschriften des ROG sind bislang nicht in das Landesplanungsgesetz übernommen bzw. eingearbeitet worden. Die Vorgaben zur Erstellung des Umweltberichts greifen insofern unmittelbar auf die bundesrechtlichen Vorgaben zurück.</p>
Zweck der Teilfortschreibung des Regionalplans	<p>Die im Zuge Teilfortschreibung des Kapitels 2.7 Regionalplans vorgesehene Änderung des Plansatzes 2.7.2 (Z) sowie die Einfügung eines neuen Plansatzes 2.7.11 (Z) dient der Klarstellung und Konkretisierung der bestehenden regionalplanerischen Regelungen und Vorgaben des Kapitels 2.7. Klargestellt werden soll, dass die raumordnerischen Grundsätze und Ziele zur Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten auch bei der Ansiedlung oder Erweiterung mehrerer, je für sich nicht großflächiger Einzelhandelsbetriebe im räumlichen Zusammenhang (Agglomerationen) Anwendung finden. Die bestehenden raumordnerischen Vorgaben werden somit lediglich auf weitere Fallkonstellationen ausgedehnt. Im Einzelnen wird hierzu auf die Begründungen zu den Plansätzen 2.7.2 (Z) und 2.7.11 (Z) verwiesen.</p>
Ermittlung der voraussichtlichen erheblichen Umweltwirkungen	<p>Mit der Änderung des Plansatzes 2.7.2 (Z) und der Einfügung des Plansatzes 2.7.11 (Z) sind keine unmittelbaren Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden, insbesondere werden keine neuen Siedlungsflächen ausgewiesen oder Rahmenvorgaben gesetzt, die eine Ausweisung neuer Siedlungsflächen nach sich ziehen. Die Änderung und Ergänzung des Plankapitels konkretisiert die Anwendung bestehender raumordnerischer Grundsätze und Ziele im Rahmen der Bewertung von Bauleitplänen und Bauvorhaben, die seitens kommunaler Planungsträger bzw. privater Investoren initiiert werden. Die Plansätze lösen insofern keine Siedlungstätigkeit aus, sondern stellen planungsrechtliche Vorgaben dar. Diese raumordnerischen Vorgaben zielen darüber hinaus darauf ab, Einzelhandelsnutzungen nach Möglichkeit in die Siedlungsbereiche, insbesondere die Orts- und Stadtzentren zu integrieren und damit die direkte oder infolge von Nutzungsverdrängungen indirekte Neuausweisung von Siedlungsflächen zu vermeiden bzw. zu minimieren. Durch die angestrebte Integration von Einzelhandelsnutzungen in die Siedlungsbereiche wird darüber hinaus die Sicherstellung einer verbrauchernahen Versorgung und damit die Vermeidung von Individualverkehr und hierdurch hervorgerufene Umweltbelastungen angestrebt.</p>
Bewertung	<p>Die vorstehend dargelegten Inhalte und Ziele der Teilfortschreibung verdeutlichen, dass es sich um eine Konkretisierung bestehender Vorgaben und damit um eine geringfügige Änderung des Regionalplans im Sinne von § 7 Abs. 5 ROG handelt. Anhaltspunkte für negative umweltrelevante Wirkungen ergeben sich nicht.</p> <p>Insgesamt ist vor diesem Hintergrund davon auszugehen, dass mit der vorgesehenen Teilfortschreibung des Regionalplans voraussichtlich keine erheblichen Umweltwirkungen verbunden sein werden. Die Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 7 Abs. 5 ROG erscheint aus diesem Grund nicht erforderlich. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurden seitens der öffentlichen Stellen, deren Aufgabenbereich von Umweltauswirkungen berührt werden können, keine Hinweise gegeben, dass eine Umweltprüfung erforderlich ist.</p>



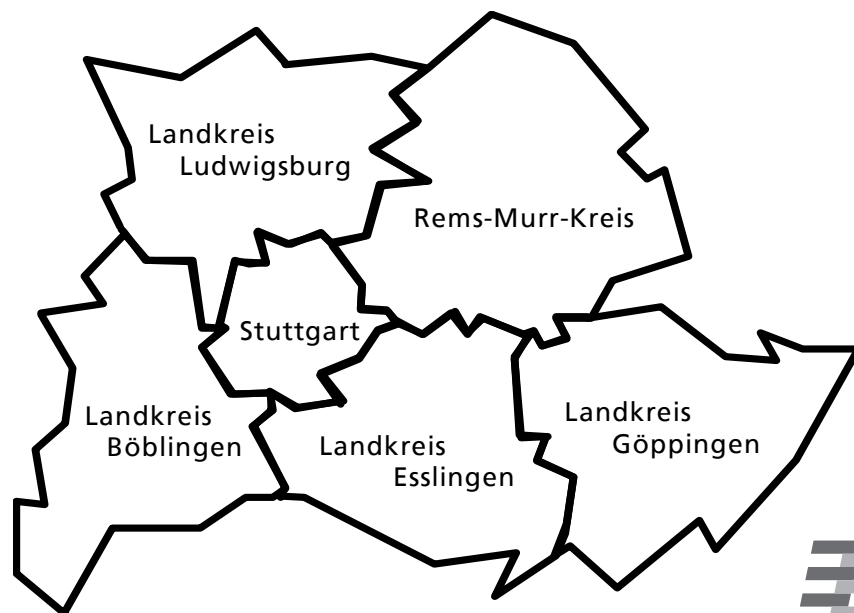
**REGIONALPLAN**  
Region Stuttgart

Raum für Zukunft.

# ***REGIONALPLAN***

VOM 22. JULI 2009

## **REGION STUTTGART**



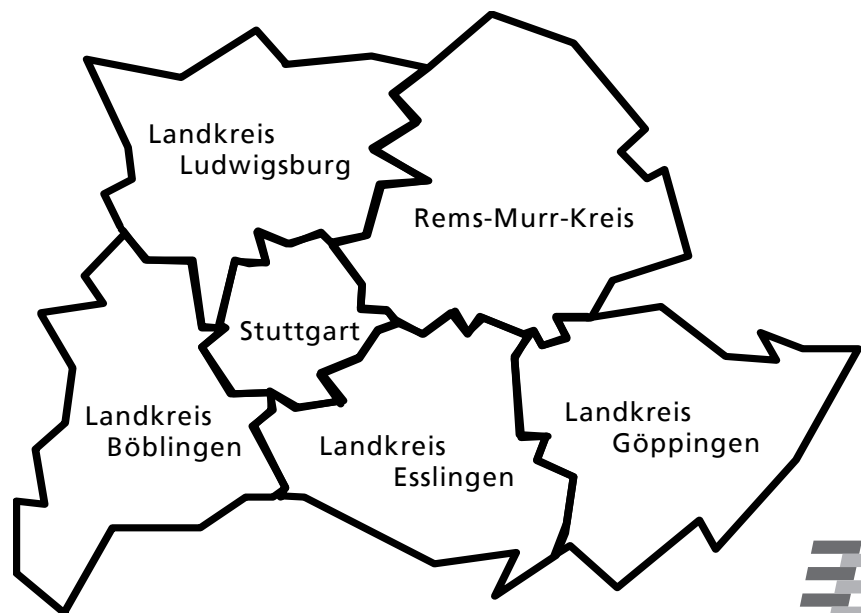
Verband Region  
Stuttgart



# ***REGIONALPLAN***

VOM 22. JULI 2009

## **REGION STUTTGART**





## **Regionalplan für die Region Stuttgart**

Beschluss zur Einleitung des Verfahrens durch die Regionalversammlung gemäß § 12 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LplG)	04.10.2006
Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen und Planungsträger gemäß § 12 Abs. 2 LplG mit Schreiben vom	28.02.2008
Öffentliche Auslegung gemäß § 12 Abs. 3 LplG	19.05.2008 – 19.06.2008
Satzungsbeschluss durch die Regionalversammlung gemäß § 12 Abs. 10 LplG	22.07.2009
Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gemäß § 13 Abs. 1 LplG (Az.: [...])	
Öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 LplG im Staatsanzeiger Baden-Württemberg Nr.: [...]	
Eintritt der Verbindlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 3 LplG	

Herausgeber:            Verband Region Stuttgart  
Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart  
Tel.: (0711) 227 59-0 Fax: (0711) 227 59-70  
E-Mail: [info@region-stuttgart.org](mailto:info@region-stuttgart.org)  
<http://www.region-stuttgart.org>

## Inhaltsverzeichnis



**INHALT****SEITE**

**Satzung des Verbands Region Stuttgart über die Feststellung des Regionalplans für die Region Stuttgart vom [...]**

**Genehmigung des Regionalplans für die Region Stuttgart vom [...] durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom [...]**

**Allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Regionalplan**

VII

**REGIONALPLAN REGION STUTTGART 2009 – TEXTTEIL**

**Plansatz    Begründung**

**Kapitel 1:    Ziele und Grundsätze der anzustrebenden räumlichen Entwicklung und Ordnung**

<b>1.1    Besondere Herausforderungen und Aufgaben der Region Stuttgart</b>	<b>3</b>	<b>9</b>
1.1.1    Leitbild der Regionalentwicklung	3	9
1.1.2    Innovative Ansätze zur Bewältigung nationaler und internationaler Konkurrenz / Sicherung der Standortattraktivität	3	9
1.1.3    Regionaler Beitrag zum Klimaschutz	3	9
1.1.4    Gender Mainstreaming und Chancengerechtigkeit	3	10
1.1.5    Die Region als Einheit gestalten	3	11
1.1.6    Vernetzte Planung mit dem Ziel verbesserter Siedlungs- und Umweltqualität	4	11
1.1.7    Europäische Metropolregion Stuttgart	4	12
<b>1.2    Grundsätze zur Entwicklung der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum</b>	<b>5</b>	<b>12</b>
1.2.1    Leistungskraft sichern und verbessern	5	12
1.2.2    Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung	5	12
1.2.3    Bewältigung der Veränderungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur	5	13
1.2.4    Ausbau der Bildungsinfrastruktur	5	13
<b>1.3    Grundsätze zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region</b>	<b>6</b>	<b>13</b>
1.3.1    Entwicklung zur Innovations- und Mobilitätsregion	6	13
1.3.2    Arbeitsplätze in Schwerpunkten und Bestandsflächen sichern und entwickeln	6	14
1.3.3    Standortsicherung für produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen auf spezifische Gegebenheiten abstimmen	6	14
1.3.4    Kooperation regionaler und kommunaler Wirtschaftsförderung	6	14
<b>1.4    Grundsätze zur räumlichen Ordnung</b>	<b>7</b>	<b>24</b>
1.4.1    Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen	7	15
1.4.2    Siedlungsentwicklung	7	15
1.4.3    Infrastruktur und Verteidigungseinrichtungen	8	17

## Kapitel 2: Regionale Siedlungsstruktur

<b>2.1 Raumkategorien</b>	<b>21</b>	<b>24</b>
2.1.1 Verdichtungsraum	21	24
2.1.2 Randzone um den Verdichtungsraum	22	25
2.1.3 Ländlicher Raum im engeren Sinne	23	26
<b>2.2 Entwicklungsachsen</b>	<b>31</b>	<b>33</b>
2.2.1 Landesentwicklungsachsen	31	33
2.2.2 Regionale Entwicklungsachse	32	33
2.2.3 Konzentration der weiteren Siedlungsentwicklung	32	33
<b>2.3 Zentrale Orte</b>	<b>37</b>	<b>39</b>
2.3.1 Oberzentrum	37	39
2.3.2 Mittelzentren und Mittelbereiche	37	39
2.3.3 Unterzentren	37	39
2.3.4 Kleinzentren	38	39
2.3.5 Zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskerne	38	40
2.3.6 Gemeinsame Zentrale Orte (Doppelzentren)	38	44
<b>2.4 Siedlungsentwicklung</b>	<b>51</b>	<b>53</b>
2.4.0 Quantitative Grundlagen	51	53
2.4.0.1 Bevölkerungsentwicklung	51	53
2.4.0.2 Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsräumen und Einheitsgemeinden	51	53
2.4.0.3 Wohnungsbedarf in Wohneinheiten	51	54
2.4.0.4 Bauflächen in den Siedlungsbereichen	51	54
2.4.0.5 Bauflächen in Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	51	55
2.4.0.6 Vorrang der Bestandsnutzung	51	55
2.4.0.7 Sozialer Wohnungsbau	52	55
2.4.0.8 Freiraumsicherung / Richtwerte für Siedlungsdichte	52	55
2.4.1 Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungstätigkeit (Siedlungsbereiche)	63	78
2.4.1.1 Siedlungstätigkeit in Siedlungsbereichen	63	73
2.4.1.2 Siedlungsbereiche außerhalb von Entwicklungsachsen	63	73
2.4.1.3 Ausformung der Siedlungsbereiche	63	73
2.4.1.4 Tabelle Siedlungsbereiche	64	74
2.4.2 Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	75	78
2.4.3 Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe	85	91
2.4.3.1 Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen	85	91
2.4.3.1.1 Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen	85	92
2.4.3.1.2 Schwerpunkte für Industrie und Logistik	85	92

2.4.3.1.3	Schwerpunkte in Bestandsgebieten	85	94
2.4.3.1.4	Ausschluss von Einzelhandelsgroßprojekten und Veranstaltungszentren	85	95
2.4.3.1.5	Organisation und Kooperation	85	95
2.4.3.1.6	Tabelle, Darstellung in der Raumnutzungskarte	86	96
2.4.3.2	Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe	97	99
2.4.3.2.1	Gewährleistung der verbrauchernahen Versorgung	97	100
2.4.3.2.2	Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren	97	101
2.4.3.2.3	Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte	97	105
2.4.3.2.4	Standorte für nicht zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte	97	127
2.4.3.2.5	Ergänzungsstandorte	98	128
2.4.3.2.6	Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr	98	130
2.4.3.2.7	Erarbeitung von Entwicklungskonzepten	98	131
2.4.3.2.8	Räumliche Konzentration von Einzelhandelsbetrieben (Agglomeration)	98	131
2.4.4	Schwerpunkte des Wohnungsbaus	133	136

### **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

<b>3.0</b>	<b>Grundsätze zur Sicherung und Ordnung der regionalen Freiraumstruktur</b>	<b>141</b>	<b>143</b>
3.0.1	Planelemente	141	143
3.0.2	Abstimmung der Freiraumfunktionen	141	143
3.0.3	Landschaftsrahmenplan	141	144
3.0.4	Landschaftspark Region Stuttgart	141	144
3.0.5	Eigenart und Vernetzung der Lebensräume	141	145
3.0.6	Regionaler Biotopverbund	141	145
3.0.7	Sicherung ausreichender Flächen für die Landwirtschaft	141	146
3.0.8	Bodenschutz	141	147
3.0.9	Erhaltung der Waldflächen	142	148
3.0.10	Sicherung klimarelevanter Ausgleichsflächen	142	148
3.0.11	Sicherung landschaftsbezogener Erholungsmöglichkeiten	142	148
<b>3.1</b>	<b>Regionale Grünzüge und Grünzäsuren</b>	<b>153</b>	<b>154</b>
3.1.1	Regionale Grünzüge	153	154
3.1.2	Grünzäsuren	153	166
<b>3.2</b>	<b>Gebiete für besonderen Freiraumschutz</b>	<b>183</b>	<b>184</b>
3.2.1	Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege	183	184
3.2.2	Gebiete für Landwirtschaft	183	184
3.2.3	Gebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen	183	184
3.2.4	Gebiete für Landschaftsentwicklung	183	185

<b>3.3 Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen</b>	<b>189</b>	<b>190</b>
3.3.1 Sicherung des Wasserhaushaltes	189	190
3.3.2 Sicherung der Wasserversorgung	189	190
3.3.3 Wasserereinsparung und Sicherung der Grundwasserneubildung	189	190
3.3.4 Mineral- und Thermalwasserschutz	189	191
3.3.5 Sicherung und Entwicklung der oberirdischen Gewässer	189	191
3.3.6 Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen	189	191
3.3.7 Grundwasserschutz	189	192
<b>3.4 Gebiete für den vorbeugender Hochwasserschutz</b>	<b>195</b>	<b>196</b>
3.4.1 Hochwasserschutz	195	196
3.4.2 Schutz vor Versiegelung	195	196
3.4.3 Rückhaltefunktion der Landschaft	195	196
3.4.4 Rückhaltebecken	195	196
3.4.5 Naturnahe Gestaltung von Retentionsräumen	195	196
3.4.6 Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz	195	196
<b>3.5 Gebiete für Rohstoffvorkommen</b>	<b>201</b>	<b>206</b>
3.5.0 Grundsätze für die Rohstoffsicherung	201	206
3.5.1 Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	201	211
3.5.2 Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen	204	211
<b>Kapitel 4: Regionale Infrastruktur (Standorte und Trassen)</b>		
<b>4.1 Verkehr</b>	<b>215</b>	<b>227</b>
4.1.0 Allgemeine Grundsätze	215	227
4.1.1 Straßenverkehr	216	228
4.1.2 Schienenverkehr	219	234
4.1.3 Öffentlicher Personannahverkehr	223	239
4.1.4 Luftverkehr	224	243
4.1.5 Wasserstraßen	225	245
4.1.6 Radverkehr	225	246
4.1.7 Nachrichtenverkehr	225	249
<b>4.2 Energie einschließlich Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen</b>	<b>253</b>	<b>257</b>
4.2.0 Allgemeine Grundsätze	253	257
4.2.1 Stromversorgung	253	258
4.2.2 Wärmeversorgung / Thermische Energie	254	260
4.2.3 Leitungsnetz	255	262
4.2.4 Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien	256	264
<b>4.3 Abfallwirtschaft</b>	<b>267</b>	<b>268</b>
4.3.1 Verwertung fördern / Zusammenarbeit verbessern	267	268
4.3.2 Standorte für die Abfallbehandlung und Abfallbeseitigung	267	269
4.3.3 Kooperationsprinzip / Erweiterung vor Neubau	267	271

4.3.4	Rekultivierung von Deponien	267	271
4.3.5	Vermeidung und Verwertung von Bodenaushub	267	271
<b>4.4</b>	<b>Messe</b>	<b>275</b>	<b>276</b>
4.4.1	Standortsicherung Landesmesse	275	276
4.4.2	Abstimmung der Belange von Flughafen und Landesmesse	275	276
Zusammenfassende Erklärung gemäß § 2a Abs. 6 Nr.1 Landesplanungsgesetz			279
Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Regionalplans gemäß § 2a Abs. 6 Nr. 2 Landesplanungsgesetz			291



**1. Karte 1: Raumnutzungskarte im Maßstab 1:50 000, Westteil / Ostteil**  
(die Karte gilt nur in Verbindung mit dem Textteil)

**2. Karte 2: Strukturkarte im Maßstab 1:200 000**

**3. Thematische Übersichtskarten**

(diese Karten dienen der Übersicht und werden nicht verbindlich)

Karte 3: Verwaltungsgliederung

Karte 4: Raumkategorien

Karte 5: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen

Karte 6: Schwerpunkte des Wohnungsbaus

Karte 7: Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen

Karte 8: Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Gebiete für Landschaftsentwicklung

Karte 9: Wasserwirtschaft

Karte 10: Rohstoffe

Karte 11: Regionalbedeutsames Straßennetz

Karte 12: Schienennetz in der Region Stuttgart

Karte 13: Regionalbedeutsame Radwegverbindungen

Karte 14: Versorgungsleitungen

Karte 15: Richtfunkstrecken

Karte 16: Regionaler Biotopverbund

Karte 17: Flurbilanz

<b>Allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Regionalplan</b>
---

Rechtliche Grundlagen	Der Regionalplan 2009 für die Region Stuttgart wird aufgestellt auf der Grundlage des Landesplanungsgesetzes vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.10.2008 (GBl. S. 338), des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 2002, des Raumordnungsgesetzes (ROG) vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986) und der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen (VwV Regionalpläne) vom 14.09.2005. Der Regionalplan in der vorliegenden Form ersetzt den Regionalplan 1998 für die Region Stuttgart.
Planungsgebiet und Planungszeitraum	Das Planungsgebiet umfasst die Region Stuttgart mit der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den Landkreisen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis. Die Region Stuttgart umfasst eine Fläche von rd. 3.654 km <sup>2</sup> . Sie ist mit rd. 2,67 Mio. Einwohnern (31.12.2006) die bevölkerungsreichste Region in Baden-Württemberg. Hier leben auf rd. 10 % der Fläche Baden-Württembergs rd. ein Viertel der Einwohner des Landes. Die Bevölkerungsdichte in der Region Stuttgart liegt mit rd. 730 Einwohnern/km <sup>2</sup> weit über dem Landesdurchschnitt von 299 Einwohnern pro km <sup>2</sup> ; die Region Stuttgart zählt damit zu den am stärksten verdichteten Regionen in Deutschland. Der Planungszeitraum des Regionalplans ist auf ca. 15 Jahre ausgerichtet. Im Bereich der Rohstoffsicherung geht der Zeitraum darüber hinaus.
Hinweise zu Text und Karten	<p>(1) Der Regionalplan besteht aus dem Text, Begründungen hierzu sowie dem Kartenteil mit der Raumnutzungskarte und der Strukturkarte. Entsprechend dem Landesplanungsgesetz und der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen ist die Gliederung des Regionalplans vorgegeben. Die Plansätze sind als „Ziel“ (Z), „Grundsatz“ (G), „Vorschlag“ (V) sowie „Nachrichtliche Übernahme“ aus dem Landesentwicklungsplan (N) kenntlich gemacht. Soweit bei nachrichtlichen Übernahmen aus dem Landesentwicklungsplan im Regionalplan Konkretisierungen, z.B. durch Nennung konkreter Gemeinden oder planerische Aussagen vorgenommen worden sind, werden diese Übernahmen durch eine Buchstabenkombination (N/Z bzw. N/G) gekennzeichnet. Die Begründungen und die thematischen Übersichtskarten nehmen nicht an der Verbindlichkeit des Regionalplans teil.</p> <p>(2) Der verbindliche Kartenteil besteht aus der Raumnutzungskarte im Maßstab 1:50 000 (West- und Ostteil) mit den zeichnerischen Darstellungen der verbindlich festgelegten Ziele und Grundsätze sowie der Strukturkarte zur Ordnung und Entwicklung der Region im Maßstab 1:200 000. Die Strukturkarte nimmt an der Verbindlichkeit teil, soweit sie regionalplanerische Ziele darstellt, wie Unter- und Kleinzentren sowie regionale Entwicklungsachsen.</p> <p>(3) Die Raumnutzungskarte stellt Ziele und Grundsätze des Regionalplans zeichnerisch dar. Die Darstellungen in der Raumnutzungskarte sind generalisiert und nicht parzellenscharf. Die verwendeten Flächen, Symbole, Schraffuren und Linien bezeichnen den räumlichen Bereich, der für die weitere Ausformung der regionalplanerischen Zielsetzungen vorgesehen ist. Die Ausformung erfolgt durch die Bauleitplanung oder andere nachfolgende Verfahren.</p> <p>(4) Soweit sie für die regionale Raumnutzung von Bedeutung sind, werden darüber hinaus Standorte, Trassen und Bereiche, die sich aus anderen Plänen und Maßnahmen ergeben, nachrichtlich dargestellt. Nachrichtliche Übernahmen geben nicht den Stand des Verfahrens im Einzelnen wieder.</p>
Wirkungen der Festlegungen	(1) Ziele der Regionalplanung (Z) sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, abschließend abgewogenen Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes. Bauleitpläne sind diesen Zielen anzupassen, öffentliche Stellen haben die Ziele bei ihren raumbedeutsamen Planungen zu beachten. Dies gilt auch bei Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Maßnahmen

öffentlicher Stellen und bei Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Maßnahmen von Personen des Privatrechts.

(2) Grundsätze der Regionalplanung (G) sind allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen öffentlicher und privater Belange.

(3) Vorschläge (V) sind Empfehlungen für die Träger der Bauleitplanung und Fachplanungsträger. Die Vorschläge nehmen nicht an der Verbindlichkeit teil.

(4) Nachrichtliche Übernahmen (N) sind zunächst die unmittelbar aus dem Landesentwicklungsplan übernommenen landesplanerischen Festlegungen. Diese nachrichtlichen Übernahmen werden im Regionalplan nicht zu Zielen bzw. Grundsätzen des Regionalplans. Die Bindungswirkung ergibt sich hier aus dem Landesentwicklungsplan. Darüber hinaus werden Gebiete, Trassen und Standorte aus Fachplanungen oder fachlichen Entwicklungsplänen nachrichtlich dargestellt. Rechtswirkungen dieser Darstellungen ergeben sich aus der jeweiligen Fachplanung oder dem Entwicklungsplan

#### Gebietsbezogene Festlegungen

(1) Die Raumnutzungskarte stellt die gebietsbezogenen Festlegungen u.a. in Form von Vorranggebieten (VRG), Vorbehaltsgebieten (VBG) sowie Ausschlussgebieten (ASG) dar. Darüber hinaus sind bestimmte regionalplanerische Festlegungen in der Raumnutzungskarte mit einem Symbol gekennzeichnet.

(2) Vorranggebiete (VRG) werden für bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen festgelegt; in diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.

(3) In Vorbehaltsgebieten (VBG) haben bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht.

(4) In Ausschlussgebieten (ASG) sind bestimmte raumbedeutsame Nutzungen, für die gleichzeitig Vorranggebiete festgelegt sind, ausgeschlossen.

## **Kapitel 1: Ziele und Grundsätze der anzustrebenden räumlichen Entwicklung und Ordnung**

- 1.1 Besondere Herausforderungen und Aufgaben  
der Region Stuttgart**
- 1.2 Grundsätze zur Entwicklung der Region als  
Lebens und Wirtschaftsraum**
- 1.3 Grundsätze zur wirtschaftlichen Entwicklung  
der Region**
- 1.4 Grundsätze zur räumlichen Ordnung**



**Kapitel 1:****ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ANZUSTREBENDEN RÄUMLICHEN ENTWICKLUNG UND ORDNUNG DER REGION**

1.1	Besondere Herausforderungen und Aufgaben der Region
1.1.1 (G) Leitbild der Regionalentwicklung	<p>(1) Ziel der Regionalentwicklung in der Region Stuttgart ist, Chancen für eine weiterhin hohe wirtschaftliche Leistungskraft zu eröffnen. Grundlage dafür ist eine nachhaltige, sozial gerechte, ökologisch tragfähige und ökonomisch effiziente Entwicklung der Region, die eine ausreichende Wohnungsverorgung sichert und den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht.</p> <p>(2) Die Vielfalt der Landschaftsräume ist zu erhalten und in ihrer naturnahen Entwicklung auch als Naherholungsraum zu fördern. Die in den Kommunen erreichte Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen ist tragfähig weiterzuentwickeln. Die Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung sind dabei an einer sparsamen Inanspruchnahme natürlicher und finanzieller Ressourcen, der Nachhaltigkeit, am sozialen Miteinander, der Integration und der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen auszurichten.</p>
1.1.2 (G) Innovative Ansätze zur Bewältigung nationaler und internationaler Konkurrenz / Sicherung der Standortattraktivität	<p>Für die Region Stuttgart als Motor der Entwicklung des Landes Baden-Württemberg und einer der bedeutendsten Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa ist die Sicherung der Standortattraktivität eine besondere Herausforderung. Dazu sollen in der Region innovative Konzepte aus folgenden Bereichen erarbeitet und umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch die gezielte Förderung von Wissen (Förderung von Wachstum und Innovationen),</li> <li>• Implementierung und der Ausbau neuer Technologien, die die bisherigen Cluster stärken bzw. ergänzen können,</li> <li>• gezielte Suche nach neuen Technologiefeldern sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen,</li> <li>• gezielte Nutzung der demografischen Veränderungen als Chance für die Schaffung neuer Beschäftigungsfelder,</li> <li>• Sicherung und Weiterentwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen mit dem Landschaftspark in Verbindung mit dem regionalplanerischen Freiraumschutz (Ressourcen bewahren und Gestaltung der Kulturlandschaft),</li> <li>• Vorbeugung und Anpassung an die Konsequenzen des Klimawandels,</li> <li>• Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung einer tragfähigen Infrastruktur einschließlich deren innerer und äußerer Vernetzung (Sicherung der Daseinsvorsorge).</li> </ul>
1.1.3 (G) Regionaler Beitrag zum Klimaschutz	<p>Bei der räumlichen Entwicklung und Ordnung der Region ist der Klimaschutz zentrale Aufgabe. Eine Minderung klimawirksamer Emissionen und Anpassungen an die Folgen der globalen Klimaveränderungen müssen auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden.</p>
1.1.4 (Z) Gender Mainstreaming und Chancengerechtig- keit	<p>(1) Es sollen als Leitprinzipien der Planung sowohl Gender Mainstreaming als auch Chancengerechtigkeit zugrunde gelegt werden, um die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Bedürfnisse im Lebensalltag von Frauen und Männern, alten und jungen Menschen, behinderten und nicht behinderten Menschen zu berücksichtigen, anzuerkennen und deren Teilhabe an allen Entwicklungen zu ermöglichen und zu fördern.</p> <p>(2) Bei der Standortwahl und Ausgestaltung von Gewerbegebieten und Wohngebieten sowie von Versorgungs-, Erholungs- und Infrastruktureinrichtungen ist auf eine günstige Zuordnung zueinander (Nutzungsmischung) ebenso zu achten wie auf eine Zuordnung zu öffentlichen Verkehrsmitteln und deren barrierefreie Erreichbarkeit sowie einem leistungsfähigen Straßennetz.</p>
1.1.5 (G) Die Region als Einheit gestalten	<p>Sowohl in der Wirkung nach außen als auch mit ihren inneren Verflechtungen ist die Region Stuttgart als ein zusammenhängender Lebens- und Wirtschaftsraum so zu gestalten, dass sich die wichtigsten Funktionen ergänzen. Die</p>

räumlichen Teile der Region sollen dabei weniger miteinander konkurrieren, sondern sich vielmehr entsprechend ihrer Eignung ergänzen, ausgleichen und zu einer Standortoptimierung beitragen. Der sich ergebende intensive interne Waren- und Leistungsaustausch und die Nachfrage nach hoch qualifizierten Transport- und Kommunikationseinrichtungen sind bei der Infrastrukturplanung zu berücksichtigen.

1.1.6 (G)  
Vernetzte Planung mit  
dem Ziel verbesserter  
Siedlungs- und  
Umweltqualität

(1) Die weitere Entwicklung der bebauten und der unbebauten Landschaft, der Siedlung und der Infrastruktur soll mit dem Ziel der Bewahrung und Verbesserung der Siedlungs- und Umweltqualität als räumliche Einheit geplant werden. Die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der Qualität und dem Leistungsvermögen der Freiräume, der Siedlungen und der Infrastruktur sind zu berücksichtigen. Die den Raum beeinflussenden oder ihn beanspruchenden Planungen und Maßnahmen sind aufeinander abzustimmen.

(2) Von besonderer Bedeutung ist dabei die Transformation regionalplanerischer Ziele und Grundsätze in Darstellungen und Festsetzungen der Bauleitplanung. Dazu soll bereits im Vorlauf zu formalen Beteiligungsverfahren eine möglichst frühzeitige Auseinandersetzung über kommunale Planungsvorstellungen und bestehende Erfordernisse der Raumordnung erfolgen. Im formalen Beteiligungsverfahren sollen bestehende Gestaltungsspielräume genutzt werden, um örtlichen Sondersituationen Rechnung zu tragen.

(3) Bei der räumlichen Entwicklung und Ordnung der Region ist zur Verbesserung und zum Erhalt der Lebensbedingungen bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität und gleichermaßen der Schutz vor Lärm als Belang zu berücksichtigen.

1.1.7 (Z)  
Europäische  
Metropolregion  
Stuttgart

(1) Die gesamte Region Stuttgart hat als Kern einer der elf von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) ausgewiesenen Europäischen Metropolregionen besondere Bedeutung für die Raumentwicklung in Deutschland und Europa. Aufgrund der damit verbundenen herausragenden Funktionen im internationalen Maßstab und der besonderen Bedeutung für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes ist die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit weiter zu entwickeln und zu stärken. Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg aus dem Jahr 2002 sind dazu der Europäischen Metropolregion folgende besonderen Regionalen Entwicklungsaufgaben zugewiesen:

- Verbesserung der Erreichbarkeit anderer Europäischer Metropolregionen in Deutschland und Europa und vergleichbarer Regionen durch den Ausbau der Fernstraßen und des Hochgeschwindigkeitsverkehrs der Bahn, insbesondere durch die Realisierung der Projekte Stuttgart 21 und der Magistrale Paris – Stuttgart - Budapest und durch deren Verknüpfung mit den regionalbedeutsamen netzen,
- die Erhaltung, den Ausbau und die Ansiedlung von Institutionen und Infrastrukturen mit internationaler und nationaler Bedeutung,
- die Weiterentwicklung des Landesflughafens Stuttgart im Gesamtnetz, insbesondere durch die Einbindung in das Hochgeschwindigkeitsnetz und den Regionalverkehr der Bahn,
- die Errichtung und den Betrieb der Landesmesse mit leistungsfähigen Anschlüssen an das Schienen- und Straßennetz und in räumlicher Nähe zum Landesflughafen Stuttgart als zukunftsfähige Dienstleistungseinrichtung mit Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg,
- die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsraum und Wirtschaftsstandort, insbesondere durch die Bewahrung der dezentralen Siedlungsstruktur, Vernetzung der Freiraumfunktionen und Weiterentwicklung des Verkehrssystems mit dem Ziel einer nachhaltigen sozial- und umweltverträglichen Mobilität.

(2) Zur Wahrnehmung dieser besonderen Entwicklungsaufgaben ist die Abstimmung und Zusammenarbeit mit den angrenzenden Räumen zu sichern und auszubauen.

1.2	<b>Grundsätze zur Entwicklung der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum</b>
1.2.1 (G) Leistungskraft sichern und verbessern	Die natürliche, die soziale und die wirtschaftliche Leistungskraft der Region Stuttgart ist - auch im Interesse des ganzen Landes - zu bewahren und zu fördern. Der intensive Leistungsaustausch mit benachbarten Regionen und anderen großen Wirtschaftsräumen ist zu fördern. Die Attraktivität als Lebensraum soll gesteigert werden, indem die Eignung des Standortes für Firmen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung gestärkt und die Infrastruktur verbessert wird.
1.2.2 (G) Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung	<p>Für die Region ist eine nachhaltige und Ressourcen schonende Raumentwicklung angesichts der hohen Verdichtung in besonderem Maße anzustreben. Dieses gilt insbesondere für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• den Erhalt, die Sicherung und die Entwicklung der Freiräume als Lebensgrundlage und Naherholungsraum,</li> <li>• die Sicherung einer leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft und ihrer natürlichen Produktionsgrundlagen, insbesondere des Bodens</li> <li>• die Vermeidung von Emissionen aus privaten und gewerblich-industriellen Aktivitäten sowie dem Verkehr,</li> <li>• die Gefahrenvorsorge vor Hochwasser, Extremwetter und anderen Naturereignissen,</li> <li>• die Erhaltung, Nutzung und Umnutzung von Gebäuden und Siedlungen sowie der technischen und sozialen Infrastruktur,</li> <li>• die Sicherung des kulturellen Erbes</li> <li>• die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke,</li> <li>• die umweltschonende Abwicklung der Mobilitäts- und Transportbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft,</li> <li>• den umweltschonenden Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur.</li> </ul>
1.2.3 (G) Bewältigung der Veränderungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur	<p>(1) Der Wandel in der Bevölkerungsstruktur (Altersstruktur, Haushaltsstruktur) ist zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen, um die langfristige Konkurrenzfähigkeit der Region zu sichern. Insbesondere sollen die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergebenden Chancen für neue Produkte und neue personennahe Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Wellness und Betreuungsdienste zum Aufbau neuer Beschäftigungsfelder genutzt werden.</p> <p>(2) Dabei soll auf der Qualifikation und dem Erfahrungsschatz der in der Region lebenden Menschen aufgebaut und dieser zu neuen Geschäftsfeldern und Dienstleistungen weiterentwickelt werden.</p>
1.2.4 (G) Ausbau der Bildungsinfrastruktur	Für die Belange der Aus- und Weiterbildung sowie der Höherqualifizierung von Jugendlichen, Arbeitslosen und älteren Menschen soll in der Region und in den einzelnen Mittelbereichen durch Hochschulen, Berufsakademien, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen besondere Vorsorge getroffen werden.



1.3	Grundsätze zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region
<p>1.3.1 (G) Entwicklung zur Innovations- und Mobilitätsregion</p>	<p>(1) Die vorhandene Stärke der Region als Wissenschafts-, Entwicklungs- und Produktionsschwerpunkt für den Fahrzeugbau und die Verkehrstechnik ist weiterzuentwickeln. Damit verbunden ist der Ausbau im Bereich des Maschinenbaus, der Elektronik und Nachrichtentechnik sowie der Medien, der Informations- und Kommunikationstechniken. Anknüpfend daran sollen in den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie Logistik neue Cluster und Beschäftigungsmöglichkeiten entwickelt werden. Möglichkeiten zur Bildung zusätzlicher Cluster sind zu identifizieren und zu nutzen.</p> <p>(2) Bei der räumlichen Planung sind Erprobungs-, Demonstrations- und Anwendungsmöglichkeiten innovativer Verkehrs- und Kommunikationstechniken zu verbessern. Die Nutzung besonders Ressourcen schonender und umweltverträglicher Entwicklungen ist in allen Anwendungsgebieten räumlicher Planung, insbesondere durch Änderung des „Modal-Split“ zugunsten des ÖPNV mit Schwerpunkt auf dem schienengebundenen Verkehr, zu fördern.</p>
<p>1.3.2 (G) Arbeitsplätze in Schwerpunkten und Bestandsflächen sichern und entwickeln</p>	<p>Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung sind von besonderer Bedeutung für die Sicherung der Standortattraktivität. Dazu sind vielseitige Arbeitsplätze möglichst wohnungsnah zu erhalten und im Sinne einer Angebotsplanung weiter zu entwickeln. Die benötigten und geeigneten Flächen sollen in erster Linie im Siedlungsbestand erhalten, gegebenenfalls erneut genutzt und verbessert werden. Für die weitere Entwicklung der produzierenden, verarbeitenden und dienstleistenden Betriebe ist ein ausreichendes Angebot an Flächen vorzuhalten oder in qualifizierten Schwerpunkten konzentriert auszuweisen.</p>
<p>1.3.3 (G) Standortsicherung für produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen auf spezifische Gegebenheiten abstimmen</p>	<p>Die Standortsicherung für produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen soll besonders qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten und qualifizierte Dienstleistungen für einen größeren Raum ermöglichen. Für das produzierende Gewerbe und die Logistik sind bei Neuausweisungen und Umstrukturierungen vorrangig Flächen mit wenigen Einschränkungen in der Nutzung unter Berücksichtigung etwaiger Nutzungskonflikte zu benachbarten Wohnnutzungen auszuweisen. Standorte für Dienstleistungsbetriebe sind vorrangig im Bestand auszuweisen.</p>
<p>1.3.4 (G) Kooperation regionaler und kommunaler Wirtschaftsförderung</p>	<p>Im Interesse der Nutzung, Intensivierung und Entwicklung der bestehenden Potenziale an qualifizierten Arbeitskräften, Arbeitsplätzen sowie bebauten und unbebauten Flächen in der Region ist im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zukünftig verstärkt die Bündelung der Kräfte, die Kooperation und Koordination erforderlich. Grenzen überschreitendes Planen und Handeln soll deshalb intensiviert und gefördert werden.</p>

1.4	Grundsätze zur räumlichen Ordnung
<b>1.4.1</b>  1.4.1.1 (Z) Leistungsvermögen des Naturhaushalts nachhaltig sichern	<b>Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen</b>  (1) Der Naturhaushalt und sein Leistungsvermögen zur Bereitstellung und Regeneration von Naturgütern für den Menschen sowie zur Aufnahme, Verarbeitung und zum Ausgleich von Belastungen sollen auf Dauer in ihrem Zusammenhang gesichert und verbessert werden.  (2) Die Freiräume in der Region sollen entsprechend ihrem natürlichen Potenzial für den Schutz der Artenvielfalt und als natürlichen Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt, für die Erholung, die Land- und Forstwirtschaft und zur Bewahrung des natürlichen Gleichgewichtes sowie ihrer klimatischen Funktionen gesichert und entwickelt werden.  (3) Eingriffe für neue Standorte und Trassen für der Allgemeinheit dienenden Versorgungs- und Verkehrsanlagen bedürfen einer sorgfältigen Begründung und Abwägung. Dabei sind Überlastungen unbedingt zu vermeiden, und es ist frühzeitig ein Ausgleich in räumlicher Nähe zum Eingriff anzustreben.
<b>1.4.2</b>  1.4.2.1 (G) Weiterentwicklung der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur  1.4.2.2 (G) Sicherung einer dezentralen Grundversorgung  1.4.2.3 (G) Funktion der Zentren und Zentrale Orte  1.4.2.4 (G) Zuordnung von Siedlung und Infrastruktur  1.4.2.5 (Z) Vorrangige Ausschöpfung der Nutzungsmöglichkeiten im Bestand	<b>Siedlungsentwicklung</b>  Die reich gegliederte, polyzentrale Siedlungs- und die vielfältige Wirtschaftsstruktur ist als wichtige Grundlage ausgewogener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse sowie als günstige Voraussetzung zur Sicherung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen in der Region weiter zu entwickeln.  Den sich wandelnden Bedürfnisse der weniger mobilen Bevölkerung ist durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der dezentralen Versorgungs- und sozialen Infrastruktur vorrangig an gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbaren Standorten Rechnung zu tragen. Für die weitere Entwicklung der Infrastruktur mit ihren Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen ist darauf zu achten, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung und Wirtschaft in der Region auf längere Sicht entsprechen.  Zur Erfüllung ihrer Funktionen für die ganze Region bzw. die jeweiligen Verflechtungsräume sollen das Oberzentrum Stuttgart und die Zentralen Orte gestärkt werden. Die Entwicklungen in den einzelnen Zentren sind aufeinander abzustimmen.  Siedlungserweiterungen sind der bestehenden Versorgungsinfrastruktur, dem öffentlichen Schienennahverkehr und dem überörtlichen Straßennetz möglichst gut zuzuordnen. Für bestehende Siedlungen ist eine qualifizierte Erreichbarkeit zu sichern und weiterzuentwickeln. Für ungenügend versorgte, unzureichend an den Schienennahverkehr angebundene bestehende Wohnsiedlungen, größere Arbeitsstättergebiete und stark besuchte Dienstleistungszentren ist im Zuge von Modernisierung, Sanierung, Nutzungsänderung, Nutzungsintensivierung sowie durch Infrastrukturausbau eine verbesserte Erreichbarkeit anzustreben.  Der Bedarf an Bauflächen für Wohnen und Gewerbe ist zu sichern. Im Bestand noch gegebene Nutzungsmöglichkeiten sollen bevorzugt – vor der Inanspruchnahme bislang nicht baulich genutzter Flächen im Außenbereich – ausgeschöpft werden (Innen- vor Außenentwicklung durch Umnutzung und Nachverdichtung). Das Erfordernis von Neuausweisungen ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht unter Anrechnung vorhandener Flächenreserven und Innenbereichspotenziale zu begründen. Sind Siedlungsflächenenerweiterungen erforderlich, ist auf den Schutz der einzelnen Naturgüter, von Kultur- und Bodendenkmälen sowie die Sicherung siedlungsnaher Erholungsmöglichkeiten zu achten.

<p>1.4.2.6 (G) Funktionsteilung zwischen Entwicklungs- achsen und Räumen zwischen den Achsen sowie Schwerpunktbildung</p>	<p>(1) Zur dauernden Sicherung gesunder Lebensverhältnisse ist eine Funktions- teilung zwischen den Teilräumen im Bereich der Entwicklungsachsen und Zentrale Orte sowie den Achsenzwischenräumen anzustreben. Dazu soll die Siedlungsentwicklung aus Wanderungsgewinnen auf die dafür geeigneten Bereiche der Entwicklungsachsen, Zentralen Orte und Schwerpunkte kon- zentriert werden.</p> <p>(2) Zwischen den Entwicklungsachsen soll die besondere Eignung für die Erholung der Bevölkerung, aber auch für die Entwicklung neuer Beschäfti- gungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich, etwa in den Bereichen Tou- rismus und Naherholung, genutzt werden. Dabei soll die Siedlungsentwick- lung auf die Eigenentwicklung konzentriert werden.</p>
<p>1.4.2.7 (G) Rückbau und Zurücknahme von Planungen</p>	<p>Insbesondere in bereits stark belasteten Bereichen sowie in Bereichen zu- rückgehenden Bedarfs an Bauflächen sind zur Verbesserung der Freiraum- funktionen und zur Vermeidung von Fehlentwicklungen eine Zurücknahme von Planungen und auch der Rückbau zu prüfen.</p>
<p><b>1.4.3</b></p>	<p><b>Infrastruktur und Verteidigungseinrichtungen</b></p>
<p>1.4.3.1 (G) Sicherung der Mobilitätsbedürfnisse</p>	<p>(1) Die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft sind im Hinblick auf die sich wandelnden Anforderungen aus der demografi- schen Entwicklung, den steigenden Belastungen des Raumes sowie den sich wandelnden globalen Wettbewerbsbedingungen zu sichern.</p> <p>(2) Die Gateway-Infrastrukturen wie Stuttgart 21 und die Magistrale für Euro- pa, ein leistungsfähiger Flughafen, ein leistungsfähiges Straßennetz mit ei- nem Ring um den Ballungskern und eine dem Stand der Technik entspre- chende Binnenwasserstraße Neckar sind als Teil der Standort bindenden Faktoren zu erhalten und bei nachgewiesenem Bedarf auszubauen. Insbe- sondere für die Kernregion des Landes hat auch der weitere Ausbau des Straßennetzes große Bedeutung. Die einzelnen Maßnahmen hierzu sind im Regionalverkehrsplan dargestellt.</p> <p>(3) Für die Mobilität innerhalb der Region ist daneben der ÖPNV insgesamt zu stärken, wozu die Fortsetzung des S-Bahn-Ausbaus, die Sicherstellung der Betriebskostenfinanzierung des ÖPNV sowie die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV besonders beitragen.</p>
<p>1.4.3.2 (G) Bündelung von Infra- strukturen und zusam- menhängende Freiflä- chen bis in die Siedlun- gen hinein sichern</p>	<p>(1) Infrastrukturstandorte und -trassen sollen in Art und Umfang in einem Maß ausgebildet und gebündelt werden, dass eine für Wirtschafts-, Wohn- und Freizeitnutzungen günstige Entwicklung der betroffenen räumlichen Bereiche möglich bleibt, die Kulturlandschaft geschont wird und der Netzzusammen- hang der Freiflächen bis in die Siedlungen hinein möglichst nicht weiter zer- schnitten oder abgetrennt wird.</p> <p>(2) An dafür besonders geeigneten und durch bestehende Nutzungen bereits hoch belasteten Standorten genießt die Sicherung und bedarfsgerechte Wei- terentwicklung der überörtlich bedeutsamen Infrastruktur Vorrang, andere Nutzungen sind darauf abzustimmen. Die Überlastung dieser Räume ist gleichwohl zu vermeiden.</p>
<p>1.4.3.3 (G) Projekt Stuttgart 21</p>	<p>Die sich durch das Projekt Stuttgart 21 ergebenden Chancen für die Stärkung des Landeszentrums, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Woh- nungen und Freiflächen sollen genutzt und für eine langfristig wirksame Ver- besserung des regionalen und überregionalen Schienenverkehrsnetzes um- gesetzt werden.</p>
<p>1.4.3.4 (Z) Verteidigungs- einrichtungen</p>	<p>In den innerhalb von Regionalen Grünzügen festgelegten „Sonderflächen Bund“ hat die militärische Sondernutzung Vorrang, solange dieser militärische Status besteht.</p>

**Kapitel 1:****ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ANZUSTREBENDEN RÄUMLICHEN ENTWICKLUNG UND ORDNUNG DER REGION****Begründungen**

Zu 1.1.1 (G)  
Leitbild der  
Regionalentwicklung

Die Region Stuttgart muss sich angesichts des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs (Globalisierung) einem zunehmend intensiveren Standortwettbewerb stellen. Gleichzeitig erwachsen neue Herausforderungen aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur (demografischer Wandel) sowie mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel vom produzierenden Gewerbe hin zu einer verstärkt von Dienstleistungen getragenen Wirtschaft. Hinzu kommen die Veränderungen der Umweltsituation infolge steigender Emissionsbelastungen und des Klimawandels.

Vor diesem Hintergrund wird als Ziel der Regionalentwicklung gesehen, wirtschaftliche Chancen für die Zukunft zu eröffnen und zu sichern und dabei eine nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung zu verfolgen, die Räume für die wirtschaftliche Entwicklung und zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnet. Die Gestaltungsmöglichkeiten für die nachfolgenden Generationen sind zu erhalten.

Angesichts des bereits überdurchschnittlichen Verdichtungsgrades in der Region, der verfügbaren Flächenpotenziale sowie der langfristigen Prognosen zur Bevölkerungs- und Erwerbspersonenentwicklung hat ein sparsamer Umgang mit Siedlungsflächen eine besondere Bedeutung. In diesem Zusammenhang muss aber beachtet werden, dass die sparsame Flächennutzung nicht in Restriktionen umschlagen darf, die eine weitere Entwicklung der Region insgesamt hemmt.

Angesichts steigender Disparitäten innerhalb der Bevölkerung sowie der Vielzahl in der Region lebender Menschen mit Migrationshintergrund sind die Integration aller Bevölkerungsgruppen und ein soziales Miteinander besonders wichtig. Die starken Veränderungen innerhalb der bestehenden und zukünftigen Bevölkerungsstruktur erfordern die Integration aller Bevölkerungsgruppen. Die jeweilige Konkretisierung erfolgt auf der kommunalen Ebene.

Zu 1.1.2 (G)  
Innovative Ansätze zur  
Bewältigung nationaler  
und internationaler  
Konkurrenz / Sicherung  
der Standortattraktivität

Die Region zeichnet sich heute durch vielfältige Landschaftsräume, attraktive Gemeinwesen mit hoher Integrationsleistung und ein hohes Maß an wirtschaftlicher Attraktivität aus. Diese Vielfalt, die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft und die Attraktivität der Region als Wirtschafts- und Wohnstandort sind zu sichern, um auch langfristig für Menschen und Wirtschaft interessant zu bleiben. Dazu ist das Wissen der Menschen zu mehr um die Wettbewerbsfähigkeit auch der älter werdenden Bevölkerung zu erhalten. Die demografischen Veränderungen sollen als Chance gesehen werden, um neue Arbeitsplätze zu entwickeln. Damit wird auch dem Leitbild 1 „Wachstum und Innovation fördern“ der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“<sup>1</sup> Rechnung getragen. Der Landschaftspark soll als wichtiges Element für die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft umgesetzt werden. Er dient damit der Steigerung der Standortattraktivität und erfüllt auch eine Funktion im Hinblick auf Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Damit wird das Leitbild 3 „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ umgesetzt. Außerdem ist die Infrastruktur u.a. hinsichtlich veränderter Bedarfe einer alternden Bevölkerung dezentral zu sichern und weiterzuentwickeln. Damit wird das Leitbild 2 „Daseinsvorsorge sichern“ umgesetzt.

Zu 1.1.3 (G)  
Regionaler Beitrag zum  
Klimaschutz

Angesichts der absehbaren Klimaveränderungen gewinnt der Klimaschutz, insbesondere durch CO<sub>2</sub>-Reduzierung, wie auch die Anpassung an zu erwartende Folgen des Klimawandels an Bedeutung. Innovative Beiträge zu diesen wichtigen Herausforderungen können dabei unmittelbar zur Verbesserung der Lebens- und Standortqualität beitragen. Dies gilt insbesondere für den bereits heute klimatisch belasteten Kernraum der Region.

<sup>1</sup> Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland; Beschluss vom 30.06.2006

Darüber hinaus sind von einer besonderen Konzentration auf Strategien zur Anpassung an den Klimawandel auch positive Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu erwarten.

Der Beitrag der Regionalplanung wird bestimmt durch den Einsatz der formalen Instrumente zur Koordination von Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur, die Bündelungen zentraler Einrichtungen an ausgewählten, möglichst gut erreichbaren Standorten, die Offenhaltung klimatisch relevanter Freiräume, sowie den Gewässer- und Hochwasserschutz. Zudem werden im Regionalplan Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, die einen Beitrag zur Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten können, festgelegt.

Mit diesen Planelementen wird ein Standortraster für die auch unter Klimaaspekten verträgliche Verortung raumbedeutsamer Maßnahmen definiert.

Bei der Fortschreibung des Regionalplanes wurde insbesondere der konzeptionelle Einsatz des Regionalen Grünzuges auch an klimatischen Erfordernissen ausgerichtet. Dazu wurde mit dem „Regionalen Klimaatlas“ eine umfassende Datengrundlage erarbeitet und die daraus abgeleiteten Erfordernisse durch regionalplanerische Zielaussagen verbindlich umgesetzt. Analytische wie prognostische Inhalte dieses Klimaatlasses werden den Kommunen zudem als Entscheidungshilfe für eine klimasensible Bauleitplanung zur Verfügung steht.

Die kontinuierliche Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien erfordert das Zusammenwirken aller Entscheidungsebenen. Neben den Aktivitäten auf regionaler Ebene (z.B. Vorhaben im Rahmen der Landschaftsparkkonzeptionen, Kooperations- und Forschungsprojekte oder Maßnahmen der Wirtschaftsförderung) soll auch die Zusammenarbeit mit anderen Maßnahmenträgern auf nationaler und internationaler Ebene weiter intensiviert werden. Damit wird das von der Bundesregierung erklärte Leitbild für den Klimaschutz in die Regionalplanung aufgenommen.

Die genannten Maßnahmen stellen eine langfristige Aufgabe dar. Durch eine geeignete Beobachtung soll deren Wirksamkeit geprüft und ggfs. Strategie und Maßnahmen an geänderte Herausforderungen angepasst werden.

Klimaschutz ist Vorsorge für die Gesundheit der Menschen, für die Entwicklung der Wirtschaft und für den Erhalt der kulturellen und baulichen Substanz.

Zu 1.1.4 (Z)  
Gender Mainstreaming  
und Chancengerechtigkeit

Raumordnerische und regionalplanerische Maßnahmen wirken sich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufgrund deren Lebenszusammenhänge und Fähigkeiten unterschiedlich aus. Dieses gründet z.B. bei Frauen und Männern auf der unterschiedlichen Einbindung in die Erwerbs- und Versorgungsarbeit, unterschiedlichen Mobilitätsmöglichkeiten, verschiedenen Qualifikationen und differierenden Einkommenschancen. Eine stärkere Beachtung der geschlechterbezogenen Sichtweise und damit eine bessere Durchsetzung der Chancengerechtigkeit kann durch Gender Mainstreaming erreicht werden.

Der Amsterdamer Vertrag hat Gender Mainstreaming im Jahr 1999 EU-weit rechtlich verbindlich festgeschrieben. Neben einer Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen im Alltag von Frauen und Männern werden dort auch die Belange von alten und jungen Menschen sowie von behinderten und nicht behinderten Menschen vertreten. Für die Regionalentwicklung soll daher Gender Mainstreaming als handlungsleitendes Prinzip bei der Planung, Durchführung, Begleitung und Bewertung von Maßnahmen gelten, mit dem neue Qualitätsstandards in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Erholung und Mobilität erreicht werden. Dafür sind notwendig:

- eine geschlechterdifferenzierte Datenbasis für alle Handlungsfelder zu schaffen und diese entsprechend fortzuschreiben um Entwicklungen frühzeitig identifizieren zu können
- wohnungsnahe und mit dem ÖPNV erreichbare Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Versorgungs-, Erholungs- und Infrastruktureinrichtungen in allen Teilbereichen der Region zu stärken

- die Leistungsfähigkeit familienentlastender Infrastruktur und ihre Erreichbarkeit innerhalb bestehender sowie neu entstehender Siedlungsstrukturen sicherzustellen
- die bestehende Verkehrsinfrastruktur barrierefrei zu gestalten und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse nicht motorisierter Bevölkerungsgruppen sowie deren Komfort- und Sicherheitsbedürfnissen zu verbessern und langfristig zu erhalten, wofür angesichts der Finanzierungssituation im ÖPNV allerdings neue finanzierbare Konzepte zu entwickeln sind
- Freiräume für die Naherholung und für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu entwickeln und zu erhalten
- die Gleichstellung und Frauenförderung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zu forcieren sowie die regionale Wirtschaftsförderung auf die Zielsetzung hin auszurichten, die berufliche Gleichstellung aller davon betroffenen Bevölkerungsgruppen zu fördern, insbesondere der geschlechterspezifischen und altersgruppenbezogenen Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Zu 1.1.5 (G)  
Die Region als  
Einheit gestalten

Die inneren Verflechtungen sowie die Mobilität der Bevölkerung und Wirtschaft machen die Region Stuttgart zur Einheit, in der gerade durch Konzentration einzelner Funktionen und Leistungen an besonders geeigneten Standorten insgesamt eine herausragende Qualität erzielt wird. Im internationalen Kontext und insbesondere auf der europäischen Ebene wird in diesem Zusammenhang von der so genannten „Co-opetition“ gesprochen, die einen gesunden Wettbewerb bei gleichzeitiger Zusammenarbeit meint. Dieser Ansatz soll für die Region nicht nur im Wettbewerb nach außen, sondern auch im Inneren weiterverfolgt werden. Nicht jedes Ausstattungselement braucht deshalb in jedem Teilraum vorgehalten zu werden, vielmehr sind Ergänzungen zweckmäßig, weil so in der gesamten Region auf effiziente Art günstige Lebensvoraussetzungen für die Bevölkerung angeboten werden können.

Zu 1.1.6 (G)  
Vernetzte Planung mit  
dem Ziel verbesserter  
Siedlungs- und  
Umweltqualität

Die hohe Verdichtung und die starke Verflechtung der Raumnutzungen führen dazu, dass in der Region Stuttgart nur eine sorgfältig abgestimmte, auf die Zusammenhänge ausgerichtete Planung für Siedlung, Infrastruktur und Freiflächen zweckmäßig sein kann. Dazu tragen der Regionalplan und seine Fachpläne, der Landschaftsrahmenplan sowie der Regionalverkehrsplan, bei. Die wesentlichen Aussagen der Fachpläne werden im Regionalplan zu einem Gesamtbild der räumlichen Planung vereinigt.

Die integrierte Betrachtung, Planung und Umsetzung der den Raum beeinflussenden Maßnahmen ist zur nachhaltigen Entwicklung unabdingbar. Die Siedlungs- und Umweltqualität kann nur durch konsequentes Planen und Handeln gesichert und entwickelt werden.

Neben der überfachlichen Abstimmung einzelner Funktionsbereiche ist auch die vertikale Vernetzung, insbesondere mit der Ebene der Bauleitplanung, von besonderer Bedeutung. Zur Gewährleistung eines möglichst effizienten Planungsprozesses soll eine Abstimmung zukünftiger Planinhalte möglichst frühzeitig und vor Beginn des formalen Beteiligungsverfahrens erfolgen.

In den einzelnen Gemeinden der Region bestehen teilweise sehr spezifische demografische, strukturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen. Bei der Ausnutzung bestehender planerische Gestaltungsspielräume sollen diese örtlichen Besonderheiten im Sinne eines „atmenden Regionalplans“ berücksichtigt werden, um eventuell daraus resultierende Entwicklungshemmnisse zu reduzieren.

Darüber hinaus sollen auch informelle Maßnahmen zur Unterstützung kommunaler und teilräumlicher Planungsaufgaben eingesetzt werden. Neben Regionalen Entwicklungskonzepten kommen hierzu insbesondere fachliche Informationsveranstaltungen sowie gemeinsame Projekt- und Forschungsarbeiten in Betracht. Zudem sollen relevante Erkenntnisse aus der überregionalen Kooperation des Verbandes den Kommunen zugänglich gemacht werden.

Zu 1.1.7 (Z)  
Europäische Metropol-  
region Stuttgart

Gemäß Landesentwicklungsplan zählen zur Europäischen Metropolregion Stuttgart neben der Region Stuttgart auch die Teile des Verdichtungsraumes Stuttgart und dessen Randzone, die in den angrenzenden Regionen Heilbronn-Franken, Neckar-Alb, Nordschwarzwald und Ostwürttemberg liegen. Entsprechend dem Beschluss der Regionalversammlung vom 12. April 2006 bildet die gesamte Region Stuttgart den Kern der Europäischen Metropolregion, in dem sich eine Vielzahl von Nutzungen und Nutzungsansprüchen konzentrieren.

Die spezifische Rolle der Region Stuttgart wird u. a. darin deutlich, dass hier auf nur 10 % der Landesfläche ca. 25 % der Einwohner wohnen und über ein Drittel der Wirtschaftsleistung sowie rund 50 % der Exportleistung des Landes erwirtschaftet werden. Dass dafür zusätzlich zu den aus der Landeshauptstadt Stuttgart in alle Landesteile und die benachbarten großen Wirtschaftsräume der Bundesrepublik sowie des Auslandes führenden Verkehrswegen besonders qualifizierte Verkehrseinrichtungen und Versorgungsanlagen notwendig sind, liegt auf der Hand. Ebenso ist es notwendig, die Forschungsinfrastruktur zu stärken und auszubauen. Angesichts der Randlage innerhalb Deutschlands, aber einer günstigen Lage in Europa, ist die Ansiedlung großräumlich wirksamer Institutionen anzustreben.

Eine erfolgreiche Umsetzung der angeführten Entwicklungsaufgaben macht ebenso wie die notwendige effiziente Koordination unterschiedlicher regional-bedeutsamer Raumnutzungen eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Metropolregion erforderlich. Insbesondere im Bereich der Regionalplanung und -entwicklung soll die bestehende Kooperation durch gemeinsame Projektarbeit verstetigt und der intensive fachliche Austausch gepflegt werden.

Aufgrund der herausragenden Funktion Europäischer Metropolregionen ist zudem auch die enge fachliche Zusammenarbeit mit anderen Metropolregionen auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich.

Zu 1.2.1 (G)  
Leistungskraft sichern  
und verbessern

Die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Region in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht ist wichtig, um einen attraktiven Lebensraum und Wirtschaftsstandort zu schaffen. Die Rolle der Region als Kernregion des Landes sowie ihre wirtschaftliche Stärke tragen dazu bei. Beides gilt es besonders zu fördern. Dazu zählen insbesondere die Schaffung von Ansiedlungsmöglichkeiten für Betriebe, Wissenschafts- und Verwaltungseinrichtungen und die Verbesserung der Infrastruktur.

Zu 1.2.2 (G)  
Sicherung einer nach-  
haltigen Entwicklung

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Grundvoraussetzung für den Erhalt der Vitalität und der Attraktivität der Region Stuttgart. Dazu gehören die Sicherung der Versorgungs- und Erwerbsgrundlagen ebenso wie der nachhaltige Schutz von Frei- und Erholungsräumen, für das Klima relevanter Korridore und ein Biotopverbundsystem. In diesem Zusammenhang ist die Bewahrung und Schaffung einer attraktiven Kulturlandschaft für Land- und Forstwirtschaft sowie für Erholungszwecke zu sehen. Der Landschaftspark Region Stuttgart liefert hierzu wegen seiner besonderen Vielfalt ein Alleinstellungsmerkmal und damit einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität der Region. Alleinstellungsmerkmale gewinnen angesichts der steigenden Dynamik des Standortwettbewerbs zunehmend an Bedeutung, weshalb sie besonders zu sichern und auszubauen sind.

Durch globale Veränderungen der Witterungs- und Klimaverhältnisse sind zunehmend Auswirkungen auf die Bodennutzungen innerhalb der Region zu erwarten. Hinzu kommen Belastungen durch Emissionen aus privaten Haushalten und gewerblich-industriellen Betrieben sowie dem Verkehr, von denen insbesondere die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einer Veränderung des globalen Klimas beitragen. Diese Emissionen zu vermeiden bzw. zu verringern muss erstes Ziel sein. Darüber hinaus bedarf es der Gefahrenvorsorge vor Hochwasser, Extremwetter und anderen Sonderereignissen. Die Nutzungen in hochwassergefährdeten Bereichen sind auf die vorhandenen Nutzungen zu beschränken, um das größtmögliche Maß an Sicherheit auch im Hinblick auf eine Investitionssicherung zu gewährleisten.

Die Zielsetzung der Nachhaltigkeit stellt besondere Herausforderungen und Chancen für die Entwicklung der Region Stuttgart dar. Angesichts der enger

	<p>werdenden finanziellen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden sind alle Beteiligten auf ein abgestimmtes Miteinander im Sinne der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Um die finanziellen Ressourcen zu schonen, ist in erster Linie der Erhalt der vorhandenen Gebäude und Infrastruktureinrichtungen anzustreben. Ausbauten und Erweiterungen sollen nur bei langfristig nachgewiesenem Bedarf und unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungen erfolgen. Dieses kommt in einer auf die unterschiedlichsten Belange koordinierten räumlichen mittel- und langfristigen Regionalplanung zum Ausdruck.</p>
<p>Zu 1.2.3 (G) Bewältigung der Veränderungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur</p>	<p>Die Bindung der wachsenden Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger an die Region als Wohnort gewinnt zunehmend an Bedeutung. Sie tragen durch ihre Erfahrungen, dem Miteinander der Generationen, ihrer Integrationskraft und ihrer Kaufkraft zu einer Bereicherung der Gesellschaft bei und sichern Beschäftigung. Nicht zu verkennen ist auch der Erfahrungshintergrund in Bezug auf die Schaffung und Verbreitung von Wissen und Innovationen („ohne Vergangenheit keine Zukunft“).</p> <p>Aus der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung kann dann eine Stabilisierung des Arbeitsplatzangebotes in der Region erwachsen, wenn neue Produkte in der Region entwickelt und produziert sowie weitere einzurichtende Innovations- und Kompetenzzentren in den Bereichen Gesundheit und Wellness sowie Freizeit und Tourismus gerade in den strukturschwächeren Bereichen der Region entwickelt werden. Diese Chance ist zu nutzen. Dazu ist im Berufsbildungsbereich eine forcierte Ausbildung von Pflegekräften anzustoßen. Darüber hinaus tragen personennahe Dienstleistungen zur Sicherung der Beschäftigung und zu besseren Lebensverhältnissen für die darauf angewiesenen Menschen bei.</p> <p>Räumliche Planung kann hier Erleichterung vor allem durch die Sicherung und Bereithaltung geeigneter Standorte schaffen. Dies gilt vor allem für Standorte, bei denen z.B. durch die Benachbarung von Wohnstandorten zu Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungszentren oder durch besonders günstige Kommunikationseinrichtungen und Infrastrukturen Synergien zu erwarten sind. Ebenso können niedrige Kosten z.B. durch Verwendung vorhandener Gebäude, günstige Zuordnung zu Dienstleistungen, Kombination mit anderen Arbeitsstätten und geeigneten Wohnformen insbesondere zu wirtschaftlichen Vorteilen führen.</p>
<p>Zu 1.2.4 (G) Ausbau der Bildungsinfrastruktur</p>	<p>Der wirtschaftliche Strukturwandel erfordert ein steigendes Qualifikationsniveau der Beschäftigten und betrifft zunehmend mehr Bevölkerungsgruppen. Die Regionalplanung kann und muss durch die Sicherung und Bereithaltung geeigneter Standorte für die Bildungs- und Wissensinfrastruktur und deren Erreichbarkeit dazu beitragen.</p>
<p>Zu 1.3 Grundsätze zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region</p>	<p>Die raumordnerische Aufgabe für diesen Sektor ist vor allem die Sicherung ausreichender räumlicher Entwicklungsmöglichkeiten und die Planung der notwendigen Infrastrukturen. Beides ist sowohl im Bestand als auch für neue Flächen nötig. Wichtiger Faktor ist dabei die seit über zwei Jahrzehnten beobachtete Flächenzunahme von jährlich etwa 0,5 bis 1,5 % pro Arbeitsplatz, die sich im Zuge der Automatisierung und Rationalisierung ergibt. Diese spezifische Flächenbedarfszunahme wird auch im nächsten Jahrzehnt noch weitergehen. Über die rein quantitative Betrachtungsweise hinaus zeigt sich, dass die bestehenden Flächen hinsichtlich der Qualität nicht den aktuellen und künftigen Anforderungen entsprechen (starke Siedlungsverdichtung, mangelhafte Verkehrsanbindung, Immissionen, Altlasten etc.).</p>
<p>Zu 1.3.1 (G) Entwicklung zur Innovations- und Mobilitätsregion</p>	<p>Im internationalen Konkurrenzfeld der großen Verdichtungsräume kommt es darauf an, die Stärken der Region im wirtschaftlichen und sozialen Bereich weiterzuentwickeln und sie hier zur vorzeigbaren Erprobung und Anwendung zu bringen. Die Anknüpfung an die heutigen Stärken der Region in den Bereichen Maschinen- und Automobilbau bietet gute Voraussetzungen, zügig zu wettbewerbsfähigen neuen Wirtschaftsklustern und Beschäftigungsmöglichkeiten zu gelangen. Zur Reduzierung der hohen Verkehrsbelastungen und der damit einhergehenden Umweltfolgen (insbesondere Lärm und Abgase) ist insbesondere im Verdichtungsraum dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang einzuräumen. Daher ist der ÖPNV zielorientiert weiterzuentwickeln.</p>



Zu 1.3.2 (G)  
Arbeitsplätze in  
Schwerpunkten und  
Bestandsflächen  
sichern und entwickeln

Als Landesmitte ist die Region Stuttgart Standort zahlreicher zentraler Einrichtungen mit landesweiter Ausstrahlung. Die Region ist zum einen exportintensiver Wirtschaftsraum, zum anderen steht sie über vielfältige Wirtschaftsverflechtungen in einem ständigen Leistungsaustausch mit den anderen Landesteilen. Leistungsfähige, "innovative" Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor sind Voraussetzungen für die Sicherung dieser Funktionen. Der sektorale Strukturwandel mit Anteilsverschiebungen zugunsten der Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen wird aller Voraussicht nach anhalten. Die stetige Durchsetzung der modernen Produktions- und Kommunikationstechnologien über neue Anwendungsfelder verstärkt auch deren Einsatz in kleineren und mittleren Betrieben und ist zusammen mit einer günstigen Branchenmischung eine Bedingung für die langfristige, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit der Region. Nicht übersehen werden dürfen aber auch Rationalisierungsfolgen, nämlich der in Teilbereichen gesunkene Arbeitskräftebedarf und die Veränderungen bei den notwendigen Berufsqualifikationen. Es ist erkennbar, dass in der Region auch weiterhin Rationalisierungsfolgen der neuen Technologien durch den höheren Besatz mit Technologieherstellern sowie durch die steigende Attraktivität für Anbieter produktionsbezogener Dienstleistungen ausgeglichen werden müssen.

Für den Bedarf an gewerblichen Bauflächen ist wegen der kurzen Entscheidungszeiträume zwischen einer Investition zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und deren Realisierung auch zukünftig eine angebotsorientierte Planung erforderlich. Darüber hinaus bleiben Maßnahmen der Bestandspflege zwingend notwendig. Die Lösung von Standort- und Nutzungskonflikten an bestehenden Standorten hilft, eingespielte Liefer- und Absatzbeziehungen, Versorgungs- und Arbeitsplatzfunktionen zu sichern und die Flächeninanspruchnahme einzuschränken. Für unvermeidbare Verlagerungen, aber auch für Neugründungen und Neuansiedlungen soll planerisch durch Schwerpunktbildung, d.h. durch überörtliche Konzentration auf geeignete Standorte, vorgesorgt werden.

Zu 1.3.3 (G)  
Standortsicherung für  
produzierendes Ge-  
werbe und Dienstleis-  
tungen auf spezifische  
Gegebenheiten ab-  
stimmen

Die besonderen Anforderungen an die Art der gewerblichen und baulichen Nutzung sind bei der Ausweisung von Flächen zu berücksichtigen. Umfragen zeigen, dass im Bereich des produzierenden Gewerbes etwa die Hälfte der Unternehmen Bestandsobjekte suchen, bei Dienstleistungsbetrieben sogar 19 von 20.

Für das produzierende Gewerbe sowie die Logistik sind in der Region vor allem Flächen mit wenigen Einschränkungen in ausreichender Größe erforderlich. Diese Flächen sind in der Nähe der Aufkommensschwerpunkte mit einer guten Straßenanbindung und möglichst auch mit einer Schienenanbindung für den Gütertransport auszustatten. Aber auch einem ÖPNV-Anschluss kommt (auch aus der Sicht der Unternehmen) eine wichtige Bedeutung zu, damit die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze bequem und zeitgerecht erreichen können.

Für Dienstleistungsnutzungen kommt der Erreichbarkeit für die Beschäftigten und die Kunden eine besondere Bedeutung zu. Um hier eine umweltverträgliche Verkehrsabwicklung zu unterstützen, sind derartige Standorte entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft in den Bestandsgebieten mit vorhandenem ÖPNV-Anschluss zu konzentrieren.

Zu 1.3.4 (G)  
Kooperation regionaler  
und kommunaler Wirt-  
schaftsförderung

Infolge des intensiven Standortwettbewerbs kommt der Betreuung der Unternehmen sowie der Vermittlung geeigneter Objekte durch die Aktivitäten der regionalen und lokalen Wirtschaftsförderung eine zunehmend wichtige Bedeutung zu. Auch ist es wichtig, die Standortbindung der Unternehmen angesichts sich verschärfender Wettbewerbsbedingungen zu stärken. Dieses kann insbesondere durch eine intensive Betreuung im Rahmen der Bestandspflege sowie ein aktives kommunales Gewerbeflächenmanagement (z.B. mit Flächentausch zur Schaffung betriebsnaher Erweiterungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene) gewährleistet werden. Die regionale Ebene bietet hier an, zu unterstützen und zu beraten.

Zu 1.4  
Grundsätze zur  
räumlichen Ordnung

Die Grundsätze zur räumlichen Ordnung sind abgeleitet aus dem Raumordnungsgesetz des Bundes, den von der MKRO beschlossenen Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland (MKRO-

Zu 1.4.1.1 (Z)  
Leistungsvermögen  
des Naturhaushalts  
nachhaltig sichern

Beschluss 2006), dem Landesplanungsgesetz für Baden-Württemberg sowie aus dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg aus dem Jahr 2002 und beziehen sich auf die spezifischen Bedingungen der Region Stuttgart. Innerhalb dieser allgemeinen Grundsätze sind die Bereiche natürliche Lebensgrundlagen, Siedlungsentwicklung mit Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen und technische Versorgung besonders herausgestellt.

Das auf Dauer gesicherte Leistungsvermögen des Naturhaushalts ist die Grundlage der Existenz und der Entwicklung des Lebens in der Region. Dazu dienen als Träger der wichtigsten Freiraumfunktionen vor allem die vegetationsbestimmten, un bebauten Flächen. Freiflächen zu erhalten ist also die Voraussetzung für viele weitere Aufgaben und Leistungsmöglichkeiten des Naturhaushalts.

Gerade die Freiräume im Kern der Region Stuttgart sollen entsprechend der vorliegenden Konzeption „Landschaftspark Region Stuttgart“ gestaltet und entwickelt werden. Diese Konzeption kann im Rahmen von Gemeindeentwicklungsplanungen, darauf aufbauenden Bauleitplänen und dann in konkreten Maßnahmen und Projekten im Planungszeitraum Gestalt gewinnen und wird Zug um Zug auch durch die finanzielle Förderung der Region in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen umgesetzt.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist, dass die standortgebundenen natürlichen Lebensgrundlagen in ihrem räumlichen Wirkungsbereich und in ihrem Netzzusammenhang beachtet werden müssen (Beispiele: Grundwasser, Frischluftentstehungsgebiete, Biotope). Zu den standortgebundenen Gegebenheiten im Freiraum zählen auch die in Wald und Flur vorhandenen Bodendenkmale. Diese sind wertvolle Zeugnisse der Kulturlandschaftsentwicklung, die häufig durch Infrastrukturvorhaben und die moderne Landwirtschaft gefährdet sind und insofern der Berücksichtigung bedürfen. Technische Versorgungs- und Verkehrsanlagen zerschneiden häufig die Freiräume und können nur dann Vorrang haben, wenn im größeren Raum nachgewiesen ist, dass sie für die Allgemeinheit erforderlich sind, keine größeren Lebensräume zerstören und keine andere Möglichkeit zur Anlage besteht. Der angestrebte großräumige Funktionsausgleich zwischen den räumlichen Teilen der Region ergänzt den Ausgleich zwischen den lokalen Belastungen und den Gegebenheiten und Leistungen des Naturhaushalts. Zum Beispiel sollen das Kleinklima oder Naherholungsräume grundsätzlich vorrangig unmittelbar bei den Siedlungen und nicht weit davon entfernt gesichert werden. Der Bezugsraum, in dem ein Ausgleich angestrebt werden soll, ist daher in erster Linie die naturräumliche Einheit. Auf die Notwendigkeit, Eingriffe nach Naturschutzgesetz §§ 20 und 21 (i.d.F. vom 13.12.2005, GBl. S. 745) zu vermeiden oder auszugleichen, wird hingewiesen.

Zu 1.4.2.1 (G)  
Weiterentwicklung  
der Siedlungs- und  
Wirtschaftsstruktur

Die Region Stuttgart zeichnet sich durch eine reich gegliederte Siedlungs- und Landschaftsstruktur aus. Dies führt schon heute dazu, dass die Standortattraktivität für die Menschen, z.B. durch gute Naherholungsmöglichkeiten, attraktive kommunale Gemeinwesen, ein reichhaltiges Kulturangebot und Vereinsleben, hoch ist. Die polyzentrale Struktur der Wohn- und Arbeitsstättengebiete trägt auch dazu bei, dass im Vergleich zu monozentrischen Ballungsräumen und Metropolregionen ein wohnungsnahes Angebot an Arbeitsstätten und Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung steht, wodurch kurze Wege möglich und damit der Verkehr und dessen Folgen reduziert werden. Ebenso werden dadurch die Chancen aller Bevölkerungsgruppen auf Teilnahme an den Erwerbsmöglichkeiten sowie die Erreichbarkeit von Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen hoch gehalten. Die in dieser Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur angelegten Chancen sind zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Zu 1.4.2.2 (G)  
Sicherung einer dezentralen  
Grundversorgung

Zu den notwendigen Schritten der Optimierung dezentraler Infrastrukturen gehört vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die Anpassung an die sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung (z.B. altengerechte Wohnformen, fußläufige Nahversorgung, Versorgung mit Alten- und Krankenpflegeeinrichtungen, dem erforderlichen Bildungsangebot, optimierte ÖPNV-Angebote, sozial-gesellschaftliche Integration, aber auch Zusammenlegung von Kindergartengruppen, Schulklassen oder die gemeinsame Nutzung baulicher und infrastruktureller Ressourcen mehrerer Gebietskörperschaften).

	<p>Ältere, berufstätige und mit der Familienarbeit befasste Menschen benötigen in besonderem Maße gut erreichbare und nahe zur Wohnung und zum Arbeitsplatz liegende Versorgungsmöglichkeiten und Infrastruktureinrichtungen. Angesichts des Trends der Betreiber zur Konzentration der Einrichtungen aus wirtschaftlichen Gründen ist besonders auf eine ausgewogene und dezentrale Verteilung im Raum zu achten. Hier bietet die Regionalplanung an, die Kommunen zu beraten und, wo möglich und wenn von den Kommunen und Trägern gewünscht, zu koordinieren.</p>
Zu 1.4.2.3 (G) Funktion der Zentren und Zentrale Orte	<p>Die Notwendigkeit, überörtliche bedeutsame Funktionen an den dafür geeigneten Standorten und Zentralen Orten zu bündeln und Schwerpunkte zu bilden, ist insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen Konsequenzen für die Tragfähigkeit und Auslastung privater wie öffentlicher Infrastruktur gegeben. Diese Bündelung hat sich in der Vergangenheit bewährt und soll daher im Wesentlichen beibehalten werden.</p> <p>Die im Regionalplan für die Region Stuttgart bislang festgelegten Zentralen Orte sind sowohl räumlich als auch funktional weitgehend bestätigt. Im Hinblick auf die Frage, ob zusätzlich Zentrale Orte auszuweisen wären ist festzuhalten, dass aus raumordnerischen Gründen keine wesentlichen Änderungen erforderlich sind. Auch wenn als Konsequenz aus dem demografischen Wandel tendenziell eine Rücknahme Zentraler Orte in Betracht käme, sollen vor dem Hintergrund der Sicherung einer möglichst dezentralen und verbraucher-nahen Versorgung, die bestehenden Zentralen Orte beibehalten werden. Vorrangige Aufgabe ist es, die bestehenden Zentralen Orte in ihrer Bedeutung zu sichern und ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit zu erhalten.</p>
Zu 1.4.2.4 (G) Zuordnung von Siedlung und Infrastruktur	<p>In der stark verdichteten Region Stuttgart sind die Siedlungsflächen möglichst eng den bestehenden Versorgungseinrichtungen und dem öffentlichen Schienen-nahverkehr zuzuordnen, um den Verkehr umweltfreundlich abwickeln zu können. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass diese Grundsätze vor allem für Wohn- und Dienstleistungsschwerpunkte wichtiger werden.</p>
1.4.2.5 (Z) Vorrangige Ausschöp- fung der Nutzungsmög- lichkeiten im Bestand	<p>Das in den vergangenen Jahrzehnten beobachtete Wachstum der besiedelten Flächen kann so langfristig nicht fortgesetzt werden. Die zu erwartende Einwohnerentwicklung und insbesondere die bevölkerungsstrukturellen Veränderungen erfordern vor allem für die Wohnbauflächen zukünftig eine stärkere Konzentration auf die Innenentwicklung. Dennoch ist, auch wenn die Bevölkerungszahl langfristig nicht weiter ansteigt, eine größere Anzahl von Haushalten und damit eine anhaltende Wohnungsnachfrage zu erwarten. Die Region ist zur Sicherung ihrer ökonomischen Stärke auf die Bindung und den Zuzug hoch qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Dieses ist bei der Ausweisung von Wohnbauflächen zu berücksichtigen.</p> <p>Ähnliches gilt für die Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen. Diese sind zur Sicherung der Standortattraktivität in ausreichendem Umfang vorzuhalten. Verbleibt dafür im Einzelfall und unter Berücksichtigung von Flächenreserven und Umnutzungspotenzialen ein nachgewiesener Bedarf, so ist auch die Neuausweisung von Flächen erforderlich. Allerdings verschiebt sich die Nachfrage in Art und Menge und entwickelt sich in den einzelnen Teilräumen der Region deutlich unterschiedlich. Grundsätzlich ist daher bei allen Planungen für Siedlungserweiterungen zunächst die Nutzung des Bestandes anzustreben. Eine qualitative Verbesserung des Bestandes, in Einzelfällen auch durch Rücknahme von Siedlungsflächen, kann dazu beitragen, den Bestand aufzuwerten und für Folgenutzungen attraktiver zu machen, wodurch die Nachfrage nach Neubauflächen reduziert werden kann.</p>
Zu 1.4.2.6 (G) Funktionsteilung zwischen Entwicklungs- achsen und Räumen zwischen den Achsen sowie Schwerpunktbildung	<p>Die Notwendigkeit, einerseits die Siedlungsentwicklung den Knotenpunkten sowie Zugangsstellen zur Infrastruktur zuzuordnen und andererseits zusammenhängende Freiräume als Lebensgrundlage, Ausgleichs- und Erholungs-räume zu erhalten, ist aus ökologischer, wirtschaftlicher und technischer Sicht begründet. Darüber hinaus kann durch eine direkte Zuordnung der Siedlungsflächen zu den Verkehrsachsen der Durchgangsverkehr und die Umweltfolgen in den Siedlungsbereichen an den Achsen reduziert werden sowie eine Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsmittel gefördert</p>

werden. Die einzelnen Teilbereiche werden in Kapitel 2 dieses Regionalplanes gekennzeichnet. Zur Beschreibung der Aufgaben und der Festlegung der Entwicklungsachsen wird insbesondere auf den Landesentwicklungsplan 2002, Kapitel 2.6 und dessen Begründung verwiesen.

Zu 1.4.2.7 (G)  
Rückbau und  
Zurücknahme von  
Planungen

Die absehbare Bevölkerungsentwicklung, die in großen Teilen der Region bereits sehr starke Verdichtung sowie die festgestellten Flächenreserven in der Region machen bei Änderungen und Fortschreibungen von Flächennutzungsplänen die Prüfung notwendig, ob alle heute ausgewiesenen Bauflächen künftig noch benötigt werden. Um die Siedlungsentwicklung konzentriert weiterführen zu können und die Nutzungsdichten im Interesse einer langfristig finanzierbaren Infrastruktur hoch halten zu können, kann in Einzelfällen die Rücknahme bisheriger Planungen sinnvoll werden und dabei auch zu Reduzierungen von bebauten und unbebauten aber überplanten Flächen sowie zu Rückbaumaßnahmen führen. Dieses gilt zur Steigerung der Attraktivität insbesondere in hoch verdichteten Bereichen oder dann, wenn überproportional viele Flächen ausgewiesen sind und in absehbarer Zeit nicht genutzt werden.

Zu 1.4.3.1 (G)  
Sicherung der  
Mobilitätsbedürfnisse

Die Bereitstellung und die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Infrastruktur sind zur Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung erforderlich. Die Infrastruktur – zu der die technischen Anlagen, z.B. der Versorgung mit Wasser und Energie oder für den Verkehr zählen – ist notwendiger technischer und organisatorischer Unterbau einer hoch entwickelten Siedlungs- und Wirtschaftsform.

Sowohl aus der Lage in der Landesmitte sowie den besonderen Aufgaben der Region als auch aus der stärksten Verdichtung von Wohnbevölkerung und Wirtschaft im Südwesten der Bundesrepublik ergeben sich daher ganz besondere Ansprüche an die Art, den Umfang und die Qualität der vorzuhaltenden Infrastruktur. Dabei werden durch vorhandene Siedlungsverdichtung sowie starke Beanspruchung von Landschaft und Umwelt die Ansprüche an die Ausgestaltung und räumliche Anlage der Versorgungseinrichtungen weiter gesteigert. Die räumlichen Schwierigkeiten bei der Vorhaltung und weiteren Entwicklung der nötigen Infrastruktur in dieser Region sind größer, die Mengen und Leistungserfordernisse an die Anlagen sind umfangreicher, die Qualitätsansprüche und der nötige Aufwand für einzelne Anlagen sind höher als in anderen Räumen. Diesen Gegebenheiten gilt es sowohl bei der landesweiten Betrachtung als auch bei der fachlichen Planung der Infrastruktur und deren Einfügung in den Raum gerecht zu werden.

Die Vernetzung der Region Stuttgart mit anderen Regionen wird vor dem Hintergrund der europäischen Integration, der wachsenden Globalisierung und Exportstärke und –abhängigkeit sowie der Integration hier lebender und von außerhalb der Region stammender Menschen an Bedeutung gewinnen. Die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur stärken die Wirtschafts- und Standortattraktivität der Region und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzangebotes.

Die verkehrliche Vernetzung innerhalb der Region wird auch mit Blick auf die Schnittstellen zur Gateway-Infrastruktur und der sich wandelnden Mobilitätsanforderungen im Vordergrund stehen. Die geforderte Flexibilität der Beschäftigten, aber auch der Produktionsprozesse erfordert ein hohes Maß an Mobilität, welches sich in starkem Maße innerhalb der Region abspielen wird. Dabei kommt insbesondere einem leistungsfähigen ÖPNV eine tragende Rolle zu. Diesem dient der bereits begonnene Ausbau des S-Bahn-Netzes sowie der nachfragegerechten Verdichtung der Angebote, was unbedingt zu erhalten und fortzusetzen ist. Infolge der Alterung der Bevölkerung kommt der barrierefreien Gestaltung der öffentlichen Verkehrssysteme eine zunehmend wichtige Rolle zu, wofür angesichts der rückläufigen Finanzausstattung des ÖPNV neue finanzierbare Konzepte zu suchen sind.

Zu 1.4.3.2 (G)  
Bündelung von Infrastrukturen und zusammenhängende Freiflächen bis in die Siedlungen hinein sichern

Bei der Entwicklung der Infrastruktur sind verschiedene Anlagen unterschiedlicher Träger zu berücksichtigen. Weil die Standortbedürfnisse oft fast identisch sind und die Wirkungsbereiche sowie die Schutz- und Abstandsflächen sich dann überlagern, ist, um die Zahl der „Eingriffe“ in den Raum zu verringern, eine Bündelung anzustreben. Die Konzentration und Bündelung muss aber dort ihre Grenzen finden, wo nicht mehr ausgleichbare, nicht überbrück-

bare und maßstäblich unvertretbare Eingriffe in das Gefüge der Siedlungs- und Freiräume eintreten. Jedenfalls sollte das Ziel, auch durch Ausbau der Infrastruktur die Qualität des Raumes eher zu verbessern, stets beachtet werden.

Vor allem im Filderraum ist die hochrangige und überregional bedeutsame Infrastrukturausstattung als Standortmerkmal für die gesamte Region und auch das Umland vorhanden. Die von der Infrastrukturnutzung ausgehenden Belastungen (Lärm und Abgase) sollen reduziert werden, lassen sich aber nicht ganz vermeiden. Insofern ist dieser Teilraum in erster Linie für die Sicherung und Entwicklung der Infrastruktur und die gewerbliche Entwicklung geeignet. Die Entwicklung im Wohnungsbau ist im Interesse gesunder Wohnverhältnisse darauf abzustimmen. Voraussetzung dafür ist, den ÖV zu stärken und eine bessere Vernetzung mit anderen Teilen der Region mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Bei allen Entwicklungen auf den Fildern ist auch auf die Bedeutung der hochwertigen Böden sowie Freiräume und deren Vernetzung zu achten. Ansatzpunkte dazu liefert das Konzept Landschaftspark Filder, welches unter Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft im Hinblick auf einem Masterplan für die Freiraumentwicklung der Filder mit einem integrierten Naherholungskonzept weiterentwickelt werden soll.

Zu 1.4.3.3 (G)  
Projekt Stuttgart 21

Das Vorhaben „Stuttgart 21“, bei dem ca. 100 ha Gleisfläche in zentraler Lage in Stuttgart entfallen und künftig als Fläche für Arbeitsplätze, Wohnungen und Grünanlagen zur Verfügung stehen, ist hervorragend geeignet, um das Zentrum der Region und des Landes zu stärken und zu entwickeln, die Schienenverkehrsinfrastruktur im Land und in der Region zu verbessern und durch die Wiedernutzung ehemaliger Bahnflächen die Freiräume zu schonen. Erkennbare Risiken durch Landschaftseingriffe oder durch Veränderung des Siedlungs- und Nutzungsgefüges sind dabei so gering wie möglich zu halten.

Zu 1.4.3.4 (Z)  
Verteidigungseinrichtungen

Die in der Raumnutzungskarte nachrichtlich als „Sonderflächen Bund“ dargestellten Standorte dienen der Landesverteidigung und genießen gemäß Kapitel 3.4 des Landesentwicklungsplanes Vorrang vor anderen Nutzungen. Sofern sie innerhalb von Regionalen Grünzügen liegen, hat die militärische Nutzung Vorrang vor den Freiraumfunktionen. Im Falle der Aufgabe der militärischen Nutzung haben dann die Ziele des Freiraumschutzes wiederum Vorrang vor anderen, v. a. baulichen Nutzungen. Einen Überblick über die dargestellten Sonderflächen, die durch Grünzüge überlagert sind, gibt die folgende Tabelle.

Nr.	Standort	Festgelegtes Ziel
1	Standortübungsplatz Böblingen	Regionaler Grünzug
2	Schorndorf-Oberberken (ehemaliges Munitionsdepot)	Regionaler Grünzug
3	Golfplatz und Standortübungsplatz Pattonville	Derzeit noch im Eigentum des Bundes, tatsächliche Nutzung als Golfplatz; regionaler Grünzug
4	Schießstand Murkenbach bei Böblingen	Regionaler Grünzug
5	Flugplatz Malsheim	Derzeit im Eigentum des Bundes, Teilweise Regionaler Grünzug. Teilweise sind gewerbliche Nachnutzungen geplant.
6	Schießstand Stuttgart-Vaihingen	Regionaler Grünzug

## **Kapitel 2: Regionale Siedlungsstruktur**

### **2.1 Raumkategorien**

#### **2.1.1 Verdichtungsraum**

#### **2.1.2 Randzone um den Verdichtungsraum**

#### **2.1.3 Ländlicher Raum im engeren Sinne**



**Kapitel 2: REGIONALE SIEDLUNGSSTRUKTUR**

2.1	Raumkategorien
2.1.1 (N) Verdichtungsraum	<p>(1) Der im Landesentwicklungsplan in der Region Stuttgart festgelegte Verdichtungsraum Stuttgart wird nachrichtlich in den Regionalplan übernommen und ist in der Strukturkarte dargestellt.</p> <p>(2) Dem Verdichtungsraum in der Region Stuttgart sind im Landesentwicklungsplan folgende Städte und Gemeinden verbindlich zugeordnet.</p> <p>(3) Landeshauptstadt Stuttgart</p> <p>(4) Im Landkreis Böblingen: Herrenberg, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Leonberg, Magstadt, Nufringen, Renningen, Rutesheim, Schönaich, Sindelfingen, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil der Stadt, Weil im Schönbuch.</p> <p>(5) Im Landkreis Esslingen: Aichtal, Aichwald, Altbach, Altdorf, Altenriet, Baltmannsweiler, Bempflingen, Deizisau, Denkendorf, Dettingen unter Teck, Esslingen am Neckar, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Hochdorf, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Köngen, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lichtenwald, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neuhausen auf den Fildern, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen, Ostfildern, Owen, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar), Wolfschlugen.</p> <p>(6) Im Landkreis Göppingen: Albershausen, Ebersbach an der Fils, Eislingen/Fils, Geislingen an der Steige, Gingen an der Fils, Göppingen, Kuchen, Salach, Süßen, UHINGEN.</p> <p>(7) Im Landkreis Ludwigsburg: Affalterbach, Asperg, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönningheim, Ditzingen, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Gerlingen, Hemmingen, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Löchgau, Ludwigsburg, Marbach am Neckar, Markgröningen, Möglingen, Mundelsheim, Murr, Pleidelsheim, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Vaihingen an der Enz, Walheim.</p>
2.1.1.1 (N) Neue Siedlungsflächen und Freiraumschutz	<p>(8) Im Rems-Murr-Kreis: Backnang, Fellbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Plüderhausen, Remshalden, Schorndorf, Schwaikheim, Urbach, Waiblingen, Weinstadt, Weissach im Tal, Winnenden, Winterbach.</p> <p>(1) Die Inanspruchnahme von Freiflächen für neue Siedlungsflächen ist auf den unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken. Für den Schutz der ökologischen Ressourcen, die Erholung sowie die Land- und Forstwirtschaft sind ausreichend Freiflächen zu erhalten.</p> <p>(2) Bei der Siedlungsentwicklung sind vorrangig die im Siedlungsbestand vorhandenen Potenziale an Brach- und Konversionsflächen, Baulücken und Baulandreserven zu nutzen.</p> <p>(3) Siedlungsentwicklung und Städtebau sind auf die Erfordernisse einer günstigen Erschließung und Bedienung durch öffentliche Verkehrsmittel auszurichten. Neubauf Flächen sind vorrangig in Entwicklungsachsen auszuweisen und auf Siedlungsbereiche und Siedlungsschwerpunkte mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere mit Anschluss an ein leistungsfähiges Schienennahverkehrssystem, zu konzentrieren.</p> <p>(4) Auf Flächen und Energie sparende Bau- und Erschließungsformen bei angemessen dichter Bebauung, insbesondere an Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs, sowie auf eine ausgewogene Mischung verschiedener Nutzungen und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Arbeitsstätten, Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen ist hinzuwirken.</p>



2.1.1.2 (G) Siedlungsentwicklung im Verdichtungsraum	<p>(1) Die Siedlungsentwicklung soll im Verdichtungsraum nur in dem Maße fortgesetzt werden, wie dieses mit der Erhaltung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie einer ausgewogenen Sozialstruktur vereinbar ist. Entwicklungspotenziale sind vorrangig im Bestand und durch Umstrukturierung zu schaffen. Die Siedlungsentwicklung ist bevorzugt auf die Infrastruktur des ÖPNV entlang der Achsen und in Schwerpunkten auszurichten und abzustimmen.</p> <p>(2) Die Mindestausstattung mit Freiflächen in diesen Bereichen soll gesichert und in ihrer Funktionsfähigkeit insbesondere als Naherholungsraum und für die ökologische und insbesondere klimatische Situation verbessert werden. Eingriffe in Freiflächen sowie die Beeinträchtigung von Naturgütern sollen so ausgeglichen werden, dass die ökologischen Funktionen und die Naherholungsfunktionen gestärkt werden. Große zusammenhängende Freiflächen wie der Schönbuch, der Glemswald, das Lange Feld, der Schurwald oder der östliche Teil der Filder sollen nicht weiter eingeeignet oder zerschnitten werden.</p>
2.1.2 (N) Randzone um den Verdichtungsraum	<p>(1) Die im Landesentwicklungsplan in der Region Stuttgart festgelegte Randzone um den Verdichtungsraum Stuttgart wird nachrichtlich in den Regionalplan übernommen und ist in der Strukturkarte dargestellt.</p> <p>(2) Der Randzone um den Verdichtungsraum in der Region Stuttgart sind im Landesentwicklungsplan die folgenden Städte und Gemeinden verbindlich zugeordneten.</p> <p>(3) Im Landkreis Böblingen: Bondorf, Deckenpfronn, Jettingen, Mötzingen, Weissach.</p> <p>(4) Im Landkreis Esslingen: Beuren, Bissingen an der Teck, Erkenbrechtsweiler, Lenningen, Neuffen, Ohmden.</p> <p>(5) Im Landkreis Göppingen: Adelberg, Aichelberg, Bad Überkingen, Birenbach, Börtlingen, Boll, Donzdorf, Dürnau, Eschenbach, Gammelshausen, Hattenhofen, Heiningen, Ottenbach, Rechberghausen, Schlat, Schlierbach, Wäschenbeuren, Wangen, Zell unter Aichelberg.</p> <p>(6) Im Landkreis Ludwigsburg: Eberdingen, Großbottwar, Oberriexingen, Oberstenfeld, Sachsenheim.</p> <p>(7) Im Rems-Murr-Kreis: Allmersbach im Tal, Burgstetten, Kirchberg an der Murr.</p>
2.1.2.1 (N/Z) Neue Siedlungsflächen und Freiraumschutz	<p>(1) Die Siedlungsentwicklung soll sich an den Entwicklungsachsen orientieren und in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und leistungsfähigem Anschluss an das überörtliche Straßennetz konzentriert werden.</p> <p>(2) Bei der Ausweisung von Neubauflächen ist auf eine umweltschonende, Flächen und Energie sparende Bebauung und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Versorgungseinrichtungen, Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken.</p> <p>(2) Für den Schutz der ökologischen Ressourcen, die Erholung sowie die Land- und Forstwirtschaft sind ausreichend Freiflächen zu erhalten. Die Inanspruchnahme von Freiflächen für neue Siedlungsflächen ist auf den unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken und vorrangig vorhandene Potenziale im Siedlungsbestand sowie in Baulandreserven zu nutzen.</p>
2.1.2.2 (G) Siedlungsentwicklung in der Randzone um den Verdichtungsraum	<p>(1) Der Bedarf an Siedlungsflächen soll in der Randzone des Verdichtungsraumes vorrangig in bereits erschlossenen Bereichen und in übergemeindlicher Abstimmung konzentriert werden. Siedlungsflächenangebote, die zu nachteiligen Auswirkungen führen, sind zu vermeiden.</p> <p>(2) Die vorhandenen naturnahen Freiflächen sollen in ihrer ökologischen Basisfunktion vor allem für das Klima, den Luftaustausch, die Grundwasserneubildung sowie die Naherholungsfunktion für den hoch verdichteten Kernraum der Region gesichert und in ihrer Funktionsfähigkeit nachhaltig verbessert</p>

	<p>werden. Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft sind - möglichst in der Nähe - auszugleichen.</p>
<p>2.1.3 (N) Ländlicher Raum im engeren Sinne</p>	<p>(1) Der im Landesentwicklungsplan in der Region Stuttgart festgelegte Ländliche Raum im engeren Sinne wird nachrichtlich in den Regionalplan übernommen und ist in der Strukturkarte dargestellt.</p> <p>(2) Dem Ländlichen Raum im engeren Sinne in der Region Stuttgart sind im Landesentwicklungsplan die folgenden Städte und Gemeinden verbindlich zugeordnet.</p> <p>(3) Im Landkreis Esslingen: Neidlingen.</p> <p>(4) Im Landkreis Göppingen: Bad Ditzgenbach, Böhmenkirch, Deggingen, Drackenstein, Gruibingen, Hohenstadt, Lauterstein, Mühlhausen im Täle, Wiesensteig.</p> <p>(5) Im Rems-Murr-Kreis: Alfdorf, Althütte, Aspach, Auenwald, Berglen, Großerlach, Kaisersbach, Murrhardt, Oppenweiler, Rudersberg, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Welzheim.</p>
<p>2.1.3.1 (N/G) Siedlungsentwicklung im Ländlichen Raum im engeren Sinne</p>	<p>(1) Der Ländliche Raum im engeren Sinne soll so entwickelt werden, dass günstige Wohnstandortbedingungen Ressourcen schonend genutzt, ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote in angemessener Nähe zum Wohnort bereitgehalten und der agrar- und wirtschaftsstrukturelle Wandel sozial verträglich bewältigt werden.</p> <p>(2) Die Standortvoraussetzungen zur Erhaltung und Erweiterung des Arbeitsplatzangebots sollen durch die Bereitstellung ausreichender Gewerbeflächen, die Sicherung angemessener Verkehrsanbindungen, eine flächendeckende Erschließung mit leitungsgebundenen Energien und neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert werden.</p> <p>(3) Die Siedlungsentwicklung im Ländlichen Raum im engeren Sinne soll dabei in besonderem Maße auf die naturräumlichen und landschaftlichen Gegebenheiten abgestimmt werden. Dabei sollen insbesondere großflächige, funktionsfähige Freiräume gesichert werden. Die Siedlungsentwicklung soll vorrangig auf die Nutzung der bereits vorhandenen dezentralen Infrastruktur abgestimmt werden.</p>
<p>2.1.3.2 (N/Z) Entwicklung von Land- und Forstwirtschaft und Freiraumschutz</p>	<p>(1) Die Land- und die Forstwirtschaft sollen als leistungsfähige Wirtschaftszweige so fortentwickelt werden, dass sie für den Wettbewerb gestärkt werden und ihre Funktionen für die Ernährungs- und Rohstoffsicherung sowie ihre naturschutzrelevanten und landschaftspflegerischen Aufgaben auf Dauer erfüllen können.</p> <p>(2) Für den Schutz der ökologischen Ressourcen, die Erholung sowie die Land- und Forstwirtschaft sind ausreichend Freiräume zu sichern. Die Inanspruchnahme von Freiflächen für neue Siedlungsflächen ist auf den unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken und vorrangig vorhandene Potenziale im Siedlungsbestand sowie in Baulandreserven zu nutzen.</p>

## 2.1

## Raumkategorien

## Begründungen

Raumkategorien im Landesentwicklungsplan (LEP)

Der Landesentwicklungsplan weist entsprechend den unterschiedlich strukturierten Teilräumen des Landes unterschiedliche Raumkategorien als Ziel der Raumordnung verbindlich aus. Ausgehend von den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten unterscheidet der Landesentwicklungsplan in

- Verdichtungsräume
- Randzonen um die Verdichtungsräume
- Ländlicher Raum ggfs. untergliedert in
  - Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum
  - Ländlicher Raum im engeren Sinne

Zu

2.1.1 (N)

2.1.2 (N)

2.1.3 (N)

In der Region Stuttgart sind als Raumkategorien Verdichtungsraum als Teil des regionsübergreifenden Verdichtungsraumes Stuttgart, Randzone um den Verdichtungsraum Stuttgart sowie Ländlicher Raum im engeren Sinne verbindlich ausgewiesen bzw. festgelegt. Auf die Festlegung von Verdichtungsgebieten im Ländlichen Raum in der Region Stuttgart wird im Landesentwicklungsplan verzichtet.

Die Abgrenzungen der Raumkategorien und die Zuordnung der einzelnen Städte und Gemeinden zu den jeweiligen Raumkategorien werden aus dem Landesentwicklungsplan nachrichtlich übernommen. Die unterschiedlichen Raumkategorien sind in der Strukturkarte des Regionalplans dargestellt und die den jeweiligen Raumkategorien verbindlich zugeordneten Gemeinden, differenziert nach Landkreisen, in den Plansätzen 2.1.1 (N), 2.1.2 (N) und 2.1.3 (N) aufgeführt.

Neben der nachrichtlichen Übernahme der verbindlich im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen bzw. festgelegten Raumkategorien und der hierzu formulierten Ziele des Landesentwicklungsplanes werden im Regionalplan, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Funktionen und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten der verschiedenen Raumkategorien spezifische regionalplanerische Vorgaben zur angestrebten Siedlungs- und Freiraumentwicklung und hierbei zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen ergänzt. Die aus dem Landesentwicklungsplan nachrichtlich übernommenen Vorgaben sind mit einem (N) gekennzeichnet.

Zu 2.1.1

Verdichtungsraum

Der Verdichtungsraum innerhalb der Region Stuttgart weist in weiten Teilen Einwohnerdichten über 1.000 Einwohner pro km<sup>2</sup>, Siedlungs- und Verkehrsflächenanteile bis zu 50% der Gemarkungsflächen und eine hohe Verkehrsbelastung auf, aus denen starke Belastungen durch Lärm und Abgase entstehen. Dem Erhalt gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen kommt daher im Verdichtungsraum eine besondere Bedeutung zu. Die starke Besiedelung und hohe Verdichtung führt angesichts des Strukturwandels in der Wirtschaft und in der Bevölkerung zu wachsenden Umstrukturierungspotenzialen. Diese sollen im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung und Auslastung der vorhandenen Infrastruktur vorrangig genutzt werden. Damit lässt sich der erforderliche Flächenbedarf für Wohnen und Gewerbe in hohem Maße decken und die Inanspruchnahme neuer Flächen reduzieren. Letzteres ist gerade im Verdichtungsraum besonders notwendig, um auf jeden Fall eine Mindestausstattung an ökologisch wichtigen Frei- und Erholungsflächen zu sichern.

In einigen Teilen der Region wie z.B. im Neckar- und Filstal bestehen bandartige Siedlungsstrukturen entlang der Bahn- und Straßenachsen, im Remstal oder dem Oberen Gäu besteht die Gefahr der Ausbildung derselben. Daher kommt der Siedlungsgliederung eine besondere Bedeutung zu. Die Entwicklung kann hier nur in Schwerpunkten und in der Nähe vorhandener Infrastruktureinrichtungen erfolgen.

Eine Mindestausstattung an Freiflächen ist von besonderer Bedeutung für die Erhaltung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Lärmarme Wohnquartiere, Naherholungsmöglichkeiten und ökologisch wie insbesondere klimatisch

und für den Luftaustausch wichtige Bereiche müssen dafür vorhanden sein. Gerade in den verdichteten Bereichen der Region ist es vor dem Hintergrund klimatischer Veränderungen, insbesondere der Zunahme der Wärmebelastung unabdingbar, den Wohnsiedlungsbereichen ausreichend dimensionierte, klimatisch wirksame Freiflächen zu sichern. Nur so kann eine attraktive Lebenssituation für die im Verdichtungsraum der Region lebenden Menschen erhalten werden. Daher sind bei allen Entwicklungen die Bedeutung der ökologischen Basisfunktionen und deren Vernetzung besonders zu berücksichtigen sowie in ihrer Leistungskraft und Naherholungsfunktion zu stärken.

Ansatzpunkte dazu liefert das Konzept Landschaftspark Region Stuttgart bisher insbesondere für das Neckartal und die Filder, das weiterentwickelt und umgesetzt werden soll. Der lufthygienischen, klimatischen und den Naherholungsfunktionen der großen Wand- und Feldergebiete im Verdichtungsraum wie dem Glemswald, dem Schönbuch, dem Schurwald oder dem Langen Feld sowie den Fildern kommt eine besondere Bedeutung für Standortqualität im Kernraum zu, weshalb weitere Einschnürungen und Zerschneidungen zu vermeiden sind. Darüber hinaus ist die Sicherung der überwiegend im Verdichtungsraum vorkommenden regional und überregional bedeutenden Böden zu berücksichtigen.

Entsprechend den Vorgaben des Landesentwicklungsplans ist bei der Siedlungsentwicklung innerhalb des Verdichtungsraumes aufgrund der intensiven Raumbeanspruchung für Siedlungs- und Infrastrukturzwecke eine weitere Verschärfung negativer Folgen der Siedlungsverdichtung zu vermeiden. Gleichzeitig ist es innerhalb der Verdichtungsräume in besonderem Maße erforderlich Freiflächen für die Sicherung natürlicher Ressourcen, aber auch die Erholung sowie Land- und Forstwirtschaft zu erhalten. Im Vordergrund der weiteren Siedlungsentwicklung müssen daher vorhandenen Baulücken und Baulandreserven, aber auch Brach- und Konversionsflächen stehen. Darüber hinaus ist bei der Umsetzung neuer Bauflächen generell auf eine ressourcenschonende Entwicklung, d.h. eine möglichst flächen- und energiesparsame Erschließung hinzuwirken.

Zur Sicherstellung der nachhaltigen Auslastung bestehender Infrastruktur und zur Vermeidung einer weiteren Zunahme der Belastung durch den Individualverkehr ist die weitere Siedlungsentwicklung darüber hinaus auf leistungsfähige Anknüpfungspunkte an den öffentlichen Personennahverkehr auszurichten.

#### Zu 2.1.2 Randzone um den Verdichtungsraum

Die Randzone des Verdichtungsraumes bietet sich zunächst zur Entlastung des Kernraumes vom Siedlungsdruck sowie als Ausgleichsraum für defizitäre Freiraumfunktionen im hoch verdichteten Kernraum an. Gerade in der eng begrenzten und dicht an den Entwicklungsachsen liegenden Randzone, die quasi wie eine zweite Schale um die Entwicklungsachsen liegt, ist aber die Ergänzung und Kompensation von Defiziten im Verdichtungsraum der Region von besonderer Bedeutung, um die Standortattraktivität dort erhalten zu können. Die enge strukturelle Verflechtungen zum Verdichtungsraum sowie die infrastrukturelle Anbindung erlauben zusätzliche Siedlungsflächen nur in einzelnen Schwerpunkten sowie in wenigen Zentralen Orten. Damit wird ermöglicht, die polyzentrale Siedlungsstruktur der Region weiter zu stärken.

Aus der dargestellten Situation ergibt sich, dass die Ergänzung der im Verdichtungsraum nicht mehr ausreichend angebotenen Freiraumfunktionen von besonderer Bedeutung für den Erhalt der Lebens- und Standortqualität im Verdichtungsraum ist. Insofern muss den Belangen des Freiraumschutzes und der Sicherung der ökologischen Basisfunktionen eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Dieses gilt z.B. für den Schurwald und das Albvorland, in denen die reichhaltig gegliederte Landschaft wesentliches Standortmerkmal der gesamten Region ist, welche es entsprechend ihrer Bedeutung zu nutzen gilt. Anknüpfend an die vorhandene landschaftliche Situation sowie z.B. die vorhandenen Bäder (Beuren, Bad Boll, Bad Ditzgenbach, Bad Überkingen) kann die Entwicklung neuer Cluster in den Bereichen Gesundheit, Wellness, Tourismus und Naherholung hier besonders dazu beitragen, neue Erwerbspotenziale für die gesamte Region zu eröffnen und in diesem Teilraum besondere, der Standortgunst entsprechende Entwicklungschancen zu

eröffnen. Um die vorhandenen Potenziale zu erhalten und zu stärken, ist insgesamt eine behutsame Siedlungsentwicklung erforderlich. Dabei sind die Potenziale für die Eigenentwicklung zu sichern.

Entsprechend den Vorgaben des Landesentwicklungsplans ist bei der Siedlungsentwicklung innerhalb der Randzone um den Verdichtungsraum ebenfalls eine weitere Verschärfung negativer Folgen der Siedlungsverdichtung zu vermeiden. Zwar weist die Randzone dem Verdichtungsraum vergleichbare Siedlungsverdichtungen nur in Teilbereichen auf. Gleichzeitig ist die Randzone um den Verdichtungsraum aufgrund der oftmals attraktiven Wohnstandorte einem erhöhten Siedlungsdruck aus dem Verdichtungsraum ausgesetzt. Dieser Suburbanisierungsdruck muss daher ebenfalls möglichst auf bereits erschlossene Bereiche im Siedlungsbestand gelenkt werden, um die noch bestehenden Freiräume nachhaltig sicher zu können. Im Vordergrund der weiteren Siedlungsentwicklung müssen daher die infrastrukturell gut erschlossenen Entwicklungsachsen und Siedlungsbereiche stehen. Auch hier ist bei der Umsetzung neuer Bauflächen generell auf eine ressourcenschonende Entwicklung, d.h. eine möglichst flächen- und energiesparsame Erschließung hinzuwirken.

Zur Sicherstellung der nachhaltigen Auslastung bestehender Infrastruktur und zur Vermeidung einer weiteren Zunahme der Belastung durch den Individualverkehr ist die weitere Siedlungsentwicklung auch in der Randzone um den Verdichtungsraum auf leistungsfähige Anknüpfungspunkte an den öffentlichen Personennahverkehr auszurichten.

### Zu 2.1.3 Ländlicher Raum im engeren Sinne

Der Ländliche Raum im engeren Sinne macht in der Region nur einen relativ kleinen Teil der Fläche aus und konzentriert sich im Nordosten im Schwäbisch-Fränkischen Wald und den Berglen sowie im Südosten der Region im Bereich des Albvorlandes, des oberen Filstales und der Albhochfläche. Die reichhaltig gegliederte Landschaft und die landschaftlichen Besonderheiten des Weltkulturerbes Limes sowie des Albraufes sind besondere Standortmerkmale der gesamten Region. Hieran anknüpfend eröffnen sich Chancen für den Ländlichen Raum im engeren Sinne, zum Ausgleich und für eine nachhaltige und positive Gesamtentwicklung der Region auf die besonderen Eignungen für die Naherholung und den Tourismus aufzubauen. Als geeigneten Ansatz hierfür kann beispielsweise das Biosphärengebiet „Schwäbische Alb“ angesehen werden, das sich teilweise in der Region Stuttgart befindet.

Entsprechend der Entwicklungskonzeption des Landesentwicklungsplans sind die Qualitäten und Vorzüge des Ländlichen Raumes im engeren Sinne zu sichern und zu entwickeln. Auch und gerade im Ländlichen Raum im engeren Sinne gilt es daher die Siedlungsentwicklung darauf auszurichten, die vorhandenen Freiräume für freiraumbezogenen Nutzungen und Funktionen zu erhalten. Auch im Ländlichen Raum im engeren Sinne ist daher auf eine umwelt- und ressourcenschonende Siedlungsentwicklung und Erschließung von Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken.

Angesichts der langfristigen Perspektiven für die Bevölkerungsentwicklung und der beginnenden Re-Urbanisierung kommt der Sicherung der dezentralen Infrastruktur im Ländlichen Raum im engeren Sinne eine besondere Bedeutung zu. Andererseits können aus verkehrlichen und finanziellen Gründen Aufsiedlungen und zusätzlicher Infrastrukturbedarf bei gleichzeitig stagnierender oder sogar abnehmender Bevölkerung auf Dauer nicht tragfähig sein. Insofern ist bei der auf den nachweisbaren Bedarf abzustimmenden Siedlungsflächenentwicklung vorrangig die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zugrunde zu legen. Vorrangig ist dabei die Sicherung der Tragfähigkeit der Infrastruktur in den Zentralen Orten zu gewährleisten (vgl. Kapitel 2.3). Neue Siedlungsflächen sollen möglichst keine zusätzlichen Einrichtungen insbesondere der sozialen Infrastruktur erforderlich machen, weil deren langfristige Tragfähigkeit nicht erkennbar ist. Dieses ist im Einzelfall bei der Bemessung der Siedlungsflächenkontingente nachzuweisen. Soweit ein Ausbau von Infrastruktureinrichtungen unabdingbar notwendig wird, ist auch vorrangig eine Verbesserung der Ausstattung in den Zentralen Orten vorzunehmen, um deren Funktionsfähigkeit nachhaltig zu sichern und die Infrastrukturausstattung an möglichst gut erreichbaren Standorten zu gewährleisten.

Auch wenn der im Landesentwicklungsplan in der Region Stuttgart festgelegte Ländliche Raum im engeren Sinne nur einen relativ kleinen Teil der Region umfasst, kommt der Sicherung der hier noch vorhandenen vergleichsweise großräumigen Freiflächen für Natur- und Landschaft, aber auch die Land- und Forstwirtschaft hier eine besondere Bedeutung zu. Der Verband Region Stuttgart unterstützt die Sicherung und Entwicklung der Freiflächen dabei nicht nur über regionalplanerische Sicherungsinstrumente sondern auch durch das regionale Landschaftsparkkonzept, bei dem die Kommunen bei der Entwicklung von Freiflächen auch finanziell unterstützt werden können. Dieses Landschaftsparkkonzept ist dabei nicht auf den Ländlichen Raum im engeren Sinne beschränkt sondern setzt auch und besonders an den noch vorhandenen Freiräumen des Verdichtungsraumes und Randzone um den Verdichtungsraum an.



## **Kapitel 2: Regionale Siedlungsstruktur**

### **2.2    Entwicklungsachsen**

#### **2.2.1   Landesentwicklungsachsen**

#### **2.2.2   Regionale Entwicklungsachse**

#### **2.2.3   Konzentration der weiteren Siedlungsentwicklung**





2.2	Entwicklungssachsen																						
2.2.1 (N/Z) Landesentwicklungs- achsen	Die aus dem Landesentwicklungsplan 2002 nachrichtlich übernommenen Entwicklungssachsen in Spalte (1) werden wie folgt in Spalte (2) konkretisiert:																						
	<table> <tr> <th data-bbox="493 376 965 488">Entwicklungssachsen gemäß Landesentwicklungsplan (N) (1)</th><th data-bbox="965 376 1437 488">Gemeinden mit Flächen im Verlauf der Entwicklungssachsen (Z) (2)</th></tr> <tr> <td data-bbox="493 488 965 689">a) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim - Vaihingen an der Enz (– Mühlacker)</td><td data-bbox="965 488 1437 689">Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar Bietigheim-Bissingen, Sachsenheim, Sersheim, Vaihingen an der Enz</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 689 965 920">b) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim - Bietigheim-Bissingen / Besigheim (– Heilbronn)</td><td data-bbox="965 689 1437 920">Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar, Bietigheim-Bissingen, Besigheim, Löchgau, Walheim, Gemmrigheim, Kirchheim am Neckar, Bönnigheim</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 920 965 1093">c) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Backnang (– Schwäbisch Hall)</td><td data-bbox="965 920 1437 1093">Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Schwaikheim, Winnenden, Leutenbach, Backnang, Aspach (Großaspach), Oppenweiler, Sulzbach an der Murr, Murrhardt</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1093 965 1234">d) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Schorndorf (– Schwäbisch Gmünd)</td><td data-bbox="965 1093 1437 1234">Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Kernen i.R., Weinstadt, Remshalden, Winterbach, Schorndorf, Urbach, Plüderhausen</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1234 965 1464">e) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Göppingen – Geislingen an der Steige (– Ulm / Neu-Ulm)</td><td data-bbox="965 1234 1437 1464">Stuttgart, Esslingen, Ostfildern, Altbach, Deizisau, Plochingen, Reichenbach a.d.F., Ebersbach a.d.F., Albershausen, UHINGEN, Göppingen, Rechberghausen, Eislingen, Salach, Süßen, Donzdorf, Gingen a.d.F., Kuchen, Geislingen an der Steige</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1464 965 1637">f) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Nürtingen (– Metzingen)</td><td data-bbox="965 1464 1437 1637">Stuttgart, Plochingen, Wernau, Königingen, Wendlingen a.N., Kirchheim unter Teck, Unterensingen, Oberboihingen, Nürtingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Bempflingen</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1637 965 1720">g) Stuttgart (– Reutlingen/Tübingen)</td><td data-bbox="965 1637 1437 1720">Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt, Aichtal<sup>1)</sup></td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1720 965 1854">h) Stuttgart – Böblingen/Sindelfingen – Herrenberg (– Horb am Neckar)</td><td data-bbox="965 1720 1437 1854">Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen, Magstadt, Ehningen, Gärtringen, Nufringen, Herrenberg, Gäufelden, Bondorf</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1854 965 1966">i) Stuttgart – Leonberg (– Calw)</td><td data-bbox="965 1854 1437 1966">Stuttgart, Korntal-Münchingen, Ditzingen, Gerlingen, Leonberg, Rutesheim, Renningen, Weil der Stadt</td></tr> <tr> <td data-bbox="493 1966 965 2018">j) Herrenberg (– Nagold)</td><td data-bbox="965 1966 1437 2018">Herrenberg, Jettingen<sup>1)</sup></td></tr> </table>	Entwicklungssachsen gemäß Landesentwicklungsplan (N) (1)	Gemeinden mit Flächen im Verlauf der Entwicklungssachsen (Z) (2)	a) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim - Vaihingen an der Enz (– Mühlacker)	Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar Bietigheim-Bissingen, Sachsenheim, Sersheim, Vaihingen an der Enz	b) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim - Bietigheim-Bissingen / Besigheim (– Heilbronn)	Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar, Bietigheim-Bissingen, Besigheim, Löchgau, Walheim, Gemmrigheim, Kirchheim am Neckar, Bönnigheim	c) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Backnang (– Schwäbisch Hall)	Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Schwaikheim, Winnenden, Leutenbach, Backnang, Aspach (Großaspach), Oppenweiler, Sulzbach an der Murr, Murrhardt	d) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Schorndorf (– Schwäbisch Gmünd)	Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Kernen i.R., Weinstadt, Remshalden, Winterbach, Schorndorf, Urbach, Plüderhausen	e) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Göppingen – Geislingen an der Steige (– Ulm / Neu-Ulm)	Stuttgart, Esslingen, Ostfildern, Altbach, Deizisau, Plochingen, Reichenbach a.d.F., Ebersbach a.d.F., Albershausen, UHINGEN, Göppingen, Rechberghausen, Eislingen, Salach, Süßen, Donzdorf, Gingen a.d.F., Kuchen, Geislingen an der Steige	f) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Nürtingen (– Metzingen)	Stuttgart, Plochingen, Wernau, Königingen, Wendlingen a.N., Kirchheim unter Teck, Unterensingen, Oberboihingen, Nürtingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Bempflingen	g) Stuttgart (– Reutlingen/Tübingen)	Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt, Aichtal <sup>1)</sup>	h) Stuttgart – Böblingen/Sindelfingen – Herrenberg (– Horb am Neckar)	Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen, Magstadt, Ehningen, Gärtringen, Nufringen, Herrenberg, Gäufelden, Bondorf	i) Stuttgart – Leonberg (– Calw)	Stuttgart, Korntal-Münchingen, Ditzingen, Gerlingen, Leonberg, Rutesheim, Renningen, Weil der Stadt	j) Herrenberg (– Nagold)	Herrenberg, Jettingen <sup>1)</sup>
Entwicklungssachsen gemäß Landesentwicklungsplan (N) (1)	Gemeinden mit Flächen im Verlauf der Entwicklungssachsen (Z) (2)																						
a) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim - Vaihingen an der Enz (– Mühlacker)	Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar Bietigheim-Bissingen, Sachsenheim, Sersheim, Vaihingen an der Enz																						
b) Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim - Bietigheim-Bissingen / Besigheim (– Heilbronn)	Stuttgart, Remseck, Kornwestheim, Ludwigsburg, Asperg, Tamm, Freiberg am Neckar, Benningen, Marbach am Neckar, Bietigheim-Bissingen, Besigheim, Löchgau, Walheim, Gemmrigheim, Kirchheim am Neckar, Bönnigheim																						
c) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Backnang (– Schwäbisch Hall)	Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Schwaikheim, Winnenden, Leutenbach, Backnang, Aspach (Großaspach), Oppenweiler, Sulzbach an der Murr, Murrhardt																						
d) Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Schorndorf (– Schwäbisch Gmünd)	Stuttgart, Fellbach, Waiblingen, Kernen i.R., Weinstadt, Remshalden, Winterbach, Schorndorf, Urbach, Plüderhausen																						
e) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Göppingen – Geislingen an der Steige (– Ulm / Neu-Ulm)	Stuttgart, Esslingen, Ostfildern, Altbach, Deizisau, Plochingen, Reichenbach a.d.F., Ebersbach a.d.F., Albershausen, UHINGEN, Göppingen, Rechberghausen, Eislingen, Salach, Süßen, Donzdorf, Gingen a.d.F., Kuchen, Geislingen an der Steige																						
f) Stuttgart – Esslingen am Neckar - Plochingen – Nürtingen (– Metzingen)	Stuttgart, Plochingen, Wernau, Königingen, Wendlingen a.N., Kirchheim unter Teck, Unterensingen, Oberboihingen, Nürtingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Bempflingen																						
g) Stuttgart (– Reutlingen/Tübingen)	Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt, Aichtal <sup>1)</sup>																						
h) Stuttgart – Böblingen/Sindelfingen – Herrenberg (– Horb am Neckar)	Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen, Magstadt, Ehningen, Gärtringen, Nufringen, Herrenberg, Gäufelden, Bondorf																						
i) Stuttgart – Leonberg (– Calw)	Stuttgart, Korntal-Münchingen, Ditzingen, Gerlingen, Leonberg, Rutesheim, Renningen, Weil der Stadt																						
j) Herrenberg (– Nagold)	Herrenberg, Jettingen <sup>1)</sup>																						
	<sup>1)</sup> Als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung nach PS 2.4.2 (Z)																						

2.2.2 (Z)

Regionale

Entwicklungssachse

Als regionale Entwicklungssachse wird festgelegt und wie folgt konkretisiert:

Regionale Entwicklungssachse (1)	Gemeinden mit Flächen im Verlauf der Entwicklungssachsen (2)
a) Stuttgart – Filderstadt – Neuhausen a.d.F. – Wendlingen – Kirchheim unter Teck	Stuttgart-Vaihingen, Leinfelden-Echterdingen <sup>2)</sup> , Filderstadt <sup>2)</sup> , Neuhausen a.d.F. <sup>1) 2)</sup> , Köngen, Wendlingen a.N., Kirchheim unter Teck

1) als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung nach PS 2.4.2 (Z)

2) Fluglärmkonturen / Lärmschutz Flughafen beachten.

2.2.3 (Z)

Konzentration der weiteren Siedlungsentwicklung

Die weitere Siedlungsentwicklung in der Region Stuttgart ist vorrangig auf die Entwicklungssachsen mit ihren leistungsfähigen Bandinfrastrukturen zu konzentrieren.

2.2.3 (G)

Leistungsfähige Bandinfrastruktur

Zur leistungsfähigen Bandinfrastruktur zählen:

- Schienenstrecken mit im Takt verkehrenden Nahverkehrssystemen, Regionallinien und Bahnhöfe des Fernverkehrs
- Straßen für den überregionalen Verkehr, d.h. zwischen Mittelzentren oder zwischen Mittel- und Oberzentren
- ausreichende Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung
- sowie die Möglichkeit, leitungsgebundene Wärmeversorgung (Gas, Fernwärme) sowie hochleistungsfähige Telekommunikationseinrichtungen einrichten zu können.

## 2.2

## Entwicklungssachsen

	Begründungen
Zu 2.2.1 (N/Z) Entwicklungssachsen	<p>Bei den im Plansatz 2.2.1 unter a) - j) genannten Entwicklungssachsen handelt es sich um Planziele aus dem Landesentwicklungsplan 2002 (LEP) (Plansatz 2.6), die gemäß § 11 (6) Nr.3 Landesplanungsgesetz in den Regionalplan nachrichtlich in Spalte 1 der Tabelle übernommen und in Spalte 2 konkretisiert und ausgeformt werden. Die Ausformung der im LEP generell vorgegebenen Linienführung ist Aufgabe der Regionalplanung. Dies geschieht in einer ersten Gliederung durch die Benennung von Gemeinden, die Flächen im Verlauf der Entwicklungssachse haben. Damit können die Entwicklung im Planungszeitraum bzw. in der längerfristigen Perspektive sinnvoll geordnet und bestehende Qualitäten im Bestand weiterentwickelt werden.</p>
Zu 2.2.2 (Z) Regionale Entwicklungssachse	<p>Die Festlegung einer Regionalen Entwicklungssachse als Ergänzung des aus dem LEP übernommenen Netzes erfolgt gemäß § 11 (3) Nr. 2 Landesplanungsgesetz 2003 (LplG) bzw. 2.6.2 G Landesentwicklungsplan 2002 (LEP). Die Regionale Entwicklungssachse erfüllt die Anforderungen, die an die Festlegung von Entwicklungssachsen in der Region Stuttgart gestellt werden (s. Plansatz. 2.2.3 (G)).</p> <p>Die regionale Entwicklungssachse a) berücksichtigt die beabsichtigte weitere Konzentration der Siedlungsentwicklung entlang der geplanten Fernbahn-/ S-Bahnstrecke Flughafen – Wendlingen – Kirchheim/Teck sowie die geplante, aber noch nicht realisierte Schienenverkehrsanbindung nach Neuhausen a.d.F.</p> <p>Für die Gemeinde Neuhausen a.d.F. ist darauf hinzuweisen, dass sie zwar in die regionale Entwicklungssachse aufgenommen wurde - aber nicht als Siedlungsbereich dargestellt ist. Sie ist vielmehr als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung (nach PS 2.4.2 Z) festgelegt und kann erst nach Realisierung entsprechender Schienen-Personennahverkehrsmittel als Siedlungsbereich behandelt werden. Gleiches gilt für die Gemeinden Aichtal und Jettingen bezüglich der Landesentwicklungssachsen Stuttgart – Reutlingen / Tübingen bzw. Herrenberg – Nagold.</p> <p>Über diese regionale Entwicklungssachse hinaus ist die regionalplanerische Notwendigkeit zusätzlicher Entwicklungssachsen nicht gegeben. Der sich abzeichnenden Entwicklung bei der Zahl der Einwohner und Arbeitsplätze kann im Planungszeitraum in den Siedlungsbereichen und Schwerpunkten für den Wohnungsbau und für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen und auf den vorhandenen Flächenreserven Rechnung getragen werden.</p> <p>Auch zukünftig ist die Erhaltung der Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens als eine für die gesamte Region wichtige Infrastruktur zu berücksichtigen. Daher ist in den mit <sup>2)</sup> gekennzeichneten Kommunen besonders darauf zu achten, dass sich die Siedlungsflächen nicht auf den Flughafen hin entwickeln. Dieses gilt insbesondere für Wohnbauflächen im Interesse gesunder Wohnverhältnisse.</p> <p>Der Flughafen Stuttgart ist eine zentrale Infrastruktureinrichtung für die Region und das ganze Land. Da die von den Flugbewegungen ausgehenden Lärmbelastungen kaum abzuschirmen sind, ist eine weitere Siedlungsentwicklung in Richtung des Flughafens zu unterlassen. Die in der Raumnutzungskarte dargestellte Lärmkontur gibt einen Anhalt über die Ausbreitung. Auf die Siedlungsbeschränkungen nach dem Fluglärmschutzgesetz 2007 wird hingewiesen.</p>
Zu 2.2.3 (Z) Konzentration der weiteren Siedlungs- entwicklung	<p>Die Entwicklungssachse ist eines der wesentlichen Planungsinstrumente der Raumordnung und Landesplanung zur Sicherung, Ordnung und Steuerung der Siedlungsentwicklung. Sie dient der Konzentration der Entwicklung entlang einer leistungsfähigen Bandinfrastruktur, dem Leistungsaustausch der größeren Zentralen Orte untereinander und mit den anschließenden Räumen.</p>

Zu 2.2.3 (G)  
Leistungsfähige  
Bandinfrastruktur

Zur leistungsfähigen Bandinfrastruktur zählen bestehende Schienenstrecken mit im Takt verkehrenden Nahverkehrssystemen: hier sind die Stadt- und S-Bahn zu nennen; ebenso die Regionallinien. In einzelnen Fällen kommen auch Bahnhöfe mit Fernverkehrshalten hinzu.

Die Räume zwischen den Entwicklungsachsen dienen insbesondere der Sicherung gesunder Lebensverhältnisse und den auf Freiräume angewiesenen Funktionen und Nutzungen.

Durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die Siedlungsbereiche der Entwicklungsachsen werden günstige Voraussetzungen für eine leistungsfähige, wirtschaftliche und die Freiräume schonende Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungseinrichtungen geschaffen. Es erfolgt dadurch auch eine rationelle Erschließung und günstige Zuordnung von Siedlung und Infrastruktur (siehe hierzu Plansatz 1.4.2.4 G).

Die dichter besiedelten und gut ausgestatteten Bereiche im Verlauf der Entwicklungsachsen und die weniger stark besiedelten bzw. freien Räume zwischen den Entwicklungsachsen ergänzen einander und bilden eine funktionale Einheit. Die Aufgabenstellung der Räume zwischen den Entwicklungsachsen (neben der landwirtschaftlichen Produktion als Regenerations- und Schutzflächen für die natürlichen Lebensgrundlagen) beinhaltet für die weitere Siedlungsentwicklung in der Regel die Nutzung der vorhandenen Gemeinden bzw. Gemeindeteile im Rahmen des Eigenbedarfs (siehe auch Plansätze 1.4.2.6 (G) und 2.4.2 (Z)).

Ausformung der  
Entwicklungsachsen

In den Plansätzen 2.2.1 (Z) und 2.2.2 (Z) wird eine Gliederung der hoch verdichteten Region Stuttgart vorgenommen. Wegen der bereits vorhandenen und zunehmend enger werdenden Verflechtung von Wohnen und Arbeiten, der Infrastruktureinrichtungen, ergänzenden Freiflächen und besonderen Maßnahmen zur Sicherung von großräumigen Erholungsfunktionen ist eine konkrete räumliche Darstellung und Abstimmung der verschiedenen Raumnutzungen untereinander unerlässlich. Die weitere Konkretisierung erfolgt in den Plankapiteln 2.4.1 „Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungstätigkeit (Siedlungsbereiche)“, 3.1.1 „Regionale Grünzüge“ und 3.1.2 „Grünzäsuren“.

Ziel und Leitlinie für die Entwicklung der Siedlungsstruktur muss weiterhin die Vermeidung einer bandartigen Siedlungsentwicklung und der Abbau nachteiliger Verdichtungsfolgen bleiben.

## **Kapitel 2: Regionale Siedlungsstruktur**

### **2.3 Zentrale Orte**

#### **2.3.1 Oberzentrum**

#### **2.3.2 Mittelzentren und Mittelbereiche**

#### **2.3.3 Unterzentren**

#### **2.3.4 Kleinzentren**

#### **2.3.5 Zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskerne**

#### **2.3.6 Gemeinsame Zentrale Orte (Doppelzentren)**



2.3	Zentrale Orte
2.3.1 (N) Oberzentrum	<p>(1) Oberzentrum der Region ist die Landeshauptstadt Stuttgart.</p> <p>(2) Das Oberzentrum ist nachrichtlich in der Raumnutzungskarte und der Strukturkarte mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet.</p>
2.3.1 (G) Zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskerne im Oberzentrum	<p>Die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne des Oberzentrums sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtbezirk Mitte</li> <li>• Stadtbezirk Bad Cannstatt (Kernstadt)</li> <li>• Stadtbezirk Feuerbach (Kernstadt)</li> <li>• Stadtbezirk Vaihingen (Kernstadt)</li> <li>• Stadtbezirk Weilimdorf (Kernstadt)</li> <li>• Stadtbezirk Zuffenhausen (Kernstadt)</li> </ul>
2.3.2 (N/G) Mittelzentren und Mittelbereiche	<p>(1) Als Mittelzentren sind in der Region Stuttgart die folgenden Gemeinden festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Backnang (Kernstadt)</li> <li>• Bietigheim-Bissingen (Stadtteil Bietigheim) / Besigheim (Kernstadt)</li> <li>• Böblingen (Kernstadt) / Sindelfingen (Kernstadt)</li> <li>• Esslingen am Neckar (Kernstadt)</li> <li>• Geislingen an der Steige (Kernstadt)</li> <li>• Göppingen (Kernstadt)</li> <li>• Herrenberg (Kernstadt)</li> <li>• Kirchheim unter Teck (Kernstadt)</li> <li>• Leonberg (Kernstadt)</li> <li>• Ludwigsburg (Kernstadt) / Kornwestheim (Kernstadt)</li> <li>• Nürtingen (Kernstadt)</li> <li>• Schorndorf (Kernstadt)</li> <li>• Vaihingen an der Enz (Kernstadt)</li> <li>• Waiblingen (Kernstadt) / Fellbach (Kernstadt).</li> </ul> <p>(2) Die Mittelzentren sind nachrichtlich in der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet, die ihnen zugeordneten Mittelbereiche sind nachrichtlich in der Strukturkarte dargestellt. Die den Mittelbereichen zugeordneten Städte und Gemeinden sind in der Begründung des Regionalplans aufgeführt.</p>
2.3.3 (Z) Unterzentren	<p>(1) Als Unterzentren werden in der Region Stuttgart die folgenden Gemeinden festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ditzingen (Kernstadt)</li> <li>• Donzdorf (Kernstadt)</li> <li>• Filderstadt (Stadtteil Bernhausen)</li> <li>• Leinfelden-Echterdingen (Stadtteil Leinfelden und Stadtteil Echterdingen)</li> <li>• Marbach am Neckar (Kernstadt)</li> <li>• Murrhardt (Kernstadt)</li> <li>• Ostfildern (Stadtteil Nellingen)</li> <li>• Plochingen (Kernstadt)</li> <li>• Weil der Stadt (Kernstadt)</li> <li>• Weinstadt (Stadtteil Endersbach)</li> <li>• Welzheim (Kernstadt)</li> <li>• Winnenden (Kernstadt).</li> </ul>



	<p>(2) Die Unterzentren sind in der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet.</p> <p>(3) Die Unterzentren sind so auszubauen, dass sie den qualifizierten, häufig wiederkehrenden überörtlichen Grundbedarf der Einwohner ihres Verflechtungsbereichs decken können.</p>
<p>2.3.4 (Z) Kleinzentren</p>	<p>(1) Als Kleinzentren werden in der Region Stuttgart die folgenden Gemeinden festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Alfdorf (Hauptort)</li> <li>• Bad Boll (Hauptort)</li> <li>• Böhmenkirch (Hauptort)</li> <li>• Bönningheim (Kernstadt)</li> <li>• Deggingen (Hauptort)</li> <li>• Ebersbach a. d. Fils (Kernstadt)</li> <li>• Eislingen/Fils (Kernstadt)</li> <li>• Freiberg am Neckar (Kernstadt)</li> <li>• Gäufelden (Ortsteil Nebringen)</li> <li>• Gerlingen (Kernstadt)</li> <li>• Großbottwar (Kernstadt) / Oberstenfeld (Hauptort)</li> <li>• Holzgerlingen (Kernstadt)</li> <li>• Korntal-Münchingen (Stadtteil Korntal)</li> <li>• Lenningen (Ortsteil Oberlenningen)</li> <li>• Neckartenzlingen (Hauptort)</li> <li>• Neuffen (Kernstadt)</li> <li>• Plüderhausen (Hauptort)</li> <li>• Rechberghausen (Hauptort)</li> <li>• Reichenbach a. d. Fils (Kernstadt)</li> <li>• Renningen (Kernstadt)</li> <li>• Rudersberg (Hauptort)</li> <li>• Sachsenheim (Kernstadt Großsachsenheim)</li> <li>• Steinheim an der Murr (Kernstadt)</li> <li>• Sulzbach an der Murr (Hauptort)</li> <li>• Uhingen (Hauptort)</li> <li>• Waldenbuch (Hauptort)</li> <li>• Weilheim an der Teck (Kernstadt)</li> <li>• Wendlingen a. N. (Kernstadt)</li> <li>• Wiesensteig (Kernstadt).</li> </ul>
<p>2.3.5 (G) Zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskerne</p>	<p>(2) Die Kleinzentren sind in der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet.</p> <p>(3) Die Kleinzentren sind so auszubauen, dass sie den häufiger wiederkehrenden überörtlichen Grundbedarf der Einwohner ihres Verflechtungsbereichs decken können.</p> <p>(1) Der in der Auflistung der Zentralen Orte in den Plansätzen 2.3.1 bis 2.3.4 jeweils genannte Stadt- bzw. Ortsteil bildet jeweils den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskern des Zentralen Ortes.</p> <p>(2) Neu hinzukommende zentralörtliche Einrichtungen sollen in die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne der Zentralen Orte integriert werden.</p>
<p>2.3.6. (Z) Gemeinsame Zentrale Orte (Doppelzentren)</p>	<p>Die im Landesentwicklungsplan bzw. im Regionalplan festgelegten gemeinsamen Zentralen Orte (Doppelzentren) nehmen ihre zentralörtlichen Aufgaben und Funktionen als kooperative Zentrale Orte jeweils gemeinsam wahr. Die Wahrnehmung dieser Funktionen und die Entwicklung zentralörtlicher Einrichtungen und Standorte sind zwischen den jeweiligen gemeinsamen Zentralen Orten untereinander und aufeinander abzustimmen.</p>

## 2.3

## Zentrale Orte

## Begründungen

## Zentrale Orte

Die Festlegung Zentraler Orte erfolgt auf der Grundlage des Landesplanungsgesetzes (§ 11 Abs. 3). Die Zentralen Orte der Region Stuttgart sind das im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Oberzentrum, die dort ausgewiesenen Mittelzentren sowie die im Regionalplan festgelegten Unterzentren und Kleinzentren. Den Zentralen Orten entsprechend ihrer zentralörtlichen Funktionen als Verflechtungsbereich zugeordnet sind die Region, die Mittelbereiche und die zur besseren Unterscheidung zu den mittelzentralen Verflechtungsbereichen als Nahbereiche bezeichneten Verflechtungsbereiche der Unter- und Kleinzentren. Das Oberzentrum sowie die Mittelzentren und die zugeordneten Mittelbereiche werden hierbei vom Landesentwicklungsplan verbindlich vorgegeben und in den Regionalplan lediglich nachrichtlich übernommen (N). Die Festlegung der Unter- und Kleinzentren erfolgt gemäß Landesplanungsgesetz (LplG) in den Regionalplänen.

Zentrale Orte sind insbesondere Standorte, an denen öffentliche und private Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen, sowie soziale und kulturelle Angebote gebündelt vorgehalten bzw. angeboten werden. Insbesondere Güter und Dienstleistungen, die nicht in jeder Gemeinde in tragfähigen Einrichtungen angeboten werden können, sollen in leistungsfähigen Zentralen Orten gebündelt werden. Die Differenzierung der Zentralen Orte in unterschiedliche Stufen berücksichtigt dabei die unterschiedlichen Versorgungsfunktionen Zentraler Orte und die unterschiedliche Größe der Verflechtungsbereiche zur Sicherung einer ausreichenden Tragfähigkeit der Versorgungseinrichtungen. Die Zentralen Orte dienen so der Sicherstellung gleichwertiger Versorgungsmöglichkeiten im Planungsraum und damit auch der Umsetzung der raumordnerischen Leitvorstellung der nachhaltigen Entwicklung unter Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange.

Zu 2.3.1 (N) und  
Zu 2.3.2 (N/G)  
Oberzentrum,  
Mittelzentren

Das Oberzentrum, die Mittelzentren sowie ihre Verflechtungsbereiche (Mittelbereiche) sind gem. § 11 Abs. 6 LplG nachrichtlich in den Regionalplan zu übernehmen. Auf entsprechende Ausführungen des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2002 wird verwiesen (LEP 2.5). Die nach Verwaltungsräumen gegliederten Verflechtungsbereiche der Mittelzentren und die Verflechtungsbereiche der Unter- und Kleinzentren (Nahbereiche) sind am Ende dieses Kapitels tabellarisch aufgeführt. Als Nahbereich (unter- bzw. kleinzentraler Verflechtungsbereich) eines Mittelzentrums werden dort Bereiche bezeichnet, in denen das Mittelzentrum für nicht zentrale Orte Versorgungsfunktionen auf der Stufe von Unter- oder Kleinzentren übernimmt (zur Konkretisierung der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne siehe PS. 2.3.5 (G)). Der landesplanerisch nicht vorgesehene Begriff „Nahbereich“ wird hier lediglich zur besseren Unterscheidung zu den Mittelbereichen verwendet.

Zu 2.3.3 (Z) und  
Zu 2.3.4 (Z)  
Unterzentren,  
Kleinzentren

Die nach § 11 Abs. 3 Landesplanungsgesetz im Regionalplan festzulegenden Unter- und Kleinzentren dienen im Wesentlichen der Versorgung mit dem häufiger nachgefragten überörtlichen Grundbedarf. Die im Regionalplan für die Region Stuttgart als Klein- bzw. Unterzentrum verbindlich festgelegten Städte und Gemeinden sind in PS. 2.3.3 (Z) bzw. PS. 2.3.4 (Z) aufgeführt. Der in Klammern gesetzte Zusatz konkretisiert den jeweiligen zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskern. Die Konkretisierung dieser Siedlungs- und Versorgungskerne erfolgt als Grundsatz (siehe hierzu PS. 2.3.5 (G)).

Die Verflechtungsbereiche der Unter- und Kleinzentren werden nicht verbindlich vorgegeben, da insbesondere in verdichteten Bereichen i.d.R. Überschneidungen bestehen. Da jedoch auf diese Bereiche zur Raumgliederung und als Darstellungsraster, insbesondere im Hinblick auf den Versorgungsbereich des jeweiligen Zentralen Ortes, nicht verzichtet werden soll, ist die Zuordnung der gemeindlichen Verwaltungsräume zu Verflechtungsbereichen der Unter- und Kleinzentren am Ende dieses Kapitels im Zusammenhang mit den Mittelbereichen aufgeführt.

Ausgehend von der o.g. grundlegenden Funktion Zentraler Orte ist bei der Prüfung bzw. Entwicklung eines Systems Zentraler Orte zunächst grundsätzlich zu beachten, dass Zentrale Orte (wie oben dargelegt) ein raumordnerisches Instrument und nicht eine „Anerkennung“ für erreichte oder vorhandene Strukturmerkmale darstellen. Die Erfüllung von bestimmten Strukturkriterien (Lage im Raum, verkehrliche Anbindung, Bevölkerungszahl im Ort sowie im Verflechtungsbereich, vorhandene Dienstleistungseinrichtungen, Beschäftigungsstruktur u.a.) kann erst im zweiten Schritt der Ermittlung geeigneter Orte für zentralörtliche Funktionen dienen. Die Festlegung oder Höherstufung Zentraler Orte ergibt sich insofern nicht allein aufgrund bestehender oder erreichbarer zentralörtlicher Ausstattungsmerkmale sondern ist an ein raumordnerisches Erfordernis gebunden.

Die raumordnerische Erforderlichkeit Zentraler Orte kann sich aus unterschiedlichen raumordnerischen Problemstellungen heraus ergeben. Zu nennen sind etwa die Sicherstellung einer tragfähigen Mindestausstattung mit Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen oder die Koordinierung und Steuerung der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung (z.B. Wohnungsbau- und Gewerbeschwerpunkte, großflächiger Einzelhandel). Im Verdichtungsraum steht dabei – da aufgrund der hohen Einwohner-, Siedlungs- und Infrastrukturdichte die Tragfähigkeit zentralörtlicher Einrichtungen i.d.R. in einer großen Anzahl der Kommunen gegeben ist – die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion Zentraler Orte im Vordergrund. Aus diesem Grund ist es aus raumordnerischen Erwägungen auch im Verdichtungsraum weiterhin sinnvoll und geboten, das raumordnerische Instrumentarium Zentraler Orte prinzipiell beizubehalten.

Die eingehende strukturelle Analyse der im Regionalplan bislang festgelegten Zentralen Orte bestätigt sowohl räumlich als auch funktional weitgehend die derzeit festgelegten Zentralen Orte. Auch im Hinblick auf die Frage, welche Kommunen zukünftig als Zentrale Orte auszuweisen wären, bestätigt sich, dass aus raumordnerischen Gründen keine wesentlichen Änderungen erforderlich sind. Die Festlegung neuer oder die Höherstufung bestehender Zentraler Orte zur Verbesserung der bestehenden Versorgungssituation ist somit aus raumordnerischer Sicht nicht erforderlich. Vorrangige Aufgabe ist es, die bestehenden Zentralen Orte in ihrer Bedeutung zu sichern und ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die bislang im Regionalplan festgelegten Zentralen Orte werden daher beibehalten und unverändert übernommen.

Das festgelegte System Zentraler Orte stellt ein Gerüst für die flächendeckende Sicherung von Versorgungsfunktionen dar. Ergänzt wird dieses System hinsichtlich der örtlichen Versorgung auch in Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung. Hervorgehoben wird damit, dass nicht allein Zentrale Orte Versorgungsfunktionen wahrnehmen sollen und sich in andere Gemeinden grundsätzlich eine schlechtere Versorgungssituation einstellt. Die örtliche Grundversorgung ist nach Möglichkeit in allen Gemeinden abzudecken.

Die Gewährleistung und Verbesserung einer möglichst fußläufigen Anbindung von Grundversorgungseinrichtungen soll dem Trend zu großen i.d.R. entfernt von Wohngebieten, allein auf die Erreichbarkeit für den Individualverkehr ausgerichteten Versorgungsstandorten entgegenwirken. Hierdurch soll der Gefahr begegnet werden, dass sich für Bevölkerungsteile, die nicht oder nicht ständig über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügen, die Versorgungssituation insbesondere hinsichtlich der Grundversorgung des täglichen Bedarfs verschlechtert. Darüber hinaus bietet sich hierüber die Möglichkeit der Reduzierung des Individualverkehrs.

Zu 2.3.5 (G)  
Zentralörtliche  
Siedlungs- und  
Versorgungskerne

Der Landesentwicklungsplan (LEP) sieht vor, dass als Zentrale Orte Gemeinden festgelegt werden (PS. 2.5.2 G, LEP 2002). In den Plansätzen 2.3.1 bis 2.3.4 werden danach die dort aufgeführten Städte und Gemeinden als Zentrale Orte nachrichtlich übernommen (Oberzentrum, Mittelzentren) bzw. als Ziel (Z) verbindlich festgelegt (Unter- und Kleinzentren) und in der Strukturkarte sowie der Raumnutzungskarte jeweils über ein entsprechendes Symbol gekennzeichnet. Der LEP bestimmt darüber hinaus, dass zentralörtliche Einrichtungen in den Zentralen Orten grundsätzlich in den Siedlungs- und Versorgungskernen mit günstiger Anbindung an den Nahverkehr gebündelt angeboten werden sollen (PS. 2.5.3 G, LEP 2002).

Ungeachtet der zentralörtlichen Funktionszuweisung an Gemeinden besteht damit nach dem LEP die Notwendigkeit, zentralörtliche Einrichtungen innerhalb der Zentralen Orte an einem günstig gelegenen und gut erreichbaren Standort zu konzentrieren. Der LEP räumt der Regionalplanung in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Möglichkeit ein, diese zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne zu konkretisieren (vgl. Begründung zu PS.2.5.2 G, LEP 2002).

Die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne stellen diejenigen räumlichen Bereiche innerhalb der Zentralen Orte dar, in denen zentralörtliche Einrichtungen aufgrund der zentralen Lage, der verkehrlichen Erreichbarkeit und der günstigen Zuordnung zu anderen Einrichtungen gebündelt angeboten werden sollen. Die Sicherung, Weiterentwicklung und Ansiedlung zentralörtlicher Einrichtungen soll daher möglichst innerhalb dieser Siedlungs- und Versorgungskerne vorgenommen werden. Die in den Plansätzen zu den jeweiligen Zentralen Orten bezeichneten Stadt- bzw. Ortsteile bezeichnen den jeweiligen zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskern, der hierüber jeweils räumlich konkretisiert wird. Die Konkretisierung der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne und die damit verbundene Zuordnung neuer zentralörtlicher Einrichtungen erfolgt im Regionalplan als Grundsatz.

Nur über eine Konkretisierung der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne kann das Bündelungs- und Konzentrationsprinzip Zentraler Orte insbesondere mit Blick auf jene Gemeinden wirksam umgesetzt werden, die mehrere Ortsteile umfassen. Die zentralörtlichen Funktionen sollen hierüber an gut erreichbaren Standorten konzentriert und ihre Tragfähigkeit durch die Bündelung unterschiedlicher Funktionen und Einrichtungen gewährleistet und die Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte damit nachhaltig gesichert werden. Die bislang über das Symbol für den Zentralen Ort in der Raumnutzungskarte konkretisierten zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne der Zentralen Orte werden aus dem Regionalplan 1998 bzw. der Teiländerung 2002 im Wesentlichen unverändert übernommen.

In der folgenden Tabelle sind für die einzelnen Zentralen Orte jeweils die Ortslagen konkret benannt, die den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskern darstellen. Hierbei werden für das Oberzentrum Stuttgart größere überörtlich bedeutsame Stadtteile, sogenannte B- oder C-Zentren gemäß des Zentrenkonzepts der Stadt Stuttgart (Konzeption Einzelhandel und Zentren vom 15. Juli 2008), den Zentralen Orten mit unter- bzw. mittelfunktionaler Bedeutung gleichgesetzt. Der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne wird dabei nicht exakt abgegrenzt, sondern umfasst i.d.R. jeweils den namensgebenden zentrale Stadt- bzw. Ortsteil. Sofern aufgrund der Nennung der Ortslage der zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskern nicht eindeutig bestimmbar ist, werden ergänzend Hinweise gegeben, welche Ortslagen ggfs. nicht zum Versorgungskern zählen. Entsprechende Hinweise werden nicht gegeben, sofern Ortslagen räumlich deutlich getrennt vom Hauptort liegen.

Neue zentralörtliche Einrichtungen sollen nach Möglichkeit in die genannten zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne der Zentralen Orte integriert werden. Eine weitere Verlagerung zentralörtlicher Einrichtungen an periphere Standorte soll damit entgegengewirkt werden. Sie führt letztlich zu einer Schwächung der Tragfähigkeit auch anderer zentralörtlicher Einrichtungen und damit der zentralörtlichen Funktionsfähigkeit insgesamt. Eine solche Entwicklung soll daher, auch vor dem Hintergrund der demografisch bedingt ohnehin tendenziell abnehmenden Tragfähigkeit von Einrichtungen, vermieden werden.

**Tabelle der zentralörtliche Siedlungs- und Versorgungskerne**

<b>Oberzentrum</b>	<b>Zentrale Orte</b>	<b>Ortslage des Siedlungs- und Versorgungskerns</b>	<b>Hinweise</b>
	Stuttgart	Stadtbezirk Mitte	
		Stadtbezirk Bad Cannstatt	ohne Steinhaldenfeld, Sommerrain, Muckensturm, Espan, Im Geiger, Stadtteile westlich des Neckars
		Stadtbezirk Feuerbach	
		Stadtbezirk Vaihingen	ohne Büsnau, Rohr, Dürlewang, Lauchäcker
		Stadtbezirk Weilimdorf	ohne Giebel, Bergheim, Wolfbusch, Hausen
<b>Mittelzentren</b>		Stadtbezirk Zuffenhausen	ohne Zazenhausen, Rot, Neuwirtshaus, Elbelen
	<b>Zentrale Orte</b>	<b>Ortslage des Siedlungs- und Versorgungskerns</b>	<b>Hinweise</b>
	Backnang	Stadtteil Backnang	ohne Sachsenweiler
	Bietigheim-Bissingen	Stadtteil Bietigheim	ohne Bissingen, Metterzimmern
	Besigheim	Stadtteil Besigheim	
	Böblingen / Sindelfingen	Stadtteil Böblingen	ohne Rauher Kapf
		Stadtteil Sindelfingen	ohne Maichingen
	Esslingen am Neckar	Stadtteil Esslingen	ohne Weil, Mettingen, Sulzgries, Wäldenbronn, Hegensberg, Oberesslingen, Zollberg
	Geislingen a.d. St.	Stadtteil Geislingen	
	Göppingen	Stadtteil Göppingen	ohne Faurndau, Bartenbach, Bürgerhölzle, Jebenhausen, Schiefergrube, Holzheim, Manzen, Ursenwang,
	Herrenberg	Stadtteil Herrenberg	ohne Affstätt
	Kirchheim u. Teck	Stadtteil Kirchheim	ohne Ötlingen, Schafhof, Jesingen, Lindorf
	Leonberg	Stadtteil Leonberg	mit Eltingen; ohne Ramtel
	Ludwigsburg / Kornwestheim	Stadtteil Ludwigsburg	ohne Oßweil, Grünbühl, Hoheneck, Eglosheim, Pflugfelden
		Stadtteil Kornwestheim	
	Nürtingen	Stadtteil Nürtingen	ohne Zizishausen, Oberensingen, Roßdorf
	Schorndorf	Stadtteil Schorndorf	ohne Weiler, Röhrach, Eichenbach
	Vaihingen a.d. Enz	Stadtteil Vaihingen	
	Waiblingen / Fellbach	Stadtteil Waiblingen	
		Stadtteil Fellbach	ohne Lindle, Schmiden, Oeffingen
<b>Unterzentren</b>	<b>Zentrale Orte</b>	<b>Ortslage des Siedlungs- und Versorgungskerns</b>	<b>Hinweise</b>
	Ditzingen	Stadtteil Ditzingen	
	Donzdorf	Stadtteil Donzdorf	
	Filderstadt	Stadtteil Bernhausen	
	Leinfelden-Echterdingen	Stadtteil Leinfelden	ohne Musberg
		Stadtteil Echterdingen	
	Marbach am Neckar	Stadtteil Marbach	ohne Hörnle

## Unterzentren (Forts.)

Zentrale Orte	Ortslage des Siedlungs- und Versorgungskerns	Hinweise
Murrhardt	Stadtteil Murrhardt	ohne Harbach, Siegelsberg, Alm-Siedlung, Eulenhöfle und sonstige umliegende Weiler
Ostfildern	Stadtteil Nellingen	
Plochingen	Stadtteil Plochingen	ohne Stumpenhof
Weil der Stadt	Stadtteil Weil der Stadt	
Weinstadt	Stadtteil Endersbach	
Welzheim	Stadtteil Welzheim	ohne Breitenfürst, Eberhardtweiler, Schaffhof
Winnenden.	Stadtteil Winnenden	ohne Schelmenholz

## Kleinzentren

Zentrale Orte	Ortslage des Siedlungs- und Versorgungskerns	Hinweise
Alfdorf	Ortsteil Alfdorf	
Bad Boll	Ortsteil Bad Boll	
Böhenkirch	Ortsteil Böhenkirch	
Bönnigheim	Stadtteil Bönnigheim	
Deggingen	Ortsteil Deggingen	
Ebersbach a. d. Fils	Stadtteil Ebersbach	
Eislingen/Fils	Stadtteil Eislingen	
Freiberg am Neckar	Stadtteile Beihingen, Heutingsheim	
Gäufelden	Ortsteil Nebringen	
Gerlingen	Stadtteil Gerlingen	ohne Bopser, Forchenrain, Gehenbühl, Schillerhöhe
Großbottwar / Oberstenfeld	Stadtteil Großbottwar	
	Ortsteil Oberstenfeld	ohne Gronau
Holzgerlingen	Stadtteil Holzgerlingen	
Korntal-Münchingen	Stadtteil Korntal	
Lenningen	Ortsteil Oberlenningen	
Neckartenzlingen	Ortsteil Neckartenzlingen	
Neuffen	Stadtteil Neuffen	
Plüderhausen	Ortsteil Plüderhausen	
Rechberghausen	Ortsteil Rechberghausen	ohne Oberhausen
Reichenbach a.d.F.	Stadtteil Reichenbach	ohne Rißhalde, Siegenberg
Renningen	Stadtteil Renningen	
Rudersberg	Ortsteil Rudersberg	ohne Lindental, Oberndorf, Schlechtbach, Zumhof
Sachsenheim	Stadtteil Großsachsenheim	
Steinheim a.d. Murr	Stadtteil Steinheim	
Sulzbach a.d. Murr	Ortsteil Sulzbach	ohne Lautern
Uhingen	Stadtteil Uhingen	ohne Holzhausen
Waldenbuch	Stadtteil Waldenbuch	ohne Glashütte
Weilheim a.d. Teck	Stadtteil Weilheim	ohne Egelsberg
Wendlingen a. N.	Stadtteil Wendlingen	
Wiesensteig	Stadtteil Wiesensteig	

Zu 2.3.6 (Z)  
Gemeinsame  
Zentrale Orte  
(Doppelzentren)

Sowohl der Landesentwicklungsplan als auch der Regionalplan weisen zum Teil verschiedenen Gemeinden zentralörtliche Funktionen gemeinsam zu. Hierbei ist klarzustellen, dass diese gemeinsamen Zentralen Orte oder Doppelzentren ihre zentralörtliche Funktion nicht jeweils separat für sich wahrnehmen, sondern gemeinsam ausüben. Sie stellen also keine von einander unabhängigen Zentralen Orte dar, die die zentralörtliche Funktionsstufe jeweils für sich beanspruchen können. Dementsprechend ist bei der Sicherung und Weiterentwicklung zentralörtlicher Einrichtungen eine enge Kooperation und Abstimmung dieser Gemeinden untereinander erforderlich. Hierfür erscheinen gemeinsame Entwicklungskonzepte insbesondere für den Einzelhandel, aber auch kulturelle und freizeitbezogene Einrichtungen besonders geeignet. Solche Konzepte erscheinen aus regionalplanerischer Sicht darüber hinaus unabdingbar für die Einschätzung und Bewertung des Bedarfs und der Tragfähigkeit neu hinzukommender zentralörtlicher Einrichtungen. Darüber hinaus ist für die wirksame Umsetzung und nachhaltige Absicherung dieser aus raumordnerischen Gründen gebotenen Kooperation gemeinsamer Zentraler Orte eine vertragliche Vereinbarung zwischen den jeweiligen Kommunen und dem Verband Region Stuttgart empfehlenswert. Grundlage hierfür ist § 15 LplG der den Regionalverbänden zur Verwirklichung ihrer Regionalpläne die Möglichkeit gibt, vertragliche Vereinbarungen abzuschließen (sogenannte raumordnerische Verträge). Dies wird vom Verband Region Stuttgart angestrebt.

**Tabelle 2.3****Verflechtungsbereiche der Zentralen Orte**

Die Verflechtungsbereiche der Mittel-, Unter- und Kleinzentren werden von folgenden Gemeinden gebildet. Die Verflechtungsbereiche auf unter- bzw. kleinzentraler Stufe werden zur besseren Unterscheidung als Nahbereiche bezeichnet.

(EG = Einheitsgemeinde, VVG = Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft, GVV = Gemeindeverwaltungsverband):

MZ = Mittelzentrum, UZ = Unterzentrum, KLZ = Kleinzentrum

Tab. 2.3.1

<b>Mittelbereich Backnang</b>	
Nahbereich Backnang (MZ)	VVG Backnang mit Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang (Mittelzentrum Stadtkern Backnang), Burgstetten, Kirchberg an der Murr, Oppenweiler, Weisach im Tal
Nahbereich Murrhardt (UZ)	EG Murrhardt (Unterzentrum Stadtkern Murrhardt)
Nahbereich Sulzbach a.d. Murr (KLZ)	GVV „Sulzbach“ mit Großerlach, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.2

<b>Mittelbereich Bietigheim-Bissingen / Besigheim</b>	
Nahbereich Besigheim (MZ)	GVV „Besigheim“ mit Besigheim (Teil des Mittelzentrums Stadtkern Besigheim), Freudental, Gemmrigheim, Hessigheim, Löchgau, Mundelsheim, Walheim
Nahbereich Bietigheim-Bissingen (MZ)	VVG Bietigheim-Bissingen mit Bietigheim-Bissingen (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Bietigheim), Ingersheim, Tamm
Nahbereich Bönnigheim (KLZ)	GVV „Bönnigheim“ mit Bönnigheim (Kleinzentrum/Stadtkern Bönnigheim), Erligheim, Kirchheim am Neckar
Nahbereich Sachsenheim (KLZ)	EG Sachsenheim (Kleinzentrum/Stadtkern Großsachsenheim)

Tab. 2.3.3

<b>Mittelbereich Böblingen / Sindelfingen</b>	
Nahbereich Böblingen/Sindelfingen (MZ)	GVV „Aidlingen/Grafenau“ mit Aidlingen, Grafenau EG Böblingen (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Böblingen) GVV „Gärtringen/Ehningen“ mit Ehningen, Gärtringen EG Magstadt EG Schönaich EG Sindelfingen (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Sindelfingen)
Nahbereich Holzgerlingen (KLZ)	GVV „Holzgerlingen“ mit Altdorf, Hildrizhausen, Holzgerlingen (Kleinzentrum) EG Weil im Schönbuch
Nahbereich Waldenbuch (KLZ)	GVV „Waldenbuch/Steinenbronn“ mit Steinenbronn, Waldenbuch (Kleinzentrum)



Tab. 2.3.4

<b>Mittelbereich Esslingen</b>	
Nahbereich Esslingen a.N. (MZ)	EG Aichwald EG Esslingen am Neckar (Mittelzentrum/Stadtkern Esslingen am Neckar)
Nahbereich Ostfildern (UZ)	EG Denkendorf EG Neuhausen auf den Fildern EG Ostfildern (Unterzentrum/Stadtkern Nellingen)
Nahbereich Plochingen (UZ)	GVV „Plochingen“ mit Altbach, Deizisau, Plochingen (Unterzentrum) EG Wernau am Neckar
Nahbereich Reichenbach a.d.F. (KLZ)	GVV „Reichenbach an der Fils“ mit Baltmannsweiler, Hochdorf, Lichtenwald, Reichenbach an der Fils (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.5

<b>Mittelbereich Geislingen</b>	
Nahbereich Böhmenkirch (KLZ)	EG Böhmenkirch (Kleinzentrum/Ortskern Böhmenkirch)
Nahbereich Deggingen (KLZ)	VVG Deggingen mit Bad Ditzenbach, Deggingen (Kleinzentrum/Ortskern Deggingen)
Nahbereich Geislingen a.d. Steige (MZ)	VVG Geislingen an der Steige mit Bad Überkingen, Geislingen an der Steige (Mittelzentrum/Stadtkern Geislingen an der Steige), Kuchen
Nahbereich Wiesensteig (KLZ)	GVV „Oberes Filstal“ mit Drackenstein, Gruibingen, Hohenstadt, Mühlhausen im Täle, Wiesensteig (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.6

<b>Mittelbereich Göppingen</b>	
Nahbereich Bad Boll (KLZ)	GVV „Raum Bad Boll“ mit Aichelberg, Bad Boll (Kleinzentrum), Dürnau, Gammelshausen, Hattenhofen, Zell unter Aichelberg
Nahbereich Donzdorf (UZ)	GVV „Mittlere Fils-Lautertal“ mit Donzdorf (Unterzentrum/Stadtkern Donzdorf), Gingen an der Fils, Lauterstein, Süßen
Nahbereich Ebersbach an der Fils (KLZ)	VVG Ebersbach an der Fils mit Ebersbach a.d.F. (Kleinzentrum/Stadtkern Ebersbach a.d.F.), Schlierbach
Nahbereich Eislingen/Fils (KLZ)	GVV „Eislingen-Ottenbach-Salach“ mit Eislingen/Fils (Kleinzentrum), Ottenbach, Salach
Nahbereich Göppingen (MZ)	VVG Göppingen mit Göppingen (Mittelzentrum/Stadtkern Göppingen), Schlat, Wangen GVV „Voralb“ mit Eschenbach, Heiningen
Nahbereich Rechberghausen (KLZ)	Wäschenebeuren sowie GVV „Östlicher Schurwald“ mit Adelberg, Birenbach, Börtlingen, Rechberghausen (Kleinzentrum)
Nahbereich UHINGEN (KLZ)	VVG UHINGEN mit Albershausen, UHINGEN (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.7

<b>Mittelbereich Herrenberg</b>	
Nahbereich Gäufelden (KLZ)	GVV „Oberes Gäu“ mit Bondorf, Gäufelden (Kleinzentrum/Ortskern Nebringen), Jettingen, Mötzingen
Nahbereich Herrenberg (MZ)	VVG Herrenberg mit Deckenpfronn, Herrenberg (Mittelzentrum/Stadtkern Herrenberg), Nufringen

Tab. 2.3.8

<b>Mittelbereich Kirchheim</b>	
Nahbereich Kirchheim unter Teck (MZ)	VVG Kirchheim unter Teck mit Dettingen unter Teck, Kirchheim unter Teck (Mittelzentrum/Stadtkern Kirchheim unter Teck), Notzingen
Nahbereich Lenningen (KLZ)	GVV „Lenningen“ mit Erkenbrechtsweiler, Lenningen (Kleinzentrum/Ortskern Oberlenningen), Owen
Nahbereich Weilheim an der Teck (KLZ)	VVG Weilheim a.d. Teck mit Bissingen a.d. Teck, Holzmaden, Neidlingen, Ohmden, Weilheim an der Teck (Kleinzentrum/ Stadtkern Weilheim a.d. Teck)
Nahbereich Wendlingen am Neckar (KLZ)	GVV „Wendlingen am Neckar“ mit Königen, Wendlingen am Neckar (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.9

<b>Mittelbereich Leonberg</b>	
Nahbereich Leonberg (MZ)	EG Leonberg (Mittelzentrum/Stadtkern Leonberg) EG Rutesheim EG Weissach
Nahbereich Renningen (KLZ)	EG Renningen (Kleinzentrum/Stadtkern Renningen)
Nahbereich Weil der Stadt (UZ)	EG Weil der Stadt (Unterzentrum/Stadtkern Weil der Stadt)

Tab. 2.3.10

<b>Mittelbereich Ludwigsburg / Kornwestheim</b>	
Nahbereich Freiberg am Neckar (KLZ)	VVG Freiberg am Neckar mit Freiberg am Neckar (Kleinzentrum), Pleidelsheim
Nahbereich Großbottwar/Oberstenfeld (KLZ)	EG Großbottwar (Teil des Doppel-Kleinzentrums/Stadtkern Großbottwar) EG Oberstenfeld (Teil des Doppel-Kleinzentrums/Ortskern Oberstenfeld)
Nahbereich Ludwigsburg/Kornwestheim (MZ)	EG Asperg EG Kornwestheim (Teil des Doppel-Mittelzentrums) EG Ludwigsburg (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Ludwigsburg) EG Markgröningen EG Möglingen EG Remseck am Neckar GVV „Schwieberdingen-Hemmingen“ mit Hemmingen, Schwieberdingen
Nahbereich Marbach am Neckar (UZ)	GVV „Marbach am Neckar“ mit Affalterbach, Benningen am Neckar, Erdmannhausen, Marbach am Neckar (Unterzentrum/Stadtkern Marbach am Neckar)
Nahbereich Steinheim an der Murr (KLZ)	GVV „Steinheim-Murr“ mit Murr, Steinheim an der Murr (Kleinzentrum)

Tab. 2.3.11

<b>Mittelbereich Nürtingen</b>	
Nahbereich Neckartenzlingen (KLZ)	GVV „Neckartenzlingen“ mit Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen (Kleinzentrum), Schlaitdorf
Nahbereich Neuffen (KLZ)	VVG Neuffen mit Beuren, Kohlberg, Neuffen (Kleinzentrum/Stadtkern Neuffen)
Nahbereich Nürtingen (MZ)	EG Aichtal VVG Nürtingen mit Frickenhausen, Großbottlingen, Nürtingen (Mittelzentrum/Stadtkern Nürtingen), Oberboihingen, Unterensingen, Wolfschlügen

Tab. 2.3.12

<b>Mittelbereich</b>	<b>Schorndorf</b>
Nahbereich Alfdorf (KLZ)	EG Alfdorf (Kleinzentrum/Ortskern Alfdorf)
Nahbereich Plüderhausen (KLZ)	GVV „Plüderhausen-Urbach“ mit Plüderhausen (Kleinzentrum), Urbach
Nahbereich Rudersberg (KLZ)	EG Rudersberg (Kleinzentrum/Ortskern Rudersberg)
Nahbereich Schorndorf (MZ)	EG Remshalden VVG Schorndorf mit Schorndorf (Mittelzentrum/Stadtkern Schorndorf), Winterbach
Nahbereich Welzheim (UZ)	VVG Welzheim mit Kaisersbach, Welzheim (Unterzentrum)

Tab. 2.3.13

<b>Mittelbereich</b>	<b>Stuttgart</b>
Stadtkreis Stuttgart (OZ)	Landeshauptstadt Stuttgart (Oberzentrum)
Nahbereich Ditzingen (UZ)	EG Ditzingen (Unterzentrum/Stadtkern Ditzingen)
Nahbereich Gerlingen (KLZ)	EG Gerlingen (Kleinzentrum)
Nahbereich Korntal/Münchingen (KLZ)	EG Korntal-Münchingen (Kleinzentrum/Stadtkern Korntal)
Nahbereich Filderstadt (UZ)	EG Filderstadt (Unterzentrum/Stadtkern Bernhausen)
Nahbereich Leinfelden-Echterdingen (UZ)	EG Leinfelden-Echterdingen (Unterzentrum/Stadtkerne Leinfelden und Echterdingen)

Tab. 2.3.14

<b>Mittelbereich</b>	<b>Vaihingen</b>
Nahbereich Vaihingen an der Enz (MZ)	VVG Vaihingen an der Enz mit Eberdingen, Oberriexingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz (Mittelzentrum/Stadtkern Vaihingen an der Enz - Kleinglattbach)

Tab. 2.3.15

<b>Mittelbereich</b>	<b>Waiblingen / Fellbach</b>
Nahbereich Waiblingen/Fellbach (MZ)	EG Fellbach (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Fellbach) EG Kernen im Remstal EG Korb EG Waiblingen (Teil des Doppel-Mittelzentrums/Stadtkern Waiblingen)
Nahbereich Weinstadt (UZ)	EG Weinstadt (Unterzentrum/Ortskern Endersbach)
Nahbereich Winnenden (UZ)	EG Berglen GVV „Winnenden“ mit Leutenbach, Schwaikheim, Winnenden (Unterzentrum/Stadtkern Winnenden)

## **Kapitel 2: Regionale Siedlungsstruktur**

### **2.4 Siedlungsentwicklung**

#### **2.4.0 Quantitative Grundlagen**

#### **2.4.1 Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungstätigkeit (Siedlungsbereiche)**

#### **2.4.2 Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung**

#### **2.4.3 Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe**

##### **2.4.3.1 Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen**

##### **2.4.3.2 Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe**

#### **2.4.4 Schwerpunkte des Wohnungsbaus**



## 2.4 Siedlungsentwicklung

2.4.0	Quantitative Grundlagen
2.4.0.1 (G) Bevölkerungs- entwicklung	In der Region Stuttgart wird bis zum Planjahr 2020 von einer Gesamtbevölkerungszahl von 2.700.000 Einwohnern ausgegangen.
2.4.0.2 (G) Bevölkerungs- entwicklung in den Verwaltungsräumen und Einheitsgemeinden	<p>Für die räumliche Planung in den Verwaltungsräumen und Einheitsgemeinden der Region Stuttgart ist von der in 2.4.0.1 dargelegten Gesamtbevölkerungszahl auszugehen. Dabei ergibt sich in den zum Siedlungsbereich zählenden Städten und Gemeinden die zu berücksichtigende Bevölkerungsentwicklung aus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und</li> <li>• der Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Wanderungen.</li> </ul> <p>Gemeinden, die auf die Eigenentwicklung beschränkt sind, werden dabei mit ihrer natürlichen Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt.</p>
2.4.0.3 (G) Wohnungsbedarf in Wohneinheiten (WE)	Für die Bemessung der Wohnbauflächen ist die bis zum Planjahr 2020 zu erwartende Nachfrage mit zusammen etwa 105.000 Wohneinheiten zugrunde zu legen. Basis ist der Bestand am 31.12.2004 mit 1,23 Mio. bzw. am 31.12.2006 mit 1,25 Mio. Wohneinheiten.
2.4.0.4 (Z) Bauflächen in den Siedlungsbereichen	In den Gemeinden mit Siedlungsbereichen sind Wohnbauflächen und gewerbliche Bauflächen für den aus der Eigenentwicklung sich ergebenden Bedarf zulässig. Darüber hinaus sind Bauflächen aufgrund von Wanderungsgewinnen zulässig
2.4.0.4.1 (G) Orientierungswert für den Bedarf in Siedlungsbereichen	Der Wohnbauflächenbedarf nach PS 2.4.0.3 (G) orientiert sich an der demografischen Entwicklung bis zum Zieljahr 2020 und berücksichtigt auch die Veränderung der Haushaltsstruktur. Insgesamt wird in den Siedlungsbereichen über die Eigenentwicklung gemäß 2.4.0.5.1 hinaus ein Zuwachs von 0,5 % der Wohneinheiten je fünf Jahre für Wanderungsgewinne zugrunde gelegt. In den Schwerpunkten des Wohnungsbaus ist von erhöhten Wanderungsgewinnen auszugehen.
2.4.0.5 (Z) Bauflächen in Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	<p>(1) In den Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung nach PS 2.4.2 (Z) sind Wohnbauflächen sowie gewerbliche Bauflächen im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und des „inneren Bedarfs“ zulässig.</p> <p>(2) In begründeten Fällen können auf Nachweis zusätzlich Wohnbauflächen zugelassen werden, wenn ein hoher Einpendlerüberschuss, ein Geburtenüberschuss oder andere konkrete örtliche Besonderheiten bestehen und nachgewiesen werden.</p>
2.4.0.5.1 (G) Orientierungswert für den Bedarf in Gemein- den beschränkt auf Eigenentwicklung	Insgesamt wird in Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung nach PS 2.4.0.5 (Z) und PS 2.4.2 (Z) als Orientierungswert ein Zuwachs von 1 % der Wohneinheiten (WE) je fünf Jahre zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung des Bedarfs sind neben diesen Orientierungswerten auch die Vorgaben und Hinweise der Obersten Landesplanungsbehörde mit einzubeziehen.
2.4.0.6 (Z) Vorrang der Bestandsnutzung	<p>(1) Die Innenentwicklung genießt klare Priorität vor der Inanspruchnahme bislang nicht baulich genutzter Flächen.</p> <p>(2) Der Bauflächenbedarf ist in allen Teilen der Region Stuttgart vorrangig innerhalb der im Siedlungsbestand verfügbaren Flächenpotenziale sowie den in Bauleitplänen ausgewiesenen Flächenreserven zu decken. Diese Potenziale sind in einer Gesamt-Bauflächenbilanz darzustellen und bei der Ermittlung des Wohn- und Geerbebauflächenbedarfs zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Insbesondere für den im Rahmen der Sanierung und Modernisierung entstehenden Ersatzbedarf sollen keine neuen Siedlungsflächen ausgewiesen werden. Gegebenfalls entstehender Bedarf soll im Siedlungsbestand gedeckt werden.</p>

2.4.0.7 (V) Sozialer Wohnungsbau	Der Wohnungsbau mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaues sollte verstärkt betrieben werden. Es wird vorgeschlagen, die für den Bedarf an Sozialwohnungen auszuweisenden Wohnbauflächen für diesen Zweck besonders zu sichern.														
2.4.0.8 (Z) Freiraumsicherung / Bruttowohndichte	<p>Zur Reduzierung der Belastung von Freiräumen durch neue Siedlungsflächeninanspruchnahme ist bei allen Neubebauungen eine angemessene Bruttowohndichte festzulegen. In der Region werden für neu zu erschließende Wohnsiedlungen die folgende Werte vorgegeben:</p> <table> <tr> <td>Oberzentrum</td><td>90 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>Schwerpunkte des Wohnungsbaus</td><td>90 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>Mittelzentren</td><td>80 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>Unterzentren</td><td>70 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>sonstige Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit</td><td>60 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung im Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum</td><td>55 EW*/ha</td></tr> <tr> <td>übrige Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung</td><td>50 EW*/ha</td></tr> </table>	Oberzentrum	90 EW*/ha	Schwerpunkte des Wohnungsbaus	90 EW*/ha	Mittelzentren	80 EW*/ha	Unterzentren	70 EW*/ha	sonstige Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit	60 EW*/ha	Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung im Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum	55 EW*/ha	übrige Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	50 EW*/ha
Oberzentrum	90 EW*/ha														
Schwerpunkte des Wohnungsbaus	90 EW*/ha														
Mittelzentren	80 EW*/ha														
Unterzentren	70 EW*/ha														
sonstige Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit	60 EW*/ha														
Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung im Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum	55 EW*/ha														
übrige Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	50 EW*/ha														

\* EW = Einwohner

## 2.4.0

## Quantitative Grundlagen

## Begründungen

Zu 2.4.0.1 (G)  
Bevölkerungs-  
entwicklung

Die Planaussagen zur Siedlungsentwicklung beruhen auf Prognosen des PESTEL-Instituts mit dem Basisjahr 2004. („Perspektiven 2025 – Region Stuttgart. Modellrechnungen zur Zukunft von Leben, Wohnen und Arbeiten in der Region Stuttgart bis 2025“, PESTEL-Institut für Systemforschung e.V., Hannover, März 2006)

Diese Prognose rechnet für das Zieljahr 2020 mit einem Bevölkerungsrückgang von ca. 28.000 Einwohnern (-1,1 %). Darüber hinaus wird als Vorsorgeplanung mit einem Zuwachs von ca. 80.000 zuwandernden Einwohnern gerechnet. Insgesamt wird eine Gesamtbevölkerungszahl von ca. 2,7 Mio. im Jahre 2020 zugrunde gelegt. Für den Berechnungszeitraum (ausgehend vom Basisjahr der Prognose 2004) bis Ende 2020 ergibt dies für die Region eine rechnerische Bevölkerungszunahme von 36.000 Personen (+ 1,4%).

Die Ergebnisse des PESTEL-Institutes werden, bezogen auf die gesamte Region, durch die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg vom Frühjahr 2007 auf der Basis der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Bundes bestätigt. Unterschiede in den Prognosewerten für einzelne Teilräume ergeben sich aus den methodischen Ansätzen, insbesondere der Verteilung der Wanderungsgewinne. (Diese sollen aus Sicht der Raumordnung jedoch nur in die Siedlungsbereiche gelenkt werden. Siehe Plansatz 2.4.0.2.)

Zu 2.4.0.2 (G)  
Bevölkerungs-  
entwicklung in den  
Verwaltungsräumen  
und Einheitsgemeinden

Nach Plansatz 2.1.4 des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 2002 (LEP) ist die Siedlungstätigkeit vorrangig auf Siedlungsbereiche und Schwerpunkte des Wohnungsbaus zu konzentrieren. Im Unterschied dazu orientiert sich gem. Plansatz 3.1.5. LEP in Gemeinde, die auf die Eigenentwicklung beschränkt werden, der Siedlungsflächenbedarf an der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, dem „Inneren Bedarf“ sowie der Aufnahme von Spätaussiedlern.

Zur Umsetzung dieser landesplanerischen Vorgabe wird in Plansatz 2.4.0.2 festgestellt, dass bei Gemeinden im Siedlungsbereich neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auch Wanderungsgewinne bei der Bemessung des Siedlungsflächenbedarfs zu berücksichtigen sind.

Zur Auslastung und Sicherung der vorhandenen Infrastruktur, einen effizienten, komfortablen und umweltschonenden Betrieb schienenengebundener Nahverkehrssysteme sowie für eine Sicherung notwendiger Räume für Freiraumfunktionen ist die räumliche Bündelung der Siedlungsentwicklung zweckmäßig. Dieses Prinzip der „dezentralen Konzentration“ wird mit der räumlichen Konzentration von dem aus Wanderungsgewinnen resultierenden Siedlungsflächenbedarf in besonders geeigneten Gemeinden Rechnung getragen.

Der Anspruch einzelner Gemeinden auf Eigenentwicklung wird durch diese Vorgabe nicht berührt.

In der Tabelle „Ausgewählte Strukturdaten der Gemeinden in der Region Stuttgart“ am Ende dieses Plankapitels werden für die Städte und Gemeinden bzw. Verwaltungsräume in der Region Stuttgart die jeweilige Zugehörigkeit zu den Raumkategorien aus dem LEP 2002 und die Siedlungskategorien des Regionalplans (Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung / Städte und Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit) sowie Hinweise auf festgelegte Schwerpunkte des Wohnungsbaus bzw. Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen gegeben. Der Bevölkerungs- und Wohnungsbestand ist mit Stand vom 31.12.2006 angegeben.



#### Zu 2.4.0.3 (G) Wohnungsbedarf in Wohneinheiten

Der im Plansatz 2.4.0.3 dargelegte Wohnungsbedarf bis zum Zieljahr 2020 ergibt sich aus den Berechnungen des PESTEL-Instituts. Berücksichtigt wurden dabei im Wesentlichen folgende Parameter:

- Haushaltsentwicklung (Bevölkerungsentwicklung, Haushaltsneugründungen, Haushaltsverkleinerungen),
- bestehendes Wohnungsdefizit (Wohnungssuchende, Teile der Untermietverhältnisse, niedrige Mobilitätsreserve) sowie
- Ersatzbedarf für Abgänge im Wohnungsbestand.

Dementsprechend resultiert der zusätzliche Wohnungsbedarf aus Haushaltsgründungen und –zuzügen, dem Abbau des geringen Wohnungsdefizits sowie dem Ersatzbedarf für abgebrochene bzw. umgenutzte Wohnungen.

In der Region Stuttgart wohnten 2004 knapp 1,255 Millionen private Haushalte. Bis zum Jahr 2020 wird den vorgenannten Berechnungen zufolge die Zahl der Haushalte um etwa 62.300 auf dann rund 1,32 Millionen Haushalte steigen. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 5,0 %.

Hinzu kommen als Vorsorgeplanung weitere ca. 40.000 Haushalte, (entspricht rund 80.000 Einwohnern), so dass sich insgesamt ein erwarteter Zuwachs von ca. 8 % ergibt.

Da die Wohnungsnachfrage durch Haushalte ausgelöst wird und jedem Haushalt eine Wohneinheit zur Verfügung stehen sollte (mit wenigen Ausnahmen, z.B. Studenten-Wohngemeinschaften), wird die Anzahl der Haushalte im Weiteren für die Ermittlung der Wohnungsnachfrage herangezogen.

Nach dieser Berechnung beträgt der Wohnungsbedarf im Zeitraum von 2004 bis Ende 2020 etwa 105.000 Wohneinheiten (WE). Davon werden ca. 32.000 WE in neuen 1- und 2-Familienhäusern und ca. 62.000 WE in Mehrfamilienhäusern erwartet. Im Baubestand und in Nichtwohngebäuden werden voraussichtlich zusätzlich ca. 12.000 WE entstehen.

Hinzu kommen etwa 40.000 WE als Vorsorgeplanung, die insbesondere in den regional-bedeutsamen Schwerpunkten des Wohnungsbaus verortet werden sollen.

Besonders zu berücksichtigen ist, dass nicht der gesamte rechnerische Bedarf flächenrelevant wirkt. Die tatsächliche Flächeninanspruchnahme wird wesentlich von der anzustrebenden baulichen Dichte bestimmt (vgl. PS 2.4.0.8 Z). Zudem genießt die Mobilisierung vorhandener Baulandpotentiale im Bestand Vorrang vor einer Erschließung bislang nicht baulich genutzter Flächen.

#### Zu 2.4.0.4 (Z) Bauflächen in Siedlungsbereichen

Gemäß der landesplanerisch angestrebten Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an geeigneten und infrastrukturell besonders ausgestatteten Standorten werden regionalplanerisch Siedlungsbereiche bestimmt.

Innerhalb entsprechend festgelegter Gemeinden bzw. Gemeindeteile soll der rechnerisch über die Eigenentwicklung hinausgehende Wohnbauflächenbedarf gebündelt werden. Dazu erfolgt die Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs in entsprechend ausgewiesenen Gemeinden bzw. Gemeindeteilen unter Berücksichtigung prognostizierter Wanderungsgewinne.

#### Zu 2.4.0.4.1 (G) Orientierungswert für den Wohnbauflächen- bedarf in Siedlungsbe- reichen

Der prognostizierte Gesamtbedarf an Wohnungen resultiert zu ca. 70 % aus der Eigenentwicklung und dem „Inneren Bedarf“. Bezogen auf den Bestand an Wohneinheiten in der Region entspricht dies für den Zeitraum 2004 – 2020 einer Erhöhung um ca. 4 %.

Der aus Wanderungsgewinnen entstehende Bedarf liegt bei etwa 30% des Gesamtbedarfs. Auf den Bestand bezogen entspricht dies einer weiteren Steigerung um 2 %. Hinzu kommen ca. 40.000 Wohneinheiten in den Schwerpunkten des Wohnungsbaus (siehe PS 2.4.4.1 (Z)).

Diese regionsweiten Durchschnittswerte sind als Anhaltspunkte anzusehen. Diese sind zur Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs mit den spezifischen örtlichen Rahmenbedingungen abzustimmen.

Zu 2.4.0.5 (Z) Bauflächen in Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	In den Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung gründet sich die Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs auf die prognostizierte natürliche Bevölkerungsentwicklung, den Ersatzbedarf für abgängigen Wohnraum sowie den Erweiterungsbedarf aufgrund soziodemografischer Veränderungen und verbesserten Wohn- bzw. Wohnumfeldverhältnissen.
	Wanderungsgewinne werden bei der Bedarfsermittlung nicht berücksichtigt.
Zu 2.4.0.5.1 (G) Orientierungswerte für den Bedarf in Gemein- den beschränkt auf Eigenentwicklung	Die Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs ist regelmäßig Gegenstand der regionalplanerischen Abstimmung von Bauleitplänen. Grundlage für diese Abstimmung ist der angegebene Orientierungswert. Ein Abweichen hiervon ist im Einzelfall möglich, wenn eine spezifische örtliche Sondersituation nachgewiesen ist. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen kann damit auch im Rahmen der Eigenentwicklung in angemessenem Umfang offen gehalten werden.
Zu 2.4.0.6 (Z) Vorrang der Bestandsnutzungen	Die Inanspruchnahme aktivierbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand und die Nutzung überplanter Flächenreserven muss Vorrang vor der Überbauung der verbliebenen Freiflächen haben. Der Plansatz unterstützt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, den Bodenschutz sowie die Sicherung und Entwicklung vorhandener Freiflächen. Er folgt im Übrigen den Bestimmungen des § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch, § 4 Bodenschutzgesetz sowie den einschlägigen Plansätzen des Landesentwicklungsplanes (PS 2.2.3.1 Z, 2.3.1.2 Z, 2.3.1.4 Z und 2.4.2.5 Z, LEP 2002).
	Die Berücksichtigung dieser Zielsetzung erfolgt regelmäßig durch die Darlegung einer Flächenbilanzierung. In dieser Gesamtschau sind vorhandene Potenziale im Innenbereich (z.B. Baulücken, Nachverdichtungspotenziale) sowie bereits bauleitplanerisch gesicherte Flächenreserven aufzuzeigen. Dabei sind auch gegebenenfalls bestehende Aktivierungshindernisse zu erläutern. In Bezug auf vorhandene Baulücken gilt als Orientierungswert eine Verfügbarkeit von 50 % innerhalb des Planungszeitraumes.
	In dieser Hinsicht aktivierbare Flächenpotenziale sind von dem rechnerisch bestimmten Siedlungsflächenbedarf in Abzug zu bringen. Die Neuausweisung von Siedlungsflächen kommt damit nur im Umfang des nicht im Bestand bzw. bestehender Flächenreserven zu deckenden Bedarfs in betracht.
	Der aus Modernisierung und Abriss resultierende Ersatzbedarf für Wohnungen soll auf den Flächen des wegfallenden Wohnungsbestandes realisiert werden. Entsprechendes gilt grundsätzlich auch für Gewerbe- und Industrienutzungen.
2.4.0.7 (V) Sozialer Wohnungsbau	Die Möglichkeit der Sicherung von Flächen für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus bietet sich den Gemeinden auf der Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 7 des Baugesetzbuches. Diese Flächensicherung ist ein wichtiger Schritt, um den Wohnungsbau für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zu sichern. Dies erscheint weiterhin geboten, da in vielen Gemeinden nicht mehr genügend Aufmerksamkeit auf die Ausweisung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau gelenkt wird. Es bestehen nach wie vor Bedarfe im Bereich des preiswerten Wohnraums z.B. für einkommensschwache Bevölkerungsschichten, Familien und ältere Menschen. Dieses insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Hier kann mit einer gezielten Förderung des sozialen Wohnungsbaus seitens der Gemeinden diesem Bedarf Rechnung getragen werden.
2.4.0.8 (Z) Freiraumsicherung / Siedlungsdichten	Die Vorgabe von Werten für die anzustrebende Bruttowohndichte von Neubaugebieten erfolgt auf der Grundlage von PS 3.2.5 Z Landesentwicklungsplan 2002 (LEP), in dem auf die Notwendigkeit der Verdichtung der Bebauung abgehoben wird. Die genannten Werte entsprechen landesweiten, mit den höheren Raumordnungsbehörden abgestimmten Vorgaben. Für Siedlungsschwerpunkte sowie dem Siedlungsbereich zugeordnete nichtzentrale Orte bestehen keine landesweit abgestimmten Vorgaben. Für beide Kategorien, die in der Region Stuttgart eine relevante Ausweisung zur Koordination der Siedlungsentwicklung darstellen, wurde daher entsprechende Bruttowohndichten eingeführt.
	Die Dichtewerte stellen ein wesentliches Instrument zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme dar. Über eine höhere Siedlungsverdichtung kann

zudem eine verbesserte Auslastung und Tragfähigkeit vorhandener bzw. erforderlicher Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen unterstützt werden.

Die jeweilige Bruttowohndichte ist bei der Ermittlung des erforderlichen Flächenbedarfs im Rahmen der Flächennutzungsplanung zugrunde zu legen. Hierbei kann ein Ausgleich zwischen Bauflächen mit höherer Verdichtung und solchen mit niedrigerer Verdichtung erfolgen. Damit wird ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten gewährleistet. Entscheidend ist, dass in der Summe die vorgegebenen Dichte eingehalten und damit die Flächeninanspruchnahme reduziert werden kann. Einzelplanungen sind also regelmäßig im Sinne dieser Gesamtbetrachtung zu prüfen und nachvollziehbar zu dokumentieren.

**Tabelle Ausgewählte Strukturdaten der Gemeinden in der Region Stuttgart<sup>1</sup>**

Verwaltungsraum / Gemeinde	Raum-kategorie	Siedlungs-kategorie	SP *	Bevölkerung am 31.12.2006	Wohnungen am 31.12.2006
<b>Landeshauptstadt Stuttgart</b>	VR	SB	8 W, 3 G	593.923	294.288
<b>Landkreis Böblingen</b>					
Böblingen	VR	SB	1 W, 1 G*	46.269	22.854
Leonberg	VR	SB	1 G	45.587	21.974
Magstadt	VR	SB	--	8.874	4.284
Renningen	VR	SB	2 W, 1 G	17.235	7.396
Rutesheim	VR	SB	--	10.074	4.497
Schönaich	VR	E	--	9.876	4.613
Sindelfingen	VR	SB	2 W, 1 G*	60.745	27.787
Weil der Stadt	VR	SB	--	19.221	8.555
Weil im Schönbuch	VR	E	1 G*	10.021	4.279
Weissach	RZ	E	--	7.640	3.356
<u>Aidlingen</u>	VR	E	--	9.123	4.096
<u>Grafenau</u>	VR	E	--	6.579	3.049
<i>GVV Aidlingen/Grafenau</i>				<b>15.702</b>	<b>7.145</b>
Ehningen	VR	SB	1 W	7.839	3.369
<u>Gärtringen</u>	VR	SB	1 G	12.018	5.153
<i>GVV Gärtringen/Ehningen</i>				<b>19.857</b>	<b>8.522</b>
Deckenpfronn	RZ	E	--	2.974	1.158
<u>Herrenberg</u>	VR	SB	1 W, 2 G	31.394	13.728
Nufringen	VR	SB	--	5.294	2.321
<i>VVG Herrenberg</i>				<b>39.662</b>	<b>17.207</b>
Altdorf	VR	E	--	4.469	1.872
Hildrizhausen	VR	E	--	3.692	1.580
<u>Holzgerlingen</u>	VR	SB	1 G*	12.252	5.260
<i>GVV Holzgerlingen</i>				<b>20.413</b>	<b>8.712</b>
Bondorf	RZ	SB	1 G*	5.848	2.295
<u>Gäufelden</u>	VR	SB	1 W	9.305	3.692
Jettingen	RZ	E	1 G*	7.681	3.026
Mötzingen	RZ	E	--	3.596	1.418
<i>GVV Oberes Gäu</i>				<b>26.430</b>	<b>10.431</b>
Steinenbronn	VR	E	--	6.034	2.776
<u>Waldenbuch</u>	VR	E	--	8.588	4.001
<i>GVV Waldenbuch/Steinenbronn</i>				<b>14.622</b>	<b>6.777</b>
<b>Landkreis Böblingen</b>				<b>372.228</b>	<b>168.389</b>

Quellen: Statistisches Landesamt, Landesentwicklungsplan 2002, eigene Auswertungen zum Regionalplan

<sup>1</sup> Verwaltungsgemeinschaften: GVV = *Gemeindeverwaltungsverband*, VVG = *Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft*; der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (Erfüllungsgemeinde) ist jeweils unterstrichen  
VR = Verdichtungsraum, RZ = Randzone, LR = Ländlicher Raum im engeren Sinne  
E = beschränkt auf Eigenentwicklung, SB = Siedlungsbereich  
SP = Schwerpunkt, G = Gewerbe / Dienstleistung, W = Wohnungsbau  
\* = markungsübergreifende Standorte (jeweils bei allen betroffenen Gemeinden vermerkt)

Verwaltungsraum / Gemeinde	Raum- kategorie	Siedlungs- kategorie	SP *	Bevölkerung am 31.12.2006	Wohnungen am 31.12.2006
<b>Landkreis Esslingen</b>					
Aichtal	VR	E	--	9.859	4.491
Aichwald	VR	E	--	7.753	3.644
Denkendorf	VR	E	--	10.493	4.688
Esslingen am Neckar	VR	SB	--	91.758	44.410
Filderstadt	VR	SB	1 G	43.824	20.616
Leinfelden-Echterdingen	VR	SB	1 W, 2 G	36.808	18.562
Neuhausen a. d. Fildern	VR	E	--	11.450	5.413
Ostfildern	VR	SB	2 W, 1 G	34.687	16.070
Wernau	VR	SB	1 W	12.328	5.959
Dettingen unter Teck	VR	E	--	5.645	2.505
Kirchheim unter Teck	VR	SB	1 W, 1 G	39.916	18.150
Notzingen	VR	E	--	3.537	1.580
<i>VVG Kirchheim u. T.</i>				<i>49.098</i>	<i>22.235</i>
Erkenbrechtsweiler	RZ	E	--	2.085	903
<u>Lenningen</u>	RZ	E	--	8.512	3.803
Owen	VR	E	--	3.491	1.529
<i>GVV Lenningen</i>				<i>14.088</i>	<i>6.235</i>
Altdorf	VR	E	--	1.487	587
Altenriet	VR	E	--	1.877	814
Bempflingen	VR	SB	--	3.328	1.550
Neckartailfingen	VR	SB	--	3.865	1.710
<u>Neckartenzlingen</u>	VR	SB	--	6.268	2.792
Schlaitdorf	VR	E	--	1.715	796
<i>GVV Neckartenzlingen</i>				<i>18.540</i>	<i>8.269</i>
Beuren	RZ	E	--	3.388	1.757
Kohlberg	VR	E	--	2.314	1.005
<u>Neuffen</u>	RZ	E	--	6.201	2.805
<i>VVG Neuffen</i>				<i>11.903</i>	<i>5.567</i>
Frickenhausen	VR	E	--	8.831	3.930
Großbettingen	VR	E	--	4.092	1.826
<u>Nürtingen</u>	VR	SB	1 W, 1 G	40.554	17.976
Oberboihingen	VR	SB	--	5.424	2.415
Unterensingen	VR	SB	--	4.524	2.022
Wolfschlugen	VR	E	--	6.296	2.817
<i>VVG Nürtingen</i>				<i>69.721</i>	<i>30.986</i>
Altbach	VR	SB	1 G	5.745	2.777
Deizisau	VR	SB	--	6.550	2.960
<u>Plochingen</u>	VR	SB	--	14.325	6.807
<i>GVV Plochingen</i>				<i>26.620</i>	<i>12.544</i>
Baltmannsweiler	VR	E	--	5.528	2.470
Hochdorf	VR	E	--	4.695	2.259
Lichtenwald	VR	E	--	2.501	1.092
<u>Reichenbach a.d. Fils</u>	VR	SB	--	7.964	3.883
<i>GVV Reichenbach a.d. Fils</i>				<i>20.688</i>	<i>9.704</i>
Bissingen an der Teck	RZ	E	--	3.639	1.516
Holzmaden	VR	E	--	2.136	907
Neidlingen	LR	E	--	1.906	804
Ohmden	RZ	E	--	1.732	750
<u>Weilheim an der Teck</u>	VR	E	1 G	9.640	4.165
<i>VVG Weilheim a.d. T.</i>				<i>19.053</i>	<i>8.142</i>
Köngen	VR	SB	--	9.633	4.296
<u>Wendlingen a. Neckar</u>	VR	SB	1 G	15.804	7.258
<i>GVV Wendlingen a.N.</i>				<i>25.437</i>	<i>11.554</i>
<b>Landkreis Esslingen</b>				<b>514.108</b>	<b>239.089</b>

Quellen: Statistisches Landesamt, Landesentwicklungsplan 2002, eigene Auswertungen zum Regionalplan

<sup>1</sup> Verwaltungsgemeinschaften: GVV = *Gemeindeverwaltungsverband*, VVG = *Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft*; der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (Erfüllungsgemeinde) ist jeweils unterstrichen  
VR = Verdichtungsraum, RZ = Randzone, LR = Ländlicher Raum im engeren Sinne  
E = beschränkt auf Eigenentwicklung, SB = Siedlungsbereich  
SP = Schwerpunkt, G = Gewerbe / Dienstleistung, W = Wohnungsbau  
\* = markungsübergreifende Standorte (jeweils bei allen betroffenen Gemeinden vermerkt)

Verwaltungsraum / Gemeinde	Raum-kategorie	Siedlungs-kategorie	SP *	Bevölkerung am 31.12.2006	Wohnungen am 31.12.2006
<b>Landkreis Göppingen</b>					
Böhenkirch	LR	E	--	5.548	2.387
Bad Ditzgenbach	LR	E	1G*	3.744	1.767
<u>Deggingen</u>	LR	E	--	5.663	2.499
<i>VVG Deggingen</i>				9.407	4.266
<u>Ebersbach an der Fils</u>	VR	SB	--	15.789	7.055
Schlierbach	RZ	E	--	3.768	1.598
<i>VVG Ebersbach a.d.F.</i>				19.557	8.653
<u>Eislingen/Fils</u>	VR	SB	--	20.461	9.466
Ottenbach	RZ	E	--	2.500	1.062
Salach	VR	SB		7.879	3.595
<i>GVV Eislingen-Ottenbach-Salach</i>				30.840	14.123
Bad Überkingen	RZ	E	--	3.999	1.818
<u>Geislingen a.d. Steige</u>	VR	SB	1 G	27.442	12.720
Kuchen	VR	SB	--	5.682	2.673
<i>VVG Geislingen a. d. Steige</i>				37.123	17.211
<u>Göppingen</u>	VR	SB	1 W, 2 G*	57.627	26.909
Schlat	RZ	E	--	1.781	791
Wangen	RZ	E	--	3.211	1.490
Wäschenbeuren	RZ	E	--	3.946	1.699
<i>VVG Göppingen</i>				66.565	30.889
<u>Donzdorf</u>	RZ	SB	1 G	11.014	4.986
Gingen an der Fils	VR	SB	--	4.439	2.062
Lauterstein	LR	E	--	2.794	1.269
Süßen	VR	SB	--	10.065	4.400
<i>GVV Mittleres Fils-Lautertal</i>				28.312	12.717
Drackenstein	LR	E	--	426	170
Gruibingen	LR	E	--	2.169	938
Hohenstadt	LR	E	--	726	268
Mühlhausen im Täle	LR	E	--	1.010	450
<u>Wiesensteig</u>	LR	E	--	2.295	1.028
<i>GVV Oberes Filstal</i>				6.626	2.824
Adelberg	RZ	E	--	2.051	921
Birenbach	RZ	E	--	1.857	883
Börtlingen	RZ	E	--	1.800	776
<u>Rechberghausen</u>	RZ	SB	--	5.466	2.599
<i>GVV Östlicher Schurwald</i>				11.174	5.129
Aichelberg	RZ	E	--	1.243	520
<u>Bad Boll</u>	RZ	E	--	5.262	2.345
Dürna	RZ	E	--	2.108	887
Gammelshausen	RZ	E	--	1.405	628
Hattenhofen	RZ	E	--	2.968	1.252
Zell unter Aichelberg	RZ	E	1 G	2.971	1.340
<i>GVV Raum Bad Boll</i>				15.957	6.972
Albershausen	VR	SB	--	4.353	1.864
<u>Uhingen</u>	VR	SB	1 W	13.854	6.230
<i>VVG Uhingen</i>				18.207	8.094
Eschenbach	RZ	E	1 G*	2.210	1.069
<u>Heiningen</u>	RZ	E	--	5.441	2.350
<i>GVV Voralb</i>				7.651	3.419
<b>Landkreis Göppingen</b>				256.967	116.684

Quellen: Statistisches Landesamt, Landesentwicklungsplan 2002, eigene Auswertungen zum Regionalplan

<sup>1</sup> Verwaltungsgemeinschaften: GVV = *Gemeindeverwaltungsverband*, VVG = *Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft*; der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (Erfüllungsgemeinde) ist jeweils unterstrichen  
VR = Verdichtungsraum, RZ = Randzone, LR = Ländlicher Raum im engeren Sinne  
E = beschränkt auf Eigenentwicklung, SB = Siedlungsbereich  
SP = Schwerpunkt, G = Gewerbe / Dienstleistung, W = Wohnungsbau  
\* = markungsübergreifende Standorte (jeweils bei allen betroffenen Gemeinden vermerkt)

Verwaltungsraum / Gemeinde	Raum- kategorie	Siedlungs- kategorie	SP *	Bevölkerung am 31.12.2006	Wohnungen am 31.12.2006
<b>Landkreis Ludwigsburg</b>					
Asperg	VR	SB	1 G	12.991	6.223
Ditzingen	VR	SB	--	24.245	11.254
Gerlingen	VR	SB	--	18.873	9.416
Großbottwar	RZ	E	--	8.328	3.519
Kortal-Münchingen	VR	SB	1 W, 1 G	18.303	8.825
Kornwestheim	VR	SB	1 W*, 1 G	30.823	15.771
Ludwigsburg	VR	SB	3 W*, 1 1G*	87.280	42.326
Markgröningen	VR	E	--	14.483	6.669
Möglingen	VR	E	--	10.342	4.798
Oberstenfeld	RZ	E	--	8.058	3.441
Remseck	VR	SB	1 W*	22.598	9.613
Sachsenheim	RZ	SB	1 W, 1 G*	17.313	7.579
<u>Besigheim</u>	VR	SB	2 W, 1 G*	11.857	5.457
Freudental	VR	E	--	2.488	997
Gemmrighausen	VR	SB	--	3.996	1.730
Hessigheim	VR	E	--	2.208	989
Löchgau	VR	SB	--	5.377	2.412
Mundelsheim	VR	E	1 G*	3.197	1.425
Walheim	VR	SB	--	2.996	1.391
<i>GVV Besigheim</i>				32.119	14.401
<u>Bietigheim-Bissingen</u>	VR	SB	2 W, 1 G*	42.259	19.664
Ingersheim	VR	E	--	6.025	2.797
Tamm	VR	SB	1 W, 1 G*	12.160	5.743
<i>VVG Bietigheim-Bissingen</i>				60.444	28.204
<u>Bönnigheim</u>	VR	SB	--	7.524	3.183
Erligheim	VR	E	--	2.739	1.135
Kirchheim am Neckar	VR	SB	--	5.098	2.273
<i>GVV Bönnigheim</i>				15.361	6.591
<u>Freiberg am Neckar</u>	VR	SB	--	15.661	7.287
Pleidelsheim	VR	E	1 G*	6.239	2.691
<i>VVG Freiberg a.N.</i>				21.900	9.978
Affalterbach	VR	E	--	4.619	2.011
Benningen am Neckar	VR	SB	--	5.510	2.622
Erdmannhausen	VR	E	--	4.795	2.153
<u>Marbach am Neckar</u>	VR	SB	1 G	15.627	7.244
<i>GVV Marbach a.N.</i>				30.551	14.030
Hemmingen	VR	E	--	7.501	3.477
<u>Schwieberdingen</u>	VR	E	--	11.010	5.086
<i>GVV Schwieberdingen-Hemmingen</i>				18.511	8.563
Murr	VR	E	1 G*	6.529	2.777
<u>Steinheim an der Murr</u>	VR	E	--	11.841	5.091
<i>GVV Steinheim-Murr</i>				17.994	7.868
Eberdingen	RZ	E	--	6.529	2.946
Oberriexingen	RZ	E	--	2.990	1.300
Sersheim	VR	SB	1 G*	5.123	2.238
<u>Vaihingen an der Enz</u>	VR	SB	1 W, 1 G	28.839	12.478
<i>VVG Vaihingen a.d.E.</i>				43.481	18.962
<b>Landkreis Ludwigsburg</b>				513.998	238.035

Quellen: Statistisches Landesamt, Landesentwicklungsplan 2002, eigene Auswertungen zum Regionalplan

<sup>1</sup> Verwaltungsgemeinschaften: GVV = Gemeindeverwaltungsverband, VVG = Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft;  
der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (Erfüllungsgemeinde) ist jeweils unterstrichen  
VR = Verdichtungsraum, RZ = Randzone, LR = Ländlicher Raum im engeren Sinne  
E = beschränkt auf Eigenentwicklung, SB = Siedlungsbereich  
SP = Schwerpunkt, G = Gewerbe / Dienstleistung, W = Wohnungsbau  
\* = markungsübergreifende Standorte (jeweils bei allen betroffenen Gemeinden vermerkt)

Verwaltungsraum / Gemeinde	Raum- kategorie	Siedlungs- kategorie	SP *	Bevölkerung am 31.12.2006	Wohnungen am 31.12.2006
<b>Rems-Murr-Kreis</b>					
Alfdorf	LR	E	--	7.271	3.018
Berglen	LR	E	--	6.183	2.674
Fellbach	VR	SB	--	44.101	21.671
Kernen im Remstal	VR	SB	--	15.293	7.067
Korb	VR	E	--	10.399	5.001
Murrhardt	LR	SB	--	14.264	6.319
Remshalden	VR	SB	--	13.509	6.491
Rudersberg	LR	SB	--	11.702	5.069
Waiblingen	VR	SB	1 G	52.932	24.991
Weinstadt	VR	SB	1 W, 1 G	26.302	12.269
Allmersbach im Tal	RZ	E	--	4.827	2.110
Althütte	LR	E	--	4.177	1.852
Aspach	LR	SB	1 G*	8.338	3.574
Auenwald	LR	E	--	6.976	3.158
<u>Backnang</u>	VR	SB	2 W, 1 G*	35.661	16.081
Burgstetten	RZ	E	--	3.437	1.507
Kirchberg an der Murr	RZ	E	--	3.668	1.631
Oppenweiler	LR	SB	--	4.265	1.886
Weissach im Tal	VR	E	--	7.165	3.365
<i>VVG Backnang</i>				<i>78.514</i>	<i>35.164</i>
<u>Plüderhausen</u>	VR	SB	1 G*	9.623	4.396
Urbach	VR	SB	1 G*	8.565	3.878
<i>GVV Plüderhausen-Urbach</i>				<i>18.188</i>	<i>8.274</i>
Schorndorf	VR	SB	1 W, 1 G	39.196	18.366
Winterbach	VR	SB	--	7.837	3.608
<i>VVG Schorndorf</i>				<i>47.033</i>	<i>21.974</i>
Großerlach	LR	E	--	2.586	1.033
Spiegelberg	LR	E	--	2.167	984
<u>Sulzbach an der Murr</u>	LR	SB	--	5.395	2.312
<i>GVV Sulzbach</i>				<i>10.148</i>	<i>4.329</i>
Kaisersbach	LR	E	--	2.715	1.058
<u>Welzheim</u>	LR	SB	1 G	11.171	5.149
<i>VVG Welzheim</i>				<i>13.886</i>	<i>6.207</i>
Leutenbach	VR	SB	--	10.756	5.036
Schwaikheim	VR	SB	--	9.381	4.312
<u>Winnenden</u>	VR	SB	1 W, 2 G	27.747	12.501
<i>GVV Winnenden</i>				<i>47.884</i>	<i>21.849</i>
<b>Rems-Murr-Kreis</b>				417.609	192.367
<b>Summen VRS</b>				<b>2.668.833</b>	<b>1.248.852</b>

Quellen: Statistisches Landesamt, Landesentwicklungsplan 2002, eigene Auswertungen zum Regionalplan

<sup>1</sup> Verwaltungsgemeinschaften: GVV = *Gemeindeverwaltungsverband*, VVG = *Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft*; der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (Erfüllungsgemeinde) ist jeweils unterstrichen  
VR = Verdichtungsraum, RZ = Randzone, LR = Ländlicher Raum im engeren Sinne  
E = beschränkt auf Eigenentwicklung, SB = Siedlungsbereich  
SP = Schwerpunkt, G = Gewerbe / Dienstleistung, W = Wohnungsbau  
\* = markungsübergreifende Standorte (jeweils bei allen betroffenen Gemeinden vermerkt)





2.4.1	<b>Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungstätigkeit (Siedlungsbereiche)</b>
2.4.1.1 (Z) Siedlungstätigkeit in Siedlungsbereichen	<p>(1) In den Entwicklungsachsen werden für die einzelnen Achsenabschnitte Siedlungsbereiche festgelegt, in denen sich die Siedlungstätigkeit verstärkt vollziehen soll.</p> <p>(2) Die Siedlungsbereiche sind tabellarisch in Plansatz 2.4.1.4 (Z) beschrieben und in der Raumnutzungskarte durch Symbole gekennzeichnet<sup>1</sup>.</p>
2.4.1.2 (Z) Siedlungsbereiche außerhalb von Entwicklungsachsen	Außerhalb von Entwicklungsachsen werden den Siedlungsbereichen in einer Entwicklungsachse gleichgestellt und festgelegt: die Stadt Holzgerlingen, die Gemeinde Rudersberg sowie die Stadt Welzheim.
2.4.1.3 (G) Ausformung der Siedlungsbereiche	Bei der Ausformung der festgelegten Siedlungsbereiche ist die weitere Siedlungstätigkeit im Rahmen des vorhersehbaren Bedarfes, sowohl in ihrem Umfang als auch nach Wahl ihres Standortes, in die überörtliche und örtliche Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur einzufügen. Dabei hat die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung.

## 2.4.1.4 (Z)

## Tabelle

## Siedlungsbereiche

Als Siedlungsbereiche werden als Vorranggebiete (VRG) in Verbindung mit der Darstellung in der Raumnutzungskarte (RNK) festgelegt:

a) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen / Besigheim – Vaihingen an der Enz (- Mühlacker) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	Alle Stadtteile außer Rotenberg, Frauenkopf	<u>„Burgholzhof“ (1)</u>  <u>„Alte Messe Killesberg“ (2)</u> <u>„Güterbahnhof Bad Cannstatt“ (3)</u>  <u>„Hallschlag“ (4)</u> <u>„Maybachstr./ City Prag“ (5)</u> <u>„Stöckach / Hackstraße“ (6)</u> <u>„Probstsee, S-Möhringen“ (7)</u> <u>„Stuttgart 21“ (8)</u>	(ca. 67 ha / 61 ha) Ehemalige Sonderfläche Bund [B]  (ca. 12 ha / 2 ha ) [B]  (ca. 15 ha) [B] Umnutzung, Revitalisierung  (ca. 36 ha) [B]  (ca. -2 ha zus. mit G 7 ha) [B]  (ca. 14 ha) [B]  (ca. 11 ha) [B]  (ca. 40 ha / 16 ha) [B] 2), 3) Mineralquellen berücksichtigen, FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich
2. Kornwestheim	Kornwestheim	<u>„Pattonville“ (9)</u>	Ehemalige Sonderfläche Bund; Zweckverband mit Remseck/Ludwigsburg (ca. 68 ha / 45 ha)
3. Ludwigsburg	Alle Stadtteile außer Poppenweiler	<u>Oßweil-„Hartenecker Feld“ (11)</u> <u>Oßweil-„Hartenecker Höhe“ (12)</u>  <u>„Pattonville“ (9)</u>	(ca. 18 ha / 1 ha) Konversionsfläche (ca. 19 ha / 2 ha) [B] Zweckverband mit Remseck / Kornwestheim [B] (ca. 68 ha / 57 ha)
4. Bietigheim-Bissingen	Alle Stadtteile	<u>„Kreuzäcker-Ellental“ (13)</u>  <u>„Stuttgarter- / Freiburger-Straße.“ und „Buch-Mitte“ (14)</u>	Erweiterung / Änderung des Schwerpunkts, längerfristig auch nach Westen (ca. 21 ha / 14 ha)  Potenziale im Bestand [B] (ca. 6 + 25 ha)
5. Sachsenheim	Großsachsenheim, Kleinsachsenheim	<u>„Großsachsenheim-Süd“ (15)</u>	Verlagerter Standort (ca. 19 ha)
6. Sersheim	Sersheim		3)
7. Vaihingen an der Enz	Hauptort, Enzweihingen, Kleinglattbach	<u>„Kleinglattbach-Süd“ (16)</u>	Zuordnung zur Bahn, günstige Ergänzung des Kernraumes der Region, Stärkung des Mittelzentrums, Nähe Industrieschwerpunkt, Westrand Immissionsschutz berücksichtigen (ca. 45 ha / 18 ha) 2), 3), 4)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

b) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Ludwigsburg / Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim (- Heilbronn) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	Siehe unter a)		
2. Remseck	Aldingen, Neckarrems, Neckargröningen	„Pattonville“ (9)	Zweckverband mit Kornwestheim / Ludwigsburg [B] Erweiterung auf Markung Remseck (ca. 9 von 68 ha)
3. Kornwestheim	(s. unter a)	(s. unter a)	(s. unter a)
4. Ludwigsburg	(s. unter a)	(s. unter a)	(s. unter a)
5. Asperg	Asperg		3)
6. Freiberg am Neckar	Alle Ortslagen		3), erhebliche Einschränkungen durch Leitungstrassen
7. Benningen	Benningen		3)
8. Marbach a.N.	Hauptort, Hörnle		2)
9. Tamm	Tamm	„Westlich Hohenstange“ (17)	(ca. 13 ha / 0 ha) 3)
10. Bietigheim-Bissingen	Alle Stadtteile	s. unter a)	s. unter a)
11. Besigheim	Hauptort	„Bülzen / Schimmelfeld“ (18)  „Besigheim-West“ (19)	In Nähe zu Zentrum und Versorgungskern, (ca. 16 ha / 7 ha)  (ca. 7 ha), [B], erst nach (18) zu entwickeln, 2)
12. Löchgau	Löchgau		
13. Walheim	Walheim		
14. Gemmrigheim	Gemmrigheim		
15. Kirchheim a. N.	Kirchheim a. N.		2) 3)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

c) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Backnang (-Schwäbisch Hall) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Fellbach	Alle Stadtteile		
2. Waiblingen	Alle Stadtteile, außer Hegnach, Bittenfeld		2), 3)
3. Schwaikheim	Alle Stadtteile		
4. Winnenden	Kernstadt, Höfen, Schelmenholz, Birkmannsweiler	„Nordöstlich der Kernstadt“ (20)	(ca. 18 ha / 3 ha) 2), 3)
5. Leutenbach	Leutenbach, Nellmersbach	„L.- Mühlefeld“ (21)	(ca. 8 ha) [B] 3)
6. Backnang	Kernstadt, Maubach, Waldrems, Heiningen, Sachsenweiler	„B-Maubach“ (22)  B.- „Aspacher Tor“ (23)	2), Günstige Lage zur S-Bahn (ca. 33 ha / 11 ha)  (ca. 4 ha), [B]
7. Aspach	Großaspach, andere Gemeindeteile beschränkt auf Eigenentwicklung		Siedlung im Zusammenhang mit G-Schwerpunkt „Lerchen- äcker“
8. Oppenweiler	Hauptort		3)
9. Sulzbach an der Murr	Hauptort mit Lautern		
10. Murrhardt	Hauptort, Fornsbach		2)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

d) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Waiblingen/Fellbach – Schorndorf – (- Schwäbisch Gmünd) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>  (Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)  Bestandsfläche [B]
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	
1. Stuttgart	(s. unter a)	(s. unter a)	
2. Fellbach	(s. unter c)	(s. unter c)	
3. Waiblingen	(s. unter c)	(s. unter c)	
4. Kernen i.R.	Rommelshausen		
5. Weinstadt	Beutelsbach, Endersbach, Großheppach	„Endersbach-West“ (24)	(ca.8 ha / 3 ha) 3), Talaue der Rems berücksichtigen
6. Remshalden	Grunbach, Geradstetten, Hebsack		3), Talaue der Rems berücksichtigen
7. Winterbach	Hauptort		
8. Schorndorf	Kernstadt, Weiler, Haubersbronn	„Schorndorf-Haubersbronn“ (25)	2), 3), Talaue der Rems, Wasserschutz berücksichtigen (ca. 7 ha / 0 ha)
9. Urbach	Urbach		
10. Plüderhausen	Hauptort		
11. Rudersberg	Hauptort, Schlechtbach, Oberndorf		Außerhalb der Entwicklungsachse, siehe PS 2.4.1.2 (Z)
12. Welzheim	Hauptort		2), 3) Lage im Naturpark berücksichtigen; als Unterzentrum außerhalb der Entwicklungsachse ist Welzheim den Siedlungsbereichen der EA gleichgestellt, siehe PS 2.4.1.2 (Z)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

e) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Esslingen am Neckar – Plochingen – Göppingen – Geislingen an der Steige ( - Ulm / Neu-Ulm) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	(s. unter a)	(s. unter a)	(s. unter a)
2. Esslingen a.N.	Gesamte Stadt		2)
3. Ostfildern	Nellingen, Ruit	„Scharnhäuser Park“ (26)  „Ostfildern-Ruit“ (27)	(ca. 67 ha / 51 ha) [B] Lärmschutz Flughafen beachten (ca. 26 ha / 2 ha);6)
4. Altbach	Altbach		Erhebliche Belastung durch technische Infrastruktur
5. Deizisau	Deizisau		3)
6. Plochingen a.N.	Plochingen		
7. Reichenbach an der Fils	Hauptort		
8. Ebersbach an der Fils	Hauptort, Weiler, Sulpach, Bünzwangen		3)
9. Albershausen	Albershausen		
10. Uhingen	Hauptort, Holzhausen	„Weilenberger Hof“ (28)	Verbesserung ÖPNV erforderlich, FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich (ca. 21 ha / 6 ha)
11. Göppingen	Alle Stadtteile, außer Lerchenberg, Hohenstaufen, Hohrein	„Stauferpark“ (29)	Für Kernstadt: 3) (ca. 24 ha / 3 ha) [B]
12. Rechberghausen	Hauptort		
13. Eislingen	Alle, außer Krummwälden		
14. Salach	Hauptort		3)
15. Donzdorf	Hauptort		
16. Süßen	Süßen		3)
17. Gingen an der Fils	Gingen		3)
18. Kuchen	Kuchen		3)
19. Geislingen a. d. Steige	Kernstadt, Eybach, Weiler, Türkheim		2), 3)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

f) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Esslingen am Neckar – Plochingen – Nürtingen (- Metzingen) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	(s. unter a)	(s. unter a)	(s. unter a)
2. Esslingen am Neckar	(s. unter e)		2)
3. Plochingen am Neckar	(s. unter e)		2)
4. Wernau	Hauptort	„Wernau-Ost“ (30)	(ca. 17 ha / 4 ha) 3)
5. Köngen	Köngen		
6. Wendlingen am Neckar	Wendlingen		3), Einschränkung durch Trassen
7. Kirchheim u.T.	Hauptort mit Schafhof, Ötlingen, Jesingen	„Kirchheim-Süd“ (31)	Zentrumsnahe Fläche, künftiger S-Bahn-Halt (ca. 22 ha / 0 ha, 2)
8. Oberboihingen	Oberboihingen		
9. Unterensingen	Unterensingen		
10. Nürtingen	Alle Stadtteile, außer Hardt, Raidwangen, Reudern	„Kleiner Forst / Enzenhardt/Bergäcker“ (32)	2), 3) Nähe Industrieschwerpunkt, Ergänzung für dicht besiedeltes Neckartal (ca. 25 ha / 6 ha)
11. Neckartailfingen	Neckartailfingen		3)
12. Neckartenzlingen	Neckartenzlingen		3)
Bemplingen	Hauptort		3)

g) In der Entwicklungsachse Stuttgart (- Reutlingen –Tübingen) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	- Vaihingen (s. unter a))	(s. unter a))	(s. unter a))
2. Leinfelden-Echterdingen	Alle Stadtteile, außer Stetten	„Oberaichen-Süd“ (33)	(7 ha / 0 ha) Fluglärmkontur / Lärmschutz Flughafen beachten, 3)
3. Filderstadt	Alle Stadtteile, außer Harthausen		Fluglärmkontur / Lärmschutz Flughafen beachten
			<u>Aichtal:</u> Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung gemäß PS 2.4.2 (Z) mit Flächen im Verlauf der Entwicklungsachse, 1)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen



h) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Böblingen / Sindelfingen – Herrenberg (- Horb am Neckar) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Berei- che: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	s. unter a)	s. unter a)	s. unter a)
2. Böblingen	Alle Stadtteile	„ <u>Flugfeld</u> “ (34)	Zusammen mit Sindelfingen, hochwertiger Gewerbe- und Dienst-leistungs- und Wohn- standort in Zuordnung zur S- Bahn, vgl. PS 2.4.3.1.6 (Z) – [B] (ca. 36 / 5 ha)
3. Sindelfingen	Alle Stadtteile	„ <u>Maichingen-Süd</u> “ (35) „ <u>Maichingen-Allmendäcker</u> “ (36)	(ca. 31 ha / 0 ha) (ca. 21 ha / 0 ha) 2), 3)
4. Holzgerlingen	Holzgerlingen		Außerhalb der Entwicklungs- achse, siehe PS 2.4.1.2 (Z)
5. Magstadt	Magstadt		
6. Ehningen	Ehningen	„ <u>Bühl</u> “ (37)	An S-Bahn-Halt, günstige Zuordnung zum Arbeitsplatz- schwerpunkt Böblingen / Sindelfingen (ca. 26 + 10 ha Erweiterung / 12 ha) Schutzabstände zur Abbau- stätte beachten
7. Gärtringen	Hauptort, ohne Rohrau		3)
8. Nufringen	Nufringen		3)
9. Herrenberg	Kernstadt, Affstätt, Gültstein	„ <u>Herrenberg-Süd</u> “ (38)	Nähe zu Haltepunkt der Am- mertalbahn (ca. 19 ha / 0 ha) 2), 3), (6)
10. Gäufelden	Nebringen, Öschelbronn	„ <u>Nebringen-West</u> “ (39)	(ca. 11 ha / 0 ha) 3)
11. Bondorf	Bondorf		3)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

i) In der Entwicklungsachse Stuttgart – Leonberg (– Calw) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart	Alle Stadtteile außer Rotenberg, Frauenkopf s. unter h)	s. unter h)	s. unter h)
2. Korntal-Münchingen	Korntal-Münchingen	„Korntal-West“ (40)	(ca. 11 ha / 0 ha)
3. Ditzingen	Hauptort		3)
4. Gerlingen	Außer Bopser, Schillerhöhe		
5. Leonberg	Hauptort, Eltingen, Höfingen		Wasserschutz beachten
6. Rutesheim	Hauptort		
7. Renningen	Renningen	„Malsheim-Ost“ (41)  „Renningen-Süd“ (42)	Nähe Gewerbeschwerpunkt, südlich der Sonderfläche Bund (Flugplatz) (ca. 46 ha / 10 ha), 6) Nähe S-Bahn-Halt (neu) (ca. 6 ha 0 ha) 3) ; 6)
8. Weil der Stadt	Hauptort, Merklingen		2), 3)

j) In der Entwicklungsachse Herrenberg – Jettingen (– Nagold) sind:			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten <sup>1</sup>
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Herrenberg	Kernstadt, Affstätt, Gültstein s. unter h)	s. unter h)	s. unter h)
			<u>Jettingen:</u> Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung gemäß PS 2.4.2 (Z) mit Flächen im Verlauf der Entwicklungsachse 1)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche am Ende der Tabellen

a) In der Regionalen Entwicklungsachse Stuttgart – Filderstadt – Neuhausen auf den Fildern – Wendlingen – Kirchheim unter Teck sind			Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 6) siehe unten
zum Siedlungsbereich gehörende Gemeinden und Gemeindeteile gemäß PS 2.4.1.1 (Z)		Schwerpunkte des Wohnungsbaus gem. PS 2.4.4.1 (Z) (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte	(Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand Luftbild 2008)
Gemeinde	Gemeindeteile	Standort / Bezeichnung (Nr.)	Bestandsfläche [B]
1. Stuttgart-Vaihingen	s. unter a)	s. unter a)	s. unter a)
2. Leinfelden-Echterdingen	s. unter g)	s. unter g)	s. unter g)
3. Filderstadt	s. unter g)	s. unter g)	s. unter g)
			4. Neuhausen a.d. Fildern: als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung gemäß PS 2.4.2 (Z) mit Flächen im Verlauf der Entwicklungsachse, 1), 5)
5. Köngen	s. unter f)		
6. Wendlingen am Neckar	s. unter f)		3)
7. Kirchheim u.T.	Hauptort mit Schafhof, Ötlingen, Jesingen	s. unter f)	s. unter f) 2)

<sup>1</sup> Hinweise zur Festlegung der Siedlungsbereiche:

In der Raumnutzungskarte werden Siedlungsbereiche durch sechseckige Symbole gekennzeichnet. Maßgebend für die Bestimmung einer Gemeinde oder eines Gemeindeteils als Siedlungsbereich ist der Plansatz 2.4.1.4 (Z) – Tabelle Siedlungsbereiche.

Erläuterungen zur Spalte Hinweise in der Tabelle PS 2.4.1.4 (Z):

- 1) Gemeinde mit Flächen im Verlauf der Entwicklungsachse
- 2) Nach § 19 DSchG geschützte Gesamtanlagen / historische Bereiche mit Gesamtanlagenqualität innerhalb des Siedlungsbereiches
- 3) Festlegungen zur Freiraumstruktur z.B. Grundwasserschutz etc. zu beachten
- 4) Hinweis: ggfs. Immissionsschutzabstände gemäß § 50 BImSchG bzw. Seveso-Richtlinie (bestehender Betrieb) berücksichtigen
- 5) Schienennahverkehrsanschluss Bedingung für die Aufnahme in den Siedlungsbereich der Entwicklungsachse
- 6) Archäologische Belange beachten (Beteiligung der Denkmalpflege)

## 2.4.1

**Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungstätigkeit (Siedlungsbereiche)****Begründungen**

Zu 2.4.1.1 (Z)  
Siedlungstätigkeit in  
Siedlungsbereichen;  
Kennzeichnung

Im Landesentwicklungsplan (LEP) 2002, PS 3.1.2 Z und PS 3.1.3 Z, ist vorgegeben: „Die Siedlungstätigkeit ist vorrangig auf Siedlungsbereiche sowie Schwerpunkte des Wohnungsbaus und Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen zu konzentrieren.“ „Gemeinden und Gemeindeteile, in denen sich die Siedlungstätigkeit verstärkt vollziehen soll, sind in den Regionalplänen als Siedlungsbereiche auszuweisen, soweit dies für die Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur erforderlich ist.“ Damit wird einer im Kern der Region schon hohen Verdichtung mit sehr hohem Siedlungsflächenanteil und der Tendenz zu einer ringförmigen Verdichtung um das Oberzentrum und in die Räume zwischen den Entwicklungsachsen entgegengewirkt. Die in Kapitel 1 Ziele und Grundsätze der anzustrebenden räumlichen Entwicklung und Ordnung (insbesondere Plansätze 1.4.2.3, 1.4.2.4.) und in Kapitel 2.1 Raumkategorien formulierten Zielsetzungen werden sachlich und räumlich konkretisiert. Damit wird mit der Festlegung von Siedlungsbereichen der Vorgabe des Landesplanungsgesetzes (LplG) in § 11 Abs. 3 Nr. 3 entsprochen. Dort ist dargelegt, dass die für die Entwicklung und Ordnung der räumlichen Struktur der Region erforderlichen und bedeutsamen Konkretisierungen erfolgen sollen.

Die Siedlungsbereiche dienen der verstärkten Siedlungstätigkeit für das Wohnen und die gewerbliche Entwicklung (über den Bedarf aus Eigenentwicklung hinaus) für den Bedarf aus Wanderungsbewegungen. Die Ausformung der Bauflächen im Siedlungsbereich geschieht durch die Bauleitplanung in enger Abstimmung mit der Regionalplanung, wobei insbesondere die Innen- vor der Außenentwicklung Vorrang hat.

In der Raumnutzungskarte werden Siedlungsbereiche durch sechseckige Symbole gekennzeichnet. Maßgebend für die Bestimmung eines Ortes als Siedlungsbereich ist der Plansatz 2.4.1.4 (Z) Tabelle Siedlungsbereiche. Die Entwicklungsachsen werden als eine durch Grünzäsuren (PS 3.1.2) und Regionale Grünzüge (PS 3.1.1) gegliederte, unterschiedlich dichte Folge von Siedlungsbereichen weiter ausgeformt.

Zu 2.4.1.2 (Z)  
Siedlungsbereiche  
außerhalb von  
Entwicklungsachsen

Bei einzelnen, außerhalb der Entwicklungsachsen liegenden Gemeinden, ist ein im Takt verkehrendes, schienengebundenes Nahverkehrsmittel (SPNV) in Betrieb. Die Kleinzentren Holzgerlingen und Rudersberg werden vor diesem Hintergrund dem Siedlungsbereich zugeordnet. Damit sollen diese Gemeinden gestärkt und die verstärkte Siedlungstätigkeit an regionalplanerisch geeigneten Standorten erfolgen.

Die Kernstadt des UZ Welzheim wird zum Zwecke einer Schwerpunktbildung und Stärkung des umgebenden ländlichen Raumes und zur Sicherung der Tragfähigkeit der Infrastruktur in diesem Raum ebenfalls als Siedlungsbereich festgelegt.

In den Räumen außerhalb der Entwicklungsachsen, z.B. auch im Ländlichen Raum, soll – über die garantierte Eigenentwicklung hinaus – keine verstärkte Siedlungsentwicklung stattfinden. Auch dadurch kann der weiteren „Zersiedlung“ der Freiräume in der hoch verdichteten Region Stuttgart entgegengewirkt werden.

Zu 2.4.1.3 (G)  
Ausformung der  
Siedlungsbereiche

Dieser regionalplanerische Grundsatz über die Ausformung und räumliche Einfügung in die überörtliche Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur erhält seine Bedeutung durch die jedenfalls erforderliche und unverzichtbare (frühzeitige) Abstimmung der Bauleitplanung mit der Regionalplanung. Als Kriterien sind u.a. zu nennen:

- Überprüfung des absehbaren Bedarfs an Bauflächen und ihre raumordnerische Eignung und Qualität – vgl. hierzu Kap. 2.4.0 „Quantitative Grundlagen“.

- Gesamt-Bauflächenbilanzierung: Qualitätsprüfung der Bestandsflächen, der Reserveflächen, der Innenentwicklungspotenziale insgesamt gegenüber Planungen im Außenbereich (vgl. hierzu Plansätze 1.4.2.5, 1.4.2.6 und 2.4.0.6).
- Begrenzung des Siedlungsflächenbedarfs auf das nachweisbar Notwendige, Abstimmung der lokalen mit der regionalen Infra- und Freiraumstruktur.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind u.a. die Auslastung vorhandener Infrastrukturen, die Folgekosten von Baugebieten und mögliche interkommunale Kooperationen in die Planungsüberlegungen einzubeziehen. Die Innenentwicklung hat dabei Vorrang vor der Außenentwicklung. Dies wird zur Qualitätssteigerung vorhandener Einrichtungen und Strukturen beitragen.

Zu 2.4.1.4 (Z)  
Tabelle  
Siedlungsbereiche

Dieser Plansatz enthält die tabellarische Auflistung der verbindlich festgelegten Siedlungsbereiche im Verlauf der nachrichtlich aus dem Landesentwicklungsplan übernommenen Entwicklungsachsen und der Regionalen Entwicklungsachse. Darüber hinaus sind zur Information über die Zuordnung zu den Siedlungsbereichen der Entwicklungsachsen die gemäß PS 2.4.4.1 gebiets-scharf als Vorranggebiete festgelegten Schwerpunkte des Wohnungsbaus nachrichtlich aufgeführt.

In der Tabelle sind im Einzelnen aufgeführt:

- a) in Spalte 1 und 2 die als Vorranggebiete verbindlich festgelegten Siedlungsbereiche und die zum Siedlungsbereich gehörenden Gemeinden oder Gemeindeteile für die einzelnen Achsenabschnitte,
- b) in Spalte 3 nachrichtlich die Schwerpunkte des Wohnungsbaus gemäß PS 2.4.4.1 (Z) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte (unterstrichen),
- c) in Spalte 4 Hinweise zu den einzelnen Standorten für ihre weitere Entwicklung sowie Angaben zur Brutto-Fläche des Standorts und einer bereits entwickelten Teilfläche zum Stand: Luftbild 2008. Die Brutto-Fläche umfasst dabei im Einzelfall die im Rahmen der Bauleitplanung konkretisierten Erschließungs-, Grünflächen, Gemeinbedarfsflächen usw. Im Falle der Bestandsflächen [B] sind je nach Umsetzungsstand damit auch differenzierte Nutzungen verbunden, die den je örtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Dies können z.B. neue, wichtige innerörtliche Grünflächen mit Klimafunktion und Anbindung an einen regionalen Freiraum im Zusammenhang mit einer Nachverdichtung sein, die zur städtebaulichen Qualitätsverbesserung beitragen. Deshalb wird im Einzelfall das tatsächlich nutzbare wohnbauliche Flächenpotenzial dadurch entsprechend reduziert.

2.4.2	Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung		
2.4.2 (Z) Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung	Als Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung werden die nachfolgend genannten Gemeinden festgelegt und in der Raumnutzungskarte durch ein Symbol (schwarzes Dreieck) bezeichnet.		
	<b>Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung</b>	<b>Empfohlene Ortslagen für die Siedlungsentwicklung</b>	<b>Bemerkungen</b> (KLZ = Kleinzentrum)
	<b>Landkreis Böblingen</b>		
	Aidlingen Altdorf Deckenpfronn Grafenau Hildrizhausen Jettingen Mötzingen Schönaich Steinenbronn Waldenbuch Weil im Schönbuch Weissach	Aidlingen  Döffingen  Unter-/ Oberjettingen   Weil im Schönbuch	          Zentraler Ort (KLZ)
	<b>Landkreis Esslingen</b>		
	Aichtal Aichwald Altdorf Altenriet Baltmannsweiler Beuren Bissingen a.d. Teck Denkendorf Dettingen unter Teck Erkenbrechtsweiler Frickenhäuser Großbottlingen Hochdorf Holzmaden Kohlberg Lenningen Lichtenwald Neidlingen Neuffen Neuhausen a.d.F. Notzingen Ohmden Owen Schlaidt Weilheim a.d. Teck Wolfschlugen	Grötzingen Schanbach  Baltmannsweiler Bissingen   Frickenhäuser   Oberlenningen	          Kur-/ Erholungsort          Zentraler Ort (KLZ)  Zentraler Ort (KLZ)   Zentraler Ort (KLZ)

\* vgl. Begründung zu Kapitel 2.4.3.1

	<b>Festlegung als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung</b>	<b>Empfohlene Ortslagen für die Siedlungsentwicklung</b>	<b>Bemerkungen</b> (KLZ = Kleinzentrum)
	<b>Rems-Murr-Kreis</b>		
	Alfdorf	Alfdorf + Pfahlbronn	Zentraler Ort (KLZ)
	Allmersbach i. T.	Allmersbach	
	Althütte	Althütte	Kur-/ Erholungsort
	Auenwald	Unterbrüden	
	Berglen	Steinach / Oppelsbohm	
	Burgstetten	Burgstall	
	Großerlach	Großerlach	Kur-/ Erholungsort
	Kaisersbach	Kaisersbach / Ebni	Erholungsort
	Kirchberg a.d. Murr		
	Korb		
	Spiegelberg	Spiegelberg	Kur-/ Erholungsort
	Weissach im Tal	Unterweissach	



## 2.4.2

**Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung****Begründungen**

Zu 2.4.2 (Z)  
Gemeinden beschränkt  
auf Eigenentwicklung

In der Region Stuttgart werden „Gemeinden, in denen aus besonderen Gründen, vor allem aus Rücksicht auf Naturgüter, keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll“, als Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung festgelegt. Grundlage ist das Landesplanungsgesetz vom 10. Juli 2003, § 11 Abs. 3 Nr.4.

Die Festlegung von Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung ist aus verschiedenen regionalplanerischen Gründen geboten. In der stark verdichteten Region Stuttgart ist es auch künftig erforderlich, die Ordnung und Entwicklung der Siedlungs- und Freiraumstruktur sowie deren Abstimmung mit den Verkehrs- und Versorgungsnetzen im Planungszeitraum so zu gestalten, dass eine ausgewogene und auf die raumstrukturellen Gegebenheiten abgestimmte nachhaltige Entwicklung der Region ermöglicht und umgesetzt werden kann. Mit diesem Instrument der Regionalplanung soll die Siedlungsentwicklung zusammen mit den anderen Instrumenten (Entwicklungachsen und deren Aufgliederung in Siedlungsbereiche und Grünzäsuren, Zentrale Orte, Schwerpunktbildung, Innenentwicklung) der voraussichtlichen demografischen Entwicklung und der Auslastung der Infrastrukturen in den Städten und Gemeinden der Region angemessen, zielgerichtet und ausgewogen gesteuert werden.

Insgesamt wird dadurch auch die übergemeindliche Abstimmung der sich oft widerstreitenden Raumansprüche für Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie Erholung untereinander und mit den ökologischen Erfordernissen konkretisiert.

Raumstrukturelle Gegebenheiten wie Topographie oder die verkehrliche Erschließung sind weitere besondere Gründe.

Das Erfordernis zur Differenzierung zwischen „Siedlungsbereichen“ (zur Konzentration der Siedlungsentwicklung bzw. der verstärkten Siedlungstätigkeit – also über die Eigenentwicklung hinaus) und auf der anderen Seite den „Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung“, ist in der hoch verdichteten Region Stuttgart landesplanerische und regionalplanerische Zielsetzung. Damit werden eine ausgewogene und für eine nachhaltige Raumentwicklung unerlässliche Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf die Versorgungs- und Verkehrsnetze und die ebenso unabdingbare Sicherung und Entwicklung der Freiräume und der Schutz der Naturgüter ermöglicht.

Die notwendige Bereitstellung und langfristige Auslastung eines leistungsfähigen Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) bedingt ebenfalls die Konzentration ausreichend großer Siedlungseinheiten an den Haltepunkten des Schienennahverkehrs und die Bereitstellung der qualifizierten öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnen diese Zielsetzungen künftig verstärkt an Bedeutung.

Die Sicherung ausreichend großer, zusammenhängender, wenig zerschnittener Freiräume wird unterstützt durch eine zurückhaltende, an den genannten Erfordernissen orientierten Siedlungsentwicklung außerhalb der Entwicklungsachsen und einer verstärkten Entwicklung in den Schwerpunkten für den Wohnungsbau bzw. für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungseinrichtungen (Vorgabe des Landesentwicklungsplans).

Eine in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltige Entwicklung ist ohne die vorgeschlagene Differenzierung nicht möglich.

Spalte 2 der Tabelle 2.4.2 (Z) benennt die Ortslagen, die aus regionalplanerischer Sicht als „Schwerpunkte“ der Eigenentwicklung innerhalb einer Gemeinde besonders geeignet erscheinen. In der Regel sind dies in Gemeinden, die zwischen den Entwicklungsachsen liegen, die Hauptorte bzw. die mit gemeindlichen Dienstleistungseinrichtungen am besten ausgestatteten Ge-

meindeteile. Für Gemeinden, die Anteil am Siedlungsbereich einer Entwicklungsachse haben, ergibt sich aus Kapitel 2.4.1 „Gemeinden oder Gemeindeteile mit verstärkter Siedlungsentwicklung (Siedlungsbereiche)“ welche Teile der Gemeinden im Einzelfall regionalplanerisch auf Eigenentwicklung beschränkt sind. Dort sind entweder diese Gemeindeteile konkret benannt oder sie ergeben sich indirekt aus der Nennung der zum Siedlungsbereich gehörenden Gemeindeteile.

#### Eigenentwicklung

Eigenentwicklung ist nach dem Landesentwicklungsplan 2002 (PS 3.1.5 Z) wie folgt definiert:

„Gemeinden, in denen aus besonderen Gründen, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter, keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll, werden in den Regionalplänen ausgewiesen. Der Rahmen der Eigenentwicklung soll es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und angemessen weiterzuentwickeln. Zur Eigenentwicklung einer Gemeinde gehört die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für den Bedarf aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und für den inneren Bedarf sowie für die Aufnahme von Spätaussiedlern.“

„Den sich für die Eigenentwicklung ergebenden Bedarf kann jede Gemeinde nach der Erforderlichkeit und den voraussehbaren Bedürfnissen (§ 1 Abs. 3 und § 5 Abs. 1 BauGB) geltend machen ...“ Siehe hierzu Kapitel 2.4.0 „Dabei soll der natürlichen Entwicklung der Bevölkerung und dem inneren Bedarf Rechnung getragen werden, der sich insbesondere durch Verbesserungen der Wohn- und Wohnumfeldverhältnisse, die Erweiterung ortsansässiger Betriebe und die Weiterentwicklung der technischen und sozialen Infrastruktur ergeben kann. Auch der örtliche Bedarf, der sich aus der Aufnahme von Spätaussiedlern ergibt, soll nach dem Willen des Landtags Berücksichtigung finden. Ein darüber hinausgehender Bedarf für Wanderungsgewinne und für größere Gewerbeansiedlungen kann im Rahmen der Eigenentwicklung jedoch nicht in Ansatz gebracht werden. Die Festlegung von Gemeinden, denen nur die Eigenentwicklung zugestanden wird, erfolgt durch die Regionalplanung und erfordert den Nachweis besonderer Gründe, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter“ (vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 4 Landesplanungsgesetz).

Eine regionalplanerische Einschränkung der Eigenentwicklung wird nicht vorgenommen, vielmehr wird diese jeder Gemeinde zuerkannt. Die Eigenentwicklung findet jedoch dort ihre Grenzen, wo standortgebundene Gegebenheiten eine weitere Siedlungsentwicklung ausschließen oder natürliche Ressourcen für immer gestört würden (§ 1 (5) i.V.m. §1a BauGB). Auch müssen entsprechende Bauflächen nachweislich erforderlich sein (§ 1 (3) BauGB). Die Bezeichnung „Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung“ ist eine Vorgabe der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen (VwV Regionalpläne vom 14.09.2005) bzw. des Landesplanungsgesetzes (§ 11 (3) Nr. 4 LplG).

#### Kriterien

Als Kriterien („besondere Gründe“) für die Einstufung als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung, gelten insbesondere:

- Freiraumbelange: Natur-, Landschafts-, Biotop- und Gewässerschutz
- Naturräumliche Gegebenheiten: Landschaft, Landschaftsbild, Gewässer
- Natürliche Gegebenheiten: Topographie
- Lage im Raum: z.B. zwischen den Entwicklungsachsen, keine Zuordnung zu einer Entwicklungsachse möglich [Zuordnung zur Schiene nicht gegeben, da die Nähe zu einem im Takt verkehrenden Schienenpersonennahverkehrsmittel (SPNV) fehlt (z.B.: Zeit-Wege-Entfernung max. 8-12 min zwischen Wohnort und SPNV-Haltepunkt, inkl. Fußweg, Bus- und Wartezeiten)]
- Entwicklungspotential: Siedlung (bauliche Erweiterung)
- Entwicklungspotential: Landschaft (Aufwertung)
- Zusammenhängender Landschaftsbereich

Die Fortschreibung des Regionalplans zielt auf ein räumliches Gesamtkonzept, das mit den Instrumenten der Regionalplanung differenzierte räumliche

Entwicklungsmöglichkeiten in den Bereichen Siedlung, Freiraum und Verkehr aufzeigt. Entsprechend den räumlichen Gegebenheiten, Zielen und Potentialen leisten die Gemeinden hierzu ihren Beitrag. Mit der Steuerung der mittel- und langfristigen Entwicklung in der Region soll eine verstärkte Aufsiedlung und Inanspruchnahme der Landschaft in den Achsenzwischenräumen auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben. Ganz wesentlich sind dabei die unterschiedlichen Funktionszuweisungen für einzelne Teilräume und für die einzelnen Städte und Gemeinden.

Festlegung der  
Gemeinden

Tabelle

Die Festlegung einer Gemeinde als Gemeinde, beschränkt auf Eigenentwicklung wird nach oben stehender Begründung für die jeweilige Gemeinde stichwortartig und in Tabellenform wiedergegeben. Die Gemeinden sind in der Raumnutzungskarte durch ein Symbol (schwarzes Dreieck) bezeichnet:

In der rechten Spalte der Tabelle wird auf besondere Ausstattungsmerkmale bzw. Funktionen der Gemeinden hingewiesen.

(\*SPNV = Schienenpersonennahverkehr, KLZ = Kleinzentrum)

Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung	Besondere Gründe für die Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung*	Bemerkungen / Hinweise*
<b>LK Böblingen</b>		
Aidlingen	Lage im Heckengäu, Topographie, Freiraumbelange, geringes Entwicklungspotential, kein SPNV	
Altdorf	Lage in der Schönbuchlichtung, zusammenhängender Landschaftsraum,	Schönbuchbahn
Deckenpfronn	Lage im Heckengäu, zusammenhängender Landschaftsbereich, unmittelbar am Rande des Kerns des Verdichtungsraums, kein SPNV	
Grafenau	Lage im Würmtal, Verkehrsnetz, besonderes Landschaftsbild Topographie, Freiraumbelange, kein SPNV	
Hildrizhausen	Lage in der Schönbuchlichtung, zusammenhängender Landschaftsbereich, Freiraumbelange, kein SPNV	
Jettingen	Lage im oberen Gäu mit besonderen landbauwürdigen Böden am Rand zum Nagoldtal, zusammenhängender Landschaftsbereich, Freiraumbelange, kein SPNV	
Mötzingen	Lage im oberen Gäu mit besonders landbauwürdigen Böden am Rand zum Nagoldtal, Freiraumbelange, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Schönaich	exponierte Lage im Schönbuch-Glemswald, zusammenhängender Landschaftsbereich, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Steinenbronn	exponierte Lage im Schönbuch-Glemswald, zusammenhängender Landschaftsraum, Einfluss der Einflugschneise des Flughafens, kein SPNV	
Waldenbuch	Lage im Aichtal, besondere topographische und landschaftliche Situation, Ortsbild, Freiraumbelange, kein SPNV,	Zentraler Ort (KLZ)
Weil im Schönbuch	exponierte Lage oberhalb des Schaichtals im Schönbuch, zusammenhängender Landschaftsbereich, besonderes Landschaftsbild	Schönbuchbahn
Weissach	Lage im Strohgäu mit besonders landbauwürdigen Böden, besonderes Landschaftspotential am Rande des Kerns des Verdichtungsraums	Strohgäubahn

Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung	Besondere Gründe für die Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung*	Bemerkungen / Hinweise*
<b>LK Esslingen</b>		
Aichtal	Lage im Aichtal, besondere naturräumliche und landschaftliche Situation, zusammenhängender Landschaftsbereich am Südrand des hoch belasteten Filderraumes, kein SPNV	
Aichwald	Lage inmitten des Landschafts- und Naturraums Schurwald, am Rand des hoch belasteten Kerns des Verdichtungsraumes, kein SPNV	
Altdorf	zusammenhängender Landschaftsbereich am Südrand des hoch verdichteten Filderraumes, Landschaftsbild, kein SPNV	
Altenriet	exponierte Lage oberhalb des Neckartals, Landschaftsbild, zusammenhängender Landschaftsraum am Südrand des hoch verdichteten Filderraumes,	
Baltmannsweiler	Lage inmitten des Landschafts- und Naturraums Schurwald, zusammenhängender Landschaftsbereich, kein SPNV	
Beuren	Exponierte Lage am Fuße des Albtraufs, Topographie und besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Bissingen a.d. Teck	Lage am Fuße der Teck, Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Denkendorf	Lage am Rand des Körschtals Ostrand des hoch verdichteten Filderraumes, kein SPNV	
Dettingen unter Teck	Lage unterhalb der Teck, Landschaftsbild, zusammenhängender Landschaftsbereich,	Teckbahn
Erkenbrechtsweiler	Lage weit außerhalb einer Entwicklungsachse auf der Alb, zusammenhängender Landschaftsbereich, Freiraumbelange	
Frickenhausen	Siedlung in beengter Tallage, Landschaftsbild	Tälesbahn
Großbettlingen	exponierte Lage, besonderes Landschaftsbild, kein leistungsfähiger SPNV, Topographie	
Hochdorf	Lage im zusammenhängenden Landschaftsraum zwischen Filstal und Lautertal, Topographie	
Holzmaden	Landschaft, naturräumliche Gegebenheiten (Vor-albgebiet, Natura 2000), kein SPNV	
Kohlberg	Exponierte Lage unterhalb des Jusibergs, Landschaft und naturräumliche Gegebenheiten, kein SPNV	
Lenningen	Lage im tief eingeschnittenen Talraum, naturräumliche Situation	Teckbahn, Zentraler Ort (KLZ)
Lichtenwald	Lage mitten im Schurwald, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Neidlingen	Lage im tief eingeschnittenen Talraum am Albtrauf, Topographie, kein SPNV	
Neuffen	Lage im tief eingeschnittenen Talraum am Albtrauf, Topographie, Landschaftsbild	Tälesbahn Zentraler Ort (KLZ)
Neuhausen a.d.F.	Lage am Südostrand des hoch verdichteten Filderraumes am Rande des einzigen Waldgebietes (Sauhag), kein SPNV	
Notzingen	Lage im zusammenhängenden Landschaftsraum zwischen Filstal und Lautertal, Topographie, kein SPNV	
Ohmden	Exponierte Lage im Albvorland, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Owen	Lage im Auslauf des Lenninger Tals, Topographie, besonderer Landschaftsraum	Teckbahn

Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung	Besondere Gründe für die Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung*	Bemerkungen / Hinweise*
Schlaitdorf	exponierte Lage mit besonderem Landschaftsbild, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Weilheim a.d. Teck	Lage unterhalb der Teck am Fuße des Albtraufs, Landschaft (Natura 2000 und Vogelschutzgebiete), kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Wolfschlugen	Lage in zusammenhängendem Landschaftsraum unmittelbar am Südrand des hoch verdichteten Filderraumes, kein SPNV	
<b>LK Göppingen</b>		
Adelberg	Exponierte Lage auf der Schurwaldhöhe, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Aichelberg	Exponierte Lage am Alaufstieg, Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	
Bad Boll	Exponierte Lage am Fuße der Alb, zusammenhängender Landschaftsraum (Voralb), kein SPNV	Kur-/ Erholungsort, Zentraler Ort (KLZ)
Bad Ditzenbach	Lage im oberen Filstal (Alb), besonders sensible Landschaft, Topographie, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Bad Überkingen	Lage im oberen Filstal, zusammenhängender Landschaftsraum schwäbische Alb, Topographie	Kur-/ Erholungsort
Birenbach	Exponierte Lage im Schurwald, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Böhmekirch	Abgesetzte Lage auf der Albhöhe, Landschaftsbild, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Börtlingen	Abgesetzte Lage auf der Schurwaldhöhe, Landschaftsbild, kein SPNV	
Deggingen	Lage im oberen Filstal, Topographie, besonders sensibles Landschaftsbild, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Drackenstein	Exponierte Lage an der Traufkante der Alb, Topographie, Landschaft, kein SPNV	
Dürnau	Exponierte Lage am Fuße der Alb, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Eschenbach	Lage im besonders sensiblen Voralbbereich, Topographie, Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	
Gammelshausen	Lage an der Alb, zusammenhängender Landschaftsraum (Voralb), Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	
Gruibingen	Lage außerhalb der Entwicklungsachse in einem Talraum der Alb, Topographie, Freiraumbelange, Landschaft, kein SPNV	
Hattenhofen	Lage im Albvorland, Landschaft, Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	
Heiningen	Lage im zusammenhängenden Landschaftsraum (Voralb), Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	
Hohenstadt	Abgesetzte Lage auf der Alb, besonderes Landschaftsbild, Freiraumbelange, kein SPNV	
Lauterstein	Lage im Lautertal, Topographie, kein SPNV	
Mühlhausen im Täle	Lage im oberen Filstal (Alb), Topographie, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	
Ottenbach	Lage im Schurwald/Rehgebirge, Landschaftsbild, Erholungsraum, kein SPNV	
Schlat	Lage am Fuße des Albtraufs, Topographie, Landschaftsbild, kein SPNV	

<b>Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung</b>	<b>Besondere Gründe für die Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung*</b>	<b>Bemerkungen / Hinweise*</b>
Schlierbach	Lage zwischen Fils und Neckar, Landschaft, kein SPNV	
Wäschenbeuren	Abgesetzte Lage auf der Schurwaldhöhe, Freiraumbelange, kein SPNV	
Wangen	Lage im Schurwald, zusammenhängender Landschaftsraum, Topographie, kein SPNV	
Wiesensteig	Lage im oberen Filstal, Topographie (Alb), Landschaft, kein SPNV	
Zell u. A.	Lage m Albvorland, Landschaft, Natura 2000 und Vogelschutzgebiete, kein SPNV	

#### **LK Ludwigsburg**

Affalterbach	exponierte Lage außerhalb der Entwicklungsachse, Landschaftsbild, kein SPNV	
Eberdingen	Lage im landschaftlich besonderen Strudelbachtal (Strohgäu), Topographie, Landschaft, kein SPNV	
Erdmannhausen	Lage auf Anhöhe zwischen Neckar und Murrta, besonderes Landschaftsbild	
Erligheim	Lage zwischen Neckartal und Stromberg, Freiraumbelange, kein SPNV	
Freudental	Lage am Fuße des Strombergs, Freiraumbelange, Landschaftsbild, kein SPNV	
Großbottwar	Lage im Bottwartal, Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Hemmingen	Exponierte Lage auf Anhöhe im Strohgäu, zusammenhängender Landschaftsraum	Strohgäubahn
Hessigheim	Lage im Neckartal (Neckarknie), Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Ingersheim	Exponierte Lage auf Neckartalhang, Landschaftsbild, kein SPNV	
Markgröningen	exponierte Lage direkt am Rand des Kerns des Verdichtungsraumes, besonderes Landschaftsbild, Topographie,	
Möglingen	Lage am Fuße des Kleinaspergle, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Mundelsheim	Lage im Neckartal mit Steilhängen, Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Murr	Lage am flachen Rand des unteren Murrta, direkt am Rand des Verdichtungsraumes, Landschaftsbild, kein SPNV	
Oberriexingen	Exponierte Lage an der Enztalhangkante, Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Oberstenfeld	Lage im oberen Bottwartal, (Löwensteiner Berge) Topographie, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Pleidelsheim	Lage im Neckartalraum, unmittelbar benachbart zum Kern des Verdichtungsraumes mit freier Landschaft, kein SPNV	
Schwieberdingen	Lage im Strohgäu / Glemstal, Landschaftsbild	
Steinheim a.d. Murr	Lage am Talrand des Murr- / Bottwartals, besonderes Landschaftsbild, Topographie, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)

Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung	Besondere Gründe für die Festlegung als Gemeinde beschränkt auf Eigenentwicklung*	Bemerkungen / Hinweise*
<b>Rems-Murr-Kreis</b>		
Alfdorf	exponierte Lage auf der Hochfläche des Welzheimer Waldes, Ausgleichs- und Erholungsraum, kein SPNV	Zentraler Ort (KLZ)
Allmersbach i. T.	Lage am Fuß des Welzheimer Waldes in der Backnanger Bucht, besonderer Landschaftsraum, Erholung, kein SPNV	
Althütte	Lage im Welzheimer Wald, Erholung, Landschaftsbild, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Auenwald	Abgesetzte Lage in der Backnanger Bucht, zusammenhängende Landschaft, kein SPNV	
Berglen	Abgesetzte Lage in den Berglen, Erholung, zusammenhängender Natur und Landschaftsraum, Topographie, kein SPNV	
Burgstetten	Lage am Rande des Murrtales, Topographie, besonderes Landschaftsbild	Murraltahn
Großelach	exponierte Lage im Mainhardter Wald, Naturpark, zusammenhängender Landschaftsraum, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Kaisersbach	exponierte Lage im Welzheimer Wald, Landschaft, Erholung, kein SPNV	Erholungsort
Kirchberg a.d. Murr	exponierte Lage am Murraltalrand besonderes Landschaftsbild	Murraltahn
Korb	Lage am Fuß des Korber Kopfs, Topographie, besonderes Landschaftsbild, kein SPNV	
Spiegelberg	Tallage zwischen Löwensteiner Berge u. Mainhardter Wald Naturpark, Topographie, Erholung, kein SPNV	Kur-/ Erholungsort
Weissach im Tal	Lage inmitten der Backnanger Bucht, zusammenhängender Landschaftsraum, besonderes Landschaftsbild, am Rand des Verdichtungsraumes, kein SPNV	

\* (SPNV = Schienenpersonennahverkehr, KLZ = Kleinzentrum)

## 2.4.3

**Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe**

2.4.3.1	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen
2.4.3.1.1 (Z) Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (VRG)	Die gebietsscharf in der Raumnutzungskarte dargestellten (Schraffur mit Symbol [G]) und in Plansatz 2.4.3.1.6 (Z) Tabelle aufgeführten Schwerpunktgebiete sind als Vorranggebiete (VRG) für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen festgelegt. In diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit den vorrangigen Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.
2.4.3.1.2 (Z) Schwerpunkte für Industrie und Logistik (VRG)	<p>Die gebietsscharf in der Raumnutzungskarte dargestellten (Schraffur mit Symbol [I]) Schwerpunktgebiete</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bondorf-Süd / Rottenburg-Ergenzingen (5),</li> <li>• Kirchheim unter Teck „Kruichling“ (12),</li> <li>• Kornwestheim-West (22) und</li> <li>• Sachsenheim / Oberriexingen / Sersheim „Eichwald“ (28)</li> </ul> <p>sind für erheblich belästigende Gewerbebetriebe und Logistikbetriebe vorgesehen; in diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit der vorrangigen Nutzung oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.</p>
2.4.3.1.3 (Z) Schwerpunkte in Bestandsgebieten (VRG)	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen sind gebietsscharf in der Raumnutzungskarte als Vorranggebiete (VRG) festgelegt. In diesen Gebieten mit bestehender Bebauung, insbesondere Brach- und Umnutzungsflächen, steht der festgesetzten Nutzung nicht entgegen, auch anteilig Freiräume auszuweisen, sofern hierdurch die Vernetzung vorhandener oder neuer innerörtlicher Grünbereiche mit den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren geschaffen oder verbessert werden.
2.4.3.1.4 (Z) Ausschluss von Einzelhandelsgroßprojekten und Veranstaltungszentren	In den Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen gemäß vorstehenden Plansätzen 2.4.3.1.1 und 2.4.3.1.2 sind Einzelhandelsgroßprojekte im Sinne von PS. 2.4.3.2.2 (Z) und 2.4.3.2.8 (Z) sowie Veranstaltungszentren unzulässig.
2.4.3.1.5 (G) Organisation und Kooperation	Die Nutzung der regional bedeutsamen Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen soll in interkommunaler Kooperation erfolgen.



2.4.3.1.6 (Z)  
Tabelle,  
Darstellung in der  
Raumnutzungskarte

Als Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen werden in der nachstehenden Tabelle und mit gebietsscharfer Darstellung (Vorranggebiet) in der Raumnutzungskarte festgelegt (Schraffur mit Symbol [G]):

		Hinweise zur Festlegung	
Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008 Bestandsfläche [B]
Böblingen / Sindelfingen	Böblingen, Sindelfingen / „Flugfeld“ [G] (1)	Standort mit regionsweiter Bedeutung. Gemeinsame Nutzung durch Böblingen und Sindelfingen.	Bestandsfläche [B] In Zuordnung zur S-Bahn Insgesamt ca. 47 ha (ca. 2 ha)
Böblingen / Sindelfingen	Holzgerlingen, Weil im Schönbuch / „Sol“ [G] (2)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Verwaltungsräume Holzgerlingen und Weil im Schönbuch.	Erschließung über die Schönbuchbahn. ca. 43 ha (23 ha)
Herrenberg	Herrenberg / „Herrenberg-Gültstein“ [G] (3)	Standort mit regionsweiter Bedeutung. Gemeinsamer Schwerpunkt für den Mittelbereich Herrenberg. Zur	ca. 41 ha (21 ha) Wasserschutz beachten
	Herrenberg / „Bahnbogen Affstätt“ [G] (4)	- wie vor	ca. 25 ha (0 ha) Wasserschutz beachten; Denkmalschutz beachten
Herrenberg	Gärtringen / „Gärtringen-Ost“ [G] (6)	Gemeinsamer Schwerpunkt für Gärtringen und Ehningen	Landschaftliche Einbindung erforderlich, Wasserschutz beachten. ca. 59 ha (21ha) Erweiterung des besteh. Standorts
Herrenberg	Jettingen / „Eisberg“ [G] (7)	Teil des Industriepark Nagold Gäu ING (70 ha)	ca. 8 ha (0 ha) Schienenverkehrsanschluss beachten.
Leonberg	Renningen-Malmsheim [G] (8)	Schwerpunkt für Renningen, Leonberg und Weil der Stadt.	Günstiger, teilweise bebauter Standort an der S-Bahnstrecke Stuttgart - Weil der Stadt sowie Renningen - Sindelfingen - Böblingen gelegen. Im Fall des Wegfalls der militärisch genutzten Fläche des ehem. Flugplatzes zusätzlich erweiterungsfähig. ca. 38 ha (2 ha) Denkmalschutz beachten
Leonberg	Leonberg / „Hertich“ [G] (9)	Umnutzungspotenzial eines autobahnnahen Standorts	ca. 27 ha (27 ha) Bestandsfläche [B]
Esslingen	Ostfildern / „Scharnhauser Park“ [G] (10)	Schwerpunkt in enger Zuordnung zu einem Wohnschwerpunkt. Bedeutung für den gesamten Filderraum.	ca. 8 ha [B] (2 ha)

		Hinweise zur Festlegung	
Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008 Bestandsfläche [B]
Esslingen	„Altbach / Plochingen/Deizisau“ [G] (11)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den VR Plochingen	Flächen im Bestand [B], weitere in Deizisau und Plochingen 16 ha (12 ha)
Kirchheim u.T.	Weilheim a.d.T. / „Weilheim-Nordost“ [G] (13)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Weilheim	ca. 13 ha (10 ha)
Kirchheim u.T.	„Wendlingen“ [G] (14)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den VR Wendlingen / Königen	Flächen im Bestand [B], weitere Flächen in Königen. ca. 19 ha (18 ha)
Nürtingen	Nürtingen / „Großer Forst / Bachhalde“ [G] (15)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Verwaltungsräume Nürtingen und Neuffen.	ca. 27 ha + 11 ha (0 ha) + (1 ha)
Göppingen	Göppingen-Ursenwang / Eschenbach / Heiningen / „Voralb“ [G] (16)	Weitgehend bebauter, gemeinsamer Gewerbepark für Göppingen, Eschenbach, Heiningen.	Erweiterungsfläche sichern, ca. 8 ha. ca. 50 ha (35 ha)
Göppingen	Göppingen / „Stauferpark“ [G] (17)	Aufgrund der Lage und Zuordnung zu Wohnbauschwerpunkt und sonst fehlender größerer Gewerbeflächenreserven derzeit Standort für Göppingen.	Teilweise [B] Neue Abgrenzung ca. 33 ha (19 ha)
Göppingen	„Donzdorf“ [G] (18)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Mittlere Fils-Lautertal.	Einer der letzten für Gewerbe geeigneten großflächigen Standorte im Filstal. Bedeutung über den Verwaltungsraum hinaus. Bahnanschluss sichern. ca. 31 ha (6 ha)
Göppingen	Zell unter Aichelberg-West / „Gewerbepark Wängen“ [G] (19)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den GVV Raum Bad Boll.	FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich ca. 9 ha (0 ha)
Geislingen	Mühlhausen i.T. / Bad Ditzenbach / „Gosbach“ [G] (20)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Verwaltungsräume Oberes Filstal und Deggingen.	Führung der A 8 und Landschaftsbild berücksichtigen. ca. 9 ha (3 ha)
Geislingen	Geislingen-Türkheim / „Gewerbepark Schwäbische Alb“ [G] (21)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Verwaltungsräume Geislingen an der Steige, Oberes Filstal und Deggingen	Standort zwischen Geislingen und der Autobahn A 8. ca. 48 ha (0 ha)
Ludwigsburg / Kornwestheim	„Pleidelsheim/Murr“ [G] (23)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Verwaltungsräume Freiberg a.N., Marbach a.N., Steinheim / Murr und das Bottwartal, Autobahnnähe, hochwertiger Busverkehr möglich.	L 1125 Pleidelsheim-Ingersheim berücksichtigen. Wasserschutz beachten. ca. 73 ha (0 ha)

		Hinweise zur Festlegung	
Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008 Bestandsfläche [B]
Ludwigsburg / Kornwestheim	Asperg / „Osterholz“ (ehem. US-Tanklager) [G] (24)	Gemeinsamer Schwerpunkt für Asperg und Ludwigsburg.	Mit Gleisanschluss [B] Letzte größere im Raum Asperg / Ludwigsburg verfügbare Gewerbefläche. ca. 17 ha (8 ha)
Ludwigsburg / Kornwestheim	Marbach / „Am Kraftwerk“ [G] (25)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Marbach a.N.	Nähe zu Kraftwerk, Lage im „Neckarpark“. Standort mit Schiffsanlände. ca. 32 ha (11 ha), incl. Erweiterung um ca. 6 ha. Streuobstbestand. Potentielle Hochwassergefahr. Grünzäsur und Siedlungserweiterung Ludwigsburg-Neckarweihingen beachten.
Bietigheim-Bissingen / Besigheim	Besigheim-Ottmarsheim / „Ottmarsheimer Höhe“ [G] (26)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Besigheim und Neckarwestheim.	Erweiterung des bestehenden Interkommunalen Gewerbegebiets ca. 39 ha (8 ha)
Bietigheim-Bissingen / Besigheim	Bietigheim-Bissingen / Tamm / „Laiern“ [G] (27)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Bietigheim-Bissingen.	Interkommunales Gewerbegebiet Bietigheim-Bissingen und Tamm. Wasserschutz beachten. ca. 27 ha (14 ha)
Vaihingen a.d. Enz	Vaihingen a.d. Enz / „Perfekter Standort“ [G] (29)	Standort mit regionsweiter Bedeutung durch Größe und Verkehrsanbindung. Entlastung des Kernraumes der Region. Stärkung von Mittelzentrum und Mittelbereich Vaihingen. Gemeinsamer Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Vaihingen a.d. Enz.	Großflächiger Standort nördlich des neuen Bahnhofsvaihingen. ca. 76 ha (15 ha)
Backnang	Backnang / Aspach „Lerchenäcker“ [G] (30)	Gemeinsamer Standort für die Gemeinden im Verwaltungsraum Backnang und die Gemeinde Sulzbach a.d. Murr. Stärkung des Mittelzentrums und Entlastung für den Kernraum der Region	Standort, überwiegend auf Markung Backnang, mit Direktanbindung an die B 14 und weiter an die L 1115 als Zubringer zur A 81. ca. 53 ha (15 ha)
Schorndorf	Schorndorf / „Weiler-Nord“ [G] (31)	Gemeinsamer Schwerpunkt für Schorndorf, Plüderhausen, Urbach, Rudersberg.	Für Dienstleistungen / nicht störendes Gewerbe geeigneter Standort am S-Bahn-Halt. Rückstauf Flächen berücksichtigen. Verkehrsanbindung über Westspange Schorndorf zur B 29. ca. 14 ha (0 ha) Denkmalschutz beachten

		Hinweise zur Festlegung	
Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008 Bestandsfläche [B]
Schorndorf	„Plüderhausen / Urbach“ [G] (32)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den VR Plüderhausen/Urbach	Flächen im Bestand [B], bedeutende Größenordnung im Verhältnis zu besteh. Gewerbeflächen. ca. 30 ha (23 ha)
Schorndorf	Welzheim-Breitenfürst / „Lachenäcker“ [G] (33)	Gemeinsamer Schwerpunkt für die Räume Oberes Wieslaufstal und den VR Welzheim.	An Hauptzufahrt vom Remstal. ca. 19 ha, incl. ca. 7 ha Erweiterung (2 ha)
Waiblingen / Fellbach	„Winnenden -Hertmannsweiler“ [G] (34)	Gemeinsamer Gewerbeschwerpunkt für den Verwaltungsraum Winnenden.	An der B 14 gelegener Standort. Wasserschutz beachten. ca. 25 ha incl. 11 ha Erweiterung (7 ha)
Waiblingen / Fellbach	Winnenden-Bahnhof / „Ziegelei“ [G] (35)	Möglicher hochwertiger Dienstleistungsstandort in Bahnhofsnähe.  Gemeinsame Nutzung mit Leutenbach.	Derzeit Tonabbau / Ziegelproduktion [B] ca. 13 ha (12 ha)
Waiblingen / Fellbach	Waiblingen / „Waiblingen-West“ [G] (36)	Standort von Bedeutung für Waiblingen, Fellbach, Stuttgart	Erweiterung des Gewerbegebietes in Waiblingen-West. Grünzäsur zu Fellbach (Klima), Straßenverbindung B 14/29 zur B10/27, Zugang zu S-Bahn-Haltepunkt Waiblingen berücksichtigen. ca. 29 ha (1 ha)
Waiblingen / Fellbach	Weinstadt / „Endersbach-Nord“ [G] (37)	Nutzungsverbesserung des Bestandes	ca. 5 ha, [B] (5 ha)
Stuttgart	Filderstadt / „Bernhausen-West“ [G] (38)	Schwerpunkt für Filderstadt in Zuordnung zu Flughafen / B 27.	ca. 15 ha (5 ha) Weiteres Gewerbeflächenpotential im Bereich südlich des Flughafens.
Stuttgart	„Leinfelden-Echterdingen-/ Unteraichen-Nordost“ [G] (39)	Ergänzungsstandort im westlichen Filderraum, Lärmabschirmung zur Autobahn	ca. 24 ha (0 ha)
Stuttgart	„Leinfelden-Echterdingen-Ost“ [G] (40)	Verkehrsgünstiger Standort in Flughafen-nähe, mit Bahnanschluss. Insbesondere für Flughafen- und Messebezogenes Gewerbe und Dienstleistungen	Aufgrund der Flughafen-West-Entwicklung ist siedlungsgliedernde Konzeption erforderlich ca. 19 ha (0 ha) Denkmalschutz beachten
Stuttgart	Filderstadt- Bonlanden / „Affelter Süd“ [G] (41)	Ergänzungsstandort im südwestlichen Filderraum	ca. 39 ha (2 ha)
Stuttgart	Korntal-Münchingen / „Münchingen-Ost“ [G] (42)	Gemeinsamer Schwerpunkt für den Bereich Strohgäu.	Nähe zu besteh. Gewerbegebiet Kallenberg. ca. 33 ha (20 ha) Denkmalschutz beachten

		Hinweise zur Festlegung	
Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008 Bestandsfläche [B]
Stuttgart	„Feuerbach – im Bahnbogen“ [G] (43)	Umstrukturierungspotenzial im Bestand; wichtiger Standort im Norden Stuttgarts	Verkehrsgünstige Lage, Entwicklung zum Dienstleistungsstandort [B] ca. 49 ha (49 ha)
Stuttgart	S-Vaihingen / „Wallgraben“ [G] (44)	Umstrukturierungspotenzial in einem bestehenden, großen Gewerbe- und Dienstleistungsstandort im Süden Stuttgarts	Verkehrsgünstige Lage; Nachverdichtungspotenziale, [B] ca. 77 ha (77 ha)
Stuttgart	„Maybachstraße / City Prag“ [G] (45)	Standort für hochwertige Dienstleistungseinrichtungen mit bester Schienen- und Straßenverkehrsanbindung	ca. 7 ha (6 ha) [B] Im Zusammenhang mit Wohnbauschwerpunkt, ca. 9 ha

### 2.4.3 **Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe**

#### 2.4.3.1 **Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen**

	<b>Begründungen</b>
<p>Vorbemerkung</p> <p>Sicherung von Arbeitsplätzen in neuen und bestehenden Gebieten</p>	<p>Zur Sicherung und Entwicklung der Arbeitsplätze in der Region Stuttgart, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft, zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels und für eine Flächen sparende Siedlungsentwicklung sind erforderlich und in gleichem Maß bedeutsam:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Sicherung und Erschließung eines ausreichenden und über die Teilräume der Region ausgewogenen verteilten Gewerbeflächenangebots in Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, gemäß PS 2.4.3.1.1 (Z) und 2.4.3.1.2 (Z) und 2.4.3.1.3 (Z).</li> <li>• die Umstrukturierung und Modernisierung bestehender Industrie- und Gewerbegebiete sowie von gemischt genutzten Gewerbe- und Wohngebieten mit dort vorhandenen größeren „Brachflächen“ und ggf. künftig brach fallenden Flächen und Umnutzungsflächen.</li> </ul>
<p>Flächenbedarf</p>	<p>Der Einsatz moderner Produktionstechniken führt zu einem steigenden Flächenbedarf je Arbeitsplatz. Ein Teil dieses Bedarfs muss auf unbebauten Flächen untergebracht werden. In vielen Teilräumen der Region Stuttgart zwingt die Knappheit geeigneter Flächen zu einer übergemeindlich abgestimmten Planung und der Sicherung besonders geeigneter Standorte. Dem dient die Festlegung von Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen.</p> <p>Im Regionalplan 1998 ist mit 36 Standorten (4 Standorte mit ca. 40 ha sind zwischenzeitlich bebaut) ein Flächenpotenzial von ca. 940 ha Brutto-Fläche verbunden. Zwischenzeitlich sind davon ca. 35 % (ca. 535 ha) bebaut (Stand Luftbild 2008).</p> <p>Insgesamt werden jetzt 45 Standorte (d.h. 13 neue Standorte) mit ca. 1.500 ha im Regionalplan festgelegt und in der Raumnutzungskarte gebietsscharf abgegrenzt. Differenziert betrachtet bedeutet dies: Lediglich ca. 270 ha (ca. 17 %) des gesamten Flächenpotenzials sind noch nicht in Flächennutzungsplänen dargestellt, d.h. sind „echte“ neue Festlegungen. Von diesen sind etwa 50 % für Erweiterungen bestehender, bewährter Standorte (7 Standorte) vorgesehen und gesichert. Etwa weitere 50% sind für weitere interkommunale bzw. kommunale gewerbliche Entwicklungen gesichert. Zu bisher 5 Standorten (mit ca. 70 ha), mit dem Ziel der Umnutzung bestehender Gewerbeflächen, kommen 4 Standorte mit ca. 160 ha hinzu. Damit wird der Umnutzung und Nachverdichtung von Innenentwicklungsflächen verstärkt Rechnung getragen.</p> <p>Die Festlegung der Schwerpunkte entspricht den regionalplanerischen Zielsetzungen, in der in Teilen schon hoch verdichteten Region an geeigneten Standorten mittel- und langfristige Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. In vielen Fällen geschieht dies für einzelne Gemeinden, mehrheitlich jedoch für mehrere Gemeinden.</p> <p>Die Festlegung von geeigneten Standorten ist also nicht allein aus dem begründbaren Bedarf abzuleiten. Es gilt insbesondere die Standorte gegenüber anderen Nutzungen zu sichern, weil sie die am besten geeigneten Standorte darstellen. In vielen Teilräumen ist diese langfristige Sicherung die einzige Möglichkeit, eine „Fortschreibung“ ungeeigneter Standorte in bestehenden Siedlungslagen abzuschwächen bzw. im Sinne einer Bündelung an geeignete Standorte mittel- und langfristig umzusteuern.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung werden die begründeten bzw. begründbaren örtlich spezifischen Bedarfe ermittelt, mit den regionalplanerischen Zielen abgeglichen und dann entsprechend den aktuellen Anforderungen, in der Regel in Bauabschnitten, umgesetzt.</p>

Abgesehen von der jeweils in der Praxis bestehenden Schwierigkeit, einen längerfristigen Bedarf an Gewerblichen Bauflächen zu prognostizieren, ist es im Ganzen schwierig bzw. teilweise auch unmöglich, einen konkreten Bedarf für einen Planungszeitraum zu bestimmen. Deshalb sind die Bedarfsherleitungen für verschieden strukturierte Kommunen sehr unterschiedlich. Sie basieren in aller Regel auf konkreten Absichten von Unternehmen für Erweiterungen, Aussiedlungen an einen neuen Standort. Auch deshalb ist es üblich, Angebotsplanungen einer Darstellung von Gewerblichen Bauflächen zugrunde zu legen. Aus den genannten Gründen lässt sich der tatsächlich erforderliche Flächenumfang nicht exakt bestimmen. Vor diesem Hintergrund sind die o.g. Zahlenangaben zu verstehen.

Hinzu kommen ebenfalls nicht zu prognostizierende qualitative Aspekte, die zu differenziert gestalteten Standortplanungen führen. Darüber hinaus sind zunehmend Fragen des Immissionsschutzes von Bedeutung und bewirken zusätzliche, besondere Standortanforderungen.

Zu 2.4.3.1.1 (Z)  
Schwerpunkte für  
Industrie, Gewerbe und  
Dienstleistungseinrichtungen

Standorte, die sich nach ihrer Lage, Größe und Erweiterbarkeit für neu anzusiedelnde Betriebe, für das Nebeneinander von Produktionsbetrieben und produktionsnahen Dienstleistungsbetrieben, von Zulieferern und Weiterverarbeitern oder auch von Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen eignen, sind regionsweit knapp. Sie bilden ein wichtiges, die Zukunft sicherndes Kapital der Region. Das bedeutet, dass diese Standorte vor der Inanspruchnahme durch andere Nutzungen geschützt und gesichert werden müssen, dass die gewerbliche Nutzung den spezifischen Standortqualitäten Rechnung trägt und dass sie langfristig gesichert und haushälterisch (in Bauabschnitten) in Anspruch genommen werden sollen.

Der Erweiterungs- und Verlagerungsbedarf ansässiger Betriebe zielt, soweit er auf unbebauten Flächen gedeckt werden muss, auf die Nachbarschaft des seitherigen Standorts. In der Region Stuttgart sind die dafür erforderlichen geeigneten Flächen ortsteilbezogen oder gemeindebezogen häufig nicht mehr verfügbar.

Infolge der starken Pendlerverflechtungen in der Region, 780.000 der 1,05 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz nicht in der Kommune in der sie wohnen, besteht der Bedarf, die Standorte für die gewerbliche Entwicklung den Entwicklungsachsen sowie dem leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr sowie den Schwerpunkten des Wohnungsbaus zuzuordnen, um die Wege kurz zu halten und damit die verkehrlichen Belastungen zu minimieren.

Das bedeutet, dass geeignete Standorte für den gemeinsamen Gewerbeflächenbedarf mehrerer Gemeinden geplant und für diese Nutzung gesichert werden müssen. Sieht man von den eng an bestimmte Standorte gebundenen Betrieben ab, kann so der Wirtschaft in einem Teilraum ein langfristig gesichertes Standortangebot gemacht werden. Gleichzeitig werden konfliktträchtige und nicht entwicklungsfähige Standorte, etwa in sensiblen Landschaftsteilen oder in der Nachbarschaft von Wohngebieten, vermieden.

Kriterien für Planung  
und Erschließung von  
Schwerpunkten

Bei der Planung und Erschließung der Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen sind insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt worden: die Inanspruchnahme weniger empfindlicher Landschaftsräume, wo irgend möglich die Zuordnung zum Schienenahverkehr, leistungsfähige Straßenverkehrsverbindungen, die Vermeidung einer Beeinträchtigung benachbarter Wohngebiete, die Erweiterbarkeit und ggfs. die Zuordnung zu Schwerpunkten des Wohnungsbaus.

Zu 2.4.3.1.2 (Z)  
Schwerpunkte für  
Industrie und Logistik

Die Wirtschaft der Region Stuttgart ist stark von produzierendem Gewerbe geprägt. Die besondere Eignung einzelner Standorte durch ihre Erschließung oder Erschließbarkeit mit Straße und Schiene sowie die Lage abseits der Wohnstandorte machen die gekennzeichneten Flächen [I] besonders für störendes Gewerbe sowie Logistik geeignet (insbesondere für einen „Rund um die Uhr-Betrieb“ mit den davon ausgehenden Störungen). Wegen der vorhandenen besonderen Bedarfe in der Region Stuttgart werden diese mit einer zusätzlichen Zweckbestimmung versehen und gesichert. Die vorgenommene Prüfung insbesondere hinsichtlich der in der Praxis erforderlichen Abstände

solcher Bauflächen zu bestehenden/geplanten Wohnsiedlungen sowie der Zwang zu einer leistungsfähigen Verkehrsanbindung durch Straße und Bahn waren maßgebend für eine solche Kennzeichnung.

Diese regional bedeutsamen Schwerpunkte für Industrie [I], wie sie in der Raumnutzungskarte gebietsscharf abgrenzt und festgelegt und in Plansatz 2.4.3.1.2 (Z) genannt sind, werden in der nachfolgenden Tabelle im Einzelnen aufgeführt und ihre Aufgaben, Qualifikation, der Bezugsraum bzw. Hinweise zur Festlegung genannt.

Bei den Angaben zur Brutto-Fläche ist zu berücksichtigen, dass die gewerblich nutzbaren Flächen im Einzelfall deutlich geringer sein können. Enthalten sind in der ungefähren Flächenangabe in aller Regel auch die die Bebauung gliedernden Grünflächen, die erforderlichen Erschließungsflächen (Straßen, Fußwege, Parkierungsflächen) oder im Einzelfall auch Sondernutzungen, die sich aus den örtlichen Randbedingungen ergeben können (z.B. Gemeinbedarfsflächen, Sonderfläche für Hotel, hochwertige Dienstleistungen etc.).

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch darauf, dass z.B. bei einer Kombination eines Schwerpunkts für Industrie und Gewerbe mit einem Schwerpunkt des Wohnungsbaus die detaillierten Darstellungen des Flächennutzungsplans in der entsprechenden Festlegung der Raumnutzungskarte zusammengefasst wurden und damit der Detaillierungsgrad hinsichtlich konkreter Angaben fehlt.

Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Hinweise zur Festlegung	
		Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008
Herrenberg	Bondorf-Süd / Rottenburg-Ergenzingen [ I ] (5)	Regionsübergreifender Schwerpunkt für den Verwaltungsraum Oberes Gäu und Teile der Region Neckar-Alb. Besondere Eignung für störendes Gewerbe und Logistik durch Nähe zu Autobahn und Bahnlinie (Gäubahn).	Möglichkeit eines Schienenanschlusses sichern. ca. 43 ha (19 ha) Erweiterung auf ca. 57 ha  Hinweis: im benachbarten Rottenburg-Ergenzingen weiteres Potenzial
Kirchheim u.T.	Kirchheim u.T. / „Kruichling“ [ I ] (12)	Besonders geeignet für störendes Gewerbe und Logistik aufgrund Nähe zu Autobahn und Bahnlinie.	Standort i.V. mit Erweiterungsmöglichkeit K.-Öttingen in unmittelbarer Nähe. FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich ca. 44 ha incl. Erweiterung um 18 ha (13 ha)
Ludwigsburg / Kornwestheim	„Kornwestheim-West“ [ I ] (22)	Standort mit regionsweiter Bedeutung für hochwertige Logistikaufgaben und logistiktnahe Dienstleistungen. Gemeinsamer Schwerpunkt für den Raum Kornwestheim, Ludwigsburg, Stuttgart.	Bahnanbindung und bahnbetriebliche Erfordernisse sichern. Realisierungskonzept Juli 2005. Restrukturierungsfläche östlich (ca. 39 ha) und Neuerschließungsfläche westlich (ca. 57 ha) des besteh. Umschlagterminals. ca. 36 ha (3 ha)



Mittelbereich	Gemeinde / Standortbezeichnung / lfd. Nr.	Hinweise zur Festlegung	
		Aufgaben, Qualifikation, Bezugsraum	Brutto-Fläche in ha (davon bereits entwickelt) Stand: Luftbild 2008
Bietigheim-Bissingen / Besigheim	Sachsenheim / Oberriexingen / Sersheim „Eichwald“ [ I ] (28)	In Ergänzung zu den benachbarten Schwerpunkten Vaihingen a.d. Enz -“Perfekter Standort“ und Bietigheim-Bissingen / Tamm - „Laiern“ zu sichernder Standort. Besondere Eignung für Industrie und Logistik durch Flächenzuschnitt, Erschließung und vorhandene Nutzungen	Für die Mittelbereiche Bietigheim-Bissingen und Vaihingen / Enz. Leistungsfähige Möglichkeit für Schienenanschluss sichern. Mit dem Enzabstieg ist eine Verbindung zur B 10 zu schaffen. ca. 99 ha (18 ha)

#### Zu 2.4.3.1.3 (Z) Schwerpunkte in Bestandsgebieten

Die Umstrukturierung und Modernisierung bestehender Industrie-, Gewerbe- bzw. Mischgebiete ist ein fortwährender Prozess. Wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen in der Vergangenheit, Gegenwart und zukünftig sich vollziehende Veränderungen erfordern entsprechende Planungskonzepte, die zu einer sinnvollen Bestandssicherung und Entwicklung beitragen.

Unter „Brachflächen“ werden solche Flächen verstanden, die derzeit nicht überbaut, ungenutzt, zwischen genutzt sind und bei denen z.B. konkrete Konzepte einer beabsichtigten Bebauung, Wiedernutzung oder stufenweisen Entwicklung des Gesamtgebiets bekannt sind. Die Größe „regionalbedeutsamer“ Schwerpunkte soll als zusammenhängende oder räumlich einander zugeordnete Einzelflächen jeweils mindestens 5 ha betragen. Diese Größenordnung ergibt sich aus vorliegenden Untersuchungen und Erfahrungen. Dabei kommt einer ausgewogenen räumlichen Verteilung solcher für die kommunale und regionale Sicht gleichermaßen wichtigen Flächen große Bedeutung zu.

Die für die Region Stuttgart jetzt vorgesehenen Standorte in Bestandsgebieten (Industrie-, Gewerbe- und Mischgebiete, sonstige Flächen) eignen sich für die mittel- und langfristige Umstrukturierung und Entwicklung. Im Zusammenwirken mit den neu vorgeschlagenen Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen und der oft vorhandenen und/oder auszubauenden Infrastruktur tragen diese Flächen mit zur Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen bei.

Die Standorte werden in die Tabelle PS 2.4.3.1.6 (Z) mit übernommen und entsprechend gekennzeichnet, Bestandsfläche [B].

#### Verbesserung und Entwicklung von Freiraumfunktionen in Bestandsgebieten

Die Sicherung, Verbesserung und Entwicklung wichtiger Freiraumbelange erfolgt im Regionalplan u.a. durch Regionale Grünzüge und Grünzäsuren, aufbauend auf dem fortgeschriebenen bzw. ergänzten Landschaftsrahmenplan und weiteren Detailuntersuchungen.

Im Zusammenhang mit der Modernisierung, Wiedernutzung und Umstrukturierung bestehender Gebiete mit Teil-Brachflächen wird die einmalige Möglichkeit eröffnet, durch eine ausgewogene und abgestimmte Planung vorhandene Defizite bei den Freiraumbelangen mittel- und langfristig wieder auszugleichen. Deshalb sollen frühzeitig freiraumplanerische Überlegungen in die örtlichen Konzepte mit einbezogen werden. Dadurch kann auch eine über die einzelnen Gebiete hinausgehende Aufwertung der Standortqualitäten erreicht werden.

In vielen Fällen handelt es sich dabei um die langfristige Sicherung und Wiedergewinnung zugänglicher und möglichst naturnaher Uferbereiche in den Flusstälern der Region, die im Zuge der Industrialisierung und in den letzten Jahrzehnten sehr konzentriert besiedelt wurden, wobei wichtige landschaftliche, klimatische, wasserwirtschaftliche, aber auch landschaftsoptische Belange nicht in dem erforderlichen Ausmaß berücksichtigt wurden. Bei solchen

Bestandsgebieten besteht nun die Möglichkeit, aufbauend auf überörtlichen Konzeptionen, vor Ort eine bessere und sinnvolle Vernetzung vorhandener und neuer innerörtlicher Grünbereiche mit den Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren wieder herzustellen.

Zu 2.4.3.1.4 (Z)  
Ausschluss von Einzelhandelsgroßprojekten und Veranstaltungszentren

Der verbindliche Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben in den Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen, die über die Gebietsversorgung hinausgehen, entspricht der seitherigen Regelung. Diese Schwerpunkte dienen im Rahmen der Vorsorge zur Flächensicherung, insbesondere für Produktions- und Dienstleistungsarbeitsplätze, an hierfür besonders geeigneten Standorten. Eine Nutzung dieser Standorte für arbeitsplatz-extensive Einzelhandelsbetriebe oder Freizeit-, Sport- und Unterhaltungszentren würde die Knappheit an geeigneten Gewerbeflächen in Teilräumen der Region weiter verschärfen und durch die Verschiebung des Bodenpreisgefüges nach oben eine künftige gewerbliche Nutzung auch finanziell erschweren.

Die Festlegung regionaler Schwerpunkte hat auch alle übrigen Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung zu berücksichtigen. Ein wesentliches Ziel ist die Erhaltung eines attraktiven, in der Regel mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbaren Versorgungsangebotes in den Zentralen Orten, das nicht durch die Entwicklung in den regionalen Schwerpunkten gefährdet werden darf. Durch die nach wie vor zu beobachtenden Strukturveränderungen im Bereich der Einkaufszentren, der großflächigen Einzelhandelsbetriebe und sonstigen großflächigen Handelsbetriebe und weiterer großflächiger Einrichtungen besteht die Gefahr, dass diese die Ortszentren verlassen. Um ein attraktives und gemischtes Handels- und Dienstleistungsangebot in den Ortszentren zu sichern, wird großflächiger Einzelhandel in diesen regionalen Schwerpunkten ausgeschlossen.

Die Darstellung von Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen in Bestandsgebieten nach PS 2.4.3.1.3 (Z) stellt eine Besonderheit dar, für die auch eine spezielle Regelung infrage kommen kann. Diese „Bestandsgebiete“ liegen in der Regel innerhalb des Siedlungsbereiches bzw. innerhalb oftmals innerstädtischer, gut erschlossener Gebiete. Durch eine Wieder- bzw. Umnutzung kann die Inanspruchnahme von Flächen außerhalb des bestehenden Siedlungsbereiches vermieden werden.

Zu 2.4.3.1.5 (G)  
Organisation und Kooperation

Infolge der Flächenzuschnitte moderner und leistungsfähiger produzierender Betriebe, der topografischen Situation in der Region sowie der erforderlichen Sicherung und Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten ist es nicht in allen Kommunen möglich, ausreichend große, gut erschlossene und erreichbare Gewerbestandorte auszuweisen.

Im Interesse einer gleichwertigen Regionalentwicklung ist es jedoch erforderlich, möglichst viele Kommunen an den Arbeitsplätzen sowie dem Gewerbesteueraufkommen teilhaben zu lassen. Um dieses zu gewährleisten ist es erforderlich, die geeigneten Standorte möglichst in interkommunaler Kooperation zu nutzen, um die Kosten und die Nutzen zwischen möglichst vielen Kommunen teilen zu können. Dabei kommt es auch auf eine ausgewogene Verteilung der Standorte in der Region an, da weder eine Überkonzentration an besonders attraktiven Standorten wie dem Filderraum oder den Räumen Ludwigsburg bzw. Böblingen / Sindelfingen noch ein Zurückfallen weniger attraktiver Standortbereiche zu einer ausgewogenen Regionalentwicklung in der Region Stuttgart beitragen können. Eine Überkonzentration führt zu einer zu starken Beeinträchtigung der naturräumlichen Gegebenheiten sowie der Naherholungsfunktion, zu geringe Entwicklungsmöglichkeiten führen zu geringeren Chancen in den betroffenen Räumen und weiteren Wegen.

Die Entwicklung und Nutzung gewerblicher Bauflächen in interkommunaler Kooperation kann erreichen, ungeeignete Gewerbestandorte zu verhindern und die Entwicklung an geeigneten Standorten zu konzentrieren. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn verbindliche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit die Nutzung eines Schwerpunktes für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen regeln. Ohne diese Zusammenarbeit und Vereinbarung über Kosten und Nutzen halten Gemeinden an der Ausweisung einzelner, auch konfliktträchtiger und ungeeigneter Standorte fest, um zumin-

dest ortsansässige Unternehmen nicht zu verlieren. Deshalb ist bei der Planung und Umsetzung der Schwerpunkte dieser Grundsatz sehr frühzeitig durch alle Beteiligten verbindlich in alle Überlegungen mit einzubeziehen. Daraus ergibt sich, dass es geboten ist, die interkommunale Zusammenarbeit gezielt zu unterstützen und zu fördern. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Stuttgart (WRS) bietet hierzu eine gezielte Unterstützung der betroffenen Kommunen und einzelner Projekte an.

Zu 2.4.3.1.6 (Z)  
Tabelle,  
Darstellung in der  
Raumnutzungskarte

Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen sind grundsätzlich gebietsscharf in der Raumnutzungskarte festzulegen (§ 11 (3) Nr.5 LplG). Bei der Festlegung, Abgrenzung und dem zeitlichen Ablauf der Aufsiedelung sind Gesichtspunkte des regionalen und teilraumbezogenen Bedarfs zu berücksichtigen. In Plansatz 2.4.3.1.6 (Z) sind daher die Schwerpunkte aufgeführt, für die aufgrund der Abstimmung mit der kommunalen Planung und der Bewertung der teilräumlichen Situation eine gebietsscharfe Abgrenzung in der Raumnutzungskarte möglich ist und eine Inanspruchnahme in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren erwartet werden kann. Die dargestellten Flächen sollen über die Bauleitplanung der Städte und Gemeinden bedarfsbezogen, d.h. auch in Bauabschnitten, erschlossen und aufgesiedelt werden. Dabei sollen als Grundlage für eine Umsetzung die auf die speziellen Gegebenheiten sorgfältig abgestimmten landschaftsplanerischen, städtebaulichen und verkehrlichen Konzeptionen – in enger Abstimmung mit regionalplanerischen Zielen und Grundsätzen – dienen. Schwerpunkte mit dem Hinweis „Wasserschutz beachten“ liegen ganz oder teilweise im Wasserschutzgebiet. Hier sind die Regelungen der Schutzgebietsverordnung zu beachten.

2.4.3.2	<b>Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe (Einzelhandelsgroßprojekte)</b>
2.4.3.2.1 (G) Gewährleistung der verbrauchernahen Versorgung	<p>(1) Die wohnungsnahе Grundversorgung (Nahversorgung) soll möglichst in allen Städten und Gemeinden gewährleistet und gesichert werden. Einzelhandelsbetriebe sollen verbrauchernah und städtebaulich integriert in günstiger Zuordnung zu den Stadt- und Ortszentren oder zusammenhängenden Wohngebieten angesiedelt werden.</p> <p>(2) Bei der Standortwahl und der Verkehrserschließung von Einzelhandelsbetrieben soll Belangen der nicht oder nicht ständig über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügenden Bevölkerung und mobilitätseingeschränkter Personen besondere Beachtung geschenkt werden. Die Standorte sollen für den Fußgänger- und Fahrradverkehr gut erschlossen und mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein.</p>
2.4.3.2.2 (Z) Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren	<p>(1) Einzelhandelsbetriebe, Einkaufszentren und sonstige Handelsbetriebe für Endverbraucher mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m<sup>2</sup> (Einzelhandelsgroßprojekte), sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig.</p> <p>(2) Verkaufsflächenumfang und Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen sind insbesondere auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und dessen Verflechtungsbereichs abzustimmen. Hersteller-Direktverkaufszentren / Fabrikverkaufszentren sind als Einkaufszentren zu behandeln und nur im Oberzentrum vorzusehen. Bei Einzugsbereichen, die nicht wesentlich über einen Mittelbereich hinausgehen kommen hierfür auch Mittelzentren in Betracht.</p> <p>(3) Die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns der Standortgemeinde und anderer Zentraler Orte sowie die verbrauchernahe Versorgung dürfen dabei nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>(4) Einzelhandelsgroßprojekte, die ausschließlich der Grundversorgung der Einwohner dienen und keine schädliche Wirkungen erwarten lassen, insbesondere auf die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung anderer Gemeinden oder deren Ortskerne, sind auch in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion zulässig. Für die vorgenannten Einzelhandelsgroßprojekte gelten die Plansätze 2.4.3.2.3 bis 2.4.3.2.5 nicht. Ausschließlich der Grundversorgung dienen Einzelhandelsgroßprojekte, deren Sortiment Nahrungs- und Genussmittel einschließlich Getränke sowie Drogerieartikel umfasst; sonstige Waren dürfen nur als Nebensortiment auf nicht mehr als 10 % der Verkaufsfläche angeboten werden.</p> <p>(5) Überörtlich wirksame Veranstaltungszentren sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen sind ebenfalls nur im Oberzentrum bzw. den Mittel- und Unterzentren zulässig. Der Einzugsbereich entsprechender Einrichtungen ist auf die Einwohnerzahl des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereichs abzustimmen</p>
2.4.3.2.3 (Z) Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte (VRG)	<p>(1) Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte (vgl. Sortimentsliste in der Begründung) sind nur in den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen und nur in den in der Raumnutzungskarte dargestellten und als Vorranggebiete gebietsscharf festgelegten Standorten für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte vorzusehen.</p> <p>(2) Außerhalb dieser Vorranggebiete sind Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte ausgeschlossen (Ausschlussgebiet).</p>
2.4.3.2.4 (Z) Standorte für nicht zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte	<p>(1) Standorte für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte (vgl. Sortimentsliste in der Begründung) sind ebenfalls nur in den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen zulässig und in der Regel den in der Raumnutzungskarte dargestellten Vorranggebieten gemäß PS. 2.4.3.2.3 oder deren unmittelbaren Umfeld zuzuordnen.</p>

	<p>(2) Von der Zuordnung zu diesen Vorranggebieten kann für Standorte für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte dann abgewichen werden, wenn innerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten Vorranggebiete für Einzelhandelsgroßprojekte, wegen nicht ausreichender Flächengröße, nicht herstellbarer ausreichender Verkehrserschließung oder zwingender Inanspruchnahme potenzieller Flächen für andere Nutzungen, keine Standortmöglichkeiten gegeben sind.</p> <p>(3) Soweit für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte von einer Zuordnung zu den Standorten für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte abgesehen werden soll, sind zentrenrelevante Randsortimente auf höchstens 3 % der Gesamtverkaufsfläche, höchstens 350 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zu beschränken.</p>
2.4.3.2.5 (G) Ergänzungsstandorte	<p>(1) Aus raumordnerischer Sicht als Standort für nicht zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb der Vorranggebiete nach PS 2.4.3.2.3 grundsätzlich geeignete Standortbereiche sind in der Raumnutzungskarte als Ergänzungsstandorte festgelegt. Diese Standortbereiche gelten als raumordnerisch abgestimmt, sofern die Vorgaben von PS 2.4.3.2.2 eingehalten sind.</p> <p>(2) Als Ergänzungsstandort kann alternativ jeweils auch ein anderer Standort dann in Frage kommen, wenn die Vorgaben der Plansätze 2.4.3.2.2, 2.4.3.2.3 und 2.4.3.2.4 im Übrigen eingehalten werden. Dies ist im Einzelfall konkret zu prüfen und entsprechend nachzuweisen.</p>
2.4.3.2.6 (G) Anbindung an den öffentlichen Personen-nahverkehr	<p>(1) Neue Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren gemäß PS. 2.4.3.2.2 sollen nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie an den öffentlichen Personennahverkehr direkt angebunden sind.</p> <p>(2) Einrichtungen, die aufgrund des Umfangs ihrer Verkaufsflächen oder ihres zu erwartenden Besucheraufkommens besonders große Bedeutung entfalten können – insbesondere bei Verkaufsflächen über 25.000 m<sup>2</sup> oder Veranstaltungszentren mit mehr als 5.000 Besucherplätzen –, sollen nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie an den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind.</p>
2.4.3.2.7 (V) Erarbeitung von Entwicklungskonzepten	<p>Es wird vorgeschlagen, dass zur Ordnung und Entwicklung von Standorten für Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren gemäß PS. 2.4.3.2.2, von den Kommunen umfassende, die ganze Gemeinde sowie das Umland einbeziehende Entwicklungskonzepte erarbeitet und mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden.</p>
2.4.3.2.8 (Z) Räumliche Konzentration von Einzelhandelsbetrieben (Agglomeration)	<p>(1) Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben sind in den Ortskernen aller Gemeinden zulässig. Wird ein Bauleitplan aufgestellt oder geändert, dessen Geltungsbereich den Ortskern ganz oder teilweise erfasst, so darf die hier-nach zulässige Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben keine schädlichen, überörtlichen Wirkungen entfalten, insbesondere auf die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne, die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung anderer Gemeinden oder deren Ortskerne. Ansonsten gelten für Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben die Plansätze 2.4.3.2.2 (Z) bis 2.4.3.2.6 (Z) entsprechend.</p> <p>(2) Eine Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben entsteht, wenn räumlich nahe beieinander liegend mehrere Einzelhandelsbetriebe errichtet werden, zu einem bestehenden Einzelhandelsbetrieb ein oder mehrere neue Einzelhandelsbetriebe hinzu treten oder bestehende Einzelhandelsbetriebe erweitert oder umgenutzt werden, so dass die Summe der Verkaufsflächen der räumlich nahe beieinander liegenden Einzelhandelsbetriebe größer als 800 m<sup>2</sup> ist. Räumlich nahe beieinander liegen Einzelhandelsbetriebe, wenn die Luftlinie zwischen den Gebäudezugängen nicht länger als 150 m ist.</p>

## 2.4.3.2

**Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe (Einzelhandelsgroßprojekte)****Begründungen****Allgemeine  
Vorbemerkungen**

Die Formulierung von spezifischen Plansätzen zu Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren erfolgt vor dem Hintergrund des anhaltenden Trends zur Neuansiedlung und Verlagerung entsprechender Vorhaben außerhalb der gewachsenen Stadt- und Ortskerne der Städte und Gemeinden auf bisher unbebauten Stadtrandgrundstücken oder in Gewerbegebieten. Hierdurch ergeben sich mehrere raumordnerisch und städtebaulich sehr nachteilige Auswirkungen; insbesondere sind dies:

- Kaufkraftabfluss und Angebotsverlagerung aus den Innenstädten zu peripheren Standorten an den Stadträndern und damit ein Funktionsverlust und Verlust an Attraktivität und Entwicklungspotential für die gewachsenen Innenstädte und Ortskerne, für die der Einzelhandel eine tragende Leitfunktion darstellt;
- Erschwernis oder völliges Entfallen der wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Versorgung;
- Zunahme des Individualverkehrs durch periphere Lage und damit i.d.R. fehlende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie durch ein umfangreiches und i.d.R. kostenfreies Angebot an Stellplätzen;
- Zunahme des Flächenverbrauchs.

Die durch die Verlagerung von Handel und Dienstleistungen an dezentrale Standorte verbundene Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) wirkt dabei auch dem Klimaschutzziel zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes entgegen. Ohne die Mitwirkung auf lokaler und regionaler Ebene kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Aufgabe auch der Regionalplanung ist es deshalb, Entwicklungen, die eine Zunahme des MIV nach sich ziehen, nach Möglichkeit entgegenzuwirken.

Weitere Folgen der Verlagerung von Handel und Dienstleistungen aus den Städten und Gemeinden sind, neben der Belastung der Umwelt durch Erhöhung von Verkehrsaufkommen und Landschaftsverbrauch, letztlich eine Verschlechterung der Versorgungssituation für Menschen und Bevölkerungsgruppen, die nicht über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügen und daher von einer Nutzung dieser ausgelagerten Versorgungs- und Veranstaltungszentren ausgeschlossen, zumindest aber hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Darüber hinaus besteht die Gefahr der Entstehung von sozialen Randzonen mit der damit verbundenen Gefahr von Kriminalität und wachsender Verunsicherung.

Demgegenüber treten in größerem Rahmen keine positiven Wirkungen für eine Arbeitsplatzzunahme ein. Denn die Tendenz zur Auslagerung von Versorgungsangeboten bzw. Neuerschließung von Einzelhandelsstandorten erfolgt dabei ungeachtet von stagnierendem oder sinkendem Realeinkommen und damit stagnierender Kaufkraft der Konsumenten. Es ist daher davon auszugehen, dass die Gewinnung neuer Kaufkraftpotentiale aufgrund örtlicher Verlagerungen und durch den Abzug bereits vorhandener Kaufkraft erfolgt.

Damit läuft auch das Argument der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Einzelhandel ins Leere, da einerseits durch Verlagerung oder Geschäftsaufgabe ein Abzug bzw. Verlust vorhandener Arbeitsplätze aus den Innenstädten erfolgt (Verlagerung) und andererseits mit der Realisierung neuer Einzelhandelsgroßprojekte i.d.R. auch eine Rationalisierung (Personal wird durch Fläche für Selbstbedienung ersetzt) einhergeht und damit Arbeitsplätze in Relation zu Umsatz und Verkaufsfläche verloren gehen.

Die aufgezeigten raumordnerischen Wirkungen stehen dabei auch im Widerspruch zu in § 1 Abs. 2 sowie in § 2 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) formulierten und für die Regionalplanung bindenden Leitvorstellungen bzw. Grundsätzen der Raumordnung und machen es erforderlich, konkrete Plansätze zu formulieren, welche eine raumordnerische (Standort-) Steuerung

der Ansiedlung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren ermöglichen.

Gerade die überörtliche Wirksamkeit dieser Einrichtungen ist dabei Anknüpfungspunkt für das regionalplanerische Regelungserfordernis. Die Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren kann aufgrund der interkommunalen Konkurrenz nicht allein in die Verantwortung der (einzelnen) Kommunen gelegt werden, da entsprechende Betriebe regelmäßig über die Markungsgrenzen hinaus, z.T. sogar regionsweit und überregional wirksam sind. Die Kommunen besitzen dagegen nur Regelungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Markungsfläche und können somit - trotz ggf. konsequenter und wirksamer Steuerung auf der eigenen Markung - negativen Auswirkungen aufgrund von Vorhaben in Nachbarkommunen ausgesetzt sein, die keine vergleichbare Steuerung anstreben. Eine überörtliche Abstimmung und Steuerung ist vor diesem Hintergrund unabdingbar, insbesondere die Vorgabe einheitlicher und verbindlicher Rahmenbedingungen, die bei der Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren zu beachten sind.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) weist der Regionalplanung hierzu einen umfassenden Handlungsansatz zu. Nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplans ist es Aufgabe der Regionalplanung, großflächigen Einzelhandel und Facheinzelhandel vorausschauend raum- und stadtverträglich zu steuern. Darüber hinaus soll die Regionalplanung dazu beitragen, die wohnortnahe Versorgung mit Gütern zu gewährleisten. Der LEP weist der Regionalplanung somit einen in Bezug auf unterschiedliche Erscheinungsformen des Einzelhandels umfassenden Handlungsansatz zu.

Die Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten [...] (Einzelhandelserlass) vom 21.02.2001 führt hierzu ergänzend aus: „Aufgabe der Raumordnung ist es, Fehlentwicklungen nach Maßgabe der Erfordernisse der Raumordnung entgegenzuwirken und Ansiedlungsvorhaben räumlich zu steuern. Dazu sind zunehmend regionale Entwicklungskonzepte und gebietsbezogene Festlegungen der Regionalplanung einzusetzen, die eine vorausschauende und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelsstandorte ermöglichen“.

Grundlagen für eine entsprechende regionalplanerische Regelung sind:

- Aufgabe der Raumordnung ist, Standorte und deren Zuordnung zu regeln;
- Planungs- und Baurecht darf regeln, wo Wettbewerb stattfindet, nicht aber ob Wettbewerb stattfindet;
- räumliche Planung soll durch geeignete Disposition der Standorte eine günstige Struktur der Siedlung fördern;
- die Wirksamkeit des Instrumentariums ist dabei abhängig von Abstimmungs- und Kontrollmechanismen (z.B. über die Baurechtsbehörde).

Zu 2.4.3.2.1 (G)  
Gewährleistung der  
verbrauchernahen  
Versorgung

Grundsätzliche Zielsetzung ist, die bestehenden, günstig zu Wohngebieten und Arbeitsstätten liegenden Stadt- und Ortskerne der Städte und Gemeinden zu erhalten und zu fördern, um eine möglichst verbrauchernahe und umfassende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Hierbei stehen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung folgende regionalplanerischen Grundsätze im Vordergrund:

- Sicherung einer ausreichenden und qualifizierten Versorgung aller Gruppen und Schichten der Bevölkerung im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse; dazu gehört auch, dass der Zugang für Fußgänger, Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel und motorisierten Individualverkehr gleichermaßen ermöglicht wird;
- Minimierung des Gesamtaufwandes für Verkehr, Energie und räumliche Ressourcen durch Anbindung an ein integriertes Verkehrssystem;
- Optimierung durch räumliche Zuordnung einander ergänzender Funktionen und Nutzungen (Synergieeffekte, Flächensparnis, weniger Verkehr) bzw. räumliche Trennung beeinträchtigender Funktionen und Nutzungen;
- Sicherung der i.d.R. kulturhistorisch wertvollen Stadtkerne

Die Sicherung und Förderung der bestehenden Stadt- und Ortskerne umfasst dabei ausdrücklich auch die Weiterentwicklung und Ergänzung bestehender Einzelhandelsflächen innerhalb der Stadt- und Ortskerne. Diese Notwendigkeit ergibt sich allein schon aus veränderten Anforderungen der Konsumenten, aber auch, um gegenüber bestehenden großflächigen Einrichtungen in Stadtrandlagen konkurrenzfähig bleiben zu können.

Eine auf die örtliche Grundversorgung abgestimmte Ansiedlung oder Erweiterung von Einzelhandelsverkaufsflächen soll in allen Gemeinden ermöglicht werden. Dies ist i.d.R. dann anzunehmen, wenn erkennbar ist, dass der Umfang zusätzlicher Verkaufsflächen bzw. des daraus zu erwartenden Umsatzes in einer angemessenen Relation zur Kaufkraft der vorhandenen Einwohner steht, unter Berücksichtigung bereits vorhandenen Einzelhandelsverkaufsflächen. Die Grundversorgung umfasst dabei im Wesentlichen die Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken sowie Drogeriewaren. Waren, die über diese Versorgung des täglichen Bedarfs hinausgehen können nicht im Rahmen der Gewährleistung der Grundversorgung berücksichtigt werden und allenfalls als Nebensortiment auf deutlich untergeordneten Flächen vorgesehen werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass Einzelhandelsvorhaben tatsächlich und in erster Linie der örtlichen Versorgung dienen.

Neben dieser sortimentsbezogenen Betrachtung ist auch die Standortwahl von Bedeutung. Maßgeblich ist hier das Integrationsgebot des Landesentwicklungsplans (PS. 3.3.7.2 Z, LEP 2002). Die enge Anbindung an die bestehenden Stadt- und Ortszentren bzw. die Zuordnung zu größeren zusammenhängenden Wohngebieten soll dabei gewährleisten, dass eine tatsächliche Nahversorgung gesichert wird, die Stadt- und Ortszentren als Versorgungsstandorte gestärkt werden und durch die Vermeidung von dezentralen Standorten auch durch die Standortwahl dazu beigetragen wird, dass entsprechende Vorhaben nicht überörtlich wirksam werden. Die vorgenannten Voraussetzungen sind im Rahmen der Abstimmung der Bauleitplanung mit der Regionalplanung in geeigneter Weise nachzuweisen.

Die konkrete Umsetzung dieses Plansatzes – sowohl der Verhinderung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren an nicht integrierten, den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung widersprechenden Standorten, als auch die Förderung und Weiterentwicklung des innerstädtischen Einzelhandels – soll in erster Linie von den Kommunen erbracht werden, die bauleitplanerisch über die Ansiedlung von Einzelhandels- und Veranstaltungszentren entscheiden. Neben der Vorgabe möglichst konkreter Rahmenbedingungen seitens der Regionalplanung wird daher empfohlen, Einzelhandelskonzepte auszuarbeiten, die eine zielgerichtete und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelsversorgung sowie fundierter Standortbewertungen und –entscheidungen ermöglichen. Hierauf geht Plansatz 2.4.3.2.7 besonders ein.

Zu: 2.4.3.2.2 (Z)  
Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte und Veranstaltungszentren

Der Strukturwandel im Einzelhandel und die daraus resultierenden Konzentrations- und Flächenwachstumsprozesse führen dazu, dass die Grundversorgung in immer mehr Kommunen in der Region gefährdet ist. Dies betrifft insbesondere die kleineren Kommunen. In der Region verfügen mehr als 30 der 179 Kommunen nicht mehr über eine zeitgemäße Grundversorgung. Infolge der gleichzeitig stattfindenden Standortverlagerung im Einzelhandel an die Peripherie der Kommunen wird hierdurch den nicht über einen Führerschein oder nicht ständig über einen Pkw verfügenden Menschen der Zugang zu Versorgungsmöglichkeiten besonders erschwert. Bestätigt wird dieser Befund in einer empirischen Untersuchung zur Situation und Zukunft der Nahversorgung, die im Auftrag des Verbands Region Stuttgart und gefördert durch das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium Baden-Württemberg im Jahr 2001 vom Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber + Partner durchgeführt wurde.<sup>2</sup> Auf die Frage, was fehlt am Ort, wurde am häufigsten die Lebensmittelversorgung genannt. Dabei wurde in Orten, in denen die Lebensmittelversorgung als nicht ausreichend charakterisiert wurde, dies von

<sup>2</sup> Verband Region Stuttgart (Hrsg.) „Das Ende der Nahversorgung? Studie zur wohnungsnahen Versorgung“, Schriftenreihe Nr. 17, Stuttgart 2002



70 % der Befragten als problematisch empfunden. Mehr als die Hälfte der Befragten sehen durch eine unzureichende Nahversorgung erwähnenswerte Beeinträchtigungen für sich; mehr als ein Fünftel sehen durch entsprechende Versorgungslücken sogar erhebliche Nachteile. Die Problematik verschärft sich bei den autolosen Haushalten. Bei den Befragten ohne PKW bewerten Dreiviertel die Situation als problematisch. Ein sprunghafter Anstieg dieser Einschätzung ergibt sich erwartungsgemäß bei den älteren Betroffenen: 90 % schätzen die Versorgungsmöglichkeiten bei fehlender Nahversorgung als problematisch ein. Fehlende Nahversorgung bedeutet – neben den unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten – aber auch immer einen Verlust an Selbständigkeit, an sozialen Kontakten und ein Angewiesensein auf andere, so ein Ergebnis der Studie.

Angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen tendenziell zurückgehenden Auslastung und Tragfähigkeit von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen ist eine Bündelung sowohl der Siedlungsentwicklung als auch der erforderlichen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen zur nachhaltigen Gewährleistung ihrer Tragfähigkeit erforderlich. Die Stärkung der Einzelhandelsfunktion der Unter- und Mittelzentren sowie des Oberzentrums als Kristallisationspunkt und Frequenzbringer auch für andere zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen ist damit ebenso bedeutsam wie die dezentrale Versorgung der Menschen mit den Gütern des täglichen Bedarfs.

Zielsetzung des Regionalplanes ist vor diesem Hintergrund einerseits die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der höherstufig Zentralen Orte insbesondere als Einzelhandelsstandorte zu sichern und andererseits die Grundversorgung möglichst wohnungsnah und damit möglichst in allen Orten in der Region sicherzustellen. Dadurch sollen die Versorgungsmöglichkeiten der nicht über einen Pkw verfügenden Menschen gesichert, möglichst aber verbessert werden. Zudem kann dadurch erreicht werden, dass eine flächendeckende, dezentrale Versorgungsinfrastruktur ermöglicht und gesichert wird, die dazu beiträgt, Fahrverkehr und daraus resultierende Umweltbelastungen zu reduzieren. Mit Blick auf die Verwirklichung dieses Ziels hat jede Ansiedlung von für Betreiber wie Konsumenten besonders attraktiven Einzelhandelsgroßprojekten, d.h. von Einzelhandelsbetrieben, Einkaufszentren und sonstigen Handelsbetrieben mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m<sup>2</sup> erhebliche Bedeutung.

Angesichts der besonderen räumlichen Struktur des Plangebiets, der prognostizierten Entwicklung der Bevölkerung und des Einzelhandels soll eine möglichst gut erreichbare Versorgung der Bevölkerung mittels einer Konzentration der Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte sichergestellt werden. Die regionale Konzentrationsplanung soll zum einen ausschließen, dass raumordnerisch ungünstiger gelegene Einzelhandelsgroßprojekte den Einzelhandel an den raumordnerisch günstiger gelegenen Standorten in höherstufigen Zentralen Orten verdrängen, zum anderen aber auch schlicht die Zahl der Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte begrenzen, um die Tragfähigkeit dieser Standorte langfristig zu sichern. Damit wird zwar Wettbewerb zwischen Standorten ausgeschlossen, nicht jedoch der Wettbewerb zwischen Einzelhandelunternehmen; letzterer wird an bestimmten Orten konzentriert. Meint ein Einzelhändler, dass der Verflechtungsbereich eines höherstufigen Zentralen Ortes ein weiteres Einzelhandelsgroßprojekt trägt oder dass er sich im Wettbewerb mit bestehenden Betrieben durchzusetzen vermag, so kann er sich an den höherstufigen Zentralen Orten dem Wettbewerb stellen. Werden hierdurch Einzelhandelsbetriebe – seien es bestehende oder der neu hinzutretene – im Wettbewerb verdrängt, so bleibt gleichwohl eine von der Nachfrage im Verflechtungsbereich getragene Versorgungssituation und damit die Funktionsfähigkeit des höherstufigen Zentralen Ortes erhalten; ausgeschlossen wird die raumordnerisch negativ zu bewertende Situation, dass ein an einem nicht zentralen Ort oder Kleinzentrum gelegenes Einzelhandelsgroßprojekt ein Einzelhandelsgroßprojekt an einem höherstufigen Zentralen Ort verdrängt.

Ausgenommen von der Standortkonzentration werden Einzelhandelsgroßprojekte, die ausschließlich der Grundversorgung dienen. Damit soll die wohnort-

nahe Grundversorgung außerhalb der höherstufigen Zentralen Orte und deren zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen verbessert werden, indem ausschließlich der Grundversorgung dienenden Betrieben insoweit eine Alleinstellung eingeräumt wird, als dass nur sie Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb der höherstufigen Zentralen Orte realisieren dürfen. Diese Alleinstellung soll gerade Kleinzentren und nicht zentrale Orte für Lebensmittelsupermärkte (sogenannte Vollversorger) attraktiver machen. Dies gilt ebenso in Bezug auf die wohnortnahe Grundversorgung in den Stadtteilen der Unter- und Mittelzentren sowie dem Oberzentrum. Auch wenn für diese Betriebe die Plansätze 2.4.3.2.3 - 2.4.3.2.5 nicht gelten, ist das Integrationsgebot des Landesentwicklungsplans auch hier zu beachten (Plansatz 3.3.7.2 Z LEP 2002).

Im Hinblick auf die ausnahmsweise Zulassung von ausschließlich der Grundversorgung dienenden Einzelhandelsgroßprojekten wird nicht verkannt, dass die so privilegierten Betriebe im Wettbewerb mit dem Einzelhandel an den höherstufigen Zentralen Orten stehen und es auch insoweit zu der raumordnerisch unerwünschten Situation kommen kann, dass ein Einzelhandelsgroßprojekt der Grundversorgung an einem nicht zentralen Ort oder in einem Kleinzentrum Einzelhandel an einem höherstufig Zentralen Ort verdrängt. Dieses Risiko ist zwar nicht ausgeschlossen, aber doch reduziert, da im Einzelfall nicht zu erwarten ist, dass sich ein Einzelhandelsgroßprojekt der Grundversorgung schädlich auf die Versorgungssituation in seinem Einzugsbereich auswirkt. Das durch diese Einzelfallprognose verminderte Risiko wird – anders als bei sonstigen Einzelhandelsgroßprojekten – hingenommen, weil eine besonders wohnortnahe Grundversorgung für in der Region lebende Bürger von großer Bedeutung ist. Zu beobachten wird sein, ob die Privilegierung der ausschließlich der Grundversorgung dienenden Betriebe in der Praxis trotz Einzelfallprüfung nicht doch zu einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit der höherstufigen Zentralen Orte und deren zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen führt. In diesem Fall müsste erwogen werden, den Plansatz dahingehend zu ändern, dass die Privilegierung grundversorgender Betriebe entfällt. Denn mit Blick auf die wohnortnahe Versorgung aller Bürger der Region genießt die Erhaltung der Versorgungsfunktion der höherstufigen Zentralen Orte Vorrang vor dem Interesse einzelner Gemeinden an einer möglichst wohnortnahen (Grund-) Versorgung ihrer Einwohner.

Eine der Definition großflächigen Einzelhandels vergleichbare normative Begriffsbestimmung gibt es bezüglich überörtlich wirksamer Veranstaltungszentren bislang nicht. Auch in der Literatur liegen nur vereinzelt Hinweise hierzu vor. Grundsätzlich sind mit dieser Bezeichnung Großformen kultureller Einrichtungen gemeint wie Kinozentren (Multiplexkinos), Musical-Zentren, Großdiskotheken und multifunktionelle Veranstaltungshallen, die jeweils aufgrund ihrer Besucherkapazität auf einen großen, überörtlichen Einzugsbereich ausgerichtet sind. Aber auch Kombinationen aus diesen Einrichtungen sowie mit anderen Dienstleistungseinrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten („Urban Entertainment Center“) fallen unter diesen Begriff. Die Frage in wie weit eine konkrete Einrichtung überörtliche Wirksamkeit entfaltet und damit die Vorgaben des Kapitels 2.7 des Regionalplans zu berücksichtigen sind, lässt sich dabei nicht pauschal und allgemeinverbindlich festlegen. Aus diesem Grund wird im Regionalplan diesbezüglich kein konkreter Schwellenwert etwa in Bezug auf Besucherplätze oder die Geschossfläche festgelegt. Ausschlaggebend ist die Frage, ob das z.B. aus der Anzahl der Besucherplätze, der Größe der Einrichtung (Bruttogeschossfläche) bzw. dem Parkplatzangebot zu erwartende Besucheraufkommen und der daraus abzuleitende Einzugsbereich einer entsprechenden Einrichtung auf die Einwohnerzahl der Standortkommune bzw. auf den Verflechtungsbereich eines Zentralen Ortes abgestimmt ist. Dies ist im konkreten Fall zu untersuchen.

Bei einem Großkino oder Kinozentrum mit 2.000 Sitzplätzen ergäbe sich z.B. bei einer mittleren Ausnutzungsziffer von 200 Besuchern pro Sitzplatz und Jahr (durchschnittliche Ausnutzungsziffern liegen zwischen 180 über alle Kinoformen und 260 nur bei Multiplexkinos) und 1,7 Kinobesuchen pro Einwohner und Jahr (Bundesdurchschnitt) ein Einzugsbereich von rund 235.000 Einwohnern. Aus raumordnerischer Sicht kämen als Standorte in der Region Stuttgart hierfür nur größere Mittelzentren sowie die Stadt Stuttgart in Frage.

Einzelhandelsgroßprojekte sowie Veranstaltungszentren, die aufgrund ihrer Größe, ihres Angebotes und ihres Parkraumangebotes überörtliche Bedeutung haben, sind aufgrund dieser Tatsache im zentralörtlichen System den Zentralen Orten mit überörtlicher Bedeutung und gehobenem Ausstattungsstandard zugeordnet (Oberzentrum, Mittelzentren, Unterzentren). Die Zuordnung zu bestimmten Zentralen Orten den Vorgaben des geltenden Landesentwicklungsplans 2002 (PS. 3.3.7 Z).

Neben der grundsätzlichen Zuordnung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren zu Zentralen Orten ab der Stufe Unterzentrum, ist die Größe entsprechender Einrichtungen allgemein auf die Größe des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereiches abzustimmen. Für Mittelzentren sind dies die Mittelbereiche, für die Unterzentren i.d.R. die zugehörigen Nahbereiche. Wesentliches Kriterium hierfür ist zunächst die entsprechende Einwohnerzahl und die daraus abzuleitende Kaufkraft. Darüber hinaus können aber auch Kriterien wie z.B. die wirtschaftliche Bedeutung des Zentralen Ortes, die sich in der Zahl und Art der Arbeitsplätze ausdrückt oder die Bedeutung als regionaler und überregionaler Verkehrsknoten berücksichtigt werden.

Sogenannten Hersteller-Direktverkaufszentren bzw. Fabrikverkaufszentren („Factory-Outlet-Center“) sind aufgrund ihres Verkaufsflächenumfangs, ihrer Angebotsstruktur und Betriebsform ebenfalls i.d.R. als Einzelhandelsgroßprojekte anzusehen. Sie unterliegen somit in gleicher Weise den Vorgaben des Plankapitels 2.7. Sie sind daher entsprechend ihres Einzugsbereiches auf die zentralörtlichen Verflechtungsbereiche abzustimmen. Für Einrichtungen, die regionale oder überregionale Wirksamkeit entfalten kommen entsprechend der Empfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO\*) nur Standorte im Oberzentrum in Frage. Auch im Landesentwicklungsplans 2002 wird in PS. 3.3.7 Z festgelegt: „Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form des großflächigen Einzelhandels sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig“. Der LEP weist in seiner Begründung darüber hinaus darauf hin, dass bei einer Geschossfläche von weniger als 5.000 m<sup>2</sup> auch Standorte in Mittelzentren möglich sind. Die im Einzelfall zu erwartenden Auswirkungen sind in der Regel im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens zu prüfen.

Ergänzend wird an dieser Stelle auf den Ausschluss von Einrichtungen gem. PS. 2.7.2 (Z) in den Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen hingewiesen.

Der Hinweis auf die im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt um neue Einzelhandelsstandorte bezogen auf große Siedlungseinheiten und günstig zur Verkehrsinfrastruktur auch des ÖPNV zu realisieren. Dies trifft für die Siedlungsbereiche i.d.R. zu.

Der geltende Landesentwicklungsplan (LEP) 2002 bestimmt darüber hinaus als weitere wesentliche Zulässigkeitskriterien für Einzelhandelsgroßprojekte, dass die verbrauchernahe Versorgung und die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte nicht wesentlich beeinträchtigt werden dürfen (PS. 3.3.7.1 Z).

Standorte für entsprechende Vorhaben sind somit sowohl auf die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns der Standortgemeinde sowie anderer Zentraler Orte, als auch auf die Funktionsfähigkeit der übrigen Versorgungsstandorte in den Stadt- bzw. Ortsteilen der Standortgemeinde (als Standorte der verbrauchernahen Versorgung) abzustimmen. Der Regionalplan gibt daher vor, dass diese Funktionen durch die Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren nicht beeinträchtigt werden dürfen. Als Nachweis hierüber sind insbesondere Einzelhandelskonzeptionen der Kommunen geeignet. Hierbei sollte nicht allein ein einzelnes konkretes Projekt isoliert betrachtet werden, sondern eine Gesamtschau der vorhandenen und neu hinzukommenden Einrichtungen und damit verbundenen Folgewirkungen vorgenommen werden (vgl. PS. 2.4.3.2.7).

---

\* Gemeinsame Entschließung der ARGEBAU und MKRO „Innenstädte als Einzelhandelsstandorte erhalten“ vom 29. März 1996

Zu 2.4.3.2.3 (Z)  
Standorte für  
zentrenrelevante  
Einzelhandels-  
großprojekte (VRG)

Die Funktion eines Zentralen Ortes als Standort für überörtliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für einen größeren Versorgungs- (Verflechtungs-) bereich, beruht vor allem auf der Bündelung möglichst vieler Einzel-funktionen in enger räumlicher Zuordnung – neben der des Einzelhandels, auch der Verwaltung, der Kultur, der Unterhaltung, und des Gesundheitswesens, der privaten Dienstleistungen, des sozialen und kirchlichen Treffpunkte etc.. Damit ergibt sich auch eine günstige Erreichbarkeit zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem motorisiertem Individualverkehr. In günstiger räumlicher Zuordnung zu den Wohn- und Arbeitsplatzgebieten wirken diese Standortbündelungen auch repräsentativ für die jeweilige Gesamtstadt. Gerade wegen der überörtlichen Funktion des Zentralen Ortes und der hierzu erforderlichen Bündelung entsprechender Einrichtungen und Angebote, ist also eine Zuordnung z.B. von Einzelhandelsgroßprojekten allgemein zu den Siedlungsbereichen der Markungsfläche nicht ausreichend, um die Ansiedlung von Einzelhandels- und Veranstaltungszentren wirksam zu steuern und funktional nicht zusammenwirkende, nicht integrierte Standorte zu vermeiden.

Auch innerhalb der Orte, in denen entsprechende Standorte grundsätzlich zulässig sind, ist daher eine Standortsteuerung erforderlich und eine Zuordnung zu den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen der zentralen Orte vorgeschrieben. Entscheidend ist hierbei vor allem, dass entsprechende Standorte städtebaulich integriert sind, d.h. sowohl baulich als auch funktional in das städtebauliche Gefüge eingebunden sind. Nur hierüber lässt sich – wie in PS. 3.3.7.2 Z LEP 2002 vorgegeben – gewährleisten, dass Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne vermieden werden. Von erheblicher Bedeutung sind deshalb: die Funktionsergänzung durch öffentliche Versorgungs-, Verwaltungs- und Kultureinrichtungen, die Knotenpunkte des ÖPNV sowie die bequeme und schnelle Zugänglichkeit zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem ÖPNV und dem MIV von den Wohngebieten und Arbeitsplatzschwerpunkten der Standortkommune und aus dem Umland (Verflechtungsbereich).

Eine Verlagerung von publikumsintensiven Teilfunktionen an dezentrale, peripher gelegene Standorte führt zu einem Qualitäts- und Attraktivitätsverlust des Gemeinwesens der Städte und Gemeinden, dem aus Sicht der Regionalplanung entgegenzuwirken ist. Neue Standorte sollen daher möglichst zentral gelegen in räumlicher Zuordnung zu den gewachsenen Stadt- und Ortszentren realisiert werden, um diese als verbrauchernahe Versorgungsstandorte zu erhalten und in ihrer Attraktivität zu stärken. Auf diese Zentren ist i.d.R. die Versorgungsstruktur der Städte und Gemeinden ausgerichtet (Einzelhandel, Gastronomie, ÖPNV, Behörden, Kultur- und Bildungseinrichtungen), die in ihrer Attraktivität und Tragfähigkeit beeinträchtigt werden, wenn publikumsintensive Versorgungs- und Veranstaltungseinrichtungen an peripheren Standorten etabliert werden. Darüber hinaus sind dort zusätzliche Aufwendungen für die Bereitstellung z.B. von Verkehrsinfrastruktur (Straßen Parkplätze öffentliche Verkehrseinrichtungen) erforderlich, die in den bestehenden Stadt- und Ortskernen bereits vorhanden ist.

Die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne, in denen Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren gemäß PS. 2.4.3.2.4 (Z) ausschließlich zulässig sind, sind im Rahmen des Kap. 2.3 Zentrale Orte konkret benannt und damit auch räumlich konkretisiert.

Neben der räumlichen Zuordnung neuer Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte zu den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskernen wirft insbesondere die Vorgabe des Landesentwicklungsplans, entsprechender Standorte städtebaulich-funktional zu integrieren (PS. 3.3.7.2 Z LEP 2002) regelmäßig die Frage nach einer nachvollziehbaren Definition städtebaulich integrierter Standorte auf.

Städtebauliche Integration bedeutet grundsätzlich, dass sich ein in Frage kommender Standort sowohl baulich als auch funktional in vorhandene städtebauliche Strukturen einfügt. Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, die über den täglichen bzw. kurzfristigen Bedarf hinausreichen sowie kulturelle Einrichtungen sind dabei seit jeher den Stadt- und Ortskernen als zentral ge-

legene und auch mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbare Standorte zugeordnet und begründen ganz wesentlich ihre Attraktivität und Funktionalität. Dem Einzelhandel mit seiner Leitfunktion für die Attraktivität der Innenstädte kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Soll die Attraktivität der Innenstädte erhalten und entwickelt werden, muss daher einer Verlagerung entsprechend Einzelhandelseinrichtungen an dezentrale Standorte entgegengewirkt und neue Einrichtungen den Innenstädten zugeordnet werden. Diese Innenstadtbereiche dienen daher im Regionalplan grundsätzlich als Anknüpfungspunkt für neue Einzelhandelsgroßprojekte (städtebaulich integrierte Lagen). Ein weiterer Vorteil dieser Innenstadtbereiche ist, dass dort Straßen, Parkplätze und andere Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen im Tagesverlauf mehrfach genutzt werden und damit Flächen sparend angelegt sind und Synergieeffekte eintreten.

Die gewachsenen Innenstädte und Ortskerne sind somit aufgrund

- ihrer zentralen Lage im Siedlungsgebiet der jeweiligen Kommune und des zu versorgenden Umlands (Verflechtungsbereich,)
- des vorhandenen umfassenden Angebots an Einzelhandels- sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungseinrichtungen, aber auch kulturellen Einrichtungen,
- der hervorragenden verkehrlichen Anbindung insbesondere durch den auf die Innenstädte ausgerichteten ÖPNV

aus raumordnerischer Sicht der optimale Anknüpfungspunkt für Standortbereiche zur Weiterentwicklung vorhandener und Ansiedlung neuer überörtlich wirksamer Einzelhandelsgroßprojekte.

Für die grundsätzlich als Standortgemeinden für Einzelhandelsgroßprojekte in Frage kommenden Unter- und Mittelzentren sowie das Oberzentrum werden in der Raumnutzungskarte zur räumlichen Konkretisierung entsprechend geeigneter Standortbereiche gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 5 Landesplanungsgesetz als Standorte für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe (Einzelhandelsgroßprojekte) festgelegt. Sie konkretisieren die städtebaulich integrierten Standorte innerhalb der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne aus raumordnerischer Sicht. Um eine tatsächlich steuernde Wirkung dieses Planungsinstruments dadurch zu gewährleisten, dass zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb dieser Standorte ausgeschlossen werden können, werden diese Standorte als Vorranggebiete im Sinne von § 11 Abs. 7 LplG festgelegt. Außerhalb dieser Vorranggebiete sind entsprechende Vorhaben damit ausgeschlossen (Ausschlussgebiet gemäß § 11 Abs. 7 LplG). Andere Dienstleistungseinrichtungen und -betriebe sowie Einzelhandelsvorhaben, die ausschließlich der Grundversorgung die und keine schädlichen überörtlichen Auswirkungen erwarten lassen (PS. 2.4.3.2.2 (Z) Abs. 4) bleiben hiervon unberührt.

Der Bestandsschutz bestehender Einzelhandelsgroßprojekte gemäß PS. 2.4.3.2.2 bleibt von den Ausschlusswirkungen von PS. 2.4.3.2.3 (Z) unberührt unabhängig davon, ob sie an Standorten realisiert wurden, an denen sie nach den Vorgaben des jetzigen Regionalplans zulässig wären. Bei der Weiterentwicklung bestehender Standorte sind jedoch die Vorgaben des Regionalplans zu beachten. Insbesondere die Vergrößerung der Verkaufsfläche für zentrenrelevante Sortimente soll zukünftig ausgeschlossen werden, um die Wirksamkeit der regionalplanerischen Ziele zu gewährleisten, die durch eine dynamische Weiterentwicklung von Standorten, die nicht den regionalplanerischen Vorgaben entsprechen in Frage gestellt würde. Darüber hinaus soll hierdurch eine Ungleichbehandlung von neu zu entwickelnden Standorten gegenüber Bestandsstandorten vermieden werden.

Die räumliche Konkretisierung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte in der Raumnutzungskarte gewährleistet, dass ein in Betracht kommender Standort funktional und städtebaulich integriert ist und damit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung an die räumliche Lage entspricht.

Die Festlegung und räumliche Konkretisierung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte und insbesondere der damit verbundene Ausschluss zentrenrelevanter Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb dieser Bereiche ist damit für die Verwirklichung der o.g. Ziele und Grundsätze der Raumordnung und die räumliche Ordnung der Entwicklung der Siedlungsstruktur in der Region erforderlich.

Insbesondere wird hierüber gewährleistet:

- die Bündelung zentralörtlicher Funktionen in bester Erreichbarkeit mit Individualverkehrsmitteln, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie für Fußgänger,
- die räumlich unmittelbare Zuordnung und Zusammenfassung von Einrichtungen und Funktionen mit entsprechenden Synergieeffekten und Flächeneinsparungen,
- damit insgesamt die Sicherung leistungsfähiger Zentraler Orte zur Versorgung eines größeren Verflechtungsbereiches und
- die Sicherung der städtebaulichen Substanz in kultureller, sozialer und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht und damit für den Erhalt der Funktionsfähigkeit und Attraktivität der Innenstädte.

Die Festlegung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte soll auch zu einer Vereinheitlichung der Standortbeurteilung führen und damit zu mehr Entscheidungstransparenz sowie Planungs- und Investitionssicherheit sowohl für die Kommunen als auch für potentielle Investoren beitragen.

Die Abgrenzung und Festlegung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte bedeutet dabei nicht, dass im Umkehrschluss innerhalb dieser Bereiche neue Einzelhandelsgroßprojekte an jeder Stelle möglich oder sinnvoll sind. Festgelegt wird lediglich ein räumlicher Bereich der jeweiligen Stadt, in welchem Standorte für entsprechende Einrichtungen den regionalplanerischen Vorgaben zur räumlichen Lage entsprechen und damit grundsätzlich möglich sind. Damit erfolgt eine räumliche Konkretisierung „städtebaulich integrierter Lagen“ aus raumordnerischer Sicht. Die Tatsache, dass diese Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte als „Vorranggebiete“ festgelegt werden ist zunächst aus planungsrechtlichen Gründen zwingend, um außerhalb dieser Bereiche einen Ausschluss von Einzelhandelsgroßprojekten bewirken zu können; dies bedeutet aber nicht, dass innerhalb dieser Bereiche ausschließlich Einzelhandelsnutzungen vorzusehen sind. Das Vorranggebiet schließt lediglich Nutzungen aus, „soweit sie mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind“ (§ 11 Abs. 7 LplG). Die raumordnerische Zielsetzung, die Innenstädte als multifunktionale Standorte für Einzelhandel, Dienstleistung, kulturelle Einrichtungen und Wohnen zu sichern und zu stärken, bleibt hiervon unberührt. Der Einzelhandel stellt für die zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne in diesem Zusammenhang eine wesentliche Leitfunktion, nicht aber die ausschließliche Funktion und Nutzungsmöglichkeit dar. Andere Nutzungsmöglichkeiten bleiben daher weiterhin gewährleistet, sofern der Einzelhandel nicht generell ausgeschlossen oder aus den zentralen Lagen verdrängt wird.

Mit der Abgrenzung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte und der Darstellung von Ergänzungsstandorten gemäß PS. 2.4.3.2.5 (Z), ist lediglich eine Konkretisierung räumlicher Anforderungen verbunden. Die raumordnerische Beurteilung der Größe und der raumstrukturellen Auswirkungen richtet sich nach dem Landesentwicklungsplan bzw. PS. 2.4.3.2.2 (Z) des Regionalplans.

#### Kriterien für die Abgrenzung

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte sind räumlich nicht parzellen- sondern gemäß § 11 Abs. 3 LplG gebietsscharf abgegrenzt. Im Rahmen der Bauleitplanung besteht somit ein Ausformungsspielraum. Die Abgrenzung dieser Bereiche wurde in enger Abstimmung mit den betroffenen Städte und Gemeinden vorgenommen, die entsprechende Vorschläge für die Abgrenzung vorlegten. Diese wurden bei der regionalplanerischen Abgrenzung zu Grunde gelegt, bei der Übertragung in die Raumnutzungskarte jedoch generalisiert.

Die Abgrenzung erfolgte vor dem Hintergrund folgender grundlegender Annahmen:

- es werden keine einzelnen konkreten Standorte abgegrenzt, sondern zusammenhängende Bereiche, in denen Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte möglich sein sollen;
- es werden nicht allein die vorhandenen Einzelhandelslagen dargestellt, sondern nach Möglichkeit darüber hinaus unmittelbar angrenzend ein erweiterter Bereich, der jedoch fußläufig von den vorhandenen geschlossenen Einkaufslagen angebunden sein muss.

Neben den Abgrenzungsvorschlägen der betroffenen Kommunen werden folgende strukturellen und funktionalen Qualitäts- bzw. Abgrenzungsmerkmale als regionalplanerische Positivkriterien bei der Abgrenzung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte berücksichtigt und zu Grunde gelegt:

- zentrale Lage in Bezug auf das Siedlungsgebiet des Zentralen Ortes und seines Verflechtungsbereiches, insbesondere zu Wohnsiedlungsgebieten
- günstige Lage zu zentralem ÖPNV-Zugang (Bahnhof, ZOB, sonstiger ÖV-Knoten)
- günstige Lage zu Anbindungsmöglichkeiten für den Individualverkehr (überörtliche Straßen, Parkierungsmöglichkeiten)
- Einbeziehung der bestehenden, zentral gelegenen Einzelhandelslagen
- Einbeziehung publikumswirksamer zentral gelegener öffentlicher und privater Dienstleistungseinrichtungen (Behörden, Banken, Versicherungen etc.)
- Einbeziehung zentral gelegener öffentlicher und privater kultureller Einrichtungen
- Barrieren, die eine fußläufig attraktive Verknüpfung mit den bestehenden Einzelhandelslagen beeinträchtigen (z.B. große Verkehrsstrassen)

In der folgenden Tabelle werden für die in Frage kommenden Zentralen Orte – neben einer Beschreibung der räumlichen Lage – jeweils die bezüglich der o.g. regionalplanerischen Positivkriterien spezifischen Gegebenheiten als Begründung für die Abgrenzung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte in der Raumnutzungskarte dargelegt. Hierbei wird im Wesentlichen darauf abgehoben, inwieweit publikumswirksame zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen innerhalb des abgegrenzten Bereiches gebündelt vorhanden und damit i.d.R. fußläufig erreichbar sind. Die Angaben stellen eine Auswahl dar und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Daneben wird die verkehrliche Anbindung insbesondere vor dem Hintergrund der Anbindung auch aus dem Umland (Verflechtungsbereich) mit dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr dargelegt. Diese Erläuterungen dienen als Anhaltspunkt und Plausibilitätsprüfung für die räumliche Abgrenzung. Die räumlich exakte Abgrenzung soll hieraus nicht abgeleitet werden. Dies ist auch insofern nicht erforderlich, da die Standortbereiche nicht parzellenscharf sondern gebietsscharf und generalisiert dargestellt sind. Die Beschreibung der räumlichen Lage gibt die Abgrenzung nur grob wieder. Dies gilt auch, wenn auf Straßenzüge Bezug genommen wird. Als verbindliche Abgrenzung gilt die Darstellung in der Raumnutzungskarte.

Zentraler Ort	Abgrenzung und Begründung der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte / ergänzende Hinweise
<b>Oberzentrum</b>	
Stuttgart-Innenstadt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Insbesondere stellt dieser Bereich den oberzentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt mit regionsweitem Einzugsgebiet dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst den Innenstadtbereich von Stuttgart zwischen Paulinenstraße und Österreichischem Platz im Süden, Wolframstraße im Norden, Hospitalstraße, Friedrichstraße, Kriegsbergstraße, Heilbronner Straße im Westen sowie Schlosserstraße, Katharinenstraße, Olga-/Charlottenstraße, Königstraße und Am Schlossgarten im Osten. Der Bereich liegt somit räumlich zentral in Bezug auf das gesamte Stadtgebiet und das Umland</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> hervorragende direkte Anbindung über die B 14 und B27, die direkt durch diesen Bereich führen; der sogenannte Cityring verknüpft diese Bundesstraßen und umschließt die eigentliche Einkaufsinnenstadt innerhalb des Bereichs und erschließt zahlreiche Parkhäuser</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> hervorragende Anbindung aus dem Stadtgebiet und dem Umland über den Hauptbahnhof, mehrere S-Bahnstationen sowie ZOB; zahlreiche Stadtbahn- und Buslinien erschließen den Bereich und verknüpfen ihn mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst wesentliche oberzentrale Versorgungsfunktionen sowie die zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone, Marktplatz, Markthalle mit mehreren Kaufhäusern, einer Vielzahl an Fachgeschäften unterschiedlicher Größenordnung; darüber hinaus eine Vielzahl kultureller Einrichtungen mit Kultur- und Kongresszentrum, Staatstheater, Staatsgalerie, weiteren Museen und Theater, Kinos, Galerien, verschiedene weiterbildende Schulen und Hochschulen, VHS, Stadt- und Landesbibliothek, diverse Gastronomie sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus, Hauptstellen von Post, Banken, Versicherungen, IHK, Arbeitsamt; darüber hinaus Landtag, Ministerien und Justizbehörden; einbezogen wird der unmittelbar an den Bahnhof angrenzende Bereich des Entwicklungsgebietes Stuttgart 21.</p>
Stuttgart-Bad Cannstatt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentliche Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die Altstadt von Bad Cannstatt zwischen Neckar und Bahnhof im Nordwesten und Süden, Kreuznacher Straße und Daimlerstraße im Osten sowie Kurpark im Norden; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Der Bereich ist unmittelbar an die B 10 und die B 14 angebunden sowie über weitere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen direkt verknüpft</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> über Regional- und S-Bahn, mehrere Stadtbahn- und Buslinien hervorragende Verknüpfung mit dem Umland und Erschließung des Bereiches</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone der Altstadt sowie angrenzende Bereiche mit Kaufhäusern und unterschiedlichen Fachgeschäften; darüber hinaus kulturelle Einrichtungen, Stadtmuseum, weiterbildende Schulen, Stadtbibliothek, Gastronomie sowie öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksrathaus, Postfiliale, Niederlassungen verschiedener Banken, Krankenkassen, Amtsgericht</p>



Stuttgart-Feuerbach	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum Feuerbachs sowie einen erweiterten Bereich zum Bahnhof und wird im Norden gegen die Wiener Straße / Kärntner Straße, im Süden gegen die Oswald-Hesse-Straße (Steilhang), im Osten gegen die Bahnlinie und im Westen gegen die Staufeneckstraße begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist unmittelbar an die B 295 angebunden sowie über weitere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen bzw. dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> über den S-Bahnhof sowie die Stadtbahn und mehrere Buslinien hervorragende Erschließung des Bereiches und Verknüpfung mit dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle, weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie umfassendes Angebot an öffentlichen/privaten Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Vaihingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Stuttgart-Vaihingen zwischen Hauptstraße / Emiliestraße im Süden, Katzenbachstraße im Norden, Krehlstraße im Westen und Schillerplatz im Osten; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt zweier Hauptverbindungsstraßen, die den Bereich erschließen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpfen; hierüber auch Anbindung an die B 14/A81;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über die Stadtbahn, S-Bahn (angrenzend) und mehrere Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen (z.T. Fußgängerzone), zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Weilimdorf	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum zwischen Löwenmarkt / Pforzheimer Straße im Süden, Wormser Platz im Osten und Ditzinger Straße im Nordwesten; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen und dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;</p>

	<p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über die Stadtbahn sowie mehrere Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>:          Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen (z.T. Fußgängerzone), zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit Festhalle weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
Stuttgart-Zuffenhausen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Stuttgart. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote, Dienstleistungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb des Stadtteils dar.  <u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das Stadtteilzentrum von Zuffenhausen zwischen S-Bahnhof im Westen und Ludwigsburger Straße im Osten; im Norden wird der Bereich gegen die Rosenschule und im Süden gegen die Friesenstraße abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten;  <u>Verkehrliche Anbindung</u>:          -<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist über mehrere Hauptverbindungsstraßen mit den umliegenden Stadtteilen und dem Umland direkt verknüpft und gut erreichbar;          -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss sowie die den Bereich durchlaufende Stadtbahn und Buslinien, die den Bereich erschließen und mit dem Umland verknüpfen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>:          Bereich umfasst das Stadtteilzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, mit Marktplatz, geschlossenen Ladenzeilen, zahlreichen Fachgeschäften darüber hinaus Gastronomie, kulturelle Einrichtungen mit weiterführenden Schulen, Stadtteilbücherei sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Bezirksamt, Post, Banken, Versicherungen</p>
<b>Mittelzentren</b>	
Backnang	<p>Die Abgrenzung entspricht mit Ausnahme des deutlich von der Innenstadt abgesetzten mittleren und nördlichen Teils des Bereiches „Obere Walke“ weitgehend dem Vorschlag der Stadt Backnang. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Angesichts zweier vorhandener dezentraler Einzelhandelsstandorte in der Stadt ist die zukünftig ausschließliche Ausrichtung zumindest des zentrenrelevanten Einzelhandels auf den abgegrenzten Bereich zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar.  <u>Räumliche Lage</u>: Bereich umfasst die historische Altstadt zwischen Murrbogen im Norden und Bahnstrecke im Süden; nach Westen und Osten geht der Bereich über die Murr hinaus und bezieht den Bahnhofsbereich im Westen mit ein; im Osten wird der Bereich grob mit dem Verlauf der Annonaystraße begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Gewerbegebieten  <u>Verkehrliche Anbindung</u>:          -<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist über die parallel zur Murr verlaufenden Hauptverkehrsstraßen (nördliche Umfahrung der Altstadt) sowie die im Süden bzw. Westen und Norden zur Innenstadt führende Stuttgarter-, Sulzbacher bzw. Aspacher Straße an die B 14 sowie über weitere Kreis- und Landesstraßen gut an die übrigen Stadtteile und das Umland angebunden; im Verlauf der Umfahrung der Altstadt zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze          -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über Bahnhof und zentralen Busbahnhof aus dem gesamten Verflechtungsbereich; Innenstadt wird darüber hinaus von mehreren Buslinien direkt bedient  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>:          Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzonen mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber</p>

	<p>hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthaus, Bürgerhaus, Jugendhaus, Museen, Galerie der Stadt, Theater, VHS, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle des Landratsamtes, Finanzverwaltung, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Amtsgericht, IHK</p>
Bietigheim-Bissingen (Stadtteil Bietigheim)	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Bietigheim-Bissingen. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des räumlich ausgedehnten Siedlungsbereiches der Stadt und der räumlichen Distanz seiner Stadtteile, ist für die Sicherung der mittelzentralen Versorgungsfunktion eine Bündelung insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in dem abgegrenzten Standort geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Innenstadt von Bietigheim sowie unmittelbar angrenzende Bereiche zwischen B 27 im Osten, Hillerstraße im Westen die Metterzimmerer Straße im Süden und der Verlängerung der Rotenberger Straße im Norden</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die östlich der Innenstadt verlaufende B 27 sowie die nördlich und südlich des Bereiches verlaufenden Hauptverkehrsstraßen gut an die übrigen Stadtteile und das Umland angebunden; innerhalb und am Rande der Innenstadt zahlreiche Parkhäuser</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> Bahnhof und ZOB liegen siedlungshistorisch bedingt außerhalb des abgegrenzten Bereiches; das Stadtzentrum Bietigheim ist über zahlreiche Regional- und Stadtbuslinien direkt mit dem Umland, den übrigen Stadtteilen sowie Bahnhof und ZOB verknüpft</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum Kaufland, zahlreichen weiteren Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Veranstaltungszentren Kronenzentrum und Alter Kelter, Stadtbücherei/Stadtarchiv, Museen, Galerien, Kirchen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Bürgerhaus, Post, Banken, Finanzbehörden, Gesundheitsamt; Krankenhaus, Sporthalle, größere Verwaltungsgebäude unmittelbar angrenzend</p>
Besigheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Besigheim. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des vergleichsweise kleinen Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt zwischen B 27 und Enz sowie einen nach Westen daran anschließenden Bereich bis zum Bahnhof; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> gute Anbindung der übrigen Stadtteile sowie für das Umland über die als Ortsumgehung fungierende B 27 sowie daran angebundene weitere Landes- und Kreisstraßen; zahlreiche Parkmöglichkeiten am Rand der Altstadt im Verlauf der B 27 sowie im Bereich zwischen Bahnhof und Enz.</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof und den zentralen Busbahnhof auch für das Umland; der Innenstadtbereich wird darüber hinaus von mehreren Buslinien direkt erschlossen</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Begegnungsstätte, weiterbildende Schulen, Stadtbücherei, Kirchen sowie öffentliche/private</p>

	Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Amtsgericht, Post, Banken, Krankenkasse, Ämter des Landes
Böblingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Böblingen. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des im Gewerbegebiet „Hulb“ bestehenden dezentralen Einzelhandelsschwerpunktes mit erheblichen Verkaufsflächen und z.T. regionaler Ausstrahlung, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftig Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirkenden Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die gesamte Innenstadt östlich des Bahnhofs und wird im Osten gegen den alten Friedhof abgegrenzt, im Süden südlich des Oberen Sees und im Norden etwa gegen den Bismarckplatz; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und grenzt unmittelbar an umliegende Wohngebiete</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-Individualverkehr: Bereich ist über die Anschlussstelle Böblingen/Sindelfingen direkt an die A 81 angebunden; in die Innenstadt führen mehrere überörtliche Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, die den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpfen; innerhalb des Bereiches in Zuordnung zu den überörtlichen Zufahrten zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze</p> <p>-ÖPNV: gute Anbindung über Bahnhof mit S-Bahn und zentralem Busbahnhof aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen; zahlreiche Stadtbuslinien erschließen den Innenstadtbereich</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Einkaufszentrum, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kongresszentrum, zahlreichen Museen, städt. Galerie, Stadtbibliothek, Kinos, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Justizbehörden, Notariate, IHK, Gesundheitsamt</p>
Sindelfingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Sindelfingen. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des am östlichen Stadtrand bestehenden dezentralen Einzelhandelsschwerpunktes mit erheblichen Verkaufsflächen (u.a. Breuningerland, Tilsiter Str.), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirkenden Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die gesamte Innenstadt, schließt Bahnhof und ZOB ein und wird grob umgrenzt durch Bahnhof und Bahnlinie, Bach-/Zimmerstraße, Klostersee, Neckarstraße. Der Bereich liegt zentral im Stadtgebiet und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-Individualverkehr: Bereich ist über die Anschlussstelle Böblingen/Sindelfingen direkt an die A 81 angebunden; in die Innenstadt führen mehrere Landesstraßen, die diesen Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpfen; innerhalb des Bereiches sowie entlang der die Innenstadt umfahrenden Straßen zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze.</p> <p>-ÖPNV: gute Anbindung über Bahnhof und ZOB aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen; zahlreiche Stadtbuslinien erschließen den Innenstadtbereich</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Einkaufszentrum (Sterncenter), Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Museen, städt. Galerie, Stadtbibliothek, kommunales Kino, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffent-</p>

	liche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen
Esslingen am Neckar	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Esslingen am Neckar. Der abgegrenzte Standort umfasst die Bereiche des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung der Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in dem abgegrenzten Bereich geboten; eine Verlagerung an (z.T. bereits bestehende) dezentrale Standorte und damit die Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns des Mittelzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit dem sogenannten Altstadttring sowie die Weststadt zwischen Bahntrasse bzw. Güterbahnhof im Süden und Steilhang zur Burg im Norden; nach Westen wird der Bereich gegen die Schlachthausstraße und im Osten gegen die an die Fachhochschule östlich anschließenden Wohngebiete abgegrenzt. Der Bereich liegt somit räumlich zentral im Stadtgebiet und zu angrenzenden Wohngebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-<u>Individualverkehr:</u> gute Anbindung auch aus dem Umland von der B 10 über den umgrenzenden Altstadttring und die dort bestehenden Parkhäuser,</li> <li>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über Bahnhof und ZOB aus dem gesamten Verflechtungsbereich; Altstadttring wird zudem von ÖV-Linien bedient.</li> </ul> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone mit Marktplatz, Fachgeschäften und Kaufhäusern unterschiedlicher Größenordnung, darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kinos, Theatern, Museen, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Behördenzentrum, Post, Hauptstellen verschiedener Banken, Krankenkassen, Amtsgericht, IHK</p>
Geislingen a.d. Steige	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Geislingen. Der abgegrenzte Standort umfasst die Bereiche des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der siedlungshistorisch bedingten Zweiteilung des Zentrums (getrennt durch das WMF-Gelände), ist für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums eine Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in den abgegrenzten Bereichen geboten; eine weitere Verlagerung an (z.T. bereits bestehende) dezentrale Standorte und damit weitere Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns des Mittelzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Die Bereiche umfassen zum einen das innerstädtische Zentrum Altstadt um den Sternplatz zwischen Bahnlinie bzw. WMF in Süden, Berufsschulzentrum im Norden, Sportanlagen im Westen und Werkstraße im Osten; darüber hinaus den Bereich südwestlich des Hauptbahnhofs zwischen Bahnlinie im Osten, Stadtpark im Norden und Radplatz im Süden (Kaisheimer Hof). Die Bereiche liegen jeweils zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-<u>Individualverkehr:</u> Die Bereiche sind über die B 10 und die B 466 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in die zentralen Bereiche führen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze</li> <li>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit Regionalexpress, Regionalbahn und zahlreiche Buslinien; vom Sternplatz über mehrere Buslinien ins Umland und in die übrigen Stadtteile</li> </ul> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäf-</p>

	<p>te; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (Jahnhalles), Museen, Galerien, Stadtbibliothek, Haus der Familie, weiterbildende Schulen, Außenstelle FH, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Amtsgericht, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Arbeitsamt</p>
Göppingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Göppingen. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts der südöstlich der Innenstadt bestehenden dezentralen Einzelhandelsbetrieben (z.T. auf Eislinger Markung), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum der Stadt und wird im Süden durch Bahnlinie und Bahnhof und im Norden mit dem Schlossgarten begrenzt; im Osten wird der Bereich gegen die Gewerbegebiete östlich der Poststraße und im Westen gegen die Gewerbegebiete westlich der Willi-Bleicher-Straße abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> gute Anbindung aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen über die B 10 sowie ins Zentrum führende Landes- und Kreisstraßen; Hauptverkehrsstraßen führen auf Innenstadttumfahrung (sogenannter „Parkhausring“), die zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze anbindet;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung aus dem Umland und den übrigen Stadtteilen über den Bahnhof und zentralen Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen / Fußgängerzone mit Marktplatz, Fachgeschäften und Kaufhäusern unterschiedlicher Größenordnung, darüber hinaus diverse Gastronomie, Hotels und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, sonstige Veranstaltungsorte (altes E-Werk), Kinocenter, Museen, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Finanzverwaltung, Landratsamt (unmittelbar angrenzend) Post, Hauptstellen verschiedener Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Gesundheitsamt, Amtsgericht, Arbeitsamt</p>
Herrenberg	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Herrenberg. Der abgegrenzte Schwerpunkt umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Schwerpunktes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Altstadt Herrenbergs sowie einen erweiterten Bereich, der im Südwesten gegen das Schul- und Sportzentrum, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Nagolder Straße sowie den Festplatz, im Nordosten hinter der Alten Turnhalle und im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Erhard- und Markusstraße abgegrenzt wird. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt dreier Bundesstraßen (B 14, B 28, B 296) und ist hierüber sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft; unmittelbar angrenzend an die</p>

	<p>Altstadt sowie im Bereich des Bahnhofs mehrere zentral gelegene Parkhäuser;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit Fußgängerzone geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentren, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kulturzentrum, Volkshochschule, Stadtbücherei, Galerien, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Finanzbehörden, Arbeitsamt, Gesundheitsamt</p>
Kirchheim unter Teck	<p>Die Abgrenzung entspricht mit Ausnahme des von der Stadt vorgeschlagenen, deutlich von der Innenstadt abgesetzten Bereiches „Hegelesberg“ südlich der Bahnlinie weitgehend dem Vorschlag der Stadt Kirchheim (generalisiert). Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.  <u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich zum Bahnhof und wird im Westen abgegrenzt gegen die Gewerbe- und Wohngebiete westlich der Nürtinger Straße, im Norden gegen den Friedhof sowie die Wohngebiete nördlich der Stuttgarter Straße, im Westen gegen die Wohngebiete östlich der Altstadt und im Süden entlang Lauter und Jahnstraße. Bereich liegt zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen Stadtteilen und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete an.  <u>Verkehrliche Anbindung:</u>  <u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über die Anschlussstellen Kirchheim/Teck-West und –Ost an die A 8 angebunden; darüber hinaus wird die Innenstadt über die B 297, die B 465 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und übrigen Stadtteilen verknüpft; im Verlauf des Altstadtrings sowie am Bahnhof zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze;  <u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;  <u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u>          Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den zentralen Einkaufslagen mit Fußgängerzone, geschlossenen Ladenzeilen, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle/Teckcenter, Kinos, weiterführende Schulen, Volkshochschule, Stadtbücherei, Museum/Galerie, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Amtsgericht</p>
Leonberg	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Leonberg. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich enthält zudem die zentralen auch großflächigen Einzelhandelsstandorte innerhalb der Stadt. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes erforderlich. Eine Verlagerung an dezentrale Standorte und damit eine weitere Aufsplitterung des Versorgungskerns, würde die Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums einschränken.  <u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie das neue Stadtzentrum bis zum Bahnhof (einschließlich der südwestlich unmittelbar angrenzenden Flächen) und grenzt sich im Westen gegen die westlich des Bahnhofs liegende Wohnbebauung, im Süden gegen die Gewerbe- und Wohngebiete südlich der Römerstraße, im Osten gegen den Stadtpark und die umgebenden Wohngebiete sowie im Norden nördlich der Altstadt (Steilhang) ab. Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen</p>

	<p>Stadtteilen und dem Umland.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 295 sowie mehrere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze im Bereich der Altstadt und dem Zentrum um den Neuköllner Platz</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst den zentralen Innenstadtbereich mit den Einkaufslagen mit Fußgängerzone, Einkaufszentrum (Leo-Center), geschlossenen Ladenzeilen, großflächigen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (unmittelbar angrenzend), Theater, Filmtheater, weiterführende Schulen, Volkshochschule, Stadtbücherei, Stadtmuseum, Galerie, Schwimmhalle sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Hauptpost, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Amtsgericht</p>
Ludwigsburg	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Ludwigsburg. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des im Gebiet „Tammer Feld“ bestehenden dezentraler Einzelhandelsschwerpunktes (u.a. Breuningerland, IKEA) mit erheblichen Verkaufsflächen und z.T. regionaler Ausstrahlung, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums unabdingbar, die zukünftig Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum und wird im Westen vom Bahnhof und der Bahnlinie und im Osten mit dem Schlosspark und Forum begrenzt; im Süden wird der Bereich gegen die Wohn- und Gewerbegebiete südlich der Kepler- und Friedrichstraße, im Norden nördlich des Marstall Center abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 27 sowie mehrere Landesstraßen mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb des Bereiches sowie entlang der angrenzenden B 27;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Einkaufszentrum, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kulturzentrum, Forum (Veranstaltungs-/Kongresszentrum, unmittelbar angrenzend) sowie weitere Veranstaltungszentren, Musikhaus, Museen, Stadtbibliothek, Schloss, Staatsarchiv, Kinos, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen, Arbeitsamt, Notariate.</p>
Kornwestheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Kornwestheim. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist ein Ausbau dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum mit den</p>



	<p>vorhandenen Einzelhandelslagen und angrenzenden Bereichen; Bereich im Westen begrenzt durch die Ebert- und Bebelstraße, im Süden durch die Beethovenstraße und Jakob-Siegle-Platz, im Osten gegen die Alexanderstraße, im Norden auf Höhe der Ulrichstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zum Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über Zubringer zur B 27 sowie mehrere Landesstraßen mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb des Bereiches sowie am Bahnhof (City Parkhaus);</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Busbahnhof; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, zusammenhängende Ladenzeilen, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Kulturhaus, Haus der Musik, Kinos, Galerie, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, Berufs-/Berufsfachschulen, Kirchen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Notariate, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Nürtingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Nürtingen (generalisiert). Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Westen gegen den Neckar, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich des Bahnhofs, im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Berufsschule und im Süden entlang der Bahnlinie abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland und grenzt unmittelbar an umliegende Wohn- und Gewerbegebiete an.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich liegt im Schnittpunkt zweier Bundesstraßen (B 313, B 297) und ist hierüber sowie weitere Landes- und Kreisstraßen mit dem Umland und aus den übrigen Stadtteilen verknüpft; am Rande der Altstadt (City-Ring) sowie im Bereich des Bahnhofs mehrere zentral gelegene Parkhäuser/Parkplätze;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof und den Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, zusammenhängende Ladenzeilen, Kaufhäuser, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Kino, Theater, Stadtmuseum, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Außenstelle Landratsamt, Notariate, Arbeitsamt, Post, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Schorndorf	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Schorndorf. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzenden Bereich und wird im Norden gegen das Berufsschulzent-</p>

	<p>rum parallel zur Bahnlinie, im Süden gegen den alten Friedhof, im Westen im Bereich der Werderstraße und im Osten gegen die angrenzenden Wohngebiete östlich der VHS abgegrenzt. Der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die alte B 29 sowie mehrere Landesstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze innerhalb der Innenstadt;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Omnibusbahnhof; mehrere Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst die zentralen Einkaufslagen der Altstadt, Fußgängerzone, zusammenhängende Ladenzeilen, Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Gemeinschaftshaus, Künkelnhalle, Kino, Theater, Stadtmuseum, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, Berufsschulzentrum, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, staatliche Behörden, Notariate, Hauptpost, Banken, Kreissparkasse, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Vaihingen an der Enz	<p>Die Abgrenzung entspricht teilweise dem Vorschlag der Stadt. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des vergleichsweise kleinen Mittelzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie angrenzende Bereiche und wird im Südwesten gegen die Enz (einschließlich „Köpfwiesen“), im Nordosten im Bereich der Bahnlinie und im Osten gegen die Hans-Krieg-Straße abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 10 sowie Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkhäuser/Parkplätze innerhalb der Innenstadt und im Bereich der Zufahrten;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> Bahnhof und Busbahnhof Vaihingen liegen außerhalb des Stadtzentrums an der Neubaustrecke Stuttgart-Mannheim; von dort mehrere Buslinien in die Innenstadt sowie in die umliegenden Stadtteile und das Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum (Altstadt) mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fußgängerzone mit geschlossenen Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle, Familienbildungsstätte, weiterführende Schulen, VHS, Stadtbücherei, Ausstellungs-/Theaterräume, Städtisches Museum, Heimatmuseum sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/ Stadtverwaltung, Bürgeramt, Außenstelle Landratsamt, Arbeitsamt, Post, Kreissparkasse, Volksbank, Krankenkasse</p>
Waiblingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Waiblingen (generalisiert). Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts des am südlichen Stadtrand bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes mit erheblichen innenstadtrelevanten Verkaufsflächen („Remspark-Center“), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich mit Anbindung zum Bahnhof und wird im Osten gegen die</p>

	<p>Wohngebiete östlich der Rems (L 1142), im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Altstadt, im Süden gegen das Schulzentrum und im Westen gegen die Bahnstrecken abgegrenzt. Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 14 bzw. die ehemalige B 14 sowie mehrere in die Innenstadt führende Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkhäuser/ Parkplätze um die Altstadt sowie im Bereich Bahnhof und Alter Postplatz;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und den Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum (historische Altstadt und Bereich der Bahnhofstraße zum S-Bahnhof) mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fußgängerzone mit geschlossenen Ladenzeilen, Einkaufszentrum, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bürgerzentrum (Veranstaltungs-/Tagungszentrum), Familienbildungsstätte, Jugendzentrum, weiterführende Schulen, VHS, Stadtbücherei, Theater, Kinos, Museen, Galerien, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Landratsamt, Amtsgericht, Notariate, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkasse, Gesundheitsamt</p>
Fellbach	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Fellbach. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentral gelegenen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Angesichts der am westlichen und östlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte mit erheblichen innenstadtrelevanten Verkaufsflächen („Coca-Cola Gelände“ bzw. Rems-Murr-Center), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Mittelzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das innerstädtische Zentrum mit den vorhandenen Einzelhandelslagen sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden durch die Bahnlinie begrenzt und reicht im Süden bis südlich des Rathauses; im Westen wird der Bereich gegen die Schwabenlandhalle sowie parallel zur Bahnhofstraße abgegrenzt, im Osten wird der Bereich parallel zur Bahnhofstraße und gegen die östlich der Wohngebiete liegenden Gewerbegebiete abgegrenzt. Im Bereich des Stuttgarter Platzes weitet sich der Bereich aus und wird insbesondere im Osten gegen große Verkehrsbauwerke (Tunnelportal) begrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet sowie zu den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die den Bereich querende ehemalige B14, die zentralen Achse Bahnhofstraße sowie mehrere Landes- und Kreisstraßen mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkhäuser/Parkplätze im südlichen Bereich des Zentrums sowie im Bereich des Bahnhofes und entlang der Bahnhofstraße;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss sowie die Stadtbahn; mehrere Buslinien erschließen den gesamten Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, z.T. Fußgängerzone, geschlossene Ladenzeilen, zahlreiche Fachgeschäfte; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Schwabenlandhalle (Veranstaltungs-/Kongresszentrum) unmittelbar angrenzend sowie, Stadtmuseum, Stadtbibliothek, städtische Galerie, weiterbildende Schulen, VHS sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariate</p>

Unterzentren	
Ditzingen	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Ditzingen (generalisiert). Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der bereits bestehenden Ansätze für dezentrale Einzelhandelslagen (Aldi am östliche Stadtrand, Elektrofachmarkt südwestlich im Gewerbegebiet), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie angrenzende Bereiche in Zuordnung zum Bahnhof und wird im Norden gegen den Schlosspark und im Süden gegen das Gewerbegebiet südlich des Bahnhofs abgegrenzt; im Westen wird der Bereich östlich von Hallenbad und Stadthalle und im Westen zur Glems hin abgegrenzt; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die B 295 sowie mehrere die Innenstadt tangierende Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb und am Rande der Innenstadt, am Bahnhof sowie im Bereich der Stadthalle;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss; mehrere Buslinien erschließen den gesamten Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum und die neue Stadtmitte mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Stadthalle (unmittelbar angrenzend) sowie, Stadtmuseum, städtische Galerie, Stadtbibliothek, weiterbildende Schulen, VHS, kommunales Kino sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Donzdorf	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Donzdorf. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des am westlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes (Lebensmittelvollsortimenter- und Discounter sowie Drogeriemarkt, Einkaufszentrum Möbel Schmid), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung zumindest des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Süden gegen den Schlossgarten und die ehemalige Bahnstrecke abgegrenzt, im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Kreuzkirchstraße, im Westen gegen die Wagnerstraße und im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Heckenhofergasse und Seitenbachstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p>-<u>Individualverkehr:</u> Bereich ist über die den innerstädtischen Bereich durchquerende B 466 daran angeschlossene Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser im gesamten Bereich der Innenstadt;</p> <p>-<u>ÖPNV:</u> mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland</p>

	<p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und Stadthalle als zentrale kulturelle Einrichtung sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Filderstadt-Bernhausen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Filderstadt. Der abgegrenzte Standort umfasst jenen Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund der am nördlichen Stadtrand sowie in den Stadtteilen Bonlanden und Plattenhardt bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte mit umfangreichen Verkaufsflächen (Real-Markt, Stinnes Baumarkt, Gartencenter) – aber auch aufgrund der bereits vollzogenen Dezentralisierung von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen, erscheint es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt sowie erweiterte Bereiche in Zuordnung zum S-Bahnhof und wird im Norden gegen die Wohngebiete nördlich der Jakobuskirche, im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Johannesstraße, im Westen gegen die Wohngebiete westlich der Gaisgasse und im Osten gegen die Wohn- und Gewerbegebiete östlich der Mühlenstraße; Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu unmittelbar angrenzenden Wohn- und Arbeitsplatzgebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Bereich ist über Zubringer zur B 27 und B 312 an die A 8 angebunden sowie über mehrere in die Innenstadt führende Landesstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze im Bereich des Zentrums -ÖPNV: gute Anbindung über den S-Bahnhof und ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen die gesamte Innenstadt und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und den übrigen Stadtteilen;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Leinfelden-Echterdingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Leinfelden Echterdingen. Der abgegrenzte Standort umfasst die Bereiche der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne, in denen alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Diese Bereiche stellen zudem die Einzelhandelsschwerpunkte innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des siedlungshistorisch bedingten Zweiteilung des Zentrums sowie aufgrund bereits bestehender dezentraler Einzelhandelsstandorte (Fildereinkaufszentrum Unteraichen, Gewerbegebiet westlich/östlich der Hauptstraße Echterdingen) ist für die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit des Unterzentrums eine Bündelung und Konzentration insbesondere der überörtlichen Einzelhandelsversorgung in den abgegrenzten Bereichen geboten; eine weitere Verlagerung an dezentrale Standorte und damit weitere Aufsplitterung würde die Wirksamkeit des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns des Unterzentrums einschränken und ist daher zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Die Bereiche umfassen zum einen das innerstädtische Zentrum Leinfelden zwischen Bahnstrecke und Stuttgarter Straße; darüber hinaus das innerstädtische Zentrum von Echterdingen zwischen Bahnlinie im Norden und Tübinger Straße im Süden; die Bereiche liegen jeweils zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Die Bereiche sind über die B 27 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in die innerstädtischen Bereiche führen mit den übrigen</p>

	<p>Stadtteilen und dem Umland und verknüpft und gut erreichbar; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche Parkhäuser bzw. Parkplätze</p> <p><u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über jeweils eigenen S-Bahnhof und Busbahnhof; in Leinfelden zusätzlich Stadtbahnanschluss; Buslinien erschließen die innerstädtischen Bereiche und verknüpfen sie mit dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereiche umfassen die Stadtzentren mit den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fachgeschäften, darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Filderhalle (Veranstaltungs-/Tagungs-/Kongresszentrum), Museen, Galerien, Stadtbücherei, weiterbildende Schulen, VHS, sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Arbeitsamt (angrenzend), Notariate</p>
Marbach am Neckar	<p>Der dargestellten Abgrenzung hat die Stadt zugestimmt. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem alle wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums sowie angesichts der Tatsache, dass eine Dezentralisierung des überörtlichen Einzelhandels bislang vermieden wurde, ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden gegen die Bahnlinie im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Grabenstraße, im Westen gegen die Stadtmauer und im Osten östlich des Bahnhofs sowie gegen die Wohngebiete südöstlich der Schwabstraße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu den umliegenden Wohn- und Gewerbegebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p><u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiete und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb sowie in unmittelbarer Zuordnung zum abgegrenzten Bereich</p> <p><u>-ÖPNV:</u> gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahn- und Regionalbahnanschluss sowie ZOB; zahlreiche Buslinien erschließen den Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit dem Umland und dem übrigen Stadtgebiet;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u></p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bücherei, VHS, Museen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Murrhardt	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Murrhardt. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund sowohl am östlichen als auch am westlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorten (u.a. Aldi Minimal, Penny), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche und wird im Norden gegen die Bahnlinie, im Osten östlich des Senioren- und Pflegeheims, im Süden gegen den Feuersee und unmittelbar nach der Festhalle und im Westen gegen die Wohngebiete westlich des Großgartenwegs abgegrenzt;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u></p> <p><u>-Individualverkehr:</u> Bereich ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiete und dem Umland verknüpft und</p>

	<p>gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb sowie in unmittelbarer Zuordnung zum abgegrenzten Bereich</p> <p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof mit Regionalexpressanschluss und den Busbahnhof; mehrere Buslinien erschließen den Innenstadtbereich und verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>:</p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Stadtbücherei, VHS, Museen, Kino sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Ostfildern-Nellingen	<p>Die Abgrenzung entspricht weitgehend dem Vorschlag der Stadt Ostfildern. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Aufgrund des im Stadtteil Scharnhausen derzeit entstehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes mit umfangreichen Verkaufsflächen (Marktkauf, Schempp-Areal), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort und die Stadtteilzentren auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst den zentralen innerstädtischen Bereich mit der zentralen Achse Hindenburgstraße; er wird im Norden gegen den Bereich der Technischen Akademie und Stadthalle, im Süden gegen die Wohngebiete nördlich des Friedhofs, im Westen gegen den Ortsrand und im Osten östlich der Esslinger Straße abgegrenzt;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>:</p> <p>-<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist über mehrere Landesstraßen erschlossen und mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar;</p> <p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Stadtbahnanschluss; darüber hinaus erschließen mehrere Buslinien den Bereich und verknüpfen ihn mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>:</p> <p>Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fachgeschäften; darüber hinaus Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Bürgerzentrum, VHS, Theater, weiterführende Schulen Technische Akademie (unmittelbar angrenzend) sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung (südlich angrenzend), Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen, Notariat</p>
Plochingen	<p>Die Abgrenzung erfolgte auf der Grundlage des Vorschlags der Stadt Plochingen. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtliche Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund des am östlichen Stadtrand bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandortes (u.a. Sportfachmarkt), ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentraler Stelle zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst die Innenstadt mit historischer Altstadt sowie westlich unmittelbar angrenzende Bereiche; Bereich wird im Süden gegen die Bahnlinie, im Norden und Osten gegen die Steilhanglagen von Neckartal und Kirchberg und im Westen gegen die gewerblichen Flächen westlich der Schillerstraße abgegrenzt;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>:</p> <p>-<u>Individualverkehr</u>: Bereich ist über die B 10 bzw. B 313 sowie weitere Landes- und Kreisstraßen, die in den innerstädtischen Bereich führen mit dem</p>

	<p>übrigen Stadtgebiet und dem Umland und verknüpft und gut erreichbar; innerhalb und am Rande der Innenstadtbereiche sowie in Zuordnung zum Bahnhof zahlreiche Parkhäuser bzw. Parkplätze</p> <p>-ÖPNV: gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und ZOB; mehrere Buslinien erschließen den Innenstadtbereich und verknüpfen ihn mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Marktplatz, zahlreichen Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Bibliothek, VHS, Jugendhaus sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Weil der Stadt	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Weil der Stadt. Der abgegrenzte Standort umfasst jenen Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel erforderlich.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst die Innenstadt mit historischer Altstadt sowie unmittelbar angrenzende Bereiche im Süden sowie im Norden zum Bahnhof und wird im Westen begrenzt gegen die Bahnlinie, im Osten gegen die Wohngebiete östlich der Leonberger- bzw. Malmshheimer Straße sowie südlich des „Woldeckenareals“;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Bereich liegt unmittelbar an der B 295 und ist über mehrere Landes- und Kreisstraßen erschlossen und mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; Parkplätze/Parkhäuser innerhalb des abgegrenzten Bereichs</p> <p>-ÖPNV: gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss; zahlreiche Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten:</u> Bereich umfasst das Stadtzentrum mit der historischen Altstadt, den zentralen Einkaufslagen, Marktplatz, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle Einrichtung mit Stadthalle, Museen, Kino, Schulzentrum sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Weinstadt-Endersbach	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Weinstadt. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt insbesondere den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar (u.a. mit dem Gebiet „Kalkofen“). Aufgrund der teilweise bereits vollzogenen Dezentralisierung von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen, ist es für die regionale Funktion des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten und eine Weiterentwicklung entsprechender Sortimente an dezentralen Standorten zukünftig zu vermeiden.</p> <p><u>Räumliche Lage:</u> Der Bereich umfasst das Zentrum von Weinstadt-Endersbach zwischen der B 29 im Norden („Kalkofen“), der Jahnalle im Süden, den Wohngebieten westlich der Strümpfelbacher Straße im Westen und den Wohngebieten östlich der Theodor-Heuß-Straße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtteil und zu unmittelbar angrenzenden Wohngebieten;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung:</u> -Individualverkehr: Bereich ist unmittelbar an die B 29 angebunden und über mehrere Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser innerhalb des abgegrenzten Bereichs</p>



	<p>-<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und ZOB; mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen mit überörtlicher Bedeutung (Gebiet „Kalkofen“) sowie Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie, Stadthalle (Jahnalle) sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Ordnungsamt, Banken, Krankenkassen, Versicherungen</p>
Welzheim	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Welzheim. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem die wesentlichen zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt zudem den zentralen Einzelhandelsschwerpunkt innerhalb der Stadt dar. Zum Erhalt der Funktion als Unterzentrum sowie angesichts der Tatsache, dass eine Dezentralisierung des überörtlichen Einzelhandels bislang vermieden wurde, ist eine Beibehaltung dieser Bündelung und Konzentration innerhalb des Standortes, insbesondere für den überörtlichen Einzelhandel geboten.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst das Stadtzentrum von Welzheim und wird im Nordwesten gegen die Wohn- und Gewerbegebiete westlich von Bahntrasse und Bahnhofstraße, im Osten gegen die Schulen östlich der Burgstraße und im Süden gegen die Wohngebiete südlich der Kurze Straße; der Bereich liegt räumlich zentral im Stadtgebiet und zu umliegenden Wohn – und Gewerbegebieten.</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: Bereich liegt im Schnittpunkt mehrerer Landes- und Kreisstraßen, die den Bereich mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland verknüpfen und ist gut erreichbar; mehrere Parkhäuser/Parkplätze im Bereich der Innenstadt -<u>ÖPNV</u>: Anbindung über den ZOB; mehrere Buslinien verknüpfen den Bereich mit dem übrigen Stadtgebiet und dem Umland</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fachgeschäften; darüber hinaus Gastronomie und kulturelle Einrichtungen mit Veranstaltungsräumen, VHS, Bibliothek, Lichtspieltheater, weiterführende Schulen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Notariat</p>
Winnenden	<p>Die Abgrenzung entspricht dem Vorschlag der Stadt Winnenden. Der abgegrenzte Standort umfasst den Bereich des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns, in dem wesentliche zentralörtlichen Versorgungsangebote und Dienstleistungseinrichtungen gebündelt vorhanden sind. Dieser Bereich stellt darüber hinaus den zentralen innerstädtischen Einzelhandelsschwerpunkt der Stadt dar. Aufgrund der bereits bestehenden dezentralen Einzelhandelsstandorte, ist es für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Unterzentrums geboten, die zukünftige Entwicklung insbesondere des zentrenrelevanten überörtlich wirksamen Einzelhandels auf den abgegrenzten Standort auszurichten.</p> <p><u>Räumliche Lage</u>: Der Bereich umfasst die historische Altstadt sowie einen erweiterten Bereich in Zuordnung zum Bahnhof und wird im Westen gegen die gewerblichen Flächen westlich des Bahnhofs und im Osten gegen den Friedhof begrenzt; im Norden gegen die Wohngebiete nördlich des Buchenbach und im Süden gegen das Krankenhausgebiet;</p> <p><u>Verkehrliche Anbindung</u>: -<u>Individualverkehr</u>: Bereich wird durch die B 14 durchquert und ist über daran angeschlossene Landes- und Kreisstraßen mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland verknüpft und gut erreichbar; zahlreiche Parkplätze/Parkhäuser im gesamten Bereich der Innenstadt; -<u>ÖPNV</u>: gute Anbindung über den Bahnhof mit S-Bahnanschluss und zentralen Busbahnhof; zahlreiche Buslinien erschließen den Bereich und verknüpfen ihn mit den übrigen Stadtteilen und dem Umland;</p> <p><u>Städtebaulich-funktionale Gegebenheiten</u>: Bereich umfasst das Stadtzentrum mit den zentralen Einkaufslagen, Fußgängerzone, Fachgeschäften; darüber hinaus diverse Gastronomie und kulturelle</p>

	Einrichtungen mit Veranstaltungsräumen, VHS, Heimatmuseum, kommunales Kino, weiterführende Schulen sowie öffentliche/private Dienstleistungseinrichtungen mit Rathaus/Stadtverwaltung, Post, Banken, Krankenkassen, Notariate
--	---

Zu 2.4.3.2.4 (Z)  
Standorte für  
nicht zentrenrelevante  
Einzelhandels-  
großprojekte

Die in PS. 2.4.3.2.3 (Z) als Vorranggebiete (VRG) festgelegten Standorte gelten zunächst für alle neuen Einzelhandelsgroßprojekte als Anknüpfungspunkt für die Standortfestlegung. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass bestimmte Formen des (Fach-) Einzelhandels aufgrund seines originären bzw. überwiegenden Warenangebotes i.d.R. keine unmittelbare Innenstadtrelevanz besitzen. Der Flächenbedarf entsprechender Einrichtungen kann darüber hinaus oftmals nur schwer in den historischen Innenstadtbereichen realisiert werden. Solche Einzelhandelsbetriebe sind z.B. Möbelhäuser, Bau- und Gartenmärkte. Eine enge Anbindung bzw. räumliche Integration in die Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte wird aus diesem Grund nicht unbedingt verlangt. Dies entspricht der auch im LEP vorgenommenen sortimentsbezogenen Differenzierung von Standortmöglichkeiten, der für nicht zentrenrelevante Warensortimente auch städtebauliche Randlagen in Betracht zieht (PS. 3.3.7.2 Z LEP 2002).

Plansatz 2.4.3.2.4 (Z) schafft vor diesem Hintergrund die Voraussetzung, dass solche nicht zentrenrelevanten Vorhaben unter bestimmten Voraussetzungen an einem alternativen Standort außerhalb dieser Bereiche realisiert werden können. Die konkreten Gründe für eine solche Abweichung sind im Einzelfall nachvollziehbar darzulegen. Die übrigen Voraussetzungen für die Realisierung von Einzelhandelsgroßprojekten – insbesondere die Integration in den zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskern und die Abstimmung auf den Verflechtungsbereich des Zentralen Ortes – sind jedoch zu beachten. Um zu vermeiden, dass diese Ausnahmeregelung faktisch wiederum dazu führt, Standortentscheidungen allein aufgrund kurzfristiger Verwertungserfordernisse bzw. -möglichkeiten oder zufälliger Verfügbarkeitskonstellationen getroffen werden, ist die Einbindung des Standortes in eine längerfristige, bauleitplanerisch abgesicherte, umfassende Einzelhandelskonzeption erforderlich. Wesentliche Inhalte und damit Kennzeichen einer in diesem Sinne geeigneten, umfassenden Einzelhandelskonzeption sind aus regionalplanerischer Sicht,

- eine eingehende Analyse der Ist-Situation innerhalb des betreffenden Raumes (Einzelhandelsstandorte, Angebots-/Sortimentsstruktur, Verkaufsflächenumfang),
- die Bewertung der bestehenden Einzelhandelssituation vor dem Hintergrund relevanter Strukturdaten (z.B. Einwohner, Kaufkraft, Kaufkraftbindung) im Bezugsraum unter Berücksichtigung der voraussichtlichen weiteren Entwicklung (Prognose) dieser Rahmenbedingungen,
- die Formulierung von Zielen für die Standort- und Sortimentsbezogene Entwicklung des Einzelhandels unter Berücksichtigung regionalplanerischer Grundsätze und Ziele (z.B. Sicherung der Nahversorgung, Sicherung / Attraktivitätssteigerung zentraler Versorgungsstandorte, Vermeidung von Entwicklungen an dezentralen Standorten) sowie
- die Formulierung erforderlicher Maßnahmen zur Sicherstellung der Umsetzung der Konzeption bzw. angestrebten Zielsetzung (z.B. Anforderungen / Vorgaben bei der Bewertung konkreter Vorhaben, Übernahme von Grundsätzen, Zielen in den Flächennutzungsplan, Änderung bestehender B-Pläne, z.B. zur Umstellung auf die aktuelle BauNVO oder zum generellen Ausschluss von Einzelhandel in bestimmten Gebieten).

Wesentlicher Gesichtspunkt eines Einzelhandelskonzeptes ist darüber hinaus, dass das gesamte Spektrum des Einzelhandels zusammenhängend behandelt wird und nicht nur eine sektorale oder einzelfallbezogene Betrachtung vorgenommen wird. Nur so ist gewährleistet, dass auch Rückwirkungen z.B. über Radsortimente konkreter Vorhaben berücksichtigt werden können.

Verbunden mit einer Realisierung außerhalb der Standorte für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte ist jedoch der Ausschluss bzw. eine weitgehende Begrenzung des innenstadtrelevanten Randsortiments. Der Ausschluss bzw. die deutliche Reduzierung zentrenrelevanter Sortimente ist gerechtfertigt und plausibel, da die Zulässigkeit entsprechende Vorhaben auch in städtebaulichen Randlagen außerhalb der Innenstädte insbesondere damit begründet wird, dass die spezifische Sortimentsstruktur keine Relevanz für innenstadtrelevante Angebote hat. Aus diesem Grund erscheint es nicht erforderlich und nicht sinnvoll, in diesen Fällen umfangreiche Flächen für zentrenrelevante Randsortimente zuzulassen. Hierdurch würde sich darüber hinaus eine Ungleichbehandlung gegenüber Fachmärkten mit vergleichbarem zentrenrelevanten (Haupt-) Sortiment ergeben, die als separates Vorhaben raumordnerisch nicht außerhalb der Innenstädte zulässig wären. Diese Vorgabe dient also dazu, sicherzustellen, dass entsprechende Vorhaben tatsächlich keine oder nur eine untergeordnete Zentrenrelevanz besitzen. Durch die deutliche Begrenzung der ausnahmsweise zulässigen zentrenrelevanten Randsortimente wird dabei gleichzeitig gewährleistet, dass auch bei der Realisierung mehrerer Fachmärkte negative Wirkungen über die Kumulation der Flächen für Randsortimente minimiert werden.

#### Zu 2.4.3.2.5 (G) Ergänzungsstandorte

Bereiche, die für nicht zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte aus raumordnerischer Sicht geeignet sind, werden im Regionalplan dargestellt und durch ein Symbol gekennzeichnet. Diese Ergänzungsstandorte sind i.d.R. Bereiche, in denen bereits ein hoher Einzelhandelsbestand außerhalb der zentralen Lagen vorhanden ist. Dort wo ein solches Bestandsgebiet nicht vorhanden ist oder aufgrund von Streulagen nicht eindeutig definierbar ist, wurden Entwicklungsvorstellungen der Kommunen, insbesondere in Form konkreter Einzelhandelsentwicklungskonzepte, berücksichtigt. Die Berücksichtigung entsprechender Einzelhandelskonzepte kann im Einzelfall auch dazu führen, dass auf die Darstellung eines solchen Bereiches verzichtet wird.

Mit der Darstellung dieser Bereiche ist jedoch nicht verbunden, dass diese Bereiche für entsprechende Einzelhandelszwecke vorrangig aufgesiedelt werden müssen. Die Ergänzungsstandorte sind vielmehr als Angebotsstandorte anzusehen, die aus regionalplanerischer Sicht vorzugswürdig sind. Nicht ausgeschlossen ist somit die Möglichkeit, unter Verzicht auf diesen Ergänzungsstandort einen alternativen Standort dann zu entwickeln, wenn sich z.B. erweist, dass aus stadtentwicklungsplanerischer Sicht eine Weiterentwicklung in einem anderen Bereich noch günstiger wäre oder überhaupt nur an einem anderen Standort realisiert werden kann. Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass die übrigen regionalplanerischen Ziele eingehalten werden und sich insbesondere keine negativen raumordnerischen Wirkungen in Bezug auf andere Zentrale Orte, die Funktion der Innenstadt und die wohnortnahe Versorgung ergeben. Dies ist jeweils konkret nachzuweisen. Aufgrund dieser Prüfung ergibt sich gegenüber der Inanspruchnahme eines im Regionalplan dargestellten Ergänzungsstandortes ein zusätzlicher Begründungsaufwand.

#### Tabelle Einzelhandels- sortimente

Die wirksame regionalplanerische Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten differenziert nach ihrer Zentrenrelevanz, bedarf einer generell anzuwendenden transparenten Vorgabe, welche Sortimente als zentrenrelevant und welche als nicht-zentrenrelevant anzusehen sind. Aus diesem Grund wird in der folgenden Tabelle eine entsprechende Sortimentseinteilung dargelegt. Diese Auflistung soll als Anhaltspunkt dienen und gewährleisten, dass eine möglichst einheitliche Beurteilung der Innstadtrelevanz von Einzelhandelsgroßprojekten in der Region anhand vergleichbarer Maßstäbe erreicht wird. Sie wird bei der regionalplanerischen Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben zugrunde gelegt.

Die Beurteilung der Zentrenrelevanz kann dabei nicht jeweils nur standortbezogen bzw. vorhabenbezogen erfolgen. Würde eine entsprechende Bewertung jeweils individuell projekt- und standortbezogen vorgenommen, würde dies

zwangsläufig zu einer schleichenden Aushöhlung des Begriffs der Innstadtrelevanz führen und die Verlagerung entsprechender Sortimente forciert. Negative Entwicklungen würden somit verstärkt bzw. gefestigt und die Chance zur Attraktivitätssteigerung und Funktionsverbesserung von Innenstädten durch das „Zurückholen“ von Versorgungsfunktionen würde letztlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Die Einstufung der Zentrenrelevanz von Sortimenten setzt also nicht zwingend voraus, dass entsprechende Sortimente in einem zentralen Versorgungsbereich tatsächlich angeboten werden. Es können auch Sortimente als zentrenrelevant eingestuft werden, die nicht (mehr) oder nur in einem geringen Umfang im betreffenden Zentrum angeboten werden, deren erstmalige oder erneute Etablierung in diesem Zentrum aber einen wesentlichen Beitrag zu dessen Gesamtattraktivität leisten würde.

Vor diesem Hintergrund können – unabhängig von der Frage, ob einzelne Sortimente im konkreten Fall tatsächlich innerhalb der Innenstadt angeboten werden – Sortimente als grundsätzlich zentrenrelevant eingestuft werden, die

- typischerweise wesentlichen Anteil der Verkaufsflächen in Innenstädten ausmachen und damit ihrer Attraktivität wesentlich prägen (z.B. Bekleidung, Schuhe),
- aufgrund ihrer Ausstrahlungskraft eine hohe Kundenfrequenz induzieren und damit Magnetwirkung entfalten, von der andere Betriebe und Einrichtungen aufgrund von Synergieeffekten oder Kopplungskäufen profitieren (z.B. Unterhaltungselektronik, Spielwaren),
- beratungsintensiv sind (z.B. Bücher, Uhren, Schmuck, Foto, Optik),
- handlich bzw. wenig sperrig und damit flächenintensiv sind (z.B. Schreibwaren, Bastelbedarf, Haushaltswaren, Glas, Keramik, Porzellan) sowie
- nahversorgungsrelevant sind (z.B. Lebensmittel, Getränke, Gesundheits- und Drogeriewaren)

Die folgende Sortimentsliste ist auf die Liste „Zentren- und Nahversorgungsrelevante Sortimente“ in der Anlage des Einzelhandelserlass vom 21.02.2001 dahingehend abgestimmt, dass trotz größerer Differenzierung im Regionalplan keine grundsätzlichen Abweichungen hinsichtlich der Einstufung von Sortimenten bestehen. Die Liste stellt keine abschließende oder verbindliche Festlegung zentrenrelevanter bzw. nicht-zentrenrelevanter Sortimente dar.

Für die regionalplanerische Bewertung der Zentrenrelevanz von Einzelhandelsgroßprojekten wird folgende Sortimentseinteilung zugrunde gelegt:

Zentrenrelevante Sortimentsgruppen sind insbesondere:

- Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
- Schreibwaren, Papier, Bastelbedarf, Büroartikel (ohne Büromöbel)
- Kunst, Antiquitäten,
- Haushaltswaren, Glas/Porzellan/Keramik, Kunstgewerbe, Geschenkartikel
- Baby-, Kinderartikel
- Bekleidung, Pelze, Lederwaren, Schuhe
- Unterhaltungselektronik, Bild- und Tonträger, Computer, Elektrowaren
- Fotoartikel, Optik,
- Einrichtungszubehör (ohne Möbel), Haus- und Heimtextilien
- Musikinstrumente, Musikalien
- Uhren, Schmuck, Silberwaren
- Spielwaren, Sportartikel, Sportgeräte (ausgenommen Großgeräte)
- Lebensmittel, Getränke
- Apotheken-, Drogerie-, Kosmetikwaren,
- Blumen
- Zooartikel, Tiere, Tiernahrung

Darüber hinaus können im konkreten Einzelfall auch andere als die vorstehend genannten Sortimente als zentrenrelevant einzustufen sein, sofern sie in den zentralen, innerstädtischen Einkaufslagen angeboten werden und wesentlich zur Gesamtattraktivität des Zentrums beitragen. Umgekehrt bedeutet es nicht automatisch, dass ein bestimmtes Sortiment nicht innestadtrelevant ist, das in der jeweiligen Innenstadt nicht (mehr) vorkommt.

Nicht-zentrenrelevante Sortimentsgruppen sind insbesondere:

- Möbel, Büromöbel, Büromaschinen, Küchen
- Sanitär-/ Badeinrichtung
- Elektrogroßgeräte („weiße Ware“), Herde, Öfen
- Teppichböden, Fußbodenbeläge, Tapeten, Malereibedarf
- Holz, Bauelemente, Baustoffe, Fliesen, Werkzeuge, Maschinen
- Pflanzen, Pflanzensubstrate, Pflege- und Düngemittel, Pflanzengefäße
- Gartengeräte, -werkzeuge, -baustoffe, Gartenmöbel
- großteilige Camping- und Sportgeräte (z.B. Boote, Tauchsportgeräte)
- Kfz-Zubehör, Fahrräder, Fahrradzubehör

Zusammenfassend sind bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten bzw. Veranstaltungszentren die folgenden standortbezogenen regionalplanerischen Anforderungen und Vorgaben zu berücksichtigen:

1. Die Standortgemeinde muss als Ober-, Mittel- oder Unterzentrum festgelegt sein (PS. 2.4.3.2.2 (Z)).
2. Der Standort muss innerhalb des zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerns liegen (PS. 2.4.3.2.3 (Z)).
3. Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevantem Sortiment müssen innerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten Vorranggebiete für zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte liegen (PS. 2.4.3.2.3 (Z)).
4. Standorte für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte sind unter bestimmten Voraussetzungen auch außerhalb der Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte zulässig (PS. 2.4.3.2.4 (Z)). Hierfür aus raumordnerischer Sicht empfehlenswerte Standortbereiche sind die Ergänzungsstandorte gem. PS. 2.4.3.2.5 (G)).

Neben diesen standortbezogenen Voraussetzungen sind die in PS. 2.4.3.2.2 formulierten sonstigen Vorgaben zu beachten.

Zu 2.4.3.2.6 (G)  
Anbindung an den  
öffentlichen Personen-  
nahverkehr

Die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten und überörtlich wirksamen Veranstaltungszentren an nicht integrierten, peripheren und allein auf die gute Erreichbarkeit mit dem Individualverkehr ausgerichteten Standorten bewirkt - in Verbindung mit dem regelmäßig damit verbundenen Verlagerungs- bzw. Verdrängungseffekt von Einzelhändlern aus den bestehenden Versorgungskernen - letztlich eine Verschlechterung der verbrauchernahen Versorgungssituation für Menschen, die nicht über ein motorisiertes Individualverkehrsmittel verfügen. Eine nachträgliche Anbindung entsprechender Standorte durch den ÖPNV scheitert i.d.R. an den hohen Investitions- und Betriebskosten und der guten Verkehrsanbindung für den motorisierten Individualverkehr. Einzelhandelsgroßprojekte und überörtlich wirksame Veranstaltungszentren sollen daher zukünftig nur an solchen Standorten realisiert werden, an denen sie auch an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind.

Anbindung an den  
Schienenpersonen-  
nahverkehr

Insbesondere Einrichtungen, die aufgrund ihrer Verkaufsfläche bzw. ihres spezifischen Angebot (Einzelhandelsgroßprojekte ab einer Größenordnung von ca. 25.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, Hersteller-Direktverkaufszentren, publikumsintensive überörtlich wirksame Veranstaltungszentren mit mehr als 5.000 Besucherplätzen wie besonders große, regionsweite oder sogar überregionale Bedeutung haben, sollen nach Möglichkeit über eine Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr verfügen.

Zielsetzung dieser Festsetzungen ist, mit zumutbarem Aufwand die Versorgung der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig die weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs mit den bekannten Folgewirkungen und -kosten zu vermeiden. Sofern für eine entsprechende Verkehrsanbindung spezifische Investitionen erforderlich werden, sollten diese durch den Vorhabensträger erbracht werden. Ansonsten würde durch die Belastung der öffentlichen Kassen faktisch eine Subventionierung von (u.U. nicht erwünschten) Standorten vorgenommen.

Zu 2.4.3.2.7 (V)  
Erarbeitung von  
Entwicklungskonzepten

Auf die Notwendigkeit von umfassenden Einzelhandelskonzepten und Zentrumsentwicklungsplanungen wurde bereits in der Begründung zu PS. 2.4.3.2.1 (G) sowie PS. 2.4.3.2.4 (Z) hingewiesen. Ohne eine umfassende und sorgfältig abgestimmte Konzeption zur Entwicklung und Steuerung des Einzelhandels sind größere Einzelhandelsprojekte i.d.R. nicht mehr abwägungsfähig. Dies insbesondere vor dem Hintergrund des erforderlichen Nachweises darüber, dass entsprechend PS. 2.4.3.2.2 (Z) Einzelhandelsgroßprojekte bzw. überörtlich wirksame Veranstaltungszentren keine negativen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Versorgungszentren (Stadt- und Ortskerne) der Standortgemeinde oder anderer Zentraler Orte haben und die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich nicht beeinträchtigt wird.

Auch im Einzelhandelserlass des Wirtschaftsministeriums wird kommunalen Einzelhandelskonzepten eine zentrale Bedeutung hinsichtlich der wirksamen Steuerung des Einzelhandels beigemessen. Der Einzelhandelserlass empfiehlt im Zusammenhang mit der Erarbeitung entsprechender Konzeptionen u.a. auch eine Beteiligung der Regionalverbände und eine Abstimmung mit benachbarten Kommunen (Pkt. 4.1 Einzelhandelserlass). Darüber hinaus wird ausgeführt, dass ohne eine entsprechende Einzelhandelskonzeption und ausreichende Thematisierung der Steuerung von Einzelhandelsprojekten im Flächennutzungsplan, dem FNP die Genehmigung zu versagen ist. Dies dokumentiert die zentrale Bedeutung abgestimmter kommunaler Einzelhandelskonzepte für die wirksame Steuerung des Einzelhandels.

Zu 2.4.3.2.8 (Z)  
Räumliche  
Konzentration von  
Einzelhandelsbetrieben  
(Agglomeration)

Die Einbeziehung von Einzelhandelsagglomerationen in die regionalplanerischen Vorgaben zu Einzelhandelsgroßprojekten trägt dem Umstand Rechnung, dass in der Region Stuttgart zunehmend Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben insbesondere an peripher gelegenen Standorten entstehen, welche die gleichen Wirkungen hervorrufen, wie Einzelhandelsgroßprojekte. So ging in mehreren Fällen des Entstehens einer Einzelhandelsagglomeration an nicht zentralen Orten die Nahversorgung umliegender Gemeinden vollständig verloren. Die Entwicklung und Ausprägung entsprechender Einzelhandelsagglomerationen ist dabei nicht auf Betriebe der Grundversorgung beschränkt. Erfahrungsgemäß bilden sie den Ansatzpunkt auch für die Ansiedlungen weiterer (nicht großflächiger) Fachmärkte mit Sortimenten des mittel- und langfristigen Bedarfs (z.B. Textil-, Schuh- oder Sportfachmärkte sowie Elektrofachmärkte). Sie übernehmen damit Versorgungsfunktionen von Orten höherer Zentralitätsstufen und tragen zu einer Beeinträchtigung der Tragfähigkeit z.B. bestehender Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen bei. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass Standorte von Einzelhandelsagglomerationen an für den Individualverkehr gut erschlossenen und mit einem großen Parkplatzangebot ausgestatteten Standorten entstehen. Eine solche Entwicklung steht damit im Widerspruch zu der regionalplanerischen Zielsetzung, die Einzelhandelsfunktion der Zentralen Orte als Kristallisationspunkt und Frequenzbringer auch für andere zentralörtliche Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen zu stärken.

Einzelhandelsagglomerationen bedürfen vor diesem Hintergrund konsequenter Weise einer raumordnerischen Steuerung, die der von Einzelhandelsgroßprojekten entspricht. Dies gilt jedoch ausdrücklich nicht für bestehende Einzelhandelsagglomerationen in den Stadt- bzw. Ortskernen, in denen Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben raumordnerisch ja gerade gewünscht sind. Die Stadt- und Ortskerne sind die gewachsenen Zentren für Handel und Dienstleistungen, in deren Erhalt und Attraktivitätssteigerung durch die Städtebauförderung erhebliche finanzielle Mittel investiert wurden und werden. Die raumordnerische Standortsicherung dieser Zentren stellt insoweit auch eine wichtige Investitionssicherung dar. Bei Neuansiedlungen oder Erweiterungen ist jedoch auch in den Ortskernen zu beachten, dass keine schädlichen Auswirkungen auf die örtliche Nahversorgung in benachbarten Kommunen oder die Funktionsfähigkeit der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne benachbarter Zentraler Orte entstehen.

Der Begriff der Einzelhandelsagglomeration wird über zwei Merkmale definiert: zum einen über eine räumliche bzw. lagebezogene Komponente und zum anderen, wie auch bei Einzelhandelsgroßprojekten, über den Umfang der insgesamt entstehenden Verkaufsfläche. Für die lagebezogene Komponente

wird eine maximale Distanz der Eingänge zu den einzelnen Betrieben von 150 m festgelegt. Bis zu dieser Distanz ist davon auszugehen, dass die Betriebe durch die Kunden fußläufig genutzt werden, gemeinsam wahrgenommen werden und somit ein hohes Maß an Attraktivität und Bequemlichkeit ausstrahlen. Die Größenordnung von 150 m stellt dabei einen vergleichsweise niedrigen Wert für eine fußläufige Distanz dar, der z.B. bei vorgelagerten Parkplätzen von Einkaufszentren regelmäßig erreicht, oft sogar überschritten wird. Innerhalb von Fußgängerzonen werden im Vergleich dazu i.d.R. sogar deutlich größere Entfernungen akzeptiert. Der gewählte Entfernungsansatz gewährleistet daher, dass sich aufgrund der Lage einzelner Betriebe zueinander für die Kunden tatsächlich die Möglichkeit der Kopplung von Einkäufen auf kurzem Wege ergibt. Damit ergeben sich unmittelbare Synergieeffekte und ein entsprechender Attraktivitätsgewinn.

Hinsichtlich des Verkaufs- und Geschossflächenumfangs werden die gleichen Größen zu Grunde gelegt, wie bei Einzelhandelsgroßprojekten i.S. von PS. 2.4.3.2.2. (Z), weil Einzelhandels-Agglomerationen aufgrund der über unterschiedliche Betriebe gegebenen Angebotsvielfalt bzw. Sortimentsbreite und -tiefe eher eine stärkere, keinesfalls jedoch schwächere Anziehungskraft auf Verbraucher ausüben, als einzelne, solitäre Betriebe, die entweder nur einzelne Sortimente (z.B. als Fachmarkt) oder zwar verschiedene Sortimente unter einem Dach, meist jedoch in geringerer Angebotsbreite und -tiefe anbieten. Auch für Einzelhandelsagglomerationen gilt jedoch die in PS. 2.4.3.2.2 (Z) enthaltene Ausnahmeregelung zur Sicherung der örtlichen Grundversorgung.

Auch wenn eine Einzelhandelsagglomeration im Sinne dieses Plansatzes nach der höchststrichterlichen Rechtssprechung kein Einzelhandelsbetrieb i.S.d. § 11 Abs. 3 S. 1 Nr. 1-3 BauNVO ist, und die Errichtung der einzelnen Betriebe somit außerhalb eines Sondergebietes i. S. d. § 11 BauNVO oder eines Kerngebiets i. S. d. § 7 BauNVO planungsrechtlich zulässig sein kann, so folgt hieraus nicht, dass es für die kommunale Bauleitplanung unmöglich wäre, das Entstehen einer Einzelhandelsagglomeration rechtmäßig durch Bauleitplanung zu verhindern. § 1 BauNVO gibt den Trägern der Bauleitplanung hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an die Hand.

2.4.4		Schwerpunkte des Wohnungsbaus
2.4.4.1 (Z) Schwerpunkte des Wohnungsbaus (VRG)	<p>(1) Zur Konzentration der Siedlungsentwicklung werden Schwerpunkte des Wohnungsbaus als Vorranggebiete (VRG) für eine verstärkte Wohnungsbau-tätigkeit gemäß der Beschreibung in PS 2.4.4.2 (Z) –Tabelle und der gebiets-scharfen Darstellung in der Raumnutzungskarte festgelegt.</p> <p>(2) Die gebietsscharf in der Raumnutzungskarte dargestellten Schwerpunkte des Wohnungsbaus sind als Vorranggebiete (VRG) für den Wohnungsbau festgelegt. In diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen aus-geschlossen, soweit sie mit den vorrangigen Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.</p>	
2.4.4.2 (Z) Schwerpunkte des Wohnungsbaus - Tabelle	Als Schwerpunkte des Wohnungsbaus werden als Vorranggebiete (VRG) in Verbindung mit der Darstellung in der Raumnutzungskarte (RNK) und PS 2.4.4.1 (Z) festgelegt:	
Schwerpunkte des Wohnungsbaus gemäß PS 2.4.4.1 (Z) als Vorranggebiet (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte		Hinweise für die Entwicklung der gekenn-zeichneten Bereiche: 1) – 3) siehe unten (Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand: Luftbild 2008; Bestandsfläche [B]
Stadt / Gemeinde	Standort / Bezeichnung (Nr.)	
Backnang	„B-Maubach“ (22)	Günstige Lage zur S-Bahn (ca. 33 ha / 11 ha)
	B.- „Aspacher Tor“ (23)	(ca. 4 ha), [B]
Besigheim	„Bülzen / Schimmelfeld“ (18)	In Nähe zu Zentrum und Versorgungskern, (ca. 16 ha / 7 ha)
	„Besigheim-West“ (19)	(ca. 7 ha), [B], erst nach (18) zu entwi-ckeln
Bietigheim-Bissingen	„Kreuzäcker-Ellental“ (13)	Erweiterung / Änderung des Schwer-punkts, längerfristig auch nach Westen (ca. 21 ha / 14 ha)
	„Stuttgarter- / Freiburger-Straße“ und „Buch-Mitte“ (14)	Potenziale im Bestand [B] (ca. 6 ha + 25 ha)
Böblingen	„Flugfeld“ (34)	Zusammen mit Sindelfingen, hochwertiger Gewerbe- und Dienstleistungs- und Wohnstandort in Zuordnung zur S-Bahn, vgl. PS 2.4.3.1.1 – [B] (ca. 36 / 5 ha)
Ehningen	„Bühl“ (37)	An S-Bahn-Halt, günstige Zuordnung zum Arbeitsplatzschwerpunkt Böblingen / Sin-delfingen (ca. 26 + 10 ha Erweiterung / 12 ha) Schutzabstände zur Abbaustätte beach-ten
Gäufelden	„Nebringen-West“ (39)	(ca. 11 ha / 0 ha) 1)
Göppingen	„Stauferpark“ (29)	[B], für Kernstadt (ca. 24 ha / 3 ha), 1)
Herrenberg	„Herrenberg-Süd“ (38)	Nähe zu Haltepunkt der Ammertalbahn (ca. 19 ha / 0 ha) 1), 3)
Kirchheim unter Teck	„Kirchheim-Süd“ (31)	Zentrumsnahe Fläche, künftiger S-Bahn-Halt (ca. 22 ha / 0 ha)



Schwerpunkte des Wohnungsbaus gemäß PS 2.4.4.1 (Z) als Vorranggebiet (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte		Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 3) siehe unten (Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand: Luftbild 2008; Bestandsfläche [B]
Stadt / Gemeinde	Standort / Bezeichnung (Nr.)	
Korntal-Münchingen	<u>„Korntal-West“ (40)</u>	(ca. 11 ha / 0 ha)
Kornwestheim	<u>„Pattonville“ (9)</u>	Ehemalige Sonderfläche Bund [B] Zweckverband mit Remseck/Ludwigsburg (ca. 68 ha / 57 ha)
Leinfelden-Echterdingen	<u>„Oberaichen-Süd“ (33)</u>	(7 ha / 0 ha) Fluglärmskontur / Lärmschutz Flughafen beachten, 1)
Leutenbach	<u>„L.- Mühlefeld“ (21 )</u>	(ca. 8 ha) [B] 1)
Ludwigsburg	<u>Oßweil-„Hartenecker Feld“ (11)</u> <u>Oßweil-„Hartenecker Höhe“ (12)</u> <u>„Pattonville“ (9)</u>	(ca. 18 ha / 1 ha) Konversionsfläche (ca. 19 ha / 2 ha) [B] Zweckverband mit Remseck / Kornwestheim [B] (ca. 68 ha / 57 ha)
Nürtingen	<u>„Kleiner Forst / Enzenhardt / Bergäcker“ (32)</u>	Nähe Industrieschwerpunkt, Ergänzung für dicht besiedeltes Neckartal (ca. 25 ha / 6 ha), 1)
Ostfildern	<u>„Scharnhäuser Park“ (26)</u> <u>„Ostfildern-Ruit“ (27)</u>	(ca. 67 ha / 51 ha) [B] Lärmschutz Flughafen beachten (ca. 26 ha / 2 ha), 3)
Remseck	<u>„Pattonville“ (9)</u>	Zweckverband mit Kornwestheim / Ludwigsburg [B] Erweiterung auf Markung Remseck (ca. 9 ha von 68 ha)
Renningen	<u>„Malsheim-Ost“ (41)</u> <u>„Renningen-Süd“ (42)</u>	Nähe Gewerbeschwerpunkt, südlich der Sonderfläche Bund (Flugplatz) (ca. 46 ha / 10 ha), 6) Nähe S-Bahn-Halt (neu) (ca. 6 ha / 0 ha) 1), 3)
Sachsenheim	<u>„Großsachsenheim-Süd“ (15)</u>	Verlagerter Standort (ca. 19 ha)
Schorndorf	<u>„Schorndorf-Haubersbronn“ (25)</u>	1), Talaue der Rems, Wasserschutz berücksichtigen (ca. 7 ha / 0 ha)
Sindelfingen	<u>„Maichingen-Süd“ (35)</u> <u>„Maichingen-Allmendäcker“ (36)</u>	(ca. 31 ha / 0 ha) (ca. 21 ha / 0 ha) 1)
Stuttgart	<u>„Burgholzhof“ (1)</u> <u>„Alte Messe Killesberg“ (2)</u> <u>„Güterbahnhof Bad Cannstatt“ (3)</u> <u>„Hallschlag“ (4)</u> <u>„Maybachstr./ City Prag“ (5)</u> <u>„Stöckach / Hackstraße“ (6)</u> <u>„Probstsee, S-Möhringen“ (7)</u> <u>„Stuttgart 21“ (8)</u>	(ca. 67 ha / 61 ha) Ehemalige Sonderfläche Bund [B] (ca. 12 ha / 2 ha ) [B] (ca. 15 ha) [B] Umnutzung, Revitalisierung (ca. 36 ha) [B] (ca. 2 ha zus. mit G 7 ha) [B] (ca. 14 ha) [B] (ca. 11 ha) [B] (ca. 40 ha / 16 ha) [B] 1), Mineralquellen berücksichtigen, FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich

Schwerpunkte des Wohnungsbaus gemäß PS 2.4.4.1 (Z) als Vorranggebiet (VRG) mit gebietsscharfer Darstellung in der Raumnutzungskarte		Hinweise für die Entwicklung der gekennzeichneten Bereiche: 1) – 3) siehe unten (Brutto-Fläche in ha, / davon entwickelt) Stand: Luftbild 2008; Bestandsfläche [B]
Stadt / Gemeinde	Standort / Bezeichnung (Nr.)	
Tamm	„Westlich Hohenstange“ (17)	(ca. 13 ha / 0 ha), 1)
Uhingen	„Weilenberger Hof“ (28)	Verbesserung ÖPNV erforderlich, FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich (ca. 21 ha / 6 ha)
Vaihingen an der Enz	„Kleinglattbach-Süd“ (16)	Zuordnung zur Bahn, günstige Ergänzung des Kernraumes der Region, Stärkung des Mittelzentrums, Nähe Industrie- schwerpunkt, Westrand Immissionsschutz berücksichtigen (ca. 45 ha / 18 ha) 1), 2)
Weinstadt	„Endersbach-West“ (24)	(ca. 8 ha / 3 ha) 1), Talaue der Rems berücksichtigen
Wernau	„Wernau-Ost“ (30)	(ca. 17 ha / 4 ha) 1)
Winnenden	„Nordöstlich der Kernstadt“ (20)	(ca. 18 ha / 3 ha) 1)

- 1) Festlegungen zur Freiraumstruktur z.B. Grundwasserschutz etc. zu beachten
- 2) Hinweis: ggfs. Immissionsschutzabstände gemäß § 50 BImSchG bzw. „Seveso-Richtlinie“ (bestehender Betrieb) berücksichtigen
- 3) Archäologische Belange beachten (Beteiligung der Denkmalpflege)

## 2.4.4

## Schwerpunkte des Wohnungsbaus

## Begründungen

Zu 2.4.4.1 (Z)  
Schwerpunkte des  
Wohnungsbaus (VRG)

Mit diesem Plansatz wird eine Schwerpunktbildung durch die gebietsscharfe Festlegung von Schwerpunkten des Wohnungsbaus vorgenommen. Die Festlegung als Vorranggebiete (VRG) erfolgt in der Raumnutzungskarte (RNK) und im Text in der Tabelle 2.4.4.2 (Z).

Die im Regionalplan 1998 enthaltenen Schwerpunkte werden, soweit sie noch nicht realisiert sind, in den Plan übernommen. Dabei waren für die bisherigen und sind für neue Schwerpunkte die folgenden Kriterien maßgebend und werden in die Umweltprüfung einbezogen:

Als „regionalbedeutsam“ sind solche Entwicklungsflächen eingestuft, die überwiegend die vorgegebenen, nachfolgend genannten Kriterien erfüllen.

a) Beurteilungskriterien für die Standortwahl:

- Die Zuordnung neuer oder sich erweiternder Siedlungsschwerpunkte (und Arbeitsstättengebiete) zum Schienennahverkehr
- Die vorrangige Nutzung von Siedlungsmöglichkeiten im Bestand
- Die Abstimmung von Siedlungs-, Landschafts- und Infrastrukturplanungen aufeinander (zur Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Qualität der Freiräume)
- Als Siedlungsbereich der Entwicklungsachsen im Einzugsbereich vorhandener Regionalzug-, S-Bahn-, Stadtbahn- oder im häufigen Takt bedienter Schienennahverkehrsstrecken liegend
- oder durch Einrichtung zusätzlicher Haltepunkte oder Betriebsverbesserungen auf vorhandener Trasse mit einem qualifizierten Schienennahverkehrsanschluss direkt erschließbar
- oder durch möglichst zweckmäßige und rentable Netzergänzungen direkt mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) erschließbar.

b) Unter Anwendung der unter a) beschriebenen Beurteilungskriterien wurden diejenigen Flächen ermittelt, die weitere Kriterien erfüllen:

- Sie liegen an einer Entwicklungsachse des Regionalplanes,
- sie liegen innerhalb eines engeren Suchbereiches mit dem Radius 500/1.000 m um einen bestehenden oder neuen Haltepunkt an einer Strecke des SPNV und
- sie sind überwiegend oder ganz frei von bestehenden/geplanten Restriktionen durch folgende Planinhalte: Regionale Grünzüge, Grünzäsuren, Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Aussagen der Landesbiotopkartierung, Wasserschutzzonen I/II/III, Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft / Überflutungsflächen und Überschwemmungsgebiete (Regionalplan 1998) sowie Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen gemäß PS 3.3.6 Z (VBG).

In einem weiteren Schritt der regionalplanerischen Abwägung wurden die in der Tabelle 2.4.4.2 (Z) vorgeschlagenen Siedlungsflächen ermittelt und in einem Kartenausschnitt M. 1:25.000 mit weiteren Informationen aus der Flächennutzungsplanung dargestellt und entsprechend in den Maßstab der Raumnutzungskarte M. 1:50.000 generalisiert übertragen.

Flächenpotenzial

Das mit den Schwerpunkten verbundene Flächenpotenzial (an 41 Standorten) beläuft sich insgesamt auf etwa 1.030 ha. Von den im Regionalplan 1998 festgelegten 26 Standorten wurden zwischenzeitlich etwa 345 ha entwickelt, fünf Standorte wurden nicht übernommen. Das neu hinzukommende Potenzial der als „Flächen im Bestand“ [B] mit Umnutzungs- und Nachverdichtungspotenzialen festgelegten 10 Standorte beläuft sich auf etwa 160 ha. Hier ist zu berücksichtigen, dass die Flächen-Potenziale in diesen Standorten nicht vergleichbar mit denjenigen der anderen Standorte sind, da in bestehenden Ortslagen in Rücksicht auf die städtebauliche Struktur differenzierte

Siedlungsdichten das mögliche Wohneinheiten-Potenzial (WE) stärker beeinflussen. Diese Standorte tragen jedoch mit dazu bei, dass Innenentwicklungspotenziale stärker als bisher in die Stadtentwicklung / Regionalentwicklung einbezogen werden. Das mit den 10 neu festgelegten Standorten verbundene neue Flächen-Potenzial beträgt etwa 130 ha.

Bei der Prüfung und Festlegung von Standorten waren insbesondere folgende Gesichtspunkte bedeutsam:

Es wurden solche Standorte ausgewählt, die möglichst nahe den Haltepunkten des Schienennahverkehrs zugeordnet sind, eine abschnittsweise Erschließung möglich ist, eine besondere städtebauliche Situation die Erweiterung bzw. Abrundung des Siedlungsbestandes ermöglicht und damit vorhandene Infrastrukturen sinnvoll ausgelastet werden, insbesondere jedoch die landschaftlichen und topographischen Gegebenheiten und möglichst wenig Restriktionen den festgelegten Standort gegenüber anderen, alternativen Standorten auszeichnen (siehe auch Begründung oben).

Hinsichtlich der Alternativenprüfung ist festzustellen, dass alle Standorte unter diesen Gesichtspunkten, als für die weitere, schwerpunktmäßige Entwicklung geeignet, angesehen werden.

Zusammengefasst erfüllen die Standort die folgenden Kriterien:

- Es ist nur im Einzelfall und in untergeordnetem Maß ein Eingriff in landschaftlich oder ökologisch wertvolle Bereiche erforderlich, (was im Einzelfall im Rahmen der begleitenden Plan-Umweltprüfung überprüft wurde). Dieser Eingriff ist aber ausgleichbar und im Rahmen der Bauleitplanung näher zu konkretisieren.
- Sie haben eine ausreichende Größe und gegebenenfalls Erweiterungsmöglichkeit,
- Es ist eine sinnvolle Zuordnung zu Haltepunkten des SPNV vorhanden/zukünftig vorhanden, es ist eine ausreichende Straßenerschließung vorhanden oder eine Ergänzung möglich,
- Es besteht keine oder nur geringe Unverträglichkeit mit benachbarten Nutzungen.

Auf die entsprechende Zuordnung der Schwerpunkte des Wohnungsbaus in Einzelfällen zu Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen wird verwiesen (siehe Kapitel 2.4.3.1).

Dem Anliegen der Regionalplanung, Industrie- und Gewerbebrachen und Konversionsflächen als Schwerpunkte festzulegen und damit die Innenentwicklung zu stärken, wurde durch die Ausgestaltung der Plansätze 2.4.3.1.1 und 2.4.3.1.3 Rechnung getragen.

#### 2.4.4.2 (Z) Schwerpunkte des Wohnungsbaus - Tabelle

Dieser Plansatz enthält eine tabellarische Auflistung der gebietsscharf in der Raumnutzungskarte festgelegten Schwerpunkte des Wohnungsbaus als Vorranggebiete (VRG).

In der Tabelle sind im Einzelnen aufgeführt:

- In Spalte 1 die Stadt/Gemeinde, in der der Schwerpunkt des Wohnungsbaus festgelegt wurde.
- In Spalte 2 die als Vorranggebiete verbindlich festgelegten Schwerpunkte des Wohnungsbaus nach PS 2.4.4.1 (Z) mit gebietsscharfer Darstellung (unterstrichen) mit Standortbezeichnung und laufender Nummer (1-42); Standort (10) Kornwestheim-Ost ist entfallen.
- In Spalte 3 Hinweise zu den einzelnen Standorten für ihre weitere Entwicklung sowie Angaben zur Brutto-Fläche des Standorts und einer bereits entwickelten Teilfläche zum Stand: Luftbild 2008. Die Brutto-Fläche umfasst dabei im Einzelfall die im Rahmen der Bauleitplanung konkretisierten Erschließungs-, Grünflächen, Gemeinbedarfsflächen usw. Im Falle der Bestandsflächen [B] sind je nach Umsetzungsstand damit auch differenzierte Nutzungen verbunden, die den je örtlichen Rahmenbedingungen

Rechnung tragen. Dies können z.B. neue, wichtige innerörtliche Grünflächen mit Klimafunktion und Anbindung an einen regionalen Freiraum im Zusammenhang mit einer Nachverdichtung sein, die zur städtebaulichen Qualitätsverbesserung beitragen. Deshalb wird dann im Einzelfall das tatsächlich nutzbare wohnbauliche Flächenpotenzial dadurch entsprechend reduziert.

## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.0 Ziele und Grundsätze zur Sicherung und Ordnung der regionalen Freiraumstruktur**

#### **3.0.1 Planelemente**

#### **3.0.2 Abstimmung der Freiraumfunktionen**

#### **3.0.3 Landschaftsrahmenplan**

#### **3.0.4 Landschaftspark Region Stuttgart**

#### **3.0.5 Eigenart und Vernetzung der Lebensräume**

#### **3.0.6 Regionaler Biotopverbund**

#### **3.0.7 Sicherung ausreichender Flächen für die Landwirtschaft**

#### **3.0.8 Bodenschutz**

#### **3.0.9 Erhaltung der Waldflächen**

#### **3.0.10 Sicherung klimarelevante Ausgleichsflächen**

#### **3.0.11 Sicherung landschaftsbezogener Erholungsmöglichkeiten**



**Kapitel 3:****REGIONALE FREIRAUMSTRUKTUR**

3.0	<b>Ziele und Grundsätze zur Sicherung und Ordnung der regionalen Freiraumstruktur</b>
3.0.1 (Z) Planelemente	<p>Zur Sicherung und Ordnung der vegetationsbestimmten Landschaft und ihres natürlichen Leistungsvermögens sind im Regionalplan als Vorranggebiet (VRG) bzw. Vorbehaltsgebiet (VBG) festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Regionale Grünzüge (VRG) (Plansatz 3.1.1)</li> <li>• Grünzäsuren (VRG) (Plansatz 3.1.2)</li> <li>• Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (VBG) (Plansatz 3.2.1)</li> <li>• Gebiete für die Landwirtschaft (VBG) (Plansatz 3.2.2)</li> <li>• Gebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen (VBG) (Plansatz 3.2.3)</li> <li>• Gebiete für Landschaftsentwicklung (VBG) (Plansatz 3.2.5)</li> <li>• Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (VBG) (Plansatz 3.3.1)</li> <li>• Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz (VRG) (Plansatz 3.4.2)</li> <li>• Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe bzw. Gebiete zur Sicherung von Rohstoffvorkommen (VRG) (Plansatz 3.5.1/3.5.2)</li> </ul>
3.0.2 (G) Abstimmung der Freiraumfunktionen	<p>Bei einer Überlagerung von Vorbehaltsgebieten sollen die landschaftlichen Einzelfunktionen entsprechend ihrer Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen untereinander abgestimmt werden. Dabei soll der jeweils empfindlicheren Funktion der Vorrang eingeräumt werden.</p>
3.0.3 (G) Landschaftsrahmenplan	<p>Für die weitere fachliche und räumliche Ausgestaltung der Freiraumziele und Grundsätze sind die im Landschaftsrahmenplan enthaltenen Aussagen als fachliche Grundlage zu berücksichtigen.</p>
3.0.4 (G) Landschaftspark Region Stuttgart	<p>Zur langfristigen Sicherung und Weiterentwicklung sowohl der städtisch als auch der ländlich geprägten Freiräume sowie zur Verbesserung der Erholungsbelange sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen teilraumbezogen Masterpläne für den Landschaftspark Region Stuttgart ausgearbeitet werden.</p>
3.0.5 (G) Eigenart und Vernetzung der Lebensräume	<p>Die für die Arten der heimischen Tier- und Pflanzenwelt bedeutsamen Standorte und landschaftlichen Gegebenheiten sollen in ihrer besonderen Eigenart und in ihrer räumlichen Vernetzung langfristig und nachhaltig erhalten und entwickelt werden.</p>
3.0.6 (G) Regionaler Biotopverbund	<p>Die Lebensräume und Populationen heimischer Tier- und Pflanzenarten sollen nachhaltig gesichert, verbessert und vernetzt werden. Besonders geeignet hierfür sind die Kern- und Verbindungsflächen des regionalen Biotopverbundes.</p>
3.0.7 (G) Sicherung ausreichender Flächen für die Landwirtschaft	<p>(1) In der Region sollen die Flächen mit besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft in ihrem Umfang, ihrer natürlichen Beschaffenheit und in ihrer natürlichen Leistungskraft nachhaltig gesichert werden.</p> <p>(2) Dabei sollen sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zur einheimischen Produktion sowie zur Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und Rohstoffen beitragen;</li> <li>• der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft sowie der Artenvielfalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt dienen;</li> <li>• als Kulturlandschaft gepflegt und damit für die Erholung gesichert werden.</li> </ul>
3.0.8 (G) Bodenschutz	<p>Die Böden in der Region sollen gesichert und in Abstimmung auf ihre Funktionen schonend bewirtschaftet werden. Bestehende Belastungen sollen soweit wie möglich gemindert werden.</p>



3.0.9 (G) Erhaltung der Waldflächen	Die Wälder in der Region Stuttgart sind auf ihren Standorten und in ihren Funktionen zu erhalten. Umwandlungen von Wald sind auf das Unvermeidbare zu beschränken. Waldflächenverluste sollen möglichst in engem räumlichem Bezug durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden.
3.0.10 (G) Sicherung klimarelevanter Ausgleichsflächen	Für den Ausgleich siedlungsklimatischer Belastungen sollen wichtige Kalt- und Frischluftentstehungsflächen und Luftleitbahnen gesichert werden
3.0.11 (G) Sicherung landschaftsbezogene Erholungsmöglichkeiten	Für die landschaftsbezogene, ruhige Erholung sollen unter Berücksichtigung anderer landschaftlicher Funktionen und des Naturhaushaltes große zusammenhängende Freiräume gesichert und entwickelt werden.
3.0.11.1 (G) Sicherung von Flächen für die siedlungsnahe Erholung	In den direkt an die Siedlungen angrenzenden Bereichen soll die Erholungsfunktion in Abstimmung mit anderen Landschaftsfunktionen gefördert werden. Die Erreichbarkeit der Flächen aus den Siedlungen heraus und der Verbund mit innerörtlichen Grünflächen und den überörtlichen Naherholungsbereichen soll gesichert werden.
3.1.11.2 (G) Sicherung von Erholungsräumen	In der Region sollen sowohl für den Freizeit- und Erholungsbedarf der Bevölkerung als auch zur Förderung des Tourismus und der wirtschaftlichen Entwicklung die dafür nötigen Räume und Einrichtungen gesichert und in Abstimmung auf die Empfindlichkeit von Natur und Landschaft ausgestaltet werden.
3.0.11.3 (G) Zuordnung und Entwicklung von Erholungsräumen	Erholungs- und Freizeiteinrichtungen sollen einerseits den Siedlungsbereichen und -schwerpunkten möglichst günstig zugeordnet werden; andererseits sind die für die Erholung besonders geeigneten Landschaftsräume, Kur- und Erholungsorte sowie Sehenswürdigkeiten in ihrem besonderen Charakter zu sichern und weiterzuentwickeln.

## 3.0

**Ziele und Grundsätze zur Sicherung und Ordnung der regionalen Freiraumstruktur**

	<b>Begründungen</b>
Zu 3.0.1 (Z) Planelemente  Grünzüge und Grünzäsuren	<p>Entsprechend den im Landesentwicklungsplan vorgegebenen Planungsinstrumenten werden in der Region Stuttgart zur Sicherung des übergreifenden Freiraumzusammenhangs, zum Schutz der Freiraumfunktionen und zum Ausgleich von Belastungen zusammenhängende Freiräume als Regionale Grünzüge gesichert sowie zur Gliederung der Siedlungsentwicklung und zur Verbindung der Grünzüge Grünzäsuren festgelegt. Regionale Grünzüge und Grünzäsuren haben als Lebensräume für die heimische Pflanzen- und Tierwelt, für die Sicherung der natürlichen Ressourcen, und als Grundlage für eine umweltverträgliche land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie für die landschaftsgebundene Erholung eine besondere Bedeutung. Im Vordergrund stehen die Sicherung eines vielfältig wirkenden Ausgleichs- und Ergänzungsraumes sowie die Sicherung eines funktionsfähigen Freiraumverbundes.</p>
Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege, für Landwirtschaft sowie für Forstwirtschaft und Waldfunktionen	<p>Zur Verdeutlichung von besonders bedeutsamen Freiraumnutzungen und -funktionen werden entsprechend den im Landesplanungsgesetz vorgegebenen Instrumenten Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege, für Landwirtschaft sowie für Forstwirtschaft und Waldfunktionen festgelegt. Land- und Forstwirtschaft sind die vorrangigen Freiraumnutzungen in der Region Stuttgart. Sie formen im Wesentlichen die Kulturlandschaft und sollen in ihrem Flächenumfang und in ihrer natürlichen Leistungskraft gesichert werden. Dabei sollen die Nutzungen jeweils auf die ökologischen Freiraumfunktionen und Schutzerfordernisse abgestimmt werden.</p> <p>Bei den Gebieten für Naturschutz und Landschaftspflege handelt es sich um Flächen mit besonderer Eignung für die Erhaltung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie der biologischen Vielfalt.</p> <p>Soweit Vorbehaltsgebiete innerhalb regionaler Grünzüge und Grünzäsuren liegen, ist eine Inanspruchnahme der Flächen für Bebauung und andere funktionswidrige Nutzungen mit Ausnahme der in PS 3.1.1 (Z) genannten Vorhaben nicht zulässig. Liegen Vorbehaltsgebiete innerhalb regionaler Grünzäsuren so sind Vorhaben im Sinne § 29 Abs. 1 BauGB i.d.F. v. 21.12.2006, zuletzt geändert am 24. Dezember 2008, mit Ausnahme der in Plansatz 3.1.2 (Z) genannten Ausnahmen dort nicht zulässig.</p> <p>Soweit Vorbehaltsgebiete außerhalb von regionalen Grünzügen und Grünzäsuren liegen, kommt ihnen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht zu.</p>
Gebiete zur Sicherung von Wasservorkom- men, den vorbeugen- den Hochwasserschutz sowie zur Sicherung von Rohstoffvorkom- men	<p>Darüber hinaus werden regionsweit Flächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz, bisher fachplanerisch noch nicht gesicherte Grundwasservorkommen und aufgehobene Wasserschutzgebiete sowie Rohstoffvorkommen von Steinen und Erden als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete festgelegt. Im Vordergrund steht, neben der Sicherung der Flächen, ein Ausschluss von Vorhaben und Nutzungen, die dem jeweilige Ziel widersprechen bzw. zu seiner erheblichen Beeinträchtigung führen würden.</p> <p>Eine Konkretisierung der regionalen Sicherungs- und Entwicklungsvorstellungen zu den einzelnen Freiraumfunktionen und Nutzungen erfolgt mit den Grundsätzen dieses Kapitels. Die nähere Bestimmung der oben angesprochenen Planungsinstrumente erfolgt in den nachfolgenden Plankapiteln 3.1 bis 3.4.</p>
Zu 3.0.2 (G) Abstimmung der Freiraumfunktionen	<p>Die in der Raumnutzungskarte festgelegten Vorbehaltsgebiete sind in vielen Fällen überlagernd dargestellt. Dies ist auf die Multifunktionalität vieler Flächen in Bezug auf landschaftliche Einzelfunktionen zurück zu führen. Dabei stehen die Landschaftsfunktionen meist in einem stark von den naturraum-spezifischen Verhältnissen geprägten großräumigen Zusammenhang, teilweise bedingen sie sich wechselseitig, können aber auch in Konkurrenz zueinander stehen. So können z.B. landwirtschaftliche Gunststandorte auch wichtige Habitate ackerbrütender Vogelarten und damit gleichzeitig von hoher landwirtschaftlicher als auch naturschutzfachlicher Bedeutung sein. Auch</p>

können Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, von Gebieten für die Landwirtschaft überlagert werden. Die Überlagerungen weisen darauf hin, dass in diesem Fällen, die landwirtschaftliche Nutzung auf die höhere Empfindlichkeit der anderen Schutzgüter (Artenvorkommen, Grundwasserschutz) angepasst werden soll.

Welche Freiraumfunktionen über die durch die Vorbehaltsgebiete gekennzeichneten Funktionen hinaus von Überlagerungen betroffen sind, kann der Landschaftsbewertung des Landschaftsrahmenplans von 1999 entnommen werden. Die Landschaftsbewertung (Landschaftsrahmenplan Teil I) wurde im Zusammenhang mit der Regionalplanfortschreibung vollständig aktualisiert und gibt mit Stand von 2008 einen Überblick über alle Schutzgüter.

#### Zu 3.0.3 (G) Landschaftsrahmen- plan

##### Fachliche Grundlage für die Ausformung der Freiraumziele

Der Landschaftsrahmenplan enthält als ökologischer Beitrag zum Regionalplan insbesondere landschaftsbezogene Beurteilungsgrundlagen für die Abstimmung der Raumnutzungen und -funktionen sowie für die Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen bedeutsame Aussagen. Daraus lassen sich die für die Begründung und die Entwicklung der im Regionalplan festgelegten Freiraumziele wichtigen Informationen ableiten. Besondere Bedeutung hat der Landschaftsrahmenplan somit für die Ausformung der regionalplanerischen Ziele und als Abwägungsmaterial für die Bauleitplanung und andere Planungsträger.

Der Landschaftsrahmenplan ist in mehrere, aufeinander aufbauende Teile gegliedert.

Das Grundlagenkapitel des Landschaftsrahmenplans wurde parallel zur Fortschreibung des Regionalplans umfassend weiter entwickelt und aktualisiert.

In Teil I – Grundlagenermittlung und -bewertung werden die für die räumliche Entwicklung wichtigen fachlichen Einzelinformationen, wie sie sich aufgrund der Angaben der Fachplanungsbehörden sowie eigener Erhebungen und Ausarbeitungen ermitteln ließen, in Form thematischer Karten mit Erläuterungstext dargestellt. Sie bilden die fachliche Grundlage für die flächendeckende Bewertung der Landschaftsfunktionen.

Weiterhin dienen sie als Beurteilungsgrundlage für die strategische Umweltprüfung des Regionalplanes. Die thematische Auswahl der fachlichen Einzelinformation hat sich aus diesem Grund, neben den Vorgaben des Naturschutzgesetzes, an den in der der SUP- Richtlinie (Richtlinie 2001/42/EG) vorgegebenen Schutzgütern orientiert.

In Teil II – Landschaftsfunktionenkarte werden die bewerteten Schutzgüter überlagernd dargestellt und ihr Zusammenwirken aufgezeigt. Dargestellt werden auch Bereiche, in denen Beeinträchtigungen der Landschaftsfunktionen festgestellt wurden. Zudem werden allgemeine Leitsätze für die Entwicklung der Landschaftsfunktionen formuliert.

Die Landschaftsfunktionenkarte enthält auch eine detaillierte Darstellung der in der tabellarischen Auflistung zu den Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren genannten regionalbedeutsamen Einzelfunktionen.

In Teil III – Maßnahmeempfehlungen werden die für die Entwicklung des Freiraumes wichtigen Maßnahmeempfehlungen formuliert. Es werden Maßnahmen zur Sicherung, Ergänzung und Sanierung von Landschaftsfunktionen vorgeschlagen. Dabei findet die Integration des regionalen Biotopverbundes in das naturschutzfachliche Entwicklungskonzept besondere Berücksichtigung.

#### Zu 3.0.4 (G) Landschaftspark Region Stuttgart

Teil IV – Landschaftspark Region Stuttgart zeigt auf, wie die Freiräume in der Region für die Erholung der Bevölkerung gestaltet und in ihrer natürlichen Eigenart und Schönheit gesichert und weiterentwickelt werden können.

Mit dem Landschaftspark wurde ein völlig neuer Ansatz für die Freiraumentwicklung geschaffen. Leitmotiv ist dabei, die Landschaft wieder in umfassender Weise der Bevölkerung bewusst zu machen. Das gilt insbesondere für den ethischen Wert und den ästhetischen Reiz der Landschaft.

In der dicht besiedelten Stadtlandschaft steht dabei die Fragestellung im Vordergrund, wie die verbliebenen Freiräume in ihren Ausgleichsleistungen gegenüber Belastungen des Verdichtungsraumes verbessert werden und wie neue Freiräume und Freiraumqualitäten geschaffen werden können. In den angrenzenden Freiräumen ist wiederum die Sicherung und Weiterentwicklung der großräumig wirksamen Erholungsfunktionen sowie der Kulturlandschaft ein zentrales Anliegen. Um sowohl der unterschiedlichen Siedlungsstruktur, als auch der landschaftlichen Vielfalt der Region gerecht zu werden, soll der Landschaftspark Region Stuttgart anhand von naturraumbezogenen Masterpläne für Teillandschaften planerisch erarbeitet werden. Dies geschieht gemäß dem Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (§ 3 (1) Nr. 2a, (3), Nr. 4 GVRS 2004) in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Gemeinden. Beispielhaft wird dies bereits für den Landschaftspark Rems, den Landschaftspark Limes sowie den Landschaftspark Neckar umgesetzt.

Zu 3.0.5 (G)  
Eigenart und  
Vernetzung der  
Lebensräume

Aufgrund der spezifischen Gegebenheiten u.a. des Bodens, der Exposition, des Klimas und des Wasserhaushalts weist jede Landschaft charakteristische Lebensräume für Pflanzen und Tiere auf. Die Ausstattung einer Landschaft mit Biotopen ist ein wichtiger Indikator für den Grad der Ausgeglichenheit der Landschaftsfunktionen, für eine intakte Umwelt, aber auch für die landschaftliche Vielfalt, Eigenart und Schönheit. Die Biotopstrukturen prägen zusammen mit anderen Elementen den landschaftstypischen Charakter der regionalen Teilräume und tragen damit wesentlich zur Erlebnis- und Erholungswirkung bei. Daneben ist die Erhaltung der Lebensräume für die in der Region heimischen Arten ein Beitrag zur Sicherung der Biodiversität.

In der Region Stuttgart sind insgesamt noch größere, zusammenhängende Lebensräume von Pflanzen und Tieren vorhanden, die sich teilweise bis in den Kern der Region erstrecken, aber überwiegend in den Randbereichen der Region konzentriert sind. Diese sollen erhalten und in ihrer Lebensraumfunktion gestärkt werden.

Andererseits weisen bereits größere Teilräume hohe Defizite und Beeinträchtigungen auf. Um ausreichenden Lebensraum für die heimischen Pflanzen und Tiere bereitzustellen, müssen aber alle Freiflächen, unabhängig von ihrer räumlichen Lage, einen Beitrag leisten. Deshalb sollen Gebiete, die ihre Funktion als Lebensraum für heimische Pflanzen und Tiere nicht mehr erfüllen können, durch entsprechende Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes entwickelt werden.

Weiterführende Aussagen hierzu enthalten die Ausarbeitung zum Regionalen Biotopverbund (vgl. PS 3.0.6 (G)) sowie der Landschaftsrahmenplan.

Zu 3.0.6 (G)  
Regionaler  
Biotopverbund

Der regionale Biotopverbund hat die Sicherung und Entwicklung der Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt zum Ziel. Gemäß dem Naturschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg (§§ 4, 5 NatSchG i.d.F. vom 13.12.2005, zuletzt geändert am 14.10.2008) soll ein Biotopverbund gesichert und eine regionale Mindestdichte von linearen und punktförmigen Vernetzungselementen erhalten werden. Der Raumplanung wird dabei bei der Flächensicherung eine besondere Rolle zugeschrieben. Die Notwendigkeit zur Sicherung ergibt sich insbesondere aus der durch den Lebensraumverlust bedingten, zunehmenden Zahl gefährdeter oder vom Aussterben bedrohter Pflanzen- und Tierarten. Langfristiges Ziel ist es deshalb, neben den besonders hochwertigen Kernflächen auch die übrigen Freiraumbereiche in ihrer Lebensraumfunktion zu stärken und zu vernetzen. Die Karte Nr. 15 „Regionaler Biotopverbund“ gibt für die Region Stuttgart flächendeckend Auskunft über die zu sichernden Kernflächen sowie die notwendigen Entwicklungsflächen. Kernflächen stellen Bereiche mit einer aktuell bereits hohen Wertigkeit dar. Die zentralen Kernflächen umfassen neben Feuchtgebieten, Fließ- und Stillgewässern, Talauen und landschaftlich wertvollen Hangzonen u.a. Streuobstwiesen, Halbtrockenrasen, Wacholderheiden, Feldgehölze, wertvolle Waldgebiete und Waldsaumzonen. In den Kernflächen sind der Erhaltungszustand und die Größe der Habitate zu erhalten bzw. zu verbessern. Die Verbindungsflächen, lassen sich als Suchräume verstehen, die aufgrund der räumlichen Lage sowie den strukturellen und standörtlichen Bedingungen gute Voraussetzungen für die Vergrößerung und Pufferung der Kernflächen

sowie für die Entwicklung flächenhafter, linearer und punktueller Strukturen zur Verbesserung der Durchgängigkeit aufweisen.

Die Kern- und Entwicklungsflächen sind Bestandteil der Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftsplanung (PS 3.2.3 Z).

Im Rahmen der Erarbeitung des regionalen Biotopverbundes wurden auch Flächen identifiziert, die Defizite bezüglich ihrer Eignung als Lebensraum aufweisen. Diese wurden als Mangelbereiche bezeichnet. Die Mangelbereiche geben Hinweise für die nachgeordnete Planungsebene im Hinblick auf einen strukturellen Aufwertungsbedarf. Insbesondere ist hier eine strukturelle Verbesserung von Offenlandlebensräumen z.B. über Ackerrandstreifen und breite Feldraine, Hochstaudenfluren oder Röhrichte entlang von Gräben, im Einzelfall begleitet durch punktuelle Einzelgebüsche anzustreben. Damit wird insbesondere § 5 des NatSchG entsprochen, eine naturraumtypische regionale Mindestdichte von linearen und punktförmigen Elementen zu erhalten bzw. neu einzurichten. Durch die Festlegung von Gebieten für Landschaftsentwicklung (PS 3.2.4) werden die genannten Mangelbereiche verortet und damit verbundene Zielsetzungen benannt.

Durch eine Vernetzung der Biotope über Verbindungsflächen und die Zusammenfassung einzelner wertvoller Landschaftsteile zu größeren Gebieten wird eine wichtige Voraussetzung für eine gesteigerte ökologische Wirksamkeit der erfassten Bereiche geschaffen. Sie tragen gleichzeitig wesentlich zur Schönheit und Vielfalt sowie dem damit verbundenen Erlebnis- und Erholungswert der Landschaft bei. Dabei ist es unerlässlich, die Erholungsnutzung auf die Empfindlichkeit der Biotope abzustimmen und ausreichende Rückzugsgebiete für heimische Tier- und Pflanzenpopulationen zu sichern.

Vertiefte Hinweise zum Biotopverbund und zu den Belangen des Arten- und Biotopschutzes enthält der Landschaftsrahmenplan.

Zu 3.0.7 (G)  
Sicherung ausreichender Flächen für die Landwirtschaft

Der Landesentwicklungsplan 2002 gibt mit dem Ziel in Plansatz 5.3.2 vor, dass die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden sollen.

Die Landwirtschaft bewirtschaftet mehr als die Hälfte der Freiflächen der Region. Sie trägt einerseits damit zur Sicherung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung sowie zur Produktion von Rohstoffen bei und hat andererseits wesentlichen Anteil an der Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft mit ihren vielfältigen Freiraumfunktionen.

Dies begründet eine besondere Sorgfaltspflicht für die Nutzung und die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Schutzes landwirtschaftlicher Fluren und Nutzflächen. Dieser bezieht sich insbesondere auf:

- den sparsamen Umgang mit Flächen, welchen durch bauliche Nutzung ihre natürlichen Funktionen langfristig entzogen werden;
- die Vermeidung von Zerschneidungswirkungen, die meist ebenfalls mit einem Verlust natürlicher Funktionen verbunden sind;
- die Kontrolle von Stoffeinträgen in den Boden, sei es aus der Luft, durch die landwirtschaftliche Nutzung, von Straßen und Leitungen etc. oder durch Aufschüttungen.

Im Vordergrund steht dabei die Sicherung der Vorrangfluren gemäß Flurbilanz 2007. Einen Überblick über die Kategorien landbaulicher Eignung der Flächen in der Region bietet Karte 16 „Flurbilanz Region Stuttgart“. Sie bedeuten im Einzelnen:

- Kategorie 1: Vorrangflur Stufe I gemäß Flurbilanz
- Kategorie 2: Vorrangflur Stufe II gemäß Flurbilanz
- Kategorie 3: Grenzflur
- Kategorie 4: Untergrenzflur

Die Kategorien 1 und 2 benennen die landbauwürdigen Flächen, die sowohl von der natürlichen als auch der wirtschaftlichen Eignung von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft sind. Die Flächen der Vorrangflur Stufe I bilden die Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft gemäß PS 3.2.5 (Z). Die Flä-

chen der der Vorrangflur Stufe II sind nachrichtlich in der Raumnutzungskarte dargestellt (Landwirtschaft, Flurbilanz Stufe II)

Die Kategorien 3 und 4 benennen die landbauproblematischen Flächen

Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung soll umweltgerecht und auf die Landschaft abgestimmt sein. Dies liegt auch im eigenen Interesse der Landwirtschaft, da die Gesunderhaltung der natürlichen Produktionsfaktoren Boden, Wasser, Luft eine unverzichtbare Voraussetzung für die Produktion gesunder Lebensmittel ist.

Zu 3.0.8 (G)  
Bodenschutz

Der Boden gehört aufgrund seiner vielfältigen Funktionen, die noch nicht vollständig bekannt sind, zu den kostbarsten natürlichen Ressourcen. Als Teil der Natur ist er selbst Lebensraum von Bodenorganismen, steht aber auch in intensiver Beziehung zu anderen natürlichen Lebensgrundlagen und Nutzungen. Dabei haben die einzelnen Böden eine unterschiedliche Bedeutung:

Bodenfunktionen

- als Standort für die natürliche Vegetation und Fauna
- als Standort für den Anbau von Kulturpflanzen
- hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Wasser zu speichern, mit entsprechenden Auswirkungen auf Hochwasserereignisse und das Pflanzenwachstum
- in der Fähigkeit, abhängig von dem jeweiligen Filter- und Puffervermögen Schadstoffe vor einem Eintrag in das Grundwasser zurückzuhalten
- Als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte

Bodenbelastung,  
Beeinträchtigung von  
Bodenfunktionen

Die Entwicklung von Siedlung, Verkehr und Infrastruktur kann zu wesentlichen Beeinträchtigungen bis hin zum vollständigen Verlust wichtiger Bodenfunktionen führen. Deshalb ist die Inanspruchnahme dieser nicht vermehrbaren natürlichen Ressource auf das absolut Notwendige zu beschränken, unter besonderer Berücksichtigung der besonders wertvollen oder seltenen Böden

Auch sollte die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bodenfunktionen sowohl bei der Bewirtschaftung von Böden als auch bei einer Überplanung durch Siedlungs- und Infrastrukturvorhaben verstärkt in die Abwägung miteinbezogen werden. Angesichts zunehmender Starkregenereignisse einerseits und langer Trockenperioden andererseits können Versiegelung und/oder Verdichtung von Böden mit einem hohen Wasserspeichervermögen zu einer Verschärfung der daraus resultierenden Auswirkungen führen.

Weiterhin sind Böden wertvolle Informationsquellen über die natürliche und anthropogen beeinflusste Entwicklung der Landschaft. Die Erhaltung der Böden und ihr Schutz vor Schadstoffanreicherung sind für die Produktion von Nahrungsmitteln und für die Stabilität des Naturhaushalts wichtig. Dabei müssen auch mögliche Auswirkungen von Boden verändernden Maßnahmen im Zuge der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung berücksichtigt werden. Da Belastungen sich über längere Zeiträume anreichern können und dann nur schwer abbaubar sind, muss der Eintrag von Schadstoffen sehr sorgfältig kontrolliert werden. Vorhandene Belastungen müssen vorrangig dort saniert werden, wo in der Folge Beeinträchtigungen weiterer natürlicher Lebensgrundlagen und gesundheitliche Beeinträchtigungen der Bevölkerung drohen.

Eine Übersicht über die stoffliche Belastung der Böden gibt der Bodenzustandsbericht Region Stuttgart.

Weitere bodenschutz-  
relevante Aufgaben

Darüber hinaus ist die Regionalplanung in der Region Stuttgart nicht nur auf den Schutz wertvoller Böden im Rahmen der Freiraumsicherung und einer Reduzierung des Flächenverbrauchs durch möglichst effiziente Zuordnung der Nutzungen beschränkt. Bodenschutzbelange werden auch im Rahmen der weiteren Aufgaben des Verbandes berührt. Dazu zählen:

- Weitergabe von bodenschutzrelevanten Informationen an andere Planungsträger im Zusammenhang mit dem Landschaftsrahmenplan und dem Bodenzustandsbericht
- Teilaufgaben der Abfallbeseitigung durch Bereitstellen von Entsorgungskapazitäten für belastete mineralische Abfälle
- Teilaufgaben im öffentlichen Nahverkehr, die zur Verminderung der Luft getragenen Schadstoffe beitragen

Zu 3.0.9 Erhaltung der Waldflächen	<p>Neben ihrem Beitrag zur Versorgung mit Rohstoffen tragen die Waldflächen wesentlich zur Sicherung der Bodenschutzfunktionen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Hierzu zählen u.a. die Verminderung der Erosionsschäden, der Schutz des Grundwassers, die Filterfunktionen für die Luft, die Dämpfung von klimatischen Extremen, der Schutz gegen Wind- und Frosteinwirkungen und die abschirmende Wirkung gegen Immissionen. Wegen des geringen Einsatzes von Pflanzenbehandlungsmitteln, der Langlebigkeit der Bestände und den schonenden Pflegeeingriffen sind die Waldflächen in besonderem Maße als Lebens- und Rückzugsraum für die Pflanzen- und Tierwelt geeignet. Daneben sind sie gerade in der dicht besiedelten Region Stuttgart von hervorragender Bedeutung für die Erholung. Sie sind deshalb in Übereinstimmung mit den Zielen des Landesentwicklungsplanes (Plansatz 5.3.2, 5.3.4, 5.3.5) zu erhalten, zu schützen und zu pflegen. Das im Plansatz 5.3.4 festgelegte Ziel des Landesentwicklungsplans 2002, bezüglich des Schutzes des Walds im Verdichtungsraum gilt unmittelbar.</p>
Walderkrankungen	<p>Häufiger als in anderen Regionen bestehen Überlagerungen mehrerer Funktionen und damit ein hoher Anspruch an die natürliche Leistungsfähigkeit der Wälder. Diese ist in Abhängigkeit von den Standortverhältnissen beschränkt und wird zudem durch die in den letzten Jahrzehnten verstärkt auftretenden Waldschäden beeinträchtigt.</p> <p>Nach dem gegenwärtigen Stand der Untersuchungen sind an den Walderkrankungen vielfältige Faktoren beteiligt. Als gesicherte Erkenntnis gilt, dass Luftschadstoffe und die aus ihnen hervorgehenden Folgeprodukte dabei eine wesentliche Rolle spielen. Wegen der zu befürchtenden Folgewirkungen auf den Naturhaushalt und die Landschaft, aber auch im Hinblick auf die Waldbewirtschaftung ist es unumgänglich, den Walderkrankungen entgegenzuwirken. Neben waldbaulichen Maßnahmen ist dabei die weitere Reduzierung der Luftschadstoffe in der Region weiterhin eine wichtige Aufgabe. Für den Ballungsraum besonders dringlich erscheinen Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Straßenverkehrsmittel.</p>
Zu 3.0.10 (G) Sicherung klimarelevanter Ausgleichsflächen	<p>Insbesondere in den dicht besiedelten Bereichen der Region treten bereits heute klimatische Belastungen für die Bevölkerung aufgrund von Überwärmungen und fehlender Durchlüftung auf. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, klimaaktive Flächen zu sichern und bauliche Entwicklungen auf die Klimaschutzbelange abzustimmen. Dies wird durch die absehbare, globale Erwärmung und der daraus folgenden Auswirkungen auf das Bioklima umso wichtiger. Auch in den weniger dicht besiedelten Bereichen schafft eine Beachtung der siedlungsklimatischen Bedingungen die Voraussetzung für gesunde Wohn- und Arbeitsbedingungen. Siedlungsklimatische Belange sollen deshalb in der Bauleitplanung besondere Beachtung finden.</p> <p>Der Digitale Klimaatlas Region Stuttgart enthält hierzu weitergehende Hinweise in Form von Grundlageninformationen bis hin zu Planungskarten.</p>
Zu 3.0.11 (G) Sicherung landschaftsbezogener Erholungsmöglichkeiten	<p>Für die Region Stuttgart als Raum mit einer hohen Bevölkerungskonzentration und großer wirtschaftlicher Leistungskraft ist die Sicherung und Entwicklung der Erholungseignung der Landschaft ein maßgeblicher Faktor für die Lebensraum- und Standortqualität. Aufgrund der hohen landschaftlichen Attraktivität bietet die Region dafür gute Voraussetzungen, die aber gesichert und weiterhin entwickelt werden müssen. Die Erholungswirksamkeit des Freiraumes hängt dabei entscheidend von der Flächennutzung, die wesentlich von der Land- und Forstwirtschaft bestimmt ist, ab. Landschaftsbezogene Erholung bedeutet daher fast immer eine Überlagerung und ein Abstimmungsbedarf mit diesen primären Nutzungen. Ebenso sind die für die Arten der Tier- und Pflanzenwelt als Lebensräume bedeutsamen Bereiche in der Regel wegen ihrer landschaftsprägenden Wirkung auch als Erholungsbereiche attraktiv. Um Zielkonflikte zu vermeiden, muss die Erholungsnutzung daher ihrerseits auf die überlagernden Landschaftsfunktionen abgestimmt werden. So sollen beispielsweise empfindliche Biotope von Störungen möglichst freigehalten werden. Andererseits kann die Erholungsfunktion der Landschaft nur gesichert werden, wenn bei der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung auch Erholungsgesichtspunkte berücksichtigt werden.</p>

Entsprechend den differenzierten Lebensbedingungen der Bevölkerung, den Einflüssen ihrer Wohn- und Arbeitswelt und der Altersstruktur entsteht eine Nachfrage nach unterschiedlichen Erholungsmöglichkeiten. Die Erholungserwartungen zielen sowohl auf ruhige Entspannung wie auf körperliche Aktivität. Auf der Angebotsseite steht diesen Erwartungen eine ebenfalls differenzierte Erholungseignung des Raumes gegenüber. Sie ist abhängig sowohl von natürlichen Faktoren als auch von anthropogenen Einrichtungen. Dabei müssen, um Überlastungserscheinungen zu vermeiden, Empfindlichkeit und Aufnahmefähigkeit der Landschaft sowie Intensität der Erholungsnutzung aufeinander abgestimmt werden.

Für die regionale Erholungsplanung sind insbesondere die flächenwirksamen Kriterien und damit die Abhängigkeit der Erholungsbedürfnisse von der Siedlungsstruktur, dem Verhältnis zwischen der bebauten und der unbebauten Fläche und der Nutzung und Erreichbarkeit der Freiräume von Bedeutung. Diese Kriterien sind auch für die Teilraumkonzeptionen des Landschaftspark Region Stuttgart von Bedeutung.

3.0.11.1 (G)  
Sicherung von Flächen  
für die siedlungsnahen  
Erholung

Um unnötigen Freizeitverkehr und die daraus resultierenden Umweltbelastungen zu vermindern ist die Bereitstellung und Gestaltung möglichst wohnungsnaher, gut erreichbarer und ausreichend großer Erholungsgebiete von großer Bedeutung.

Insbesondere in dicht besiedelten Bereichen ist dies zum Ausgleich von Belastungen und zur Schaffung von Regenerationsmöglichkeiten für die Bevölkerung notwendig. Eine Anbindung an innerörtliche Grünflächen ermöglicht dabei eine Vernetzung und eine Stärkung des Freiraum- und Erholungsangebotes und verbessert so die Erholungsqualität für die Bevölkerung.

Der kommunalen Bauleitplanung dabei die Aufgabe zu, die Zugänglichkeit von siedlungsnahen Erholungsräumen zu sichern und diese zu erhalten.

In diesen Zusammenhang erhält auch die Anbindung der weiter von den Siedlungen entfernten, großflächigen Erholungsräume an den öffentlichen Nahverkehr ein besonderes Gewicht.

Zu 3.0.11.2 (G)  
Sicherung von  
Erholungsräumen

Ergänzend zu den siedlungsnahen Erholungsbereichen sind großflächige Erholungsräume außerhalb des Verdichtungsraumes, insbesondere die in der Region ausgewiesenen Naturparkbereiche sowie das Biosphärengebiet Schwäbische Alb, für die ruhebetonte Naherholung und den Tourismus zu sichern und zu entwickeln. Damit sollen auch weite Anfahrten in außerhalb der Region gelegene Gebiete vermindert werden. Gleichzeitig soll die Wirtschaftskraft durch die Förderung des Tourismus gestärkt werden.

Zu 3.0.11.3 (G)  
Zuordnung und  
Entwicklung von  
Erholungsräumen

Unter diesem Aspekt ist auch die Entwicklung von Teillandschaftsparks des Landschaftsparks Region Stuttgart zu sehen. Je nach Landschaftsraum kommen diesen unterschiedliche Aufgaben und Schwerpunkte zu. Liegen diese im Verdichtungsraum eher bei der Sanierung und Wiederherstellung von Landschaftsfunktionen, so treten in den weniger dicht besiedelten Räumen eher die Sicherung von hochwertigen Landschaftsteilen und touristische Ansätze in den Vordergrund.





## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren**

#### **3.1.1 Regionale Grünzüge**

#### **3.1.2 Grünzäsuren**



3.1	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren
3.1.1 (Z) Regionale Grünzüge	<p>(1) Die in der Raumnutzungskarte festgelegten Regionalen Grünzüge sind Vorranggebiete für den Freiraumschutz mit dem Ziel der Erhaltung und Verbesserung des Freiraumes und der Sicherung des großräumigen Freiraumzusammenhangs. Die Regionalen Grünzüge dienen der Sicherung der Freiraumfunktionen Boden, Wasser, Klima, Arten- und Biotopschutz, der naturbezogenen Erholung sowie insbesondere der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung und Produktion. Regionale Grünzüge dürfen keiner weiteren Belastung, insbesondere durch Bebauung ausgesetzt werden. Funktionswidrige Nutzungen sind ausgeschlossen. Die Erweiterung bestehender standortgebundener technischer Infrastruktur ist ausnahmsweise zulässig.</p> <p>(2) Neue raumbedeutsame, auf den Außenbereich angewiesene privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft, können in den Regionalen Grünzügen ausnahmsweise dann zugelassen werden, wenn diese einer bereits rechtskräftig bestehenden baulichen Anlage zugeordnet werden. Soweit eine Zuordnung von landwirtschaftlichen Produktionsstätten aus immissionsschutzrechtlichen Gründen nicht möglich ist, sind bei der Ansiedlung die landschaftlichen Gegebenheiten besonders zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Die Regionalen Grünzüge enthalten vielerorts nachweislich bestandskräftige, genehmigte bauliche Anlagen, Vorhaben und Bebauungspläne im Außenbereich, wie z.B. Sport- und Freizeiteinrichtungen. Diese haben in den Regionalen Grünzügen im Einzelfall Bestandsschutz. Erweiterungen sind im Rahmen der bisherigen Ausprägung möglich.</p> <p>(4) Sofern die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten regionalen Grünzüge Vorranggebiete für den Abbau bzw. für die Sicherung von Rohstoffen gemäß PS 3.5.2.1 (Z) bzw. 3.5.2.2 (Z) überlagern, haben diese Vorrang gegenüber anderen im Grünzug zulässigen Nutzungen.</p>
3.1.2 (Z) Grünzäsuren	<p>Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten Grünzäsuren sind vorgesehen als die besiedelten Bereiche gliedernde Freiräume. Andere raumbedeutsame Nutzungen sind in den Grünzäsuren ausgeschlossen, soweit sie mit der gliedernden oder ökologischen Funktionen der Grünzäsuren nicht zu vereinbaren sind (Vorranggebiet zugunsten von Freiräumen). Neue raumbedeutsame Vorhaben im Sinne von § 29 Abs. 1 BauGB i.d.F. v. 21.12.2006, zuletzt geändert am 24.12.2008, dürfen mit Ausnahme der Erweiterung bestehender Kläranlagen nicht zugelassen werden. Die Erweiterung bestehender standortgebundener technischer Infrastruktur ist ausnahmsweise zulässig.</p>

## 3.1

## Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

## Begründungen

Zu 3.1.1 (Z)  
Regionale Grünzüge

In der dicht besiedelten Region Stuttgart kommt dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Sicherung der Freiraumfunktionen und des Freiraumzusammenhangs ein hohes Gewicht zu. Gemäß Landesplanungsgesetz (LplG) i.d.F. vom 10. Juli 2003, zuletzt geändert am 14.10.2008 enthalten Regionalpläne Festlegungen zur anzustrebenden Freiraumstruktur, soweit es zur Entwicklung und Ordnung der räumlichen Struktur einer Region erforderlich ist. Als Instrumente werden Regionale Grünzüge und Grünzäsuren sowie Gebiete für besondere Nutzungen im Freiraum genannt. In weiten Teilen der Region Stuttgart, die zu großen Teilen dem Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum zugeordnet ist und eine entsprechend hohe Nutzungsintensität und –dichte aufweist, ist von einer mehrfachen Überlagerung verschiedener Freiraumfunktionen und ihrer jeweiligen Bedeutung für den Naturhaushalt und die Bevölkerung auszugehen. Gleichzeitig ist nach wie vor ein hoher Entwicklungsdruck auf den Freiraum gegeben. Unter Beachtung dieser spezifischen Situation ist zur Entwicklung, Sicherung und Ordnung der Freiraumstruktur zum einen ein wirksames Sicherungsinstrument zum Freiraumschutz anzuwenden, zum anderen ist es erforderlich, dass das Instrument die notwendige Abstimmung der unterschiedlichen Freiraumnutzungen und Funktionen untereinander weiterhin zulässt.

Aus diesem Grund wird für die ganze Region einheitlich das multifunktionale Instrument des Regionalen Grünzugs als Vorranggebiet zur Sicherung des Freiraumes festgelegt. Aufgrund der hohen Besiedlungsdichte und weiter gestiegener Anforderungen an die Ausgleichsleistungen der Freiräume erreichen die Festlegungen zur Sicherung zusammenhängender Freiräume in der Region Stuttgart eine großräumige Ausdehnung.

Ziele des Landesentwicklungsplans 2002

Gemäß Plansatz 5.1.3 ff LEP 2002 sind Regionale Grünzüge größere zusammenhängende Freiräume für unterschiedliche ökologische Funktionen, für naturschonende, nachhaltige Nutzungen oder für die naturgebundene Erholung; sie sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden. Die Regionalen Grünzüge sichern in der Region Stuttgart den großräumigen regionalen Freiraumzusammenhang sowie das Leistungsvermögen des Naturhaushalts.

Sicherung der überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume

Sie beinhalten und ergänzen die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume, die gemäß Plansatz 5.1.2 des LEP 2002 zu sichern sind, und in denen die Funktions- und Leitungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und zu verbessern ist. In der Region Stuttgart handelt es sich dabei insbesondere um die großen Waldgebiete Murrhardter und Welzheimer Wald, Schurwald, Glemswald und Schönbuch sowie die Naturräume Heckengäu, Stromberg und die Schwäbische Alb mit dem Albvorland. Auch die gemäß Natura-2000 geschützten Gebiete gehören zu dieser Kulisse.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge dient auch der Sicherung von Flächen für eine auf die übrigen Freiraumfunktionen abgestimmten Land- und Forstwirtschaft. Damit wird auch den Zielen der Plansätze 2.2.3.7, 2.3.1.4 und 2.4.3.5 des LEP 2002 entsprochen, im Verdichtungsraum, der Randzone um den Verdichtungsraum sowie im ländlichen Raum zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen ausreichend Freiräume zu sichern. Weiterhin tragen Regionale Grünzüge dazu bei, die Vorgaben des Naturschutzgesetzes (NatSchG i.d.F. vom 13.12.2005, zuletzt geändert am 14.10.2008) insbesondere bezüglich der Grundsätze des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Erholungsvorsorge (§ 2), des Schutzes unzerschnittener Landschaftsteile (§ 3) und des Biotopverbunds (§§ 4 und 5) umzusetzen.

Fachliche Grundlage für die Ausformung der Freiraumziele

Die Bedeutung der unterschiedlichen Freiraumfunktionen wurde im Vorfeld der Regionalplanfortschreibung umfassend untersucht. Dazu wurden im Rahmen der Aktualisierung des Landschaftsrahmenplans umfangreiche Grundlagenhebungen zu den Schutzgütern Boden, Wasser, Bau- und Bodendenk-

	<p>male, Arten- und Biotopschutz, Erholung sowie Siedlungsklima durchgeführt. Ergänzend wurden aktuelle Informationen von der Landwirtschaftsverwaltung zur Wirtschaftsfunktion landwirtschaftlicher Flächen (Digitale Flurbilanz) bereitgestellt. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass in der Regel nicht nur eine Freiraumfunktion bzw. ein Schutzgut bedeutsam für den Freiraum ist. Vielmehr gehen häufig, insbesondere im Umfeld der Siedlungen, z.B. Erholungs-, Klima- und Bodenschutzfunktionen sowie Belange der Land- und Fortwirtschaft auf den gleichen Flächen Hand in Hand. Die verschiedenen Freiraumfunktionen bedingen sich dabei teilweise gegenseitig, können aber auch in Konkurrenz zueinander stehen. So trägt die Ausstattung mit Biotopen wesentlich zur Steigerung des Erlebniswertes einer Landschaft bei. Ebenso kann eine auf die Biotopfunktion abgestimmte land- oder forstwirtschaftliche Nutzung wichtig für die Erhaltung von Biotopen sein. Andererseits können durch zu intensive Erholungsnutzung oder landwirtschaftliche Intensivnutzung Biotope erheblich beeinträchtigt werden.</p>
Abstimmung der Freiraumfunktionen	<p>Eine Abstimmung der Freiraumfunktionen untereinander und auf die jeweiligen Standortverhältnisse, im Sinne eines verträglichen Miteinanders mehrerer gleichwertiger Funktionen in einem Gebiet, ist daher unerlässlich. Aufgrund dieser ausgeprägten Überlagerung verschiedener Freiraumfunktionen in weiten Teilen der hoch verdichteten Region und ihrer jeweiligen Bedeutung für den Naturhaushalt und die Bevölkerung wird auf eine raumordnerische Vorrangfestlegung für einzelne Freiraumfunktionen verzichtet. Vielmehr wird ein multifunktionaler Freiraumschutz durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen gewährleistet. Mit dieser Zielsetzung werden entgegenstehende Nutzungen und Beeinträchtigungen ausgeschlossen. Innerhalb des Regionalen Grünzuges kann vor Ort eine Abstimmung der Freiraumfunktionen untereinander in einem Gebiet stattfinden.</p>
Schutz des Bodens vor funktionswidrigen Nutzungen	<p>Der durch die Regionalen Grünzüge festgelegte Ausschluss von funktionswidrigen Vorhaben ist wirksamer Boden- und Flächenschutz. Die Region Stuttgart verfügt mit den außerordentlich fruchtbaren Böden u. a. in den Kernbereichen des Langen Felds, des Schmidener Felds und der Filder über überregional bedeutsame Böden, die als Alleinstellungsmerkmal der Region angesehen werden können. Entsprechend der überregionalen Bedeutung dieser besonders hochwertigen Böden besteht für diese eine besondere Schutzverantwortung in der Region Stuttgart. Dieser wird raumordnerisch nachgekommen, indem über 80% der hochwertigen Böden durch Regionale Grünzüge gesichert werden. Über diese besonders wertvollen Flächen hinaus haben die Regionalen Grünzüge insgesamt das Ziel, die Bodenfunktionen gegen entgegenstehende Nutzungen zu sichern. Beispielsweise gewinnt vor dem Hintergrund des Klimawandels und zu erwartender Starkregenereignisse einerseits und längeren Trockenheiten andererseits, das Wasserspeichervermögen der Böden an Bedeutung. Für den regionalen Biotopverbund sind wiederum Böden mit besonderer Eignung als Standort für natürliche Vegetation zu sichern.</p>
Arten- und Biotopschutz	<p>Durch ihre Großflächigkeit und ihren großräumigen Zusammenhang können die Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren wertvolle Flächen für den Arten- und Biotopschutz und den zwischen ihnen notwendigen Biotopverbund sichern. Die Regionalen Grünzüge halten Freiräume mit einer großen Artenvielfalt oder speziellen Arten von Besiedelung und anderen funktionswidrigen Nutzungen frei und leisten damit, wie auch durch den Schutz der Vielfalt der Lebensräume, einen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität.</p>
Sicherung der siedlungsklimatischen Ausgleichsfunktion	<p>In Bereichen, in denen Regionale Grünzüge und Grünzäsuren den Siedlungsbereichen zugeordnet sind, können Flächen mit klimatischen Ausgleichsfunktionen ihre Wirkung entfalten. Die Frischluftentstehung und –zufuhr, ebenso wie die für eine nächtliche Abkühlung notwendige Versorgung mit Kaltluft, kann durch die Freihaltung der entsprechenden Funktionsflächen gesichert werden. Auch werden dadurch die Durchlüftung und der Abtransport von schadstoffbelasteter Luft aus dicht besiedelten, austauscharmen Gebieten unterstützt.</p>
Erholungsvorsorge	<p>Für die naturgebundene Erholung sind aufgrund der dichten Besiedelung in der Region Stuttgart alle durch die regionalen Grünzüge gesicherten Freiräume relevant. Im Umfeld der Orte dienen sie vor allem der siedlungsnahen</p>

	<p>Erholung. Die siedlungsferneren Gebiete in den verschiedenen Naturräumen dienen darüber hinaus auch der Wochenend- und Freizeiterholung. Durch die Großflächigkeit der regionalen Grünzüge werden vielfältige Kulturlandschaftsräume gesichert, in denen unterschiedliche, landschaftsgebundene Rekreati-onsbedürfnisse befriedigt werden können.</p>
Schutz der land- und forstwirtschaftlichen Flächen	<p>Mit den Regionalen Grünzügen wird den Anforderungen der Landwirtschaft, großflächige Freiräume als Grundlage für eine wirtschaftliche und nachhaltige Nutzung gegenüber baulichen Nutzungen und anderen Beeinträchtigungen zu sichern, entsprochen. Um darüber hinaus auf Flächen herausragender Bedeutung für die auf den Freiraum angewiesene Nutzungen der Land- und auch der Forstwirtschaft mit ihren spezifischen Anforderungen hinzuweisen und diesen besonderes Gewicht beizumessen, erfolgt zusätzlich eine Festlegung der im LEP 2002 unter Plansatz 5.1.3 genannten Schutzbedürftigen Bereiche als Gebiete für Landwirtschaft, sowie für Forstwirtschaft und Waldfunktionen.</p>
Privilegierte landwirtschaftliche Vorhaben	<p>Regionale Grünzüge dienen der Erhaltung des Freiraumes im großräumigen Zusammenhang. Störungen des Freiraumzusammenhangs und Belastungen der natürlichen Funktionen können dabei nicht nur von großmaßstäblichen Eingriffen, sondern auch von einer Vielzahl kleiner Vorhaben ausgehen. Um einer weiteren Zersiedlung des Freiraumgefüges und dem Entstehen weiterer baulicher Ansätze entgegenzuwirken, sind deshalb raumbedeutsame, auf den Außenbereich angewiesene privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB einer im Außenbereich bereits rechtskräftig bestehenden baulichen Anlage zu zuordnen. Völlige Neuansätze in der Landschaft durch landwirtschaftliche Aussiedlungen können durch eine Aussiedelung in Zuordnung zu bestehenden Hofstellen vermieden werden. Für eine Zuordnung sprechen neben den raumordnerischen Aspekten auch soziale Gesichtspunkte (Sozialkontakte, gesellschaftliche Einbindung) und erschließungstechnische Gründe (Ver- und Entsorgung, Zufahrten). Sofern aus immissionsschutzrechtlichen Gründen eine Zuordnung zu bestehenden Anlagen nicht möglich ist, kommt der Wahl eines raumordnerisch verträglichen Standorts besondere Bedeutung zu. Durch eine Anpassung an die landschaftlichen Gegebenheiten sollen Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild verringert werden.</p> <p>Im Rahmen dieser Regelung ist auch den sich abzeichnenden strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft, etwa durch Erschließung von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsquellen wie beispielsweise Erholungsangebote oder Direktvermarktung Rechnung zu tragen.</p>
Bestandsschutz für rechtskräftige Anlagen, Vorhaben und Planungen	<p>In einer stark verdichteten Region kann es nicht ausbleiben, dass in den Regionalen Grünzügen bereits eine Vielzahl rechtskräftiger baulicher Anlagen, Vorhaben und Bebauungspläne wie z.B. Sport- und Freizeiteinrichtungen oder Gartenhausgebiete vorhanden sind. Diese haben Bestandsschutz. Erweiterungen sind im Rahmen der bisherigen Ausprägung, unter sorgfältiger Überprüfung und Beachtung der landschaftlichen Einzelfaktoren, möglich. Die bisherige Ausprägung orientiert sich dabei am Umfang und der Art der bisherigen baulichen Anlagen. Die Erweiterung bestehender Anlagen ist völligen Neuansätzen und damit neuen Belastungen der Freiräume an anderer Stelle vorzuziehen.</p>
Bedeutung für Bauleitplanung und Fachplanungen	<p>Die Regionalen Grünzüge sind als Ziele der Raumordnung und Landesplanung von erheblicher Bedeutung für die Bauleitplanung und für die Fachplanungen. In der Raumnutzungskarte erfolgt die Festlegung der Regionalen Grünzüge gebietsscharf im Maßstab 1: 50.000. Die parzellenscharfe Ausformung erfolgt im Rahmen der Bauleitplanung oder der Fachplanung.</p>
Tabelle Regionale Grünzüge	<p>Die nachfolgenden Tabellen konkretisieren aus regionalplanerischer Sicht wesentliche Funktionen der einzelnen Abschnitte der regionalen Grünzüge. Deren jeweilige Lage ist Karte 8 zu entnehmen.</p> <p>In den Tabellen sind alle regionalplanerisch festgelegten oder als verbindliche Planung nachrichtlich übernommenen Standorte und Infrastrukturvorhaben sowie geplante Vorhaben von regionaler Bedeutung aufgeführt, die im jeweiligen Grünzug liegen. Darüber hinaus enthalten die Tabellen Hinweise auf weitere Infrastrukturprojekte, die nicht Bestandteil des regionalbedeutsamen Ver-</p>

kehrsnetzes sind und daher nicht in der Raumnutzungskarte dargestellt werden können, aus regionalplanerischer Sicht jedoch einen wichtigen Beitrag zur Erschließung beispielsweise der im Regionalplan festgelegten Schwerpunkte leisten können.

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G1	Stromberg/ Heuchellberg	Landwirtschaft Forstwirtschaft Weinbau Streuobstwiesen Kleingärten	Hoher Waldanteil, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Naturpark, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Überflutungsbereiche Kirbachtal, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, landbauwürdige Flächen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen  Enthält Trasse für geplante Produktlenkung (Ethylen)
G2	Westl. Neckartal, Besigheim bis Regionsgrenze	Landwirtschaft  Streuobstwiesen Intensivkulturen Forstwirtschaft Kleingärten	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wald im waldarmen Gebiet, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen  Enthält geplanten Haltepunkt Gemmingheim Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G3	Nordseite Mettertäl, Enz bis Regionalgrenze	Landwirtschaft Weinbau Obstbau Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Überflutungsbereiche Mettertäl, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Biotope, Naturpark, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trasse für geplante Produktlenkung (Ethylen) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G4	Neckartal Ingersheim/ Pleidelshaus Regionalgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft Weinbau	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Überflutungsbereiche Neckartal, Wald im waldarmen Gebiet, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trasse für geplante Produktlenkung (Ethylen) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung Enthält Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)
G5	Bottwartal/ Obersienfeld	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Überflutungsbereiche Bottwartal, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für L 1115 zwischen Backnang und der A 81 Enthält Trassenfreihaltung und Vorschlag zur Prüfung der Möglichkeiten zum Wiederaufbau der stillgelegten Strecke Marbach- Beilstein Enthält Trasse für geplante Produktlenkung (Ethylen)
G6	Schwäbisch-Fränkische Waldberge	Forstwirtschaft Landwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Naturpark, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Überflutungsbereiche Lautertal, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, landbauwürdige Flächen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für L 1115 zwischen Backnang und der A 81  Enthält Weltkulturerbe Limes



<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G7	Nordseite des Murrtales von Sulzbach bis zur Regionsgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Naherholung, Murrtales mit Überflutungsbereichen, Grundwasserneubildung, Grundwasserschutz, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Naturpark, Erholung, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Weltkulturerbe Limes
G8	Großaspach/ Nordseite des Murrtales bis Sulzbach a.d.M	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, Murrtales, Lautertal mit Überflutungsbereichen, Grundwasserschutz, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Naturpark, Erholung, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung Ausbau Murrbahn um ein zweites Gleis
G9	Erdmannhausen/ Rielingshausen/ Kirchberg	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe I), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Wasserhaushalt, Murrtales u. Buchenbachtal mit Überflutungsbereichen, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung und Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Affalterbach (L1127) und Trassensicherung sowie Ausbauvorschlag für L 1115 zwischen Backnang und der A 81 Enthält Trassenfreihaltung und Vorschlag zur Prüfung der Möglichkeiten zum Wiederaufbau der stillgelegten Schienenstrecke Marbach - Beilstein Enthält geplanten P+R-Anlage Kirchberg und Erdmannhausen Enthält Trasse für geplante Produktenteileitung (Ethylen)
G10	Neckartal, Bietigheimer Forst bis Kraftwerk Marbach	Landwirtschaft Weinbau Streuobstwiesen Forstwirtschaft Golfplatz	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Neckartal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Klima, wohnungsnaher Erholung, Wald im walddarmen Gebiet, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 81 und Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Pleidelsheim (ohne Trassenfestlegung) Enthält nachrichtl. Übernahme des zweigleisigen Ausbaus der Schienenstrecke Freiberg-Benningen Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G11	Nordseite Enztal Bissingen/ Unterriexingen bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Enztal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, wohnungsnaher Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturpark, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enztalabstieg Überlegungen der Stadt Bietigheim-Bissingen zu einer Straßenverbindung L 1107 – L 1125
G12	Weissach/ Eberdingen bis Enzweihingen, Strudelbachtal	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald, Waldfunktionen, Strudelbachtal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt Grundwasserneubildung, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Erholung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Ausbauvorschlag für B 10 zwischen Vaihingen/Enz und A 81

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G13	Glemstal, Langes Feld bis Glemsmündung,	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Klima, Enzaue, Glemstal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Wald im waldarmen Gebiet, Waldfunktionen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Ausbauvorschlag für B 10 zwischen Vaihingen/Enz und A 81 und Ausbauvorschlag für A 81 und randlich Ausbauvorschlag für die Anschlussstelle Ludwigsburg-Süd der A 81 Enthält Ausbauvorschlag für eine Stadtbahnanbindung von Schwieberdingen an die Strecke Ludwigsburg - Markgröningen Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Ludwigsburg-Markgröningen und den Vorschlag zu deren Reaktivierung als Stadtbahnstrecke
G14	Neckartal vom Kraftwerk Marbach bis Remseck und Kornwestheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft Golfplatz	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Neckartal mit Überflutungsbereichen, Naherholung wohnungsnaher Erholung, Klima, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Wald im waldarmen Gebiet, Waldfunktionen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für eine Straßenverbindung der Räume Ludwigsburg/Kornwestheim und Waiblingen/Fellbach Enthält Vorschlag für eine Stadtbahnverbindung Ludwigsburg- Waiblingen Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G15	Leutenbach bis Großaspach	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Murrta mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, wohnungsnaher Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für L 1115 zwischen Backnang und der A 81 Enthält verbindlich geplante Neubaumaßnahme B 14 Winnenden – Nellmersbach- Backnang Enthält Vorschlag zur Prüfung der Einrichtung eines Haltepunktes in Erbstetten Enthält Trasse für geplante Produktenteileitung (Ethylen)
G16	Backnanger Bucht	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Wasserhaushalt, wohnungsnaher Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trasse für geplante Produktenteileitung (Ethylen)
G17	Südseite des Murrtales von Backnang bis zur Regionsgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Murrta mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Klima Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Im Regionalplan ist ein zu sichernder Standort für eine Mülldeponie sowie die Trassensicherung Ausbau Murrbahn dargestellt. Enthält Weltkulturerbe Limes

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G18	Unterweissach/ Auenwald	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Wald, Waldfunktionen, landbauwürdige Flächen, hoher Anteil hochwertiger Böden, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen
G19	Murrhardter und Welzheimer Wald mit Althütte	Forstwirtschaft Landwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Naherholung, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Rudersberg-Welzheim Enthält Weltkulturerbe Limes
G20	Welzheimer Wald von Kaisersbach über Welzheim bis Alfdorf	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Naherholung, , Rottal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Rudersberg-Welzheim Enthält Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG) Enthält Weltkulturerbe Limes
G21	Wieslaufstal/ Rudersberg und Berglen	Landwirtschaft Forstwirtschaft Streuobstwiesen Golfplatz	Wald, Waldfunktionen, Wieslaufstal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Naherholung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung der Freiraumvernetzung	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Rudersberg-Welzheim Enthält Trasse für geplante Produktenteitung (Ethylen)
G22	Winnenden/ Berglen bis Nellmersbach	Landwirtschaft Obstbau Streuobstwiesen Weinbau Forstwirtschaft	Wald, Waldfunktionen, , hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, Buchenbachtal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung der Freiraumvernetzung	Enthält randlich verbindlich geplante Neubaumaßnahme B 14 Winnenden - Nellmersbach Enthält Trasse für geplante Produktenteitung (Ethylen)
G23	Schmidener Feld bis Schwaikheim	Landwirtschaft Intensivkulturen Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Erholung, wohnungsnahe Erholung, Wald im waldarmen Gebiet, Waldfunktionen, Remsschlingen mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Biotope Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für eine Straßenverbindung der Räume Ludwigsburg/ Kornwestheim und Waiblingen/ Fellbach Enthält Vorschlag für eine Stadtbahnverbindung Ludwigsburg-Waiblingen Enthält Trasse für gepl. Ferngasltg.
G24	Korber Kopf bis Buoher Höhe	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft Weinbau	Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Klima, hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald und Waldfunktionen, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G25	Heimerdingen, Seewald-Neuwirtshaus bis Rutesheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft Gartenhausgebiete, Golfplatz	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wald im verdichteten Kernraum, Klima, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G26	Rutesheim bis Leonberg	Landwirtschaft Forstwirtschaft Streuobstwiesen Gartenhausgebiete	Hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald, Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen
G27	Waldgebiete westl. Stuttgart bis Siebenmühlental	Landwirtschaft Forstwirtschaft Sonderkulturen Gartenhausgebiete	Hoher Waldanteil im verdichteten Kernraum, Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Klima, Talau der Glems, Bachtäler, Überflutungsbereiche Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Quellschutzgebiet Mineralquellen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs  Besondere Bedeutung von Naturschutz im Bereich des Standortübungsplatzes	Enthält verbindlich geplanten Ausbau der A 81 im Abschnitt Gärtringen/Böblingen-Hulb, Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 81 im Bereich Böblingen-Hulb/Autobahnkreuz Stuttgart, Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 8 im Abschnitt Leonberg - Wendlingen sowie Ausbauvorschlag für die Anschlussstelle Böblingen-Os mit Anbindung an die Querspange Böblingen-Sindelfingen  Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Gäubahn um 3. Gleis
G28	Bopser/ Frauenkopf / Wangener-Höhe in Stuttgart bis Esslingen	Landwirtschaft Rebfluren Streuobstwiesen Forstwirtschaft Sport- u. Freizeiteinrichtungen, Kleingärten	Hoher Waldanteil im verdichteten Kernraum, Waldfunktionen, hoher Anteil hochwertiger Böden, Klima, wohnungsnahe Erholung, Naherholung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Quellschutzgebiet Mineralquellen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält geplante Streckenabschnitte des Bahnprojekts Stuttgart 21
G29	Kappelberg bis Esslingen	Landwirtschaft Weinbau Streuobstwiesen Forstwirtschaft Gartenhausgebiete	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald, Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen  Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Remstalstrecke um 3. Gleis  Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G30	Nördl. Remstal Buocher Höhe bis Wieslaufftal	Landwirtschaft Obstwiesen Weinbau Forstwirtschaft	Wald, Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält in Bau befindliche Neubau- maßnahme Umfahrung L 1150 Schorndorf-Haubersbronn  Enthält Trasse für geplante Produk- tenleitung (Ethylen)
G31	Nordöstliches Remstal, östliches Wieslaufftal bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Obstbau Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Klima, Wieslaufftal, Wasserhaushalt, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält in Bau befindliche Neubau- maßnahme Umfahrung L 1150 Schorndorf-Haubersbronn  Enthält Trasse für geplante Produk- tenleitung (Ethylen)
G32	Südl. Remstal, Weinstadt/ Strümpfelbach bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Weinbau Obstbau Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wald, Waldfunktionen, Klima, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Winterbach  Enthält planfestgestellte Beseitigung des Bahnübergangs zwischen Schorndorf und Urbach  Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Remstalstrecke um 3. Gleis  Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G33	Schurwald zwischen Baltmannsweiler, Lichtenwald und Adelberg	Forstwirtschaft Landwirtschaft	Hoher Waldanteil und Waldfunktionen, Naherholung, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G34	Nördl. Neckartal Esslingen bis Plochingen	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft Weinbau	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Klima, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Wasserhaushalt, Klima, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G35	Filderebene, Westl. Neckartal, Neckartenzlingen, Köngen, Plochingen Kopf	Landwirtschaft Kleingärten Obstwiesen Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Bachtäler, Körschtal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Sulzbachau, Überflutungsbereiche, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 8 im Abschnitt Leonberg - Wendlingen, Trassensicherung und Ausbauvorschlag für B 27 im Abschnitt Aichtal – Echterdingen Ei sowie Ausbauvorschlag für die Verbindung zwischen B 10- A 8 / B 27 und Ausbauvorschlag zur Erweiterung der Anschlussstelle Esslingen der A 8 Enthält randlich Trassensicherung für die Verbindung L 1204 – L 1205 südöstl. Plochingen Enthält Vorschlag zum Ausbau des Stadtbahnnetzes (Fasanenhof-Neue Messe) Enthält geplante Streckenabschnitte des Bahnprojekts Stuttgart 21
G36	Schönbuchtrauf Siebenmühlental bis Neckartal	Forstwirtschaft Kleingärten	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Klima, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, landbauwürdige Flächen, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Leinfelden-Echterdingen
G37	Westl. Schönbuchtrauf von Böblingen bis Herrenberg	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil und Waldfunktionen, landbauwürdige Flächen, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Klima, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Grundwasserneubildung, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Vorschlag, den zweigleisigen Ausbau der Schönbuchbahn langfristig zu ermöglichen Enthält verbindlich geplante Ausbaumaßnahme A 81 Gärtringen - Böblingen-Hulb
G38	Renningen bis Böblingen/ Dagersheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen, hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnaher Erholung, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Grundwasserneubildung, Klima, Biotop und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Vorschlag für Neubauabschnitt Ostelsheim - Weil der Stadt auf der Schienenstrecke Weil der Stadt – Calw Enthält in Bau befindliche Ausbaumaßnahme B 464 Sindelfingen-Renningen Enthält randlich geplanten Haltepunkt mit P+R-Anlage Magstadt

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G39	Heckengäu um Aidlingen, Deckenpfronn bis Oberjesingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen, hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen.
G40	Böblingen/ Dagersheim bis Herrenberg/ Oberjesingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Klima, Wasserhaushalt, Schutz gefährdeter Grundwasserkörper, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Gäubahn um 3. Gleis und Vorschlag zur Trassensicherung für neue Schienenverbindung zwischen Böblingen und Calw Enthält randlich verbindlich geplante Ausbaumaßnahme A 81 Gärtringen - Böblingen-Hulb
G41	Oberes Gäu nördlich Jettingen und Mötzingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Sehr hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält in Bau befindliche Umfahrung von Oberjettingen Enthält Vorschlag zur Sicherung einer geeigneten Trasse für die Schienenstrecke Herrenberg – Nagold Enthält in Bau befindliche Neubaumaßnahme Umfahrung Herrenberg Hauptort und Affstätt
G42	Oberes Gäu zwischen Gäufelden und Herrenberg bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft Golfplatz	Hoher Anteil besonders landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), sehr hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Vorschlag zur Sicherung einer geeigneten Trasse für die Schienenstrecke Herrenberg – Nagold Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Gäubahn um 3. Gleis
G43	Schönbuch zwischen Hildrizhausen, Holzgerlingen und Waldenbuch	Forstwirtschaft Landwirtschaft Golfplatz	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Naturpark, Bachtäler mit Überflutungsbereichen, Naherholung und siedlungsnahe Erholung, Klima, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorschlag, den zweigleisigen Ausbau der Schönbuchbahn langfristig zu ermöglichen Enthält Trassensicherung und Vorschlag zum Ausbau der B 464 zwischen Holzgerlingen und Holzgerlingen-Süd
G44	Ostseite Neckartal Neckartenzlingen, Köngen bis Kirchheim unter Teck	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft Golfplatz	Zusammenhängende Waldflächen, Waldfunktionen, hoher Anteil landbauwürdiger Flächen (Flurbilanz Stufe 1), hoher Anteil hochwertiger Böden, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Neckartal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Ausbauvorschlag für B 297 im Bereich Neckartailfingen/Neckarhausen

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G45	Frickenhausen, Nürtingen bis Wendlingen/Kirchheim unter Teck bis Bissingen	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Zusammenhängende Waldflächen, Waldfunktionen, , hoher Anteil hochwertiger Böden, Tiefenbachtal, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Wasserhaushalt, Erholung und Naherholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg) Enthält Trasse für geplante Produktenerleitung (Ethylen)
G46	Wernau, Notzingen bis Kirchheim unter Teck	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft Sportanlagen Golfplatz	Naherholung, hoher Anteil hochwertiger Böden, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima	Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg) Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Kirchheim u. Teck – Weilheim a. d. Teck
G47	Südseite Filstal Reichenbach bis UHINGEN	Landwirtschaft Forstwirtschaft	hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald und Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Wasserhaushalt, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Plochingen (L 1201) Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Filstaltrecke um drittes Gleis Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G48	Nordseite Filstal Reichenbach bis Reichenbach und Göppingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Klima, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs, Freiraumverbindung nördl. und südl. Filstal	Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Filstaltrecke um drittes Gleis Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Göppingen-Wäschenbeuren(-Lorch) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G49	Nordöstliches Albvorland zwischen Lauterstein, Reichenbach unter Rechberg, Ottenbach, Hohenstaufen und Maitis	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Wald und Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Reichenbachtal, Krummtal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Stauferberge, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Göppingen-Wäschenbeuren (-Lorch)
G50	Nordseite Filstal Göppingen bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Wald und Waldfunktionen, Naherholung, wohnungsnahe Erholung, Reichenbachtal, Krummtal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Filstaltrecke um drittes Gleis Enthält verbindlich geplanten Neubau B466 Umfahrung Donzdorf und verbindlich geplanten Neubau Querspange B 10 – B 466 (Süßen) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G51	Südseite Filstal Göppingen bis Regionsgrenze	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft Golfplatz	Talaue der oberen Fils, Überflutungsbereiche , Wasserhaushalt, Nah- und Kurerholung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Klima, Naturschutz und Landschaftspflege, , Wald und Waldfunktionen, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für B10 zwischen Gingen/Fils und Regionsgrenze und verbindlich geplanten Neubau der B 10 Eisingen- Gingen Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G52	Südseite Filstal UHINGEN bis Göppingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	hoher Anteil hochwertiger Böden, Bachtäler mit Überflutungsbereichen, Naherholung, Klima, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Jebenhausen und Bezgenriet (L 1214) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung

<b>Grünzüge</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
G53	Schlierbach, Hattenhofen, Zell u.A., Aichelberg bis Bad Boll	Landwirtschaft Forstwirtschaft Streuobstwiesen Golfplatz	hoher Anteil hochwertiger Böden, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Nah- und Kurerholung, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Heiningen (L 1217) Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Bad Boll – Göppingen und Vorschlag zur Wiederinbetriebnahme der Strecke Kirchheim/Teck – Weilheim/Teck – Bad Boll - Göppingen Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg) Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
G54	Weilheim u. Teck mit Neidlingen und Ochsenwang	Landwirtschaft Forstwirtschaft Streuobstwiesen	Erholung, Wald und Waldfunktionen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg)
G 55	Obere Filsalb von Wiesensteig bis Bad Überkingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Oberes Filstal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Nah- und Kurerholung, Hoher Waldanteil, Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 8 zwischen Mülhausen und Hohenstadt und in Bau befindlichen Ausbau der A8 zwischen Gruibingen und Mülhausen Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg) Enthält Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)
G56	Mittlere Kuppenalb zwischen Hohenstadt und Türkheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Erholung, Grundwasserneubildung, Wasserhaushalt, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A 8 zwischen Mülhausen und Hohenstadt Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg) Enthält Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)
G57	Mittlere Schwäbische Alb, Lautertal von Dettingen bis Oberlenningen und Gutenberg	Landwirtschaft Streuobstwiesen Forstwirtschaft	Erholung, Lautertal mit Überflutungsbereichen, Wasserhaushalt, Hangwälder, Schopflocher Torfmoor, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Klima, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen
G58	Steinachtal Frickehausen, Albtrauf und Mittlere Alb um Kohlberg, Neuffen und Beuren	Landwirtschaft Forstwirtschaft Weinbau Streuobstwiesen	Erholung, Steinachtal, Überflutungsbereiche, Wasserhaushalt, Weinberge, Hangwälder, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Enthält Freilichtmuseum Beuren
G59	Albuch und Härtsfeld rund um Schnittlingen, Treffelhausen und Böhmenkirch	Landwirtschaft Forstwirtschaft	hoher Anteil hochwertiger Böden, Erholung, Wasserhaushalt, Grundwasserneubildung, Roggental, Überflutungsbereiche, Hangwälder, Wald und Waldfunktionen, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope und Biotopverbund, Sicherung des Freiraumzusammenhangs	Enthält Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffvorkommen Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung Enthält Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)



### Zu 3.1.2 (Z) Grünzäsuren

Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten Grünzäsuren sind gemäß LEP 2002 Plansatz 5.1.3 (Z) kleinere Freiräume zur Vermeidung des Zusammenwachsens von Siedlungen und für siedlungsnahen Ausgleichs- und Erholungsfunktionen. Sie sollen von Besiedelung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden, der Schutz des Freiraums genießt Vorrang.

Die Grünzäsuren sind an den Stellen festgelegt, wo sie zur Siedlungsgliederung und zur Aufrechterhaltung von Freiraumfunktionen unabdingbar sind. Sie dienen dazu, die gewachsenen Siedlungseinheiten zu erhalten und keine ungegliederten Siedlungsbänder entstehen zu lassen. Durch eine klare Trennung tragen sie zur Erkennbarkeit der jeweiligen Siedlungen bei. Durch die Wahrung eines angemessenen Abstands wird oft überhaupt erst ein Erfassen der Siedlungsbereiche durch deren Bewohner und eine gewisse Identifizierung ermöglicht. Grünzäsuren sind daher von großer Bedeutung für die Wahrnehmung des Landschaftsbildes an der Schnittstelle von Siedlung und Freiraum. Die sehr kleinräumigen Grünzäsuren reagieren äußerst empfindlich auf den in der verdichteten Region Stuttgart herrschenden Entwicklungsdruck. Angesichts der dort oft schon vorhandenen Überformung der Landschaft ist es deshalb in besonderem raumordnerischen Interesse, die Belastungen nicht weiter zu vergrößern und baulichen Neuansätzen in den zwischen Siedlungen verbliebenen Freiräumen entgegen zu wirken. Damit die Grünzäsuren ihre regionalbedeutsamen Gliederungs- und Verbindungsfunktionen weiterhin erfüllen können, müssen sie in ihrem, häufig relativ geringem Umfang gesichert und von jeder weiteren Belastung durch Bebauung freigehalten werden. Bereits vorhandene Belastungen sollen eher beseitigt oder gemildert werden, jede weitere Einengung und Beeinträchtigung ist dringend zu vermeiden.

Als zentrales Verbindungsglied der Grünzüge erfüllen Grünzäsuren in der Regel auch ökologische Funktionen und sind häufig für das Siedlungsklima von großer Bedeutung. Neben einer direkten Nutzung durch Land- und Forstwirtschaft sowie ihrer Funktion für die siedlungsnahen Erholung leisten die Grünzäsuren mit ihrer gliedernden Funktion einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der landschaftlichen Eigenart, etwa durch den Schutz von charakteristischen Pflanzen- und Tiergesellschaften und der morphologisch prägenden Elemente wie Bachläufe, Klingen, Kuppen, Steilhänge und Mulden.

Wegen des Maßstabs der Raumnutzungskarte bedürfen die räumlichen Begrenzungen der Grünzäsuren folgender Klarstellung. Ragen Gebiete mit rechts- und bestandskräftigen Bebauungsplänen randlich in die Grünzäsuren, so werden diese nicht von der Grünzäsur erfasst, die Grünzäsuren enden in diesen Fällen an der Grenze des Bebauungsplangebietes. Die Grünzäsur ist damit abschließend ausgeformt. Nachweislich bestandskräftige genehmigte bauliche Anlagen und Vorhaben haben in den Grünzäsuren im Einzelfall Bestandsschutz, darüber hinausgehende Erweiterungen sind nicht möglich.

Die Erweiterung bestehender standortgebundener technischer Infrastruktur, wie z.B. der Bau eines Radweges entlang einer bestehenden Straße oder der Ausbau einer Kläranlage ist ausnahmsweise zulässig.

### Tabelle Grünzäsuren

Die nachfolgenden Tabellen konkretisieren aus regionalplanerischer Sicht wesentliche Funktionen der einzelnen Abschnitte der Grünzäsuren. Deren jeweilige Lage ist Karte 8 zu entnehmen.

In den Tabellen sind alle regionalplanerisch festgelegten oder als verbindliche Planung nachrichtlich übernommenen Standorte und Infrastrukturvorhaben sowie geplante Vorhaben von regionaler Bedeutung aufgeführt, die in der jeweiligen Grünzäsur liegen. Darüber hinaus enthalten die Tabellen Hinweise auf weitere Infrastrukturprojekte, die nicht Bestandteil des regionalbedeutsamen Verkehrsnetzes sind und daher nicht in der Raumnutzungskarte dargestellt werden können, aus regionalplanerischer Sicht jedoch einen wichtigen Beitrag zur Erschließung beispielsweise der im Regionalplan festgelegten Schwerpunkte leisten können.

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z3	Stuttgart Münster/ Steinhaldenfeld/ Sommerrain/ Hofen	Landwirtschaft Weinbau Steinhalden- friedhof Sportflächen Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, Neckartal mit Hangbereich „Zuckerberg“, Grundwasserneubil- dung, wohnungsnaher Erholung, Klima, Biotop und Biotopverbund, Vernetzung innerörtlicher Freiräu- me	
Z4	Neugereut Steinhaldenfeld/ Öffingen- Schmidlen- Sommerrain/ Fellbach	Landwirtschaft Weinbau Bauhof	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, Max-Eyth-See, Grundwasser- neubildung, landbauwürdige Flä- chen, wohnungsnaher Erholung, Klima, Freiraumvernetzung inner- städtischer Freiflächen und Anbin- dung an die freie Landschaft	
Z5 (2 Teile)	Stuttgart	Grünflächen mit Sportanlagen, Festwiesen, Hö- henpark Killes- berg, IGA- Gelände, Rosen- steinpark, Schloß- garten, Villa Berg - Cannstatter Was- sen - Luginsland, Weinbau	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, Ehem. Nesenbachau, Ne- ckartal, Steillagen z.T. Travertin, Klima, Biotop und Biotopverbund, wohnungsnaher Erholung, Vernet- zung innerstädtischer Freiräume, Quellschutzgebiet	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag B 10 im Bereich Rosenstein, Ausbauvorschlag für die Stadtbahnstrecke Stuttgart Hbf – Münster und Anbindung Stuttgart- Neckarpark Enthält geplante Streckenabschnit- te des Bahnprojekts Stuttgart 21
Z6	Degerloch/ Sonnenberg/ Vaihingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft Grünflächen	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, landbauwürdige Flächen wohnungsnaher Erholung, Biotop und Biotopverbund, Freiraumver- netzung, Klima	Enthält geplante Streckenabschnit- te des Bahnprojekts Stuttgart 21
Z7	Möhringen/ Vaihingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, landbauwürdige Flächen wohnungsnaher Erholung, Biotop und Biotopverbund, Fließgewässer mit Überflutungsbereich, Freiraum- vernetzung, Klima	
Z8	Möhringen/ Fasanenhof	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, landbauwürdige Flächen, Körchtal, Überflutungsbereiche, wohnungsnaher Erholung, Biotop und Biotopverbund, Frei- raumvernetzung,	Enthält geplante Streckenabschnit- te des Bahnprojekts Stuttgart 21
Z9	Oberaichen/ Unteraichen/ Leinfelden	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, landbauwürdige Flächen, Biotop und Biotopverbund, Fließ- gewässer mit Überflutungsbereich, Freiraumvernetzung, wohnungsnaher Erholung, Klima	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag für A8 –im Ab- schnitt Leonberg -Wendlingen
Z10	Leinfelden/ Echterdingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwick- lung, landbauwürdige Flächen, Biotop und Biotopverbund, Fließ- gewässer mit Überflutungsbereich, Freiraumvernetzung, wohnungsnaher Erholung, Klima	Enthält Trassensicherung und Vorschlag zur Beseitigung von Ortsdurchfahrten im Bereich Lein- felden Echterdingen (L 1192/I 1208) sowie Trassensicherung für den Stadtbahnverkehr im Bereich Lein- felden-Echterdingen-Hinterhof

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z11	Echterdingen/ Stetten	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, wohnungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z12	Stetten/ Plattenhardt	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Schönbuchhang zur Filderebene, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, wohnungsnahe Erholung, Klima, landbauwürdige Flächen	
Z13	Bernhausen/ Plattenhardt/	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Klima, wohnungsnahe Erholung, Ausgleichsfunktion für den Wasserhaushalt	Enthält Ausbauvorschlag für Verbindung B 10 - A8 – B27 sowie Trassensicherung und Ausbauvorschlag für B 27 im Abschnitt Aichtal – Echterdinger Ei
Z14	Sielmingen/ Neuhausen a.d.F. Bereich Bereich Filderpark	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Bachaue, Überflutungsbereiche, siedlungsnahe Erholung, Klima	Enthält Trassensicherung für Stadt- bahnverkehr Bernhausen- Neuhausen Enthält Ausbauvorschlag für Verbindung B 10 - A8 – B27
Z15	Neuhausen/ Ge- werbegebiete Sielmingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Klima, landbauwürdige Flächen, siedlungsnahe Erholung	Enthält Trassensicherung für Stadt- bahnverkehr Bernhausen- Neuhausen
Z16	Sommerrain/ Bad Cannstatt	Landwirtschaft	Gliederung der innerörtlichen Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, wohnungsnahe Erholung, Klima,	
Z17	Schönberg/ Riedenberg	Land- und Forstwirtschaft Gartenhausgebiete	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, wohnungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung	
Z18	Mettingen/ Esslingen/ Weil/ Pliensauvorstadt Bereich Bereich Neckarpark	Weinbau Landwirtschaft Forstwirtschaft	Steilhänge des Neckartals „Neckarhalde“, Wasserschutzgebiet, wohnungsnahe Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z19	Esslingen Mitte/ Berkheim/ Zollberg	Forstwirtschaft Landwirtschaft Gartenhausgebiet Kleingärten Sportflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Steilhang im Neckartal, Klima, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Wasserschutzgebiet, Freiraumvernetzung	Enthält randlich Trasse für den Schienenverkehr Neubau (VRG) Stadtbahn Nellingen-Esslingen
Z20	Nellingen/ Zoll- berg/ Berkheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, siedlungsnahe Erholung, Klima, Wasserschutzgebiet	Enthält Trassensicherung für den Stadtbahnverkehr im Bereich Nellingen-Esslingen

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z21	Nellingen/ Denkendorf	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, siedlungsnaher Erholung,	
Z22 (2-teilig)	Zell/Sirnau/ Altbach/Deizisau	Grünflächen mit Sportanlagen Dauerkleingärten Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckar mit Altarm und Körschmündung, Überflutungsgebiete, Grundwasserneubildung, Schilfbestand, ökol. Ausgleichsraum für Pflanzen und Tiere (Wasservögel), Klima, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z23	Plochingen/ Altbach	Landwirtschaft Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Klima, Biotope, siedlungsnaher Erholung	
Z24	Plochingen/ Stumpfenhof/ Reichenbach/	Land- und Forstwirtschaft Gartenhäuser	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Erosionsgefährdete Steillagen, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, wohnungsnaher Erholung, Klima	Enthält Vorschlag für Beseitigung der Ortsdurchfahrt von Plochingen (L 1201)
Z25	Plochingen/ Wernau Bereich Bereich Neckarpark	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckarknie, Überflutungsgebiete, Grundwasserneubildung, Verbindung der Regionalen Grünzüge, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Klima, siedlungsnaher Erholung	
Z26	Wendlingen/ Ötlingen	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Lauteraue, Überflutungsgebiete, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnaher Erholung, Freiraumvernetzung, Klima	
Z27	Köngen/ Unterensingen/ Wendlingen/ Oberboihingen Bereich Bereich Neckarpark	Natur- und Landschaftsschutzgebiet	Gliederung der Siedlungsentwicklung, „Röhm“- und „Schüle-See“, Neckartal, Überflutungsgebiete, Verlandungsbiotop, Auwaldreste, Rückzugsgebiet für Wasservögel, Biotope und Biotopverbund, Erholung, landbauwürdige Flächen Freiraumvernetzung	Enthält randlich geplante Neu- und Ausbaustrecke Stuttgart- Ulm- (Augsburg) und geplante Streckenabschnitte des Bahnprojekts Stuttgart 21
Z28	Oberboihingen/ Unterensingen/ Zizishausen Bereich Bereich Neckarpark	Landwirtschaft Baggersee, Ruderalflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Baggersee, Neckartalaue mit Insel und Unterlauf des Marbachs, Überflutungsgebiete, Wasserschutz, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnaher Erholung, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	
Z29	Oberboihingen/ Nürtingen Bereich Bereich Neckarpark	Landwirtschaft Wasserfläche z.T. aufgefüllt, Ruderalflächen Baumwiesen	(Bagger-) See im „Grien“, Talaue mit Rudolfshalde, Wasserschutzgebiet, wohnungsnaher Erholung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, landbauwürdige Flächen	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z30	Zizishausen/ Oberensingen	Landwirtschaft Sportanlage Wasserfassung im Tal	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckartalaue, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Aichmündung und Nordhang, Steinenberg, Wasserschutzgebiet, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopvernetzung, Freiraumvernetzung	
Z31	Wolfschlugen/ Hardt	Landwirtschaft Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Erholung, Freihaltung Wirkraum Anlage Domnick, Freiraumvernetzung, Klima	
Z32	Oberensingen/ Hardt	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Erholung, Freiraumvernetzung, Klima	
Z33	Oberensingen/ Nürtingen/ Neckarhausen	Grünflächen mit Sportanlagen Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Galgenberg, Steilhang mit Knollenmergel, Neckartalaue, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Schutz der Heinrichsquelle, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Klima	
Z34	Nürtingen / Frickenhäusen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Steinachtal, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, wohnungsnahe Erholung	
Z35	Nürtingen/ Reudern	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Freiraumvernetzung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Klima, Wasserschutzgebiet, landbauwürdige Flächen	
Z36	Neckartenzlingen/ Bemplingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Ermstal mit Auewiesen, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Erholung	
Z37	Neuffen/ Beuren	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Vogelschutz, Erholung	
Z38	Brucken/ Unterlenningen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung im Lautertal, Wasserschutzgebiet, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung, Klima, Erholung	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z39	Owen/ Brucken	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung in der Talaue, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung, Klima, Erholung, landbauwürdige Flächen	
Z40	Nabern/ Guckensrain/ Bissingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landschaftlich wertvoll, Klima, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Grundwasserneubildung	
Z41	Holzmaden/ Weilheim a.d.T.	Landwirtschaft Grünflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Lindachtalaue, Grundwasserneubildung, Erholung, Biotope und Biotopverbund, Klima, landbauwürdige Flächen	Enthält Trassenfreihaltung und Vorschlag der Wiederinbetriebnahme der derzeit stillgelegten Strecke Kirchheim u.T.- Weilheim a.T. Enthält geplante Neubaustrecke Stuttgart- Ulm-(Augsburg)
Z42	Aichelberg/ Zell u.A.	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung, Erholung, Klima, landbauwürdige Flächen	Enthält Vorschlag für die Wiederinbetriebnahme der Strecke Kirchheim u.T - Weilheim u. T. –Bad Boll - Göppingen
Z43	Zell u.A. / Hattenhofen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung, Erholung, Landbauwürdige Flächen	
Z44	Bad Boll/Dürnau	Landwirtschaft Aussiedlerstandort Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wiesental, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung, landbauwürdige Flächen	
Z45	Dürnau/ Gammelshausen	Landwirtschaft Obstbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Klima, Erholung, Freiraumvernetzung	
Z 46	Heiningen/ Eschenbach	Landwirtschaft Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, landbauwürdige Flächen, Erholung, Klima	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Bad Boll – Göppingen und Vorschlag zur Wiederinbetriebnahme der Strecke Kirchheim/Teck – Weilheim/Teck – Bad Boll - Göppingen
Z47	Gruibingen/ Mühlhausen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Grundwasserneubildung, Erholung, Klima	
Z48	Gosbach/ Bad Ditzgenbach	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung Filstal, Überschwemmungsgebiet, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Erholung, Klima	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z49	Deggingen/ Bad Ditztenbach	Grünflächen Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Schutz des Kurortes, Filstal, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Wasserschutz, Klima, Erholung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz	
Z50	Reichenbach im Täle/ Deggingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Talaue der Fils, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Klima, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Erholung,	
Z51	Geislingen/ Bad Überkingen	Land- und Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Talschlingen der Fils, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Steilhänge der Alb, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Schutz des Kurortes, Erholung, Klima	
Z52	Geislingen/ Eybach	Forstwirtschaft Grünflächen Sportanlagen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Eyb mit Steilhängen, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Erholung, Biotope und Biotopverbund, Klima, Freiraumvernetzung	
Z53	Gingen/ Kuchen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Filstal, Quellgebiet, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund,	Enthält Ausbauvorschlag und Trassensicherungen für B10 Gingen/Fils – Regionsgrenze und Trassensicherung für Erweiterung der Filstalstrecke um drittes Gleis
Z54	Gingen/ Süßen	Landwirtschaft Grünflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Lautertal, Filstal, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Klima, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, wohnungsnahe Erholung	
Z55	Süßen/ Donzdorf	Landwirtschaft	Siedlungsgliederung, Klima, Lauteraue, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung,	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Strecke Süßen-Donzdorf
Z56	Salach/ Süßen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Siedlungsgliederung, Schweinbach, Grundwasserneubildung, Klima, siedlungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund	
Z57	Salach/Süßen	Landwirtschaft Aussiedlerhöfe	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Filstal, Grundwasserneubildung, Klima, Abgrenzung der Siedlungsbereiche, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz	
Z58	Eislingen/ Salach	Landwirtschaft Sportflächen Stadion	Siedlungsgliederung, Grundwasserneubildung, Klima, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z59	Eislingen/ Salach	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Krummtal, Filstal, Grundwasserneubildung, Grundwasserschutz, Klima, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen	
Z60	Göppingen/ Eislingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Steinenbachtal, Klima, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnahe Erholung	
Z61	Göppingen Stauferpark	Landwirtschaft Gründflächen, Kleingärten Friedhof	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Roßbachtal, siedlungsnahe Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund	
Z62	Uhingen/ Faurndau/ Wangen/ Holzhausen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Hangkanten zum Blaubach und Filstal, Grundwasserneubildung, Klima, wohnungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z63	Ebersbach/ Uhingen/ Bünzwangen	Land- und Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung und der Industriezone, Nasachtal, Filstal, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Klima, Freiraumvernetzung	Enthält Trassensicherung für die Erweiterung der Filstalstrecke um ein drittes Gleis
Z64	Ebersbach/ Weiler/ Sulpach	Land- und Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Filstalhang, Quellbereich, Biotope, Wasserschutzgebiet, Klima, wohnungsnahe Erholung,	
Z65	Urbach/ Plüderhausen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Remsaue, Bachaue des Bärenbachs mit Nebenbächen, (Bagger)Seen, Stauweiher in der Remaue, Überflutungsfläche, Grundwasserneubildung, Zugvogelrastplatz, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Freiraumvernetzung, wohnungsnahe Erholung,	Enthält Trassensicherung für die Erweiterung der Remstalstrecke um ein drittes Gleis
Z66	Schorndorf/ Haubersbronn	Grünflächen Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wieslauftal, Remstal, Überflutungsfläche, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Klima, Biotope und Biotopverbund, Siedlungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung	
Z67	Winterbach/ Schorndorf- Weiler	Landwirtschaft Obstbau Sportflächen Kiesabbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Remstalaue, Überflutungsfläche, Grundwasserneubildung, siedlungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Klima, Freiraumvernetzung	Enthält Trassensicherung für die Erweiterung der Remstalstrecke um drittes Gleis



<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z68	Hebsack/ Winterbach	Landwirtschaft Obstbau Aussiedlerstandort	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Krebsbach, Remstalaue, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Mönchsklingenbach, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Klima, siedlungsnaher Erholung, Freiraumvernetzung	Enthält Vorschlag zur Beseitigung der Ortsdurchfahrt L1150 Winterbach und Trassensicherung für die Erweiterung der Remstalstrecke um drittes Gleis
Z69	Grunbach/ Geradstetten	Landwirtschaft Obst- und Weinbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Zehntbach, Remstalaue, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnaher Erholung, Klima	
Z70	Beutelsbach/ Grunbach/ Großheppach	Landwirtschaft Obst- und Weinbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Remstalaue, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Klima, siedlungsnaher Erholung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	Enthält Trassensicherung für die Erweiterung der Remstalstrecke um drittes Gleis
Z71	Beutelsbach/ Schnait	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Beutelsbach, Biotope und Biotopverbund, Klima, Erholung, landbauwürdige Flächen, Freiflächenvernetzung	
Z72	Beinstein/ Endersbach	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Remstal, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen	
Z73	Großheppach/ Kleinheppach/	Grünflächen Landwirtschaft Weinbau Obstbau Mineralbrunnen	Remstal, Beibach, Mineralquellen, Wasserhaushalt, Klima, landbauwürdige Flächen, wohnungsnaher Erholung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z74	Korb/ Kleinheppach	Landwirtschaft Weinbau	Siedlungsgliederung, Klima, Biotope und Biotopverbund, wohnortnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	
Z75	Fellbach/ Waiblingen	Landwirtschaft Kleingärten	Abgrenzung der Siedlungsbereiche, landbauwürdige Flächen, wohnungsnaher Erholung	
Z76	Waiblingen Mitte/ Neustadt	Landwirtschaft Kleingärten ehem. Steinbrüche und Militärplätze Kläranlage Tennisanlage	Abgrenzung der Siedlungsbereiche, Remstal Steilhänge im Muschelkalk, Überflutungsbereich, Grundwasserneubildung, wohnungsnaher Erholung, Biotope und Biotopverbund, Klima, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z77	WN-Neustadt/ WN-Hohenacker	Land- und Forstwirtschaft ehem. Müllplatz	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Erbach mit Steilhängen, Biotope und Biotopverbund, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege, landbauwürdige Flächen, Klima, Freiraumvernetzung	
Z78	Winnenden Mitte/Höfen/	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Buchenbachaue, Überflutungsflächen, Grundwasserschutz, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, Erholung, Klima, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	
Z79	Höfen/ Winnenden Birkmannsweiler	Landwirtschaft Sportflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Buchenbachaue, Überflutungsflächen, Biotope und Biotopverbund, Erholung, Klima, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung	
Z80	Winnenden/ Hertmannsweiler	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, großräumige Freiraumvernetzung, Klima	
Z81	Maubach/ Germannsweiler/Backnang	Landwirtschaft Obstbau Aussiedlerstandort Forstwirtschaft	Lößlehmbhochfläche, landbauwürdige Flächen, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Klima	Enthält verbindlich geplante Neubaumaßnahme B 14 Winnenden - Nellmersbach
Z82	Backnang/ Heiningen	Landwirtschaft	Lößlehmbhochfläche, landbauwürdige Flächen, wohnungsnahe Erholung, Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Klima	
Z83	Cottenweiler/ Allmersbach i.T./ Heutensbach	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Landbauwürdige Flächen, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, Bachaue, Überflutungsfläche, Freiraumvernetzung	
Z84	Oberweissach/ Bruch	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Bachaue, Überflutungsflächen, Erholung, Naturpark	
Z85	Mittelbrüden/ Unterbrüden	Landwirtschaft Aussiedlerstandorte	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Erhaltung der Erholungslandschaft, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung, Biotope und Biotopverbund, Bachaue, Überflutungsflächen	
Z86	Michelau/ Schlechtbach	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wieslaufal, Überflutungsflächen, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Klima, Erholung	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z87	Backnang Mitte/ Strümpfelbach	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Klima, Freiraumvernetzung, Eckertsbach, Wiesental, Überflutungsflächen, Biotope und Biotopverbund	
Z88	Burgstall/ Erbseten	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Siedlungsgliederung, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotopverbund Gewässer, Überschwemmungsgebiet, Naturschutz und Landschaftspflege	
Z89	Hochdorf/ Bittenfeld	Landwirtschaft Forstwirtschaft Obstbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Zipfelbachaue, Überschwemmungsgebiet, Biotope, Biotopverbund Gewässer, Naturschutz und Landschaftspflege, Klima, Erholung, landbauwürdige Flächen	
Z90	Aldingen/ Neckargröningen/ Neckarrems	Landwirtschaft Gartenbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckartal, Biotopverbund Gewässer, Klima, landbauwürdige Flächen, Siedlungsnähe Erholung	
Z91	Neckarweihingen/ Kraftwerk Marbach	Landwirtschaft, Obstbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckartal, Freiraumvernetzung, landbauwürdige Flächen	Enthält Trasse für geplante Ferngasleitung
Z92	Marbach/ Hörnle	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Grundwasserneubildung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Luftleitbahn, landbauwürdige Flächen	
Z93	Marbach/ Erdmannhausen	Landwirtschaft Obstbau Intensivkulturen Sportfläche	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wasserschutz, landbauwürdige Flächen, hochwertige Böden, Klima, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnahe Erholung	
Z94	Benningen/ Marbach	Landwirtschaft Weinbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckartal, Überschwemmungsgebiet, Ausgleichsfunktion für Wasserhaushalt, wohnungsnahe Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Schienenstrecke Marbach – Beilstein und Vorschlag zum Wiederaufbau der Strecke
Z95	Freiberg/ Benningen	Landwirtschaft Weinbau Sportanlagen	Gliederung der Siedlungsentwicklung Neckartal mit Gleit- und Prallhang im Muschelkalk, (Bagger-) Seerest, Wasserschutz, Überschwemmungsbereich, Grundwasserneubildung, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z96	Steinheim/ Kleinbottwar	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Bottwartal, Hochwasserschutz, Wasserschutz, Siedlungsklima, landbauwürdige Flächen, sehr hohe Bodengüte, Biotope und Biotopverbund, wohnungsnahe Erholung, Kulturdenkmale	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Schienenstrecke Marbach – Beilstein und Vorschlag zum Wiederaufbau der Strecke  Enthält Trasse für geplante Produktenteilung (Ethylen)
Z97	Hof und Lembach/ Großbottwar	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Freiraumvernetzung, wohnungsnahe Erholung, Talaue mit Überschwemmungsgebiet, Luftleitbahn, Landschaftsschutzgebiet, landbauwürdige Flächen, teilweise sehr hohe Bodengüte, Biotopfunktion, Wasserschutzgebiet	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Schienenstrecke Marbach – Beilstein und Vorschlag zum Wiederaufbau der Strecke
Z98	Oberstenfeld/ Gronau/ Beilstein	Landwirtschaft Obstwiesen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	Enthält Trassenfreihaltung der stillgelegten Schienenstrecke Marbach – Beilstein und Vorschlag zum Wiederaufbau der Strecke Enthält Überlegungen zu einer Umfahrung von Beilstein im Zuge der L 1100
Z99	Walheim/ Gemmrigheim Bereich Bereich Neckarpark	Landwirtschaft Weinbau	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Neckartal mit Steilhängen im Muschelkalk, Überflutungsbereiche, Klima, Freiraumvernetzung, Biotopfunktion, Überschwemmungsgebiet, Grundwasserschutzbereich	
Z100	Metterzimmern/ Großsachsenheim	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Mettertal, Überflutungsbereiche, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung	
Z101	Sersheim/ Kleinglattbach	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Aichbach, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung Klima	Enthält Trassenfreihaltung für die stillgelegte Schienenstrecke Sersheim - Vaihingen-Enzweihingen
Z102	Vaihingen a.d.E./ Enzweihingen	Landwirtschaft Weinbau Auwald	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Enzaue, Überflutungsbereich, wohnungsnahe Erholung, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Klima, Wasserschutzgebiet	Enthält Trassenfreihaltung für die stillgelegte Schienenstrecke Sersheim - Vaihingen-Enzweihingen
Z103	Asperg Eglosheim/ Hohenstange	Landwirtschaft Grünflächen Freibad	Gliederung der Siedlungsentwicklung, wohnungsnahe Erholung, Klima, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung,	Enthält Trassensicherung und Ausbauvorschlag A 81
Z104	Asperg/ Mögligen	Landwirtschaft Gartenbau Forstwirtschaft Grünfläche	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Klima, Bereich hoher Grundwasserempfindlichkeit, Biotope und Biotopverbund wohnungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z105	Hemmingen/ Schöckingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Klima, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung, Erholung	
Z106	Weilimdorf/ Ditzingen/ Korntal/ Hausen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotopverbund Fließgewässer, Wasserschutzgebiet, Erholung	
Z107	Neuwirtshaus/ Korntal	Grünflächen Forstwirtschaft Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Klima, historische Solitudeallee, wohnungsnahe Erholung, Freiraumvernetzung, Grundwasserneubildung, Biotope und Landschaftsschutz	
Z108	Feuerbach/ Weilimdorf	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Klima, Wohnungsnahe Erholung, Biotopfunktion und Landschaftsschutz, Freiraumvernetzung, Grundwasserneubildung	
Z109	Forchenrain/ Gerlingen	Streuobstwiesen Gartenhausgebiete Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, siedlungsnahe Erholung, Klima, Grundwasserneubildung, Freiraumvernetzung, Biotope und Biotopverbund	
Z110	Höfingen/ Leonberg	Grünfläche mit Sportanlagen Gartenhausgebiete	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Glemstal, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung, Klima	
Z111	Leonberg/ Kran- kenhaus	Grünflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Glemstal, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Klima	
Z112	Leonberg/ Gerbersheim	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung, Klima	
Z113	Heuweg, Silber- berg/ Rutesheim	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Klima, wohnungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen, Biotope, Freiraumvernetzung	
Z114	Weil der Stadt Merklingen	Landwirtschaft Kleingärten Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Galgenberghang, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotope und Biotopverbund, Freiraumvernetzung	

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z115	Maichingen/ Magstadt	Landwirtschaft Forstwirtschaft Kleingärten	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, wohnungsnahe Erholung, Klima, Wasserschutzgebiet, Biotope, Freiraumvernetzung	Enthält planfestgestellte Ortsumfahrung der L 1189 von Magstadt
Z116	Sindelfingen Maichingen/	Landwirtschaft Forstwirtschaft Kleingärten Sportflächen	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Erholung, landbauwürdige Flächen, Wasserschutzgebiet, Klima, Biotopverbund, Freiraumvernetzung	
Z117	Böblingen/ Sindelfingen/ Dagersheim	Landwirtschaft Kläranlage	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Schwippe mit Zuflüssen, z. T. anmoorige Böden, Überflutungsbereiche, Grundwasserneubildung, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Klima, siedlungsnahe Erholung	Enthält verbindlich geplante Ausbaumaßnahme A 81 und Vorschlag für Trassensicherung für neue Schienenverbindung zwischen Böblingen und Calw
Z118	Schafhausen/ Döffingen/ Dätzingen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Würmtal, Überflutungsbereiche, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Klima	Enthält Vorschlag zur Trassensicherung für neue Schienenverbindung zwischen Böblingen und Calw
Z119	Deufringen/ Aidlingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Biotope und Biotopverbund, Bachaue, Überflutungsbereiche, Wasserschutzgebiet, Grundwasserneubildung, Überflutungsbereiche, Klima, Erholung, Freiraumvernetzung	
Z120	Dachtel/ Deufringen	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Talaue, Grundwasserneubildung, Überflutungsbereiche, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund, siedlungsnahe Erholung, Freihaltekorridor	
Z121	Ehningen/ Gärtringen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Krebsbach, Talaue, Feuchtbiotope und Biotopverbund, Überflutungsbereiche, Wasserschutzgebiet, landbauwürdige Flächen, Klima, Freiraumvernetzung	Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Gäubahn um 3. Gleis
Z122	Gärtringen/ Nufringen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wasserschutzgebiet, landbauwürdige Flächen, Klima, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung	
Z123	Nufringen/ Rohrau	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wasserschutzgebiet, landbauwürdige Flächen, Erholung, Biotope und Biotopverbund, Vogelschutz, Freiraumvernetzung	Enthält Trassensicherung für Erweiterung der Gäubahn um 3. Gleis

<b>Grünzäsuren</b>				
<b>Abschnitt Nr.</b>	<b>Lage</b>	<b>Derzeitige Nutzung</b>	<b>Natürliche Eigenart und regional bedeutsame Ausgleichsfunktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Z124	Kuppingen/ Oberjesingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Wasserschutzgebiet, landbauwürdige Flächen, Biotopverbund Fließgewässer, Freiraumvernetzung	Enthält Vorschlag zur Beseitigung der Ortsdurchfahrt Oberjesingen und verbindlich geplante B 296 Umfahrung Kuppingen
Z125	Herrenberg/ Gültstein	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Gutleuthaustal, Biotopverbund Fließgewässer, Wasserschutzgebiet, Freiraumvernetzung, siedlungsnahe Erholung, landbauwürdige Flächen	
Z126	Nebringen/ Öschelbronn	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Biotope, Biotopverbund Fließgewässer, Wasserschutzgebiet, Grundwasserneubildung, Freiraumvernetzung	
Z127	Oberjettingen/ ING (Eisberg-Areal)	Landwirtschaft Forstwirtschaft Freizeitgelände	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Wasserschutzgebiet, Grundwasserneubildung, Freiraumvernetzung	Enthält Vorschlag zur Trassensicherung für neue Schienenverbindung Böblingen-Calw
Z128	Altdorf/ Hildrizhausen/	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Talaue, Überflutungsflächen, Biotope und Biotopverbund, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung Erholung, Klima	
Z129	Holzgerlingen/ Altdorf	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, Talaue, Biotopverbund Fließgewässer, landbauwürdige Flächen, Freiraumvernetzung Erholung, Klima	Enthält Trassensicherung und Vorschlag zum Ausbau der B 464 zwischen Holzgerlingen und Holzgerlingen-Süd
Z130	Weil im Schönbuch/ Breitenstein	Landwirtschaft Forstwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen, Biotope und Biotopverbund, Naturschutz, Freiraumvernetzung, Erholung, Klima	
Z131	GE-Schwerpunkt Kleinglattbach/ Illingen	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung, landbauwürdige Flächen (Flurbilanz Stufe 1), Klima, Wasserschutzgebiet, Grundwasserneubildung, Erholung, Freiraumvernetzung	
Z133	Kay/Regionsgrenze	Landwirtschaft	Gliederung der Siedlungsentwicklung zwischen der Region Stuttgart und der Nachbarregion, landbauwürdige Flächen, Wasserschutzgebiet, Biotope und Biotopverbund	

## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.2 Gebiete für besonderen Freiraumschutz**

#### **3.2.1 Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege**

#### **3.2.2 Gebiete für Landwirtschaft**

#### **3.2.3 Gebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen**

#### **3.2.4 Gebiete für Landschaftsentwicklung**





3.2	Gebiete für besonderen Freiraumschutz
3.2.1 (Z) Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (VBG)	Zur Erhaltung und Verbesserung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie zur Sicherung und Förderung der biologischen Vielfalt werden Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege festgelegt und in der Raumnutzungskarte gebietsscharf dargestellt. Ihren Belangen kommt bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht zu.
3.2.2 (Z) Gebiete für Landwirtschaft (VBG)	(1) Zusammenhängende Gebiete, in denen die Landwirtschaft besonders günstige Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und ressourcenschonende Produktion vorfindet (Vorrangflur Stufe I gemäß Flurbilanz), werden als Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt.  (2) In den Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft ist der Erhaltung der besonders geeigneten landwirtschaftlichen Bodenflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen.
3.2.2.1 (G) Abstimmung mit anderen ökologischen Funktionen und Nutzungen	Die landwirtschaftliche Nutzung ist auf die Empfindlichkeit des Natur- und Wasserhaushaltes sowie die Belange der landschaftsgebundenen Erholung abzustimmen.
3.2.3 (Z) Gebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen (VBG)	Als Vorbehaltsgebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen werden die Waldflächen in der Region festgelegt. In den Vorbehaltsgebieten kommt den Belangen der Forstwirtschaft und der Sicherung von Waldfunktionen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht zu.
3.2.3.1 (G) Abstimmung mit anderen ökologischen Funktionen und Nutzungen	Die forstwirtschaftliche Nutzung ist auf die Empfindlichkeit des Natur- und Wasserhaushaltes sowie die Belange der landschaftsgebundenen Erholung abzustimmen.
3.2.3.2 (V) Waldarme Gebiete	Es wird vorgeschlagen, in den waldarmen Gebieten der Region die Möglichkeiten zu einer Erhöhung des Waldflächenanteils in Abstimmung auf die übrigen Freiraumfunktionen, insbesondere den Arten- und Biotopschutz, verstärkt wahrzunehmen.
3.2.4 (Z) Gebiete für Landschaftsentwicklung (VBG)	Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten Vorbehaltsgebiete zur besonderen Nutzung für die Landschaftsentwicklung sind besonders geeignet für Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung von Landschaftsfunktionen. Sie sind in diesem Sinne im Rahmen der kommunalen Landschafts- und Biotopverbundsplanung besonders zu berücksichtigen.
3.2.4.1 (V) Ausgleichsmaßnahmen	Es wird vorgeschlagen, Flächen für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz zur Verbesserung der großräumigen Ausgleichs- und Freiraumvernetzungsfunktionen im Bereich der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren unter besonderer Berücksichtigung der Kern- und Verbindungsflächen für den regionalen Biotopverbund vorzusehen.

## 3.2

## Gebiete für besonderen Freiraumschutz

## Begründungen

Zu 3.2.1 (Z)  
Gebiete für Naturschutz  
und Landschaftspflege  
(VBG)

Durch die Festlegung von Vorbehaltsgebieten für Naturschutz und Landschaftspflege werden die in der Region Stuttgart besonders bedeutsamen Flächen zur Erhaltung und Verbesserung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie zur Sicherung der biologischen Vielfalt verdeutlicht. Im Landesentwicklungsplan 2002 sind die aus Landessicht überregional bedeutsamen Landschaftsräume als Kernelemente der Freiraumsicherung ausgewiesen. Diese sollen von den Regionalverbänden konkretisiert und ergänzt werden. Auf dieser Basis werden als Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege folgende Flächen festgelegt: Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete sowie die Kern- und Verbindungsflächen aus der Kulisse des Regionalen Biotopverbundes 2007. Damit sind einerseits die Gebiete erfasst, die durch eine besonders hochwertige Ausstattung mit Arten oder Lebensräumen gekennzeichnet sind. Darüber hinaus sind solche Flächen miteinbezogen, die von besonderer Bedeutung für die derzeitige bzw. zukünftige Vernetzung der Lebensräume sind (Verbindungsflächen regionaler Biotopverbund) und die deshalb gesichert werden sollen.

Liegen die Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege innerhalb von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren, hat der Freiraumschutz Vorrang vor anderen konkurrierenden Nutzungen. Außerhalb der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren kommt den Vorbehaltsgebieten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen eine besondere Bedeutung zu.

Zu 3.2.2 (Z)  
Gebiete für  
Landwirtschaft (VBG)

In der Region Stuttgart werden 46 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Dabei sind insbesondere im Verdichtungsraum und in der Randzone um den Verdichtungsraum besonders hochwertige Böden zu finden. Diese aus der historischen Siedlungsgunst resultierende Situation führt dazu, dass der hohe Entwicklungsdruck durch Siedlung und Infrastruktur gerade auf die besonders bedeutsamen Flächen wirkt und in der Vergangenheit zu einem wesentlichen Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen geführt hat. Daraus ergibt sich ein besonderer Schutzbedarf für die verbleibenden Gebiete mit besonders günstigen Bewirtschaftungsbedingungen. Mithilfe der von den zuständigen Fachbehörden erarbeiteten, digitalen „Flurbilanz Region Stuttgart 2007“ konnte ein Überblick über die besonders bedeutsam eingestuft landwirtschaftlich Flächen in der Region (Vorrangfluren Stufe I und II gemäß Flurbilanz) gewonnen werden. Die Einstufung erfolgt aufgrund der Landbaueignung, des Zuschnittes und der Zuordnung der Flächen zu landwirtschaftlichen Hofstellen. Eine Ausweisung als Vorrangflur Stufe I bedeutet laut Flurbilanz, dass hier Fremdnutzungen auszuschließen sind, Eingriffe, die den Entzug dieser wertvollen landwirtschaftlichen Flächen zum Inhalt haben, werden als besonders schwerwiegend empfunden. Auch auf Flächen der Vorrangflur Stufe sollten II Fremdnutzungen ausgeschlossen bleiben.

Um die besondere Bedeutung der in der Flurbilanz als Vorrangflur Stufe I ausgewiesenen Flächen deutlich zu machen, werden diese in der Raumnutzungskarte als Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft festgelegt. Liegen die Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft innerhalb von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren, hat der Freiraumschutz Vorrang vor anderen konkurrierenden Nutzungen. Außerhalb der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren kommt den Vorbehaltsgebieten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen eine besondere Bedeutung zu.

Zu 3.2.3 (Z)  
Gebiete für Forstwirtschaft  
und Waldfunktionen (VBG)

Die Region Stuttgart ist zu über 30% ihrer Fläche bewaldet. Insbesondere vor dem Hintergrund der gesteigerten gesellschaftlichen und ökologischen Anforderungen an den Wald sind die Schutz-, Nutzungs- und Erholungsfunktionen der Wälder in der verdichteten Region Stuttgart nachhaltig zu sichern. Um dies zu verdeutlichen, werden in der Raumnutzungskarte Vorbehaltsgebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen festgelegt. Die Erhaltung des Waldes in seiner räumlichen Verteilung ergibt sich aus der raumordnerischen Bedeutung des Waldes bezüglich der Entwicklung und Pflege der Kulturlandschaft

sowie der Wahrung eines gewachsenen Landschaftsbildes.

Neben der Nutzfunktion des Waldes als Lieferant nachwachsender Rohstoffe kommt den vielfältigen Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes große Bedeutung zu. Insbesondere im Verdichtungsraum hat der Wald neben den ökologischen Ausgleichsfunktionen eine besonders hohe Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung. Dieser Belang wird noch bekräftigt durch die Vorgaben des Landesentwicklungsplans 2002, nachdem gemäß Plansatz 5.3.5 Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen auf das Unvermeidbare zu beschränken sind.

Auskunft über die einzelnen Waldfunktionen gibt der Landschaftsrahmenplan mit der Waldfunktionenkartierung.

Zu 3.2.3.1 (G)  
Abstimmung mit anderen ökologischen Funktionen und Nutzungen

Häufiger als in anderen Regionen bestehen in der Region Stuttgart Überlagerungen mehrerer Funktionen und damit ein hoher Anspruch an die natürliche Leistungsfähigkeit der Wälder. Diese ist in Abhängigkeit von den Standortverhältnissen beschränkt und wird zudem durch die in den letzten Jahrzehnten verstärkt auftretenden Waldschäden beeinträchtigt. Eine Abstimmung der Waldfunktionen aufeinander ist deshalb unerlässlich.

Liegen die Vorbehaltsgebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen innerhalb von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren, hat der Freiraumschutz Vorrang vor anderen konkurrierenden Nutzungen. Außerhalb der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren kommt den Belangen der Forstwirtschaft und der Sicherung von Waldfunktionen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen eine besondere Bedeutung zu.

Zu 3.2.3.2 (V)  
Waldarme Gebiete

Die Region Stuttgart weist eine sehr heterogene Verteilung ihrer Waldflächen auf. Der geringe Waldflächenanteil insbesondere in den Gäuflächen nördlich und südwestlich von Stuttgart begründet im Hinblick auf die wichtigen Funktionen der Wälder dabei eine besondere Schutzwürdigkeit der Waldflächen und einen gewissen Erweiterungsbedarf. Hier sollen die Möglichkeiten zu einer Erhöhung des Waldflächenanteils in Abstimmung auf die übrigen Freiraumfunktionen und ökologischen Wertigkeiten verstärkt wahrgenommen werden. In den bereits heute überdurchschnittlich bewaldeten Teilräumen der Region sollten hingegen Erstaufforstungen aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes, der ökologischen Vielfalt, der Erholungseignung nicht oder nur eingeschränkt gefördert werden.

Zu 3.2.4 (G)  
Gebiete für die Landschaftsentwicklung (VBG)

Im Rahmen der Erarbeitung des Biotop-Informations- und Managementsystems Region Stuttgart (BIMS 2007) wurde nachgewiesen, dass in Teilbereichen der Regionalen Grünzüge ökologische Defizite und Beeinträchtigungen bestehen, und somit ein entsprechender struktureller Aufwertungsbedarf zu verzeichnen ist. Dies betrifft sowohl die Belange des Arten und Biotopschutzes, als auch der landschaftsgebundenen Erholungsfunktion. Betroffen davon sind in der Region Stuttgart überwiegend Teile des Verdichtungsraums. Hier ist wiederum die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Ausgleichsfunktionen der Regionalen Grünzüge von besonderer Bedeutung. Deshalb werden zur Verbesserung dieser strukturellen Defizite innerhalb der Regionalen Grünzüge Gebiete für die Landschaftsentwicklung festgelegt. In diesen Gebieten besteht eine besondere Notwendigkeit für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, dies insbesondere auch im Hinblick auf die Anforderungen des Naturschutzgesetzes, eine naturraumtypische regionale Mindestdichte von linearen und punktförmigen Elementen im Freiraum zu erhalten bzw. neu einzurichten. Gebiete für Landschaftsentwicklung sollen im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung und der Biotopverbundkonzeptionen besonders berücksichtigt werden. Aber auch bei der Konzeption des regionalen Landschaftsparks und im Zusammenhang mit dem naturschutzfachlichen Ökokonto sollen diese Mangelflächen Berücksichtigung finden. Dabei ist keine flächenhafte Inanspruchnahme dieser Gebiete vorgesehen, vielmehr sollen in Abstimmung auf die Belange der Landwirtschaft geeignete punktuelle und lineare Maßnahmen zur Verbesserung des Biotopverbundes entwickelt und festgelegt werden. Insbesondere ist hier eine strukturelle Verbesserung von Offenlandlebensräumen z.B. über Ackerrandstreifen und breite Feldraine, Hochstaudenfluren oder Röhrichte entlang von Gräben, im Einzelfall begleitet durch punktuelle Einzelgebüsche,

anzustreben. Gleichzeitig kann durch eine Anreicherung mit Landschaftselementen das Landschaftsbild aufgewertet und damit die Erholungseignung verbessert werden.

#### Zu 3.2.4.1 (V)

##### Ausgleichsmaßnahmen

Durch Eingriffe in Natur und Landschaft im Rahmen von Bauleitplanungen und Infrastrukturvorhaben entsteht regelmäßig ein Ausgleichsbedarf gemäß Naturschutzgesetz (vgl. §§ 20-22 NatSchG 2005).

Da ein Ausgleich in direkter Zuordnung häufig nicht möglich ist, und vor allem bei Großprojekten über die in der Bauleitplanung möglichen Ausgleichsmaßnahmen hinaus häufig ein weiterer Ausgleichsbedarf besteht, ist es sinnvoll, diesen möglichst dort zu befriedigen, wo nicht nur örtlich eine Aufwertung erreicht, sondern darüber hinaus der großräumige Vernetzungszusammenhang gestärkt wird. Besonders wirkungsvoll kann dies im Netzzusammenhang der explizit als großräumige Ausgleichs- und Gliederungsflächen festgelegten Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren geschehen. Dort sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bevorzugt in den Kern- und Verbindungsflächen des regionalen Biotopverbunds umgesetzt werden. In den Kernflächen sollen, wenn notwendig, der Erhaltungszustand und die Größe der Habitate verbessert werden. In den als Suchräumen zu verstehenden Verbindungsflächen sollen Maßnahmen zur Vergrößerung und Pufferung der Kernflächen sowie für die Entwicklung flächenhafter, linearer und punktueller Strukturen zur Verbesserung der Durchgängigkeit umgesetzt werden.

## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.3 Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen**

#### **3.3.1 Sicherung des Wasserhaushaltes**

#### **3.3.2 Sicherung der Wasserversorgung**

#### **3.3.3 Wassereinsparung und Sicherung der Grundwasserneubildung**

#### **3.3.4 Mineral- und Thermalwasserschutz**

#### **3.3.5 Sicherung und Entwicklung der oberirdischen Gewässer**

#### **3.3.6 Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen**

#### **3.3.7 Grundwasserschutz**



3.3	Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen
3.3.1 (G) Sicherung des Wasserhaushaltes	Zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und als Standortvoraussetzung für den Lebens- und Wirtschaftsraum sollen die ober- und unterirdischen Wasservorkommen in der Region in quantitativer und qualitativer Hinsicht geschützt werden. Ein guter chemischer und mengenmäßiger Zustand des Grundwassers in der Region ist gemäß den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 unter Beachtung der Bewirtschaftungspläne zu erreichen.
3.3.2 (G) Sicherung der Wasserversorgung	Die für die angestrebte Aufgabenerfüllung der Region als Wirtschafts- und Lebensraum erforderlichen wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen sollen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit geschaffen werden. Dabei ist insbesondere auf die quantitative und qualitative Sicherung der Versorgung mit Trink- und Brauchwasser sowie auf eine dem Ballungsraum adäquate Entsorgung und Reinigung des Abwassers zu achten.
3.3.3 (G) Wassereinsparung und Sicherung der Grundwasserneubildung	Zur Schonung der Ressource Wasser soll im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen jeweils individuell geprüft werden, inwieweit unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten Maßnahmen zur Wassereinsparung, zur Reduzierung und Verlangsamung des oberirdisch abfließenden Wassers und zur Sicherung der Grundwasserneubildungsrate verbindlich für neue Siedlungsbereiche festgelegt werden können.
3.3.4 (G) Mineral- und Thermalwasserschutz	Die in der Region vorhandenen Vorkommen von Mineral- und Thermalwässern sind zu schützen. Projekte im Umfeld von Mineral- bzw. Thermalbrunnen sollen auf deren besondere Schutzerfordernisse abgestimmt werden.
3.3.5 (G) Sicherung und Entwicklung der oberirdischen Gewässer	<p>(1) Ein guter ökologischer und chemischer Zustand bzw. - für erheblich veränderte Gewässer - ein gutes ökologisches Potenzial der oberirdischen Gewässer in der Region soll in Übereinstimmung mit der Wasserrahmenrichtlinie unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungspläne erreicht werden. Um der Belastung der Gewässer in der Region entgegenzuwirken, soll Kühl- und Abwasser sowie verunreinigtes Oberflächenwasser vor der Einleitung in den Vorfluter an den bestehenden Standorten so weit aufbereitet werden, dass die natürliche Funktion der Vorfluter erhalten oder wiederhergestellt werden kann. Die hierzu notwendigen Standorte für Kläranlagen sollen gesichert werden.</p> <p>(2) Im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen und Fachplanungen ist auf einen ausreichenden Abstand der Bebauung zum Ufer der oberirdischen Gewässer zu achten</p> <p>(3) Zur Verbesserung der Gewässerstruktur und -güte sollen technisch ausgebauten Fließgewässer soweit möglich renaturiert und ihre Retentionsflächen erweitert werden.</p>
3.3.6 (Z) Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (VBG)	Die in der Raumnutzungskarte festgelegten „Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen“ sollen gegen zeitweilige oder dauernde Beeinträchtigungen oder Gefährdungen hinsichtlich der Wassergüte und der Wassermenge gesichert werden.
3.3.7 (G) Grundwasserschutz	Sollen innerhalb eines Vorbehaltsgebietes zur Sicherung von Wasservorkommen neue Siedlungsflächen, Infrastrukturanlagen oder Rohstoffabbaustätten geschaffen werden, so ist durch ein entsprechendes Fachgutachten nachzuweisen, dass durch den geplanten Eingriff keine zeitweilige oder dauernde Beeinträchtigung des Wasservorkommens in qualitativer oder quantitativer Hinsicht erfolgt, und geeignete Verminderungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen aufgezeigt werden.



## 3.3

**Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen****Begründungen**

Zu 3.3.1 (G)  
Sicherung des  
Wasserhaushaltes

Ober- und unterirdische Wasservorkommen bilden zusammen mit dem Wasserdampf der Atmosphäre den Landschaftswasserhaushalt. Dieser garantiert im Idealfall die lebensnotwendige Versorgung aller Lebewesen mit Wasser. Der Landschaftswasserhaushalt und seine Wasservorkommen sind allerdings vielfachen Belastungen ausgesetzt, sei es durch stoffliche Einträge chemischer Stoffe, thermische Belastungen oder quantitative Veränderungen wie die Reduzierung von Versickerung oder Abflussbeschleunigung. Aufgrund der engen Verbindung zwischen Wasserhaushalt und organischem Leben wirken sich diese Belastungen unmittelbar auf andere Bereiche des Naturhaushalts und damit auch auf die menschliche Gesundheit und die Lebensqualität aus. Die Sicherung der ober- und unterirdischen Wasservorkommen ist deswegen von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Funktionen und Qualitäten von Natur und Umwelt. Dies gilt insbesondere in der Region Stuttgart mit ihrer von Natur aus eher geringen Ausstattung mit großen ober- wie unterirdischen Wasservorkommen.

Übereinstimmung mit  
den Zielen der  
Wasserrahmenrichtlinie

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU vom Dezember 2000 soll gewährleisten, dass Wasser als unverzichtbare Ressource schonend und nachhaltig bewirtschaftet wird. Die WRRL hat einen umfassenden ökologischen Ansatz, der darauf abzielt, dass bis zum Jahr 2012 für das Grundwasser ein guter mengenmäßiger und guter chemischer Zustand und für die oberirdischen Gewässer ein guter ökologischer und guter chemischer Zustand erreicht werden soll.

Für das Grundwasser betrifft dies vor allem das Grundwasserdargebot, die Grundwasserneubildung sowie die Belastung mit Schadstoffen. Regionalplanerische Ziele hierzu werden in Kapitel 3.3 Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen formuliert.

Für die oberirdischen Gewässer umfasst der gute ökologische und chemische Zustand die Ausprägungen eines Gewässers u. a. hinsichtlich Gewässergüte, Durchgängigkeit, Substrat- und Uferbeschaffenheit, Abflussdynamik und Zusammensetzung der Tier- und Pflanzengemeinschaften.

Sowohl für Sicherung und Entwicklung von Grundwasservorkommen als auch von oberirdischen Gewässern im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie sind von den Flussgebietsbehörden bis Ende 2009 Bewirtschaftungspläne mit Maßnahmenprogramm aufzustellen.

Für eine Verbesserung der chemischen Beschaffenheit der Gewässer spielen leistungsfähige Kläranlagen eine große Rolle. Ihr Ausbau hat deshalb in den Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren Vorrang vor den Zielen der Freiraumsicherung (vgl. PS 3.1.1 (Z) und PS 3.1.2 (Z)).

Zu 3.3.2 (G)  
Sicherung der  
Wasserversorgung

Die ober- und unterirdischen Wasservorkommen sind essentielle Grundlage allen Lebens. Bevölkerung und Wirtschaft sind ebenso wie die gesamte Umwelt auf ein ausreichendes Wasserdargebot hinsichtlich Menge und Güte angewiesen. Die vorhandenen und nutzbaren Vorkommen in der Region selbst reichen aber zur Befriedigung der Bedürfnisse bei weitem nicht aus. Die Wasserversorgung der Region kann, in Ergänzung zu den örtlichen Vorkommen, seit langem nur durch ein landesweites Fernversorgungssystem gesichert werden. Dem Schutz der vorhandenen natürlichen Wasservorkommen kommt daher auch aus regionalplanerischer Sicht besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt sind die örtlichen Wasservorkommen die unabdingbare Notversorgung dieses Raumes.

3.3.3 (G)  
Wassereinsparung und  
Sicherung der Grund-  
wasserneubildung

Aus Gründen der langfristigen Daseinsvorsorge in der Region und im Hinblick darauf, dass auch die Möglichkeiten der Fernwasserversorgung grundsätzlich nicht unerschöpflich sind, ist es notwendig, weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Wasservorkommen in der Region zu ergreifen und die Grundwasserneubildungsrate zu sichern. Die Träger der Fachplanung und insbesondere der Bauleitplanung sollten deshalb prüfen, durch welche Maßnahmen (z.B.

	<p>Entsiegelung von Flächen, naturnaher Ausbau von Gewässern) der oberflächige Wasserabfluss reduziert bzw. verlangsamt und damit die Grundwasserneubildungsrate im konkreten Einzelfall gesteigert werden kann.</p> <p>Zusätzlich ist anzustreben, dass Gewerbe und Industrie ihren Brauchwasserbedarf vermehrt durch Kreislaufsysteme mit Wiederaufbereitung oder durch die Aufbereitung von Oberflächenwasser decken, damit die örtlichen Wasservorkommen, soweit sie sich für Trinkwasser eignen, für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden können.</p>
3.3.4 (G) Mineral- und Thermalwasserschutz	<p>Die Region Stuttgart ist ungewöhnlich reich an Mineralwasservorkommen. Die Quellschüttung der Stuttgarter Heil- und Mineralwässer steht an zweiter Stelle in Europa. Thermalwasser ist in der Region insbesondere am Albrand erhöht worden. Wegen ihrer hervorragenden Bedeutung für die Gesundheitspflege ist es besonders wichtig, die Vorkommen von Mineral- und Thermalwässern vor Beeinträchtigungen zu schützen. In der Raumnutzungskarte sind die Quellschutzgebiete nachrichtlich dargestellt.</p>
Zu 3.3.5 (G) Sicherung und Entwicklung der oberirdischen Gewässer	<p>Eine Verbesserung des ökologischen Zustands der oberirdischen Gewässer lässt sich durch die Renaturierung von technisch ausgebauten Gewässern erreichen. Die Renaturierung von Fließgewässern kann, neben der ökologischen Verbesserung, der zunehmenden Gefahr durch Hochwasser entgegenwirken. Wesentliche Elemente von Renaturierungsmaßnahmen sind ein naturnaher Gewässerverlauf und die Wiederansiedlung von standortgerechter Vegetation. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Erhaltung bzw. die Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Fließgewässer durch die Beseitigung von Querbauwerken wie Wehren und Aufstauungen. Diese stellen Wanderhindernisse für Wasserorganismen dar, verändern den Feststoffhaushalt und behindern die natürliche Laufentwicklung. Wo eine Beseitigung nicht möglich ist, können Fischtreppen bzw. Umgehungsgerinne die Durchgängigkeit verbessern.</p>
Ausreichender Abstand von Bebauung	<p>Im besiedelten Bereich bzw. bei Neuauf siedelungen soll auf einen ausreichenden Abstand der Bebauung zu Ufern der Fließgewässer geachtet werden, um dem Wasser wieder mehr Raum zu geben und gewässertypische Lebensräume für Pflanzen und Tiere erhalten bzw. wiederherstellen zu können. Dadurch kann, in Verbindung mit einer ökologischen Aufwertung, Retentionsraum geschaffen und die Erholungsfunktion verbessert werden. Auf die Bestimmungen des Wassergesetzes Baden-Württemberg (§ 68, Gewässerstrandstreifen) wird verwiesen.</p> <p>Aus diesem Grund stellen Maßnahmen zur Entwicklung der oberirdischen Gewässer auch einen wichtigen Baustein bei der Umsetzung des Landschaftsparks Region Stuttgart dar.</p>
Zu 3.3.6 (Z) Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (VBG)	<p>Die Region Stuttgart zählt zu den ausgesprochenen Wassermangelgebieten. Der überwältigende Teil des Trinkwasserbedarfs wird durch die Versorgung mit Fernwasser aus dem Bodensee sowie dem Gebiet der Donauniederung bei Ulm und dem angrenzenden Teil der Schwäbischen Alb gedeckt. Nur etwa ein Fünftel des Bedarfs der öffentlichen Trinkwasserversorgung wird aus örtlichen Wasservorkommen gewonnen (Statistisches Landesamt). Bereits ein Viertel der Städte und Gemeinden in der Region nutzen oder besitzen keine eigenen Wasservorkommen mehr und werden ausschließlich mit Fernwasser versorgt. Es muss jedoch bedacht werden, dass die Möglichkeiten der Fernwasserversorgung beschränkt sind. Nicht zuletzt deshalb müssen die örtlichen Wasservorkommen erhalten und geschützt werden. Auch bei Anschluss an überörtliche Versorgungssysteme sollten weiterhin die örtlichen Wasservorkommen geschützt und die Eigenwasserversorgung bzw. die Möglichkeit hierzu aufrechterhalten werden, um auch in Notfällen die Wasserversorgung sicherstellen zu können.</p> <p>In der Raumnutzungskarte sind deshalb die hydrogeologisch abgegrenzten, bisher noch nicht verbindlich als Wasserschutzgebiete festgelegten örtlichen Wasservorkommen sowie die aufgehobenen Wasserschutzgebiete als „Vorbehaltsgebiete zu Sicherung von Wasservorkommen“ festgelegt. Die Mitte 2007 verbindlich festgesetzten Wasserschutzgebiete sind in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellt.</p>

Zu 3.3.7 (G)  
Grundwasserschutz

Zum Schutz der örtlichen Wasservorkommen soll bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, insbesondere aber auch im Rahmen der Bauleitplanung, darauf hingewirkt werden, dass in den dargestellten Wasserschutzgebieten sowie in den festgelegten „Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen“ wirkungsvoll mögliche Risiken durch Überbauung, Infrastrukturanlagen, Freizeitanlagen und Intensivkulturen vermindert werden. Dadurch soll erreicht werden, dass die Gefährdung des nutzbaren Grundwasserschatzes nicht weiter ansteigt und dass die Einsickerungsrate und damit die Grundwasserneubildung durch die Versiegelung der Oberfläche nicht mehr als unbedingt notwendig verringert wird.

Bei der Bedeutung der Wasserversorgung für alle Lebensbereiche einerseits und den eingeschränkten Möglichkeiten der Wasserversorgung des Raumes andererseits ist es notwendig und zweckmäßig, die für die derzeitige und künftige Wasserversorgung dienenden und nutzbaren Wasservorkommen in der Raumnutzungskarte darzustellen und in all den Fällen als "Gebiet zur Sicherung von Wasservorkommen" in der Raumnutzungskarte als Vorbehaltsgebiet festzulegen und gemäß PS 3.3.7 die besondere Schutzbedürftigkeit zu verdeutlichen, wo eine wasserrechtlich verbindliche Ausweisung als Wasserschutzgebiet derzeit noch nicht oder nicht mehr vorliegt.

Es ist anzustreben, die geplanten Wasserschutzgebiete möglichst bald wasserrechtlich verbindlich zu sichern. Die neuesten hydrogeologischen Erkenntnisse zeigen, dass in vielen Fällen eine Vergrößerung der Schutzgebiete erforderlich wird.

## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.4 Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz**

#### **3.4.1 Hochwasserschutz**

#### **3.4.2 Schutz vor Versiegelung**

#### **3.4.3 Rückhaltefunktion der Landschaft**

#### **3.4.4 Rückhaltebecken**

#### **3.4.5 Naturnahe Gestaltung von Retentionsräumen**

#### **3.4.6 Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz**



3.4	Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz
3.4.1 (G) Hochwasserschutz	In der Region sollen ein ausgeglichener Wasserhaushalt und möglichst natürliche Abflussverhältnisse in den Gewässern angestrebt werden.
3.4.2 (G) Schutz vor Versiegelung	Soweit Raum beanspruchende Maßnahmen eine Verminderung der Einsickerungsrate der Niederschläge oder eine Beschleunigung des Wasserabflusses bewirken, ist anzustreben, die Auswirkungen möglichst gering zu halten. Dabei sollte der Vermeidung neuer Versiegelung Vorzug gegeben werden vor technischen Maßnahmen zur Versickerung und Retention.
3.4.3 (G) Rückhaltefunktion der Landschaft	Zur Sicherung und Wiederherstellung der natürlichen Abflussverhältnisse soll auf eine Verbesserung der Rückhaltefähigkeit der Landschaft durch Rückverlegung von Deichen, Rückbau von Gewässerausbauten, naturnahe Gewässerentwicklung, veränderte Landnutzung und Geländemodellierungen hingewirkt werden.
3.4.4 (G) Rückhaltebecken	Soweit die Stärkung der Rückhaltefähigkeit der Landschaft und die Sicherung und Entwicklung natürlicher Retentionsräume gemäß Plansatz 3.4.3 keinen ausreichenden Schutz bestehender Siedlungsgebiete zu gewährleisten vermag, sollen zusätzliche Speichermöglichkeiten durch den Bau von Rückhalteräumen angestrebt werden.
3.4.5 (G) Naturnahe Gestaltung von Retentionsräumen	<p>(1) Die zum Hochwasserschutz und zur Schaffung von Retentionsräumen erforderlichen Dammbauten, Schutzmauern und Regulierungen der Fließgewässer sollen so gestaltet werden, dass sie sich bestmöglich in das Landschaftsbild einpassen und sich nicht nachteilig auf den Naturhaushalt und die Gewässerstruktur auswirken.</p> <p>(2) Die Planung solcher Maßnahmen sollte auf das ganze Einzugsgebiet bezogen erfolgen. Deshalb sind diese in Gewässerentwicklungspläne/-konzepte mit einzubeziehen oder Gewässerentwicklungspläne/-konzepte aufzustellen, in denen die hydraulischen, ökologischen und landschaftlichen Auswirkungen auf das Gewässersystem untersucht werden. Erforderliche Gewässerausbauten sollen naturnah ausgestaltet werden.</p> <p>(3) Es ist darüber hinaus anzustreben, durch eine naturnahe Ausgestaltung von Retentionsräumen bestehende Belastungen in den Talräumen möglichst auszugleichen.</p>
3.4.6 (Z) Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz (VRG)	<p>(1) Überflutungsgefährdete Gebiete in den Talauen außerhalb von im Zusammenhang bebauten Siedlungen sowie Flächen für Anlagen und Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes sind von weiterer Bebauung freizuhalten. Als Datengrundlage für die Abgrenzung der hierbei relevanten Gebiete sind die Ergebnisse der Hochwassergefahrenkartierung heranzuziehen.</p> <p>(2) Die in der Raumnutzungskarte dargestellten, nachrichtlich übernommenen Abgrenzungen der bisherigen, rechtskräftigen sowie der fachtechnisch abgegrenzten Überschwemmungsgebiete sind als Anhaltspunkte für die zukünftige Abgrenzung heranzuziehen.</p>

## 3.4

## Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz

## Begründungen

Zu 3.4.1 (G)  
Hochwasserschutz  
und  
zu 3.4.2 (G)  
Schutz vor  
Versiegelung

Die Fließgewässer der Region weisen aufgrund der geologischen und meteorologischen Situation überwiegend sehr unausgeglichene Abflussverhältnisse mit starken jahreszeitlichen Schwankungen auf. Durch die fortschreitende Versiegelung des Bodens im Rahmen der Siedlungsentwicklung und durch Infrastrukturanlagen wird diese Tendenz noch verstärkt, indem das Niederschlagswasser oberirdisch beschleunigt abfließt und dem örtlichen Wasserhaushalt entzogen wird. In Zusammenhang mit der Zunahme von Starkregenereignissen der letzten Jahre führen diese Tendenzen zu einer zunehmenden Gefährdung. Durch den globalen Klimawandel wird eine weitere Zunahme von Extremwetterlagen, mit einer daraus resultierenden Erhöhung der Hochwassergefährdung zu erwarten sein.

Um diesen Auswirkungen zu begegnen und wirtschaftliche und ökologische Schäden durch Hochwasser bzw. Niedrigwasser zu vermeiden, ist es vordringlich, sowohl den Zuwachs an befestigten Flächen zu begrenzen als auch die natürlichen Retentionsflächen zu erhalten.

Zu 3.4.3 (G)  
Rückhaltefunktion der  
Landschaft

Neben der Retentionsfunktion der Flussauen spielt auch das Wasserrückhaltevermögen von Boden und Vegetation im Einzugsgebiet der Fließgewässer eine wichtige Rolle. Sie können mit den erwähnten Maßnahmen zusätzlich ertüchtigt werden und tragen dann in verstärktem Maße zur Kappung von Hochwasserspitzen bei.

Zu 3.4.4 (G)  
Rückhaltebecken

In der Region sind bereits eine größere Zahl von Speicher- und Rückhaltebecken gebaut worden, vor allem im Rahmen des Hochwasserschutzes. Über den Bestand hinaus sind weitere Speicher- und Rückhaltebecken geplant.

Da der Bau von Rückhaltebecken meist erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft erfordert, und zudem hohe Kosten verursacht, sollte dem Bau weiterer Rückhaltebecken die Prüfung anderer Alternativen zur Wasserrückhaltung vorausgehen. Es sollte zudem bei der Siedlungsentwicklung und der Intention des Baus bedacht werden, dass jedes Rückhaltebecken auf den Schutz vor Hochwasserereignissen bestimmter Jährlichkeiten beschränkt ist und somit keinen vollständigen Schutz für die darunter liegenden Flächen garantieren kann.

In der Raumnutzungskarte sind vorhandene und geplante Speicherbecken, die im Hochwasserfall eine Wasserfläche von mehr als 2 ha überstauen, nach Angaben der Wasserwirtschaftsverwaltung und nach den Ausweisungen in Flächennutzungsplänen dargestellt.

Zu 3.4.5 (G)  
Naturnahe Gestaltung  
von Retentionsräumen

Trotz der generellen Bevorzugung der natürlichen Retention ist es in einer Reihe von Fällen notwendig, insbesondere zum Schutz bestehender Siedlungsgebiete, bauliche Maßnahmen an den Fließgewässern vorzunehmen. Die Festlegung von "Gebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz" schließt derartige Schutzvorkehrungen nicht aus, die sich aus der genaueren fachplanerischen und bauleitplanerischen Ausarbeitung ergeben. Im Falle solcher Maßnahmen, z.B. Gewässerausbauten, dem Bau von Schutzmauern, Becken und Dämmen, kommt es allerdings darauf an, dass die damit verbundenen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes möglichst gering gehalten werden.

Zu 3.4.6 (Z)  
Gebiete für den  
vorbeugenden  
Hochwasserschutz

Infolge von zunehmenden Starkwetterereignissen sowie bereits stark durch Besiedlungen und Infrastrukturen beanspruchten Talauen kommt dem vorbeugenden Hochwasserschutz eine verstärkte Bedeutung zu (landesplanerisches Ziel PS 4.3.6 LEP 2002). In hochwassergefährdeten Bereichen im Freiraum sind zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken, zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen und zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung insbesondere bauliche Nutzungen zu unterlassen. In besiedelten Bereichen ist Vorsorge zur Gefahrenabwehr bzw. -minimierung zu treffen. Dies sollte auch bei der Ausweisungen neuer Baugebiete und Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt werden.

In einem Gemeinschaftsprojekt zwischen den Kommunen und dem Land Baden-Württemberg werden bis 2010 an ca. 12.500 km Gewässer Hochwassergefahrenkarten erstellt. Hochwassergefahrenkarten stellen für die Kommunal- und Regionalplanung einen wichtigen Baustein für eine umfassende Hochwasservorsorge dar. Mit der Kenntnis der möglichen Ausdehnung und Tiefe einer Überflutung lassen sich Schutzmaßnahmen planen oder optimieren. Den Betroffenen bieten die Karten eine Grundlage zur Eigenvorsorge. Angepasste Bauweisen und rechtzeitiges strategisches Handeln im Hochwasserfall vermindern dauerhaft Schäden.

Die in den Hochwassergefahrenkarten abgegrenzten Überschwemmungsgebiete nach § 77 Abs. 1 WG sind gesetzlich geschützt, d.h. die fachtechnische Abgrenzung an sich bewirkt den gesetzlichen Schutz, es ist keine Überschwemmungsgebietsverordnung mehr erforderlich.

Für die Fließgewässer der Region Stuttgart werden die Hochwassergefahrenkarten erstellt und werden in absehbarer Zeit verfügbar sein. Diese werden dann als Datengrundlage für eine gebietsscharfe Abgrenzung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz herangezogen werden. Bis zur Vorlage dieser Hochwassergefahrenkarten und anschließenden Einarbeitung in den Regionalplan sind die in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellten festgesetzten und fachtechnisch abgegrenzten Überschwemmungsgebiete als Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu berücksichtigen. Sie unterliegen den Bestimmungen des Wassergesetzes Baden-Württemberg.





## **Kapitel 3: Regionale Freiraumstruktur**

### **3.5 Gebiete für Rohstoffvorkommen**

#### **3.5.1 Grundsätze für die Rohstoffsicherung**

#### **3.5.2 Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe**

#### **3.5.3 Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen**



3.5 Gebiete für Rohstoffvorkommen				
3.5.0	Grundsätze für die Rohstoffsicherung			
3.5.0.1 (G) Rohstoffsicherung als Daseinsvorsorge	In der Region sollen, um die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft langfristig zu gewährleisten, abbaufähige Rohstoffe für die Nutzung gesichert werden.			
3.5.0.2 (G) Abstimmung auf Belastbarkeit des Raumes	(1) Die Erschließung neuer Standorte soll auf die im Einzugsbereich bereits vorhandenen Abbaustätten und auf die dort vorhandenen Belastungen sowie die Aufnahmefähigkeit von Landschaft, Siedlung und Infrastruktur abgestimmt werden.  (2) Insbesondere sollen die nachteiligen Auswirkungen auf die Raumnutzungen Siedlung, Natur- und Landschaftsschutz, Wasserwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Naherholung sowie auf die Verkehrsentwicklung gering gehalten werden.			
3.5.0.3 (G) Nachhaltige Rohstoffgewinnung	Rohstoffe sollen in Hinblick auf den Rohstoffbedarf künftiger Generationen sparsam verwendet und die möglichen Substitutions- und Recyclingmöglichkeiten voll wahrgenommen werden. Insbesondere soll hochwertiges Material nicht für Zwecke verwendet werden, zu denen Material mit geringeren Qualitätsanforderungen verwendbar wäre.			
3.5.0.4 (G) Rekultivierung	Die Rekultivierung abgeschlossener Abbauvorhaben sollte in Abstimmung mit den landschaftlichen Gegebenheiten der Abbaustelle selbst sowie ihrer Umgebung durchgeführt werden. Den Belangen des Arten- und Biotop- und Bodenschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft kommt dabei besondere Bedeutung zu.			
3.5.0.5 (N) Bereiche mit Bergbauberechtigungen	Die in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellten Bereiche mit Bergbauberechtigung kennzeichnen Felder, in denen aufgrund nachgewiesener Bodenschätze Bergbauberechtigungen bestehen. Bei Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen soll daher die Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) gehört werden.			
3.5.1	Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe			
3.5.1 (Z) Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (VRG)	(1) In den in der Raumnutzungskarte festgelegten Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist die Gewinnung von Rohstoffen zu konzentrieren und, soweit standortgebunden, die Verarbeitung von Rohstoffen vorzusehen. Die Rohstoffgewinnung hat Vorrang vor anderen Nutzungen sowie vor den Zielen der Freiraumsicherung gemäß Plansatz 3.1.1 (Regionale Grünzüge). Nach Abschluss des Rohstoffabbaus sowie der standortgebundenen Verarbeitung in den festgelegten Vorranggebieten gelten die Ziele des Plansatzes 3.1.1.  (2) Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sind:			
Lfd. Nr. / Betriebs-ID	Gemarkung	Rohstoff	Hinweis	Bemerkungen
LK Böblingen				
BB-3A 7219-1	Magstadt / Renningen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Verkehrliche Entlastung des Siedlungsbereiches erforderlich. Wald, Wasserschutz, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). FFH-VP erforderlich.
BB-4A 7219-2	Sindelfingen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden; Wasserschutz von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Archäologische Belange beachten

Lfd. Nr. / Betriebs-ID	Gemarkung	Rohstoff	Hinweis	Bemerkungen
BB-5A 7319-1	Ehningen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-7A 7419-2	Herrenberg	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-8A 7418-1	Mötzingen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Regionsübergreifend.
<b>LK Esslingen</b>				
ES-2A 7422-1	Erkenbrechtsweiler	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). FFH-VP erforderlich.
ES-3A 7323-9	Holzmaden	Naturwerkstein	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung. FFH-VP erforderlich.
ES-4A 7323-2	Ohmden	Naturwerkstein	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung. Erweiterung auf Golfplatz vertraglich geregelt. FFH-VP erforderlich.
ES-5A 7323-8	Ohmden	Naturwerkstein	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung. FFH-VP erforderlich.
<b>LK Göppingen</b>				
GP-1A 7323-4	Schlierbach	Naturwerkstein	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung. FFH-VP erforderlich.
GP-2A 7323-7	Zell u. Aichelberg	Naturwerkstein	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, von Bedeutung, Wald. FFH-VP erforderlich. Grenzt an archäolog. Kulturdenkmal.
GP-4A 7323-6	Bad Boll	Ölschiefer/Fango	+	-
GP-5A 7423-6	Hohenstadt	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz, Wald von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
GP-7A 7325-1	Böhmenkirch / Lauterstein	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald, Erholung von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich)
<b>LK Ludwigsburg</b>				
LB-1A 6920-3	Bönnigheim	Ziegeleirohstoff	+ / #	Mit Siedlungsbelangen abstimmen. Bau- und Bodendenkmale, gute Böden von Bedeutung. Wasserschutz von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Archäologische Belange beachten
LB-2A 6920-1	Erligheim	Naturwerkstein	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich. FFH-VP erforderlich.
LB-3A 7019-2	Vaihingen/Enz	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
LB-4A 7019-1	Vaihingen/Enz	Natursteine: Karbonatgesteine Naturwerksteine	+ / #	Regionsübergreifend; 2 Teilflächen
LB-5A 7120-2	Ditzingen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Biotope, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Archäologische Belange beachten
LB-6A 7120-1	Markgröningen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).

Lfd. Nr. / Betriebs-ID	Gemarkung	Rohstoff	Hinweis	Bemerkungen
LB-7A 7120-5	Markgröningen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden und Wasserschutz von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Archäologische Belange beachten
LB-8A 7020-1	Bietigheim / Bissingen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden und Siedlungsbefunde von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
LB-10A 7021-3	Steinheim	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, gute Böden, Siedlungsbefunde von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
LB-11A 7021-2	Marbach	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
<b>Stuttgart</b>				
S-1A 7121-6	Stuttgart	Naturwerkstein	+	Im Einzugsgebiet der Mineralquellen (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Grabungsschutzgebiet.
<b>Rems-Murr-Kreis</b>				
WN-1A 7022-1	Kirchberg a.d. Murr / Backnang	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich
WN-2A 7022-3	Weissach i. Tal / Auenwald	Ziegeleirohstoff	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung von Bedeutung
WN-3A 7122-5	Leutenbach	Ziegeleirohstoff	+ / #	Erholung, gute Böden von Bedeutung.
WN-6A 7221-4	Kernen	Kiese, Sande, Mürbsandsteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
WN-7A 7221-5	Kernen	Kiese, Sande, Mürbsandsteine	+ / #	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich (hydrogeologisches Gutachten erforderlich)
WN-8A 7122-2	Berglen	Natursteine: Karbonatgesteine	+ / #	Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald, Wasserschutz von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).

+ = Abbau in Betrieb

# = Betrifft regionalen Grünzug - Landschaftsfunktionen nach Abschluss der Rohstoffgewinnung gleichwertig wiederherstellen

**3.5.2****Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen**

3.5.2 (Z)  
Gebiete zur Sicherung  
von Rohstoffen (VRG)

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten und in untenstehender Tabelle festgelegten Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen dienen der Deckung des längerfristigen Bedarfs und als Ergänzungsstandorte für abgeschlossene und auslaufende Abbaustätten. In diesen Bereichen sind Maßnahmen und Nutzungen, die einer künftigen Rohstoffgewinnung entgegenstehen, auszuschließen.

(2) Vorranggebiete für die Sicherung von Rohstoffen sind:

Lfd. Nr. / Betriebs-ID	Gemarkung	Rohstoff	Hinweis	Bemerkungen
<b>Landkreis Böblingen</b>				
BB-1B 7119-133	Weissach	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Im Einzugsgebiet der Mineralquellen. Mit Belangen der Siedlung abstimmen. FFH-VP erforderlich.
BB-2B 7119-1	Rutesheim	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (im Einzugsbereich der Mineralquellen hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Regionsübergreifend.
BB-3B 7219-1	Magstadt / Renningen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Wald, Wasserschutz von besonderer Bedeutung. FFH-VP erforderlich.
BB-4B 7219-2	Sindelfingen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Wasserschutz, gute Böden von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-5B 7319-1	Ehningen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden, Wald, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-6B 7318-1	Herrenberg	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Wasserschutz, Wald von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Regionsübergreifend.
BB-7B 7419-2	Herrenberg	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-8B 7418-1	Mötzingen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Wasserschutz, Wald von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-9B 7419-105	Herrenberg	Gips	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
BB-10B 7419-5	Herrenberg	Sulfatgestein	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). Regionsübergreifend. FFH-VP erforderlich.
<b>Landkreis Esslingen</b>				
ES-1B 7321-302	Filderstadt	Naturwerkstein (Stubensand- stein)	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich.
ES-2B 7422-1	Erkenbrechtsweiler	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Wasserschutz, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). FFH-VP erforderlich.

Lfd. Nr. / Betriebs-ID	Gemarkung	Rohstoff	Hinweis	Bemerkungen
<b>Landkreis Göppingen</b>				
GP-3B 7323-5	Aichelberg	Naturwerkstein	#	Naturschutz und Landschaftspflege; gute Böden von Bedeutung. FFH-VP erforderlich.
GP-5B 7423-4	Hohenstadt	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wasserschutz, Wald von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
GP-6B -	Süßen	Ziegeleirohstoff	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, gute Böden von Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
GP-7B 7325-1	Böhmekirch / Lauterstein	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Wald, Erholung, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
<b>Landkreis Ludwigsburg</b>				
LB-2B 6920-1	Erligheim	Naturwerkstein	#	Wald, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege von besonderer Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich. FFH-VP erforderlich.
LB-4B 7019-1	Vaihingen/Enz	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, gute Böden, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich). FFH-VP erforderlich.
LB-5B 7120-2	Ditzingen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden von besonderer Bedeutung. Archäologische Belange beachten
LB-6B 7120-1	Markgröningen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Gute Böden, Wasserschutz von besonderer Bedeutung (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
LB-7B 7120-5	Markgröningen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Gute Böden von Bedeutung. Archäologische Belange beachten
LB-9B -	Löchgau	Kalkstein	#	Naturschutz und Landschaftspflege, gute Böden, Wald, Erholung von besonderer Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich.
LB-10B 7012-3	Steinheim / Mundelsheim	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Gute Böden, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege von besonderer Bedeutung. Mit Siedlungsbefangen abstimmen.
LB-12B -	Remseck	Natursteine: Karbonatgestein	#	Gute Böden, Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege von besonderer Bedeutung. Mit Siedlungsbefangen abstimmen. FFH-VP erforderlich.
<b>Rems-Murr-Kreis</b>				
WN-1B 7022-1	Kirchberg a.d. Murr / Backnang	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung von Bedeutung.
WN-2B 7022-3	Weissach i. Tal / Auenwald	Ziegeleirohstoff	#	Naturschutz und Landschaftspflege von besonderer Bedeutung.
WN-3B 7122-5	Leutenbach	Ziegeleirohstoff	#	Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, gute Böden von Bedeutung.
WN-5B -	Fellbach	Ziegeleirohstoff	#	Erholung, gute Böden und Böden mit Archivfunktion von besonderer Bedeutung
WN-6B 7221-4	Kernen	Kiese, Sande, Mürbsandsteine	#	Wasserschutz, Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung, Wald von Bedeutung, Abstimmung auf LSG erforderlich (hydrogeologisches Gutachten erforderlich).
WN-8B 7122-2	Berglen	Natursteine: Karbonatgesteine	#	Erholung, Naturschutz und Landschaftspflege, Wald von Bedeutung

# = Betrifft regionalen Grünzug - Landschaftsfunktionen nach Abschluss der Rohstoffgewinnung gleichwertig wiederherstellen



## 3.5

## Gebiete für Rohstoffvorkommen

	Begründungen
Zu 3.5.0 Grundsätze für die Rohstoffsicherung	Die im Interesse der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und die Wirtschaft der Region weiterhin notwendigen Neubau- und Erhaltungsmaßnahmen im Wohnungs- und Straßenbau sowie in anderen Bereichen sind in hohem Maße rohstoffabhängig. Die Sicherung der langfristigen Verfügbarkeit und der haushälterische Umgang mit den nur begrenzt zur Verfügung stehenden Rohstoffen sind daher von großer Bedeutung.
Zu 3.5.0.1 (G) Rohstoffsicherung als Daseinsvorsorge	Die Gewinnung von Bodenschätzen beschränkt sich in der Region im Wesentlichen auf Kalksteinbrüche im Muschelkalk, Jura und eiszeitlichen Travertin, Sandsteinbrüche im Keuper sowie auf Tongruben im Keuper, Jura und den eiszeitlichen Deckschichten (z.B. Lößlehm). Die im Bereich des Vorlandes der Schwäbischen Alb vorhandenen Ölschiefer des Schwarzen Jura werden überwiegend als Werksteine abgebaut.
Sicherung des Eigenversorgungsanteils	Die Region Stuttgart zählt einerseits innerhalb des Landes Baden-Württemberg zu den größten Verbrauchern an mineralischen Massenrohstoffen, andererseits sind ihre abbauwürdigen Kieslagerstätten praktisch erschöpft bzw. kaum noch zugänglich. Dies bewirkt, dass nur ca. 1/3 des Bedarfs an mineralischen Massenrohstoffen aus regionaler Eigenerzeugung befriedigt werden kann. Ein Großteil des Rohstoffbedarfs muss also durch Zufuhr über große Entfernungen gedeckt werden. Neben den ökologischen Beeinträchtigungen in anderen Regionen durch den Rohstoffabbau selbst treten dadurch zusätzliche Verkehrsbelastungen und Transportkosten auf, die Bevölkerung und Wirtschaft des Raumes belasten. Vor diesem Hintergrund hat die verbrauchernahe Gewinnung der in der Region vorhandenen Rohstoffe und die Sicherung der abbauwürdigen Rohstoffvorkommen ein erhebliches Gewicht. Insbesondere auch im Hinblick auf den Rohstoffbedarf künftiger Generationen müssen Bereiche mit abbauwürdigen Rohstoffen vor Beeinträchtigungen durch andere Nutzungen bewahrt werden. Auch langfristig soll zumindest ein regionaler Teilbeitrag zur Rohstoffversorgung geleistet werden. Dabei ist wegen der besonderen Verhältnisse in der stark verdichteten Region Stuttgart eine sorgfältige Abstimmung auf die Aufnahmefähigkeit der Landschaft erforderlich.
Bedarfsdeckung	<p>„Gemäß Umweltplan Baden-Württemberg soll der Bedarf der Bauwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige an mineralischen Rohstoffen dauerhaft und umweltverträglich aus Lagerstätten im Land gedeckt werden. Die Festlegung von Abbau- und Sicherungsgebieten in den Regionalplänen macht eine Bedarfsabschätzung notwendig. Der Gesamtbedarf an oberflächennahen Rohstoffen hängt von der Wirtschaftsentwicklung ab. Prognosen hierzu sind mit einer großen Unschärfe behaftet. Dennoch muss eine grobe Schätzung des künftigen Bedarfs auf der Grundlage der Produktionszahlen der Vergangenheit unter Ausschaltung extremer konjunktureller Schwankungen versucht werden. Blickt man auf die gesicherten Gewinnungszahlen bis in die frühen 1990er Jahre zurück und rechnet mit einem 10-jährigen Mittelwert, so ergibt sich mittelfristig ein in etwa gleichbleibender Trend.“ (Rohstoffsicherungskonzept des Landes Baden-Württemberg Stufe 2)</p> <p>Hinsichtlich des zu betrachtenden Planungszeitraums können gem. Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen (VwV Regionalpläne) vom 14. September 2005 Festlegungen zur Rohstoffsicherung (Abbaubereiche und Sicherungsgebiete) auf einen Zeitraum von jeweils rund 20 Jahren ausgelegt werden. Diese Zeiträume werden der Bedarfsberechnung zu Grunde gelegt.</p> <p>Rohstoffvorkommen sind aufgrund geologischer Bildungsbedingungen unterschiedlich aufgebaut. Es gibt einerseits nahezu einheitliche Rohstoffkörper, andererseits treten sehr wechselhafte Vorkommen auf. Geringe Veränderungen in Mächtigkeit und Zusammensetzung können innerhalb kurzer Distanz dazu führen, dass ein bauwürdiger Gesteinskörper zu einem nicht bauwürdigen Vorkommen wird. Zur tatsächlichen Sicherung von Vorratsmengen sind</p>

bei der Gebietsplanung für den zukünftigen Gesteinsabbau nach Art der Rohstoffvorkommen unterschiedliche Zuschläge anzusetzen. Die verwendeten lagerstättengeologisch bedingten Zuschläge gehen auf statistische rohstoffgeologische Daten sowie Erfahrungen zurück, die die Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) bei der landesweiten Rohstofferkundung gewonnen hat. Auf dieser Grundlage werden folgende Mittelwerte vorgelegt (Rohstoffsicherungskonzept des Landes Baden-Württemberg, Stufe 2):

	Lagerstättengeologisch begründete Zuschläge
Natursteinvorkommen für den Verkehrswegebau	25 %
Kiese und Sande inkl. Mürlsandsteine	50 %
Ziegeleirohstoffe	20 %
Naturwerksteine	100 %
Gipsstein	100%

Grundsätzlich sind weitere Unwägbarkeiten aus der Grundstücksverfügbarkeit im Rahmen der planerischen Gesamtabwägung zu berücksichtigen. Als Folge wird ein weiterer Sicherheitszuschlag von 20 % - unabhängig von der Art des Rohstoffes – berücksichtigt.

#### A) Natursteine: Karbonatgesteine

Die für den Verkehrswegebau, für Baustoffe und als Betonzuschlag verwendeten gebrochenen Karbonatgesteine stellen hinsichtlich der Abbaumengen den wichtigsten mineralischen Rohstoff der Region dar. Im Unterschied zur anderen Gruppe der Karbonatgesteine, den Kiesen und Sanden, kann bei den Karbonatgesteinen in den letzten Jahren kein Bedarfsrückgang festgestellt werden. Hier macht sich insbesondere die Nähe zum Ballungsraum Stuttgart bemerkbar. Als Ausgangswert für die Bedarfsberechnung wird die Fördermenge von 2006 herangezogen, da diese deutlich über denen der vorangegangenen Jahre liegt und damit einen Hinweis auf einen ansteigenden Trend, voraussichtlich weitergetragen durch anstehende Großprojekte in der Region, geben kann. Es wird deshalb von einer (Roh-)Fördermenge von 9.900.000 t pro Jahr ausgegangen. Die maximale Abbautiefe wird in der Region meist weniger von der Mächtigkeit des Rohstoffvorkommens, oft jedoch aus Gründen des Grundwasserschutzes durch das Erreichen der sog. Haßmersheimer Schichten, die eine grundwasserschützende Schicht darstellen, die nicht unterschritten werden darf, erreicht.

Bedarf für 1 Jahr [t]	Dichte [t/m³]	Bedarf für 20 Jahre [m³]	durchschnittliche Abbautiefe [m]	Fläche für 20 Jahre [m²]	rohstoffgeologischer Zuschlag [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Zuschlag Grundstücksverfügbarkeit [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Flächenbedarf für 2X 20Jahre [ha]
9.900.000	2	99.000.000	35	2.828.571	25	353	20	<b>424</b>	<b>849</b>

Dem Bedarf folgend sind im Regionalplan 2020 Gebiete zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Umfang von ca. 420 ha und Gebiete für die Sicherung von Rohstoffvorkommen im Umfang von ca. 430 ha festgelegt. Somit kann der Bedarf von 2 x 20 Jahren bei annähernd gleich bleibenden Abbauraten gedeckt werden.

#### B) Kiese und Sande inkl. Mürlsandsteine

Die Rohstoffgruppe der Kiese und Sande spielt in der Region Stuttgart nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dementsprechend lag die durchschnittliche Fördermenge der Jahre 1999 bis 2006 bei lediglich ca. 180.000 t pro Jahr.

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Sicherheitszuschläge ergibt sich damit folgende Bedarfsrechnung:

Bedarf für 1 Jahr [t]	Dichte [t/m <sup>3</sup> ]	Bedarf für 20 Jahre [m <sup>3</sup> ]	durchschnittliche Abbautiefe [m]	Fläche für 20 Jahre [m <sup>2</sup> ]	rohstoffgeologischer Zuschlag [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Zuschlag Grundstücksverfügbarkeit [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Flächenbedarf für 2X 20 Jahre [ha]
180.000	2	1.800.000	15	120.000	50	18	20	<b>22</b>	<b>44</b>

Dem Bedarf folgend sind im Regionalplan 2020 Gebiete zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Umfang von ca. 36 ha und Gebiete für die Sicherung von Rohstoffvorkommen im Umfang von ca. 5 ha festgelegt. Somit kann der Bedarf von 2 x 20 Jahren bei annähernd gleich bleibenden Abbauraten überwiegend gedeckt werden.

### C) Ziegeleirohstoffe

Tone, Tonsteine, Mergel, Mergelsteine, Löss und Lehme kommen in der Region Stuttgart in verschiedenen Formationen vor und werden in geeigneten Mischungen zur Herstellung grobkeramischer Produkte als „Ziegeleirohstoffe“ verwendet. Ihr Abbau erfolgt in Tagebauen. Oft werden von den Firmen mehrere Gruben in verschiedenen geologischen Einheiten betrieben, um aus den hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und keramotechnischer Eigenschaften verschiedenartigen Lehmen, Tonen und Mergeln geeignete Rohstoffmischungen für die jeweiligen Produkte zu erzeugen. (Rohstoffbericht B.-W. 2006) Die Fördermengen der Ziegeleirohstoffe haben in der Region in den letzten Jahren einen starken Rückgang erfahren. Der Rückgang liegt im bundesweiten Trend und weist auf die negative Entwicklung der deutschen Bauindustrie sowie die zunehmende Konkurrenz durch Kalksandstein und Betonbauweise hin.

Dementsprechend lag die durchschnittliche Fördermenge der Jahre 1999 bis 2006 bei lediglich ca. 100.000 t pro Jahr.

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Sicherheitszuschläge ergibt sich damit folgende Bedarfsrechnung:

Bedarf für 1 Jahr [t]	Dichte [t/m <sup>3</sup> ]	Bedarf für 20 Jahre [m <sup>3</sup> ]	durchschnittliche Abbautiefe [m]	Fläche für 20 Jahre [m <sup>2</sup> ]	Rohstoffgeologischer Zuschlag [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Zuschlag Grundstücksverfügbarkeit [%]	Flächenbedarf für 20 Jahre [ha]	Flächenbedarf für 2X 20 Jahre [ha]
100.000	2	1.000.000	5,00	200.000	50	30,00	20	<b>36</b>	<b>72</b>

Demgegenüber wurden im Regionalplan 2020 Gebiete zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Umfang von ca. 60 ha und Gebiete für die Sicherung von Rohstoffvorkommen im Umfang von ca. 80 ha festgelegt. Dies begründet sich damit, dass einerseits mehrere Standorte noch über ausreichende Reserven verfügen, andere jedoch mittelfristig auf Ausweichstandorte angewiesen sind. Diese müssen eine ausreichende Größe aufweisen, um die erwähnte notwendige Mischung unterschiedlicher Tonqualitäten zu ermöglichen und damit einen Neuaufschluss wirtschaftlich sinnvoll erscheinen zu lassen.

### D) Naturwerksteine

Im Hinblick auf die in der Region zu sichernden Naturwerksteine ist eine Bedarfsberechnung wie für die vorhergehenden Rohstoffgruppen wenig sinnvoll, da von den Abbauraten der letzten Jahre nicht auf den zukünftigen Bedarf geschlossen werden kann, da die Naturwerksteingewinnung durch Großaufträge (z.B. Restaurierungsarbeiten) stark schwanken kann. Hier spielt auch die Uneinheitlichkeit der Rohstoffgruppe „Naturwerksteine“ eine Rolle: so

kann ein Gebiet zur Sicherung von Rohstoffen für Stubensandstein nicht durch ein Gebiet zur Sicherung von Rohstoffen für Travertin ersetzt werden.

Die Vorgehensweise bei der Abgrenzung der Gebiete zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe stützt sich deshalb noch stärker als bei den anderen Rohstoffgruppen auf die Angaben der Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs und der schützenswerten Rohstoffvorkommen. Es wurden daraufhin im Regionalplan 2020 Gebiete zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Umfang von ca. 45 ha und Gebiete für die Sicherung von Rohstoffvorkommen im Umfang von ca. 22 ha festgelegt.

### E) Sulfatgestein

Im Hinblick auf die Rohstoffgruppe Sulfatgestein ist festzustellen, dass es sich beim Gipsstein um einen wertvollen oberflächennahen Rohstoff handelt, dessen nachgewiesene Vorräte in Baden-Württemberg nur mehr „für 55 plus X Jahre“ reichen dürften. Es wird daher im Sinne einer langfristigen Rohstoffsicherung von Seiten der Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) empfohlen, möglichst alle als bauwürdig erkannten Vorkommen planerisch zu sichern, zumal auch in benachbarten Ländern keine grundsätzlich günstigere Vorratssituation zu erwarten ist. (Rohstoffbericht B.-W. 2006).

Dementsprechend wurden die – im landesweiten Vergleich sehr geringen – abbauwürdigen Gipsvorkommen in Abstimmung mit den anderen Freiraumbelangen größtenteils in Gebiete zur Sicherung von Rohstoffvorkommen im Umfang von ca. 30 ha aufgenommen.

Zu 3.5.0.2 (G)  
Abstimmung auf die  
Belastbarkeit des  
Raums

Konfliktfreie Rohstoffgewinnung ist faktisch kaum möglich. Besondere Probleme ergeben sich für Gebiete innerhalb des Verdichtungsraumes und dessen Randzonen, in denen durch die Nachbarschaft zu Siedlungen oder die Überlagerung von Rohstoffvorkommen mit anderen wichtigen Raumfunktionen Zielkonflikte auftreten. In ihrer räumlichen Ausdehnung sind die Abbaustandorte zwar relativ klein, sie haben aber durch notwendige Sicherheitsbereiche (Sprengungen) sowie durch Eingriffe in Landschaftsfunktionen teilweise erhebliche Wirkungen. Der Rohstoffgewinnung kann daher nicht in jedem Fall und von vornherein Vorrang vor anderen wichtigen Belangen eingeräumt werden; vielmehr ist bei Konfliktfällen, z.B. mit Belangen des Naturschutzes, des Wasserhaushaltes oder der Siedlungsentwicklung eine sorgfältige Einzelabwägung erforderlich.

Das meist umfangreiche Transportvolumen stellt erhebliche Ansprüche an das Verkehrsnetz; insbesondere für die Rohstoffzulieferung und Aushubrückführung im Zuge von Großprojekten wie Stuttgart 21 sollte der Schienentransport genutzt werden.

Grundsätze für die  
Einzelabwägung von  
Abbauvorhaben

Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Region lassen sich folgende Grundsätze für die Einzelabwägung ableiten:

Naturschutz und Landschaftspflege: Abbauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten und in Bereichen, die sich wegen ihrer landschaftlichen Schönheit auszeichnen, können dann ermöglicht werden, wenn keine anhaltenden erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind und, soweit erforderlich, ein Ausgleich möglich ist. Dies gilt auch für Erschließungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Abbauvorhaben. Wegen der geringeren Anzahl bzw. Flächengröße von Naturschutzgebieten in der Region sollen Abbauvorhaben hier grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Entwicklung von Biotopen auf bereits gesicherten Standorten darf aber in der Regel nicht zur Aufhebung der Rohstoffsicherung führen. Auf die besonderen Schutzerfordernisse bei Rohstoffabbau innerhalb von NATURA2000-Gebieten ist Rücksicht zu nehmen; die Unerheblichkeit von Beeinträchtigungen ist in Verträglichkeitsprüfungen darzustellen. Bei Feststellung erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzziele ist auf das Abbauvorhaben zu verzichten.

Wasserwirtschaft: Abbauvorhaben sollen nach entsprechender hydrogeologischer Untersuchung nur in Bereichen zugelassen werden, in denen eine dauerhafte Beeinträchtigung von Grundwasser bzw. eine Beeinträchtigung von

Grundwasser für die Trinkwasseraufbereitung nicht zu erwarten ist.

Siedlungsbereiche: Abbauvorhaben dürfen nicht zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung von Siedlungsbereichen führen. Die weitere Siedlungsentwicklung gemäß den Zielen des Regionalplanes darf nicht behindert werden. Abbauvorhaben dürfen auch nicht zur unzumutbaren Beeinträchtigung von Erholungsgebieten, insbesondere der siedlungsnahen Erholung führen.

Land- und Forstwirtschaft: Abbauvorhaben sollen die für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Flächen nur in dem unbedingt notwendigen Umfang in Anspruch nehmen. Auf Aussiedlungen und hofnahe Flächen soll besondere Rücksicht genommen werden.

Verkehr: Abbauvorhaben sollten so angelegt werden, dass notwendige Transporte möglichst reduziert werden, wo möglich, umweltschonende Transportmittel eingesetzt werden (Schienenverkehr, Wasserstraßen u.a.) und bei Straßentransport Siedlungsbereiche durch Transporte wenig beeinträchtigt werden.

Zu 3.5.0.3 (G)  
Nachhaltige Rohstoff-  
gewinnung

Substitution /  
Recycling

Durch die Wiederaufbereitung und -verwendung von Rohstoffen können die bei Abbaumaßnahmen regelmäßig erforderlichen Eingriffe in die Landschaft und den Naturhaushalt verringert sowie teilweise die Deponien entlastet werden. Die hier sich bietenden Möglichkeiten sollten entsprechend der weiteren technischen Entwicklung – und soweit dies wirtschaftlich tragbar ist – voll wahrgenommen werden.

Zu 3.5.0.4 (G)  
Rekultivierung

Abbauvorhaben entziehen in der Regel den betroffenen Flächen langfristig ihre landschaftlichen Funktionen. Soweit keine nicht wieder herstellbaren Funktionen betroffen sind, lassen sich die Abbauf Flächen meist wieder vollständig in die Landschaft integrieren und einer sinnvollen Funktion zuführen. Es ist anzustreben, dass die betroffenen Landschaftsteile möglichst wieder der ehemals vorhandenen, in der Regel land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden, insbesondere bei Lage des Abbaustandorts in einem regionalen Grünzug.

Verwendung von  
Bodenaushub

Dabei sollte, zur Schonung von Deponievolumen, Aushubmaterial vorrangig für die Rekultivierung von Abbaustätten verwendet werden. Um sicherzustellen, dass nur unbelastetes Material Verwendung findet, sollten die Anforderungen des Bodenschutzgesetzes gemäß 3. und 4. Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums zum Bodenschutz (Ermittlung und Einstufung von Gehalten an organischen bzw. anorganischen Schadstoffen) zugrunde gelegt werden.

Sicherung und Entwick-  
lung von Biotopen

Allerdings entstehen innerhalb von Abbaustätten im Zuge des Rohstoffabbaus oft auch wertvolle Biotope und Artvorkommen, die in der freien Landschaft nur noch selten anzutreffen sind. Auf diese sollte bei der Rekultivierung besondere Rücksicht genommen werden.

Weiterhin sollten vor allem in Gebieten, in denen ein Mangel an Biotopen oder Lücken im Biotopverbund bestehen, Rekultivierungsmaßnahmen zum Anlass genommen werden, zur Beseitigung bestehender Mangelsituationen durch die Entwicklung von Sekundärbiotopen beizutragen.

Verbesserung von  
Landschaftsfunktionen

Darüber hinaus sollen weitere Möglichkeiten, Verbesserungen der Landschaftsfunktionen im Zuge der Rekultivierung herbeizuführen, in Abstimmung auf die Ziele der Regionalplanung genutzt werden. Beispielhaft seien hier Aufforstungen in waldarmen Gebieten oder die Schaffung von Erholungsflächen genannt. Dabei sind in die Betrachtung auch die bereits abgeschlossenen Abbauvorhaben, für die noch keine Rekultivierung vorgenommen wurde, einzubeziehen.

Zu 3.5.0.5 (N)  
Bereiche mit Bergbau-  
berechtigung

In der Region bestehen öffentlich-rechtliche Bergbauberechtigungen, die zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme, Steinsalz und Ölschiefer berechtigen. Der Umfang der in die Raumnutzungskarte nachrichtlich übernommenen Feldgrenzen sagt dabei weder etwas über die tatsächliche Verbreitung des Minerals, noch über den Umfang seiner wirtschaftlichen Gewinnungsmöglichkeit aus. Damit sind die rechtlich fixierten Feldergrenzen nicht mit Abbauergrenzen gleichzusetzen. In der Raumnutzungskarte werden diese Flächen als Bereiche mit Bergbauberechtigung dargestellt. Andere Nutzungen sind hier nicht von vornherein ausgeschlossen, jedoch soll zur Wahrung bestehender

	Rechte bei Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen die Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) gehört werden.
Zu 3.5.1 (Z) Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	Die Festlegung der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe erfolgte auf Grundlage der in der Region bestehenden Abbaustätten in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, den Fachbehörden und der Wirtschaft und in enger Abstimmung mit dem Industrieverband Steine Erden.
Sicherung bestehender Abbaustätten	Durch die Sicherung bestehender Abbaustätten und damit des Eigenversorgungsanteils der Region können zahlreiche negative Auswirkungen sowohl auf Natur und Landschaft als auch auf die gewerbliche Wirtschaft, die bei Rohstoffimporten insbesondere durch den Rohstofftransport entstehen, vermieden werden. Die durch den Rohstoffabbau selbst hervorgerufenen Auswirkungen können vermindert werden, wenn der Erweiterung bereits begonnener Abbauvorhaben der Vorzug vor der Inanspruchnahme neuer Flächen eingeräumt wird.
Fachliche Grundlagen	Die Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Freiburg (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau) hat im Vorgriff der Regionalplanfortschreibung umfangreiche Untersuchungen zur Lagerstättenhöflichkeit und Abbauwürdigkeit der Rohstoffvorkommen in der Region durchgeführt und diese dem Verband Region Stuttgart zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus liegen dem Verband auch Erweiterungswünsche von Betrieben vor, die ebenfalls geprüft wurden.
Abschließende Beurteilung im Genehmigungsverfahren	<p>In Abwägung mit anderen Belangen konnte somit aus überörtlicher Sicht eine planerische Beurteilung der Erweiterungsfähigkeit bestehender Abbaustandorte vorgenommen werden, die jedoch das Genehmigungsverfahren nicht vorwegnimmt. Ziel ist es, neben den bereits genehmigten Vorhaben die regionalplanerisch abgewogenen Erweiterungsflächen vor Beeinträchtigungen, die eine Nutzung unmöglich machen würden, zu schützen. Erst mit der Vorlage einer sorgfältig ausgearbeiteten Abbau- und Rekultivierungsplanung ist es möglich, die Auswirkungen des Abbaus im Einzelnen zu beurteilen.</p> <p>Die Verarbeitung von Rohstoffen ist häufig nur in unmittelbarer Nähe zur Rohstoffgewinnung möglich. Soweit ein derartiger Zusammenhang besteht, soll daher die standortabhängige Verarbeitung der Rohstoffe ermöglicht bzw. gesichert werden</p>
Vorrang des Abbaus vor Zielen des Freiraumschutzes	Die Vorranggebiete für Rohstoffabbau liegen zum überwiegenden Teil in regionalen Grünzügen und überlagern diese. Solange der Rohstoffabbau angestrebt oder aktiv betrieben wird, ist den Belangen des Rohstoffabbaus Vorrang zu gewähren vor den Zielsetzungen der Regionalen Grünzüge und Gebiete für besonderen Freiraumschutz. Nach Abschluss bzw. Aufgabe des Rohstoffabbaus sind die Ziele des Regionalen Grünzugs zur Freiraumsicherung gem. Plansatz 3.1.1 wiederum zu berücksichtigen, um den großräumigen Freiraumzusammenhang zu erhalten.
Zu 3.5.2 (Z) Gebiete zur Sicherung von Rohstoffvorkommen	<p>Im Rahmen der Erhebung von Rohstoffvorkommen in der Region Stuttgart wurde eine Einstufung in Abhängigkeit von ihrer Qualität, Mächtigkeit und der Überlagerung mit Deckschichten vorgenommen. Darüber hinaus wurde im Rahmen der strategischen Umweltprüfung überprüft, inwieweit Konflikte mit anderen bestehenden Landschaftsfunktionen zu erwarten sind. Diese Informationen sowie die Auskünfte der Rohstoffindustrie bilden eine wesentliche Grundlage für die Darstellung im Regionalplan. Auf die Bedarfsberechnung in der Begründung zu Plansatz 3.5.1 wird verwiesen. Die Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffvorkommen dienen der langfristigen Sicherung der Rohstoffvorkommen gegenüber Nutzungen, die dem Rohstoffabbau entgegen stehen.</p> <p>Die Festlegung eines Standortes als Gebiet zur Sicherung von Rohstoffvorkommen legt noch nicht fest, ob, wann und unter welchen fachlichen und räumlichen Bedingungen ein Abbau dieser Vorkommen stattfindet. Hierüber wird vielmehr erst im Rahmen des fachlichen Genehmigungsverfahrens entschieden.</p>



## **Kapitel 4: Regionale Infrastruktur (Standorte und Trassen)**

### **4.1 Verkehr**

#### **4.1.0 Allgemeine Grundsätze**

#### **4.1.1 Straßenverkehr**

#### **4.1.2 Schienenverkehr**

#### **4.1.3 Öffentlicher Personennahverkehr**

#### **4.1.4 Luftverkehr**

#### **4.1.5 Wasserstraßen**

#### **4.1.6 Radverkehr**

#### **4.1.7 Nachrichtenverkehr**





**Kapitel 4: REGIONALE INFRASTRUKTUR (STANDORTE UND TRASSEN)**

4.1	Verkehr
<b>4.1.0</b>	<b>Allgemeine Grundsätze</b>
4.1.0.1 (G) Zukunftsorientierte Verkehrskonzeption	<p>Das Verkehrssystem in der Region Stuttgart soll zu der angestrebten Entwicklung der Region und ihrer einzelnen Teilräume beitragen. Die Verkehrsinfrastruktur muss daher zu einem Bestandteil eines zukunftsfähigen, funktionsgerechten, leistungsfähigen und vernetzten Verkehrssystems weiterentwickelt werden, das</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine nachhaltige sozial- und umweltverträgliche Mobilität als Grundlage für die Entwicklung des Raumes und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes fördert,</li> <li>• die beabsichtigte innere Entwicklung unterstützt,</li> <li>• die bedarfsgerechte Einbindung der Region in die nationalen und internationalen Verkehrsnetze sicherstellt,</li> <li>• den sich wandelnden globalen Wettbewerbsbedingungen Rechnung trägt und</li> <li>• die Partizipation am europäischen Integrationsprozess ermöglicht.</li> </ul>
4.1.0.2 (G) Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse	<p>Die Erreichbarkeit der Arbeits- und Wohnstätten, der zentralörtlichen Einrichtungen sowie der Erholungsgebiete und Freizeiteinrichtungen soll gewährleistet und weiter verbessert werden. Die Verkehrsbedürfnisse sollen mit einem geringen Verkehrs- und Zeitaufwand, möglichst geringen Umweltbeeinträchtigungen sowie zu sozialverträglichen und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kosten befriedigt werden können.</p>
4.1.0.3 (G) Zusammenhängende Planung / Schonung der Ressourcen	<p>Die Region als einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsraum erfordert eine integrierte, abgestimmte und zusammenhängende Planung und Organisation des Verkehrs. Durch Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung sowie durch die Beachtung des Prinzips der kurzen Wege sollen der Verkehrsaufwand und die verkehrsbedingten Belastungen reduziert sowie eine umweltverträgliche Verkehrsteilnahme gefördert werden. Gleichzeitig soll die Verkehrsinfrastruktur das System der zentralen Orte stärken, die Gliederung der Region in Achsen und Achsenzwischenräume unterstützen und zur Ausgestaltung der Entwicklungsachsen beitragen. Planungen für den Personen- und Güterverkehr sind nicht nur an den Mobilitätsbedürfnissen und Wirtschaftlichkeitserwägungen auszurichten, sondern auch an Belangen des Freiraum-, Klima- und Umweltschutzes, wie schonender Umgang mit Ressourcen, sparsame Flächeninanspruchnahme, Reduzierung von Luft- und Bodenbelastungen, Lärmschutz oder Verkehrssicherheit, sowie an den Belangen des Denkmal- und Kulturgüterschutzes.</p>
4.1.0.4 (G) Vernetzung und Aufgabenteilung der Verkehrsträger	<p>Durch Maßnahmen zur Vernetzung und Integration der Verkehrsträger sowie zur Beeinflussung von Verkehrsangebot und -nachfrage im Rahmen eines Verkehrsmanagements soll sowohl die Leistungsfähigkeit des Gesamtverkehrssystems erhöht und besser ausgenutzt als auch auf eine sachgerechte und umweltschonende Aufgabenverteilung zwischen den Verkehrsträgern hingewirkt werden. Dabei sind im Personenverkehr die Nutzung des öffentlichen Verkehrs und im Güterverkehr die Transporte über die Schiene und die Bundeswasserstraße Neckar zu steigern. Neben infrastrukturellen sollen dazu verstärkt organisatorische und betriebliche Maßnahmen ergriffen werden. Die im Regionalverkehrsplan beschriebenen organisatorischen, ordnungs- und preispolitischen Maßnahmen sollen hierbei Beachtung finden.</p>
4.1.0.5 (G) Spezifische Mobilitäts- anforderungen	<p>Den spezifischen Mobilitäts- und Sicherheitsanforderungen von Frauen und Männern ist ebenso Rechnung zu tragen wie den Mobilitätsbedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Dies gilt angesichts des demografischen Wandels insbesondere für die Bedürfnisse älterer Menschen und Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, aber auch für die Bedürfnisse</p>

	von Kindern. Angesichts steigender Energiepreise ist zudem besonderes Augenmerk auf die Sicherung der Mobilität sozial schwacher Personengruppen zu legen.
<b>4.1.1</b>	<b>Straßenverkehr</b>
4.1.1.1 (G) Regionalbedeutsames Straßennetz	<p>Das aus der zentralörtlichen Gliederung hergeleitete regionalbedeutsame Straßennetz soll entsprechend der raumordnerischen Funktionen der einzelnen Netzelemente weiterentwickelt werden, um auf Dauer eine angemessene äußere Anbindung und innere Erschließung der Region gewährleisten zu können. Grundlage hierfür ist die in der Raumnutzungskarte dargestellte „Kategorisierung der Straßen“, die die Verbindungsbedeutung der einzelnen Straßenabschnitte des regionalbedeutsamen Netzes widerspiegelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindungsfunktionsstufe I - Straße für den großräumigen Verkehr</li> <li>• Verbindungsfunktionsstufe II - Straße für den überregionalen Verkehr</li> <li>• Verbindungsfunktionsstufe III - Straße für den regionalen Verkehr</li> </ul>
4.1.1.2 (G) Leistungssteigerung vor Ausbau / Ausbau vor Neubau	<p>(1) In Teilbereichen sind zur Herstellung einer bedarfsgerechten Erschließung oder Entlastung übermäßig belasteter Bereiche Ergänzungen des Straßennetzes erforderlich. Dabei sollen Kapazitätsengpässe und Erreichbarkeitsdefizite behoben sowie erhebliche Belastungen besiedelter Bereiche oder der Umwelt vermieden oder verringert werden.</p> <p>(2) Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des bestehenden Netzes hat dabei Vorrang vor dem Ausbau von Straßen und der Ausbau in der Regel Vorrang vor Neutrassierungen.</p>
4.1.1.3 (N) Verbindlich geplante Neu- und Ausbaumaß- nahmen	<p>In die Raumnutzungskarte werden folgende verbindlich geplante bzw. zum Teil bereits in Bau befindliche Neu- und Ausbaumaßnahmen nachrichtlich übernommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A 8            Ausbau zwischen Gruibingen und Mühlhausen</li> <li>• A 81          Ausbau zwischen den Anschlussstellen Gärtringen und Böblingen-Hulb</li> <li>• B 10          Neubau zwischen Eislingen a.d. Fils und Gingen a.d. Fils einschließlich Neubau der Querspange B 466</li> <li>• B 10          Vollausbau Anschluss Stuttgart-Neuwirtshaus / Korntal</li> <li>• B 10 /   B 27          Anschluss des Gewerbegebietes Stuttgart-Feuerbach im Bereich der Friedrichswahl (MEA-Brücke)</li> <li>• B 14          Neubau im Abschnitt Winnenden – Nellmersbach – Backnang</li> <li>• B 14          Anschluss der Büsnauer Straße in Stuttgart</li> <li>• B 28   (K 1030)      Umfahrung Oberjettingen</li> <li>• B 28 /   B 296          Umfahrung Herrenberg-Hauptort und -Affstätt</li> <li>• B 464          Neubau zwischen Sindelfingen und Renningen</li> <li>• B 466          Umfahrung Donzdorf</li> <li>• L 1136          Umfahrung Ditzingen-Schöckingen</li> <li>• L 1138          Nordumfahrung Benningen</li> <li>• L 1150          Umfahrung Schorndorf-Haubersbronn</li> <li>• L 1182          Umfahrung Sindelfingen-Darmsheim</li> <li>• K 1881          Beseitigung des Bahnübergangs zwischen Schorndorf und Urbach</li> </ul>

4.1.1.4 (V) Neu- und Ausbautvor- schläge	<p>Für folgende, in der Raumnutzungskarte dargestellte Straßen wird auf der Grundlage der Dringlichkeitseinstufungen des Regionalverkehrsplans vorgeschlagen, den Ausbau vorzusehen oder falls notwendig die Trassenführung für Neubauten näher zu bestimmen und die Maßnahme in das jeweilige Straßenbauprogramm aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und Wendlingen</li> <li>• A 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt</li> <li>• A 81 zwischen Pleidelsheim und Zuffenhausen</li> <li>• A 81 im Abschnitt Anschlussstelle Böblingen-Hulb - Autobahnkreuz Stuttgart 6-streifiger Ausbau, im Abschnitt Anschlussstelle Böblingen-Ost - Autobahnkreuz Stuttgart späterer 8-streifiger Ausbau</li> <li>• B 10 zwischen Vaihingen a.d. Enz und der A 81</li> <li>• B 10 in den Bereichen Friedrichswahl und Rosenstein</li> <li>• B 10 zwischen Gingen a.d. Fils und der Regionsgrenze südöstlich von Geislingen a.d. Steige</li> <li>• B 27 zwischen der B 312 bei Aichtal und der Anschlussstelle Degerloch der A 8</li> <li>• B 297 zwischen Neckartailfingen und Neckarhausen (2. Bauabschnitt)</li> <li>• B 464 zwischen Holzgerlingen und Holzgerlingen-Süd</li> <li>• L 1115 zwischen Backnang und der A 81</li> <li>• Verbindung zwischen der B 10 im Neckartal und der A 8 auf den Fildern</li> <li>• Verbindung zwischen der A 8 und der B 27 östlich des Landesflughafens</li> <li>• Verbindung der Räume Ludwigsburg / Kornwestheim und Waiblingen / Fellbach im Nordosten von Stuttgart</li> <li>• Verbindung zwischen der L 1204 und der L 1205 südöstlich von Plieningen in Parallellage zur A 8</li> </ul>
4.1.1.5 (V) Beseitigung von Ortsdurchfahrten	<p>Zur besseren Erfüllung der Funktion als Siedlungsbereich der Entwicklungsachsen oder als Zentraler Ort sowie für Sanierungen und zur Entlastung der Ortskerne im Verlauf regionalbedeutsamer Straßenzüge wird auf der Basis der Ausweisungen im Regionalverkehrsplan vorgeschlagen, nachfolgende Verbesserungen, insbesondere durch die Beseitigung von Ortsdurchfahrten, vorzunehmen, die dafür notwendigen Trassen zu bestimmen und die Maßnahme im Hinblick auf die Finanzierung vorrangig zu behandeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• B 10 in Vaihingen an der Enz - Enzweihingen</li> <li>• B 14 in Oppenweiler</li> <li>• B 14 / L 1066 in Sulzbach</li> <li>• B 28 / B 14 in Herrenberg (Bereich Reinhold-Schick-Platz)</li> <li>• B 296 in Herrenberg-Oberjesingen</li> <li>• B 297 in Nürtingen-Reudern (ortsnahe, Landschaft schonende Lösung)</li> <li>• B 465 in Owen (nördlicher Abschnitt bis zur L 1210)</li> <li>• B 466 in Böhmenkirch</li> <li>• L 1066 in Murrhardt</li> <li>• L 1113 in Besigheim-Schimmelfeld</li> <li>• L 1125 in Ingersheim und Pleidelsheim</li> <li>• L 1127 in Affalterbach</li> <li>• L 1138 in Freiberg am Neckar</li> <li>• L 1080 / L 1148 in Allmersbach im Tal, Rudersberg, -Schlechtbach und -Michelau sowie Schorndorf-Miedelsbach ohne Erhöhung der Gesamtleistungsfähigkeit im Wieslaufal</li> <li>• L 1150 in Winterbach und Welzheim-Breitenfürst</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L 1192 / L 1208 in Leinfelden-Echterdingen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L 1201 in Plochingen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L 1204 in Neuhausen a.d. Fildern</li> </ul>
4.1.1.6 (V) Neu- und Ausbau von Anschlussstellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L 1205 in Nürtingen-Oberensingen</li> <li>• L 1214 in Göppingen-Jebenhausen und -Bezgenriet</li> <li>• L 1217 in Heiningen</li> </ul> <p>Über die genannten Straßenbauvorhaben hinaus sollen durch den Neu- bzw. Ausbau folgender Anschlussstellen an das Straßennetz für den großräumigen Verkehr sowohl die Erreichbarkeitsverhältnisse für einzelne Teilräume der Region verbessert als auch auf eine Reduzierung des Verkehrsaufwands und der damit verbundenen Umweltbelastungen hingewirkt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A 8 Erweiterung Anschlussstelle Esslingen</li> <li>• A 81 Ausbau Anschlussstelle Ludwigsburg-Süd</li> <li>• A 81 Vollausbau Anschlussstelle Böblingen-Ost mit Anbindung der Querspange Böblingen-Sindelfingen</li> <li>• A 81 Vollausbau Anschlussstelle Rottenburg</li> <li>• B 27 / B 312 Komplettierung der Verknüpfung in Aichtal</li> </ul>
4.1.1.7 (Z) Trassen für den Straßenverkehr, Neubau (VRG)	<p>Als Trassen für den Straßenneubau im regionalbedeutsamen Straßennetz werden folgende in der Raumnutzungskarte dargestellte Linien / Korridore als Vorranggebiet festgelegt. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen oder Maßnahmen, die einem späteren Straßenbau entgegen stehen könnten oder mit den Straßenbautrassen nicht vereinbar sind, nicht zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt</li> <li>• B 10 im Bereich Rosenstein</li> <li>• B 10 im Abschnitt Gingen a.d. Fils - Geislingen a.d. Steige - Regionsgrenze (- Amstetten)</li> <li>• B 14 Umfahrung Oppenweiler</li> <li>• L 1127 Umfahrung Affalterbach</li> <li>• L 1204 Nordumfahrung Neuhausen a.d. Fildern</li> <li>• L 1214 Umfahrung Göppingen-Jebenhausen und -Bezgenriet</li> <li>• Verbindung der Räume Ludwigsburg / Kornwestheim und Waiblingen / Fellbach im Nordosten von Stuttgart</li> <li>• Verbindung zwischen der L 1204 und der L 1205 südöstlich von Plieningen in Parallellage zur A 8</li> <li>• Verbindung zwischen Nord-Süd-Straße und L 1208 in Leinfelden-Echterdingen</li> </ul>
4.1.1.8 (Z) Trassen für den Straßenverkehr, Ausbau (VRG)	<p>Als Trassen für Straßenausbaumaßnahmen im regionalbedeutsamen Straßennetz werden folgende in der Raumnutzungskarte dargestellte Linien / Korridore als Vorranggebiet festgelegt. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen oder Maßnahmen, die einem späteren Straßenbau entgegen stehen könnten oder mit den Straßenbautrassen nicht vereinbar sind, nicht zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A 8 zwischen Autobahndreieck Leonberg und Wendlingen</li> <li>• A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Autobahnkreuz Stuttgart</li> <li>• A 81 zwischen Zuffenhausen und Pleidelsheim</li> <li>• B 10 zwischen der A 81 und Schwieberdingen-Ost</li> <li>• B 27 zwischen der B 312 bei Aichtal und der Anschlussstelle Degerloch der A 8</li> </ul>

<p>4.1.1.9 (G) Freiraumschutz und Renaturierung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• B 464 zwischen Holzgerlingen und Holzgerlingen-Süd</li> <li>• L 1115 zwischen Backnang und der A 81</li> </ul> <p>(1) Die Flächeninanspruchnahme für Straßenbaumaßnahmen soll auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden. Umfahrungen sollen unter Beachtung des Immissionsschutzes ortsnahe geführt werden, um Zerschneidungseffekte zu vermeiden und die Flächeninanspruchnahme zu verringern.</p> <p>(2) Zur Minimierung der Inanspruchnahme und Durchschneidung von Freiräumen außerhalb der Ortslagen sowie innerhalb der Siedlungsflächen sollen im Zuge der Anlage von Neubautrassen und Umfahrungsstraßen die nicht unabdingbar benötigten bisherigen Straßenflächen reduziert oder renaturiert werden.</p>
<p><b>4.1.2</b></p> <p>4.1.2.1 (G) Einbindung der Region in das Schienennetz</p>	<p><b>Schienenverkehr</b></p> <p>(1) Das Schienennetz ist in seinem Leistungsvermögen sowohl auf die Belange des großräumigen Verkehrs als auch auf den Bedarf der Region als bedeutsamer Lebens- und Wirtschaftsraum abzustimmen. Es soll so weiterentwickelt werden, dass eine leistungsfähige Einbindung der Region in das nationale und europäische Fernverkehrs- und Hochgeschwindigkeitsnetz dauerhaft gewährleistet und ein attraktiver Regional- und Nahverkehr angeboten werden kann.</p> <p>(2) Dazu dienen das Projekt Stuttgart 21 zur Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart sowie die Neu- und Ausbaustrecke Stuttgart - Ulm - Augsburg mit der Anbindung des Landesflughafens und der Verknüpfung mit der Neckartalstrecke in Richtung Reutlingen / Tübingen über die Wendlinger Kurve in besonderem Maße.</p> <p>(3) Der Schienenfernverkehr soll von allen Teilräumen der Region aus möglichst schnell und leicht zugänglich sein. Hierzu tragen leistungsfähige und attraktive Regional- und Nahverkehrslinien als Zubringer zum Bahnknoten im Oberzentrum Stuttgart wesentlich bei. Darüber hinaus soll die Zugänglichkeit des Schienenfernverkehrs erhalten und verbessert werden, indem insbesondere in den Mittelzentren der Region, die an den Fernverkehrsachsen liegen, das Angebot an Fernverkehrshalten beibehalten oder erweitert wird.</p>
<p>4.1.2.1.1 (V) Stärkung der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse</p>	<p>Zur Verbesserung des heute bestehenden Angebots im großräumigen und überregionalen Verkehr und zur Stärkung der Nord-Süd-Achse Berlin – Würzburg – Stuttgart – Zürich – Mailand sowie der Ost-West-Achse Dresden / Prag – Nürnberg – Stuttgart – Karlsruhe soll die Leistungsfähigkeit und Qualität der Verbindungen Würzburg – Heilbronn – Stuttgart, Nürnberg – Crailsheim – Schwäbisch Hall-Hessental – Stuttgart bzw. Nürnberg – Crailsheim – Aalen – Stuttgart, Karlsruhe – Pforzheim – Stuttgart und Zürich – Singen – Horb – Stuttgart durch Aus- oder Neubau bzw. Angebotsausweitungen erhöht werden.</p>
<p>4.1.2.1.2 (V) Verbesserung des Regionalverkehrs</p>	<p>(1) Zur Verbesserung des regionalen Schienenverkehrs wird u.a. auf der Grundlage der Ausweisungen des Regionalverkehrsplans vorgeschlagen, folgende Projekte vorrangig umzusetzen bzw. die Planungen zu konkretisieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterungen des S-Bahn-Netzes <ul style="list-style-type: none"> <li>- Plochingen - Wendlingen - Kirchheim u. Teck</li> <li>- Marbach am Neckar - Backnang</li> <li>- Renningen - Böblingen</li> </ul> </li> <li>• Zweigleisiger Ausbau der Strecke Freiberg – Benningen zugunsten der Fahrplanstabilität und als Voraussetzung für die Einführung eines S-Bahn-Verkehrs zwischen Marbach am Neckar und Backnang</li> <li>• Verbesserungen der Leistungsfähigkeit und Angebotsverbesserungen auf den Strecken Stuttgart - Schorndorf - Aalen und Stuttgart – Plochingen – Göppingen – Geislingen</li> <li>• Zudem soll über die im Regionalverkehrsplan vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus die Einbindung des Landkreises Göppingen in das S-Bahn-System vorangetrieben werden</li> </ul>

	<p>(2) Im Zuge der bzw. nach Realisierung des Projektes Stuttgart 21 sollen zugunsten des regionalen Schienenverkehrs zudem</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Gäubahntrasse zwischen Stuttgart-Nord und Stuttgart-Vaihingen in betriebsfähigem Zustand erhalten,</li> <li>• die Gäubahn im Bereich des heutigen Nordbahnhofes nach Bad Cannstatt angebunden sowie eine Verbindungsspange zwischen Feuerbach und Bad Cannstatt geschaffen („Nordkreuz“) und</li> <li>• die Realisierungsmöglichkeiten einer Tangentiallinie Kirchheim u. Teck - Wendlingen - Flughafen - Sindelfingen geprüft werden.</li> </ul> <p>(3) Für den langfristigen weiteren Ausbau des regionalen Schienenverkehrs wird ferner vorgeschlagen zu prüfen, ob:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Strecke Marbach – Beilstein wieder aufgebaut,</li> <li>• die Strecke Kirchheim u. Teck – Weilheim u. Teck – Bad Boll – Göppingen wieder in Betrieb genommen,</li> <li>• die Strecke Weil der Stadt – Calw reaktiviert und durch einen Neubauabschnitt zwischen Ostelsheim und Weil der Stadt beschleunigt,</li> <li>• nach Inbetriebnahme der S-Bahn-Verlängerung nach Kirchheim u. Teck die Tälesbahn bis Wendlingen verlängert sowie</li> <li>• Haltepunkte mit P+R-Anlagen in Erbstetten, Magstadt-West und Wendlingen-Ost eingerichtet werden können.</li> </ul> <p>(4) Darüber hinaus sollen als Grundlage für die weitere langfristige Weiterentwicklung des regionalen Schienenverkehrs</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Überlegungen zu neuen Schienenstrecken zwischen Herrenberg und Nagold sowie zwischen Böblingen und Calw weitergeführt und die hierfür am besten geeigneten Trassen gesichert sowie</li> <li>• die Option eines abschnittsweise oder vollständig zweigleisigen Ausbaus der Schönbuchbahn ermöglicht werden.</li> </ul>
4.1.2.1.3 (Z) Trassen für den Eisenbahnverkehr, Neubau (VRG)	<p>Als Trassen für den Neubau von Eisenbahnstrecken werden folgende in der Raumnutzungskarte dargestellte Linien / Korridore als Vorranggebiet festgelegt. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen oder Maßnahmen, die einem späteren Bahnbetrieb entgegen stehen könnten oder mit den Bahntrassen nicht vereinbar sind, nicht zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Noch nicht planfestgestellte Abschnitte des Projekts Stuttgart 21 sowie der Neubaustrecke Wendlingen - Ulm</li> <li>• Erweiterung des geplanten neuen Hauptbahnhofs in Stuttgart auf 10 Gleise</li> <li>• Nordkreuz Stuttgart mit Anbindung der Gäubahn nach Stuttgart - Feuerbach und Stuttgart - Bad Cannstatt sowie Verbindungsspange Stuttgart - Feuerbach – Stuttgart - Bad Cannstatt</li> <li>• Verbindungsspange im Bereich des Flughafens zwischen der Filderbahn und der geplanten Neubaustrecke in Richtung Wendlingen</li> <li>• Filderstadt-Bernhausen – Neuhausen a.d. Fildern (ggf. Realisierung mit Stadtbahnbetrieb)</li> <li>• Goldbergspange als Verbindung zwischen Gäubahn und Rankbachbahn</li> <li>• S-Bahn-Trasse von Wendlingen nach Kirchheim u. Teck (Südumfahrung, Tunnel)</li> </ul>
4.1.2.1.4 (Z) Trassen für den Eisenbahnverkehr, Ausbau (VRG)	<p>Als Trassen für den Ausbau von Eisenbahnstrecken werden folgende in der Raumnutzungskarte dargestellte Linien / Korridore als Vorranggebiet festgelegt. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen oder Maßnahmen, die einem späteren Bahnbetrieb entgegen stehen könnten oder mit den Bahntrassen nicht vereinbar sind, nicht zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterung der Filstalstrecke im Abschnitt Plochingen - Geislingen um ein drittes Gleis</li> <li>• Erweiterung der Remstalstrecke im Abschnitt Waiblingen - Schorndorf - Lorch - Aalen um ein drittes Gleis</li> </ul>

<p>4.1.2.1.5 (Z) Trassen für den Schienenverkehr, Sicherung (VRG)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterung der Murrbahn im Abschnitt Backnang - Murrhardt - Gaildorf - Schwäbisch Hall um ein zweites Gleis</li> <li>• Erweiterung der Gäubahn im Abschnitt Stuttgart-Rohr - Böblingen - Herrenberg - Bondorf - Horb um ein drittes Gleis</li> </ul> <p>(1) Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Schienentrassen, die infolge von Streckenstilllegungen funktionslos geworden sind oder werden, werden als Vorranggebiet Trassensicherung für den Schienenverkehr (VRG) festgelegt und sind von Nutzungen freizuhalten, die einer möglichen späteren Wiedereinführung eines schienengebundenen Verkehrs entgegenstehen. Derzeit handelt es sich dabei um die Strecken bzw. Streckenabschnitte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Marbach – Beilstein</li> <li>• Ludwigsburg – Markgröningen</li> <li>• Weil der Stadt – Calw</li> <li>• Welzheim – Rudersberg-Oberndorf</li> <li>• Kirchheim u. Teck – Weilheim a.d. Teck</li> <li>• Bad Boll – Göppingen</li> <li>• Göppingen – Rechberghausen – Wäschenbeuren (- Schwäbisch Gmünd)</li> <li>• Süßen – Donzdorf</li> <li>• Sersheim – Vaihingen a.d. Enz-Enzweihingen</li> </ul> <p>(2) Die in der Folge des Projektes S 21 zunächst funktionslos werdende Gäubahn in Stuttgart im Abschnitt Nordbahnhof – Vaihingen wird als mögliche Trasse für eine spätere Wiedereinführung eines Bahn- oder Einführung eines Stadtbahnverkehrs gesichert.</p>
<p>4.1.2.1.6 (G) Vernetztes Nahverkehrssystem</p>	<p>Anstelle des allein auf Stuttgart bezogenen radialen Nahverkehrssystems soll ein vernetztes Verbundsystem unter Einbeziehung bestehender und neuer Tangentialstrecken entwickelt werden, unabhängig von der Bahnklassifizierung und Trägerschaft.</p>
<p>4.1.2.1.7 (V) Weiternutzung von Bahnflächen</p>	<p>Vor der Aufgabe weiterer zusammenhängender Bahnflächen (z. B. in Feuerbach, Vaihingen, Bietigheim-Bissingen) soll die Notwendigkeit einer Weiternutzung für ein Betriebswerk für den Regional- und S-Bahn-Verkehr, den Güterumschlag oder andere auf einen Gleisanschluss angewiesene Nutzungen geprüft werden.</p>
<p>4.1.2.1.8 (V) Ausbau des Stadtbahnnetzes</p>	<p>(1) Ergänzend zum Angebot nach dem heute geplanten Stadtbahnnetz wird vorgeschlagen, Netzerweiterungen für folgende Abschnitte vertieft zu untersuchen, die möglichen Trassen näher zu bestimmen und zu sichern sowie die Realisierung anzustreben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stuttgart-Hauptbahnhof - Nordbahnhof - Löwentor - Hallschlag - Münster</li> <li>• Lückenschluss Stuttgart-Mönchfeld - Mühlhausen</li> <li>• Stuttgart-Plieningen - Hohenheim</li> <li>• Stuttgart-Möhringen – Fasanenhof – Neue Messe / Flughafen – Neuhausen a.d. Fildern</li> <li>• Ostfildern-Nellingen – Esslingen am Neckar</li> <li>• Leinfelden – Echterdingen-Hinterhof</li> <li>• Reaktivierung der Strecke Markgröningen – Ludwigsburg als Stadtbahn mit Durchbindung bis Remseck bzw. Waiblingen und Ergänzung durch einen Ast Schwieberdingen - Möglingen</li> <li>• Einbindung der Stroh Gäubahn in das Stadtbahnnetz</li> <li>• Stuttgart-Wallgraben – Stuttgart-Dürtlewang</li> <li>• Anbindung Stuttgart-Neckarpark</li> </ul> <p>(2) Darüber hinaus sollte die Realisierungswürdigkeit folgender möglicher Netzerweiterungen zu einem späteren Zeitpunkt vertieft untersucht werden:</p>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hölderlinplatz - Schwabstraße</li> <li>• Ostendstraße - Gäubahn</li> <li>• Stuttgart-Vaihingen - Bösau</li> <li>• Stuttgart-Stammheim – Kornwestheim-West – Ludwigsburg</li> <li>• Stuttgart-Neugereut – Fellbach-Oeffingen</li> <li>• Stadtbahnanbindung Stuttgart-Burgholzhof</li> <li>• Fellbach – Kernen-Stetten</li> <li>• Stuttgart-Degerloch - Stuttgart-Hoffeld - Stuttgart-Asemwald - Stuttgart-Birkach - Stuttgart-Plieningen</li> </ul>
4.1.2.1.9 (Z) Trassen für den Stadt- bahnverkehr, Neubau (VRG)	<p>Als Trassen für künftige Stadtbahnverkehre werden folgende in der Raumnutzungskarte dargestellte Linien / Korridore als Vorranggebiet festgelegt. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen oder Maßnahmen, die einem späteren Stadtbahnbetrieb entgegen stehen könnten oder mit den Stadtbahntrassen nicht vereinbar sind, nicht zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stuttgart-Hauptbahnhof - Nordbahnhof - Löwentor - Hallschlag – Münster</li> <li>• Lückenschluss Stuttgart-Mönchfeld - Mühlhausen</li> <li>• Stuttgart-Plieningen – Hohenheim</li> <li>• Stuttgart-Fasanenhof – Neue Messe / Flughafen</li> <li>• Ostfildern-Nellingen – Esslingen am Neckar</li> <li>• Leinfelden – Echterdingen-Hinterhof</li> <li>• Stuttgart-Wallgraben – Stuttgart-Dürlewang</li> </ul>
4.1.2.1.10 (G) Übergang vom Bahn- zum Stadtbahnnetz	Soweit sich aus Übergängen zwischen dem Bahnnetz und dem Stadtbahnnetz Vorteile ergeben, soll die derzeitige Trennung aufgehoben werden.
4.1.2.2 (G) Kombinierter Güterverkehr	Zur weiteren Steigerung der verkehrsträgerübergreifenden Transportleistung ist anzustreben, die Einrichtungen für den kombinierten Güterverkehr (KV) auszubauen und verkehrsgerecht auszustatten. Leistungsgerechte Zu- und Abfahrten für den Straßenverkehr müssen dabei gleichzeitig angelegt werden.
4.1.2.2.1 (Z) Standorte für den kombinierten Güterverkehr (VRG)	Die in der Raumnutzungskarte eingetragenen Umschlagstellen für den kombinierten Verkehr in Kornwestheim, im Hafen Stuttgart und in Göppingen-Holzheim sind als Vorranggebiete „Standort für kombinierten Verkehr“ (VRG) festgelegt. In diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit der vorrangigen Funktion Umschlag im kombinierten Verkehr nicht vereinbar sind.
4.1.2.2.2 (V) Weitere Logistik-Standorte	Die Überlegungen, die vorhandenen Standorte für den kombinierten Güterverkehr (KV) und den geplanten Logistikknoten in Kornwestheim durch einen Logistikstandort im Südwesten der Region zu ergänzen, um die Versorgung dieses Teilraums mit logistischen Angeboten zu verbessern, eine hohe Transportzuverlässigkeit für diesen Teilraum langfristig sicherstellen zu können und verstärkt Güter umweltfreundlich über Schiene transportieren zu können, sollen im Sinne der Vorsorgeplanung fortgeführt werden.
4.1.2.2.3 (G) Gleisanschlüsse	<p>(1) Gleisanschlüsse liefern einen wertvollen Beitrag zur Verlagerung von Verkehrsleistungen im Güterverkehr von der Straße auf die Schiene, indem sie direkte Transporte auf der Schiene ermöglichen. Sie sollen insofern erhalten und ausgebaut werden.</p> <p>(2) Die Distributionszentren der Deutschen Post AG (Brief- und Frachtpostzentren) sowie diejenigen anderer Paket- und Kurierdienste sollen an das Schienennetz angeschlossen sein.</p>

<b>4.1.3</b>	<b>Öffentlicher Personennahverkehr</b>
4.1.3.1 (G) ÖPNV weiter- entwickeln	Für die Region als überwiegend hoch verdichtetem, einheitlichem Lebens- und Wirtschaftsraum ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Straße und der Schiene weiterzuentwickeln zu einem attraktiven, leistungsfähigen, sicheren und wirtschaftlichen Gesamtsystem, das vor allem in den dichter besiedelten Gebieten eine weitgehend gleichwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt, einen möglichst hohen Anteil am motorisierten Verkehr übernehmen kann und eine gute Erreichbarkeit der zentralörtlichen Einrichtungen, der Arbeits- und Ausbildungsplatzschwerpunkte sowie der Freizeit- und Erholungseinrichtungen gewährleistet.
4.1.3.2 (G) Vorrang des ÖPNV	Der Schienenpersonennahverkehr ist vorrangig auszubauen. Dabei soll die Art der Bedienung unabhängig von der Trägerschaft die dem Bedarf entsprechende wirtschaftlichste Lösung berücksichtigen. Maßnahmen zur Verbesserung des S-Bahn-, des Stadtbahn- und des Busverkehrs haben Vorrang vor solchen im Bereich des motorisierten Individualverkehrs.
4.1.3.2.1 (V) IRE- / RE- / RB-System als Ergänzung zur S-Bahn	<p>Vor allem für den Raum der Entwicklungsachsen und im Bereich verdichteter Siedlungsbänder ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der Schienennahverkehrssysteme anzustreben. Hierzu wird vorgeschlagen, das System der Regionalzüge, bestehend vor allem aus den Zuggattungen Interregio-Express (IRE), Regional-Express (RE) und Regionalbahn (RB), vornehmlich in den Streckenabschnitten weiterzuentwickeln, die über die bestehenden und geplanten S-Bahn-Endstationen hinausreichen. Dieses trifft zu für die Strecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stuttgart - Bietigheim-Bissingen - Vaihingen an der Enz - Pforzheim</li> <li>• Stuttgart - Bietigheim-Bissingen - Heilbronn</li> <li>• Stuttgart - Backnang - Schwäbisch Hall</li> <li>• Stuttgart - Schorndorf - Aalen</li> <li>• Stuttgart - Plochingen - Göppingen - Geislingen - Ulm</li> <li>• Stuttgart - Plochingen - Reutlingen - Tübingen</li> <li>• Stuttgart - Herrenberg – Horb - Singen</li> <li>• Kirchheim/Teck - Lenningen</li> <li>• Nürtingen – Neuffen</li> <li>• Böblingen – Dettenhausen</li> <li>• Herrenberg - Tübingen</li> <li>• Stuttgart-Feuerbach - Korntal – Weissach</li> <li>• Schorndorf – Rudersberg-Oberndorf</li> <li>• Kornwestheim - Untertürkheim</li> </ul>
4.1.3.2.2 (G) Integraler Taktfahrplan	Für den regionalen Verkehr sowie den Nahverkehr auf der Schiene und der Straße soll ein integrales Netz entwickelt werden, das die grundlegenden Voraussetzungen für eine einheitliche und aufeinander abgestimmte Netzplanung unterschiedlicher öffentlicher Verkehrsmittel schafft. Eine optimale räumliche und zeitliche Verknüpfung der Verkehrsmittel ist anzustreben.
4.1.3.2.3 (G) Busverkehr	Der weiteren Erschließung der Siedlungsbereiche in den Entwicklungsachsen sowie der Räume zwischen den Entwicklungsachsen dient der Busverkehr. Zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs zwischen dem Kern der Region und den Siedlungsbereichen, die nicht im Einzugsbereich des Schienenverkehrsangebots liegen, ist die Errichtung direkter Busverbindungen anzustreben. Dabei sollen in Einzelfällen die Möglichkeiten zur Einführung von Schnellbuslinien geprüft werden (zum Beispiel Raum Kirchheim u. Teck / Wendlingen – Messe / Flughafen).
4.1.3.2.4 (V) Barrierefreiheit	Es wird angestrebt, die den öffentlichen Personennahverkehr betreffenden Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes in der Region möglichst zügig umzusetzen.

4.1.3.2.5 (V) Umsteigeknoten	Zur Erleichterung des Übergangs zwischen den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs sollen die Umsteigeknoten mit kurzen, komfortablen Wegen und direktem Zugang zum Schienenverkehr angelegt werden.
4.1.3.2.6 (Z) Standorte für P+R-Anlagen (VRG)	Durch System verknüpfende Maßnahmen und eine Verbesserung der Schnittstellen soll die Integration des öffentlichen Personennahverkehrs in das Gesamtverkehrssystem verbessert und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel unterstützt und ausgeweitet werden. Hierzu werden die in der Raumnutzungskarte eingetragenen Standorte für P+R-Anlagen als Vorranggebiete „Standort für P+R“ (VRG) festgelegt. In diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit der vorrangigen Funktion P+R nicht vereinbar sind.
4.1.3.2.7 (V) Verkehrsverbund	Die Kooperation der öffentlichen und privaten Träger des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundraum Stuttgart soll weiter ausgestaltet werden mit dem Ziel der Harmonisierung der Informationssysteme, der Linienführung und der Fahrpläne für alle Benutzer. Weiterhin soll auch für das Gebiet des Landkreises Göppingen eine zweckmäßige Art der Kooperation der Verkehrsträger innerhalb des Kreises sowie mit dem Verbundraum des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart angestrebt werden.
4.1.3.2.8 (V) Verbund der Nahverkehrsverbünde	Durch Verbund- und Regionsgrenzen überschreitende Kooperationen und Projekte der Nahverkehrsverbünde und Aufgabenträger im ÖPNV sollen die jeweiligen ÖPNV-Konzepte, -Fahrpläne und -Linienführungen besser aufeinander abgestimmt, die insbesondere bei Verbundgrenzen überschreitenden Fahrten vorliegende Komplexität der Fahrgastinformation und Tarifbestimmungen abgebaut und weitere Verbesserungen hinsichtlich der Benutzerfreundlichkeit eingeführt werden, um eine bessere Vernetzung der Region mit ihren Nachbarregionen im ÖPNV zu erreichen und den Anteil des ÖPNV bei den Regionsgrenzen überschreitenden Verkehren zu erhöhen.
4.1.3.2.9 (V) Aufgabenträgerschaft	Es ist eine einheitliche Aufgabenträgerschaft mindestens für den schienengebundenen Personennahverkehr anzustreben. Hiervon unberührt bleiben die vorhandenen gesetzlich verankerten Handlungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt, der Städte und Gemeinden auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die zwischen der Region und den Landkreisen vereinbarte Kooperation zur Zusammenarbeit in der Verbundstufe II (17 Punkte Vereinbarung).
<b>4.1.4</b>	<b>Luftverkehr</b>
4.1.4.1 (G) Flughafen Stuttgart	<p>(1) Der Verkehrsflughafen Stuttgart ist entsprechend seiner Bedeutung für Wirtschaft und Bevölkerung der Region und des Landes in Abstimmung mit den Kapazitäten und Angeboten im nationalen und internationalen Luftverkehr sowie mit den Planungen ergänzender Verkehrssysteme auszulegen und verkehrsgerecht an das regional bedeutsame Straßen- und Schienennetz anzubinden.</p> <p>(2) Ein sicherer, wirtschaftlicher und attraktiver Flugbetrieb, der die Region und das Land in das nationale und internationale Luftverkehrsnetz mit angemessener Bedienungsqualität einbindet, soll gewährleistet werden.</p>
4.1.4.2 (Z) Standortsicherung landseitige Flughafen- erweiterung	Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegte Erweiterung des Flughafens ist für den landseitigen Ausbau der regional- und landesbedeutsamen Infrastruktureinrichtung Landesflughafen zu sichern und von entgegenstehenden Planungen und Nutzungen freizuhalten.
4.1.4.3 (G) Hubschrauber- landeplätze	Hubschrauberlandeplätze sind nach Zahl und Größe auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Ausnahmen dürfen insbesondere für Zwecke der Katastrophenhilfe, der Krankentransporthilfe und der Gefahrenabwehr zugelassen werden.

<b>4.1.5</b>	<b>Wasserstraßen</b>
4.1.5.1 (G) Funktions- und Leistungsfähigkeit der Bundeswasserstraße Neckar	Die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Neckars für den Gütertransport ist langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei soll den sich wandelnden Anforderungen der Binnenschifffahrt durch eine angemessene Ausstattung dieser Bundeswasserstraße Rechnung getragen werden. Dazu ist neben der Modernisierung der Schleusen insbesondere die Verlängerung je einer Schleusenkommer der insgesamt 27 Schleusen zwischen Plochingen und Mannheim anzustreben, um den Einsatz der modernen 135 m langen Binnenschiffsklasse auf dem Neckar zu ermöglichen.
4.1.5.2 (G) Leistungsfähigkeit der Häfen	Die Leistungsfähigkeit der Häfen Stuttgart und Plochingen soll langfristig gestärkt werden. Hierzu sollen die heutigen Hafenflächen vollumfänglich erhalten und konkurrierende Nutzungen vermieden werden. Neben der optimierten Nutzung der Bestandsflächen durch ein Flächenrecycling soll vor allem beim Hafen Plochingen die Nutzung von Flächenreserven im Umfeld zur Behebung der Flächenknappheit vorangetrieben werden. Die Häfen sollen den sich wandelnden Transportanforderungen angemessen ausgestaltet werden.
4.1.5.3 (V) Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern	Um die Nutzung des Binnenschiffs und des Schienengüterverkehrs im Hafen Stuttgart durch eine verbesserte Vernetzung mit dem Verkehrsträger Lkw zu fördern, wird die Schaffung einer leistungsfähigen Straßenverbindung zwischen dem Hafen Stuttgart sowie der A 8 und der B 27 auf den Fildern vorgeschlagen.
<b>4.1.6</b>	<b>Radverkehr</b>
4.1.6.1 (G) Erreichbarkeiten im Radverkehr	Der Radverkehr in der Region soll gefördert werden. Die Erreichbarkeit der zentralen Orte, der Gemeindehauptorte, wichtiger Infrastruktureinrichtungen, der Arbeits- und Ausbildungsstätten, der Versorgungsstandorte sowie der Freizeiteinrichtungen und Erholungsgebiete im Radverkehr ist zu verbessern. Dabei ist auf schnelle, direkte, komfortable und sichere Verbindungen für den Alltags- und Freizeitverkehr, auf zielnahe und geeignet gestaltete Abstellanlagen sowie auf eine durchgängige, einheitliche und richtlinienkonforme Beschilderung zu achten.
4.1.6.2 (G) Radverkehrsnetz	<p>(1) Es ist ein zusammenhängendes und im Außerortsbereich von den stark belasteten Straßen für den motorisierten Verkehr unabhängiges Netz für den großräumigen, überregionalen und regionalen Radverkehr anzustreben, das durch kleinräumige überörtliche und innerörtliche Radverkehrsverbindungen ergänzt werden soll.</p> <p>(2) Bei der Weiterentwicklung des Radverkehrsnetzes sollen das landesweite Radverkehrsnetz zugrunde gelegt, insbesondere das regional bedeutsame Radverkehrsnetz ausgebaut und attraktiv gestaltet, Verknüpfungen zu den Netzen der Nachbarregionen hergestellt, Lücken geschlossen sowie bestehende land- und forstwirtschaftliche Wege einbezogen werden.</p>
4.1.6.3 (G) Verknüpfung mit dem ÖPNV	Die Bahnhöfe und wichtigen ÖPNV-Haltestellen sind in das Radverkehrsnetz einzubinden. Um den Umweltverbund zu stärken und die kombinierte Nutzung von Rad und ÖPNV zu erleichtern, sollen das Angebot an Bike+Ride und die Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme im ÖPNV weiter ausgebaut und verbessert werden.
<b>4.1.7</b>	<b>Nachrichtenverkehr</b>
4.1.7.1 (G) Post- und Telekommunikation	Eine flächendeckende Grundversorgung mit Postdiensten und Telekommunikationseinrichtungen ist sicherzustellen. Die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ist an die zeitgemäßen Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft anzupassen und weiterzuentwickeln und im Rahmen des technischen Fortschritts zu leistungsfähigen, zukunftsfähigen Kommunikationsnetzen auszubauen. Zur Vermeidung vieler Einzelstandorte sollen die Infrastruktureinrichtungen möglichst von mehreren Betreibern genutzt werden

4.1.7.2 (G) Richtfunkstrecken	Bestehende und geplante Richtfunkstrecken sind von störender Bebauung freizuhalten sowie für eine uneingeschränkte Nutzung durch zivile und militärische Sendeanlagen sicherzustellen. Antennenträger für Richtfunkstrecken sind dabei möglichst von mehreren Betreibern zu nutzen.
4.1.7.3 (G) Nachrichten und Postdienstleistungen	Die Versorgung der Bevölkerung mit Nachrichten und Postdienstleistungen soll durch entsprechende Servicestellen, Agenturen oder andere geeignete Formen mit vergleichbaren Serviceleistungen in der gesamten Region sichergestellt werden und die Bündelungsfunktion der Stadt- und Ortskerne ergänzen.

## 4.1

## Verkehr

## Begründungen

Zu 4.1.0  
Allgemeine Grundsätze

Die Grundsätze in Ziffer 4.1.0 ergänzen die überfachlichen Grundsätze des Kapitels 1 dieses Regionalplans. Sie leiten sich aus der Situation der Region Stuttgart und den Entwicklungsvorstellungen für die Region ab.

Diese ist als Kern einer Europäischen Metropolregion und als Wirtschaftsraum mit starker Exportorientierung und intensiven Verkehrsverflechtungen sowohl innerhalb der Region als auch mit den benachbarten Regionen und anderen Wirtschaftsräumen im In- und Ausland auf zukunftsfähige, funktionsgerechte und leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen angewiesen, damit das Verkehrssystem nicht zum Engpass für die angestrebte ökonomische Entwicklung wird und die hohen Mobilitätsbedürfnisse u. a. des Wirtschaftsverkehrs langfristig gewährleistet werden können. Gleichzeitig muss angesichts des hohen Verkehrsaufkommens auf eine nachhaltige sozial- und umweltverträgliche Mobilitätsausübung hingewirkt werden, um insbesondere die Klima- und Umweltschutzziele erfüllen und die Attraktivität der Region als Lebensraum und Wohnstandort erhöhen zu können.

Dabei bringen die verschiedenen Siedlungsstrukturen in der Region unterschiedliche Verkehrsprobleme mit sich. Im ländlichen Raum kommt der dort überwiegend angestrebten guten, schnellen und kostengünstigen Erreichbarkeit nahe gelegener Arbeitsplatzstandorte und Versorgungszentren sowie der attraktiven Anbindung an den zentralen Bereich der Region und an die dort befindlichen regional und landesweit bedeutsamen Infrastruktureinrichtungen besondere Bedeutung zu. Im Verdichtungsraum hingegen entstehen darüber hinaus große Schwierigkeiten, der wesentlich stärkeren Verkehrsnachfrage mit einem angemessenen Verkehrsangebot bei gleichzeitig sozialverträglichen und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kosten sowie bei Minimierung der Umweltfolgen gerecht zu werden.

Die engen Beziehungen, die zwischen den Raumnutzungen für Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Versorgung und Erholung sowie den vielfältigen Landschaftsfunktionen im Verdichtungsraum, den Randzonen und dem ländlichen Raum bestehen, erfordern dabei eine vor allem mit der Siedlungsplanung aber auch mit der Freiraumplanung abgestimmte und zusammenhängende Verkehrsplanung. Durch die integrierte Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung kann insbesondere zur Reduzierung des Verkehrsaufwands, der verkehrsbedingten Umwelt- und Klimabelastungen (u. a. Luftreinhaltung) sowie der Verkehrskosten beigetragen werden. Regionalplanerische Lösungsansätze hierzu sind u. a. in einer geeigneten Zuordnung und Mischung der verkehrsrelevanten Raumnutzungen und Raumfunktionen und die dadurch erreichbare Erhöhung des Anteils kurzer Wege, die Gliederung der Region in Achsen mit hochwertigem Verkehrsangebot und Achsenzwischenräume sowie die dezentrale Konzentration und die Festigung des Systems der zentralen Orte zu sehen. Hierbei ist nicht zuletzt aus Gründen der Wirtschaftlichkeit darauf zu achten, dass die mit schienenengebundenen Verkehrsmitteln anzubietenden hohen Beförderungsleistungen bestmöglich genutzt werden. Dazu kann insbesondere die Ausweisung von Siedlungsflächen und hohen Besiedlungsdichten in den Einzugsbereichen jener Haltepunkte der Schienenverkehrsmittel beitragen, die gut zu Fuß oder mit Zubringerverkehrsmitteln erreicht werden können.

Die Erfordernisse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsnetze sind im Kommunikationsbedürfnis der Menschen, in dem in einer arbeitsteiligen Wirtschaft notwendigen regen Güter- und Leistungsaustausch und in dem Bestreben, in allen Bereichen der Region gleichwertige Lebensbedingungen anzubieten, begründet. In Anbetracht der Kostensituation und Mittelverfügbarkeit, der dichten Besiedelung im Ballungsraum, der sich abzeichnenden demografischen Entwicklungen, aber auch wegen der Notwendigkeit zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Begrenzung der Flächeninanspruchnahme ist allerdings im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur allein

kein ausreichender Lösungsansatz mehr zu sehen. Daher muss bei der Bereitstellung des notwendigen Leistungsvermögens auf eine funktionsgerechte Abstimmung zwischen den Verkehrssystemen und -netzen geachtet werden, um die Emissionen zu senken und das Verkehrsgeschehen durch optimale Auslastung des Gesamtverkehrssystems möglichst wirtschaftlich zu gestalten. Hierzu kann u. a. eine Vernetzung der Verkehrsträger durch geeignete Übergangs-, Umstiegs- und Umschlageinrichtungen, wie z. B. P+R-Anlagen oder Containerterminals, beitragen, wobei die infrastrukturellen Voraussetzungen durch betriebliche und organisatorische Maßnahmen flankiert werden sollten. In der ganzen Region ist zudem eine sachgerechte und umweltschonende Aufgabenverteilung zwischen den Verkehrsträgern anzustreben, um z. B. durch eine Erhöhung der Verkehrsmittelanteile des öffentlichen Personenverkehrs, des Schienengüterverkehrs und des Binnenschiffs Entlastungen von verkehrsbedingten Umweltfolgen erreichen sowie die Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit des Gesamtverkehrssystems verbessern zu können.

Darüber hinaus können durch verkehrssteuernde Maßnahmen im Rahmen eines Verkehrsmanagements

- die Leistungsfähigkeit des regionalen Gesamtverkehrssystems gesteigert und besser ausgenutzt,
- Überlastungen und die damit verbundenen Umweltfolgen reduziert,
- die Wirtschaftlichkeit des Gesamtverkehrssystems verbessert sowie
- die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Diese Hauptziele für ein Verkehrsmanagement sollten bei der Weiterentwicklung und Ausgestaltung des regionalen Verkehrssystems in die grundsätzlichen Überlegungen mit einbezogen werden. Allerdings setzt eine Entscheidung über den vorteilhaften Einsatz entsprechender Maßnahmen umfassende Verkehrsuntersuchungen voraus, die u. a. im Rahmen der Regionalverkehrsplanung angestellt werden. Insofern liefert der Regionalverkehrsplan Vorgaben und Hinweise sowie Aussagen zur Notwendigkeit, Dringlichkeit und den Wirkungen planerischer, organisatorischer, ordnungs- und preispolitischer Maßnahmen zur Entwicklung der Verkehrsnetze und zur Beeinflussung des Verkehrsgeschehens.

Ein weiterer Ausbau verkehrlicher Einrichtungen wird sich künftig an einem geringer werdenden Finanzvolumen für Neuinvestitionen bei steigendem Ersatzbedarf ausrichten. Insofern ist der gezielte Einsatz der verfügbaren Investitionsmittel zwingend erforderlich. Da Massentransportmittel in einer hoch verdichteten Region die größeren Kapazitäten bei gleichem Ressourcenverbrauch ermöglichen als der motorisierte Individualverkehr, sollten Parallelinvestitionen zugunsten der Schiene vermieden werden.

Ungleiche Mobilitätsbedingungen der Bevölkerung sind zu vermeiden. Die spezifischen Mobilitätsanforderungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Sicherheit, Erreichbarkeit, Barrierefreiheit, Durchführbarkeit von Mobilitätsmustern sowie räumlichen und zeitlichen Verfügbarkeit von Transportmitteln sind zu beachten. Daneben ist darauf zu achten, dass auch sozial schwächere Personengruppen trotz steigender Energiepreise ihre Mobilitätsbedürfnisse erfüllen können.

#### Zu 4.1.1 Straßenverkehr

Die funktionale Gliederung des Straßennetzes spiegelt die Verbindungsbedeutung der Straßen bzw. Straßenabschnitte im Gesamtnetzzusammenhang wider. Die Verbindungsbedeutung leitet sich aus dem zentralörtlichen Gliederungssystem ab. Dabei wird auf der Ebene der Regionalplanung in drei Verbindungsfunktionsstufen unterschieden:

- Straßen für den großräumigen Verkehr (Verbindungsfunktionsstufe I),
  - Verbindungen von Oberzentren zu Metropolregionen
  - Verbindungen zwischen Oberzentren
- Straßen für den überregionalen Verkehr (Stufe II),
  - Verbindungen von Mittelzentren zu Oberzentren
  - Verbindungen zwischen Mittelzentren
  - Anbindung von Mittelzentren an eine großräumige Verbindung

- Straßen für den regionalen Verkehr (Stufe III),
  - Verbindungen von Grund-, Unter- und Kleinzentren zu Mittelzentren
  - Verbindungen zwischen Grund-, Unter- und Kleinzentren
  - Anbindung von Grund-, Unter- und Kleinzentren an eine überregionale oder großräumige Verbindung

Besondere Verkehrsschwerpunkte wie z.B. Flughäfen, Bahnhöfe, Häfen, Messeplätze, Universitäten, Einkaufszentren werden ebenso wie überregionale und regionale Erholungsgebiete entsprechend ihrer Bedeutung einem zentralen Ort gleichgestellt.

Nähere Einzelheiten zur Vorgehensweise bei der Ermittlung der funktionalen Gliederung eines Straßennetzes sind den "Richtlinien für die Anlage von Straßen (RAS), Teil: Leitfaden für die funktionale Gliederung des Straßennetzes (RAS-N), Köln, Ausgabe 1987" (Hrsg.: Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen) oder den "Richtlinien für die Anlage von Straßen (RAS), Teil: Richtlinien für die integrierte Netzgestaltung (RIN), Entwurf, Stand Januar 2007" zu entnehmen.

Die funktionale Gliederung des regional bedeutsamen Straßennetzes der Region Stuttgart ist in der Raumnutzungskarte dargestellt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um eine nachrichtliche Übernahme der im Rahmen des Generalverkehrsplanes 1986 Baden-Württemberg vorgenommenen „Kategorisierung der Straßen des überörtlichen Verkehrs in Baden-Württemberg“. Das Ergebnis dieser Kategorisierung wurde vor dem Hintergrund folgender Zusammenhänge ergänzt und aktualisiert:

- Der Generalverkehrsplan 1986 enthält keine Ausweisung der funktionalen Bewertung der Straßen im innerörtlichen Bereich. Die Darstellung endet im Vorfeld der Städte und Gemeinden. Um dennoch den Netzzusammenhang in der Region besser verdeutlichen zu können, ist in der Raumnutzungskarte auch die funktionale Gliederung innerhalb der Ortslagen dargestellt.
- Grundlage dieser Ergänzung ist der Entwurf zu den RIN, Stand Januar 2007. Durch die Verwendung dieser künftigen Richtlinien werden auch Aussagen zur Verbindungsbedeutung der Straßen im innergemeindlichen Bereich möglich, da ergänzend zu der früheren Methodik nach den RAS-N eine Untergliederung der Gemeinden in Raumeinheiten unterschiedlicher Hierarchiestufen vorgenommen werden kann. Diese Untergliederung ermöglicht es, die Bedeutung der einzelnen innergemeindlichen Raumeinheiten im zentralörtlichen System nachzubilden und dadurch die funktionale Gliederung des innerörtlichen Netzes zu verfeinern und zu verbessern. Zudem können bei der neuen Methodik auch die relevanten innerstädtischen Relationen in die Kategorisierung einbezogen werden, so dass eine Überlagerung der überörtlichen und innerörtlichen Relationen zur Herleitung der Verbindungsfunktionsstufen genutzt werden kann.
- Vor allem infolge von Neubaumaßnahmen und Netzerweiterungen hat sich die Verbindungsbedeutung einiger Straßen gegenüber dem Netzzustand des Generalverkehrsplans von 1986 geändert, so dass eine Aktualisierung und Fortschreibung der funktionalen Gliederung sachgerecht erscheint.

Der aktuelle Generalverkehrsplan des Landes aus dem Jahr 1995 verweist darauf, dass die funktionale Gliederung des Straßennetzes in Baden-Württemberg aufgrund zum Teil veränderter Verbindungsbedeutungen fortgeschrieben werden soll. Die aktuelle, in der Raumnutzungskarte dargestellte funktionale Gliederung des Straßennetzes in der Region Stuttgart kann hierzu als Grundlage dienen.

Nachfolgend sind die für die Region besonders bedeutsamen Straßen zusammengestellt. Dabei werden sowohl die Zuordnung zu bereits bestehenden oder geplanten klassifizierten Straßen als auch die ihnen zugewiesenen Verkehrsaufgaben ersichtlich.



Straßen für den großräumigen Verkehr (Verbindungsfunktionsstufe I):

- A 8 Karlsruhe - Stuttgart - München  
Verbindung zwischen Verdichtungsräumen, Verbindung zwischen Verdichtungsräumen und wichtigen Urlaubsgebieten.
- A 81 in Verbindung mit der A 8 Würzburg - Stuttgart - Singen (-Zürich)  
Verbindung zwischen Verdichtungsräumen und wichtigen Urlaubsgebieten, Verbindung zwischen Oberzentren, Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem dazugehörigen Oberzentrum.
- A 831 Stuttgart – A 8  
Verbindung zwischen Oberzentren.
- B 10 Stuttgart - Esslingen - Göppingen  
Anbindung des Verdichtungsraumes und wichtiger Verkehrserzeuger an die A 81 und über die B 313 an die A 8, Verbindung des Verdichtungsraumes mit Räumen der Wochenenderholung.
- B 27 Stuttgart – Aichtal-Aich - Tübingen  
Verbindung zwischen Oberzentren.
- B 28 Tübingen – A 81 bei Herrenberg  
Anbindung eines Oberzentrums an eine Straße für den großräumigen Verkehr. Verbindung zwischen Oberzentren.
- B 29 Stuttgart - Waiblingen - Schorndorf - Schwäbisch Gmünd - Aalen  
Verbindung zwischen Oberzentren, Verbindung zwischen Verdichtungsräumen und Räumen der Wochenenderholung, Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem zugehörigen Oberzentrum im Verlauf einer Entwicklungsachse.
- B 297 (Schwäbisch Gmünd/B 29 -) Lorch - Göppingen sowie Nürtingen - Tübingen (-Freudenstadt)  
Verbindung zwischen Oberzentren sowie zwischen Mittelzentren und einem Oberzentrum unter Einbeziehung des Straßenzuges B 10 - B 313 (Göppingen - Plochingen - Nürtingen).
- B 313 (Esslingen a.N. -) Plochingen - Nürtingen (-Reutlingen)  
Teilabschnitt der Verbindung zwischen Oberzentren, Verbindung von Mittelzentren untereinander sowie zu einem Oberzentrum im Verlauf einer Entwicklungsachse.

Straßen für den überregionalen Verkehr (Verbindungsfunktionsstufe II):

- B 10 Mühlacker - Vaihingen a.d. Enz. - Stuttgart  
Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem zugehörigen Oberzentrum.
- B 10 Göppingen - Geislingen a.d.St. - Ulm  
Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit einem Oberzentrum im Verlauf einer Entwicklungsachse.
- B 14 Stuttgart - Fellbach - Waiblingen - Backnang - Schwäbisch Hall  
Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem zugehörigen Oberzentrum zwischen Stuttgart und Sulzbach im Verlauf einer Entwicklungsachse, Anbindung von Naherholungsschwerpunkten.
- B 14 Stuttgart – A 831 sowie Herrenberg – A 81 bei Gärtringen  
Anbindung eines Mittelzentrums an Straßen für den großräumigen Verkehr und Anbindung eines Mittelzentrums an ein Oberzentrum.
- B 27 Heilbronn - Besigheim - Bietigheim-Bissingen - Ludwigsburg - Kornwestheim - Stuttgart  
Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem zugehörigen Oberzentrum im Verlauf einer Entwicklungsachse.
- B 27a / L 1110 Anbindung des Containerbahnhofs Kornwestheim.

- B 28 Herrenberg - Nagold - Freudenstadt  
Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung von Erholungsgebieten.
- B 28a / Nagold - Bondorf - A 81  
L 1361 Anbindung von Mittelzentren und Erholungsgebieten an die Straßen für den großräumigen Verkehr.
- B 295 Stuttgart - Leonberg - Renningen - Weil der Stadt - Calw  
Verbindung von Mittelzentren untereinander und mit dem zugehörigen Oberzentrum im Verlauf einer Entwicklungsachse.
- B 296 (Tübingen-) Herrenberg - Calw (-Pforzheim)  
Verbindung zwischen Oberzentren und Mittelzentren.
- B 297 Göppingen - Kirchheim unter Teck - Nürtingen  
Verbindung zwischen Mittelzentren untereinander.
- B 312 Stuttgart - Reutlingen - Biberach - Memmingen  
Verbindung zwischen dem Verdichtungsraum und wichtigen Urlaubsgebieten, Verbindung zwischen Oberzentren, Verbindung zwischen benachbarten Mittelzentren.
- B 464 Renningen - Sindelfingen/Böblingen - Tübingen  
Verbindung zwischen Mittelzentren und von Mittelzentren zu einem Oberzentrum.
- B 465 Kirchheim unter Teck - Anschluss B 28 (Albhochfläche)  
Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung von Erholungsgebieten an Straßen für den großräumigen Verkehr.
- B 466 Heidenheim - Böhmenkirch - Donzdorf - Süssen - Geislingen a.d.St. - Mühlhausen i.T. (A 8)  
Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung eines Mittelzentrums an Straßen für den großräumigen Verkehr.
- B... / Verbindung der B 14/29 zwischen Fellbach und Waiblingen mit der  
L... B 10/27 bei Stuttgart-Zuffenhausen  
Anbindung der Bundesstraßen 14 und 29 (Entwicklungsachsen) an Straßen für den großräumigen Verkehr, Verbindung zwischen Mittelzentren.
- B.../L... Aus mehreren unterschiedlichen Teilen bestehende Verbindung  
/... zwischen Besigheim bzw. der A 81 (Mundelsheim) und der A 8 (Aichelberg)  
Verbindung von Mittelzentren untereinander sowie Anbindung von Erholungsgebieten an Straßen für großräumigen Verkehr.
- L 1066 (Stuttgart/B 14 -) Sulzbach - Murrhardt - Gaildorf – Crailsheim  
Verbindung des Verdichtungsraumes mit Schwerpunkten der Naherholung, Verbindung zwischen Mittelzentren zwischen Sulzbach und Gaildorf im Verlauf einer Entwicklungsachse.
- L 1125/ Mühlacker - Vaihingen a.d. Enz - Bietigheim-Bissingen - Backnang  
L 1100/ Verbindung zwischen Mittelzentren untereinander, zwischen Mühl-  
L 1115 acker und Bietigheim-Bissingen im Verlauf einer Entwicklungsachse, Anbindung des Bahnhofs Vaihingen a.d. Enz der Neubaustrecke Mannheim - Stuttgart an das regionale Straßennetz.
- L 1136 Leonberg - Hemmingen - Eberdingen - B 10 (Vaihingen a.d. Enz)  
Verbindung zwischen Mittelzentren.
- L 1140 (Vaihingen a.d. Enz -) Schwieberdingen – A 81 (- Ludwigsburg)  
Teilabschnitt einer Verbindung zwischen Mittelzentren.
- L 1142/ Waiblingen - Remseck - Ludwigsburg  
L 1140 Verbindung zwischen Mittelzentren.
- L 1150/ Schorndorf/Winterbach - Esslingen/ Plochingen - Kirchheim u.T.  
L 1201 Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung von Erholungsgebieten an Straßen für den überregionalen Verkehr.
- L 1150/ Schorndorf - Welzheim - B 298

- L 1080 Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung eines bedeutenden Naherholungsgebietes an das regionale Straßennetz, Anbindung eines bedeutenden Verkehrserzeugers
- L 1160 Schwäbisch Gmünd - Lauterstein - B 466 (Heidenheim / Geislingen a.d.St.)  
Verbindung zwischen Mittelzentren.
- L 1180 Leonberg - Stuttgart  
Verbindung eines Mittelzentrums mit dem Oberzentrum.
- L 1182/ Böblingen/Sindelfingen - Grafenau - Calw
- L 1183 Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung eines bedeutenden Verkehrserzeugers (Arbeitsstättengebiet).
- L 1192/ Esslingen a.N. - A 8
- L 1202 Anbindung eines Mittelzentrums an Straßen für den großräumigen Verkehr.
- L 1207 Wernau - Kirchheim unter Teck  
Teilstrecke einer Verbindung von Mittelzentren.
- L 1214 Göppingen – A 81 bei Aichelberg  
Anbindung eines Mittelzentrums an Straßen für den großräumigen Verkehr.
- L 1221/ (Schwäbisch Gmünd -) Bartholomä - Böhmenkirch - Geislingen a.d.St. - Merklingen, A 8 (- Ehingen/Donau - Biberach/ Sigmaringen - Bodensee)
- L 1230  
Verbindung zwischen Mittelzentren, Anbindung von Erholungsgebieten an Straßen für den großräumigen Verkehr.

Die nicht genannten, regional ebenfalls wichtigen Straßen für den regionalen Verkehr (Verbindungsfunktionsstufe III) sind in der Raumnutzungskarte dargestellt. Sie bilden mit den höherrangig eingestuften Straßen ein untrennbares Gesamtnetz.

Das regional bedeutsame Straßennetz der Region entspricht in Teilen noch nicht den Anforderungen, die sich aus den Aufgaben einer zentralörtlichen Versorgung und der Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen für die Bevölkerung ableiten. Da diese raumordnerischen Anliegen auch über die Förderung des öffentlichen Verkehrs mit Maßnahmen, die der Anhebung seiner Attraktivität und damit einer Erhöhung seines Anteils am Beförderungsaufkommen dienen, allein nicht zu erfüllen sind, muss das Straßennetz in seiner Anlage wie im Ausbau einzelner Abschnitte noch verbessert werden.

Grundlage hierfür sind zunächst die im Bundesverkehrswegeplan 2003 und im Generalverkehrsplan des Landes 1995 dargestellten Straßenbauvorhaben, die nachrichtlich übernommen werden, sofern eine verbindliche Planung, beispielsweise in Form eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses, vorliegt. Ebenso werden verbindliche Straßenplanungen der Kreise und Kommunen von regionalplanerischer Bedeutung nachrichtlich dargestellt.

Zudem weist der Regionalverkehrsplan als Fachplan zum Regionalplan ein schlüssiges Konzept für die Weiterentwicklung des Straßennetzes der Region Stuttgart unter Berücksichtigung der verkehrlichen und ökologischen Wirkungen und unter Beachtung der hier genannten Grundsätze aus. Er enthält zudem Aussagen zur Notwendigkeit und Dringlichkeit der in den Plansätzen genannten Ausbauvorschläge sowie darüber hinaus gehender Ausbauvorhaben. Zu den wesentlichen Aussagen des Straßenverkehrskonzeptes im Regionalverkehrsplan zählen u. a.:

- Insbesondere für tangentielle Verkehrsbeziehungen im Umfeld der Landeshauptstadt Stuttgart stehen in einigen Fällen keine ausreichend leistungsfähigen Straßenverbindungen zur Verfügung. Aus diesem Grunde werden neben der mittlerweile in Bau befindlichen B 464 Sindelfingen – Renningen im Regionalplan weitere Tangentialverbindungen als Straßenausbauvorschläge festgelegt. Hierbei handelt es sich insbesondere um ei-

ne Verbindung zwischen den Räumen Ludwigsburg / Kornwestheim und Waiblingen / Fellbach sowie um eine Verbindung zwischen der B 10 im Neckartal, der A 8 auf den Fildern und der B 27 südlich des Landesflughafens. Auf den genannten Relationen ist ein großer Bedarf für leistungsfähige Straßenverbindungen gegeben, um die Erreichbarkeitsverhältnisse zu verbessern, Ortsdurchfahrten zu entlasten, verkehrsbedingte Beeinträchtigungen der Wohngebiete zu verringern und regional bedeutsame Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel den Flughafen oder den Hafen Stuttgart, in angemessener Qualität an das hochrangige Straßennetz anzubinden.

- Zudem werden einige Ausbauvorhaben im hochrangigen Straßennetz der Verbindungsfunktionsstufen I und II vorgeschlagen, um dessen Netzleistungsfähigkeit, Bündelungsfunktion und Entlastungswirkungen für das nachgeordnete Netz auch auf längerfristige Sicht gewährleisten zu können. Das Netz der Stufen I und II trägt einen Großteil des großräumigen, überregionalen und regionalen Verkehrs. Es stellt somit das Rückgrat des regional bedeutsamen Straßennetzes dar, so dass eine ausreichende Leistungsfähigkeit unabdingbar erscheint, um Überlastungen, Stauungen sowie Ausweichverkehre in das nachgeordnete Netz und die damit verbundenen Beeinträchtigungen der Bevölkerung und der Freiräume vermeiden zu können. Dabei erscheinen die im Plansatz 4.1.1.4 (V) genannten Ausbaumaßnahmen an der A 8, A 81, B 10 und L 1115 vordringlich.
- Hinzu kommen die in Plansatz 4.1.1.5 (V) genannten Maßnahmen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten. Hierbei handelt es sich um Vorhaben, für die im Rahmen der Regionalverkehrsplanung in der Regel die höchste oder eine hohe Dringlichkeit festgestellt wurde.

Durch die regionalplanerische Festlegung von Trassen für den Straßenneu- und -ausbau als Vorranggebiete sollen gegenwärtig noch nicht verbindlich abgeschlossene Planungen für Straßenbauvorhaben im regional bedeutsamen Straßennetz der Verbindungsfunktionsstufen I bis III räumlich gesichert werden. Für diese Maßnahmen liegen in der Regel hinlänglich genau durch die Fachplanung untersuchte Trassenkorridore oder hinreichend konkrete Planungen der kommunalen Bauleitplanung vor, auf deren Grundlage in der Raumnutzungskarte eine freizuhaltende Trasse dargestellt werden kann. Da sich die Planungsprozesse immer häufiger über längere Zeiträume erstrecken, ist es erforderlich, in Fällen besonderer Bedeutung für das regionalbedeutsame Netz oder bei wenigen Alternativen die Trassen bei hinreichender Konkretisierung frühzeitig und langfristig gegenüber entgegenstehenden Nutzungen zu sichern.

Im Zusammenhang mit der regionalplanerischen Festlegung von Trassen für den Neu- und Ausbau von Straßen als Vorranggebiete gemäß PS 4.1.1.7 (Z) und PS 4.1.1.8 (Z) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Genehmigungsplanung für folgende Maßnahmen eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist:

- A 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt
- B 10 im Bereich Rosenstein
- B 10 im Abschnitt Gingen a.d. Fils - Geislingen a.d. Steige - Regionsgrenze (- Amstetten)
- L 1214 Umfahrung Göppingen-Jebenhausen und -Bezgenriet

Bei Maßnahmen mit rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlüssen oder Bebauungsplänen ist hingegen eine Trassensicherung durch die Regionalplanung nicht notwendig. Bei Maßnahmen mit einem sehr frühen Planungsstand, beispielsweise ohne Variantenvergleiche, Umweltverträglichkeitsstudien oder Trassenfestlegungen, wäre eine regionalplanerische Trassensicherung noch nicht sachgerecht, da unverhältnismäßig breite Korridore gesichert werden müssten. Derartige Maßnahmen werden als Straßenneu- und Ausbauvorschlüsse mit unbestimmter Trasse, zum Teil durch ein Symbol entlang der derzeitigen Ortsdurchfahrt in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Im Zusammenhang mit der Anlage neuer Straßen muss geprüft werden, ob als Folge einer veränderten Netzstruktur auf die Nutzung einzelner Straßenabschnitte ganz oder teilweise verzichtet werden kann. Verkehrsflächen könnten einer natürlichen Nutzung zugeführt werden, die Zerschneidungswirkung der Straßen würde gemildert, vom Verkehr unbelastete Landschaftsbereiche könnten als größere zusammenhängende Quartiere für Fauna und Flora ausgebildet werden.

Vor- und Nachteile derartiger Netzänderungen müssen jedoch einer eingehenden Wirkungsanalyse unterzogen werden. Daraus sollten aus verkehrlicher Sicht mindestens folgende Erkenntnisse gewonnen werden:

- Veränderung der Fahrleistungen und des Fahrzeitbedarfs als Folge der Verkehrsverlagerungen,
- Veränderung der Emissionen von Schad- und klimarelevanten Stoffen,
- Veränderung des Energiebedarfs,
- Lärmentlastung und zusätzliche Lärmbelastung in anderen Räumen,
- Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit.

Die Erfordernisse, die sich aus landschaftsplanerischer Sicht ergeben, sind im Landschaftsrahmenplan enthalten.

#### Zu 4.1.2 Schienenverkehr

Das Schienennetz in der Region Stuttgart ist mit genereller Linienführung sowie bedeutsamen Haltepunkten und Umschlagstellen in der Raumnutzungskarte dargestellt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um eine nachrichtliche Übernahme von Angaben der Deutschen Bahn AG und der Stuttgarter Straßenbahnen AG.

Das Schienennetz dient dem regen Güter- und Leistungsaustausch und damit der Erhaltung und Förderung der Leistungskraft der Region. Eine gute, zukunftsfähige Einbindung der Region in das großräumige europäische Schienenverkehrsnetz ist dabei genauso wichtig wie die konkurrenzfähige Ausgestaltung des innerregionalen Netzes. Zu den Anforderungen an ein Netz für den schienengebundenen Güterverkehr und den öffentlichen Personenfern- und -nahverkehr gehören deshalb leistungsfähige und schnelle Verkehrsverbindungen zu benachbarten Räumen, die Verbindung regionaler Zentren untereinander und mit dem Oberzentrum Stuttgart sowie die Erschließung ihrer Verflechtungsbereiche.

Die einzelnen Strecken des Schienennetzes haben unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen.

Dem großräumigen und überregionalen Verkehr dienen insbesondere die Strecken:

- Karlsruhe - Stuttgart
- Mannheim - Stuttgart
- (Würzburg-) Heilbronn - Stuttgart
- Stuttgart - Backnang (-Nürnberg)
- Stuttgart - Aalen (-Nürnberg)
- Stuttgart - Ulm
- Stuttgart – Reutlingen / Tübingen
- Stuttgart - Horb - Singen.

Die aufgeführten Streckenabschnitte stellen dabei Teile folgender großräumiger Verbindungen dar:

- Rhein-/Ruhrgebiet - Stuttgart - Ulm - München/Ravensburg - Lindau
- Berlin/Hannover - Würzburg - Heilbronn - Stuttgart - Konstanz/Zürich
- Berlin/Leipzig/Prag - Nürnberg - Stuttgart
- Strasbourg/Saarbrücken - Karlsruhe - Stuttgart.

Dem regionalen Verkehr dienen die Strecken:

- Böblingen - Dettenhausen
- Böblingen - Sindelfingen - Renningen mit der Verlängerung nach Leonberg
- Herrenberg - Gültstein - Ammerbuch – Tübingen / Reutlingen
- (Ludwigsburg -) Marbach - Backnang
- Wendlingen - Kirchheim unter Teck - Oberlenningen
- Nürtingen - Neuffen
- Korntal - Weissach
- Schorndorf – Rudersberg-Oberndorf
- Stuttgart-Zuffenhausen - Weil der Stadt
- Kornwestheim - Stuttgart-Untertürkheim.

Dem S-Bahn-Verkehr dienen die S-Bahn-Strecken:

- Plochingen - Stuttgart Hbf - Herrenberg
- Schorndorf - Stuttgart Hbf - Vaihingen – Flughafen - Filderstadt
- Backnang - Stuttgart Hbf - Vaihingen - Flughafen
- Marbach - Stuttgart Hbf - Schwabstraße
- Bietigheim-Bissingen - Stuttgart Hbf - Schwabstraße
- Weil der Stadt - Stuttgart Hbf - Schwabstraße.

Das Stadtbahnnetz umfasst die Strecken:

- Vaihingen - Möhringen - Plieningen
- Vaihingen - Charlottenplatz - Fellbach
- Heslach - Rotebühlplatz – Mühlhausen - Remseck
- Mercedesstraße – Daimler-Stadion / Schleyer-Halle
- Botnang - Vogelsang - Hauptbahnhof - Hedelfingen
- Gerlingen - Feuerbach - Pragsattel - Charlottenplatz - Degerloch - Möhringen – Vaihingen (ab 2010 statt Vaihingen: Fasanenhof)
- Mönchfeld - Pragsattel - Charlottenplatz - Degerloch - Möhringen - Leinfelden
- Killesberg - Charlottenplatz - Heumaden - Ostfildern-Nellingen
- Pragsattel - Bad Cannstatt – Untertürkheim - Wasenstraße
- Hölderlinplatz – Berliner Platz – Rathaus – Neugereut
- Stammheim (ab 2011) - Zuffenhausen - Charlottenplatz - Ruhbank - Heumaden.

Durch die Region verläuft zudem ein Abschnitt der Nebenbahn Amstetten – Gerstetten, die im Sommerhalbjahr regelmäßig an Sonn- und Feiertagen als Museumsbahn betrieben wird.

Die Schienenstrecken für den großräumigen und überregionalen Verkehr dienen der Verbindung zwischen benachbarten Verdichtungsräumen sowie der Verbindung von Verdichtungsräumen mit wichtigen Urlaubsregionen. Das Erreichen hoher Reisegeschwindigkeiten in Verbindung mit dichten Zugfolgen bietet auf diesen Strecken die Voraussetzungen dafür, den Fernreiseverkehr attraktiv zu gestalten, so dass der Benutzung des PKW und des Luftverkehrs erfolversprechend entgegengewirkt werden kann.

Richtung Nordwesten ist die Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart in voller Länge in Betrieb. Die Verbindung Stuttgart - Ulm (- München / Ravensburg - Lindau) ist stark überlastet und weist wegen geringer zulässiger Geschwindigkeiten lange Fahrzeiten auf. Die einer wirtschaftlichen Betriebsführung zugrunde liegende Streckenleistungsfähigkeit von etwa 120 Zügen / Tag und Richtung ist wesentlich überschritten. In Zukunft ist - selbst wenn man keine zusätzlichen Verlagerungen von der Straße auf die Schiene berücksichtigt – schon allein infolge der Zuwächse im Güterverkehr mit einem weiteren Anstieg der notwendigen Zugzahlen zu rechnen. In Verbindung mit den Neu- und Ausbaustrecken Köln-Rhein/Main, Frankfurt-Mannheim und den Fortfüh-

rungen in die Niederlande bzw. Hamburg ergeben sich die notwendigen Verbesserungen in der großräumigen Verbindung insbesondere nach Südosten.

Zur Verbesserung der Verbindung Richtung Ulm – München / Ravensburg - Lindau ist im Bedarfsplan für die Bundesschienenwege 2004 als laufendes bzw. fest disponiertes Vorhaben des vordringlichen Bedarfs eine Aus- / Neubaustrecke Stuttgart - Ulm - Augsburg ausgewiesen. Die bereits in mehreren Abschnitten planfestgestellte Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart mit dem Ersatz des Kopfbahnhofs durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof und der Fernverkehrsanbindung des Landesflughafens sowie der Anbindung der Neckartalstrecke ist ein weiterer unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtkonzepts. Die Verwirklichung dieses Vorhabens wird zu einer grundlegenden Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im großräumigen Verkehr mit Direktverbindungen zu wichtigen europäischen Wirtschaftszentren und zur Einbindung der Region in das europäische Hauptstreckennetz ebenso beitragen wie zu Angebotsverbesserungen im Regional- und Nahverkehr.

Neben der Stärkung der Hauptachse Mannheim - Stuttgart - München sind zur Sicherstellung der Vernetzung der Region mit den benachbarten Großräumen Würzburg, Nürnberg und der Schweiz die Schienenachsen in Richtung Heilbronn - Würzburg, Backnang - Nürnberg, Aalen - Nürnberg und Herrenberg – Horb - Singen - Zürich in ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität zu verbessern.

Eine Ausweitung des Fernverkehrsangebotes ist so vorzunehmen, dass der schienengebundene Nahverkehr dadurch nicht beeinträchtigt wird und weiter verbessert werden kann. Ferner ist darauf zu achten, dass einem wachsenden Bedarf entsprechend und zur Verbesserung der Erschließung weiter Regionsteile auch zusätzliche Verknüpfungen des Schienenfernverkehrs mit dem Schienennahverkehr eingerichtet werden können.

Netzer ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung des regionalen Verkehrs dienen der Bereitstellung eines leistungsfähigen Schienenangebots in den Bereichen der Region, in denen eine stärkere Aufsiedlung auch zu einer größeren Verkehrsnachfrage führt. Insofern sind insbesondere im Kern der Region kapazitätssteigernde Maßnahmen vorzusehen. Der Regionalverkehrsplan liefert hierzu wertvolle Erkenntnisse.

Eine Reihe der heute noch dem regionalen Personen- und Güterverkehr dienenden Strecken ist nur schwer wirtschaftlich zufriedenstellend zu betreiben. Für diese Strecken wäre daher vor allem zu prüfen, ob durch eine andere Betriebsweise des Schienenverkehrs eine höhere Rentabilität erreichbar ist. Dies muss insbesondere auch im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Senkung der Verkehrsemissionen gesehen werden.

Den in der derzeitigen Netzstruktur sichtbar werdenden Unzulänglichkeiten, wie zum Beispiel

- die nur begrenzt erweiterbare Kapazität der zentralen S-Bahn-Tunnelstrecke in Stuttgart,
- die ausschließlich radiale Netzbedienung ohne Tangenten,
- der fehlende S-Bahn-Ausbau auf einigen hoch frequentierten Anschlussstrecken,
- die langen Haltezeiten durch unkomfortable Einstiege und niedrige Bahnsteige,
- der unzureichende Ausbau der Nebenstrecken,

muss unverzüglich begegnet werden.

Die sinnvollen Bestrebungen um die Weiterführung der S-Bahn nach Sindelfingen und Kirchheim u. Teck sowie zur Verlängerung der S 4 bis Backnang sind voranzutreiben.

Im Zusammenhang mit der regionalplanerischen Trassensicherung gemäß PS 4.1.2.1.3 (Z) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Genehmigungsplanung für die S-Bahn-Trasse von Wendlingen nach Kirchheim u. Teck (Südumfahrung, Tunnel) eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist:

Sofern die Gesamtwirtschaftlichkeit des Schienenverkehrs nicht mehr gegeben ist, der Übergang auf ein weiterführendes Schienenverkehrsmittel nicht erschwert wird und die Verkehrsverhältnisse auf der Straße nicht zu Behinderungen führen, kann der Personenverkehr auch auf Busbetrieb mit mindestens gleichwertiger Bedienungsqualität umgestellt werden.

Die derzeitige Trennung des Schienennetzes der DB AG vom Stadtbahnnetz der SSB stellt ein unüberwindliches Hindernis für den Fahrzeugübergang dar. Dieses ist, soweit davon Vorteile für die Bedienung des Raumes und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes entstehen, durch Schaffung entsprechender Verbindungen aufzuheben. Allerdings haben Untersuchungen in den Jahren 2005 und 2006 gezeigt, dass ein solcher systemübergreifender Verkehr unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen selbst auf den dafür aussichtsreichsten Strecken in der Region Stuttgart von einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit weit entfernt ist.

Das Stadtbahnnetz erfüllt besonders auch mit seinen innerhalb der Stadt Stuttgart liegenden Strecken bei der Bewältigung des regionalen Verkehrs die Aufgabe eines sekundären, schienengebundenen Verkehrssystems zur linien- und flächenhaften Verteilung und Sammlung des in den Verdichtungskern ein- bzw. ausstrahlenden Verkehrs. Es stellt somit eine wichtige Ergänzung des S-Bahnnetzes dar. Der Anreiz zur weitgehenden Nutzung der schienengebundenen Verkehrsmittel wird damit wesentlich erhöht und führt zu ihrer insgesamt hohen Wirksamkeit.

Im Regionalverkehrsplan sind verschiedene Vorschläge zur Ergänzung und Ausweitung des Stadtbahnnetzes dargestellt. Deren Realisierungswürdigkeit hängt vom Ergebnis gesamt- und betriebswirtschaftlicher Untersuchungen ab. Diejenigen Maßnahmen, die nach den vorliegenden Erkenntnissen realistische Umsetzungschancen aufweisen oder bei denen eine vertiefte Prüfung sachgerecht erscheint, sind in den Ausbauvorschlägen aufgelistet.

Zusätzlich sollte geprüft werden, inwieweit ein Transport von Gütern auf Stadtbahnstrecken zu verkehrsschwachen Zeiten möglich ist.

Grundsätzlich sollten alle Schienenstrecken in der Region nach Möglichkeit in betriebsfähigem Zustand erhalten werden, da schon eine eisenbahnrechtliche Stilllegung wegen des z. T. entfallenden Bestandschutzes eine große Hürde für die Wiederinbetriebnahme darstellen und Kosten treibende Investitionen nach sich ziehen kann. Darüber hinaus sollten diejenigen Streckenabschnitte, auf denen derzeit kein Schienenverkehr stattfindet oder, falls dieser noch eingestellt wird, gegen eine Bebauung gesichert werden. Sie sollten einer Nutzung, wie z. B. der Anlage von Rad- oder Wanderwegen oder ggf. von Busfahrstreifen, zugeführt werden, die einer zu einem späteren Zeitpunkt eventuell notwendig werdenden Reaktivierung für einen schienengebundenen Verkehr nicht entgegensteht. In der Raumnutzungskarte ist dies mit einer entsprechenden Signatur hervorgehoben.

Der Wirtschaftsstandort Region Stuttgart weist einen sehr hohen Anteil an produzierendem Gewerbe und eine hochgradige Exportorientierung auf. Aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungen ist es für die verladende Wirtschaft zunehmend von Bedeutung, über zuverlässige, effiziente, sichere und kostengünstige Transportmöglichkeiten mit den Beschaffungs- und Absatzmärkten verbunden zu sein.

Für die ökonomischen Zukunftschancen insbesondere von Wirtschaftsregionen mit hohem Produktionsanteil und starker Exportorientierung, wie der Region Stuttgart, gewinnen die Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems, die Wettbewerbsfähigkeit der Verkehrswirtschaft sowie die Qualität des Güterverkehrs- und Logistikangebotes somit zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig nimmt angesichts der prognostizierten Steigerungsraten des Güterverkehrs insbesondere im Ballungsraum die Notwendigkeit zu, die Emissionen des Güterverkehrs durch eine stärkere Nutzung der Schiene zu reduzieren, worauf vor allem durch Gleisanschlüsse und Anlagen des kombinierten Verkehrs hingewirkt werden kann.

Für den Güterverkehr kann in Einzelfällen ein Schienenanschluss als wichtiger Standortfaktor auch bei geringem Transportaufkommen notwendig sein.



Es sollte deshalb bis auf weiteres zumindest ein vereinfachter Betrieb aufrechterhalten werden. Bei Neuplanungen von Industriegebieten sind für derartige Branchen geeignete Standorte mit Gleisanschluss für den Wagenladungsverkehr bereitzustellen.

Mit der Einrichtung von Anlagen für den kombinierten Verkehr wird eine Voraussetzung für die erhöhte Nutzbarkeit eines über große Entfernungen sehr leistungsfähigen Transportmittels erbracht. Die systemspezifischen Vorteile des Eisenbahn- und des Straßenverkehrs können optimal kombiniert werden. Die Schiene kann damit ihren Beitrag als schnelles, sicheres und umweltfreundliches Beförderungssystem für große Gütermengen über weite Entfernungen ebenso wirksam einbringen wie die Straße ihre Flexibilität beim Einsammeln und Verteilen der Güter in der Fläche.

Die Vorhaltung eines leistungsfähigen Transportwegeangebots nicht nur bei der Bahn, sondern auch auf der Straße durch eine verkehrsgerechte Anbindung der Umschlagstellen an das übergeordnete Straßennetz ist als Grundvoraussetzung für einen wirkungsvollen Ablauf des kombinierten Verkehrs zu sehen.

Dem kombinierten Ladungsverkehr in der Region Stuttgart dienen heute die Umschlagstellen in Kornwestheim und Stuttgart-Hafen. Darüber hinaus wird im Sinne einer vorsorglichen Planung in Göppingen-Holzheim ein Standort für den kombinierten Verkehr gesichert, um im Standortraum Göppingen einen ggf. zu einem späteren Zeitpunkt entstehenden Bedarf für eine Umschlaganlage erfüllen zu können. Weitere Standorte wurden bei der Entwicklung eines Logistik-Konzeptes, welches im Rahmen des Regionalverkehrsplans erarbeitet wurde, geprüft. Dieses Konzept sieht je einen Ergänzungs-Logistikstandort im Südwesten und Südosten der Region vor.

- Für den Standort im Südwesten ist gegenwärtig kein dringender Umsetzungsbedarf erkennbar. Die strukturelle Entwicklung in diesem Teilraum, die allgemeine Verkehrsentwicklung mit hohen Steigerungsraten im Güterverkehr sowie der zu erwartende Anstieg der Energie- und Verkehrskosten machen es jedoch - ebenso wie die wachsenden Anforderungen der produzierenden Wirtschaft an die Transportzuverlässigkeit zugunsten der Just-in-time- und Just-in-sequence-Belieferung - erforderlich, im Sinne der Vorsorge die Überlegungen zu einem Logistikstandort mit Schienenanschluss im Südwesten der Region weiterzuführen. Dabei ist zu beachten, dass der ehemalige Container-Umschlagplatz in Nagold durch den Regionalplan der Region Nordschwarzwald als Standort für ein potenzielles regionales Logistikzentrum für den kombinierten Verkehr gesichert ist. Eine Konkurrenzierung ist auszuschließen. Außerdem ist im Regionalplanentwurf des Regionalverbands Neckar-Alb ein Vorschlag für einen GVZ-Standort in Rottenburg-Ergenzingen enthalten. Auch hier ist eine Abstimmung erforderlich und sind mögliche Synergieeffekte zu nutzen.

Schwerpunkt des Transportaufkommens im Südwesten der Region Stuttgart ist der Mittelbereich Böblingen. Daher ist intensiv zu prüfen, ob im Rahmen des Flächenrecyclings ein Standort in möglichst naher Zuordnung zum Aufkommensschwerpunkt realisierbar ist.

- Für den Südosten der Region steht seit der Eröffnung des Container-Terminals in Dornstadt bei Ulm zusätzlich zum Terminal im Hafen Stuttgart eine zweite, wenn auch außerhalb der Region gelegene, attraktive Umschlagmöglichkeit mit einem umfangreichen Angebot im Schienenverkehr zur Verfügung. Beide Terminals liegen an der Hauptschienenstrecke Stuttgart – Ulm – München. An dieser ist innerhalb der Region aufgrund der bereits sehr dichten Besiedelung im Neckar- und Filstal kein geeignetes Flächenpotenzial für einen weiteren größeren Logistikstandort mit Umschlagterminal mehr verfügbar. Ein solcher Standort könnte somit allenfalls an einer der Nebenbahnen realisiert werden. Dieses hätte gegenüber den beiden bestehenden Terminals den Nachteil, dass der Standort abseits der Schienenfernverkehrsstrecke liegen würde und Fahrten aus bzw. in Richtung Osten über die Filstalstrecke nur mit Rangierfahrten möglich wären. Aufgrund dieses Nachteils und des mittlerweile als gut zu bezeichnenden

Zu 4.1.3  
Öffentlicher  
Personennahverkehr

Angebotes im kombinierten Verkehr mit zwei nahegelegenen Umschlagterminals ist auch auf längerfristige Sicht kein Bedarf für eine weitere Umschlagmöglichkeit im Südosten der Region erkennbar.

Aufgrund des demografischen Wandels und wegen der räumlichen Entwicklungen durch Veränderungen in der Besiedlung und in den Arbeitsplatzstandorten sowie dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt folgend wird auch das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr weiterentwickelt werden müssen. Der Regionalverkehrsplan liefert hierzu wertvolle Hinweise.

In der Region Stuttgart bieten sich hierzu Regionalzüge, S-Bahnen, Stadtbahnen und Omnibusse an. Das ganze Schienennahverkehrsnetz wird als ein einheitliches System aufgefasst und ist als solches zu entwickeln.

Siedlungsbereiche der Entwicklungsachsen sind im Regionalplan ausschließlich den Schienenstrecken zugeordnet. Diese Zuordnung zum Netz der häufig und im Takt verkehrenden Schienennahverkehrsmittel erfordert von diesen – insbesondere im Wettbewerb mit dem Individualverkehr – die Eigenschaften

- gute Zugänglichkeit und Übersichtlichkeit für Fußgänger, Zubringerbusse, P+R-Kunden und B+R-Kunden,
- hohe Kapazität,
- Schnelligkeit und Regelmäßigkeit,
- Pünktlichkeit,
- gute Verknüpfung der Linien mit einer wirksamen, unternehmensübergreifenden Anschlusssicherung,
- Leichtigkeit, Benutzerfreundlichkeit und Sicherheit der Inanspruchnahme,
- beste Informations- und Serviceeinrichtungen sowie
- eine intensive Tarifabstimmung.

Die enormen Ausbauanstrengungen von Bund, Land, Region und Kommunen haben in den vergangenen Jahrzehnten zur Herstellung eines weit fortgeschrittenen Grundnetzes und zur Einrichtung des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart sowie stark steigenden Fahrgastzahlen geführt.

Allerdings kommt es wegen dieser zunehmenden Inanspruchnahme insbesondere beim S-Bahn-Netz zu teilweise sehr starken Überlastungen. Gleichzeitig haben die wachsende Zahl der Kraftfahrzeuge und deren stärkere Nutzung weitere Verkehrsprobleme und Immissionsbelastungen im Verdichtungsraum verursacht.

Angesichts der bereits aufgewandten Investitionen und der im Gesamtverkehrssystem erzielbaren Wirkungen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um mit einem attraktiven Angebot auf den bereits vorhandenen Einrichtungen eine weitergehende Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu erreichen.

Die Belastungen der Umwelt insbesondere durch verkehrsbedingte Emissionen, die zunehmende Pendlerzahl und die für den notwendigen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems nicht in angemessenem Umfang zur Verfügung stehenden Finanzmittel erfordern:

- die Kapazität der bestehenden Schienenverkehrswege durch mehr bzw. längere Züge zu erhöhen und zu verbessern,
- bestehende Engpässe durch organisatorische und technische Optimierung zu verbessern,
- bestehende, nicht ausgelastete oder gar nicht genutzte Schienenverkehrsanlagen ggf. durch wirtschaftlichere sowie bisher hier nicht übliche Betriebsmittel besser zu nutzen.

Derartige Verbesserungen sind alsbald in Stufen zu realisieren.

Attraktivitätssteigerungen sind hauptsächlich über Reisezeitverkürzungen und eine Erhöhung der Bedienungshäufigkeit zu erreichen. Hierzu bieten sich insbesondere die Streckenabschnitte in der Region an, die über die S-Bahn-Endstationen hinausreichen. Eine Abstimmung der Regionalzüge auf die S-

Bahn an den Endstationen kann die Reisezeit verringern und die Erreichbarkeit verbessern. Zusätzliche Regionalzughalte an Aufkommensschwerpunkten im Vorfeld des Ballungskernraumes, z. B. Leinfelden, Flughafen, Stuttgart-Zuffenhausen sowie Interregio-Express- oder Regionalexpress-Halte an den S-Bahn-Endstationen wirken sich insbesondere auf die Belegung der Züge und die Verkehrsnachfrage zu Zeiten des Spitzenverkehrs positiv aus, in dem sie zu einer Entzerrung des Verkehrs und zu einer Entlastung des Hauptbahnhofs führen. Die hier bereits realisierten Angebotsverbesserungen sollten trotz knapper Haushaltsmittel beibehalten und weiter optimiert werden.

Die Wirkungen weiterer Ausweitungen und Verbesserungen des S-Bahn-Betriebs oder auch die Wiederaufnahme der Personenverkehrsbedienung zum Teil begrenzt auf die Hauptverkehrszeit auf derzeit hierfür nicht genutzten Streckenabschnitten sollten in grundlegenden fachlichen Untersuchungen dargelegt werden. Die sich durch eine weitergehende Nutzung öffentlicher Verkehrseinrichtungen ergebenden Folgen hinsichtlich des Abbaus verkehrsbedingter Umweltbeeinträchtigungen und der Vermeidung von Kosten zur Beseitigung von schädlichen Auswirkungen sollten in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ermittelt werden zur möglichen Rechtfertigung weiterer Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr.

Zudem kann mit einer Einschränkung des Angebots an Stellflächen für die Verkehrsteilnehmer, die ihr Fahrzeug während der Ausübung des Berufes nicht benötigen und es über eine längere Zeitspanne in der Nähe des Arbeitsplatzes abstellen, auch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhöht werden.

Die Vorteile der Schienenverkehrsbedienung reichen auch in Verbindung mit einem gut ausgestatteten Zubringerverkehrssystem nicht in alle Bereiche der Region hinein. Durch direkt geführte Buslinien zwischen dem Kern des Verdichtungsraumes und Siedlungsbereichen mit einer bedeutenden Nachfrage nach Verkehrsleistungen in dieser Beziehung könnte der Anteil des öffentlichen Nahverkehrs u.U. ausgeweitet werden. Dies ist insbesondere dann vorteilhaft, wenn die Einrichtung einer Schienenverbindung aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Voraussetzung wäre allerdings, dass derartige direkte Busverbindungen von Störungen im Straßenverkehr durch entsprechende Vorkehrungen nicht betroffen werden.

Der Ausrichtung von mit starrem, vertaktetem Fahrplan und kurzen Übergangszeiten verkehrenden Zubringerbussen auf die mittelfentralen Orte und die Haltestellen der S-Bahn ist im Rahmen der Gesamtkonzeption für den regionalen Personennahverkehr eine hohe Bedeutung beizumessen, um dem außerhalb der Entwicklungsachsen wohnenden Teil der Bevölkerung die Chance zur Kommunikation unter weitgehender Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu bieten.

Dies erscheint umso dringlicher, je weiter man sich vom Verdichtungsraum entfernt, weil sich aufgrund der radial auf Stuttgart ausgerichteten Verkehrswege die vom schienengebundenen Verkehrsmittel nicht erschließbaren Bereiche zunehmend vergrößern. Eine Flächenbedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln kann insbesondere mit einem Busbetrieb erreicht werden. Voraussetzung ist ein dafür adäquat ausgebautes Straßennetz.

Um im schwach besiedelten Raum auch dem Personenkreis, der nicht über ein individuelles Verkehrsmittel verfügt, das Erreichen des benachbarten Zentralen Ortes zu erleichtern, sollte durch geeignete planerische und organisatorische Maßnahmen ein angemessenes Mindestangebot zur Verfügung gestellt werden.

Grundlegende und sehr wertvolle Zielvorstellungen zur Ausgestaltung und Fortentwicklung des Personennahverkehrs werden im Regionalverkehrsplan und den darauf aufbauenden Nahverkehrsplänen der Landkreise und der Landeshauptstadt Stuttgart dargestellt.

Bei der Weiterentwicklung des ÖPNV sind nicht nur Maßnahmen für den Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr im Sinne einer bevorzugten Nutzung des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssystems gegeneinander abzuwägen, sondern es sind auch Abwägungen zwischen den unterschiedli-

chen öffentlichen Verkehrssystemen vorzunehmen, um rechtzeitig einer durch überzogene Ausbauvorstellungen möglicherweise entstehenden Übersättigung mit den daraus entstehenden Nachfolgekosten begegnen zu können.

Die notwendigen Verbesserungen im öffentlichen Verkehrssystem sollten vornehmlich an ihren schnell erreichbaren Wirkungen gemessen werden und nicht so sehr am Stand der Realisierung eines Ausbauprogramms zur Erreichung einer hohen Beförderungsqualität.

Schnelligkeit, Benutzerfreundlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit sowie eine gute räumliche und zeitliche Verfügbarkeit sind die wesentlichen Merkmale eines attraktiven öffentlichen Verkehrssystems. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gewinnt ferner die Umsteigefreiheit zunehmend an Bedeutung. Dabei können Verbesserungen u. a. auch durch betriebliche und organisatorische Maßnahmen erreicht werden, z. B. durch:

- günstige Lage der Haltepunkte über eine direkte Zuordnung von Haltestellen und Stadtteilzentren und damit eine auf den ÖPNV abgestimmte Stadtplanung und Siedlungsplanung;
- dichte Zugfolge;
- Direktverbindungen;
- im Takt verkehrende, sekundäre Verkehrsmittel, deren Konzeption den Anforderungen an einen Zubringerdienst gerecht wird;
- günstige Anbindung der Haltepunkte der schienengebundenen Verkehrsmittel an das regional bedeutsame Straßennetz;
- Omnibusbahnhöfe und P+R-Anlagen mit möglichst direktem Zugang zum übergeordneten Verkehrsmittel;
- Ausstattung von Haltestellen und Fahrzeugen mit Elementen der dynamischen Fahrgastinformation;
- Barrierefreie Ausgestaltung der Fahrzeuge, Haltestellen und der damit zusammenhängenden Verkehrsanlagen;
- günstige Anordnung von Halteflächen für den Omnibusverkehr;
- direkte Zugänglichkeit für den öffentlichen Personennahverkehr in das möglichst vom fließenden Verkehr freigehaltene Zentrum der innerstädtischen Quartiere;
- eigene Bahnkörper zur Bevorrechtigung der öffentlichen Verkehrsmittel;
- verkehrsabhängige Signalsteuerung mit Bevorrechtigung der öffentlichen Verkehrsmittel;
- verkehrsordnende Maßnahmen für den individuellen Verkehr zur Beschleunigung von Straßenbahn und Bus, wie z. B. Halteverbote, Abbiegeverbote, Zufahrtsdosierung.

Insbesondere mit der Schaffung kurzer Wege, Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs, die Einrichtung dichter Takte, eine Erhöhung der sozialen Sicherheit sowie die Einführung integrierter Tarife und die Herstellung der Barrierefreiheit können wichtige Beiträge zur Gender-Gerechtigkeit geleistet werden.

Das Behindertengleichstellungsgesetz aus dem Jahre 2002 ist die gesetzliche Grundlage berechtigter Forderungen nach der barrierefreien Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrs. Den Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit kommt u. a. vor dem Hintergrund der bevorstehenden demografischen Entwicklungen mit einem künftig deutlich höheren Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen eine besondere Bedeutung zu. Sie wirken sich jedoch nicht nur für behinderte oder mobilitätseingeschränkte Personen günstig aus, sondern für alle Verkehrsteilnehmer, so dass sie einen wichtigen Handlungsspielraum zur generellen Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs darstellen.

Mit der kombinierten Nutzung privater und öffentlicher Verkehrsmittel können in die Vorzüge öffentlicher Verkehrsleistungen auch jene Gebiete einbezogen werden, in denen das Angebot eines öffentlichen Zubringerverkehrs zu leistungsfähigen, weiterführenden öffentlichen Verkehrsmitteln nur unbefriedigend ausgestaltet werden kann. Die Zubringerfunktionen übernehmen dabei

der PKW in Form von Park + Ride (P+R) oder Kiss + Ride (K+R) oder das Zweirad in Form von Bike + Ride (B+R). Die Verknüpfung mit dem öffentlichen Verkehr erfolgt in der Regel an den Stationen des Schienenverkehrs. Auch eine Anbindung an Schnellbuslinien könnte sich als sinnvoll erweisen.

Die kombinierte Nutzung privater und öffentlicher Verkehrsmittel trägt dazu bei, die Vorteile des öffentlichen Verkehrssystems so weit wie möglich nutzbar zu machen. Sie erfordert nur dort den Einsatz individueller Verkehrsmittel, wo auf öffentliche Verkehrsmittel nicht zurückgegriffen werden kann, wie z. B. in dünnbesiedelten Gebieten oder Randzonen von Siedlungsbereichen. Sie soll daher den Vorrang öffentlicher Verkehrsmittel auch in der Zubringerfunktion nicht in Frage stellen, sondern hier nur als sinnvolle Ergänzung wirken, um weitere Potenziale zur Steigerung des ÖPNV-Anteils zu erschließen.

Voraussetzung für ein gutes Funktionieren des P+R, B+R oder K+R sind bedarfsgerecht angelegte und ausgestattete Verknüpfungspunkte. In den letzten Jahren und insbesondere mit der Aufnahme und Angebotsausweitung des Betriebs auf den S-Bahn-Strecken hat diese Form des Personennahverkehrs stetig zugenommen. Dem wurde durch ein umfassendes P+R- und B+R-Angebot Rechnung getragen. Die weiter steigende Verkehrsnachfrage, die Notwendigkeit des Abbaus von verkehrsbedingten Umweltbelastungen, der wachsende Stellplatzbedarf für Kraftfahrzeuge insbesondere im Kern des Verdichtungsraumes sowie die steigenden Treibstoffpreise und die Verbesserungen bei den Schienenverkehrsmitteln führen zu einer zunehmenden Bedeutung auch des P+R, B+R oder K+R. Eine weitere sinnvolle Verknüpfung zwischen verschiedenen Verkehrsträgern ist zudem in der Einrichtung von Carsharing-Plätzen an Bahn- und Stadtbahnstationen zu sehen.

Im Rahmen der konzeptionellen Planung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs wird auch das P+R-System weiterentwickelt (VVS GmbH). Die P+R-Anlagen sind in der Raumnutzungskarte dargestellt. Bei der Dimensionierung dieser Anlagen ist zu berücksichtigen, dass auch ein angemessener Stellplatzanteil für jene Nutzer bereitgehalten werden sollte, die außerhalb der Berufsverkehrszeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Bei der weiteren Ausbauplanung müssen zudem auch Auswirkungen auf das regionale Straßennetz oder die weitergehende Nutzung der Verknüpfungspunkte zur Verringerung des Individualverkehrs und damit zum Abbau der durch ihn verursachten Umweltbelastungen beachtet werden.

Die P+R-Standorte sollten langfristig gesichert und darüber hinaus in ein umfassendes Verkehrsleitsystem integriert werden. Den Verkehrsteilnehmern sollten dabei vor allem Informationen über den jeweils anzutreffenden Verkehrszustand vermittelt werden, um unter sinnvoller Nutzung der sich im P+R ergebenden Möglichkeiten zu einer sachgerechteren Aufgabenteilung im Gesamtverkehrssystem zu gelangen. Ziel muss es sein, auch einen Teil jenes Verkehrspotentials, welches nicht über ein öffentliches Zubringerverkehrssystem auf die Schiene verlagert werden kann, mit einem ausreichenden Angebot an gut angebundenen Verknüpfungsstandorten für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen.

Die Netzgestaltung, die Bereitstellung des Leistungsangebots und die Fahrplangestaltung müssen den Erfordernissen aus der jeweiligen Siedlungsdichte gerecht werden, damit auch aus dem ländlichen Raum zentrale Einrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln in zumutbarem Zeitaufwand erreicht werden können. Dazu sind ein vernetztes System des gesamten ÖPNV sowie ein vertakteter Betrieb mit gesicherten Umsteigemöglichkeiten erforderlich. Dieses lässt sich mit einem integralen Taktfahrplan (ITF) über alle öffentlichen Verkehrsträger bewerkstelligen. Ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen für die Region ist dabei der organisatorische und wirtschaftliche Zusammenschluss der Träger öffentlichen Nahverkehrs zu einem Tarif- und Verkehrsverbund. Mit der Einführung der Verbundstufe II ist für den Bereich der Region, der die Stadt Stuttgart, die Kreise Böblingen, Esslingen und Ludwigsburg sowie den Rems-Murr-Kreis umfasst, bereits ein hohes Maß an Kooperation erreicht worden. Der Abbau von Bedienungsverboten, die immer wieder auf Unverständnis stoßen, ist dabei vorrangig zu betreiben.

Daneben ist es insbesondere erforderlich, den Gegebenheiten der Region als einheitlichen Lebens- und Wirtschaftsraum auch durch eine bessere Anbindung des Nahverkehrsbetriebs im Kreis Göppingen an den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) Rechnung zu tragen. Hier müssen insbesondere jenen Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel, die täglich in das Gebiet des VVS gelangen, gleichwertige Bedingungen angeboten werden. Sinnvolle Kooperationen in flächenübergreifenden Bereichen sind daher weiterzuentwickeln. Bei Umsteigebeziehungen innerhalb des Kreisgebietes oder bei Bedienungsverboten auf einzelnen Streckenabschnitten ist durch eine Kooperation der Verkehrsträger die Nahverkehrsbedienungsbenutzerfreundlichkeit zu gestalten. Darüber hinaus sollte auch die Kooperation mit den anderen benachbarten Verkehrsverbünden und Aufgabenträgern im ÖPNV intensiviert werden, um die Vernetzung der Region mit den Nachbarräumen im ÖPNV zu verbessern und den ÖV-Anteil bei Regionsgrenzen überschreitenden Verkehren zu erhöhen.

Kapazitätsengpässe in den Spitzenstunden sollen beseitigt werden. Seitens der öffentlichen Verkehrsträger sind hier Veränderungen, die zu einer Erhöhung des Leistungsangebots und damit zu Qualitätsverbesserungen führen, jedoch kaum noch zu erwarten, da die Ausweitung des Spitzenbedarfsangebots bei ausbleibender Nachfolgenutzung die Kostensituation nur weiter verschlechtert. Tarifliche Maßnahmen können nur in gewissem Maße zum Abbau von Spitzenbelastungen und Kapazitätsproblemen beitragen. Der durch eine gleitende Arbeitszeit und die Unterrichtszeiten in den Schulen vorgegebene Handlungsspielraum muss daher ebenso genutzt werden wie die Möglichkeit, noch mehr vom täglichen Einkaufs- und Besucherverkehr in die Stadt Stuttgart auf den öffentlichen Verkehr zu ziehen. Mit einer Abflachung der Spitzenbelastung kann die Beförderungssituation letztlich verbessert und ein weiterer Anreiz zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel geschaffen werden.

Den Bestrebungen der Aufgabenträger, den ÖPNV zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit zu organisieren, ist Rechnung zu tragen. Zu einer weiteren Effizienzsteigerung der Organisation des ÖPNV sowie zur Vermeidung von Doppelarbeit ist es sinnvoll, die Aufgabenträgerschaft zu bündeln. Zur Sicherung der Handlungsspielräume der Aufgabenträger im Hinblick auf eine Reduzierung des Zuschussbedarfs bietet der Wettbewerb von Verkehrsunternehmen gute Voraussetzungen. Um insbesondere im Schienenverkehr auch neuen Anbietern den Marktzugang zu ermöglichen, ist die Sicherung von Standorten der für die Betriebsführung notwendigen Anlagen (Depots, Betriebshöfe) erforderlich.

#### Zu 4.1.4 Luftverkehr

Der Luftverkehr dient insbesondere der Erfüllung von Verkehrsnachfrage im großräumigen Verkehr. Bei einer guten Einbindung der Stützpunkte des Luftverkehrs in das Landesverkehrswegenetz kann unter Mitbenutzung des Flugzeuges bei der Überwindung von Entfernungen je nach Reiseweite ein erheblicher Zeitvorteil erreicht werden. Auf den Geschäfts- und den Wirtschaftsverkehr mit hohem Anspruchsniveau kann die Reise- und Beförderungsdauer einen großen Einfluss ausüben. So gehen von den Knotenpunkten des Luftverkehrs erhebliche Wirkungen auf die Standortwahl der Güter und Dienstleistungen erzeugenden Betriebe aus. Dies gilt gleichsam für den in seiner Lage in der Raumnutzungskarte dargestellten Flughafen Stuttgart.

Die hochgradige Exportorientierung und intensive internationale Vernetzung der regionalen Wirtschaft erfordert gute Luftverkehrsverbindungen. Damit der Flughafen auch künftig seinen Aufgaben gerecht werden kann, sind sein Ausbauzustand sowie seine Kapazität und Funktionsfähigkeit dem technischen Stand, den verkehrlichen Erfordernissen sowie den Kapazitäten und Angeboten im nationalen und internationalen Luftverkehr anzupassen. Hierzu wird die im Teiländerungsverfahren „Messe/Flughafen“ vom 21.07.1999 gebietsscharf festgelegte Fläche für die westliche Erweiterung des Flughafens regionalplanerisch gesichert. Diese Fläche dient dem landseitigen Ausbau des Flughafens. Sie ist von entgegenstehenden Nutzungen und Planungen freizuhalten. Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Flughafens und zur Vermeidung zu starker Belastungen der Menschen im Umfeld des Flughafens sind die aus dem im Jahre 2007 novellierte Fluglärmschutzgesetz resultierenden Siedlungsbeschränkungen zu beachten. -Die gemäß Fluglärmschutzgesetz festzulegenden Lärmschutzbereiche am Flughafen Stuttgart werden erst noch ermit-

telt und können daher noch nicht in die Raumnutzungskarte eingetragen werden. Bis zum Zeitpunkt der Festsetzung der Lärmschutzbereiche wird zur Orientierung die 60dB(A)-Lärmkontur des Fluglärmbeurteilungspegels für die Tagzeit aus dem Bauleitplanerlass vom 06.09.1996 in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Die Anbindung des Flughafens an das regional bedeutsame Straßen- und Schienennetz muss noch verbessert und vervollständigt werden, um die An- und Abreisezeiten zum und vom Flughafen, die insbesondere im innerdeutschen Flugverkehr einen wesentlichen Teil der Gesamtreisezeit darstellen, zu reduzieren. Dazu ist vor allem eine direkte Anbindung an das internationale und innerdeutsche Netz des Schienenhochgeschwindigkeitsverkehrs erforderlich.

Eine Notwendigkeit zur Anlage eines den Verkehrsflughafen Stuttgart entlastenden Verkehrslandeplatzes auf dem Gebiet der Region Stuttgart erscheint hingegen aus heutiger Sicht nicht gegeben.

Die Sonderlandeplätze in der Region und das Segelfluggelände Hahnweide bei Kirchheim unter Teck dienen neben dem Sportflugverkehr teilweise auch dem Werks-, Geschäfts-, Schulflugverkehr. Sie tragen damit auch zur Entlastung des Flughafens Stuttgart bei. Segelfluggelände sind Flugplätze, die für die Benutzung durch Segelflugzeuge und Motorsegler, die nicht mit eigener Kraft starten, bestimmt sind. Folgende Flugplätze von regionaler Bedeutung sind in der Raumnutzungskarte dargestellt:

#### Sonderlandeplätze:

- Backnang-Heiningen
- Bad Ditzgenbach
- Donzdorf-Messelberg
- Göppingen-Bezgenriet
- Kirchheim unter Teck-Hahnweide
- Nabern
- Pattonville.

#### Segelfluggelände:

- Berneck (Gemeinde Deggingen)
- Deckenpfronn-Egelsee
- Esslingen-Jägerhaus
- Gruibingen-Nortel
- Löchgau
- Malmsheim (zudem militärische Nutzung als Bedarfsflugplatz möglich)
- Pleidelsheim
- Teck
- Vaihingen an der Enz
- Völkleshofen-Lichtenberg
- Welzheim.

Die Anlage weiterer Sonderlandeplätze oder Segelfluggelände und damit eine Erhöhung ihrer Anzahl über den heutigen Bestand hinaus erscheint nicht notwendig und bedarf aus Gründen der Vermeidung zusätzlicher Lärmbelastungen in der hoch verdichteten Region einer intensiven Auseinandersetzung mit Maßnahmen zur Lärmvermeidung und Minimierung von Lärmimmissionen.

Um eine störungsfreie Funktion der von der Deutschen Flugsicherung (DFS) betriebenen zivilen Flugsicherungsanlagen gewährleisten zu können, ist es erforderlich, einen Schutzbereich in der Umgebung dieser Stationen von möglichen Störobjekten freizuhalten. Auf die beim Innenministerium Baden-Württemberg angemeldeten Schutzbereiche wird verwiesen.

Ergänzend zu den Sonderlandeplätzen und Segelfluggeländen sind in der Raumnutzungskarte folgende Hubschrauber-Sonderlandeplätze an Krankenhäusern sowie von privaten Unternehmen dargestellt:

- Katharinenhospital Stuttgart
- Marienhospital Stuttgart
- Klinikum Göppingen
- Klinikum Ludwigsburg
- Klinikum Winnenden
- Kreiskrankenhaus Böblingen
- Kreiskrankenhaus Esslingen
- Kreiskrankenhaus Kirchheim/Teck
- Kreiskrankenhaus Leonberg
- Kreiskrankenhaus Nürtingen
- Orthopädische Klinik Markgröningen
- Paracelsus Krankenhaus Ostfildern-Ruit
- Städtisches Krankenhaus Sindelfingen
- Gerlingen
- Schwieberdingen
- Sindelfingen
- Stuttgart-Untertürkheim
- Waiblingen-Neustadt.

An Schwerpunktkrankenhäusern sollen Hubschrauberlandeplätze zur Primär- und Sekundärversorgung von Patienten geschaffen werden.

Der Hubschrauberverkehr bietet bei unzureichender Infrastruktur der Landverkehrswege auf mittleren und kürzeren Strecken Vorteile. Bei dem angestrebten Ausbau der Landverkehrswege und insbesondere der Schieneninfrastruktur ist dieser jedoch für den privaten und geschäftlichen Verkehr angesichts der negativen Auswirkungen vor allem im Hinblick auf die Lärmimmissionen in der Regel nicht erforderlich. Die Einrichtung zusätzlicher Hubschrauber-Sonderlandeplätze ist daher zunächst auf die Nutzungszwecke Katastrophenhilfe, Krankentransporthilfe und Gefahrenabwehr zu beschränken. Sonderlandeplätze für private und / oder geschäftliche Hubschrauberflüge kommen allenfalls bei einem nachgewiesenen unabweisbaren Bedarf in Betracht.

#### Zu 4.1.5 Wasserstraßen

Die Bundeswasserstraße Neckar (§ 1 Abs. 1 und 4 Bundeswasserstraßengesetz, WaStrG, vom 04.11.1998) vervollständigt das Verkehrsangebot in der Region. Der Binnenschiffahrt auf dem Neckar kommt eine wesentliche Bedeutung bei den Transporten sowohl im Massengüterverkehr als auch zunehmend bei den Containertransporten zu. Der Neckar ist der Wasserstraßenklasse IVa zugeordnet. Die Fahrrinnentiefe beträgt durchgängig mindestens 2,80 m, so dass z. B. auch Großmotorschiffe verkehren können. Derzeit wird an den Schleusen zwischen Deizisau und Hofen ein 24-Stunden-Betrieb angeboten. Die Schleusen von Aldingen bis Freudenheim werden Montag bis Samstag von 6 Uhr bis 22 Uhr betrieben sowie an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr bis 16 Uhr, wobei von Montag bis Freitag nach schriftlicher Voranmeldung auch nachts geschleust werden kann. Somit sind sowohl bei der Fahrrinnentiefe als auch den Schleusenbetriebszeiten gute Voraussetzungen für die Binnenschiffahrt gegeben.

Die Schiffsgröße richtet sich nach den vorhandenen Schleusenanlagen. Derzeit können Schiffe bis zu 105 m Länge und 11,45 m Breite auf dem Neckar verkehren. In der Binnenschiffahrt auf dem Rhein setzen sich jedoch inzwischen 135 m lange Schiffe durch. Diese weisen je nach Fracht eine um 1/4 bis 1/3 größere Kapazität auf und erhöhen dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschiffahrt. Um den Einsatz dieser moderneren Schiffe auf dem Neckar zu ermöglichen und dadurch diesen energiesparsamen, relativ sicheren und umweltfreundlichen Verkehrsträger mit einer für die Region gesamt-



wirtschaftlich außerordentlich hohen Bedeutung zu erhalten und langfristig zu stärken, ist ein Ausbau je einer Schleusenammer an den insgesamt 27 Neckarschleusen auf ca. 140 m unabdingbar.

Für die Verlängerung und Sanierung der Schleusen wird der Bund in den nächsten Jahren rund 375 Millionen Euro einsetzen. Zusätzlich werden für Ersatz und Grundinstandsetzung von Wehren und Schleusenbrücken, Automatisierung sowie Nachsorgemaßnahmen an Dämmen und Bauwerken etwa 200 Millionen Euro investiert. Die Planungen zur Schleusenverlängerung sollen aus heutiger Sicht bis etwa 2012 abgeschlossen sein. Im Anschluss daran soll von der Neckarmündung flussaufwärts mit dem Bau begonnen werden. Bei reibungslosem Verlauf sollen die Schleusenverlängerungen bis zum Jahr 2025 erfolgt sein.

Gleichzeitig bietet sich mit dem Schleusenausbau die Möglichkeit, zumindest die größten Defizite in gewässerökologischer Sicht entsprechend den Vorgaben des Wasserrechts zu beseitigen. Derartige Bestrebungen sollten den Ausbauplanungen auf jeden Fall zur Grunde gelegt werden.

Mit einem Güterumschlag von annähernd 2 Mio. Tonnen / Jahr übernehmen die Häfen in Stuttgart und Plochingen eine wichtige Rolle im Güterverkehr der Region. Diese sollte angesichts der Vorteile des Binnenschiffs hinsichtlich der Umweltwirkungen und der hohen Auslastungsgrade der anderen Verkehrsnetze ausgeweitet werden. Dazu ist es notwendig, die Leistungsfähigkeit der Häfen zu stärken, indem die heutigen Hafenflächen vollumfänglich erhalten, konkurrierende Nutzungen vermieden, die Flächenproduktivität erhöht und Flächenreserven genutzt werden. Durch eine verbesserte Straßenanbindung des Hafens Stuttgart insbesondere an die großräumig bedeutsamen Straßenachsen A 8 und B 27 soll die Attraktivität des Hafens, der Binnenschifffahrt und des dort angebotenen Schienengüterverkehrs weiter erhöht werden.

Die Attraktivität der Binnenschifffahrt wird entscheidend von der Lage der öffentlichen Häfen und Umschlagplätze sowohl zu den Produktions- als auch zu den Verarbeitungsstätten der beförderten Güter geprägt. Neben den öffentlichen Häfen erfüllen die Lade- und Löschplätze im Rahmen des Werkverkehrs eine wichtige Funktion als Umschlagstellen für den Massengüterverkehr.

Umschlagstellen liegen in GKN Neckarwestheim, Kirchheim am Neckar, Gemmrigheim, Walheim, Beihingen, Benningen, Marbach am Neckar, Neckarweihingen, Neckargröningen, Neckarremms, Stuttgart-Münster, Stuttgart-Gaisburg, Esslingen am Neckar und Altbach.

Entsprechend der Bedeutung der Umschlagstellen für die Wirtschaft der Region sind sie auch gut an das regionalbedeutsame Straßennetz und gegebenenfalls an das Schienennetz anzuschließen.

Die Häfen Stuttgart und Plochingen sowie die Umschlagstellen der Region sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.

#### Zu 4.1.6 Radverkehr

Der Radverkehr weist gegenüber dem motorisierten Verkehr Vorteile u. a. im Hinblick auf die Vermeidung von Lärm-, Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie in der Flächeninanspruchnahme auf. Dennoch werden in der Region Stuttgart laut der Verkehrsanalysen zum Regionalverkehrsplan nur rund 7 % aller Wege und nur rund 11 % der kurzen Wege mit einer Länge bis zu 5 km mit dem Rad durchgeführt. Da mit rund 47 % ein großer Anteil auch der kurzen Wege auf den MIV entfällt, sind Verlagerungspotenziale für den Radverkehr als umweltfreundliche Art der Mobilität zu erkennen. Diese Potenziale sollten im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes, der Minimierung der Flächeninanspruchnahme sowie der Gesundheitsvorsorge so weit als möglich erschlossen werden.

Durch die Bemühungen von Kommunen, Kreisen und Straßenbaulastträgern liegt in der Region bereits ein umfangreiches und weitgehend gut ausgebaut Radverkehrsnetz vor. Auf dieser Grundlage wurde bei den Arbeiten zum Regionalverkehrsplan in Zusammenarbeit mit den Kommunen, weiteren Planungsträgern, wie z. B. den Straßenbauämtern, und dem ADFC das regional bedeutsame Radverkehrsnetz festgelegt.

Dieses ist differenziert in drei Funktionskategorien:

- A Verbindungen Oberzentrum / Mittelzentren
- B Verbindungen weiterer Zentraler Orte
- C Verbindungen mit zusätzlicher Bedeutung für den Freizeitverkehr

Diese regional bedeutsamen Radverkehrsverbindungen sind in der Übersichtskarte 13 dargestellt. Sie haben folgenden Verlauf:

A Verbindungen Oberzentrum / Mittelzentren

- 1 Gäuweg: Stuttgart - Sindelfingen / Böblingen - Gärtringen - Herrenberg - Bondorf ( - Richtung Horb)
- 2 Neckartalweg - Süd: Stuttgart - Esslingen - Plochingen - Nürtingen - Neckartailfingen - Neckartenzlingen ( - Richtung Tübingen / Reutlingen)
- 3 Filstalweg: Stuttgart - Esslingen - Plochingen - Göppingen - Geislingen ( - Richtung Ulm)
- 4 Remstalweg: Stuttgart - Fellbach / Waiblingen - Schorndorf - Plüderhausen ( - Richtung Schwäbisch Gmünd)
- 5 Murrhardter Weg: Stuttgart - Fellbach / Waiblingen - Winnenden - Backnang - Sulzbach - Murrhardt ( - Richtung Schwäbisch Hall)
- 6 Neckartalweg - Nord: Stuttgart - Kornwestheim / Remseck - Ludwigsburg - Bietigheim-Bissingen - Kirchheim / Neckar ( - Richtung Heilbronn)
- 7 Enztalweg: Stuttgart - Kornwestheim / Ludwigsburg - Bietigheim-Bissingen - Vaihingen / Enz ( - Richtung Pforzheim)
- 8 Strohgauweg: Stuttgart - Ditzingen - Leonberg - Renningen - Weil der Stadt ( - Richtung Pforzheim / Nagoldtal)

B Verbindungen weiterer Zentraler Orte

- 10 (Nagold -) Jettingen - Herrenberg – Gültstein (-Tübingen)
- 11 Renningen - Magstadt – Sindelfingen / Böblingen - Schönaich - Waldenbuch - Aichtal (mit Abzweig Neckartailfingen) - Nürtingen - Neuffen
- 12 Böblingen - Oeraichen - Leinfelden-Echterdingen - Bernhausen - Sielmingen - Neuhausen - Denkendorf - Wendlingen - Kirchheim / Teck - Lenningen
- 13 Stuttgart / Prag – Stuttgart / Vaihingen - Oeraichen
- 14 Leinfelden – Stuttgart / Möhringen – Stuttgart / Degerloch - Stuttgart / Süd (Zahnradbahn) – Stuttgart / Mitte
- 15 Denkendorf - Berkheim – Esslingen / Zollberg - Ruit - Stuttgart / Heumaden / Sillenbuch – Stuttgart / Mitte
- 16 Kirchheim / Teck - Weilheim - Neidlingen
- 17 Wiesensteig - Bad Ditzgenbach - Deggingen - Bad Überkingen - Geislingen / Steige - Eybach – Treffelhausen - Böhmenkirch ( - Richtung Heidenheim)
- 18 Süßen - Donzdorf – Lauterstein ( - Richtung Heidenheim)
- 19 Weilheim – Bad Boll - Göppingen - Adelberg - Schorndorf - Wieslaufftal / Welzheim
- 20 Schorndorf – Wieslaufftal / Rudersberg – Backnang
- 21 Weinstadt - Korb
- 22 Waiblingen - Remseck - Ludwigsburg
- 23 Ludwigsburg - Neckarweihingen - Marbach - Murr - Steinheim - Großbottwar – Oberstenfeld ( - Richtung Beilstein)

- 24 Backnang - Großaspach - Rielingshausen - Murr - Pleidelsheim - Bietigheim-Bissingen
- 25 Bietigheim-Bissingen - Tamm - Markgröningen - Schwieberdingen - Kornal-Münchingen – Stuttgart-Weilimdorf
- 26 Vaihingen / Enz - Enzweihingen - Eberdingen - Heimerdingen - Höfingen / Leonberg
- 27 Göppingen – Wäschenbeuren ( – Richtung Schwäbisch Gmünd)
- 28 Kirchheim / Teck – Schlierbach – UHINGEN – Göppingen
- 29 Oberaichen - Stuttgart-Vaihingen – Glemstal – Leonberg bzw. Magstadt
- 30 Böblingen – Schönaich – Tübingen

C Verbindungen mit zusätzlicher Bedeutung für den Freizeitverkehr

- 31 Nellmersbach - Allmersbach – Althütte / Ebnisee – Kaisersbach ( - Richtung Gschwend)
- 32 Welzheim - Ebnisee
- 33 Sulzbach / Murr - Spiegelberg ( - Richtung Löwenstein)
- 34 Großbottwar - Winzerhausen ( - Richtung Ilsfeld)
- 35 Neckartal: Stuttgart - Bad Cannstatt - Max-Eyth-See - Remseck - Neckarweihingen - Benningen - Pleidelsheim - Mundelsheim – Besigheim
- 36 Enztal: Vaihingen / Enz – Enztal – Bietigheim-Bissingen
- 37 MurrtaI: Backnang – MurrtaI – Murr (Trasse im Bereich Backnang – Kirchberg liegt noch nicht fest)
- 38 Schurwald: Weinstadt – Aichwald – Plochingen / Adelberg
- 39 Siebenmühlental: Musberg – Siebenmühlental – Burkhardtsmühle
- 40 Körschtal: Stuttgart-Vaihingen – Plieningen – Scharnhausen – Denkersdorf – Simau

Das regional bedeutsame Radverkehrsnetz soll - ebenso wie das landesweite Netz in der Region Stuttgart – den Überlegungen zur Förderung des Radverkehrs in der Region zugrunde gelegt, vorrangig ausgebaut und attraktiv gestaltet werden. Als wesentliche Voraussetzung für eine Erhöhung des Radverkehrsanteils ist ein geschlossenes Radverkehrsnetz anzustreben, das alle relevanten Quellen und Ziele erschließt und den Anforderungen der Verkehrsteilnehmer insbesondere hinsichtlich der Kriterien Schnelligkeit, Direktheit, Komfort, verkehrliche und soziale Sicherheit sowie Minimierung des Kraftaufwandes (Vermeidung unnötiger Umwege und verllorener Höhen) angemessen Rechnung trägt. In die Weiterentwicklung des Radverkehrsnetzes sollen die nachfolgend aufgeführten Aspekte einbezogen werden:

- Außerhalb bebauter Gebiete weist eine Führung des Radverkehrs auf oder entlang stark befahrener Straßen eine nur eingeschränkte Attraktivität auf. Daher soll – sofern die dafür notwendigen Eingriffe in Natur, Landschaft und Freiraum gerechtfertigt werden können – ein von stark befahrenen Straßen so weit als möglich unabhängiges Netz für den großräumigen, überregionalen und regionalen Radverkehr geschaffen werden.
- Dieses Netz soll gut mit dem nachgeordneten überörtlichen sowie den Innerortsnetzen verknüpft werden, um ein zusammenhängendes Gesamtnetz mit attraktiven durchgängigen Verbindungen zu erhalten.
- Durch eine gute Verknüpfung mit den Radverkehrsnetzen der Nachbarregionen können zudem Radverkehrspotenziale im Regionsgrenzen überschreitenden Verkehr erschlossen werden.
- Derzeit noch vorhandene Lücken sollen geschlossen werden.
- Im Außerortsbereich erfordern vor allem selbständig geführte Radwege mit befestigten Oberflächen in der Regel Eingriffe in Natur und Landschaft. In

die Überlegungen zur Netzentwicklung für den Fahrradverkehr sollten daher mit dem Ziel der Eingriffsminimierung bestehende und geplante land- und forstwirtschaftliche Wege einbezogen werden. Zudem kann die (ggf. temporäre) Nutzung stillgelegter Schienenstrecken in Betracht gezogen werden.

- Im Alltags- und im Freizeitverkehr bestehen grundsätzlich unterschiedliche Anforderungen an das Angebot im Radverkehr. Während im Alltag die Minimierung des Zeitbedarfes als wichtigstes Kriterium anzusehen ist, wird in der Freizeit der Attraktivität der Wegeführung oft größere Bedeutung zugemessen. Trotz teilweise identischer Quelle-Ziel-Relationen können die Verbindungen im Alltags- und im Freizeitverkehr folglich nicht immer gebündelt werden. Zum Teil sind daher getrennt verlaufende Verbindungen zweckmäßig.

Weitere Hinweise zur Netzentwicklung von Verkehrswegen für den Radverkehr enthalten die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Flankierend zu einem attraktiven Radverkehrsnetz kann durch zielnahe und geeignet bzw. dem Stand der Technik entsprechend gestaltete Abstellanlagen zur Förderung des Radverkehrs beigetragen werden. Hier kann beispielsweise durch abschließbare Fahrradboxen oder Fahrradparkhäuser ein vandalismussicheres Abstellen der Räder ermöglicht werden. Während die Bemühungen um geeignete Abstellmöglichkeiten an den Haltestellen des Schienenverkehrs in der Vergangenheit bereits zu großen Fortschritten geführt haben, ist hier insbesondere an wichtigen Zielen, wie zum Beispiel den Innenstädten bzw. an Einkaufs- und Dienstleistungszentren noch weiterer Handlungsbedarf zu erkennen.

Eine verstärkte Nutzung des Fahrrads kann nicht nur durch bauliche, sondern auch durch verkehrsregelnde / organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots und der Rahmenbedingungen für den Radverkehr angeregt werden. Hier ist beispielsweise eine richtlinienkonforme, einheitliche und durchgängige Beschilderung mit Informationen über touristische Ziele, Serviceangebote etc. zu nennen.

Durch eine kombinierte Nutzung von Fahrrad und ÖPNV kann der Verkehrsteilnehmer die Vorteile beider Verkehrsträger miteinander kombinieren. Dadurch werden sowohl die Einzugsbereiche der Haltestellen vergrößert und somit weitere Nachfragepotenziale für den ÖPNV erschlossen als auch die Einsatzmöglichkeiten des Fahrrads erweitert, indem es bei längeren Wegen für einen Teil der Gesamtdistanz genutzt werden kann. Insofern sollte - mit dem Ziel der Erhöhung der Verkehrsmittelanteile des so genannten Umweltverbunds - eine möglichst intensive Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV angestrebt werden. Hierzu sollen insbesondere alle Bahnhöfe und wichtigen ÖPNV-Haltestellen in das Radverkehrsnetz eingebunden und das Angebot an Bike + Ride weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollten die bisherigen Angebote zur Fahrradmitnahme im ÖPNV wo möglich ausgeweitet werden.

#### Zu 4.1.7 Nachrichtenverkehr

Kommunikation und schneller Informationsaustausch bestimmen in zunehmendem Maß die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft, und damit auch die Standortwahl. Der Verfügbarkeit und Grundversorgung mit notwendigen Nachrichten sowie mit Diensten der Post und Telekommunikation kommt deshalb ein hoher Stellenwert in der raumordnerischen Bedeutung der Infrastrukturausstattung der Region Stuttgart und seiner Teilräume zu. In der dicht besiedelten Region Stuttgart ist das Versorgungsnetz entsprechend den zeitgemäßen Anforderungen flächendeckend auszubauen und sicherzustellen.

Der Landesentwicklungsplan 2002 betont die Pflicht zur Gewährleistung der Multimedia-Techniken und die Leistungsfähigkeit der Post und Telefondienste als Beitrag zum Erhalt der Attraktivität des Landes als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Bereitstellung und Ausbau sind auch dann von der öffentlichen Hand zu fördern, wenn diese nicht selbst Träger der entsprechenden Einrichtungen sind.

Wettbewerb und die globalen und internationalen Verflechtungen erfordern eine Ausstattung des Wirtschaftsraums Region Stuttgart mit modernsten und leistungsfähigen Telekommunikationseinrichtungen und Techniken. Für eine flächendeckende Verfügbarkeit in allen Teilräumen der Region z.B. über Breitbanddiensten wie DSL und VDSL (Very High Data Rate Digital Subscriber Line) soll der Netzausbau ausgehend von den Entwicklungsschwerpunkten und gebündelt mit anderen Trassen der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur erfolgen. Bei der Planung von Baugebieten und bei Tiefbaumaßnahmen sollten Digitalinfrastrukturen bzw. Kommunikationsnetze einbezogen und vorsorglich z.B. Leerrohre für leistungsfähige Glasfaser-/Kabel verlegt sowie Platz für Verteilerstationen vorgesehen werden.

Der Auf- und Ausbau moderner Telekommunikationsnetze soll zielgerichtet aber auch unter Rücksicht anderer Belange erfolgen. Hierzu ist es erforderlich, dass die Betreiber frühzeitig ihre Netzausbauplanungen insbesondere für neue Maststandorte untereinander und mit den Gemeinden abstimmen.

„Trassen“ wichtiger überörtlicher Richtfunkstrecken sind im Rahmen der Planungen zu sichern. Sie sind aufgrund der physikalischen Eigenschaften der Funkwellen zwischen Sende- und Empfangsanlage durch eine Schutzzone von bis zu 100 m beiderseits der Sichtlinie (Fresnel-Zone) zu sichern und von störender Bebauung frei zu halten. Dies bedeutet in der Regel eine Beschränkung in der Bauhöhe, zumal der Richtfunkstrahl in der Höhe verläuft. Die Einzelheiten sind mit den Betreibern der Richtfunkstrecken (Bundeswehr, Polizei, Telekom, u.a.) abzustimmen. Eine Koordinierung der Versorgungsnetze von Fernmeldeanlagen der verschiedenen Betreiber ist nach Möglichkeit anzustreben, vor allem ist eine gemeinsame Nutzung bei notwendigen Antennenträgern (Masten zur Unterbringung von Sende- und Empfangsanlagen) im Außenbereich zu bevorzugen, um den Freiraum zu schonen.

Zur Sicherstellung einer Grundversorgung einer jeden Gemeinde gehört auch die Ausstattung bzw. Gewährleistung der Versorgung mit Nachrichten und Postdienstleistungen. In Verbindung mit örtlichen Verwaltungs- und anderen Versorgungseinrichtungen dienen sie insbesondere in kleineren Gemeinden der Funktion als innerörtlicher Treff- und Kristallisationspunkt und zum Informationsaustausch.

## **Kapitel 4: Regionale Infrastruktur (Standorte und Trassen)**

### **4.2 Energie einschließlich Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen**

#### **4.2.0 Allgemeine Grundsätze**

#### **4.2.1 Stromversorgung**

#### **4.2.2 Wärmeversorgung / Thermische Energie**

#### **4.2.3 Leitungsnetz**

#### **4.2.4 Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien**



4.2	Energie einschließlich Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen
<b>4.2.0</b>	<b>Allgemeine Grundsätze</b>
4.2.0.1 (G) Langfristige Sicherung der Energieversorgung	Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung ist auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad (Effizienz) hinzuwirken. Ziel ist eine risikoarme und umweltverträgliche Energiegewinnung, eine preisgünstige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung und die Sicherstellung energiewirtschaftlicher Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft.
4.2.0.2 (G) Umweltverträglichkeit	(1) Bei Planungen von Anlagen zur Energiegewinnung ist im Hinblick auf Klimaschutz und Luftreinhaltung der Einsatz von regenerativen Energien zu fördern. Bei der Energieversorgung sind dezentrale Systeme anzustreben, um Energie einzusparen und Energieverluste und Landschaftsverbrauch durch Fernleitungen zu vermeiden.  (2) Bei bestehenden Kraftwerken ist anzustreben, dass Beeinträchtigungen der Umwelt und des Landschaftsbildes durch entsprechende Maßnahmen gering gehalten werden.
4.2.0.3 (G) Energieeinsatz Energieverteilung Energiesparen	Die Umsetzung der Plansätze 4.2.0.1 und 4.2.0.2 zur Energieversorgung soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Energieversorgungssysteme unter Berücksichtigung ihrer speziellen Eignung für die Minimierung des Energieeinsatzes und damit zur Erreichung eines hohen Wirkungsgrades.</li> <li>• Sicherung der für den Antransport und die Verteilung der Energie erforderlichen Transportwege, Lager- und Verteilungsstandorte.</li> <li>• Verwirklichung von energiesparenden Bauweisen und Siedlungsformen unter dem Gesichtspunkt einer rationellen Energienutzung und baulichen Dichte, durch den Einsatz von Energiespeichertechnologien sowie durch Möglichkeiten zum Einsatz regenerativer Energien.</li> <li>• Nutzung der Möglichkeiten zur Kraft-Wärme-Kopplung.</li> <li>• Nutzung anfallender Abwärme aus Industrieprozessen.</li> <li>• Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energiequellen.</li> <li>• Ausbau eines sparsamen und rationellen Energieeinsatzes.</li> <li>• Förderung von energiesparenden Verkehrs- und Verkehrsleitsystemen.</li> </ul>
<b>4.2.1</b>	<b>Stromversorgung</b>
4.2.1.1	Kraftwerksstandortsicherung
4.2.1.1.1 (G) Nutzung bestehender Kraftwerksstandorte	Sofern entstehender zusätzlicher Bedarf bei der Stromerzeugung nicht durch die Nutzung regenerativer Energiequellen oder durch dezentrale Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung gedeckt werden kann, ist für die Stromerzeugung in Großanlagen anzustreben, dass zusätzlich benötigte Kraftwerkskapazitäten in erster Linie durch Erneuerungen und Erweiterungen auf den bestehenden Standorten realisiert werden.
4.2.1.1.2 (Z) Standorte für regionalbedeutsame Kraftwerksanlagen (VRG)	Die Standorte für regionalbedeutsame Kraftwerke in Altbach/Deizisau, Stuttgart-Gaisburg, Stuttgart-Münster, Marbach, Walheim, Gemmrigheim/ Neckarwestheim werden als Vorranggebiete festgelegt und gebietsscharf in der Raumnutzungskarte dargestellt.



4.2.1.2	Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung
4.2.1.2.1 (G) Regenerative Energien zur Stromerzeugung	Für die Stromerzeugung sind verstärkt regenerative Energien wie Wasserkraft, Solarenergie, Biogas, Biomasse und Windkraft zu nutzen.
4.2.1.2.2 (G) Wasserkraft	<p>(1) In der Region Stuttgart ist die Stromgewinnung durch Wasserkraft insbesondere entlang der großen Flüsse unter Berücksichtigung der Ziele zur Gewässerentwicklung und der Ziele des Neckarparks unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Wasserrahmenrichtlinie vom 22.12.2000 zu fördern und auszubauen.</p> <p>(2) Dabei ist vorrangig eine mittelfristige Leistungserhöhung vorhandener Anlagen der Wasserkraftnutzung entlang der großen Flüsse anzustreben. Kleinere Wasserkraftanlagen sind ebenfalls unter Berücksichtigung der jeweiligen Gewässerökologie auszubauen.</p>
4.2.1.2.3 (G) Fotovoltaik	Im Rahmen einer verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien ist innerhalb von besiedelten Gebieten und auf versiegelten Flächen oder ggfs. gebündelt entlang bestehender Infrastrukturen auch ein Ausbau der solaren Stromgewinnung (Fotovoltaik) anzustreben. Im unbebautem Freiraum kommt eine Nutzung verfallter Deponiekörper für Fotovoltaikanlagen vor deren endgültiger Rekultivierung im Einzelfall und in Abstimmung mit den Freiraumschutzziele in Betracht
4.2.1.2.4	Regionalbedeutsame Windkraftanlagen
4.2.1.2.4.1 (Z) Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)	<p>Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Vorranggebiete werden als Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt. In diesen Gebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit dem Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Im Einzelnen handelt es sich um die Vorranggebietsstandorte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Alfdorf Brend, Hummelberg</li> <li>• Bad Ditzgenbach, Lange Fäule</li> <li>• Böhmenkirch-Steinige</li> <li>• Böhmenkirch/Geislingen, Stöttener Berg</li> <li>• Geislingen-Aufhausen, Funkturm</li> <li>• Ingersheim, Holderweg</li> <li>• Stuttgart-Weilimdorf, Grüner Heiner</li> <li>• Welzheim-Aichstrut, Nähe Wasserturm</li> <li>• Wiesensteig, Raller</li> </ul>
4.2.1.2.4.2 (Z) Ausschlussgebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen	Außerhalb der nach Plansatz 4.2.1.2.4.2 festgelegten Vorranggebiete sind regionalbedeutsame Windkraftanlagen im Außenbereich in der Regel nicht zulässig.
<b>4.2.2</b>	<b>Wärmeversorgung / Thermische Energie</b>
4.2.2.1 (G) Nutzung regenerativer Energieträger	Für die Gewinnung thermischer Energie sind verstärkt regenerative Energien wie Solarenergie, Geothermie, Biogas und Biomasse zu nutzen.
4.2.2.2 (G) Abwärmenutzung / Kühlwasser	<p>(1) Neue Flächen für Wärmekraftwerke sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn neben der Stromerzeugung auch eine Abwärmenutzung z.B. für die Fernwärmeversorgung erfolgt.</p> <p>(2) Bei einer Steigerung der Kraftwerksleistung in Zusammenhang mit der Nutzung neuer Flächen ist eine Beeinträchtigung der Gewässergüte des Neckars durch Erhöhung der Wärmefracht oder der Wasserentnahme zu vermeiden.</p>

4.2.2.3 (G) Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmeleitungsnetz	In Gebieten mit hohem Strom- und Wärmebedarf sind die Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen und bei hoher Verbraucherichte der Ausbau bzw. die Erstellung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Ausbau von Wärmeleitungsnetzen zu fördern. In Wohngebieten ist bei hohem Strom- und Wärmebedarf auf die Erstellung von dezentralen Anlagen (Blockheizkraftwerken) und Nahwärmenetzen hinzuwirken.
4.2.2.4 (V) Solarthermie	(1) Für eine verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien ist bei Umbauten und zum sparsamen Umgang mit Boden und Energie (Nachhaltigkeitsgedanken), vor allem aber bei neu zu errichteten Gebäuden, auf eine verstärkte thermische Nutzung der Solarenergie hinzuwirken.  (2) Solche Anlagen sind verbrauchernah in besiedelten Gebieten, in erster Linie an oder auf Gebäuden, als integrierte Fassadenelemente, auf Dach- oder Verkehrsflächen unterzubringen.
4.2.2.5 (V) Geothermie	(1) Für eine verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien ist bei Umbauten in bestehenden Gebäuden, vor allem aber bei neu zu errichteten Gebäuden, auch auf eine verstärkte Nutzung der Geothermie hinzuwirken.  (2) Beim Einsatz energieerzeugender und energiespeichernder Technologien zur Nutzung der Geothermie sind die hydrogeologischen Verhältnisse und die Belange des Grundwasserschutzes unter Berücksichtigung der entsprechenden Fachgesetze - insbesondere des Wasserrechts - zu beachten.
4.2.2.6 (G) Biogas und Biomasse	Standorte für Biogas- und Biomasseanlagen sind im Zusammenhang mit Land- und Forstwirtschaftlichen Betrieben zu fördern, um einen Beitrag zum Ausbau regenerativer Energien in der Region Stuttgart zu leisten. Großflächige industrielle Anlagen ab 0,5 MW sind in Gewerbe-/ Industriegebieten bzw. in entsprechenden Sondergebieten unterzubringen.
4.2.2.7 (G) Energiepflanzen	Anbau und Nutzung nachwachsender Rohstoffe (NAWAROS) zum Zweck der Energiegewinnung sind im geeigneten Umfang und unter Berücksichtigung der naturräumlichen und landeskulturellen Voraussetzungen zu fördern. Großflächige Monostrukturen sind zu vermeiden.
<b>4.2.3</b>	<b>Leitungsnetz</b>
4.2.3.1 (G) Trassenausbau	Das Netz von Transport- und Leitungstrassen zur Sicherung der Energieversorgung ist bedarfsgerecht auszubauen, die erforderlichen Trassen sind zu sichern. Die Belange des Siedlungsentwicklung sowie des Natur- und Landschaftsschutzes sind zu berücksichtigen, die Möglichkeiten einer Bündelung mit anderen Leitungen und Trassen zu nutzen.
4.2.3.2 (N) Trassensicherung	Im Regionalplan dargestellte leitungsgebundene Trassen der Energieversorgung (Bestand u. Planung) mit regionaler und überregionaler Bedeutung sind von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.
4.2.3.3	Trassen und Standorte für die Stromverteilung
4.2.3.3.1 (Z) Höchstspannungsleitungen	Die in der Raumnutzungskarte als Grobtrasse dargestellten Höchstspannungsleitungen (220 und 380 kV) sind für die Versorgungssicherheit erforderlich und im Bereich der Trassen zwischen a) Neckarwestheim - Marbach oder Zwingelhausen - Beutelsbach - Wendlingen, b) Pulverdingen - Weilimdorf, c) Pleidelsheim – Zwingelhausen (Dieser Abschnitt bis Frühmeßhof soll ca. 2008 abgebaut werden) Großbottwar - Frühmeßhof- Winnenden (220 kV), (künftig 380kV) von entgegenstehenden baulichen Nutzungen freizuhalten. Bei der weiteren Planung sind Beeinträchtigungen der Freiraumnutzungen zu vermeiden bzw. zu minimieren.

4.2.3.3.2 (G) Trassierung von Stromleitungen	<p>Für alle künftigen Trassierungen von Stromleitungen in der Region werden folgende grundsätzlichen Planungsleitsätze vorgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Neue überregionale Höchstspannungsleitungen sollen den verdichteten Raum großräumig umfahren;</li> <li>b) bei notwendigen Erhöhungen der Zuführungskapazitäten sollen vorrangig bestehende Leitungen und Trassen ausgebaut werden;</li> <li>c) neue Stromleitungen sollen als Kabeltrassen ausgeführt werden oder unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes sowie der Versorgung und Betriebssicherheit zu Mehrfachleitungen und Energiestraßen gebündelt werden; erforderlichenfalls müssen dafür auch längere Leitungswege in Kauf genommen werden;</li> <li>d) bei jedem Leitungsneubau ist zu prüfen, ob bestehende Leitungen abgebaut, ersetzt oder gebündelt werden können;</li> <li>e) die gemeinsame Nutzung von Leitungsmasten durch mehrere Versorgungsunternehmen soll bei Bedarf ermöglicht werden; dazu sind die Unternehmensplanungen frühzeitig zu koordinieren;</li> <li>f) in Bereichen mit einer bereits vorhandenen hohen Dichte an Hoch- und Höchstspannungstrassen, in Bereichen mit empfindlichen Landschaftsfunktionen und in Siedlungsbereichen sollen bisher unzerteilte Räume erhalten werden;</li> <li>g) in den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren im Verdichtungsraum sowie in Siedlungsbereichen sollen neue Hochspannungsleitungen als Kabeltrassen ausgeführt werden.</li> </ul>
4.2.3.4	Gasversorgung
4.2.3.4.1 (G) Sicherung und Ausbau der Gasversorgung	<p>Es ist anzustreben, dass die Erdgasversorgung in der Region Stuttgart gesichert und vor allem für die Siedlungsbereiche der Entwicklungsachsen (siehe Kapitel 2.4.1) sowie für die überörtlich bedeutsamen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte weiter ausgedehnt wird. Gasleitungen sollen zu Verbrauchsschwerpunkten geführt werden, von dort sollen bei entsprechenden Voraussetzungen Nahwärmenetze ausgebaut werden.</p>
4.2.3.5	Mineralölversorgung
4.2.3.5.1 (G) Sicherung und Ausbau der Mineralölversorgung	<p>Zur Sicherung der Mineralölversorgung sind die für Rohöl und Mineralölprodukte erforderlichen Infrastruktureinrichtungen zu erhalten und bei allen Planungen zu berücksichtigen. Der Ausbau des Leitungsnetzes soll unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte mit anderen Transportmöglichkeiten und Verkehrswegen koordiniert werden.</p>
<b>4.2.4</b>	<b>Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien</b>
4.2.4.1 (G) Förderung von Forschung und Entwicklung	<p>Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Bereichen Erneuerbarer Energien (EE), Energieeffizienz und Energieeinsparungen sind in der Region Stuttgart zu fördern. Dabei sind insbesondere neue Energietechnologien wie z.B. die Wasserstofftechnologie hervorzuheben.</p>

## 4.2

## Energie einschließlich Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

	Begründungen
Zu 4.2.0.1 (G) langfristige Sicherung der Energieversorgung	<p>Die Energieversorgung ist für die räumliche Entwicklung und das wirtschaftliche Wachstum der Region von erheblicher Bedeutung. Aufbau und Sicherung einer leistungsfähigen, umweltverträglichen Energieinfrastruktur sind wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die Ansiedlung neuer Betriebe und eine ausreichende Versorgung mit Arbeitsplätzen.</p> <p>Im Interesse der Ressourcenschonung, des Umweltschutzes sowie des Klimaschutzes müssen die Anstrengungen verstärkt werden, den Verbrauch fossiler Energieträger durch Einsatz regenerativer Energieträger zu reduzieren und die Energienachfrage durch technische Maßnahmen und Verhaltensänderungen zu senken.</p>
Zu 4.2.0.2 (G) Umweltverträglichkeit	<p>Hinsichtlich der Beanspruchung von Natur und Umwelt durch Siedlung, Verkehr, Industrie und Kraftwerke weist der Kernraum der Region, insbesondere das Neckartal zwischen Stuttgart und Plochingen, bereits eine starke Vorbelastung auf. Bei allen bestehenden, auszubauenden oder geplanten Kraftwerksprojekten muss deshalb angestrebt werden, einerseits durch moderne Technik die Emissionen möglichst gering zu halten und andererseits durch weitere entlastende Maßnahmen eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation zu erreichen.</p> <p>In diesem Sinne soll sich auch der Einsatz regenerativer Energien an den Zielsetzungen zum Freiraumschutz und zur Verhinderung einer Zersiedlung orientieren. Beispielsweise beschränkt der als Ziel der Raumordnung festgelegte Plansatz 4.2.1.2.3 die Unterbringung von Photovoltaik-Anlagen auf den besiedelten Bereich und schließt ihren Einsatz im unbebauten Außenbereich aus, damit dort keine weitere Zersiedelung stattfindet und ökologische Basisfunktionen sowie die Erholungsfunktion nicht weiter beeinträchtigt werden.</p>
Zu 4.2.0.3 (G) Energieeinsatz	<p>Die Situation in der Region Stuttgart ist im Hinblick auf die Energieversorgung im wesentlichen durch folgende Merkmale gekennzeichnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• starke Siedlungsverdichtung und Umweltbeanspruchung,</li> <li>• hohe Konzentration an Betrieben und Arbeitsplätzen im produzierenden Bereich und im Dienstleistungsbereich,</li> <li>• hoher Bestand an Wärmekraftwerken,</li> <li>• geringe Ausnutzung erneuerbarer Energien.</li> </ul>
Energieverteilung	<p>Aus den übergeordneten Zielsetzungen (insbesondere den Plansätzen 4.2 im Kapitel Energieversorgung im Landesentwicklungsplan 2002) und Programmen sowie aus den regional gegebenen Voraussetzungen lassen sich die folgenden Folgerungen ziehen:</p> <p>Ein vielfältiger Energiemix aus Gas, Strom, Fernwärme, Nahwärme u. ä. in Verbindung mit dem Einsatz regenerativer Energien ist aus Gründen der Versorgungssicherheit und eines hohen Wirkungsgrades in der Region notwendig. Eine effiziente Vernetzung der verschiedenen Energiesparten erfordert allerdings ein hohes Maß an Abstimmung. Dies erscheint am besten im Rahmen von örtlichen Versorgungskonzepten möglich, die regional aufeinander abgestimmt werden sollten. Die raumbezogenen Vorgaben wie Siedlungsstruktur und Topographie, räumliche Verteilung der Großabnehmer, Standorte der Kraftwerke oder anderer Strom- und Wärmeproduzenten sowie vorhandene Versorgungsstrukturen und Möglichkeiten der Nutzung von freien Netz- und Kraftwerkskapazitäten sind dabei zu beachten.</p>
Energiesparen	<p>Der Einsparung von Energie kommt nicht allein wegen wirtschaftlichen Überlegungen, sondern ebenso wegen der starken Belastungen, die mit der Erzeugung, Umwandlung und dem Verbrauch von Energie verbunden sind, größte Bedeutung zu. Aus raumordnerischer Sicht sind dabei insbesondere zu beachten:</p>

- Einsparungsmöglichkeiten bei der Wärmeversorgung durch verdichtete Bauweisen,
- Einsatz von Energiespeichertechnologien,
- Verminderung des Energiebedarfs für den Verkehr durch gegenseitig günstige Zuordnung von Funktionsflächen und Nutzung energiesparender Verkehrsmittel,
- verstärkte Wärmeauskopplung bzw. Abwärmenutzung aus Wärmekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen oder Industriebetrieben,
- energetische Optimierung von Neubaugebieten,
- energetische Sanierung von bestehenden Siedlungen.

Derzeit werden rund 4 % des Primärenergieverbrauchs in Baden-Württemberg durch regenerative Energiequellen gedeckt. Ihr Anteil an der Stromerzeugung beträgt rund 12 %. In der Region Stuttgart tragen hierzu vor allem die Laufwasserkraftwerke an Neckar und Enz, Deponiegas-Blockkraftwerke, verschiedene Klärgaskraftwerke und inzwischen zahlreicher Einzelanlagen der Solarenergie, 24 regionalbedeutsame Windkraftanlagen sowie Anlagen zur Nutzung von Biogas, Biomasse und oberflächenahen Geothermie bei.

Der Anteil des aus regenerativen Energiequellen gedeckten Energiebedarfes wird infolge der politischen und energiewirtschaftlichen Förderung sowie aufgrund zunehmender Marktreife in absehbarer Zeit wesentlich zunehmen.

Zu 4.2.1.1.1 (G)  
Nutzung bestehender  
Kraftwerksstandorte

Um auch für die Zukunft eine ausreichende Stromversorgung sicherzustellen, sind an den bereits vorhandenen Kraftwerksstandorten Flächen für erforderliche Erweiterungen oder Ersatzanlagen von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten. Die Standorte der größeren Wärmekraftwerke liegen in Baden-Württemberg wegen der bis heute überwiegend notwendigen Wasserkühlung sowie der günstigen Transportmöglichkeiten ausschließlich am Neckar und am Rhein. Von den insgesamt 11 bestehenden großen Wärmekraftwerksstandorten (> 100 MW) befinden sich allein 5 in der Region Stuttgart. Im Hinblick auf die Enge des Raumes und der stark konkurrierenden Raumnutzungen kann die Zahl der Standorte für Großkraftwerke in der Region Stuttgart kaum weiter erhöht werden, weshalb an den bestehenden Standorten auch Erweiterungsflächen sowie Flächen für Ersatzanlagen vorzuhalten sind. Eine Modernisierung und Effizienzsteigerung bestehender Kraftwerke ist weiteren zusätzlichen Kraftwerksstandorten vorzuziehen, auch weil die Leistungsfähigkeit des Neckars zur Kraftwerkskühlung insbesondere bei Niedrigwasser extrem beansprucht und damit nicht geeignet ist für eine weitere Inanspruchnahme durch Wärmekraftwerke.

Zu 4.2.1.2.1 (G)  
Regenerative Energien  
zur Stromerzeugung

Im Interesse der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes müssen die Anstrengungen verstärkt werden, den Verbrauch fossiler Energieträger durch Einsatz regenerativer Energieträger zu reduzieren und die Energienachfrage durch technische Maßnahmen und Verhaltensänderungen zu senken.

Zu 4.2.1.2.2 (G)  
Wasserkraft

Vor dem Hintergrund einer nur beschränkten Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeit stillgelegter bzw. bestehender Kraftwerksanlagen an den Gewässern in der Region Stuttgart ist ihr landschaftsverträglicher Ausbau zu fördern und eine effiziente und umweltschonende Stromerzeugung anzustreben. Dies gilt auch für Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen bis ca. 1.000 kW, die jedoch wegen ihrer geringeren regionalen Bedeutung nicht in der Raumnutzungskarte dargestellt werden. Hierbei sind die insbesondere Ziele des Neckarparks und die Bestimmungen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vom 22.12.2000 zu berücksichtigen (WRRL 2000, umgesetzt mit der Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg vom 22.12.2003). Der Bezug zur Wasserrahmenrichtlinie 2000 ist deshalb wichtig, da über die Umsetzung in das Wassergesetz für Baden-Württemberg seit 22.12.2003 insbesondere nach § 35 b beim Bau und Betrieb einer Wasserkraftanlage auf die Belange der Fischerei, des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Erholungsvorsorge besonders Rücksicht zu nehmen ist. Auch die Gewässerentwicklungs-Programme und -Pläne wie Ikone und Neckarparkkonzeption des Verbandes Region Stuttgart sind einzubeziehen.

#### Zu 4.2.1.2.3 (G) Fotovoltaik

Die Region Stuttgart bietet gute Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten im Fotovoltaik-Bereich. Würden beispielsweise nur 10 % aller Dachflächen in der Region genutzt, ergäbe sich eine nutzbare Fläche von über 11 Mio. Quadratmetern, wodurch die Stromerzeugung eines Großkraftwerkes ersetzt werden könnte. Die Intention einer verstärkten Nutzung regenerativer Energien begründet auch, die Fotovoltaik verstärkt auszubauen.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Freiraumschutzes einschließlich des Landschafts- und Bodenschutzes sind Fotovoltaikanlagen in der relativ dicht besiedelten Region Stuttgart und zur Verhinderung einer Zersiedlung mit anderen baulichen Nutzungen und Anlagen zu bündeln.

Wegen des zahlreich vorhandenen und nutzbaren Gebäude- und Verkehrswegepotenzials in der Region Stuttgart sind Fotovoltaik-Anlagen deshalb in besiedelten Gebieten, wie z.B. an oder auf baulichen Anlagen (Fassaden, Dächer von Wohnhäusern, Betrieben, öffentlichen Gebäuden, Schulen, Einkaufszentren, Garagen, Stellplätze, Landwirtschaftlich genutzte Gebäude und Schuppen, Deponien, usw.) oder im Zusammenhang technischer Infrastruktureinrichtungen wie z.B. auf Kläranlagen und Lärmschutzwänden unterzubringen, sofern nicht andere Bestimmungen wie z.B. zum Denkmalschutz oder zur Rekultivierung oder eine befristete Waldumwandlung nach § 11 LWaldG dagegen sprechen.

#### Zu 4.2.1.2.4 Regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)

Der Verband Region Stuttgart hat im Rahmen seiner Aufgaben die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, um der landespolitischen Zielsetzung zur stärkeren Nutzung regenerativer Energien insbesondere zur Nutzung der Windenergie zu entsprechen. Das Landesplanungsgesetz i.d.F. vom 10. Juli 2003 verpflichtet den Verband Region Stuttgart, Vorranggebiete für Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit gleichzeitigem Ausschluss im übrigen Teil der Region auszuweisen. Eine Potenzialstudie aus dem Jahr 2000 verdeutlichte, dass die weitaus größten Teile der Region Stuttgart im Einflussbereich (Windschatten) des Schwarzwaldes liegen und sich für eine wirtschaftliche Windkraftnutzung nicht eignen.

Im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans „Windkraft“ (verbindlich seit Oktober 2004) hat der Verband Region Stuttgart mithilfe umfangreicher Siedlungs- und Landschaftsstrukturdaten geeignete Standorte für regionalbedeutsame Anlagen zur Nutzung der Windkraft ermittelt und die verschiedenen raumordnerischen Belange abgewogen. Vor allem angesichts der starken Besiedlung und dementsprechend hoher Konfliktdichte war es erforderlich, Vorranggebiete zur Bündelung von Windkraftanlagen im Einklang mit den Landschaftsfunktionen wie z.B. für Naturschutz, die Wasserwirtschaft, Erholung, Land- und Forstwirtschaft auszuweisen.

Den Gemeinden, Betreibern und Investoren sollen sie wegen der primären Standortgebundenheit im Außenbereich und in Bezug auf das nutzbare Windpotenzial Orientierung und Rechtsicherheit zu gewähren. Im Einzelfall können dennoch im Zusammenhang mit dem konkreten Anlagentyp standort- und landschaftsbildbezogene Bauhöhenabstimmungen erforderlich werden. Konkrete anlagenbezogene Sicherheits- oder Gestaltungsanforderungen, sind Gegenstand anderer Verfahren (Baugenehmigung, Immissionsschutzrecht).

Durch die sorgfältige Prüfung und Abwägung im Rahmen der Standortfindung wird der Bau und Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen innerhalb der festgelegten Vorranggebiete ermöglicht und raumordnerisch gesichert. Mit der Bündelung bzw. Gruppierung der Anlagen an geeigneten Standorten (Vorranggebiete) soll auch die Akzeptanz erhöht bzw. eine unkoordinierte Inanspruchnahme der Landschaft durch beliebig aufgestellte Anlagen vermieden werden. Da die Anlagen nur punktuelle Standorte benötigen, können ansonsten die Freiraumschutzziele weiterhin verwirklicht werden

#### Definition: Regionalbedeutsame Windkraftanlagen

Alle Aussagen im Regionalplan zu Windkraftanlagen beziehen sich auf Anlagen, die als regionalbedeutsam zu werten sind. Regionalbedeutsame Windkraftanlagen sind in der Regel

- Einzelanlagen mit einer Nabenhöhe von mehr als 50 m oder
- Windparks ab 3 Einzelanlagen, unabhängig von der Nabenhöhe der Einzelanlage.

	<p>Nur für solche Infrastrukturanlagen gelten die Vorgaben seitens der Regionalplanung. Wegen der hohen Siedlungsdichte und der damit einhergehenden hohen Konfliktdichte in der Region Stuttgart wird davon ausgegangen, dass bei Einzelanlagen über 50 m Nabenhöhe wegen ihrer optischen Fernwirkung der Windkraftanlagen sowie bei Windparks ab 3 Einzelanlagen unabhängig von der Nabenhöhe in der Regel eine überörtliche Bedeutung für den Freiraum, den Umweltschutz sowie die Infrastruktur gegeben ist.</p>
<p>Zu 4.2.1.2.4.1 (Z) Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen (VRG)</p>	<p>Um zu verhindern, dass auf den wenigen für Windkraftanlagen besonders gut geeigneten Standorten der Region durch anderweitige Planungen und Vorhaben der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen behindert oder unmöglich gemacht wird, werden diese Flächen im Plansatz 4.2.1.2.4.1 als Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt. Auf den als Vorranggebiete gekennzeichneten Flächen sind alle Vorhaben ausgeschlossen, die einer möglichen Nutzung der Flächen als Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen entgegen stehen. Auf die Fläche bezogen ist Landbewirtschaftung in der Regel wie zuvor möglich. In Vorranggebieten, die unter Berücksichtigung hoher Windhöflichkeit und raumordnerischer Verträglichkeiten festgelegt wurden, ist die Nutzung der Windenergie zu fördern und als ein Beitrag zum Ausbau regenerativer Energien zu werten.</p> <p>Innerhalb der Vorranggebiete werden seitens der Regionalplanung keine Festlegungen hinsichtlich der dort möglichen Anzahl von Windkraftanlagen, deren Bauhöhe oder gar deren Bauausführung gemacht. Art und Maß der baulichen Nutzung, die genaue Standortverortung sowie Angaben zur Bauausführung sind im Rahmen des erforderlichen Genehmigungsverfahrens, gegebenenfalls durch einen Bauleitplan, festzulegen. In diesen Verfahren ist der Verband Region Stuttgart als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.</p>
<p>Zu 4.2.1.2.4.2 (Z) Ausschlussgebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen</p>	<p>Mit der Festlegung von Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen durch Plansatz 4.2.1.2.4.1 sollen Windkraftanlagen in den in der Raumnutzungskarte festgelegten Gebieten konzentriert werden. In Anlehnung an die in § 35 Abs.3 BauGB enthaltenen Bestimmungen wird dabei davon ausgegangen, dass öffentliche Belange dem Bau von Windkraftanlagen im Außenbereich in der Regel entgegenstehen, wenn im Regionalplan Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt sind. Der Bau von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen ist damit in der Region in der Regel nur an den entsprechend festgelegten Stellen möglich.</p> <p>Grundlage ist das Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003. Nach diesem wird in § 11 die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Anlagen und gleichzeitig die Festlegung des Ausschlusses in den übrigen Gebieten der Region vorgegeben. Dies wird im Plansatz 4.2.1.2.4.2 ausdrücklich festgehalten. Der Regionalplan trifft keine abschließende Festlegung für den Innenbereich. Innerhalb der besiedelten Bereiche in der Region Stuttgart ist der Bau von Windkraftanlagen deshalb nach Maßgabe von §§ 30, 34 BauGB zulässig.</p>
<p>Zu 4.2.2.1 (G) Nutzung regenerativer Energieträger</p>	<p>Im Interesse der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes müssen die Anstrengungen verstärkt werden, den Verbrauch fossiler Energieträger durch Einsatz regenerativer Energien zu reduzieren und die Energienachfrage durch technische Maßnahmen und Verhaltensänderungen zu senken.</p>
<p>Zu 4.2.2.2 (G) Abwärmenutzung / Kühlwasser</p>	<p>Durch die Wärmeauskopplung und die Nutzung der Abwärme kann - je nach Jahreszeit wechselnd - die Wärmeeinleitung in den Neckar reduziert bzw. der Einsatz der Kühleinrichtungen vermindert werden. Wie der Wärmelastplan Neckar bereits 1973 schon ausführt, wird durch die Kühltürme dem Neckar vermehrt Wasser entzogen, was bei Niedrigwasser zu einer erheblichen Verschlechterung der Gewässergüte im Neckar führen kann.</p>
<p>Zu 4.2.2.3 (G) Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmeleitungsnetz</p>	<p>Der kombinierte Einsatz von Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen stellt ein System der Energieerzeugung mit hohem Wirkungsgrad dar und dient der Reduzierung der Umweltbelastung durch Abwärme und Schadstoffe. Daher sollte – nach einer allgemeinen vorrangigen Prüfung zur Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten für eine kombinierte Strom-Wärme-Erzeugung im Gebiet – in Wohngebieten mit hohem Strom- und Wärmebedarf diese Form der effizienten Energienutzung entsprechend den regionalen Möglichkeiten erhalten und ausgebaut werden.</p>

Angesichts geringer Energieverluste von Nahwärmenetzen gegenüber einem Fernwärmeeinsatz wie auch aufgrund eines flexibleren und ggf. unabhängigeren Einsatzes sollte zukünftig das Augenmerk eher auf dezentraleren Formen der Wärmeversorgung wie z.B. kleineren Blockheizkraftwerken und Nahwärmenetzen entweder im Verbund oder als selbstständige Netze gelegt werden. Allenfalls im Zusammenhang von Großkraftwerken mit verdichteten Siedlungsstrukturen sollten die Möglichkeiten der Fernwärmenutzung weiterhin effizient zum Einsatz kommen.

(Bezug: Landesentwicklungsplan 2002, Plansatz 4.2.10 G: Ausbau in Gebieten mit hohem Bedarf, Reduktion von Belastungen).

#### Zu 4.2.2.4 (V) Solarthermie

Die Region Stuttgart bietet gute Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten im Bereich der Solarthermie. Diese Technik ermöglicht eine Einsparung der Energiekosten gegenüber herkömmlichen Heiz-Systemen um bis zu 60 %.

Zur Sicherung des Freiraumschutzes und zur Verhinderung einer Zersiedelung sind im baulichen Außenbereich in der Regel keine Solarthermie-Anlagen zuzulassen. Wegen des vorhandenen und nutzbaren Gebäudepotenzials in der dicht besiedelten Region Stuttgart sind Solarthermie-Anlagen deshalb in besiedelten Gebieten unterzubringen.

Die Beschränkung auf Siedlungsbereiche ist auch in der bei der Solarthermie erforderlichen räumlichen Nähe des Ortes der Energiegewinnung und -nutzung begründet. Lange Transportwege führen zu einem vermeidbaren Energieverlust und damit einer Minderung der Nutzungseffizienz.

Werden dennoch raumbedeutsame Anlagen beantragt, werden sie im Rahmen der regionalplanerischen Stellungnahme wie Standorte für regionalbedeutsame Kraftwerksanlagen zur Energieerzeugung behandelt und die Standorte auf Übereinstimmungen mit den regionalplanerischen Zielsetzungen geprüft.

Die landesentwicklungspolitischen Zielsetzungen zum Klimaschutz und zur Förderung solarer Energiesysteme können dahingehend unterstützt werden, dass künftig in den regionalplanerischen Stellungnahmen wie z.B. zu großflächigen Bauvorhaben, gewerblichen Ansiedlungen oder Gemeinbedarfseinrichtungen, aber auch zu anderen städtebaulichen Planungen auf dieses Thema zur Schaffung geeigneter Voraussetzungen hingewiesen bzw. deren Berücksichtigung auch unter Berufung auf die Regelungen zur Schonung des Grund und Bodens verlangt wird.

#### Zu 4.2.2.5 (V) Geothermie

Nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen insbesondere mit Blick auf die Tiefbohrungen und Modellvorhaben in Landau, Bruchsal, Basel (CH), Soultz-sous-Forêts (F) und Bad Urach erscheint eine Nutzung der Geothermie in der Region Stuttgart in tieferen Schichten wie z.B. ab ca. 500, 1.000 m und tiefer derzeit nicht sinnvoll, zumindest was eine kraftwerksaffine Nutzung angeht wie sie bei diesen Tiefenbohrungen im Allgemeinen angestrebt wird.

Inwieweit Techniken wie mit Hilfe sogenannter Erdsonden im Tiefenbereich bis zu einer Tiefe von ca. 80/100 m bis teilweise bis zu 400 m unter Geländeoberkante sich lohnen, hängt z.B. von der Bautechnik und dem eingesetzten Heizungs-/Kühlungssystem, vom Bauvorhaben wie z.B. Bürokomplexe oder andere Großbauvorhaben, oder einheitlich strukturierten Siedlungsgebieten, also vom Nutzungszweck und -volumen sowie von der Bauherren-Weitsicht und dem unternehmerischen Risiko und im Einzelfall auch von der finanziellen Förderung ab.

Für die erdoberflächennahe Geothermie im Bereich unterhalb der Frostschutttiefe von 80 – 90 cm kommt in der Region Stuttgart dagegen grundsätzlich eine effiziente Nutzung der Wärme in Frage, da im Grunde genommen die Temperaturunterschiede ausgenutzt und in das Heizungs- und Kühlsystem eines Bauvorhabens eingespeist werden. Eine Heizungsanlage wird dadurch in den meisten Fällen zwar nicht ersetzt, die Nutzung der Erdwärme kann aber einen wesentlichen Beitrag zur Roh- und Schadstoffeinsparung leisten. Ähnlich verhält es sich mit Wärmetauschern, die Wärme aus der Umgebungsluft entziehen. Daher ist bei Umbauten in bestehenden Gebäuden, vor allem aber bei neu zu errichteten Gebäuden, auf eine verstärkte Nutzung



insbesondere der oberflächennahen Geothermie hinzuweisen. Zur Erhöhung der Nutzungseffizienz sollte sie in der Regel nur in besiedelten Bereichen eingesetzt werden.

Die landesentwicklungspolitischen Zielsetzungen zum Klimaschutz und zur Förderung regenerativer Energiesysteme werden dahingehend unterstützt, dass künftig in den regionalplanerischen Stellungnahmen wie z.B. zu großflächigen Bauvorhaben, gewerblichen Ansiedlungen oder Gemeinbedarfseinrichtungen, aber auch zu anderen städtebaulichen Planungen auf dieses Thema zur Schaffung geeigneter Voraussetzungen hingewiesen bzw. deren Berücksichtigung auch unter Berufung auf die Regelungen zur Schonung des Grund und Bodens verlangt wird.

Aufgrund möglicher Probleme aus den hydrogeologischen Verhältnissen (z.B. Tragfähigkeit, Versickerungsfähigkeit) bzw. teilbereichsweise zu beachtender Anforderungen des Grundwasserschutzes bei Wasserschutz- und Quellschutzgebieten ist ein Einsatz energieerzeugender und energiespeichernder Technologien zur Nutzung der Geothermie aufgrund möglicher Beeinträchtigungen von Deckschichten bei Bohrungen bzw. wegen Grundwasser gefährdender Kühlmittel nur unter Berücksichtigung der entsprechenden Fachgesetze - insbesondere des Bergbau- und Wasserrechts - vorzunehmen (siehe Leitfaden zur Nutzung der Erdwärme, MUV-BW, 2005: Jede Bohrung ist anzeigepflichtig, in Wasserschutzgebieten nicht zulässig).

#### Zu 4.2.2.6 (G) Biogas und Biomasse

Im Sinne der Förderung und verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien sollen in der Region Stuttgart auch die Energiestoffe Biogas und Biomasse zum Einsatz kommen. Allerdings sind größere Biogas- bzw. Biomasseanlagen ab 0,5 MW als Gewerbebetriebe oder Kraftwerksanlagen einzustufen, für kleinere und mittelgroße Anlagen bis 0,5 MW ist zur Vermeidung von Zersiedlung und langer Transportwege Voraussetzung, dass sie in einem räumlich - funktionalen Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betrieb stehen und eine dem Betrieb untergeordnete bzw. dienende Rolle einnehmen. Sie dürfen anderen öffentlichen Belangen wie z.B. regionalplanerische Zielvorgaben z.B. zum Freiraumschutz usw. nicht entgegenstehen. Im überplanten Innenbereich können sie in Verbindung z.B. mit Blockheizkraftwerken und zur Nahwärmeversorgung integriert werden.

#### Zu 4.2.2.7 (G) Energiepflanzen

Bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe (NAWAROS) darf nicht übersehen werden, dass ein übermäßig betriebener Anbau zu Monostrukturen führen kann, die den naturräumlichen und landeskulturellen Gegebenheiten der Kulturlandschaft nicht entspricht. Insofern sollen Überlastungen im Naturraum insbesondere bei Flächen mit Vorrangfunktionen für Naturschutz und Landschaftspflege, den Grundwasserschutz und zur Nahrungsmittelerzeugung vermieden werden. Außerdem sollen Einrichtungen zu Ihrer Nutzung im Zusammenhang besiedelter Bereiche stehen und nicht zu einer Zersiedlung der Landschaft führen. Bei der Verwertung sollen Transportwege gering gehalten werden, um die Aktivitäten klimabezogen nicht zu konterkarieren.

#### Zu 4.2.3.1 (G) Trassenausbau

In der Region Stuttgart sind durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung entlang der Entwicklungsachsen die räumlich-strukturellen Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz der leitungsgebundenen Energieträger, insbesondere von Gas und Fernwärme, günstig. Dabei bietet die Konzentration von Wärmekraftwerken in der Region die Chance, Wärme für die Fernwärmeversorgung auszukoppeln. Neben den Bemühungen um Einsparung von Primärenergie sollte bei zukünftigen Planungen dem Gesichtspunkt der Verminderung von Umweltbelastungen durch Kraft-Wärme-Kopplung und den Einsatz regenerativer Energien verstärkt Rechnung getragen werden.

Aus regionaler Sicht ergeben sich für den Ausbau der leitungsgebundenen Energieträger Fernwärme, Erdgas und Strom aufgrund ihrer speziellen Eignung folgende Schwerpunkte:

- Verstärkter Einsatz von Fernwärme in Räumen mit hoher Wärmeleistungsdichte oder starken Umweltbelastungen unter Berücksichtigung vorhandener oder zukünftiger Möglichkeiten zur Wärmeauskopplung und Abwärmennutzung. Dabei bietet sich primär der Kern des Verdichtungsraumes an, wo heute bereits am meisten Fernwärmeanschlüsse bestehen und eine

Ausdehnung in die Nachbarräume wünschenswert ist. Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und dezentrale Abwärmeprojekte können - bei günstigen Randbedingungen – für kleinere Versorgungsgebiete wirtschaftlich sein.

- Die Gasversorgung soll ausgehend von den Siedlungsbereichen der Entwicklungsachsen weiter in die Randzone des Verdichtungsraumes und den ländlichen Raum vordringen.

Für die Ausrichtung der verschiedenen leitungsgebundenen Energieträger an den genannten Zielen ist jeweils eine aktuelle Ermittlung und Prognose des Energiebedarfs erforderlich.

Zu 4.2.3.2 (Z)  
Trassensicherung

Zur Sicherung der Energieversorgung sind die in der Raumnutzungskarte dargestellten Trassen für Hochspannungsleitungen, Gas- und Ölpipelines sowie z.B. das Fernwärmenetz zwischen den Kraftwerksstandorten entlang der Neckarschiene von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.

Zu 4.2.3.3.1 (G)  
Höchstspannungs-  
leitungen

Zur Gewährleistung einer ausreichenden Energieversorgung sind bei Aufstellung der Regionalpläne auch verbindliche Fachplanungen des Landes zu berücksichtigen und gemäß der Einzelfallprüfung nach den Bestimmungen des Landesplanungsgesetzes nachrichtlich in den Regionalplan zu übernehmen.

Die in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellten geplanten Hochspannungsleitungen beruhen auf Angaben der Energieversorgungsunternehmen. Eine endgültige Zustimmung ist mit der Darstellung nicht verbunden. Ob geplante Hochspannungsleitungen als Freileitung oder (vor allem in Siedlungsnähe erwünscht) als Erdkabel gebaut werden sollen, ist im Einzelfall zu prüfen und wird spätestens im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach 14 LplG festgelegt.

Zum Betrieb der Hoch- und Höchstspannungsleitungen und des nachgeordneten regionalen Verteilernetzes sind auch Umspannwerke notwendig, die schon bei der Planung mit den regionalplanerischen Zielsetzungen im Einklang stehen sollten.

Die Region Stuttgart besitzt aufgrund umfangreicher Stromerzeugung und des hohen Strombedarfs ein dichtes Netz von elektrischen Freileitungen. Darüber hinaus durchqueren noch eine Reihe von Höchstspannungsleitungen die Region, die Bestandteil des deutschen und europäischen Verbundnetzes sind aber nicht allein der Versorgung der Region dienen. Vor allem im Bereich der großen Umspannanlagen, wie z.B. Hoheneck und Wendlingen, kommt es deshalb zu erheblichen Beeinträchtigungen von Landschaft und Siedlungsentwicklung. Ein weiterer Ausbau und eine Verdichtung der Freileitungen stößt insbesondere in den Landkreisen Ludwigsburg, Esslingen und dem Rems-Murr-Kreis an die Grenzen der Raumverträglichkeit. Der begrenzte Spielraum für Erweiterungen soll deshalb den für die Versorgung der Region notwendigen Stromleitungen vorbehalten bleiben.

Zu 4.2.3.3.2 (G)  
Trassierung von  
Stromleitungen

Nach der Fachplanung von Höchstspannungstrassen, wie sie in den bisherigen Regionalplan übernommen wurde, sind technisch und wirtschaftlich vertretbare Lösungen anzustreben. Wegen der Enge des Raumes wird man den Maßstab enger anlegen müssen als in anderen Räumen.

Zu 4.2.3.4.1 (G)  
Ausbau der  
Gasversorgung

Der Einsatz von Erdgas als leitungsgebundenem und umweltfreundlichen Energieträger ist besonders vorteilhaft in verdichteten Siedlungsgebieten und in den Achsenstandorten. Der Ausbau der Gasversorgung soll daher in diesen Gebieten mit hoher Anschlussdichte weiter betrieben werden, zumal eine Erhöhung des Erdgasanteils wegen der relativen Umweltvorteile gegenüber fossiler Energieträger aus Sicht des Klimaschutzes und Luftreinhaltung gemäß den Vorgaben der Landesplanung erstrebenswert ist.

Die geplante Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) dient dem bedarfsgerechten Ausbau des Erdgasleitungsnetzes und der Sicherung und Verstärkung der Gasversorgung. Die raumordnungsrechtlich gesicherte Trassenführung mit einem 6,20 m Schutzstreifen berücksichtigt eine weitestgehende Bündelung mit vorhandenen Infrastrukturtrassen und die Anschlussmöglichkeiten von Gewerbeschwerpunkten sowie behutsamen Eingriffen in den Freiraum insbesondere während der Bauphase.

4.2.3.5.1 (G)  
Sicherung und Ausbau  
der Mineralöl-  
versorgung

Der Endenergiebedarf wurde in Baden-Württemberg im Jahr 2002 zu 39 % durch Mineralölprodukte gedeckt. Deshalb ist es notwendig, die hierfür erforderlichen Infrastruktureinrichtungen zu erhalten und bei allen Planungen zu berücksichtigen. Dazu gehören insbesondere Einrichtungen wie z. B. der Neckar als Schifffahrtsstraße, der Ölhafen in Stuttgart oder die in der Raumnutzungskarte dargestellte Ölpipeline.

Zu 4.2.4.1 (G)  
Förderung von  
Forschung und  
Entwicklung  
erneuerbarer Energien

Im Interesse der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes müssen die Anstrengungen verstärkt werden, den Verbrauch fossiler Energieträger durch preisgünstige und umweltverträgliche Alternativen zu senken. Dazu sind innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich Erneuerbarer Energien (EE) in der Region Stuttgart zu fördern und bis zur Anwendungsreife zu entwickeln. Zahlreiche klein- und mittelständische Betriebe mit entsprechend geschultem Personal und hohem Innovationspotenzial stehen in der Region für diese Aufgabe zur Verfügung. Bereits jetzt befinden sich neue Energieformen, wie z.B. Wasserstofftechnologien, in der Erprobung. Die Innovation im Energiebereich beinhaltet für die Region eine große Chance für Strukturwandel und Nachhaltigkeit sowie die Schaffung umweltverträglicher Arbeitsplätze.

## **Kapitel 4: Regionale Infrastruktur (Standorte und Trassen)**

### **4.3 Abfallwirtschaft**

**4.3.1 Verwertung fördern / Zusammenarbeit verbessern**

**4.3.2 Standorte für die Abfallbehandlung und  
Abfallbeseitigung**

**4.3.3 Kooperationsprinzip / Erweiterung vor Neubau**

**4.3.4 Rekultivierung von Deponien**

**4.3.5 Vermeidung und Verwertung von Bodenaushub**



4.3	Abfallwirtschaft
4.3.1 (G) Verwertung fördern / Zusammenarbeit verbessern	<p>(1) Die Abfallentsorgung ist dahin gehend auszurichten, dass eine sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Entsorgung von Abfällen gewährleistet wird. Die Vermeidung und die stoffliche Verwertung haben dabei Vorrang. Die zur Verwertung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen erforderlichen Anlagen sollen unter Berücksichtigung und Nutzung regionaler Kooperationsmöglichkeiten vorgehalten und bedarfsgerecht angepasst werden.</p> <p>(2) Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes dient insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Kooperation der Aufgabenträger in der Region, insbesondere durch die gemeinsame Nutzung von Anlagen;</li> <li>• die gemeinsame Aufstellung und Fortschreibung eines regionalen Abfallwirtschaftskonzeptes durch die Aufgabenträger;</li> <li>• bei Standortentscheidungen für Anlagen zur Behandlung oder Beseitigung von Abfällen, die Berücksichtigung des Transports per Schienenverkehr oder über Wasserstraßen.</li> </ul>
4.3.2 (Z) Standorte für die Abfallbehandlung und Abfallbeseitigung (VRG)	<p>(1) Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf dargestellten und als Vorranggebiete festgelegten Standorte regionalbedeutsamer Anlagen zur Abfallbehandlung und Abfallbeseitigung sind für diese Nutzung zu sichern und von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.</p> <p>(2) Soweit diese Standorte in der Raumnutzungskarte mit Freiraumzielen überlagert sind, hat die abfallwirtschaftliche Nutzung demgegenüber Vorrang. Dieser Vorrang erlischt mit der Aufgabe der Nutzung als Standort für die Abfallbehandlung bzw. Abfallbeseitigung.</p>
4.3.3 (G) Kooperationsprinzip / Erweiterung vor Neubau	<p>(1) Soweit zusätzlicher Bedarf für Kapazitäten zur Abfallbehandlung oder Abfallbeseitigung entsteht, sind zunächst Verbundlösungen zur Nutzung vorhandener Kapazitäten in bestehenden Anlagen anzustreben. Darüber hinaus ist grundsätzlich zunächst die Erweiterung oder Wiedernutzung geeigneter bestehender oder ehemaliger Standorte sowie die technische Optimierung bestehender Anlagen anzustreben. Anlagen, die nicht auf die Lage im Außenbereich angewiesen sind, sollen geeigneten Siedlungsflächen zugeordnet werden.</p> <p>(2) Bei der Erweiterung oder Wiedernutzung bestehender Standorte oder bestehender Anlagen für die Abfallbeseitigung ist anzustreben, dass Auswirkungen auf die Umwelt durch Anpassung an den Stand der Technik minimiert werden. Die vorhandene und absehbare Gesamtbelastung von Wasser, Luft, Boden, Siedlung und freier Landschaft sowie die von der Anlage ausgehenden Verkehrsbelastungen sind dabei zu berücksichtigen.</p>
4.3.4 (G) Rekultivierung von Deponien	<p>Bei Deponien ist von Anfang an eine schrittweise Rekultivierung unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten und der späteren Nutzung anzustreben, soweit dies technisch und betrieblich möglich ist.</p>
4.3.5 (G) Vermeidung und Verwertung von Bodenaushub	<p>(1) Durch entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplänen soll bei der Erschließung und Entwicklung von Baugebieten der Anfall an Bodenaushub minimiert und die Verwertung möglichst vor Ort gewährleistet werden.</p> <p>(2) Soweit Bodenaushub nicht vor Ort verwertet werden kann, soll der Verwertung zur Beseitigung von Landschaftsschäden (Rekultivierung), zur Landschaftsgestaltung sowie zur Anlage von Lärmschutzwällen Vorrang vor der Ablagerung auf Deponien eingeräumt werden.</p>

## 4.3

## Abfallwirtschaft

## Begründungen

Zu 4.3.1 (G)  
Verwertung fördern /  
Zusammenarbeit  
verbessern

Standorte und Anlagen für eine geordnete, sichere und umweltschonende Beseitigung von Abfällen gehören zur notwendigen Infrastruktur für einen leistungsfähigen Wirtschaftsraum. Sie muss ständig gewährleistet sein und bedarf, insbesondere im Verdichtungsraum, einer Zusammenarbeit, einer langfristigen Planung und eines hohen organisatorischen und technischen Aufwandes. Um die Rauminanspruchnahme sowie Beeinträchtigungen des Siedlungs- und Freiraumes in der Region gering zu halten, sind im Rahmen der Lösung der Entsorgungsaufgaben zunächst alle Möglichkeiten zur Abfallvermeidung auszuschöpfen, insbesondere durch Verminderung von Menge und Schädlichkeit der Abfälle. Darüber hinaus hat die Verwertung von nicht vermeidbaren Abfällen Vorrang vor der Beseitigung. Hierdurch werden sowohl die mit der Entsorgung von Abfällen verbundenen mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen auf die Umwelt minimiert, als auch Entsorgungskapazitäten geschont und damit die vorhandene Infrastruktur nachhaltig gesichert. Dies ist gerade in einer hoch verdichteten Region wie der Region Stuttgart unabdingbar. Frühere Standortuntersuchungen für Anlagen zur Abfallentsorgung haben das große Konfliktpotenzial aufgrund der räumlichen Auswirkungen von Abfallentsorgungsanlagen aufgezeigt.

Das Abfallaufkommen sowohl in Baden-Württemberg, als auch in der Region Stuttgart ist in der Vergangenheit deutlich zurückgegangen. In der Region Stuttgart ist im Zeitraum 1990-2004 das Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll, Gewerbe- und Baustellenabfälle sowie Sortierreste) von 1,3 Mio. Tonnen auf rd. 0,55 Mio. Tonnen um fast 60 % zurückgegangen.<sup>3</sup> Für das Jahr 2015 prognostiziert der aktuelle Entwurf des Abfallwirtschaftsplans für Baden-Württemberg, Teilplan Siedlungsabfälle, ein jährliches Restabfallaufkommen in der Region Stuttgart von rd. 480.000 Tonnen. Die Abfallbilanz 2007 weist für die Region Stuttgart ein Abfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) von insgesamt rd. 420.000 t aus, davon rd. 360.000 t Hausmüll.

Aufgrund geänderter abfallrechtlicher Vorgaben, insbesondere des seit Mitte 2005 geltenden Verbots der Deponierung von unbehandeltem Rohmüll, wurden in der Region Stuttgart die Verwertungs- und Behandlungskapazitäten ausgebaut. Nach dem Neubau der Müllverbrennungsanlage in Böblingen und dem Ausbau bzw. der Modernisierung der Anlagen in Stuttgart und Göppingen steht zur thermischen Behandlung von Abfall jetzt regionsweit eine Gesamtkapazität von rd. 720.000 Tonnen im Jahr zur Verfügung. Im Hinblick auf die in der Region Stuttgart vorhandenen Deponiekapazitäten haben ebenfalls die seit 2005 vorgegebene Vorbehandlung von Abfällen und die damit auch verbundene Volumenreduzierung der Abfälle zu einer Entlastung geführt. Insgesamt stehen in der Region Stuttgart rund 4,2 Mio. m<sup>3</sup> Deponievolumen auf ehemaligen Hausmülldeponien (heute Inertstoffdeponien der Deponieklasse I bzw. II) sowie rund 6,9 Mio. m<sup>3</sup> Deponievolumen auf Bodenaushub- und Bauschuttdeponien (Deponieklasse 0) zur Verfügung.<sup>4</sup>

Bereits heute bestehen zwischen den Entsorgungspflichtigen in der Region Stuttgart, aber auch über die Region Stuttgart hinaus, verschiedene Vereinbarungen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallverwertung, -behandlung und -beseitigung, insbesondere im Zuge der Nutzung der in der Region Stuttgart vorhandenen Kapazitäten in Abfallverbrennungsanlagen oder Kompostierungsanlagen. Darüber hinaus bestehen Kooperationen zur Nutzung von Deponiekapazitäten.

<sup>3</sup> aus: 1. Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans Baden-Württemberg 1999, Teilplan Siedlungsabfälle, Entwurf Oktober 2005

<sup>4</sup> alle Angaben mit Stand 31.12.2007; aus: Abfallbilanz 2007, hrsgg. vom Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, Juli 2008

Aufgrund der in den letzten Jahren rückläufigen bzw. stagnierenden Abfallmengen, aber auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Restkapazitäten und –laufzeiten der bestehenden Deponien erscheint es sinnvoll, diese Kooperationsansätze zu intensivieren und auszudehnen. So können vorhandene Anlagen besser ausgelastet werden und gleichzeitig der Neubau von Anlagen vermieden und damit eine Verringerung der Flächeninanspruchnahme gewährleistet werden. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass in der Region Stuttgart insgesamt zwar ein mittel- bis langfristig ausreichendes Deponievolumen zur Verfügung steht, es also derzeit keinen Bedarf für die Neuerrichtung von Anlagen gibt. Die Restlaufzeiten der Deponien sind jedoch sehr unterschiedlich, so dass es teils räumlich betrachtet unterschiedliche Entsorgungskapazitäten gibt. Der Neubau von Deponien kann daher insbesondere dann vermieden werden, wenn eine gemeinde- und kreisübergreifende Kooperation der Entsorgungspflichtigen besteht. Dies gilt insbesondere auch bei der Entsorgung von Bodenaushub und Bauschutt, der in vielen Fällen gemäß § 6 Abs. 2 LAbfG auf die Gemeinden übertragen wurde. Auch hier ist eine enge Kooperation unerlässlich, um Neuinvestitionen und damit verbundene Auswirkungen zu vermeiden.

Auch die mit einem hohen Investitionsbedarf und hohen Betriebskosten verbundenen höherwertigen Entsorgungsanlagen, wie z.B. Anlagen oder Anlagenkombinationen zur Sortierung, Kompostierung oder thermischen Behandlung von Abfällen, bieten sich für eine gemeinsame Nutzung an. Höherwertige Anlagen sind dabei am ehesten in verdichteten Bereichen wirtschaftlich zu betreiben, da dort auch bei hohen Verwertungsquoten noch ein relevantes Abfallaufkommen erreicht wird, bei gleichzeitig geringem Transportaufwand.

Trotz aller Verwertungsbemühungen, der Kompostierung und der thermischen Behandlung von Abfällen werden aber auch in Zukunft Reststoffe anfallen, die deponiert werden müssen. Hierfür sind geeignete Standorte zu sichern.

Zu 4.3.2 (Z)  
Standorte für die  
Abfallbehandlung und  
Abfallbeseitigung

Die in der Raumnutzungskarte des Regionalplans gebietsscharf festgelegten Standorte für die Abfallbehandlung und –entsorgung dienen der langfristigen Sicherung der Abfallentsorgung in der Region Stuttgart und werden daher raumordnerisch gesichert. Die Festlegung jeweils als Vorranggebiet gewährleistet dabei, dass entgegenstehenden Nutzungen die langfristige Nutzungsmöglichkeit dieser Anlagen nicht in Frage stellen.

Die langfristige raumordnerische Standortsicherung dieser Anlagen ist darüber hinaus deshalb erforderlich, weil neue Standorte aufgrund der mit ihrer Realisierung verbundenen vielfältigen technischen und umweltbezogenen Anforderungen und des in einer hoch verdichteten Region bestehenden großen Konfliktpotenzials nur in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf die Schonung der natürlichen Ressourcen, die Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf die Umgebung sowie der infrastrukturellen Voraussetzungen ist es daher zunächst erforderlich, die bestehenden Standorte – unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Zumutbarkeit – in ihrer Funktion und Nutzungsmöglichkeit langfristig zu erhalten und hierzu raumordnerisch zu sichern.

Die Standorte im Einzelnen sind in der folgenden Tabelle mit weiteren Hinweisen zu Anlagenart sowie Kapazitäten bzw. Restkapazitäten aufgeführt:



Nr.	Lage	Bezeichnung	Hinweise <sup>5</sup>
<b>Abfallbehandlungsanlagen</b>			
1	Kirchheim / Teck	Kompostwerk „Rabailen“	bestehende Anlage Jahreskapazität: 60.000 t
2	Böblingen	Restmüllheizkraftwerk Böblingen	bestehende Anlage; 2 Verbrennungsöfen Jahreskapazität: 140.000 t
3	Göppingen-Holzheim / Heiningen	Müllheizkraftwerk Göppingen	bestehende Anlage; 1 Verbrennungsöfen Jahreskapazität 159.000 t
4	Stuttgart-Münster	Müllheizkraftwerk Stuttgart- Münster	bestehende Anlage; 3 Verbrennungsöfen Jahreskapazität: 420.000 t
5	Stuttgart- Mühlhausen	Klärschlammverbrennungsan- lage Stuttgart-Mühlhausen	bestehende Anlage; 2 Verbrennungsöfen Jahreskapazität: 30.000 t
<b>Deponien</b>			
6	Backnang, LK Rems-Murr-Kreis	Deponie „Steinbach“	Deponieklasse 0 / II bestehende Anlage Restvolumen 31.12.2007: DK 0: 1.255.161 m <sup>3</sup> DK II 74.180 m <sup>3</sup>
7	Schwieberdingen, LK Ludwigsburg	Bodenaushub- und Bauschuttdeponie „Froschgraben“,	Deponieklasse 0 / I / II bestehende Anlage Restvolumen 31.12.2007: DK 0: 353.970 m <sup>3</sup> DK I: 612.973 m <sup>3</sup> DK II: 67.174 m <sup>3</sup>
8	Stuttgart-Hedelfingen SK Stuttgart	Deponie „Einöd“	Deponieklasse I / II; bestehende Anlage Restvolumen 31.12.2007: DK I: 763.291 m <sup>3</sup> DK II: 959.624 m <sup>3</sup>
9	Vaihingen / Enz – Horrheim LK Ludwigsburg	Deponie „Burghof“	Deponieklasse I / II; bestehende Anlage Restvolumen 31.12.2007: DK I: 15.644 m <sup>3</sup> DK II 1.684.306 m <sup>3</sup>

Die übrigen in Betrieb befindlichen, durch Planfeststellung, Abfall- oder Immissionsschutzrecht genehmigten Anlagen genießen Bestandsschutz. Soweit bestehende Abfallentsorgungsanlagen, insbesondere aufgrund ihrer Lage im Freiraum, in der Raumnutzungskarte nachrichtlich als Symbol dargestellt sind, ist mit dieser nachrichtlichen Darstellung eine raumordnerische Zustimmung zu möglichen Erweiterungen dieser Standorte nicht verbunden. Diese bleibt der Beurteilung im Rahmen des jeweiligen Zulassungsverfahrens vorbehalten. Soweit bestehende Anlagen aus systematischen Gründen oder z.B. aufgrund ihrer Anzahl oder zu geringen Flächengröße aus darstellungstechnischen Gründen nicht nachrichtlich in der Raumnutzungskarte dargestellt sind, ist hiermit keine der bestehenden Nutzung entgegenstehende raumordnerische Aussage oder Festlegung verbunden. Bestand und Betrieb dieser Anlagen werden mit der fehlenden nachrichtlichen Darstellung raumordnerisch nicht in Frage gestellt.

Da die Deponien in der freien Landschaft liegen ist aus raumordnerischer Sicht nach Abschluss der Deponienutzung eine möglichst zeitnahe Rekultivierung erforderlich, um diese Flächen langfristig wieder in den Freiraum zu integrieren. Bauliche Anlagen können auf Dauer nicht zugelassen werden, da sie den Freiraumzielen entgegenstehen.

<sup>5</sup> Quelle: Umweltministerium Baden-Württemberg (Hrsg.); Abfallbilanz 2007

Zu 4.3.3 (G)  
Kooperationsprinzip /  
Erweiterung vor  
Neubau

Die raumordnerische Sicherung von Standorten im Regionalplan dient, neben der Sicherung der notwendigen Entsorgungsinfrastruktur, auch der Begrenzung der Auswirkungen notwendiger Infrastruktur auf Siedlung und Freiraum durch die Beschränkung der Standorte. Hierzu ist zunächst eine gemeinschaftliche Nutzung bestehender Anlagen anzustreben. Durch eine solche gemeinde- und kreisübergreifende Zusammenarbeit kann zum einen der Neubau bzw. Ausbau von Anlagen und die damit verbundenen Eingriffe vermieden werden, andererseits werden hierüber die Auslastung und damit die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Anlagen langfristig gesichert. Dieses Kooperationsprinzip ist sowohl im Landesabfallgesetz, als auch im Abfallwirtschaftsplan für Baden-Württemberg (Teilplan Siedlungsabfälle) ausdrücklich verankert. Soweit Kooperationen nicht möglich sind, hat im Übrigen der Ausbau bzw. die Erweiterung bestehender Anlagen – soweit umweltbezogen und wirtschaftlich sinnvoll und tragbar – Vorrang vor der Neuerschließung von Standorten mit den damit verbundenen neuen und zusätzlichen Eingriffen.

Eine Minimierung der Umweltbeeinträchtigungen kann und soll darüber hinaus auch bei vorhandenen genehmigten Anlagen durch fortwährende Anpassung der an den fortschreitenden Stand der Technik erfolgen. Durch verschiedene Nachrüstmaßnahmen, wie z.B. Oberflächenabdichtung bei Deponien und Verbesserung der Rauchgasreinigung bei Verbrennungsanlagen, kann gewährleistet werden, dass auch bestehende Abfallbehandlungs- und -entsorgungsanlagen einen möglichst optimalen Schutz der Umwelt gewährleisten.

Zu 4.3.4 (G)  
Rekultivierung von  
Deponien

Da Deponien in der Regel einen erheblichen Eingriff in die Natur und Landschaft darstellen, ist der Rekultivierung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diese soll bereits während des Betriebs durch entsprechende Maßnahmen abschnittsweise erfolgen. Dabei sind die landschaftspflegerischen Ziele, wie sie im Landschaftsrahmenplan aufgeführt sind, zu berücksichtigen und in die Rekultivierungskonzeption mit einzubeziehen.

Zu 4.3.5 (G)  
Vermeidung und  
Verwertung von  
Bodenaushub

Wegen der hohen Siedlungsdichte und den vielfältigen Raumnutzungen wird es immer schwieriger, insbesondere im Kern der Region, Möglichkeiten für die Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt oder vergleichbarer Stoffe zu finden, ohne gleichzeitig Beeinträchtigungen der Landschaft und Umwelt und ihrer Funktionen zu bewirken. Die Ablagerung von Bodenaushub und unbelastetem Bauschutt ist zwar an Standorte mit geringeren Anforderungen als bei der Ablagerung von belasteten Abfällen gebunden. Dennoch sind auch hier die Deponiekapazitäten begrenzt, insbesondere vor dem Hintergrund der in der Region Stuttgart geplanten Großvorhaben (z.B. Projekt Stuttgart 21). Gleichzeitig sind unbelastetes Bodenaushub- und Bauschuttmateriale in hohem Maße wieder verwertbar, so dass eine Deponierung nicht zwingend erforderlich ist.

Soweit Recycling oder eine Verwendung beim Deponiebau, zur Landschaftsgestaltung oder zum Bau von Lärmschutzdämmen entlang von Verkehrswegen oder bei Industrieanlagen in Frage kommt, sollte diese Möglichkeit daher vorrangig genutzt werden. Die Nutzung von ehemaligen Steinbrüchen als Bodenaushubdeponien bietet in diesem Zusammenhang sowohl die Möglichkeit, vorhandene Landschaftsschäden zu beseitigen als auch häufig größere Erdmassen unterzubringen. Die Belange des Wasser-, Boden- und Naturschutzes sind dabei jedoch ebenfalls zu berücksichtigen, wie die verkehrliche Erschließung.

In der Raumnutzungskarte sind derzeit in Betrieb befindliche und geplante Erd- und Bauschuttdeponien nachrichtlich dargestellt. Mit der nachrichtlichen Darstellung der geplanten Deponien ist jedoch eine raumordnerische Zustimmung zu diesen Standorten nicht verbunden. Diese bleibt der Beurteilung im Rahmen des abfallrechtlichen Planfeststellungs- oder Genehmigungsverfahrens vorbehalten.



## **Kapitel 4: Regionale Infrastruktur (Standorte und Trassen)**

### **4.4 Messe**

#### **4.4.1 Standortsicherung Landesmesse**

#### **4.4.2 Abstimmung der Belange von Flughafen und Landesmesse**



4.4	Messe
4.4.1 (Z) Standortsicherung Landesmesse (VRG)	Der in der Raumnutzungskarte festgelegte „Standort für regionalbedeutsame Infrastrukturvorhaben - Messe“ ist für die Landesmesse einschließlich der Nebeneinrichtungen, die mit ihr in einem räumlichen und funktionalen Zusammenhang stehen, zu sichern und von entgegenstehenden Planungen und Nutzungen freizuhalten. Der Ausbau soll flächensparend erfolgen.
4.4.2 (Z) Abstimmung der Belange von Flughafen und Landesmesse	Im Bereich der Nahtstelle der beiden regionalbedeutsamen Infrastruktureinrichtungen von Flughafen / Messe sind die Belange von Landesmesse, Flughafen mit S-Bahn und geplantem Filderbahnhof aufeinander abzustimmen und gemäß der Bedeutung als zentraler Verknüpfungsbereich entsprechend zu gestalten. Synergien durch gemeinsam nutzbare Einrichtungen sollen genutzt werden.

**4.4****Messe****Begründungen**

Zu 4.4.1 (Z)  
Standortsicherung  
Landesmesse

Die neue Landesmesse Stuttgart (LMS) soll international, national und regional zur Wirtschaftsentwicklung und Imagewerbung beitragen, weshalb der Standort vor entgegenstehenden Nutzungen zu sichern ist. Eine Messe im wirtschaftlichen Sinne ist eine zeitlich begrenzte, wiederkehrende Veranstaltung, die es ermöglicht, Herstellern oder Verkäufern einer Ware oder einer Dienstleistung zur Schau zu stellen, zu erläutern und zu verkaufen. Sie dient der Kundenkontaktpflege und dem Informationsaustausch und trägt gesamtwirtschaftlich zu positiven Effekten im Umfeld bei. Versammlungs-, Tagungs- und Kongressveranstaltungen fördern den fachlichen Austausch und runden das Bild ab. Konzerte und Eventveranstaltungen sollen eine untergeordnete Rolle spielen.

Der herausragende Standort für die neue Landesmesse direkt am Landesflughafen in unmittelbarer Nähe zur Landeshauptstadt Stuttgart wird durch seine verkehrsgünstige Lage am Fernstraßennetz wie auch zum schienengebunden Personenverkehr insbesondere durch den geplanten Filderbahnhof mit Anbindung an die Hochgeschwindigkeitstrasse Stuttgart-München besonders hervorgehoben. Die ÖPNV-Anbindungen sind entsprechend den Verkehrs- und Betriebserfordernissen zu optimieren.

Die gebietsscharfe Festlegung basiert auf der im Zuge der Teiländerung zum Regionalplan verbindlich gewordenen Fassung von 1999. Insgesamt gilt die Prämisse flächensparend zu planen und zu bauen.

Zu 4.4.2 (Z)  
Abstimmung der  
Belange von Flughafen  
und Landesmesse

Die Nahtstelle von Flughafen und Messe mit Filderbahnhof soll bevorzugt für gemeinsam nutzbare Einrichtungen wie Parkierung, Hotels, Tagungs- und Kongressräumlichkeiten entsprechend der Funktion als zentraler Verknüpfungsbereich ausgestaltet werden. Die einzelnen Nutzungen lassen sich in Höhenlage und räumlicher Lage aufeinander abstimmen. Aus diesem Grund sind hierzu weitere Detailabstimmungen auf der Ebene der Fachplanung erforderlich.

**Ausfertigungsvermerk für den Textteil**

Ausgefertigt:

Stuttgart, den 22. Juli 2009

Thomas S. Bopp MdL  
(Verbandsvorsitzender)

**Zusammenfassende Erklärung  
gemäß § 2a Abs. 6 Nr. 1 Landesplanungsgesetz**

**Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung  
erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung  
des Regionalplans  
gemäß § 2a Abs. 6 Nr. 2 Landesplanungsgesetz**





## Zusammenfassende Erklärung gemäß § 2a Abs. 6 Nr. 1 Landesplanungsgesetz

### 1 Einbeziehung der Umwelterwägungen in den Regionalplan

Die Einbeziehung von Umwelterwägungen in den Regionalplan wurde in mehrfacher Hinsicht vollzogen:

- a) durch die Verwendung aktueller Grundlagendaten (Umweltdaten) bei der Abgrenzung von freiraumschützenden Festlegungen (Grünzüge, Grünzäsuren, Vorbehaltsgebiete), hierbei möglichst weitgehende Berücksichtigung hochwertiger Bereiche (hochwertige Böden, Biotoptypenkomplexe, Luftleitbahnen etc.)
- b) durch die Berücksichtigung der Umweltdaten bei der Festlegung neuer Schwerpunkte für Wohnungsbau bzw. Gewerbe/Industrie und Rohstoffabbau im Zuge der Alternativenprüfung
- c) durch die Ausarbeitung des Umweltberichts gemäß Landesplanungsgesetz; hierdurch transparente Darlegung möglicher Beeinträchtigungen der Schutzgüter als Abwägungsgrundlage

Zu a):

Im Vorfeld der Fortschreibung des Regionalplanes mit Umweltbericht wurden umfangreiche Datenerhebungen zum Zustand und zur Bewertung von Natur und Landschaft, insbesondere Biotoptypenkomplexe, Boden, Klima und Grundwasserneubildung durchgeführt. Da im fortgeschriebenen Regionalplan im Vergleich zum vorhergehenden Regionalplan eine Neuabgrenzung des Regionalen Grünzugs unter Einbeziehung der bisher durch Schutzbedürftige Bereiche abgedeckten Gebiete vorgenommen wurde, konnten die ermittelten hochwertigen Bereiche soweit wie möglich mittels freiraumschützender Festlegungen gegen eine bauliche Nutzung gesichert werden; im Außenbereich im Regelfall durch Regionale Grünzüge, im näheren Umkreis der Siedlungen zumindest durch Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft und Bodenschutz bzw. für Naturschutz und Landschaftspflege.

Zu b):

Die Berücksichtigung der Umweltdaten bei der Alternativenprüfung erfolgte nur für die – im Vergleich zum bisherigen Regionalplan - neuen regionalplanerischen Festlegungen. Die meisten der im Regionalplanentwurf enthaltenen Schwerpunkte und Vorranggebiete waren bereits im Regionalplan 1998 dargestellt. Diese Gebiete sind überwiegend durch die kommunale Bauleitplanung konkretisiert und verfestigt worden und zwischenzeitlich zum Teil bebaut (Ausweisung im Bestand). Eine Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten für diese Standorte wurde bereits im vorlaufenden Fortschreibungsverfahren durchgeführt. Für die Neufestlegung von Schwerpunkten und Vorranggebieten einschließlich der Alternativenprüfung wurden sowohl Umweltbelange als auch siedlungsstrukturelle bzw. rohstoffgeologische Gesichtspunkte herangezogen. (siehe Umweltbericht Kap. 2.3.1.1).

Zu c):

Die Umweltprüfung wurde gem. § 7 Abs. 5 des Raumordnungsgesetz (ROG) und Landesplanungsgesetz durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert.

Nach den Vorgaben in § 7 Abs.5 ROG ist gefordert, dass die öffentlichen Stellen, deren Aufgabenbereiche von den Umweltauswirkungen berührt werden können, bei der Festlegung des Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts zu beteiligen sind (Scoping). Im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes wurde am 14. März 2007 ein Scoping-Termin durchgeführt, zu dem die betroffenen Umweltbehörden und -verbände eingeladen waren. Die vom Verband Region Stuttgart vorgeschlagene Vorgehensweise für die Umweltprüfung wurde vorgestellt und der Untersuchungsrahmen abgestimmt. Berücksichtigung fanden dabei sowohl Hinweise und Diskussionsbeiträge, die während des Scoping-Termins geäußert wurden, als auch nachlaufend eingegangene schriftlichen Stellungnahmen. Es wurden auch Hinweise zu Umweltinformationen gegeben. Der angepasste Ziel- und Indikatorenkatalog für die Umweltprüfung wurde zudem mit wissenschaftlicher Begleitung durch das Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden vom Verband Region Stuttgart erarbeitet. (HEILAND et al 2006: Entwicklung eines anwendungsbezogenen Ziel- und Indikatorenkatalogs für Umweltprüfung und Monitoring im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes der Region Stuttgart).

Alle neu vorgesehenen gebietsscharfen Festlegungen zur Siedlungsentwicklung, Infrastruktur und Rohstoffsicherung wurden auf ihre erheblichen Umweltauswirkungen hin geprüft. Noch nicht realisierte, aber

weiterhin geeignete Flächen und Festlegungen wie z.B. Regionalbedeutsame Schwerpunkte für den Wohnungsbau sowie für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen oder für Windkraftanlagen wurden aus dem bisherigen Regionalplan in die Fortschreibung übernommen. Je nach Stand der vorhergehenden Prüfung der Umweltbelange, bzw. nach planerischer Verfestigung auf der nachfolgenden Planungsebene wurden diese bisherigen Festlegungen ebenfalls einer vertieften Prüfung unterzogen. Generell werden nur solche Festlegungen vertieft geprüft, die auf den Freiraum einwirken.

Zusätzlich zur vertieften Prüfung einzelner Planinhalte wurden bei der Gesamtbetrachtung des Planes normative, nicht gebietsscharfe Planinhalte, von denen erhebliche negative Umweltauswirkungen ausgehen könnten, einbezogen, ebenso wie weitere normative Planinhalte, von denen positive Umweltauswirkungen ausgehen können (also primär freiraumschützende Ausweisungen), wie Grünzüge und Grünzäsuren. Ebenfalls Gegenstand der Gesamtbetrachtung waren nachrichtliche Übernahmen, denen konkrete erhebliche Umweltauswirkungen zugeordnet werden können, wie z.B. geplante Straßentrassen. Diese waren beispielsweise für die Ermittlung kumulativer Auswirkungen besonders relevant.

Für Wohnbau- und Gewerbeschwerpunkte, Gebiete zur Sicherung sowie zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe sowie Straßentrassen, die sich mit NATURA2000-Gebieten überlagern bzw. an diese angrenzen, wurde eine FFH-Verträglichkeitsabschätzung durchgeführt, die erste Hinweise auf erforderliche FFH-Verträglichkeitsprüfungen enthält. Diese sind auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung durchzuführen. Eine Vereinbarkeit zwischen den Zielen des Regionalplanes und den Schutz- und Entwicklungszielen der NATURA2000-Gebiete erschien unter den im Einzelfall aufgeführten Bedingungen möglich.

## **2 Berücksichtigung des Umweltberichts sowie der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens im Plan**

### **2.1 Berücksichtigung des Umweltberichts**

Die Einzelfallprüfung der oben genannten Planinhalte prognostiziert für einige der Festlegungen, insbesondere den Schwerpunkten für Wohnungsbau bzw. Gewerbe sowie den Gebieten zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter, darunter besonders des Schutzgutes Boden. Bedingt durch die weiträumigen Vorkommen hochwertiger Böden in der Region Stuttgart lassen sich diese Beeinträchtigungen weder durch sinnvolle Planungsalternativen noch durch Lösungen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung vermeiden. Die festgestellten Beeinträchtigungen führen deshalb nur in wenigen Fällen zu einer Planänderung. Ein Verzicht auf sämtliche Regionalplanerischen Festlegungen, die erhebliche Beeinträchtigungen verursachen, ist in einer wirtschaftstarken Region wie der Region Stuttgart nicht möglich und würde im Zuge der planerischen Gesamtabwägung die Bedeutung dieses Aspektes nicht ausreichend würdigen. Hinweise im Umweltbericht in Bezug auf erhebliche Beeinträchtigungen betreffen deshalb oft Ausgleichsmaßnahmen in nachgeordneten Verfahren.

In einigen Fällen macht die Lage des Schwerpunktes bzw. des Vorranggebietes in oder nahe bei einem NATURA2000-Gebiet die Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung notwendig. Hierauf wird im Einzelfall explizit hingewiesen; die im Umweltbericht enthaltene FFH-Verträglichkeitsabschätzung gibt hierzu ergänzende Hinweise.

### **2.2 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens und Berücksichtigung im Plan**

Die Übersicht über die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens kann hier nicht die zahlreichen auf rund eintausend Seiten zusammengefassten und bewerteten Einzelstellungnahmen wiedergeben. Insofern können nur die wesentlichen Belange angesprochen werden, die vor allem als umwelterheblich anzusehen sind. Darüber hinaus werden Änderungen textlicher Zielfestlegungen ohne konkreten Raumbezug genannt (etwa zum Klimaschutz, zur Entwicklung der Metropolregion, zu den Zentralen Orten und Entwicklungsachsen oder zur Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels), die zwar indirekt einer nachhaltigen Raumentwicklung Rechnung tragen, jedoch keinen Untersuchungsbedarf im Sinne der PlanUP auslösen.

### **2.2.1 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu den Zielen und Grundsätzen der anzustrebenden räumlichen Entwicklung und Ordnung – insbesondere Kapitel 1**

Im Rahmen der Beteiligung wurden allgemein vor allem die Berücksichtigung landesplanerischer Vorgaben gemäß der Verwaltungsvorschrift wie z.B. zur landeseinheitlichen Darstellung und Gliederung der Regionalpläne eingefordert sowie die Umsetzung einzelner Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans (z.B. zur Metropolregion Stuttgart oder zu den Raumkategorien). Die Plansätze wurden entsprechend ergänzt.

Außerdem wurden Aspekte wie Arten- und Klimaschutz sowie Luftqualität und Lärmschutz im Regionalplan in Anlehnung die europäischen und nationalen Vorgaben ergänzt. Damit wird verstärkt zum Ausdruck gebracht, dass eine verbesserte Siedlungs- und Umweltqualität angestrebt wird, die auch der Gesundheitsvorsorge dient.

In einer Vielzahl kommunaler Stellungnahmen wurde eine stärkere Berücksichtigung der kommunalen Planungshoheit gefordert. Hier ist zu erwähnen, dass landeseinheitliche Darstellungsformen für die Ausarbeitung von Regionalplänen auf GIS-Basis verlangt werden und daher die früheren sogenannten „weiße Krägen“ jetzt z.B. auch farbig dargestellt sind. Faktisch kein Unterschied (siehe Legendenvergleich), denn insgesamt wurde der gesetzlich weitgehend vorgegebene Weg einer stringenten, nachvollziehbaren Regionalplanung konsequent beibehalten.

### **2.2.2 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 2 – Regionale Siedlungsstruktur**

#### **Entwicklungachsen**

Im Wesentlichen wurde neben der Präzisierung bestehender auch die Ausweisung neuer Entwicklungsachsen vorgeschlagen. Gefordert wurde zudem, Entwicklungsachsen entlang von Bundesstraßen aufzunehmen und darüber hinaus Korridore auch für nicht direkt an den Achsen gelegene Gemeinden zu definieren, so dass auch dort eine stärkere Siedlungsentwicklung zugelassen werden könne.

Eine Präzisierung der Kennzeichnung der Landesentwicklungsachsen wurde vorgenommen. Den Anregungen zur Ausweisung weiterer regionaler Entwicklungsachsen wurde nicht gefolgt, da vor dem Hintergrund der absehbaren Entwicklung im Planungszeitraum regionalplanerische Erfordernisse zur zusätzlichen Ordnung und Entwicklung der benannten Siedlungsräume weder ersichtlich noch begründbar sind. Ferner stehen die naturräumlichen Situationen sowie die Zielsetzungen zum Klimaschutz dem entgegen.

#### **Siedlungsbereiche, Eigenentwicklung**

Einzelne „Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung“ (Wangen, Erdmannhausen, Kirchberg an der Murr) regten die Aufnahme in den Siedlungsbereich einer Entwicklungsachse an. Die Gemeinde Alfdorf beantragte, den Ortsteil Pfahlbronn als „Empfohlene Ortslage für die Siedlungsentwicklung“ in die Tabelle aufzunehmen.

Der Aufnahme der Gemeinden in den Siedlungsbereich einer Entwicklungsachse wurde nicht gefolgt, da es im Planungszeitraum kein regionalplanerisches Erfordernis einer verstärkten Siedlungsentwicklung in den genannten Gemeinden gibt, und sich diese vor dem Hintergrund der naturräumlichen Situation sowie der Zielsetzungen zum Klimaschutz ebenfalls nicht begründen lassen.

#### **Orientierungswerte**

Im Zuge der Fortschreibung des Regionalplans fand eine außerordentlich intensive Auseinandersetzung mit dem zu erwartenden Siedlungsflächenbedarf statt. Ausdrücklich wurde dabei ein planerisches Vorgehen gewählt, das einerseits den Gemeinden ausreichend qualitative und quantitative Spielräume für die Deckung des Einbedarfs einräumt, andererseits aber auch den Erfordernissen einer Flächen sparenden und an der Infrastruktur ausgerichteten Siedlungsentwicklung Rechnung trägt. Die planungspraktische Umsetzung erfolgt daher auf Grundlage von Orientierungswerten und Vorgaben zur baulichen Dichte. Den massiven Forderungen nach einer Erhöhung der Bedarfswerte und einer Reduktion der Dichteziffern wurde nicht gefolgt.

### Schwerpunkte des Wohnungsbaus

Stellungnahmen des Beteiligungsverfahrens zu einzelnen Schwerpunkten des Wohnungsbaus betrafen insbesondere die Dimension dieser Standorte sowie die mögliche Beeinträchtigung von Schutzgütern durch die geplante Bebauung. Den Anträgen wurde in Einzelfällen statt gegeben, eine Herausnahme aller Standorte, die zu Beeinträchtigungen insbesondere des Schutzgutes Boden führen, wurde in Abwägung mit anderen raumordnerischen Belangen zurück gestellt. Folgende Anpassungen wurden auf Grund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens vorgenommen:

DS-Nr.	Standort	Absender	Stellungnahme	Abwägung, Ergebnis
2510	Kleiner Forst-Enzenhardt (32)	VVG Nürtingen	Ausdehnung unter Einbeziehung rechtskräftiger FNP-Flächen	Das Gebiet wird um ca. 7 ha erweitert (sinnvolle Ergänzung in der Nähe eines S-Bahn-Haltepunkts)
1667	Kornwestheim-Ost	RP Stuttgart - Denkmalpflege	Bedenken wegen archäolog. Kulturdenkmale	Herausnahme im Hinblick auf Gesamtsumme der ausgewiesenen Fläche und die hochwertigen Böden
2590	Schorndorf-Haubersbronn	RP Stuttgart – Referat Landwirtschaft	Bedenken weg. Inanspruchnahme wertvoller Ackerflächen	Beschränkung auf rechtskräftige FNP-Fläche unter Hinblick auf Gesamtsumme der ausgewiesenen Fläche und hochwertige Böden

### Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen

Die der Festlegung der Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen zugrunde liegende Konzeption der langfristigen Sicherung eines ausgewogen, über die Teilräume der Region verteilten Gewerbeflächenangebots an geeigneten Standorten, das oft auf den gemeinsamen Gewerbeflächenbedarf mehrerer Gemeinden ausgerichtet ist, wird im Grundsatz anerkannt. Für die Summe der vorgesehenen Festlegungen an 45 Standorten wurde von der Obersten Landesplanungsbehörde eine nachvollziehbare Begründung eingefordert; eine vertiefte Bedarfsprüfung ist dahingehend erfolgt.

Von den Städten Korntal-Münchingen und Winnenden wurde die Erweiterung vorhandener Standorte vorgeschlagen. Als neue Standorte sollten in Ditzingen an der Autobahn A8 und in Stuttgart mit den zwei Gebieten „Zuffenhausen-West/Birkenwald“ und „Pragstraße“ Standorte aufgenommen werden, in denen ebenfalls ein hohes Umstrukturierungspotenzial vorhanden ist. Die Stadt Kornwestheim und die Gemeinde Zell u.A. machten Vorbehalte gegen die Abgrenzung der auf der jeweiligen Gemarkung ausgewiesenen Schwerpunkte geltend.

Neben der begrifflichen Präzisierung wurde die Begründung der quantitativen Aussagen ergänzt.

Der Anregung der Stadt Korntal-Münchingen auf Erweiterung des Standorts der Aufnahme weiterer Standorte in Ditzingen und Stuttgart wurde insbesondere vor dem Hintergrund des insgesamt ausgewiesenen Potenzials nicht entsprochen. Weiteres ist in der folgenden Tabelle ersichtlich.

Stellungnahmen des Beteiligungsverfahrens zu einzelnen Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtung betrafen insbesondere die Ausdehnung dieser Standorte sowie die Beeinträchtigung von Schutzgütern durch die geplante Bebauung. Den beantragten Stellungnahmen wurde in Einzelfällen statt gegeben, eine Herausnahme aller Standorte, die zu Beeinträchtigungen insbesondere des Schutzgutes Boden führen, war wiederum auf Grund der großflächigen Verbreitung hochwertiger Böden insbesondere im Umfeld prosperierender Siedlungen nicht möglich.

Folgende Anpassungen wurden auf Grund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens vorgenommen:

DS-Nr.	Standort	Absender	Stellungnahme	Abwägung, Ergebnis
1062	Kornwestheim-West (22)	Stadt Kornwestheim	Ablehnung des Standorts	Verschiebung nach Osten, da dem keine raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1649		RP Stuttgart - Denkmalfpege	Bedenken weg. Nähe zu Kulturdenkmal Solitude-Allee	
1473, 709	Sachsenheim-Oberriexingen – Eichwald (28)	Stadt Sacheneim, Zweckverband Eichwald	Beantragung, Standort nach Süden (Entwicklungspotential) und nach Westen (Optionsfläche Fa. Porsche) auszudehnen	Grünzug wird im Westen etwas zurück genommen, da dem keine raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1834, 1602, 1778		LRA LB, Kreisbauernverband, LNV	Ablehnung der Fläche südlich der Umgehungsstraße, insbes. Ablehnung der Einbeziehung der Landebahn (ND)	Das Naturdenkmal „Alte Landebahn“ wird aus dem Schwerpunkt herausgenommen, da dem keine raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1998	Winnenden-Hertmansweiler (34)	Stadt Winnenden	Bitte um Ausdehnung des Schwerpunkts auf rechtskräftige FNP-Fläche	Der Schwerpunkt wird auf die FNP-Fläche ausgedehnt.
2725, 2723	Zell unter Aichelberg Gewerbe-park Wängen (19)	Gemeinde Zell. u. A., GVV Bad Boll	Forderung, Gewerbeschwerpunkt auf 6,9 ha zu beschränken, u.a. vor dem Hintergrund des Bedarfs und des Vogelschutzgebietes	Der Schwerpunkt wird bis zur Grenze des Vogelschutzgebietes zurück genommen

### Einzelhandelsgroßprojekte

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wird in mehr als der Hälfte der Stellungnahmen zu Kapitel 2.7 auf die im vergangenen Jahr abgeschlossene Teilfortschreibung des Kapitels 2.7 (Plansätze 2.7.2 und 2.7.10) Bezug genommen und die dazu vorgelegten Inhalte erneut vorgetragen bzw. auf die entsprechende Stellungnahme verwiesen. Diese Stellungnahmen wurden jedoch im Rahmen der Teilfortschreibung abschließend behandelt. Nachdem dieses Teiländerungsverfahren inzwischen vom Wirtschaftsministerium genehmigt und seit dem 21.11.2008 in Kraft ist, sind die Inhalte dieser Plansätze nicht mehr Gegenstand der Gesamtfortschreibung. Hierauf wird im Planentwurf ausdrücklich hingewiesen.

Themenschwerpunkte in den Stellungnahmen zur Gesamtfortschreibung waren darüber hinaus Vorschläge zur Modifikation der Abgrenzung der gebietsscharf festgelegten Gebiete für Einzelhandelsgroßprojekte (Vorranggebiete) bzw. der Ergänzungsstandorte. Insgesamt 11 Städte haben hinsichtlich dieser Festlegungen in der Raumnutzungskarte konkrete Anregungen vorgetragen. Diese Anregungen wurden eingehend geprüft und dort, wo sie mit den Grundzügen des regionalplanerischen Konzeptes in Einklang stehen berücksichtigt. Bei drei Städten können diesbezügliche Änderungswünsche nicht berücksichtigt werden, da sie den grundlegenden Kriterien an die Abgrenzung bzw. Festlegung dieser Gebiete widersprechen.

Weitere Themenschwerpunkte waren die Sicherung der Nahversorgung, generelle Anregungen zur Systematik der regionalplanerischen Steuerung des großflächigen Einzelhandels sowie der Bestandsschutz bzw. die Weiterentwicklungsmöglichkeiten bestehender Einzelhandelsstandorte außerhalb der dafür raumordnerisch vorgesehenen Standorte. Im Hinblick auf die Sicherung der Nahversorgung kann auf die mittlerweile abgeschlossene Teilfortschreibung des Regionalplans hingewiesen werden, mit der eine Verbesserung der Sicherung und Entwicklung der Nahversorgung insbesondere auch in kleineren Kommunen umgesetzt wird. Bei grundsätzlichen Bedenken gegen die regionalplanerische Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten ist auf die landesplanerischen Vorgaben sowie die bereits seit vielen Jahren bereits geltenden regionalplanerischen Vorgaben hinzuweisen, die im Rahmen der Fortschreibung unverändert übernommen wurden. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die Festlegungsmethode beibehalten wurde. Damit soll die Sicherung attraktiver Innenbereiche ebenso wie die wohnortnahe Versorgung erreicht werden.

### 2.2.3 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 3 – Freiraum

#### Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

Die Stellungnahmen zu Kapitel 3 haben im Wesentlichen drei Schwerpunkte: Zulässigkeit von (privilegierten) Vorhaben im Regionalen Grünzug, Konzeption und Ausdehnung des Regionalen Grünzuges sowie eine Vielzahl von Stellungnahmen zu kleinen Teilbereichen des Regionalen Grünzuges.

Die meist ablehnenden Stellungnahmen zur stark eingeschränkten Zulässigkeit auch von privilegierten Vorhaben im Regionalen Grünzug führten in Abwägung zwischen Zielen des Freiraumschutzes und den berechtigten Anliegen der Landwirtschaft zu einer Umformulierung des Plansatzes bzw. einer Spezifizierung zur Zulässigkeit und Anordnung derartiger Vorhaben im Raum. Nach wie vor verbleibt als wichtiges Ziel die Maßgabe der Zuordnung neuer zu bestehenden Anlagen, um Neuansätze im Freiraum zu verhindern.

Die ebenfalls überwiegend ablehnenden Stellungnahmen zur veränderten Grünzugkonzeption (Ausdehnung des Grünzuges auf Gebiete, die bisher durch Schutzbedürftige Bereiche für Erholung, Landwirtschaft und/oder Naturschutz und Landschaftspflege belegt waren), wurden zur Kenntnis genommen, führten jedoch nicht zu einer Veränderung der Konzeption, da diese unter den Gesichtspunkten Nachvollziehbarkeit und Freiraumschutz als optimiert erscheint.

Stellungnahmen zu einzelnen Teilbereichen des Regionalen Grünzug bzw. der Grünzäsuren betrafen insbesondere Wünsche nach Rücknahme des Regionalen Grünzuges in potenziellen Entwicklungsflächen der Kommunen. Dem wurde in der Abwägung im Einzelfall dann nachgekommen, wenn keine hochwertigen Freiraumfunktionen betroffen waren und die Entwicklungsabsicht nachvollziehbar an der betreffenden Stelle begründet wurde. Daneben wurden auch Anträge zur Ausdehnung Regionaler Grünzüge formuliert. Diesen wurde nur im Einzelfall nachgekommen, da der Freiraum insgesamt bereits großflächig und auf Grundlage einer festgelegten Methodik durch Regionale Grünzüge geschützt wird.

Einen Überblick über Änderungen an Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren auf Grund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens gibt nachfolgende Tabelle.

DS-Nr.	Gemeinde	DS-Nr.	Gemeinde
149	Alfdorf	575	Lichtenwald
1141	Allmersbach im Tal	610	Mühlhausen
1152	Aspach	291	Mundelsheim
432	Auenwald	621	Neidlingen
434	Auenwald	634	Oberriexingen
456	Benningen a.N.	637	Oberstenfeld
174	Berglen	643	Oberstenfeld
404	Besigheim	648	Oppenweiler
349	Beuren	667	Owen
2642	Böhlenkirch	673	Remseck
593	Böhlenkirch	679	Remseck
208	Bönnigheim	674	Remseck
212	Ditzingen	678	Remseck
1233	Dürna	715	Schlat
566	Erligheim	718	Schlierbach
594	Eschenbach	745	Spiegelberg
323	Filderstadt	757	Steinheim an der Murr
425	Freudental	770	Sulzbach an der Murr
1289	Göppingen	775	Süßen
325	Großbottwar	794	Vaihingen/Enz
320	Hessigheim	795	Vaihingen/Enz
318	Hessigheim	812	Wangen
476	Ingersheim	820	Weil im Schönbuch
269	Jettingen	973	Weissach
500	Kaisersbach	969	Weissach

DS-Nr.	Gemeinde	DS-Nr.	Gemeinde
402	Kirchberg/Murr	980	Welzheim
273	Kirchheim a.N.	1435	GVV Besigheim
270	Kirchheim a.N.	1417	Landeshauptstadt Stuttgart
533	Kohlberg	1827	Landratsamt Ludwigsburg
289	Korntal-Münchingen	952	Planungsverband Unteres Remstal - Weinstadt
331	Lauterstein	958	Planungsverband Unteres Remstal - Weinstadt
330	Lauterstein	1781	Regionalverband Nordschwarzwald
283	Leinfelden-Echterdingen		
286	Lenningen		

### Gebiete zur Rohstoffsicherung

Mehrere Stellungnahmen betrafen den Umfang von Rohstoffsicherungs- und Rohstoffabbaugebieten. Neben eher pauschalen Bedenken hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme wurden hierbei v.a. auch neue rohstoffgeologische Erkenntnisse z.B. auf Grundlage inzwischen vorgenommener Bohrungen vorgetragen. Dies führte im Einzelfall zur Modifizierung einzelner Standorte.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über kleinflächige Anpassungen auf Grund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens:

DS-Nr.	Standort	Absender	Stellungnahme	Abwägung, Ergebnis
1477	BB-1B Weissach	ISTE	Bitte um Erweiterung in östlicher sowie in südöstlicher Richtung (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet wird etwas nach Osten und Südosten ausgedehnt, da dem keine schwerwiegenden raumordnerischen Gründe entgegenstehen
701	BB-2B Rutesheim	Rutesheim	Antrag, auf den östlichen Bereich zu verzichten bzw. einen dauerhaften Abstand von mind. 500 m vom zukünftigen westlichen Ortsrand zu halten	Das Gebiet zur Sicherung von Rohstoffen wird an der Nordostecke etwas zurück genommen.
2469	BB-3A Magstadt	ArguPlan GmbH	Bitte, das Vorranggebiet (zu Lasten des Vorranggebietes zur Rohstoffsicherung) nach Süden auszudehnen (Abbauplanung)	Die Verschiebung wird vorgenommen, da dem keine schwerwiegenden raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1479	BB-3A Magstadt	ISTE	Herausnahme von zwei nordwestlichen Teilflächen (Rohstoffgeologische Gründe)	Die Todtstadtquelle wird herausgenommen.
1624	BB-5A Ehningen	RP Tübingen Ref. 82	Ablehnung der Einbeziehung der Waldbereiche in das Vorranggebiet und Bitte, eine Teilfläche im Norden zu streichen und die Rohstoffsicherungsfläche im Osten zu erweitern. (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet wird im Norden eingekürzt und nach Osten verlagert, da dem keine schwerwiegenden raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1481	BB-5B Ehningen	ISTE		
1496	BB-5B Ehningen	LRA Böblingen		
1508	BB-6B Herrenberg	LRA Böblingen	Forderung, die benötigte Waldfläche auf eine absolute Mindestgröße zu reduzieren	Das Gebiet wird im Südteil um ca. 9 ha eingekürzt.
1772, 1785	BB-6A Herrenberg	Ammertal-Schönbuch-Gruppe, RP Tübingen, Ref.52	Forderung des Verzichts auf Gebiet zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe in WSG Schutzzone II	Das Gebiet zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird in ein Gebiet zur Sicherung von Rohstoffvorkommen umgewandelt.
2720	BB-10B Herrenberg	ISTE	Bitte um Anpassung der Fläche an Sicherungsfläche Neckar-Alb	Das Gebiet wird angepasst (Erweiterung um ca. 0.8 ha).



DS-Nr.	Standort	Absender	Stellungnahme	Abwägung, Ergebnis
14	ENZ-4A Illingen/Vaihingen	ArguPlan GmbH	Bitte um ergänzende Ausweisung eines kleinen Gebietes für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet wird etwas ausgedehnt, da dem keine schwerwiegenden raumordnerischen Gründe entgegenstehen
1488		ISTE		
1482	ES-2A Erkenbrechtsweiler	ISTE	Bitte um Aufnahmen der südöstlichen Teilfläche (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet wird auf den bisherigen Stand (Regionalplan 1998) ausgedehnt, dafür im Nordosten um die gleiche Fläche eingekürzt.
345		Erkenbrechtsweiler		
2477		ArguPlan GmbH		
1607	ES-4B Ohmden	RP Tübingen – Ref. 82 -	Ablehnung der Fläche weg. Eingriffen in Waldbereiche	Die Fläche entfällt vor dem Hintergrund der rohstoffgeologischen Situation.
1492	ES-5A Ohmden	ArguPlan GmbH	Bitte eine Anpassung der Gebietsausweisung des Gebietes für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ES-5A. (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird angepasst.
2717	LB-5A Ditzingen	ArguPlan GmbH	Bitte um Ausdehnung im Osten (betriebswirtschaftliche u. rohstoffgeologische Gründe)	Das Gebiet wird im Osten um die erforderliche Fläche ergänzt; gleichzeitig wird im Westen ein Teil des Gebietes zurück genommen.
2429	LB-5B Ditzingen	(LNV)	Forderung, die südwestliche Grenze des Erweiterungsbereiches mehr vom Wald abzurücken	Das Gebiet zur Sicherung von Rohstoffvorkommen wird im westlichen Teil etwas zurück genommen.

## 2.2.4 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 4 – Regionale Infrastruktur

### 2.2.4.1 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 4.1 Verkehr

#### Aktualisierungsbedarfe bei den Maßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr

Von den Fachplanungsträgern und einigen Kommunen wurden Hinweise auf Aktualisierungsbedarfe bei einzelnen bereits im Anhörungsentwurf enthaltenen Neu- und Ausbaumaßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr vorgebracht. Dies betrifft u.a. Vorhaben, die seit dem Beschluss des Anhörungsentwurfs in Betrieb genommen wurden und daher nicht mehr als Vorschlag bzw. Planung, sondern als Bestand darzustellen sind. Daneben konnten für einige Maßnahmen zwischenzeitlich wesentliche Planungsfortschritte erzielt oder bereits die Bauarbeiten aufgenommen werden. Aus diesem Grund werden die betreffenden Maßnahmen im Regionalplan ergänzt oder ihrem Planungsstand entsprechend dargestellt. Dies führt z. B. bei inzwischen planfestgestellten oder in Bau befindlichen Maßnahmen dazu, dass diese nicht mehr als Ausbauvorschlag und evtl. mit Festlegung eines Vorranggebiets, sondern als nachrichtliche Übernahme aufgeführt werden. Zudem werden die Hinweise auf planerische Fortschritte oder mittlerweile modifizierte Planungen aufgegriffen, um bei allen Maßnahmen den jeweils aktuellsten Planungsstand im Regionalplan darstellen zu können.

Bei entsprechenden Festlegungen sind durch die vorliegenden Voruntersuchungen bereits umfassende Aussagen zur Umweltverträglichkeit vorhanden, so dass keine weitere Prüfung bzw. Abschätzung der Umweltwirkungen im Umweltbericht erforderlich ist.

#### Aufnahme weiterer Aus- und Neubauvorschläge im Straßen- und Schienenverkehr

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurden weitere Straßenbauprojekte zur Aufnahme in den Regionalplan vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden u.a. in den Beratungen des Planungsausschusses erörtert. Auf dieser Basis werden einige Vorschläge aufgegriffen und im Regionalplan ergänzt, da für diese Maßnahmen seit Beschluss des Anhörungsentwurfs eindeutige Bedarfsnachweise erbracht bzw. das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden konnte (Ausbau der B 27 zwischen AS Aichtal und

Echterdingen Ei sowie Ausbau der Anschlussstellen Esslingen der A 8 und Ludwigsburg-Süd der A 81). Im Schienenverkehr wird die von der SSB AG angeregte Stadtbahnverbindung Stuttgart-Degerloch – Stuttgart-Plöningen als Vorschlag für eine mögliche Netzerweiterung aufgenommen. Über die genannten Maßnahmen hinaus wurden viele weitere Straßenbauprojekte zur Aufnahme in den Regionalplan vorgeschlagen. Diesen Anregungen kann aus verschiedenen methodischen oder instrumentellen Gründen nicht gefolgt werden. So wurden z. B. Maßnahmen genannt, die nicht im regionalbedeutsamen Straßennetz der Verbindungsfunktionsstufen I bis III liegen und somit mangels Planzeichens nicht in der Raumnutzungskarte dargestellt werden können. Ebenso können gemäß den vom Planungsausschuss am 25.07.2007 definierten Kriterien Maßnahmen nicht aufgenommen werden, bei denen laut Regionalverkehrsplan ein dringender Bedarf oder eine regionale Bedeutsamkeit nicht erkennbar sind, bei denen der Regionalplanung keine für eine Aufnahme in den Regionalplan hinreichenden Erkenntnisse vorliegen oder bei denen keine raumbedeutsamen Netzwirkungen z. B. in Form nennenswerter Verlagerungen auf andere Routen zu erwarten sind.

Einige Städte und Gemeinden regten einen Ausbau vorhandener oder den Bau neuer Anschlussstellen im Abschnitt Leonberg – Mundelsheim der A 81 an. Andere Kommunen haben genau diesen Überlegungen scharf widersprochen. In der Abwägung aller Argumente hat sich der Planungsausschuss dafür ausgesprochen, dass zunächst bei der Fortschreibung des Regionalverkehrsplans vertiefende Erkenntnisse zu den Wechselwirkungen der einzelnen Überlegungen und über deren Gesamtwirkungen auf die Verkehrsbelastungen und den Verkehrsfluss entlang der A 81 ermittelt werden sollen.

Mehrere Stellungnahmen enthalten Änderungsvorschläge für die Darstellung des regionalbedeutsamen Straßennetzes in der Raumnutzungskarte. Meist ist Intention, eine hochrangige Verbindung (Verbindungsfunktionsstufen I bis III) abzustufen oder aus dem Gemeindegebiet hinauszulegen. Es wurde jeweils geprüft, ob sinnvolle Alternativrouten bestehen. In der Regel ist aus methodischen Gründen die Darstellung im Auslegungsentwurf beizubehalten, da z. B. die Kommune ein Zentraler Ort ist und daher selbst an das regionalbedeutsame Netz anzubinden ist, nur Alternativen mit deutlich längerer Fahrzeit verfügbar sind, oder vorgeschlagene Alternativrouten noch nicht realisiert sind. In anderen Fällen (z. B. Rutesheim, Sindelfingen) wird den Vorschlägen gefolgt, da diese nicht zu unangemessenen Fahrzeit- und Fahrwegverlängerungen führen.

### **Aufgabenträgerschaft im ÖPNV**

Einige Beteiligte wenden sich gegen einen Plansatz, in dem eine einheitliche Aufgabenträgerschaft mindestens für den schienengebundenen Personennahverkehr vorgeschlagen wird. Diese Einwände und die jeweiligen Begründungen wurden in den Erörterungsterminen und im Planungsausschuss intensiv diskutiert. Im Ergebnis werden die Ausführungen des Auslegungsentwurfs zum Thema Aufgabenträgerschaft beibehalten. Ausschlaggebend hierfür ist, dass eine Bündelung der Aufgabenträgerschaft für alle Schienenstrecken nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz aus Gründen der effizienten Aufgabenerfüllung sinnvoll ist und dass die in der Rechtsprechung benannten Ansätze zur Beurteilung des Begriffes "Regionalbedeutsamkeit", die nach Ansicht der Einwender als unbedingte Voraussetzung für eine Aufgabenträgerschaft der Region gegeben sein muss, nicht abschließend sind. Zudem können diese Ansätze durch Nachfrageänderungen eines Tages über- oder unterschritten werden.

### **Ausweitung der luftseitigen Kapazitäten am Flughafen Stuttgart**

Viele Städte und Gemeinden insbesondere in den Mittelbereichen Böblingen / Sindelfingen, Filder, Esslingen und Kirchheim u. Teck sowie einige Träger öffentlicher Belange haben Bedenken gegen den Bau einer 2. Landebahn und eine jegliche Auflockerung des Nachtflugverbots am Flughafen Stuttgart geäußert. In einigen Fällen ist dies mit der Aufforderung verbunden, dass sich auch die Region möglichst bald eindeutig gegen diese Überlegungen aussprechen und entsprechende (verhindernde) Festlegungen in den Regionalplan aufnehmen soll. Eine derartige Verhinderungsplanung ist jedoch nicht möglich. Zudem sind die in der Öffentlichkeit diskutierten Planungen zu einer 2. Start- und Landebahn bzw. zu Änderungen beim Nachtflugverbot durch eine Entscheidung der Landesregierung gestoppt.

## **Ergänzung eines Kapitels zum Radverkehr**

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurde mehrfach moniert, dass im Regionalplan Aussagen zum Radverkehr fehlen. Daher wird ein mit dem ADfC und dem Fahrradmanagement des Landes Baden-Württemberg abgestimmtes Kapitel mit regionalplanerisch relevanten grundsätzlichen Ausführungen zum Radverkehr und zum Ausbau von Radwegeverbindungen in der Region Stuttgart ergänzt, bzw. sind regionalbedeutsame Radverkehrsverbindungen in der Übersichtskarte dargestellt.

### **2.2.4.2 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 4.2 – Energie**

Zum Thema Energie wurden in den Stellungnahmen im Wesentlichen die Windenergienutzung und einzelne Planziele zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien angesprochen. Vor dem Hintergrund steigender Energie-Preise sowie den Auswirkungen des Klimawandels wird zudem in landespolitischen Zielsetzungen (z.B. LEP 2002, PS 4.2.2 (Z)) eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien gefordert.

Zunächst zur Windkraft: Im Rahmen des Fortschreibungsverfahrens wurde umfassend geprüft, ob und ggfs. in welchem Umfang eine Überarbeitung des erst vor anderthalb Jahren verbindlich gewordenen (Teil-)Regionalplans notwendig ist. Dem Regionalplan liegt eine detaillierte und fundiert aufbereitete Datengrundlage zu Grunde, die bis heute nicht in Frage gestellt wird. Zudem weist die Region Stuttgart im bundesweiten Vergleich sehr geringe Windpotenziale auf, da sie zum größten Teil im „Windschatten“ des Schwarzwaldes liegt. Großflächige windhöfliche Gebiete befinden sich meist nur in den Höhenlagen der Schwäbische Alb, an der die Region Stuttgart nur einen vergleichsweise geringen Anteil hat und wovon der landschaftlich markante Albtrauf, der vielerorts durch FFH- und Vogelschutz- sowie Natur- und Landschaftsschutzgebieten geschützt ist, freigehalten werden soll.

Die bislang festgelegten Vorranggebiete für die Windkraftnutzung sind zudem noch nicht alle belegt. Da nach der regionalplanerischen Konzeption keine Begrenzungen nach Anzahl oder Höhe vorgegeben ist, kann zudem auch ein Repowering erfolgen.

Eine Änderung der bisherigen Konzeption ist damit derzeit nicht erforderlich. Deshalb werden die Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in die Fortschreibung 2009 übernommen.

Einzelne Plansätze zur Nutzung anderer regenerativer Energien werden insbesondere unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit klargestellt. Die als Z gekennzeichneten Plansätze zur Fotovoltaik, zu Biogas und Biomasse werden zudem als Grundsatz G gekennzeichnet und der Plansatz 4.2.2.5 zur Geothermie als Vorschlag V festgelegt. Instrumentellen Erfordernissen wird damit Rechnung getragen.

Zu erwähnen ist hier, dass die Berücksichtigung einzelner Biogasanlagen im Regionalplan, auch aufgrund des Maßstabs, nicht entsprochen werden kann. Mit der jetzt in Kapitel 3 (Freiraum) klargestellten Zulässigkeit von Vorhaben im Regionalen Grünzug bleiben privilegierte Vorhaben unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

### **2.2.4.3 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zu Kapitel 4.3 – Abfallwirtschaft**

Die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Plankapitel 4.3 Abfallwirtschaft eingegangenen Stellungnahmen beziehen sich zu einem großen Teil auf in der Raumnutzungskarte darzustellende bzw. nicht mehr darzustellende Standorte von Abfallentsorgungsanlagen. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten Standorten regionalbedeutsamer Anlagen und den nachrichtlich in der Karte dargestellten sonstigen Abfallentsorgungs- und –behandlungsanlagen. Letztere werden in der Raumnutzungskarte lediglich informativ dargestellt. Grundlage hierfür ist die Abfallbilanz für Baden-Württemberg 2007. Die abfallwirtschaftliche Bedeutung und der Betrieb von Anlagen, die hier aus systematischen Gründen nicht dargestellt sind, werden hierdurch nicht in Frage gestellt. Hierauf wird in der Begründung hingewiesen.

Die in der Raumnutzungskarte gebietsscharf als Vorranggebiet festgelegten und dargestellten Standorte stellen regionalbedeutsame Abfallbehandlungs- und –entsorgungsanlagen dar, deren Standorte gegenüber anderen, entgegenstehenden Nutzungen raumordnerisch gesichert werden. Soweit diese Standorte innerhalb regionalplanerisch als Vorranggebiete festgelegter Freiraumbereiche liegen, ist daher klarzu-

stellen, dass die abfallwirtschaftliche Nutzung Vorrang vor den freiraumbezogenen raumordnerischen Belangen hat. Erst bei Aufgabe der abfallwirtschaftlichen Nutzung (z.B. Stilllegung einer Deponie) greift dann das freiraumbezogene Vorranggebiet. Der entsprechende Plansatz wird um diesen Hinweis ergänzt.

Darüber hinaus wurde von verschiedenen Trägern öffentlicher Belange der im Plantext enthaltene Hinweis auf die Möglichkeit eines regionalen Abfallwirtschaftskonzept kritisiert, für das vor dem Hintergrund der Zuständigkeit der Landkreise und deren Abfallwirtschaftskonzepte kein Bedarf gesehen werde. Der Hinweis auf ein regionales Abfallwirtschaftskonzept stellt keine Vorgabe dar, sondern wird im Zusammenhang mit der als notwendig erachteten regionalen Zusammenarbeit als eine Möglichkeit der Sicherung und Verbesserung von Kooperationen gesehen.

Aus dem Beteiligungsverfahren sind keine Gesichtspunkte hervorgegangen, die eine Änderung der Plansätze zum Thema Abfallwirtschaft notwendig gemacht hätten. Daher sind auch keine zu prüfende Umweltbelange im Sinne der planungsbezogenen Umweltprüfung betroffen.

### **2.2.5 Wesentliche Ergebnisse der Anhörung zum Umweltbericht**

In der Anhörung wurden von den Städten und Gemeinden, den Trägern öffentlicher Belange so wie der Öffentlichkeit Anregungen und Hinweise u. zum Umweltbericht gegeben. Häufig handelt es sich um ergänzende Information z.B. zum Schutzgut Kulturgüter oder Arten und Biotope / Biodiversität. Diese Hinweise wurden im Rahmen der Aktualisierung des Umweltberichts in die Datenblätter für die vertiefte Prüfung der regionalplanerischen Zielfestlegungen in Kapitel 5 eingearbeitet. Im Einzelfall führte dies zu einer veränderten Beurteilung der Erheblichkeit.

Weitere Korrekturhinweise und Ergänzungen betrafen den Textteil; auch diese wurden, soweit möglich, übernommen. Aufgrund von Hinweisen zur Lesbarkeit der Karten wurden einzelne Übersichtskarten, aber auch die Kartenausschnitte zu den Datenblättern, entsprechend überarbeitet.

Von Seiten des Wirtschaftsministeriums wurde in der Anhörung der Hinweis gegeben, das im Umweltbericht zum Regionalplanentwurf vom 27.02.2008 skizzierte Monitoringkonzept noch weiter auszuarbeiten. Diesem Hinweis konnte gefolgt werden, da durch die seit Oktober 2008 veröffentlichte Änderung des Landesplanungsgesetzes die Regelung der Zuständigkeiten nun endgültig klar gestellt ist. Das Monitoringkonzept ist nun im Umweltbericht enthalten.

### **2.2.6 Zusammenfassende Begründungen für die Annahme des Regionalplans**

Der Regionalplan Region Stuttgart trägt in der vorliegenden Form zu einer nachhaltigen Raumentwicklung bei, da

- eine aufeinander abgestimmte regionale Entwicklungskonzeption in Zuordnung der Funktionen Wohnen – Arbeiten – Versorgen unter dem Aspekt der Verkehrsvermeidung und Reduktion der Flächenbeanspruchung mit dem jetzt fortgeschriebenen Regionalplan langfristig, vorausschauend und vorsorgend verfolgt wird.
- im Zuge der Regionalplanfortschreibung bei der Festlegung neuer Schwerpunkte für Wohnen, Gewerbe, Rohstoffe und Straßen, bei der Standortwahl im Zuge der Alternativenprüfung sowie bei der Umsetzung der Freiraumkonzeption umfangreiche, aktuelle Umweltdaten zugrunde gelegt wurden, in deren Zusammenhang klimatische Grundlagen in ganz besonderem Umfang erarbeitet und in die Methodik integriert wurden,
- die Freiraumkonzeption grundsätzlich darauf abzielt, den Freiraum insgesamt vor wesentlichen neuen Belastungen zu schützen als auch Bereiche besonderer Freiraumfunktionen besonders berücksichtigt werden,
- mit dem Umweltbericht wichtige Hinweise auf notwendige Vermeidungs-, Minderung- und Ausgleichsmaßnahmen sowie Anforderungen an FFH-Verträglichkeitsprüfungen klar benannt werden.



## **Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Regionalplans gemäß § 2a Abs. 6 Nr. 2 Landesplanungsgesetz**

Die SUP-Richtlinie sieht ein Monitoring für Pläne und Programme vor. Dies bedeutet, dass die erheblichen Umweltauswirkungen geprüfter Pläne und Programme überwacht werden sollen, um „... unter anderem frühzeitig unvorhergesehene negative Auswirkungen zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen ...“. Dazu sollen bestehende Überwachungsmaßnahmen genutzt und damit Doppelarbeiten vermieden werden.

Gemäß § 2a des Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 10. Juli 2003, zuletzt geändert am 14. Oktober 2008, enthält der Regionalplan eine Zusammenstellung der Maßnahmen, die in Abstimmung mit der höheren Raumordnungsbehörde zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Plans nach § 28 durchgeführt werden sollen.

Die gesetzlichen Grundlagen lassen offen, welche Konsequenzen aus dem Monitoring zu ziehen sind. Treten unvorhergesehene erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt auf, kann im Einzelfall mit einer Änderung oder (Teil-) Fortschreibung des Regionalplans reagiert werden. Andere Möglichkeiten sind nachträglich angeordnete Auflagen, z.B. im Zuge von Lärminderungs- und Luftreinhalteplanungen in Planzulassungsverfahren oder bei Genehmigungen bzw. bei immissionsschutzrechtlichen Verfahren.

### **Unvorhergesehene erhebliche Auswirkungen**

Nach der Verabschiedung und der Erlangung der Rechtskraft des Regionalplans soll in bestimmten zeitlichen Abständen festgestellt werden, ob und wie weit der Plan zu erheblichen Umweltauswirkungen geführt hat. Dazu sind die Prognosen des Umweltberichts bezüglich der Auswirkungen der Zielfestlegungen einer Art „Controlling“ zu unterziehen. Treffen die Prognosen nicht zu, so sind unvorhergesehene Wirkungen zu erwarten. Dann ist zu prüfen, ob es zu erheblichen negativen Auswirkungen kommt. Damit können eventuell bestehende Fehlentwicklungen des bisherigen Plans bei einer Fortschreibung vermieden werden, oder möglicherweise auch die Notwendigkeit für eine Planänderung vor Fortschreibung des Planes erkannt werden.

Unvorhergesehene Auswirkungen können aus mehreren Gründen auftreten. Diese sind u.a.:

1. Die tatsächliche Ausformung und Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen obliegt den nachgeordneten Planungsebenen, dadurch entstehen Prognoseunsicherheiten. So ist z.B. Art und Maß der baulichen Nutzung mit dem damit einhergehenden Flächenverbrauch bei den Schwerpunkten des Wohnungsbaus zum Zeitpunkt der Festlegung im Regionalplan noch nicht genau abzuschätzen.
2. Der Plan, bzw. Teile des Plans werden nicht in der beschlossenen Form durch die nachfolgende Planungsebene umgesetzt.
3. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht bekannte oder hinreichend konkretisierte raumbedeutsame Planungen im Geltungsbereich des Regionalplans verursachen im Zusammenwirken mit der Umsetzung des Regionalplanes bisher nicht absehbare (kumulative) Umweltauswirkungen.
4. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung fehlende oder ungenaue Daten stehen später zur Verfügung, so dass bisher nicht oder nur sehr ungenau fassbare Auswirkungen und ihre Erheblichkeit dann besser abgeschätzt, oder überhaupt erst erkannt werden können.
5. Im örtlichen Bearbeitungsmaßstab kann sich die Empfindlichkeit eines oder mehrerer Schutzgüter als wesentlich höher herausstellen, als dies auf regionaler Ebene bekannt war.

### Vorgehensweise und Zeitraum

Für das Monitoring der Regionalpläne sind die Träger der Regionalplanung in Abstimmung mit der Oberen Raumordnungsbehörde zuständig. Sowohl der Verband Region Stuttgart, als auch das Regierungspräsidium Stuttgart verfügen über Kataster zur Flächenentwicklung und über Umweltdaten. Diese vorhandenen Instrumente der Raumb Beobachtung sollen auch dem Monitoring zugrunde gelegt werden. Das Überwachungskonzept sollte möglichst überwiegend mit Daten arbeiten, die ohnehin erhoben werden oder deren zusätzliche Erhebung mit geringem Aufwand möglich ist. So können von der Oberen Raumordnungsbehörde Monitoringverpflichtungen, die sich aus vorhandenen rechtlichen Regelungen ergeben, mit in das Monitoring der Regionalpläne einbezogen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um die Ergebnisse des Monitorings der Gebiete von gemeinschaftlichem Interesse gemäß der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG und Ergebnisse der Überwachungsprogramme über den Zustand des Oberflächen- und Grundwassers sowie der Schutzgebiete gemäß Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmen-Richtlinie).

Inhaltlich bezieht sich das Monitoring für den Regionalplan 2020 auf die im Umweltbericht genannten Umweltauswirkungen, die von den regionalplanerischen (Ziel-)Festlegungen ausgehen. Diese setzen den Rahmen für den Anwendungsbereich der Überwachung. Die für die Überwachung heranzuziehenden Indikatoren entsprechen deshalb denen, die schon im Rahmen der Einzelstandort- und Alternativenprüfung sowie der Gesamtbewertung herangezogen wurden. Mit diesen Indikatoren können die wesentlichen Umweltauswirkungen des Regionalplans abgebildet werden (siehe auch Tabelle 36).

Das Monitoring ist, wie die Beurteilung im Umweltbericht, zweistufig angelegt. In Stufe 1 findet im Rahmen der Plananwendung die Überwachung der Umweltauswirkungen der vertieft geprüften regionalplanerischen Festlegungen (Ziele der Raumordnung) statt. Im Zuge der jeweiligen Umsetzung der Vorranggebiete für Siedlungs- und Gewerbeentwicklung, für Straßen- und Schienentrassen, für Windkraftanlagen und den Rohstoffabbau durch die nachgeordnete Bauleit- und Genehmigungsplanung werden diese auf ihre Umweltauswirkungen geprüft. Dafür können die jeweiligen Umweltberichte ausgewertet werden. Im Ergebnis zeigt sich dann, ob diese den im Umweltbericht zum Regionalplan prognostizierten erheblichen Auswirkungen entsprechen, oder ob unvorhergesehene Auswirkungen vorliegen. Das Monitoring Stufe 1 beginnt mit der Anwendung des Regionalplans nach Erlangen der Rechtskraft.

Stufe 2 ist die Prüfung der Gesamtauswirkungen des Regionalplanes. Da es sehr schwierig ist, für eine ganze Region „unvorhergesehene“ Umweltauswirkungen gezielt zu überwachen, werden hilfsweise zusätzlich räumliche Schwerpunktbereiche gebildet. Diese weisen eine besonders hohe Bedeutung oder Empfindlichkeit der Schutzgüter auf, oder sind schon heute besonderen Belastungen ausgesetzt. Es ist deswegen besonders wichtig, dort die Umweltauswirkungen, die von den regionalplanerischen Festlegungen ausgehen, rechtzeitig zu erkennen.

### Monitoring - Schwerpunkte

Räume bzw. Schutzgüter besonderer Empfindlichkeit / besonders belastete Räume	Datengrundlagen ->Überprüfung durch
Von regionalplanerischen Zielfestlegungen bzw. ihrem Wirkraum betroffene Natura-2000-Gebiete	Daten der LUBW, PEPL -> Regierungspräsidium Stuttgart
Von regionalplanerischen Zielfestlegungen bzw. ihrem Wirkraum betroffene, bekannte Vorkommensgebiete besonders geschützter Arten	Daten der LUBW, ZAK-Daten des Landes -> Regierungspräsidium Stuttgart
Von regionalplanerischen Zielfestlegungen bzw. ihrem Wirkraum betroffene Gebiete mit überregional bedeutsamen Böden (z.B. Langes Feld, Schmidener Feld, Filder)	Informationsgrundlage Bodenzustandbericht - > Verband Region Stuttgart
Von regionalplanerischen Zielfestlegungen bzw. ihrem Wirkraum betroffene Gebiete, die besondere Wärmebelastung aufweisen (Tage mit Wärmebelastung >35 Tage/Jahr,	Informationsgrundlage Regionaler Klimaatlas, DWD -> Verband Region Stuttgart
Von regionalplanerischen Zielfestlegungen bzw. ihrem Wirkraum betroffene Gebiete, die besondere Immissionsbelastungen aufweisen	Informationsgrundlage Emissionskataster/ Lärmkataster der LUBW, Regionaler Klimaatlas -> Verband Region Stuttgart

In welchen Zeiträumen und Intervallen das Gesamtmonitoring durchzuführen ist, schreiben weder die SUP-Richtlinie noch das LplG vor. Zwei Aspekte sind dabei zu berücksichtigen. Einerseits muss eine gewisse Entwicklungszeit berücksichtigt werden, bis die Festlegungen des Regionalplans in den nachgeordneten Planungsebenen umgesetzt werden und damit direkte Umweltauswirkungen entfalten. Andererseits sollte der Plan rechtzeitig vor einer Gesamtfortschreibung ausgewertet werden, um Konsequenzen für die Fortschreibung ziehen zu können. Angelehnt an die durchschnittliche Geltungsdauer von Regionalplänen wird dem Monitoringkonzept deshalb ein erster Überwachungsschritt nach 5 Jahren nach Verabschiedung des Planes zugrunde gelegt. Nach diesem Zeitraum sind voraussichtliche Auswirkungen aus der Umsetzung des Regionalplanes durch die nachgeordneten Planungsträger auf jeden Fall deutlich erkennbar. Dieser „Umweltmonitor“ soll dann rechtzeitig vor der nächsten Gesamtfortschreibung des Regionalplans fortgeschrieben werden. Der späteste Zeitpunkt der letzten Überwachung sollte deshalb ein Jahr vor der Fortschreibung des Regionalplans liegen, um die Rahmenbedingungen aus Umweltsicht klar fassen zu können.

Das Monitoring für Natura-2000-Gebiete sowie nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) richtet sich nach den dort gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträumen. Für das regionale Monitoring ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Schutzbelange „Grundwasserqualität“ und „Gewässergüte und Gewässerstrukturgüte der Oberflächengewässer“ überwiegend durch die Art und Intensität der Landnutzung beeinflusst werden. Dies kann durch die regionalplanerischen Festlegungen nicht gesteuert werden. Aus diesem Grund werden sie nicht in das Monitoringkonzept übernommen. Eine Überprüfung findet durch die Obere Raumordnungsbehörde im Rahmen der Überwachung gemäß WRRL statt.

### **Monitoringindikatoren**

Um generelle, aber auch unvorhergesehene Auswirkungen des Regionalplanes zu erfassen und daraus folgernd auch Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können, werden die erheblichen negativen Auswirkungen über Zustands- und Wirkfaktoren erfasst. Dazu werden die Indikatoren herangezogen und zum Teil leicht modifiziert, die bereits im Umweltbericht für die Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Zielfestlegungen verwendet wurden. Es wird wiederum in Zustandsindikatoren und Wirkungsindikatoren unterschieden. Diese ermöglichen die Ermittlung und Darstellung von Umweltauswirkungen in Form von Flächenbilanzen.

**Zustandsindikatoren**, die den Umweltzustand einer Fläche darstellen, sind z.B. der Umfang bestehender Schutzgebiete, die Kulisse des regionalen Biotopverbunds, Umfang und Lage besonders hochwertiger Böden, das Vorhandensein unzerschnittener störungsarmer Räume oder auch der Zustand der Oberflächengewässer.

Für den Umweltbericht wurden aus den prüfpflichtigen Regionalplaninhalten Wirkfaktoren entwickelt, die die primären Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen darstellen. Die Wirkfaktoren werden durch die einzelnen Schutzbelange und die schutzgutbezogenen Umweltziele konkretisiert und in den Wirkungsindikatoren wiedergegeben. Wirkungsindikatoren, von denen erwartungsgemäß erhebliche negative Auswirkungen ausgehen können, sind insbesondere Versiegelung, Nutzungsumwandlung, Zerschneidung oder auch Immissionen.

Den **Wirkungsindikatoren** werden die Zustandsindikatoren zugeordnet, die direkt aus den Schutzbelangen entwickelt wurden. Der Zustandsindikator beschreibt den Zustand zu Beginn des Monitorings, der Wirkungsindikator bezieht sich auf den jeweiligen Zeitpunkt der Überwachung. Die meisten Zustands- und Wirkungsindikatoren sind quantifizierbar, dies erleichtert ihre Vergleichbarkeit. Die Übrigen müssen verbal-argumentativ beschrieben werden.

Im Wesentlichen werden die folgenden vier Wirkfaktoren betrachtet.

- Der Wirkfaktor Flächeninanspruchnahme fasst die beiden im Umweltbericht genannten Wirkfaktoren Flächeninanspruchnahme des Wohnungsbaus und Verkehr und Flächeninanspruchnahme für weitere Zwecke (nicht Siedlung und Verkehr) zusammen. Die genauere Unterteilung, für welche Nutzungen die Fläche in Anspruch genommen wird, erfolgt erst auf Ebene der Indikatoren.
- Der Wirkfaktor Zerschneidung wurde direkt aus dem Umweltbericht übernommen.



- Der Wirkfaktor Lärm- und sonstige Immissionen ist ebenfalls bereits im Umweltbericht enthalten. Auch einmögliche verstärkte Erwärmung in Folge des Klimawandels soll in diesem Zusammenhang überwacht werden.
- Der Wirkfaktor Flächeneffizienz ist nicht im Umweltbericht erwähnt. Im Monitoring-Konzept wird er aufgeführt, da die effiziente Nutzung der Fläche und damit die Flächeneinsparung einerseits positive Auswirkungen haben, andererseits aus mangelnder Flächeneffizienz ein erhöhter Flächenverbrauch hervorgehen kann.

Diese Auswahl kann ergänzt und angepasst werden. Sie stützt sich auf den derzeit verfügbaren Wissens- und Datenstand.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Zustandsindikatoren den von den regionalplanerischen Auswirkungen ausgehenden Wirkungsindikatoren sowie den voraussichtlich davon betroffenen Schutzgütern zugeordnet.

Es werden die Datenquellen benannt, die Auskunft über die Schutzgüter geben. Dabei handelt es sich zum großen Teil um die digitalen Grundlagendaten, die für die Umweltprüfung und die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans erhoben wurden (Regionaler Klimaatlas, Bodenzustandsbericht, Biotopinformations- und Managementsystem). Teilweise wird eine Fortschreibung dieser Daten erforderlich werden.

Die Tabelle enthält auch die Hinweise, wer die Überprüfung der Umweltauswirkungen technisch durchführen soll, in den meisten Fällen ist dies Verband Region Stuttgart. In vielen Bereichen ist die Regionalplanung dabei allerdings auf aktuelle Daten und Unterstützung von Seiten des Landes (LUBW, Regierungspräsidium) angewiesen.

Mit der Auswertung von Flächennutzungsplänen, Bebauungsplänen und Luftbildern kann die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen erfasst werden. Das vorliegende Monitoringkonzept baut deshalb auf die Ergebnisse der laufenden Raumbeobachtung auf.

### Zusammenschau der für das Monitoring relevanten Aspekte

Wirkfaktor: Flächeninanspruchnahme = Flächenverbrauch durch Versiegelung oder Bodenabtrag /Flächennutzungsänderung					
Zustandsindikator	Wirkungsindikator	Relevante regionalplanerische Festlegungen	Betroffene Schutzgüter	Quelle / Datenerhebung ->Überprüfung durch	
Flächenanteil hochwertiger Böden	Verlust von hochwertigen landwirtschaftlichen Böden in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Boden	Regionale Bodenübersichtskarte (BK 50) -> Verband Region Stuttgart	
Vorkommen von naturschutzfachlichen Schutzgebieten	Verlust von Schutzgebieten in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Flora/ Fauna/ Biodiversität, Landschaft	RIPS-Datenpool, Schutzgebietskataloger Verband Region Stuttgart -> Verband Region Stuttgart	
Vorkommen von Biotoptypenkomplexen hoher Wertigkeit	Verlust regionalbedeutsamer Biotoptypenkomplexe in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen Standorte von Windkraftanlagen	Flora/ Fauna/ Biodiversität	RIPS-Datenpool/ BIMS-Daten -> Verband Region Stuttgart	
Erhaltungszustand von Arten und Lebensraumtypen gemäß FFH- und Vogelschutz-RL	Verlust wertbestimmender Lebensraumtypen	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen Standorte von Windkraftanlagen	Flora/ Fauna/ Biodiversität	Monitoring nach FFH-RL, Daten der LUBW, PEPL -> Regierungspräsidium Stuttgart	
Vorkommen der Arten insbes. Seltene/ bedrohte/ streng geschützte Arten gemäß FFH-RL und NatSchG	Verlust wertbestimmender Arten	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen Standorte von Windkraftanlagen	Flora/ Fauna/ Biodiversität	Monitoring nach FFH-RL, Daten der LUBW, ZAK-Daten des Landes -> Regierungspräsidium Stuttgart	
Flächenanteil Wald/Waldfunktionen	Verlust von Waldfläche/ Waldfunktionen in ha oder km <sup>2</sup>	Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Flora/ Fauna/ Biodiversität, Landschaft	ATKIS/Luftbilder/ Waldfunktionenkarte -> Verband Region Stuttgart	

<b>Wirkfaktor: Flächeninanspruchnahme = Flächenverbrauch durch Versiegelung oder Bodenabtrag / Flächennutzungsänderung</b>					
<b>Zustandsindikator</b>	<b>Wirkungsindikator</b>	<b>Relevante regionalplanerische Festlegungen</b>	<b>Betroffene Schutzgüter</b>	<b>Quelle / Datenerhebung -&gt;Überprüfung durch</b>	
Flächenanteil klimatisch hoch aktiver Flächen	Verlust klimatisch hoch aktiver Flächen in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Klima / Luft, Mensch	Klimaatlas VRS 2008 -> Verband Region Stuttgart	
Vorkommen von regionalbedeutenden Bau- und Bodendenkmalen	Verlust oder Beeinträchtigung von regionalbedeutenden Bau- und Bodendenkmalen	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen Standorte von Windkraftanlagen	Kultur- und Sachgüter	Landesamt für Denkmalpflege, Regionalbedeutende Kulturdenkmale VRS -> Verband Region Stuttgart	
Vorkommen von Wasser- und Quellschutzgebieten	Verlust von Schutzgebieten in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Wasser/Gewässer	WSG-Daten der unteren Naturschutzbehörden, WSG-Kataster Verband Region Stuttgart -> Verband Region Stuttgart	
Flächenanteil von für den Hochwasserschutz bedeutsamer Flächen	Retentionsraumverlust in ha oder km <sup>2</sup>	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Wasser	Hochwassergefahrenkarten (UM BW) -> Verband Region Stuttgart	

<b>Wirkfaktor: Zerschneidung / Barrieren</b>				<b>Quelle / Datenerhebung -&gt;Überprüfung durch</b>	
<b>Zustandsindikator</b>	<b>Wirkungsindikator</b>	<b>Relevante regionalplanerische Festlegungen</b>	<b>Betroffene Schutzgüter</b>	<b>Quelle / Datenerhebung -&gt;Überprüfung durch</b>	
Anzahl, Gesamtgröße und Flächenanteil (%) der unzerschnittenen Räume < 5 km <sup>2</sup> Effektive Maschenweite Meff	Verkleinerung unzerschnittener Räume Verringerung Meff	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Landschaft, Mensch, Flora/ Fauna/ Biodiversität,	UZVR-Geometrie des ILPOE Uni Stuttgart -> Verband Region Stuttgart	

Wirkfaktor: Lärm und Schadstoffemissionen, Klimaeinwirkungen					
Zustandsindikator	Wirkungsindikator	Relevante regionalplanerische Festlegungen	Betroffene Schutzgüter	Quelle / Datenerhebung ->Überprüfung durch	
Gebiete mit Lärmbelastung dB (A) < 45	Zunahme lärmbelasteter Räume mit dB (A) > 45	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	Mensch, Flora/ Fauna/ Biodiversität	Lärminderungsplanung gemäß Umgebungsärmrichtlinie / Lärmkartie- rung LUBW, Regionaler Klimaatlas 2008 -> Verband Region Stuttgart	
Gebiete mit Schadstoffbelastung, NOx < 1000 kg/Jahr je km²	Zunahme belasteter Räume mit NOx > 1000kg/Jahrkg/Jahr	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Abbau von Rohstoffen	Mensch, Klima / Luft, Flora/ Fauna/ Biodiversität	LUBW -> Verband Region Stuttgart	
Gebiete mit Feinstaubbelastung PM10 < 100 kg/Jahr je km²	Zunahme feinstaubbelasteter Räume mit PM10> 100 kg/Jahr m²	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Abbau von Rohstoffen	Mensch, Klima / Luft, Flora/ Fauna/ Biodiversität	LUBW -> Verband Region Stuttgart	
Räume mit Wärmebelastung < 35 Tage/Jahr	Vergrößerung der Räume mit Wärmebelastung < 35 Tage/Jahr	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr	Klima / Luft, Mensch, Flora/ Fauna/ Biodiversität	DWD, Klimaatlas BW (LUBW), Klimaatlas VRS 2008 -> Verband Region Stuttgart	
Wirkfaktor: Flächeneffizienz					
Zustandsindikator	Wirkungsindikator	Relevante regionalplanerische Festlegungen	Betroffene Schutzgüter	Quelle / Datenerhebung ->Überprüfung durch	
Flächenanteil neuer Wohn- und Gewerbegebiete, Straßen, Schienentrassen	Flächenneuanspruchnahme des Wohnungsbaus- und Verkehrs- zwecke im Vergleich zur Einwohn- nerentwicklung, SV-Fläche in ha oder km² je Einwohner	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen Trassen für Straßenverkehr Trassen für Schienenverkehr Abbau von Rohstoffen	schutzgutübergreifend	RPI, FNPs, B-Pläne, Luftbilder, Be- völkerungsdaten StaLa -> Verband Region Stuttgart	
Flächenanteil neuer Schwerpunkte des Wohnungsbaus sowie für Industrie, Gewerbe und Dienstleis- tungseinrichtungen	Inanspruchnahme festgelegter VRG durch B-Pläne bzw. Umset- zung in %	Schwerpunkte des Wohnungsbaus Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen	schutzgutübergreifend	RPI, FNPs, B-Pläne, Luftbilder -> Verband Region Stuttgart	
Neue Schwerpunkte des Woh- nungsbaus	Dichte neuer Wohngebiete ent- sprechend regionalplanerischer Vorgaben	Schwerpunkte des Wohnungsbaus	schutzgutübergreifend	B-Pläne, Luftbilder -> Verband Region Stuttgart	



# REGIONALPLAN

TEILÄNDERUNG KAPITEL 2.7

VOM 13.03.2002

## EINZELHANDELSGROSSPROJEKTE UND ÜBERÖRTLICH WIRKSAME VERANSTALTUNGSZENTREN

### Raumnutzungskarte (Auszüge)



Standortbereiche für zentrenrelevante Einzelhandelsgrossprojekte  
(Regionalbedeutsame Einzelhandelsschwerpunkte, Pl.S. 2.7.4)



Standortbereiche für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgrossprojekte  
(Ergänzungsstandorte, Pl.S. 2.7.5 / 2.7.6)

Im Übrigen gilt die Legende der Raumnutzungskarte des geltenden Regionalplans vom 22.07.1998

**Maßstab 1: 50 000**

0 1 2 3 km

Grundlage: Topographische Karte 1 : 50 000 - Copyright  
Landesvermessungsamt Baden Württemberg (<http://www.lv-bw.de>)  
vom 03. 03. 1999, Az.: 5.12 / 1714.

Die Raumnutzungskarte gilt nur  
in Verbindung mit dem Textteil.



**Verband Region  
Stuttgart**

### Verzeichnis der Kartenausschnitte (Raumnutzungskarte)

#### Oberzentrum

Stuttgart-Innenstadt, Stuttgart-Ost .....	A5
Stuttgart-Bad Cannstatt .....	A5
Stuttgart-Degerloch, Stuttgart Sillenbuch .....	A6
Stuttgart-Feuerbach .....	A6
Stuttgart-Möhringen, Stuttgart-Vaihingen .....	A7
Stuttgart-Untertürkheim .....	A7
Stuttgart-Weilimdorf .....	A8
Stuttgart-Zuffenhausen .....	A8

#### Mittelzentren




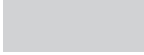

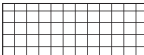








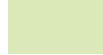













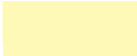












Backnang .....	A9
Bietigheim-Bissingen / .....	A9
Besigheim .....	A10
Böblingen / Sindelfingen .....	A10
Esslingen am Neckar .....	A11
Geislingen an der Steige .....	A11
Göppingen .....	A12
Herrenberg .....	A12
Kirchheim unter Teck .....	A13
Leonberg .....	A13

Ludwigsburg / .....	A14
Kornwestheim .....	A14
Nürtingen .....	A15
Schorndorf .....	A15
Vaihingen an der Enz .....	A16
Waiblingen / Fellbach .....	A16

#### Unterzentren

Ditzingen .....	A17
Donzdorf .....	A17
Filderstadt-Bernhausen .....	A18
Leinfelden-Echterdingen .....	A18
Marbach am Neckar .....	A19
Murrhardt .....	A19
Ostfildern-Nellingen .....	A20
Plochingen .....	A20
Weil der Stadt .....	A21
Weinstadt-Endersbach .....	A21
Welzheim .....	A22
Winnenden .....	A22

# Darstellung zur Raumnutzung (Stand: 22.7.1998)

Verbindliche Ausweisungen		Nachrichtliche Übernahmen <sup>1)</sup>		
Siedlung: Kap. 2		Siedlung		
	Siedlungsbereich (Pl.S.2.3.1; 2.3.5), allg. Zum Siedlungsbereich gehörende Ortslagen		Bestehende Siedlung	
	Regionalbedeutsamer Schwerpunkt für den Wohnungsbau (Pl.S.2.3.4; 2.3.5) i.V. mit § 8 (3) LplG		Bestehende größere Gewerbefläche	
	Gemeinde mit Eigenentwicklung (Pl.S.2.5.1)		Sonderfläche Bund, Vorrang militärische Sondernutzung	
	Regionalbed. Schwerpunkt für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (Pl.S.2.6.1; 2.6.7) i.V. mit § 8 (3) LplG		Lärmschutzkontur 60 dB(A)	
	Von der Genehmigung ausgenommen		Bauschutzbereich	
	Regionalbed. Schwerpunkt für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (Pl.S.2.6.2; 2.6.7) i.V. mit § 8 (3) LplG, zugehörige Fläche			
	Oberzentrum (Pl.S.2.1.1)	Freiräume		
	Mittelzentrum (Pl.S.2.1.2)	Bestand	Planung	
	Untzentrum (Pl.S.2.1.4)		Wald	
	Kleinzentrum (Pl.S.2.1.5)		Landwirtschaftlicher Bereich, sonstige Freifläche	
Freiräume: Kap. 3				Landschaftsschutzgebiet
	Regionaler Grünzug (Pl.S.3.1.1)			Naturschutzgebiet
	Grünzäsur (Pl.S.3.1.2)			Versteinerungsgebiet
	Schwerpunktbereich für Landschaftsentwicklung (Pl.S.3.1.3)			Naturpark
	Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege (Pl.S.3.2.1.1)			Bereiche mit Bergbau-berechtigung
	Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (Pl.S.3.2.2.2)			Wasserschutzgebiet
	Schutzbedürftiger Bereich für die Forstwirtschaft (Pl.S.3.2.3.1)			Quellschutzgebiet für Mineral- und Thermalwasser
	Schutzbedürftiger Bereich für Erholung (Pl.S.3.2.4.4)			Überschwemmungsgebiet
	Bereich zur Sicherung von Wasservorkommen (Pl.S.3.2.5.2)			Rückhalte- / Speicherbecken
	Schutzbedürftiger Bereich für Wasserwirtschaft, Überflutungsfläche (Pl.S.3.2.6.3)			Gewässer
	Bereich zur Sicherung von Rohstoffvorkommen (Pl.S.3.2.7.2.1; 3.2.7.2.1a)			
	Schutzbedürftiger Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Pl.S.3.2.8.1; 3.2.8.1a)			

## Infrastruktur: Kap. 4

### Verkehr

#### Zu sichernde Trassen



Eisenbahn (Pl.S.4.1.2.13)

#### Standorte für regionalbedeutsame Infrastrukturvorhaben



Umschlagstelle des kombinierten Verkehrs (Pl.S.4.1.2.21) i.V. mit § 8 (3) LplG



Flughafenerweiterung (Pl.S.4.1.4.2) i.V. mit § 8 (3) LplG (Pl.S.4.5.3)

### Ver- und Entsorgung

#### Zu sichernde Trassen



Hochspannungsfreileitung 380 kV (Pl.S.4.2.1.31)

#### Standorte für regionalbedeutsame Infrastrukturvorhaben



Kraftwerk (Pl.S.4.2.1.22)



Höherwertige Abfallbehandlungsanlage (Pl.S.4.4.1.1) i.V. mit § 8 (3) LplG



Deponie (Pl.S.4.4.1.1) i.V. mit § 8 (3) LplG



Bodenreinigungsanlage geplant (Pl.S.4.4.1.1) i.V. mit § 8 (3) LplG

## Infrastruktur

### Verkehr

#### Bestand

#### Planung



Straße für den großräumigen und überregionalen Verkehr



Straße für den regionalen Verkehr



Straße für den überörtlichen Verkehr



Anschlußstelle an Bundesstraßen und Bundesautobahnen



Anschlußstelle an Bundesstraßen und Bundesautobahnen mit P+M-Parkplatz



Eisenbahn



Stadtbahn



Trasse stillgelegter Bahnstrecken



Elektrifiziert



S-Bahn



Güterverkehrsstrecke



Bahnhof, Haltepunkt



Bahnhof, Haltepunkt mit P+R - Anlage



Containerbahnhof



Stückgutbahnhof



Wasserstraße



Wasserstraße mit Umschlaganlage



Hafenanlage



Flughafen



Sonderlandeplatz

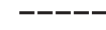


Segelfluggelände

### Ver- und Entsorgung

#### Bestand

#### Planung



Hochspannungsfreileitung (220 / 380 kV)



Hochspannungsfreileitung (110 kV)



Erdkabel



Gasleitung (überörtlich)



Fernwärmeleitung (überörtlich)



Öl- / Produktenleitung



Fernwasserleitung (über 300 NW)



Wasserbehälter



Umspannwerk



Kläranlage (≥10 000 EGW)










Abfallbehandlungsanlage



Müll-, Bodenaushub- und Bauschuttdeponie



Sonstige Vorhaben	
	Standorte für regionalbedeutsame Infrastrukturvorhaben Messe (Pl.S.4.5) i.V. mit § 8 (3) LplG
Vorschläge	
Infrastruktur: Kap. 4	
Verkehr	
	Straßen-Ausbauvorschlag, Trasse unbestimmt (Pl.S.4.1.1.3 / 4.1.1.4)
	
	Schienen-Ausbauvorschlag, Trasse unbestimmt (Pl.S.4.1.2.17 f)

Sonstige Einrichtungen	
	Messe
1) Nachrichtliche Übernahmen nach entsprechendem Erhebungsstand	
	Regionsgrenze
	Bereich für besonderes Teiländerungsverfahren

## Regionalplanung in Baden-Württemberg - Gliederung in Regionen



### Regierungsbezirk

- Stuttgart
- Karlsruhe
- Freiburg
- Tübingen

● Sitz des Regionalverbandes

### Grenzen

- Regionsgrenze
- Grenzüberschreitender Regionalverband Donau-Iller
- Verband Region Rhein-Neckar
- Kreisgrenze



**Baden-Württemberg**

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM

#### IV. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Der Ansicht von Wagner und Thole [121], die Richtlinie sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur rechtlichen Institutionalisierung der Mediation in Europa, kann jedenfalls bezüglich der dem Gesetzgeber obliegenden Transformationspflichten so nicht zugestimmt werden [122]. Wenn der Gesetzgeber die Richtlinie nur ihrem Wortlaut entsprechend umsetzen wird, ergeben sich für die Baukonfliktparteien voraussichtlich keine nennenswerten Verbesserungen. Es wäre dann nicht davon auszugehen, dass das Ziel der Europäischen Union erreicht wird, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mediation und Gerichtsverfahren herzustellen. Vielmehr sollte der Gesetzgeber die sich bietende Chance nutzen und sich zu über die zwingend erforderlichen Tatbestände hinausgehenden Regelungen durchringen [123]. Zwar ist Rüstow [124] der Auffassung, es sei schwer vorstellbar, dass in es Deutschland gelingen sollte, durch gesetzliche Regelungen den Erfolg der

außergerichtlichen Mediation herbeizuführen, da dies in anderen Ländern (zum Beispiel in Österreich) bereits als gescheitert gilt. Meiner Ansicht nach ist dies jedoch in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend. Insbesondere scheint es förderlich zu sein, die Durchführung einer Mediation mit finanziellen Anreizen für die Konfliktparteien zu verknüpfen.

Unabhängig von allen zu erlassenden Normen bleibt zu hoffen, dass der Öffentlichkeit und insbesondere den Baukonfliktparteien im Zuge der mit der Richtlinie angestoßenen Diskussionen um die Mediation erneut bewusst gemacht werden kann, welche Vorteile die Mediation gegenüber gerichtlichen Konfliktentscheidungsverfahren birgt [125].

[121] S. Wagner/Thole, ZKM 2008, 40.

[122] Im Ergebnis so auch Hess, Mediation und weitere Verfahren konsensualer Streitbeilegung – Regelungsbedarf im Verfahrens- und Berufsrecht, S. F 98f.

[123] Vgl. Eidenmüller/Prause, NJW 2008, 2743.

[124] S. Rüstow, NJ 2008, 387.

[125] Vgl. Eidenmüller/Prause, NJW 2008, 2743.

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht Klaus Füber und Rechtsanwalt Marcus Lau, Leipzig

### Planwirtschaftliche Vollkonzentration zentrenrelevanten Einzelhandels auf gemeindlich festgesetzte zentrale Versorgungsbereiche? Perspektiven und Grenzen nach BVerwG, Urteil vom 26.3.2009 – 4 C 21.07 –.

#### 1. Einleitung

Seit den 1960er-Jahren ist die Geschichte des Bauplanungs- sowie Raumordnungsrechts u.a. von dem Bemühen geprägt, allein durch die planerische Ausweisung geeigneter Flächen – im Übrigen durch das weitgehend freie Spiel der Marktkräfte – flächendeckend eine leistungsfähige Struktur zur Versorgung der Verbraucher mit erschwinglichen Gütern des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs zu sichern. Das Bauplanungsrecht hat mit der BauNVO und den dort normierten Gebietstypen zugleich paradigmatisch eine durchaus gleitend-dialektische Struktur vorgegeben: Auf der einen Seite sind in den Wohngebieten „Läden“ und (kleinflächige) „Einzelhandelsbetriebe“ verbrauchernah unterzubringen und werden je nach der Reinheit der Wohnnutzung und der

daraus folgenden Schutzbedürftigkeit des Gebietes mit Blick auf ihr Unruhepotenzial unter näheren modalen und inhaltlichen Maßgaben für bauplanungsrechtlich zulässig erklärt; auf der anderen Seite des Kontinuums stehen solche Gebietsarten (Kerngebiet, Sondergebiet), die die Gemeinden sogar gezielt zur Ansiedlung und Agglomeration von – auch großflächigen – Einzelhandelsbetrieben bzw. sogar Einkaufszentren nutzen können und sollen [1].

Der auf Grund entsprechender kapitalistischer Eigenlogiken beförderte Trend immer stärkerer Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels auf im Preiswettbewerb befindlichen Filialisten bei gleichzeitigem Absterben

[1] Vgl. zu dieser bauplanungsrechtlichen Nomenklatur im Kontext der BauNVO Füber/Müller, DVBl. 2005, 1415, 1417 ff.

klassischer Läden kann im Rahmen des oben skizzierten Regelungskonzepts freilich nur aufgehoben bzw. gedämpft werden, wenn im Vollzug und in der gerichtlichen Kontrolle der Regelungen der §§ 2 ff. BauNVO sichergestellt wird, dass Lebensmittelmärkte, Discounter und ähnliche Betriebsformen mit ihren hart an der Grenze der Großflächigkeit ausgelegten Filialen und dem stets über die Gebietsversorgung hinausweisenden Betriebskonzept (Standort an Durchgangsstraßen, Überangebot von Parkplätzen, Zusatzangebote) – wie in der BauNVO vorgesehen – jedenfalls von reinen und allgemeinen Wohngebieten fern gehalten werden [2]. Dass im Übrigen auch die Kommunen nicht automatisch alles zum Besten richten, zeigt sich schon daran, dass auf der Ebene der Raumplanung zu allererst der ggf. auch jeweiligen kommunalen Egoismen geschuldete Ansiedlungskampf der Städte und Gemeinden [3] in planerisch geordnete Bahnen gelenkt werden muss, um ein „Aufblühen“ von Einkaufszentren in der jeweiligen Peripherie zur interkommunalen Kannibalisierung fremder Kaufkraft und dadurch bewirkter Verödung der Innenstädte der so „angezapften“ Nachbarkommunen zu verhindern [4].

Um entsprechenden Trends noch effektiver entgegenzuwirken, wurden die rechtlichen Regelungen inzwischen weiter geschärft: Mit der Einführung des § 34 Abs. 3 BauGB durch das EAG Bau 2004 [5] sind die zentralen Versorgungsbereiche der Gemeinden nun auch gegen die negativen Wirkungen von Innenbereichsvorhaben im eigenen wie fremden Gemeindegebiet geschützt. Seit der BauGB-Novelle 2007 [6] können die Gemeinden zudem nach § 9 Abs. 2 a BauGB mit Blick auf den Einzelhandel eine ansonsten unzulässige „Verhinderungsplanung“ betreiben, nämlich im Wege von Bebauungsplänen zur Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche die Zulässigkeit von ansonsten nach § 34 Abs. 1 oder 2 BauGB zulässigen Einzelhandelsnutzungen ausschließen, die vorhandene oder geplante zentrale Versorgungsbereiche stören. Lässt § 9 Abs. 2 a Satz 3 BauGB für die Bestimmung der zentralen Versorgungsbereiche dabei ausdrücklich den Rückgriff auf ein zugrunde liegendes städtebauliches Entwicklungskonzept (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB) zu bzw. legt es sogar

nahe, ist Entsprechendes im Rahmen der Anwendung des § 34 Abs. 3 BauGB umstritten [7].

Ein die Literatur [8], Rechtsprechung [9] und stadtplanerische Praxis jüngst vielfach beschäftigendes Thema ist die Frage, wie weitgehend die Gemeinden unter Berufung auf ein auf Versorgung bezogenes städtebauliches Entwicklungskonzept – kurz: „Einzelhandelskonzept“ [10] – außerhalb der dort benannten zentralen Versorgungsbereiche Einzelhandel ausschließen, planerisch die „verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung“ (vgl. § 9 Abs. 2 a Satz 2 BauGB) auf die zentralen Versorgungsbereiche kanalisieren dürfen. Dass dies zugunsten eines vorhandenen florierenden und auch für die Zukunft im Einzelhandelskonzept fest eingeplanten bedeutenden Stadtzentrums mit einer für die Bevölkerung attraktiven Palette an Angeboten zum Schutz vor Kannibalisierung durch ein außerhalb des Zentrums anzusiedelnden konkurrierenden Angebots mit offenkundig zu erwartendem Abfluss an Kaufkraft durch den Erlass z.B. eines Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2 a BauGB ohne weiteres möglich

[2] Dazu im Einzelnen und kritisch gegen den herrschenden Trend der obergerichtlichen Rechtsprechung Füßer/Müller, a. a. O.

[3] Im Folgenden soll nur noch der Begriff der Gemeinde verwendet werden.

[4] Es geht streng genommen nicht nur um die Kannibalisierung zu Lasten von Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionen durch „Heranrücken“ von Einkaufszentren knapp außerhalb ihrer Gemeindegrenzen; genauso bemerkenswert ist, wie große Gemeinden durch entsprechende Ansiedlungen knapp innerhalb ihres Gemeindegebietes die Kaufkraft in kleinen angrenzenden Gemeinden kannibalisieren und dadurch kleinteilige verbrauchernahe Versorgung behindern.

[5] Gesetz zur Anpassung des BauGB an EU-Richtlinien v. 24. 6. 2004, BGBl. I, 1359.

[6] Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte v. 21. 12. 2006, BGBl. I, 3316.

[7] Bejahend: Söfker, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg, BauGB, Losebl. (Stand: Jan. 2009), § 34 Rdnr. 85; Krautzberger, in: Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB, 10. Aufl. (2007), § 34 Rdnr. 55; Rieger, in: Schrödter, BauGB, 7. Aufl. (2006) § 34 Rdnr. 74; Janning, BauR 2005, 1723, 1725; Vietmeier, BauR 2005, 480, 487; verneinend: Dürr, in: Brügmann, BauGB, Losebl. (Stand: Sep. 2008), § 34 Rdnr. 106 e; Reichelt, BauR 2006, 38, 42; Reidt, UPR 2005, 241, 242; Uechtritz, NVwZ 2004, 1025, 1030; Bracher, in: Gelzer/Bracher/Reidt, Bauplanungsrecht, 7. Aufl. (2004), Rdnr. 2068. Vom Bundesverwaltungsgericht wird ein Rückgriff jedenfalls insofern verneint, als anhand eines entsprechenden Konzepts nicht Grundstücke aus dem real vorhandenen Versorgungsbereich ausgegrenzt werden können, wenn die gezogene Grenze in der Örtlichkeit keine Bestätigung findet und dadurch Grundstücke von dem zentralen Versorgungsbereich abgetrennt werden, die mit diesem durch die vorhandenen Nutzungen unmittelbar verknüpft sind, vgl. Beschluss v. 12. 2. 2009 – 4 B 5.09 –, BauR 2009, 946, 947.

[8] Janning, ZfBR 2009, 437 ff.; Mikešić/Würsig, BauR 2009, 192 ff.

[9] BVerwG, Urteil v. 26. 3. 2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463 ff.; BVerwG, Urteil v. 29. 1. 2009 – 4 C 16.07 –, ZfBR 2009, 466 ff.; VG Minden, Urteil v. 17. 2. 2009 – 1 K 802/07 –, juris.

[10] Gängig ist auch „Leitlinie zum Einzelhandel“, „Einzelhandels-Zielkonzept“, „Rahmenplan Einzelhandel“, regelmäßig wird – wie hier – der Oberbegriff verwendet, vgl. Paul, NVwZ 2004, 1033, 1034.

sein muss, ist offensichtlich. Darf aber beispielsweise eine Großstadt auch versuchen, dem in einem entlegenen und von Wohngebieten geprägten Stadtteil bloß geplanten (lokalen) Stadtteilzentrum, welches abgesehen von der Planung ohne weitere gemeindliche Unterstützung allein auf privatwirtschaftlicher Initiative keimen soll, die Chance zum Aufblühen dadurch zu verbessern, dass im betreffenden Stadtteil *sämtliche* konkurrierenden Einzelhandelsnutzungen außerhalb des planerisch festgelegten (zentralen) Versorgungsbereichs ausgeschlossen, den in den Gebieten lebenden Verbrauchern die – jedenfalls: wohnortnahe – Befriedigung ihrer diesbezüglichen Bedürfnisse verbindlich im geplanten Versorgungsbereich vorgegeben wird? Gibt es abstrakte Grenzen für solche – von uns aus nahe liegenden Gründen „planwirtschaftlich“ genannte – Einzelhandelskonzepte und darauf aufbauende Bauleitplanung?

Janning [11] meint, der Streit hierüber habe durch das neuerliche Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009 [12] schon wieder ein Ende gefunden, fasst die Rechtslage wie folgt zusammen: Ein totaler Einzelhandelsausschluss ist kritisch, nicht jedoch, wenn „lediglich“ zentrenrelevanter Einzelhandel ausgeschlossen wird und im Übrigen ein fundiertes, gemeindeweites und vom Rat beschlossenes Einzelhandelskonzept vorliegt, das durch den betreffenden Bebauungsplan konsequent umgesetzt wird. Sieht man indes genauer hin, sind viele Fragen nach wie vor offen, zahlreiche Probleme sind vom Bundesverwaltungsgericht unangetastet geblieben.

## **2. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009**

Mit Urteil vom 26.3.2009 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht ein Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen [13], das den bauleitplanerischen Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben sowie Verkaufsstellen von Handwerksbetrieben und anderen Gewerbebetrieben – ausgenommen Betriebe des Kfz-Handwerks – innerhalb eines Mischgebietes unbeanstandet ließ.

Das OVG Nordrhein-Westfalen hatte zur Begründung des Einzelhandelsausschlusses ausgeführt, dass Bedenken im Hinblick auf

die Erforderlichkeit nicht bestünden, der Gesetzgeber ermächtige die Gemeinden, die „Städtebaupolitik“ zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht. Hier habe sich die Gemeinde die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche zum Ziel gesetzt. Dies sei ein hinreichend tragfähiger städtebaulicher Belang, wie nicht zuletzt aus § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB deutlich werde. Zur Konkretisierung ihrer Planungsvorstellungen habe die betreffende Gemeinde ein nachvollziehbares und in sich widerspruchsfreies Einzelhandelskonzept erarbeitet. In Abkehr zu früherer Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen [14] konstatierte das Gericht sodann, dass es hier daher einer dezidierten Begründung des Einzelhandelsausschlusses nicht bedürfe, die Gemeinde verfolge nicht nur den Schutz eines Zentrums, sondern auch die Vergrößerung des Angebots und damit die Steigerung der Attraktivität bestimmter Zentren. Insoweit reiche es aus, dass sich die Gemeinde auf ihr tragfähiges Einzelhandelskonzept stütze. So erscheine der nahezu vollständige Einzelhandelsausschluss in dem streitgegenständlichen Mischgebiet schon deshalb plausibel, weil sich jenes Mischgebiet gerade einmal in einer Entfernung von ca. 300 m zu einem der von der Gemeinde zu sichernden und zu entwickelnden Zentren befinde und damit im unmittelbaren, fußläufig erreichbaren Naheinzugsbereich des Zentrums liege. Soweit § 1 Abs. 5 BauNVO Einschränkungen in Bezug auf bestimmte, an sich in den Baugebieten der Baunutzungsverordnung zulässigen Nutzungen davon abhängig macht, dass das betreffende Baugebiet seine Prägung nicht verliert und im Ergebnis ein anderer, unter Umständen gar nicht in der BauNVO vorgesehener Baugebietstyp geschaffen wird, sei dies grundsätzlich noch gewahrt, wenn – wie hier – in einem Mischgebiet eine der nach § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Arten der gewerblichen Nutzung vollständig ausgeschlossen wird. Auf Fragen der Abwägung

[11] ZfBR 2009, 437 ff.

[12] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463 ff. = BauR 2009, 1245.

[13] OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris.

[14] Vgl. nur OVG NRW, Urteil v. 12.11.2004 – 10a D 38/02.NE –, NVwZ-RR 2005, 309, 310 f. = BauR 2005, 963; Urteil v. 22.4.2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 572 f. = BauR 2005, 819; Urteil v. 17.1.2006 – 10 A 3413/03 –, ZfBR 2006, 590, 591 = BauR 2006, 1991.



sei nicht einzugehen, da Mängel der Abwägung nicht erkennbar seien, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens im Übrigen auch keine diesbezüglichen (privaten) Anregungen vorgebracht wurden.

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte zunächst, dass gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO bestimmte, in den jeweiligen Absätzen 2 der §§ 2, 4 bis 9 und 13 BauNVO genannten Nutzungsarten auch generell ausgeschlossen werden können. Hierzu gehörten auch Einzelhandelsbetriebe, die im Mischgebiet gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO allgemein zulässig sind. Soweit von dem generellen Ausschluss sodann wiederum einzelne Gegennahmen gemacht werden, komme es zur Rechtfertigung des grundsätzlichen Ausschlusses bestimmter Nutzungsarten nicht auf die weiteren Voraussetzungen des § 1 Abs. 9 BauNVO an; vielmehr sei § 1 Abs. 9 BauNVO lediglich auf diese, eine feinere Ausdifferenzierung bewirkenden Gegennahmen beschränkt. Für den Ausschluss bestimmter Nutzungsarten nach § 1 Abs. 5 BauNVO sei daher lediglich die allgemeine Rechtfertigung nach § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB maßgebend. Insofern folgte dann das Bundesverwaltungsgericht der Auffassung des OVG Nordrhein-Westfalen: Der Einzelhandelsausschluss sei im vorliegenden Fall durch hinreichend gewichtige städtebauliche Allgemeinwohlbelange in nachvollziehbarer Weise gerechtfertigt. Insbesondere erschöpfe sich die Bauleitplanung nicht darin, bereits eingeleitete Entwicklungen zu steuern. Sie sei auch ein Mittel, um städtebauliche Ziele für die Zukunft zu formulieren und aktiv auf eine Änderung des städtebaulichen Status quo hinzuwirken. Insofern sei die Gemeinde beim Ziel der Stärkung ihrer Zentren nicht darauf beschränkt, nur solche Einzelhandelsnutzungen in nicht zentralen Lagen zu unterbinden, die in den Zentren bereits in nennenswertem Umfang ausgeübt werden. Demzufolge sei es auch der Gemeinde gestattet gewesen, „zentrumbildende“ Nutzungsarten in Gebieten außerhalb der Zentren mit dem Ziel auszuschließen, eventuelle Neuansiedlungen den Zentren zuzuführen, um deren Attraktivität zu steigern oder zu erhalten. Anders als bei einem nur zum Schutz eines Zentrums erfolgten Einzelhandelsausschluss bedürfe es in diesem Fall regelmäßig keiner Ermittlung der konkret zen-

trenschädlichen Sortimente. Ein (allein) durch das Ziel der Stärkung der Zentren durch Konzentration von Einzelhandelsansiedlungen auf eben jene Zentren begründeter Einzelhandelsausschluss könne im Übrigen freilich nicht weiter gehen, als eine Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in den Zentren überhaupt in Betracht kommt. Dies sei in dem zur Entscheidung stehenden Fall indes beachtet worden. Anhaltspunkte dafür, dass die dem Ziel der Stärkung der Zentren innewohnenden Rechtfertigungsgrenzen überschritten worden seien und mit Blick auf örtliche Gegebenheiten Differenzierungen unter dem Gesichtspunkt der mangelnden Zentrenggeeignetheit der Einzelhandelsausschluss zu weit geraten wäre, seien nicht zu erkennen. Im Übrigen bedürfe es, wenn das Gesamtkonzept – wie hier vom Oberverwaltungsgericht festgestellt – in der Lage ist, die Einzelhandelsentwicklung im gesamten Stadtgebiet nachvollziehbar und widerspruchsfrei zu ordnen, jedenfalls auf der Ebene eines Bebauungsplans, der dieses Einzelhandelskonzept für einen bestimmten Bereich umsetzen soll, keiner weiteren Differenzierung unter dem Gesichtspunkt der Zentrenreinigung.

### 3. Geklärte und offene Fragen

Damit scheint höchststrichterlich festzustehen, dass auch im o. g. Sinne „planwirtschaftliche“ Bebauungsplanung jedenfalls grundsätzlich keinen rechtlichen Bedenken begegnet. Doch ist es wirklich so, dass die bislang von verschiedenen (Ober-)Gerichten [15] angemeldeten Zweifel überzogen waren? Können sich Gemeinden genauer Überprüfung des bauplanerischen Zugriffs auf bestehende Baurechte wirklich dadurch entziehen, dass sie sich neben der Stabilisierung realer Versorgungsstrukturen auch die Erreichung virtueller und zudem hochstufiger Planungsziele vorgeben? Macht es vielleicht auch – im Sinne der eingangs in rhetorischer Absicht formulierten Frage – einen Unterschied, mit Bezug auf welchen real und/oder planerisch vorgegebenen Gebietstyp eine Gemeinde meint, zum Schutz der zentralen Versorgungsbereiche gemäß ihres Einzelhandels-

[15] So beispielsweise OVG NRW, Urteil v. 22.4.2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 573; VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 26.2.2008 – 8 S 518/06 –, UA S. 15 (unveröff.).

konzepts Einzelhandel „vor Ort“ unterbinden zu wollen?

Die Impulse des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009 aufnehmend soll im Folgenden den mit diesen Fragen angerissenen nach wie vor kritischen Punkten „planwirtschaftlicher“ Einzelhandelsausschlussplanungen nachgegangen werden.

### **3.1. Voraussetzungen des § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO**

Der Gesetzgeber ermächtigt die Gemeinden – abgesehen vom „Sonderfall“ des vorhabenbezogenen Bebauungsplans – nur zu den in § 9 Abs. 1 BauGB geregelten Festsetzungen. Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB kann insbesondere die Art der baulichen Nutzung festgesetzt werden, welche wiederum durch die BauNVO konkretisiert wird. Abweichungen von den dort typisiert aufgeführten Baugebieten sind demnach auch nur innerhalb der Grenzen des § 1 Abs. 4 bis 10 BauNVO zulässig [16].

Von Relevanz für den Ausschluss zentrenrelevanten Einzelhandels sind § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO sowie § 9 Abs. 2 a BauGB.

#### **3.1.1. Erfordernis der Wahrung der Zweckbestimmung des Baugebietes**

Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO kann in einem Bebauungsplan festgesetzt werden, dass bestimmte Arten von Nutzungen, die nach den §§ 2, 4 bis 9 und 13 BauNVO allgemein zulässig sind, nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes gewahrt bleibt. Bedeutsam für die Zulässigkeit „planwirtschaftlicher“ Ausschlussplanungen ist damit auch, in welchem Gebietstyp der (zentrenrelevante) Einzelhandel (nahezu) vollständig ausgeschlossen werden soll. In einem Kerngebiet, das gemäß § 7 Abs. 1 BauNVO gerade der vorwiegenden Unterbringung von Einzelhandel dient, dürfte eine solche Festsetzung regelmäßig gegen die in jedem Fall zu wahrende allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes verstoßen [17].

Gegenstand des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009 war indes ein Mischgebiet. Das Bundesverwaltungsgericht geht dabei schnell über § 1 Abs. 5 letzter

Halbs. BauGB hinweg [18], übernimmt schlicht die Aussage des OVG Nordrhein-Westfalen [19], § 1 Abs. 5 letzter Halbs. BauNVO sei in einem Mischgebiet auch dann noch gewahrt, wenn eine der nach § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Arten der gewerblichen Nutzung vollständig ausgeschlossen wird. Mag dieser Rechtssatz in Bezug auf gewerbliche Nutzungen allgemein zutreffen, so greift dessen unbesehene Anwendung auf den Einzelhandel indes zu kurz. Hintergrund für die Sonderstellung des Einzelhandels ist dessen Versorgungsrelevanz für die im Gebiet lebende Wohnbevölkerung, die sich auch in der abgestuften Regelung der BauNVO zeigt [20]. Deshalb ist in Baugebieten, die (auch) dem Wohnen dienen, der vollständige Einzelhandelsausschluss nur dann bedenkenfrei, wenn die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Gebiet unzweifelhaft gesichert ist. Es muss jedem Einwohner möglich sein, zu Fuß – also maximal zwischen 500 m [21] und 700 m [22] Abstand zwischen Wohnort und Einkaufsmöglichkeit – (mindestens) Waren des täglichen Bedarfs zu noch zumutbaren Preisen erwerben zu können. Dies war zwar in dem den vorgenannten Urteilen zugrunde liegenden Fall gegeben [23], dennoch wäre wünschenswert gewesen, wenn jene Differenzierung auch ausgesprochen und gegen mögliche Missinterpretationen gesichert worden wäre [24].

#### **3.1.2. Besondere städtebauliche Gründe i. S. d. § 1 Abs. 9 BauNVO**

§ 1 Abs. 9 BauNVO sieht die Möglichkeit der demgegenüber noch feineren Differenzierung vor, wenn besondere städtebauliche Gründe dies rechtfertigen. Mit „besondere städtebauliche Gründe“ i. S. von § 1 Abs. 9 BauNVO ist sodann nicht gemeint, dass die zur Rechtfertigung der betreffenden Festsetzung heran-

[16] Reidt, UPR 2009, 1.

[17] Bischofink, BauR 2007, 825, 828.

[18] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463.

[19] OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, Rdnr. 69.

[20] Hierzu Füßer/Müller, DVBl. 2005, 1415, 1417 f.

[21] So Füßer/Müller, DVBl. 2005, 1415, 1423.

[22] So OVG NRW, Urteil v. 17.4.2009 – 7 D 110/07/NE –, juris, Rdnr. 108; OVG NRW, Urteil v. 6.11.2008 – 10 A 1417/07 –, BauR 2009, 220, 222.

[23] Vgl. OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, Rdnr. 47.

[24] Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts dürfte insofern durchaus gefahrneigt sein, in Gestalt „planwirtschaftlich“ denkender Planungschefs manchen kaum noch schlafenden Hund zu wecken, vgl. dazu nur Füßer/Hensche, KritV 1996, 55 ff.

gezogenen Gründe von größerem oder im Verhältnis zu § 1 Abs. 5 BauNVO zusätzlichem Gewicht sein müssen, sondern dass es spezielle Gründe gerade für die gegenüber § 1 Abs. 5 BauNVO noch feinere Ausdifferenzierung der zulässigen Nutzungen geben muss [25]. Wird von der Möglichkeit des § 1 Abs. 9 BauNVO Gebrauch gemacht, so erfordert überdies das Bestimmtheitsgebot, dass die Differenzierung nach Nutzungsarten bzw. Anlagetypen erfolgt, die es in der Lebenswirklichkeit auch tatsächlich gibt [26]. Im Einzelnen:

### **3.1.2.1. Ausdifferenzierungsgründe, Nachweis der Zentrenschädlichkeit**

Fraglich ist, ob § 1 Abs. 9 BauNVO – ggf. gutachterlich gestützt – die konkrete Darlegung der Zentrenschädlichkeit bezogen auf jedes ausgeschlossene Sortiment verlangt. Zum Teil wurde dies bejaht [27]. Nach anderer Ansicht, der sich jetzt auch das Bundesverwaltungsgericht angeschlossen hat [28], ist hingegen danach zu differenzieren, ob der betreffende Bebauungsplan lediglich den Schutz bestimmter Zentren verfolgt oder auch deren Stärkung bzw. Fortentwicklung; verfolgt die Gemeinde das Ziel, nicht nur zentrenschädlichen bzw. nahversorgungsrelevanten Einzelhandel zu steuern, sondern (zugleich) zur Vergrößerung des Angebots und damit der Steigerung der Attraktivität der Zentren den Einzelhandel auf bestimmte, konkret ausgewiesene Bereiche zu konzentrieren, bedürfe es keines konkreten Nachweises der Zentrenschädlichkeit [29].

Insofern hat indes das Bundesverwaltungsgericht [30] ebenso wie schon das OVG Nordrhein-Westfalen [31] eine differenzierende Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der Zentrenschädlichkeit bzw. Zentreneignung letztlich deshalb nicht für erforderlich gehalten, weil dem betreffenden Bebauungsplan ein gesamtgemeindliches nachvollziehbares und in sich widerspruchsfreies Einzelhandelskonzept zugrunde lag (zu den im Einzelnen an solche Konzepte gestellten Anforderungen noch unten 3.2.). Ausdrücklich offen gelassen hat das Bundesverwaltungsgericht jedoch („jedenfalls“), ob es auch im Hinblick auf solche Bebauungspläne keiner weiteren Differenzierung und Begründung bedarf, die kein gesamtgemeindliches Einzelhandels-

konzept umsetzen bzw. hiervon partiell abweichen.

Obgleich das Bundesverwaltungsgericht diese Frage letztlich offen gelassen hat, streicht das Gericht die Existenz eines gesamtgemeindlichen Einzelhandelskonzepts, aus welchem sich dann auch die für zentrenrelevant erachteten Sortimente ergeben, besonders heraus. Ist es doch gerade das Vorliegen eines solchen – plausiblen – Gesamtkonzepts, das es rechtfertigt, die Anforderungen an den Nachweis der Zentrenschädlichkeit bzw. Zentreneignung zurückzunehmen; denn in dem Maße, in dem das Ziel der Stärkung bestimmter Zentren von einem konkreten Zentrum losgelöst und auf ein generelles Ziel der Zentrenstärkung im gesamten Gemeindegebiet bezogen wird, treten die Verhältnisse im konkret betroffenen Zentrum in den Hintergrund [32]. Fehlt es an einem solchen das gesamte Gemeindegebiet betreffenden Konzept, so existiert gerade kein auch im Einzelfall Orientierung bietendes städtebaupolitisches Leitbild. Dann haben die Gerichte genauer hinzusehen, es ist ein dezidiertes Nachweis der Zentrenschädlichkeit bzw. der Gefährdung der diesbezüglichen kommunalen Entwicklungsvorstellungen zu erbringen [33]. Gleiches gilt, wenn die Gemeinde zwar über ein entsprechendes Einzelhandelskonzept verfügt, hiervon aber im Rahmen der betreffenden Bebauungsplanung abweicht.

Stützt sich die Gemeinde hingegen auf ein Einzelhandelskonzept, von dem im Rahmen früherer Bebauungspläne bereits abgewichen wurde, so ist nach der noch vorhandenen Steuerungswirkung dieses Konzepts zu

[25] BVerwG, Urteil v. 29.1.2009 – 4 C 16.07 –, ZfBR 2009, 466, 467.

[26] BVerwG, Beschluss v. 18.2.2009 – 4 B 54.08 –, BauR 2009, 1102.

[27] OVG NRW, Urteil v. 12.11.2004 – 10a D 38/02.NE –, NVwZ-RR 2005, 309, 310 f. = BauR 2005, 963; Urteil v. 22.4.2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 572 f. = BauR 2005, 819; Urteil v. 17.1.2006 – 10 A 3413/03 –, ZfBR 2006, 590, 591 = BauR 2006, 1991; VG Minden, Urteil v. 17.2.2009 – 1 K 802/07 –, juris, RdNr. 60–71.

[28] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21/07 –, ZfBR 2009, 463, 464.

[29] VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 21.5.2001 – 5 S 901/99 –, NVwZ-RR 2002, 556, 557; nunmehr auch OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, RdNr. 65; ähnlich auch schon BVerwG, Beschluss v. 11.5.1999 – 4 BN 15.99 –, NVwZ 1999, 1338.

[30] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21/07 –, ZfBR 2009, 463, 464.

[31] OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, RdNr. 61–68.

[32] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463, 465.

[33] So wohl auch Janning, ZfBR 2009, 437, 439.



differenzieren. Insoweit hat das Bundesverwaltungsgericht erst in jüngerer Zeit judiziert, dass insbesondere Art. 3 Abs. 1 GG und der ihm innewohnende Grundsatz der Systemgerechtigkeit eine Gemeinde nicht dazu verpflichtet, ein Konzept aufzugeben, das trotz Durchbrechungen seine Aufgabe darzustellen, welche Standorte städtebaulich für Einzelhandel geeignet sind, noch erfüllen kann [34]. Wird das Einzelhandelskonzept demnach seiner informellen Steuerungsaufgabe noch gerecht, so ist ein hierauf aufbauender Bebauungsplan nicht anders zu behandeln als im Falle eines bislang undurchbrochenen Konzepts. Letztlich wird man jedoch von einer nach wie vor gegebenen Aufgabenerfüllung nur ausgehen können, wenn sich die zwischenzeitlich erfolgten Durchbrechungen gleichsam als bruchlose Fortschreibung des Konzepts darstellen.

### 3.1.2.2. *Taugliche Differenzierungskriterien*

Jedenfalls aus Bestimmtheitsgründen erlaubt § 1 Abs. 9 BauNVO des Weiteren eine Differenzierung nach Nutzungsarten bzw. Anlagentypen nur, soweit es diese in der Lebenswirklichkeit auch tatsächlich gibt [35]. Wird – wie meist – nach bestimmten Sortimenten oder Branchen differenziert, begegnet dies keinen Bestimmtheitsbedenken, da die Unterscheidung in Sortimente bzw. Branchen der ökonomischen Wirklichkeit entspricht [36]. Der Grat hin zu einer dann doch von den tatsächlichen Gegebenheiten abweichenden Ausdifferenzierung ist hingegen schmal; hier ist genau hinzusehen, insbesondere stellt das Merkmal der Zentren- oder Innenstadtrelevanz kein branchentypisches Kriterium zur Unterscheidung von Warensortimenten dar [37]. Auch ist darauf zu achten, dass die Gemeinde – das gilt im Übrigen nicht nur insoweit – die Umstände *vor Ort* in den Blick nimmt. Eine allzu starke Orientierung an Einzelhandelserlasse der Landesregierungen oder Vorbildsuche bei anderen Gemeinden kann hier leicht in die Irre führen [38]. Letztlich wird die Gemeinde nicht umhinkommen, entsprechende *abschließende* Sortimentslisten zu erstellen, die sich mit Blick auf das Planungsziel auf sachliche Erwägungen zurückführen lassen.

Unabhängig davon wird häufig nach der Verkaufsflächengröße differenziert. Das Bundes-

verwaltungsgericht hat indes erst in jüngerer Zeit nochmals klargestellt, dass es einer Gemeinde nicht gestattet ist, durch eine betriebsunabhängige Festsetzung von Verkaufsflächenobergrenzen für alle im betreffenden Gebiet ansässigen oder zulässigen Einzelhandelsbetriebe das System der vorhabenbezogenen Typisierung zu verlassen, auf dem die Vorschriften der BauNVO zur Art der baulichen Nutzung beruhen [39]. Allein die Flächengröße definiert außerhalb der Abgrenzung von groß- und kleinflächigen Einzelhandelsbetrieben nach § 11 Abs. 3 BauNVO grundsätzlich keinen bestimmten Betriebstyp; sie ist allenfalls dazu geeignet, einen bestimmten Betriebstyp ergänzend zu charakterisieren [40]. Existieren indes in der konkreten Lebenswirklichkeit *der betreffenden Gemeinde* bestimmte, zumindest auch an eine Verkaufsflächengröße geknüpfte Betriebstypen, so begegnet dies hingegen keinen Bedenken. So hat die Rechtsprechung beispielsweise – freilich immer nur im konkreten Fall – „Nachbarschaftsläden“ mit einer Verkaufsfläche von maximal 400 m<sup>2</sup> als eigenen Betriebstyp anerkannt [41]. Ähnliches ist hinsichtlich Tankstellenshops mit einer Verkaufsfläche von bis zu 150 m<sup>2</sup> der Fall [42].

### 3.1.3. *Bebauungspläne nach § 9 Abs. 2 a BauGB*

Für Bebauungspläne nach § 9 Abs. 2 a BauGB schließlich gilt nichts anderes, auch hiermit können – unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte – solch ausdifferenzierte Festsetzungen getroffen werden, wie sie nach § 1 Abs. 9 BauNVO bei Festsetzung eines der Baugebiete der BauNVO möglich wären. Zweifel daran könnte man zwar insoweit he-

[34] BVerwG, Urteil v. 29.1.2009 – 4 C 16.07 –, ZfBR 2009, 466, 470.  
[35] BVerwG, Beschluss v. 18.2.2009 – 4 B 54.08 –, BauR 2009, 1102.

[36] So auch Mikešić/Würsig, BauR 2009, 192, 201, die in den üblichen Sortimentslisten ansonsten das eigentliche Problem des Einzelhandelsausschlusses, wie er heute zur Gewohnheit geworden ist, sehen.

[37] OVG NRW, Urteil v. 3.6.2002 – 7a D 92/99.NE –, juris, Rdnr. 36–40; a. A. VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 30.1.2006 – 3 S 1259/05 –, BauR 2006, 952, 957.

[38] Vgl. Mikešić/Würsig, BauR 2009, 192, 201 f.

[39] BVerwG, Urteil v. 3.4.2008 – 4 CN 3.07 –, BVerwGE 131, 86, 91 = BauR 2008, 1273.

[40] Reidt, UPR 2009, 1, 2.

[41] BVerwG, Beschluss v. 18.2.2009 – 4 B 54.08 –, BauR 2009, 1102; Beschluss v. 8.11.2004 – 4 BN 39.04 –, NVwZ 2005, 324, 325 = BauR 2005, 513.

[42] OVG NRW, Urteil v. 22.4.2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 573.

gen, als § 9 Abs. 2a BauGB dem Wortlaut nach § 1 Abs. 5 BauNVO entspricht:

„Für im Zusammenhang bebaute Ortsteile (§ 34) kann zur Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche, auch im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung und der Innenentwicklung der Gemeinden, in einem Bebauungsplan festgesetzt werden, dass nur bestimmte Arten der nach § 34 Abs. 1 und 2 zulässigen baulichen Nutzungen *zulässig oder nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können.*“ [43]

Nach dem Wortlaut könnte somit nur eine der einzelnen, in den jeweiligen Absätzen 2 der §§ 2, 4 bis 9 und 13 BauNVO aufgeführten Nutzungsarten im Rahmen des § 9 Abs. 2a BauGB ausgeschlossen werden, nicht jedoch auch eine Feinsteuerung wie nach § 1 Abs. 9 BauNVO erfolgen. Dies war jedoch vom Gesetzgeber ersichtlich nicht beabsichtigt [44], sodass bei Bebauungsplänen nach § 9 Abs. 2a BauGB im Wesentlichen dieselben Anforderungen wie bei Festsetzungen gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO in „normalen“ Bebauungsplänen gelten [45].

### 3.2. Tragfähigkeit von Einzelhandelskonzepten

Wie gesehen, kommt insbesondere den Einzelhandelskonzepten eine entscheidende Bedeutung im Rahmen des Einzelhandelsausschlusses zu: Grundsätzlich vermag nur ein gesamtgemeindliches in sich widerspruchsfreies und nachvollziehbares Einzelhandelskonzept die Gemeinde von schwierigen Begründungslasten und Nachweisen zu befreien [46]. Da und soweit diese Konzepte über § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB in den letztlich die Ausschlusswirkung herbeiführenden Bebauungsplan inkorporiert werden, haben sie den an den Bebauungsplan selbst gestellten (weiteren) Anforderungen, insbesondere der Erforderlichkeit nach § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB und dem Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB zu genügen [47]. Jene im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung zu beachtenden Erfordernisse werden also gleichsam – bezogen auf das gesamte Gemeindegebiet – jedenfalls zu einem bedeutenden Teil auf die Konzeptebene vorverlagert. Dies rechtfertigt es auch, die Gemeinde auf Bebauungsplanenebene entsprechend zu entlasten, verpflichtet

zugleich aber die Gerichte, an entsprechender Stelle das in Bezug genommene Einzelhandelskonzept einer näheren Überprüfung nach eben denselben Maßstäben zu unterziehen.

#### 3.2.1. Erforderlichkeit

Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB sind Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Das Erforderlichkeitsgebot bezieht sich dabei auf jede einzelne Festsetzung [48]. Was in diesem Sinne erforderlich ist, bestimmt sich maßgeblich nach der jeweiligen planerischen Konzeption der Gemeinde. Der Gesetzgeber ermächtigt die Gemeinden insoweit, die „Städtebaupolitik“ zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht [49]. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob und in welchem Umfang sie Teile des Gemeindegebietes zur Unterbringung von Einzelhandelsbetrieben zur Verfügung stellt [50]. Will eine Gemeinde also zum Schutz bestimmter Zentren an anderer Stelle (zentrenrelevanten) Einzelhandel ausschließen, so ist sie – anders als bei einem Vorgehen nach § 34 Abs. 3 BauGB – bei ihrer Planung nicht auf die Erhaltung oder Entwicklung bereits vorhandener zentraler Versorgungsbereiche beschränkt, sondern kann auch ein darüber hinausgehendes Konzept verfolgen [51]. Kurzum: Für die Vereinbarkeit eines Bebauungsplans und damit auch eines Einzelhandelskonzepts mit § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB kommt es auf dessen Konformität mit den planerischen Zielvorstellungen der Gemeinde selbst an [52], letztlich damit nur auf Stringenz, freilich unter Berücksichtigung der einem auf verbrauchernahe Versorgung zielenden Konzept eingeschriebenen inneren

[43] Hervorhebung durch die Verfasser.

[44] Hierzu Sparwasser, VBIBW 2007, 281, 285.

[45] Reidt, UPR 2009, 1, 2; Bishopink, BauR 2007, 825, 834.

[46] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463, 465.

[47] Krautzberger (Fußn. 7), § 1 Rdnr. 85.

[48] BVerwG, Urteil v. 31.8.2000 – 4 CN 6.99 –, DVBl. 2001, 377.

[49] BVerwG, Beschluss v. 11.5.1999 – 4 BN 15.99 –, NVwZ 1999, 1338 = BauR 1999, 1136.

[50] BVerwG, Beschluss v. 10.11.2004 – 4 BN 33.04 –, BauR 2005, 818, 819.

[51] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463, 464; BVerwG, Beschluss v. 12.2.2009 – 4 B 5.09 –, BauR 2009, 946, 947.

[52] So auf den Punkt gebracht VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 21.5.2001 – 5 S 901/99 –, NVwZ-RR 2002, 556, 558; jüngst OVG NRW, Urteil v. 17.4.2009 – 7 D 110/07.NE –, juris.

Grenzen, zu deren Verwirklichung die Planungsinstrumente des BauGB allein geeignet und bestimmt sind [53]. Darüber hinaus sind Festsetzungen nicht erforderlich, soweit sie einer positiven Planungskonzeption entbehren oder ersichtlich der Förderung von Zielen dienen, für deren Verwirklichung die Planungsinstrumente des BauGB nicht geeignet oder bestimmt sind [54], oder wenn ihrer Verwirklichung auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegenstehen [55]. Vor allem letzterer Gesichtspunkt ist bei Einzelhandelsausschlussplanungen bedeutsam; das von der Gemeinde verfolgte planerische Konzept muss eine echte Chance auf Realisierung haben. Im Einzelnen:

### **3.2.1.1. Verfolgung städtebaulicher Zielsetzungen: verbrauchernahe Versorgung**

Die betreffende Planung darf nicht der Förderung von Zielen dienen, für deren Verwirklichung die Planungsinstrumente des BauGB nicht geeignet oder bestimmt sind. Dieses Erfordernis wäre gewahrt, wenn es der Gemeinde – wie oft nach außen proklamiert wird – um die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche oder die Innenstadtentwicklung ginge. Wird doch die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche als legitimes städtebauliches Ziel nunmehr in § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB explizit genannt [56] und die Innenentwicklung als legitimes Ziel in § 9 Abs. 2a Satz 1 BauGB erwähnt.

Insoweit ist jedoch zu beachten, dass der demnach an sich legitimen städtebaulichen Zielsetzung der Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche systemimmanente Schranken gesetzt sind: § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB eröffnet gerade kein Einfallstor für eine wirtschafts- und handelspolitische Einflussnahme der Gemeinden, sondern soll – im Gegenteil – der wohnungsnahen Versorgung dienen [57]. Als legitimes Ziel ist es damit nur tragfähig, wenn sich die Gemeinde nachvollziehbar eine – unter Berücksichtigung zumutbarer Fußwege [58] – jedenfalls gerade noch hinreichend flächendeckende Versorgung vornimmt; die Hinnahme bzw. sogar Schaffung von „Versorgungslücken“ darf sie allenfalls in den nicht (auch) dem Wohnen

dienenden Gebieten zum Inhalt planerischen Wollens machen.

### **3.2.1.2. Stringenz der planerischen Konzeption**

Obgleich insoweit gerichtlich nur eine Evidenzkontrolle erfolgt [59], ist die von § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB geforderte Stringenz der Planung nicht zu unterschätzen. Wie das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 26.3.2009 zutreffend herausgearbeitet hat [60], fehlt es an dieser Stringenz jedenfalls schon dann, wenn die Gemeinde in einem Bebauungsplan zum Schutz oder zur Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche Festsetzungen vorsieht, die über das von ihr verfolgte Ziel dadurch hinausschießen, dass auch (Einzelhandels-)Nutzungen ausgeschlossen werden, deren Ansiedlung – aus welchen Gründen auch immer – in den zu schützenden bzw. zu entwickelnden Zentren gar nicht zulässig wäre. Im Übrigen hat das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 26.3.2009 im Zusammenhang mit dem Erfordernis der weiteren Differenzierung Einzelhandel ausschließender Festsetzungen unter dem Gesichtspunkt der Zentrenreignung ausgeführt, dass eine solche Differenzierung jedenfalls dann nicht erforderlich sei, wenn die betreffende Gemeinde ein Einzelhandelskonzept umsetzt, welches „in der Lage ist, die Einzelhandelsentwicklung im gesamten Stadtgebiet nachvollziehbar und widerspruchsfrei zu ordnen“ [61].

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob eine Gemeinde nur dann in das freie Spiel der Marktkräfte eingreifen darf, wenn sie zur Herstellung der erwünschten städtebaulichen Zustände eher in der Lage ist als die Privatwirtschaft. Eine klare Antwort auf diese Frage wird man wegen der Situationsgebundenheit

[53] BVerwG, Beschluss v. 11.5.1999 – 4 BN 15.99 –, NVwZ 1999, 1338, 1339.

[54] BVerwG, Beschluss v. 11.5.1999 – 4 BN 15.99 –, NVwZ 1999, 1338, 1339.

[55] BVerwG, Urteil v. 18.3.2004 – 4 CN 4.03 –, BVerwGE 120, 239, 241 = BauR 2004, 1260.

[56] OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, Rdnr. 55.

[57] OVG NRW, Urteil v. 25.10.2007 – 7 A 1059/06 –, juris, Rdnr. 53–55; Krautzbeger (Fußn. 7), § 1 Rdnr. 61 a.

[58] Vgl. dazu oben 3.1.1.

[59] Köck, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle, Grundlagen des Verwaltungsrechts, 2009, Bd. II, S. 1276 ff. Rdnr. 96–98.

[60] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463, 464.

[61] BVerwG, Urteil v. 26.3.2009 – 4 C 21.07 –, ZfBR 2009, 463, 465; Hervorhebungen durch die Verfasser.



des Eigentums weder aus Art. 14 Abs. 1 GG gewinnen können noch aus der deutschen Wirtschaftsverfassung, da sich Letztere durch ihre Offenheit auszeichnet, insbesondere Markt und Wettbewerb als solche im Grundgesetz nicht institutionell abgesichert sind [62]. Der Grundsatz „in dubio pro status quo“ [63] spricht hingegen klar dafür, dass die Gemeinde sich jedenfalls Gedanken darüber machen und darlegen muss, ob und inwieweit ihr bauleitplanerisches Eingreifen die Erreichung der von ihr selbst gesetzten städtebaulichen Ziele – potenziell – besser gewährleistet als die aktuelle, nicht oder weniger gesteuerte planungsrechtliche Situation, der Bebauungsplan also im wahrsten Sinne des Wortes erforderlich ist. Stellt die Gemeinde insoweit überhaupt keine Überlegungen an oder sind die Überlegungen dazu nicht nachvollziehbar, so kann sie sich vor diesem Hintergrund nicht auf ihren weiten Ermessensspielraum berufen. Vielmehr hat sie sicherzustellen, dass zumindest keine Verschlechterung eintritt; städtebauliche Experimente ohne reale Vermutungsbasis für den Erfolg der Versuchsanordnung sind den Gemeinden insoweit jedenfalls in Wohngebieten schon wegen der Versorgungsrelevanz für die Bevölkerung nicht gestattet [64].

Will die Gemeinde also bestimmte Bereiche besonders schützen oder gar erst zu Zentren entwickeln, so muss sie plausibel begründen, warum ausgerechnet diesen – noch oder erstmals – eine besondere Standortgunst zukommt [65]. Verfügt die Gemeinde nicht über eigenen Sachverstand, wird sie sich der empirisch-prognostischen Tragfähigkeit ihres Konzepts regelmäßig sachverständig versichern müssen, will sie Chancen *und* Risiken ihres Handelns abwägungsfehlerfrei in den Blick nehmen. Tragfähig in diesem Sinne und damit nachvollziehbar wird ein Einzelhandelskonzept i. d. R. nur dann sein, wenn sich die Gemeinde zur Begründung ihrer Konzeption auf eine hinreichende Tatsachengrundlage stützen kann; dies gilt in beiden beabsichtigten Wirkrichtungen, d. h. sowohl mit Blick auf die zeitlich und sachlich hinreichend nachhaltige Annahme des planerisch gewollten zentralen Versorgungsbereichs durch Investoren und Kunden, soll er im angedachten Einzugsbereich die Leistung ausreichend umfassender verbrauchernaher Versorgung

auch *real* erbringen, als auch bezogen auf die mehr als nur virtuelle Unterstützung der zentralen Versorgungsbereiche durch den Ausschluss von Konkurrenz von außen. Eine bloße – auf rein *logische* Folgerichtigkeit zielende – „Sichtprüfung“ wird kaum ausreichen. Wird in der Rechtsprechung in Bezug auf Prognoseentscheidungen allgemein konstatiert, dass gerichtlich zu überprüfen ist, ob die Prognose nach einer geeigneten Methode durchgeführt wurde, ob der zugrunde gelegte Sachverhalt zutreffend ermittelt wurde und ob das Ergebnis einleuchtend begründet ist [66], kann hinsichtlich der Tragfähigkeit von Einzelhandelskonzepten, denen stets eine Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben inhärent ist, nichts anderes gelten.

Damit einhergeht, dass das jeweilige Einzelhandelskonzept – gerade angesichts der Schnelllebigkeit des Konsumverhaltens der Bevölkerung – hinreichend aktuell sein muss. Zeichnet sich also beispielsweise ab, dass bestimmte Zentren nicht (mehr) von den Investoren bzw. den Kunden angenommen werden, so kann dies die Gemeinde zum Umdenken zwingen. Sind doch informelle Planungen wie Einzelhandelskonzepte oder städtebauliche Rahmenpläne insbesondere wegen ihrer Flexibilität und der Möglichkeit, schnell und adäquat auf geänderte Umstände zu reagieren, allgemein anerkannt und gerade im Bereich Einzelhandel weit verbreitet [67].

### 3.2.1.4. Realisierbarkeit der Planung

Das wohl wichtigste Ausschlusskriterium im Rahmen der Erforderlichkeit ist die Realisier-

[62] Hierzu Stober, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, 13. Aufl. (2002), § 5 Ziff. 3 (S. 49–51) m. w. N.

[63] Dieser Grundsatz basiert auf Akzeptanzüberlegungen und ist letztlich Ausdruck praktischer Vernunft, er verhindert das leichtfertige Eindringen in fremde Rechtskreise und trägt der im Rechtsstaat geltenden Vermutung Rechnung, dass die bestehenden Verhältnisse rechtlich geordnet sind und der gegenwärtige Zustand tendenziell eher mit der Rechtsordnung übereinstimmt als ein irgendwie veränderter, zum Ganzen siehe Freiherr Knigge, Umweltschutz durch Beweislastumkehr?, 2001, S. 28 ff.; Peschau, Die Beweislast im Verwaltungsrecht, 1983, S. 40 ff.

[64] Diesem Fehler unterlag offenbar die Stadt Siegen, der ein solches Experiment teuer zu stehen gekommen ist (letztlich Leerstandsquote von bis zu 20% selbst in ehemaligen A-Lagen der historisch gewachsenen Innenstadt nach dem Versuch, mit „Zwang“ den Einzelhandel im Bereich des Hauptbahnhofs zu konzentrieren), hierzu Mikešić/Würsig, BauR 2009, 192, 203 m. w. N.

[65] So bezogen auf Potenzialstandorte auch Bishopink, BauR 2007, 825, 826 f.

[66] Siehe nur BVerwG, Urteil v. 20. 4. 2005 – 4 C 18.03 –, BVerwGE 123, 261, 275.

[67] Vgl. Krautberger (Fußn. 7), § 1 Rdnr. 77.

barkeit. Nicht erforderlich sind Planungen, deren Verwirklichung auf unabsehbare Zeit rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegenstehen [68].

Mit welcher Eintrittswahrscheinlichkeit von der Realisierbarkeit des Einzelhandelskonzepts und damit des hieraus entwickelten Bebauungsplans mindestens ausgegangen werden muss, ist eine Frage des Einzelfalls. Auf Grund der Tatsache, dass sich das Recht bei Prognoseentscheidungen derzeit noch nahezu durchgängig mit natürlich-sprachlichen Erwägungen zufrieden gibt und anders als beispielsweise die Ökonomik auf numerische Wahrscheinlichkeitsaussagen verzichtet [69], lassen sich hier kaum konkretere Angaben machen. Fest steht nur, dass die Wahrscheinlichkeitsaussage von der Negativseite her zu treffen ist (es geht um einen Ausschlussgrund) [70], also gefragt werden muss: Wie wahrscheinlich ist, dass der betreffende Bebauungsplan *nicht* innerhalb absehbarer Zeit realisiert wird bzw. realisiert werden kann? Insoweit wird man dann – im zweiten Schritt – als generelle Leitlinie eine mindestens hohe Wahrscheinlichkeit für die Nichtrealisierung des betreffenden Plans als Ausschlusskriterium für die Erforderlichkeit nach § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB anzusetzen haben. Was des Weiteren die von der Rechtsprechung gebrauchte, ebenso unklare Wendung „innerhalb eines absehbaren Zeitraums“ angeht, so kann man sich wenigstens an der gesetzgeberischen Wertung des Planschadensrechts – spätestens innerhalb der nächsten sieben Jahre (vgl. § 42 Abs. 2 BauGB) – orientieren. Beurteilungsperspektive für die Prognose schließlich ist die Ex-ante-Sicht des Plangebers [71].

An der absehbaren Realisierbarkeit wird es demnach regelmäßig scheitern, wenn die Gemeinde versucht, eine Trendwende aufzuhalten, die sich im Wesentlichen bereits vollzogen hat. Ebenfalls problematisch ist, wenn die Gemeinde besonders sensible Bereiche als Zentren schützen bzw. zu Zentren entwickeln möchte, die Realisierung dessen aber trotz „planwirtschaftlicher“ Ausschlussplanung auf Grund nicht unterbindbaren bestandsgeschützten Einzelhandels in der näheren Umgebung auf tönernen Füßen steht. Auch hat die Gemeinde eventuelle Planscha-

densersatzansprüche nach §§ 39 ff. BauGB in den Blick zu nehmen sowie die oben (3.1.1.) dargelegte Konsequenz, notfalls selbst eine adäquate verbrauchernahe Versorgung sicherstellen zu müssen. Sollte sie nämlich finanziell nicht in der Lage sein [72], diese Ansprüche zu befriedigen bzw. die ggf. erforderlich werdenden „kommunalen Läden“ zu betreiben, könnte der betreffende Bebauungsplan mangels absehbarer Realisierbarkeit an der Voraussetzung der Erforderlichkeit gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB scheitern [73].

In Bezug auf die bauleitplanerische Umsetzung des Einzelhandelskonzepts gilt schließlich: Obgleich es grundsätzlich keinen Bedenken begegnet, wenn sich die Gemeinde zunächst nur anlassbezogen bauleitplanerisch betätigt und lediglich in bestimmten Bereichen ihres Gemeindegebietes beginnt, ihrem Einzelhandelskonzept zur Verwirklichung zu verhelfen [74], kann die Erforderlichkeit des betreffenden Bebauungsplans entfallen, wenn durch die Untätigkeit der Gemeinde im Übrigen die Erreichung jener von ihr verfolgten städtebaulichen Ziele insgesamt in Frage gestellt würde [75].

### 3.2.2. Abwägung

Ein (zentrenrelevanten) Einzelhandel ausschließender Bebauungsplan muss schließlich – wie jeder Bebauungsplan – den Anforderungen des Abwägungsgebots nach § 1 Abs. 7 BauGB genügen. Das gilt auch für das diesen Bebauungsplänen zugrunde liegende Einzelhandelskonzept. War im Baugebiet bislang zentrenrelevanter Einzelhandel zulässig, insbesondere nicht schon gemäß § 34 Abs. 3 BauGB ausgeschlossen, so hat die Gemein-

[68] Statt vieler BVerwG, Urteil v. 18. 3. 2004 – 4 CN 4.03 –, BVerwGE 120, 239, 241 = BauR 2004, 1260.

[69] Zum Versuch, die Erkenntnisse der Ökonomik auch für die Beantwortung rechtlicher Fragestellungen nutzbar zu machen, Füßer, in: Ziekow, Aktuelle Fragen des Fachplanungs-, Raumordnungs- und Naturschutzrechts 2006, S. 339, 345 ff.

[70] Diese Unterscheidung, die auf den ersten Blick trivial erscheint, entfaltet beispielsweise im Zusammenhang mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG nicht unerhebliche Bedeutung, hierzu Storost, DVBl. 2009, 673, 674.

[71] Vgl. Hofmann, Abwägung im Recht, 2007, S. 237.

[72] Zur Feststellung der Leistungs(un)fähigkeit kommunaler Haushalte Duve, DÖV 2008, 22 ff.

[73] Vgl. BVerwG, Urteil v. 18. 3. 2004 – 4 CN 4.03 –, BVerwGE 120, 239, 241–243.

[74] Siehe nur OVG NRW, Urteil v. 22. 4. 2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 572.

[75] Vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 30. 1. 2006 – 3 S 1259/05 –, ZfBR 2006, 584, 586 = BauR 2006, 952.

de zu beachten, dass sich der Entzug baulicher Nutzungsmöglichkeiten für den Betroffenen unter Umständen wie eine Teilenteignung auswirken kann und dass jedenfalls dem Bestandsschutz daher ein den von Art. 14 Abs. 3 GG erfassten Fällen vergleichbares Gewicht zukommt [76]. Anders verhält es sich freilich hinsichtlich bloßer Nutzungschancen, die – wenn überhaupt – lediglich einen verminderten Schutz aus Art. 14 Abs. 1 GG genießen [77]. Solche Nutzungschancen, wie z.B. ursprünglich an sich mögliche Betriebserweiterungen, sind sogar regelmäßig nur dann abwägungserhebliche *private* Belange, wenn sie vom Betroffenen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens unter konkreter Angabe, auf welche Art und Weise die jeweilige Nutzungsmöglichkeit künftig in Anspruch genommen werden soll, geltend gemacht werden [78]. Ähnliches gilt mit Blick auf Art. 12 GG. Insoweit wird häufig verkannt, dass die mitunter betroffene Berufsausübungsfreiheit nicht nur bei Regelungen mit berufsregelnder Tendenz – was bei Festsetzungen in Bebauungsplänen regelmäßig nicht der Fall ist – einschlägig ist, sondern auch sonstige, ohne berufsbezogene Finalität erfolgenden schwerwiegenden Eingriffe von der durch Art. 12 GG geschützten Freiheit erfasst werden [79]. Unabhängig von Art. 12, 14 GG sind mögliche Kapazitätserweiterungen, Modernisierungen, Sortimentsumstellungen und dergleichen als Belange der Wirtschaft i.S. von § 1 Abs. 6 Nr. 8 BauGB insbesondere vor dem Hintergrund der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit bereits bestehender sowie künftiger Betriebe in die Abwägung mit einzustellen [80].

Ebenfalls von Relevanz ist das bereits erwähnte besonders geschützte Interesse der Wohnbevölkerung an möglichst kurzen Wegen bei der Besorgung von Gegenständen des täglichen Bedarfs [81]. Dem versuchen einige Gemeinden derzeit dadurch gerecht zu werden, dass sie Durchbrechungen des Ausschlusses für Einzelhandelsnutzungen erlauben, die sich innerhalb bestimmter Größenordnung bewegen [82]. Unabhängig vom bereits erörterten (oben 3.1.2.2.) Problem der hinreichend bestimmten Typisierung wird man insoweit unter Zugrundelegung der Wertung der BauNVO zumindest in überwiegend dem Wohnen dienenden Baugebieten bei

– für die nicht motorisierte Bevölkerung – nicht anderweitig gesicherter Versorgungslage im Gebiet mindestens „Läden“ im wohlverstandenen Sinne der BauNVO, also Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von regelmäßig bis zu 400 m<sup>2</sup> [83] zulassen müssen. Hiervon geht regelmäßig auch keine Gefahr für die zu schützenden bzw. zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereiche aus [84].

Mithin kann es durchaus sein, dass sich ein vollständiger Ausschluss zentrenrelevanten Einzelhandels außerhalb bestimmter Zentren – anders als in dem dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009 zugrunde liegenden Fall – nicht mit den für einen Schutz nach Art. 14 und 12 GG bereits hinreichend konkreten Nutzungsabsichten betroffener Grundstückseigentümer bzw. Unternehmen vereinbaren lässt. Hoch problematisch ist des Weiteren eine auf bestimmte Zentren fokussierte Planung, die dazu führt, dass die verbrauchernahe Versorgung gerade nicht mehr gesichert ist, weil der nicht motorisierte Teil der Bevölkerung – insbesondere ältere Menschen – ihren Lebensbedarf wegen zu großer Entfernungen nicht mehr zumutbar decken kann.

#### 4. Fazit

Nachdem insbesondere die instanzgerichtliche Rechtsprechung der Zerstörung klassischer Betriebsformen verbrauchernahe Versorgung durch die Öffnung der typischen BauNVO-Wohngebiete für Discounter und große Supermärkte selbst Vorschub geleistet hat [85], unterstützt die jüngere und jüngste

[76] BVerfG, Beschluss v. 22.2.1999 – 1 BvR 565/91 –, NVwZ 1999, 979 f.

[77] OVG NRW, Urteil v. 22.4.2004 – 7a D 142/02.NE –, ZfBR 2004, 570, 575.

[78] Hierzu erst jüngst VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 6.5.2009 – 3 S 3037/07 –, juris, Rdnr. 27.

[79] Vgl. nur BVerwG, Urteil v. 18.10.1990 – 3 C 2/88 –, BVerwGE 87, 37, 43 f.

[80] OVG NRW, Urteil v. 12.11.2004 – 10a D 38/02 –, NVwZ-RR 2005, 309, 312.

[81] Vgl. BVerwG, Beschluss v. 10.11.2004 – 4 BN 33.04 –, BauR 2005, 818, 819.

[82] So z.B. die Stadt Leipzig, die den sog. „Leipziger Laden“ vom ansonsten in verschiedenen Quartieren angestrebten vollständigen Ausschluss zentrenrelevanten Einzelhandels ausnimmt.

[83] Umfassend hierzu Füßer/Müller, DVBl. 2005, 1415, 1421 f.

[84] Vgl. nur VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 26.2.2008 – 8 S 518/06 –, UA S. 15 f. (unveröff.).

[85] Flagrant Sächsisches OVG, Beschluss v. 30.8.2004 – 1 BS 297/04 –, BauR 2005, 354 ff.; zum Ganzen Füßer/Müller, DVBl. 2005, 1415 ff.



Rechtsprechung, insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts, die kommunalen Bemühungen zur Steuerung von Einzelhandel im Sinne der Erstellung und Durchsetzung von Einzelhandelskonzepten durch zurückhaltende Kontrolle. Nichtsdestoweniger ist das den Gemeinden hierbei zukommende planerische Ermessen nicht grenzenlos: Wenn Gemeinden im Sinne paternalistisch-bauplanerischer Omnipotenzfantasien meinen, das Thema der verbrauchernahen Versorgung in der Gemeinde global planwirtschaftlich durch eine Vollkonzentration der Versorgungsstruktur auf von ihnen vorgegebene zentrale Versorgungsbereiche – schon sprichwörtlich – „in den Griff bekommen“ zu wollen, wird die Rechtsprechung darüber zu wachen haben, dass der Bogen nicht überspannt wird und die Gemeinden die von der BauNVO vorgesehene Prägung der jeweiligen Gebiete verletzen, zugleich – entgegen der häufig nach außen hin erklärten Absicht – die *reale* Sicherung verbrauchernahe Versorgung aus den Augen verlieren. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei vor allem der Güte der immer häufiger anzutreffenden Einzelhandelskonzepte zukommen; gerade hinsichtlich deren Stringenz, Realisierbarkeit und hinreichenden Typizität der Differenzierungskriterien sollte klar sein, dass es sich hierbei nicht um unantastbare „Zauberwerke“ handelt, sondern um durchaus weitgehender Kontrollzugriffe ausgelieferte Planwerke, die jedenfalls kommu-

nalpolitisch mit dem Anspruch auftreten, die jeweiligen Verhältnisse zu verbessern. Den Gemeinden muss darüber hinaus bewusst sein, dass sie sich mit Blick auf die verbrauchernahe Versorgung mit zunehmender Eingriffsintensität auch eine zunehmende Gewährleistungsverantwortung aufbürden. Bei näherem Hinsehen erscheint – anders als das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.3.2009 vielleicht suggerieren mag – der Ausschluss zentrenrelevanten Einzelhandels jedenfalls in Baugebieten, die überwiegend dem Wohnen dienen, vielmehr nur dann unproblematisch, wenn er Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von bis zu 400 m<sup>2</sup> (nach hiesiger Auffassung „Läden“ im Sinne der BauNVO) ausnimmt. Andernfalls bedarf es der qualifizierten Darlegung, dass und weshalb die verbrauchernahe Versorgung im betreffenden Wohngebiet infolge der Realisierung der gemeindlichen Planung durch das im Übrigen noch freie Spiel der Marktkräfte zumindest mit Waren des alltäglichen Bedarfs tatsächlich nachhaltig gesichert ist oder dass und wie sonst die Gemeinde im Falle des Scheiterns ihres planwirtschaftlich-städtebaulichen Experiments notfalls selbst dafür zu sorgen gedenkt, eine hinreichende Infrastruktur im Wege der fürsorglichen Daseinsvorsorge aktiv vorzuhalten, ganz ähnlich wie im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs oder etwa des Schulwesens.

Rechtsanwalt Dr. Markus Deutsch und Rechtsanwalt Sebastian Tusch, Frankfurt/Main

## Lärmprobleme bei der Modernisierung von Sportanlagen

### 1. Einleitung

Sportanlagen befinden sich vielfach in historisch gewachsen Gemengelage. Fußballplätze, die in der Vergangenheit noch am Ortsrand lagen, sind mittlerweile von Baugebieten umgeben, Freibäder liegen seit Jahrzehnten in enger Nachbarschaft zur Wohnbebauung. Die Tennisanlage ist fußläufig von den Wohngebieten her zu erreichen. Oft haben die Nachbarn sich aneinander gewöhnt und kommen miteinander aus. Dann aber steigt der Fußballverein auf. Plötzlich kommen viel mehr Fans zu den Spielen. Das Stadion muss an die neuen Erfordernisse angepasst werden [1]. Das Frei- und Hallenbad ist in die

Jahre gekommen und wird endlich saniert und modernisiert. Der Tennisverein erneuert seine Anlagen und baut das Vereinshaus aus. Oft reichen geringfügige Änderungen, um das bisher friedliche Nebeneinander von Wohnen und Sport infrage zu stellen. Die Gemeinde, die einerseits als Planungsträger erstmals Planungsrecht schaffen oder vorhandenes Planungsrecht anpassen, andererseits oft auch als Bauherr die erforderlichen Genehmigungen einholen muss, sieht sich dann mit den Problemen der Sportlärmmimis-

[1] Prominente Beispiele, die die Rechtsprechung beschäftigt haben, sind das Dreisam-Stadion in Freiburg, das Olympiastadion in Berlin sowie die sog. „Paragon-Arena“ in Paderborn.

Dipl.-Volkswirt Matthias Greulich

# Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt

*Die Aufgabe der Statistik besteht darin, Informationen zu ermitteln und diese in zusammengefasster Form einheitlich und übersichtlich darzustellen. Eine der Grundvoraussetzungen für die statistische Arbeit ist daher das Vorhandensein eines anerkannten Systems zur Gliederung und Einordnung der verfügbaren statistischen Daten. Eine solche verbindliche Einteilung, die eine vollständige und überschneidungsfreie Erfassung der zu beobachtenden Tatbestände erlaubt, wird als Klassifikation bezeichnet.*

*Ihre Aufgabe können Klassifikationen aber nur erfüllen, wenn sie die zu beobachtenden Tatbestände realitätsnah abbilden. Das erfordert, dass Klassifikationen von Zeit zu Zeit an geänderte Verhältnisse angepasst werden. Bei Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen spielt hier die Reaktion auf ökonomische Veränderungen und den technologischen Wandel eine entscheidende Rolle. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft kommt zudem der internationalen Harmonisierung von Klassifikationen eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einbeziehung der deutschen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) und des nationalen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) in ein integriertes System internationaler Wirtschaftsklassifikationen, wie es seit Beginn der 1990er-Jahre existiert, ist unabdingbare Voraussetzung für eine zielgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland, zunehmend aber auch für unternehmerische Entscheidungen. Dass die nationalen Möglichkeiten zur Gestaltung dieser Klassifikationen damit begrenzt werden, muss zur Gewinnung und Bereitstellung international vergleichbarer statistischer Informationen in Kauf genommen werden. Das Gleiche gilt für das langwierige und aufwendige Verfahren zur Überarbeitung der internationalen Referenzklassifikationen als Basis für die Aktualisierung von WZ und GP.*

*Einerseits sind Änderungen von Klassifikationen erforderlich, um diese einer sich verändernden Realität anzupassen; andererseits führen diese Änderungen aber auch zu Diskontinuitäten sowohl in der Datenproduktion als auch im Datenangebot. Bei unzureichender Vorbereitung des Übergangs auf neue Klassifikationen kann dadurch vorübergehend die Verwendbarkeit der statistischen Daten beeinträchtigt werden. Um die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Schwierigkeiten zu minimieren, bedarf die Umstellung auf eine neue Klassifikation einer sorgfältigen Planung.*

*Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Revision der WZ und des GP sowie der entsprechenden internationalen und europäischen Referenzklassifikationen. Er erläutert den Ablauf des Revisionsprozesses, zeigt die wesentlichen gliederungsstrukturellen und methodischen Änderungen gegenüber den Vorgängerversionen dieser Klassifikationen auf und skizziert einige wichtige allgemeine Aspekte der Implementierung der Neufassungen von WZ und GP in den Fachstatistiken. Über die Auswirkungen der Revision wird zusammen mit der Veröffentlichung fachstatistischer Ergebnisse zu gegebener Zeit berichtet werden.*

## 1 Das System internationaler Wirtschaftsklassifikationen

Noch bis Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts haben internationale Organisationen und einzelne Staaten – so auch die Bundesrepublik Deutschland – Klassifikationen meist unabhängig voneinander, dem jeweiligen Verwendungszweck entsprechend entwickelt und verwendet. Die zunehmende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften und die sich daraus ergebenden wechselseitigen Abhän-



gigkeiten, die bei wirtschafts-, gesellschafts- und unternehmenspolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen sind, haben aber den Bedarf an vergleichbaren Wirtschaftsdaten deutlich erhöht. Als Folge ist Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre – im Wesentlichen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen – ein System von Wirtschaftsklassifikationen entstanden, das diesem Harmonisierungsbedarf Rechnung trägt.<sup>1)</sup> Hierbei mussten zum Teil nationale Sichtweisen hinter dem Interesse an einer besseren internationalen Vergleichbarkeit der statistischen Daten zurücktreten. Dieses integrierte System von Wirtschaftsklassifikationen und die in ihm geltenden definitorischen bzw. deskriptiven Beziehungen zwischen den einbezogenen Klassifikationen sind im Schaubild dargestellt.

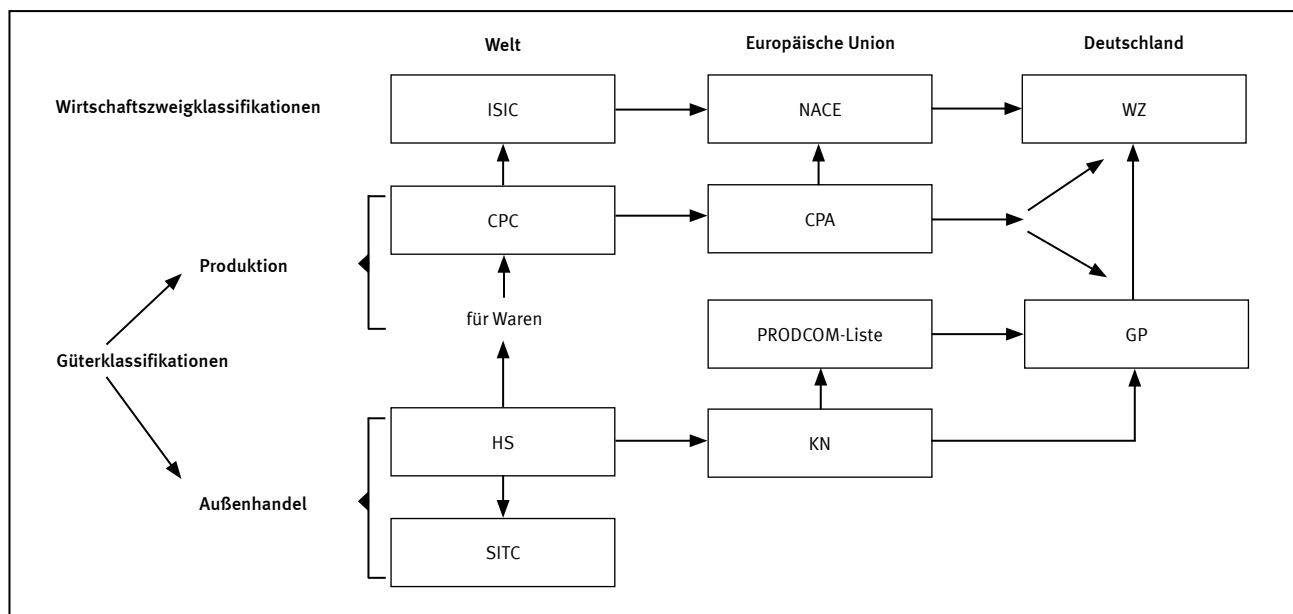
Ausgangspunkt des Systems ist das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) des Weltzollrates. Es erfüllt vorrangig zolltarifliche Zwecke, ist aber auch die Basis für den statistischen Nachweis von Außenhandelsdaten. In der Europäischen Union (EU) wird es in erheblich tiefer untergliederter Form als Kombinierte Nomenklatur (KN) sowohl für zolltarifliche als auch für außenhandelsstatistische Zwecke verwendet. Die genannten Klassifikationen sind primär nach der Materialbeschaffenheit und dem Verarbeitungsgrad der Waren gegliedert. Durch die Positionen des HS werden die Unterteilungen der Standard International Trade Classification (SITC) der Vereinten Nationen definiert. Diese Klassifikation berücksichtigt in ihrer Gliederung

auch den wirtschaftlichen Ursprung (die branchenmäßige Herkunft) der Waren.

Im Bereich der Waren bilden die Klassifikationen für die Außenhandelsstatistik die definitorische Grundlage für die produktionsstatistischen Güterklassifikationen. Dabei kommt es wegen der unterschiedlichen Gliederungskriterien (Materialbeschaffenheit und Verarbeitungsgrad bei HS und KN, produktionstechnische Aspekte bei den produktionsstatistischen Güterklassifikationen) gelegentlich zu Schwierigkeiten. Nicht immer lassen sich die außenhandelsstatistisch und zolltariflich relevanten Eigenschaften einer Ware mit den produktionsstatistisch bedeutsamen Merkmalen vollständig in Einklang bringen. Andererseits ermöglicht nur eine enge Verknüpfung dieser beiden Arten von Güterklassifikationen einen zuverlässigen Vergleich von Produktion und Außenhandel, wie er für viele wirtschaftsanalytische Zwecke benötigt wird.

Die Liste von Produkten für eine Europäische Produktionsstatistik (PRODCOM-Liste) umfasst neben den Warenpositionen noch Unterteilungen für industrielle Dienstleistungen (Veredelung, Reparatur und Instandhaltung, Installation). Dieses Verzeichnis ist auf Güter der Bereiche Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe beschränkt und listet diese tatsächlich nur ohne zusätzliche Hierarchieebenen auf. Dagegen sind die Central Product Classification (CPC) der Vereinten Nationen und die aus ihr abgeleitete Statistische

Internationales System von Wirtschaftsklassifikationen



- ISIC = International Standard Industrial Classification (Internationale Systematik der Wirtschaftszweige)
- NACE = Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
- WZ = Klassifikation der Wirtschaftszweige
- CPC = Central Product Classification (Zentrale Gütersystematik der Vereinten Nationen)
- CPA = Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
- PRODCOM = Production Communautaire (Produktliste für die Erhebung der Industrieproduktion)
- GP = Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken
- HS = Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren
- KN = Kombinierte Nomenklatur
- SITC = Standard International Trade Classification (Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel)

1) Siehe Polte, V.: „Die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ in WiSta 2/1994, S. 89 ff.

Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA) hierarchisch gegliedert. Beide Klassifikationen umfassen neben Waren auch alle Arten von Dienstleistungen. Während die CPC vorrangig nach der Beschaffenheit der Güter strukturiert ist, wurden ihre Gliederungspositionen bei der Übernahme in die CPA nach dem wirtschaftlichen Ursprung der Güter umsortiert. Außerdem wurden viele CPC-Positionen in der CPA tiefer untergliedert, um dem zusätzlichen Informationsbedarf in der Europäischen Union Rechnung tragen zu können. Durch Einfügen der Gliederungspositionen der PRODCOM-Liste in die Hierarchieebenen der CPA sowie durch Ergänzung um eine weitere Gliederungsebene für nationale Zwecke ist das in der deutschen Statistik eingesetzte Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) entstanden.<sup>2)</sup>

Wirtschaftszweige lassen sich anhand der typischerweise von ihnen hergestellten Güter (Waren und Dienstleistungen) beschreiben. Was als typischer Output eines Wirtschaftszweiges gilt, kann von Land zu Land sehr unterschiedlich sein (was die internationale Harmonisierung von Wirtschaftszweigklassifikationen erheblich erschwert) und sich im Zeitablauf ändern. Insofern beruhen die Beschreibungen der Wirtschaftszweige durch Güter zum Teil lediglich auf Vereinbarungen, die für eine einheitliche Klassifizierung und damit die Gewinnung international vergleichbarer statistischer Daten jedoch unerlässlich sind. Wirtschaftszweigklassifikationen dienen der Klassifizierung von statistischen Einheiten (z. B. Unternehmen oder Betriebe) nach der Art der von ihnen ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten.

Die CPC stellt die Beschreibungsklassifikation für die International Standard Industrial Classification (ISIC) der Vereinten Nationen dar, aus der die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) abgeleitet wurde. Dabei wurden die Grundstruktur der ISIC und die inhaltliche Abgrenzung ihrer Unterteilungen unverändert übernommen. Um den zusätzlichen Informationsbedarf auf EU-Ebene zu berücksichtigen, wurden die Gruppen (Dreisteller) und Klassen (Viersteller) der ISIC in der NACE allerdings an einigen Stellen tiefer untergliedert. Die Unterteilungen der NACE werden durch die Positionen der CPA beschrieben. Durch Übernahme der NACE-Struktur und Ergänzung um eine zusätzliche Hierarchieebene für nationale Zwecke ist die deutsche Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) entstanden. Ihre Unterklassen (Fünfsteller) lassen sich durch die Meldenummern des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken beschreiben.

Während die Kombinierte Nomenklatur und die PRODCOM-Liste jährlich aktualisiert werden, findet bei den anderen genannten Klassifikationen eine Überarbeitung nur in größeren Zeitabständen statt. Im Rahmen eines als „Operation 2007“ bezeichneten Prozesses wurden seit Mitte 2001 die ISIC und die CPC der Vereinten Nationen sowie die NACE und die CPA auf EU-Ebene umfassend revidiert. Änderungen des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codie-

rung der Waren bzw. der KN wurden unabhängig davon vom Weltzollrat bzw. bei der Europäischen Kommission beschlossen<sup>3)</sup>, die Standard International Trade Classification wurde von den Vereinten Nationen überarbeitet. In der Folge waren die entsprechenden nationalen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen, die WZ und das GP, diesen Änderungen anzupassen.

## 2 Der Revisionsprozess

Über Zielsetzung, Ablauf und erste Ergebnisse des Revisionsprozesses wurde bereits in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift ausführlich berichtet.<sup>4)</sup> Der Prozess zur Revision der Wirtschaftszweigklassifikationen und der produktionsstatistischen Güterklassifikationen begann im März 2001 mit einem entsprechenden Beschluss der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen. Eine von der Statistischen Kommission eingesetzte Expertengruppe für internationale Wirtschafts- und Sozialklassifikationen hat seit Juni 2001 die Revision der International Standard Industrial Classification und der Central Product Classification koordiniert und inhaltlich begleitet und dabei vor allem grundsätzliche Fragen erörtert. Die konkrete Revisionsarbeit oblag einer Technical Subgroup, die bei Bedarf mehrmals jährlich getagt und der Expertengruppe regelmäßig ihre Arbeitsergebnisse zur Begutachtung und Billigung vorgelegt hat. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die nicht in der Technical Subgroup oder der Expertengruppe vertreten waren, hatten bei mehreren schriftlichen Konsultationen Gelegenheit, sich zu Revisionsthemen und -vorschlägen zu äußern. Die Expertengruppe hat im Verlauf des Revisionsprozesses viermal getagt, zuletzt im April 2007. Auch die Statistische Kommission der Vereinten Nationen ließ sich in ihren jährlichen Sitzungen über den Fortgang des Revisionsprozesses informieren. In ihrer Sitzung im März 2006 nahm die Statistische Kommission die Entwürfe der CPC Version 2 und der ISIC Rev. 4 zustimmend zur Kenntnis. Dennoch dauerten die Beratungen auf fachlicher Ebene zu Einzelfragen noch bis weit ins Jahr 2007 hinein an. So wurde beispielsweise die geänderte Klassifizierungsregel beim Outsourcing des Herstellungsprozesses von Waren (siehe Abschnitt 3.2 „Änderung methodischer Grundlagen und der Klassifizierungsregeln“) erst im April 2007 festgelegt. Letzte offene Fragen zur Verbindung zwischen der CPC Version 2 und der ISIC Rev. 4 wurden sogar noch im Dezember 2008 in der Technical Subgroup diskutiert.

Parallel zu den Arbeiten auf Ebene der Vereinten Nationen haben sich das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und die Mitgliedstaaten der EU mit dem Revisionsvorhaben befasst. Dabei ging es einerseits um eine wirksame Einflussnahme auf die Revision der internationalen Referenzklassifikationen ISIC und CPC, andererseits aber auch um die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen selbst. Die Arbeiten wurden fachlich von der bei Eurostat bestehenden NACE/CPA Working Group vorangetrieben, die sich bei der

2) Siehe Stock, G.: „Das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ in WiSta 3/1994, S. 181 ff.

3) Siehe Hoepfner, D.: „Auswirkungen der Änderungen im Harmonisierten System auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ in WiSta 2/2007, S. 150 ff.

4) Siehe Greulich, M.: „Revision von Wirtschaftsklassifikationen bis 2007 – ein Zwischenbericht“ in WiSta 4/2004, S. 381 ff.

Erarbeitung konkreter Vorschläge von Task Forces unterstützen ließ. Außerdem hat Eurostat die European Federations of Industrial Branches (FEBI) an der Revision von NACE und CPA beteiligt, um die Kompetenz der Wirtschaftsverbände einzubeziehen. Der Ausschuss für das Statistische Programm (ASP), dem die Leiter der nationalen statistischen Ämter in der EU angehören, formulierte die Arbeitsaufträge für die Working Group und ließ sich regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten unterrichten. Im Ergebnis wurden die NACE Rev. 2 im Dezember 2006 und die CPA 2008 im Juni 2008 als Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates im Amtsblatt der EU veröffentlicht.<sup>5)</sup> Sie sind damit in allen Mitgliedstaaten der EU unmittelbar rechtsverbindlich. Die Arbeiten an Erläuterungen, Gegenüberstellungen zu Vorgängerversionen oder anderen Klassifikationen und an den methodischen Vorbemerkungen zur NACE Rev. 2 einschließlich der Klassifizierungsregeln wurden erst im Jahr 2008 abgeschlossen, die methodischen Vorbemerkungen zur CPA 2008 sind noch nicht fertiggestellt. Die entsprechend der CPA 2008 kodierte PRODCOM-Liste 2008 liegt in endgültiger Fassung vor, ist jedoch noch nicht (bis Redaktionsschluss – Anm. der Redaktion) im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden.

Wie schon bei der Aufstellung der NACE Rev. 2 und der CPA 2008 hat das Statistische Bundesamt auch bei der Erarbeitung der tiefer untergliederten, revidierten nationalen Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) und des neuen nationalen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009) zahlreiche Datennutzer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung beteiligt. Auf diese Weise konnten die beiden Klassifikationen praxisnah und ihren vielfältigen Aufgaben entsprechend weiterentwickelt werden. Die Einbeziehung der Datennutzer erfolgte durch zahlreiche schriftliche Konsultationen sowie Präsentationen und Diskussionen in statistischen Gremien, namentlich durch Beratungen in dem vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschuss „Klassifikationen“. Letzterer hatte die vorgelegte Gliederung der WZ 2008 im Juni 2006 ohne Einwände zur Kenntnis genommen, wenngleich noch bis Sommer 2007 letzte offene Fragen geklärt werden mussten. Die nach der NACE-Verordnung notwendige Genehmigung der Gliederung der WZ 2008 durch die Europäische Kommission liegt seit August 2007 vor. Während der Fachausschusssitzung im Juni 2008 wurde das Konzept zur Beschränkung des GP 2009 auf Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden sowie hergestellte Waren (Abschnitte B und C der CPA 2008) vorgestellt. Die Sitzungsteilnehmer äußerten dagegen keine Bedenken.

Hauptziele der jetzt abgeschlossenen Revision waren die weitergehende Harmonisierung internationaler Klassifikationen sowie die notwendige Anpassung dieser Klassifikationen an veränderte ökonomische und technische Gegebenheiten. Zu berücksichtigen waren insbesondere die wachsende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs, die zunehmende Arbeitsteilung der Wirtschaft und die fortschreitende Deregulierung der Märkte. Außerdem galt es, der geänderten Bedeutung von Branchen bzw. der Entste-

hung neuer Branchen und Güter durch eine Aktualisierung der Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen Rechnung zu tragen. Bei der Revision sollten nach dem Willen der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen und des ASP die Aspekte Kontinuität, Konvergenz und Relevanz berücksichtigt werden. Die Forderung nach Kontinuität besagt in diesem Zusammenhang, dass Änderungen der Gliederung einer Klassifikation nur bei Vorliegen wichtiger Gründe vorgenommen werden sollten, um statistische Zeitreihen nicht unnötig zu beeinträchtigen. Das Kriterium der Konvergenz zielt auf die Bemühungen zur weitergehenden Harmonisierung wichtiger supranationaler Wirtschaftsklassifikationen (insbesondere zwischen der NACE und dem North American Industry Classification System [NAICS]) ab. Das Kriterium der Relevanz bezieht sich einerseits auf die Berücksichtigung von begründeten Informationsbedürfnissen, andererseits auf die wirtschaftliche Bedeutung einer bestehenden oder einer neu zu schaffenden Gliederungsposition. Eine klare Rangfolge dieser Kriterien wurde aber nicht vorgegeben, sodass von Fall zu Fall entschieden werden musste, welchem Kriterium bei einem konkreten Änderungsvorschlag Priorität eingeräumt werden sollte.

### 3 Die revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige

Anders als beim Übergang auf die NACE Rev. 1.1 bzw. die deutsche Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2003 Anfang 2002, sind mit der Einführung der NACE Rev. 2 bzw. der WZ 2008 Änderungen verbunden, die nennenswerte Auswirkungen auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik und die statistischen Zeitreihen haben. Diese Änderungen betreffen sowohl die Gliederungsstruktur und den Abdeckungsbereich der Wirtschaftszweigklassifikationen als auch methodische Aspekte, einschließlich der anzuwendenden Klassifizierungsregeln.

#### 3.1 Änderungen in der Gliederungsstruktur

Bei der WZ 2008 ist die Gliederungsstruktur gegenüber der WZ 2003 in einigen Bereichen umfassend geändert worden. Zudem wurde auch der Abdeckungsbereich der Klassifikation um Tätigkeiten erweitert, die bisher nicht als zu erfassende wirtschaftliche Tätigkeiten verstanden wurden und deshalb nicht in der WZ enthalten waren. Um geänderte Produktionsformen und neue Tätigkeiten zu berücksichtigen, wurden auf der obersten Klassifikationsebene konzeptionell neue Gliederungspositionen eingeführt (z. B. ein eigener Abschnitt „Information und Kommunikation“) sowie neue Unterteilungen geschaffen. Gleichzeitig wurde versucht, den Aufbau der Klassifikation überall dort unangetastet zu lassen, wo eine Modifikation aufgrund ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Veränderungen nicht zwingend erforderlich war. Insofern lässt die WZ 2008 gegenüber der WZ 2003 insgesamt ein hohes Maß an Kontinuität erkennen.

5) Siehe Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (Amtsbl. der EU Nr. L 393, S. 1), und Verordnung (EG) Nr. 451/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates (Amtsbl. der EU Nr. L 145, S. 65).

Die WZ 2008 ist in einigen Bereichen tiefer gegliedert als ihre Vorgängerversion, vor allem (und das entspricht der Zielsetzung des Revisionsprojekts) im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen. Hier betrifft die tiefere Untergliederung alle Hierarchieebenen der Klassifikation, einschließlich der höchsten. In anderen Bereichen, zum Beispiel der Landwirtschaft, betrifft die feinere Aufgliederung zumeist nur die unteren Klassifikationsebenen.

Die Übersicht 1 gibt einen Überblick über den Aufbau der nationalen Wirtschaftszweigklassifikationen und die formalen Veränderungen beim Übergang von der WZ 2003 auf die WZ 2008.

Übersicht 1: Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) und Ausgabe 2008 (WZ 2008) im Vergleich

Gliederungsebene	WZ 2003	WZ 2008	Veränderung
Abschnitte .....	17	21	+4
Abteilungen .....	60	88	+28
Gruppen .....	222	272	+50
Klassen .....	513	615	+102
Unterklassen .....	1041	839	-202

Von den 615 Klassen der NACE Rev. 2 wurden 113 auf nationaler Ebene weiter unterteilt, um dem zusätzlichen Informationsbedarf in Deutschland Rechnung zu tragen. Daraus resultieren in der WZ 2008 337 nationale Unterteilungen, von denen knapp ein Drittel auf den Handel (und die Reparatur von Kraftfahrzeugen) entfällt – trotz deutlicher Straffung der Gliederung in diesem Bereich gegenüber der WZ 2003. Insgesamt konnte der Umfang der WZ 2008 gegenüber der WZ 2003 auf der untersten Hierarchieebene um rund 20 % reduziert werden. Dies geht – neben der Reduzierung der Zahl nationaler Unterteilungen im Handel – vor allem auf das Konto umfangreicher Zusammenfassungen im Verarbeitenden Gewerbe. In verschiedenen Bereichen, namentlich bei der Erbringung von Dienstleistungen, konnte im Übrigen häufig auf nationale Unterteilungen verzichtet werden, weil diese in die NACE Rev. 2 integriert worden waren. Das seit längerem immer wieder diskutierte Ziel einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Wirtschaftszweige konnte somit erreicht werden. Vor allem konnte die Zahl der nur in Deutschland geltenden Unterklassen, für die es keine europäischen Vergleichsdaten gibt, deutlich verringert werden.

Von den 1041 Unterklassen der WZ 2003 wurden 313 (30 %) im Verhältnis 1 : 1 in die WZ 2008 überführt und weitere 376 (36 %) gingen in die WZ 2008 über, ohne aufgespalten zu werden, indem sie entweder mit anderen Unterklassen zusammengefasst oder Bestandteil eines neuen Wirtschaftszweiges wurden, dem außerdem noch Teile anderer Unterklassen der WZ 2003 zugeschlagen wurden. Somit konnten rund zwei Drittel aller Unterklassen der WZ 2003 eindeutig in die WZ 2008 umgeschlüsselt werden.

Unter formalen Aspekten erscheint noch die Tatsache erwähnenswert, dass in der NACE Rev. 2 und der WZ 2008 die Gliederungsebene der (bisher mit Doppelbuchstaben kodierten)

Unterabschnitte nicht mehr existiert. In der ISIC waren diese Unterabschnitte schon bisher nicht vorhanden. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass Experten aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergänzend zur Gliederung der ISIC Rev. 4 (und damit der NACE Rev. 2/ WZ 2008) zwei international genormte Aggregate von Wirtschaftszweigen definiert haben, die für die Berichterstattung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und gegebenenfalls andere makroökonomische Analysen verwendet werden sollen. Das erste Aggregat fasst die Abschnitte der ISIC/NACE/WZ zu zehn bzw. elf Kategorien zusammen, das zweite etwas feiner gegliederte Aggregat ist eine Zusammenfassung der Abteilungen zu 38 Kategorien. Diese beiden Aggregate sind zwar nicht Bestandteil der ISIC/NACE/WZ, fügen sich aber in deren Aufbau nahtlos ein.

Übersicht 2 zeigt die wesentlichen Änderungen der Gliederungsstruktur der WZ 2008 gegenüber der WZ 2003. Die Einführung einiger konzeptionell neuer Abschnitte (z. B. die Schaffung eines eigenen Abschnitts „Information und Kommunikation“) und die tiefere Untergliederung des Dienstleistungsbereichs schon auf Abschnittsebene erschweren allerdings einen Gesamtvergleich zwischen der WZ 2008 und der WZ 2003. In Übersicht 2 kann daher die Entsprechung zwischen den Abschnitten von WZ 2008 und WZ 2003 nur sehr grob dargestellt werden. Ein detaillierter Umsteigeschlüssel steht auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Klassifikationen, zum kostenlosen Download bereit.

Im Detail sind die gliederungsstrukturellen Änderungen zwischen der WZ 2003 und der WZ 2008 zu zahlreich, um sie hier vollständig wiedergeben zu können. Deshalb werden im Folgenden nur die auffallendsten von ihnen kurz erläutert.

Zu den erklärten Zielen der Revision gehörte u. a. eine klare Trennung zwischen der Produktion von Gütern einerseits und den damit verbundenen Dienstleistungen andererseits.<sup>6)</sup> Zu den mit der Produktion von Gütern verbundenen Dienstleistungen gehören insbesondere die Reparatur, Instandhaltung und Installation von Waren sowie die Erbringung von Unterstützungsleistungen für die Produktion von Waren und Dienstleistungen. So wurde beispielsweise die Zahl der Dienstleistungspositionen in der Land- und Forstwirtschaft deutlich ausgeweitet und im Bergbau oder im Bereich Erziehung und Unterricht wurden Dienstleistungspositionen neu geschaffen. Für die Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen, die bisher normalerweise derselben Unterklasse wie die Herstellung dieser Waren zugeordnet wurden, gibt es in der WZ 2008 nun eine separate Abteilung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Damit wurde neben der fortschreitenden Arbeitsteilung die Tatsache berücksichtigt, dass in vielen Ländern der Welt Maschinen und Ausrüstungen zwar kaum hergestellt, aber sehr wohl instand gehalten, repariert oder installiert werden.

Die Abschnitte für Landwirtschaft und Fischerei sind in der WZ 2008 zusammengefasst worden. Im Gegenzug wurde die Aufgliederung dieses neuen Abschnitts A („Land- und

6) Siehe Greulich, M., Fußnote 4, hier: S. 386 f.

Übersicht 2: Vergleich der Gliederungsstruktur der Ausgabe 2003 (WZ 2003) und der Ausgabe 2008 (WZ 2008) der Klassifikation der Wirtschaftszweige

WZ 2003		WZ 2008	
Abschnitt	Bezeichnung	Abschnitt	Bezeichnung
A	Land- und Forstwirtschaft	A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
B	Fischerei und Fischzucht		
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe	C	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie- und Wasserversorgung	D	Energieversorgung
		E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
F	Baugewerbe	F	Baugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
H	Gastgewerbe	I	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	H	Verkehr und Lagerei
		J	Information und Kommunikation
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	L	Grundstücks- und Wohnungswesen
		M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
		N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
M	Erziehung und Unterricht	P	Erziehung und Unterricht
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Q	Gesundheits- und Sozialwesen
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	R	Kunst, Unterhaltung und Erholung
		S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
P	Private Haushalte	T	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Q	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Forstwirtschaft, Fischerei“) erheblich verfeinert. Dies geht auf den wiederholten Wunsch nach einer stärkeren Differenzierung dieses Bereiches in der ISIC zurück, unter anderem deshalb, weil die Landwirtschaft im wirtschaftlichen Gefüge vieler Entwicklungsländer eine bedeutende Rolle spielt. Zugleich wurde der Dienstleistungsgartenbau aus der Landwirtschaft in den Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ ausgegliedert.

Im Abschnitt „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ ist insbesondere die Schaffung einer eigenen Abteilung für Unterstützungsleistungen zu erwähnen. Außerdem wurde in diesem Bereich der WZ 2008 auf alle bisher existierenden rein nationalen Unterteilungen verzichtet, da für diese zuletzt kaum noch Ergebnisse nachgewiesen werden konnten.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wurden in der WZ 2008 neue Abteilungen geschaffen, die für Tätigkeiten stehen, deren wirtschaftliche oder gesellschaftliche Bedeutung zugenommen hat. Beispiele sind die Schaffung separa-

ter Abteilungen für die „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ sowie die „Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen“. Der Erfassungsbereich der letztgenannten Abteilung in der WZ 2008 unterscheidet sich von dem der Abteilung „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen“ der WZ 2003 beträchtlich. Gleichzeitig wird durch die systematische Unterscheidung zwischen der Herstellung elektrischer und der elektronischer Erzeugnisse eine bessere Erfassung von Tätigkeiten der Spitzentechnologie möglich. Andere neue Abteilungen, etwa für die Getränkeherstellung und die Herstellung von Möbeln, sind das Ergebnis einer Aufspaltung bestehender Abteilungen, die wegen zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung angezeigt schien. Zu erwähnen ist auch, dass die Herstellung von Waffen und Munition in der WZ 2008 aus dem Maschinenbau ausgegliedert und auf verschiedene Abteilungen außerhalb des Maschinenbaus aufgeteilt wurde. Mit der Schaffung separater Klassen für die Herstellung von Fertigerichten u. Ä. wird auf die stark gewachsene Bedeutung dieser Branche reagiert.



Das Verlagsgewerbe und das Recycling sowie (in der Regel) die Verarbeitung von Produktionsabfällen sind in der WZ 2008 nicht mehr Teil des Verarbeitenden Gewerbes. Die Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen verbleibt – wie oben schon erwähnt – auch in der WZ 2008 im Verarbeitenden Gewerbe, wird aber in einer eigenen Abteilung zusammengefasst. Damit können nun alle spezialisierten Reparaturtätigkeiten in der WZ gesondert klassifiziert werden, was die wirtschaftsanalytischen Möglichkeiten deutlich verbessert.

In der WZ 2008 wurde ein neuer Abschnitt E („Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“) geschaffen, der die Tätigkeiten der Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung umfasst. Zu ihm gehört außerdem die Wasserversorgung, die in der WZ 2003 noch zusammen mit der Energieversorgung einen Abschnitt bildete. Die Rückgewinnung von Werkstoffen, die im Wesentlichen der Abteilung 37 („Recycling“) der WZ 2003 entspricht, ist ebenfalls in den neu geschaffenen Abschnitt E der WZ 2008 einbezogen worden. Die Tätigkeiten in diesem Abschnitt sind jetzt nach ihrer gemeinsamen politischen Bedeutung, aber auch nach der tatsächlichen Organisation dieser Tätigkeiten in vielen Ländern der Welt zusammengefasst. Die Aufgliederung der genannten Tätigkeiten wurde erheblich verfeinert, insbesondere durch die Schaffung separater Wirtschaftszweige für die Sammlung bzw. die Behandlung und Beseitigung von „gefährlichen“ und von „ungefährlichen“ Abfällen. Der Begriff „Recycling“ kommt in der neuen Klassifikation nicht mehr vor, da er sich in der Vergangenheit als missverständlich erwiesen hat.

Im Baugewerbe wird in der WZ 2008 auf Abteilungsebene zwischen „Hochbau“, „Tiefbau“ und „Vorbereitenden Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstigem Ausbaugewerbe“ unterschieden. In der separaten Darstellung der vorbereitenden Baustellenarbeiten, der Bauinstallation und des sonstigen Ausbaugewerbes kommt konzeptionell eine Orientierung an den sogenannten „Gewerken“ zum Ausdruck, die in der wirtschaftlichen Realität von Bedeutung sind. Dieses Konzept ersetzt die Struktur der Vorgängerversion, die sich im Wesentlichen nach Stufen des Baufortschritts richtete. Zum Abschnitt Baugewerbe gehören nun auch die Bauträger, die in der WZ 2003 dem Grundstücks- und Wohnungswesen zugeordnet waren.

Die Reparatur von Gebrauchsgütern wurde aus dem Abschnitt G („Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“) der WZ 2003 herausgenommen. Die Zusammenfassung des Handels mit Kraftfahrzeugen mit deren Instandhaltung und Reparatur in einer Abteilung (Abteilung 45 der WZ 2008) wurde allerdings im Interesse der Kontinuität beibehalten. Tankstellen wurden in der WZ 2008 jedoch aus dieser „Kfz-Abteilung“ herausgelöst und im „normalen“ Einzelhandel eigenständig erfasst. Dies ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Tatsache, dass viele Tankstellen bei Anwendung der bisherigen Wirtschaftszweikklassifikation ohnehin schon schwerpunktmäßig dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zugeordnet waren.

Zum Abschnitt H („Verkehr und Lagerei“) der WZ 2008 gehören nur verkehrsbezogene Tätigkeiten sowie Post-,

Kurier- und Expressdienste. Die Fernmeldedienste werden in der WZ 2008 getrennt davon im Abschnitt „Information und Kommunikation“ erfasst, die Tätigkeiten von Reisebüros und Reiseveranstaltern sind dem Abschnitt „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ zugeordnet. Bereits in der ISIC Rev. 4 und der NACE Rev. 2 werden die Postdienste danach unterschieden, ob sie gemäß einer Universaldienstleistungsverpflichtung durchgeführt werden oder nicht. Da die Gliederung der NACE Rev. 2 in allen EU-Mitgliedstaaten verbindlich ist, musste diese Unterscheidung in der WZ 2008 beibehalten werden, obwohl es in Deutschland inzwischen keine Postdienstleister mehr gibt, die einer Universaldienstleistungsverpflichtung unterliegen. Dem entsprechenden Wirtschaftszweig sind daher in Deutschland keine Unternehmen zuzuordnen.

In Abschnitt I („Gastgewerbe“) der WZ 2008 wird bereits auf Abteilungsebene zwischen Beherbergung und Gastronomie unterschieden. Im Übrigen bleibt der Detaillierungsgrad der Gliederung in diesem Bereich gegenüber der WZ 2003 nahezu unverändert.

Der neu eingerichtete Abschnitt J („Information und Kommunikation“) fasst die Produktion und die Verbreitung von Informationen und kulturellen Erzeugnissen, informationstechnische Tätigkeiten, die Datenverarbeitung sowie sonstige Informationsdienstleistungen zusammen. Zu diesem Abschnitt gehören insbesondere das Verlagswesen (einschließlich des Verlegens von Software), die Herstellung von Filmen und von Tonaufnahmen sowie das Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien, die Herstellung und Ausstrahlung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen, die Telekommunikation und die Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie und von Informationsdienstleistungen. Diese Wirtschaftszweige fanden sich in der WZ 2003 in den Abschnitten D („Verarbeitendes Gewerbe“), I („Verkehr und Nachrichtenübermittlung“), K („Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“) und O („Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“), was die Vergleichbarkeit zwischen WZ 2003 und WZ 2008 stark beeinträchtigt.

In den Abschnitt K („Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“) der WZ 2008 wurden zwei Unterklassen eingefügt, zum einen für Beteiligungsgesellschaften, zum anderen für Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen.

Der Abschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ der WZ 2003 ist in der WZ 2008 in drei Abschnitte aufgeteilt worden. Das Grundstücks- und Wohnungswesen bildet wegen seiner erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung jetzt einen eigenständigen Abschnitt L. Die übrigen Tätigkeiten wurden aufgeteilt in einen Abschnitt M („Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“), der Tätigkeiten umfasst, die einen hohen Ausbildungsstand erfordern und den Nutzern Spezialkenntnisse und -fertigkeiten zur Verfügung stellen, und einen

Abschnitt N („Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“), in dem Tätigkeiten zusammengefasst sind, die der Unterstützung allgemeiner Geschäftsabläufe dienen und bei denen nicht die Übertragung von Spezialwissen im Vordergrund steht. Zum letztgenannten Abschnitt gehört auch eine Gruppe für „Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)“, die in dieser Form neu ist. Die Datenverarbeitung und der Betrieb von Datenbanken gehören – ebenso wie das Entwickeln und Verlegen von Software oder Tätigkeiten der Informationstechnologie – nicht zu einem dieser Abschnitte, sondern zum neuen Abschnitt „Information und Kommunikation“. Die Instandhaltung und Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen wurde in der WZ 2008 gemeinsam mit der Reparatur von Gebrauchsgütern in den Abschnitt S der Klassifikation eingeordnet.

Im Abschnitt O („Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“) der WZ 2008 konnte vollständig auf nationale Unterteilungen verzichtet werden. Inhaltlich gab es nur geringfügige Änderungen durch Ausgliederung des Betriebs staatlicher Archive und regierungseigener Gebäude.

Der Erfassungsbereich des bisherigen Abschnitts M „Erziehung und Unterricht“ (Abschnitt P der WZ 2008) wurde verändert und umfasst jetzt ausdrücklich auch den Sport- und Freizeitunterricht sowie unterstützende Dienstleistungen für den Unterricht.

Feiner aufgegliedert wurde der Abschnitt Q („Gesundheits- und Sozialwesen“) der WZ 2008, in dem es anstelle einer Abteilung in der WZ 2003 nunmehr drei Abteilungen gibt. Überdies wurde dieser Bereich enger abgegrenzt; er enthält jetzt nur noch Tätigkeiten für die menschliche Gesundheit und stellt damit ein besseres Messinstrument für diesen ökonomisch und politisch wichtigen Wirtschaftszweig dar. Das aus diesem Abschnitt ausgegliederte Veterinärwesen wurde als separate Abteilung des Abschnitts M („Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“) zugeordnet.

Erhebliche Teile des Abschnitts O („Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“) der WZ 2003 gelangten in der WZ 2008 in die Abschnitte E („Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“) und J („Information und Kommunikation“), wie oben beschrieben. Die verbliebenen Tätigkeiten wurden den zwei neuen Abschnitten „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (Abschnitt R) bzw. „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ (Abschnitt S) zugeschlagen. Infolgedessen haben zum Beispiel kreative Tätigkeiten, der Betrieb von Bibliotheken sowie das Spiel-, Wett- und Lotteriewesen nunmehr den Status von Abteilungen erhalten. Die Reparatur von Computern und Gebrauchsgütern gehört ebenfalls zu diesem neuen Abschnitt S.

Neu in der WZ 2008 ist die Abteilung 98 („Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt“), die bei Personen- oder Haushaltsbefragungen ver-

wendet werden kann. Insoweit hat sich der Abdeckungsreich der WZ vergrößert.

### 3.2 Änderung methodischer Grundlagen und der Klassifizierungsregeln

Statistische Ergebnisse werden nicht nur durch die Struktur der zugrunde liegenden Klassifikation beeinflusst, sondern auch durch die methodischen Grundlagen und die Regeln zur Anwendung dieser Klassifikationen. Auch diese müssen daher bei einer Revision der Klassifikation einer Prüfung unterzogen und gegebenenfalls an geänderte Verhältnisse angepasst werden.

Die WZ 2008 stellt weiterhin auf die Klassifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten ab, die von beliebigen statistischen Einheiten<sup>7)</sup> (z. B. Unternehmen oder Betrieben), ausgeübt werden. Auch das Konzept der Beschreibung von Wirtschaftszweigen durch die typischerweise (oder vereinbarungsgemäß) in diesen Wirtschaftszweigen hergestellten Güter bleibt grundsätzlich erhalten. Allerdings kommt es in dem nunmehr revidierten System von Wirtschaftsklassifikationen zu einer gewissen Flexibilisierung der Verbindung zwischen Wirtschaftszweigen und Gütern, aber auch zwischen den Positionen der verschiedenen Güterklassifikationen. Die Positionen der produktionsstatistischen Güterklassifikationen werden – wie in Kapitel 1 dargestellt – im Bereich der Waren durch die Unterteilungen der (stark von zolltariflichen Interessen beeinflussten) Außenhandelsklassifikationen definiert. Da beide Arten von Güterklassifikationen unabhängig voneinander weiterentwickelt wurden, kommt es in einigen Fällen – aber doch sehr viel häufiger als in der Vergangenheit – zu einer schwerpunktmäßigen Zuordnung von Unterteilungen der außenhandelsstatistischen Warenklassifikationen zu Positionen der produktionsstatistischen Güterklassifikationen. In der Folge wird manchmal auch die Beschreibung der Wirtschaftszweige durch die produktionsstatistischen Güterklassifikationen beeinträchtigt. So werden beispielsweise Dental- und Frisörstühle wegen ihrer prinzipiell ähnlichen Funktionsweise in dieselbe Warenposition eingereiht, die wiederum schwerpunktmäßig vollständig dem Wirtschaftszweig „Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien“ in der NACE Rev. 2/WZ 2008 zugeordnet ist. Eigene Melde-nummern im GP 2009 zu schaffen, die lediglich einer besseren Beschreibung der Wirtschaftszweige, nicht aber der Gewinnung statistischer Daten dienen, kam jedoch nicht in Betracht – nicht zuletzt im Interesse einer Entlastung der Auskunftgebenden von statistischen Berichtspflichten. In einigen Fällen wurde die Verbindung zwischen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen auch aus grundsätzlichen Überlegungen gelockert. So lassen sich beispielsweise Fischerei und Aquakultur nicht anhand der gefangenen bzw. gezüchteten Fische unterscheiden – denn die jeweilige Herkunft ist den Fischen nicht anzusehen. Daher erfolgt die Verbindung zwischen Wirtschaftszweigen und Gütern hier nur auf höherer Hierarchieebene der Klassifikationen. Dies ist auch in einigen weiteren Bereichen der WZ 2008 der Fall.

<sup>7)</sup> Siehe Schnorr-Bäcker, S.: „Statistische Einheiten“ in WiSta 1/1994, S. 23 ff., sowie Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 76, S. 1).

Damit ist der Systemcharakter bei diesen Klassifikationen, der Anfang der 1990er-Jahre als großer Fortschritt gefeiert wurde, zumindest ein Stück weit verloren gegangen.

Mit Einführung der WZ 2008 ändern sich auch zwei konkrete Klassifizierungsregeln, und zwar diejenigen für die Klassifizierung bei vertikaler Integration und bei Auslagerung (Outsourcing) der physischen Produktion.

In der WZ 2003 wurden statistische Einheiten aus praktischen Gründen entsprechend dem von ihnen hergestellten endgültigen Output klassifiziert, unabhängig davon, ob sie in einem integrierten Produktionsprozess auch die Vorprodukte für diesen Output erzeugt hatten oder nicht. Die Montage selbst hergestellter Erzeugnisse für den Bau beispielsweise wurde vereinbarungsgemäß dem Verarbeitenden Gewerbe (und nicht – wie die Montage fremd bezogener Erzeugnisse – dem Baugewerbe) zugeordnet. In der WZ 2008 erfolgt in Fällen vertikaler Integration, wenn also verschiedene Produktionsstufen nacheinander von derselben Einheit ausgeführt werden und der aus einem Produktionsprozess hervorgegangene Output als Input für die nächste Produktionsstufe dient, die Klassifizierung entsprechend der Stufe, die den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (oder der in der Praxis verwendeten Ersatzgröße) leistet. Durch die Anwendung dieser neuen Klassifizierungsregel gegenüber der bisherigen Orientierung am endgültigen Output werden voraussichtlich kaum Änderungen bei der Klassifizierung von Unternehmen und Betrieben eintreten. In den meisten Fällen wird die letzte (den Output bestimmende) Produktionsstufe auch den höchsten Wertschöpfungsbeitrag leisten. Am ehesten dürfte die neue Klassifizierungsregel bei Unternehmen und Betrieben, die Erzeugnisse für den Bau herstellen und selbst montieren, zu einer geänderten Klassifizierung führen.

Bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln aus selbst erzeugten landwirtschaftlichen Produkten gelten für die Behandlung von vertikaler Integration Sonderregeln. Sie besagen, dass für den Fall, dass eine Einheit Weintrauben anbaut und daraus Wein herstellt oder aus selbst erzeugten Oliven Öl gewinnt, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden die am besten geeignete Ersatzgröße für die Wertschöpfung darstellt. Die Anwendung dieses Kriteriums auf diese vertikal integrierten Tätigkeiten wird (und soll) in der Regel zur Zuordnung der entsprechenden Einheiten zum Bereich Landwirtschaft führen. Tritt bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein vergleichbarer Fall auf, so werden auch diese Einheiten vereinbarungsgemäß der Landwirtschaft zugewiesen, um eine einheitliche Klassifizierung zu gewährleisten.

Einheiten, die fremd bezogene Waren im eigenen Namen verkaufen, deren Herstellung aber an Dritte ausgelagert haben, wurden in der WZ 2003 dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet, wenn sie entweder Eigentümer des zu bearbeitenden Inputmaterials waren und/oder die gewerblichen Schutzrechte (Patente, Lizenzen usw.) an den von Dritten hergestellten Produkten besaßen. In der WZ 2008 reicht der Besitz der gewerblichen Schutzrechte allein jedoch nicht mehr für eine Klassifizierung als Verarbeitendes Gewerbe aus. Einheiten ohne Warenproduktion können

nur noch dann dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet werden, wenn sie als Lohnauftraggeber dem Auftragnehmer (Subunternehmer) das wesentliche Inputmaterial für den Produktionsprozess unberechnet zur Verfügung stellen. Ist der Auftraggeber nicht Eigentümer des wesentlichen Inputmaterials für den in Auftrag gegebenen Produktionsprozess, so wird er dem Abschnitt G („Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“), unter Umständen auch anderen Abschnitten der WZ 2008, zugeordnet, insbesondere dem Baugewerbe oder den Ingenieurbüros. Von dieser grundlegenden Änderung der Klassifizierungsregeln sind nach Recherchen der Statistischen Ämter der Länder nur einige hundert Unternehmen potenziell betroffen, vor allem im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie bei der Herstellung von Schuhen, Zulieferteilen für die Automobilindustrie und elektrotechnischen Erzeugnissen. Allerdings erzielen diese Unternehmen sehr hohe Umsätze, sodass deutlich sichtbare Auswirkungen auf die statistischen Zeitreihen möglich sind. Mit dieser – erst im Frühjahr 2007 vereinbarten – Regelung wird dem Konzept des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gefolgt. Analoge Regeln gelten auch bei Auslagerung des Produktionsprozesses in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischzucht und Energieerzeugung, in denen die Bereitstellung des wesentlichen Inputmaterials denkbar ist.

## 4 Das revidierte Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken

Anders als beim Übergang vom GP 95 auf das GP 2002 kommt es bei der Einführung des GP 2009 zu umfangreichen strukturellen Änderungen sowie zu einer völligen Neukodierung der Klassifikationspositionen. Mit der Neustrukturierung sollen vor allem die Änderungen internationaler Referenzklassifikationen im Zuge der fortschreitenden internationalen Harmonisierung von Wirtschaftsklassifikationen berücksichtigt werden. Relevant ist hier insbesondere die Neugliederung der CPA 2008 und die daraus resultierende Umstrukturierung der PRODCOM-Liste 2008, die die Grundlage für das GP 2009 darstellen. Daneben wird im GP 2009 auf den inzwischen auf nationaler Ebene eingetretenen technischen und wirtschaftlichen Wandel reagiert. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse, die auf der Grundlage des GP 2009 erhoben werden, mit solchen, die nach dem GP 2002 ermittelt wurden, wird jedoch weitgehend erhalten bleiben, da Meldenummern vielfach nur verschoben und umkodiert wurden, inhaltlich aber unverändert blieben.

Bei der Erarbeitung des GP 2009 stand die Anpassung an die aktuelle Fassung der für eine europäische Produktionsstatistik entwickelten PRODCOM-Liste im Mittelpunkt. Die PRODCOM-Liste wird jährlich aktualisiert – sei es aufgrund von Modifikationen der Kombinierten Nomenklatur, die als Definitionsklassifikation der PRODCOM-Liste dient, sei es aufgrund von Änderungsanträgen von Datennutzern aus Wirtschaft und Verwaltung. Das GP 2002 beruhte auf der PRODCOM-Liste 2002, wurde aber – um Wirtschaft und statistische Ämter zu entlasten – nicht jährlich angepasst. In zunehmendem Maße mussten deshalb bei Datenlieferungen an Eurostat Ergebnisse geschätzt werden, wenn in



der PRODCOM-Liste Aufspaltungen von Positionen vorgenommen worden waren, die im GP 2002 nicht vorhanden waren.

In der PRODCOM-Liste 2008, die dem GP 2009 zugrunde liegt, sind einerseits die strukturellen Änderungen berücksichtigt, die sich aus der Revision der CPA ergeben. Andererseits wurde mit der aktuellen PRODCOM-Liste, und damit dem GP 2009, auf organisatorische und technische Neuerungen im Güterangebot reagiert. Beispiele sind die neu eingeführten separaten Meldenummern für Maschinen zum Herstellen von Halbleiterbauelementen, integrierten elektronischen Schaltungen oder Flachbildschirmen oder für Fertigerichte. Eine entscheidende Änderung in der PRODCOM-Liste 2008 ergibt sich aus der Reaktion auf die Kritik an der Vielzahl geheim zu haltender statistischer Ergebnisse. Nicht zuletzt auf Initiative des Statistischen Bundesamtes konnte durch Umstrukturierungen bzw. Zusammenfassungen in der PRODCOM-Liste 2008 (und damit auch im GP 2009) eine deutliche Reduzierung der Zahl der Positionen erreicht werden, ohne dass dadurch nennenswerte Informationsverluste eintreten.

Auf nationaler Ebene war die Zahl der geheim zu haltenden Tabellenfelder bereits im GP 2002 durch Zusammenfassung von Unterteilungen merklich verringert worden. Soweit erforderlich wurden im GP 2009 weitere Zusammenfassungen auf der Ebene der neunstellig kodierten Güterarten vorgenommen. So wird verhindert, dass Daten mit entsprechendem Aufwand gesondert erhoben und aufbereitet werden, ohne dass sie später separat veröffentlicht werden dürfen.

Bei der Erarbeitung des GP 2009 wurden nationale Unterteilungen außerdem zusammengefasst oder neu geschaffen, um Veränderungen in der Güterproduktion und einem gewandelten Informationsbedarf der Datennutzer in Deutschland Rechnung zu tragen. Die Erfahrungen im Umgang mit dem GP 2002 wurden genutzt, um zwecks besserer Verständlichkeit einige Bezeichnungen von Gliederungspositionen sowie die erläuternden Vorbemerkungen zu präzisieren. Damit soll der Informationsgehalt des GP gesteigert und so die Meldequalität verbessert werden. Änderungsbedarf gab es schließlich bei einigen physischen Maßeinheiten (Mengeinheiten), die in der Vergangenheit bei Datenlieferanten und -nutzern teilweise Akzeptanzprobleme hervorgerufen hatten. Die Anpassung der strittigen Maßeinheiten an die betriebliche Praxis bzw. die Nutzerbedürfnisse erfolgte in Abstimmung mit den Statistischen Ämtern der Länder und den betroffenen Wirtschaftsverbänden.

Das GP 2009 beschränkt sich – wie im Kapitel 2 dieses Beitrags bereits erwähnt – auf Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden sowie hergestellte Waren, also auf die Güter, die von den Abschnitten B und C der CPA 2008 erfasst werden. Energie und Wasser, Dienstleistungen der Energie- und Wasserversorgung, Sekundärrohstoffe sowie der Fertigteilbau gehören – anders als im GP 2002 – nicht mehr zum Erfassungsbereich des GP 2009. Dies ist sachlich gerechtfertigt, da der Fertigteilbau aufgrund des Ersten Mittelstandsentlastungsgesetzes<sup>8)</sup> schon seit Januar 2007 nicht mehr im

Rahmen der vierteljährlichen Produktionsstatistik erhoben wird. Für den Energiebereich konnten im Rahmen der Produktionsstatistiken aus Geheimhaltungsgründen seit längerem keine gütermäßigen Ergebnisse mehr nachgewiesen werden. Die Rückgewinnung von Werkstoffen, das heißt die Erzeugung von Sekundärrohstoffen, ist zwar weiterhin Teil des Produzierenden Gewerbes. Eine Erhebung von Produktionsdaten für Sekundärrohstoffe ist in den europäischen und nationalen statistischen Rechtsvorschriften jedoch nicht vorgesehen. Für Güter, die im Rahmen der Revision vollständig aus dem Produzierenden Gewerbe ausgegliedert wurden (z. B. Verlagserzeugnisse), finden sich im GP 2009 keine Meldenummern mehr.

Die Gliederung des GP 2009 folgt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis zur Ebene der Klassen (Viersteller) der Gliederung der WZ 2008 bzw. der NACE Rev. 2. In den ersten sechs Stellen basieren die Kodierung und der Beschreibungstext des GP 2009 auf den entsprechenden Positionen der CPA 2008. Teilweise wurden jedoch redaktionelle Änderungen vorgenommen, um die Texte verständlicher zu formulieren und Fehler in der EU-Verordnung zur CPA 2008 zu korrigieren. Die ersten acht Stellen des GP-Kodes entsprechen (von wenigen Ausnahmen abgesehen) dem achtstelligen Code der PRODCOM-Liste 2008, die neunte Stelle ist nationalen Unterteilungen vorbehalten.

Übersicht 3 gibt einen Überblick über den formalen Aufbau des GP 2009 im Vergleich zu seiner Vorgängerversion.

Übersicht 3: Gliederung des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2002 (GP 2002) und Ausgabe 2009 (GP 2009) im Vergleich

Gliederungsebene	GP 2002	GP 2009	Veränderung
Güterabteilungen .....	30	29	– 1
Gütergruppen .....	116	104	– 12
Güterklassen .....	206	245	+ 39
Güterkategorien .....	564	592	+ 28
Güterunterkategorien .....	1 204	1 583	+ 379
Güterarten .....	6 147	5 137	– 1 010

Auch beim GP 2009 konnte die Zahl der Unterteilungen auf der untersten Hierarchieebene deutlich reduziert werden, und zwar um 16 %. Dies ist hauptsächlich auf die Straffung der PRODCOM-Liste zurückzuführen.

Beim Übergang vom GP 2002 auf das GP 2009 blieben 4 192 Güterarten – abgesehen von ihrer Umkodierung und gegebenenfalls einer Präzisierung der Bezeichnung – unverändert. Somit ist bei mehr als zwei Dritteln aller Meldenummern des GP 2002 (bzw. der auf dieser Grundlage erhobenen statistischen Daten) ein uneingeschränkter Vergleich mit dem GP 2009 möglich. Hinzu kommen noch 28 Meldenummern, die inhaltlich unverändert blieben, bei denen sich jedoch die zu erhebenden Maßeinheiten geändert haben, und 1 603 Meldenummern des GP 2002, die im Verhältnis n : 1 zusammengefasst werden, 1 493 davon mit unveränderten Maßeinheiten. Auch in diesen Fällen sind die nach dem GP 2002 und dem GP 2009 erhobenen Daten – zumindest eingeschränkt – miteinander vergleichbar.

8) Siehe Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970), Artikel 10.

### 5 Die Implementierung von WZ 2008 und GP 2009

Die Umstellung auf die neuen Klassifikationen war und ist ein komplexer Prozess, der neben dem statistischen Unternehmensregister eine Vielzahl von Einzelstatistiken betrifft. Um den Übergang auf die revidierten Klassifikationen so harmonisch wie möglich zu gestalten, waren sorgfältige Vorbereitungen und ein koordiniertes Vorgehen erforderlich. Zentrale Themen im Zusammenhang mit der Implementierung der revidierten Klassifikationen waren:

- die Bereitstellung der neuen Klassifikation sowie der Hilfsmittel für ihre Anwendung, zum Beispiel Erläuterungen und Gegenüberstellungen,
- die notwendige Anpassung der nationalen Rechtsgrundlagen,
- die Umstellung des Unternehmensregisters auf die WZ 2008,
- die Anpassung der Erhebungen selbst,
- die Entscheidung über die Doppelaufbereitung von Daten und die Rückrechnung von Zeitreihen,
- die Anpassung von Datenbanken und Veröffentlichungen sowie
- die Information von Auskunftgebenden und Datennutzern.

Im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems richtet sich die Implementierung der neuen Wirtschaftszweikklassifikation nach den Vorgaben der EU-Rechtsverordnungen zur Umstellung auf die NACE Rev. 2. Beginnend mit dem Jahr 2009 müssen danach erste Ergebnisse für die Berichtsjahre 2008 und 2009 (im Bereich der Konjunkturstatistiken sogar weiter zurückgerechnete Ergebnisse) nach NACE Rev. 2 an Eurostat geliefert werden. Auf dieses Ziel musste die Planung der Umstellung auf die WZ 2008 ausgerichtet werden. Die Umstellung auf das GP 2009 wurde durch die Vorgaben der PRODCOM-Liste 2008 bestimmt, nach der die EU-Mitgliedstaaten bis Juni 2009 ihre produktionsstatistischen Ergebnisse für das Berichtsjahr 2008 an Eurostat zu liefern haben.

Die Gliederungen von WZ 2008 und GP 2009 liegen seit geraumer Zeit vor. Auch die Erläuterungen sowie die Gegenüberstellungen zu den Vorgängerversionen der Klassifikationen sind verfügbar. Diese Informationen können aus dem Internetangebot des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)). Schlagwortverzeichnisse mit einigen tausend Begriffen wurden ebenfalls erarbeitet, die Umstellung umfangreicher Stichwortverzeichnisse für WZ 2008 und GP 2009 wird in Kürze abgeschlossen sein. Auch die einschlägigen nationalen Statistikgesetze sind an die neuen Gegebenheiten angepasst worden.

Für den überwiegenden Teil der Wirtschaftsstatistiken bildet das Unternehmensregister die Grundlage für die Ermittlung der Grundgesamtheiten und der Berichtskreise. Beim

statistischen Unternehmensregister handelt es sich um eine regelmäßig aktualisierte Datenbank von wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betrieben, u. a. mit Angaben zum steuerbaren Umsatz und zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Einheiten aus Verwaltungsdaten sowie zu den wirtschaftlichen Tätigkeiten der Einheiten. Insofern ist das Unternehmensregister von der Implementierung der WZ 2008 betroffen. Durch die Nutzung von Verwaltungsdaten zum Aufbau und zur Führung des Unternehmensregisters lassen sich beträchtliche Rationalisierungseffekte erzielen. So können statistische Erhebungen, die bislang zur Gewinnung von Strukturdaten der Wirtschaft erforderlich waren, entweder in geringerem Umfang durchgeführt werden oder ganz entfallen. Darüber hinaus bildet das statistische Unternehmensregister einen optimalen Rahmen für die Stichprobenauswahl und ermöglicht durch regelmäßige Rotation der einbezogenen Einheiten eine gleichmäßigere Verteilung der statistischen Berichtspflichten. Voraussetzung für die genannten Entlastungs- und Rationalisierungseffekte ist jedoch ein funktionsfähiges und vollständiges statistisches Unternehmensregister, das auch die aktuelle Wirtschaftszweigangabe enthält. Zwar lassen sich rund zwei Drittel aller Unterklassen der WZ 2003 eindeutig (d. h. maschinell) in die WZ 2008 umschlüsseln. Das betrifft aber nur etwa die Hälfte der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Betriebe. Einheiten, deren Wirtschaftszweig nicht eindeutig einer einzigen neuen WZ 2008-Position zugeordnet werden konnte (1:n-Fälle), wurden nach einem zwischen Experten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder abgestimmten Verfahren geprüft und bearbeitet, wozu auch die direkte Befragung wichtiger Einheiten gehörte.

Für einen reibungslosen Übergang auf die revidierten Klassifikationen ist es wichtig, dass die zu den verschiedenen Wirtschaftsstatistiken herangezogenen Unternehmen und Betriebe, die betroffenen Verwaltungen sowie die Datennutzer rechtzeitig über die strukturellen und methodischen Änderungen in den Klassifikationen unterrichtet werden. Dieser Beitrag ist ein Teil der Informationskampagne des Statistischen Bundesamtes. Weitere Informationen haben die einzelnen fachstatistischen Bereiche bereitgestellt oder werden dies noch tun. Über das Ergebnis der Revision des GP haben die Statistischen Ämter der Länder die Auskunft gebenden Unternehmen und Betriebe direkt unterrichtet.

In zahlreichen Besprechungen und Sitzungen haben Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Einzelheiten des Übergangs auf die WZ 2008 und das GP 2009 festgelegt und koordiniert. Dazu gehören insbesondere Fragen der Anpassung der Erhebungen und des Veröffentlichungsprogramms, von Doppelaufbereitungen oder Rückrechnungen. Hierüber sowie über die Auswirkungen der Revision wird zusammen mit der Veröffentlichung fachstatistischer Ergebnisse zu gegebener Zeit gesondert berichtet. [lu](#)

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden  
• Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86  
• E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50  
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

# KLASSIFIKATION DER WIRTSCHAFTSZWEIGE

Mit Erläuterungen

**2008**

Statistisches Bundesamt

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Internet:** [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Informationsservice:

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter

Tel.: +49 (0) 611 / 75 22 94, -25 10, -22 80

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 53

[wz@destatis.de](mailto:wz@destatis.de)

Erschienen im Dezember 2008

Bestellnummer: 3100100089004 (Downloadversion)

**Vertriebspartner:** SFG - Servicecenter Fachverlage GmbH  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 4343  
72774 Reutlingen  
Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50  
Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35  
[destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quelleangabe gestattet.

## Vorwort

Die vorliegende Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten statistischer Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen. Dabei kann die Klassifikation in ihrer vollständigen Tiefengliederung oder – entsprechend den Entscheidungen auf fachstatistischer Ebene – in gekürzter Form angewendet werden.

Aufgabe der Statistik ist es, Informationen in übersichtlicher, d. h. im Allgemeinen in zusammengefasster Form, darzustellen. Eine der Grundvoraussetzungen für die statistische Arbeit liegt daher im Vorhandensein eines anerkannten Systems zur Einordnung der verfügbaren statistischen Daten, damit diese sinnvoll präsentiert und analysiert werden können. Eine solche verbindliche Einteilung, die eine vollständige und überschneidungsfreie Erfassung der zu beobachtenden Phänomene erlaubt, wird als Klassifikation bezeichnet. Ihre Aufgabe können Klassifikationen aber nur erfüllen, wenn sie die zu beobachtenden Tatbestände realitätsnah abbilden. Das setzt voraus, dass Klassifikationen von Zeit zu Zeit an geänderte Verhältnisse angepasst werden. Bei Wirtschaftszweigklassifikationen spielen hier ökonomische Veränderungen und der technologische Wandel eine entscheidende Rolle.

Gegenüber ihrer Vorgängerversion, der WZ 2003, enthält die WZ 2008 eine Reihe von zum Teil wesentlichen Änderungen, sowohl gliederungsstruktureller als auch methodischer Art. Grund hierfür ist vor allem die Berücksichtigung von Änderungen internationaler Referenzklassifikationen im Rahmen einer weiter fortschreitenden internationalen Harmonisierung von Wirtschaftsklassifikationen, zu denen auch die Wirtschaftszweigklassifikationen gehören. Die Einbeziehung der WZ in ein integriertes System internationaler Wirtschaftsklassifikationen, wie es seit Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts existiert, ist unabdingbare Voraussetzung für eine zielgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland und in der Europäischen Union, aber im Zeitalter der Globalisierung auch für unternehmerische Entscheidungen. Die damit einhergehende Begrenzung nationaler Möglichkeiten bei der Gestaltung der Klassifikation der Wirtschaftszweige ist hierfür ein angemessener Preis.

Die WZ 2008 baut rechtsverbindlich auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) auf, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 veröffentlicht wurde, und ihrerseits auf der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) der Vereinten Nationen basiert.

Wie schon auf europäischer Ebene bei der Aufstellung der NACE Rev. 2 waren auch bei der Erarbeitung der weiter untergliederten nationalen WZ 2008 zahlreiche Datennutzer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung maßgeblich beteiligt. Das Statistische Bundesamt dankt allen, die durch ihre Vorschläge und Hinweise dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaftszweigklassifikationen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland praxisnah und den vielfältigen Aufgaben entsprechend weiterentwickelt werden konnten.

Wiesbaden, im Dezember 2008

**Abteilungspräsident**

Dr. Roland Gnoss



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Vorbemerkungen .....	7
II Hinweise für die Benutzung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 .....	61
III Abkürzungsverzeichnis .....	67
IV Übersicht über die Anzahl der Abteilungen, Gruppen, Klassen und Unterklassen je Abschnitt .....	69
V Übersicht über die Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 .....	71
VI Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, mit Erläuterungen .....	153
Abschnitt A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	155
Abschnitt B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	175
Abschnitt C Verarbeitendes Gewerbe .....	186
Abschnitt D Energieversorgung .....	334
Abschnitt E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen .....	337
Abschnitt F Baugewerbe .....	346
Abschnitt G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen .....	360
Abschnitt H Verkehr und Lagerei .....	404
Abschnitt I Gastgewerbe .....	418
Abschnitt J Information und Kommunikation .....	427
Abschnitt K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen .....	445
Abschnitt L Grundstücks- und Wohnungswesen .....	457
Abschnitt M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen .....	460
Abschnitt N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen .....	481
Abschnitt O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung .....	503
Abschnitt P Erziehung und Unterricht .....	509
Abschnitt Q Gesundheits- und Sozialwesen .....	518
Abschnitt R Kunst, Unterhaltung und Erholung .....	529
Abschnitt S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen .....	541
Abschnitt T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch Private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt .....	554
Abschnitt U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften .....	556



## Inhaltsverzeichnis

Seite

### Anhang 1:

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik .....	559
---	-----

### Anhang 2:

Verordnung des Rates betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft .....	571
--	-----

### Anhang 3:

Verordnung des Rates betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft .....	579
--	-----

### Anhang 4:

Umsteigeschlüssel von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 .....	601
---	-----

### Anhang 5:

Umsteigeschlüssel von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 .....	665
---	-----

### Anhang 6:

Alphabetisches Stichwortverzeichnis zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 .....	729
--	-----

## Vorbemerkungen

### 1 Einführung und Hintergrund

#### 1.1 Die Klassifikation der Wirtschaftszweige und das integrierte System von Wirtschaftsklassifikationen

Aufgabe der Statistik ist es, Informationen in übersichtlicher, d. h. im Allgemeinen in zusammengefasster Form, darzustellen. Eine der Grundvoraussetzungen für die statistische Arbeit liegt daher im Vorhandensein eines anerkannten Systems zur Einordnung der verfügbaren statistischen Daten, damit diese sinnvoll präsentiert und analysiert werden können. Eine solche verbindliche Einteilung wird als Klassifikation bezeichnet.

Unterschiedliche Anforderungen an die Wirtschaftsstatistik machen unterschiedliche Klassifikationen erforderlich. Daher wurden Klassifikationen für die verschiedensten Zwecke entwickelt. Keine Klassifikation kann allen Anforderungen in gleicher Weise genügen.

**Wirtschaftszweigklassifikationen** dienen der Einordnung von Daten, die sich auf statistische Einheiten beziehen, das heißt z. B. auf einen einzelnen Betrieb oder eine Gruppe von Betrieben, die eine wirtschaftliche Gesamtheit, z. B. ein Unternehmen, bilden oder auf deren Teile (fachliche Betriebs- oder Unternehmensteile). Sie sind die Grundlage für die Erstellung von Statistiken über Produktionswerte, in den Produktionsprozess eingeflossene Produktionsfaktoren (Arbeit, Betriebsmittel und Werkstoffe, Energie usw.), Kapitalbildung und Finanztransaktionen dieser Einheiten.

**Güterklassifikationen** dienen der Einordnung von Gütern (Waren und Dienstleistungen) mit einheitlichen Merkmalen. Sie sind die Grundlage für die Erstellung von Statistiken über Produktion, Binnenhandel, Verbrauch, Außenhandel und Transport dieser Güter.

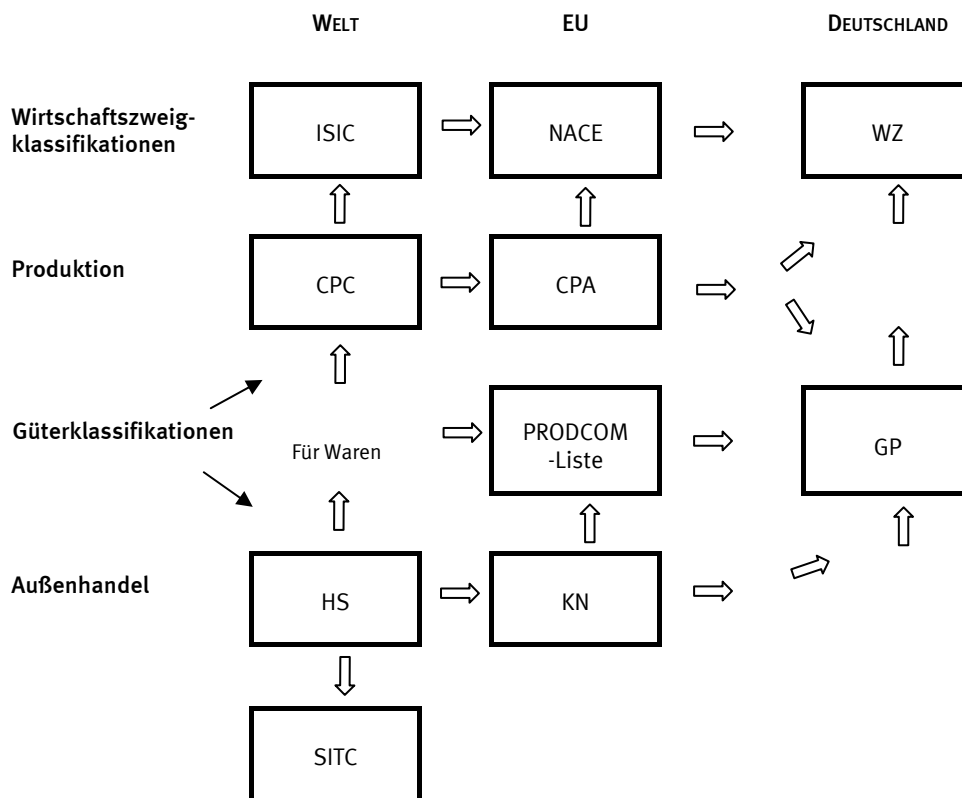
Statistische Klassifikationen weisen folgende Merkmale auf:

- vollständige Erfassung der beobachteten Gesamtheit;
- sich gegenseitig ausschließende Kategorien, d. h. jedes Element darf nur in eine Kategorie der Klassifikation eingeordnet werden;
- methodische Grundsätze, die die einheitliche Zuordnung der Elemente zu den verschiedenen Kategorien der Klassifikation ermöglichen.

Hierarchische Klassifikationen sind dadurch gekennzeichnet, dass ihre Kategorien immer tiefer untergliedert werden. Dies ermöglicht die Gewinnung und Darstellung der Informationen auf verschiedenen Aggregationsebenen.

In der Vergangenheit haben internationale Organisationen und einzelne Staaten Klassifikationen meist unabhängig voneinander – dem jeweiligen Verwendungszweck entsprechend – entwickelt. Die zunehmende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften hat aber den Bedarf an vergleichbaren, aktuellen Wirtschaftsdaten deutlich erhöht. Als Folge ist Ende der 80er / Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts – hauptsächlich unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen – ein System von Wirtschaftsklassifikationen entstanden, das diesem Harmonisierungsbedarf Rechnung trägt. Hierbei mussten zum Teil nationale Sichtweisen hinter dem Interesse an einer besseren Vergleichbarkeit der Daten zurücktreten. Dieses System lässt sich wie folgt darstellen:

#### Internationales System von Wirtschaftsklassifikationen



- ISIC = International Standard Industrial Classification
- NACE = Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
- WZ = Klassifikation der Wirtschaftszweige
- CPC = Central Product Classification

CPA	= Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
PRODCOM	= Products of the Community
GP	= Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken
HS	= Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren
KN	= Kombinierte Nomenklatur
SITC	= Standard International Trade Classification

Ein solches integriertes System gewährleistet die Vergleichbarkeit von Daten aus verschiedenen Statistikbereichen. So können beispielsweise Statistiken über die Güterproduktion mit den Außenhandelsstatistiken verglichen werden. Grundlage dieses Systems von Wirtschaftsklassifikationen ist die Überlegung, dass sich wirtschaftliche Tätigkeiten durch die bei ihrer Ausübung typischerweise entstehenden Produkte beschreiben lassen. Informationen über die in dieses System einbezogenen internationalen Klassifikationen und über die konzeptionellen Zusammenhänge zwischen ihnen finden sich in RAMON, einer öffentlich zugänglichen Datenbank des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), im Internet <sup>1)</sup> sowie in Abschnitt 4 dieser Vorbemerkungen.

Da Klassifikationen die Aufgabe haben, die zu beobachtenden Tatbestände realitätsnah darzustellen, müssen sie von Zeit zu Zeit an geänderte wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Verhältnisse angepasst werden. Dabei ist es in dem erwähnten System von Wirtschaftsklassifikationen notwendig, die Änderungen zeitlich und inhaltlich aufeinander abzustimmen. Die Zeiträume zwischen den Änderungen von Klassifikationen dürfen allerdings – besonders bezüglich der Wirtschaftsklassifikationen – auch nicht zu kurz sein, da anderenfalls die Vergleichbarkeit der Daten im Zeitablauf und damit deren Verwendbarkeit unangemessen beeinträchtigt wird.

In der vorliegenden Veröffentlichung geht es um die Klassifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten, die von statistischen Einheiten ausgeübt werden.

## 1.2 Anwendungsbereich der Klassifikation der Wirtschaftszweige

Eine wirtschaftliche Tätigkeit wird ausgeführt, wenn durch den kombinierten Einsatz von Produktionsfaktoren, wie z. B. Anlagegüter, Arbeit, Herstellungsverfahren oder Zwischenerzeugnisse, bestimmte Waren oder Dienstleistungen produziert werden. Somit ist eine Wirtschaftstätigkeit gekennzeichnet durch einen Einsatz von Produktionsfaktoren, ein Herstellungsverfahren und ein Produktionsergebnis (Waren oder Dienstleistungen).

Eine wirtschaftliche Tätigkeit in der hier verwendeten Definition kann aus einem einfachen Verfahren bestehen, sie kann jedoch auch eine ganze Reihe von Teilverfahren umfassen, die jeweils verschiedenen Kategorien der Klassifikation zuzuordnen sind (so beinhaltet beispiels-

---

1) <http://ec.europa.eu/eurostat/ramon>.

weise die Produktion eines Autos spezifische Tätigkeiten wie Gießen, Schmieden, Schweißen, Zusammenbau, Lackieren usw.). Ist das Herstellungsverfahren als integrierte Reihe von Einzeltätigkeiten innerhalb ein- und derselben statistischen Einheit organisiert, so wird die gesamte Kombination als eine Tätigkeit angesehen.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige sieht nicht per se Kategorien für spezifische Arten von statistischen Einheiten vor. Die Einheiten können verschiedene Wirtschaftstätigkeiten ausführen und können auf verschiedene Weise anhand spezifischer Merkmale (z. B. anhand des Standorts, siehe Unterabschnitt 2.3 dieser Vorbemerkungen) definiert sein.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige unterscheidet nicht nach Besitzverhältnissen, rechtlicher Organisation oder Operationsformen einer Einheit, da sich diese Kriterien nicht auf die Merkmale der Tätigkeit selbst beziehen. Einheiten, die die gleiche wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, werden in gleicher Weise zugeordnet, gleichgültig ob es sich um (Teile von) Kapitalgesellschaften, Einzelunternehmen oder öffentliche Unternehmen handelt, ob das Mutterunternehmen eine ausländische Einheit ist oder ob die Einheit aus mehr als einem Unternehmensteil besteht. Daher existiert keine Verbindung zwischen der Klassifikation der Wirtschaftszweige und der Systematik der institutionellen Einheiten im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA) oder im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG).

Beschrieben wird die Produktionstätigkeit, und zwar unabhängig davon, ob sie durch Kraftmaschinen oder in Handarbeit, in einer Fabrik oder einem privaten Haushalt ausgeübt wird. "Modern" oder "traditionell" ist dabei kein Kriterium. Die Klassifikation der Wirtschaftszweige unterscheidet auch nicht zwischen offizieller und inoffizieller oder zwischen legaler und illegaler Produktion.

Im Allgemeinen wird in der Klassifikation der Wirtschaftszweige nicht zwischen marktbestimmten und nicht marktbestimmten Wirtschaftstätigkeiten, wie sie im SNA/ESVG definiert sind, unterschieden, auch wenn diese Unterscheidung im SNA/ESVG eine große Rolle spielt. Eine Untergliederung der Wirtschaftstätigkeiten nach diesem Prinzip ist dann sinnvoll, wenn Daten über Tätigkeiten erhoben werden, die sowohl auf marktbestimmter als auch auf nicht marktbestimmter Basis ausgeübt werden. Danach sollte dieses Kriterium mit den Kategorien der Klassifikation der Wirtschaftszweige kreuzklassifiziert werden. Im Sinne der Klassifikation der Wirtschaftszweige werden nicht marktbestimmte Dienstleistungen nur von staatlichen Einrichtungen oder privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erbracht, und zwar überwiegend im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige umfasst auch Kategorien für die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Diese Kategorien beziehen sich jedoch ggf. nur auf einen Teil der Wirtschaftstätigkeiten von privaten Haushalten, da diejenigen Tätigkeiten privater

Haushalte, die eindeutig zuzuordnen sind, anderweitig zu klassifizieren sind (s. Erläuterungen zu den Unterklassen 98.10.0 und 98.20.0 der vorliegenden Klassifikation der Wirtschaftszweige).

### 1.3 Wirtschaftszweigklassifikationen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (EU)

Auf EU-Ebene gab es folgende Entwicklung der Wirtschaftszweigklassifikationen:

- In den Jahren 1961 bis 1963 wurde die Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften (N.I.C.E.)<sup>2)</sup> erarbeitet, zunächst (1961) in grob gegliederter Form (dreistellige Positionen) und dann (1963) in einer überarbeiteten Fassung mit tieferer Gliederung. Die N.I.C.E. umfasste den Bergbau, die Energiewirtschaft und das Verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe.
- 1965 wurde die Nomenklatur des Handels in der EWG (N.C.E.)<sup>3)</sup> aufgestellt, die sämtliche Handelszweige umfasste.
- 1967 wurde eine Nomenklatur für die Dienstleistungen ausgearbeitet und anschließend eine – ebenfalls grob gegliederte – Nomenklatur für die Landwirtschaft.
- 1970 wurde schließlich die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (N.A.C.E.)<sup>4)</sup> aufgestellt. Wie der Name sagt, handelt es sich dabei um eine Klassifikation, die alle Wirtschaftstätigkeiten umfasste. In dieser Klassifikation wurde bei bestimmten Dienstleistungen danach unterschieden, ob es sich um marktbestimmte Dienstleistungen, nicht marktbestimmte Dienstleistungen des Staates oder nicht marktbestimmte Dienstleistungen von Organisationen ohne Erwerbszweck handelt.
- Da die N.A.C.E. 1970 durch keine entsprechende europäische Verordnung Rechtsgültigkeit erhielt, wurden statistische Daten häufig nach den vorhandenen einzelstaatlichen Klassifikationen erhoben und dann auf die N.A.C.E. 1970 umgeschlüsselt, was zur Einschränkung der Datenkompatibilität auf europäischer Ebene führte. Außerdem war die N.A.C.E. 1970 nicht in einem anerkannten internationalen Rahmen entwickelt worden, wodurch die Vergleichbarkeit mit anderen internationalen Wirtschaftszweigklassifikationen eingeschränkt war.

Seit dem Inkrafttreten der N.A.C.E. 1970 hatte sich die Wirtschaftsstruktur in einigen Bereichen spürbar verändert. Ferner war durch fortschreitende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften der Bedarf an aussagefähigen, aktuellen Wirtschaftsdaten deutlich

---

2) Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes (Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften).

3) Nomenclature du Commerce dans la CEE (Nomenklatur des Handels in der EWG).

4) Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes.

gestiegen, so dass eine stärkere Harmonisierung des statistischen Instrumentariums – in diesem Fall der den Erhebungen zugrunde liegenden Klassifikationen – erforderlich war.

Ausgangspunkt der Harmonisierungsbemühungen war die dritte Revision der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 3)<sup>5)</sup>. Sie wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) unter enger Beteiligung von Vertretern der Mitgliedstaaten vorgenommen und von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im Februar 1989 gebilligt.

Anschließend wurde von einer aus Vertretern von Eurostat und den Mitgliedstaaten zusammengesetzten Arbeitsgruppe eine überarbeitete Fassung der N.A.C.E. 1970 erstellt, die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1)<sup>6)</sup>. Ausgehend von der Struktur der ISIC Rev. 3 wurde dabei eine tiefere Gliederung eingeführt, um die in der ISIC nur unzureichend vertretenen, für die EU und ihre Mitgliedstaaten jedoch wichtigen Wirtschaftszweige widerzuspiegeln. Die NACE ist – entsprechend dem Konzept der ISIC – eine Klassifikation wirtschaftlicher Tätigkeiten, die nicht mehr unterscheidet, ob bestimmte Dienstleistungen marktbestimmt oder nicht marktbestimmt sind bzw. ob sie von Unternehmen, vom Staat oder von Organisationen ohne Erwerbszweck erbracht werden.

- Um die wirklichkeitsnahe Darstellung wirtschaftszweigbezogener Daten zu gewährleisten, haben die Vereinten Nationen und – parallel dazu – die EU Ende der 90er Jahre ihre Wirtschaftszweigklassifikationen überarbeitet. Die Neufassungen sind als ISIC Rev. 3.1 und NACE Rev. 1.1<sup>7)</sup> veröffentlicht worden. Bei der Überarbeitung dieser internationalen Klassifikationen handelt es sich lediglich um behutsame Aktualisierungen ohne signifikante Strukturveränderungen. Mit der NACE Rev. 1.1 wurden einige neue Positionen und einige geänderte Bezeichnungen eingeführt. Ziel der Überarbeitung war es,
  - neue Tätigkeiten zu berücksichtigen, die es bei der Erstellung der NACE Rev. 1 noch nicht gegeben hatte (z. B. Call Center);
  - Tätigkeiten zu berücksichtigen, die aufgrund des technologischen Wandels oder der veränderten wirtschaftlichen Realität seit der Erstellung der NACE Rev. 1 deutlich an Bedeutung gewonnen hatten;
  - Fehler in der NACE Rev. 1 zu korrigieren.

Damit sollten allzu große Brüche in den statistischen Zeitreihen vermieden werden. Im Mittelpunkt der Überarbeitung standen vor allen Reaktionen auf den seit Einführung der NACE Rev. 1 eingetretenen technologischen Wandel und auf veränderte wirtschaftliche

---

5) International Standard Industrial Classification.

6) Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne; Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990, ABl. EG Nr. L 293 vom 24. Oktober 1990, S. 1, geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 761/93 der Kommission vom 24. März 1993, ABl. EG Nr. L 83 vom 3. April 1993, S. 1.

7) Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001, ABl. EG Nr. L 6 vom 10. Januar 2002, S. 3.

Gegebenheiten. Hierzu zählen u.a. das Auslaufen des EGKS<sup>8)</sup> – Vertrages im Juli 2002 und die erfolgte Deregulierung auf den Energiemärkten.

- Ausgehend von einem Beschluss der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen zur Revision der ISIC im März 2001 wurde im Jahr 2002 mit den Arbeiten zur Revision der NACE begonnen. Die Verordnung zur Aufstellung der NACE Rev. 2<sup>9)</sup>, deren Text in Anhang 1 abgedruckt ist, wurde im Dezember 2006 erlassen. Sie enthält Bestimmungen zur Einführung der NACE Rev. 2 und den koordinierten Übergang von der NACE Rev. 1.1 auf die NACE Rev. 2 auf verschiedenen statistischen Gebieten. Die NACE Rev. 2 ist im Prinzip vom 1. Januar 2008 an für Statistiken, in denen auf Wirtschaftszweige Bezug genommen wird, anzuwenden (Artikel 8 der NACE-Verordnung enthält Einzelheiten zur Einführung der NACE Rev. 2).

Seit 2002 fanden mehrere Anhörungen mit allen wichtigen Datennutzern und Herausgebern von Wirtschaftsklassifikationen, einschließlich der nationalen statistischen Ämter und der europäischen Unternehmens- und Fachverbände, statt, um Vorschläge und Änderungswünsche für die NACE Rev. 1.1 einzuholen. Die Arbeiten an der NACE Rev. 2 erfolgten im Rahmen der Revision aller Klassifikationen, die zu dem im Unterabschnitt 1.1 dieser Vorbemerkungen beschriebenen System von Wirtschaftsklassifikationen gehören.

Die wichtigsten Kriterien der Revision waren:

- Relevanz in Hinblick auf die weltwirtschaftliche Realität,
- bessere Kompatibilität mit anderen nationalen und internationalen Klassifikationen und
- Kontinuität gegenüber den Vorläuferversionen.

Die wesentlichen Merkmale der NACE blieben unangetastet. Die NACE Rev. 2 bildet einen Kompromiss zwischen dem von den Datennutzern geforderten Detaillierungsgrad und der Arbeitsbelastung der Auskunft Gebenden und der Statistischen Ämter.

---

8) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

9) Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006, ABl. Nr. L 393 vom 30. Dezember 2006, S. 1.



Die Wirtschaftszweigklassifikationen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich wie folgt entwickelt:

- Im Jahre 1950 erschien das ursprünglich für Zwecke der gewerblichen Betriebszählung entwickelte Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten, das später für die allgemeine Arbeitsstättenzählung Verwendung fand. Gliederungskriterien waren die Tatsache, ob die wirtschaftliche Einheit überwiegend Waren produziert, Waren gehandelt oder Dienstleistungen erbracht hat, die Produktions- bzw. Handelsstufe (Urproduktion, Verarbeitung und Baugewerbe; Großhandel und Einzelhandel) und außerdem die Art der produzierten bzw. verkauften Waren und Dienstleistungen.
- Eine gründliche Überarbeitung des Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten führte zur Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961. In ihr spielten neben den vorgenannten Gliederungsmerkmalen besonders die Stellung der wirtschaftlichen Einheit im Wirtschaftsablauf und die Tatsache, ob eine produzierende Einheit ihre Waren und Dienstleistungen überwiegend gegen Entgelt verkauft oder nicht – und zwar gegen ein Entgelt, das so bemessen ist, dass in der Regel durch die Erlöse aus den Verkäufen Überschüsse erzielt bzw. mindestens die Produktionskosten gedeckt werden – eine Rolle. Durch diese Sektorengliederung wurde die wirtschaftsstatistische Analyse der erhobenen Daten wesentlich verbessert.
- Die Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1970, enthielt eine Reihe von Änderungen – fast ausschließlich im Bereich des Produzierenden Gewerbes – und trug so den inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung.
- Eine weitere Revision der Wirtschaftszweigklassifikation in der Bundesrepublik Deutschland Ende der siebziger Jahre berücksichtigte neben den ökonomischen Veränderungen auch die Forderung nach einer besseren internationalen Vergleichbarkeit statistischer Daten, orientierte sich jedoch weiterhin vorrangig an den nationalen Bedürfnissen und Interessen. Bei der aus dieser Überarbeitung resultierenden Klassifikation handelte es sich um die Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ 79), die nach wie vor insbesondere institutionell und sektoral sowie nach den unter dem ersten Spiegelstrich genannten Kriterien gegliedert war und die Basisklassifikation für alle Statistiken nach Wirtschaftszweigen in Deutschland darstellte. Den konkreten Erhebungen lagen allerdings in der Regel – durch Aggregation von Unterteilungen der WZ 79 gebildete – abgeleitete Fassungen der Grundklassifikation zugrunde, die den spezifischen Erfordernissen der einzelnen Statistiken Rechnung trugen. Diese abgeleiteten Fassungen wichen natürlich voneinander ab, wodurch der Vergleich von Daten aus verschiedenen Erhebungen beträchtlich erschwert wurde.
- Während die vorstehend beschriebenen Wirtschaftszweigklassifikationen der Bundesrepublik Deutschland sich primär an nationalen Erfordernissen orientiert hatten, setzte sich

in den 80er Jahren die Erkenntnis durch, dass für mikro- und makroökonomische Analysen, für Marketingzwecke, aber auch für das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes international und besonders EU-weit vergleichbare tätigkeitsbezogene Daten erforderlich sind. Die – im Allgemeinen seit 1995 angewandte – Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), trug diesem Bedarf Rechnung, indem sie – gestützt auf eine unmittelbar rechtsverbindliche Verordnung der Europäischen Gemeinschaften – die Struktur der NACE Rev. 1 unverändert übernahm. Durch Hinzufügen einer weiteren Gliederungsebene wurden nationale Bedürfnisse berücksichtigt. Die Unterscheidung zwischen von Unternehmen, vom Staat und von Organisationen ohne Erwerbszweck ausgeübten Tätigkeiten musste – dem Konzept der NACE Rev. 1 entsprechend – in der WZ 93 entfallen.

- Aufbauend auf der aktualisierten EU-Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1.1 ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), geschaffen worden. Dabei handelt es sich nur um ein sehr behutsames Update der WZ 93 mit derselben Zielsetzung wie auf EU-Ebene bei der Erarbeitung der NACE Rev. 1.1. In der WZ 2003 wurde (an zwei Stellen) von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der Kodierung der NACE Rev. 1.1 abzuweichen. Außerdem gab es im Vergleich zur NACE Rev. 1.1 in größerem Umfang redaktionelle Änderungen der Wirtschaftszweigbezeichnungen.
- Ausgehend von der NACE Rev. 2 und parallel zu deren Entwicklung wurde in Deutschland bis 2008 an der Erarbeitung einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige gearbeitet, die als Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), zur Anwendung kommt. Sie ist Gegenstand dieser Publikation. Die Änderungen gegenüber der WZ 2003 sind im Abschnitt 5 dieser Vorbemerkungen sowie in den Anhängen 4 und 5 dieser Publikation dargestellt.

Ebenso wie die NACE Rev. 2 wurde auch die WZ 2008 unter intensiver Beteiligung von Datennutzern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung sowie Datenproduzenten, d. h. der Statistischen Landesämter und der Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes, erstellt. Hierzu gab es bis 2007 mehrfach schriftliche Konsultationen, Sitzungen des vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschusses "Klassifikationen" und bilaterale Besprechungen.

Da die Übernahme der Gliederung der NACE Rev. 2 rechtverbindlich war, bezog sich der nationale Freiraum bei der Revision nur auf die tieferen Unterteilungen (Unterklassen). Hier war es das Ziel, einerseits dem über die NACE hinausgehenden nationalen Informationsbedarf Rechnung zu tragen, andererseits aber die Zahl der Klassifikationspositionen im Interesse aller Beteiligten spürbar zu verringern. Dies ist gelungen: Die WZ 2008 hat auf der untersten Hierarchieebene, also bei den fünfstellig verschlüsselten Unterklassen (s. Unterabschnitt 1.5 dieser Vorbemerkungen) um rund 20% weniger Unterteilungen, als ihre Vorgängerversion (s. auch Unterabschnitt 5.1 dieser Vorbemerkungen).

Die WZ 2008 übernimmt wieder unverändert die Kodierung der europäischen Wirtschaftszweigklassifikation. Vereinzelte Abweichungen des Wortlauts der Bezeichnung von Wirtschaftszweigen gegenüber der NACE Rev. 2 beschränken sich auf Fehlerkorrekturen.

Die für die Erarbeitung der NACE Rev. 2 geltenden Kriterien Relevanz, Kompatibilität und Kontinuität wirken sich durch die Abhängigkeit von dieser Klassifikation natürlich auch auf die WZ 2008 aus. Da sich das Kriterium der Relevanz aber auf internationale Verhältnisse bezieht, kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass die Struktur der WZ 2008 bzw. deren Änderung gegenüber der WZ 2003 in jedem Einzelfall der nationalen Bedeutung und Sichtweise gerecht wird. Abschnitt 5 dieser Vorbemerkungen enthält Informationen zu den wichtigsten Änderungen der WZ 2008 gegenüber der WZ 2003.

#### **1.4 Verwendung der WZ 2008 in der amtlichen Statistik**

Die Mitgliedstaaten der EU und die Europäische Kommission hatten bereits bei der Erarbeitung der NACE Rev. 1 beschlossen, dass die Verwendung der NACE in der EU verbindlich ist. Daher enthalten die NACE-Verordnungen, die in allen Mitgliedstaaten der EU unmittelbar geltendes Recht sind, seit 1990 entsprechende Bestimmungen. In den EU-Mitgliedstaaten erhobene Statistiken, die eine Klassifikation nach Wirtschaftszweigen beinhalten, müssen danach gemäß der NACE oder einer von ihr abgeleiteten einzelstaatlichen Klassifikation erstellt werden. Solche nationalen Fassungen müssen sich jedoch in den strukturellen und hierarchischen Rahmen der NACE einfügen. Abgeleitete Fassungen, die die Struktur der Wirtschaftszweigklassifikation der EU verändern, sind – auch für nationale Zwecke – nicht zulässig. Das Statistische Bundesamt hat mit der WZ 2008 durch Hinzufügen einer zusätzlichen Hierarchieebene eine nationale Fassung der NACE Rev. 2 erstellt, die den Regeln der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 (s. Anlage 1) entspricht. Dies hat die Europäische Kommission, vertreten durch Eurostat, durch Billigung der Gliederung der WZ 2008 bestätigt.

Die NACE hat das Ziel, die Vergleichbarkeit zwischen den nationalen und den europäischen Klassifikationen und damit zwischen den nationalen und den europäischen Statistiken zu verbessern. Um das zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass die NACE Rev. 2 in allen Mitgliedstaaten der EU einheitlich interpretiert wird. Aus diesem Grund wurde bei Eurostat unter anderem ein Ausschuss eingesetzt, der für die einheitliche Anwendung der NACE Rev. 2 sorgen, kleinere Änderungen (z. B. zur Anpassung an die technologische und ökonomische Entwicklung) vornehmen und Verbindung zu internationalen Organisationen, die sich mit Wirtschaftszweigklassifikationen befassen, unterhalten soll. Dem Ausschuss gehören Vertreter aus allen Mitgliedstaaten der EU an, den Vorsitz führt ein – nicht stimmberechtigter – Vertreter der Europäischen Kommission. Die Entscheidungen dieses Gremiums sind für die Mitgliedstaaten der EU verbindlich, sie wirken sich also unmittelbar auf die Auslegung der WZ 2008 durch die Statistischen Ämter in der Bundesrepublik Deutschland aus.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass NACE Rev. 2 und WZ 2008 ausschließlich für statistische Zwecke geschaffen worden sind. Sie sollen als klassifikatorische Grundlage für die statistische Arbeit – genauer gesagt für die statistische Zuordnung von wirtschaftlichen Einheiten zu Wirtschaftszweigen im Rahmen amtlicher Erhebungen – dienen. Sofern diese Klassifikationen also von anderen Behörden oder im privaten Bereich als Grundlage für Entscheidungen oder andere Zwecke herangezogen werden, geschieht das grundsätzlich außerhalb des Verantwortungsbereichs des Statistischen Bundesamtes.

## 1.5 Aufbau der WZ 2008

Die WZ 2008 wurde formal in folgender Weise aus ISIC Rev. 4 und NACE Rev. 2 entwickelt:

- Die erste Ebene der ISIC Rev. 4 (Abschnitte) wird in die NACE Rev. 2 übernommen und ist mit einem Buchstabenkode gekennzeichnet.
- Die zweite Ebene der ISIC Rev. 4 (Abteilungen) wird unverändert in die NACE Rev. 2 übernommen und ist zweistellig numerisch kodiert.

Die Abteilungen sind durchlaufend kodiert. Allerdings wurden bewusst einige Lücken gelassen, um die Einführung weiterer Abteilungen zu ermöglichen, ohne eine komplette Änderung der Kodierung vornehmen zu müssen. Diese Lücken wurden in Abschnitten gelassen, bei denen die Wahrscheinlichkeit am größten ist, dass neue Abteilungen eingefügt werden müssen. Aus diesem Grund wurden die folgenden Abteilungskodes in der ISIC Rev. 4 / NACE Rev. 2 nicht vergeben: 04, 34, 40, 44, 48, 54, 57, 67, 76, 83 und 89.

- Die dritte und die vierte Ebene (Gruppen und Klassen) der ISIC Rev. 4 wird in der NACE Rev. 2 den europäischen Erfordernissen entsprechend unterteilt und ist ebenfalls numerisch verschlüsselt. Die Gruppen und Klassen der NACE Rev. 2 können jedoch stets zu den Gruppen und Klassen der ISIC Rev. 4, aus denen sie abgeleitet wurden, aggregiert werden.
- Die unterste Ebene der NACE Rev. 2 besteht aus den vierstellig numerisch verschlüsselten Klassen.
- Ausgehend von der NACE Rev. 2 wurde durch Hinzufügen einer weiteren Gliederungsebene – den fünfstellig numerisch verschlüsselten Unterklassen – die WZ 2008 erarbeitet. Der Abschnittskode ist nicht in den eigentlichen WZ-Kode integriert, mit dem die Abteilung, die Gruppe, die Klasse und die Unterklasse einer bestimmten Tätigkeit bezeichnet werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über den formalen Aufbau der Wirtschaftszweigklassifikationen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland:

Gliederungsebene	ISIC Rev. 4	NACE Rev. 2	WZ 2008	Kode
Abschnitte	21	21	21	A-U
Abteilungen	88	88	88	01-99
Gruppen	238	272	272	01.1-99.0
Klassen	419	615	615	01.11-99.00
Unterklassen	–	–	839	01.11.0-99.00.0

Um die Unterschiede zwischen ISIC Rev. 4 und NACE Rev. 2 auch in der Kodierung deutlich zu machen, wurde bei der NACE Rev. 2 zwischen die zweite und die dritte Stelle ein Punkt gesetzt. Die formale Unterscheidung zwischen der deutschen und der europäischen Wirtschaftszweigklassifikation erfolgt ebenfalls durch Einfügen eines Punktes, und zwar zwischen der vierten und der fünften Stelle des Kodes (s. auch Unterabschnitt 4.1.3 dieser Vorbemerkungen).

Ist eine Gliederungsebene an einer Stelle nicht weiter unterteilt, so kommt das dadurch zum Ausdruck, dass die nachfolgende Gliederungsebene dort mit einer "0" kodiert ist. So ist beispielsweise die Abteilung 99 ("Exterritoriale Organisationen und Körperschaften") der WZ 2008 auf Gruppenebene (Kode 99.0), auf Klassenebene (Kode 99.00) und auf der Ebene der Unterklassen (Kode 99.00.0) nicht weiter untergliedert. Wenn möglich werden Restgruppen, -klassen oder -unterklassen vom Typ "sonstige" und/oder "a. n. g." (anderweitig nicht genannt) durch die Ziffer "9" gekennzeichnet (z. B. Gruppe 08.9 "Sonstiger Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g." und Klasse 08.99 "Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.").

Der Zusammenhang zwischen WZ 2008 und NACE Rev. 2 ist wegen des streng hierarchischen Aufbaus der WZ 2008 stets aus deren Gliederung selbst ablesbar. Mit der ISIC Rev. 4 stimmen die NACE Rev. 2 und damit auch die WZ 2008 gliederungstechnisch – und damit auch kodierungstechnisch – nur bis zur Ebene der Abteilungen überein. Die Beziehungen zwischen der NACE Rev. 2 und der ISIC Rev. 4 auf Gruppen- und Klassenebene gehen jedoch aus der im Teil V der vorliegenden Veröffentlichung dargestellten Übersicht über die Gliederung der WZ 2008 hervor.

In der WZ 2008 weichen die Bezeichnungen der Wirtschaftszweige nur insoweit von den entsprechenden Bezeichnungen in der NACE Rev. 2 ab, als es notwendig war, Fehler zu korrigieren. Die Erläuterungen wurden in etwas stärkerem Umfang an die Bedürfnisse in Deutschland angepasst. Dadurch treten in der WZ 2008 selbstverständlich keine inhaltlichen Unterschiede gegenüber der NACE Rev. 2 ein. Die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten

in den Erläuterungen soll vielmehr Klarheit über die Inhalte der Wirtschaftszweige schaffen und damit gerade von europäischen Intentionen abweichende Zuordnungen von statistischen Einheiten verhindern.

## 2 Definitionen und Grundsätze

### 2.1 Kriterien für die Ausarbeitung der WZ 2008

Die Kriterien für die Festlegung und Abgrenzung der Positionen von Klassifikationen auf verschiedenen Hierarchieebenen hängen von vielen Faktoren ab, beispielsweise dem potentiellen Einsatzbereich der Klassifikation und der Verfügbarkeit von Daten. Diese Kriterien spielen auf den verschiedenen Hierarchieebenen der Klassifikation eine unterschiedliche Rolle. Die Kriterien für detaillierte Aggregationsebenen betreffen vor allem die Ähnlichkeiten im Produktionsprozess, wohingegen diese auf stärker aggregierten Ebenen weitgehend irrelevant sind.

Die Kriterien für die Verknüpfung der Tätigkeiten und ihre Verteilung auf die Einheiten sind von zentraler Bedeutung für die Festlegung der **Klassen** der NACE Rev. 2 und die **Unterklassen** der WZ 2008. Sie sollen gewährleisten, dass die Klassen und Unterklassen für die detaillierte Zuordnung von Einheiten zu Wirtschaftszweigen relevant sind und dass die unter die einzelnen Klassen und Unterklassen fallenden Einheiten so weit wie möglich die gleichen Tätigkeiten ausüben. Anders ausgedrückt wird bei der Abgrenzung der Klassen und Unterklassen untereinander versucht zu erreichen, dass

- die Produktion der Waren und Dienstleistungen, die eine gegebene Klasse /Unterklasse kennzeichnet, dem Großteil des Outputs der dieser Klasse /Unterklasse zugeordneten Einheiten entspricht (hoher Spezialisierungsgrad) und
- die Klasse / Unterkasse diejenigen Einheiten enthält, auf die der überwiegende Teil der Produktion von Waren und Dienstleistungen entfällt, die sie kennzeichnet (hoher Abdeckungsgrad).

Die Klassen und Unterklassen (außer den Restpositionen) sollen also in Bezug auf das Tätigkeitsspektrum der statistischen Einheiten (s. Unterabschnitt 2.3) so homogen wie möglich sein.

In der NACE Rev. 2 (und damit in der WZ 2008) wird bei der Festlegung einzelner Klassen und Unterklassen im Allgemeinen dem Produktionsprozess große Bedeutung beigemessen. Das heißt, Tätigkeiten werden einer Klasse zugeordnet, wenn sie durch den gleichen Prozess zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen unter Einsatz ähnlicher Technologien gekennzeichnet sind.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Festlegung von Klassen und Unterklassen ist die relative Bedeutung der ihnen zuzuordnenden Tätigkeiten. In der Regel werden in den internationalen Klassifikationen für Tätigkeiten, die in den meisten EU-Ländern weit verbreitet oder

die von besonderer Bedeutung für die Weltwirtschaft sind, separate Klassen festgelegt. Für die Unterklassen der WZ 2008 gilt das bezogen auf die nationale wirtschaftliche Bedeutung entsprechend. Um die Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene zu gewährleisten, wurden Klassen in die Struktur der ISIC aufgenommen und aus diesem Grunde auch in der NACE Rev. 2 / WZ 2008 eingeführt, die in der EU bzw. in Deutschland von nachrangiger Bedeutung sind.

Anders als bei den Klassen und Unterklassen spielen bei der Zuordnung der Tätigkeiten auf einer stärker aggregierten Ebene der Produktionsprozess und die in der Produktionstätigkeit eingesetzte Technologie keine so große Rolle mehr. Auf der höchsten Ebene (**Abschnitte**) werden die allgemeinen Merkmale der produzierten Waren und Dienstleistungen sowie das potentielle Einsatzgebiet der Statistik, z. B. im Rahmen von SNA und ESVG, zum entscheidenden Faktor.

Die Hauptkriterien für die Abgrenzung von **Abteilungen** und **Gruppen** von NACE Rev. 2 und WZ 2008 sind die folgenden tätigkeitsbezogenen Merkmale der produzierenden Einheiten:

- die Art der produzierten Waren und Dienstleistungen,
- die Verwendungszwecke der Waren und Dienstleistungen,
- Faktoreinsatz, Verfahren und Produktionstechnik.

Bei der Art der produzierten Waren und Dienstleistungen werden die materielle Zusammensetzung, die Fertigungsstufe und der Verwendungszweck der Waren berücksichtigt. Die Abgrenzung von Klassifikationspositionen nach der Art der produzierten Waren und Dienstleistungen bildet die Grundlage für die Klassifizierung von Einheiten anhand von Ähnlichkeiten bei und Verbindungen zwischen den eingesetzten Rohstoffen und den Absatzmärkten für die Güter.

Die Bedeutung der genannten Kriterien ist bei den einzelnen Kategorien unterschiedlich. In einer Reihe von Fällen (z. B. bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Textilien, Bekleidung, Leder und Lederwaren, beim Maschinenbau sowie bei der Erbringung von Dienstleistungen) korrelieren die drei spezifischen Aspekte so stark, dass sich die Frage der Gewichtung der Kriterien nicht stellt. Bei Halbwaren erhielten materielle Zusammensetzung und Fertigungsstufe häufig das größte Gewicht. Bei Waren mit komplizierten Produktionsverfahren haben letzte Verwendung, Produktionstechnik und -organisation häufig Vorrang vor der materiellen Zusammensetzung der Waren.

## 2.2 Haupt-, Neben- und Hilfstätigkeiten

Eine statistische Einheit kann eine oder mehrere wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, die zu einem oder mehreren Wirtschaftszweigen der WZ 2008 gehören.

Die **Haupttätigkeit** einer statistischen Einheit ist die Tätigkeit, die – gegebenenfalls unter Anwendung der Top-down-Methode (s. Unterabschnitt 3.2.1 dieser Vorbemerkungen) – den

größten Beitrag zur gesamten Wertschöpfung dieser Einheit leistet. Es ist nicht erforderlich, dass die Haupttätigkeit 50 % oder mehr der gesamten Wertschöpfung der Einheit ausmacht. Als **Nebentätigkeit** gilt jede andere Tätigkeit der Einheit, deren Produktionsergebnis Waren oder Dienstleistungen für Dritte sind.

Unterschieden werden muss zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten einerseits und Hilfstätigkeiten andererseits. Haupt- und Nebentätigkeiten werden gewöhnlich mit Unterstützung einer Reihe von **Hilfstätigkeiten** ausgeführt (z. B. Rechnungswesen, Transport, Lagerung, Einkauf, Verkaufsförderung, Reparatur und Wartung usw.). Hilfstätigkeiten dienen somit allein zur Unterstützung der Haupt- oder Nebentätigkeiten einer Einheit, indem sie Waren oder Dienstleistungen für den ausschließlichen Einsatz in dieser Einheit bereitstellen.

Es handelt sich um eine Hilfstätigkeit, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind<sup>10)</sup>:

- die Tätigkeit dient ausschließlich der betreffenden Einheit oder den betreffenden Einheiten;
- die eingesetzten Produktionsfaktoren tragen zu den laufenden Kosten der Einheit bei;
- der Output (in der Regel Dienstleistungen, selten Waren) ist nicht Teil des Endprodukts der Einheit und führt nicht zur Entstehung von Bruttoanlagevermögen;
- eine vergleichbare Tätigkeit ähnlichen Umfangs wird in ähnlichen Produktionseinheiten ausgeübt.

Folgende Tätigkeiten gelten z. B. nicht als Hilfstätigkeiten:

- Produktion von Waren und Dienstleistungen, die Investitionen darstellen; z. B. selbst ausgeführte Bauarbeiten, die gesondert unter Baugewerbe einzuordnen sind, falls Daten vorliegen; Herstellung von Software;
- Produktion, von der ein bedeutender Teil auf dem Markt verkauft wird, selbst wenn sie zum Teil im Zusammenhang mit Haupt- und Nebentätigkeiten verbraucht wird;
- Herstellung von Waren oder Dienstleistungen, die anschließend ein wesentlicher Bestandteil des Outputs der Haupt- oder Nebentätigkeit werden, z. B. Herstellung von Kisten für die Verpackung der eigenen Erzeugnisse durch eine Abteilung des Unternehmens;
- Erzeugung von Energie (durch betriebseigene Kraftwerke oder Kokereianlagen), selbst wenn die gesamte Produktionsmenge von der zu klassifizierenden Einheit verbraucht wird;
- Einkauf von Waren zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand;
- Forschung und Entwicklung, da durch diese Tätigkeiten keine Dienstleistung erbracht wird, die während der laufenden Produktion verbraucht wird.

Wenn für diese Tätigkeiten getrennte Daten verfügbar sind, sollte man gesonderte Einheiten unterscheiden, die als fachliche Einheiten (s. Unterabschnitt 2.3 dieser Vorbemerkungen) zu betrachten und nach ihrer Tätigkeit einzuordnen sind.

---

10) Siehe auch Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993, ABl. EG Nr. L 76 vom 30. März 1993 (Anhang 3).



## 2.3 Statistische Einheiten

Zur vollständigen statistischen Erfassung der wirtschaftlichen Tätigkeit wird eine Vielzahl verschiedener Informationen benötigt. Die organisatorische Ebene, auf der diese Informationen zusammengetragen werden können, richtet sich nach der Art der Daten. Zum Beispiel sind Daten über den Unternehmensgewinn unter Umständen nur bei einer Zentrale und nur für einige Standorte verfügbar, während Absatzdaten möglicherweise bei jedem einzelnen Standort vorliegen. Um die Daten zufriedenstellend beobachten und analysieren zu können, muss man daher zunächst ein System statistischer Einheiten festlegen. Diese bilden die Grundlage für die Erhebung und Klassifizierung von Daten gemäß der WZ 2008.

Es gibt verschiedene Arten statistischer Einheiten je nach den unterschiedlichen Erfordernissen; jede Einheit bildet jedoch eine spezifische Gesamtheit, die so definiert ist, dass sie als solche identifiziert und nicht mit anderen Einheiten verwechselt werden kann. Es kann sich um eine praktisch identifizierbare rechtliche oder physische Einheit oder, wie beispielsweise im Fall der homogenen Produktionseinheit, um ein statistisches Gebilde handeln.

Im Folgenden sind die Einheiten aufgeführt, die in der Verordnung des Rates betreffend die statistischen Einheiten (s. Anhang 3) beschrieben sind:

- die Unternehmensgruppe,
- das Unternehmen,
- die fachliche Einheit (FE),
- die örtliche Einheit,
- die fachliche Einheit auf örtlicher Ebene (örtliche FE),
- die institutionelle Einheit,
- die homogene Produktionseinheit (HPE),
- die homogene Produktionseinheit auf örtlicher Ebene (örtliche HPE).

In der folgenden Tabelle sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen Arten von statistischen Einheiten dargestellt:

	Ein oder mehrere Standorte	Ein einziger Standort
Eine oder mehrere Tätigkeiten	Unternehmen Institutionelle Einheit	Örtliche Einheit
Eine einzige Tätigkeit	FE HPE	Örtliche FE Örtliche HPE

Für die (internationale) Vergleichbarkeit von Statistiken ist die einheitliche Interpretation und Anwendung der statistischen Einheiten ebenso wichtig wie die Anwendung derselben Klassifikationen und Klassifizierungsregeln. In Deutschland sind für die praktische statistische Arbeit das Unternehmen und die örtliche Einheit von besonderer Bedeutung.

### **3 Regeln für die Klassifizierung statistischer Einheiten**

#### **3.1 Grundregeln für die Klassifizierung**

Jeder der in den statistischen Unternehmensregistern<sup>11)</sup> verzeichneten statistische Einheiten ist ein WZ-Kode zugeordnet, und zwar gemäß ihrer Haupttätigkeit. Die Haupttätigkeit ist die Tätigkeit, die – gegebenenfalls unter Anwendung der Top-down-Methode (s. Unterabschnitt 3.2.1 dieser Vorbemerkungen) – den größten Beitrag zur Wertschöpfung dieser Einheit leistet. Für die Zuordnung des WZ-Kodes stehen Hilfsmittel zur Verfügung: z. B. Erläuterungen, Entscheidungen des bereits genannten Ausschusses bei Eurostat, Gegenüberstellungen, sowie die schon erwähnten Güterklassifikationen CPC, CPA, GP, HS und KN usw.

Jede Einheit wird auf der Grundlage der in ihr durchgeführten Tätigkeiten auf der untersten Gliederungsebene der WZ 2008 eingeordnet, sofern für die einzelnen fachstatistischen Erhebungen nichts anderes bestimmt ist.

Die Klassifizierung ist abhängig von der verwendeten statistischen Einheit. Beispielsweise wird ein Betrieb (örtliche Einheit), der ausschließlich Marktforschung oder Softwareentwicklung für das eigene Unternehmen betreibt, bei der Darstellung nach örtlichen Einheiten in der Unterklasse 73.20.0 ("Markt- und Meinungsforschung") bzw. der Unterklasse 62.01.9 ("Sonstige Softwareentwicklung") der WZ 2008 klassifiziert. Demgegenüber muss die Tätigkeit eines solchen Betriebes bei der Feststellung des Unternehmensschwerpunktes (statistische Einheit Unternehmen) als Hilfstätigkeit angesehen werden; dementsprechend müssen die dort entstandenen Kosten auf diejenigen Tätigkeiten (Haupt- und Nebentätigkeiten) verteilt werden, die diese Leistungen in Anspruch nehmen.

In dem einfachen Fall, dass eine Einheit nur *eine* wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, wird die Haupttätigkeit dieser Einheit von dem Wirtschaftszweig bestimmt, der diese Tätigkeit beschreibt. Übt die Einheit mehrere wirtschaftliche Tätigkeiten (außer Hilfstätigkeiten, s. Unterabschnitt 2.2) aus, so wird die Haupttätigkeit gemäß den im Folgenden dargelegten Regeln anhand der Wertschöpfung ermittelt, die jeder der Tätigkeiten zuzurechnen ist.

---

11) Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke, ABl. EG Nr. L 196 vom 5. August 1993, S. 1.

Die Wertschöpfung bildet das Grundkonzept für die Klassifizierung einer Einheit nach wirtschaftlichen Tätigkeiten. Die Bruttowertschöpfung wird definiert als die Differenz zwischen dem Produktionswert und den Vorleistungen. Die Wertschöpfung ist ein additives Maß des Beitrags der einzelnen Wirtschaftseinheiten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Um die Haupttätigkeit einer Einheit bestimmen zu können, müssen die von der Einheit ausgeführten Tätigkeiten und ihr jeweiliger Wertschöpfungsanteil bekannt sein. Gelegentlich ist es jedoch nicht möglich, Informationen über die den verschiedenen ausgeübten Tätigkeiten zuzurechnende Wertschöpfung zu beschaffen. In diesem Fall muss die Klassifizierung der Tätigkeit mithilfe von Ersatzkriterien erfolgen.

Folgende Größen könnten verwendet werden:

- Outputbasierte Ersatzgrößen:
  - Bruttoproduktion der Einheit, d. h. Gesamtwert der aus den einzelnen Tätigkeiten hervorgegangenen Waren und Dienstleistungen;
  - Verkaufswert oder Umsatz der aus den jeweiligen Tätigkeiten hervorgegangenen Waren und Dienstleistungen;
- Inputbasierte Ersatzgrößen:
  - Lohn- und Gehaltssummen für die einzelnen Tätigkeiten (bzw. das Einkommen von Selbstständigen);
  - Zahl der Mitarbeiter, die die einzelnen Wirtschaftstätigkeiten der Einheit ausführen;
  - Arbeitszeit der Mitarbeiter, die den einzelnen Tätigkeiten der Einheit zuzurechnen ist.

Diese Ersatzgrößen sollten anstelle der unbekannten Wertschöpfungsdaten verwendet werden, um eine bestmögliche Annäherung an die Wertschöpfungsmethode zu erzielen. Mit der Verwendung von Ersatzgrößen ändern sich die Methoden zur Bestimmung der Haupttätigkeit nicht, da sie Näherungswerte der Wertschöpfung darstellen.

Die einfache Verwendung der genannten Ersatzgrößen kann jedoch zuweilen unangebracht sein, und zwar immer dann, wenn die Struktur der Ersatzgrößen nicht proportional zur (unbekannten) Wertschöpfung ist.

Verwendet man den Verkauf (Umsatz) als Ersatz für die Wertschöpfung, ist zu bedenken, dass in bestimmten Fällen die Proportionalität von Umsatz und Wertschöpfung nicht gegeben ist. Beispielsweise weist der Handelsumsatz in der Regel einen weitaus niedrigeren Wertschöpfungsanteil auf als der Umsatz einer verarbeitenden Tätigkeit. Selbst innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes kann das Verhältnis zwischen Umsatz und resultierender Wertschöpfung innerhalb und zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich ausfallen. Für einige Wirtschaftszweige, zum Beispiel Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, ist der Umsatz auf besondere Weise definiert, so dass er sich für Vergleiche mit

anderen Wirtschaftszweigen nicht eignet. Das Gleiche ist bei Verwendung der Bruttoproduktionsdaten als Ersatzkriterium zu bedenken.

Zahlreiche Einheiten üben Handels- und andere Tätigkeiten aus. In diesen Fällen sind Umsatzzahlen die am wenigsten geeigneten Indikatoren für den unbekannten Wertschöpfungsanteil. Ein weit besserer Indikator ist die Handelsspanne (Differenz zwischen Handelsumsatz und Käufen von Waren zum Wiederverkauf, berichtigt um Bestandsveränderungen). Die Handelsspannen können jedoch innerhalb des Großhandels und des Einzelhandels sowie zwischen den einzelnen Handelstätigkeiten variieren. Darüber hinaus sind die in Unterabschnitt 3.4.2 dieser Vorbemerkungen dargelegten besonderen Klassifizierungsregeln für den Handel zu beachten.

Ebenso vorsichtig ist bei der Anwendung von Ersatzgrößen auf der Grundlage des Inputs zu verfahren. Die Proportionalität zwischen Lohn- und Gehaltssummen bzw. Beschäftigung und Wertschöpfung ist nicht zuverlässig, wenn die Arbeitsintensität der verschiedenen Tätigkeiten unterschiedlich ist. Die Arbeitsintensität unterscheidet sich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und auch innerhalb der Tätigkeiten derselben Unterklasse der WZ erheblich. Beispiel: Herstellung eines Gutes in Handarbeit oder mit einem mechanisierten Verfahren.

## **3.2 Mehrere und integrierte Tätigkeiten**

### **3.2.1 Die Top-down-Methode**

In manchen Fällen sind erhebliche Anteile der Tätigkeiten einer statistischen Einheit mehr als einer Unterklasse der WZ zuzurechnen. Dies kann entweder auf eine vertikale Integration der Tätigkeiten (z. B. Holzfällerei in Verbindung mit einem Sägewerk oder der Betrieb einer Tongrube in Verbindung mit einer Ziegelei) zurückzuführen sein oder auf eine horizontale Integration der Tätigkeiten (z. B. Herstellung von Backwaren in Verbindung mit der Herstellung von Schokoladenkonfekt) oder auf eine beliebige Kombination von Tätigkeiten innerhalb einer statistischen Einheit. In diesen Fällen ist die Einheit gemäß den in diesem Unterabschnitt dargelegten Regeln einzuordnen.

Wenn eine Einheit Tätigkeiten ausübt, die nur zwei verschiedenen Positionen der WZ zuzuordnen sind, wird eine von beiden stets mehr als 50 % der Wertschöpfung ausmachen, es sei denn, es tritt der höchst ungewöhnliche Fall ein, dass auf beide Tätigkeiten der unterschiedlichen Positionen der WZ jeweils genau 50 % entfallen. Die Tätigkeit, auf die mehr als 50 % der Wertschöpfung entfallen, ist die Haupttätigkeit und maßgeblich für die Einordnung der Einheit in die WZ 2008.

Wenn eine statistische Einheit Tätigkeiten ausübt, die mehr als zwei verschiedenen Wirtschaftszweigen der WZ zuzuordnen sind, und von denen eine mehr als 50 % der Wertschöpfung ausmacht, wird der betreffende Wirtschaftszweig für die Klassifizierung der Einheit zugrunde gelegt.

In dem komplexen Fall, dass eine Einheit Tätigkeiten ausübt, die mehr als zwei verschiedenen Positionen der WZ zuzuordnen sind, und von denen keine mehr als 50 % der Wertschöpfung ausmacht, muss die Klassifizierung dieser Einheit unter Zuhilfenahme der **Top-down-Methode** erfolgen, die im Folgenden beschrieben wird. Die Top-down-Methode folgt einem hierarchischen Prinzip: Die Klassifizierung einer Einheit auf der untersten Klassifizierungsebene muss mit der Klassifizierung der Einheit auf den höheren Gliederungsebenen der Struktur kohärent sein. Zur Erfüllung dieser Bedingung beginnt man mit der Ermittlung der entsprechenden Position auf der höchsten Ebene und geht dann von Ebene zu Ebene weiter nach unten. Im Einzelnen ist bei der Anwendung der Top-down-Methode folgendermaßen vorzugehen:

1. Auflistung der von der Einheit ausgeführten Tätigkeiten und Ermittlung der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (oder einer geeigneten Ersatzgröße) für jede betroffene Unterklasse der WZ 2008.
2. Bestimmung des Abschnitts der WZ 2008 mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung.
3. Innerhalb dieses Abschnitts Bestimmung der Abteilung der WZ 2008 mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung.
4. Innerhalb dieser Abteilung Bestimmung der Gruppe der WZ 2008 mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung.
5. Innerhalb dieser Gruppe Bestimmung der Klasse der WZ 2008 mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung.
6. Innerhalb dieser Klasse Bestimmung der Unterklasse der WZ 2008 mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung.

Diese Unterklasse bestimmt die Haupttätigkeit der Einheit und ist für deren wirtschaftszweigklassifikatorische Zuordnung maßgeblich.

Diese Klassifizierungsregel wird im Folgenden anhand eines Beispiels verdeutlicht:

Ab-schnitt	Abtei-lung	Gruppe	Klasse	Unterklasse	Bezeichnung der Unterklasse	Wert-schöp-fungs-anteil
C	25	25.9	25.91	25.91.0	Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall	10%
	28	28.1	28.11	28.11.0	Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)	6%
		28.2	28.24	28.24.0	Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb	5%
		28.9	28.92	28.92.1	Herstellung von Bergwerksmaschinen	11%
				28.92.2	Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen	12%
			28.95	28.95.0	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung	8%
G	46	46.1	46.14	46.14.1	Handelsvermittlung von Maschinen (ohne landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen) und technischem Bedarf a. n. g.	7%
		46.6	46.63	46.63.0	Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen	28%
M	71	71.1	71.12	71.12.2	Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	13%

	Bezeichnung	Wertschöpfungsanteil
<b>Schritt 1: Bestimmung des Abschnitts</b>		
<b>Abschnitt C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>52%</b>
Abschnitt G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	35%
Abschnitt M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	13%

<b>Schritt 2: Bestimmung der Abteilung</b>		
Abteilung 25	Herstellung von Metallerzeugnissen	10%
<b>Abteilung 28</b>	<b>Maschinenbau</b>	<b>42%</b>

<b>Schritt 3: Bestimmung der Gruppe</b>		
Gruppe 28.1	Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen	6%
Gruppe 28.2	Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen	5%
<b>Gruppe 28.9</b>	<b>Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige</b>	<b>31%</b>

<b>Schritt 4: Bestimmung der Klasse</b>		
<b>Klasse 28.92</b>	<b>Herstellung von Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen</b>	<b>23%</b>
Klasse 28.95	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung	8%

<b>Schritt 5: Bestimmung der Unterklasse</b>		
Unterklasse 28.92.1	Herstellung von Bergwerksmaschinen	11%
<b>Unterklasse 28.92.2</b>	<b>Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen</b>	<b>12%</b>

Die Haupttätigkeit fällt daher in die Unterklasse 28.92.2 der WZ 2008 ("Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen"), obwohl die Unterklassen 46.63.0 ("Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen") und 71.12.2 ("Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign") höhere Anteile an der Wertschöpfung haben.

Wäre die Zuordnung direkt zu der Unterklasse mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung erfolgt, hätte man dieses Unternehmen fälschlicherweise außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes klassifiziert. Die Anwendung der Top-down-Methode führt also zu dem gewünschten Ergebnis, dass die Klassifizierung auf der untersten Ebene mit der Haupttätigkeit auf der obersten Ebene der WZ 2008 – aus der sich in der Praxis die Berichtspflicht zu konkreten statistischen Erhebungen ergibt – übereinstimmt.

Wegen der Abweichungen zwischen ISIC Rev. 4 und NACE Rev. 2 auf Ebene der Gruppen und Klassen führt die Anwendung der Top-down-Methode auf die NACE Rev. 2 und die WZ 2008 gegebenenfalls zu anderen Zuordnungen als bei der Anwendung auf die ISIC Rev. 4. Nach Möglichkeit sollte mit dieser Methode zunächst die zutreffende ISIC-Klasse und dann die entsprechende WZ-Unterklasse ermittelt werden. So lässt sich die Kohärenz der weltweit geltenden Klassifikationen sicherstellen.

Wird die Top-down-Methode auf Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") angewendet, so ist sie in besonderer Weise anzupassen. Näheres dazu findet sich im Unterabschnitt 3.4.2 dieser Vorbemerkungen.

### 3.2.2 Änderung der Haupttätigkeit einer Einheit

Die Haupttätigkeit einer Einheit kann sich ändern – sei es kurzfristig oder allmählich über einen längeren Zeitraum, sei es aufgrund von saisonalen Faktoren oder Entscheidungen der Geschäftsleitung über die Änderung der Output-Struktur. Zwar wäre in allen diesen Fällen die Einordnung der Einheiten zu ändern, jedoch können allzu häufige Änderungen zu Inkonsistenzen zwischen kurzfristigen (monatlichen und vierteljährlichen) und längerfristigen Statistiken führen und deren Interpretation extrem erschweren.

Für Fälle, in denen eine Einheit *zwei* Tätigkeiten ausübt (auf die jeweils ungefähr 50% der Wertschöpfung entfallen), wurde eine **Stabilitätsregel** festgelegt, um häufige **Änderungen zu vermeiden, die auf keiner wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Realität beruhen**. Dieser Regel zufolge ist die Haupttätigkeit zu ändern, wenn die gegenwärtige Haupttätigkeit seit mindestens zwei Jahren weniger als 50% zur Wertschöpfung beiträgt. Bei *mehr als zwei* Tätigkeiten, die zu unterschiedlichen Wirtschaftszweigen gehören, ist unter Anwendung der Top-down-Methode analog zu verfahren.



### 3.2.3 Klassifizierung integrierter Tätigkeiten

**Vertikale Integration** von Tätigkeiten liegt vor, wenn verschiedene Produktionsstufen nacheinander von derselben Einheit ausgeführt werden und der aus einem Produktionsprozess hervorgegangene Output als Input für die nächste Stufe dient. Beispiele für Fälle vertikaler Integration sind: Holzfällerei in Verbindung mit einer Sägemühle, Betrieb einer Tongrube in Verbindung mit einer Ziegelei oder Herstellung von Kunstfasern in Verbindung mit einer Textilfabrik.

Im Zusammenhang mit der WZ 2008 sind Fälle vertikaler Integration ebenso zu behandeln wie andere Arten von Mehrfachstätigkeiten, d. h., Haupttätigkeit der Einheit ist die mit der Top-down-Methode ermittelte Tätigkeit, auf die der höchste Wertschöpfungsanteil entfällt. Diesbezüglich hat sich die Behandlung gegenüber früheren Versionen der WZ geändert. Zur vertikalen Integration bei bestimmten Fällen in der Landwirtschaft siehe Unterabschnitt 3.4.1 dieser Vorbemerkungen.

Lassen sich für die einzelnen Stufen eines vertikal integrierten Produktionsprozesses die Wertschöpfung oder Ersatzgrößen aus den Unterlagen der statistischen Einheit nicht ermitteln, können ähnliche Einheiten zum Vergleich herangezogen werden. Eine andere Möglichkeit besteht in der Bewertung von Vorleistungen oder Endprodukten zu Marktpreisen.

Eine **horizontale Integration** von Tätigkeiten liegt vor, wenn die Tätigkeiten gleichzeitig und unter Verwendung derselben Produktionsfaktoren ausgeführt werden. Auch hier ist das Wertschöpfungsprinzip gemäß der Top-down-Methode anzuwenden, und es sind dieselben Vorsichtsregeln bei der Verwendung von Ersatzgrößen zu beachten.

## 3.3 Klassifizierungsregeln für Sonderfälle

### 3.3.1 Im Lohnauftrag durchgeführte Tätigkeiten und ausgelagerte Tätigkeiten

Im Folgenden werden die Klassifizierungsregeln für bestimmte ausgelagerte Tätigkeiten beschrieben. Dabei wird folgende Terminologie verwendet:

#### **Auslagerung**

Vertragliche Vereinbarung, auf deren Grundlage der Auftraggeber vom Subunternehmer (Auftragnehmer) bestimmte Aufgaben, z. B. einen Teil des Produktionsprozesses oder sogar den gesamten Produktionsprozess, Personaldienstleistungen oder Hilfsdienste durchführen lässt.

Der Begriff Auslagerung trifft auch dann zu, wenn der Subunternehmer eine Tochtereinheit ist, und unabhängig davon, ob die Aufgaben unter Marktbedingungen durchgeführt werden oder nicht.

Auftraggeber und Subunternehmer können ihren Geschäftssitz in demselben Wirtschaftsgebiet (Erhebungsgebiet) oder in verschiedenen Wirtschaftsgebieten haben. Der tatsächliche Standort ist für die Einordnung der beiden Einheiten unerheblich.

#### **Auftraggeber**

Einheit, die mit einer anderen Einheit (Subunternehmer) eine Vertragsbeziehung eingeht, um von ihr bestimmte Aufgaben, z. B. einen Teil des Produktionsprozesses oder sogar den gesamten Produktionsprozess, Personaldienstleistungen oder Hilfsdienste ausführen zu lassen.

#### **Subunternehmer**

Einheit, die auf der Grundlage einer Vertragsbeziehung mit dem Auftraggeber bestimmte Aufgaben, z. B. einen Teil des Produktionsprozesses oder sogar den gesamten Produktionsprozess, Personaldienstleistungen oder Hilfsdienste ausführt. In der WZ erhalten die vom Subunternehmer durchgeführten Tätigkeiten die Bezeichnung "im Lohnauftrag".

#### **Verarbeitende Tätigkeiten**

Die physische und/oder chemische Transformation von Materialien, Substanzen oder Komponenten in neue Produkte. Die Materialien, Substanzen oder Komponenten sind Roh- oder Grundstoffe aus Land- und Forstwirtschaft, Fischerei oder Bergbau sowie Fertig- erzeugnisse oder Halbwaren anderer verarbeitender Tätigkeiten.

Für die Klassifizierung bei Auslagerung der physischen Produktion gelten grundsätzlich folgende Regeln:

**Subunternehmer**, das heißt Einheiten, die eine Tätigkeit im Lohnauftrag ausführen, werden in der Regel demselben Wirtschaftszweig zugeordnet wie Einheiten, die dieselben Waren oder Dienstleistungen auf eigene Rechnung produzieren. Beim Auslagern von Tätigkeiten im Baugewerbe wird die Tätigkeit des Auftraggebers der Klasse 41.10 und die des Subunternehmers der Klasse 41.20 der WZ 2008 zugeordnet. Zu den Klassifizierungsregeln im Handel siehe Unterabschnitt 3.4.2 dieser Vorbemerkungen.

Im Verarbeitenden Gewerbe stellt der **Auftraggeber** dem Subunternehmer die technischen Spezifikationen für die an den Werkstücken durchzuführenden Arbeiten bereit. Die Werkstücke / Materialien (Rohstoffe oder Vorleistungen) können vom Auftraggeber bereitgestellt werden (und ihm gehören) oder auch nicht. Beispiele solcher Tätigkeiten sind: Metallverarbeitung (z. B. Schmieden, Gießen, Schneiden, Stanzen), Metallbearbeitung (z. B.

Verchromen), Herstellung und Veredeln von Bekleidung und ähnliche Grundbestandteile des Produktionsablaufs.

Ein Auftraggeber, der den gesamten Transformationsprozess auslagert, ist nur dann dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen, wenn er Eigentümer der als Input für das Produktionsverfahren verwendeten Materialien (und somit auch Eigentümer des Outputs) ist. Ein Auftraggeber, der nur einen Teil des Transformationsprozesses auslagert, ist dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen. In allen anderen Fällen wird der Auftraggeber nach dem Prinzip der Wertschöpfung eingeordnet, z. B. in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") (je nach der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut, siehe Unterabschnitt 3.4.2 dieser Vorbemerkungen) oder in anderen Abschnitten, z. B. den Abschnitten M "Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" oder N "Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen".

Bei der **Auslagerung von Personaldienstleistungen** ist zwischen einer befristeten und einer langfristigen bzw. unbefristeten Auslagerung zu unterscheiden:

- Handelt es sich um eine befristete Auslagerung, so ist der Auftraggeber gemäß seiner tatsächlichen Tätigkeit einzuordnen (z. B. "Verarbeitendes Gewerbe"). Der Subunternehmer ist der Unterklasse 78.20.0 ("Befristete Überlassung von Arbeitskräften") der WZ 2008 zuzuordnen.
- Handelt es sich um eine langfristige oder unbefristete Auslagerung, so ist der Auftraggeber gemäß seiner tatsächlichen Tätigkeit einzuordnen (z. B. "Verarbeitendes Gewerbe"). Der Subunternehmer ist der Unterklasse 78.30.0 ("Sonstige Überlassung von Arbeitskräften") der WZ 2008 zuzuordnen.

Anzumerken ist, dass die genannten Regeln nur für die Klassifizierung der ausgelagerten Wirtschaftstätigkeiten gelten. Wenn Auftraggeber oder Subunternehmer auch andere Tätigkeiten ausüben, muss ihre Gesamtklassifizierung nach dem Wertschöpfungsprinzip für alle Tätigkeiten erfolgen.

Die vorstehend allgemein beschriebenen Klassifizierungsregeln im Zusammenhang mit ausgelagerten Tätigkeiten werden im Folgenden detailliert erläutert:

#### **Auslagerung von Teilen eines Verarbeitungsprozesses**

Ein Auftraggeber lässt einen Teil eines Verarbeitungsprozesses von einem Subunternehmer durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber wird so klassifiziert, als würde er den gesamten Verarbeitungsprozess selbst durchführen.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren oder Dienstleistungen auf eigene Rechnung produzieren.

### **Auslagerung des gesamten Verarbeitungsprozesses**

- Ein **Auftraggeber ist Eigentümer** des wichtigsten als Input verwendeten Materials und lässt den gesamten Verarbeitungsprozess von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der Eigentümer des wichtigsten als Input verwendeten Materials (z. B. Stoffe und Knöpfe für die Herstellung von Bekleidung, Holz und Metallbeschläge zur Herstellung von Möbeln) und somit auch Eigentümer des Outputs ist, die Produktion jedoch von Subunternehmern durchführen lässt, wird in Abschnitt C ("Verarbeitendes Gewerbe") in die Unterklasse eingeordnet, die dem gesamten Verarbeitungsprozess entspricht.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

- Ein **Auftraggeber ist nicht Eigentümer** des wichtigsten als Input verwendeten Materials und lässt den gesamten Verarbeitungsprozess von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der die Produktion von Subunternehmern durchführen lässt und nicht Eigentümer des als Input verwendeten Materials ist, wird – entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut – in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

### **Auslagerung von Tätigkeiten im Baugewerbe**

Ein Auftraggeber lässt die Bauarbeiten von anderen Einheiten durchführen, ist aber weiter für das gesamte Bauvorhaben verantwortlich.

Klassifizierungsregeln:

Auftraggeber und Subunternehmer werden beide in Abschnitt F ("Baugewerbe") derjenigen Unterklasse zugeordnet, die den durchgeführten Bautätigkeiten entspricht.

### **Auslagerung von Hilfstätigkeiten**

Ein Auftraggeber führt den gesamten Produktionsprozess (einer Ware oder Dienstleistung) oder einen Teil davon selbst durch, lässt aber bestimmte Hilfsdienste wie z. B. das Rechnungswesen oder EDV-Dienstleistungen von einem Subunternehmer ausführen. Diese Hilfsdienste gehören nicht zum Kern des Produktionsprozesses und führen nicht direkt zum Endprodukt bzw. zur endgültigen Dienstleistung, sondern unterstützen den allgemeinen Betrieb des Auftraggebers als produzierende Einheit.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftszweig zugeordnet, mit dem der Produktionsprozess erfasst wird. Der Subunternehmer wird der spezifischen Tätigkeit zugeordnet, die er durchführt, z. B. der Unterklasse 69.20.4 ("Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)")

der WZ 2008, der Unterklasse 63.11.0 ("Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten") usw.

#### **Auslagerung der Erbringung von Dienstleistungen**

Der Auftraggeber lässt Dienstleistungen (mit Ausnahme von Hilfstätigkeiten, siehe vorstehenden Absatz) zum Teil oder vollständig von einer anderen Einheit erbringen.

Klassifizierungsregeln:

- Der Auftraggeber, der einen **Teil der Dienstleistungstätigkeiten auslagert**, ist so zu klassifizieren, als würde er die gesamte Dienstleistung erbringen. Der Subunternehmer wird gemäß dem von ihm erbrachten Teil der Dienstleistungstätigkeiten zugeordnet.
- Wenn der Auftraggeber die **gesamte Dienstleistungstätigkeit auslagert**, werden sowohl er als auch der Subunternehmer so klassifiziert, als würden sie die gesamte Dienstleistungstätigkeit durchführen.

#### **Auslagerung des gesamten Produktionsprozesses in Landwirtschaft und Tierhaltung**

- Ein **Auftraggeber ist Eigentümer** des Saatguts oder der Pflanzen (Setzlinge, Stecklinge, Pfropfreiser), der Obstbäume oder Weinstöcke oder der Tierbestände und lässt den gesamten landwirtschaftlichen oder tierischen Produktionsprozess von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der Eigentümer des Saatguts oder der Pflanzen (Setzlinge, Stecklinge, Pfropfreiser), der Obstbäume oder Weinstöcke oder der Tierbestände und somit auch Eigentümer des Outputs ist, die Herstellung (Aufzucht) jedoch von Subunternehmern ausführen lässt, wird in Abteilung 01 der Unterklasse zugeordnet, die den gesamten Produktionsprozess abdeckt.

Der Subunternehmer wird in Gruppe 01.6 der Unterklasse zugeordnet, die seiner Tätigkeit entspricht.

- Ein **Auftraggeber ist nicht Eigentümer** des Saatguts oder der Pflanzen (Setzlinge, Stecklinge, Pfropfreiser), der Obstbäume oder Weinstöcke oder der Tierbestände und lässt den gesamten landwirtschaftlichen oder tierischen Produktionsprozess von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der die Herstellung (Aufzucht) von anderen durchführen lässt und nicht Eigentümer des Saatguts oder der Pflanzen (Setzlinge, Stecklinge, Pfropfreiser), der Obstbäume oder Weinstöcke oder der Tierbestände ist, wird – entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut – in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren. Die Einordnung kann in Abschnitt G oder in einem anderen Abschnitt der WZ 2008 erfolgen.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

#### **Auslagerung des gesamten Produktionsprozesses in der Forstwirtschaft**

- Ein **Auftraggeber ist Eigentümer** der Bäume und lässt den gesamten Produktionsprozess der forstwirtschaftlichen Erzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.  
Klassifizierungsregeln:  
Der Auftraggeber, der Eigentümer der Bäume und somit auch Eigentümer des Outputs ist, den gesamten forstwirtschaftlichen Produktionsprozess jedoch von Subunternehmern durchführen lässt, wird in Abteilung 02 der Unterklasse zugeordnet, die den gesamten Produktionsprozess abdeckt.  
Der Subunternehmer wird der Unterklasse 02.40.0 der WZ 2008 zugeordnet.
- Ein **Auftraggeber ist nicht Eigentümer** der Bäume und lässt den gesamten Produktionsprozess der forstwirtschaftlichen Erzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.  
Klassifizierungsregeln:  
Der Auftraggeber, der die Produktion von anderen durchführen lässt und nicht Eigentümer der Bäume ist, wird – entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut – in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren. Das kann in Abschnitt G oder in einem anderen Abschnitt erfolgen.  
Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

#### **Auslagerung des gesamten Produktionsprozesses von Aquakulturen**

- Ein **Auftraggeber ist Eigentümer** der Fischbrut und lässt den gesamten Produktionsprozess der Aquakulturerzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.  
Klassifizierungsregeln:  
Der Auftraggeber, der Eigentümer der Fischbrut und somit auch Eigentümer des Outputs ist, die Herstellung (Aufzucht) jedoch von Subunternehmern durchführen lässt, wird in Gruppe 03.2 der Unterklasse zugeordnet, die den gesamten Produktionsprozess abdeckt.  
Der Subunternehmer wird derjenigen Unterklasse der Gruppe 03.2 zugeordnet, die seiner Tätigkeit entspricht.
- Ein **Auftraggeber ist nicht Eigentümer** der Fischbrut und lässt den gesamten Produktionsprozess der Aquakulturerzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.  
Klassifizierungsregeln:  
Der Auftraggeber, der die Produktion von anderen durchführen lässt und nicht Eigentümer der Fischbrut ist, wird – entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut – in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen") zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren. Die Einordnung kann in Abschnitt G oder in einem anderen Abschnitt erfolgen.  
Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

### **Auslagerung des gesamten Produktionsprozesses in der Energieerzeugung**

- Ein **Auftraggeber ist Eigentümer** der Energieträger zur Energieerzeugung (wie Öl, Kohle, Gas, Holz, landwirtschaftliche Abfälle usw.) und lässt den gesamten Produktionsprozess der Energieerzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der Eigentümer der Energieträger zur Energieerzeugung (wie Öl, Kohle, Gas, Holz, landwirtschaftliche Abfälle usw.) und somit auch Eigentümer des Outputs ist, die Energieerzeugung jedoch von Subunternehmern durchführen lässt, wird in Abschnitt D ("Energieversorgung") derjenigen Unterklasse zugeordnet, die dem gesamten Produktionsprozess entspricht.

Der Subunternehmer wird im Abschnitt D der Unterklasse zugeordnet, die seiner Tätigkeit entspricht.

- Ein **Auftraggeber ist nicht Eigentümer** der Energieträger zur Energieerzeugung (wie Öl, Kohle, Gas, Holz, landwirtschaftliche Abfälle usw.) und lässt den gesamten Produktionsprozess der Energieerzeugnisse von einer anderen Einheit durchführen.

Klassifizierungsregeln:

Der Auftraggeber, der die Energieerzeugung von anderen durchführen lässt und nicht Eigentümer der Energieträger zur Energieerzeugung (wie Öl, Kohle, Gas, Holz, landwirtschaftliche Abfälle usw.) ist, wird – entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut – den Unterklasse 35.14.0 oder 35.23.0 der WZ 2008 zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

### **Auslagerung des gesamten Produktionsprozesses anderer Waren**

In den Bereichen Fischerei, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Wasserversorgung wird ein Auftraggeber, der die Produktion von anderen durchführen lässt, entsprechend der Tätigkeit und dem jeweils verkauften Gut im Handel zugeordnet, wenn er nur diese Tätigkeit ausführt. Führt er auch noch andere Tätigkeiten aus, so ist er nach dem Wertschöpfungsprinzip zu klassifizieren. Dies kann in Abschnitt G oder in einem anderen Abschnitt erfolgen.

Der Subunternehmer wird ebenso klassifiziert wie Einheiten, die dieselben Waren auf eigene Rechnung produzieren.

#### **3.3.2 Vor-Ort-Aufbau**

Einheiten, die hauptsächlich in Gebäuden zu deren Betrieb bestimmte Geräte oder Anlagen einbauen oder zusammenbauen, werden im Abschnitt F ("Baugewerbe"), Abteilung 43 ("Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe") der WZ 2008 klassifiziert.

Der Einbau von Maschinen und anderen Ausrüstungen, die nicht dem Betrieb von Bauwerken (Hoch- oder Tiefbauten) dienen, wird der Unterklasse 33.20.0 ("Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.") der WZ 2008 zugeordnet.

### **3.3.3 Reparatur und Instandhaltung**

Einheiten, die Güter instand setzen oder instand halten, werden je nach Art des Gutes in eine der folgenden Kategorien eingereiht:

- Gruppe 33.1 ("Reparatur von Metallerzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen")
- Abteilung 43 ("Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe")
- Gruppe 45.2 ("Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen")
- Abteilung 95 ("Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern")

Einheiten, die Flugzeuge, Lokomotiven oder Schiffe überholen ("Werksüberholung"), werden derselben Unterklasse der WZ 2008 zugeordnet, wie die Einheiten, die sie produzieren.

### **3.4 Abschnittsbezogene Klassifizierungsregeln und Definitionen**

In diesem Unterabschnitt der Vorbemerkungen werden Regeln und Definitionen behandelt, die bei der Zuordnung statistischer Einheiten zu bestimmten Abschnitten der WZ 2008 zu beachten sind. Inhaltliche Beschreibungen von Abschnitten der WZ 2008 werden in den entsprechenden Erläuterungen dargelegt.

#### **3.4.1 Abschnitt A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

In der Landwirtschaft treten bei der Aufspaltung der Wertschöpfung (Verteilung auf einzelne Produktionsstufen bei integrierten Tätigkeiten) häufig Schwierigkeiten auf, wenn eine Einheit Trauben erzeugt und aus selbst erzeugten Trauben Wein herstellt oder wenn sie selbst Oliven erzeugt und aus diesen Öl gewinnt. In solchen Fällen ist die "Zahl der geleisteten Arbeitsstunden" die am besten geeignete Ersatzgröße für die Wertschöpfung, und ihre Anwendung auf diese vertikal integrierten Tätigkeiten dürfte in der Regel zur Zuordnung der Einheiten zur Landwirtschaft führen. Tritt bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein vergleichbarer Fall auf, so werden die Einheiten vereinbarungsgemäß der Landwirtschaft zugewiesen, um eine einheitliche Behandlung zu gewährleisten.



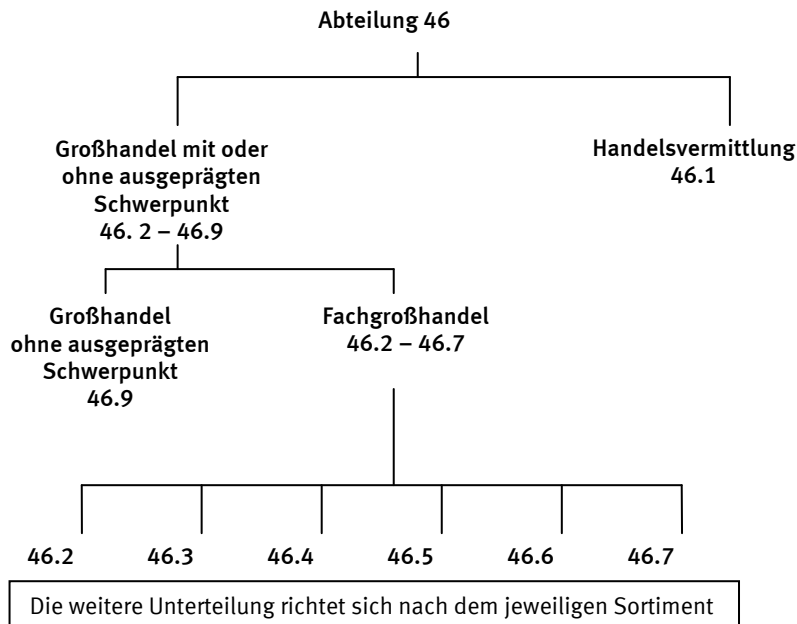
### 3.4.2 Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Im Abschnitt G wird der Handel in den Großhandel und in den Einzelhandel unterteilt, mit Ausnahme des Handels mit Kraftfahrzeugen. Es kann aber vorkommen, dass eine Einheit horizontal integrierte Handelstätigkeiten in verschiedenen möglichen Formen ausführt: sowohl Großhandel als auch Einzelhandel, oder Verkauf in Verkaufsräumen und nicht in Verkaufsräumen, oder es werden viele verschiedene Güter verkauft.

Gehören die von der Einheit verkauften Güter keiner Unterklasse an, auf die allein wenigstens 50 % der Wertschöpfung entfallen, ist bei der Anwendung der Top-down-Methode besondere Vorsicht angezeigt, und es sind zusätzliche Gliederungsebenen der WZ in Betracht zu ziehen. Außerdem sind die spezifischen Klassifizierungsregeln zur Erreichung eines EU-weit einheitlichen Vorgehens zunächst auf der Ebene der vierstellig verschlüsselten Klassen anzuwenden. Erst im letzten Schritt ist die Unterklasse zu ermitteln, auf die die Haupttätigkeit entfällt.

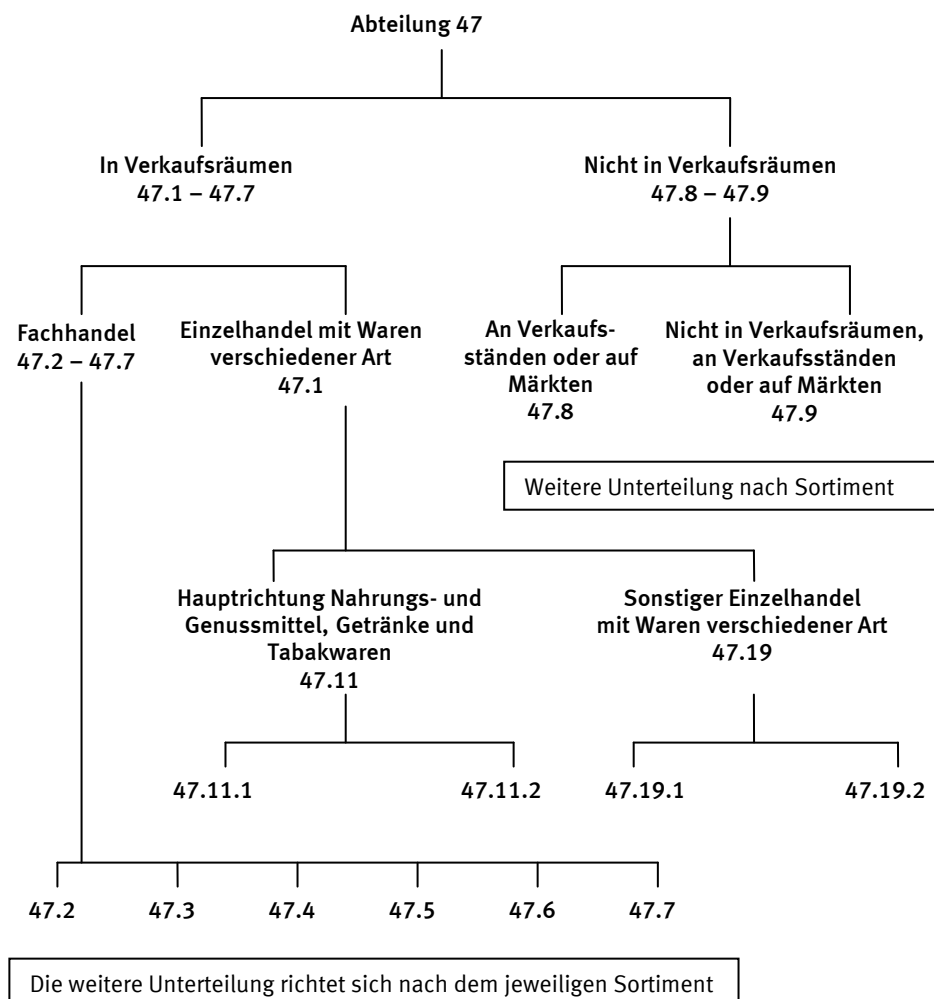
Innerhalb der Abteilung 46 ("Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)") der WZ 2008 ist zunächst eine weitere Unterscheidungsebene zu beachten: die Gruppe 46.1 ("Handelsvermittlung") und das Aggregat der Gruppen 46.2 bis 46.9. So ist zuerst anhand des Wertschöpfungsprinzips zu entscheiden, welche dieser beiden Möglichkeiten auf die Einheit zutrifft. Fällt die Wahl auf das Aggregat 46.2 bis 46.9, so ist im zweiten Schritt zwischen "Fachhandel" (Gruppen 46.2 bis 46.7) und "Handel ohne ausgeprägten Schwerpunkt" (Gruppe 46.9) (siehe unten) zu unterscheiden. Schließlich ist – stets unter Beachtung der Top-down-Methode – die Wahl zwischen Gruppen, Klassen und Unterklassen zu treffen.

Die folgende Abbildung zeigt den Entscheidungsbaum für die Zuordnung einer Einheit zu einer bestimmten Unterklasse in der Abteilung 46 ("Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)"):



Innerhalb der Abteilung 47 ("Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)") der WZ 2008 ist zunächst eine weitere Unterscheidungsebene zu beachten: das Aggregat der Gruppen 47.1 bis 47.7 für den "Einzelhandel in Verkaufsräumen" und das Aggregat der Gruppen 47.8 und 47.9 für den "Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen". Folglich ist zuerst an Hand des Wertschöpfungsprinzips zu entscheiden, welche dieser beiden Möglichkeiten auf die Einheit zutrifft. Fällt die Wahl auf das Aggregat "Einzelhandel in Verkaufsräumen", so ist im zweiten Schritt zwischen "Fachhandel" (Gruppen 47.2 bis 47.7) und "Einzelhandel mit Waren verschiedener Art" (Gruppe 47.1) zu unterscheiden. Schließlich ist – stets unter Beachtung der Top-down-Methode – die Wahl zwischen Gruppen, Klassen und Unterklassen zu treffen.

Die folgende Abbildung zeigt den Entscheidungsbaum für die Zuordnung einer Einheit zu einer bestimmten Unterklasse in der Abteilung 47 ("Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)"):



Sowohl beim Großhandel als auch beim Einzelhandel beruht die Unterscheidung zwischen "Fachhandel" und "Handel mit Waren verschiedener Art" auf der Zahl von **Klassen**, denen die verkauften Waren zugeordnet sind, wobei auf die in Frage kommenden Klassen jeweils wenigstens 5 % (und weniger als 50 %) der Wertschöpfung entfallen:

- a. Gehören die verkauften Waren zu beliebigen vier **Klassen** aus den Gruppen 46.2 bis 46.7 (für den Großhandel) oder 47.2 bis 47.7 (für den Einzelhandel), so ist die Einheit als dem "Fachhandel" zugehörig anzusehen. Es ist dann erforderlich, die Haupttätigkeit mit der Top-down-Methode anhand der Wertschöpfung zu ermitteln, wobei zuerst die zutreffende Gruppe, danach die entsprechende Klasse innerhalb dieser Gruppe und anschließend die zutreffende Unterklasse innerhalb dieser Klasse bestimmt wird:

Unterklasse	Fall A	Fall B	Fall C
47.21.0	30%	30%	15%
47.25.0	10%	15%	10%
47.62.1	25%	25%	25%
47.62.2	20%	15%	10%
47.75.0	15%	15%	40%
Endgültige Zuordnung	Unterklasse 47.62.1	Unterklasse 47.21.0	Unterklasse 47.75.0

- b. Gehören die verkauften Waren zu beliebigen fünf oder mehr **Klassen** der Gruppen 46.2 bis 46.7 (für den Großhandel) oder 47.2 bis 47.7 (für den Einzelhandel), so ist die Einheit dem "Handel mit Waren verschiedener Art" zuzuordnen, im Großhandel also der Gruppe 46.9, im Einzelhandel der Gruppe 47.1. Macht im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art der Anteil der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren wenigstens 35 % der Wertschöpfung aus, erfolgt die Zuordnung zur Klasse 47.11 der WZ 2008, in allen übrigen Fällen zur Klasse 47.19.

Unterklasse	Fall A	Fall B	Fall C
47.21.0	10%	20%	10%
47.22.0	10%	15%	15%
47.42.0	15%	10%	45%
47.43.0	25%	10%	20%
47.54.0	40%	45%	10%
Endgültige Zuordnung	Unterklasse 47.19.2	Unterklasse 47.11.2	Unterklasse 47.19.2

Die Zuordnungsregeln beruhen stets auf der Großhandels- bzw. Einzelhandelstätigkeit der Einheit. Wenn eine Einheit außerdem eine Nebentätigkeit ausführt, wird ihre Zuordnung zur entsprechenden Unterklasse im Handel nur durch die Zusammensetzung ihrer Großhandels- bzw. Einzelhandelstätigkeit bestimmt.

### 3.4.3 **Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, und Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen**

Im Abschnitt K der WZ 2008 wurden zwei Klassen eingefügt, die über den herkömmlichen Rahmen der WZ bei der Erfassung der Wirtschaftsproduktion hinausgehen, nämlich die Unterklassen 64.20.0 ("Beteiligungsgesellschaften") und 64.30.0 ("Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen"). Die diesen beiden Unterklassen zugeordneten Einheiten erzielen keinerlei Einkünfte aus dem Verkauf von Produkten und beschäftigen in der Regel auch kein Personal (außer möglicherweise eine Person oder wenige Personen, die als gesetzlicher Vertreter fungieren).

Sollen diesen beiden Unterklassen Einheiten zugeordnet werden, so sind zudem auch andere Unterklassen zu beachten (zwei davon in Abschnitt M, Abteilung 70), nämlich die Unterklassen der Klasse 70.10 ("Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben") und die Unterklasse 70.22.0 ("Unternehmensberatung").

Im Einzelnen gilt Folgendes:

- Die Unterklasse 64.20.0 ("Beteiligungsgesellschaften") bezieht sich auf die Tätigkeiten von Beteiligungsgesellschaften, deren Haupttätigkeit darin besteht, Eigentümer der Unternehmensgruppe zu sein, nicht aber, sie zu führen oder zu verwalten.
- Die Unterklasse 64.30.0 ("Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen") stellt innerhalb der WZ einen Sonderfall dar, da sie sich nicht auf eine Wirtschaftstätigkeit, sondern auf Einheiten bezieht.
- Die Unterklasse 66.30.0 ("Fondsmanagement") umfasst Tätigkeiten, die im Lohnauftrag ausgeführt werden.
- Die Klasse 70.10 ("Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben") umfasst die Aufsicht über die Verwaltung der unterstellten Einheiten, die Ausübung der operationellen Kontrolle und die Führung der Tagesgeschäfte.
- Die Klasse 70.22.0 ("Unternehmensberatung") umfasst die Tätigkeit der Beratung und Unterstützung in Bereichen wie Unternehmensstrategie und Organisationsplanung, Vertriebsziele und -strategien, Personalpolitik, usw.

Die Ermittlung der Haupttätigkeit einer Einheit, die mehrere der vorgenannten Tätigkeiten ausübt, erfolgt wie üblich anhand des Wertschöpfungsprinzips. Dabei ist zu beachten, dass Kapitalerträge keine Wertschöpfung darstellen und deshalb außer Acht zu lassen sind. Die Einführung der oben genannten Unterklassen stellt eine wesentliche Änderung gegenüber der WZ 2008 dar.

#### 3.4.4 Abschnitt O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung

In der WZ 2008 wird nicht nach dem institutionellen Sektor (gemäß der Definition im SNA und im ESVG) unterschieden, zu dem die zu klassifizierende Einheit gehört. Vielmehr gibt es in der WZ 2008 keine Kategorie, die alle Tätigkeiten beschreibt, die der Staat als solcher ausübt. Folglich werden nicht alle staatlichen Stellen automatisch dem Abschnitt O ("Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung") der WZ 2008 zugeordnet. Einheiten, die auf nationaler, regionaler oder örtlicher Ebene Tätigkeiten ausführen, die sich bestimmten anderen Bereichen der WZ 2008 zuordnen lassen, werden im entsprechenden Abschnitt eingeordnet. So wird eine vom Staat betriebene berufsbildende weiterführende Schule der Unterklasse 85.32.0 (Abschnitt P) zugeordnet, ein öffentliches Allgemeinkrankenhaus der Unterklasse 86.10.1 (Abschnitt Q).

Andererseits umfasst der Abschnitt O nicht ausschließlich staatliche Stellen: private Einheiten, die typische "Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung" ausführen, werden ebenfalls hier eingeordnet.

#### 3.4.5 Abschnitt T: Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt

Die Abteilung 97 umfasst nur Tätigkeiten der **privaten Haushalte als Arbeitgeber** von Hauspersonal. Das Ergebnis dieser Tätigkeiten gilt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Produktion. Aus diesem Grund und für bestimmte Erhebungen wurde diese Abteilung in die WZ 2008 aufgenommen. Die Tätigkeiten von Hausangestellten werden hier nicht zugeordnet. Beispielsweise ist die Betreuung von Kleinkindern der Unterklasse 88.91.0 der WZ 2008 zuzuordnen, das Wäschewaschen der Klasse 96.01.0 und die Tätigkeit von Hausdienern der Unterklasse 96.09.0.

In Datenerhebungen z. B. über die Arbeitskräfte oder über die Zeitverwendung ergab sich die Notwendigkeit, **Tätigkeiten für den Eigenbedarf** zu erfassen. Während einerseits marktbestimmte Tätigkeiten durchweg nach den bestehenden Regeln zur Ermittlung des zutreffenden WZ-Kodes zu klassifizieren sind, erwies sich die Anwendung dieser Regeln auf Tätigkeiten für den Eigenbedarf als schwierig, weil bei diesen Tätigkeiten Dienstleistungen landwirtschaftlicher Art, des Baugewerbes, der Textilherstellung, der Reparatur und anderer Dienstleistungen Hand in Hand gehen. Abteilung 98 ("Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt") entspricht den Abteilungen 96 und 97 der NACE Rev. 1 bzw. NACE Rev. 1.1, die in WZ 93 und WZ 2003 jedoch nicht enthalten waren. Für Unternehmensstatistiken ist Abteilung 98 (und waren die Abteilungen 96 und 97 der NACE Rev. 1.1) nicht relevant, wohl aber für Datenerhebungen über Tätigkeiten der Haushalte und Tätigkeiten zur Selbstversorgung.

## **4 Verbindung zwischen der WZ 2008 und anderen Klassifikationen**

Die WZ 2008 fügt sich über die NACE Rev. 2 in ein integriertes System europäischer und internationaler Wirtschaftsklassifikationen ein. Diese Klassifikationen können somit auch für das Verständnis und die Auslegung der WZ 2008 nützlich sein. In diesem Abschnitt werden die Beziehungen zwischen der NACE Rev. 2 (und damit der WZ 2008) und anderen mit ihr verbundenen Klassifikationen beschrieben, die im Unterabschnitt 1.1 dieser Vorbemerkungen grafisch dargestellt sind. Zunächst werden die Verbindungen zu internationalen Klassifikationen der Vereinten Nationen im Einzelnen beschrieben. Anschließend werden die Beziehungen zu den anderen (EU-) Klassifikationen erläutert. Schließlich werden die Beziehungen zu anderen multinationalen Klassifikationen, die über die internationalen Klassifikationen bestehen, ebenso aufgeführt wie die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten aggregierten Strukturen.

RAMON, der Online-Server von Eurostat für Metadaten, bietet detaillierte Informationen über internationale, regionale und nationale statistische Klassifikationen und deren Aufbau, die für zahlreiche statistische Gebiete entwickelt worden sind: Wirtschaftsanalyse, Umwelt, Bildung, Berufe, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen usw. Die Informationen behandeln unterschiedliche Gesichtspunkte und umfassen allgemeine Beschreibungen, die den Aufbau der Klassifikationen (d. h. die Codes und Positionen bzw. Bezeichnungen), Erläuterungen, Gegenüberstellungen zwischen Klassifikationen, Unterlagen zur Methodik und andere Informationen allgemeiner Art über Klassifikationen betreffen. Der Server ist unter der Adresse <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/> im Internet für die Öffentlichkeit zugänglich. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht verschiedene Klassifikationen, Gegenüberstellungen usw. sowie ein Suchsystem zur Unterstützung bei der Anwendung der WZ und einen Zugang zum Eurostat-Server RAMON unter <http://www.destatis.de> (Menüpunkt "Klassifikationen").

### **4.1 Verbindungen zu internationalen Klassifikationen**

#### **4.1.1 Die internationale Familie von Wirtschafts- und Sozialklassifikationen**

Die internationale Familie von Wirtschafts- und Sozialklassifikationen besteht aus den Klassifikationen, die im Klassifikationsverzeichnis der Vereinten Nationen aufgeführt und als Leitlinien von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen oder anderen zuständigen zwischenstaatlichen Gremien für Statistiken über Wirtschaft, Bevölkerung, Arbeitswelt, Gesundheit, Bildung, soziale Wohlfahrt, Geografie, Umwelt, Zeitverwendung, Tourismus usw. angenommen worden sind. Dazu gehören auch diejenigen Klassifikationen zu ähnlichen Themen, die im Verzeichnis aufgeführt und von den internationalen Klassifikationen abgeleitet oder mit ihnen verbunden sind und die vorwiegend – aber nicht ausschließlich – zu regionalen oder nationalen Zwecken (wie die NACE und die CPA) verwendet werden.

Innerhalb der Familie der Wirtschafts- und Sozialklassifikationen unterscheidet man drei Haupttypen: Referenz- oder Bezugsklassifikationen, abgeleitete Klassifikationen und verbundene Klassifikationen.

**Referenzklassifikationen** sind innerhalb dieser Familie diejenigen Wirtschafts- und Sozialklassifikationen, die auf internationalen Übereinkünften beruhen, die von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen oder anderen zuständigen zwischenstaatlichen Einrichtungen gebilligt wurden, etwa von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder der Weltzollorganisation (WZO), je nach Sachgebiet. Somit haben die Referenzklassifikationen eine breite Akzeptanz und amtliche Zustimmung erfahren und sind als Leitlinien zur Erstellung abgeleiteter Klassifikationen genehmigt und empfohlen worden. Sie können als Muster für die Erarbeitung oder Überarbeitung anderer Klassifikationen verwendet werden, und zwar sowohl hinsichtlich des Aufbaus als auch hinsichtlich der Art und der Definition der Klassifikationspositionen. Die ISIC ist die internationale Referenzklassifikation für die Wirtschaftszweigklassifikationen.

**Abgeleitete Klassifikationen** beruhen auf Referenzklassifikationen. Abgeleitete Klassifikationen können erstellt werden entweder durch Übernahme von Struktur und Gliederungskategorien der Referenzklassifikation, die dann möglicherweise noch tiefer gegliedert werden, oder durch Umstellung oder Aggregation von Positionen aus einer oder mehreren Referenzklassifikationen. Abgeleitete Klassifikationen sind häufig für die Verwendung auf nationaler oder multinationaler Ebene ausgelegt. Die NACE ist eine von der ISIC abgeleitete Klassifikation, die WZ wurde wiederum von der NACE abgeleitet.

**Verbundene Klassifikationen** beziehen sich zum Teil auf Referenzklassifikationen, und für den Vergleich von Statistiken sind Gegenüberstellungen erforderlich. Die NAICS (siehe unten) ist eine mit der ISIC verbundene Klassifikation.

#### 4.1.2 Das integrierte Klassifikationssystem der Vereinten Nationen für Tätigkeiten und Produkte

Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen schlug 1989 ein Set von Klassifikationen vor, die zusammen ein integriertes System zur Klassifizierung von Tätigkeiten, Gütern und Dienstleistungen bilden und für unterschiedliche Arten von Wirtschaftsstatistiken auf Weltebene verwendet werden können. Die Hauptbestandteile dieses Systems sind die ISIC, die CPC, die SITC und die BEC<sup>12)</sup>, die untereinander eng verflochten sind:

---

12) Classification by Broad Economic Categories: Defined in Terms of SITC, Rev. 3, Statistical Papers, No. 53/Rev.3 and corrigendum (United Nations publication, Sales No. E.86.XVII.4 and Corr.1).



- Die ISIC bildet innerhalb des Systems die Tätigkeiten bzw. Wirtschaftszweige ab.
- Die CPC ist das zentrale Instrument zur Klassifizierung von Gütern und Dienstleistungen.
- Die SITC ist die zum Zweck von Vergleichen zusammengefasste Klassifikation transportierbarer Güter (Waren) für die internationale Handelsstatistik.
- Die BEC sind die Klassifikation der Güter nach großen Wirtschaftskategorien (Broad Economic Categories) für die Wirtschaftsanalyse.

Was die Waren anbelangt, werden sowohl in der CPC als auch in der SITC die Positionen und Unterpositionen des HS (Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren) als Bauelemente für deren Unterteilungen verwendet, d. h. jede Position auf der untersten Ebene der CPC entspricht genau mindestens einer Position oder Unterposition des HS oder einem Aggregat aus zwei oder mehr Positionen oder Unterpositionen des HS. Insbesondere in der Landwirtschaft gibt es auch Fälle, in denen eine HS-Position in mehrere Positionen der CPC aufgespalten wird.

Das HS ist die von der Weltzollorganisation für den Außenhandel erstellte internationale Klassifikation. Das HS wird sowohl als Zolltarif als auch für die Außenhandelsstatistik verwendet. Es ist hierarchisch aufgebaut und enthält ausführliche Definitionen und Merkmale von ungefähr 5000 Waren. Es ist in 96 Kapitel untergliedert, die jeweils mit einem zweistelligen numerischen Code gekennzeichnet sind. Die Kapitel sind in Positionen untergliedert, diese wiederum in Unterpositionen. Die Positionen sind durch einen vierstelligen und die Unterpositionen durch einen sechsstelligen numerischen Code identifiziert. Das HS umfasst Waren, d. h. Produkte mit einer physischen Dimension, enthält jedoch auch Elektrizität. Das HS enthält aber keine Dienstleistungen als solche, sondern nur deren materielle Erscheinungsform (z. B. Architektenpläne, Softwaredisketten, sogar Originalkunstwerke, Antiquitäten usw.). In das HS werden auch gebrauchte Ausrüstungen eingereiht. Die letzte Revision des HS wurde 2007 umgesetzt.

In der CPC sind die Produkte gemäß ihren physischen Merkmalen und den ihnen eigenen wesentlichen Eigenschaften bzw. der Art der erbrachten Dienstleistungen angeordnet. Berücksichtigt werden dabei auch die verwendeten Rohstoffe, das Produktionsverfahren, der Verwendungszweck der Güter usw. Obwohl dies dieselben Kriterien sind, die auch bei Wirtschaftszweigklassifikationen angewendet werden, handelt es sich bei der CPC nicht um eine von der Wirtschaftszweigklassifikation abhängige Güterklassifikation. Deshalb ist das Kodierungssystem der CPC von dem der ISIC völlig verschieden.

In der CPC wird jedoch auch das Kriterium des wirtschaftlichen Ursprungs berücksichtigt. Gemäß diesem Kriterium (das in der EU auf die NACE und die CPA angewendet wird) sind in einer Kategorie einer Güterklassifikation Waren oder Dienstleistungen vereint, die das Produktionsergebnis ein und desselben Wirtschaftszweigs darstellen. Man hatte sich daher bemüht, die Positionen auf der untersten Ebene der CPC so festzulegen, dass auf dieser Ebene so viele Güter wie möglich einer einzelnen Position der ISIC zugeordnet werden können. Die

Veröffentlichung der CPC umfasst auch die Gegenüberstellung zwischen CPC-Unterklassen und den entsprechenden Klassen der ISIC. Freilich lässt sich das Ursprungskriterium selbst auf der am tiefsten aufgegliederten Ebene nicht immer sinnvoll anwenden.

Eine überarbeitete Version der CPC, die CPC Ver. 2, wurde von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im März 2006 angenommen.

Die SITC folgt einem Ordnungsprinzip, bei dem die verwendeten Rohstoffe, die Produktionsstufe und die letzte Verwendung im Vordergrund der Überlegungen stehen.

Zweck der BEC ist es, die Konvertierung von auf Grundlage der SITC vorliegenden Daten in sinnvolle Aggregate für die Wirtschaftsanalyse zu ermöglichen. Maßgebend dafür ist die dem SNA eigene Unterscheidung zwischen Anlagegütern, Vorleistungen sowie Ge- und Verbrauchsgütern. Es besteht keine unmittelbare Beziehung zwischen der ISIC und den BEC, da letztere die Positionen der SITC in den 19 Kategorien der BEC zusammenfassen. Die BEC wurden 1986 auf Grundlage der dritten Revision der SITC überarbeitet. Danach wurde die Festlegung der BEC-Kategorien in Form von Unterpositionen des HS angepasst, um Änderungen am HS in den Jahren 2002 und 2007 nachzuvollziehen.

#### **4.1.3 Verbindung NACE – ISIC**

Die NACE ist eine von der ISIC abgeleitete Klassifikation. Die Unterteilungen auf allen Ebenen der NACE sind definitionsgemäß entweder mit einzelnen ISIC-Positionen identisch oder Teilmengen derselben. Die erste und die zweite Ebene der ISIC Rev. 4 (Abschnitte und Abteilungen) sind mit den Abschnitten und Abteilungen der NACE Rev. 2 identisch. Die dritte und die vierte Ebene der ISIC Rev. 4 (Gruppen und Klassen) werden in der NACE Rev. 2 den europäischen Anforderungen entsprechend untergliedert. Die Gruppen und Klassen der NACE Rev. 2 lassen sich jedoch stets zu den Gruppen und Klassen der ISIC Rev. 4 aggregieren, von denen sie abgeleitet sind. Durch die weitere Untergliederung der NACE Rev. 2 gegenüber der ISIC Rev. 4 wird die Klassifikation stärker an die Strukturen der europäischen Volkswirtschaften angepasst.

Auch die in der ISIC und der NACE verwendeten Kodierungssysteme sind soweit wie möglich identisch. Um sie leicht unterscheiden zu können, wurde bei der NACE zwischen den ersten beiden Stellen (Kodierung der Abteilung) und den letzten beiden Stellen (Kodierung der Gruppen und Klassen) ein Punkt gesetzt. Da man einige Gruppen und Klassen der ISIC Rev. 4 in NACE-Gruppen und -Klassen untergegliedert hat, ohne dabei weitere hierarchische Ebenen einzuführen, weichen bei den Gruppen und Klassen einige ISIC-Kodes von den entsprechenden NACE-Kodes ab. Eine Tätigkeit auf der Ebene der Gruppen oder Klassen kann daher in der NACE Rev. 2 durch einen numerischen Kode identifiziert sein, der von dem in der ISIC Rev. 4 verwendeten Kode abweicht.

Die WZ 2008 übernimmt die Kodierung der NACE Rev. 2 und fügt zur Erfüllung des über die europäischen Interessen hinausgehenden Informationsbedarfs eine weitere Gliederungsebene hinzu. Die Codes der WZ 2008 sind fünfstellig numerisch, wobei die fünfte Stelle durch einen Punkt von dem NACE-Kode abgetrennt ist.

#### **4.1.4 Verbindungen zwischen der NACE und anderen internationalen Klassifikationen**

Noch einige andere von den Vereinten Nationen oder anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen entwickelte Klassifikationen haben (mehr oder weniger enge) Verbindungen zur ISIC oder verwenden Teile der ISIC zur Festlegung eines eigenen Erfassungsbereiches oder ihrer Gliederungspositionen. Infolgedessen stehen sie auch mit der NACE und damit mit der WZ in Beziehung. Diese Klassifikationen wurden für Statistiken über Berufe, Beschäftigung, Ausgaben, Bildung, Tourismus und Umwelt entwickelt. Die wichtigsten sind im Folgenden aufgeführt. Ausführlichere Informationen zu Ihnen finden Interessierte auf der Website der Vereinten Nationen ([http://unstats.un.org/unsd/cr/registry/class\\_default.asp](http://unstats.un.org/unsd/cr/registry/class_default.asp)):

- Klassifikation der Ausgaben des Staates nach dem Verwendungszweck (COFOG)
- Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED)<sup>13)</sup> ;
- Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO)<sup>14)</sup> ;
- Satellitenkonto für den Tourismus (TSA)<sup>15)</sup> ;
- Systematik des Sektors Informations- und Kommunikationstechnik (ICT)<sup>16)</sup> ;
- Definition des Sektors Inhalte- und Mediengewerbe.

#### **4.2 Verbindungen zu anderen EU-Klassifikationen**

##### **4.2.1. Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen – CPA**

Die CPA<sup>17)</sup> ist die europäische Fassung der CPC und dient den gleichen Zwecken. Darüber hinaus werden in der EU spezifische Erhebungsklassifikationen für bestimmte statistische Bereiche mit der CPA verknüpft, sofern die CPA selbst nicht für die Erhebung verwendet wird. Die CPA bildet zwar das europäische Gegenstück zur CPC, ist jedoch zumeist tiefer gegliedert

---

13) International Standard Classification of Education (ISCED 1997) (Paris, UNESCO, November 1997). Eine Neufassung ist in Vorbereitung und soll bis 2011 fertig gestellt sein.

14) International Standard Classification of Occupations (ISCO-1988) (Genf, IAO, 1988). Eine revidierte Fassung, die ISCO-08, wird im Dezember 2008 verabschiedet. Weiterführende Informationen im Internet unter <http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/isco/index.htm>.

15) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, Vereinte Nationen und Welttourismusorganisation, Tourism Satellite Account: Recommended Methodological Framework, Statistical Papers, No. 80 (United Nations publication, Sales No. E.01.XVII.9).

16) Informationen unter [www.oecd.org](http://www.oecd.org) im Internet.

17) Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993 betreffend die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 342 vom 31. Dezember 1993).

und auch anders aufgebaut. Die EU hat sich für ihre Entwicklung das Kriterium des wirtschaftlichen Ursprungs zu Eigen gemacht und die NACE als Bezugsrahmen herangezogen. Daher entspricht der Aufbau der CPA in der Regel dem der NACE bis zur vierten Ebene (Klassen). Die CPC-Unterklassen sind im Allgemeinen nach ihrem wirtschaftlichen Ursprung angeordnet (umsortiert). Die Verbindung zwischen CPA 2008 und NACE Rev. 2 lässt sich in der Kodierung der CPA erkennen. Auf allen Ebenen der CPA 2008 sind die ersten vier Stellen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, so kodiert wie in der NACE Rev. 2. Als Instrument für die tägliche statistische Arbeit kann die CPA ebenso wie die anderen Güterklassifikationen hilfreich sein, um die einzelnen Tätigkeiten durch charakteristische Produkte zu bestimmen. Zu beachten ist jedoch, dass die Verknüpfung der Tätigkeiten mit Gütern in bestimmten Fällen nur auf einer Vereinbarung beruht, nämlich dann, wenn unterschiedliche Tätigkeiten mit unterschiedlichen Produktionsverfahren dieselben Produkte zum Ergebnis haben oder wenn die Güterklassifikation nicht tief genug gegliedert ist, so dass heterogene Güterpositionen den Wirtschaftszweigen nur schwerpunktmäßig zugeordnet werden können. Darüber hinaus ergeben sich durch Zuordnungsentscheidungen des zuständigen Ausschusses auf EU-Ebene in Einzelfällen bewusst Abweichungen.

#### **4.2.2 Die Kombinierte Nomenklatur – KN**

Die Kombinierte Nomenklatur (KN) wird seit 1988 in der EU als zolltarifliche und außenhandelsstatistische Klassifikation verwendet und ist tiefer gegliedert als das HS. Ebenso wie dieses umfasst sie nur Waren (einschließlich elektrischem Strom) und hat in der Ausgabe 2008 rund 9700 Unterpositionen. Die Unterpositionen der KN sind durch einen achtstelligen numerischen Code identifiziert, wobei dem jeweiligen HS-Kode zwei Stellen angefügt werden. Die KN wird jährlich überarbeitet und ist als EU-Verordnung in den Mitgliedstaaten rechtsverbindlich.

#### **4.2.3. PRODCOM**

PRODCOM bezeichnet das EU-System für Produktionsstatistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (unter Einbeziehung der so genannten "industriellen Dienstleistungen" Reparatur, Instandhaltung, Installation und Veredlung). Die Güterklassifikation (PRODCOM-Liste), auf der die Produktionsstatistiken beruhen, wird jährlich vom PRODCOM-Ausschuss aufgestellt. Die Positionen der PRODCOM-Liste sind von der KN abgeleitet, aber ihre Kodierung beruht auf einer tieferen Untergliederung der CPA-Kodierung. Die PRODCOM-Positionen sind durch achtstellige numerische Codes gekennzeichnet; die ersten sechs Stellen sind mit denen des CPA-Kodes identisch. Die PRODCOM-Liste ist daher mit der CPA verbunden und steht mit ihr in Einklang. Die Verknüpfung mit der CPA lässt eine Verknüpfung mit der NACE zu, indem sie es ermöglicht festzustellen, welche Unternehmen die Produkte hergestellt haben, während die Verknüpfung mit der KN Vergleiche zwischen Produktionsstatistiken und Außenhandelsstatistiken erlaubt.

Ausgehend von der PRODCOM-Liste und unter Verwendung der CPA-Positionen als höhere Hierarchieebenen wurde in Deutschland das **Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken** entwickelt, dessen Ausgabe 2009 (GP 2009) mit der WZ 2008 korrespondiert. Es ist im Warenteil der WZ 2008 ein wichtiges und nützliches Instrument zur Beschreibung der Wirtschaftszweige.

#### 4.2.4 Industrielle Hauptgruppen – MIG

Bei den MIGs handelt es sich um die "Main Industrial Groupings" (Industrielle Hauptgruppen). Sie bilden eine Zusammenfassung von Wirtschaftszweigen, die unter Nachfrageaspekten auf die typischerweise (ggf. vereinbarungsgemäß) in ihnen hergestellten Güter abstellt: Investitionsgüter, Vorleistungsgüter, Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter sowie Energie. Die Industriellen Hauptgruppen werden für mehrere Indikatoren verwendet, darunter der Index der Industrieproduktion sowie der Erzeugerpreisindex.

#### 4.3 Verbindung mit anderen multinationalen Klassifikationen

**NAICS (North American Industry Classification System)** ist die Bezeichnung der nordamerikanischen Wirtschaftszweigklassifikation. Darin werden seit ihrer Erarbeitung Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Wirtschaftszweige in den Statistiken von Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten einheitlich erfasst, um Wirtschaftsanalysen der drei nordamerikanischen Länder zu erleichtern. Grundlage der NAICS ist ein produktionsorientiertes Konzept, und es werden statistische Einheiten klassifiziert und nicht Wirtschaftszweige. Folglich unterscheiden sich die ISIC (und damit NACE und WZ) und die NAICS in ihrem Aufbau wesentlich. Da die gemäß der NAICS erhobenen statistischen Daten auf der zweistelligen Ebene der Abteilungen der ISIC Rev. 4 / NACE Rev. 2 aggregiert werden können, ist die Vergleichbarkeit der Daten insoweit gewährleistet. In vielen Fällen sind Verknüpfungen bei noch tieferer Aufgliederung möglich. Detaillierte Informationen zur Übereinstimmung zwischen NAICS und ISIC sind auf der NAICS-Internet-Website (USA: <http://www.census.gov/naics>, Kanada: <http://www.statcan.ca/>) veröffentlicht.

Die australische und neuseeländische Standardklassifikation der Wirtschaftszweige **ANZSIC (Australian and New Zealand Standard Industrial Classification)** dient in beiden Ländern zur Erstellung und Analyse von Statistiken nach Wirtschaftszweigen. Bei der Entwicklung der ANZSIC wurde großes Gewicht auf die Angleichung an internationale Normen gelegt. Als internationales Muster für die Bezugnahme diente die ISIC Rev. 3; im Zuge der Revision internationaler Wirtschaftsklassifikationen wurde sie überarbeitet. Weitere Informationen findet man auf der Website <http://www.statistics.gov.au/> des Australischen Statistischen Zentralamtes. Die ANZSIC ist weitaus enger mit der ISIC / NACE / WZ verwandt als die NAICS, da sich ihr Aufbau im Wesentlichen nach dem der ISIC richtet, so dass die Kategorien auf Abteilungsebene und auf tiefer gegliederten Ebenen zu Zweistellerkategorien der ISIC aggregiert werden können. Auch auf einer recht tiefen Gliederungsebene lassen sich die nach der ANZSIC ermittelten Daten oft in ISIC / NACE / WZ überführen.

Neben den EU-Mitgliedstaaten haben sich auch Norwegen und die Schweiz verpflichtet, eine von der NACE abgeleitete nationale Klassifikation zu verwenden. Über 150 Länder in der ganzen Welt verwenden Wirtschaftszweigklassifikationen, die entweder auf der NACE oder auf der ISIC beruhen.

#### 4.4 Aggregate für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Befassten haben festgestellt, dass sie Bedarf an zwei genormten Aggregaten der ISIC/NACE-Kategorien haben, um sie im Rahmen der VGR für die Berichterstattung über eine Vielzahl von Ländern zu verwenden. Das erste, "grobe" Aggregat fasst die Abschnitte der ISIC / NACE / WZ zu 10/11 Kategorien zusammen; das zweite, "mittelgrobe" Aggregat ist eine Zusammenfassung der Abteilungen zu 38 Kategorien. Diese beiden Aggregate sind zwar kein Bestandteil der ISIC / NACE / WZ, fügen sich aber in deren Aufbau nahtlos ein ("grobe" Struktur: Abschnitte, "mittelgrobe" Struktur: Abteilungen).

In der folgenden Tabelle wird das "grobe SNA/ISIC-Aggregat A\*10/11" wiedergegeben:

	<b>Abschnitte der ISIC Rev. 4/ NACE Rev. 2/ WZ 2008</b>	<b>Bezeichnung</b>
<b>1</b>	A	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei
<b>2</b>	B, C, D und E	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, sonstige Industrie
<b>2a</b>	C	<i>Davon:</i> Verarbeitendes Gewerbe
<b>3</b>	F	Baugewerbe
<b>4</b>	G, H und I	Handel, Verkehr und Lagerei
<b>5</b>	J	Information und Kommunikation
<b>6</b>	K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
<b>7</b>	L	Grundstücks- und Wohnungswesen*
<b>8</b>	M und N	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
<b>9</b>	O, P und Q	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen
<b>10</b>	R, S, T und U	Sonstige Dienstleistungen

\* einschließlich der unterstellten Mieten für Eigentümerwohnungen

Die folgende Tabelle gibt das "mittelgrobe SNA/ISIC-Aggregat A \*38" wieder:

	<b>A*38-Kode</b>	<b>ISIC Rev. 4/NACE Rev. 2</b>	<b>Abteilungen</b>
1	A	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	01 bis 03
2	B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	05 bis 09
3	CA	Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	10 bis 12
4	CB	Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	13 bis 15
5	CC	Herstellung von Holzwaren, Papier, Pappe und Waren daraus, Herstellung von Druckerzeugnissen	16 bis 18
6	CD	Kokerei und Mineralölverarbeitung	19
7	CE	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	20
8	CF	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	21
9	CG	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	22 + 23
10	CH	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	24 + 25
11	CI	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	26
12	CJ	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	27
13	CK	Maschinenbau	28
14	CL	Fahrzeugbau	29 + 30
15	CM	Sonstige Herstellung von Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	31 bis 33
16	D	Energieversorgung	35
17	E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	36 bis 39
18	F	Baugewerbe	41 bis 43
19	G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	45 bis 47
20	H	Verkehr und Lagerei	49 bis 53
21	I	Gastgewerbe	55 + 56
22	JA	Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk	58 bis 60
23	JB	Telekommunikation	61
24	JC	Informationstechnologische und Informationsdienstleistungen	62 + 63
25	K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	64 bis 66

26	L	Grundstücks- und Wohnungswesen*	68
27	MA	Erbringung von freiberuflichen und technischen Dienstleistungen	69 bis 71
28	MB	Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung	72
29	MC	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	73 bis 75
30	N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	77 bis 82
31	O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	84
32	P	Erziehung und Unterricht	85
33	QA	Gesundheitswesen	86
34	QB	Heime und Sozialwesen	87 + 88
35	R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	90 bis 93
36	S	Sonstige Dienstleistungen	94 bis 96
37	T**	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	97 + 98*
38	U**	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	99*

\* einschließlich der unterstellten Mieten für Eigentümerwohnungen

\*\* Der gesamte Abschnitt U und ein Teil von Abschnitt T (Abteilung 98) befinden sich außerhalb der SNA-Definition der Produktion und bleiben bei der Datenübermittlung für das SNA leer, werden hier aber der Vollständigkeit halber aufgeführt.

## 5 Änderungen in der WZ 2008 gegenüber der WZ 2003

Beim Übergang auf die WZ 2008 wurde nicht nur die Gliederungsstruktur der Wirtschaftszweikklassifikation in einigen Bereichen umfassend geändert, es wurden auch der Abdeckungsbereich der Klassifikation erweitert und die Klassifizierungsregeln revidiert. Um geänderte Produktionsformen und neue Tätigkeiten zu berücksichtigen, wurden auf der obersten Klassifikationsebene konzeptionell neue Gliederungspositionen geschaffen, und es wurden neue Unterteilungen eingeführt. Gleichzeitig wurde versucht, den Aufbau der Klassifikation überall dort unangetastet zu lassen, wo eine Modifikation aufgrund der ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Veränderungen nicht zwingend erforderlich war.

Die WZ 2008 ist in einigen Bereichen tiefer gegliedert, als ihre Vorgängerversion, vor allem im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen. Dort ist dies auf allen Hierarchieebenen, einschließlich der höchsten, festzustellen; bei den anderen Wirtschaftszweigen, z. B. der Landwirtschaft, betrifft die feinere Aufgliederung zumeist nur die untere Klassifikationsebene. Insgesamt konnte der Umfang der WZ 2008 gegenüber der WZ 2003 jedoch um rund 20 % reduziert werden.



## 5.1 Veränderungen der Struktur

Auf der obersten Hierarchieebene der WZ 2008 lassen sich einige Abschnitte ohne weiteres mit der Vorgängerversion der Klassifikation vergleichen. Freilich verhindert die Einführung einiger neuer Konzepte auf der Abschnittsebene, z. B. der Abschnitt "Information und Kommunikation" einen einfachen Gesamtvergleich zwischen der WZ 2008 und der WZ 2003. In der folgenden Tabelle kann daher nur die ungefähre Entsprechung zwischen den Abschnitten von WZ 2008 und WZ 2003 dargestellt werden. Diese Tabelle gibt nur eine grobe 1-zu-1-Gegenüberstellung zwischen den Abschnitten wieder. Ein detaillierter Umsteigeschlüssel findet sich in den Anhängen 4 und 5 dieser Publikation.

WZ 2003		WZ 2008	
Ab-schnitt	Bezeichnung	Ab-schnitt	Bezeichnung
A	Land- und Forstwirtschaft	A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
B	Fischerei und Fischzucht		
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe	C	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie- und Wasserversorgung	D	Energieversorgung
		E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
F	Baugewerbe	F	Baugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
H	Gastgewerbe	I	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	H	Verkehr und Lagerei
		J	Information und Kommunikation
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

<b>K</b>	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	<b>L</b>	Grundstücks- und Wohnungswesen
		<b>M</b>	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
		<b>N</b>	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
<b>L</b>	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	<b>O</b>	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
<b>M</b>	Erziehung und Unterricht	<b>P</b>	Erziehung und Unterricht
<b>N</b>	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	<b>Q</b>	Gesundheits- und Sozialwesen
<b>O</b>	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	<b>R</b>	Kunst, Unterhaltung und Erholung
		<b>S</b>	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
<b>P</b>	Private Haushalte	<b>T</b>	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
<b>Q</b>	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	<b>U</b>	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Die gliederungsstrukturellen Änderungen zwischen der WZ 2003 und der WZ 2008 sind zu zahlreich, um sie hier vollständig wiedergeben zu können. Im Folgenden werden deshalb nur die auffälligsten von ihnen aufgeführt.

Die Abschnitte für Landwirtschaft und Fischerei sind in der WZ 2008 zusammengefasst worden. Im Gegenzug wurde die Aufgliederung dieses neuen Abschnitts A ("Land- und Forstwirtschaft, Fischerei") erheblich verfeinert. Dies geht auf wiederholte Wünsche nach einer stärkeren Differenzierung in der ISIC zurück, die notwendig wurde, weil die Landwirtschaft im wirtschaftlichen Gefüge vieler Entwicklungsländer eine bedeutende Rolle spielt.

In der WZ 2008 wurden neue Abteilungen im Verarbeitenden Gewerbe geschaffen, die für wichtige neue Wirtschaftszweige oder alte Wirtschaftszweige stehen, deren wirtschaftliche oder gesellschaftliche Bedeutung zugenommen hat. Beispiele sind die Schaffung separater Abteilungen für die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (Abteilung 21) und die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

(Abteilung 26). Der Erfassungsbereich der letztgenannten Abteilung unterscheidet sich von der Abteilung 30 der WZ 2003 ("Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen") beträchtlich. Gleichzeitig wird dadurch eine systematische Unterscheidung zwischen der Herstellung elektrischer und elektronischer Erzeugnisse getroffen. Die neue Abteilung 26 eignet sich somit besser zur statistischen Erfassung von Tätigkeiten der Spitzentechnologie. Andere neue Abteilungen, etwa Abteilung 11 ("Getränkeherstellung") und 31 ("Herstellung von Möbeln") sind das Ergebnis der Aufspaltung bestehender Abteilungen, und ihre Bestandteile sind von der Gruppenebene auf die Abteilungsebene aufgestiegen. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, dass die Gruppe 29.6 ("Herstellung von Waffen und Munition") der WZ 2003 aufgelöst und in der WZ 2008 auf verschiedene Abteilungen außerhalb des Maschinenbaus aufgeteilt wurde.

Die Abteilungen 22 ("Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern") und 37 ("Recycling") der WZ 2003 sind in der WZ 2008 zu einem erheblichen Teile bzw. vollständig in Abschnitte außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes verschoben worden (siehe unten).

Die Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen, die bisher demselben Wirtschaftszweig wie die Herstellung der entsprechenden Waren bzw. Maschinen zugeordnet war, ist in der WZ 2008 in einer eigenen Abteilung 33 ("Reparaturen und Installationen von Maschinen und Ausrüstungen") zusammengefasst. Die Tätigkeiten werden aber weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe erfasst. Alle spezialisierten Reparaturtätigkeiten können in der WZ nun gesondert zugeordnet werden, obwohl für das "Reparieren" kein besonderes Aggregat auf hoher Hierarchieebene geschaffen wurde.

In der WZ 2008 wurde ein neuer Abschnitt E ("Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen") geschaffen, der die Tätigkeiten der "Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung" der Abteilung 90 der WZ 2003 umfasst. Zu ihm gehören außerdem die Tätigkeiten der Wasserversorgung aus Abteilung 41 der WZ 2003 und die Rückgewinnung von Wertstoffen, die im Wesentlichen der Abteilung 37 ("Recycling") der WZ 2003 entsprechen. In diesem Abschnitt sind jetzt Tätigkeiten aufgrund ihrer gemeinsamen politischen Bedeutung, aber auch aufgrund der tatsächlichen Organisation dieser Tätigkeiten in zahlreichen Ländern zusammengefasst. Die Aufgliederung dieser Tätigkeiten wurde erheblich verfeinert. Der Begriff "Recycling" kommt in der neuen Klassifikation nicht mehr vor, da er sich in der Vergangenheit als nicht eindeutig genug erwiesen hat.

Im Baugewerbe wird in der WZ 2008 auf Abteilungsebene zwischen "Hochbau", "Tiefbau" und "Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe" unterschieden. In der separaten Darstellung der vorbereitenden Baustellenarbeiten, der Bauinstallation und des sonstigen Ausbaugewerbes kommt konzeptionell eine Orientierung an den so genannten "Gewerken" zum Ausdruck, die in der wirtschaftlichen Realität von

Bedeutung sind. Dieses Konzept ersetzt die Struktur der Vorgängerversion, die sich im Wesentlichen nach der Stufe des Baufortschritts richtete. Bestandteil des Baugewerbes sind nun auch die Bauträger, die in der WZ 2003 zum Grundstücks- und Wohnungswesen gehört hatten.

Die Reparatur von Gebrauchsgütern wurde aus Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern") der WZ 2003 herausgenommen. Allerdings wurde die Zusammenfassung des Handels mit Kraftfahrzeugen sowie der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen in einer Abteilung (Abteilung 45 der WZ 2008) im Interesse der Kontinuität beibehalten. Tankstellen werden in der WZ 2008 jedoch aus dieser "Kfz-Abteilung" herausgelöst und im "normalen" Einzelhandel eigenständig erfasst.

In Abschnitt I ("Gastgewerbe") der WZ 2008 wird bereits auf Abteilungsebene zwischen Beherbergung und Gastronomie unterschieden. Im Übrigen bleibt der Detaillierungsgrad der Gliederung in diesem Bereich gegenüber der WZ 2003 nahezu unverändert.

In der WZ 2008 wurde ein neuer Abschnitt J ("Information und Kommunikation") geschaffen, der die Produktion und den Vertrieb von Informationen und kulturellen Erzeugnissen, die Bereitstellung der Mittel zum Übermitteln oder Vertreiben dieser Erzeugnisse sowie von Daten oder Mitteilungen, informationstechnische Tätigkeiten und Tätigkeiten der Datenverarbeitung sowie sonstige Informationsdienstleistungen zusammenfasst. Unter diesen Abschnitt fallen das Verlagswesen, einschließlich des Verlegens von Software (Abteilung 58), die Herstellung von Filmen und von Tonaufnahmen sowie das Verlegen von Musik (Abteilung 59), die Herstellung und Ausstrahlung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen (Abteilung 60), die Telekommunikation (Abteilung 61), Dienstleistungen der Informationstechnologie (Abteilung 62) und sonstige Informationsdienstleistungen (Abteilung 63). Diese Wirtschaftszweige befanden sich in der WZ 2003 in den Abschnitten D ("Verarbeitendes Gewerbe"), I ("Verkehr und Nachrichtenübermittlung"), K ("Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt") und O ("Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen"), was die Vergleichbarkeit mit früheren Versionen der WZ stark beeinträchtigt.

Im Abschnitt K der WZ 2008 wurden zwei Unterklassen eingefügt, nämlich die Unterklassen 64.20.0 ("Beteiligungsgesellschaften") und 64.30.0 ("Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen").

Der Abschnitt der WZ 2003 für "Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt" ist in der WZ 2008 in drei Abschnitte aufgeteilt worden. Das Grundstücks- und Wohnungswesen bildet jetzt einen eigenständigen Abschnitt (Abschnitt L), und zwar wegen seiner Größe und Bedeutung im SNA. Die übrigen Tätigkeiten wurden aufgeteilt in einen Abschnitt M ("Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen"), der

Tätigkeiten umfasst, die einen hohen Ausbildungsstand erfordern und den Nutzern Spezialkenntnisse und -fertigkeiten zur Verfügung stellen, und einen Abschnitt N ("Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen") der Tätigkeiten abdeckt, die der Unterstützung allgemeiner Geschäftsabläufe dienen und bei denen nicht die Übertragung von Spezialwissen im Vordergrund steht. Zum letztgenannten Abschnitt gehört auch die Gruppe 77.4 ("Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)"), die in dieser Form ebenfalls neu ist. Datenverarbeitung und Datenbanken (in der WZ 2003 Abteilung 72) gehören nicht mehr zu einem dieser Abschnitte. Die Instandhaltung und Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen wurden bei der Reparatur von Gebrauchsgütern in Abschnitt S eingeordnet, die Veröffentlichung von Software und IT-Tätigkeiten hingegen im neuen Abschnitt J.

Der Erfassungsbereich von Erziehung und Unterricht (Abschnitt P) wurde verändert und umfasst jetzt ausdrücklich auch den Sport-, Kultur- und sonstigen Unterricht sowie einschlägige Dienstleistungen für den Unterricht.

Feiner aufgegliedert wurde Abschnitt Q ("Gesundheits- und Sozialwesen"), in dem an die Stelle einer Abteilung in der WZ 2003 nunmehr drei Abteilungen treten. Überdies wurde dieser Bereich enger abgegrenzt, so dass er nur noch Tätigkeiten für die menschliche Gesundheit enthält und ein besseres Messinstrument für diesen wichtigen Wirtschaftszweig darstellt. Infolgedessen wurde das Veterinärwesen aus diesem Abschnitt ausgegliedert und als separate Abteilung dem Abschnitt M ("Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen") zugeordnet.

Erhebliche Teile von Abschnitt O der WZ 2003 ("Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen") gelangten in der WZ 2008 in die Abschnitte E ("Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen") und J ("Information und Kommunikation"), wie oben beschrieben. Die übrigen Tätigkeiten wurden zwei neuen Abschnitten für Kunst, Unterhaltung und Erholung (Abschnitt R) und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (Abschnitt S) zugeschlagen. Infolgedessen haben z. B. kreative Tätigkeiten, der Betrieb von Bibliotheken sowie das Spiel-, Wett- und Lotteriewesen den Status von Abteilungen erhalten. Die Reparatur von Computern und Haushaltsgütern gehört ebenfalls zu diesem neuen Abschnitt S.

Neu ist in der WZ 2008 die Abteilung 98 ("Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt") zur Verwendung bei Personen- oder Haushaltsbefragungen. Insoweit hat sich der Abdeckungsbereich der WZ erhöht.

Die folgende Tabelle gibt einen formalen Überblick über die Veränderungen beim Übergang von WZ 2003 auf WZ 2008:

Gliederungsebene	WZ 2003	WZ 2008	Unterschiede
<b>Abschnitte</b>	17	21	+4
<b>Abteilungen</b>	60	88	+28
<b>Gruppen</b>	222	272	+50
<b>Klassen</b>	513	615	+102
<b>Unterklassen</b>	1041	839	– 202

Von den 1041 Unterklassen der WZ 2003 wurden 313 im Verhältnis 1:1 in die WZ 2008 überführt, 376 weitere gingen ohne Aufspaltung in die WZ 2008 über, sei es durch reine Zusammenfassung vom Typ n:1, sei es als Bestandteil eines neuen Wirtschaftszweiges, dem außerdem noch Teile anderer Unterklassen der WZ 2003 zugeschlagen wurden. Allen diesen Fällen ist gemeinsam, dass den statistischen Einheiten, die den betroffenen Unterklassen der WZ 2003 zugeordnet waren, maschinell zuverlässig ein neuer WZ-Kode zugewiesen werden konnte.

## 5.2 Methodische Änderungen

Mit Einführung der WZ 2008 ändern sich auch zwei wichtige Klassifizierungsregeln, und zwar für die Klassifizierung bei vertikaler Integration und bei Auslagerung (Outsourcing) der physischen Produktion.

In der WZ 2003 wurden statistische Einheiten aus praktischen Gründen entsprechend dem endgültigen Output klassifiziert, den sie erzeugt haben, selbst wenn sie in einem integrierten Produktionsprozess auch die Vorprodukte für diesen Output erzeugt haben.

In der WZ 2008 erfolgt in Fällen **vertikaler Integration**, bei der verschiedene Produktionsstufen nacheinander von derselben Einheit ausgeführt werden und der aus einem Produktionsprozess hervorgegangene Output als Input für die nächste Stufe dient, die Klassifizierung entsprechend der Produktionsstufe, die den größten Beitrag zur Wertschöpfung der Einheit leistet (s. Unterabschnitt 3.2.3 dieser Vorbemerkungen).

**Einheiten im Vertrieb von Gütern ohne eigene Warenproduktion (Converter)**, d. h. Einheiten, die fremd bezogene Waren in eigenem Namen verkaufen, deren Herstellung aber an Dritte ausgelagert haben, wurden in der WZ 2003 dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet, wenn sie entweder Eigentümer des zu bearbeitenden Inputmaterials waren und/oder die gewerblichen Schutzrechte (Patente, Lizenzen usw.) an den von Dritten hergestellten Produkten besaßen.

In der WZ 2008 reicht der Besitz der gewerblichen Schutzrechte alleine jedoch nicht mehr für eine Klassifizierung im Verarbeitenden Gewerbe aus. Einheiten ohne Warenproduktion können nur noch dann im Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet werden, wenn sie als Lohnauftraggeber dem Auftragnehmer (Subunternehmer) das wesentliche Inputmaterial für den Produktionsprozess unberechnet zur Verfügung stellen (s. Unterabschnitt 3.3.1 dieser Vorbemerkungen). Ist der Auftraggeber nicht Eigentümer des wesentlichen Inputmaterials für den in Auftrag gegebenen Produktionsprozess, so wird er in Abschnitt G ("Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen"), unter Umständen auch in anderen Abschnitten der WZ 2008, zugeordnet.

**Hinweise  
für die Benutzung der  
Klassifikation der Wirtschaftszweige,  
Ausgabe 2008**





## Hinweise für die Benutzung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

Die vorliegende Veröffentlichung betrifft die für statistische Zwecke aufgestellte Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Die **Gliederung** der WZ 2008 enthält neben der Kodierung und Bezeichnung für die Unterteilungen der WZ 2008 auch Hinweise auf die Gruppen und Klassen der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) der Vereinten Nationen, mit denen diese Unterteilungen in Verbindung stehen. Dabei zeigt ein "x" hinter dem Code der ISIC Rev. 4 an, dass deren Gruppen bzw. Klassen auf mehrere Gruppen bzw. Klassen der WZ 2008 aufgeteilt wurden.

Hauptteil der vorliegenden Veröffentlichung ist die Gliederung der WZ 2008 mit Erläuterungen. Bei der Gliederung selbst ist für die verschiedenen Ebenen jeweils die Kodierung und die ausführliche Bezeichnung des Wirtschaftszweiges angegeben. **Kurzbezeichnungen** für alle Gliederungsebenen können beim Statistischen Bundesamt, Gruppe IV A, angefordert werden.

Die **Erläuterungen** zur WZ 2008 sollen bei der Auslegung der Klassifikation helfen und dazu – auf den verschiedenen Gliederungsebenen – insbesondere Hinweise auf die Abgrenzung eines Wirtschaftszweiges von einem anderen geben. Sie sind grundsätzlich nicht als vollständig anzusehen, da eine abschließende Aufzählung aller zu einer Unterteilung zuzuordnenden Tätigkeiten den Rahmen dieser Veröffentlichung sprengen würde und außerdem nicht zuletzt auf Grund der ökonomischen und technologischen Entwicklung gar nicht möglich ist. Aufgeführt sind in der Regel vielmehr typische Tätigkeiten, die zu der betreffenden Unterteilung gehören, zum Teil werden auch bestimmte Institutionen genannt und deren typische Tätigkeiten beschrieben. Oft ergeben sich die typischen Tätigkeiten, die einer Unterteilung der WZ 2008 zuzuordnen sind, jedoch zweifelsfrei aus der Bezeichnung der Unterteilung; diese Aktivitäten sind in den Erläuterungen zur WZ 2008 nicht explizit aufgeführt. Teilweise werden in den Erläuterungen ergänzend – in einigen Fällen auch ausschließlich – solche Tätigkeiten genannt, die von der betreffenden Unterteilung erfasst werden sollen, obwohl ihre Zuordnung auch an anderer Stelle denkbar wäre. Erläuterungen wurden vor allem für die Unterklassen der WZ 2008 geschaffen, es liegen jedoch auch Erläuterungen für die höher aggregierten Ebenen dieser Klassifikation vor, wenn Aussagen getroffen werden können, die beispielsweise für eine ganze Gruppe, Abteilung oder einen kompletten Abschnitt gültig sind.

Die Erläuterungen enthalten sowohl positive (z. B. "Diese Unterklasse umfasst:") als auch negative (z. B. "Diese Unterklasse umfasst nicht:") Abgrenzungen. Gelegentlich finden sich auch in den positiven Abgrenzungen Einschränkungen des Inhalts der entsprechenden Unterteilung, wodurch darauf hingewiesen wird, dass bestimmte Tätigkeiten zwar prinzipiell zu dieser Unterteilung gehören, in besonderen

Fällen jedoch an anderer Stelle der WZ 2008 erfasst werden. Die negativen Abgrenzungen enthalten neben echten Verweisen zum Teil auch Hinweise auf verwandte Tätigkeiten.

Den verbindlichen Rahmen für die Erläuterungen zur WZ 2008 bilden die Erläuterungen zur statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2), die ihrerseits auf den Erläuterungen zur Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) basieren. Wo es aus deutscher Sicht notwendig oder zweckmäßig erschien, wurden unter maßgeblicher Beteiligung der zuständigen Wirtschaftsverbände, anderer Datennutzer sowie der zuständigen Fachstatistiker ergänzende Erläuterungen geschaffen, die sich jedoch in den vorgegebenen Rahmen einpassen mussten.

Als Anhang 4 und 5 enthält die vorliegende Veröffentlichung den **Umsteigeschlüssel** von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) und seine Umkehrung. Diese Umsteigeschlüssel sollen die Veränderungen zwischen beiden Klassifikationen verdeutlichen und die Anwendung der WZ 2008 bei der Durchführung von Erhebungen sowie die Nutzung der statistischen Ergebnisse erleichtern.

Die Umsteigeschlüssel wurden für die untersten Ebenen von WZ 2003 und WZ 2008 erstellt. Sie entsprechen dem Stand bei Drucklegung dieser Veröffentlichung. Änderungen aufgrund neuerer Erkenntnisse, z. B. aus konkreten Erhebungen, vor allem aber aufgrund von Zuordnungsentscheidungen des zuständigen Ausschusses beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich sind, können nicht ausgeschlossen werden. Informationen hierzu sind gegebenenfalls beim Statistischen Bundesamt, Gruppe IV A, erhältlich.

Bei den Umsteigeschlüsseln von der WZ 2003 zur WZ 2008 sind folgende Fälle zu unterscheiden:

- Eine Unterklasse der WZ 2003 entspricht genau einer Unterklasse der WZ 2008;
- eine Unterklasse der WZ 2003 teilt sich auf mehrere Unterklassen der WZ 2008 auf;
- mehrere Unterklassen der WZ 2003 werden zu einer Unterklasse der WZ 2008 zusammengefasst;
- mehrere Unterklassen der WZ 2003 teilen sich auf mehrere Unterklassen der WZ 2008 auf.

Die vorgenannten Zusammenhänge gelten für den Umsteigeschlüssel von der WZ 2008 zur WZ 2003 in umgekehrter Richtung. Immer dann, wenn bei einer der beiden betroffenen Klassifikationen mehrere Unterteilungen angesprochen sind, also nur Teile einer Unterteilung zugeordnet werden, wird das mit "ex" vor der Kodenummer gekennzeichnet. In der vorliegenden Veröffentlichung wurde allerdings in der jeweils ersten Spalte der Umsteigeschlüssel auf diese Kennzeichnung verzichtet; sie kann bei der Interpretation aber gedanklich hinzugefügt werden. Die in der dritten Spalte aufgeführten Texte geben den Inhalt der gegenübergestellten Unterteilungen bzw. der Teile davon wieder. In den Fällen, in denen nur Teile von Unterteilungen beider Klassifikationen einander gegenübergestellt wurden, sind die Texte lediglich als Hinweise zu verstehen, die nicht immer vollständig sein können.

Der Kode 00.00.0 in den Umsteigeschlüsseln bringt zum Ausdruck, dass die entsprechende Tätigkeit in der WZ 2003 nicht erfasst wurde.

Anhang 6 der vorliegenden Veröffentlichung enthält in alphabetischer Sortierung rund 5 000 tätigkeitsbezogene, institutionelle und andere Begriffe aus dem Text der Gliederung der WZ 2008 und den Erläuterungen dazu. Dabei ist jeweils die Kodierung der Unterteilung angegeben, der die betreffende Tätigkeit zuzuordnen ist. Dieses **alphabetische Stichwortverzeichnis** soll die Handhabung der WZ 2008 erleichtern, ist jedoch nicht als alleiniges Instrument für eine Zuordnung wirtschaftlicher Tätigkeiten zu dieser Klassifikation vorgesehen. Zur Vermeidung von Missverständnissen wird es in der Regel erforderlich sein, anhand der Gliederung der WZ 2008 sowie der Erläuterungen dazu zu prüfen, ob der in dem alphabetischen Stichwortverzeichnis enthaltene Hinweis im konkreten Fall zutreffend ist.

In das alphabetische Stichwortverzeichnis wurden nur Begriffe aufgenommen, die für eine Zuordnungsentscheidung nützlich sein können; auf allzu allgemeine Begriffe (z. B. "Waren") wurde dagegen verzichtet. Bei den aufgeführten Begriffen finden sich zum Teil zusätzliche Hinweise (z. B. "Prüfinstrumente, feinmechanisch-optische"), auch in Form von Ausschlüssen (z. B. "Fotoschulen (ohne gewerbliche Fotografie)"), die die Aussagefähigkeit des Stichwortverzeichnisses erhöhen. Das Verzeichnis ist als Schlagwortverzeichnis konzipiert. Nicht explizit vermerkt ist, ob es sich z. B. um die Herstellung, die Handelsvermittlung, den Großhandel oder den Einzelhandel von Gütern handelt, auf die Reparatur wird jedoch hingewiesen.

Die Suche in dem alphabetischen Stichwortverzeichnis kann sowohl nach Einzelbegriffen (z. B. "Surfbretter") als auch nach Oberbegriffen (z. B. "Sportgeräte") erfolgen. Werden zusammengesetzte Wörter (z. B. "Textildesign") oder Begriffe, die aus mehreren Wörtern bestehen (z. B. "elektrische Haushaltsgeräte"), nicht unter ihrem ersten Buchstaben gefunden, empfiehlt es sich, auch unter den ersten Buchstaben der Wortteile (z. B. "Design von Textilien") oder anderer Wörter des Begriffs (z. B. "Haushaltsgeräte, elektrische") zu suchen.

In der alphabetischen Reihenfolge sind die Umlaute "ä", "ö" und "ü" wie "a", "o" und "u" eingeordnet, der Buchstabe "ß" ist wie "ss" eingeordnet. Außerdem haben Leerstellen in der alphabetischen Sortierung Vorrang vor Satzzeichen und Buchstaben.



## Abkürzungsverzeichnis

ABL.	= Amtsblatt
a.n.g.	= anderweitig nicht genannt
bzw.	= beziehungsweise
CD	= Compact Disc
cm	= Zentimeter
cm <sup>3</sup>	= Kubikzentimeter
CPA	= statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
CPC	= Central Product Klassifikation
d. h.	= das heißt
EG	= Europäische Gemeinschaften
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	= Europäische Union
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
e.V.	= eingetragener Verein
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FE	= fachliche Einheit
g	= Gramm
GP	= Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken
HPE	= homogene Produktionseinheit
HS	= Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren
ISIC	= International Standard Industrial Klassifikation
kg	= Kilogramm
km	= Kilometer
KN	= Kombinierte Nomenklatur
l	= Liter
Lkw	= Lastkraftwagen
LWC	= light weight coated
mm	= Millimeter
NACE	= statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
N.C.E.	= Nomenklatur des Handels in der EWG
NE	= Nicht-Eisen
N.I.C.E.	= Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften
Nr.	= Nummer
o.a.S.	= ohne ausgeprägten Schwerpunkt
PC	= Personal Computer
Pkw	= Personenkraftwagen
Rev.	= Revision
s.	= siehe
t	= Tonne(n)
u.a.	= und andere(m, n, r, s)
u.ä./u.Ä.	= und ähnliche(m, n, r, s)/und Ähnliche(m, n, r, s)
usw.	= und so weiter
WZ	= Klassifikation der Wirtschaftszweige
z. B.	= zum Beispiel



**Übersicht über die Anzahl der  
Abteilungen, Gruppen, Klassen und Unterklassen  
je Abschnitt**

Abschnitt	Anzahl der			
	Abteilungen	Gruppen	Klassen	Unterklassen
A	3	13	39	46
B	5	10	15	15
C	24	95	230	260
D	1	3	8	12
E	4	6	9	12
F	3	9	22	30
G	3	21	91	164
H	5	15	23	36
I	2	7	8	23
J	6	13	26	30
K	3	10	18	26
L	1	3	4	8
M	7	15	19	38
N	6	19	33	39
O	1	3	9	9
P	1	6	11	18
Q	3	9	12	18
R	4	5	15	26
S	3	6	19	25
T	2	3	3	3
U	1	1	1	1
<b>zusammen</b>	<b>88</b>	<b>272</b>	<b>615</b>	<b>839</b>





**Übersicht  
über die Gliederung der  
Klassifikation der Wirtschaftszweige,  
Ausgabe 2008 (WZ 2008)**



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>A</b>	<b>LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI</b>	
<b>01</b>	<b>Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten</b>	
<b>01.1</b>	<b>Anbau einjähriger Pflanzen</b>	
01.11	Anbau von Getreide (ohne Reis), Hülsenfrüchten und Ölsaaten	0111
01.11.0	Anbau von Getreide (ohne Reis), Hülsenfrüchten und Ölsaaten	
01.12	Anbau von Reis	0112
01.12.0	Anbau von Reis	
01.13	Anbau von Gemüse und Melonen sowie Wurzeln und Knollen	0113
01.13.1	Anbau von Gemüse und Melonen	
01.13.2	Anbau von Kartoffeln sowie sonstigen Wurzeln und Knollen	
01.14	Anbau von Zuckerrohr	0114
01.14.0	Anbau von Zuckerrohr	
01.15	Anbau von Tabak	0115
01.15.0	Anbau von Tabak	
01.16	Anbau von Faserpflanzen	0116
01.16.0	Anbau von Faserpflanzen	
01.19	Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen	0119
01.19.1	Anbau von Zierpflanzen zum Schnitt	
01.19.2	Erzeugung von Blumensamen	
01.19.9	Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen a. n. g.	
<b>01.2</b>	<b>Anbau mehrjähriger Pflanzen</b>	
01.21	Anbau von Wein- und Tafeltrauben	0121
01.21.0	Anbau von Wein- und Tafeltrauben	
01.22	Anbau von tropischen und subtropischen Früchten	0122
01.22.0	Anbau von tropischen und subtropischen Früchten	
01.23	Anbau von Zitrusfrüchten	0123
01.23.0	Anbau von Zitrusfrüchten	
01.24	Anbau von Kern- und Steinobst	0124
01.24.0	Anbau von Kern- und Steinobst	
01.25	Anbau von sonstigem Obst und Nüssen	0125
01.25.1	Anbau von Erdbeeren	
01.25.9	Anbau von sonstigem Obst (ohne Erdbeeren) und Nüssen	
01.26	Anbau von ölhaltigen Früchten	0126
01.26.0	Anbau von ölhaltigen Früchten	
01.27	Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken	0127
01.27.0	Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
01.28	Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke	0128
01.28.0	Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke	
01.29	Anbau sonstiger mehrjähriger Pflanzen	0129
01.29.0	Anbau sonstiger mehrjähriger Pflanzen	
<b>01.3</b>	<b>Betrieb von Baumschulen sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken</b>	
01.30	Betrieb von Baumschulen sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken	0130
01.30.1	Anbau von Zimmerpflanzen, Beet- und Balkonpflanzen	
01.30.2	Betrieb von Baumschulen	
<b>01.4</b>	<b>Tierhaltung</b>	
01.41	Haltung von Milchkühen	0141*
01.41.0	Haltung von Milchkühen	
01.42	Haltung von anderen Rindern	0141*
01.42.0	Haltung von anderen Rindern	
01.43	Haltung von Pferden und Eseln	0142
01.43.0	Haltung von Pferden und Eseln	
01.44	Haltung von Kamelen	0143
01.44.0	Haltung von Kamelen	
01.45	Haltung von Schafen und Ziegen	0144
01.45.0	Haltung von Schafen und Ziegen	
01.46	Haltung von Schweinen	0145
01.46.0	Haltung von Schweinen	
01.47	Haltung von Geflügel	0146
01.47.1	Haltung von Legehennen zur Konsumeierzeugung	
01.47.2	Betrieb von Brütereien	
01.47.9	Sonstige Haltung von Nutzgeflügel	
01.49	Sonstige Tierhaltung	0149
01.49.0	Sonstige Tierhaltung	
<b>01.5</b>	<b>Gemischte Landwirtschaft</b>	
01.50	Gemischte Landwirtschaft	0150
01.50.0	Gemischte Landwirtschaft	
<b>01.6</b>	<b>Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen</b>	
01.61	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau	0161
01.61.0	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
01.62	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung	0162
01.62.0	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung	
01.63	Nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung	0163
01.63.0	Nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung	
01.64	Saatgutaufbereitung	0164
01.64.0	Saatgutaufbereitung	
<b>01.7</b>	<b>Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten</b>	
01.70	Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten	0170
01.70.0	Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten	
<b>02</b>	<b>Forstwirtschaft und Holzeinschlag</b>	
<b>02.1</b>	<b>Forstwirtschaft</b>	
02.10	Forstwirtschaft	0210
02.10.0	Forstwirtschaft	
<b>02.2</b>	<b>Holzeinschlag</b>	
02.20	Holzeinschlag	0220
02.20.0	Holzeinschlag	
<b>02.3</b>	<b>Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)</b>	
02.30	Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)	0230
02.30.0	Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)	
<b>02.4</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag</b>	
02.40	Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag	0240
02.40.0	Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag	
<b>03</b>	<b>Fischerei und Aquakultur</b>	
<b>03.1</b>	<b>Fischerei</b>	
03.11	Meeresfischerei	0311
03.11.0	Meeresfischerei	
03.12	Süßwasserfischerei	0312
03.12.0	Süßwasserfischerei	
<b>03.2</b>	<b>Aquakultur</b>	
03.21	Meeresaquakultur	0321
03.21.0	Meeresaquakultur	
03.22	Süßwasseraquakultur	0322
03.22.0	Süßwasseraquakultur	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>B</b>	<b>ABSCHNITT B - BERGBAU UND GEWINNUNG VON STEINEN UND ERDEN</b>	
<b>05</b>	<b>Kohlenbergbau</b>	
<b>05.1</b>	<b>Steinkohlenbergbau</b>	
05.10	Steinkohlenbergbau	0510
05.10.0	Steinkohlenbergbau	
<b>05.2</b>	<b>Braunkohlenbergbau</b>	
05.20	Braunkohlenbergbau	0520
05.20.0	Braunkohlenbergbau	
<b>06</b>	<b>Gewinnung von Erdöl und Erdgas</b>	
<b>06.1</b>	<b>Gewinnung von Erdöl</b>	
06.10	Gewinnung von Erdöl	0610
06.10.0	Gewinnung von Erdöl	
<b>06.2</b>	<b>Gewinnung von Erdgas</b>	
06.20	Gewinnung von Erdgas	0620
06.20.0	Gewinnung von Erdgas	
<b>07</b>	<b>Erzbergbau</b>	
<b>07.1</b>	<b>Eisenerzbergbau</b>	
07.10	Eisenerzbergbau	0710
07.10.0	Eisenerzbergbau	
<b>07.2</b>	<b>NE-Metallerzbergbau</b>	
07.21	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	0721
07.21.0	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	
07.29	Sonstiger NE-Metallerzbergbau	0729
07.29.0	Sonstiger NE-Metallerzbergbau	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>08</b>	<b>Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau</b>	
<b>08.1</b>	<b>Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton und Kaolin</b>	
08.11	Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer	0810*
08.11.0	Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer	
08.12	Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	0810*
08.12.0	Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	
<b>08.9</b>	<b>Sonstiger Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.</b>	
08.91	Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale	0891
08.91.0	Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale	
08.92	Torfgewinnung	0892
08.92.0	Torfgewinnung	
08.93	Gewinnung von Salz	0893
08.93.0	Gewinnung von Salz	
08.99	Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.	0899
08.99.0	Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.	
<b>09</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden</b>	
<b>09.1</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas</b>	
09.10	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0910
09.10.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas	
<b>09.9</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden</b>	
09.90	Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden	0990
09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>C</b>	<b>ABSCHNITT C – VERARBEITENDES GEWERBE</b>	
<b>10</b>	<b>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln</b>	
<b>10.1</b>	<b>Schlachten und Fleischverarbeitung</b>	
10.11	Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel)	1010*
10.11.0	Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel)	
10.12	Schlachten von Geflügel	1010*
10.12.0	Schlachten von Geflügel	
10.13	Fleischverarbeitung	1010*
10.13.0	Fleischverarbeitung	
<b>10.2</b>	<b>Fischverarbeitung</b>	
10.20	Fischverarbeitung	1020
10.20.0	Fischverarbeitung	
<b>10.3</b>	<b>Obst- und Gemüseverarbeitung</b>	
10.31	Kartoffelverarbeitung	1030*
10.31.0	Kartoffelverarbeitung	
10.32	Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften	1030*
10.32.0	Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften	
10.39	Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse	1030*
10.39.0	Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse	
<b>10.4</b>	<b>Herstellung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten</b>	
10.41	Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u.ä. Nahrungsfette)	1040*
10.41.0	Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u.ä. Nahrungsfette)	
10.42	Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten	1040*
10.42.0	Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten	
<b>10.5</b>	<b>Milchverarbeitung</b>	
10.51	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)	1050*
10.51.0	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)	
10.52	Herstellung von Speiseeis	1050*
10.52.0	Herstellung von Speiseeis	
<b>10.6</b>	<b>Mahl- und Schälmmühlen, Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen</b>	
10.61	Mahl- und Schälmmühlen	1061
10.61.0	Mahl- und Schälmmühlen	
10.62	Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen	1062
10.62.0	Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>10.7</b>	<b>Herstellung von Back- und Teigwaren</b>	
10.71	Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	1071*
10.71.0	Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	
10.72	Herstellung von Dauerbackwaren	1071*
10.72.0	Herstellung von Dauerbackwaren	
10.73	Herstellung von Teigwaren	1074
10.73.0	Herstellung von Teigwaren	
<b>10.8</b>	<b>Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln</b>	
10.81	Herstellung von Zucker	1072
10.81.0	Herstellung von Zucker	
10.82	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)	1073
10.82.0	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)	
10.83	Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz	1079*
10.83.0	Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz	
10.84	Herstellung von Würzmitteln und Soßen	1079*
10.84.0	Herstellung von Würzmitteln und Soßen	
10.85	Herstellung von Fertiggerichten	1075
10.85.0	Herstellung von Fertiggerichten	
10.86	Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln	1079*
10.86.0	Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln	
10.89	Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g.	1079*
10.89.0	Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g.	
<b>10.9</b>	<b>Herstellung von Futtermitteln</b>	
10.91	Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere	1080*
10.91.0	Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere	
10.92	Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere	1080*
10.92.0	Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>11</b>	<b>Getränkeherstellung</b>	
<b>11.0</b>	<b>Getränkeherstellung</b>	
11.01	Herstellung von Spirituosen	1101
11.01.0	Herstellung von Spirituosen	
11.02	Herstellung von Traubenwein	1102*
11.02.0	Herstellung von Traubenwein	
11.03	Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen	1102*
11.03.0	Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen	
11.04	Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen	1102*
11.04.0	Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen	
11.05	Herstellung von Bier	1103*
11.05.0	Herstellung von Bier	
11.06	Herstellung von Malz	1103*
11.06.0	Herstellung von Malz	
11.07	Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer	1104
11.07.0	Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer	
<b>12</b>	<b>Tabakverarbeitung</b>	
<b>12.0</b>	<b>Tabakverarbeitung</b>	
12.00	Tabakverarbeitung	1200
12.00.0	Tabakverarbeitung	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>13</b>	<b>Herstellung von Textilien</b>	
<b>13.1</b>	<b>Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei</b>	
13.10	Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei	1311
13.10.0	Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei	
<b>13.2</b>	<b>Weberei</b>	
13.20	Weberei	1312
13.20.0	Weberei	
<b>13.3</b>	<b>Veredlung von Textilien und Bekleidung</b>	
13.30	Veredlung von Textilien und Bekleidung	1313
13.30.0	Veredlung von Textilien und Bekleidung	
<b>13.9</b>	<b>Herstellung von sonstigen Textilwaren</b>	
13.91	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff	1391
13.91.0	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff	
13.92	Herstellung von konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung)	1392
13.92.0	Herstellung von konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung)	
13.93	Herstellung von Teppichen	1393
13.93.0	Herstellung von Teppichen	
13.94	Herstellung von Seilerwaren	1394
13.94.0	Herstellung von Seilerwaren	
13.95	Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)	1399*
13.95.0	Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)	
13.96	Herstellung von technischen Textilien	1399*
13.96.0	Herstellung von technischen Textilien	
13.99	Herstellung von sonstigen Textilwaren a. n. g.	1399*
13.99.0	Herstellung von sonstigen Textilwaren a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>14</b>	<b>Herstellung von Bekleidung</b>	
<b>14.1</b>	<b>Herstellung von Bekleidung (ohne Pelzbekleidung)</b>	
14.11	Herstellung von Lederbekleidung	1410*
14.11.0	Herstellung von Lederbekleidung	
14.12	Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung	1410*
14.12.0	Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung	
14.13	Herstellung von sonstiger Oberbekleidung	1410*
14.13.1	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Herren und Knaben	
14.13.2	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen	
14.13.3	Herstellung von gewirkter und gestrickter Oberbekleidung	
14.14	Herstellung von Wäsche	1410*
14.14.1	Herstellung von gewebter Wäsche (ohne Miederwaren)	
14.14.2	Herstellung von gewirkter und gestrickter Wäsche (ohne Miederwaren)	
14.14.3	Herstellung von Miederwaren	
14.19	Herstellung von sonstiger Bekleidung und Bekleidungszubehör a. n. g.	1410*
14.19.0	Herstellung von sonstiger Bekleidung und Bekleidungszubehör a. n. g.	
<b>14.2</b>	<b>Herstellung von Pelzwaren</b>	
14.20	Herstellung von Pelzwaren	1420
14.20.0	Herstellung von Pelzwaren	
<b>14.3</b>	<b>Herstellung von Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff</b>	
14.31	Herstellung von Strumpfwaren	1430*
14.31.0	Herstellung von Strumpfwaren	
14.39	Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff	1430*
14.39.0	Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff	
<b>15</b>	<b>Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen</b>	
<b>15.1</b>	<b>Herstellung von Leder und Lederwaren (ohne Herstellung von Lederbekleidung)</b>	
15.11	Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen	1511
15.11.0	Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen	
15.12	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung)	1512
15.12.0	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung)	
<b>15.2</b>	<b>Herstellung von Schuhen</b>	
15.20	Herstellung von Schuhen	1520
15.20.0	Herstellung von Schuhen	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>16</b>	<b>Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)</b>	
<b>16.1</b>	<b>Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke</b>	
16.10	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke	1610
16.10.0	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke	
<b>16.2</b>	<b>Herstellung von sonstigen Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)</b>	
16.21	Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten	1621
16.21.0	Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten	
16.22	Herstellung von Parkettafeln	1622*
16.22.0	Herstellung von Parkettafeln	
16.23	Herstellung von sonstigen Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten aus Holz	1622*
16.23.0	Herstellung von sonstigen Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten aus Holz	
16.24	Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz	1623
16.24.0	Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz	
16.29	Herstellung von Holzwaren a. n. g., Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)	1629
16.29.0	Herstellung von Holzwaren a. n. g., Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)	
<b>17</b>	<b>Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus</b>	
<b>17.1</b>	<b>Herstellung von Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe</b>	
17.11	Herstellung von Holz- und Zellstoff	1701*
17.11.0	Herstellung von Holz- und Zellstoff	
17.12	Herstellung von Papier, Karton und Pappe	1701*
17.12.0	Herstellung von Papier, Karton und Pappe	
<b>17.2</b>	<b>Herstellung von Waren aus Papier, Karton und Pappe</b>	
17.21	Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe	1702
17.21.0	Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe	
17.22	Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe	1709*
17.22.0	Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe	
17.23	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe	1709*
17.23.0	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
17.24	Herstellung von Tapeten	1709*
17.24.0	Herstellung von Tapeten	
17.29	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe	1709*
17.29.0	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe	
<b>18</b>	<b>Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern</b>	
<b>18.1</b>	<b>Herstellung von Druckerzeugnissen</b>	
18.11	Drucken von Zeitungen	1811*
18.11.0	Drucken von Zeitungen	
18.12	Drucken a. n. g.	1811*
18.12.0	Drucken a. n. g.	
18.13	Druck- und Medienvorstufe	1812*
18.13.0	Druck- und Medienvorstufe	
18.14	Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen	1812*
18.14.0	Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen	
<b>18.2</b>	<b>Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern</b>	
18.20	Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1820
18.20.0	Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	
<b>19</b>	<b>Kokerei und Mineralölverarbeitung</b>	
<b>19.1</b>	<b>Kokerei</b>	
19.10	Kokerei	1910
19.10.0	Kokerei	
<b>19.2</b>	<b>Mineralölverarbeitung</b>	
19.20	Mineralölverarbeitung	1920
19.20.0	Mineralölverarbeitung	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
20	<b>Herstellung von chemischen Erzeugnissen</b>	
20.1	<b>Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen</b>	
20.11	Herstellung von Industriegasen	2011*
20.11.0	Herstellung von Industriegasen	
20.12	Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten	2011*
20.12.0	Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten	
20.13	Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien	2011*
20.13.0	Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien	
20.14	Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien	2011*
20.14.0	Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien	
20.15	Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen	2012
20.15.0	Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen	
20.16	Herstellung von Kunststoffen in Primärformen	2013*
20.16.0	Herstellung von Kunststoffen in Primärformen	
20.17	Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen	2013*
20.17.0	Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen	
20.2	<b>Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln</b>	
20.20	Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln	2021
20.20.0	Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln	
20.3	<b>Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitt</b>	
20.30	Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitt	2022
20.30.0	Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitt	
20.4	<b>Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln sowie von Duftstoffen</b>	
20.41	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln	2023*
20.41.0	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln	
20.42	Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen	2023*
20.42.0	Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen	
20.5	<b>Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen</b>	
20.51	Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen	2029*
20.51.0	Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen	
20.52	Herstellung von Klebstoffen	2029*



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
20.52.0	Herstellung von Klebstoffen	
20.53	Herstellung von etherischen Ölen	2029*
20.53.0	Herstellung von etherischen Ölen	
20.59	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g.	2029*
20.59.0	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g.	
<b>20.6</b>	<b>Herstellung von Chemiefasern</b>	
20.60	Herstellung von Chemiefasern	2030
20.60.0	Herstellung von Chemiefasern	
<b>21</b>	<b>Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen</b>	
<b>21.1</b>	<b>Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen</b>	
21.10	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen	2100*
21.10.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen	
<b>21.2</b>	<b>Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen</b>	
21.20	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen	2100*
21.20.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen	
<b>22</b>	<b>Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren</b>	
<b>22.1</b>	<b>Herstellung von Gummiwaren</b>	
22.11	Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen	2211
22.11.0	Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen	
22.19	Herstellung von sonstigen Gummiwaren	2219
22.19.0	Herstellung von sonstigen Gummiwaren	
<b>22.2</b>	<b>Herstellung von Kunststoffwaren</b>	
22.21	Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen	2220*
22.21.0	Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen	
22.22	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen	2220*
22.22.0	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen	
22.23	Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen	2220*
22.23.0	Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen	
22.29	Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren	2220*
22.29.0	Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
23	<b>Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden</b>	
23.1	<b>Herstellung von Glas und Glaswaren</b>	
23.11	Herstellung von Flachglas	2310*
23.11.0	Herstellung von Flachglas	
23.12	Veredlung und Bearbeitung von Flachglas	2310*
23.12.0	Veredlung und Bearbeitung von Flachglas	
23.13	Herstellung von Hohlglas	2310*
23.13.0	Herstellung von Hohlglas	
23.14	Herstellung von Glasfasern und Waren daraus	2310*
23.14.0	Herstellung von Glasfasern und Waren daraus	
23.19	Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren	2310*
23.19.0	Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren	
23.2	<b>Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren</b>	
23.20	Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren	2391
23.20.0	Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren	
23.3	<b>Herstellung von keramischen Baumaterialien</b>	
23.31	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten	2392*
23.31.0	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten	
23.32	Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik	2392*
23.32.0	Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik	
23.4	<b>Herstellung von sonstigen Porzellan- und keramischen Erzeugnissen</b>	
23.41	Herstellung von keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen	2393*
23.41.0	Herstellung von keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen	
23.42	Herstellung von Sanitärkeramik	2393*
23.42.0	Herstellung von Sanitärkeramik	
23.43	Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik	2393*
23.43.0	Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik	
23.44	Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke	2393*
23.44.0	Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke	
23.49	Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen	2393*
23.49.0	Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>23.5</b>	<b>Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips</b>	
23.51	Herstellung von Zement	2394*
23.51.0	Herstellung von Zement	
23.52	Herstellung von Kalk und gebranntem Gips	2394*
23.52.0	Herstellung von Kalk und gebranntem Gips	
<b>23.6</b>	<b>Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips</b>	
23.61	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Kalksandstein für den Bau	2395*
23.61.0	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Kalksandstein für den Bau	
23.62	Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau	2395*
23.62.0	Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau	
23.63	Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)	2395*
23.63.0	Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)	
23.64	Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)	2395*
23.64.0	Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)	
23.65	Herstellung von Faserzementwaren	2395*
23.65.0	Herstellung von Faserzementwaren	
23.69	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a. n. g.	2395*
23.69.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a. n. g.	
<b>23.7</b>	<b>Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.</b>	
23.70	Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.	2396
23.70.0	Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.	
<b>23.9</b>	<b>Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage sowie sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.</b>	
23.91	Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage	2399*
23.91.0	Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage	
23.99	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.	2399*
23.99.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>24</b>	<b>Metallerzeugung und -bearbeitung</b>	
<b>24.1</b>	<b>Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen</b>	
24.10	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	2410*
24.10.0	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	
<b>24.2</b>	<b>Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl</b>	
24.20	Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl	2410*
24.20.1	Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre)	
24.20.2	Herstellung von Präzisionsstahlrohren	
24.20.3	Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl	
<b>24.3</b>	<b>Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl</b>	
24.31	Herstellung von Blankstahl	2410*
24.31.0	Herstellung von Blankstahl	
24.32	Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm	2410*
24.32.0	Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm	
24.33	Herstellung von Kaltprofilen	2410*
24.33.0	Herstellung von Kaltprofilen	
24.34	Herstellung von kaltgezogenem Draht	2410*
24.34.0	Herstellung von kaltgezogenem Draht	
<b>24.4</b>	<b>Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen</b>	
24.41	Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen	2420*
24.41.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen	
24.42	Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium	2420*
24.42.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium	
24.43	Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn	2420*
24.43.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn	
24.44	Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer	2420*
24.44.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer	
24.45	Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen	2420*
24.45.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen	
24.46	Aufbereitung von Kernbrennstoffen	2420*
24.46.0	Aufbereitung von Kernbrennstoffen	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>24.5</b>	<b>Gießereien</b>	
24.51	Eisengießereien	2431*
24.51.0	Eisengießereien	
24.52	Stahlgießereien	2431*
24.52.0	Stahlgießereien	
24.53	Leichtmetallgießereien	2432*
24.53.0	Leichtmetallgießereien	
24.54	Buntmetallgießereien	2432*
24.54.0	Buntmetallgießereien	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>25</b>	<b>Herstellung von Metallerzeugnissen</b>	
<b>25.1</b>	<b>Stahl- und Leichtmetallbau</b>	
25.11	Herstellung von Metallkonstruktionen	2511*
25.11.0	Herstellung von Metallkonstruktionen	
25.12	Herstellung von Ausbauelementen aus Metall	2511*
25.12.0	Herstellung von Ausbauelementen aus Metall	
<b>25.2</b>	<b>Herstellung von Metalltanks und -behältern; Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen</b>	
25.21	Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen	2512*
25.21.0	Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen	
25.29	Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u. ä. Behältern aus Metall	2512*
25.29.0	Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u. ä. Behältern aus Metall	
<b>25.3</b>	<b>Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)</b>	
25.30	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)	2513
25.30.0	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)	
<b>25.4</b>	<b>Herstellung von Waffen und Munition</b>	
25.40	Herstellung von Waffen und Munition	2520
25.40.0	Herstellung von Waffen und Munition	
<b>25.5</b>	<b>Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen</b>	
25.50	Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen	2591
25.50.1	Herstellung von Freiformschmiedestücken	
25.50.2	Herstellung von Gesenkschmiedeteilen	
25.50.3	Herstellung von Kaltfließpressteilen	
25.50.4	Herstellung von Press-, Zieh- und Stanzteilen	
25.50.5	Herstellung von pulvermetallurgischen Erzeugnissen	
<b>25.6</b>	<b>Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung; Mechanik a. n. g.</b>	
25.61	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung	2592*
25.61.0	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung	
25.62	Mechanik a. n. g.	2592*
25.62.0	Mechanik a. n. g.	
<b>25.7</b>	<b>Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen</b>	
25.71	Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen	2593*
25.71.0	Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
25.72	Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen	2593*
25.72.0	Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen	
25.73	Herstellung von Werkzeugen	2593*
25.73.1	Herstellung von Handwerkzeugen	
25.73.2	Herstellung von Sägen und von Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung	
25.73.3	Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung a. n. g.	
25.73.4	Herstellung von Geräten für die Landwirtschaft	
25.73.5	Herstellung von sonstigen Werkzeugen	
<b>25.9</b>	<b>Herstellung von sonstigen Metallwaren</b>	
25.91	Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall	2599*
25.91.0	Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall	
25.92	Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall	2599*
25.92.0	Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall	
25.93	Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn	2599*
25.93.0	Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn	
25.94	Herstellung von Schrauben und Nieten	2599*
25.94.0	Herstellung von Schrauben und Nieten	
25.99	Herstellung von sonstigen Metallwaren a. n. g.	2599*
25.99.1	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall	
25.99.2	Herstellung von Panzerschränken und Tresoranlagen	
25.99.3	Herstellung von Metallwaren a. n. g.	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>26</b>	<b>Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen</b>	
<b>26.1</b>	<b>Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten</b>	
26.11	Herstellung von elektronischen Bauelementen	2610*
26.11.1	Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen	
26.11.9	Herstellung von sonstigen elektronischen Bauelementen	
26.12	Herstellung von bestückten Leiterplatten	2610*
26.12.0	Herstellung von bestückten Leiterplatten	
<b>26.2</b>	<b>Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten</b>	
26.20	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	2620
26.20.0	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	
<b>26.3</b>	<b>Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik</b>	
26.30	Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	2630
26.30.0	Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	
<b>26.4</b>	<b>Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik</b>	
26.40	Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik	2640
26.40.0	Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik	
<b>26.5</b>	<b>Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen; Herstellung von Uhren</b>	
26.51	Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen	2651
26.51.1	Herstellung von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen	
26.51.2	Herstellung von nicht elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen	
26.51.3	Herstellung von Prüfmaschinen	
26.52	Herstellung von Uhren	2652
26.52.0	Herstellung von Uhren	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>26.6</b>	<b>Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten</b>	
26.60	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten	2660
26.60.0	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten	
<b>26.7</b>	<b>Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten</b>	
26.70	Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten	2670
26.70.0	Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten	
<b>26.8</b>	<b>Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern</b>	
26.80	Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern	2680
26.80.0	Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>27</b>	<b>Herstellung von elektrischen Ausrüstungen</b>	
<b>27.1</b>	<b>Herstellung von Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren, Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen</b>	
27.11	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren	2710*
27.11.0	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren	
27.12	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen	2710*
27.12.0	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen	
<b>27.2</b>	<b>Herstellung von Batterien und Akkumulatoren</b>	
27.20	Herstellung von Batterien und Akkumulatoren	2720
27.20.0	Herstellung von Batterien und Akkumulatoren	
<b>27.3</b>	<b>Herstellung von Kabeln und elektrischem Installationsmaterial</b>	
27.31	Herstellung von Glasfaserkabeln	2731
27.31.0	Herstellung von Glasfaserkabeln	
27.32	Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln	2732
27.32.0	Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln	
27.33	Herstellung von elektrischem Installationsmaterial	2733
27.33.0	Herstellung von elektrischem Installationsmaterial	
<b>27.4</b>	<b>Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten</b>	
27.40	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten	2740
27.40.0	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten	
<b>27.5</b>	<b>Herstellung von Haushaltsgeräten</b>	
27.51	Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten	2750*
27.51.0	Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten	
27.52	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsgeräten	2750*
27.52.0	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsgeräten	
<b>27.9</b>	<b>Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.</b>	
27.90	Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.	2790
27.90.0	Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>28</b>	<b>Maschinenbau</b>	
<b>28.1</b>	<b>Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen</b>	
28.11	Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)	2811
28.11.0	Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)	
28.12	Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Komponenten und Systemen	2812
28.12.0	Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Komponenten und Systemen	
28.13	Herstellung von Pumpen und Kompressoren a. n. g.	2813*
28.13.0	Herstellung von Pumpen und Kompressoren a. n. g.	
28.14	Herstellung von Armaturen a. n. g.	2813*
28.14.0	Herstellung von Armaturen a. n. g.	
28.15	Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen	2814
28.15.0	Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen	
<b>28.2</b>	<b>Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen</b>	
28.21	Herstellung von Öfen und Brennern	2815
28.21.1	Herstellung von Solarwärmekollektoren	
28.21.9	Herstellung von sonstigen Öfen und Brennern	
28.22	Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln	2816
28.22.0	Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln	
28.23	Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)	2817
28.23.0	Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)	
28.24	Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb	2818
28.24.0	Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb	
28.25	Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, nicht für den Haushalt	2819*
28.25.0	Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, nicht für den Haushalt	
28.29	Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a. n. g.	2819*
28.29.0	Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a. n. g.	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>28.3</b>	<b>Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen</b>	
28.30	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen	2821
28.30.0	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen	
<b>28.4</b>	<b>Herstellung von Werkzeugmaschinen</b>	
28.41	Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung	2822*
28.41.0	Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung	
28.49	Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen	2822*
28.49.1	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen	
28.49.2	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen	
28.49.3	Herstellung von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör für Werkzeugmaschinen	
28.49.9	Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen a. n. g.	
<b>28.9</b>	<b>Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige</b>	
28.91	Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen	2823
28.91.0	Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen	
28.92	Herstellung von Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen	2824
28.92.1	Herstellung von Bergwerksmaschinen	
28.92.2	Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen	
28.93	Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung	2825
28.93.0	Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung	
28.94	Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung	2826
28.94.0	Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung	
28.95	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung	2829*
28.95.0	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung	
28.96	Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk	2829*
28.96.0	Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk	
28.99	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a. n. g.	2829*
28.99.0	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>29</b>	<b>Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen</b>	
<b>29.1</b>	<b>Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren</b>	
29.10	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	2910
29.10.1	Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren	
29.10.2	Herstellung von Nutzkraftwagen und Nutzkraftwagenmotoren	
<b>29.2</b>	<b>Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern</b>	
29.20	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern	2920
29.20.0	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern	
<b>29.3</b>	<b>Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen</b>	
29.31	Herstellung elektrischer und elektronischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen	2930*
29.31.0	Herstellung elektrischer und elektronischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen	
29.32	Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen	2930*
29.32.0	Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen	
<b>30</b>	<b>Sonstiger Fahrzeugbau</b>	
<b>30.1</b>	<b>Schiff- und Bootsbau</b>	
30.11	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)	3011
30.11.0	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)	
30.12	Boots- und Yachtbau	3012
30.12.0	Boots- und Yachtbau	
<b>30.2</b>	<b>Schienenfahrzeugbau</b>	
30.20	Schienenfahrzeugbau	3020
30.20.1	Herstellung von Lokomotiven und anderen Schienenfahrzeugen	
30.20.2	Herstellung von Eisenbahninfrastruktur	
<b>30.3</b>	<b>Luft- und Raumfahrzeugbau</b>	
30.30	Luft- und Raumfahrzeugbau	3030
30.30.0	Luft- und Raumfahrzeugbau	
<b>30.4</b>	<b>Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen</b>	
30.40	Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen	3040
30.40.0	Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>30.9</b>	<b>Herstellung von Fahrzeugen a. n. g.</b>	
30.91	Herstellung von Krafträdern	3091
30.91.0	Herstellung von Krafträdern	
30.92	Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen	3092
30.92.0	Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen	
30.99	Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g.	3099
30.99.0	Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g.	
<b>31</b>	<b>Herstellung von Möbeln</b>	
<b>31.0</b>	<b>Herstellung von Möbeln</b>	
31.01	Herstellung von Büro- und Ladenmöbeln	3100*
31.01.1	Herstellung von Büromöbeln	
31.01.2	Herstellung von Ladenmöbeln und sonstigen Objektmöbeln	
31.02	Herstellung von Küchenmöbeln	3100*
31.02.0	Herstellung von Küchenmöbeln	
31.03	Herstellung von Matratzen	3100*
31.03.0	Herstellung von Matratzen	
31.09	Herstellung von sonstigen Möbeln	3100*
31.09.1	Herstellung von Polstermöbeln	
31.09.9	Herstellung von sonstigen Möbeln a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>32</b>	<b>Herstellung von sonstigen Waren</b>	
<b>32.1</b>	<b>Herstellung von Münzen, Schmuck und ähnlichen Erzeugnissen</b>	
32.11	Herstellung von Münzen	3211*
32.11.0	Herstellung von Münzen	
32.12	Herstellung von Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)	3211*
32.12.0	Herstellung von Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)	
32.13	Herstellung von Fantasieschmuck	3212
32.13.0	Herstellung von Fantasieschmuck	
<b>32.2</b>	<b>Herstellung von Musikinstrumenten</b>	
32.20	Herstellung von Musikinstrumenten	3220
32.20.0	Herstellung von Musikinstrumenten	
<b>32.3</b>	<b>Herstellung von Sportgeräten</b>	
32.30	Herstellung von Sportgeräten	3230
32.30.0	Herstellung von Sportgeräten	
<b>32.4</b>	<b>Herstellung von Spielwaren</b>	
32.40	Herstellung von Spielwaren	3240
32.40.0	Herstellung von Spielwaren	
<b>32.5</b>	<b>Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien</b>	
32.50	Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien	3250
32.50.1	Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.	
32.50.2	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen	
32.50.3	Zahntechnische Laboratorien	
<b>32.9</b>	<b>Herstellung von Erzeugnissen a. n. g.</b>	
32.91	Herstellung von Besen und Bürsten	3290*
32.91.0	Herstellung von Besen und Bürsten	
32.99	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a. n. g.	3290*
32.99.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a. n. g.	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>33</b>	<b>Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen</b>	
<b>33.1</b>	<b>Reparatur von Metallerzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen</b>	
33.11	Reparatur von Metallerzeugnissen	3311
33.11.0	Reparatur von Metallerzeugnissen	
33.12	Reparatur von Maschinen	3312
33.12.0	Reparatur von Maschinen	
33.13	Reparatur von elektronischen und optischen Geräten	3313
33.13.0	Reparatur von elektronischen und optischen Geräten	
33.14	Reparatur von elektrischen Ausrüstungen	3314
33.14.0	Reparatur von elektrischen Ausrüstungen	
33.15	Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten	3315*
33.15.0	Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten	
33.16	Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen	3315*
33.16.0	Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen	
33.17	Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g.	3315*
33.17.0	Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g.	
33.19	Reparatur von sonstigen Ausrüstungen	3319
33.19.0	Reparatur von sonstigen Ausrüstungen	
<b>33.2</b>	<b>Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.</b>	
33.20	Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.	3320
33.20.0	Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>D</b>	<b>ABSCHNITT D – ENERGIEVERSORGUNG</b>	
<b>35</b>	<b>Energieversorgung</b>	
<b>35.1</b>	<b>Elektrizitätsversorgung</b>	
35.11	Elektrizitätserzeugung	3510*
35.11.1	Elektrizitätserzeugung ohne Verteilung	
35.11.2	Elektrizitätserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung	
35.11.3	Elektrizitätserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung	
35.12	Elektrizitätsübertragung	3510*
35.12.0	Elektrizitätsübertragung	
35.13	Elektrizitätsverteilung	3510*
35.13.0	Elektrizitätsverteilung	
35.14	Elektrizitätshandel	3510*
35.14.0	Elektrizitätshandel	
<b>35.2</b>	<b>Gasversorgung</b>	
35.21	Gaserzeugung	3520*
35.21.1	Gaserzeugung ohne Verteilung	
35.21.2	Gaserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung	
35.21.3	Gaserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung	
35.22	Gasverteilung durch Rohrleitungen	3520*
35.22.0	Gasverteilung durch Rohrleitungen	
35.23	Gashandel durch Rohrleitungen	3520*
35.23.0	Gashandel durch Rohrleitungen	
<b>35.3</b>	<b>Wärme- und Kälteversorgung</b>	
35.30	Wärme- und Kälteversorgung	3530
35.30.0	Wärme- und Kälteversorgung	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>E</b>	<b>ABSCHNITT E – WASSERVERSORGUNG; ABWASSER- UND ABFALLENTSORGUNG UND BESEITIGUNG VON UMWELTVERSCHMUTZUNGEN</b>	
<b>36</b>	<b>Wasserversorgung</b>	
<b>36.0</b>	<b>Wasserversorgung</b>	
36.00	Wasserversorgung	3600
36.00.1	Wassergewinnung mit Fremdbezug zur Verteilung	
36.00.2	Wassergewinnung ohne Fremdbezug zur Verteilung	
36.00.3	Wasserverteilung ohne Gewinnung	
<b>37</b>	<b>Abwasserentsorgung</b>	
<b>37.0</b>	<b>Abwasserentsorgung</b>	
37.00	Abwasserentsorgung	3700
37.00.1	Betrieb der Sammelkanalisation	
37.00.2	Betrieb von Kläranlagen	
<b>38</b>	<b>Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung</b>	
<b>38.1</b>	<b>Sammlung von Abfällen</b>	
38.11	Sammlung nicht gefährlicher Abfälle	3811
38.11.0	Sammlung nicht gefährlicher Abfälle	
38.12	Sammlung gefährlicher Abfälle	3812
38.12.0	Sammlung gefährlicher Abfälle	
<b>38.2</b>	<b>Abfallbehandlung und -beseitigung</b>	
38.21	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle	3821
38.21.0	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle	
38.22	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle	3822
38.22.0	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle	
<b>38.3</b>	<b>Rückgewinnung</b>	
38.31	Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren	3830*
38.31.0	Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren	
38.32	Rückgewinnung sortierter Werkstoffe	3830*
38.32.0	Rückgewinnung sortierter Werkstoffe	
<b>39</b>	<b>Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung</b>	
<b>39.0</b>	<b>Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung</b>	
39.00	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	3900
39.00.0	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>F</b>	<b>ABSCHNITT F - BAUGEWERBE</b>	
<b>41</b>	<b>Hochbau</b>	
<b>41.1</b>	<b>Erschließung von Grundstücken; Bauträger</b>	
41.10	Erschließung von Grundstücken; Bauträger	4100*
41.10.1	Erschließung von unbebauten Grundstücken	
41.10.2	Bauträger für Nichtwohngebäude	
41.10.3	Bauträger für Wohngebäude	
<b>41.2</b>	<b>Bau von Gebäuden</b>	
41.20	Bau von Gebäuden	4100*
41.20.1	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbau)	
41.20.2	Errichtung von Fertigteilbauten	
<b>42</b>	<b>Tiefbau</b>	
<b>42.1</b>	<b>Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken</b>	
42.11	Bau von Straßen	4210*
42.11.0	Bau von Straßen	
42.12	Bau von Bahnverkehrsstrecken	4210*
42.12.0	Bau von Bahnverkehrsstrecken	
42.13	Brücken- und Tunnelbau	4210*
42.13.0	Brücken- und Tunnelbau	
<b>42.2</b>	<b>Leitungstiefbau und Kläranlagenbau</b>	
42.21	Rohrleitungstiefbau, Brunnenbau und Kläranlagenbau	4220*
42.21.0	Rohrleitungstiefbau, Brunnenbau und Kläranlagenbau	
42.22	Kabelnetzleitungstiefbau	4220*
42.22.0	Kabelnetzleitungstiefbau	
<b>42.9</b>	<b>Sonstiger Tiefbau</b>	
42.91	Wasserbau	4290*
42.91.0	Wasserbau	
42.99	Sonstiger Tiefbau a. n. g.	4290*
42.99.0	Sonstiger Tiefbau a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>43</b>	<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe</b>	
<b>43.1</b>	<b>Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten</b>	
43.11	Abbrucharbeiten	4311
43.11.0	Abbrucharbeiten	
43.12	Vorbereitende Baustellenarbeiten	4312*
43.12.0	Vorbereitende Baustellenarbeiten	
43.13	Test- und Suchbohrung	4312*
43.13.0	Test- und Suchbohrung	
<b>43.2</b>	<b>Bauinstallation</b>	
43.21	Elektroinstallation	4321
43.21.0	Elektroinstallation	
43.22	Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation	4322
43.22.0	Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation	
43.29	Sonstige Bauinstallation	4329
43.29.1	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	
43.29.9	Sonstige Bauinstallation a. n. g.	
<b>43.3</b>	<b>Sonstiger Ausbau</b>	
43.31	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	4330*
43.31.0	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	
43.32	Bautischlerei und -schlosserei	4330*
43.32.0	Bautischlerei und -schlosserei	
43.33	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	4330*
43.33.0	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	
43.34	Malerei und Glaserei	4330*
43.34.1	Maler- und Lackierergewerbe	
43.34.2	Glasergewerbe	
43.39	Sonstiger Ausbau a. n. g.	4330*
43.39.0	Sonstiger Ausbau a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>43.9</b>	<b>Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten</b>	
43.91	Dachdeckerei und Zimmerei	4390*
43.91.1	Dachdeckerei und Bauspenglerei	
43.91.2	Zimmerei und Ingenieurholzbau	
43.99	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten a. n. g.	4390*
43.99.1	Gerüstbau	
43.99.2	Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	
43.99.9	Baugewerbe a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>G</b>	<b>ABSCHNITT G - HANDEL; INSTANDHALTUNG UND REPARATUR VON KRAFTFAHRZEUGEN</b>	
<b>45</b>	<b>Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen</b>	
<b>45.1</b>	<b>Handel mit Kraftwagen</b>	
45.11	Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger	4510*
45.11.0	Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger	
45.19	Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t	4510*
45.19.0	Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t	
<b>45.2</b>	<b>Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen</b>	
45.20	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	4520
45.20.1	Lackieren von Kraftwagen	
45.20.2	Autowaschanlagen	
45.20.3	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger (ohne Lackierung und Autowäsche)	
45.20.4	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (ohne Lackierung und Autowäsche)	
<b>45.3</b>	<b>Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör</b>	
45.31	Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	4530*
45.31.0	Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	
45.32	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	4530*
45.32.0	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	
<b>45.4</b>	<b>Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern</b>	
45.40	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4540
45.40.0	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>46</b>	<b>Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)</b>	
<b>46.1</b>	<b>Handelsvermittlung</b>	
46.11	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	4610*
46.11.0	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	
46.12	Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen, Metallen und technischen Chemikalien	4610*
46.12.0	Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen, Metallen und technischen Chemikalien	
46.13	Handelsvermittlung von Holz, Baustoffen und Anstrichmitteln	4610*
46.13.1	Handelsvermittlung von Rohholz, Holzhalbwaren und Bauelementen aus Holz	
46.13.2	Handelsvermittlung von Baustoffen und Anstrichmitteln	
46.14	Handelsvermittlung von Maschinen, technischem Bedarf, Wasser- und Luftfahrzeugen	4610*
46.14.1	Handelsvermittlung von Maschinen (ohne landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen) und technischem Bedarf a. n. g.	
46.14.2	Handelsvermittlung von Wasser- und Luftfahrzeugen	
46.14.3	Handelsvermittlung von Geräten der Unterhaltungselektronik	
46.14.4	Handelsvermittlung von Werkzeugen	
46.14.5	Handelsvermittlung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	
46.14.6	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	
46.14.7	Handelsvermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik	
46.14.9	Handelsvermittlung von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen a. n. g.	
46.15	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	4610*
46.15.1	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Antiquitäten	
46.15.2	Handelsvermittlung von keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Holzwaren a. n. g., sowie Flecht- und Korbwaren	
46.15.3	Handelsvermittlung von elektrischen Haushaltsgeräten	
46.15.4	Handelsvermittlung von Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren a. n. g.	
46.15.5	Handelsvermittlung von Putz- und Reinigungsmitteln	
46.16	Handelsvermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	4610*
46.16.1	Handelsvermittlung von Meterware für Bekleidung und Wäsche	
46.16.2	Handelsvermittlung von Heim- und Haustextilien und Bodenbelägen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
46.16.3	Handelsvermittlung von Bekleidung	
46.16.4	Handelsvermittlung von Bekleidungszubehör	
46.16.5	Handelsvermittlung von Schuhen, Lederwaren und Reisegepäck	
46.17	Handelsvermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	4610*
46.17.1	Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren	
46.17.2	Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen	
46.17.9	Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	
46.18	Handelsvermittlung von sonstigen Waren	4610*
46.18.1	Handelsvermittlung von feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen	
46.18.2	Handelsvermittlung von Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck	
46.18.3	Handelsvermittlung von Spielwaren und Musikinstrumenten	
46.18.4	Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf	
46.18.5	Handelsvermittlung von kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	
46.18.6	Handelsvermittlung von Karton, Papier und Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenk- und Werbeartikeln, Verpackungsmitteln und Tapeten	
46.18.7	Handelsvermittlung von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Musikalien und sonstigen Druckerzeugnissen	
46.18.9	Handelsvermittlung von sonstigen Waren a. n. g.	
46.19	Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt	4610*
46.19.0	Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
<b>46.2</b>	<b>Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren</b>	
46.21	Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	4620*
46.21.0	Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	
46.22	Großhandel mit Blumen und Pflanzen	4620*
46.22.0	Großhandel mit Blumen und Pflanzen	
46.23	Großhandel mit lebenden Tieren	4620*
46.23.0	Großhandel mit lebenden Tieren	
46.24	Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder	4620*
46.24.0	Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder	
<b>46.3</b>	<b>Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren</b>	
46.31	Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	4630*
46.31.0	Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	
46.32	Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	4630*
46.32.0	Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
46.33	Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	4630*
46.33.0	Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	
46.34	Großhandel mit Getränken	4630*
46.34.0	Großhandel mit Getränken	
46.35	Großhandel mit Tabakwaren	4630*
46.35.0	Großhandel mit Tabakwaren	
46.36	Großhandel mit Zucker, Süßwaren und Backwaren	4630*
46.36.0	Großhandel mit Zucker, Süßwaren und Backwaren	
46.37	Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen	4630*
46.37.0	Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen	
46.38	Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln	4630*
46.38.1	Großhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen	
46.38.2	Großhandel mit Mehl und Getreideprodukten	
46.38.9	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln a. n. g.	
46.39	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	4630*
46.39.1	Großhandel mit tiefgefrorenen Nahrungsmitteln, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
46.39.9	Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
<b>46.4</b>	<b>Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern</b>	
46.41	Großhandel mit Textilien	4641*
46.41.0	Großhandel mit Textilien	
46.42	Großhandel mit Bekleidung und Schuhen	4641*
46.42.1	Großhandel mit Bekleidung	
46.42.2	Großhandel mit Schuhen	
46.43	Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik	4649*
46.43.1	Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen	
46.43.2	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten	
46.43.3	Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik	
46.44	Großhandel mit keramischen Erzeugnissen, Glaswaren und Reinigungsmitteln	4649*
46.44.1	Großhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren	
46.44.2	Großhandel mit Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
46.45	Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	4649*
46.45.0	Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	
46.46	Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen	4649*
46.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen	
46.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln, Dental- und Laborbedarf	
46.47	Großhandel mit Möbeln, Teppichen, Lampen und Leuchten	4649*
46.47.0	Großhandel mit Möbeln, Teppichen, Lampen und Leuchten	
46.48	Großhandel mit Uhren und Schmuck	4649*
46.48.0	Großhandel mit Uhren und Schmuck	
46.49	Großhandel mit sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	4649*
46.49.1	Großhandel mit Spielwaren und Musikinstrumenten	
46.49.2	Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	
46.49.3	Großhandel mit Lederwaren, Reisegepäck, Geschenk- und Werbeartikeln	
46.49.4	Großhandel mit Karton, Papier, Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Büchern, Zeitschriften und Zeitungen	
46.49.5	Großhandel mit nicht elektrischen Haushaltsgeräten, Haushaltswaren aus Metall sowie sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern a. n. g.	
<b>46.5</b>	<b>Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik</b>	
46.51	Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	4651
46.51.0	Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	
46.52	Großhandel mit elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	4652
46.52.0	Großhandel mit elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	
<b>46.6</b>	<b>Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör</b>	
46.61	Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	4653
46.61.0	Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	
46.62	Großhandel mit Werkzeugmaschinen	4659*
46.62.0	Großhandel mit Werkzeugmaschinen	
46.63	Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen	4659*
46.63.0	Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen	
46.64	Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen	4659*
46.64.0	Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen	
46.65	Großhandel mit Büromöbeln	4659*
46.65.0	Großhandel mit Büromöbeln	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
46.66	Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen	4659*
46.66.0	Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen	
46.69	Großhandel mit sonstigen Maschinen und Ausrüstungen	4659*
46.69.1	Großhandel mit Flurförderzeugen und Fahrzeugen a. n. g.	
46.69.2	Großhandel mit sonstigen Maschinen	
46.69.3	Großhandel mit sonstigen Ausrüstungen und Zubehör für Maschinen sowie mit technischem Bedarf	
<b>46.7</b>	<b>Sonstiger Großhandel</b>	
46.71	Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	4661
46.71.1	Großhandel mit festen Brennstoffen	
46.71.2	Großhandel mit Mineralölerzeugnissen	
46.72	Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	4662
46.72.1	Großhandel mit Eisenerzen, Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlhalbzeug	
46.72.2	Großhandel mit NE-Erzen, NE-Metallen und NE-Metallhalbzeug	
46.73	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	4663*
46.73.1	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
46.73.2	Großhandel mit Roh- und Schnittholz	
46.73.3	Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz	
46.73.4	Großhandel mit Baustoffen und Bauelementen aus mineralischen Stoffen	
46.73.5	Großhandel mit Flachglas	
46.73.6	Großhandel mit Anstrichmitteln	
46.73.7	Großhandel mit Sanitärkeramik	
46.73.8	Großhandel mit Tapeten und Bodenbelägen (ohne Teppiche)	
46.74	Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke sowie Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	4663*
46.74.1	Großhandel mit Werkzeugen und Kleineisenwaren	
46.74.2	Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	
46.74.3	Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke	
46.75	Großhandel mit chemischen Erzeugnissen	4669*
46.75.0	Großhandel mit chemischen Erzeugnissen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
46.76	Großhandel mit sonstigen Halbwaren	4669*
46.76.0	Großhandel mit sonstigen Halbwaren	
46.77	Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen	4669*
46.77.0	Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen	
<b>46.9</b>	<b>Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt</b>	
46.90	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	4690
46.90.1	Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigware, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
46.90.2	Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
46.90.3	Großhandel mit Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>47</b>	<b>Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)</b>	
<b>47.1</b>	<b>Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)</b>	
47.11	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	4711
47.11.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
47.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	
47.19	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	4719
47.19.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)	
47.19.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel	
<b>47.2</b>	<b>Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)</b>	
47.21	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	4721*
47.21.0	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	
47.22	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren	4721*
47.22.0	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren	
47.23	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen	4721*
47.23.0	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen	
47.24	Einzelhandel mit Back- und Süßwaren	4721*
47.24.0	Einzelhandel mit Back- und Süßwaren	
47.25	Einzelhandel mit Getränken	4722
47.25.0	Einzelhandel mit Getränken	
47.26	Einzelhandel mit Tabakwaren	4723
47.26.0	Einzelhandel mit Tabakwaren	
47.29	Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln	4721*
47.29.0	Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>47.3</b>	<b>Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)</b>	
47.30	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	4730
47.30.1	Einzelhandel in fremdem Namen mit Motorenkraftstoffen (Agenturtankstellen)	
47.30.2	Einzelhandel in eigenem Namen mit Motorenkraftstoffen (Freie Tankstellen)	
<b>47.4</b>	<b>Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)</b>	
47.41	Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	4741*
47.41.0	Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	
47.42	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten	4741*
47.42.0	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten	
47.43	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik	4742
47.43.0	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik	
<b>47.5</b>	<b>Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)</b>	
47.51	Einzelhandel mit Textilien	4751
47.51.0	Einzelhandel mit Textilien	
47.52	Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	4752
47.52.1	Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a. n. g.	
47.52.3	Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	
47.53	Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten	4753
47.53.0	Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten	
47.54	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten	4759*
47.54.0	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten	
47.59	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat	4759*
47.59.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln	
47.59.2	Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren	
47.59.3	Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien	
47.59.9	Einzelhandel mit Haushaltsgegenständen a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>47.6</b>	<b>Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)</b>	
47.61	Einzelhandel mit Büchern	4761*
47.61.0	Einzelhandel mit Büchern	
47.62	Einzelhandel mit Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	4761*
47.62.1	Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen	
47.62.2	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln	
47.63	Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	4762
47.63.0	Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	
47.64	Einzelhandel mit Fahrrädern, Sport- und Campingartikeln	4763
47.64.1	Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör	
47.64.2	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	
47.65	Einzelhandel mit Spielwaren	4764
47.65.0	Einzelhandel mit Spielwaren	
<b>47.7</b>	<b>Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)</b>	
47.71	Einzelhandel mit Bekleidung	4771*
47.71.0	Einzelhandel mit Bekleidung	
47.72	Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren	4771*
47.72.1	Einzelhandel mit Schuhen	
47.72.2	Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck	
47.73	Apotheken	4772*
47.73.0	Apotheken	
47.74	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	4772*
47.74.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	
47.75	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	4772*
47.75.0	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
47.76	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien, Düngemitteln, zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	4773*
47.76.1	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln	
47.76.2	Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	
47.77	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck	4773*
47.77.0	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck	
47.78	Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)	4773*
47.78.1	Augenoptiker	
47.78.2	Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker)	
47.78.3	Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln	
47.78.9	Sonstiger Einzelhandel a. n. g. (in Verkaufsräumen)	
47.79	Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren	4774
47.79.1	Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen	
47.79.2	Antiquariate	
47.79.9	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren	
<b>47.8</b>	<b>Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten</b>	
47.81	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten	4781
47.81.0	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten	
47.82	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten	4782
47.82.0	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten	
47.89	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten	4789
47.89.0	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten	



<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>47.9</b>	<b>Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten</b>	
47.91	Versand- und Internet-Einzelhandel	4791
47.91.1	Versand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	
47.91.9	Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel	
47.99	Sonstiger Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	4799
47.99.1	Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	
47.99.9	Sonstiger Einzelhandel a. n. g. (nicht in Verkaufsräumen)	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
H	<b>ABSCHNITT H – VERKEHR UND LAGEREI</b>	
49	<b>Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen</b>	
49.1	<b>Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr</b>	
49.10	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	4911
49.10.0	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	
49.2	<b>Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr</b>	
49.20	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	4912
49.20.0	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	
49.3	<b>Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr</b>	
49.31	Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)	4921
49.31.0	Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)	
49.32	Betrieb von Taxis	4922*
49.32.0	Betrieb von Taxis	
49.39	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.	4922*
49.39.1	Personenbeförderung im Omnibus-Linienfernverkehr	
49.39.2	Personenbeförderung im Omnibus-Gelegenheitsverkehr	
49.39.9	Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.	
49.4	<b>Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte</b>	
49.41	Güterbeförderung im Straßenverkehr	4923*
49.41.0	Güterbeförderung im Straßenverkehr	
49.42	Umzugstransporte	4923*
49.42.0	Umzugstransporte	
49.5	<b>Transport in Rohrfernleitungen</b>	
49.50	Transport in Rohrfernleitungen	4930
49.50.0	Transport in Rohrfernleitungen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>50</b>	<b>Schifffahrt</b>	
<b>50.1</b>	<b>Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt</b>	
50.10	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	5011
50.10.0	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	
<b>50.2</b>	<b>Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt</b>	
50.20	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	5012
50.20.0	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	
<b>50.3</b>	<b>Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt</b>	
50.30	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	5021
50.30.0	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	
<b>50.4</b>	<b>Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt</b>	
50.40	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	5022
50.40.0	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	
<b>51</b>	<b>Luftfahrt</b>	
<b>51.1</b>	<b>Personenbeförderung in der Luftfahrt</b>	
51.10	Personenbeförderung in der Luftfahrt	5110
51.10.0	Personenbeförderung in der Luftfahrt	
<b>51.2</b>	<b>Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport</b>	
51.21	Güterbeförderung in der Luftfahrt	5120*
51.21.0	Güterbeförderung in der Luftfahrt	
51.22	Raumtransport	5120*
51.22.0	Raumtransport	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>52</b>	<b>Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr</b>	
<b>52.1</b>	<b>Lagerei</b>	
52.10	Lagerei	5210
52.10.0	Lagerei	
<b>52.2</b>	<b>Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr</b>	
52.21	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr	5221
52.21.1	Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen	
52.21.2	Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge	
52.21.3	Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge	
52.21.4	Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe	
52.21.5	Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachtumschlag)	
52.21.9	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr a. n. g.	
52.22	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt	5222
52.22.1	Betrieb von Wasserstraßen	
52.22.2	Betrieb von Häfen	
52.22.3	Lotsinnen und Lotsen in der Schifffahrt	
52.22.9	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt a. n. g.	
52.23	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt	5223
52.23.1	Betrieb von Flughäfen und Landeplätzen für Luftfahrzeuge	
52.23.9	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt a. n. g.	
52.24	Frachtumschlag	5224
52.24.0	Frachtumschlag	
52.29	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr a. n. g.	5229
52.29.1	Spedition	
52.29.2	Schiffsmaklerbüros und -agenturen	
52.29.9	Erbringung von Dienstleistungen für den Verkehr a. n. g.	
<b>53</b>	<b>Post-, Kurier- und Expressdienste</b>	
<b>53.1</b>	<b>Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern</b>	
53.10	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	5310
53.10.0	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	
<b>53.2</b>	<b>Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste</b>	
53.20	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	5320
53.20.0	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>I</b>	<b>ABSCHNITT I – GASTGEWERBE</b>	
<b>55</b>	<b>Beherbergung</b>	
<b>55.1</b>	<b>Hotels, Gasthöfe und Pensionen</b>	
55.10	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	5510*
55.10.1	Hotels (ohne Hotels garnis)	
55.10.2	Hotels garnis	
55.10.3	Gasthöfe	
55.10.4	Pensionen	
<b>55.2</b>	<b>Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten</b>	
55.20	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	5510*
55.20.1	Erholungs- und Ferienheime	
55.20.2	Ferienzentren	
55.20.3	Ferienhäuser und Ferienwohnungen	
55.20.4	Jugendherbergen und Hütten	
<b>55.3</b>	<b>Campingplätze</b>	
55.30	Campingplätze	5520
55.30.0	Campingplätze	
<b>55.9</b>	<b>Sonstige Beherbergungsstätten</b>	
55.90	Sonstige Beherbergungsstätten	5590
55.90.1	Privatquartiere	
55.90.9	Sonstige Beherbergungsstätten a. n. g.	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>56</b>	<b>Gastronomie</b>	
<b>56.1</b>	<b>Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.</b>	
56.10	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	5610
56.10.1	Restaurants mit herkömmlicher Bedienung	
56.10.2	Restaurants mit Selbstbedienung	
56.10.3	Imbissstuben u. Ä.	
56.10.4	Cafés	
56.10.5	Eissalons	
<b>56.2</b>	<b>Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen</b>	
56.21	Event-Caterer	5621
56.21.0	Event-Caterer	
56.29	Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	5629
56.29.0	Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	
<b>56.3</b>	<b>Ausschank von Getränken</b>	
56.30	Ausschank von Getränken	5630
56.30.1	Schankwirtschaften	
56.30.2	Diskotheken und Tanzlokale	
56.30.3	Bars	
56.30.4	Vergnügungslokale	
56.30.9	Sonstige getränkegeprägte Gastronomie	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>J</b>	<b>ABSCHNITT J – INFORMATION UND KOMMUNIKATION</b>	
<b>58</b>	<b>Verlagswesen</b>	
<b>58.1</b>	<b>Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)</b>	
58.11	Verlegen von Büchern	5811
58.11.0	Verlegen von Büchern	
58.12	Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen	5812
58.12.0	Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen	
58.13	Verlegen von Zeitungen	5813*
58.13.0	Verlegen von Zeitungen	
58.14	Verlegen von Zeitschriften	5813*
58.14.0	Verlegen von Zeitschriften	
58.19	Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	5819
58.19.0	Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	
<b>58.2</b>	<b>Verlegen von Software</b>	
58.21	Verlegen von Computerspielen	5820*
58.21.0	Verlegen von Computerspielen	
58.29	Verlegen von sonstiger Software	5820*
58.29.0	Verlegen von sonstiger Software	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>59</b>	<b>Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik</b>	
<b>59.1</b>	<b>Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos</b>	
59.11	Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen	5911
59.11.0	Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen	
59.12	Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik	5912
59.12.0	Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik	
59.13	Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)	5913
59.13.0	Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)	
59.14	Kinos	5914
59.14.0	Kinos	
<b>59.2</b>	<b>Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien</b>	
59.20	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	5920
59.20.1	Tonstudios und Herstellung von Hörfunkbeiträgen	
59.20.2	Verlegen von bespielten Tonträgern	
59.20.3	Verlegen von Musikalien	
<b>60</b>	<b>Rundfunkveranstalter</b>	
<b>60.1</b>	<b>Hörfunkveranstalter</b>	
60.10	Hörfunkveranstalter	6010
60.10.0	Hörfunkveranstalter	
<b>60.2</b>	<b>Fernsehveranstalter</b>	
60.20	Fernsehveranstalter	6020
60.20.0	Fernsehveranstalter	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>61</b>	<b>Telekommunikation</b>	
<b>61.1</b>	<b>Leitungsgebundene Telekommunikation</b>	
61.10	Leitungsgebundene Telekommunikation	6110
61.10.0	Leitungsgebundene Telekommunikation	
<b>61.2</b>	<b>Drahtlose Telekommunikation</b>	
61.20	Drahtlose Telekommunikation	6120
61.20.0	Drahtlose Telekommunikation	
<b>61.3</b>	<b>Satellitentelekommunikation</b>	
61.30	Satellitentelekommunikation	6130
61.30.0	Satellitentelekommunikation	
<b>61.9</b>	<b>Sonstige Telekommunikation</b>	
61.90	Sonstige Telekommunikation	6190
61.90.1	Internet-serviceprovider	
61.90.9	Sonstige Telekommunikation a. n. g.	
<b>62</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie</b>	
<b>62.0</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie</b>	
62.01	Programmierungstätigkeiten	6201
62.01.1	Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen	
62.01.9	Sonstige Softwareentwicklung	
62.02	Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	6202*
62.02.0	Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	
62.03	Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte	6202*
62.03.0	Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte	
62.09	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Informationstechnologie	6209
62.09.0	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Informationstechnologie	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>63</b>	<b>Informationsdienstleistungen</b>	
<b>63.1</b>	<b>Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale</b>	
63.11	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten	6311
63.11.0	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten	
63.12	Webportale	6312
63.12.0	Webportale	
<b>63.9</b>	<b>Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen</b>	
63.91	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	6391
63.91.0	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	
63.99	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a. n. g.	6399
63.99.0	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>K</b>	<b>ABSCHNITT K – ERBRINGUNG VON FINANZ- UND VERSICHERUNGSDIENSTLEISTUNGEN</b>	
<b>64</b>	<b>Erbringung von Finanzdienstleistungen</b>	
<b>64.1</b>	<b>Zentralbanken und Kreditinstitute</b>	
64.11	Zentralbanken	6411
64.11.0	Zentralbanken	
64.19	Kreditinstitute (ohne Spezialkreditinstitute)	6419
64.19.1	Kreditbanken einschließlich Zweigstellen ausländischer Banken	
64.19.2	Kreditinstitute des Sparkassensektors	
64.19.3	Kreditinstitute des Genossenschaftssektors	
64.19.4	Realkreditinstitute	
64.19.5	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	
64.19.6	Bausparkassen	
<b>64.2</b>	<b>Beteiligungsgesellschaften</b>	
64.20	Beteiligungsgesellschaften	6420
64.20.0	Beteiligungsgesellschaften	
<b>64.3</b>	<b>Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen</b>	
64.30	Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen	6430
64.30.0	Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen	
<b>64.9</b>	<b>Sonstige Finanzierungsinstitutionen</b>	
64.91	Institutionen für Finanzierungsleasing	6491
64.91.0	Institutionen für Finanzierungsleasing	
64.92	Spezialkreditinstitute	6492
64.92.1	Spezialkreditinstitute (ohne Pfandkreditgeschäfte)	
64.92.2	Leihhäuser	
64.99	Erbringung von sonstigen Finanzdienstleistungen a. n. g.	6499
64.99.1	Investmentaktiengesellschaften und Fonds von Kapitalanlagegesellschaften (ohne Geldmarktfonds)	
64.99.9	Sonstige Finanzierungsinstitutionen a. n. g.	
<b>65</b>	<b>Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)</b>	
<b>65.1</b>	<b>Versicherungen</b>	
65.11	Lebensversicherungen	6511
65.11.0	Lebensversicherungen	
65.12	Nichtlebensversicherungen	6512

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
65.12.1	Krankenversicherungen	
65.12.2	Schaden- und Unfallversicherungen	
<b>65.2</b>	<b>Rückversicherungen</b>	
65.20	Rückversicherungen	6520
65.20.0	Rückversicherungen	
<b>65.3</b>	<b>Pensionskassen und Pensionsfonds</b>	
65.30	Pensionskassen und Pensionsfonds	6530
65.30.0	Pensionskassen und Pensionsfonds	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>66</b>	<b>Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten</b>	
<b>66.1</b>	<b>Mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten</b>	
66.11	Effekten- und Warenbörsen	6611
66.11.0	Effekten- und Warenbörsen	
66.12	Effekten- und Warenhandel	6612
66.12.0	Effekten- und Warenhandel	
66.19	Sonstige mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	6619
66.19.0	Sonstige mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	
<b>66.2</b>	<b>Mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten</b>	
66.21	Risiko- und Schadensbewertung	6621
66.21.0	Risiko- und Schadensbewertung	
66.22	Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern	6622
66.22.0	Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern	
66.29	Sonstige mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten	6629
66.29.0	Sonstige mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten	
<b>66.3</b>	<b>Fondsmanagement</b>	
66.30	Fondsmanagement	6630
66.30.0	Fondsmanagement	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
L	<b>ABSCHNITT L – GRUNDSTÜCKS- UND WOHNUNGSWESEN</b>	
68	<b>Grundstücks- und Wohnungswesen</b>	
68.1	<b>Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen</b>	
68.10	Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	6810*
68.10.1	Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen	
68.10.2	Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden	
68.2	<b>Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen</b>	
68.20	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	6810*
68.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen	
68.20.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden	
68.3	<b>Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte</b>	
68.31	Vermittlung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte	6820*
68.31.1	Vermittlung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte	
68.31.2	Vermittlung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte	
68.32	Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte	6820*
68.32.1	Verwaltung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte	
68.32.2	Verwaltung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>M</b>	<b>ABSCHNITT M – ERBRINGUNG VON FREIBERUFLICHEN, WISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNISCHEN DIENSTLEISTUNGEN</b>	
<b>69</b>	<b>Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung</b>	
<b>69.1</b>	<b>Rechtsberatung</b>	
69.10	Rechtsberatung	6910
69.10.1	Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat	
69.10.2	Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat	
69.10.3	Notariate	
69.10.4	Patentanwaltskanzleien	
69.10.9	Erbringung sonstiger juristischer Dienstleistungen a. n. g.	
<b>69.2</b>	<b>Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung</b>	
69.20	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	6920
69.20.1	Praxen von Wirtschaftsprüferinnen und -prüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	
69.20.2	Praxen von vereidigten Buchprüferinnen und -prüfern, Buchprüfungsgesellschaften	
69.20.3	Praxen von Steuerbevollmächtigten, Steuerberaterinnen und -beratern, Steuerberatungsgesellschaften	
69.20.4	Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)	
<b>70</b>	<b>Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung</b>	
<b>70.1</b>	<b>Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben</b>	
70.10	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	7010
70.10.1	Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften	
70.10.9	Sonstige Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	
<b>70.2</b>	<b>Public-Relations- und Unternehmensberatung</b>	
70.21	Public-Relations-Beratung	7020*
70.21.0	Public-Relations-Beratung	
70.22	Unternehmensberatung	7020*
70.22.0	Unternehmensberatung	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
71	<b>Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung</b>	
71.1	<b>Architektur- und Ingenieurbüros</b>	
71.11	Architekturbüros	7110*
71.11.1	Architekturbüros für Hochbau	
71.11.2	Büros für Innenarchitektur	
71.11.3	Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung	
71.11.4	Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung	
71.12	Ingenieurbüros	7110*
71.12.1	Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung	
71.12.2	Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	
71.12.3	Vermessungsbüros	
71.12.9	Sonstige Ingenieurbüros	
71.2	<b>Technische, physikalische und chemische Untersuchung</b>	
71.20	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	7120
71.20.0	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
72	<b>Forschung und Entwicklung</b>	
72.1	<b>Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin</b>	
72.11	Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie	7210*
72.11.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie	
72.19	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	7210*
72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	
72.2	<b>Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften</b>	
72.20	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	7220
72.20.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	
73	<b>Werbung und Marktforschung</b>	
73.1	<b>Werbung</b>	
73.11	Werbeagenturen	7310*
73.11.0	Werbeagenturen	
73.12	Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen	7310*
73.12.0	Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen	
73.2	<b>Markt- und Meinungsforschung</b>	
73.20	Markt- und Meinungsforschung	7320
73.20.0	Markt- und Meinungsforschung	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>74</b>	<b>Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten</b>	
<b>74.1</b>	<b>Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design</b>	
74.10	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	7410
74.10.1	Industrie-, Produkt- und Mode-Design	
74.10.2	Grafik- und Kommunikationsdesign	
74.10.3	Interior Design und Raumgestaltung	
<b>74.2</b>	<b>Fotografie und Fotolabors</b>	
74.20	Fotografie und Fotolabors	7420
74.20.1	Fotografie	
74.20.2	Fotolabors	
<b>74.3</b>	<b>Übersetzen und Dolmetschen</b>	
74.30	Übersetzen und Dolmetschen	7490*
74.30.1	Übersetzen	
74.30.2	Dolmetschen	
<b>74.9</b>	<b>Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.</b>	
74.90	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	7490*
74.90.0	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	
<b>75</b>	<b>Veterinärwesen</b>	
<b>75.0</b>	<b>Veterinärwesen</b>	
75.00	Veterinärwesen	7500
75.00.1	Tierarztpraxen	
75.00.9	Sonstiges Veterinärwesen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>N</b>	<b>ABSCHNITT N – ERBRINGUNG VON SONSTIGEN WIRTSCHAFTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN</b>	
<b>77</b>	<b>Vermietung von beweglichen Sachen</b>	
<b>77.1</b>	<b>Vermietung von Kraftwagen</b>	
77.11	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger	7710*
77.11.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger	
77.12	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t	7710*
77.12.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t	
<b>77.2</b>	<b>Vermietung von Gebrauchsgütern</b>	
77.21	Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten	7721
77.21.0	Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten	
77.22	Videotheken	7722
77.22.0	Videotheken	
77.29	Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern	7729
77.29.0	Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern	
<b>77.3</b>	<b>Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen</b>	
77.31	Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	7730*
77.31.0	Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	
77.32	Vermietung von Baumaschinen und -geräten	7730*
77.32.0	Vermietung von Baumaschinen und -geräten	
77.33	Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	7730*
77.33.0	Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
77.34	Vermietung von Wasserfahrzeugen	7730*
77.34.0	Vermietung von Wasserfahrzeugen	
77.35	Vermietung von Luftfahrzeugen	7730*
77.35.0	Vermietung von Luftfahrzeugen	
77.39	Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.	7730*
77.39.0	Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.	
<b>77.4</b>	<b>Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)</b>	
77.40	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	7740
77.40.0	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	
<b>78</b>	<b>Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften</b>	
<b>78.1</b>	<b>Vermittlung von Arbeitskräften</b>	
78.10	Vermittlung von Arbeitskräften	7810
78.10.0	Vermittlung von Arbeitskräften	
<b>78.2</b>	<b>Befristete Überlassung von Arbeitskräften</b>	
78.20	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	7820
78.20.0	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	
<b>78.3</b>	<b>Sonstige Überlassung von Arbeitskräften</b>	
78.30	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	7830
78.30.0	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>79</b>	<b>Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen</b>	
<b>79.1</b>	<b>Reisebüros und Reiseveranstalter</b>	
79.11	Reisebüros	7911
79.11.0	Reisebüros	
79.12	Reiseveranstalter	7912
79.12.0	Reiseveranstalter	
<b>79.9</b>	<b>Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen</b>	
79.90	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	7990
79.90.0	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	
<b>80</b>	<b>Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien</b>	
<b>80.1</b>	<b>Private Wach- und Sicherheitsdienste</b>	
80.10	Private Wach- und Sicherheitsdienste	8010
80.10.0	Private Wach- und Sicherheitsdienste	
<b>80.2</b>	<b>Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen</b>	
80.20	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	8020
80.20.0	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	
<b>80.3</b>	<b>Detekteien</b>	
80.30	Detekteien	8030
80.30.0	Detekteien	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>81</b>	<b>Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau</b>	
<b>81.1</b>	<b>Hausmeisterdienste</b>	
81.10	Hausmeisterdienste	8110
81.10.0	Hausmeisterdienste	
<b>81.2</b>	<b>Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln</b>	
81.21	Allgemeine Gebäudereinigung	8121
81.21.0	Allgemeine Gebäudereinigung	
81.22	Spezielle Reinigung von Gebäuden und Reinigung von Maschinen	8129*
81.22.1	Schornsteinreinigung	
81.22.9	Sonstige spezielle Reinigung von Gebäuden und Maschinen	
81.29	Reinigung a. n. g.	8129*
81.29.1	Reinigung von Verkehrsmitteln	
81.29.2	Desinfektion und Schädlingsbekämpfung	
81.29.9	Sonstige Reinigung a. n. g.	
<b>81.3</b>	<b>Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen</b>	
81.30	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	8130
81.30.1	Garten- und Landschaftsbau	
81.30.9	Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>82</b>	<b>Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.</b>	
<b>82.1</b>	<b>Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops</b>	
82.11	Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste	8211
82.11.0	Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste	
82.19	Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste	8219
82.19.0	Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste	
<b>82.2</b>	<b>Call Center</b>	
82.20	Call Center	8220
82.20.0	Call Center	
<b>82.3</b>	<b>Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter</b>	
82.30	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	8230
82.30.0	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	
<b>82.9</b>	<b>Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen</b>	
82.91	Inkassobüros und Auskunftsteien	8291
82.91.1	Inkassobüros	
82.91.2	Auskunftsteien	
82.92	Abfüllen und Verpacken	8292
82.92.0	Abfüllen und Verpacken	
82.99	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	8299
82.99.1	Versteigerungsgewerbe	
82.99.9	Erbringung von anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>O</b>	<b>ABSCHNITT O – ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, VERTEIDIGUNG; SOZIALVERSICHERUNG</b>	
<b>84</b>	<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung</b>	
<b>84.1</b>	<b>Öffentliche Verwaltung</b>	
84.11	Allgemeine öffentliche Verwaltung	8411
84.11.0	Allgemeine öffentliche Verwaltung	
84.12	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	8412
84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	
84.13	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	8413
84.13.0	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	
<b>84.2</b>	<b>Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtspflege, öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	
84.21	Auswärtige Angelegenheiten	8421
84.21.0	Auswärtige Angelegenheiten	
84.22	Verteidigung	8422
84.22.0	Verteidigung	
84.23	Rechtspflege	8423*
84.23.0	Rechtspflege	
84.24	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	8423*
84.24.0	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	
84.25	Feuerwehren	8423*
84.25.0	Feuerwehren	
<b>84.3</b>	<b>Sozialversicherung</b>	
84.30	Sozialversicherung	8430
84.30.0	Sozialversicherung	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>P</b>	<b>ABSCHNITT P – ERZIEHUNG UND UNTERRICHT</b>	
<b>85</b>	<b>Erziehung und Unterricht</b>	
<b>85.1</b>	<b>Kindergärten und Vorschulen</b>	
85.10	Kindergärten und Vorschulen	8510*
85.10.1	Kindergärten	
85.10.2	Vorklassen, Schulkindergärten	
<b>85.2</b>	<b>Grundschulen</b>	
85.20	Grundschulen	8510*
85.20.0	Grundschulen	
<b>85.3</b>	<b>Weiterführende Schulen</b>	
85.31	Allgemein bildende weiterführende Schulen	8521
85.31.1	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich I	
85.31.2	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich II	
85.32	Berufsbildende weiterführende Schulen	8522
85.32.0	Berufsbildende weiterführende Schulen	
<b>85.4</b>	<b>Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht</b>	
85.41	Post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht	8530*
85.41.0	Post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht	
85.42	Tertiärer Unterricht	8530*
85.42.1	Universitäten	
85.42.2	Allgemeine Fachhochschulen	
85.42.3	Verwaltungsfachhochschulen	
85.42.4	Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens	
<b>85.5</b>	<b>Sonstiger Unterricht</b>	
85.51	Sport- und Freizeitunterricht	8541
85.51.0	Sport- und Freizeitunterricht	
85.52	Kulturunterricht	8542
85.52.0	Kulturunterricht	
85.53	Fahr- und Flugschulen	8549*
85.53.0	Fahr- und Flugschulen	
85.59	Sonstiger Unterricht a. n. g.	8549*
85.59.1	Allgemeine und politische Erwachsenenbildung	
85.59.2	Berufliche Erwachsenenbildung	
85.59.9	Unterricht a. n. g.	
<b>85.6</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht</b>	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
85.60	Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht	8550
85.60.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>Q</b>	<b>ABSCHNITT Q – GESUNDHEITS- UND SOZIALWESEN</b>	
<b>86</b>	<b>Gesundheitswesen</b>	
<b>86.1</b>	<b>Krankenhäuser</b>	
86.10	Krankenhäuser	8610
86.10.1	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)	
86.10.2	Hochschulkliniken	
86.10.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	
<b>86.2</b>	<b>Arzt- und Zahnarztpraxen</b>	
86.21	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	8620*
86.21.0	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	
86.22	Facharztpraxen	8620*
86.22.0	Facharztpraxen	
86.23	Zahnarztpraxen	8620*
86.23.0	Zahnarztpraxen	
<b>86.9</b>	<b>Gesundheitswesen a. n. g.</b>	
86.90	Gesundheitswesen a. n. g.	8690
86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	
86.90.2	Massagepraxen, Krankengymnastikpraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen	
86.90.3	Heilpraktikerpraxen	
86.90.9	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>87</b>	<b>Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)</b>	
<b>87.1</b>	<b>Pflegeheime</b>	
87.10	Pflegeheime	8710
87.10.0	Pflegeheime	
<b>87.2</b>	<b>Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.</b>	
87.20	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.	8720
87.20.0	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.	
<b>87.3</b>	<b>Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime</b>	
87.30	Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime	8730
87.30.0	Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime	
<b>87.9</b>	<b>Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)</b>	
87.90	Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	8790
87.90.0	Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	
<b>88</b>	<b>Sozialwesen (ohne Heime)</b>	
<b>88.1</b>	<b>Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter</b>	
88.10	Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	8810
88.10.1	Ambulante soziale Dienste	
88.10.2	Sonstige soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	
<b>88.9</b>	<b>Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)</b>	
88.91	Tagesbetreuung von Kindern	8890*
88.91.0	Tagesbetreuung von Kindern	
88.99	Sonstiges Sozialwesen a. n. g.	8890*
88.99.0	Sonstiges Sozialwesen a. n. g.	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>R</b>	<b>ABSCHNITT R – KUNST, UNTERHALTUNG UND ERHOLUNG</b>	
<b>90</b>	<b>Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten</b>	
<b>90.0</b>	<b>Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten</b>	
90.01	Darstellende Kunst	9000*
90.01.1	Theaterensembles	
90.01.2	Ballettgruppen, Orchester, Kapellen und Chöre	
90.01.3	Selbstständige Artistinnen und Artisten, Zirkusgruppen	
90.01.4	Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst	
90.02	Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst	9000*
90.02.0	Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst	
90.03	Künstlerisches und schriftstellerisches Schaffen	9000*
90.03.1	Selbstständige Komponistinnen, Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter	
90.03.2	Selbstständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller	
90.03.3	Selbstständige bildende Künstlerinnen und Künstler	
90.03.4	Selbstständige Restauratorinnen und Restauratoren	
90.03.5	Selbstständige Journalistinnen und Journalisten, Pressefotografinnen und Pressefotografen	
90.04	Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen	9000*
90.04.1	Theater- und Konzertveranstalter	
90.04.2	Opern- und Schauspielhäuser, Konzerthallen und ähnliche Einrichtungen	
90.04.3	Varietés und Kleinkunsthöfen	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>91</b>	<b>Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten</b>	
<b>91.0</b>	<b>Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten</b>	
91.01	Bibliotheken und Archive	9101
91.01.0	Bibliotheken und Archive	
91.02	Museen	9102*
91.02.0	Museen	
91.03	Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen	9102*
91.03.0	Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen	
91.04	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks	9103
91.04.0	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks	
<b>92</b>	<b>Spiel-, Wett- und Lotteriewesen</b>	
<b>92.0</b>	<b>Spiel-, Wett- und Lotteriewesen</b>	
92.00	Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	9200
92.00.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten	
92.00.2	Spielbanken und Spielklubs	
92.00.3	Wett-, Toto- und Lotteriewesen	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>93</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung</b>	
<b>93.1</b>	<b>Erbringung von Dienstleistungen des Sports</b>	
93.11	Betrieb von Sportanlagen	9311*
93.11.0	Betrieb von Sportanlagen	
93.12	Sportvereine	9312
93.12.0	Sportvereine	
93.13	Fitnesszentren	9311*
93.13.0	Fitnesszentren	
93.19	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen des Sports	9319
93.19.0	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen des Sports	
<b>93.2</b>	<b>Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung</b>	
93.21	Vergnügungs- und Themenparks	9321
93.21.0	Vergnügungs- und Themenparks	
93.29	Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.	9329
93.29.0	Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>S</b>	<b>ABSCHNITT S – ERBRINGUNG VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN</b>	
<b>94</b>	<b>Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)</b>	
<b>94.1</b>	<b>Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen</b>	
94.11	Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände	9411
94.11.0	Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände	
94.12	Berufsorganisationen	9412
94.12.0	Berufsorganisationen	
<b>94.2</b>	<b>Arbeitnehmervereinigungen</b>	
94.20	Arbeitnehmervereinigungen	9420
94.20.0	Arbeitnehmervereinigungen	
<b>94.9</b>	<b>Kirchliche Vereinigungen; politische Parteien sowie sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.</b>	
94.91	Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	9491
94.91.0	Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	
94.92	Politische Parteien und Vereinigungen	9492
94.92.0	Politische Parteien und Vereinigungen	
94.99	Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	9499
94.99.1	Organisationen der Bildung, Wissenschaft und Forschung	
94.99.2	Organisationen der Kultur	
94.99.3	Verbraucherorganisationen	
94.99.4	Jugendorganisationen	
94.99.9	Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	



WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>95</b>	<b>Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern</b>	
<b>95.1</b>	<b>Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten</b>	
95.11	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	9511
95.11.0	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	
95.12	Reparatur von Telekommunikationsgeräten	9512
95.12.0	Reparatur von Telekommunikationsgeräten	
<b>95.2</b>	<b>Reparatur von Gebrauchsgütern</b>	
95.21	Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik	9521
95.21.0	Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik	
95.22	Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten	9522
95.22.0	Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten	
95.23	Reparatur von Schuhen und Lederwaren	9523
95.23.0	Reparatur von Schuhen und Lederwaren	
95.24	Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen	9524
95.24.0	Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen	
95.25	Reparatur von Uhren und Schmuck	9529*
95.25.0	Reparatur von Uhren und Schmuck	
95.29	Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern	9529*
95.29.0	Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern	

<b>WZ 2008 Kode</b>	<b>WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)</b>	<b>ISIC Rev. 4</b>
<b>96</b>	<b>Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen</b>	
<b>96.0</b>	<b>Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen</b>	
96.01	Wäscherei und chemische Reinigung	9601
96.01.0	Wäscherei und chemische Reinigung	
96.02	Frisör- und Kosmetiksalons	9602
96.02.1	Frisörsalons	
96.02.2	Kosmetiksalons	
96.03	Bestattungswesen	9603
96.03.1	Bestattungsinstitute	
96.03.2	Friedhöfe und Krematorien	
96.04	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	9609*
96.04.0	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	
96.09	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g.	9609*
96.09.0	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g.	

WZ 2008 Kode	WZ 2008 - Bezeichnung (a. n. g. = anderweitig nicht genannt)	ISIC Rev. 4
<b>T</b>	<b>ABSCHNITT T – PRIVATE HAUSHALTE MIT HAUSPERSONAL; HERSTELLUNG VON WAREN UND ERBRINGUNG VON DIENSTLEISTUNGEN DURCH PRIVATE HAUSHALTE FÜR DEN EIGENBEDARF OHNE AUSGEPRÄGTEN SCHWERPUNKT</b>	
<b>97</b>	<b>Private Haushalte mit Hauspersonal</b>	
<b>97.0</b>	<b>Private Haushalte mit Hauspersonal</b>	
97.00	Private Haushalte mit Hauspersonal	9700
97.00.0	Private Haushalte mit Hauspersonal	
<b>98</b>	<b>Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt</b>	
<b>98.1</b>	<b>Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt</b>	
98.10	Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	9810
98.10.0	Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
<b>98.2</b>	<b>Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt</b>	
98.20	Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	9820
98.20.0	Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	
<b>U</b>	<b>ABSCHNITT U – EXTERRITORIALE ORGANISATIONEN UND KÖRPERSCHAFTEN</b>	
<b>99</b>	<b>Exterritoriale Organisationen und Körperschaften</b>	
<b>99.0</b>	<b>Exterritoriale Organisationen und Körperschaften</b>	
99.00	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	9900
99.00.0	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	

**Gliederung der  
Klassifikation der Wirtschaftszweige,  
Ausgabe 2008,  
mit Erläuterungen**



## **A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Dieser Abschnitt umfasst die Nutzung der pflanzlichen und tierischen natürlichen Ressourcen. Dazu zählen Tätigkeiten wie Pflanzenbau, Tierzucht und Tierhaltung, Holzgewinnung und die Gewinnung anderer pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder in freier Natur.

### **01 Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten**

Diese Abteilung umfasst die beiden Tätigkeitsbereiche Gewinnung pflanzlicher Erzeugnisse und Gewinnung tierischer Erzeugnisse. Sie umfasst auch die ökologische Landwirtschaft sowie den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen und die Haltung gentechnisch veränderter Nutztiere. Diese Abteilung umfasst Freiland- wie auch Gewächshauskulturen. Eingeschlossen ist auch die Aufbereitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Rohstoffmärkte.

Ferner in dieser Abteilung eingeschlossen sind die Erbringung von mit der Landwirtschaft und der kommerziellen Jagd verbundenen Dienstleistungen sowie die Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten.

Gruppe 01.5 (Gemischte Landwirtschaft) bildet eine Ausnahme von den Grundregeln zur Bestimmung der Haupttätigkeit. Man geht hier davon aus, dass in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben ein Gleichgewicht zwischen pflanzlicher und tierischer Erzeugung besteht und es willkürlich wäre, sie in die eine oder die andere Kategorie einzuordnen.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die über die Aufbereitung für die Rohstoffmärkte hinausgeht (s. Abteilungen 10 und 12)*
- *Anlage von Feldern (z. B. Terrassierung und Entwässerung von Landwirtschaftsflächen, Anlage von Reisfeldern usw.) (s. Abschnitt F)*
- *Einkaufsvereinigungen und landwirtschaftliche Absatzgenossenschaften (s. Abschnitt G)*
- *Garten- und Landschaftsbau (s. 81.30.1)*

#### **01.1 Anbau einjähriger Pflanzen**

Diese Gruppe umfasst den Anbau einjähriger Pflanzen, d. h. von Pflanzen mit einer Lebensdauer von nicht mehr als zwei Wachstumsperioden. Eingeschlossen ist der Anbau dieser Pflanzen zum Zwecke der Erzeugung von Saatgut.

**01.11 Anbau von Getreide (ohne Reis), Hülsenfrüchten und Ölsaaten**

**01.11.0 Anbau von Getreide (ohne Reis), Hülsenfrüchten und Ölsaaten**

Diese Unterklasse umfasst alle Arten des Anbaus von Getreide, Hülsenfrüchten und Ölsaaten im Freiland. Diese Pflanzen werden in landwirtschaftlichen Betrieben häufig nebeneinander angebaut.

Diese Unterklasse umfasst:

– Anbau von Getreide:

- Weizen
- Körnermais
- Sorghum
- Gerste
- Roggen
- Hafer
- Hirse
- Triticale
- sonstiges Getreide a. n. g.

– Anbau von Hülsenfrüchten:

- Bohnen
- Puffbohnen
- Kuhbohnen
- Linsen
- Lupinen
- Erbsen, Straucherbsen, Kichererbsen
- sonstige Hülsenfrüchte

– Anbau von Ölsaaten:

- Sojabohnen
- Erdnüsse
- Baumwollsaat
- Rizinussamen
- Leinsamen
- Senfkörner
- Nigersaat
- Rapssamen
- Saflorsaat
- Sesamsamen
- Sonnenblumenkerne
- andere Ölsaaten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Reis (s. 01.12.0)
- Anbau von Zuckermais (s. 01.13.1)
- Anbau von Futtermais (s. 01.19.9)
- Anbau von ölhaltigen Früchten (s. 01.26.0)

**01.12 Anbau von Reis**

**01.12.0 Anbau von Reis**

**01.13 Anbau von Gemüse und Melonen sowie Wurzeln und Knollen**

**01.13.1 Anbau von Gemüse und Melonen**

Diese Unterklasse umfasst:

– Anbau von Blatt- oder Stängelgemüse:

- Artischocken
- Spargel
- Kohl
- Blumenkohl und Broccoli
- Kopfsalat und Chicorée
- Spinat
- anderes Blatt- oder Stängelgemüse

– Anbau von Fruchtgemüse:

- Gurken und Cornichons
- Auberginen
- Tomaten
- Wassermelonen
- Zuckermelonen/Honigmelonen
- sonstige Melonen und sonstiges Fruchtgemüse

– Anbau von Wurzel-, Zwiebel- oder Knollengemüse:

- Möhren
- Speiserüben
- Knoblauch
- Zwiebeln (einschl. Schalotten)
- Porree/Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten
- sonstiges Wurzel-, Zwiebel- oder Knollengemüse

– Anbau von Pilzen und Trüffeln

– Anbau von Gemüsesamen einschließlich Saatgut für Zuckerrüben, jedoch ohne Saatgut für sonstige Rüben

– Anbau von Zuckerrüben

– Anbau von sonstigem Gemüse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Paprika (*capsicum sop.*) und sonstigen Gewürz- und Duftpflanzen (s. 01.28.0)
- Anbau von Pilzmycel (s. 01.30.1)



**01.13.2 Anbau von Kartoffeln sowie sonstigen Wurzeln und Knollen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Wurzeln und Knollen:
  - Kartoffeln
  - Süßkartoffeln, Bataten
  - Maniok, Kassava
  - Yamswurzeln
  - sonstige Wurzeln und Knollen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Paprika (*capsicum sop.*) und sonstigen Gewürz- und Duftpflanzen (s. 01.28.0)
- Anbau von Pilzmycel (s. 01.30.1)

**01.14 Anbau von Zuckerrohr**

**01.14.0 Anbau von Zuckerrohr**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Zuckerrüben (s. 01.13.1)

**01.15 Anbau von Tabak**

**01.15.0 Anbau von Tabak**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tabakverarbeitung (s. 12.00.0)

**01.16 Anbau von Faserpflanzen**

**01.16.0 Anbau von Faserpflanzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Baumwolle
- Anbau von Jute, Kenaf und sonstigen textilen Bastfasern
- Anbau von Flachs und Hanf
- Anbau von Sisal und sonstigen textilen Agavefasern
- Anbau von Abaca, Ramie und sonstigen pflanzlichen Spinnstoffen
- Anbau sonstiger Faserpflanzen

**01.19 Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen**

**01.19.1 Anbau von Zierpflanzen zum Schnitt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Blumen, Erzeugung von Schnittblumen und Blütenknospen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von einjährigen Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke (s. 01.28.0)

**01.19.2 Erzeugung von Blumensamen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Blumensamen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von einjährigen Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke (s. 01.28.0)

**01.19.9 Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Steckrüben, Futterrüben, Wurzeln zu Futterzwecken, Klee, Luzerne, Esparsette, Futtermais und sonstige Gräser, Futterkohl und ähnliches Futter
- Anbau von Buchweizen
- Erzeugung von Samen von Rüben (außer von Zuckerrüben) und von Futterpflanzen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von einjährigen Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke (s. 01.28.0)

**01.2 Anbau mehrjähriger Pflanzen**

Diese Gruppe umfasst den Anbau von mehrjährigen Pflanzen, d. h. Pflanzen, die mehr als zwei Wachstumsperioden überleben und die entweder nach jeder Periode absterben oder die kontinuierlich weiter wachsen. Ebenfalls dazu zählt der Anbau dieser Pflanzen zum Zwecke der Saatguterzeugung.

**01.21 Anbau von Wein- und Tafeltrauben**

**01.21.0 Anbau von Wein- und Tafeltrauben**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Wein- und Tafeltrauben in Rebanlagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Rebschulen (s. 01.30.2)
- Herstellung von Traubenwein (s. 11.02.0)

**01.22 Anbau von tropischen und subtropischen Früchten**

**01.22.0 Anbau von tropischen und subtropischen Früchten**

Diese Unterklasse umfasst:

– Anbau von tropischen und subtropischen Früchten:

- Avocados
- Bananen und Mehlbananen
- Datteln
- Feigen
- Mangofrüchte
- Papayafrüchte
- Ananas
- andere tropische und subtropische Früchte

**01.23 Anbau von Zitrusfrüchten**

**01.23.0 Anbau von Zitrusfrüchten**

Diese Unterklasse umfasst:

– Anbau von Zitrusfrüchten:

- Pampelmusen, Pomelos und Grapefruits
- Zitronen und Limetten
- Orangen
- Tangerinen, Mandarinen, Klementinen
- andere Zitrusfrüchte

**01.24 Anbau von Kern- und Steinobst**

**01.24.0 Anbau von Kern- und Steinobst**

Diese Unterklasse umfasst:

– Anbau von Kern- und Steinobst:

- Äpfel
- Aprikosen
- Kirschen
- Pfirsiche und Nektarinen
- Birnen und Quitten
- Pflaumen und Schlehen
- anderes Kern- und Steinobst

**01.25 Anbau von sonstigem Obst und Nüssen**

**01.25.1 Anbau von Erdbeeren**

**01.25.9 Anbau von sonstigem Obst (ohne Erdbeeren) und Nüssen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Beeren:
  - Blaubeeren
  - Johannisbeeren
  - Stachelbeeren
  - Kiwifrüchte (Chinesische Stachelbeeren)
  - Himbeeren
  - andere Beeren
- Erzeugung von Obstsamen:
- Anbau von essbaren Nüssen:
  - Mandeln
  - Cashewnüsse
  - Esskastanien
  - Haselnüsse
  - Pistazien
  - Walnüsse
  - andere Nüsse
- Anbau von sonstigem Baum- und Strauchobst
- Erzeugung von Johannisbrotsamen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Kokosnüssen (s. 01.26.0)

**01.26 Anbau von ölhaltigen Früchten**

**01.26.0 Anbau von ölhaltigen Früchten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von ölhaltigen Früchten
  - Kokosnüsse
  - Oliven
  - Ölpalmen
  - sonstige ölhaltige Früchte

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Sojabohnen, Erdnüssen und anderen Ölsaaten (s. 01.11.0)

**01.27 Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken**

**01.27.0 Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken:
  - Kaffee
  - Tee
  - Mate
  - Kakao
  - sonstige Pflanzen zur Herstellung von Getränken

**01.28 Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke**

**01.28.0 Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische, narkotische und pharmazeutische Zwecke**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von ein- und mehrjährigen Gewürz- und Duftpflanzen:
  - Pfeffer (*piper spp.*)
  - Paprika (*Capsicum spp.*)
  - Muskatnüsse, Muskatblüte, Amomen und Kardamomen
  - Anis-, Sternanis- und Fenchelfrüchte
  - Zimt
  - Gewürznelken
  - Ingwer
  - Vanille
  - sonstige Gewürz- und Duftpflanzen
- Anbau von Hopfen
- Anbau von Pflanzen für die Gewinnung von Arzneimitteln und Drogen

**01.29 Anbau sonstiger mehrjähriger Pflanzen**

**01.29.0 Anbau sonstiger mehrjähriger Pflanzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anbau von Gummibäumen zur Gewinnung von Latex
- Forstung von Weihnachtsbäumen
- Forstung von Bäumen zur Gewinnung von Pflanzensäften
- Anbau von Pflanzen von der vorwiegend als Flechtwerkstoff verwendeten Art

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Anbau von Blumen, Erzeugung von Schnittblumen und Blütenknospen sowie Erzeugung von Blumensamen (s. 01.19.1 und .2)*
- *Gewinnung von Pflanzensäften oder kautschukähnlichen Gummiarten aus wild wachsenden Bäumen (s. 02.30.0)*

**01.3 Betrieb von Baumschulen, sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken**

**01.30 Betrieb von Baumschulen, sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken**

Diese Klasse umfasst die Erzeugung sämtlichen vegetativen Pflanzmaterials einschließlich Stecklinge, Wurzeltriebe und Setzlinge, entweder zur direkten Pflanzenvermehrung oder zur Erzeugung von Unterlagen zum Veredeln, auf die zum Zwecke des Nutzpflanzenbaus ausgewählte Pfropfreiser gesetzt werden.

**01.30.1 Anbau von Zimmerpflanzen, Beet- und Balkonpflanzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Setz- und Stecklingen
- Erzeugung von Zierpflanzen
- Erzeugung von lebenden Pflanzen, Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelknollen und -stöcken; Erzeugung von Pfropfreisern
- Erzeugung von Rollrasen
- Erzeugung von Pilzmycel

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Blumen zum Schnitt (s. 01.19.1)
- Anbau von Blumen zum Zwecke der Erzeugung von Saatgut (s. 01.19.2)
- Betrieb von Forstbaumschulen (s. 02.10.0)

**01.30.2 Betrieb von Baumschulen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Baumschulen, außer von Forstbaumschulen, und von Rebschulen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Forstbaumschulen (s. 02.10.0)
- Forstung von Weihnachtsbäumen (s. 01.29.0)

**01.4 Tierhaltung**

Diese Gruppe umfasst die Haltung und die Zucht sämtlicher Tiere, mit Ausnahme der Zucht und der Haltung von Wassertieren.

**01.41 Haltung von Milchkühen**

**01.41.0 Haltung von Milchkühen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Milchkühen
- Erzeugung von roher Kuh- und Büffelmilch

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Milchverarbeitung (s. 10.51.0)

**01.42     Haltung von anderen Rindern**

**01.42.0   Haltung von anderen Rindern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Schlachtrindern und -büffeln
- Erzeugung von Rindersperma

**01.43     Haltung von Pferden und Eseln**

**01.43.0   Haltung von Pferden und Eseln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Pferden, Eseln, Maultieren und Mauleseln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Renn- und Reitställen (s. 93.19.0)*

**01.44     Haltung von Kamelen**

**01.44.0   Haltung von Kamelen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Dromedaren und Trampeltieren

**01.45     Haltung von Schafen und Ziegen**

**01.45.0   Haltung von Schafen und Ziegen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Schafen und Ziegen
- Erzeugung von roher Schaf- und Ziegenmilch
- Erzeugung von Rohwolle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Schafschur im Lohnauftrag (s. 01.62.0)*
- *Erzeugung von Hautwolle (s. 10.11.0)*
- *Milchverarbeitung (s. 10.51.0)*

**01.46     Haltung von Schweinen**

**01.46.0   Haltung von Schweinen**

**01.47     Haltung von Geflügel**

**01.47.1   Haltung von Legehennen zur Konsumeierherzeugung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Geflügeleiern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Federn und Daunen (s. 10.12.0)

**01.47.2   Betrieb von Brütereien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Geflügelbrütereien

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Federn und Daunen (s. 10.12.0)

**01.47.9   Sonstige Haltung von Nutzgeflügel**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von Geflügel:
  - Hühner, Puten, Enten, Gänse und Perlhühner

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Federn und Daunen (s. 10.12.0)

**01.49     Sonstige Tierhaltung**

**01.49.0   Sonstige Tierhaltung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht und Haltung von halb domestizierten und sonstigen lebenden Tieren:
  - Strauße und Emus
  - sonstige Vögel (ohne Geflügel)
  - Insekten
  - Kaninchen und sonstige Pelztiere
- Gewinnung von Pelzfellen, Reptilienhäuten und Vogelbälgen in Tierfarmen
- Betrieb von Wurmfarmen, Landmolluskenzuchten, Schneckenzuchten usw.
- Zucht und Haltung von Seidenraupen; Erzeugung von Seidenraupenkokons
- Imkerei
- Zucht und Haltung von Haustieren (ohne Fische):
  - Katzen und Hunde
  - Vögel, z. B. Sittiche usw.
  - Hamster usw.
- Zucht und Haltung sonstiger Tiere



## Abschnitt A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Häuten und Fellen im Rahmen der Jagd und Fallenstellerei (s. 01.70.0)
- Betrieb von Froschfarmen, Krokodilfarmen, Meereswürmerfarmen (s. 03.21.0, 03.22.0)
- Betrieb von Fischfarmen, einschließlich Zucht von Zierfischen (s. 03.21.0, 03.22.0)
- Aufnahme und Dressur von Haustieren (s. 96.09.0)
- Zucht und Haltung von Geflügel (s. 01.47.1 bis .9)

### **01.5      Gemischte Landwirtschaft**

#### **01.50    Gemischte Landwirtschaft**

##### **01.50.0   Gemischte Landwirtschaft**

Diese Unterklasse umfasst die Kombination von Pflanzenbau und Tierhaltung ohne ausgeprägten Schwerpunkt. Der Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Tätigkeit ist nicht entscheidend. Macht der Pflanzenbau oder die Tierhaltung in einem landwirtschaftlichen Betrieb mehr als 66 % des gesamten Standarddeckungsbeitrags des Betriebes aus, so ist die Gesamttätigkeit nicht dieser Klasse zuzurechnen, sondern entweder dem Pflanzenbau oder der Tierhaltung.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- gemischte pflanzliche Erzeugung (s. 01.1 und 01.2)
- gemischte tierische Erzeugung (s. 01.4)

**01.6 Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen**

Diese Gruppe umfasst Tätigkeiten, die mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sind, sowie der Landwirtschaft ähnelnde Tätigkeiten, die nicht zu Produktionszwecken (im Sinne der Gewinnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse) unternommen werden, im Lohnauftrag. Eingeschlossen sind auch nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung, die der Aufbereitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für den Rohstoffmarkt dienen.

**01.61 Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau**

**01.61.0 Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau im Lohnauftrag:
  - Vorbereitung von Feldern
  - Anlage von Kulturen
  - Behandlung von Kulturen
  - Besprühen von Kulturen, auch aus der Luft
  - Beschneiden von Obstbäumen und Reben
  - Umpflanzen von Reis; Vereinzeln von Rüben
  - Ernten
  - Schädlingsbekämpfung (einschließlich Kaninchenbekämpfung) in der Landwirtschaft, auch aus der Luft
- Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand
- Betrieb von landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen
- Bereitstellung von landwirtschaftlichen Maschinen mit Bedienungspersonal

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung (s. 01.63.0)*
- *Entwässerung von landwirtschaftlichen Flächen (s. 43.12.0)*
- *landschaftsgestalterische Planung (s. 71.11.3)*
- *Agrarwissenschaftliche und agrarwirtschaftliche Tätigkeiten (s. 74.90.0)*
- *Landschaftsgärtnerei (s. 81.30.1)*
- *Durchführung von Landwirtschaftsschauen und Messen (s. 82.30.0)*

**01.62 Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung**

**01.62.0 Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung im Lohnauftrag:
  - Tätigkeiten zur Förderung von Vermehrung, Wachstum und Leistung von Tieren
  - Herdenprüfung, Viehtreiben, Bereitstellung von Weiden, Kapaunisieren, Stallreinigung usw.
  - mit künstlicher Besamung verbundene Tätigkeiten
  - Deckdienste
  - Schafschur
  - Aufnahme von Pensionsvieh; Pflege von Nutztieren
- Hufschmiedetätigkeiten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bereitstellung von Flächen und Gebäuden ausschließlich für die Aufnahme von Vieh (s. 68.20.2)
- Veterinärwesen (s. 75.00)
- Impfen von Tieren (s. 75.00.1)
- Vermietung von Tieren (z. B. Herden) (s. 77.39.0)
- Aufnahme von Haustieren in Tierpensionen (s. 96.09.0)

**01.63 Nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung**

**01.63.0 Nach der Ernte anfallende Tätigkeiten in der pflanzlichen Erzeugung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Aufbereitung pflanzlicher Erzeugnisse für die Rohstoffmärkte, z. B. Reinigen, Beschneiden, Sortieren, Desinfizieren
- Baumwollentkörnung
- Aufbereitung von Tabakblättern, z. B. Trocknen
- Aufbereitung von Kakaobohnen, z. B. Schälen
- Wachsen von Obst

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Aufbereitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch den Erzeuger (s. entsprechende Klasse in den Gruppen 01.1, 01.2 und 01.3)
- nach der Ernte anfallende Tätigkeiten zur Saatgutverbesserung (s. 01.64.0)
- Entrippen und Redrying von Tabak (s. 12.00.0)
- Vermarktungstätigkeiten von Handelsagenten und Genossenschaften (s. Abteilung 46)
- Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen (s. Gruppe 46.2)

**01.64 Saatgutaufbereitung**

**01.64.0 Saatgutaufbereitung**

Diese Unterklasse umfasst alle nach der Ernte anfallenden Tätigkeiten zur Saatgutverbesserung durch Entfernen von Fremdstoffen, zu kleiner, mechanisch oder von Insekten beschädigter oder unreifer Samen sowie durch Trocknung des Saatgutes bis auf ein für die Lagerung unschädliches Niveau. Diese Tätigkeit umfasst das Trocknen, Reinigen, Sortieren und Behandeln von Saatgut bis zur Vermarktung. Eingeschlossen ist die Behandlung von gentechnisch verändertem Saatgut.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Saatgut (s. 01.1 und 01.2)
- Verarbeitung von Saatgut zur Gewinnung von Öl (s. 10.41.0)
- Forschungstätigkeiten zur Entwicklung neuer Formen von Saatgut (s. 72.11.0)

**01.7 Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten**

**01.70 Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten**

**01.70.0 Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten**

Diese Unterklasse umfasst:

- kommerzielle Jagd und Fallenstellerei
- Fangen und/oder Erlegen von Tieren zur Gewinnung von Fleisch, Häuten und Fellen, zu Forschungszwecken, als Haustiere oder für Zoos
- Gewinnung von Pelzfellen, Reptilienhäuten und Vogelbälgen im Rahmen der Jagd und Fallenstellerei
- Fang von Meeressäugtieren wie Walrosse und Robben an Land

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Pelzfellen, Reptilienhäuten und Vogelbälgen in Tierfarmen (s. 01.49.0)
- Haltung von Wildtieren in Tierfarmen (s. Gruppe 01.4)
- Walfang (s. 03.11.0)
- Gewinnung von Fellen und Häuten in Schlachthäusern (s. 10.11.0)
- Jagd zu Sport- oder Erholungszwecken und damit verbundene Dienstleistungen (s. 93.19.0)
- Interessenvertretung zur Förderung der Jagd und Fallenstellerei (s. 94.99.9)

### 02 Forstwirtschaft und Holzeinschlag

Diese Abteilung umfasst die Erzeugung von Stammholz sowie die Gewinnung und Sammlung von wild wachsenden Erzeugnissen des Waldes. Hinzu kommt die Erzeugung bzw. Gewinnung geringfügig bearbeiteter Erzeugnisse wie Brennholz, Holzkohle oder Industrieholz (z. B. Grubenholz, Papierholz usw.). Diese Tätigkeiten können sowohl in natürlichen als auch in angepflanzten Wäldern ausgeführt werden.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Weiterverarbeitung von Holz, angefangen bei Säge- und Hobelwerken (s. Abteilung 16)

#### 02.1 Forstwirtschaft

#### 02.10 Forstwirtschaft

#### 02.10.0 Forstwirtschaft

Diese Unterklasse umfasst:

- Forstung von Stammholz: Erstaufforstung, Wiederaufforstung, Durchforstung und Waldpflege
- Forstung von Niederwald, Papierholz und Feuerholz
- Betrieb von Forstbaumschulen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Forstung von Weihnachtsbäumen (s. 01.29.0)
- Betrieb von Baumschulen, außer von Forstbaumschulen (s. 01.30.2)
- Sammeln von Pilzen und anderem wild wachsendem Waldmaterial (s. 02.30.0)
- Herstellung von Holzschnitzeln und -plättchen (s. 16.10.0)

#### 02.2 Holzeinschlag

#### 02.20 Holzeinschlag

#### 02.20.0 Holzeinschlag

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Stammholz für die Holzverarbeitung
- Erzeugung von Rohholz, z. B. Grubenholz, Zaunpfählen und Leitungsmasten
- Sammeln und Erzeugung von Holz für die Energieerzeugung
- Sammeln von Rückständen (z. B. Reisig, Schnitzeln u. ä. Brennholz), die beim Holzeinschlag anfallen, für die Energieerzeugung
- Erzeugung von Holzkohle im Wald (durch traditionelle Verfahren)

Produktionsergebnis dieser Tätigkeit sind z. B. Stämme oder Brennholz

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Forstung von Weihnachtsbäumen (s. 01.29.0)*
- *Forstung von Stammholz: Erstaufforstung, Wiederaufforstung, Durchforstung und Waldpflege (s. 02.10.0)*
- *Sammeln von anderem wild wachsenden Waldmaterial (s. 02.30.0)*
- *Herstellung von Holzschnitzeln und -plättchen (s. 16.10.0)*
- *Herstellung von Brennholz und -pellets aus Pressholz oder Holzersatzstoffen (s. 16.29.0)*
- *Erzeugung von Holzkohle durch Holzdestillation (s. 20.14.0)*

### **02.3      Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)**

### **02.30     Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)**

### **02.30.0   Sammeln von wild wachsenden Produkten (ohne Holz)**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- *Sammeln von wild wachsenden Erzeugnissen:*
  - Pilze, Trüffeln
  - Beeren
  - Nüsse
  - Balata und andere kautschukähnliche Gummiarten
  - Kork
  - Schellack und Harze
  - Balsame
  - Pflanzenhaar
  - Seegras
  - Eicheln, Rosskastanien
  - Moose und Flechten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Anbau dieser Erzeugnisse (außer Forstung von Korkbäumen) (s. Abteilung 01)*
- *Anbau von Pilzen und Trüffeln (s. 01.13.1)*
- *Anbau von Beeren und Nüssen (s. 01.25.9)*
- *Sammeln von Brennholz (s. 02.20.0)*
- *Herstellung von Holzschnitzeln und -plättchen (s. 16.10.0)*

### 02.4 Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag

#### 02.40 Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag

##### 02.40.0 Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzeinschlag

Diese Unterklasse umfasst auch die Ausübung eines Teils der forstwirtschaftlichen Tätigkeit im Lohnauftrag.

Diese Unterklasse umfasst:

- Erbringung von Dienstleistungen für die Forstwirtschaft:
  - Waldbestandsaufnahme
  - forstwirtschaftliche Beratungsleistungen
  - Holztaxierung
  - Waldbrandbekämpfung und -schutz
  - Schädlingsbekämpfung in der Forstwirtschaft
- Erbringung von Dienstleistungen für die Holzgewinnung:
  - Transport von Stämmen im Wald

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Forstbaumschulen (s. 02.10)*
- *Entwässerung von forstwirtschaftlichen Flächen (s. 43.12.0)*
- *Abräumen von Baustellen (s. 43.12.0)*

### 03 Fischerei und Aquakultur

Diese Abteilung umfasst den Fischfang und die Aquakultur, d. h. die Nutzung der Fischereiressourcen aus dem Meer-, Brack- oder Süßwasser zum Zwecke des Fischfangs und des Sammelns von Krusten- und Weichtieren und anderen Meeresprodukten (z. B. Wasserpflanzen, Perlen, Schwämme usw.).

Ferner umfasst diese Abteilung Tätigkeiten, die gewöhnlich in die Produktion auf eigene Rechnung integriert sind (z. B. Austernzucht zur Produktion von Perlen). Die Erbringung von Dienstleistungen, die mit der Fischerei und Aquakultur im Süß- und Meereswasser verbunden sind, sind den entsprechenden Fischerei- und Aquakulturtätigkeiten zuzuordnen.

#### 03.1 Fischerei

Diese Gruppe umfasst die Jagd und das Sammeln von wild lebenden Wassertieren (vor allem Fischen, Krusten- und Weichtieren) einschließlich Pflanzen aus den Meeres-, Küsten- oder Binnengewässern zum Verzehr durch den Menschen und zu anderen Zwecken, mit der Hand oder häufiger mit verschiedenen Fischfanggeräten, z. B. Netzen, Angeln oder Fallen. Derartige Tätigkeiten können in der Gezeitenlinie ausgeübt werden (z. B. Sammeln von Weichtieren wie Muscheln und Austern), von der Küste aus, von selbst gebauten Unterständen aus, oder aber, was gewöhnlich der Fall ist, durch den Einsatz kommerzieller Schiffe und Boote als Küsten- oder Hochseefischerei. Solche Tätigkeiten umfassen auch das Fischen in Gewässern mit künstlichem Fischbesatz.

**03.11 Meeresfischerei**

**03.11.0 Meeresfischerei**

Diese Unterklasse umfasst:

- kommerzielle Hochsee- und Küstenfischerei
- Fang von Meereskrusten- und -weichtieren
- Walfang
- Fang von Meerestieren: Schildkröten, Seescheiden und andere Manteltiere, Seeigel usw.
- Tätigkeiten von Spezialschiffen für Fischfang und Fischverarbeitung/-konservierung
- Sammeln sonstiger Meerestiere und -produkte: Naturperlen, Schwämme, Korallen und Algen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Fang von Meeressäugtieren, mit Ausnahme von Walen, z. B. Walrosse und Robben (s. 01.70.0)
- Verarbeitung von Walen auf Fabrikschiffen (s. 10.11.0)
- Verarbeitung von Fischen, Krusten- und Weichtieren auf Fabrikschiffen oder in Fabriken an Land (s. 10.20.0)
- Vermietung von Vergnügungsschiffen mit Besatzung für den Hochsee- und Küstenverkehr (z. B. für Angel Touren) (s. 50.10.0)
- Tätigkeiten der Fischereiinspektion und des Fischereischutzes sowie Patrouillendienste (s. 84.24.0)
- Sport- und Freizeitfischerei und damit verbundene Dienstleistungen (s. 93.19.0)
- Betrieb von Fischteichen für Sportfischerei (s. 93.19.0)

**03.12 Süßwasserfischerei**

**03.12.0 Süßwasserfischerei**

Diese Unterklasse umfasst:

- kommerzielle Binnenfischerei
- Fang von Süßwassermollusken und -weichtieren
- Fang von Süßwassertieren
- Sammeln von sonstigen Süßwassererzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Fischverarbeitung (s. 10.20.0)
- Tätigkeiten der Fischereiinspektion und des Fischereischutzes sowie Patrouillendienste (s. 84.24.0)
- Sport- und Freizeitfischerei und damit verbundene Dienstleistungen (s. 93.19.0)
- Betrieb von Fischteichen für Sportfischerei (s. 93.19.0)



### 03.2 Aquakultur

Diese Gruppe umfasst die Aquakultur, d. h. den Produktionsprozess der Zucht bzw. des Anbaus und des Fangs bzw. der Ernte von Wasserorganismen (Fischen, Krusten- und Weichtieren, Pflanzen, Krokodilen, Alligatoren und Amphibien) unter Einsatz von Techniken, die die Produktion der betreffenden Organismen über die natürliche Kapazität des Lebensraums hinaus steigern (z. B. regelmäßiger Besatz, Füttern und Schutz vor Räubern).

Anbau/Zucht umfasst die Aufzucht der genannten Organismen in Gefangenschaft bis zum Jungtieralter oder bis sie ausgewachsen sind. Ferner umfasst Aquakultur auch das Eigentum von Einzelpersonen, Unternehmen oder des Staates an einzelnen Organismen während der Aufzucht- oder Anbauphase bis hin zur und einschließlich der Ernte.

#### 03.21 Meeresaquakultur

##### 03.21.0 Meeresaquakultur

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht von Meeresfischen einschließlich Meerwasser-Zierfischen
- Erzeugung von Laich von zweischaligen Weichtieren (Austern, Muscheln usw.), Junghummern, Junggarnelen, Fischrogen und Setzlingen
- Anbau von Algen und anderen essbaren Meerespflanzen
- Haltung von Krustentieren, zweischaligen und anderen Weichtieren sowie sonstigen Wassertieren im Meereswasser
- Aquakultur in Brackwasser
- Aquakultur in salzwassergefüllten Tanks und Behältern
- Betrieb von Seefisch-Zuchtbetrieben
- Betrieb von Meereswürmerfarmen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Froschzucht (s. 03.22.0)
- Betrieb von Fischteichen für Sportfischerei (s. 93.19.0)

#### 03.22 Süßwasseraquakultur

##### 03.22.0 Süßwasseraquakultur

Diese Unterklasse umfasst:

- Zucht von Süßwasserfischen einschließlich Süßwasser-Zierfischen
- Haltung von Krustentieren, zweischaligen und anderen Weichtieren sowie sonstigen Wassertieren im Süßwasser
- Betrieb von Süßwasser-Fischzuchtbetrieben
- Froschzucht

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Aquakultur in salzwassergefüllten Tanks und Behältern (s. 03.21.0)
- Betrieb von Fischteichen für Sportfischerei (s. 93.19.0)

## **B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Dieser Abschnitt umfasst die Gewinnung natürlich vorkommender fester (Kohle und Erze), flüssiger (Erdöl) und gasförmiger (Erdgas) mineralischer Rohstoffe. Die Förderung solcher Rohstoffe erfolgt mit unterschiedlichen Verfahren: im Untertage- oder Über Tage-Bergbau, mit Bohrungen, im Meeresbodenbergbau usw.

Er umfasst auch zusätzliche Tätigkeiten zur Aufbereitung von Rohstoffen für den Absatz, z. B. Zerkleinern, Mahlen, Waschen, Sortieren, Konzentration von Erzen, Verflüssigung von Erdgas und Agglomeration von festen Brennstoffen. Diese Tätigkeiten werden häufig von den Förderbetrieben selbst und/oder von nahe der Förderstelle gelegenen Einheiten ausgeführt.

Die Abteilungen, Gruppen und Klassen dieses Abschnitts sind nach dem hauptsächlich gewonnenen Rohstoff gegliedert. In den Abteilungen 05 und 06 ist der Bergbau auf fossile Brennstoffe (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Gas) bzw. deren Gewinnung aufgeführt, die Abteilungen 07 und 08 behandeln den Erzbergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden und den sonstigen Bergbau.

Einige Tätigkeiten in diesem Abschnitt, die eng mit der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen verbunden sind, können auch von spezialisierten Einheiten der Abteilung 09 als industrielle Dienstleistungen für Dritte erbracht werden.

*Dieser Abschnitt umfasst nicht:*

- *Verarbeitung der gewonnenen Rohstoffe, s. Abschnitt C (Verarbeitendes Gewerbe)*
- *Verwendung der geförderten Rohstoffe ohne weitere Verarbeitung für Bauzwecke, siehe Abschnitt F (Bau)*
- *Flaschenabfüllung von natürlichem Quell- und Mineralwasser (s. 11.07.0)*
- *nicht im Zusammenhang mit dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden durchgeführtes Zerkleinern, Schleifen oder anderweitiges Bearbeiten bestimmter Gesteine, Minerale und Erden (s. Gruppe 23.9)*

### 05 Kohlenbergbau

Diese Abteilung umfasst die Gewinnung fester mineralischer Rohstoffe im Untertagebau und im Tagebau sowie Tätigkeiten (z. B. Sortieren, Waschen, Verdichten usw.), die zu marktfähigen Produkten führen.

#### 05.1 Steinkohlenbergbau

#### 05.10 Steinkohlenbergbau

##### 05.10.0 Steinkohlenbergbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Steinkohlenbergbau: Förderung im Untertage- und Tagebau, einschließlich der Förderung mittels Verflüssigung
- Waschen, Klassieren, Sortieren, Mahlen, Verdichten usw. von Steinkohle zum Klassieren, zur Qualitätsverbesserung oder zur Erleichterung der Beförderung und Lagerung
- Rückgewinnung von Steinkohle aus Abraum

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Braunkohlebergbau (s. 05.20.0)
- Torfgewinnung (s. 08.92.0)
- Dienstleistungen für den Steinkohlenbergbau (s. 09.90.0)
- Probebohrungen für den Steinkohlenbergbau (s. 09.90.0)
- Herstellung von festen Brennstoffen in Koksöfen (s. 19.10.0)
- Herstellung von Steinkohlenbriketts (s. 19.20.0)
- Arbeiten zur Erschließung oder Vorbereitung von Grundstücken für den Bergbau auf Kohle (s. 43.12.0)

#### 05.2 Braunkohlenbergbau

#### 05.20 Braunkohlenbergbau

##### 05.20.0 Braunkohlenbergbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Braunkohlenbergbau: Förderung im Untertage- und Tagebau, einschließlich der Förderung mittels Verflüssigung
- Waschen, Entwässern, Mahlen, Verdichten usw. von Braunkohle zur Qualitätsverbesserung oder zur Erleichterung der Beförderung oder Lagerung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Steinkohlenbergbau (s. 05.10.0)
- Torfgewinnung (s. 08.92.0)
- Dienstleistungen für den Braunkohlenbergbau (s. 09.90.0)
- Probebohrungen für den Braunkohlenbergbau (s. 09.90.0)
- Herstellung von Braunkohlenbriketts (s. 19.20.0)
- Arbeiten zur Erschließung oder Vorbereitung von Grundstücken für den Bergbau auf Kohle (s. 43.12.0)

### 06 Gewinnung von Erdöl und Erdgas

Neben der Förderung von Erdöl umfasst diese Abteilung auch die Gewinnung von Erdöl aus Ölschiefer und Ölsand, die Gewinnung von Erdgas sowie die Rückgewinnung von flüssigen Kohlenwasserstoffen. Diese Abteilung umfasst den Betrieb und/oder die Erschließung von Erdöl- und Erdgasfeldern. Dazu gehören auch Tätigkeiten wie Komplettierung und Ausrüstung von Bohrlöchern, Betrieb von Separatoren, Demulgatoren, Entsandern, Feldsammelleitungen für Rohöl sowie alle übrigen Tätigkeiten bei der Aufbereitung von Erdöl und Erdgas bis zum Ort des Abtransports von der Förderstelle.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- im Lohnauftrag ausgeführte Dienstleistungen im Zusammenhang mit Erdöl- und Erdgasfeldern (s. 09.10.0)
- Prospektion auf Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Test- und Suchbohrungen auf Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Raffination von Mineralölerzeugnissen (s. 19.20.0)
- geophysikalische, geologische und seismische Prospektion (s. 71.12.3)

#### 06.1 Gewinnung von Erdöl

#### 06.10 Gewinnung von Erdöl

#### 06.10.0 Gewinnung von Erdöl

Diese Unterklasse umfasst:

- Förderung von Erdöl
- Förderung von bituminösen oder ölhaltigen Schiefern und Sanden
- Gewinnung von Erdöl aus bituminösen Schiefern und Sanden
- Anwendung von Verfahren zur Gewinnung von Rohöl: Dekantieren, Entsalzen, Entwässern, Stabilisieren usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Unterstützung bei der Förderung von Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Prospektion auf Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Mineralölverarbeitung (s. 19.20.0)
- Gewinnung von Flüssiggas aus der Erdölraffination (s. 19.20.0)
- Betrieb von Erdölfernleitungen (s. 49.50.0)

### 06.2 Gewinnung von Erdgas

#### 06.20 Gewinnung von Erdgas

##### 06.20.0 Gewinnung von Erdgas

Diese Unterklasse umfasst:

- Förderung von gasförmigen Kohlenwasserstoffen (Erdgas)
- Gewinnung von Kondensat
- Entwässerung und Abscheidung flüssiger Kohlenwasserstoff-Fractionen
- Gasentschwefelung
- Gewinnung von flüssigen Kohlenwasserstoffen durch Verflüssigung oder Pyrolyse

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Unterstützung bei der Förderung von Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Prospektion auf Erdöl und Erdgas (s. 09.10.0)
- Gewinnung von Flüssiggas aus der Erdölraffination (s. 19.20.0)
- Herstellung von Industriegasen (s. 20.11.0)
- Erzeugung von Gas für Versorgungszwecke durch Verkokung von Kohle, aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen oder aus Reststoffen (s. 35.21.1 bis .3)
- Betrieb von Erdgasfernleitungen (s. 49.50.0)

**07 Erzbergbau**

Diese Abteilung umfasst den Bergbau auf metallische Mineralien (Erze) im Untertage- oder Tagebau, im Meeresbodenbergbau usw. Sie umfasst ferner Tätigkeiten der Aufbereitung und Anreicherung von Erzen, wie das Brechen, Mahlen, Waschen, Trocknen, Sintern, Brennen oder Auslaugen von Erzen, der Schwereretrennung oder der Flotation.

**07.1 Eisenerzbergbau**

**07.10 Eisenerzbergbau**

**07.10.0 Eisenerzbergbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung und Aufbereitung von Eisenerzen
- Anreicherung und Pelletierung von Eisenerzen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung und Aufbereitung von Eisen- und Magnetkies (außer Rösten) (s. 08.91.0)
- Rösten von Eisenkies (s. 24.10.0)

**07.2 NE-Metallerzbergbau**

Diese Gruppe umfasst den Bergbau auf nichteisenhaltige Metallerze

**07.21 Bergbau auf Uran- und Thoriumerze**

**07.21.0 Bergbau auf Uran- und Thoriumerze**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung von Uran- und Thoriumerzen: Pechblende usw.
- Konzentration dieser Erze
- Herstellung von Uranoxidkonzentrat

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anreicherung von Uran- und Thoriumerzen (s. 20.13.0)
- Herstellung von metallischem Uran aus Pechblende oder anderen Erzen (s. 24.46.0)
- Schmelzen und Raffinieren von Uran (s. 24.46.0)

### 07.29 Sonstiger NE-Metallerzbergbau

#### 07.29.0 Sonstiger NE-Metallerzbergbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung und Aufbereitung von NE-Metallerzen:
  - Aluminiumerze (Bauxit), Kupfer-, Blei-, Zink-, Zinn-, Mangan-, Chrom-, Nickel-, Kobalt-, Molybdän-, Tantal-, Vanadium- und andere NE-Metallerze
  - Edelmetallerze: Gold-, Silber- und Platinerze

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung und Aufbereitung von Uran- und Thoriumerzen (s. 07.21.0)
- Herstellung von Aluminiumoxid (s. 24.42.0)
- Herstellung von Kupfer- oder Nickelmatte (s. 24.44.0, 24.45.0)

**08 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau**

Diese Abteilung umfasst neben dem Betrieb von Bergwerken und Steinbrüchen auch Baggern von Schwemmland, Zerkleinern von Steinen und Ausbeutung von Salzgärten. Die Erzeugnisse werden insbesondere verwendet beim Bau (z. B. Sand, Steine usw.), zur Herstellung von Baumaterial (z. B. Ton, Gips, Kalk usw.), Chemikalien usw.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *Verarbeitung (außer Brechen, Mahlen, Schneiden, Waschen, Trocknen, Sortieren und Mischen) der gewonnenen Minerale*

**08.1 Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton und Kaolin**

**08.11 Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer**

**08.11.0 Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung, Rohbehauen und Sägen von Werk- und Bausteinen wie Marmor, Granit, Sandstein usw.
- Gewinnung von Natursteinen
- Brechen und Mahlen von Natursteinen
- Gewinnung und Aufbereitung von Kalkstein und Dolomitstein
- Gewinnung von Gipsstein und Anhydrit
- Gewinnung von Kreide und Rohdolomit
- Gewinnung von Schiefer

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale (s. 08.91.0)*
- *Herstellung von gebranntem Dolomit (s. 23.52.0)*
- *Verarbeitung von Steinen außerhalb von Steinbrüchen (s. 23.70.0)*

**08.12 Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin**

**08.12.0 Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung und Ausbaggern von Sanden und Kiesen aller Art
- Brechen und Mahlen von Kies
- Gewinnung von Sand
- Gewinnung von keramischem und feuerfestem Ton sowie Kaolin

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewinnung von bituminösen Sanden (s. 06.10.0)*



### **08.9 Sonstiger Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.**

#### **08.91 Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale**

##### **08.91.0 Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung von natürlichen Phosphaten und natürlichen Kalisalzen
- Gewinnung von natürlichem Schwefel
- Gewinnung und Aufbereitung von Schwefel- und Magnetkies, ohne Rösten
- Gewinnung von natürlichem Bariumsulfat und -karbonat (Schwerspat und Witherit), natürlichem Borat, natürlichem Magnesiumsulfat (Kieserit)
- Gewinnung von Farberden und Flussspat und anderen mineralischen Ausgangsstoffen für Chemikalien
- Gewinnung von Guano

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Salz (s. 08.93.0)
- Rösten von Eisenkies (s. 20.13.0)
- Herstellung von Kunstdünger und Stickstoffverbindungen (s. 20.15.0)

#### **08.92 Torfgewinnung**

##### **08.92.0 Torfgewinnung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Torfgewinnung
- Aufbereitung von Torf zur Qualitätsverbesserung oder zur Vereinfachung der Beförderung oder Lagerung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Erbringung von Dienstleistungen bei der Torfgewinnung (s. 09.90.0)
- Herstellung von Torfbriketts (s. 19.20.0)
- Herstellung von Topferdemischungen aus Torf, Humus, Sand, Ton, mineralischen Düngemitteln usw. (s. 20.15.0)
- Herstellung von Torfwaren (s. 23.99.0)

**08.93 Gewinnung von Salz**

**08.93.0 Gewinnung von Salz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Salzbergbau, auch durch Aussolung und Pumpen
- Salzgewinnung durch Verdunstung von Meerwasser oder Sole
- Zerkleinern, Reinigen und Raffinieren von Rohsalz durch den Erzeuger

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Verarbeitung von Salz zu Speisesalz, z. B. iodiertem Salz (s. 10.84.0)*
- *Trinkwassergewinnung durch Verdunstung von Salzwasser (s. 36.00.1 und .2)*

**08.99 Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.**

**08.99.0 Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gewinnung von verschiedenen Mineralen und Rohstoffen:
  - Schleifstoffe, Asbest, Kieselgur, natürlicher Grafit, Steatit (Talk), Feldspat usw.
  - Naturasphalt, Asphaltite und Asphaltgestein; natürliches festes Bitumen
  - Edelsteine, Quarz, Glimmer usw.

### **09 Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden**

Diese Abteilung umfasst im Lohnauftrag erbrachte spezialisierte Dienstleistungen zur Unterstützung des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Hierzu zählen Erkundungsleistungen in Form herkömmlicher Prospektierungsmethoden, etwa das Erbohren von Bohrkernen und geologische Beobachtungen sowie Bohrungen jeder Art zur Gewinnung von Erdöl sowie von metallischen und nichtmetallischen Mineralen. Weitere typische Dienstleistungen sind der Bau von Fundamenten von Erdöl- und Erdgasbohrungen, das Zementieren von Mantelrohren für Erdöl- und Erdgasbohrungen, Spülen und Molchen von Erdöl- und Erdgasbohrungen, Entwässern und Auspumpen von Bergwerken, Abraumbeseitigung für Bergwerke usw.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *Abräumen des Deckgebirges sowie Entwicklungs- und Vorarbeiten an Bodenschätze führenden Grundstücken und Lagerstätten, mit Ausnahme von Erdöl- und Erdgaslagerstätten (s. 43.12.0)*

#### **09.1 Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas**

#### **09.10 Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas**

#### **09.10.0 Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas**

Diese Unterklasse umfasst:

- Dienstleistungen, die gegen Entgelt oder auf sonstiger vertraglicher Grundlage auf den Erdöl- und Erdgasfeldern erbracht werden:
- Erkundungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Erdöl- oder Erdgasförderung, z. B. in Form herkömmlicher Prospektionsmethoden, etwa durch geologische Beobachtungen auf hoffigem Gebiet
- Test-, Erweiterungs-, Produktions- und Hilfsbohrungen; Ansetzen von Bohrungen, Montage, Reparatur und Abbau von Bohranlagen; Zementieren und Verfüllen von Bohrlöchern für Erdöl- und Erdgasbohrungen; Auspumpen von Bohrlöchern; Verschließen und Stilllegen von Bohrlöchern usw.
- Verflüssigung und Wiederverdampfung von Erdgas an der Förderstätte zwecks Beförderung
- Entwässern und Auspumpen im Lohnauftrag
- Testbohrungen bei der Erdöl- oder Erdgasförderung
- Brandbekämpfungsleistungen auf Erdöl- und Erdgasfeldern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *von den Betreibern von Erdöl- oder Erdgasfeldern selbst erbrachte Dienstleistungen (s. 06.10.0, 06.20.0)*
- *spezialisierte Reparatur von Bergwerksmaschinen (s. 33.12.0)*
- *Verflüssigung und Wiederverdampfung von Erdgas, nicht an der Förderstätte, zu Transportzwecken (s. 52.21.9)*
- *geophysikalische, geologische und seismische Prospektion (s. 71.12.3)*

**09.9 Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden**

**09.90 Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden**

**09.90.0 Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden**

Diese Unterklasse umfasst:

- im Lohnauftrag erbrachte Dienstleistungen, die für Bergbautätigkeiten der Abteilungen 05, 07 und 08 benötigt werden
- Erkundungsdienstleistungen; z. B. herkömmliche Prospektierungsmethoden, etwa das Erbohren von Bohrkernen und geologische Beobachtungen auf höffigem Gebiet
- Entwässern und Auspumpen im Lohnauftrag
- Ausführen von Test- und Suchbohrungen zur Unterstützung des Bergbaus

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Bergwerken oder Steinbrüchen im Lohnauftrag (s. Abteilungen 05, 07 oder 08)*
- *Spezialisierte Reparatur von Bergwerksmaschinen (s. 33.12.0)*
- *Test-, Such- und Kernbohrung für bauliche, geophysikalische, geologische oder ähnliche Zwecke (s. 43.13.0)*
- *Dienstleistungen der geophysikalischen Prospektierung (s. 71.12.3)*

### C Verarbeitendes Gewerbe

Dieser Abschnitt umfasst die mechanische, physikalische oder chemische Umwandlung von Stoffen oder Teilen in Waren. Es handelt sich dabei um Roh- oder Grundstoffe aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie um Erzeugnisse dieses Abschnitts selbst. Die wesentliche Änderung oder Neugestaltung von Waren wird generell als Herstellung von Waren angesehen und dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet. Freilich ist das vorstehend beschriebene Kriterium allein nicht ausreichend, um die Herstellung von Waren zu definieren (siehe weiter unten den Hinweis zur Verarbeitung von Abfällen).

Das Ergebnis des Herstellungsverfahrens sind entweder Fertigwaren für den Gebrauch oder Verbrauch und Halbwaren zur weiteren Be- oder Verarbeitung. Beispiel: Das Erzeugnis der Tonerderaffination ist Einsatzgut für die Primärerzeugung von Aluminium, Primäraluminium ist Einsatzgut für Drahtziehereien und Aluminiumdraht ist Einsatzgut für die Herstellung von Fertigdraht.

Die Herstellung von spezifischen Teilen, Zubehör und Zusatzvorrichtungen für Maschinen und Geräte wird generell der gleichen Klasse zugeordnet wie die Herstellung der entsprechenden Maschinen und Geräte. Die Herstellung von unspezifischen Teilen von Maschinen und Geräten, z. B. Motoren, Kolben, Elektroinstallationsmaterial, Ventile, Getriebe, Kugellager, wird getrennt von den Maschinen und Geräten in den entsprechenden Klassen eingeordnet. Gleichwohl ist die Herstellung spezifischer Teile oder spezifischen Zubehörs durch Gießen oder Extrudieren von Kunststoffen in der Gruppe 22.2 inbegriffen.

Das Zusammenbauen der Teile von Waren gilt ebenfalls als Herstellung von Waren. Hierzu zählt der Zusammenbau von Waren sowohl aus selbst hergestellten als auch aus zugekauften Teilen.

Die Verarbeitung von Abfällen zu Sekundärrohstoffen (Materialrückgewinnung), ist der Gruppe 38.3 zugeordnet. Auch wenn dabei physikalische oder chemische Umwandlungen stattfinden, gilt sie nicht als Herstellung von Waren. Als Hauptzweck dieser Tätigkeiten wird die Behandlung oder Verarbeitung von Abfall angesehen, weshalb sie dem Abschnitt E (Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen) zugeordnet werden. Hingegen wird die Herstellung neuer Erzeugnisse (im Gegensatz zu Sekundärrohstoffen) auch dann im Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet, wenn bei ihr Abfälle eingesetzt werden. So wird die Gewinnung von Silber aus Filmabfall als Herstellungsverfahren gewertet.

Die spezialisierte Wartung, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen gehört im Wesentlichen zur Abteilung 33 (Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen). Jedoch ist die Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern der Abteilung 95 (Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern) zugeordnet, die Reparatur von Kraftfahrzeugen der Abteilung 45 (Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)

Wird die Installation von Maschinen und Ausrüstungen als spezialisierte Tätigkeit ausgeführt, so gehört sie zu Unterklasse 33.20.0.

Die Grenzziehung zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den übrigen Abschnitten dieser Klassifikation ist gelegentlich nicht ganz einfach. Grundsätzlich beinhalten die Wirtschaftszweige des Abschnitts "Verarbeitendes Gewerbe" die Umwandlung von Stoffen in neue Waren. Das Ergebnis ist ein neues Erzeugnis. Die Definition neuer Produkte (Waren) kann jedoch subjektiv sein. Zur Erläuterung sind die folgenden Tätigkeiten aufgeführt, die in dieser Klassifikation dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet werden.

- Verarbeitung von Frischfisch (Entschalen von Austern, Filetieren von Fisch), nicht auf einem Fischereifahrzeug durchgeführt (s. 10.20.0)
- Pasteurisieren und Abfüllen von Milch (s. 10.51.0)
- Lederveredlung (s. 15.11.0)
- Holzimprägnierung (s. 16.10.0)
- Herstellung von Druckerzeugnissen (s. Gruppe 18.1)
- Runderneuerung von Reifen (s. 22.11.0)
- Herstellung von Frischbeton (s. 23.63.0)
- Elektroplattieren, Plattieren, Wärmebehandlung von Metallen (s. 25.61.0)
- Umbau oder Grundüberholung von Maschinen (z. B. Automotoren) (s. 29.10.1)

Umgekehrt gibt es Tätigkeiten, die zwar gelegentlich Umwandlungsverfahren beinhalten, aber dennoch anderen Abschnitten dieser Klassifikation zugeordnet werden (oder, anders ausgedrückt, nicht zum Verarbeitenden Gewerbe zählen).

Dazu gehören:

- Holzgewinnung, eingeordnet in Abschnitt A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei);
- Zubereitung von Nahrungsmitteln zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle, eingeordnet in Abteilung 56 (Gastronomie)
- Veredlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, eingeordnet in Abschnitt A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei);
- Aufbereitung von Erzen und anderen Mineralen, eingeordnet in Abschnitt B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden);
- Errichtung von Bauten und Ausführung von Herstellungstätigkeiten auf der Baustelle, eingeordnet in Abschnitt F (Baugewerbe);
- Aufteilung von Massengütern in kleinere Mengen einschließlich Verpacken, Umverpacken oder Abfüllen von Erzeugnissen wie Spirituosen oder Chemikalien; Abfallsortieren; Mischen von Farben nach Kundenauftrag; Schneiden von Metallen nach Kundenauftrag; Bearbeitung, deren Ergebnis kein neues Gut ist, eingeordnet in Abschnitt G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)

### 10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln

Diese Abteilung umfasst die Verarbeitung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei zu Nahrungs- und Futtermitteln, sowie die Herstellung verschiedener Halbwaren, die noch keine Nahrungs- und Futtermittel darstellen. Häufig entstehen auch Nebenerzeugnisse von mehr oder weniger hohem Wert (z. B. Häute aus der Schlachtung oder Ölkuchen aus der Ölerzeugung).

Die einzelnen Unterteilungen stellen auf die verschiedenen hergestellten Erzeugnisse ab: Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse, Öle und Fette, Milcherzeugnisse, Mülhenerzeugnisse, Futtermittel und sonstige Nahrungsmittel.

Die Produktion kann auf eigene Rechnung oder im Auftrag Dritter (z. B. Lohnschlachtung) erfolgen.

Einige Tätigkeiten werden dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet, selbst wenn man diese auch als Einzelhandelstätigkeit im eigenen Ladengeschäft des Herstellers auffassen könnte (z. B. Bäckereien, Konditoreien und Fleischverarbeitung). Sofern jedoch nur eine geringfügige Verarbeitung erfolgt, die keine wirkliche Umwandlung darstellt, wird die Einheit dem Handel in Abschnitt G zugeordnet.

Die Zubereitung von Nahrungsmitteln zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen und alsbaldigen Verzehr ist in Abteilung 56 (Gastronomie) eingeordnet.

Die Verarbeitung von Schlachtabfällen und -nebenerzeugnissen zu Futtermitteln wird in Gruppe 10.9 eingeordnet, die Verarbeitung von Nahrungsmittel- und Getränkeabfällen zu Sekundärrohstoffen hingegen in Gruppe 38.3 und die Entsorgung solcher Abfälle in Klasse 38.21.

#### 10.1 Schlachten und Fleischverarbeitung

##### 10.11 Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel)

###### 10.11.0 Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel)

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Schlachthäusern, in denen geschlachtet sowie Fleisch zugerichtet und verpackt wird: Rinder, Schweine, Lämmer, Hammel, Kamele usw.
- Herstellung von Frisch- und Gefrierfleisch, in Schlachtkörpern
- Herstellung von Frisch- und Gefrierfleisch, in Stücken
- Schlachtung und Verarbeitung von Walen an Land oder auf dazu bestimmten Fischereifahrzeugen
- Gewinnung von Fellen und Häuten, einschließlich Borsten und Haaren, in Schlachthäusern
- Auslassen von Speck und anderen essbaren tierischen Fetten
- Verarbeitung von Schlachtabfällen
- Erzeugung von Hautwolle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Auslassen von Geflügelfetten (s. 10.12.0)
- Verpacken von Fleisch (s. 82.92.0)

## **10.12 Schlachten von Geflügel**

### **10.12.0 Schlachten von Geflügel**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Schlachthäusern, in denen Geflügel geschlachtet, zugerichtet und verpackt wird
- Herstellung von frischem oder gefrorenem Geflügelfleisch in Einzelportionen
- Auslassen von Geflügelfetten
- Gewinnung von Federn und Daunen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verpacken von Fleisch (s. 82.92.0)

## **10.13 Fleischverarbeitung**

### **10.13.0 Fleischverarbeitung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von getrocknetem, gesalzenem oder geräuchertem Fleisch
- Herstellung von Fleischerzeugnissen wie:
  - Salami, "Andouillettes", Zervelatwurst, Bologneser Wurst und anderen Würsten, Pasteten, Fleisch in Aspik, Schmalzfleisch und anderen Fleischkonserven, Kochschinken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von gefrorenen oder anders haltbar gemachten zubereiteten Fleisch- und Geflügelfertiggerichten (s. 10.85.0)
- Herstellung von Fleischsuppen und -brühen (s. 10.89.0)
- Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren (s. 46.32.0)
- Zubereitung von Speisen zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen und alsbaldigen Verzehr (s. Abteilung 56)
- Verpacken von Fleisch (s. 82.92.0)



### 10.2 Fischverarbeitung

#### 10.20 Fischverarbeitung

##### 10.20.0 Fischverarbeitung

Diese Unterklasse umfasst:

- Konservierung von Fisch, Krebstieren und Weichtieren: Gefrieren, Tiefkühlen, Trocknen, Kochen, Räuchern, Salzen, Einlegen in Lake, Verarbeitung zu Konserven usw.
- Herstellung von Erzeugnissen aus Fisch, Krebstieren und Weichtieren: Kochfisch, Fischfilets, Fischrogen, Kaviar, Kaviarersatz usw.
- Herstellung von Fischmehl als Nahrungsmittel für Menschen oder als Futtermittel
- Herstellung von nicht genießbaren Mehlen und Extrakten von Fischen und anderen Wassertieren
- Tätigkeiten von Spezialschiffen für die Fischverarbeitung und -konservierung
- Verarbeitung von Seealgen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *Verarbeitung und Haltbarmachung von Fisch auf Fischereifahrzeugen (s. 03.11.0)*
- *Verarbeitung von Walen an Land oder auf dazu bestimmten Fischereifahrzeugen (s. 10.11.0)*
- *Herstellung von Ölen und Fetten aus Meerestieren (s. 10.41.0)*
- *Herstellung von gefrorenen oder anders haltbar gemachten zubereiteten Fischfertiggerichteten (s. 10.85.0)*
- *Herstellung von Fischsuppen (s. 10.89.0)*
- *Zubereitung von Speisen zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen und alsbaldigen Verzehr (s. Abteilung 56)*

### 10.3 Obst- und Gemüseverarbeitung

#### 10.31 Kartoffelverarbeitung

##### 10.31.0 Kartoffelverarbeitung

Diese Unterklasse umfasst:

- Kartoffelverarbeitung und -haltbarmachung:
  - Herstellung von gefrorenen zubereiteten Kartoffeln
  - Herstellung von dehydriertem Kartoffelpüree
  - Herstellung von Kartoffelsnacks
  - Herstellung von Kartoffelchips
  - Herstellung von Kartoffelflocken und Kartoffelmehl
- industrielles Schälen von Kartoffeln

**10.32 Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften**

**10.32.0 Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Obst- und Gemüsesäften und -nektaren
- Herstellung von Konzentraten aus frischem Obst und Gemüse

**10.39 Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse**

**10.39.0 Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von hauptsächlich aus Obst oder Gemüse bestehenden Nahrungsmitteln, außer gefrorenen Fertiggerichten und solchen in Konservendosen oder in ähnlicher Weise haltbar gemacht
- Konservierung von Obst, Nüssen und Gemüse: Gefrieren, Trocknen, Einlegen in Öl oder Essig, Verarbeitung zu Konserven usw.
- Herstellung von Marmeladen, Gelees, Konfitüren, Obstaufstrichen und Obstzubereitungen
- Rösten von Nüssen
- Herstellung von Pasten aus Nüssen
- Herstellung verderblicher zubereiteter Nahrungsmittel aus Obst und Gemüse, z. B.:
  - Salate; Salatmischungen, verpackt
  - geschältes oder geschnittenes Obst oder Gemüse
  - Tofu (Bohnenquark)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Obst- und Gemüsesäften (s. 10.32.0)*
- *Herstellung von Mehl aus getrockneten Hülsenfrüchten (s. 10.61.0)*
- *Konservierung von Obst und Nüssen in Zucker (s. 10.82.0)*
- *Herstellung von gefrorenen oder anders haltbar gemachten zubereiteten Gemüsegerichten (s. 10.85.0)*
- *Herstellung von künstlichen Konzentraten (s. 10.89.0)*
- *Zubereitung von Speisen zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen und alsbaldigen Verzehr, auch nach erneutem Erwärmen (s. Abteilung 56)*

### 10.4 Herstellung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von rohen und raffinierten Ölen und Fetten aus Stoffen pflanzlichen oder tierischen Ursprungs, jedoch nicht das Auslassen und Raffinieren von Speck und anderen essbaren tierischen Fetten.

#### 10.41 Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u. ä. Nahrungsfette)

##### 10.41.0 Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u. ä. Nahrungsfette)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von pflanzlichen Rohölen aus Oliven, Sojabohnen, Palmkernen, Sonnenblumenkernen, Baumwollsaat, Raps und Rüben, Senfsaaten, Leinsamen usw.
- Herstellung von nicht entfettetem Mehl aus Ölsaaten, ölhaltigen Früchten und Kernen
- Herstellung von raffinierten Pflanzenölen: Olivenöl, Sojabohnenöl usw.
- Verarbeitung von Pflanzenölen: Blasen, Kochen, Dehydratisieren, Hydrieren usw.
- Herstellung von nicht essbaren tierischen Ölen und Fetten
- Herstellung von Ölen aus Fisch und Meeressäugern
- Gewinnung von Baumwolllinters, Ölkuchen und anderen Rückständen aus der Gewinnung von Ölen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Auslassen und Raffinieren von Speck und anderen essbaren tierischen Fetten (s. 10.11.0)
- Herstellung von Margarine (s. 10.42.0)
- Nassmahlen von Mais (s. 10.62.0)
- Herstellung von Maisöl (s. 10.62.0)
- Herstellung von ätherischen Ölen (s. 20.53.0)
- Behandlung von Ölen und Fetten mit chemischen Verfahren (s. 20.59.0)

#### 10.42 Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten

##### 10.42.0 Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Margarine
- Herstellung von sonstigen Nahrungsfetten als Butterersatz
- Herstellung von gemischten Kochfetten

**10.5 Milchverarbeitung**

**10.51 Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)**

**10.51.0 Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von flüssiger pasteurisierter, sterilisierter, homogenisierter bzw. ultrahocherhitzter Frischmilch
- Herstellung von Erfrischungsgetränken aus Milch
- Herstellung von Rahm aus flüssiger, pasteurisierter, sterilisierter oder homogenisierter Frischmilch
- Herstellung von Milchkpulver und konzentrierter Milch, auch gesüßt
- Herstellung von Milch- oder Rahmpulver
- Herstellung von Butter
- Herstellung von Joghurt
- Herstellung von Käse und Quark
- Herstellung von Molke
- Herstellung von Kasein und Milchzucker

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erzeugung von roher Kuhmilch (s. 01.41.0)*
- *Erzeugung von roher Milch von Schafen, Ziegen, Stuten, Eseln, Kamelen usw. (s. 01.43.0, 01.44.0, 01.45.0)*
- *Herstellung von nicht auf Milchbasis hergestelltem Milch- und Käseersatz (s. 10.89.0)*

**10.52 Herstellung von Speiseeis**

**10.52.0 Herstellung von Speiseeis**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Speiseeis, Sorbets u. Ä.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Eissalons, Eisverkaufswagen und -ständen (s. 56.10.5)*

### 10.6 Mahl- und Schälmühlen, Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen

Diese Gruppe umfasst das Mahlen von Getreide oder Gemüse zu Mehl, das Mahlen, Reinigen und Polieren von Reis sowie die Herstellung von Mehlmischungen oder Teigen aus diesen Erzeugnissen. Diese Gruppe umfasst ferner das Nassmahlen von Mais und Gemüse sowie die Herstellung von Stärke und von Erzeugnissen daraus.

#### 10.61 Mahl- und Schälmühlen

##### 10.61.0 Mahl- und Schälmühlen

Diese Unterklasse umfasst:

- Mahlen und Schälen von Getreide: Herstellung von Mehl, Grütze, Grieß, Schrot und Dunst
- Mahlen und Schälen von Reis: Herstellung von geschältem, gemahlenem, poliertem, glasiertem, "parboiled" und verarbeitetem Reis; Herstellung von Reismehl
- Mahlen und Schälen von Hülsenfrüchten und Nüssen: Herstellung von Mehl aus getrockneten Hülsenfrüchten, Wurzeln und Knollen sowie aus essbaren Nüssen
- Herstellung von Frühstücksnahrung aus Getreide
- Herstellung von zubereitetem gemischtem Mehl und Teig für Brot, Kuchen, Kekse und Pfannkuchen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kartoffelmehl (s. 10.31.0)
- Nassmahlen von Mais (s. 10.62.0)

#### 10.62 Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen

##### 10.62.0 Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stärke aus Reis, Kartoffeln, Mais usw.
- Nassmahlen von Mais
- Herstellung von Glucose, Glucosesirup, Maltose, Inulin usw.
- Herstellung von Kleber
- Herstellung von Tapiokasago und Sago aus anderen Stärken
- Herstellung von Maisöl

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Milchzucker (Laktose) (s. 10.51.0)
- Herstellung von Rohr- und Rübenzucker (s. 10.81.0)

## **10.7 Herstellung von Back- und Teigwaren**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Backwaren und Teigwaren

### **10.71 Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren)**

#### **10.71.0 Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Backwaren:
  - Brot und Brötchen
  - feine Backwaren wie Kuchen, Torten, Pfannkuchen, Waffeln usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Dauerbackwaren (s. 10.72.0)
- Herstellung von Nudeln (s. 10.73.0)
- Erwärmen von Backwaren für den sofortigen Verzehr (s. Abteilung 56)

### **10.72 Herstellung von Dauerbackwaren**

#### **10.72.0 Herstellung von Dauerbackwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Knäckebrot, Zwieback, Keksen und anderen trockenen Backwaren
- Herstellung von süßen oder salzigen Snacks (Spritzgebäck, Kracker, Bretzel usw.), süß oder salzig

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kartoffelsnacks (s. 10.31.0)

### **10.73 Herstellung von Teigwaren**

#### **10.73.0 Herstellung von Teigwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Teigwaren wie Makkaroni und Nudeln, auch gekocht oder gefüllt
- Herstellung von Couscous
- Herstellung von gefrorenen Teigwaren oder Teigwarenkonserven

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von gefrorenen oder anders haltbar gemachten zubereiteten Couscous-Gerichten (s. 10.85.0)
- Herstellung von Teigwaren enthaltenden Suppen (s. 10.89.0)

### 10.8 Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Zucker und Süßwaren, Fertiggerichten, Kaffee, Tee und Gewürzen sowie von begrenzt haltbaren Lebensmitteln und Spezialitäten

#### 10.81 Herstellung von Zucker

##### 10.81.0 Herstellung von Zucker

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung und Raffination von Zucker (Saccharose) und hieraus erzeugten Zuckerarten auf der Basis von Zuckerrohr-, Zuckerrüben-, Ahorn- und Palmsäften
- Herstellung von Zuckersirup
- Herstellung von Melasse
- Herstellung von Ahornsirup und Ahornzucker

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Milchzucker (Laktose) (s. 10.51.0)
- Herstellung von Glucose, Glucosesirup, Maltose (s. 10.62.0)

#### 10.82 Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)

##### 10.82.0 Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Kakao, Kakaobutter, Kakaofett, Kakaoöl
- Herstellung von Schokolade und Schokoladenwaren
- Herstellung von Zuckerwaren: Karamellen, Cachous, Nugats, Fondants, weiße Schokolade
- Herstellung von Kaugummi
- Konservierung von Obst, Nüssen, Fruchtschalen und anderen Pflanzenteilen in Zucker
- Herstellung von Pfefferminz- und anderen süßen Pastillen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Rohr- bzw. Rübenzucker (s. 10.81.0)

**10.83 Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz**

**10.83.0 Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Entkoffeinieren und Rösten von Kaffee
- Herstellung von Kaffeeprodukten:
  - gemahlener Kaffee
  - löslicher Kaffee
  - Kaffee-Extrakt und -Konzentrat
- Herstellung von Kaffee-Ersatz
- Herstellung von Tee und Mate
- Herstellung von Auszügen und Zubereitungen aus Tee oder Mate
- Herstellung von Kräutertee (Pfefferminze, Eisenkraut, Kamille usw.)
- Verpacken von Tee bzw. Kaffee in Teebeuteln bzw. Kaffee pads

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Kaffee und Tee (s. 01.27.0)
- Herstellung von Inulin (s. 10.62.0)
- Herstellung von Spirituosen, Bier, Wein und nicht alkoholischen Getränken (s. Abteilung 11)
- Aufbereitung von botanischen Erzeugnissen für die pharmazeutische Nutzung (s. 21.20.0)
- kommerzielle Abfüll- und Verpackungstätigkeiten im Lohnauftrag (s. 82.92.0)

**10.84 Herstellung von Würzmitteln und Soßen**

**10.84.0 Herstellung von Würzmitteln und Soßen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Gewürzen, Soßen und Würzmitteln:
  - Mayonnaise
  - Ketchup
  - Senfmehl
  - Fertigsenf
  - Würzsoßen usw.
- Herstellung von Essig
- Verarbeitung von Salz zu Speisesalz, z. B. iodiertem Salz

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Gewürzpflanzen (s. 01.28.0)



### 10.85 Herstellung von Fertiggerichten

#### 10.85.0 Herstellung von Fertiggerichten

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von fertigen (d. h. zubereiteten, gewürzten und (vor-) gegarten) Gerichten. Diese Gerichte werden durch die Verarbeitung haltbar gemacht, etwa durch Tiefkühlen oder Verpacken in Konservendosen. Diese Gerichte sind für den Wiederverkauf verpackt und gekennzeichnet, d. h., dass diese Klasse die Zubereitung von Gerichten zum sofortigen Verzehr nicht umfasst. Um als Gericht zu gelten, müssen diese Zubereitungen aus mindestens zwei Zutaten (außer Gewürzen usw.) bestehen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Fleischfertiggerichten (einschließlich Geflügel)
- Herstellung von Fischfertiggerichten, einschließlich Fisch mit Pommes frites
- Herstellung von Gemüsefertiggerichten
- Herstellung von gefrorener oder auf andere Weise haltbar gemachter Pizza
- Herstellung von Fertiggerichten einer regionalen oder nationalen Küche

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von frischen Nahrungsmitteln oder solchen mit weniger als zwei Zutaten: siehe die entsprechende Klasse in Abteilung 10
- Herstellung von nicht haltbaren zubereiteten Nahrungsmitteln, z. B. Sandwiches (s. 10.89.0)
- Großhandel mit Fertiggerichten (s. 46.38.9)
- Einzelhandel mit Fertiggerichten in Verkaufsräumen (s. 47.11.1. und .2, 47.29.0)
- Zubereitung von Speisen zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen und alsbaldigen Verzehr (s. Abteilung 56)
- Tätigkeiten von Caterern und Kantinen (s. 56.29.0)

### 10.86 Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln

#### 10.86.0 Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von für eine besondere Ernährung bestimmten Lebensmitteln:
  - Säuglingsanfangsnahrung
  - Folgenahrung und sonstige Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder
  - Lebensmittel mit niedrigem oder vermindertem Brennwert, zur Gewichtskontrolle
  - diätetische Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke (bilanzierte Diäten)
  - natriumarme Lebensmittel einschließlich natriumarmer oder natriumfreier Diätsalze
  - glutenfreie Lebensmittel
  - Lebensmittel für intensive Muskelanstrengungen, vor allem für Sportler
  - Lebensmittel für Personen, die unter einer Störung des Glucosestoffwechsels leiden

**10.89 Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g.**

**10.89.0 Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Suppen und Brühen
- Herstellung von Kunsthonig und Karamell
- Herstellung von nicht haltbaren zubereiteten Nahrungsmitteln, z. B.:
  - Sandwiches
  - frische (nicht gegarte) Pizza
- Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln und anderen Nahrungsmitteln a. n. g.
- Herstellung von Hefe
- Herstellung von Extrakten und Säften aus Fleisch, Fisch, Krebs- und Weichtieren
- Herstellung von Malzextrakt
- Herstellung von nicht auf Milchbasis hergestelltem Milch- und Käseersatz
- Herstellung von Eierzeugnissen und Eialbumin
- Herstellung von künstlichen Konzentraten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von nicht haltbarer zubereiteter Nahrungsmittel aus Obst und Gemüse (s. 10.39.0)
- Herstellung von gefrorener Pizza (s. 10.85.0)
- Herstellung von Spirituosen, Bier, Wein und nicht alkoholischen Getränken (s. Abteilung 11)

**10.9 Herstellung von Futtermitteln**

**10.91 Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere**

**10.91.0 Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Mischfuttermitteln für Nutztiere einschließlich konzentrierten Viehfutters und von Futterzusätzen
- Herstellung von Einzelfuttermitteln für Nutztiere
- Behandlung von Schlachtabfällen zur Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Fischmehl als Futtermittel (s. 10.20.0)
- Herstellung von Ölkuchen (s. 10.41.0)
- Tätigkeiten, bei denen ohne besondere Behandlung als Futtermittel nutzbare Nebenerzeugnisse anfallen, z. B. Ölkuchen (s. 10.41.0), Rückstände von Mahl- und Schälmmühlen (s. 10.61.0)

**10.92 Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere**

**10.92.0 Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Futtermitteln für Haustiere, einschließlich Hunde, Katzen, Vögel, Fische usw.
- Behandlung von Schlachtabfällen zur Herstellung von Futtermitteln für Haustiere

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Fischmehl als Futtermittel (s. 10.20.0)*
- *Herstellung von Ölkuchen (s. 10.41.0)*
- *Tätigkeiten, bei denen ohne besondere Behandlung als Futtermittel nutzbare Nebenerzeugnisse anfallen, z. B. Ölsaaten (s. 10.41.0), Rückstände von Mahl- und Schälmaschinen (s. 10.61.0)*

**11 Getränkeherstellung**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von nicht alkoholischen Getränken und Mineralwasser, die Herstellung von alkoholischen Getränken vornehmlich durch Gärung, wie Bier, Wein und Spirituosen.

**11.0 Getränkeherstellung**

**11.01 Herstellung von Spirituosen**

**11.01.0 Herstellung von Spirituosen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von destillierten, genießbaren alkoholischen Getränken: Whisky, Branntwein, Gin, Korn, Likör usw.
- Herstellung von Mischgetränken, die Spirituosen enthalten
- Mischen von Spirituosen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nicht gebrannten alkoholischen Getränken (s. 11.02.0 bis 11.05.0)
- Herstellung von synthetischem Ethylalkohol (s. 20.14.0)
- Herstellung von Gärungsalkohol aus Agrarrohstoffen (s. 20.14.0)
- lediglich Abfüllen und Etikettieren (s. 46.34.0, falls im Großhandel durchgeführt, bzw. 82.92.0, falls im Lohnauftrag durchgeführt)

**11.02 Herstellung von Traubenwein**

**11.02.0 Herstellung von Traubenwein**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Wein aus Weintrauben
- Herstellung von Schaumwein aus Weintrauben
- Herstellung von Wein aus konzentriertem Traubenmost
- Verschneiden, Klärung/Filtration und Flaschenabfüllung von Traubenwein
- Herstellung von Traubenwein mit geringem oder ohne Alkoholgehalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- lediglich Abfüllen und Etikettieren (s. 46.34.0, falls im Großhandel durchgeführt, bzw. 82.92.0, falls im Lohnauftrag durchgeführt)

### **11.03 Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen**

#### **11.03.0 Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von vergorenen, aber nichtdestillierten alkoholischen Getränken: Reiswein sowie Apfel- oder Birnenwein und andere Obstweine
- Herstellung von Met und von Mischgetränken, die Obstwein enthalten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *lediglich Abfüllen und Etikettieren (s. 46.34.0, falls im Großhandel durchgeführt, bzw. 82.92.0, falls im Lohnauftrag durchgeführt)*

### **11.04 Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen**

#### **11.04.0 Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Wermutwein u. Ä.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *lediglich Abfüllen und Etikettieren (s. 46.34.0, falls im Großhandel durchgeführt, bzw. 82.92.0, falls im Lohnauftrag durchgeführt)*

### **11.05 Herstellung von Bier**

#### **11.05.0 Herstellung von Bier**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bier und Starkbier, u. a. Bockbier, Ale, Porter und Stout
- Herstellung von Bier mit geringem oder ohne Alkoholgehalt

### **11.06 Herstellung von Malz**

#### **11.06.0 Herstellung von Malz**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Malzextrakt (s. 10.89.0)*

**11.07 Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer**

**11.07.0 Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von nicht alkoholischen Getränken (außer nicht alkoholischem Bier und Wein)

- Gewinnung natürlicher Mineralwässer und sonstiger Wässer in Flaschen u. Ä.
- Herstellung von Erfrischungsgetränken:
  - alkoholfreie aromatisierte und/oder gesüßte Getränke: Limonade, Orangeade, Cola, Energy-Drinks, Fruchtsaftgetränke, Tonic usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Obst- und Gemüsesäften und -nektaren (s. 10.32.0)
- Herstellung von Erfrischungsgetränken aus Milch (s. 10.51.0)
- Herstellung von Erzeugnissen aus Kaffee, Tee und Mate (s. 10.83.0)
- Herstellung von Getränken auf der Grundlage von Alkohol (s. 11.01.0 bis 11.05.0)
- Herstellung von nicht alkoholischem Traubenwein (s. 11.02.0)
- Herstellung von nicht alkoholischem Bier (s. 11.05.0)
- Herstellung von Eis (nicht Speiseeis) (s. 35.30.0)
- lediglich Abfüllen und Etikettieren (s. 46.34.0, falls im Großhandel durchgeführt, bzw. 82.92.0, falls im Lohnauftrag durchgeführt)

**12 Tabakverarbeitung**

**12.0 Tabakverarbeitung**

**12.00 Tabakverarbeitung**

**12.00.0 Tabakverarbeitung**

Diese Unterklasse umfasst die Verarbeitung von Tabak zu einer für den Konsum geeigneten Ware:

- Herstellung von Erzeugnissen aus Tabak und Tabakersatzstoffen: Zigaretten, Zigarren, Feinschnitt und Pfeifentabake, Kautabak, Schnupftabak
- Herstellung von "homogenisiertem" oder "rekonstituiertem" Tabak
- Entrippen und Redrying von Tabak

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Anbau von Tabak und Trocknen von Tabakblättern (s. 01.15.0, 01.63.0)

### 13 Herstellung von Textilien

Diese Abteilung umfasst Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei, Weberei, Veredlung von Textilien und Bekleidung, Herstellung von konfektionierten Textilwaren außer Bekleidung (z. B. Hauswäsche, Decken, Teppiche, Seilerwaren usw.). Der Anbau natürlicher Fasern ist in Abteilung 01 eingeordnet, die Herstellung von synthetischen Fasern als chemisches Verfahren gehört zur Unterklasse 20.60.0. Die Herstellung von Bekleidung wird in Abteilung 14 dieser Klassifikation zugeordnet.

#### 13.1 Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei

#### 13.10 Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei

##### 13.10.0 Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei

Diese Unterklasse umfasst die Vorgänge des Aufbereitens von textilen Fasern und das Verspinnen von Spinnstoffen. Dazu eignen sich unterschiedliche Rohstoffe, z. B. Seide, Wolle und andere tierische, pflanzliche und Kunstfasern, Papier, Glasfasern usw.

Diese Unterklasse umfasst:

- Aufbereitungsvorgänge an Spinnstoffen:
  - Haspeln und Waschen von Seide
  - Entfetten und Karbonisieren von Wolle und Färben von Wollvlies
  - Kardieren und Kämmen von tierischen, pflanzlichen und Kunstfasern
- Spinnen und Herstellung von Garn zum Weben oder von Nähgarn, als Handelsware oder zur Weiterverarbeitung:
  - Schwingen von Flachs
  - Texturieren, Zwirnen, Fachen, Drehen, Tauchfärben von synthetischen oder künstlichen Filamentgarnen
- Herstellung von Papiergarn

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Aufbereitungsvorgänge, die von der Landwirtschaft durchgeführt werden (s. Abteilung 01)*
- *Rösten von Faserpflanzen (Flachs, Jute, Kokos usw.) (s. 01.16.0)*
- *Baumwollentkörnung (s. 01.63.0)*
- *Herstellung von synthetischen oder künstlichen Fasern und Fasergarnen, Herstellung von synthetischen oder künstlichen Filamentgarnen (einschließlich hochfesten Garnen und Teppichgarnen) (s. 20.60.0)*
- *Herstellung von Glasfasern (s. 23.14.0)*

**13.2 Weberei**

**13.20 Weberei**

**13.20.0 Weberei**

Diese Unterklasse umfasst das Weben von Textilien. Dazu eignen sich unterschiedliche Rohstoffe, z. B. Seide, Wolle und andere tierische, pflanzliche und Kunstfasern, Papier, Glasfasern usw.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Geweben nach Art von Baumwoll-, Streich-, Kamm- oder Seidengarnweberei, auch aus Misch-, künstlichen oder synthetischen Garnen (Polypropylen usw.)
- Herstellung von Geweben aus Bast- und Hartfasergarnen (Flachs, Ramie, Hanf, Jute) und Spezialgarnen
- Herstellung von Velours- oder Chenillegewebe, Frottiergewebe, Mullgewebe usw.
- Herstellung von Geweben aus Glasfaser
- Herstellung von Geweben aus Kohlenstoff- und Aramidfäden
- Herstellung von Webpelz

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff (s. 13.91.0)*
- *Herstellung von textilen Bodenbelägen (s. 13.93.0)*
- *Herstellung von Vliesstoffen und Erzeugnissen daraus (s. 13.95.0)*
- *Herstellung von Bändern und Gurten (s. 13.96.0)*
- *Herstellung von Filz (s. 13.99.0)*

**13.3 Veredlung von Textilien und Bekleidung**

**13.30 Veredlung von Textilien und Bekleidung**

**13.30.0 Veredlung von Textilien und Bekleidung**

Diese Unterklasse umfasst die Veredlung von Textilien und Bekleidung, z. B. durch Bleichen, Färben, Appretieren und ähnliche Verfahren.

Diese Unterklasse umfasst:

- Bleichen und Färben von textilen Spinnstoffen, Textilwaren, Garnen, Stoffen und Textilien einschließlich Bekleidung
- Appretieren, Trocknen, Dämpfen, Krumpfen, Ausbessern, Sanforisieren, Merzerisieren von Textilien einschließlich Bekleidung
- Bleichen von Jeans
- Plissieren und ähnliche Behandlung von Textilien
- Wasserdichtmachen, Beschichten, Gummieren oder Imprägnieren gekaufter Kleidung
- Siebdrucken auf Textilien und Bekleidung



*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von mit Gummi imprägnierten, beschichteten, überzogenen oder laminierten Spinnstoffen, wenn Gummi den Hauptbestandteil darstellt (s. 22.19.0)
- Färben, Bleichen, Appretieren, Imprägnieren von Textilien und Bekleidung in Verbindung mit Wäscherei und chemischer Reinigung (s. 96.01.0)

### **13.9 Herstellung von sonstigen Textilwaren**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Erzeugnissen aus Textilien außer Bekleidung, wie konfektionierte Textilwaren, Teppiche, Brücken und Läufer, Seilerwaren, Bänder, Posamentierwaren usw.

### **13.91 Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff**

#### **13.91.0 Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung und Verarbeitung von Gestricken und Gewirken:
  - Plüsch- und Frottiergewirke
  - netz- und gardinenartige Stoffe, die auf einer Raschelmachine oder ähnlichen Maschinen hergestellt werden
  - sonstiger gewirkter und gestrickter Stoff
- Herstellung von gewirktem und künstlichem Pelzwerk

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von netz- und gardinenartigen Stoffen aus Spitze, die auf Raschelmachines oder ähnlichen Maschinen hergestellt werden (s. 13.99.0)
- Herstellung von gewirkter und gestrickter Bekleidung (s. 14.39.0)

## **13.92 Herstellung von konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung)**

### **13.92.0 Herstellung von konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Konfektionswaren (ohne Bekleidung) aus Textilien aller Art einschließlich gewirkter und gestrickter Stoffe:
  - Bett-, Tisch- und andere Hauswäsche
  - Decken einschließlich Reisedecken
  - Steppdecken, Daunendecken, Sitzkissen, Sitzpolster, Kopfkissen, Schlafsäcke usw.
- Herstellung von konfektionierten Textilien für die Innenausstattung und für andere Zwecke:
  - Vorhänge, Rollos, Jalousien, Tagesbettdecken, Möbelbezüge, Abdeckhauben für Maschinen usw.
  - Planen, Zelte, Campingwaren, Segel, Markisen, Abdeckungen für Autos und Maschinen, Schutzbezüge für Möbel usw.
  - Flaggen, Fahnen, Wimpel usw.
  - Staubtücher, Geschirrtücher u. Ä., Schwimmwesten, Fallschirme usw.
- Herstellung textiler Teile elektrischer Heizkissen und -decken
- Herstellung von Matten und Fußmatten aus Spinnstoffen
- Herstellung von handgewebten Wandteppichen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von technischen Textilien (s. 13.96.0)

## **13.93 Herstellung von Teppichen**

### **13.93.0 Herstellung von Teppichen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von textilen Bodenbelägen:
  - Teppiche, Brücken, Läufer und Matten, Teppichfliesen
- Herstellung von Bodenbelägen aus Nadelfilz

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Matten und Fußmatten aus Flechtgewebe (s. 16.29.0)
- Herstellung von Bodenbelägen aus Kork (s. 16.29.0)
- Herstellung von elastischen Bodenbelägen, z. B. aus Vinyl, Linoleum (s. 22.23.0)

## **13.94 Herstellung von Seilerwaren**

### 13.94.0 Herstellung von Seilerwaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bindfäden, Tauwerk, Seilen und Kabeln aus Textilfasern, -streifen o. Ä., auch imprägniert, mit Gummi oder Kunststoffen beschichtet, überzogen oder umhüllt
- Herstellung von geknüpftem Netzwerk aus Netzgarn, Tauwerk oder Seilen
- Herstellung von Erzeugnissen aus Seilen oder Netzwerk: Fischernetze, Fender, Entladekissen, Stropfen, mit Metallringen besetzte Seile und Kabel usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Haarnetzen (s. 14.19.0)
- Herstellung von Drahtseilen (s. 25.93.0)
- Herstellung von Keschern für die Sportfischerei (s. 32.30.0)

### 13.95 Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)

#### 13.95.0 Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)

Diese Unterklasse umfasst alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Herstellung von Textilien und Textilwaren, die in den Abteilungen 13 oder 14 nicht anderweit genannt sind, und beinhaltet eine große Anzahl von Verfahren sowie die Herstellung einer Vielzahl unterschiedlicher Güter.

### 13.96 Herstellung von technischen Textilien

#### 13.96.0 Herstellung von technischen Textilien

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bändern und Gurten einschließlich Gewebe aus geklebten Ketten ohne Schuss
- Herstellung von Etiketten, Abzeichen usw.
- Herstellung von Verzierungsborten: Besätze, Quasten, Troddeln usw.
- Herstellung von mit Kunststoffen imprägnierten, überzogenen, besetzten oder laminierten Geweben
- Herstellung von Geweben mit Metalleinlage und metallisierten Gimpfen, von mit Spinnstoffen besetzten Schnüren aus Gummifäden, von mit Gummi oder Kunststoffen besetzten, imprägnierten, überzogenen oder verstärkten Textilgarnen oder -streifen
- Herstellung von Cordgewebe für Kraftfahrzeugreifen aus hochfesten Kunstfasergarnen
- Herstellung von sonstigen behandelten oder beschichteten Geweben: Steifleinen oder ähnliche versteifte Textilgewebe, mit Gummi oder stärkehaltigen Substanzen überzogene Gewebe
- Herstellung von verschiedenen Textilwaren des technischen Bedarfs: Dochte, Glühstrümpfe, Glühstrumpfgewebe, Schläuchen, Förderbändern und Treibriemen (auch mit Metall oder anderen Stoffen verstärkt), Müllergaze, Filtertüchern
- Herstellung von Textilerzeugnissen zur Ausstattung von Kraftfahrzeugen
- Herstellung von mit Malerleinwand beklebten Platten und Pausleinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Förderbändern und Treibriemen aus Spinnstoffen, Garn oder Cord, die mit Gummi imprägniert, beschichtet, überzogen oder laminiert sind, wenn Gummi den Hauptbestandteil darstellt (s. 22.19.0)*
- *Herstellung von mit Textilien lediglich verstärkten Platten und Matten aus Zellkautschuk oder Zellkunststoff (s. 22.19.0, 22.21.0)*
- *Herstellung von Metallgeweben (s. 25.93.0)*

### **13.99 Herstellung von sonstigen Textilwaren a. n. g.**

#### **13.99.0 Herstellung von sonstigen Textilwaren a. n. g.**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- Herstellung von Filz
- Herstellung von Tüll und anderen Netzgeweben, von Spitze am Stück, in Streifen oder mit Motiven, von Stickereien
- Herstellung von selbstklebendem Gewebeband
- Herstellung von Schnürsenkeln aus Spinnstoffen
- Herstellung von Puderquasten und langen Handschuhen ohne Finger

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Bodenbelägen aus Nadelfilz (s. 13.93.0)*
- *Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen aus Watte: Monatsbinden, Tampons usw. (s. 17.22.0)*

### 14 Herstellung von Bekleidung

Diese Abteilung umfasst alle Schneiderarbeiten (Konfektionskleidung oder Maßanfertigung) aus allen Materialien (Leder, Gewebe, gewirkter und gestrickter Stoff usw.) für alle Bekleidungsartikel (z. B. Oberbekleidung, Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Arbeits-, Stadt- oder Freizeitkleidung) und Bekleidungszubehör. Es wird dabei nicht unterschieden zwischen Bekleidung für Erwachsene und Bekleidung für Kinder oder zwischen moderner und traditioneller Bekleidung. Die Abteilung 14 umfasst ferner die Herstellung von Pelzwaren (Pelzfelle und Pelzbekleidung).

#### 14.1 Herstellung von Bekleidung (ohne Pelzbekleidung)

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Bekleidung. Dazu können Stoffe aller Art verwendet werden, und diese können überdies beschichtet, imprägniert oder gummiert sein.

#### 14.11 Herstellung von Lederbekleidung

##### 14.11.0 Herstellung von Lederbekleidung

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bekleidung aus Leder oder rekonstituiertem Leder, einschließlich Arbeitsschutzkleidung wie Lederschürzen für Schweißer.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Pelzbekleidung (s. 14.20.0)
- Herstellung von Sporthandschuhen und Sportkopfbedeckungen aus Leder (s. 32.30.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)

#### 14.12 Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung

##### 14.12.0 Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Arbeitsschutzkleidung aus Leder wie Lederschürzen für Schweißer (s. 14.11.0)
- Herstellung von Schuhen (s. 15.20.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)
- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

## **14.13 Herstellung von sonstiger Oberbekleidung**

### **14.13.1 Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Herren und Knaben**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von sonstiger Oberbekleidung für Herren und Knaben aus gewebten Stoffen, Vliesstoff usw.:
- Mäntel, Anzüge, Jacken, Hosen, usw.
- Maßanfertigung von Oberbekleidung für Herren und Knaben aus gewebten Stoffen
- Herstellung von Teilen der vorgenannten Erzeugnisse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Bekleidung aus Pelzfellen (s. 14.20.0)
- Herstellung von Gummi- oder Kunststoffbekleidung, die nicht zusammengenäht, sondern lediglich geschweißt oder geklebt wird (s. 22.19.0, 22.29.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)
- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

### **14.13.2 Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von sonstiger Oberbekleidung für Damen und Mädchen aus gewebten Stoffen, Vliesstoff usw.:
- Mäntel, Kostüme, Jacken, Hosen, Röcke usw.
- Maßanfertigung von Oberbekleidung für Damen und Mädchen aus gewebten Stoffen
- Herstellung von Teilen der vorgenannten Erzeugnisse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Bekleidung aus Pelzfellen (s. 14.20.0)
- Herstellung von Gummi- oder Kunststoffbekleidung, die nicht zusammengenäht, sondern lediglich geschweißt oder geklebt wird (s. 22.19.0, 22.29.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)
- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

### 14.13.3 Herstellung von gewirkter und gestrickter Oberbekleidung

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von sonstiger Herren-, Damen- und Kinderoberbekleidung aus gewirkten oder gestrickten Stoffen, Vliesstoff usw.:
- Mäntel, Anzüge, Kostüme, Jacken, Hosen, Röcke usw.
- Maßanfertigung von Oberbekleidung aus gewirkten oder gestrickten Stoffen
- Herstellung von Teilen der vorgenannten Erzeugnisse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Bekleidung aus Pelzfellen (s. 14.20.0)
- Herstellung von Gummi- oder Kunststoffbekleidung, die nicht zusammengenäht, sondern lediglich geschweißt oder geklebt wird (s. 22.19.0, 22.29.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)
- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

### 14.14 Herstellung von Wäsche

#### 14.14.1 Herstellung von gewebter Wäsche (ohne Miederwaren)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Herren-, Damen- und Kinderwäsche aus gewebten Stoffen, Spitzen usw. (ohne Miederwaren):
- Hemden, T-Shirts, Unterhosen, Schlafanzüge, Nachthemden, Morgenröcke, Blusen, Slips

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

#### 14.14.2 Herstellung von gewirkter und gestrickter Wäsche (ohne Miederwaren)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Herren-, Damen- und Kinderwäsche aus gewirkten oder gestrickten Stoffen, Spitzen usw. (ohne Miederwaren):
- Hemden, T-Shirts, Unterhosen, Schlafanzüge, Nachthemden, Morgenröcke, Blusen, Slips

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

**14.14.3 Herstellung von Miederwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Miederwaren:
- Büstenhalter, Korsetts usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)

**14.19 Herstellung von sonstiger Bekleidung und Bekleidungszubehör a. n. g.**

**14.19.0 Herstellung von sonstiger Bekleidung und Bekleidungszubehör a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Babybekleidung, Trainingsanzügen, Skianzügen, Badebekleidung usw.
- Herstellung von Hüten und Mützen
- Herstellung von sonstigem Bekleidungszubehör: Handschuhe, Gürtel, Schals, Krawatten, Haarnetze usw.
- Herstellung von Kopfbedeckungen aus Pelzfellen
- Herstellung von Bekleidung mit Pelzbesatz
- Herstellung von Schuhen ohne Sohle aus Textilfasern
- Herstellung von Teilen der vorgenannten Erzeugnisse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Sportkopfbedeckungen (s. 32.30.0)
- Herstellung von Sicherheitskopfbedeckungen (s. 32.99.0)
- Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (s. 32.99.0)
- Reparatur von Bekleidung (s. 95.29.0)



### 14.2 Herstellung von Pelzwaren

#### 14.20 Herstellung von Pelzwaren

##### 14.20.0 Herstellung von Pelzwaren

Diese Unterklasse umfasst:

– Herstellung von Pelzwaren:

- Pelzbekleidung, -besatz und -zubehör
- zusammengesetzte Pelzfelle wie "ausgelassene" Pelzfelle, Platten, Matten, Streifen usw.
- verschiedene Waren aus Pelzfellen: Brücken, Teppiche, nichtausgestopfte Sitzkissen, Poliertücher für den industriellen Bedarf

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Erzeugung von rohen Pelzfellen (s. 01.4, 01.70.0)
- Herstellung von rohen Fellen und Häuten (s. 10.11.0)
- Herstellung von Pelzimitationen (gewebten oder gewirkten Hochflorgeweben) und künstlichem Pelzwerk (s. 13.20.0, 13.91.0)
- Herstellung von Pelzkappen und -mützen (s. 14.19.0)
- Herstellung von Bekleidung mit Pelzbesatz (s. 14.19.0)
- Zurichten und Färben von Fellen (s. 15.11.0)
- Herstellung von Stiefeln und Schuhen mit Pelzbesatz (s. 15.20.0)

### 14.3 Herstellung von Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff

#### 14.31 Herstellung von Strumpfwaren

##### 14.31.0 Herstellung von Strumpfwaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Strumpfwaren wie Socken, Strümpfe und Strumpfhosen

### 14.39 Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff

#### 14.39.0 Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bekleidung (ohne Oberbekleidung und Wäsche) und anderen konfektionierten Waren durch Stricken oder Wirken:
- Pullover, Strickjacken, Unterziehpullis, Westen und ähnliche Erzeugnisse

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff (s. 13.91.0)
- Herstellung von Strumpfwaren (s. 14.31.0)

**15 Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen**

Diese Abteilung umfasst das Zurichten und Färben von Pelzen und die Verarbeitung von Fellen zu Leder durch Gerben und Zurichten sowie die Weiterverarbeitung des Leders zu Gebrauchsgegenständen. Sie beinhaltet ferner die Herstellung von gleichartigen Erzeugnissen aus anderen Stoffen (Kunstleder oder Lederersatz), etwa von Schuhwerk aus Gummi, von Reisekoffern und -taschen aus Textilien usw. Die Erzeugnisse aus Lederersatz werden deshalb hier eingereiht, weil das Verfahren zu ihrer Herstellung dem für Erzeugnisse aus Leder ähnelt (z. B. Reisegepäck) und sie oft in der selben statistischen Einheit hergestellt werden.

**15.1 Herstellung von Leder und Lederwaren (ohne Herstellung von Lederbekleidung)**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Leder und Fellen sowie von Erzeugnissen daraus.

**15.11 Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen**

**15.11.0 Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Gerben, Färben und Zurichten von Fellen und Häuten
- Herstellung von Sämisch-, Pergament-, Lack- oder metallisiertem Leder
- Herstellung von Lederfaserstoff
- Schaben, Scheren, Rupfen, Gerben, Bleichen und Färben von (noch behaarten) Fellen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erzeugung von Fellen und Häuten bei der Tierhaltung (s. Gruppe 01.4)*
- *Erzeugung von Fellen und Häuten beim Schlachten (s. 10.11.0)*
- *Herstellung von Lederbekleidung (s. 14.11.0)*
- *Herstellung von Kunstleder nicht auf der Grundlage von natürlichem Leder (s. 22.19.0, 22.29.0)*

### 15.12 Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung)

#### 15.12.0 Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Koffern, Taschen und anderen Waren aus Leder, Kunstleder oder anderen Materialien wie Kunststofffolien, Spinnstoffen, oder Pappe, bei denen die gleiche Technologie angewendet wird wie bei Leder
- Herstellung von Koffern, Taschen und ähnlichen Waren aus Vulkanfiber, formgepressten Kunststoffen oder Aluminium
- Herstellung von Sattlerwaren
- Herstellung von nichtmetallischen Uhrarmbändern (z. B. aus Stoff, Leder, Kunststoff)
- Herstellung von verschiedenen Artikeln aus Leder oder Kunstleder:
  - Treibriemen, Dichtungen usw.
- Herstellung von Schnürsenkeln aus Leder
- Herstellung von Reit- und anderen Peitschen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Lederbekleidung (s. 14.11.0)
- Herstellung von Lederhandschuhen, -hüten und -mützen (s. 14.19.0)
- Herstellung von Schuhen (s. 15.20.0)
- Herstellung von Fahrradsätteln (s. 30.92.0)
- Herstellung von Uhrarmbändern aus Edelmetallen (s. 32.12.0)
- Herstellung von Uhrarmbändern aus unedlen Metallen (s. 32.13.0)
- Herstellung von Haltegurten und anderen Gurten für die Berufsausübung (s. 32.99.0)

### 15.2 Herstellung von Schuhen

#### 15.20 Herstellung von Schuhen

##### 15.20.0 Herstellung von Schuhen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Schuhen aller Art, aus beliebigem Material, in beliebigen Verfahren einschließlich Gießverfahren, a. n. g.
- Herstellung von Schuhteilen aus Leder: Oberteile und Teile davon, Lauf- und Innensohlen, Absätze usw.
- Herstellung von Zugstiefeln, Gamaschen u. Ä.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Schuhen aus Textilfasern ohne Sohle (s. 14.19.0)
- Herstellung von Schuhteilen aus Holz (z. B. Absätze und Leisten) (s. 16.29.0)
- Herstellung von Absätzen und Sohlen für Gummistiefel und -schuhe sowie von anderen Gummiteilen für Schuhe (s. 22.19.0)
- Herstellung von Kunststoffteilen für Schuhe (s. 22.29.0)
- Herstellung von Skischuhen (s. 32.30.0)
- Herstellung von orthopädischen Schuhen (s. 32.50.2)

### 16 Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Holzwaren wie Bauholz, Sperrholz, Furniere, Verpackungsmittel, Lagerbehälter und Ladungsträger, Bodenbeläge, Fachwerk, vorgefertigte Gebäude. Das Produktionsverfahren umfasst Sägen, Hobeln, Drechseln, Laminieren und Zusammenbau von Holzzeugnissen, ausgehend von in Blöcke geschnittenen Stämmen oder Bauholz, das geschnitten oder von Dreh- und Schälmaschinen oder anderem Werkzeug bearbeitet wird. Das Bauholz oder andere bearbeitete Holzteile können dann noch gehobelt oder anders zugerichtet und zu Fertigerzeugnissen wie Verpackungsmittel, Lagerbehälter und Ladungsträger zusammengebaut werden.

Abgesehen von den Sägewerken richtet sich die Untergliederung dieser Abteilung im Wesentlichen nach den jeweils hergestellten Erzeugnissen.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Einbau von Konstruktions- und Ausbauelementen aus Holz (s. 43.32.0, 43.33.0, 43.39.0)

#### 16.1 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke

#### 16.10 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke

#### 16.10.0 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke

Diese Unterklasse umfasst:

- Sägen, Hobeln und sonstiges maschinelles Bearbeiten von Holz
- Säumen, Schälen und Messern von Rundholz
- Herstellung von Eisenbahnschwellen aus Holz
- Herstellung von Einzelteilen für Bodenbeläge aus Holz
- Herstellung von Holzwolfe, -mehl, -schnitzeln und -plättchen
- Holztrocknung
- Imprägnieren und chemisches Behandeln von Holz mit Konservierungs- und anderen Stoffen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Holzfällerei und Gewinnung von Rohholz sowie Holz für die Energieerzeugung (s. 02.20.0)
- Herstellung von für die Verarbeitung zu Sperrholz und Platten ausreichend dünnen Furnieren (s. 16.21.0)
- Herstellung von Parkettafeln (s. 16.22.0)
- Herstellung von Schindeln, Stäben und Leisten (s. 16.23.0)
- Herstellung von Brennholz aus Pressholz (s. 16.29.0)

### **16.2 Herstellung von sonstigen Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren, und zwar sowohl von Grundformen als auch von zusammengebauten Erzeugnissen.

### **16.21 Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten**

#### **16.21.0 Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Furnieren, die ausreichend dünn sind, um sich zum Furnieren, zur Verarbeitung zu Sperrholz oder zu anderen Zwecken zu eignen:
  - Glätten, Färben, Beschichten, Imprägnieren, Verstärken (Rückenverstärkung mit Papier oder Gewebe)
  - Anfertigung in Form von Motiven
- Herstellung von Sperrholz, Furnierplatten und ähnlichen laminierten Holzplatten und -blättern
- Herstellung von OSB-Platten und anderen Spanplatten
- Herstellung von mitteldichten Faserplatten (MDF) und anderen Faserplatten
- Herstellung von verdichtetem Holz
- Herstellung von schichtverleimtem Holz, Pressschichtholz

### **16.22 Herstellung von Parketttafeln**

#### **16.22.0 Herstellung von Parketttafeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von zu Dielen oder Tafeln zusammengesetzten Parkettbodenstäben, -stäbchen und -lamellen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Einzelteilen für Bodenbeläge aus Holz (s. 16.10.0)*

**16.23 Herstellung von sonstigen Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten aus Holz**

**16.23.0 Herstellung von sonstigen Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten aus Holz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von vorwiegend für den Bau bestimmten Konstruktionsteilen und Ausbauelementen aus Holz:
  - Balken, Binder, Pfetten und Sparren
  - schichtverleimte und metallisch verbundene Dachstuhlkonstruktionen aus Holz
  - Türen, Fenster, Fensterläden, Rahmen und Verkleidungen dafür, auch mit Metallbeschlägen wie Scharnieren, Schlössern und dergleichen
  - Treppen und Geländer
  - Schindeln, Stäbe und Leisten
- Herstellung von vorgefertigten Gebäuden oder Teilen davon, vorwiegend aus Holz, z. B. Saunen
- Herstellung von Mobilheimen vorwiegend aus Holz
- Herstellung von Trennwänden aus Holz (außer frei stehenden)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Küchen-, Bücher-, Kleiderschränken und -regalen usw. sowie von frei stehenden Trennwänden aus Holz (s. 31.01.1 und .2, 31.02.0, 31.09.9)

**16.24 Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz**

**16.24.0 Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Schachteln, Kisten, Trommeln und ähnlichen Verpackungsmitteln aus Holz
- Herstellung von Paletten und anderen Ladungsträgern aus Holz
- Herstellung von Fässern, Bottichen, Trögen und anderen Böttcherwaren aus Holz
- Herstellung von Kabeltrommeln aus Holz

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Koffern (s. 15.12.0)
- Herstellung von hölzernen Schachteln, Kassetten und Etuis für Schmuck, Schneidwaren u. Ä. (s. 16.29.0)
- Herstellung von Behältnissen aus Flechtstoffen (s. 16.29.0)

### 16.29 Herstellung von Holzwaren a.n.g, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)

#### 16.29.0 Herstellung von Holzwaren a. n. g., Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von verschiedenen Holzwaren:
  - Griffe und Stiele für Werkzeuge, Besen, Bürsten
  - Formen, Schuhspanner, Kleiderbügel
  - Haushaltsartikel und Küchengeräte aus Holz
  - Figuren und Schmuck, Intarsien und andere Einlegearbeiten
  - hölzerne Schachteln, Kassetten und Etuis für Schmuck, Schneidwaren u. Ä.
  - Spulen, Rollen und ähnliche Artikel aus gedrechseltem Holz
  - Holzwaren a. n. g.
- Verarbeitung von Naturkork, Herstellung von Presskork
- Herstellung von Waren aus Naturkork oder Presskork, einschließlich Bodenbeläge
- Herstellung von Geflechten und Waren aus Flechtstoffen: Matten, Fußmatten, Gittergeflechte, Körbe usw.
- Herstellung von Flechtwaren und Korbwaren
- Herstellung von Brennholz und -pellets aus Pressholz oder Holzersatzstoffen wie Kaffeesatz oder Sojabohnen-Mahlrückständen (Okara)
- Herstellung von Rahmen für Bilder oder Spiegel
- Herstellung von Rahmen für Malleinwände
- Herstellung von Schuhtteilen aus Holz (z. B. Absätze und Leisten)
- Herstellung von Griffen für Schirme, Rohrstöcke und dergleichen
- Herstellung von Blöcken für die Herstellung von Tabakspfeifen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Matten und Fußmatten aus Spinnstoffen (s. 13.92.0)
- Herstellung von Koffern (s. 15.12.0)
- Herstellung von Holzschuhen (s. 15.20.0)
- Herstellung von Streichhölzern (s. 20.51.0)
- Herstellung von Uhrengehäusen (s. 26.52.0)
- Herstellung von hölzernen Rollen, Spulen und Spindeln als Teile von Textilmaschinen (s. 28.94.0)
- Herstellung von Möbeln (s. Gruppe 31.0)
- Herstellung von Holzspielzeug (s. 32.40.0)
- Herstellung von Bürsten und Besen (s. 32.91.0)
- Herstellung von Särgen (s. 32.99.0)
- Herstellung von Rettungsmitteln aus Kork (s. 32.99.0)

**17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Holz- und Zellstoff und veredelten Papiererzeugnissen. Die Herstellung dieser Erzeugnisse wird zusammengefasst, da sie eine Reihe von vertikal verbundenen Verfahren bildet. In einer Einheit werden häufig mehrere Verfahren durchgeführt.

Es gibt im Wesentlichen drei Tätigkeiten: Die Herstellung von Holz- und Zellstoff besteht in der Trennung der Zellstofffasern von den anderen im Holz enthaltenen Stoffen oder in der Auflösung und Entfärbung von Altpapier sowie der Beimischung von Reagenzien, um den Zusammenhalt der Fasern zu verstärken. Bei der Herstellung von Papier wird der Zellstoffbrei z. B. auf ein Drahtsieb aufgebracht und bildet ein Endlosblatt. Veredelte Papiererzeugnisse werden aus Papier und anderem Material durch verschiedene Verfahren hergestellt.

Eingeschlossen sind auch bedruckte Papiererzeugnisse (z. B. Tapeten, Geschenkpapier usw.), sofern das Drucken von Informationen nicht der Hauptzweck ist.

Die Herstellung von Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe zählt zur Gruppe 17.1, die übrigen Klassen umfassen die Herstellung von weiterverarbeitetem Papier und Papiererzeugnissen.

**17.1 Herstellung von Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe**

**17.11 Herstellung von Holz- und Zellstoff**

**17.11.0 Herstellung von Holz- und Zellstoff**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von gebleichter, halbgebleichter oder ungebleichter Papiermasse durch mechanische, chemische (auflösende oder nichtauflösende) oder halbchemische Aufbereitung von Papiermasse
- Herstellung von Zellstoff aus Baumwoll-Samenhaaren (Linters)
- Entfernen von Druckfarben und Herstellung von Holzschliff aus Altpapier



### 17.12 Herstellung von Papier, Karton und Pappe

#### 17.12.0 Herstellung von Papier, Karton und Pappe

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Papier, Karton und Pappe zur industriellen Weiterverarbeitung
- Weiterverarbeitung von Papier, Karton und Pappe:
  - Umhüllen, Beschichten und Imprägnieren von Papier, Karton und Pappe
  - Herstellung von Krepp- und Faltpapier
  - Herstellung von Laminaten und Folien, die mit Papier, Karton oder Pappe laminiert sind
- Herstellung von Büttenpapier und -pappe (handgeschöpft)
- Herstellung von Zeitungspapier und anderem Druck- oder Schreibpapier
- Herstellung von Zellstoffwatte und Vliesen aus Zellstofffasern
- Herstellung von (nicht gebrauchsfertigem) Kohle-, Durchschreibe- oder Umdruckpapier in Rollen oder breiten Bogen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Wellpapier und -pappe (s. 17.21.0)
- Herstellung von weiterverarbeiteten Papier-, Pappe- oder Zellstoffwaren (s. 17.22.0, 17.23.0, 17.24.0, 17.29.0)
- Herstellung von beschichtetem oder imprägniertem Papier, sofern die Beschichtung oder das Imprägniermittel den Hauptbestandteil darstellt (siehe die Klasse, in der die Beschichtung oder das Imprägniermittel eingereiht ist)
- Herstellung von Schleifpapier (s. 23.91.0)

### 17.2 Herstellung von Waren aus Papier, Karton und Pappe

#### 17.21 Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe

##### 17.21.0 Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Wellpapier und -pappe
- Herstellung von Verpackungsmitteln aus Wellpapier und -pappe
- Herstellung von Faltschachteln aus Pappe
- Herstellung von Verpackungsmitteln aus Vollpappe
- Herstellung von anderen Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe
- Herstellung von Säcken und Beuteln aus Papier
- Herstellung von Büroschachteln u. Ä.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Briefumschlägen (s. 17.23.0)
- Herstellung von aus Papierbrei geformten oder gepressten Waren (z. B. Eierschachteln) (s. 17.29.0)

**17.22 Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe**

**17.22.0 Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Haushalts- und Hygieneartikeln aus Papier oder Pappe sowie von Waren aus Zellstoffwatte:
  - Reinigungstücher
  - Taschentücher, Handtücher und Servietten
  - Toilettenpapier
  - hygienische Binden und Tampons, Windeln und Windeleinlagen
  - Tassen, Teller und Tablettts
- Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen daraus: Monatsbinden, Tampons usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Zellstoffwatte (s. 17.12.0)

**17.23 Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe**

**17.23.0 Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von gebrauchsfertigem Druck- und Schreibpapier
- Herstellung von gebrauchsfertigem Papier für Computerdrucker
- Herstellung von gebrauchsfertigem präpariertem Durchschreibpapier
- Herstellung von gebrauchsfertigen vollständigen Dauerschablonen und Kohlepapier
- Herstellung von gebrauchsfertigem gummiertem oder mit einer Klebeschicht versehenem Papier
- Herstellung von Briefumschlägen und Einstückbriefen
- Herstellung von Schreibwaren aus Papier oder Pappe für Ausbildung und Beruf (Hefte, Mappen, Hefter, Ordner, Register, Hauptbücher für die Buchhaltung, Vordrucke usw.), sofern die aufgedruckte Information nicht das Hauptmerkmal darstellt
- Herstellung von Zusammenstellungen solcher Schreibwaren in Schachteln, Taschen und ähnlichen Behältnissen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bedrucken von Papiererzeugnissen (s. Gruppe 18.1)

### 17.24 Herstellung von Tapeten

#### 17.24.0 Herstellung von Tapeten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Tapeten und ähnlichen Wandverkleidungen einschließlich vinylbeschichteter und textiler Wandverkleidungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nicht zugeschnittenem Papier, Karton und Pappe (s. 17.12.0)
- Herstellung von Kunststofftapeten (s. 22.29.0)

### 17.29 Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe

#### 17.29.0 Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Etiketten, einschließlich selbstklebender Etiketten
- Herstellung von Filterpapier und -pappe
- Herstellung von Rollen, Spulen usw. aus Papier oder Pappe
- Herstellung von Eierschachteln und sonstigen Verpackungsmitteln aus Höckerpappe usw.
- Herstellung von Dekorations- und Unterhaltungsartikeln aus Papier
- Herstellung von Papier- oder Pappkarten zum Einsatz in Jacquardmaschinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Spielkarten (s. 32.40.0)
- Herstellung von Spielen und Spielzeug aus Papier oder Pappe (s. 32.40.0)

**18 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern**

Diese Abteilung umfasst Drucken von Erzeugnissen wie Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Geschäftsvordrucke, Grußkarten usw. und beinhaltet auch Unterstützungstätigkeiten wie Buchbinderei, Klischeeherstellung und Data Imaging. Die hier eingeordneten Unterstützungstätigkeiten sind integraler Bestandteil der Herstellung von Druckerzeugnissen, und ein Erzeugnis (Druckplatte, Computer-Speicherplatte oder -datei), das integraler Bestandteil der Herstellung von Druckerzeugnissen ist, wird fast immer im Rahmen dieser Tätigkeiten hergestellt.

Die beim Drucken angewandten Verfahren beinhalten eine Reihe von Techniken zur Bildübertragung von Platten, Rastern oder Computerdateien auf andere Medien wie Papier, Kunststoff, Metall, Textilien oder Holz. Am häufigsten ist die Bildübertragung von Platten oder Rastern auf das Medium (Lithografie, Tief-, Sieb- und Flexodruck). Häufig dient die Computerdatei auch dazu, den Druckmechanismus, eine elektrostatische oder eine sonstige Vorrichtung unmittelbar zu steuern, um ein Bild zu erzeugen (digitaler oder anschlagfreier Druck).

Zwar können Drucken und Verlegen in der gleichen Einheit erfolgen, doch geht der Trend dahin, dass diese verschiedenen Tätigkeiten nicht in der gleichen Arbeitsstätte ausgeführt werden.

Diese Abteilung umfasst auch die Vervielfältigung bespielter Datenträger, z. B. CDs, Videoaufzeichnungen oder Software auf Bändern, Platten usw.

**18.1 Herstellung von Druckerzeugnissen**

Diese Gruppe umfasst das Drucken von Erzeugnissen wie Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Geschäftsdrucksachen, Grußkarten usw. und beinhaltet auch Unterstützungstätigkeiten wie Buchbinderei, Klischeeherstellung und Data Imaging. Das Drucken kann mit unterschiedlichen Verfahren auf unterschiedliche Materialien erfolgen.

**18.11 Drucken von Zeitungen**

**18.11.0 Drucken von Zeitungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Druck von Zeitungen und anderen periodischen Druckschriften, die mindestens viermal wöchentlich erscheinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Druckerzeugnissen (s. Gruppe 58.1)
- Fotokopieren von Unterlagen (s. 82.19.0)

### 18.12 Drucken a. n. g.

#### 18.12.0 Drucken a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Drucken von Zeitschriften und anderen periodischen Druckschriften, die weniger als viermal wöchentlich erscheinen
- Drucken von Büchern und Broschüren, Musikalien und Notenvorlagen, Karten, Atlanten, Plakaten, Katalogen, Prospekten und anderen Werbedruckschriften, Postwertzeichen, Steuermarken, Wertpapieren, Chipkarten, Alben, Tagebüchern, Kalendern, Formularen und anderen Geschäftsdrucksachen, Familiendrucksachen und anderen Druckerzeugnissen auf Hoch-, Offset-, Tief-, Flexo-, Sieb- und anderen Druckmaschinen, Vervielfältigungsmaschinen, Computerdruckern, Prägemaschinen, einschließlich Schnelldruck
- Bedrucken von Textilien, Kunststoff, Glas, Metall, Holz und Keramik

Für die bedruckten Gegenstände besteht üblicherweise Urheberrechtsschutz.

- Bedrucken von Etiketten, einschließlich selbstklebender Etiketten, und Anhängern (Lithografie, Tiefdruck, Flexo- oder anderer Druck)

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Siebdrucken auf Textilien und Bekleidung (s. 13.30.0)
- Herstellung von Schreibwaren aus Papier oder Pappe (Hefte, Mappen, Hefter, Ordner, Register, Hauptbücher für die Buchhaltung, Vordrucke usw.), sofern die aufgedruckte Information nicht das Hauptmerkmal darstellt (s. 17.23.0)
- Verlegen von Druckerzeugnissen (s. Gruppe 58.1)
- Fotokopieren von Unterlagen (s. 82.19.0)

### 18.13 Druck- und Mediovorstufe

#### 18.13.0 Druck- und Mediovorstufe

Diese Unterklasse umfasst:

- Satzherstellung einschließlich Fotosatz, Dateneingabe auf der Druck- und Mediovorstufe einschließlich Scannen und optische Zeichenerkennung, elektronischer Seitenaufbau
- Vorbereitung von Dateien für Multimedia-Anwendungen (Ausdruck auf Papier, CD-ROM, Internet)
- Stereotypieleistungen einschließlich Bild- und Plattensatz (für Hochdruck- und Offset-Druckverfahren)
- Vorbereitung der Druckzylinder: Gravieren oder Ätzen von Tiefdruckwalzen
- Vorbereitung der Druckplatten: "computer to plate" CTP (auch Fotopolymer-Platten)
- Vorbereitung von Platten und Formen für Reliefdruck
- Vorbereitung technischer Art von Kunstwerken, etwa Vorbereiten von Lithografie-Steinen und Holzblöcken
- Vorbereitung von Datenträgern für Präsentationen, z. B. Folien für Tageslichtprojektoren und andere Präsentationsformen
- Vorbereitung von Skizzen, Layouts, Dummys usw.
- Herstellung von Korrekturabzügen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design (s. 74.10.1 bis .3)*

**18.14 Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen**

**18.14.0 Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Drucknachbereitung, z. B. Binden und Fertigstellen von Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Katalogen usw. durch Falzen, Zusammentragen, Klammern, Leimen, Heften, Klebebinden, Beschneiden, Prägen, Lumbecken, Rückenstichheften, Anbringen von Goldschnitt, Spiralbindung mit Draht oder Kunststoff, einschließlich Binden von Kleinauflagen und Probeexemplaren
- Binden und Fertigbearbeiten von bedrucktem Papier oder Karton durch Falten, Stanzen, Stempeln, Lochen, Perforieren, Bohren, Prägen, Kleben, Leimen, Laminieren, Brailledrucken
- Fertigbearbeiten für CD-ROM

**18.2 Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern**

**18.20 Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern**

**18.20.0 Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vervielfältigung von Schallplatten, CDs und Tonbändern mit Musik- oder sonstigen Tonaufnahmen anhand von Masterbändern
- Vervielfältigung von CDs, DVDs und Videobändern mit Film- und sonstigen Bildaufnahmen anhand von Masterbändern
- Vervielfältigung von Masteraufzeichnungen von Software und Daten auf Disketten, CDs und Magnetbändern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vervielfältigen von Druckerzeugnissen (s. 18.11.0, 18.12.0)*
- *Verlegen von Software (s. Gruppe 58.2)*
- *Herstellung und Vertrieb von Filmen und Videobändern auf DVD und ähnlichen Datenträgern (s. 59.11.0, 59.12.0, 59.13.0)*
- *Vervielfältigung von Kinofilmen zwecks Verleih an Kinos (s. 59.12.0)*
- *Herstellung von Masteraufzeichnungen für Schallplatten oder andere Tonträger (s. 59.20.1)*

### 19 Kokerei und Mineralölverarbeitung

Diese Abteilung umfasst die Verarbeitung von Rohöl und Kohle zu gebrauchsfertigen Erzeugnissen. Das vorherrschende Verfahren ist die Mineralölverarbeitung durch Trennung von Rohöl in Teilerzeugnisse anhand von Verfahren wie Spaltung und Destillation. Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Gasen wie Ethan, Propan und Butan als Erzeugnisse von Erdölraffinerien. Diese Abteilung umfasst sowohl die Herstellung charakteristischer Produkte auf eigene Rechnung (z. B. Koks, Butan, Propan, Benzin, Kerosin, Heizöl usw.) als auch Weiterverarbeitungsleistungen (z. B. Mineralölraffination im Lohnauftrag).

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Gewinnung von Erdgas (Methan, Ethan, Butan bzw. Propan) (s. 06.20.0)
- Herstellung von petrochemischen Erzeugnissen aus raffiniertem Erdöl (s. Abteilung 20)
- Herstellung von Industriegasen (s. 20.11.0)
- Herstellung von sonstigen gasförmigen organischen Chemikalien (s. 20.14.0)
- Herstellung gasförmiger Brennstoffe außer Erdölgas (z. B. Kohlengas, Wassergas, Generatorgas, Gas von Gaswerken, durch Verkokung von Kohle, aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen oder aus Reststoffen oder aus Gasen verschiedenen Ursprungs (einschließlich Erdgas) durch Reinigung, Mischung und andere Verfahren) (s. 35.21.1 bis .3)

#### 19.1 Kokerei

#### 19.10 Kokerei

#### 19.10.0 Kokerei

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Koksöfen
- Herstellung von Koks und Schwelkoks
- Herstellung von Pech und Pechkoks
- Herstellung von Steinkohlegas
- Herstellung von Steinkohle- und Braunkohlerohrteer
- Agglomerieren von Koks

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Torf-, Steinkohle- und Braunkohlebriketts (s. 19.20.0)

**19.2 Mineralölverarbeitung**

**19.20 Mineralölverarbeitung**

**19.20.0 Mineralölverarbeitung**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen aus Rohöl, bituminösen Mineralen und deren Fraktionierungsprodukten. Das Raffinieren von Erdöl umfasst mindestens eine der folgenden Tätigkeiten: Fraktionierung, direkte Destillation von Rohöl, Spaltung

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Motorentreibstoff: Benzin, Kerosin usw.
- Herstellung von Brennstoff: leichtes, mittelschweres und schweres Heizöl, Raffineriegase wie Ethan, Propan, Butan usw.
- Herstellung von Schmierölen und -fetten aus Roh- und Altöl
- Herstellung von Erzeugnissen für die erdölchemische Industrie und die Herstellung von Straßenbelägen
- Herstellung verschiedener Erzeugnisse: Testbenzin, Paraffin, Vaseline usw.
- Herstellung von Ölbriketts
- Beimischen von Bio-Kraftstoffen, d. h. von Alkoholen zu Motorentreibstoffen (z. B. Gasohol)
- Herstellung von Torfbriketts
- Herstellung von Stein- und Braunkohlebriketts

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Industriegasen (s. 20.11.0)*
- *Erzeugung von Gas für Versorgungszwecke durch Verkokung von Kohle, aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen oder aus Reststoffen (s. 35.21.1 bis .3)*
- *Erzeugung von gasförmigen Brennstoffen mit einem spezifischen Heizwert aus Gasen verschiedenen Ursprungs (einschließlich Erdgas) durch Reinigung, Mischung und andere Verfahren (s. 35.21.3 bis .3)*



### 20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Diese Abteilung umfasst die Verarbeitung organischer und anorganischer Rohstoffe in einem chemischen Verfahren zu chemischen Erzeugnissen. Hierbei wird unterschieden zwischen der Herstellung von chemischen Grundstoffen (in der ersten Gruppe) und der Herstellung von Zwischen- und Endprodukten durch Weiterverarbeitung chemischer Grundstoffe (s. übrige Gruppen dieser Abteilung).

#### 20.1 Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und den entsprechenden Stickstoffverbindungen sowie von Kunststoffen und synthetischem Kautschuk in Primärformen.

#### 20.11 Herstellung von Industriegasen

##### 20.11.0 Herstellung von Industriegasen

Diese Unterklasse umfasst:

– Herstellung von technischen und medizinischen Flüssig- oder Druckgasen:

- Elementargase
- Flüssig- oder Druckluft
- gasförmige Kühlmittel
- Misch-Industriegase
- Inertgase wie Kohlendioxid
- Isoliergase

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gewinnung von Methan, Ethan, Butan oder Propan (s. 06.20.0)
- Herstellung von gasförmigen Brennstoffen wie Ethan, Butan oder Propan in Erdölraffinerien (s. 19.20.0)
- Herstellung von gasförmigen Brennstoffen durch Verkokung von Kohle, aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen oder aus Reststoffen (s. 35.21.1 bis .3)

#### 20.12 Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten

##### 20.12.0 Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten jeder Herkunft als Grundstoff oder Konzentrat
- Herstellung von als fluoreszierende Aufheller oder Luminophore verwendeten Erzeugnissen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von zubereiteten Farbstoffen und Pigmenten (s. 20.30.0)

**20.13 Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien**

**20.13.0 Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von chemischen Stoffen nach grundlegenden Verfahren. Das Ergebnis dieser Verfahren sind in der Regel getrennte chemische Elemente oder chemische Verbindungen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von chemischen Elementen mit Ausnahme von Industriegasen und Metallen
- Herstellung anorganischer Säuren mit Ausnahme von Salpetersäure
- Herstellung von Alkalien, Laugen und sonstigen anorganischen Basen mit Ausnahme von Ammoniak
- Herstellung sonstiger anorganischer Verbindungen
- Rösten von Eisenkies
- Herstellung von destilliertem Wasser
- Anreicherung von Uran- und Thoriumerzen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Industriegasen (s. 20.11.0)*
- *Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen (s. 20.15.0)*
- *Herstellung von Ammoniak (s. 20.15.0)*
- *Herstellung von Ammoniumchlorid (s. 20.15.0)*
- *Herstellung von Kaliumnitriten und -nitraten (s. 20.15.0)*
- *Herstellung von Ammoniumkarbonaten (s. 20.15.0)*
- *Herstellung von destillierten aromatischen Wässern (s. 20.53.0)*
- *Herstellung von Metallen (s. Abteilung 24)*

### 20.14 Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien

#### 20.14.0 Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von chemischen Stoffen nach grundlegenden Verfahren wie thermisches Spalten und Destillation. Das Ergebnis dieser Verfahren sind in der Regel getrennte chemische Elemente oder chemische Verbindungen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von organischen chemischen Grundstoffen:
  - gesättigte und ungesättigte azyklische Kohlenwasserstoffe
  - gesättigte und ungesättigte zyklische Kohlenwasserstoffe
  - azyklische und zyklische Alkohole
  - Mono- und Polycarbonsäuren einschließlich Essigsäure
  - sonstige Verbindungen mit Sauerstoffgruppen einschließlich Aldehyden, Ketonen, Chinonen und Verbindungen mit zwei oder mehreren Sauerstoffgruppen
  - synthetisches Glycerin
  - organische Verbindungen mit Stickstoffgruppen einschließlich Aminen
  - Vergärung von Zuckerrohr, Mais oder ähnlichen Agrarerzeugnissen zur Herstellung von Alkohol und Estern
  - sonstige organische Verbindungen einschließlich Erzeugnissen der Holzdestillation (z. B. Holzkohle) usw.
- Herstellung von synthetischen Aromen
- Destillation von Steinkohlenteer

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Kunststoffen in Primärformen (s. 20.16.0)
- Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen (s. 20.17.0)
- Herstellung von Rohglycerin (s. 20.41.0)
- Herstellung von etherischen Ölen (s. 20.53.0)
- Herstellung von Salicyl- und o-Acetylsalicylsäure (s. 21.10.0)

**20.15 Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen**

**20.15.0 Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Düngemitteln:
  - einfache oder zusammengesetzte stickstoff-, phosphat- oder kaliumhaltige Düngemittel
  - Harnstoff, natürliches Rohphosphat und natürliches Rohkalisalz
- Herstellung von verwandten Stickstoffprodukten:
  - Stickstoff- und Sulfosäuren, Ammoniak, Ammoniumchlorid, Ammoniumkarbonat, Kaliumnitrite und -nitrate
- Herstellung von Gartenerde mit Torf als Hauptbestandteil
- Herstellung von Gartenerdemischungen aus Mutterboden, Sand, Ton und Mineralen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Gewinnung von Guano (s. 08.91.0)
- Herstellung von agrochemischen Erzeugnissen wie Pestiziden (s. 20.20.0)

**20.16 Herstellung von Kunststoffen in Primärformen**

**20.16.0 Herstellung von Kunststoffen in Primärformen**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von Harzen, Kunststoffen und nicht vulkanisierbaren thermoplastischen Elastomeren sowie das Mischen von Harzen nach Kundenwunsch und die Herstellung von synthetischen Harzen nach eigener Spezifikation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Kunststoffen in Primärformen:
  - Polymere, auch von Ethylen, Propylen, Styrol, Vinylchlorid, Vinylacetat und Acryl
  - Polyamide
  - Phenol- und Epoxidharze und Polyurethane
  - Alkyd- und Polyesterharze und Polyether
  - Silicone
  - Ionenaustauscher auf der Grundlage von Polymeren
- Herstellung von Cellulose und ihren chemischen Derivaten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Chemiefasern (s. 20.60.0)
- Zerkleinern von Kunststoffen zur Materialrückgewinnung (s. 38.32.0)

### **20.17 Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen**

#### **20.17.0 Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen:
  - synthetischer Kautschuk
  - Faktis
- Herstellung von Mischungen aus synthetischem Kautschuk und Naturkautschuk oder kautschukähnlichen Gummiharzen (z. B. Balata)

### **20.2 Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln**

#### **20.20 Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln**

##### **20.20.0 Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Insektiziden, Rodentiziden, Fungiziden, Herbiziden, Akariziden, Molluskiziden, Bioziden
- Herstellung von Keimhemmungsmitteln, Wachstumsregulatoren
- Herstellung von Desinfektionsmitteln (für landwirtschaftliche und andere Zwecke)
- Herstellung von sonstigen agrochemischen Erzeugnissen a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen (s. 20.15.0)*

### **20.3 Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten**

#### **20.30 Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten**

##### **20.30.0 Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Farben und Lacken, Lackharzen
- Herstellung von zubereiteten Pigmenten und Farbstoffen, Trübungsmitteln und Farben
- Herstellung von Druckfarben
- Herstellung von verglasbaren Emailen, Glasuren, Engoben und ähnlichen Zubereitungen
- Herstellung von Kitten
- Herstellung von Dichtungsbestandteilen und ähnlichen nichtfeuerfesten Spachtel- und Verputzmassen
- Herstellung von zusammengesetzten organischen Lösungs- und Verdünnungsmitteln
- Herstellung von zubereiteten Farb- und Lackentfernern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten (s. 20.12.0)
- Herstellung von Tinte und Tusche (s. 20.59.0)

**20.4 Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln sowie von Duftstoffen**

**20.41 Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln**

**20.41.0 Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von organischen grenzflächenaktiven Stoffen
- Herstellung von Papier, Watte, Filz und Vliesstoffen, mit Seife oder Reinigungsmitteln getränkt oder überzogen (nicht zur Körperpflege)
- Herstellung von Glycerin
- Herstellung von Seifen, außer solcher zur Körperpflege
- Herstellung von grenzflächenaktiven Zubereitungen:
  - Wasch- und Reinigungsmittel
  - Geschirrspülmittel
  - Textilweichspüler
- Herstellung von Reinigungs- und Poliermitteln:
  - Zubereitungen zum Parfümieren und Deodorieren von Räumen
  - künstliche und zubereitete Wachse
  - Lederpflegemittel
  - Holzpflegemittel
  - Poliermittel für Karosserien, Glas und Metall
  - Scheuerpasten und -pulver, einschließlich mit Scheuerpasten und -pulver beschichtetem Papier, Watte usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von getrennten chemischen Verbindungen (s. 20.13.0, 20.14.0)
- Herstellung von aus Mineralölerzeugnissen synthetisiertem Glycerin (s. 20.14.0)
- Herstellung von Seife zur Körperpflege (s. 20.42.0)

### 20.42 Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen

#### 20.42.0 Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen:
  - Parfüms und Eau de Toilette
  - Kosmetika
  - Sonnenschutz- und Bräunungsmittel
  - Hand- und Fußpflegemittel
  - Haarwaschmittel, Haarlacke, Dauerwell- und Entkrausungsmittel
  - Zahnputz- und Mundpflegemittel einschließlich Haftmittel für Zahnprothesen
  - zubereitete Rasiermittel, einschließlich Zubereitungen für den Gebrauch vor oder nach der Rasur
  - Deodorants und Badesalze
  - Enthaarungsmittel
- Herstellung von Seifen zur Körperpflege

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von natürlichen etherischen Ölen (s. 20.53.0)

### 20.5 Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Sprengstoffen und pyrotechnischen Erzeugnissen, Klebstoffen, etherischen Ölen und sonstigen chemischen Erzeugnissen, z. B. fotochemischen Erzeugnissen (einschließlich Filme und lichtempfindliche Papiere), zusammengesetzte Diagnostikreagenzien usw.

#### 20.51 Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen

##### 20.51.0 Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Schießpulver
- Herstellung von Sprengstoffen und pyrotechnischen Erzeugnissen, Sprengkapseln, Sprengzündern und Leuchtkugeln
- Herstellung von Streichhölzern

**20.52 Herstellung von Klebstoffen**

**20.52.0 Herstellung von Klebstoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Leimen und zubereiteten Klebstoffen, einschließlich Klebstoffen auf Gummibasis

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Gelatinen und ihren Derivaten (s. 20.59.0)

**20.53 Herstellung von etherischen Ölen**

**20.53.0 Herstellung von etherischen Ölen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Auszügen aus natürlichen Aromen
- Herstellung von Resinoiden
- Herstellung von Riechstoffmischungen für die Parfüm- und Lebensmittelherstellung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von synthetischen Aromen (s. 20.14.0)
- Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen (s. 20.42.0)

**20.59 Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g.**

**20.59.0 Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von lichtempfindlichen fotografischen Platten, Filmen, lichtempfindlichem Papier und sonstigem lichtempfindlichem unbelichtetem Filmmaterial
- Herstellung von zubereiteten chemischen Erzeugnissen für fotografische Zwecke
- Herstellung von Gelatine und ihren Derivaten
- Herstellung von Tinte und Tusche
- Herstellung von verschiedenen chemischen Erzeugnissen:
  - Peptone, ihre Derivate, sonstige Eiweißstoffe und ihre Derivate a. n. g.
  - chemisch modifizierte Öle und Fette
  - Erzeugnisse für die Textil- und Lederappretur
  - Pulver und Pasten zum Löten und Schweißen
  - Zubereitungen zum Abbeizen von Metallen
  - zubereitete Additive für Zement
  - Aktivkohle, Additive für Schmieröle, Vulkanisationsbeschleuniger, Katalysatoren und sonstige chemische Erzeugnisse für industrielle Verwendung
  - zubereitete Antiklopfmittel, Frostschutzmittel
  - Hydraulikflüssigkeiten
  - Zusammengesetzte Diagnostik- und Laborreagenzien



*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von anorganischen und organischen Grundstoffen und Chemikalien, a. n. g. (s. 20.13.0, 20.14.0)*
- *Herstellung von destilliertem Wasser (s. 20.13.0)*
- *Herstellung von Farben (s. 20.30.0)*
- *Herstellung von Klebstoffen auf Bitumenbasis (s. 23.99.0)*

### **20.6 Herstellung von Chemiefasern**

#### **20.60 Herstellung von Chemiefasern**

##### **20.60.0 Herstellung von Chemiefasern**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- *Herstellung von synthetischen oder künstlichen Filamenten*
- *Herstellung von synthetischen oder künstlichen Stapelfasern, weder gekrempelt noch gekämmt oder anderweitig für die Spinnerei bearbeitet*
- *Herstellung von synthetischen oder künstlichen Filamentgarnen einschließlich hochfesten Garnen*
- *Herstellung von synthetischen oder künstlichen Monofilamenten oder Streifen*

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Spinnen von synthetischen oder künstlichen Garnen (s. 13.10.0)*
- *Herstellung von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern (s. 13.10.0)*

**21 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen und pharmazeutischen Spezialitäten. Sie beinhaltet auch die Herstellung von Arzneimitteln chemischen und botanischen Ursprungs.

**21.1 Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen**

**21.10 Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen**

**21.10.0 Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung aktiver Substanzen für die Herstellung pharmazeutischer Präparate: Antibiotika, Vitamine, Salicyl- und o-Acetylsalicylsäure usw.
- Verarbeitung von Blut
- Herstellung von chemisch reinem Zucker
- Verarbeitung von Drüsen, Herstellung von Drüsenauszügen usw.

**21.2 Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen**

**21.20 Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen**

**21.20.0 Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von pharmazeutischen Präparaten:
  - Antisera und sonstige Blutbestandteile
  - Impfstoffe
  - verschiedene Arzneiwaren, einschließlich homöopathischer Zubereitungen
- Herstellung von chemischen Empfängnisverhütungsmitteln zur äußeren Anwendung und hormonaler Präparate zur Empfängnisverhütung
- Herstellung von Zubereitungen für die medizinische Diagnostik einschließlich Schwangerschaftstests
- Herstellung von radioaktiven Stoffen für die in-vivo-Diagnostik
- Herstellung von biotechnischen pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von medizinischer Watte, Gaze, Binden, Verbandszeug usw.
- Aufbereitung botanischer Erzeugnisse (Mahlen, Sortieren) für pharmazeutische Zwecke

## Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Kräutertees (Pfefferminze, Eisenkraut, Kamille usw.) (s. 10.83.0)*
- *Herstellung von Knochenzement (s. 32.50.1)*
- *Herstellung von chirurgischen Abdecktüchern (s. 32.50.1)*
- *Herstellung von Zahnfüllungen und Zahnzement (s. 32.50.1)*
- *Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen (s. 46.46.1)*
- *Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen (s. 47.73.0)*
- *Forschung und Entwicklung für pharmazeutische (auch biotechnische) Erzeugnisse (s. Gruppe 72.1)*
- *Verpacken von pharmazeutischen Erzeugnissen (s. 82.92.0)*

**22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Erzeugnissen aus Gummi und Kunststoffen.

Diese Abteilung wird durch die eingesetzten Rohstoffe charakterisiert. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Herstellung aller aus diesen Rohstoffen gefertigten Waren hier zugeordnet ist.

**22.1 Herstellung von Gummiwaren**

**22.11 Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen**

**22.11.0 Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Gummireifen für Fahrzeuge, Geräte, fahrbare Anlagen, Flugzeuge, Spielwaren, Möbel u. Ä.:
- Luftreifen
- Vollgummi- und Hochelastikreifen
- Herstellung von Luftschläuchen
- Herstellung von auswechselbaren Reifenprofilen, Reifenklappen, Rohlaufprofilen zur Runderneuerung von Reifen usw.
- Runderneuerung von Reifen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Reparaturmaterial für Reifen und Schläuche (s. 22.19.0)*
- *Reparatur, Montage und Wechseln von Reifen und Schläuchen (s. 45.20.3 und .4)*

### 22.19 Herstellung von sonstigen Gummiwaren

#### 22.19.0 Herstellung von sonstigen Gummiwaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtvulkanisiertem, vulkanisiertem oder gehärtetem natürlichem oder synthetischem Kautschuk:
  - Platten, Blätter, Streifen, Stäbe, Stangen und Profile
  - Schläuche und Rohre
  - Förderbänder und Treibriemen
  - Hygieneartikel: Präservative, Sauger, Wärmflaschen usw.
  - Gummibekleidungsartikel, die lediglich geschweißt oder geklebt wurden
  - Gummisohlen und andere Schuhteile aus Gummi
  - gummierte Fäden und Seile
  - gummierte Garne und Gewebe
  - Ringe, Armaturen und Dichtungen
  - Walzenbezüge
  - Luftmatratzen
  - Luftballons
- Herstellung von Gummibürsten
- Herstellung von Pfeifenmundstücken aus Hartgummi
- Herstellung von Kämmen, Haarnadeln, Haarwicklern und dergleichen, aus Hartgummi
- Herstellung von Reparaturmaterial aus Gummi
- Herstellung von mit Gummi imprägnierten, beschichteten, überzogenen oder laminierten Spinnstoffen, wenn Gummi den Hauptbestandteil darstellt
- Herstellung von Wasserbettmatratzen aus Gummi
- Herstellung von Badekappen und Schürzen aus Gummi
- Herstellung von Surf- und Tauchanzügen aus Gummi
- Herstellung von Sexartikeln aus Gummi

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Reifencord (s. 13.96.0)
- Herstellung von Bekleidung aus Elastikgeweben (s. 14.14.1 und .3, 14.19.0)
- Herstellung von Gummischuhen (s. 15.20.0)
- Herstellung von Leimen und Klebstoffen auf Gummibasis (s. 20.52.0)
- Herstellung von Rohlaufprofilen zur Runderneuerung von Reifen (s. 22.11.0)
- Herstellung von aufblasbaren Flößen und Booten (s. 30.11.0, 30.12.0)
- Herstellung von nicht überzogenen Schaumgummimatratzen (s. 31.03.0)
- Herstellung von Sportzubehör aus Gummi (s. 32.30.0)
- Herstellung von Spielen und Spielzeug aus Gummi (einschließlich Planschbecken für Kinder, aufblasbare Gummiboote für Kinder, aufblasbare Gummitiere, Bälle und dergleichen) (s. 32.40.0)
- Rückgewinnung von Gummi (s. 38.32.0)

**22.2 Herstellung von Kunststoffwaren**

Diese Gruppe umfasst die Verarbeitung von neuen oder gebrauchten (d. h. rückgewonnenen) Kunststoffharzen zu Halbfertig- oder Fertigwaren durch Formpressen, Extrudieren, Spritzgießen, Blasformen usw. In den meisten Fällen erlaubt das Fertigungsverfahren die Herstellung einer breiten Palette von Erzeugnissen.

**22.21 Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen**

**22.21.0 Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Halbfertigerzeugnissen aus Kunststoffen:
  - Tafeln, Platten, Blöcke, Filme, Folien, Streifen usw. (auch selbstklebend)
- Herstellung von Fertigerzeugnissen aus Kunststoffen:
  - Schläuche und Rohre, Form-, Verschluss- und Verbindungsstücke
  - Zellglasband oder -bögen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kunststoffen in Primärformen (s. 20.16.0)
- Herstellung von Erzeugnissen aus synthetischem oder natürlichem Kautschuk (s. Gruppe 22.1)
- Rückgewinnung von Kunststoffen (s. 38.32.0)

**22.22 Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen**

**22.22.0 Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen:
  - Beutel, Säcke, Container, Kisten, Ballons, Flaschen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Koffern und Handtaschen aus Kunststoff (s. 15.12.0)

### 22.23 Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen

#### 22.23.0 Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen:
  - Türen, Fenster, Rahmen, Rollläden, Jalousien und Randleisten
  - Sammelbehälter und Tanks
  - Bodenbeläge, Wand- oder Deckenverkleidungen in Rollen oder in Form von Fliesen oder Platten usw.
  - Bade- und Duschwannen, Wasch- und Spülbecken, WC- und Bidetbecken, Spülkästen usw.
- Herstellung von elastischen Bodenbelägen, z. B. aus Vinyl, Linoleum usw.
- Herstellung von Kunststein (z. B. Kunstmarmor)

### 22.29 Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren

#### 22.29.0 Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Geschirr und anderen Haushaltsartikeln sowie Toilettenartikeln aus Kunststoffen
- Herstellung von verschiedenen Kunststoffwaren:
  - Kopfbedeckungen
  - Isolierteile
  - Beleuchtungszubehör
  - Büro- und Schulbedarf
  - Bekleidungsartikel (die lediglich geschweißt oder geklebt wurden), Möbelbeschläge
  - Statuetten
  - Treibriemen, Förderbänder, selbstklebende Kunststoffbänder
  - Schuhleisten, Zigarren- und Zigarettenmundstücke, Kämme, Haarwickler, Dekorations- und Scherzartikel usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Koffern und Taschen aus Kunststoff (s. 15.12.0)*
- *Herstellung von Kunststoffschuhen (s. 15.20.0)*
- *Herstellung von Kunststoffmöbeln (s. 31.01.1 bis .2, 31.02.0, 31.09.1 bis .9)*
- *Herstellung von nicht überzogenen Schaumstoffmatratzen (s. 31.03.0)*
- *Herstellung von Sportzubehör aus Kunststoffen (s. 32.30.0)*
- *Herstellung von Spielen und Spielzeug aus Kunststoffen (s. 32.40.0)*
- *Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Geräten aus Kunststoffen (s. 32.50.1)*
- *Herstellung von Brillen, Haftschaalen, Augenarzt- und Optikerbedarf aus Kunststoffen (s. 32.50.1)*
- *Herstellung von Schutzhelmen und anderer persönlicher Sicherheitsausrüstung (s. 32.99.0)*

**23 Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Waren unter Verwendung von Stoffen mineralischen Ursprungs. Sie umfasst die Herstellung von Glas und Erzeugnissen daraus (z. B. Flachglas, Hohlglas, Glasfasern, technische Glaswaren usw.), keramischen Erzeugnissen, Ziegeln und Erzeugnissen aus gebranntem Ton sowie Zement und Gips, und zwar von den Rohstoffen bis hin zu den Fertigwaren. Die Herstellung von be- und verarbeiteten Naturwerksteinen und Natursteinen und sonstigen Mineralerzeugnissen ist in diese Abteilung ebenfalls eingeordnet.

**23.1 Herstellung von Glas und Glaswaren**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Glas, in beliebigem Verfahren und jeglicher Form hergestellt, sowie die Herstellung von Glaswaren

**23.11 Herstellung von Flachglas**

**23.11.0 Herstellung von Flachglas**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Flachglas, auch mit Drahteinlagen verstärkt, gefärbt oder getönt

**23.12 Veredlung und Bearbeitung von Flachglas**

**23.12.0 Veredlung und Bearbeitung von Flachglas**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von gehärtetem oder Mehrschichtenglas
- Herstellung von Glasspiegeln
- Herstellung von mehrschichtigen Isolierverglasungen

**23.13 Herstellung von Hohlglas**

**23.13.0 Herstellung von Hohlglas**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Flaschen und sonstigen Behältnissen aus Glas oder Kristall
- Herstellung von Trinkgläsern und sonstigen Haushaltswaren aus Glas oder Kristall

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Spielzeug aus Glas (s. 32.40.0)*



### **23.14 Herstellung von Glasfasern und Waren daraus**

#### **23.14.0 Herstellung von Glasfasern und Waren daraus**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Glasfasern, einschließlich Glaswolle, und nicht gewebten Erzeugnissen daraus

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Geweben aus Glasfasern (s. 13.20.0)
- Herstellung von Lichtleitfaserkabeln für die Datenübertragung und die Direktübertragung von Bildern (s. 27.31.0)

### **23.19 Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren**

#### **23.19.0 Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Glaswaren für Laboratorien sowie hygienischen oder pharmazeutischen Bedarfsartikeln aus Glas
- Herstellung von Uhrgläsern, optischem Glas und optisch nicht bearbeiteten optischen Bauteilen
- Herstellung von Glas für Fantasieschmuck
- Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Glas
- Herstellung von Glaskolben und Glasrohren für Lampen
- Herstellung von Glasfiguren
- Herstellung von Glasbausteinen
- Herstellung von Glas in Stangen oder Rohren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von optisch bearbeiteten optischen Bauteilen (s. 26.70.0)
- Herstellung von Spritzen und anderer medizinischer Ausrüstung (s. 32.50.1)

**23.2 Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren**

**23.20 Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren**

**23.20.0 Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von feuerfesten Mörteln, Feuerbeton usw.
- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen:
  - wärmeisolierende keramische Waren aus kieselsäurehaltigen fossilen Materialien
  - feuerfeste Steine, Platten, Fliesen usw.
  - feuerfeste keramische Retorten, Schmelztiegel, Muffeln, Ausgüsse, Rohre usw.
- Herstellung von feuerfesten Waren, die Magnesit, Dolomit oder Chromit enthalten

**23.3 Herstellung von keramischen Baumaterialien**

**23.31 Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten**

**23.31.0 Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nicht feuerfesten keramischen Wandfliesen und -platten, Würfeln für Mosaik usw.
- Herstellung von nicht feuerfesten keramischen Bodenfliesen und -platten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kunststein (z. B. Kunstmarmor) (s. 22.23.0)
- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. 23.20.0)
- Herstellung von keramischen Mauer- und Dachziegeln (s. 23.32.0)

**23.32 Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik**

**23.32.0 Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nicht feuerfesten keramischen Baumaterialien:
  - Mauerziegel, Hourdis, Deckenziegel, Dachziegel, Schornsteinaufsätze, Rohre, Rohrleitungen usw.
- Herstellung von Bodenplatten aus gebranntem Ton

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. 23.20.0)
- Herstellung von nicht tragenden, nicht feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. Gruppe 23.4)

**23.4 Herstellung von sonstigen Porzellan- und keramischen Erzeugnissen**

**23.41 Herstellung von keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen**

**23.41.0 Herstellung von keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Geschirr und anderen Haushaltsartikeln sowie Toilettenartikeln aus Keramik
- Herstellung von Statuetten und anderen Ziergegenständen aus Keramik

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Fantasieschmuck (s. 32.13.0)
- Herstellung von Spielzeug aus Keramik (s. 32.40.0)

**23.42 Herstellung von Sanitärkeramik**

**23.42.0 Herstellung von Sanitärkeramik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Sanitärkeramik, z. B. Badewannen, Duschen, Waschbecken, Bidets, Klosettschüsseln usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. 23.20.0)
- Herstellung von Baukeramik (s. Gruppe 23.3)

**23.43 Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik**

**23.43.0 Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektrischen Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. 23.20.0)

**23.44 Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke**

**23.44.0 Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Ferritmagneten
- Herstellung von keramischen Erzeugnissen für Laboratorien, chemische und industrielle Zwecke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kunststein (z. B. Kunstmarmor) (s. 22.23.0)
- Herstellung von feuerfesten keramischen Erzeugnissen (s. 23.20.0)
- Herstellung von Baukeramik (s. Gruppe 23.3)

## **23.49 Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen**

### **23.49.0 Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von keramischen Krügen und ähnlichen Behältnissen für Transport- oder Verpackungszwecke
- Herstellung von keramischen Erzeugnissen a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Sanitärkeramik (s. 23.42.0)
- Herstellung von künstlichen Zähnen (s. 32.50.3)

## **23.5 Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips**

### **23.51 Herstellung von Zement**

#### **23.51.0 Herstellung von Zement**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Klinker und hydraulischen Zementen einschließlich Portlandzement, Tonerdeschmelzzement, Hüttenzement und Superphosphatzement

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von feuerfesten Mörteln, Feuerbeton usw. (s. 23.20.0)
- Herstellung von Transportbeton und -mörtel sowie Mörtel in Pulverform (s. 23.63.0, 23.64.0)
- Herstellung von Erzeugnissen aus Zement (s. 23.69.0)
- Herstellung von Knochen- und Dentalzementen (s. 32.50.1)

### **23.52 Herstellung von Kalk und gebranntem Gips**

#### **23.52.0 Herstellung von Kalk und gebranntem Gips**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von gelöschtem und ungelöschtem sowie hydraulischem Kalk
- Herstellung von Gips aus gebranntem Gipsstein oder gebranntem Sulfat
- Herstellung von gebranntem Dolomit

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Erzeugnissen aus Gips (s. 23.62.0, 23.69.0)

**23.6 Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips**

**23.61 Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Kalksandstein für den Bau**

**23.61.0 Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Kalksandstein für den Bau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Waren aus Betonfertigteilen, Zement oder Kunststein für Bauzwecke:
  - Platten, Mauersteine, Tafeln, Dielen, Rohre, Pfosten usw.
- Herstellung von vorgefertigten Bauelementen aus Beton, Zement oder Kunststein

**23.62 Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau**

**23.62.0 Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Waren aus Gips für Bauzwecke:
  - Platten, Tafeln, Dielen usw.

**23.63 Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)**

**23.63.0 Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Transportbeton und -mörtel

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Feuerbeton (s. 23.20.0)

**23.64 Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)**

**23.64.0 Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Mörtel in Pulverform

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von feuerfestem Mörtel (s. 23.20.0)
- Herstellung von Transportbeton und -mörtel (s. 23.63.0)

**23.65 Herstellung von Faserzementwaren**

**23.65.0 Herstellung von Faserzementwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von mit Zement, Gips oder anderen mineralischen Bindemitteln vermischten Baumaterialien aus pflanzlichen Stoffen (Holzwolle, Stroh, Schilfrohr, Binsen)
- Herstellung von Waren aus Asbestzement, Cellulosezement oder dergleichen:
  - Wellplatten, andere Platten, Tafeln, Fliesen, Rohre, Becken, Tröge, Schalen, Ausgüsse, Gefäße, Möbel, Fensterrahmen usw.

**23.69 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a. n. g.**

**23.69.0 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus Beton, Zement, Gips oder Kunststein:
  - Figuren, Möbel, Flach- und Hochreliefs, Vasen, Blumentöpfe usw.

**23.7 Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.**

**23.70 Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.**

**23.70.0 Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Be- und Verarbeitung von Natursteinen für die Verwendung beim Bau, für Dacheindeckungen, auf Friedhöfen usw.:
  - Pflastersteine, Bordsteine, Prellsteine usw.
  - Grabsteine u. Ä.
- Herstellung von Steinmöbeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Aufbereitung von Natursteinen für den Absatz, z. B. Zerkleinern, Mahlen, Waschen, Sortieren (s. 08.11.0)*
- *in Steinbrüchen ausgeführte Arbeiten, z. B. roh behauenen von Steinen (s. 08.11.0)*
- *Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nicht metallischen Mineralien (s. Gruppe 23.9)*

### **23.9 Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage sowie sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.**

#### **23.91 Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage**

##### **23.91.0 Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Mühl-, Schleif- und Poliersteinen sowie von natürlichen oder künstlichen Schleifmitteln auf Unterlage, auch auf weicher Unterlage (z. B. Schleifpapier):
  - Mühlsteine sowie Steine zum Mahlen, Zerfasern oder Brechen
  - Schleif- und Poliersteine
  - Schleifscheiben, auch faserstoffverstärkt
  - Schleifpapier
  - Schleifkörper mit Diamant oder Bornitrid

### **23.99 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.**

#### **23.99.0 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Reibungsbelägen, nicht montiert, auf der Grundlage von mineralischen Stoffen oder Zellstoff
- Herstellung von mineralischen Isoliermaterialien:
  - Hüttenwolle, Steinwolle und ähnliche mineralische Wolle; geblähter Vermiculit, geblähter Ton und ähnliche Stoffe zu Wärme-, Kälte- oder Schallschutzzwecken
- Herstellung von Waren aus verschiedenen mineralischen Stoffen:
  - bearbeiteter Glimmer und Glimmerwaren, Torfwaren (ohne Torfbriketts) und Grafitwaren (ohne Elektroartikel) usw.
- Herstellung von Waren aus Asphalt oder aus ähnlichen Stoffen, z. B. Klebstoffen auf Bitumenbasis, Steinkohlenteer usw.
- Herstellung von bituminösen Mischungen auf der Grundlage von natürlichen oder Kunststeinen sowie Bitumen, Naturasphalt oder ähnlichen Bindemitteln
- Herstellung von Erzeugnissen aus Kohlenstoff- und Grafitfasern (außer Elektroden und für elektrische Anwendungen)
- Herstellung von künstlichem Korund

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Glaswolle und nicht gewebten Erzeugnissen daraus (s. 23.14.0)*
- *Herstellung von Grafit Elektroden (s. 27.90.0)*
- *Herstellung von Kohle- oder Grafitdichtungen (s. 28.29.0)*

### 24 Metallerzeugung und -bearbeitung

Diese Abteilung umfasst die Tätigkeiten des Schmelzens und Legierens von Eisenmetallen und NE-Metallen aus Erz, Roheisen oder Schrott mit elektrometallurgischen und anderen metallurgischen Verfahren. Diese Abteilung umfasst ferner die Herstellung von Metalllegierungen und Superlegierungen durch Zugabe anderer chemischer Elemente zu reinen Metallen. Die nach dem Schmelzen und Legieren in der Regel in Blockform zur Verfügung stehenden Erzeugnisse werden durch Walz-, Zieh- und Extrusionsverfahren zu Platten, Blech, Bandstahl, Stabstahl, Stangen, Draht, Rohren oder Hohlprofilen bzw. in geschmolzener Form zu Gusserzeugnissen und anderen Grundmetallerzeugnissen verarbeitet.

#### 24.1 Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen

##### 24.10 Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen

##### 24.10.0 Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen

Diese Unterklasse umfasst u. a. die Direktreduktion von Eisenerz, die Herstellung von Roheisen in flüssiger oder fester Form, die Umwandlung von Roheisen in Stahl, die Herstellung von Ferrolegerungen und die Herstellung von Stahlerzeugnissen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Hochöfen, Konvertern, Walz- und Fertigwalzstraßen
- Herstellung von Roheisen und Spiegeleisen als Masseln, Blöcke oder andere Roherzeugnisse
- Herstellung von Ferrolegerungen
- Herstellung von Eisenerzeugnissen durch Direktreduktion aus Eisenerzen und aus Eisenschwamm
- Herstellung von hoch reinem Eisen durch Elektrolyse und andere chemische Verfahren
- Einschmelzen von Schrottblöcken aus Eisen oder Stahl
- Herstellung von Eisenkörnern und Eisenpulver
- Herstellung von Stahl in Blöcken und anderen Rohformen
- Herstellung von Halbzeug aus Stahl
- Herstellung von warm oder kalt flachgewalzten Erzeugnissen aus Stahl
- Herstellung von warm gewalzten Stäben und Walzdraht aus Stahl
- Herstellung von warm gewalzten offenen Profilen aus Stahl
- Herstellung von Spundwunderzeugnissen aus Stahl und von durch Schweißen hergestellten offenen Profilen aus Stahl
- Herstellung von Gleisbauerzeugnissen (nicht zusammengefügte Schienen) aus Stahl

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Kaltziehen von Stäben (s. 24.31.0)
- Herstellung von montiertem Gleismaterial (s. 25.99.3)



**24.2 Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl**

**24.20 Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl**

**24.20.1 Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nahtlosen Rohren mit kreisförmigem oder anderem Querschnitt sowie von Knüppelrohlingen mit kreisförmigem Querschnitt zur Weiterverarbeitung durch Warmwalzen, Warmstrangpressen oder andere Warmverarbeitung eines Halbzeugs, etwa von warm gewalzten oder stranggegossenen Stäben oder Knüppeln
- Herstellung von geschweißten Rohren mit kreisförmigem Querschnitt und einem Außendurchmesser von mehr als 406,4 mm, aus warm gewalzten Flacherzeugnissen kalt geformt und längsnaht- oder spiralnahtgeschweißt
- Herstellung von geschweißten Rohren mit kreisförmigem Querschnitt und einem Außendurchmesser von 406,4 mm oder weniger durch kontinuierliches Kalt- oder Warmumformen aus warm oder kalt gewalzten Flacherzeugnissen und Längsnaht- oder Spiralnahtschweißen sowie von Rohren mit nichtkreisförmigem Querschnitt durch Kalt- oder Warmumformen von längsnahtgeschweißtem kalt- oder warmgewalztem Band

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nahtlosen Stahlrohren im Schleudergussverfahren (s. 24.52.0)

**24.20.2 Herstellung von Präzisionsstahlrohren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nahtlosen Präzisionsrohren durch Kaltziehen oder Kaltwalzen von Rohren mit kreisförmigem Querschnitt bzw. von Rohren mit nichtkreisförmigem Querschnitt nur durch Kaltziehen
- Herstellung von geschweißten Präzisionsrohren mit einem Außendurchmesser von 406,4 mm oder weniger durch Kaltformen von Warm- oder Kaltband und Längsnahtschweißen, auch weiterverarbeitet durch Kaltziehen, Kaltwalzen oder Kaltumformung für Rohre mit nichtkreisförmigem Querschnitt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nahtlosen Stahlrohren im Schleudergussverfahren (s. 24.52.0)

**24.20.3 Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken zum Stumpfschweißen durch Verarbeiten von warm gewalzten Flacherzeugnissen aus Stahl
- Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken zum Stumpfschweißen durch Schmieden von warm gewalzten, nahtlosen Stahlrohren
- Herstellung von mit Gewinde versehenen oder anderen Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken, aus Stahl

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nahtlosen Stahlrohren im Schleudergussverfahren (s. 24.52.0)

**24.3 Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von anderen Erzeugnissen durch Kaltverarbeitung von Stahl.

**24.31 Herstellung von Blankstahl**

**24.31.0 Herstellung von Blankstahl**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stabstahl und Vollprofilen aus Stahl durch Kaltziehen, Schleifen oder Drehen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Ziehen von Draht (s. 24.34.0)
- Drehen usw. von metallischen Werkstücken (s. 25.62.0)

**24.32 Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm**

**24.32.0 Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Flacherzeugnissen aus Stahl in Rollen oder Tafeln mit einer Breite von weniger als 600 mm, mit oder ohne Überzug, durch erneutes Kaltwalzen von warm gewalzten Flacherzeugnissen oder von Stabstahl

### **24.33 Herstellung von Kaltprofilen**

#### **24.33.0 Herstellung von Kaltprofilen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Profilen durch Kaltumformung in einem Walzwerk oder durch Biegen von Flachstahl in einer Presse
- Herstellung von kalt hergestellten, profilierten Blechen und Sandwich-Platten

### **24.34 Herstellung von kaltgezogenem Draht**

#### **24.34.0 Herstellung von kaltgezogenem Draht**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stahldraht durch Kaltziehen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Ziehen von Stangen und Vollprofilen aus Stahl (s. 24.31.0)
- Herstellung von Verarbeitungserzeugnissen aus Draht (s. 25.93.0)

### **24.4 Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen**

#### **24.41 Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen**

##### **24.41.0 Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Edelmetallen:
  - Erzeugung der Edelmetalle: Gold, Silber, Platin usw. aus Erz oder Schrott
- Herstellung von Edelmetalllegierungen
- Herstellung von Edelmetallhalbzeug
- Herstellung von Silberplattierungen auf unedlen Metallen
- Herstellung von Goldplattierungen auf unedlen Metallen oder Silber
- Herstellung von Platinplattierungen und Plattierungen mit Metallen der Platingruppe auf Gold, Silber oder unedlen Metallen
- Herstellung von gezogenem Draht aus diesen Metallen
- Herstellung von laminierten Edelmetallfolien

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gießen von NE-Metallen (s. 24.53.0, 24.54.0)
- Herstellung von Schmuck aus Edelmetallen (s. 32.12.0)

**24.42 Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium**

**24.42.0 Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Aluminiumoxid (Tonerde)
- Erzeugung von Aluminium aus Aluminiumoxid (Tonerde)
- Erzeugung von Aluminium durch elektrolytische Raffination von Reststoffen und Schrott
- Herstellung von Aluminiumlegierungen
- Herstellung von Aluminiumhalbzeug
- Herstellung von gezogenem Draht aus diesen Metallen
- Herstellung von Aluminiumfolie
- Herstellung von laminierten Aluminiumfolien mit Aluminium als Hauptbestandteil

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gießen von NE-Metallen (s. 24.53.0, 24.54.0)

**24.43 Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn**

**24.43.0 Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Blei, Zink und Zinn aus Erzen
- Erzeugung von Blei, Zink und Zinn durch elektrolytische Raffination von Reststoffen und Schrott
- Herstellung von Blei-, Zink- und Zinnlegierungen
- Herstellung von Halbzeug aus Blei, Zink und Zinn
- Herstellung von gezogenem Draht aus diesen Metallen
- Herstellung von Zinnfolie

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gießen von NE-Metallen (s. 24.53.0, 24.54.0)

**24.44 Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer**

**24.44.0 Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Kupfer aus Erzen
- Erzeugung von Kupfer durch elektrolytische Raffination von Reststoffen und Schrott
- Herstellung von Kupferlegierungen
- Herstellung von Schmelzdraht und Schmelzstreifen
- Herstellung von Kupferhalbzeug
- Herstellung von gezogenem Draht aus diesen Metallen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gießen von NE-Metallen (s. 24.53.0, 24.54.0)

### **24.45 Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen**

#### **24.45.0 Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung von Chrom, Mangan, Nickel usw. aus Erzen oder Oxiden
- Erzeugung von Chrom, Mangan, Nickel usw. durch elektrolytische und aluminothermische Raffination von Reststoffen und Schrott
- Herstellung von Chrom-, Mangan-, Nickel- und anderen Legierungen
- Herstellung von Halbzeug aus Chrom, Mangan, Nickel usw.
- Herstellung von Nickelmatte
- Herstellung von gezogenem Draht aus diesen Metallen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Gießen von NE-Metallen (s. 24.53.0, 24.54.0)

### **24.46 Aufbereitung von Kernbrennstoffen**

#### **24.46.0 Aufbereitung von Kernbrennstoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von metallischem Uran aus Pechblende oder anderen Erzen
- Schmelzen und Raffinieren von Uran

### **24.5 Gießereien**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Halbzeug und verschiedenen Gussstücken mit einem Gussverfahren.

#### **24.51 Eisengießereien**

##### **24.51.0 Eisengießereien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Guss von Werkstücken aus Eisen
- Guss von Produkten aus Grauguss
- Guss von Produkten aus Eisenguss mit Kugelgraphit
- Guss von Produkten aus Temperguss
- Herstellung von Rohren und Hohlprofilen sowie von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Gusseisen

**24.52     Stahlgießereien**

**24.52.0   Stahlgießereien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Guss von Werkstücken aus Stahl
- Herstellung von nahtlosen Stahlrohren im Schleudergussverfahren
- Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Gussstahl

**24.53     Leichtmetallgießereien**

**24.53.0   Leichtmetallgießereien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Guss von Halbzeug aus Aluminium, Magnesium, Titan, Zink usw.
- Guss von Werkstücken aus Leichtmetallen

**24.54     Buntmetallgießereien**

**24.54.0   Buntmetallgießereien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Guss von Werkstücken aus Buntmetall
- Guss von Werkstücken aus Edelmetall
- Druckguss von Werkstücken aus NE-Metallen

### 25 Herstellung von Metallerzeugnissen

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Metallerzeugnissen (wie Bauelemente, Behälter und Konstruktionen), die in der Regel statisch und unbeweglich sind. Demgegenüber umfassen die Abteilungen 26-30 Kombinationen bzw. Montagen solcher Metallerzeugnisse (mitunter mit anderen Materialien) zu komplexeren Einheiten, die bewegliche Teile umfassen, sofern es sich nicht um rein elektrische, elektronische oder optische handelt.

Diese Abteilung umfasst ferner die Herstellung von Waffen und Munition.

#### 25.1 Stahl- und Leichtmetallbau

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Konstruktionen und Konstruktionsteilen (z. B. Tragwerken), aus Metall.

#### 25.11 Herstellung von Metallkonstruktionen

##### 25.11.0 Herstellung von Metallkonstruktionen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Metallskeletten und Gerüsten für den Bau (Türme, Masten, Fachwerk, Brücken usw.) und von Teilen dafür
- Herstellung von Metallskeletten für Industrie und Gewerbe (Tragwerke für Hochöfen, Hebe- und Fördervorrichtungen usw.)
- Herstellung von vorgefertigten Metallgebäuden:
  - Bauhöfen, Ausstellungsbauelemente usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Dampfkesseln für Schiffe und Kraftwerke (s. 25.30.0)
- Herstellung von montiertem Gleismaterial (s. 25.99.3)
- Herstellung von Schiffssegmenten (s. 30.11.0)

#### 25.12 Herstellung von Ausbauelementen aus Metall

##### 25.12.0 Herstellung von Ausbauelementen aus Metall

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Metalltoren, -türen, -fenstern und deren Rahmen und Verkleidungen
- Herstellung von am Fußboden zu befestigenden Trennwänden aus Metall

**25.2 Herstellung von Metalltanks und -behältern; Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen**

**25.21 Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen**

**25.21.0 Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von elektrischen Herden und Warmwasserbereitern (s. 27.51.0)

**25.29 Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u. ä. Behältern aus Metall**

**25.29.0 Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u. ä. Behältern aus Metall**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Sammelbehältern, Tanks und ähnlichen Metallbehältern von der üblicherweise zum Zweck der Lagerung sowie Herstellung von Waren installierten Art
- Herstellung von Metallbehältern für komprimierte oder verflüssigte Gase

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Metallbehältern von der üblicherweise zum Tragen und zur Verpackung von Gütern verwendeten Art, mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger (s. 25.91.0, 25.92.0)
- Herstellung von Transportbehältern und Tankaufbauten für Kraftwagen (s. 29.20.0)

**25.3 Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)**

**25.30 Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)**

**25.30.0 Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Dampfkesseln (Dampferzeugern)
- Herstellung von Hilfsapparaten für Dampfkessel:
  - Kondensatoren, Vorwärmer, Überhitzer, Dampfsammler und Druckspeicher
- Herstellung von Kernreaktoren, außer Isotopentrennern
- Herstellung von Teilen für Dampfkesseln für Schiffe und Kraftwerke
- Herstellung von Rohrnetzen, einschließlich Weiterverarbeitung von Rohren hauptsächlich zu Druckrohren oder Druckrohrnetzen sowie damit verbundene Entwurfs- und Konstruktionsarbeiten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen (s. 25.21.0)
- Herstellung von Dampfturbinenanlagen (s. 28.11.0)
- Herstellung von Isotopentrennern (s. 28.99.0)
- Bau von Rohrfernleitungen und städtischen Rohrleitungen (s. 42.21.0)



### 25.4 Herstellung von Waffen und Munition

### 25.40 Herstellung von Waffen und Munition

#### 25.40.0 Herstellung von Waffen und Munition

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von schweren Waffen (Artilleriegeschütze, Geschütze auf Selbstfahrlafetten, Raketenwerfer, Torpedorohre, schwere Maschinengewehre)
- Herstellung von Handwaffen (Pistolen und Revolver, Schrotflinten, Schnellfeuergewehre, leichte Maschinengewehre)
- Herstellung von Luftdruck- oder Gasdruckgewehren und -pistolen
- Herstellung von Kampfmunition
- Herstellung von Jagd-, Sport- oder Schutzfeuerwaffen und -Munition
- Herstellung von Sprengkörpern wie Bomben, Minen und Torpedos

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Sprengkapseln, Sprengzündern und Leuchtkugeln (s. 20.51.0)
- Herstellung von Buschmessern, Schwertern, Bajonetten usw. (s. 25.71.0)
- Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen für Geld- oder Werttransporte (s. 29.10.2)
- Herstellung von Raumfahrzeugen (s. 30.30.0)
- Herstellung von Panzern und sonstigen Kampffahrzeugen (s. 30.40.0)

### 25.5 Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen

Diese Gruppe umfasst allgemeine Tätigkeiten der Metallbearbeitung wie Schmieden oder Pressen, die üblicherweise im Lohnauftrag ausgeführt werden.

#### 25.50 Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen

##### 25.50.1 Herstellung von Freiformschmiedestücken

##### 25.50.2 Herstellung von Gesenkschmiedeteilen

##### 25.50.3 Herstellung von Kaltfließpressteilen

##### 25.50.4 Herstellung von Press-, Zieh- und Stanzteilen

#### **25.50.5 Herstellung von pulvermetallurgischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Teile aus Metallpulver unter Druck und durch Wärmebehandlung (Sinterung)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Erzeugung von Metallpulver (s. 24.1, 24.4)

#### **25.6 Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung; Mechanik a. n. g.**

Diese Gruppe umfasst allgemeine Tätigkeiten der Metallbearbeitung wie Plattieren, Beschichten, Gravieren, Bohren, Polieren, Schweißen usw., die üblicherweise im Lohnauftrag ausgeführt werden.

##### **25.61 Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung**

##### **25.61.0 Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Plattieren, Eloxieren usw. von Metall
- Wärmebehandlung von Metall
- Entgraten, Sandstrahlen, Kugelpolitur und Reinigen von Metallen
- Färben und Gravieren von Metall
- nichtmetallisches Beschichten von Metallen:
  - Plastifizieren, Emaillieren, Lackieren usw.
- Härten und Schwabbeln von Metall

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Hufschmiedetätigkeiten (s. 01.62.0)
- Bedrucken von Metall (s. 18.12.0)
- Beschichten von Kunststoffen mit Metall (s. 22.29.0)
- Herstellung v on Plattierungen mit Edelmetallen auf unedlen Metallen und anderen Metallen (s. 24.41.0)
- Gravieren als Sofortservice (s. 95.29.0)

### 25.62 Mechanik a. n. g.

#### 25.62.0 Mechanik a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Bohren, Drehen, Fräsen, Erodieren, Hobeln, Läppen, Räumen, Richten, Sägen, Schleifen, Schärfen, Schweißen, Stoßen usw. von metallischen Werkstücken
- Schneiden und Beschriften von Metall durch Laserstrahlen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Hufschmiedetätigkeiten (s. 01.62.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Metallzeugnissen der Abteilung 25 dieser Klassifikation (s. 33.11.0)

### 25.7 Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen

#### 25.71 Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen

##### 25.71.0 Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Haushaltsbesteck und -schneidwaren wie Messer, Gabeln, Löffel usw.
- Herstellung von anderen Schneidwaren und Bestecken:
  - Hackmesser und Küchenbeile
  - Rasiermesser und -klingen
  - Scheren, Haarschneide- und -scherapparate
- Herstellung von Buschmessern, Schwertern, Bajonetten usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Messern und Schneidklingen für Maschinen oder mechanische Geräte (s. 25.73.1)
- Herstellung von Kochgeschirr (Töpfe, Kessel) und Tafelgeschirr (Schüsseln, Platten, Teller usw.) (s. 25.99.1)
- Herstellung von Besteck aus Edelmetallen (s. 32.12.0)

#### 25.72 Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen

##### 25.72.0 Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Vorhängeschlössern, Schlössern, Sicherheitsriegeln, Verschlüssen mit Schloss, Schlüsseln sowie Beschlägen und ähnlichen Waren aus unedlen Metallen für Türen von Gebäuden, Möbeln, Fahrzeugen usw.

## **25.73 Herstellung von Werkzeugen**

### **25.73.1 Herstellung von Handwerkzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Messern und Schneidklingen für Maschinen oder mechanische Geräte
- Herstellung von Handwerkzeugen wie Kneifzangen, Schraubendreher usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von Blockformen (s. 28.91.0)

### **25.73.2 Herstellung von Sägen und von Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Sägen und Sägeblättern einschließlich Kreissägeblätter und Sägeketten
- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen zur Verwendung in auch handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb oder in Werkzeugmaschinen: Bohr-, Fräs-, und andere Werkzeuge für die Bearbeitung von Holz und Kunststoffen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)

### **25.73.3 Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen zur Verwendung in auch handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb oder in Werkzeugmaschinen: Bohr-, Stanz-, Zieh-, Fräs-, Dreh-, Reib- und Senk-, Räum-, Gewinde-, Verzahnwerkzeuge usw. für die Metallbearbeitung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Messern und Schneidklingen für Maschinen oder mechanische Geräte (s. 25.73.1)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von Blockformen (s. 28.91.0)

### **25.73.4 Herstellung von Geräten für die Landwirtschaft**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von handgeführten landwirtschaftlichen Werkzeugen ohne Motorantrieb

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)

### 25.73.5 Herstellung von sonstigen Werkzeugen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Presswerkzeugen
- Herstellung von Schmiedewerkzeugen: Schmieden, Ambosse usw.
- Herstellung von Formkästen und Formen (außer Blockformen)
- Herstellung von Schraubstöcken und Schraubzwingen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von Blockformen (s. 28.91.0)

### 25.9 Herstellung von sonstigen Metallwaren

Diese Gruppe umfasst die Herstellung einer Vielzahl von Metallerzeugnissen für die verschiedensten Anwendungen im Haushalt und im kommerziellen Bereich, wie Dosen und Eimer; Nägel, Bolzen und Muttern; Hausrat aus Metall; Vorrichtungen aus Metall; Schiffsschrauben und Anker; montiertes Gleismaterial usw.

#### 25.91 Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall

##### 25.91.0 Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern, Kübeln, Kisten usw. aus Metall, mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Tanks und Sammelbehältern, mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l (s. Gruppe 25.2)
- Herstellung von Dosen u. ä. Behältern aus Metall zum Verpacken von Nahrungsmitteln (s. 25.92.0)

#### 25.92 Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall

##### 25.92.0 Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Dosen und Kannen für Nahrungsmittel, Tuben und Schachteln
- Herstellung von Metallverschlüssen

**25.93 Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn**

**25.93.0 Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Litzen, Kabeln, Seilen, geflochtenen Bändern und ähnlichen Erzeugnissen aus Metall
- Herstellung von unisolierten Metallkabeln oder isolierten, als Stromleiter ungeeigneten Kabeln
- Herstellung von umhülltem oder gefülltem Draht
- Herstellung von Erzeugnissen aus Draht:
  - Stacheldraht, Draht für Einzäunungen, Gitter, Geflechte, Gewebe usw.
  - beschichtete Elektroden für das Lichtbogenschweißen
- Herstellung von Nägeln und Stiften
- Herstellung von Federn (außer Uhrfedern):
  - Blattfedern, Schraubenfedern, Drehstabfedern
  - Federblätter
- Herstellung von Ketten außer Kraftübertragungsketten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Uhrfedern (s. 26.52.0)
- Herstellung von Kabeln und Leitungen zur Stromübertragung (s. 27.32.0)
- Herstellung von Kraftübertragungsketten (s. 28.15.0)

**25.94 Herstellung von Schrauben und Nieten**

**25.94.0 Herstellung von Schrauben und Nieten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Nieten, Unterlegscheiben und ähnlichen Waren ohne Gewinde
- Herstellung von Bolzen, Schrauben und Muttern und ähnlichen Erzeugnissen mit Gewinde

### 25.99 Herstellung von sonstigen Metallwaren a. n. g.

#### 25.99.1 Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Haushaltsartikeln aus Metall:
- Teller, Untertassen, Schüsseln, Platten usw.
- Kochtöpfe, Bratpfannen, Kessel und anderes nicht elektrisches Tisch- oder Kochgeschirr
- nicht elektrische, handgeführte Kleingeräte und Zubehörteile für die Küche
- Scheuerschwämme aus Metall

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Buschmessern, Schwertern, Bajonetten usw. (s. 25.71.0)
- Herstellung von Thermoskannen und -flaschen (mit Vakuumisolierung) aus Metall (s. 25.99.3)
- Herstellung von Metallmöbeln (s. 31.01.1 und .2, 31.02.0, 31.09.9)
- Herstellung von Sportartikeln (s. 32.30.0)
- Herstellung von Spielwaren (s. 32.40.0)
- Herstellung von Vakuumisolierflaschen und andere Vakuumisolierbehälter für den persönlichen Gebrauch oder für den Haushalt (s. 32.99.0)

#### 25.99.2 Herstellung von Panzerschränken und Tresoranlagen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Panzerschränken, Kassetten, Panzertüren usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Metallmöbeln (s. 31.01.1 und .2, 31.02.0, 31.09.9)

### 25.99.3 Herstellung von Metallwaren a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bauelementen aus Zink: Regenrinnen, Firstbleche, Badewannen, Spül- und Waschbecken und ähnliche Waren
- Herstellung von Büroartikeln aus Metall (ohne Möbel)
- Herstellung von verschiedenen Metallwaren:
  - Schiffsschrauben und Flügel dafür
  - Anker
  - Glocken
  - montiertes Gleismaterial
  - Verschlüsse, Schnallen, Haken, aus Metall
  - Metalleitern
  - Schilder, einschließlich Verkehrsschilder, aus Metall
  - Gewichte für Gewichtheben
- Herstellung von Folienbeuteln
- Herstellung von Dauermagneten aus Metall
- Herstellung von Thermoskannen und -flaschen (mit Vakuumisolierung) aus Metall
- Herstellung von Orden und Ehrenzeichen sowie militärischen Rangabzeichen, aus Metall
- Herstellung von Haarwicklern, Schirmgriffen und -gestellen sowie Kämmen, aus Metall

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Buschmessern, Schwertern, Bajonetten usw. (s. 25.71.0)
- Herstellung von Einkaufswagen (s. 30.99.0)
- Herstellung von Metallmöbeln (s. 31.01.1 und .2, 31.02.0, 31.09.9)
- Herstellung von Sportartikeln (s. 32.30.0)
- Herstellung von Spielwaren (s. 32.40.0)
- Herstellung von Vakuumisolierflaschen und andere Vakuumisolierbehälter für den persönlichen Gebrauch oder für den Haushalt (s. 32.99.0)
- Gravieren als Sofortservice (s. 95.29.0)



### **26 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Computern, peripheren Geräten, Telekommunikationsgeräten und ähnlichen elektronischen Erzeugnissen sowie von entsprechenden Produktkomponenten. Charakteristisches Merkmal der in diese Abteilung eingeordneten Herstellungsprozesse ist der Entwurf und die Anwendung von integrierten Schaltungen sowie die Anwendung hoch spezialisierter Miniaturisierungstechnologien. Diese Abteilung umfasst auch die Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik, Mess-, Kontroll-, Navigations- und Steuerungsinstrumenten, Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten, elektromedizinischen Geräten, optischen Instrumenten und Geräten sowie magnetischen und optischen Datenträgern.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *technische Fachplanung und Ingenieurdesign (s. 71.12.2)*
- *Forschung und Entwicklung im Bereich Ingenieurwissenschaften (s. 72.19.0)*

#### **26.1 Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten**

##### **26.11 Herstellung von elektronischen Bauelementen**

##### **26.11.1 Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Einzelsolarzellen und Solarmodulen zur Umwandlung der Strahlungsenergie der Sonne in elektrischen Strom durch Ausnutzung des Effekts der Fotovoltaik

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Solarwärmekollektoren zur direkten Wärmeerzeugung (s. 28.21.1)*

### 26.11.9 Herstellung von sonstigen elektronischen Bauelementen

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von sonstigen Halbleiterbauelementen und sonstigen Bauelementen für elektronische Anwendungen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektronischen Kondensatoren
- Herstellung von elektronischen Widerständen
- Herstellung von Mikroprozessoren
- Herstellung von Elektronenröhren
- Herstellung von elektronischen Anschlüssen
- Herstellung von unbestückten Leiterplatten
- Herstellung von integrierten elektronischen Schaltungen (analog, digital oder hybrid)
- Herstellung von Dioden, Transistoren und ähnlichen diskreten Bauelementen
- Herstellung von Induktoren (z. B. Drossel, Drosselspulen, Transformatoren), für elektronische Anwendungen
- Herstellung von elektronischen Kristallen und Kristallbaugruppen
- Herstellung von Elektromagneten, Schaltern und Umformern, für elektronische Anwendungen
- Herstellung von Rohhalbleitern oder Wafers als Fertig- oder Halbfertigerzeugnisse
- Herstellung von Anzeigebauelementen (Plasma, Polymer, LCD)
- Herstellung von Leuchtdioden (LED)
- Herstellung von Drucker-, Monitor-, USB-Kabeln, Anschlüssen usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Drucken von Chipkarten (s. 18.12.0)
- Herstellung von bestückten Leiterplatten und Schnittstellenkarten, z. B. Sound-, Grafik-, Controller-, Netzwerk- und Modemkarten (s. 26.12.0)
- Herstellung von Computer- oder Fernsehbildschirmen (s. 26.20.0, 26.40.0)
- Herstellung von Modems (Übertragungsgeräte) für die Telekommunikation (s. 26.30.0)
- Herstellung von Röntgenröhren und ähnlichen Bestrahlungsgeräten (s. 26.60.0)
- Herstellung von optischen Instrumenten und Geräten (s. 26.70.0)
- Herstellung von ähnlichen Geräten für elektrotechnische Anwendungen (s. Abteilung 27)
- Herstellung von Vorschaltgeräten für Leuchtstofflampen (s. 27.11.0)
- Herstellung von elektrischen Relais (s. 27.12.0)
- Herstellung von elektrischem Installationsmaterial (s. 27.33.0)
- Herstellung von Halbleiter-Wechselrichtern, -Gleichrichtern, elektrischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen elektrischen Bauteilen (s. 27.90.0)

Die Herstellung von vollständigen Geräten wird in der jeweiligen Unterklasse dieser Klassifikation zugeordnet.

### 26.12 Herstellung von bestückten Leiterplatten

#### 26.12.0 Herstellung von bestückten Leiterplatten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von bestückten Leiterplatten
- Bestücken von Leiterplatten mit Bauelementen
- Herstellung von Schnittstellenkarten (z. B. Sound-, Grafik-, Kontroller-, Netzwerk- und Modemkarten)

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Drucken von Chipkarten (s. 18.12.0)
- Herstellung von unbestückten Leiterplatten (s. 26.11.9)

### 26.2 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten

#### 26.20 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten

##### 26.20.0 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung und/oder den Zusammenbau von Datenverarbeitungsgeräten, beispielsweise Mainframe-Computern, Desktop-Computern, Laptops und Servern sowie von peripheren Geräten, z. B. Datenspeichern sowie Ein- und Ausgabegeräten (Drucker, Monitore, Tastaturen). Datenverarbeitungsgeräte können in analoger, digitaler oder hybrider Funktionsweise hergestellt werden. Die am häufigsten vorkommenden digitalen Datenverarbeitungsgeräte weisen die nachfolgenden Merkmale auf: (1) Sie können das Verarbeitungsprogramm/die Programme und die für die unmittelbare Ausführung des Programms erforderlichen Daten speichern; (2) sie können unter Berücksichtigung der Nutzeranforderungen programmiert werden; (3) sie führen die vom Nutzer festgelegten arithmetischen Berechnungen aus und (4) sie führen selbstständig ein Verarbeitungsprogramm aus, bei dessen Ausführung logische Operationen anzuwenden sind. Analoge Datenverarbeitungsgeräte sind in der Lage, mathematische Modelle zu simulieren und enthalten als Mindestkonfiguration analoge Steuer- und Programmierelemente.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Desktop-Computern
- Herstellung von Laptop-Computern
- Herstellung von Mainframe-Computern
- Herstellung von Handcomputern (z. B. PDA)
- Herstellung von Magnetplatteneinheiten, Flash-Speichern und anderen Speichergeräten
- Herstellung optischer CD- und DV-Laufwerke (CD-RW, CD-ROM, DVD-ROM, DVD-RW)
- Herstellung von Computerdruckern
- Herstellung von Computerbildschirmen
- Herstellung von Computertastaturen
- Herstellung von Computermäusen, Joysticks und Trackballs
- Herstellung von Servern
- Herstellung von Scannern einschließlich Strichcodescanner
- Herstellung von Chipkartenlesern
- Herstellung von "Virtual-Reality"-Helmern
- Herstellung von Projektoren (Videobeamer)
- Herstellung von Computerterminals wie Geldausgabeautomaten oder nicht mechanisch betriebene POS-("Point-of-Sale")Terminals
- Herstellung von Multifunktionsbürogeräten mit mindestens einer der folgenden Funktionen: Drucken, Scannen, Kopieren, Faxen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild und Datenträgern (s. 18.20.0)
- Herstellung von elektronischen Bauelementen und Baugruppen für Computer und Peripheriegeräte (s. Gruppe 26.1)
- Herstellung von internen/externen Computer-Modems (s. 26.12.0)
- Herstellung von Schnittstellenkarten, Modulen und Baugruppen (s. 26.12.0)
- Herstellung von bestückten Leiterplatten (s. 26.12.0)
- Herstellung von Modems (Übertragungsgeräte) für die Telekommunikation (s. 26.30.0)
- Herstellung von Datenübertragungseinrichtungen wie Router, Brücken und Gateways (s. 26.30.0)
- Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik wie CD- und DVD-Abspielgeräten (s. 26.40.0)
- Herstellung von Fernsehbildschirmen (s. 26.40.0)
- Herstellung von Videospielgeräten (s. 26.40.0)
- Herstellung von unbespielten optischen und magnetischen Datenträgern für Computer oder andere Geräte (s. 26.80.0)

### 26.3 Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik

### 26.30 Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik

#### 26.30.0 Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von Telefon- und Datenkommunikationsgeräten mit einer kabelgestützten oder kabellosen Signalübertragung wie Geräte für Hörfunk- und Fernsehsendeeinrichtungen und für die leitungsgebundene und die leitungslose Kommunikation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Telefon- und Faxgeräten, einschließlich Anrufbeantworter
- Herstellung von schnurlosen Telefongeräten
- Herstellung von Mobiltelefonen
- Herstellung von Funkrufempfängern
- Herstellung von Telefonvermittlungseinrichtungen
- Herstellung von Nebenstellenanlagen (PBX-Anlagen)
- Herstellung von Datenübertragungseinrichtungen wie Router, Brücken und Gateways
- Herstellung von Sende- und Empfangsantennen
- Herstellung von Kabel-TV-Geräten
- Herstellung von Studio- und Sendegeräten für den Hör- und Fernsehfunk, einschließlich Fernsehkameras
- Herstellung von Modems (Übertragungsgeräte) für die Telekommunikation
- Herstellung von Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern, bei denen ein Signal an die Kontrollstation übertragen wird
- Herstellung von Rundfunk- und Fernsehsendegeräten
- Herstellung von Infrarot-Kommunikationsgeräten (z. B. Fernbedienungsgeräte)

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von elektronischen Bauelementen und Baugruppen für Kommunikationsgeräte, darunter interne/externe Computer-Modems (s. 26.12.0)
- Herstellung von bestückten Leiterplatten (s. 26.12.0)
- Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 26.20.0)
- Herstellung von Multifunktionsbürogeräten mit mindestens einer der folgenden Funktionen: Drucken, Scannen, Kopieren, Faxen (s. 26.20.0)
- Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik (s. 26.40.0)
- Herstellung von GPS-Geräten (s. 26.51.1)
- Herstellung von elektronischen Anzeigetafeln (s. 27.90.0)
- Herstellung von Verkehrssignalanlagen, z. B. Verkehrsampeln (s. 27.90.0)

**26.4 Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik**

**26.40 Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik**

**26.40.0 Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von elektronischen Audio- und Videogeräten für den Haushalt und für Fahrzeuge, von Beschallungssystemen und Verstärkergeräten für Musikinstrumente.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Videorecordern und -vervielfältigungsgeräten
- Herstellung von Fernsehempfangsgeräten
- Herstellung von Fernsehbildschirmen und -anzeigen
- Herstellung von Tonaufnahmegeräten und -vervielfältigungssystemen
- Herstellung von Stereoanlagen
- Herstellung von Hörfunkempfangsgeräten
- Herstellung von Lautsprechersystemen
- Herstellung von Amateur-Videokameras
- Herstellung von Musikboxen
- Herstellung von Verstärkern für Musikinstrumente und Beschallungssysteme
- Herstellung von Mikrofonen
- Herstellung von CD- und DVD-Abspielgeräten
- Herstellung von Karaokegeräten
- Herstellung von Kopfhörern (z. B. Radio-, Stereo- oder Computerkopfhörer)
- Herstellung von Videospielgeräten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild und Datenträgern (s. 18.20.0)
- Herstellung von Computer-Peripheriegeräten und -Bildschirmen (s. 26.20.0)
- Herstellung von Telefonanrufbeantwortern (s. 26.30.0)
- Herstellung von Funkrufgeräten (s. 26.30.0)
- Herstellung von Fernbedienungsgeräten mit Funk- und Infrarottechnik (s. 26.30.0)
- Herstellung von Studio-Sendegeräten, wie Wiedergabegeräte, Sende- und Empfangsantennen, kommerzielle Videokameras (s. 26.30.0)
- Herstellung von Antennen (s. 26.30.0)
- Herstellung von Digitalkameras (s. 26.70.0)
- Herstellung von elektronischen Spielen mit fest installierter (nicht austauschbarer) Software (s. 32.40.0)

### **26.5 Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen; Herstellung von Uhren**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- und Steuerungsinstrumenten und -vorrichtungen für verschiedene industrielle und nicht industrielle Anwendungszwecke, darunter Zeitmessgeräte wie Uhren.

### **26.51 Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen**

Diese Klasse umfasst die Herstellung der folgenden Geräte: Such-, Navigations-, Streckenführungs-, aeronautische und nautische Systeme und Instrumente, selbsttätige Steuerungs- und Regelungstechnik für Geräte wie Heizung, Klimaanlage, Kühlsysteme, ferner Instrumente und Geräte zur Messung, Anzeige, Aufzeichnung, Übertragung und Steuerung der Temperatur, der Feuchtigkeit, des Luftdrucks, des Unterdrucks, der Verbrennung, des Durchflusses, der Höhe, der Viskosität, der Dichte, des Säuregehalts, der Konzentration und der Rotation; summierende Messgeräte und Zähleinrichtungen; Instrumente und Instrumentensysteme für die Laboranalyse der chemischen oder physikalischen Zusammensetzung oder Konzentration von Proben fester, flüssiger, gasförmiger oder gemischter Stoffe, sonstige Mess- und Prüfinstrumente und ihre Teile.

#### **26.51.1 Herstellung von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektrischen und elektronischen Instrumenten für Flugzeugtriebwerke
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Geräten für die Kraftfahrzeugabgasprüfung
- Herstellung von elektrischen und elektronischen meteorologischen Instrumenten
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Geräten zur Prüfung und Kontrolle von physikalischen Eigenschaften
- Herstellung von Lügendetektoren
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Strahlungsdetektoren und Instrumenten zur Überwachung von Strahlungen
- Herstellung von elektrischen und elektronischen geodätischen Instrumenten
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Feuchtigkeitsreglern
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Temperatur-Grenzwertreglern
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Flammen- und Brennerreglern
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Spektrometern
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Verbrauchsmessgeräten (z. B. für Wasser, Gas, Strom)
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Durchflussmessern und Zähleinrichtungen
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Handzählern

- Herstellung von elektrischen und elektronischen Minensuchgeräten, Signalgeneratoren, Metalldetektoren
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Such-, Detektions-, Navigations-, aeronautischen und nautischen Geräten, einschließlich Sonarbojen
- Herstellung von Radargeräten
- Herstellung von Satellitenpositionsbestimmungsgeräten (GPS-Geräten)
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Messgeräten für den Umweltschutz und automatischen Geräteregelevorrichtungen
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Mess- und Aufzeichnungsgeräten (z. B. Flugschreiber)
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Bewegungsmeldern
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Geräten zur Laboranalyse (z. B. Blutanalysegeräte)
- Herstellung von elektrischen und elektronischen Laborwaagen, Inkubatoren und sonstigen Mess- und Prüfgeräten für Laborzwecke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Telefonanrufbeantwortern (s. 26.30.0)
- Herstellung von Bestrahlungsgeräten (s. 26.60.0)
- Herstellung von optischen Positionsbestimmungsgeräten (s. 26.70.0)
- Herstellung von Diktiergeräten (s. 28.23.0)
- Herstellung von Wiegevorrichtungen (mit Ausnahme von Laborwaagen), Wasserwaagen, Messbändern usw. (s. 28.29.0)
- Herstellung von medizinischen Thermometern (s. 32.50.1)
- Installation von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen (s. 33.20.0)
- Herstellung von einfachen mechanischen Messgeräten (z. B. Messbänder, Schieblehren) - siehe Herstellungsklasse in Übereinstimmung mit dem hauptsächlich verwendeten Material



### 26.51.2 Herstellung von nicht elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nicht elektrischen Instrumenten für Flugzeugtriebwerke
- Herstellung von nicht elektrischen Geräten für die Kraftfahrzeugabgasprüfung
- Herstellung von nicht elektrischen meteorologischen Instrumenten
- Herstellung von nicht elektrischen Geräten zur Prüfung und Kontrolle von physikalischen Eigenschaften
- Herstellung von nicht elektrischen Strahlungsdetektoren und Instrumenten zur Überwachung von Strahlungen
- Herstellung von nicht elektrischen geodätischen Instrumenten
- Herstellung von Flüssigkeits- und Bimetallthermometern (mit Ausnahme von medizinischen Thermometern)
- Herstellung von nicht elektrischen Feuchtigkeitsreglern
- Herstellung von nicht elektrischen Temperatur-Grenzwertreglern
- Herstellung von nicht elektrischen Flammen- und Brennerreglern
- Herstellung von nicht elektrischen Spektrometern
- Herstellung von pneumatischen Messgeräten
- Herstellung von nicht elektrischen Verbrauchsmessgeräten (z. B. für Wasser, Gas, Strom)
- Herstellung von nicht elektrischen Durchflussmessern und Zähleinrichtungen
- Herstellung von nicht elektrischen Handzählern
- Herstellung von nicht elektrischen Such-, Detektions-, Navigations-, aeronautischen und nautischen Geräten
- Herstellung von nicht elektrischen Messgeräten für den Umweltschutz und automatischen Geräteregelevorrichtungen
- Herstellung von nicht elektrischen Mess- und Aufzeichnungsgeräten (z. B. Flugschreiber)
- Herstellung von nicht elektrischen Bewegungsmeldern
- Herstellung von nicht elektrischen Geräten zur Laboranalyse (z. B. Blutanalysegeräte)
- Herstellung von nicht elektrischen Laborwaagen, Inkubatoren und sonstigen Mess- und Prüfgeräten für Laborzwecke

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Telefonanrufbeantwortern (s. 26.30.0)
- Herstellung von Bestrahlungsgeräten (s. 26.60.0)
- Herstellung von optischen Positionsbestimmungsgeräten (s. 26.70.0)
- Herstellung von Diktiergeräten (s. 28.23.0)
- Herstellung von Wiegevorrichtungen (mit Ausnahme von Laborwaagen), Wasserwaagen, Messbändern usw. (s. 28.29.0)
- Herstellung von medizinischen Thermometern (s. 32.50.1)
- Installation von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen (s. 33.20.0)
- Herstellung von einfachen mechanischen Messgeräten (z. B. Messbänder, Schieblehren) - siehe Herstellungsklasse in Übereinstimmung mit dem hauptsächlich verwendeten Material

### 26.51.3 Herstellung von Prüfmaschinen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Material- und Bauteilprüfmaschinen (z. B. zur Prüfung von Zugfestigkeit, Härte, Druckfestigkeit, Dichtigkeit)
- Herstellung von Prüfständen für die Funktions- und Dauerprüfung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Auswuchtmaschinen (s. 28.99.0)
- Installation von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen (s. 33.20.0)
- Herstellung von einfachen mechanischen Messgeräten (z. B. Messbänder, Schieblehren) - siehe Herstellungsklasse in Übereinstimmung mit dem hauptsächlich verwendeten Material

### 26.52 Herstellung von Uhren

#### 26.52.0 Herstellung von Uhren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Klein- und Großuhren aller Art einschließlich Armaturbrettuhren
- Herstellung von Gehäusen für Klein- und Großuhren, einschließlich Gehäusen aus Edelmetallen
- Herstellung von Zeiterfassungsgeräten und Geräten für das Messen, Aufzeichnen und die sonstige Anzeige von Zeitabständen mit Uhrwerk oder Synchronmotor, z. B.:
  - Parkuhren
  - Stechuhren
  - Datums-/Uhrzeitstempeln
  - Zeitschaltuhren
- Herstellung von Zeitschaltern und anderen Zeitauslösern mit Uhrwerk oder Synchronmotor, wie Zeitschlösser
- Herstellung von Bauteilen für Uhren und Uhrwerke:
  - Uhrwerke aller Art für Klein- und Großuhren
  - Federn, Steine, Zifferblätter, Zeiger, Brücken und sonstige Teile

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung nicht metallischer Uhrbänder (Stoff, Leder, Kunststoff) (s. 15.12.0)
- Herstellung von Uhrbändern aus Edelmetallen (s. 32.12.0)
- Herstellung von Uhrbändern aus unedlen Metallen (s. 32.13.0)

**26.6 Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten**

**26.60 Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten**

**26.60.0 Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Bestrahlungsgeräten und -röhren für die Anwendung in Industrie, medizinischer Diagnostik und Therapie, Forschung, Wissenschaft:
- Geräte, die Beta-, Gamma-, Röntgenstrahlen verwenden, und sonstige Bestrahlungsgeräte
- Herstellung von Computertomografen
- Herstellung von Positron-Emissionstomografen
- Herstellung von Magnetresonanztomografiegeräten
- Herstellung von medizinischen Ultraschallgeräten
- Herstellung von Elektrokardiografen
- Herstellung von Elektroendoskopiegeräten
- Herstellung von medizinischen Lasergeräten
- Herstellung von Herzschrittmachern
- Herstellung von Hörgeräten
- Herstellung von Apparaten zur Bestrahlung von Milch oder anderen Nahrungsmitteln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Sonnenbänken (s. 28.99.0)

**26.7 Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten**

**26.70 Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten**

**26.70.0 Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von optischen Instrumenten und Linsen, beispielsweise von Ferngläsern, Mikroskopen (ohne Elektronen- oder Feldionenmikroskope), Teleskopen, Prismen und Linsen (ohne augenoptische Gläser); das Beschichten oder Polieren von Linsen (ohne augenoptische Anwendungen); das Einsetzen von Linsen (ohne augenoptische Anwendungen) sowie die Herstellung fotografischer Ausrüstung wie Fotoapparate und Beleuchtungsmesser.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von optischen Spiegeln
- Herstellung von optischen Zielvorrichtungen
- Herstellung von optischen Positionsbestimmungsgeräten
- Herstellung von optischen Vergrößerungsgeräten
- Herstellung von optischen feinmechanischen Werkzeugen
- Herstellung von optischen Vergleichsgeräten
- Herstellung von analogen und digitalen Kameras
- Herstellung von Film- und Diaprojektoren
- Herstellung von Tageslichtprojektoren
- Herstellung von optischen Instrumenten und Geräten zum Messen und Prüfen (z. B. Feuerüberwachungsanlagen, fotografische Lichtmessgeräte, Entfernungsmesser)
- Herstellung von Linsen, optischen Mikroskopen, Ferngläsern und Teleskopen
- Herstellung von Laseranlagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Projektoren (Videobeamern) (s. 26.20.0)
- Herstellung von kommerziellen Fernseh- und Videokameras (s. 26.30.0)
- Herstellung von Amateur-Videokameras (s. 26.40.0)
- Herstellung von vollständigen Geräten mit Laserkomponenten; diese werden nach der Einordnung des Gerätetyps klassifiziert (z. B. medizinische Lasergeräte (s. 26.60.0))
- Herstellung von Fotokopiergeräten (s. 28.23.0)
- Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen (s. 32.50.1)
- Tätigkeiten von Augenoptikern (s. 47.78.1)

**26.8 Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern**

**26.80 Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern**

**26.80.0 Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von unbespielten magnetischen Ton- und Videobändern
- Herstellung von unbespielten magnetischen Ton- und Videobandkassetten
- Herstellung von unbespielten Disketten
- Herstellung von unbespielten Bildplatten
- Herstellung von Festplatten-Datenträgern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (s. 18.20.0)

**27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Produkten, die Elektrizität erzeugen, verteilen und verwenden. Diese Abteilung umfasst ferner die Herstellung elektrischer Beleuchtungs- und Signalgeräte sowie elektrischer Haushaltsgeräte.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Herstellung von elektronischen Erzeugnissen (s. Abteilung 26)

**27.1 Herstellung von Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren, Elektrizitätsverteilungs- und schalteinrichtungen**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Elektrizitätserzeugungs- und -verteilungseinrichtungen und Transformatoren, Elektromotoren, Generatoren und Motor-Generator-Aggregaten.

**27.11 Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren**

**27.11.0 Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von Elektromotoren und Transformatoren: Wechselstrom-, Gleichstrom- und Allstromgeräte.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Elektromotoren (mit Ausnahme von Anlassermotoren für Kolbenverbrennungsmotoren)
- Herstellung von elektrischen Verteilungstransformatoren
- Herstellung von Transformatoren für Lichtbogenschweißen
- Herstellung von Vorschaltgeräten (Transformatoren) für Leuchtstofflampen
- Herstellung von Umspanntransformatoren für Stromverteilungsnetze
- Herstellung von Übertragungs- und Verteilungsspannungsreglern
- Herstellung von Stromgeneratoren (mit Ausnahme von Lichtmaschinen für Kolbenverbrennungsmotoren)
- Herstellung von Motor-Generator-Aggregaten (außer Turbinen-Generator-Aggregaten)
- werkseitige Neuwicklung von Spulen für Elektromotoren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von elektronischen Transformatoren und Schaltern (s. 26.11.9)
- Herstellung von elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von Halbleiter-Wechselrichtern, -Gleichrichtern und -Umformern (s. 27.90.0)
- Herstellung von Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge) sowie Turbinen-Generator-Aggregaten (s. 28.11.0)
- Herstellung von Anlassermotoren und Generatoren (Lichtmaschinen) für Kolbenverbrennungsmotoren (s. 29.31.0)

### 27.12 Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen

#### 27.12.0 Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Leistungsschaltern
- Herstellung von Überspannungsableitern (für Verteilernetzspannungen)
- Herstellung von Apparaten für die Stromverteilung
- Herstellung von elektrischen Relais
- Herstellung von Leitungen für elektrische Schalttafeln
- Herstellung von elektrischen Sicherungen
- Herstellung von Stromschaltergeräten
- Herstellung von elektrischen Schaltern (außer Druck- und Druckknopfschaltern, elektromagnetischen Schaltern, Schnapp- und Kippschalter)
- Herstellung von Kraftmaschinen-Generator-Aggregaten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von elektronischen Schaltern u. a. elektronischen Bauelementen (s. 26.11.1 und .9)
- Herstellung von elektrischen Messgeräten für den Umweltschutz und industrielle Prozesssteuerungsanlagen (s. 26.51.1)
- Herstellung von Schaltern für elektrische Stromkreise, wie Druckknopf- und Schnappschalter (s. 27.33.0)
- Herstellung von Halbleiter-Wechselrichtern, -Gleichrichtern, elektrischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen Bauteilen (s. 27.90.0)

### 27.2 Herstellung von Batterien und Akkumulatoren

#### 27.20 Herstellung von Batterien und Akkumulatoren

##### 27.20.0 Herstellung von Batterien und Akkumulatoren

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von nicht wieder aufladbaren und von wieder aufladbaren Batterien und Akkumulatoren.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Primärelementen und Primärbatterien:
  - Primärelemente, die Manganoxid, Quecksilberdioxid, Silberoxid usw. enthalten
- Herstellung von elektrischen Akkumulatoren und Teilen davon:
  - Separatoren, Gehäuse, Abdeckungen
- Herstellung von Bleibatterien
- Herstellung von Nickel-Cadmium-Batterien
- Herstellung von NiMH-Batterien
- Herstellung von Lithium-Batterien
- Herstellung von Trockenzellenbatterien
- Herstellung von Nasszellenbatterien

**27.3 Herstellung von Kabeln und elektrischem Installationsmaterial**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von stromführendem und nicht stromführendem Installationsmaterial, unabhängig davon, aus welchem Material es hergestellt wird, für die Installation von Stromkreisen. Diese Gruppe umfasst auch die Isolierung von Drähten und die Herstellung von Glasfaserkabeln.

**27.31 Herstellung von Glasfaserkabeln**

**27.31.0 Herstellung von Glasfaserkabeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Lichtleitfaserkabeln für die Datenübertragung und die Direktübertragung von Bildern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Glasfasern oder Litzen (s. 23.14.0)
- Herstellung von Lichtleitfaserkabeln oder von Installationsmaterial mit Anschlüssen oder anderen Vorrichtungen (Zuordnung je nach vorgesehenem Einsatzbereich, z. B. 26.11.9)

**27.32 Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln**

**27.32.0 Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von isolierten Elektrokabeln, -leitungen und -drähten aus Stahl, Kupfer oder Aluminium

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von gezogenem Draht (s. 24.34.0, 24.41.0, 24.42.0, 24.43.0, 24.44.0 und 24.45.0)
- Herstellung von Computer-, Drucker- und USB-Kabeln und ähnlichen Kabeln (s. 26.11.9)
- Herstellung von Verlängerungskabeln aus zugekauftem isoliertem Draht (s. 27.90.0)
- Herstellung von Elektrokabeln, isoliert, mit Anschlüssen (s. 27.90.0)
- Herstellung von Zündkabeln und anderen Kabeln für Landfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge (s. 29.31.0)



### 27.33 Herstellung von elektrischem Installationsmaterial

#### 27.33.0 Herstellung von elektrischem Installationsmaterial

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von stromführendem und von nicht stromführendem Installationsmaterial, unabhängig davon, aus welchem Material es hergestellt wird, für die Installation von elektrischen Stromkreisen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stromschienen, elektrischen Leitern (ohne solche für Schaltanlagen)
- Herstellung von FI-Schutzschaltern
- Herstellung von Lampenfassungen
- Herstellung von Blitzschutzeinrichtungen und -spulen
- Herstellung von Schaltern für Stromkreise (z. B. Druck-, Druckknopf-, Schnapp- und Kippschalter)
- Herstellung von Steckdosen
- Herstellung von Kästen für die Installation von Stromkreisen (z. B. Anschlusskästen, Verteilungskästen, Schaltkästen)
- Herstellung von Isolierrohren und Rohrverbindungsstücken
- Herstellung von Bauelementen aus Metall für Strommasten und -leitungen
- Herstellung von nicht stromführendem Installationsmaterial aus Kunststoff einschließlich Anschlusskästen aus Kunststoff, Frontplatten u. Ä. sowie von Bauelementen aus Kunststoff für Überlandleitungen und von Schalterabdeckungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Isolierteilen aus Kunststoffen (s. 22.29.0)*
- *Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Glas (s. 23.19.0)*
- *Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus keramischen Stoffen (s. 23.43.0)*
- *Herstellung von elektronischen Anschlüssen, Steckdosen, Schaltern u. a. elektronischen Bauelementen (s. 26.11.1 und .9)*

### 27.4 Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten

#### 27.40 Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten

### 27.40.0 Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von Glühlampen und Leuchtröhren und Teilen davon (ohne Glasrohlinge für Glühlampen) sowie die Herstellung von Beleuchtungskörpern und Teilen davon (ohne stromführendes elektrisches Installationsmaterial).

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Entladungslampen, Glühlampen, Leuchtstofflampen, Ultraviolettlampen, Infrarotlampen und anderen Lampen und Beleuchtungskörpern
- Herstellung von Decken- und Wandleuchten
- Herstellung von Kronleuchtern
- Herstellung von Tischleuchten
- Herstellung von Taschenleuchten
- Herstellung von Weihnachtsbaum-Lichterketten
- Herstellung von Elektrokaminen
- Herstellung von Blitzlichtgeräten
- Herstellung von elektrischen Insektenlampen
- Herstellung von Scheinwerfern
- Herstellung von Straßenbeleuchtung (ohne Verkehrsampeln)
- Herstellung von Fahrzeugbeleuchtungen (z. B. für Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe)
- Herstellung von Reklameleuchten, Leuchtschildern, beleuchteten Namensschildern und dergleichen
- Herstellung von Laternen (z. B. Karbid-, Gas-, Benzin-, Petroleum- und elektrische Laternen)
- Herstellung von nichtelektrischen Lampen und Leuchten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Beleuchtungszubehör aus Kunststoffen (s. 22.29.0)
- Herstellung von Glaswaren und Teilen aus Glas für Lampen und Leuchten (s. 23.19.0)
- Herstellung von stromführendem Installationsmaterial für Beleuchtungskörper (s. 27.33.0)
- Herstellung von Decken- oder Badezimmerventilatoren mit integrierten Beleuchtungskörpern (s. 27.51.0)
- Herstellung von elektrischen Signaleinrichtungen wie Verkehrsampeln und Signaleinrichtungen für Fußgänger (s. 27.90.0)
- Herstellung von elektrischen Zeichen und Schildern (s. 27.90.0)

### 27.5 Herstellung von Haushaltsgeräten

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von elektrischen Klein- und Haushaltsgeräten, Haushaltsventilatoren, Haushaltsstaubsaugern, elektrischen Bodenpflegemaschinen für den Haushalt, Haushaltskochgeräten, Wäschepflegegeräten für den Haushalt, Haushaltskühlschränken, Gefrierschränken und Kühltruhen und sonstigen elektrischen oder nicht elektrischen Haushaltsgeräten wie Geschirrspülmaschinen, Warmwasserbereiter und Mülltrennsysteme. Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Geräten, die mit Strom, Gas oder durch eine andere Energiequelle betrieben werden.

#### 27.51 Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten

### 27.51.0 Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten:
  - Kühlschränke
  - Gefrierschränke, Tiefkühltruhen
  - Geschirrspülmaschinen
  - Waschmaschinen und Wäschetrockner
  - Staubsauger
  - Bohnengeräte
  - Abfallzerkleinerer
  - Lebensmittelzerkleinerungs- und -mischgeräte, Saftpressen
  - Dosenöffner
  - Elektrorasierer, elektrische Zahnbürsten und andere elektrische Körperpflegegeräte
  - Messerschleifmaschinen
  - Abluft- und Dunstabzugshauben
- Herstellung von elektrothermischen Haushaltsgeräten:
  - Elektrische Warmwasserbereiter
  - Heizdecken
  - elektrische Haartrockner, Kämmen, Bürsten, Lockenwickler
  - elektrische Bügeleisen
  - Raumheizgeräte und Haushaltsventilatoren, tragbar
  - Elektroherde
  - Mikrowellenherde
  - Kocher, Warmhalteplatten
  - Toaster
  - Kaffee- oder Teemaschinen
  - elektrische Bratpfannen, Röst- und Grillgeräte
  - elektrische Heizwiderstände

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von kommerziellen Kühl- und Gefriergeräten, Klimageräten, Hallenentlüftungssystemen, ortsfesten elektrischen Raumheizgeräten sowie kommerziellen Belüftungs- und Abluftgebläsen, kommerziellen Kochgeräten, Ausrüstung für Wäschereien, chemische Reinigungen und zum Bügeln; Herstellung von Staubsaugern für Gewerbe, Industrie und Büros (s. Abteilung 28)*
- *Herstellung von Haushaltsnäähmaschinen (s. 28.94.0)*
- *Einbau von Zentralstaubsauganlagen (s. 43.29.9)*

### 27.52 Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsgeräten

#### 27.52.0 Herstellung von nichtelektrischen Haushaltsgeräten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von nicht elektrischen Koch- und Heizgeräten für den Haushalt:
  - nicht elektrische Raumheizkörper, Küchenherde, Feuerroste, Öfen, Warmwasserbereiter, Kochgeräte und Warmhalteplatten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Solarwärmekollektoren (s. 28.21.1)

**27.9 Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.**

**27.90 Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.**

**27.90.0 Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von verschiedenen anderen elektrischen Geräten und Vorrichtungen außer Motoren, Generatoren, Transformatoren, Batterien und Akkumulatoren, elektrischem Installationsmaterial, Beleuchtungen und Haushaltsgeräten.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Akku-Ladegeräten, transistoriert
- Herstellung von elektrisch betätigten Türöffnungs- und Schließvorrichtungen
- Herstellung von elektrischen Klingeln
- Herstellung von Sirenen
- Herstellung von Verlängerungskabeln aus zugekauftem isoliertem Draht
- Herstellung von Ultraschall-Reinigungsgeräten (außer für Dental- und andere Laboratorien)
- Herstellung von Halbleiter-Wechselrichtern, -Gleichrichtern, Brennstoffzellen, geregelten und ungeregelten Stromversorgungseinheiten
- Herstellung von unterbrechungsfreien Stromversorgungen
- Herstellung von Überspannungsableitern (außer für Verteilernetzspannungen)
- Herstellung von Geräteanschlusskabeln, Verlängerungskabeln und anderen Elektrokabelsätzen aus isolierten Drähten und Anschlüssen
- Herstellung von Kohle- und Grafitelektroden, Kontakten und anderen Erzeugnissen aus Kohle und Grafit für elektrische Anwendungen
- Herstellung von Teilchenbeschleunigern
- Herstellung von elektrischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen Bauteilen
- Herstellung von Elektromagneten, für elektrische Anwendung
- Herstellung von elektronischen Anzeigetafeln
- Herstellung von elektrischen Zeichen und Schildern
- Herstellung von elektrischen Verkehrssignal-, Verkehrssicherungs-, Verkehrsüberwachungs- und Verkehrssteuergeräten für Schienenwege, Straßen, Binnenwasserstraßen, Parkplätze oder Parkhäuser, Hafenanlagen oder Flughäfen, z. B. Verkehrsampeln
- Herstellung von elektrischen Isolatoren und Isolierteilen (außer aus Glas oder Keramik), Isolierrohren und Isolierteilen aus unedlen Metallen
- Herstellung von elektrischen Löt- und Schweißgeräten, einschließlich handgeführter Lötkolben

## Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Isolierteilen aus Kunststoffen (s. 22.29.0)*
- *Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Glas (s. 23.19.0)*
- *Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus keramischen Stoffen (s. 23.43.0)*
- *Herstellung von Erzeugnissen aus Kohlenstoff- und Grafitfasern (außer Elektroden und für elektrische Einsatzfelder) (s. 23.99.0)*
- *Herstellung von elektronischen Gleichrichtern, integrierten Schaltkreisen zur Spannungsregelung, integrierten Schaltkreisen zur Leistungsumwandlung, elektronischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen Bauteilen (s. 26.11.9)*
- *Herstellung von Motoren, Generatoren, Transformatoren, Schaltanlagen, Relais und industriellen Steuerungseinrichtungen (s. Gruppe 27.1)*
- *Herstellung von Batterien und Akkumulatoren (s. 27.20.0)*
- *Herstellung von Draht zur Nachrichtenübermittlung und Energieübertragung, spannungsführendem und nicht spannungsführendem Installationsmaterial (s. Gruppe 27.3)*
- *Herstellung von Lampen und Leuchten (s. 27.40.0)*
- *Herstellung von Haushaltsgeräten (s. Gruppe 27.5)*
- *Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 28.29.0)*
- *Herstellung elektrischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftfahrzeuge, wie Lichtmaschinen, Zündkerzen, Zündkabel, elektrische Fensterheber und Türverriegelungen, Spannungsregler (s. 29.31.0)*
- *Herstellung von Zündkabelsätzen und anderen Kabelsätzen für Landfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge (s. 29.31.0)*
- *Herstellung von elektromechanischen Signal-, Sicherungs-, Überwachungs- und Steuergeräten für Schienenwege, Binnenwasserstraßen, Straßen, Parkplätze oder Parkhäuser, Flughäfen usw. (s. 30.20.2)*

### 28 Maschinenbau

Diese Abteilung umfasst den Bau von Maschinen, die mechanisch oder durch Wärme auf Materialien einwirken oder an Materialien Vorgänge durchführen (wie Bearbeitung, Besprühen, Wiegen oder Verpacken), einschließlich ihrer mechanischen Bestandteile, die Kraft erzeugen und anwenden, sowie spezieller Teile dafür. Hierunter fallen feste, bewegliche oder handgeführte Vorrichtungen, ungeachtet, ob sie für Industrie und Gewerbe, den Bau, die Landwirtschaft oder für den Einsatz im Haushalt bestimmt sind. Diese Abteilung umfasst ferner die Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln.

In dieser Abteilung wird unterschieden zwischen der Herstellung von Spezialmaschinen für bestimmte einzelne oder eine kleine Gruppe von Wirtschaftszweigen der NACE und der Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen.

Diese Abteilung umfasst ferner die Herstellung von sonstigen, anderweitig in dieser Klassifikation nicht zugeordneten Spezialmaschinen, und zwar unabhängig davon, ob sie in einem Produktionsablauf eingesetzt werden, für Kirmes-Fahrgeschäfte, Ausrüstung für automatische Bowlingbahnen usw.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Herstellung von Metallerzeugnissen wie Bauelemente, Behälter und Konstruktionen (s. Abteilung 25)
- Herstellung von Kontrollvorrichtungen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Mess- und Prüfvorrichtungen, Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen (s. Abteilungen 26 und 27)
- Fahrzeugbau (s. Abteilungen 29 und 30).

### 28.1 Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen

#### 28.11 Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)

##### 28.11.0 Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Kolbenverbrennungsmotoren für Fahrzeuge (außer für Luft- und Straßenfahrzeuge) und Teilen davon:
  - Schiffsmotoren
  - Schienenfahrzeugmotoren
- Herstellung von Industriemotoren
- Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern und dergleichen für alle Kolbenverbrennungsmotoren usw.
- Herstellung von Ein- und Auslassventilen für Kolbenverbrennungsmotoren
- Herstellung von Turbinen und Teilen dafür:
  - Dampfturbinen
  - Wasserkraftturbinen, Wasserräder und Steuervorrichtungen dafür
  - Windturbinen
  - Gasturbinen (ohne Turbo-Strahltrieb- und Turbo-Propellertriebwerke für den Antrieb von Flugzeugen)
- Herstellung von Dampfturbinenanlagen
- Herstellung von Turbinen-Generator-Aggregaten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Generatoren zur Stromerzeugung (außer Turbinen-Generator-Aggregaten) (s. 27.11.0)
- Herstellung von Motor-Generatoren-Aggregaten (außer Turbinen-Generator-Aggregaten) (s. 27.11.0)
- Herstellung von elektrischen Bauteilen für Motoren (außer für Kraftfahrzeugmotoren sowie von Zündkabelsätzen und anderen Kabelsätzen für Landfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge) (s. 27.90.0)
- Herstellung von elektrischen Anlagen und Bauteilen für Kraftfahrzeugmotoren sowie von Zündkabelsätzen und anderen Kabelsätzen für Landfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge (s. 29.31.0)
- Herstellung von Antriebsmaschinen für Luft- und Straßenfahrzeuge (s. 29.10.0, 30.30.0, 30.91.0)
- Herstellung von Turbo-Strahl- und Turbo-Propellertriebwerke (s. 30.30.0)

**28.12 Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Komponenten und Systemen**

**28.12.0 Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Komponenten und Systemen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Bauteilen (einschließlich hydraulische Pumpen und Motoren sowie hydraulische und pneumatische Zylinder, hydraulische und pneumatische Ventile, hydraulische und pneumatische Schläuche und Verbinder)
- Herstellung von Luftaufbereitungseinrichtungen für pneumatische Systeme
- Herstellung von Hydrosystemen
- Herstellung von Hydraulikgetrieben
- Herstellung von hydrostatischen Antrieben

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Kompressoren (s. 28.13.0)
- Herstellung von Pumpen für andere als hydraulische Anwendungen (s. 28.13.0)
- Herstellung von Ventilen für andere als hydraulische und pneumatische Anwendungen (s. 28.14.0)
- Herstellung von mechanischen Kraftübertragungselementen (s. 28.15.0)

**28.13 Herstellung von Pumpen und Kompressoren a. n. g.**

**28.13.0 Herstellung von Pumpen und Kompressoren a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Luft- und Vakuumpumpen, Luft- und anderen Gaskompressoren
- Herstellung von Pumpen für Flüssigkeiten, auch mit Messvorrichtung
- Herstellung von Pumpen für den Anbau an Kolbenverbrennungsmotoren: Öl-, Wasser- und Kraftstoffpumpen für Kraftfahrzeuge
- Herstellung von Handpumpen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Hydraulik- und Pneumatikausrüstungen (s. 28.12.0)

**28.14 Herstellung von Armaturen a. n. g.**

**28.14.0 Herstellung von Armaturen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Industriearmaturen einschließlich Drossel- und Einlassventilen
- Herstellung von Sanitärarmaturen
- Herstellung von Heizungsarmaturen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Armaturen aus ungehärtetem vulkanisiertem Gummi, Glas oder aus Keramik (s. 22.19.0, 23.19.0 bzw. 23.44.0)
- Herstellung von Ein- und Auslassventilen für Verbrennungsmotoren (s. 28.11.0)
- Herstellung von hydraulischen und pneumatischen Ventilen sowie Luftaufbereitungseinrichtungen für pneumatische Systeme (s. 28.12.0)



### **28.15 Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen**

#### **28.15.0 Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Kugel- und Rollenlagern sowie Teilen davon
- Herstellung von mechanischen Kraftübertragungselementen:
  - Wellen und Kurbeln: Nockenwellen, Kurbelwellen, Kurbeln usw.
  - Lagergehäuse und -schalen, Gleitlager
- Herstellung von Zahnrädern und Getrieben und anderen Kraftübersetzungselementen
- Herstellung von Wellen- und anderen Kupplungen
- Herstellung von Schwungrädern und Riemenscheiben
- Herstellung von Gelenkketten
- Herstellung von Kraftübertragungsketten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von anderen Ketten (s. 25.93.0)
- Herstellung von Hydraulikgetrieben (s. 28.12.0)
- Herstellung von hydrostatischen Antrieben (s. 28.12.0)
- Herstellung von elektromagnetischen Kraftfahrzeugkupplungen (s. 29.31.0)
- Herstellung von Baugruppen von Kraftübertragungseinrichtungen, die erkennbar für Land- und Luftfahrzeuge bestimmt sind (s. Abteilungen 29 und 30)

### **28.2 Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen**

#### **28.21 Herstellung von Öfen und Brennern**

##### **28.21.1 Herstellung von Solarwärmekollektoren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Solarwärmekollektoren zur direkten Wärmeerzeugung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Einzelsolarzellen und Solarmodulen zur Umwandlung der Strahlungsenergie der Sonne in elektrischen Strom durch Ausnutzung des Effekts der Fotovoltaik (s. 26.11.1)

### 28.21.9 Herstellung von sonstigen Öfen und Brennern

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektrischen und nicht elektrischen Industrie- und Laboröfen einschließlich Verbrennungsöfen
- Herstellung von Brennern
- Herstellung von ortsfesten elektrischen Raumheizgeräten und elektrischen Heizgeräten für Schwimmbecken
- Herstellung von ortsfesten nicht elektrischen Heizgeräten für Haushalte wie Dampfheizungen, Ölheizungen sowie ähnlichen Öfen und Heizanlagen
- Herstellung von elektrischen Haushaltsheizgeräten wie Umwälzlufterhitzer, Wärmepumpen usw., nicht elektrischen Umwälzlufterhitzern
- Herstellung von mechanischen Schürvorrichtungen, Rosten, Entschungsvorrichtungen usw. für Industrie- und Laboröfen einschließlich Verbrennungsöfen und Heizungen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von elektrischen Haushaltsöfen, tragbaren elektrischen und nicht elektrischen Heizgeräten für den Haushalt (s. 27.51.0, 27.52.0)
- Herstellung von Solarwärmekollektoren zur direkten Wärmeerzeugung (s. 28.21.9)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Trocknern (s. 28.93.0)
- Herstellung von Bäckereiöfen (s. 28.93.0)
- Herstellung von Trocknern für Holz, Zellstoff, Papier und Pappe (s. 28.99.0)
- Herstellung von medizinischen und Laborsterilisiergeräten (s. 32.50.1)
- Herstellung von (zahn-)medizinischen Laboröfen (s. 32.50.1)

### 28.22 Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln

#### 28.22.0 Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von hand- oder kraftbetriebenen Hebezeugen und Fördermitteln sowie Be- und Entladevorrichtungen:
  - Flaschenzüge, Hebezeuge, Winden und Spille
  - Derricks, Kräne, fahrbare Hubvorrichtungen, Portalhubwagen usw.
  - Kraftkarren, auch mit Eigenantrieb
  - Hebezeuge und Fördermittel, für industrielle Zwecke (einschließlich Hand- und Schubkarren)
  - eigens für Hebe-, Förder- sowie Be- und Entladetätigkeiten ausgelegte mechanische Greifer und Industrieroboter
- Herstellung von Stetigförderern, Seilbahnen usw.
- Herstellung von Aufzügen, Fahrtreppen und Fahrsteigen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Mehrzweckindustrierobotern (s. 28.99.0)
- Herstellung von Stetigförderern für den Untertageeinsatz (s. 28.92.1)
- Herstellung von Baggern und Schaufelladern (s. 28.92.2)
- Herstellung von Kranwagen, Schwimmkränen und Eisenbahnkränen (s. 29.10.2, 30.11.0, 30.20.1)
- Herstellung von mit der Hand gezogenen oder geschobenen Fahrzeugen: Gepäckwagen, Handwagen, Schlitten, Einkaufswagen (s. 30.99.0)
- Installation, Reparatur und Instandhaltung von Aufzügen und Rolltreppen (s. 43.29.9)

### **28.23 Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)**

#### **28.23.0 Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Rechenmaschinen
- Herstellung von Addiermaschinen, Registerkassen
- Herstellung von Briefmarkenzählgeräten, Postbearbeitungsmaschinen (Kuvertier-, Verschleiß- und Adressiermaschinen; Postöffnungs-, Sortier- und Scan-Geräte)
- Herstellung von Schreibmaschinen
- Herstellung von Stenografiermaschinen
- Herstellung von Bindemaschinen für den Büroeinsatz (d. h. zum Binden mit Klebeband oder Kunststoffkleber)
- Herstellung von Scheckschreibmaschinen
- Herstellung von Münzzähl- und Münzeinwickelmaschinen
- Herstellung von Bleistiftspitzmaschinen
- Herstellung von Heftmaschinen und Heftklammerentfernern
- Herstellung von Wahlmaschinen
- Herstellung von Klebstreifenspendern
- Herstellung von Lochern
- Herstellung von Fotokopiergeräten
- Herstellung von Tonerpatronen für Büromaschinen
- Herstellung von Schreibtafeln
- Herstellung von Diktiergeräten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 26.20.0)

**28.24 Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb**

**28.24.0 Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit eingebautem Elektromotor oder nicht elektrischem bzw. pneumatischem Kraftantrieb, z. B.:
  - Kreis- und Stichsägen
  - Kettensägen
  - Bohrer und Bohrhämmer
  - handgeführte Schleifmaschinen
  - Druckluftnagler
  - Poliermaschinen
  - Oberfräsmaschinen
  - Schärfmaschinen
  - Drahtheftmaschinen
  - Druckluft-Niethämmer
  - Hobelmaschinen
  - Scheren und Blechknabber
  - Schlagschrauber
  - pyrotechnische Nagler

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von austauschbaren Werkzeugen für handgeführte Werkzeuge mit Motorantrieb (s. 25.73.3)
- Herstellung von handgeführten elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 27.90.0)

**28.25 Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, nicht für den Haushalt**

**28.25.0 Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, nicht für den Haushalt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Kühl- und Gefriereinrichtungen, einschließlich Baugruppen, nicht für den Haushalt
- Herstellung von Klimageräten, auch für Kraftfahrzeuge
- Herstellung von Ventilatoren, nicht für den Haushalt
- Herstellung von Wärmeaustauschern
- Herstellung von Apparaten zum Filtrieren oder Reinigen von Gasen, a. n. g.
- Herstellung von Maschinen zum Verflüssigen von Luft oder Gasen
- Herstellung von Hallenentlüftungssystemen (Giebelventilatoren, Dachventilatoren usw.)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kühl- und Gefriereinrichtungen für Haushalte (s. 27.51.0)
- Herstellung von Haushaltsventilatoren (s. 27.51.0)

**28.29 Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a. n. g.**

**28.29.0 Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Wiegevorrichtungen (mit Ausnahme von Laborwaagen):
  - Haushalts- und Ladenwaagen, Tafelwaagen, Waagen für kontinuierliches Wiegen, Brückenwaagen, Gewichte usw.
- Herstellung von Filter- und Reinigungsanlagen und -geräten für Flüssigkeiten
- Herstellung von Vorrichtungen zum Verteilen, Spritzen, Versprühen oder Zerstäuben von Flüssigkeiten oder Pulver:
  - Spritzpistolen, Feuerlöscher, Sandstrahlmaschinen, Dampfreinigungsmaschinen usw.
- Herstellung von Verpackungsmaschinen:
  - Maschinen zum Füllen, Verschließen, Versiegeln, Verkapseln oder Etikettieren usw.
- Herstellung von Maschinen zum Reinigen oder Trocknen von Flaschen und zum Versetzen von Getränken mit Kohlensäure
- Herstellung von Destillier- und Rektifizieranlagen für Erdölraffinerien sowie für die Chemie- und die Getränkeherstellung usw.
- Herstellung von Gaserzeugern
- Herstellung von Kalandern und Walzwerken sowie Walzen dafür (außer für Metall und Glas)
- Herstellung von Zentrifugen (außer Milchentrahmern und Wäscheschleudern)
- Herstellung von Dichtungen aus einer Verbindung von verschiedenen Materialien oder aus mehreren Schichten desselben Materials
- Herstellung von Warenverkaufsautomaten
- Herstellung von Wasserwaagen, Bandmaßen und ähnlichen Handwerkzeugen, feinmechanischen Werkzeugen (außer optischen)
- Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten
- Herstellung von Kühltürmen und ähnlichen Einrichtungen für die Direktkühlung durch Wasserkreisläufe
- Herstellung von Maschinen und Apparaten für die Behandlung von Stoffen durch Temperaturänderung, a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen (s. 26.51.1, 26.51.2)
- Herstellung von Feinwaagen (Laborwaagen) (s. 26.51.2)
- Herstellung von optischen Instrumenten und Geräten zum Messen und Prüfen (z. B. Feuerüberwachungsanlagen, fotografische Lichtmessgeräte, Entfernungsmesser) (s. 26.70.0)
- Herstellung von Kühl- und Gefriereinrichtungen und Wäschetrocknern für den Haushalt (s. 27.51.0)
- Herstellung von Haushaltsventilatoren (s. 27.51.0)
- Herstellung von elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Spritz- und Sprühmaschinen (s. 28.30.0)
- Herstellung von Metallwalzwerken und Glaswalzmaschinen sowie zugehörigen Walzen (s. 28.91.0, 28.99.0)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Trocknern (s. 28.93.0)
- Herstellung von Maschinen zum Filtrieren oder Reinigen von Nahrungsmitteln (s. 28.93.0)
- Herstellung von Milchzentrifugen (s. 28.93.0)
- Herstellung von kommerziellen Wäschetrocknern (s. 28.94.0)
- Herstellung von Textildruckmaschinen (s. 28.94.0)
- Herstellung von Trocknern für Holz, Zellstoff, Papier und Pappe sowie andere Materialien (außer für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Textilien) (s. 28.99.0)
- Herstellung von Mehrzweckindustrierobotern für verschiedene Spezialaufgaben (s. 28.99.0)

### **28.3 Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen**

### **28.30 Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen**

### **28.30.0 Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
- Herstellung von Einachsschleppern
- Herstellung von Mähmaschinen einschließlich Rasenmähern
- Herstellung von landwirtschaftlichen Anhängern und Sattelanhängern mit Selbstlade- und Entladevorrichtung
- Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen für die Bodenbearbeitung, zum Pflanzen oder Düngen:
  - Pflüge, Stalldungstreuer, Sämaschinen, Eggen usw.
- Herstellung von Ernte- und Dreschmaschinen:
  - Erntemaschinen, Dreschmaschinen, Sortiermaschinen usw.
- Herstellung von Melkmaschinen
- Herstellung von landwirtschaftlichen Spritz- und Sprühmaschinen
- Herstellung von verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen:
  - Maschinen für Geflügelhaltung und Imkerei, Futteraufbereitungsmaschinen usw.
  - Maschinen zum Säubern, Sortieren oder Klassieren von Eiern, Obst usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Geräte für die Landwirtschaft (s. 25.73.4)
- Herstellung von Fördergeräten für landwirtschaftliche Zwecke (s. 28.22.0)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von Milchzentrifugen (s. 28.93.0)
- Herstellung von Maschinen, Apparaten und Geräten zum Reinigen, Sortieren oder Sieben von Körner- oder Hülsenfrüchten (s. 28.93.0)
- Herstellung von Sattelstraßenzugmaschinen (s. 29.10.2)
- Herstellung von Straßenanhängern und -sattelanhängern (s. 29.20.0)

### **28.4 Herstellung von Werkzeugmaschinen**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Maschinen zur Metallbearbeitung und von Werkzeugmaschinen, d. h. von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen und anderen Stoffen (Holz, Bein, Hartkautschuk, harten Kunststoffen, kaltem Glas usw.), einschließlich solcher, die dazu einen Laserstrahl, Ultraschallwellen, Plasmabögen, magnetische Impulse usw. nutzen.

#### **28.41 Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung**

##### **28.41.0 Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen einschließlich solcher, die dazu einen Laserstrahl, Ultraschallwellen, Plasmabögen, magnetische Impulse usw. nutzen:
- Werkzeugmaschinen zum Bohren, Drehen, Fräsen, Erodieren, Hobeln, Läppen, Räumen, Richten, Sägen, Schleifen, Schärfen, Stoßen usw.
- Werkzeugmaschinen zum Stanzen, Biegen oder Pressen
- Scheren zur Metallbearbeitung, Fallhämmer, Schmiedemaschinen usw.
- Drahtziehmaschinen, Drahtwalzmaschinen und Drahtbearbeitungsmaschinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Werkzeugmaschinen (Bohrer, Stanzwerkzeuge, Gesenke, Fräsen, Sägeblätter, Schneidmesser usw.) (s. 25.73)
- Herstellung von elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 28.29.0)
- Herstellung von Maschinen für den Einsatz in metallurgischen Betrieben oder Gießereien (s. 28.91.0)

**28.49 Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen**

**28.49.1 Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von mineralischen Stoffen wie Steinen, keramischen Waren, Beton und Waren daraus, Faserzementwaren und zum Kaltbearbeiten von Glas:
- Ausbohr- und Bohrmaschinen, Schleif- und Poliermaschinen, Sägemaschinen usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Werkzeugmaschinen (Bohrer, Stanzwerkzeuge, Gesenke, Fräsen, Sägeblätter, Schneidmesser usw.) (s. 25.73)
- Herstellung von handgeführten elektrischen LötKolben und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 28.29.0)
- Herstellung von Bergwerksmaschinen (s. 28.92.1)
- Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen (s. 28.92.2)
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren sowie zum Warmbearbeiten von Glas (s. 28.99.0)

**28.49.2 Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Holz, Bein, Kork, Hartkautschuk, harten Kunststoffen usw. einschließlich solcher, die dazu einen Laserstrahl, Ultraschallwellen, Plasmabögen, magnetische Impulse usw. nutzen
- Drehmaschinen, Ausbohr- und Bohrmaschinen, Sägemaschinen, Hobel-, Fräs- und Kehlmaschinen, Schleif- und Poliermaschinen, Pressen usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Werkzeugmaschinen (Bohrer, Stanzwerkzeuge, Gesenke, Fräsen, Sägeblätter, Schneidmesser usw.) (s. 25.73)
- Herstellung von handgeführten elektrischen LötKolben und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 28.29.0)
- Herstellung von Maschinen für den Einsatz in metallurgischen Betrieben oder Gießereien (s. 28.91.0)



### 28.49.3 Herstellung von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör für Werkzeugmaschinen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Aufspannvorrichtungen für Werkzeugmaschinen, Werkzeug- und Werkstückhaltern und Spezialvorrichtungen für Werkzeugmaschinen:
  - Dorne, Spannzangen und Hülsen, Werkzeughalter
  - Werkstückhalter, Drehfutter usw.
  - Teilköpfe und sonstige Spezialvorrichtungen für Werkzeugmaschinen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Werkzeugmaschinen (Bohrer, Stanzwerkzeuge, Gesenke, Fräsen, Sägeblätter, Schneidmesser usw.) (s. 25.73)

### 28.49.9 Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von ortsfesten Maschinen zum Nageln, Heften, Leimen oder sonstigem Zusammenfügen von Holz, Kork, Bein, Hartgummi oder Kunststoff usw.
- Herstellung von ortsfesten Bohrern oder Schlagbohrern, Feilmaschinen, Nietmaschinen, Blechschneidern usw.
- Herstellung von Maschinen zum Elektroplattieren

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für Werkzeugmaschinen (Bohrer, Stanzwerkzeuge, Gesenke, Fräsen, Sägeblätter, Schneidmesser usw.) (s. 25.73)
- Herstellung von handgeführten elektrischen LötKolben und Schweißgeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 28.24.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten (s. 28.29.0)
- Herstellung von Maschinen für den Einsatz in metallurgischen Betrieben oder Gießereien (s. 28.91.0)
- Herstellung von Bergwerksmaschinen (s. 28.92.1)
- Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen (s. 28.92.2)
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren sowie zum Warmbearbeiten von Glas (s. 28.99.0)

**28.9 Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Spezialmaschinen, d. h. von Maschinen, die ausschließlich in einem bestimmten Wirtschaftszweig dieser Klassifikation oder in einigen wenigen Wirtschaftszweigen zum Einsatz kommen. Zwar werden die meisten dieser Maschinen in anderen Herstellungsverfahren, etwa der Herstellung von Nahrungsmitteln oder Textilien verwendet, doch umfasst diese Gruppe auch die Herstellung von Spezialmaschinen für andere Wirtschaftszweige (die nicht die Herstellung von Waren betreffen), etwa Abschussrampen für Flugzeuge oder für Kirmes-Fahrgeschäfte.

**28.91 Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen**

**28.91.0 Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Maschinen und Einrichtungen für die Verarbeitung heißer Metalle:
  - Konverter, Blockformen, Gießpfannen, Gießmaschinen
- Herstellung von Metallwalzwerken und zugehörigen Walzen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Drahtziehmaschinen (s. 28.41.0)
- Herstellung von Formkästen und Formen (außer Blockformen) (s. 25.73.5)
- Herstellung von Maschinen zum Herstellen von Gießereiformen (s. 28.99.0)

**28.92 Herstellung von Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen**

**28.92.1 Herstellung von Bergwerksmaschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stetigförderern für den Untertageeinsatz
- Herstellung von Bohr-, Schneid-, Abteuf- und Streckenvortriebsmaschinen (auch für den Untertageeinsatz)
- Herstellung von Gleiskettenzugmaschinen für den Einsatz im Bergbau
- Herstellung von Maschinen für die Mineralaufbereitung durch Sieben, Sortieren, Trennen, Waschen, Brechen usw. für den Bergbau

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln (s. 28.22.0)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und Sattelstraßenzugmaschinen (s. 28.30.0, 29.10.2)
- Herstellung von Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Steinen einschließlich Maschinen zum Spalten von Steinen (s. 28.49.1)

### 28.92.2 Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Maschinen für die Mineralaufbereitung durch Sieben, Sortieren, Trennen, Waschen, Brechen usw. für die Baustoffindustrie
- Herstellung von Beton- und Mörtelmischmaschinen
- Herstellung von Erdbewegungsmaschinen:
  - Planiermaschinen ("Bulldozer" und "Angledozer"), Erd- oder Straßenhobel ("Grader"), Schürfwagen ("Scraper"), Schürf- und andere Schaufellader usw.
- Herstellung von Pfahlrammen und -ziehen, Mörtelverteiltern, Bitumenverteiltern, Maschinen zum Bearbeiten von Betonflächen usw.
- Herstellung von Gleiskettenzugmaschinen und Zugmaschinen für den Einsatz am Bau
- Herstellung von Planierschilden
- Herstellung von geländegängigen Muldenkippern

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln (s. 28.22.0)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und Sattelstraßenzugmaschinen (s. 28.30.0, 29.10.2)
- Herstellung von Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Steinen einschließlich Maschinen zum Spalten von Steinen (s. 28.49.1)
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren sowie zum Warmbearbeiten von Glas (s. 28.99.0)
- Herstellung von Betonmischwagen (s. 29.10.2)

**28.93 Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung**

**28.93.0 Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von landwirtschaftlichen Trocknern
- Herstellung von milchwirtschaftlichen Maschinen:
  - Milchzentrifugen
  - Milchverarbeitungsmaschinen (z. B. Homogenisierapparate)
  - Maschinen zur Weiterverarbeitung von Milch (z. B. Buttermaschinen, Butterknetter und -formmaschinen)
  - Maschinen zur Käseherstellung (Homogenisierapparate, Formmaschinen, Pressen usw.)
- Herstellung von Maschinen für Mahl- und Schälmaschinen:
  - Maschinen, Apparate und Geräte zum Reinigen, Sortieren oder Sieben von Körner- oder Hülsenfrüchten (Windfegen, Bandausleser, Getreidebürstmaschinen usw.)
  - Maschinen zur Herstellung von Mehl und dergleichen: Kornmühlen, Füllapparate, Beutelvorrichtungen, Kleiereiniger, Mischpumpen, Reisschälmaschinen, Erbsenspaltmaschinen usw.
- Herstellung von Pressen, Quetschen usw. zur Erzeugung von Wein, Apfelwein, Fruchtsaft usw.
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Backwaren und Teigwaren:
  - Bäckereiofen, Teigmisch- und -teilmaschinen, Form- und Schneidemaschinen, Kuchensetzmaschinen usw.
- Herstellung von Maschinen und Einrichtungen zur Verarbeitung verschiedener Nahrungsmittel:
  - Maschinen zur Herstellung von Süßwaren, Kakao oder Schokolade; zur Herstellung von Zucker; für Brauereien; zur Verarbeitung von Fleisch oder Geflügel; zur Verarbeitung von Obst, Nüssen oder Gemüse; zur Verarbeitung von Fisch, Schalentieren und anderen Meeresfrüchten
  - Filter- und Reinigungsmaschinen
  - sonstige Maschinen für die Be- und Verarbeitung sowie Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken
- Herstellung von Maschinen zur Extraktion oder Zubereitung von Ölen und Fetten pflanzlicher oder tierischer Herkunft
- Herstellung von Maschinen zur Aufbereitung oder Verarbeitung von Tabak sowie zur Herstellung von Zigaretten, Zigarren, Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak
- Herstellung von Maschinen zur Zubereitung von Nahrungsmitteln in Hotels und Restaurants

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Apparaten zur Bestrahlung von Milch oder anderen Nahrungsmitteln (s. 26.60.0)*
- *Herstellung von Verpackungs- und Wiegemaschinen (s. 28.29.0)*
- *Herstellung von Maschinen zum Säubern, Sortieren und Klassieren von Eiern, Obst u. Ä. (außer Saatgut, Körnern und trockenen Hülsenfrüchten) (s. 28.30.0)*

### 28.94 Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung

#### 28.94.0 Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Textilmaschinen:
  - Maschinen zum Vor- oder Aufbereiten, Herstellen, Düsenspinnen, Verstrecken, Texturieren oder Schneiden von synthetischen und künstlichen Spinnstoffen
  - Maschinen zum Vor- oder Aufbereiten von Spinnstoffen: Egreniermaschinen, Ballenbrecher, Garnetöffner, Baumwollausbreitmaschinen, Wollwaschmaschinen, Wollkarbonisiermaschinen und andere Maschinen zum Kardieren, Kämmen, Vorspinnen usw.
  - Spinnmaschinen
  - Maschinen zum Vor- oder Aufbereiten von Spinnstoffgarnen: Haspel-, Schär- und ähnliche Maschinen
  - Webmaschinen einschließlich Handwebstühle
  - Wirk- und Strickmaschinen
  - Netz-, Tüll-, Spitzen-, Stick-, Flecht- und ähnliche Maschinen
- Herstellung von Hilfsmaschinen und Teilen und Zubehör für Textilmaschinen:
  - Schaftmaschinen, Jacquardmaschinen, Kett- und Schussfadenwächter, Webschützenwechsler, Spindeln und Spindelflügel usw.
- Herstellung von Textildruckmaschinen
- Herstellung von Maschinen für die Textilveredlung:
  - Maschinen zum Waschen, Bleichen, Färben, Appretieren, Ausrüsten, Beschichten oder Imprägnieren von Geweben
- Herstellung von Maschinen zum Auf- oder Abwickeln, Falten, Schneiden oder Auszacken von Garnen oder Geweben
- Herstellung von Maschinen für Wäschereien und Textilreinigungen:
  - Bügeleimaschinen und Bügelpressen einschließlich Fixierpressen
  - kommerzielle Waschmaschinen und Trockenmaschinen
  - Maschinen für die chemische Textilreinigung
- Herstellung von Nähmaschinen, Nähmaschinenköpfen und Nähmaschinennadeln (auch für den Haushalt)
- Herstellung von Maschinen zum Herstellen oder Ausrüsten von Filz oder Vliesstoffen
- Herstellung von Maschinen zum Be- oder Verarbeiten von Leder:
  - Maschinen zum Aufbereiten, Gerben oder Bearbeiten von Häuten, Fellen oder Leder
  - Maschinen zum Herstellen oder Instandsetzen von Schuhen oder anderen Waren aus Häuten, Fellen, Leder oder Pelzfellen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Papier- oder Pappkarten zum Einsatz in Jacquardmaschinen (s. 17.29.0)
- Herstellung von Waschmaschinen und Wäschetrocknern für den Haushalt (s. 27.51.0)
- Herstellung von Kalandern (s. 28.29.0)
- Herstellung von Buchbindereimaschinen (s. 28.99.0)

**28.95 Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung**

**28.95.0 Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Maschinen zum Herstellen von Papierhalbstoff
- Herstellung von Maschinen zum Herstellen von Papier, Pappe oder Karton
- Herstellung von Maschinen zum Herstellen von Waren aus Papier, Pappe oder Karton

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Trocknern für Papier, Pappe oder Karton (s. 28.99.0)*

**28.96 Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk**

**28.96.0 Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Maschinen zum Be- oder Verarbeiten von Kunststoffen und Kautschuk, oder für die Herstellung von Waren aus diesen Stoffen:
  - Strangpressen (Extruder), Gieß- oder Formmaschinen, Maschinen zum Herstellen oder Runderneuern von Luftreifen und andere Maschinen zum Herstellen bestimmter Kunststoff- oder Gummiwaren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Kaltbearbeitung von Hartkautschuk oder harten Kunststoffen (s. 28.49.2)*

### **28.99 Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a. n. g.**

#### **28.99.0 Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von anderweitig nicht genannten Spezialmaschinen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Trocknern für Holz, Zellstoff, Papier und Pappe sowie andere Materialien (außer für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Textilien)
- Herstellung von Druckerei- und Buchbindereimaschinen und Maschinen zur Unterstützung des Druckens auf verschiedenen Materialien
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren, Grafitelektroden, Tafelkreide usw.
- Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Halbleitern
- Herstellung von Maschinen zum Herstellen von Gießereiformen
- Herstellung von Mehrzweckindustrierobotern für verschiedene Spezialaufgaben
- Herstellung von verschiedenen Maschinen und Einrichtungen:
  - Maschinen zum Zusammenbauen von elektrischen Lampen und Elektronenröhren u. Ä.
  - Maschinen zum Herstellen oder Warmbearbeiten von Glas oder Glaswaren, Glasfasern oder -garnen
  - Maschinen und Geräte zur Isotopentrennung
- Herstellung von Einrichtungen zum Auswuchten von Reifen und sonstigen Auswuchtgeräten
- Herstellung von Zentralschmieranlagen
- Herstellung von Vorrichtungen für den Start von Flugzeugen vom Boden und von Flugzeugträgern sowie Zubehör
- Herstellung von Sonnenbänken
- Herstellung von Ausrüstungen für automatische Kegel- oder Bowlingbahnen (z. B. Kegelaufsteller)
- Herstellung von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Formkästen und Formen (außer Blockformen) (s. 25.73.5)
- Herstellung von Haushaltsgeräten (s. Gruppe 27.5)
- Herstellung von Fotokopiergeräten usw. (s. 28.23.0)
- Herstellung von Werkzeugmaschinen zum Kaltbearbeiten von Glas (s. 28.49.1)
- Herstellung von Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Hartgummi oder harten Kunststoffen (s. 28.49.2)
- Herstellung von Blockformen (s. 28.91.0)

### **29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Kraftwagen zur Personen- oder Güterbeförderung. Sie umfasst ferner die Herstellung verschiedener Teile und Zubehör sowie die Herstellung von Anhängern und Sattelanhängern. Wartung und Instandsetzung von Kraftwagen werden in der Klasse 45.20 dieser Klassifikation nachgewiesen.

#### **29.1 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren**

#### **29.10 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren**

##### **29.10.1 Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Personenkraftwagen
- Herstellung von Wohnmobilen
- Herstellung von Motoren für Personenkraftwagen
- Herstellung von Fahrgestellen mit Motoren für Personenkraftwagen
- Herstellung von Geländefahrzeugen, Gokarts und ähnlichen Fahrzeugen einschließlich Rennwagen
- Werksüberholung von Personenkraftwagenmotoren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Elektromotoren (außer Anlassermotoren) (s. 27.11.0)
- Herstellung von Beleuchtungseinrichtungen für Kraftfahrzeuge (s. 27.40.0)
- Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern (s. 28.11.0)
- Herstellung von Kraftwagenaufbauten und -anhängern (s. 29.20.0)
- Herstellung von elektrischen Ausrüstungen für Kraftwagen (s. 29.31.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Teilen und Zubehör für Kraftwagen (s. 29.32.0)
- Instandhaltung und Reparatur von Personenkraftwagen (s. 45.20.3)



### 29.10.2 Herstellung von Nutzkraftwagen und Nutzkraftwagenmotoren

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Nutzkraftwagen:
  - Lieferwagen, Lastkraftwagen, Sattelstraßenzugmaschinen usw.
- Herstellung von Omnibussen und Oberleitungsbussen
- Herstellung von Motoren für Nutzkraftwagen
- Herstellung von Fahrgestellen mit Motoren für Nutzkraftwagen
- Herstellung von sonstigen Kraftwagen:
  - Schneemobile, Golfwagen, Amphibienfahrzeuge
  - Löschfahrzeuge, Straßenkehrmaschinen, Kranwagen (Autokrane), Betonmischwagen, Fahrbüchereien und -banken, gepanzerte Fahrzeuge für Geld- und Werttransporte usw.
- Werksüberholung von Nutzkraftwagenmotoren

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Elektromotoren (außer Anlassermotoren) (s. 27.11.0)
- Herstellung von Beleuchtungseinrichtungen für Kraftfahrzeuge (s. 27.40.0)
- Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern (s. 28.11.0)
- Herstellung von landwirtschaftlichen Zugmaschinen (s. 28.30.0)
- Herstellung von Zugmaschinen für den Einsatz im Bergbau oder im Bau (s. 28.92.1 und .2)
- Herstellung von geländegängigen Muldenkippern (s. 28.92.2)
- Herstellung von Kraftwagenaufbauten und -anhängern (s. 29.20.0)
- Herstellung von elektrischen Ausrüstungen für Kraftwagen (s. 29.31.0)
- Herstellung von nicht elektrischen Teilen und Zubehör für Kraftwagen (s. 29.32.0)
- Herstellung von Panzern und sonstigen Kampffahrzeugen (s. 30.40.0)
- Instandhaltung und Reparatur von Nutzkraftwagen (s. 45.20.4)

### 29.2 Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern

#### 29.20 Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern

##### 29.20.0 Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Karosserien einschließlich Führerhäusern für Kraftwagen
- Herstellung von Anhängern und Sattelanhängern:
  - Tank- und Umzugsanhänger usw.
  - Camping- und Wohnanhänger usw.
- Ausrüstung von Kraftwagen, Anhängern und Sattelanhängern
- Herstellung von Transportcontainern für eine oder mehrere Beförderungsarten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von landwirtschaftlichen Anhängern und Sattelanhängern (s. 28.30.0)
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen (s. Gruppe 29.3)
- Herstellung von Tieren zu ziehenden Gespannfahrzeugen (s. 30.99.0)
- Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (s. 45.20.3 und .4)

**29.3 Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen**

**29.31 Herstellung elektrischer und elektronischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen**

**29.31.0 Herstellung elektrischer und elektronischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von elektrischen Ausrüstungsgegenständen wie Lichtmaschinen, Zündkerzen, Zündkabel, elektrische Fensterheber und Türverriegelungen, Spannungsregler usw.; Einbau von zugekauften Anzeigeelementen in Armaturenbretter im Rahmen des Herstellungsprozesses

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Fahrzeugbatterien (s. 27.20.0)
- Herstellung von Beleuchtungseinrichtungen für Kraftfahrzeuge (s. 27.40.0)
- Herstellung von Pumpen für Kraftfahrzeuge und Motoren (s. 28.13.0)
- Einbau von Teilen und Zubehör, nicht als Teil des Herstellungsprozesses (s. 45.20.3 und .4)

**29.32 Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen**

**29.32.0 Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von verschiedenen Teilen und Zubehör für Kraftwagen:
  - Bremsen, Getriebe, Achsen, Räder, Stoßdämpfer, Kühler, Auspufftöpfe, Auspuffrohre, Abgasreinigungsanlagen (Katalysatoren), Kupplungen, Lenkräder, Lenksäulen und Lenkgetriebe
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagenkarosserien:
  - Sicherheitsgurte, Airbags, Türen, Stoßstangen
- Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Bereifungen (s. 22.11.0)
- Herstellung von Gummischläuchen und -riemen sowie anderen Gummierzeugnissen (s. 22.19.0)
- Herstellung von Windschutzscheiben, Fenstern und Rückspiegeln (s. 23.12.0)
- Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern (s. 28.11.0)
- Einbau von Teilen und Zubehör, nicht als Teil des Herstellungsprozesses (s. 45.20.3 und .4)

### 30 Sonstiger Fahrzeugbau

Diese Abteilung umfasst den sonstigen Fahrzeugbau, wie den Schiffbau und die Herstellung von Booten, die Herstellung von Schienenfahrzeugen, Luft- und Raumfahrzeugen und die Herstellung von Teilen dafür.

#### 30.1 Schiff- und Bootsbau

Diese Gruppe umfasst den Bau von Schiffen, Booten und anderen schwimmenden Vorrichtungen für die Personen- oder Güterbeförderung sowie für Sport- und Freizeitzwecke.

##### 30.11 Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)

##### 30.11.0 Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)

Diese Unterklasse umfasst den Bau von Schiffen (außer Boote und Yachten für Sport- und Freizeitzwecke) und von schwimmenden Vorrichtungen:

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Schiffen für die Personen- und Güterbeförderung:
  - Fahrgastschiffe, Fährschiffe, Frachtschiffe, Tankschiffe, Schlepp- und Schubschiffe usw.
- Bau von Marineschiffen (Kriegsschiffen)
- Bau von Fischereifahrzeugen und von Fisch verarbeitenden Fabrikschiffen
- Bau von Luftkissenfahrzeugen (ohne Luftkissenfahrzeugen für Freizeitzwecke)
- Bau von Behördenschiffen: Polizei- und Feuerwehrschiiffe u. Ä.
- Bau von Seenotrettungsschiffen u. Ä.
- Bau von schwimmenden oder tauchenden Bohr -oder Förderplattformen
- Bau von schwimmenden Vorrichtungen:
  - Schwimmdocks, Pontons, Kofferdämme, schwimmende Landungsbrücken, Bojen, Schwimmtanks, Schuten, Leichter, Schwimmkräne, Feuerschiffe, aufblasbare Flöße nicht für Freizeitzwecke usw.
- Herstellung von Schiffssegmenten und -rümpfen
- Werksüberholung, Um- und Ausbau von Schiffen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Teilen von Wasserfahrzeugen, außer Rumpfundelementen:*
  - *Herstellung von Segeln (s. 13.92.0)*
  - *Herstellung von Schiffsschrauben (s. 25.99.3)*
  - *Herstellung von Ankern aus Eisen oder Stahl (s. 25.99.3)*
  - *Herstellung von Schiffsmotoren (s. 28.11.0)*
  - *Herstellung von Navigationsinstrumenten (s. 26.51.1)*
- *Herstellung von Lampen und Leuchten für Schiffe (s. 27.40.0)*
- *Bau von Amphibienfahrzeugen (s. 29.10.2)*
- *Herstellung von aufblasbaren Booten und Flößen für Freizeitzwecke (s. 30.12.0)*
- *spezialisierte Instandhaltung und Reparatur von Schiffen und schwimmenden Einrichtungen (s. 33.15.0)*
- *Schiffsverschrottung (s. 38.31.0)*
- *Innenausstattung von Booten (s. Gruppe 43.3)*

## **30.12 Boots- und Yachtbau**

### **30.12.0 Boots- und Yachtbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von aufblasbaren Booten und Flößen
- Bau von Segelbooten und -yachten, auch mit Hilfsmotor
- Bau von Motorbooten
- Bau von Luftkissenfahrzeugen für Freizeit Zwecke
- Herstellung von kleinen Wasserfahrzeugen, wie Jet-Ski u. Ä.
- Herstellung von sonstigen Freizeit- und Sportbooten:
  - Kanus, Kajaks, Ruderboote, Skiffs

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Teilen von Vergnügungs- und Sportbooten:*
  - *Herstellung von Segeln (s. 13.92.0)*
  - *Herstellung von Ankern aus Eisen oder Stahl (s. 25.99.3)*
  - *Herstellung von Schiffsmotoren (s. 28.11.0)*
  - *Herstellung von Navigationsinstrumenten (s. 26.51.1)*
- *Herstellung von Segelbrettern und Surfbrettern (s. 32.30.0)*
- *Instandhaltung und Reparatur von Vergnügungsbooten (s. 33.15.0)*

## **30.2 Schienenfahrzeugbau**

### **30.20 Schienenfahrzeugbau**

#### **30.20.1 Herstellung von Lokomotiven und anderen Schienenfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Schienenfahrzeugen, die elektrisch, mit Dieselkraftstoff, Dampf oder anderweitig betrieben werden
- Herstellung von anderen Schienenfahrzeugen mit Eigenantrieb: Triebwagen, Straßenbahnen, Schienenfahrzeuge zur Gleisunterhaltung und andere Dienstfahrzeuge
- Herstellung von Schienenfahrzeugen ohne Eigenantrieb:
  - Personenwagen, Güterwagen, Kesselwagen, Selbstentladewagen, Werkstattwagen, Kranwagen, Tender usw.
- Herstellung von Schienenfahrzeugteilen:
  - Drehgestelle, Achsen und Räder, Bremsvorrichtungen und Teile davon, Zughaken und andere Kupplungsvorrichtungen, Puffer und Pufferteile, Stoßdämpfer, Untergestelle, Aufbauten, Übergänge usw.
- Herstellung von Schienenfahrzeugen für den Einsatz im Bergbau
- Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge
- Werksüberholung und Umbau von Schienenfahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Elektromotoren (s. 27.11.0)*
- *Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (s. 28.11.0)*

### 30.20.2 Herstellung von Eisenbahninfrastruktur

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von mechanischen und elektromechanischen Signal-, Sicherungs-, Überwachungs- und Steuergeräten für Schienenwege oder dergleichen, Binnenwasserstraßen, Straßen, Parkplätze oder Parkhäuser, Flughäfen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von unmontierten Schienen (s. 24.10.0)
- Herstellung von montiertem Gleismaterial (s. 25.99.3)
- Herstellung von Elektromotoren (s. 27.11.0)
- Herstellung von elektrischen Signal-, Sicherungs-, Überwachungs- oder Steuergeräten (s. 27.90.0)
- Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (s. 28.11.0)
- Verlegen von Gleisen (s. 42.12.0)

### 30.3 Luft- und Raumfahrzeugbau

#### 30.30 Luft- und Raumfahrzeugbau

##### 30.30.0 Luft- und Raumfahrzeugbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Luftfahrzeugen zur Beförderung von Gütern oder Personen, für militärische, sportliche und andere Zwecke
- Herstellung von Hubschraubern
- Herstellung von Segelflugzeugen und Hanggleitern (Flugdrachen)
- Herstellung von Luftschiffen und Heißluftballons
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Luft- und Raumfahrzeuge:
  - Grundelemente wie Rümpfe, Tragflächen, Türen, Steuerflächen, Fahrwerke, Treibstofftanks, Abteile usw.
  - Propeller, Schrauben, Rotoren und Rotorblätter
  - Motoren und Triebwerke für Luft- und Raumfahrzeuge
  - Teile für Turbinenluftstrahl-Triebwerke und Turboprop-Triebwerke für Luft- und Raumfahrzeuge
- Herstellung von Bodengeräten zur Flugausbildung
- Herstellung von Raumfahrzeugen und ihren Abschusseinrichtungen, Satelliten, Planetensonoden, Raumstationen, Raumfähren
- Herstellung von interkontinentalen ballistischen Flugkörpern (ICBM)
- Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge
- Werksüberholung und Umbau von Luftfahrzeugen oder Motoren und Triebwerken dafür

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Fallschirmen (s. 13.92.0)
- Herstellung von militärischen Sprengkörpern und Munition (s. 25.40.0)
- Herstellung von Telekommunikationsgeräten für Satelliten (s. 26.30.0)
- Herstellung von Instrumenten für Luftfahrzeuge (s. 26.51.1 und .2)
- Herstellung von Flugnavigationssystemen (s. 26.51.1 und .2)
- Herstellung von Lampen und Leuchten für Flugzeuge (s. 27.40.0)
- Herstellung von elektrischen Zünd- oder Anlassvorrichtungen und anderen Elektroteilen für Flugzeugmotoren und -triebwerke (s. 27.90.0)
- Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern (s. 28.11.0)
- Herstellung von Startvorrichtungen für den Start von Flugzeugen am Boden und auf Flugzeugträger sowie ähnliche Vorrichtungen (s. 28.99.0)

### **30.4 Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen**

### **30.40 Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen**

#### **30.40.0 Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Panzern
- Herstellung gepanzierter Amphibienfahrzeuge für militärische Zwecke
- Herstellung von sonstigen militärischen Kampffahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Waffen und Munition (s. 25.40.0)
- Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen für Geld- und Werttransporte (s. 29.10.2)

### **30.9 Herstellung von Fahrzeugen a. n. g.**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Fahrzeugen, mit Ausnahme von Kraftwagen, Schienen-, Wasser-, Luft- oder Raumfahrzeugen sowie militärischen Fahrzeugen und Fördermitteln.

### **30.91 Herstellung von Krafträdern**

#### **30.91.0 Herstellung von Krafträdern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Krafträdern einschließlich Kleinkrafträdern und Fahrrädern mit Hilfsmotor
- Herstellung von Motoren für Krafträder
- Herstellung von Beiwagen
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Krafträder

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Fahrrädern (s. 30.92.0)
- Herstellung von Rollstühlen und anderen Fahrzeugen für Kranke und Behinderte (s. 30.92.0)

**30.92 Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen**

**30.92.0 Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Fahrrädern und anderen Rädern ohne Motor, einschließlich Dreirädern (auch für Transporte), Tandems, Kinderfahrrädern und -dreirädern
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Fahrräder
- Herstellung von Rollstühlen und anderen Fahrzeugen a. n. g.
- Herstellung von Teilen und Zubehör für diese Fahrzeuge
- Herstellung von Kinderwagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Fahrrädern mit Hilfsmotor (s. 30.91.0)
- Herstellung von Spielfahrzeugen, einschließlich Fahrrädern und Dreirädern aus Kunststoff (s. 32.40.0)

**30.99 Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g.**

**30.99.0 Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von mit der Hand gezogenen oder geschobenen Fahrzeugen: Gepäckwagen, Handwagen, Schlitten, Einkaufswagen
- Herstellung von Gespannfahrzeugen: Sulkys, Eselskarren, Pferdeschlitten, Leichenwagen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kraftkarren, auch mit Eigenantrieb, Hebezeug und Fördermittel für industrielle Zwecke (einschließlich Hand- und Schubkarren) (s. 28.22.0)
- Herstellung von dekorative Servierwagen für den Restaurantbedarf (s. 31.01.2)
- Herstellung von Renn- und Rodelschlitten (s. 32.30.0)

### 31 Herstellung von Möbeln

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Möbeln aller Art und verwandten Erzeugnissen aus beliebigem Material, außer Stein, Beton und Keramik, für alle Einsatzbereiche und die verschiedensten Zwecke. Für die Herstellung der Möbel werden die üblichen Verfahren zur Formgebung und zur Verbindung von Teilen eingesetzt, einschließlich Schneiden, Hobeln und Laminieren. Das Design des Möbelstücks unter ästhetischen und funktionalen Gesichtspunkten ist ein wichtiger Teil des Herstellungsverfahrens. Allerdings gehören das spezialisierte Industrie-, Produkt- und Mode-Design sowie das Interior Design und die Raumgestaltung zu den Unterklassen 74.10.1 und .3 dieser Klassifikation.

Einige der in der Möbelherstellung genutzten Verfahren ähneln Verfahren in anderen Herstellungsbereichen. So finden sich Schneide- und Montageverfahren auch in der Herstellung von Holzträgern, die unter Abteilung 16 (Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)) fallen. Allerdings unterscheidet sich die Herstellung von Möbeln aus Holz von der allgemeinen Holzverarbeitung durch die Vielzahl der Verfahren. Ähnliches gilt für die Herstellung von Möbeln aus Metall, in der Verfahren verwendet werden, die auch bei der Herstellung von gewalzten Erzeugnissen in Abteilung 25 (Herstellung von Metallerzeugnissen) eingesetzt werden. Das Formungsverfahren von Möbeln aus Kunststoffen ähnelt dem der Formungsverfahren anderer Erzeugnisse aus Kunststoffen. Dennoch ist die Herstellung von Möbeln aus Kunststoffen im Allgemeinen eine spezialisierte Tätigkeit.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge (s. 29.32.0)
- Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge (s. 30.20.1)
- Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge (s. 30.30.0)
- Herstellung von medizinischen, zahnmedizinischen und veterinärmedizinischen Möbeln (s. 32.50.1)
- Montage von Systemmöbeln, Trennwänden, Labormöbeln usw. (s. 43.32.0)
- Industrie-, Produkt- und Mode-Design (s. 74.10.1)
- Interior Design und Raumgestaltung (s. 74.10.3)
- Zusammenbau / Aufbau von frei stehenden Möbeln (s. 95.24.0)

#### 31.0 Herstellung von Möbeln

##### 31.01 Herstellung von Büro- und Ladenmöbeln

###### 31.01.1 Herstellung von Büromöbeln

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stühlen und anderen Sitzmöbeln für Büro- und Arbeitsräume
- Herstellung von Schreibtischen und anderen Büromöbeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Wandtafeln (s. 28.23.0)



### 31.01.2 Herstellung von Ladenmöbeln und sonstigen Objektmöbeln

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Stühlen und anderen Sitzmöbeln für Hotels, Restaurants und für den öffentlichen Raum, Theater, Kinos und dergleichen
- Herstellung von Ladenmöbeln: Ladentische, Schauvitriinen, Regale usw.
- Herstellung von Sitzmöbeln aller Art für die Laborausstattung, Labormöbel (z. B. Schränke und Tische)
- Herstellung von Möbeln für Kirchen, Schulen und Gaststätten
- Herstellung von dekorativen Servierwagen für den Restaurantbedarf

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Wandtafeln (s. 28.23.0)

### 31.02 Herstellung von Küchenmöbeln

#### 31.02.0 Herstellung von Küchenmöbeln

### 31.03 Herstellung von Matratzen

#### 31.03.0 Herstellung von Matratzen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Matratzen:
  - mit Federung oder gepolstert oder mit Füllung aus Stützmaterial
  - nichtüberzogene Schaumstoffmatratzen auf Kautschuk- oder Gummibasis
- Herstellung von Sprungrahmen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Luftmatratzen und Wasserbettmatratzen aus Gummi (s. 22.19.0)

**31.09 Herstellung von sonstigen Möbeln**

**31.09.1 Herstellung von Polstermöbeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Sesseln, Sofas, Bettcouches und Polstergarnituren
- Veredelung, wie z. B. Bespannung und Polsterung von Polstermöbeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kissen, Polstern, Steppdecken und Daunendecken (s. 13.92.0)
- Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge (s. 29.32.0)
- Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge (s. 30.20.1)
- Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge (s. 30.30.0)
- Neubespannung und Restaurierung von Möbeln (s. 95.24.0)

**31.09.9 Herstellung von sonstigen Möbeln a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Gartenstühlen und -sitzmöbeln
- Herstellung von Schlafzimmer-, Wohnzimmer- und Gartenmöbeln usw.
- Herstellung von Schränken für Nähmaschinen, Fernsehgeräte usw.
- Veredelung, wie z. B. Spritzen, Lackieren, Schellackpolitur oder Bespannen (außer von Polstermöbeln, Büro- und Objektmöbeln)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Kissen, Polstern, Steppdecken und Daunendecken (s. 13.92.0)
- Herstellung von Möbeln aus Keramik, Beton und Stein (s. 23.42.0, 23.69.0, 23.70.0)
- Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten (s. 27.40.0)
- Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge (s. 29.32.0)
- Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge (s. 30.20.1)
- Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge (s. 30.30.0)
- Neubespannung und Restaurierung von Möbeln (s. 95.24.0)

### **32 Herstellung von sonstigen Waren**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung einer Reihe von Erzeugnissen, die in dieser Klassifikation nicht anderweitig zugeordnet werden. Da es sich hier um die Abteilung für die Herstellung sonstiger Erzeugnisse handelt, können die Herstellungsverfahren, die Ausgangsstoffe und die Verwendung der Erzeugnisse weit auseinander gehen. Die sonst üblichen Gliederungskriterien wurden daher nicht angewandt.

#### **32.1 Herstellung von Münzen, Schmuck und ähnlichen Erzeugnissen**

##### **32.11 Herstellung von Münzen**

###### **32.11.0 Herstellung von Münzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Münzen einschließlich Münzen zur Verwendung als gesetzliche Zahlungsmittel, auch aus Edelmetallen

##### **32.12 Herstellung von Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)**

###### **32.12.0 Herstellung von Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bearbeitung von Perlen
- Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen einschließlich Bearbeitung von industriellen Qualitätssteinen und synthetischen oder rekonstituierten Steinen
- Bearbeitung von Diamanten
- Herstellung von Schmuck aus Edelmetallen oder aus unedlen Metallen, die mit Edelmetallen plattiert wurden, oder aus Kombinationen von Edelmetallen und Edel- oder Schmucksteinen oder anderen Materialien
- Herstellung von Gold- und Silberschmiedewaren aus Edelmetallen oder aus unedlen Metallen, die mit Edelmetallen plattiert wurden:
  - Tafelgeschirr, Toilettenartikel, Büro- oder Schreibtischartikel, Kultgegenstände usw.
- Herstellung von technischen oder labortechnischen Erzeugnissen aus Edelmetallen (ohne Geräte und Teile davon):
  - Schmelzriegel, Spachtel, Anoden für Elektroplattieren usw.
- Herstellung von Uhrketten, Armbändern, Uhrbändern und Zigarettenetuis aus Edelmetallen
- Gravierung von persönlichen Gegenständen aus Edelmetallen und aus unedlen Metallen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung nicht metallischer Uhrbänder (Stoff, Leder, Kunststoff usw.) (s. 15.12.0)
- Herstellung von Waren aus plattierten unedlen Metallen (ohne Fantasieschmuck) (s. Abteilung 25)
- Industriegravur von Metallen (s. 25.61.0)
- Herstellung von Uhregehäusen (s. 26.52.0)
- Herstellung von Uhrbändern aus unedlen Metallen (s. 32.13.0)
- Herstellung von Fantasieschmuck (s. 32.13.0)
- Reparatur von Schmuck (s. 95.25.0)
- Gravieren als Sofortservice (s. 95.29.0)

### **32.13 Herstellung von Fantasieschmuck**

#### **32.13.0 Herstellung von Fantasieschmuck**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Fantasieschmuck:
  - Ringe, Halsketten und ähnliche Schmuckwaren aus versilberten, vergoldeten oder plattierten unedlen Metallen
  - Schmuckwaren mit synthetischen Steinen, wie synthetischen Edelsteinen, synthetischen Diamanten u. Ä.
- Herstellung von Uhrbändern aus Metallen (ohne Edelmetall)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Schmuck aus Edelmetallen oder aus plattierten unedlen Metallen (s. 32.12.0)
- Herstellung von Schmuck mit Edelsteinen (s. 32.12.0)
- Herstellung von Uhrbändern aus Edelmetallen (s. 32.12.0)

### **32.2 Herstellung von Musikinstrumenten**

#### **32.20 Herstellung von Musikinstrumenten**

##### **32.20.0 Herstellung von Musikinstrumenten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Saiteninstrumenten
- Herstellung von Saiteninstrumenten mit Klaviatur einschließlich automatischer Klaviere
- Herstellung von Orgeln (mit Klaviatur und Pfeifen), Harmonien und ähnlichen Instrumenten mit Klaviatur und durchschlagenden Metallzungen
- Herstellung von Akkordeons und ähnlichen Instrumenten einschließlich Mundharmonikas
- Herstellung von Blasinstrumenten
- Herstellung von Schlaginstrumenten
- Herstellung von elektronischen Musikinstrumenten

- Herstellung von Spieldosen, Orchestrien, Drehorgeln usw.
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Musikinstrumente:
  - Metronome, Stimmgabeln, Stimmpfeifen, Karten, Scheiben und Walzen für mechanische Musikautomaten usw.
- Herstellung von Pfeifen, Signalhörnern und anderen mundgeblasenen Tonsignalinstrumenten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vervielfältigung von bespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs (s. 18.20.0)
- Herstellung von Mikrofonen, Verstärkern, Lautsprechern, Kopfhörern und ähnlichen Geräten (s. 26.40.0)
- Herstellung von Plattenspielern, Tonbandgeräten und dergleichen (s. 26.40.0)
- Herstellung von Musikspielzeuginstrumenten (s. 32.40.0)
- Restaurierung von Orgeln und anderen historischen Musikinstrumenten (s. 33.19.0)
- Verlag von bespielten Tonträgern (s. 59.20.2)
- Klavierstimmen (s. 95.29.0)

### **32.3 Herstellung von Sportgeräten**

#### **32.30 Herstellung von Sportgeräten**

##### **32.30.0 Herstellung von Sportgeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Sportgeräten und -ausrüstungen sowie von Geräten und Ausrüstungen für Freiluft- und Hallenspiele aus beliebigem Material:
  - harte, weiche und aufblasbare Bälle
  - Schläger aller Art
  - Skier, Bindungen und Stöcke
  - Skischuhe
  - Renn- und Rodelschlitten
  - Segelbrettern und Surfbrettern
  - Geräte und Ausrüstungen für die Sportfischerei einschließlich Handnetzen
  - Geräte und Ausrüstungen für Jagd, Bergsteigerei usw.
  - Sporthandschuhe und Sportkopfbedeckungen aus Leder
  - Schwimmbecken, Planschbecken usw.
  - Schlittschuhe, Rollschuhe usw.
  - Bogen und Armbrüste
  - Geräte und Ausrüstungen für Turnhallen, Fitness-Studios sowie Leicht- und Schwerathletik

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Bootssegeln (s. 13.92.0)
- Herstellung von Sportkleidung (s. 14.19.0)
- Herstellung von Sattlerwaren (s. 15.12.0)
- Herstellung von Reit- und anderen Peitschen (s. 15.12.0)
- Herstellung von Sportschuhen (s. 15.20.0)
- Herstellung von Sportwaffen und -munition (s. 25.40.0)
- Herstellung von Gewichten aus Metall für Gewichtheben (s. 25.99.3)
- Herstellung von Sportfahrzeugen außer Rodelschlitten und dergleichen (s. Abteilungen 29 und 30)
- Boots- und Yachtbau (s. 30.12.0)
- Herstellung von Billardtischen (s. 32.40.0)
- Herstellung von Ohr- und Nasenstöpseln (z. B. zum Schutz beim Schwimmen, gegen Lärm) sowie von Sporthelmen (s. 32.99.0)
- Reparatur von Sportgeräten (s. 95.29.0)

### **32.4 Herstellung von Spielwaren**

#### **32.40 Herstellung von Spielwaren**

##### **32.40.0 Herstellung von Spielwaren**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- Herstellung von Puppen, Puppenbekleidung, -teile und -zubehör
- Herstellung von Spielfiguren
- Herstellung von Spielzeugtieren
- Herstellung von Musikspielzeuginstrumenten
- Herstellung von Spielkarten
- Herstellung von Brettspielen und ähnlichen Spielen
- Herstellung von elektronischen Spielen: Schach usw.
- Herstellung von maßstabgetreu verkleinerten Modellen und ähnlichen Hobbymodellen, elektrischen Eisenbahnen, Modellbausätzen, Baukastenspielzeug usw.
- Herstellung von Flippern, Münzspielautomaten, Billardspielen, Glücksspieltischen usw.
- Herstellung von Gesellschaftsspielen
- Herstellung von Spielfahrzeugen, einschließlich Fahrrädern und Dreirädern aus Kunststoff
- Herstellung von Puzzles und ähnlichen Artikeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Videospielgeräten (s. 26.40.0)
- Herstellung von Fahrrädern und Dreirädern aus Metall (s. 30.92.0)
- Herstellung von Dekorations- und Unterhaltungsartikeln (s. 32.99.0)
- Schreiben und Veröffentlichen von Software für Videospielgeräte (s. 58.21.0, 62.01.9)

### 32.5 Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien

### 32.50 Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien

#### 32.50.1 Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst die Herstellung von Laborgeräten, medizinischen und chirurgischen Instrumenten, chirurgischen Apparaten und Geräten, zahnmedizinischen Apparaten und Geräten. Sie umfasst auch die Herstellung von medizinischen, zahnmedizinischen und ähnlichen Möbeln, bei denen Zusatzfunktionen den Zweck des Möbels bestimmen, beispielsweise Zahnarztstühle mit eingebauter hydraulischer Funktion.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von chirurgischen Abdecktüchern sowie sterilem Nahtmaterial und Gewebe
- Herstellung von Knochenzement
- Herstellung von Zahnfüllungen, Zahnzement, Zahnwachs und anderen zahntechnischen Modelliermassen
- Herstellung von zahnmedizinischen Laboröfen
- Herstellung von Ultraschallreinigungsgeräten für Laboratorien
- Herstellung von Laborsterilisiergeräten
- Herstellung von Destilliergeräten und Zentrifugen für Laboratorien
- Herstellung von Waren für die Einrichtung und Ausstattung von medizinischen, zahnmedizinischen oder veterinärmedizinischen Behandlungsräumen:
  - Operationstische
  - Untersuchungstische
  - Krankenhausbetten mit mechanischer Ausrüstung
  - Zahnarztstühle
- Herstellung von Knochenplatten und -schrauben, Spritzen, Nadeln, Kathetern, Kanülen usw.
- Herstellung von zahnmedizinischen Apparaten (einschließlich Zahnarztstühle mit eingebauten zahnmedizinischen Apparaten und Geräten)
- Herstellung von medizinischen Thermometern
- Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen, wie Brillengläser, Sonnengläser, nach Verschreibung geschliffene Gläser, Kontaktlinsen, Sicherheitsbrillengläser

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Haftmitteln für Zahnersatz (s. 20.42.0)
- Herstellung von imprägnierter medizinischer Watte und Verbandszeug (s. 21.20.0)
- Herstellung von Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten (s. 26.60.0)
- Herstellung von Rollstühlen (s. 30.92.0)
- Tätigkeiten von Augentoptikern (s. 47.78.1)

### 32.50.2 Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von herausnehmbaren oder festsitzenden kieferorthopädischen Behandlungsmitteln wie Zahnspangen
- Herstellung von orthopädischen Artikeln und Prothesen:
  - Krücken, Bruchbänder, künstliche Gliedmaßen und Gelenke usw.
  - orthopädische Schuhe
- Herstellung von Glasaugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Haftmitteln für Zahnersatz (s. 20.42.0)
- Herstellung von imprägnierter medizinischer Watte und Verbandszeug (s. 21.20.0)
- Herstellung von Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten (s. 26.60.0)
- Herstellung von Rollstühlen (s. 30.92.0)
- Tätigkeiten von Augenoptikern (s. 47.78.1)
- Tätigkeiten von Zahnarztpraxen (s. 86.23.0)

### 32.50.3 Zahntechnische Laboratorien

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Zahnersatz in zahntechnischen Laboratorien:
  - künstliche Zähne, Brücken usw.
  - Inlays, Kronen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Haftmitteln für Zahnersatz (s. 20.42.0)
- Tätigkeiten von Zahnarztpraxen (s. 86.23.0)

## 32.9 Herstellung von Erzeugnissen a. n. g.

### 32.91 Herstellung von Besen und Bürsten

#### 32.91.0 Herstellung von Besen und Bürsten

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Besen, Bürsten und Pinseln einschließlich solcher, die Teile von Maschinen sind, handbetriebenen mechanischen Fußbodenkehrern, Mopps und Staubwedeln, Pinseln, Kissen und Rollen zum Anstreichen, Gummiwischern und -schrubbern usw.
- Herstellung von Schuh- und Kleiderbürsten



### 32.99 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a. n. g.

#### 32.99.0 Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Schutz- und Sicherheitsausrüstung:
  - feuerbeständige Schutzkleidung
  - Haltegurte und andere Gurte für die Berufsausübung
  - Rettungsmittel aus Kork
  - Schutzhelme und sonstige persönliche Sicherheitsausrüstung (z. B. Sporthelme) aus Kunststoffen
  - Brandschutzbekleidung
  - Sicherheitskopfbedeckungen und sonstige persönliche Schutzausrüstung aus Metall
  - Ohr- und Nasenstöpsel (z. B. zum Schutz beim Schwimmen, gegen Lärm)
  - Gasmasken
- Herstellung von Schreibgeräten wie Füllhalter, Kugelschreiber, Filz-, Blei- und Farbstifte
- Herstellung von Minen für Stifte
- Herstellung von Datums- oder Nummernstempeln und Petschaften, Geräten zum Drucken oder Prägen von Etiketten, Druckkästen für den Handgebrauch, präparierten Farbbändern für Schreibmaschinen, Stempelkissen
- Herstellung von Globen
- Herstellung von Regenschirmen, Sonnenschirmen, Gehstöcken, Sitzstöcken
- Herstellung von Knöpfen, Druckknöpfen, Reißverschlüssen
- Herstellung von Feuerzeugen
- Herstellung von persönlichen Gebrauchsgegenständen: Tabakspfeifen, Parfümzerstäuber, Vakuumisolierflaschen und andere Vakuumisolierbehälter für den persönlichen Gebrauch oder für den Haushalt, Perücken, falsche Bärte und Augenbrauen
- Herstellung von verschiedenen Waren: Kerzen und ähnliche Wachwaren; künstliche Blumen, Früchte und Blattwerk; Dekorations- und Unterhaltungsartikel; Handsiebe; Schneiderpuppen; Särge usw.
- Herstellung von Blumenkörben, -sträußen, -kränzen und ähnlichen Waren
- Präparieren von Tieren

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Feuerzeugdochten (s. 13.96.0)
- Herstellung von Arbeits- und Berufskleidung (z. B. Laborkittel, Overalls, Uniformen) (s. 14.12.0)
- Herstellung von Dekorationen aus Papier (s. 17.29.0)

### 33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen

Diese Abteilung umfasst die Instandsetzung von hergestellten Waren zur Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit dieser Maschinen, Ausrüstungsgegenständen und anderen Erzeugnissen. Die Erbringung von allgemeinen oder regelmäßigen Wartungsarbeiten an derartigen Erzeugnissen, durch die eine optimale Funktion gewährleistet und Betriebsstörungen und unnötige Reparaturen vermieden werden sollen, fallen ebenfalls darunter.

Diese Abteilung umfasst nur spezialisierte Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten. Ein beträchtlicher Teil dieser Arbeiten wird durch die Hersteller der Maschinen, Ausrüstungen und sonstigen Waren durchgeführt. In diesem Fall erfolgt die Klassifizierung der an diesen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten beteiligten Einheiten nach dem Wertschöpfungsprinzip, das diese kombinierten Tätigkeiten häufig dem Hersteller der Waren zuordnet. Entsprechendes gilt für die Kombination von Handel und Reparatur.

Der Umbau oder die Grundüberholung von Maschinen oder Ausrüstungen gilt als Herstellungstätigkeit und ist in anderen Klassen dieses Abschnitts enthalten.

Die Reparatur und Instandhaltung von Waren, die sowohl als Investitionsgüter als auch als Gebrauchsgüter genutzt werden, wird üblicherweise als Reparatur und Instandhaltung von Gebrauchsgütern klassifiziert (z. B. Reparatur von Büro- und Wohnmöbeln (s. 95.24.0)).

Des Weiteren ist in dieser Abteilung die spezialisierte Installation von Maschinen und Ausrüstungen erfasst. Die Installation von Ausrüstungen, die einen festen Bestandteil eines Gebäudes oder eines anderen Bauwerks bilden, beispielsweise die elektrische Verkabelung, der Einbau von Rolltreppen oder Klimaanlage, gehört zum Baugewerbe.

### 33.1 Reparatur von Metallerzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen

#### 33.11 Reparatur von Metallerzeugnissen

##### 33.11.0 Reparatur von Metallerzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst die Reparatur und Instandhaltung von Metallerzeugnissen der Abteilung 25 dieser Klassifikation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Tanks, Sammelbehältern und ähnlichen Behältern aus Metall
- Reparatur und Instandhaltung von Rohrleitungen und Rohrfernleitungen
- Reparaturen und Instandhaltung mit beweglichen Schweißgeräten
- Reparatur und Instandhaltung von Transportfässern aus Stahl
- Reparatur und Instandhaltung von Dampfkesseln (Dampferzeugern)
- Reparatur und Instandhaltung von Hilfsapparaten für Dampfkessel:
  - Kondensatoren, Vorwärmer, Überhitzer, Dampfsammler und Druckspeicher
- Reparatur und Instandhaltung von Teilen für Kernreaktoren, außer Isotopentrennern
- Reparatur und Instandhaltung von Dampfkesseln für Schiffe und Kraftwerke
- Reparatur an der Hülle von Zentralheizungskesseln und Heizkörpern
- Reparatur und Instandhaltung von Schuss- und Artilleriewaffen (einschließlich Reparatur von Sport- und Freizeitgewehren und -pistolen)
- Reparatur und Instandhaltung von Einkaufswagen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Schärfen und Einbau von Klingen und Sägeblättern (s. 33.12.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Zentralheizungsanlagen usw. (s. 43.22.0)
- Reparatur und Instandhaltung mechanischer Verriegelungseinrichtungen, Safes usw. (s. 80.20.0)

#### 33.12 Reparatur von Maschinen

##### 33.12.0 Reparatur von Maschinen

Diese Unterklasse umfasst die Reparatur und Instandhaltung von kommerziell genutzten Maschinen und Geräten, etwa das Schärfen und Einbauen von Klingen oder Sägeblättern von kommerziellen oder Industriemaschinen oder die Erbringung von Schweißarbeiten; die Reparatur von landwirtschaftlichen Geräten und anderen schweren und industriellen Geräten und Ausrüstungen (z. B. Gabelstapler und sonstige Fördergeräte, Werkzeugmaschinen, kommerziell genutzte Kältemaschinen, Baugeräte, Bergbaugeräte) einschließlich Maschinen und Ausrüstungen der Abteilung 28 dieser Klassifikation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Kraftmaschinen
- Reparatur und Instandhaltung für Pumpen, Kompressoren und ähnliche Ausrüstungen
- Reparatur und Instandhaltung von hydraulischen und pneumatischen Komponenten und Systemen
- Reparatur und Instandhaltung von Ventilen
- Reparatur und Instandhaltung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
- Reparatur und Instandhaltung von Industrieöfen
- Reparatur und Instandhaltung von Hebezeugen und Fördermitteln
- Reparatur und Instandhaltung von kommerziellen Kälteanlagen und Luftreinigungsanlagen
- Reparatur und Instandhaltung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen (außer für den Haushalt)
- Reparatur und Instandhaltung handgeführter Werkzeuge mit Motorantrieb
- Reparatur und Instandhaltung von Werkzeugmaschinen und Zubehör für spanende und spanlose Metallbearbeitung
- Reparatur und Instandhaltung sonstiger Werkzeugmaschinen
- Reparatur und Instandhaltung von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
- Reparatur und Instandhaltung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
- Reparatur und Instandhaltung von Bergbaumaschinen, Baumaschinen sowie Maschinen für den Einsatz auf Öl- und Gasfeldern
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen für die Nahrungs-, Futtermittel- und Getränkeherstellung sowie für die Tabakverarbeitung
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen zum Be- oder Verarbeiten von Gummi oder Kunststoffen
- Reparatur und Instandhaltung von Maschinen für sonstige Wirtschaftszweige der Abteilung 28 dieser Klassifikation
- Reparatur und Instandhaltung von Wiegegeräten
- Reparatur und Instandhaltung von Verkaufsautomaten
- Reparatur und Instandhaltung von Registrierkassen
- Reparatur und Instandhaltung von Fotokopiergeräten
- Reparatur und Instandhaltung von elektronischen und sonstigen Rechenmaschinen
- Reparatur und Instandhaltung von Schreibmaschinen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *Reparatur und Instandhaltung von Öfen und sonstigen Heizgeräten (s. 43.22.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Aufzügen und Rolltreppen (s. 43.29.9)*
- *Reinigung von Industriemaschinen (s. 81.22.9)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten (s. 95.11.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Rasenmähern, Kantenschneidern und ähnlichen Gartengeräten (s. 95.22.0)*

### 33.13 Reparatur von elektronischen und optischen Geräten

#### 33.13.0 Reparatur von elektronischen und optischen Geräten

Diese Unterklasse umfasst die Reparatur und Instandhaltung von Waren der Gruppen 26.5, 26.6 und 26.7 dieser Klassifikation, soweit sie nicht als Haushaltsgeräte angesehen werden.

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Mess-, Navigations-, Kontroll- und Steuerungsinstrumenten und -vorrichtungen der Gruppe 26.5 dieser Klassifikation, wie:
  - Flugtriebwerksinstrumente
  - Geräte für die Kraftfahrzeugabgasprüfung
  - meteorologische Instrumente
  - Geräte zur Prüfung und Kontrolle von physikalischen, elektrischen und chemischen Eigenschaften
  - Vermessungsinstrumente
  - Strahlungsdetektoren und Instrumente zur Strahlungsüberwachung
- Reparatur und Instandhaltung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten der Klasse 26.60 dieser Klassifikation, wie:
  - Magnetresonanztomografiegeräte
  - medizinische Ultraschallgeräte
  - Herzschrittmacher
  - Hörgeräte
  - Elektrokardiografen
  - Elektroendoskopiegeräte
  - Bestrahlungsgeräte
- Reparatur und Instandhaltung von optischen Instrumenten und Geräten der Klasse 26.70 dieser Klassifikation, sofern sie überwiegend für kommerzielle Zwecke genutzt werden, wie:
  - Ferngläser
  - Mikroskope (ohne Elektronen- oder Feldionenmikroskope)
  - Teleskope
  - Prismen und Linsen (ohne augenoptische Gläser)
  - fotografische Geräte

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Reparatur und Instandhaltung von Fotokopiergeräten (s. 33.12.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 95.11.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Projektoren (Beamern) (s. 95.11.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Kommunikationsgeräten (s. 95.12.0)
- Reparatur und Instandhaltung von kommerziellen Fernseh- und Videokameras (s. 95.12.0)
- Reparatur von Amateur-Videokameras (s. 95.21.0)
- Reparatur von Uhren (s. 95.25.0)

**33.14 Reparatur von elektrischen Ausrüstungen**

**33.14.0 Reparatur von elektrischen Ausrüstungen**

Diese Unterklasse umfasst die Reparatur und Instandhaltung von Waren der Abteilung 27 dieser Klassifikation, ohne diejenigen der Gruppe 27.5 (Haushaltsgeräte).

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Leistungs-, Verteil- und sonstigen Transformatoren
- Reparatur und Instandhaltung von elektrischen Motoren, Generatoren und Motorenaggregaten
- Reparatur und Instandhaltung von Schaltanlagen und Schaltgeräten
- Reparatur und Instandhaltung von Relais und industriellen Steuerungseinrichtungen
- Reparatur und Instandhaltung von Batterien und Akkumulatoren
- Reparatur und Instandhaltung von elektrischen Lampen und Leuchten
- Reparatur und Instandhaltung von stromführendem Installationsmaterial und nicht stromführendem Installationsmaterial für die Installation von Stromkreisen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 95.11.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Kommunikationsgeräten (s. 95.12.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Geräten der Unterhaltungselektronik (s. 95.21.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Uhren (s. 95.25.0)

**33.15 Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten**

**33.15.0 Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Werksüberholung und werksseitiger Umbau von Schiffen (s. Gruppe 30.1)
- Reparatur und Instandhaltung von Schiffs- und Bootsmotoren (s. 33.12.0)
- Schiffsverschrottung (s. 38.31.0)

**33.16 Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen**

**33.16.0 Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Luftfahrzeugen
- Reparatur und Instandhaltung von Flugzeugtriebwerken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Werksüberholung und werksseitiger Umbau von Luftfahrzeugen (s. 30.30.0)

### **33.17 Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g.**

#### **33.17.0 Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst die Reparatur und Instandhaltung von sonstigen Fahrzeugen der Abteilung 30 dieser Klassifikation, außer Kraft- und Fahrrädern.

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen
- Reparatur und Instandhaltung von Kinderwagen
- Reparatur und Instandhaltung von Rollstühlen
- Reparatur und Instandhaltung von Gespannfahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Werkseitiger Umbau oder Überholung von Schienenfahrzeugen (s. 30.20.1)*
- *Reparatur und Instandhaltung von militärischen Kampffahrzeugen (s. 30.40.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Einkaufswagen (s. 33.11.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Schienenfahrzeugmotoren (s. 33.12.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Kraftwagen (s. 45.20.3 und .4)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Krafträdern (s. 45.40.0)*
- *Reparatur von Fahrrädern (s. 95.29.0)*

### **33.19 Reparatur von sonstigen Ausrüstungen**

#### **33.19.0 Reparatur von sonstigen Ausrüstungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur von Fischernetzen, einschließlich Ausbessern
- Reparatur von Seilen, Leinen und Planen
- Reparatur von Säcken zur Lagerung von Düngemitteln und Chemikalien
- Reparatur und Instandhaltung von Paletten, Transportfässern und ähnlichen Gegenständen aus Holz
- Reparatur und Instandhaltung von Flippern und sonstiger Münzspielgeräten u. Ä.
- Restaurierung von Orgeln und historischen Musikinstrumenten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reparatur und Instandhaltung von Kraftwagen (s. Gruppe 45.2)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Krafträdern (s. 45.40.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 95.11.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Telekommunikationsgeräten (s. 95.12.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Geräten der Unterhaltungselektronik (s. 95.21.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten (s. 95.22.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen, Restaurierung von Möbeln (s. 95.24.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Uhren und Schmuck (s. 95.25.0)*
- *Reparatur und Instandhaltung von Fahrrädern, Sportgeräten, Spielwaren, Musikinstrumenten und sonstigen Gebrauchsgütern (s. 95.29.0)*
- *Reparatur und Änderung von Bekleidung (s. 95.29.0)*

**33.2 Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.**

**33.20 Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.**

**33.20.0 Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst die spezialisierte Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Die Installation von Ausrüstungen, die einen festen Bestandteil eines Gebäudes oder eines anderen Bauwerkes bilden, beispielsweise die elektrische Verkabelung, der Einbau von Rolltreppen, Einbruchsicherungen oder Heizungs- und Klimaanlageanlagen, gehören zum Baugewerbe.

Diese Unterklasse umfasst:

- Installation von Industriemaschinen in Fabrikationsanlagen
- Montage von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen
- Installation von sonstigem technischen Bedarf, z. B.:
  - Nachrichtentechnische Anlagen
  - Großrechner (Mainframes) und ähnliche Computer
  - Bestrahlungs- und elektromedizinische Geräte
- fachgerechter Abbau von Großmaschinen
- Einrichten von Maschinen
- Aufbau von Bowlingbahnen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Installation von Aufzügen, Rolltreppen, Automatiktüren, Staubsaugersystemen usw. (s. 43.29.9)
- Installation von Türen, Treppen, Ladeneinrichtungen, Möbeln usw. (s. 43.32.0)
- Installieren (Einrichten) von Arbeitsplatzrechnern (PCs) (s. 62.09.0)



### **D Energieversorgung**

Dieser Abschnitt umfasst die Elektrizitäts-, Gas-, Wärme- und Warmwasserversorgung u. Ä. durch ein fest installiertes Netz von Strom- bzw. Rohrleitungen. Der Umfang des Netzes ist nicht entscheidend. Eingeschlossen ist auch die Versorgung von Industrie- und Gewerbegebieten, sowie von Wohngebäuden.

Unter diesen Abschnitt fällt daher der Betrieb von Anlagen, die Elektrizität oder Gas erzeugen und verteilen bzw. deren Erzeugung und Verteilung überwachen.

Ebenfalls eingeschlossen ist die Wärme- und Kälteversorgung.

*Dieser Abschnitt umfasst nicht:*

- Betrieb von Wasser- und Abwasseranlagen (s. Abteilungen 36 und 37)
- Transport von Gas in Rohrfernleitungen (s. 49.50.0)

### **35 Energieversorgung**

#### **35.1 Elektrizitätsversorgung**

Diese Gruppe umfasst die Erzeugung von elektrischem Strom, deren Übertragung von den Erzeugungsanlagen an Verteilerstationen und die Verteilung an die Endverbraucher.

#### **35.11 Elektrizitätserzeugung**

Diese Klasse umfasst:

- Betrieb von Stromerzeugungsanlagen; dazu zählen fossilthermische Kraftwerke, Kernkraft-, Gasturbinen- und Dieselmotorkraftwerke sowie mit erneuerbaren Energieträgern (Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergie) betriebene Kraftwerke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Erzeugung von Elektrizität durch das Verbrennen von Abfällen (s. 38.21.0)

##### **35.11.1 Elektrizitätserzeugung ohne Verteilung**

##### **35.11.2 Elektrizitätserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung**

##### **35.11.3 Elektrizitätserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung**

#### **35.12 Elektrizitätsübertragung**

##### **35.12.0 Elektrizitätsübertragung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Übertragungssystemen, welche die Elektrizität von der Erzeugungsanlage zum Verteilungsnetz leiten

**35.13 Elektrizitätsverteilung**

**35.13.0 Elektrizitätsverteilung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Verteilungsnetzen (bestehend aus Leitungen, Leitungsmasten, Zählern und Kabeln), welche die von der Erzeugungsanlage oder dem Übertragungssystem gelieferte Elektrizität zum Endverbraucher leiten

**35.14 Elektrizitätshandel**

**35.14.0 Elektrizitätshandel**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verkauf von Elektrizität an den Verbraucher
- Tätigkeiten von Handelsmaklern oder Handelsvertretern, die den Verkauf von Elektrizität über Stromverteilungsnetze vermitteln, die von Dritten betrieben werden
- Austausch von Leistungs- und Übertragungskapazitäten für Elektrizität

**35.2 Gasversorgung**

Diese Gruppe umfasst die Erzeugung von Gas zu Versorgungszwecken und die Verteilung von Erd- oder Synthesegas an den Verbraucher durch Rohrleitungen. Eingeschlossen sind Anbieter oder Makler, die den Verkauf von Gas über Gasverteilungsnetze vermitteln, die von Dritten betrieben werden. Der selbstständige Betrieb von Gas(fern)leitungen, die Gaserzeuger mit -verteilern oder verschiedene Ballungsgebiete miteinander verbinden, gehört nicht zu dieser Gruppe, sondern zum Transport in Rohrfernleitungen.

**35.21 Gaserzeugung**

Diese Klasse umfasst:

- Erzeugung von Gas für Versorgungszwecke durch Verkokung von Kohle, aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen oder aus Reststoffen
- Erzeugung von gasförmigen Brennstoffen mit einem spezifischen Heizwert aus Gasen verschiedenen Ursprungs (einschließlich Erdgas) durch Reinigung, Mischung und andere Verfahren

*Diese Klasse umfasst nicht:*

- *Förderung von Erdgas (s. 06.20.0)*
- *Betrieb von Koksöfen (s. 19.10.0)*
- *Mineralölverarbeitung (s. 19.20.0)*
- *Herstellung von Industriegasen (s. 20.11.0)*

**35.21.1 Gaserzeugung ohne Verteilung**

**35.21.2 Gaserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung**

**35.21.3 Gaserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung**

### **35.22 Gasverteilung durch Rohrleitungen**

#### **35.22.0 Gasverteilung durch Rohrleitungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verteilung gasförmiger Brennstoffe aller Art durch Rohrleitungssysteme

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Transport von Gas in Rohrfernleitungen (s. 49.50.0)

### **35.23 Gashandel durch Rohrleitungen**

#### **35.23.0 Gashandel durch Rohrleitungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verkauf von Gas durch Rohrleitungen an den Verbraucher
- Tätigkeiten von Handelsmaklern oder Handelsvertretern, die den Verkauf von Gas über Rohrleitungsnetze vermitteln, die von Dritten betrieben werden
- Austausch von gasförmigen Brennstoffen und von Transportkapazitäten für solche Brennstoffe

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit gasförmigen Brennstoffen, nicht durch Rohrleitungen (s. 46.71.2)
- Einzelhandel mit Flaschengas (s. 47.78.9)
- Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen, nicht durch Rohrleitungen (s. 47.99.1)

### **35.3 Wärme- und Kälteversorgung**

#### **35.30 Wärme- und Kälteversorgung**

##### **35.30.0 Wärme- und Kälteversorgung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erzeugung, Sammlung und Verteilung von Dampf und Warmwasser zum Heizen, zur Energiegewinnung und zu anderen Zwecken
- Erzeugung und Verteilung von gekühlter Luft
- Erzeugung und Verteilung von Kühlwasser
- Erzeugung von Eis für Ernährungs- und andere Zwecke (z. B. zur Kühlung)

## **E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen**

Dieser Abschnitt umfasst Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Entsorgung (Sammlung, Behandlung und Beseitigung) verschiedener Abfälle, wie z. B. fester oder nicht fester Abfälle aus Industrie, Gewerbe oder Haushalten, sowie die Sanierung von Altlasten. Die Endprodukte der Abfall- oder Abwasserbehandlung können entweder beseitigt oder neuen Produktionsprozessen zugeführt werden. Auch Tätigkeiten der Wasserversorgung fallen unter diesen Abschnitt, da sie häufig entweder in Verbindung mit der Abwasserbehandlung durchgeführt werden oder von Einheiten erbracht werden, die auch mit der Abwasserbehandlung befasst sind.

### **36 Wasserversorgung**

Diese Abteilung umfasst die Versorgung von Haushalten und kommerziellen Abnehmern mit Wasser, das auf unterschiedliche Art gewonnen und verteilt werden kann.

Eingeschlossen ist der Betrieb von Bewässerungskanälen; nicht eingeschlossen sind der Betrieb von Sprinkleranlagen und ähnliche Hilfsdienstleistungen für die Landwirtschaft.

Diese Abteilung umfasst:

- Wassergewinnung aus Flüssen, Seen, Brunnen usw.
- Sammeln von Regenwasser
- Reinigen von Wasser zum Zwecke der Wasserversorgung
- Aufbereitung von Wasser für industrielle und andere Zwecke
- Meer- und Grundwasserentsalzung, hauptsächlich zur Wassergewinnung
- Wasserverteilung ohne Gewinnung

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *Betrieb von landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen (s. 01.61.0)*
- *Abwasseraufbereitung zum Zwecke des Umweltschutzes (s. 37.00.2)*
- *Transport von Wasser in Rohrfernleitungen (s. 49.50.0)*

#### **36.0 Wasserversorgung**

#### **36.00 Wasserversorgung**

##### **36.00.1 Wassergewinnung mit Fremdbezug zur Verteilung**

##### **36.00.2 Wassergewinnung ohne Fremdbezug zur Verteilung**

**36.00.3 Wasserverteilung ohne Gewinnung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verteilung von Wasser mittels Rohrleitungen, Lastkraftwagen oder auf andere Weise
- Betrieb von Bewässerungskanälen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen (s. 01.61.0)*
- *Abwasseraufbereitung zum Zwecke des Umweltschutzes (s. 37.00.2)*
- *Transport von Wasser in Rohrfernleitungen (s. 49.50.0)*

## Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

---

### 37 Abwasserentsorgung

Diese Abteilung umfasst den Betrieb von Kanalnetzen oder Kläranlagen zur Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abwasser.

#### 37.0 Abwasserentsorgung

#### 37.00 Abwasserentsorgung

##### 37.00.1 Betrieb der Sammelkanalisation

Diese Unterklasse umfasst:

- Sammlung und Abtransport von Abwässern aus Haushalten, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen, sowie Sammlung und Transport von Regenwasser in Kanalisationsnetzen, Sammelbecken, Behältern und Transportmitteln (Abwassertankwagen usw.)
- Leeren und Reinigen von Senkgruben, Faulbecken und Sickergruben sowie chemischen Toiletten
- Wartung und Reinigung von Abwasserkanälen, auch mittels Stangen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Dekontaminierung von Oberflächen- und Grundwasser am Ort der Verschmutzung (s. 39.00.0)
- Reinigen von Entwässerungsrohren in Gebäuden und Beseitigung von Verstopfungen in Entwässerungsrohren in Gebäuden (s. 43.22.0)

##### 37.00.2 Betrieb von Kläranlagen

Diese Unterklasse umfasst:

- Behandlung von Abwässern (aus Haushalten, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen, aus Schwimmbecken usw.) durch physikalische, chemische und biologische Verfahren wie Verdünnen, Sieben, Filtern, Absetzverfahren usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Dekontaminierung von Oberflächen- und Grundwasser am Ort der Verschmutzung (s. 39.00.0)
- Reinigen von Entwässerungsrohren in Gebäuden und Beseitigung von Verstopfungen in Entwässerungsrohren in Gebäuden (s. 43.22.0)

**38 Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung**

Diese Abteilung umfasst die Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfallstoffen. Dazu zählt auch die Beförderung von Abfallstoffen auf kommunaler Ebene und der Betrieb von Anlagen der stofflichen Rückgewinnung (d. h. von Anlagen, die Wertstoffe aus Abfallströmen heraussortieren).

**38.1 Sammlung von Abfällen**

Diese Gruppe umfasst die Sammlung von Haushalts-, Industrie- und Gewerbeabfällen in Mülltonnen, fahrbaren Behältern, Containern usw. Es handelt sich sowohl um nicht gefährliche als auch um gefährliche Abfälle. Eingeschlossen sind z. B. Haushaltsabfälle, Altbatterien, verbrauchte Speiseöle und -fette, Altöle aus Schiffen und Reparaturwerkstätten sowie Bauschutt und Abbruchmaterial.

**38.11 Sammlung nicht gefährlicher Abfälle**

**38.11.0 Sammlung nicht gefährlicher Abfälle**

Diese Unterklasse umfasst:

- Sammlung von nicht gefährlichen festen Abfällen (Müll) auf kommunaler Ebene; z. B. Sammlung von Haushalts-, Industrie- und Gewerbeabfällen in Mülltonnen, fahrbaren Behältern, Containern usw. Diese Abfälle können gemischte verwertbare Stoffe enthalten.
- Sammlung von recyclingfähigen Stoffen
- Leeren von Abfallkörben an öffentlichen Plätzen
- Sammlung und Beseitigung von Bauschutt, Abbruchmaterial und Gebüsch
- Betrieb von Umladestationen für nicht gefährliche Abfälle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sammlung gefährlicher Abfälle (s. 38.12.0)*
- *Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (s. 38.21.0)*
- *Betrieb von Anlagen, in denen gemischte verwertbare Stoffe wie Papier, Kunststoffe u. Ä. nach Kategorien sortiert werden (s. 38.32.0)*

## **38.12 Sammlung gefährlicher Abfälle**

### **38.12.0 Sammlung gefährlicher Abfälle**

Diese Unterklasse umfasst die Sammlung von (festen und nicht festen) gefährlichen Abfällen mit explosionsgefährlicher, brandfördernder, entzündlicher, giftiger, reizender, gesundheitsschädlicher, Krebs erzeugender, ätzender, ansteckender oder anderweitig schädlicher Wirkung auf Mensch und Umwelt. Dies kann die Ermittlung, Behandlung, Verpackung und Kennzeichnung von Abfällen zum Zwecke des Transports beinhalten.

Diese Unterklasse umfasst:

- Sammlung gefährlicher Abfälle, z. B.
  - Altöl aus Schiffen und Reparaturwerkstätten
  - Farben und Lacke
  - Chemikalien wie Pflanzenschutzmittel oder Reinigungsmittel
  - biogefährliche Abfälle
  - radioaktive Abfälle
  - Altbatterien usw.
- Betrieb von Umladestationen für Sondermüll

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sammlung nicht gefährlicher Abfälle (s. 38.11.0)*
- *Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (s. 38.22.0)*
- *Sanierung und Säuberung von kontaminierten Gebäuden, Bergwerksstandorten, Böden und Grundwasser (z. B. Asbestbeseitigung) (s. 39.00.0)*

## **38.2 Abfallbehandlung und -beseitigung**

Diese Gruppe umfasst die Beseitigung von verschiedenen Abfällen mittels unterschiedlicher Verfahren und die dafür erforderliche Vorbehandlung, z. B.: Behandlung organischer Abfälle zum Zwecke der Entsorgung; Behandlung und Entsorgung von kontaminierten lebenden oder toten Tieren und von kontaminierten Abfällen sowie von schwach radioaktiven Abfällen aus Krankenhäusern usw.; Verbringung von Abfällen zu Land und Versenkung oder Einleitung in Gewässer; Vergraben oder Unterpflügen von Abfällen; umweltverträgliche Entsorgung von Altwaren wie Kühlschränken; Abfallverbrennung. Inbegriffen ist auch die Energiegewinnung durch Abfallverbrennung.

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- *Behandlung und Entsorgung von Abwässern (s. 37.00.2)*
- *Rückgewinnung von Wertstoffen (s. Gruppe 38.3)*



**38.21 Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle**

**38.21.0 Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle**

Diese Unterklasse umfasst die Vorbehandlung und Beseitigung (fester und nicht fester) nicht gefährlicher Abfälle durch:

- Betrieb von Deponien
- Verbrennen oder andere Verfahren, mit oder ohne damit verbundener Erzeugung von Elektrizität, Dampf, Kompost, Ersatzbrennstoffen, Biogas, Asche oder anderen Nebenprodukten zur Weiterverwendung usw.
- Vorbehandlung organischer u. a. Abfälle zum Zwecke der Beseitigung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Kläranlagen (s. 37.00.2)*
- *Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfällen (z. B. Verbrennung von Sondermüll) (s. 38.22.0)*
- *Betrieb von Anlagen, in denen vermischte Wertstoffe wie z. B. Papier, Kunststoffe, leere Getränkedosen und Metalle sortiert werden (s. 38.32.0)*
- *Dekontaminierung und Säuberung von Böden oder Wasser; Verringerung der Toxizität von Giftstoffen (s. 39.00.0)*

**38.22 Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle**

**38.22.0 Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle**

Diese Unterklasse umfasst die Vorbehandlung und Beseitigung (fester und nicht fester) gefährlicher Abfälle mit explosionsgefährlicher, brandfördernder, entzündlicher, giftiger, reizender, gesundheitsschädlicher, Krebs erzeugender, ätzender, ansteckender oder anderweitig schädlicher Wirkung auf Mensch und Umwelt.

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Anlagen zur Behandlung gefährlicher Abfälle
- Behandlung und Entsorgung von kontaminierten lebenden oder toten Tieren und von kontaminierten Abfällen
- Verbrennung gefährlicher Abfälle
- umweltverträgliche Entsorgung von Altwaren wie Kühlschränken
- Behandlung, Beseitigung und Lagerung radioaktiver Abfälle, einschließlich:
  - Behandlung und Entsorgung von schwach radioaktiven Abfällen aus Krankenhäusern
  - Umhüllung und Vorbehandlung von radioaktiven Abfällen zum Zwecke ihrer Lagerung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (s. 20.13.0)*
- *Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (z. B. Verbrennung von Hausmüll) (s. 38.21.0)*
- *Dekontaminierung und Säuberung von Böden oder Wasser; Verringerung der Toxizität von Giftstoffen (s. 39.00.0)*

**38.3 Rückgewinnung**

**38.31 Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren**

**38.31.0 Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren**

Diese Unterklasse umfasst das Zerlegen aller Arten von Wracks und anderer Altwaren (Kraftwagen, Schiffe, Computer, Fernseh- und andere Geräte) zur Materialrückgewinnung.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *umweltverträgliche Entsorgung von Altwaren wie Kühlschränken (s. 38.22.0)*
- *Zerlegen von Kraftwagen, Schiffen, Computern, Fernseh- und anderen Geräten zur Gewinnung von wiederverkäuflichen Einzelteilen (s. Abschnitt G)*

**38.32 Rückgewinnung sortierter Werkstoffe**

**38.32.0 Rückgewinnung sortierter Werkstoffe**

Diese Unterklasse umfasst die Verarbeitung von metallischen und nicht metallischen Altmaterialien, Reststoffen und Erzeugnissen zu Sekundärrohstoffen, in der Regel unter Einsatz eines mechanischen oder chemischen Umwandlungsverfahrens. Eingeschlossen ist die Materialrückgewinnung aus Abfallströmen durch: 1. AusSORTIEREN von Wertstoffen aus Strömen nicht gefährlichen Abfalls (d. h. aus dem Müll) oder 2. Sortierung von vermischten Wertstoffen (z. B. Papier, Kunststoffe, leere Getränkedosen und Metalle) in bestimmte Kategorien.

Beispiele für die angewandten mechanischen oder chemischen Verarbeitungsprozesse zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen:

- mechanisches Zerkleinern von Metallschrott aus gebrauchten Kraftwagen, Waschmaschinen, Fahrrädern usw.
- Zusammenpressen großer Metallteile bzw. -erzeugnisse, wie Eisenbahnwaggons
- Schreddern von metallischen Altmaterialien, Fahrzeugwracks usw.
- andere mechanische Behandlungsmethoden wie Schneiden oder Pressen zur Reduzierung des Volumens
- Rückgewinnung von Metallen aus fotografischen Abfällen wie Fixierlösung, Filme und Fotopapier
- Rückgewinnung von Gummi, z. B. aus gebrauchten Reifen, zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen
- Sortieren und Pressen von Kunststoffen zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen für die Herstellung von Rohren, Blumentöpfen, Paletten u. Ä.
- Verarbeitung (Reinigen, Schmelzen, Mahlen) von Kunststoff- oder Gummiabfällen zu Granulaten
- Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von Glas
- Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von anderen Altmaterialien und Reststoffen, z. B. Abbruchmaterial, zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen
- Verarbeitung gebrauchter Speiseöle und -fette zu Sekundärrohstoffen
- Verarbeitung sonstiger Abfälle und Reststoffe aus Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak zu Sekundärrohstoffen

## Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von neuen Endprodukten aus (selbst oder nicht selbst hergestellten) Sekundärrohstoffen, z. B. Spinnen von Garn aus wiedergewonnenen Fasern, Erzeugen von Papiermasse aus Papierabfall, Runderneuern von Reifen oder Erzeugung von Metall aus Metallschrott (s. entsprechende Klassen in Abschnitt C – Verarbeitendes Gewerbe)*
- *Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (s. 20.13.0)*
- *Einschmelzen von Eisenschrott (s. 24.10.0)*
- *Gewinnung von Silber aus Filmabfall (s. 24.41.0)*
- *stoffliche Rückgewinnung bei der Verbrennung oder thermischen Behandlung (s. Gruppe 38.2)*
- *Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (s. 38.21.0)*
- *Vorbehandlung organischer Abfälle zum Zwecke der Beseitigung, einschließlich der Erzeugung von Kompost (s. 38.21.0)*
- *Energiegewinnung durch die Verbrennung nicht gefährlicher Abfälle (s. 38.21.0)*
- *Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (s. 38.22.0)*
- *umweltverträgliche Entsorgung von Altwaren wie Kühlschränken (s. 38.22.0)*
- *Behandlung und Entsorgung von schwach radioaktiven Abfällen aus Krankenhäusern usw. (s. 38.22.0)*
- *Behandlung und Entsorgung von toxischen, kontaminierten Abfällen (s. 38.22.0)*
- *Zerlegen von Kraftwagen, Schiffen, Computern, Fernseh- und anderen Geräten zur Gewinnung von wiederverkäuflichen Einzelteilen (s. Abschnitt G)*
- *Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen (s. 46.77.0)*

## Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

---

### 39 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung

Dieser Abschnitt umfasst Dienstleistungen zur Beseitigung von Umweltverschmutzungen, d. h. die Säuberung von kontaminierten Gebäuden, Standorten und Böden sowie von Oberflächen- und Grundwasser.

#### 39.0 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung

#### 39.00 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung

#### 39.00.0 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung

Diese Unterklasse umfasst:

- Dekontaminierung von Böden und Grundwasser am Ort der Verschmutzung oder anderweitig, z. B. unter Anwendung mechanischer, chemischer oder biologischer Verfahren
- Dekontaminierung von Industrieanlagen oder -standorten, einschließlich Nuklearanlagen und -standorten
- Dekontaminierung und Reinigung von Oberflächenwasser nach Verschmutzung, z. B. durch Einsammlung der Schadstoffe oder Einsatz von Chemikalien
- Beseitigung von Öl- und anderen Verschmutzungen zu Land und zu Wasser
- Entseuchung bzw. Vorbehandlung von toxischen Stoffen wie Asbest, Bleifarbe usw., einschließlich Erarbeitung und Durchführung von Sanierungsplänen zur Entfernung, Zerstörung, Eindämmung oder sonstigen Verminderung von Schadstoffen in Gebäuden
- sonstige spezielle Umweltschutzmaßnahmen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft (s. 01.61.0)
- Reinigen von Wasser zum Zwecke der Wasserversorgung (s. 36.00.1 und .2)
- Betrieb von Kläranlagen (s. 37.00.2)
- Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (s. 38.21.0)
- Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (s. 38.22.0)
- Kehren und Reinigen von Straßen usw. (s. 81.29.9)

### F Baugewerbe

Dieser Abschnitt umfasst allgemeine und spezialisierte Hoch- und Tiefbautätigkeiten. Dazu zählen Neubau, Instandsetzung, An- und Umbau, die Errichtung von vorgefertigten Gebäuden oder Bauwerken auf dem Baugelände sowie provisorischer Bauten.

Es handelt sich um die Errichtung von Wohn-, Büro- und Geschäftsgebäuden, öffentlichen Gebäuden, Gebäuden der Versorgungswirtschaft, landwirtschaftlichen Gebäuden usw. einerseits sowie von Autobahnen, Straßen, Brücken, Tunneln, Bahnverkehrsstrecken, Rollbahnen, Häfen und anderen Wasserbauten, Bewässerungsanlagen, Kanalisationen, Industrieanlagen, Rohrleitungen und elektrischen Leitungen, Sportanlagen usw. andererseits.

Diese Arbeiten können auf eigene Rechnung oder im Lohnauftrag ausgeführt werden. Ein Teil der Arbeiten, manchmal auch die gesamte praktische Arbeit, kann an Subunternehmer vergeben werden. Einheiten, die die Gesamtverantwortung für ein Bauprojekt innehaben, fallen unter diesen Abschnitt.

Ebenfalls eingeschlossen sind die Renovierung von Gebäuden und Ingenieurbauten.

Dieser Abschnitt umfasst den vollständigen Bau von Gebäuden (Abteilung 41) und von Tiefbauten (Abteilung 42) sowie spezialisierte Bautätigkeiten, insofern diese nur einen Teil der gesamten Bauarbeiten darstellen (Abteilung 43). Die Vermietung von Baugeräten mit Bedienungspersonal wird nach der jeweils mit diesen Geräten ausgeführten Bautätigkeit klassifiziert.

Dieser Abschnitt umfasst auch die Realisierung von Wohnungsbauvorhaben und anderen Bauvorhaben zum späteren Verkauf durch Sicherstellung der Finanzierung und technischen Ausführung. Zielen die Bautätigkeiten nicht auf einen späteren Verkauf der Bauwerke, sondern auf deren Nutzung ab (z. B. durch die spätere Vermietung von Räumen in diesen Gebäuden oder die Nutzung von Anlagen zu Produktionszwecken), sind die Einheiten nicht hier einzuordnen, sondern nach ihren operativen Tätigkeiten, z. B. Grundstück- und Wohnungswesen, Herstellung von Waren usw.

**41 Hochbau**

Diese Abteilung umfasst die Errichtung von Gebäuden aller Art. Dazu zählen Neubau, Instandsetzung, An- und Umbau, die Errichtung von vorgefertigten Gebäuden oder Bauwerken auf dem Baugelände sowie provisorischer Bauten.

Es handelt sich um den Bau von vollständigen Wohn-, Büro- und Geschäftsgebäuden, öffentlichen Gebäuden, Gebäuden der Versorgungswirtschaft, landwirtschaftlichen Gebäuden usw.

**41.1 Erschließung von Grundstücken; Bauträger**

**41.10 Erschließung von Grundstücken; Bauträger**

**41.10.1 Erschließung von unbebauten Grundstücken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erschließung von unbebauten Grundstücken im Rahmen von Bauvorhaben zum späteren Verkauf durch Sicherstellung der Finanzierung und technischen Ausführung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bau von Gebäuden (s. 41.20.1 und .2)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

**41.10.2 Bauträger für Nichtwohngebäude**

Diese Unterklasse umfasst:

- Realisierung von Bauvorhaben im Nichtwohnungsbau zum späteren Verkauf durch Sicherstellung der Finanzierung und technischen Ausführung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bau von Gebäuden (s. 41.20.1 und .2)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

**41.10.3 Bauträger für Wohngebäude**

Diese Unterklasse umfasst:

- Realisierung von Wohnungsbauvorhaben zum späteren Verkauf durch Sicherstellung der Finanzierung und technischen Ausführung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bau von Gebäuden (s. 41.20.1 und .2)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

### 41.2 Bau von Gebäuden

Diese Gruppe umfasst die vollständige Errichtung von Wohn- und Nichtwohngebäuden auf eigene Rechnung oder im Lohnauftrag. Die Bauarbeiten können zum Teil oder auch zur Gänze an Subunternehmer vergeben werden. Werden nur spezialisierte Bautätigkeiten ausgeführt, so fallen diese unter Abteilung 43.

### 41.20 Bau von Gebäuden

#### 41.20.1 Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbau)

Diese Unterklasse umfasst:

- Errichtung von Wohngebäuden aller Art:
  - Einfamilienhäuser
  - Mehrfamilienhäuser einschließlich Hochhäuser
- Errichtung von Nichtwohngebäuden aller Art:
  - kommerzielle Gebäude wie Fabriken, Werkstätten, Montagewerke
  - Krankenhäuser, Schulen, Bürogebäude
  - Hotels, Geschäftshäuser, Einkaufszentren, Gaststätten
  - Flughafengebäude
  - Sporthallen
  - Parkhäuser und Tiefgaragen
  - Lagerhäuser
  - Kirchen und andere Sakralbauten
- Umbau oder Renovierung bestehender Wohnanlagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bau von Industrieanlagen, die keine Gebäude sind (s. 42.99.0)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

#### 41.20.2 Errichtung von Fertigteilbauten

Diese Unterklasse umfasst:

- Errichtung von vorgefertigten Gebäuden (Fertigteilbauten) aus selbst hergestellten oder fremd bezogenen Fertigbauteilen auf der Baustelle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bau von Industrieanlagen, die keine Gebäude sind (s. 42.99.0)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

**42 Tiefbau**

Diese Abteilung umfasst den Bau von Tiefbauten. Dazu zählen Neubau, Instandsetzung, An- und Umbau, die Errichtung von vorgefertigten Bauwerken auf dem Baugelände sowie provisorischer Bauten.

Es handelt sich um große bauliche Anlagen wie Autobahnen, Straßen, Brücken, Tunnel, Bahnverkehrsstrecken, Rollbahnen, Häfen und andere Wasserbauten, Bewässerungsanlagen, Kanalisationen, Industrieanlagen, Rohrleitungen und elektrische Kabelnetze, Sportanlagen usw. Die Arbeiten können auf eigene Rechnung oder im Lohnauftrag ausgeführt werden. Ein Teil der Arbeiten, manchmal auch die gesamte praktische Arbeit, kann an Subunternehmer vergeben werden.

**42.1 Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken**

**42.11 Bau von Straßen**

**42.11.0 Bau von Straßen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Autobahnen, Landstraßen, Straßen und Wegen
- Belagsarbeiten an Straßen, Brücken und Tunneln:
  - Asphaltieren bzw. Pflastern von Straßen und Wegen
  - Markierung von Straßen u. Ä.
- Anbringen von Leitplanken, Verkehrszeichen u. Ä. an Straßen
- Baustellenabsicherung beim Straßenbau
- Bau von Rollbahnen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Montage von Straßenbeleuchtungen und elektrischen Signalanlagen (s. 43.21.0)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

**42.12 Bau von Bahnverkehrsstrecken**

**42.12.0 Bau von Bahnverkehrsstrecken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Bahnverkehrsstrecken, auch von anderen Bahnen als Eisenbahnen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Montage von Beleuchtungen und elektrischen Signalanlagen (s. 43.21.0)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)



### 42.13 Brücken- und Tunnelbau

#### 42.13.0 Brücken- und Tunnelbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Brücken, auch für Hochstraßen
- Bau von Tunneln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Montage von Beleuchtungen und elektrischen Signalanlagen (s. 43.21.0)
- Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)
- Projektmanagement für Bauvorhaben (s. Gruppe 71.1)

### 42.2 Leitungstiefbau und Kläranlagenbau

#### 42.21 Rohrleitungstiefbau, Brunnenbau und Kläranlagenbau

##### 42.21.0 Rohrleitungstiefbau, Brunnenbau und Kläranlagenbau

Diese Unterklasse umfasst den Bau von Leitungen und von Bauwerken, die zu Ver- und Entsorgungsanlagen gehören.

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von:
  - Rohrfernleitungen und städtischen Rohrleitungen
  - Wasserleitungen
  - Bewässerungssystemen (Kanälen)
  - Sammelbecken
  - Kanalnetzen (einschließlich Reparatur)
  - Abwasserbeseitigungsanlagen
  - Pumpstationen
- Brunnenbau

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)
- Reinigung von Abwasserkanälen (s. 37.00.1)
- Projektmanagement für Tiefbautätigkeiten (s. 71.12.1)

#### 42.22 Kabelnetzleitungstiefbau

#### **42.22.0 Kabelnetzleitungstiefbau**

Diese Unterklasse umfasst den Bau von Leitungen zur Verteilung von elektrischem Strom und von Fernmeldeleitungen sowie den Bau der damit untrennbar verbundenen Gebäude und Bauwerke.

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Tiefbauwerken für:
  - Strom- und Kommunikationsleitungsnetze (innerstädtische und über Land)
  - Kraftwerke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)*
- *Projektmanagement für Tiefbautätigkeiten (s. 71.12.1)*

#### **42.9 Sonstiger Tiefbau**

##### **42.91 Wasserbau**

##### **42.91.0 Wasserbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von:
  - Wasserstraßen, Häfen (einschließlich Yachthäfen), Flussbauten, Schleusen usw.
  - Talsperren und Deichen
- Ausbaggern von Wasserstraßen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Projektmanagement für Tiefbautätigkeiten (s. 71.12.1)*

##### **42.99 Sonstiger Tiefbau a. n. g.**

##### **42.99.0 Sonstiger Tiefbau a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Industrieanlagen (außer Gebäuden) wie:
  - Raffinerien
  - Chemiefabriken
- Errichtung von Bauwerken, die keine Gebäude sind, wie:
  - Sportanlagen
- Flächenaufteilung mit Infrastrukturverbesserungen (z. B. Bau von zusätzlichen Straßen und Versorgungsanlagen)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)*
- *Flächenaufteilung ohne Infrastrukturverbesserungen (s. 68.10.1 und .2)*
- *Projektmanagement für Tiefbautätigkeiten (s. 71.12.1)*

### **43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe**

Diese Abteilung umfasst den spezialisierten Hoch- und Tiefbau, also die Durchführung von Teilarbeiten an Hoch- und Tiefbauten oder die entsprechenden Vorarbeiten. Im Allgemeinen handelt es sich um spezialisierte Tätigkeiten, die besondere Fachkenntnisse bzw. Ausrüstungen erfordern. Dazu zählen Tätigkeiten wie Pfahlgründung, Fundamentarbeiten, Rohbau, Betonbau, Maurerarbeiten, Pflasterarbeiten, Gerüstbau, Dachdeckung usw. Die Errichtung von Stahlkonstruktionen zählt ebenfalls dazu, sofern die Einzelteile nicht von derselben Einheit hergestellt werden. Die Arbeiten des spezialisierten Hoch- und Tiefbaus werden in der Regel von Subunternehmern ausgeführt, besonders die entsprechenden Reparaturarbeiten werden jedoch unmittelbar für den Eigentümer ausgeführt.

Baufertigstellung und Ausbaurbeiten sind ebenfalls eingeschlossen.

Zu dieser Abteilung zählt ferner die Installation aller Arten von Anlagen der Versorgungstechnik, die für die Nutzung eines Gebäudes erforderlich sind. Diese Tätigkeiten werden meist auf der Baustelle ausgeführt, es kann jedoch auch eine werkseitige Vorfertigung stattfinden. Hierunter fallen Tätigkeiten wie die Installation von Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Antennen, Alarmanlagen und sonstigen elektrischen Anlagen, Sprinkleranlagen, Aufzügen, Rolltreppen usw. Ferner zählen dazu Abdichtarbeiten gegen Wasser, Wärme- und Schalldämmung, Blecharbeiten, Installation von Kühlanlagen für kommerzielle Nutzung, Installation von Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen, Bahnverkehrsstrecken, Flughäfen, Häfen usw. Eingeschlossen sind auch die entsprechenden Reparaturarbeiten.

Sonstiger Ausbau beinhaltet Tätigkeiten, die für den Ausbau und die Fertigstellung eines Gebäudes erforderlich sind. Dazu zählen Glaserarbeiten, Putzarbeiten, Maler- und Dekorationsarbeiten, Verlegen von Bodenbelägen wie Fliesen, Parkett, Teppichböden usw. oder Verkleiden von Wänden mit Materialien wie Fliesen, Tapeten usw., Abschleifen von Fußböden, Zimmerei, Akustikarbeiten, Fassadenreinigung usw. Eingeschlossen sind auch die entsprechenden Reparaturarbeiten.

Die Vermietung von Baugeräten mit Bedienungspersonal wird nach der jeweils ausgeführten Bautätigkeit klassifiziert.

#### **43.1 Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten**

Diese Gruppe umfasst Tätigkeiten zur Vorbereitung von Baustellen für die anschließenden Bauarbeiten, einschließlich des Abbruchs vorhandener Bauwerke.

##### **43.11 Abbrucharbeiten**

###### **43.11.0 Abbrucharbeiten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Abbruch von Gebäuden und anderen Bauwerken
- Rückbau von Straßen

## **43.12 Vorbereitende Baustellenarbeiten**

### **43.12.0 Vorbereitende Baustellenarbeiten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Enttrümmerung von Baustellen
- Erdbewegungen wie Ausschachtung, Erdauffüllung, Einebnung und Planierung von Baugeböden, Grabenaushub, Felsabbau, Sprengen usw.
- Erschließung und Schließung von Lagerstätten:
- Abräumen des Deckgebirges sowie Entwicklungs- und Vorarbeiten an Bodenschätzen führenden Grundstücken und Lagerstätten, mit Ausnahme von Erdöl- und Erdgaslagerstätten
- Auffüllen stillgelegter Abbaustätten
- Baustellenentwässerung
- Entwässerung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Erdöl- und Erdgasbohrungen zu Förderzwecken (s. 06.10.0 und 06.20.0)
- Dekontaminierung von Böden (s. 39.00.0)
- Brunnenbau (s. 42.21.0)
- Schachtbau (s. 43.99.9)

## **43.13 Test- und Suchbohrung**

### **43.13.0 Test- und Suchbohrung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Test-, Such- und Kernbohrung für bauliche, geophysikalische, geologische oder ähnliche Zwecke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Erdöl- und Erdgasbohrungen zu Förderzwecken (s. 06.10.0 und 06.20.0)
- Test- und Suchbohrungen zur Unterstützung des Bergbaus (s. 09.90.0)
- Brunnenbau (s. 42.21.0)
- Schachtbau (s. 43.99.9)
- Prospektion auf Öl- und Gasfelder, geophysikalische, geologische und seismografische Untersuchungen (s. 71.12.3)

### 43.2 Bauinstallation

Diese Gruppe umfasst den Einbau technischer Anlagen, die für die Nutzung eines Gebäudes erforderlich sind. Hierzu zählt die Elektro-, Wasser-, Gas-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageinstallation, der Einbau von Aufzügen usw.

#### 43.21 Elektroinstallation

##### 43.21.0 Elektroinstallation

Diese Unterklasse umfasst folgende Elektroinstallationen in Gebäuden und Tiefbauwerken aller Art:

- Installation von:
  - elektrischen Leitungen und Armaturen
  - Leitungen für Telekommunikationssysteme
  - Leitungen für Computernetze und Kabelfernsehen, einschließlich Glasfaserkabeln
  - Antennen, einschließlich Parabolantennen
  - Beleuchtungsanlagen für Gebäude
  - Feuermeldeanlagen
  - Einbruchalarmanlagen
  - Notstromanlagen
  - Stromzählern
  - Befeuerungsanlagen für Rollbahnen
  - Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen und andere Verkehrswege
  - Solarstromanlagen
- Anschluss von elektrischen Haushaltsgeräten, einschließlich Fußleistenheizungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)*
- *Bau von Strom- und Kommunikationsleitungen (s. 42.22.0)*
- *Installation von (Elektro-) Heizungsanlagen (s. 43.22.0)*
- *Überwachung und Fernüberwachung von elektronischen Sicherheitssystemen wie Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern, einschließlich deren Installation und Instandhaltung (s. 80.20.0)*

**43.22 Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation**

**43.22.0 Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation**

Diese Unterklasse umfasst die Installation von Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungs- sowie Klimaanlage, einschließlich Erweiterung, Umbau, Instandhaltung und Reparatur.

Diese Unterklasse umfasst:

- Einbau von Folgendem in Gebäude und andere Bauwerke:
  - Heizungsanlagen (mit elektrischem Strom, Gas, Öl oder festen Brennstoffen betrieben)
  - Öfen, Kühltürme
  - nicht-elektrische Solarwärmekollektoren
  - Wasser- und Sanitärinstallationen
  - Lüftungs- und Klimaanlage
  - Gasinstallationen
  - Versorgungsleitungen für verschiedene Gase (z. B. Sauerstoff in Krankenhäusern)
  - Dampfleitungen
  - Sprinkleranlagen für Brandschutzzwecke
  - Rasensprengeranlagen
- (Leer-) Rohrverlegung
- Reinigen von und Beseitigung von Verstopfungen in Entwässerungsrohren in Gebäuden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)*
- *Wartung und Reinigen von Abwasserkanälen (s. 37.00.1)*
- *Einbau elektrischer Fußleistenheizungen (s. 43.21.0)*

**43.29 Sonstige Bauinstallation**

**43.29.1 Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung
- Wärmedämmarbeiten an Warm- oder Kaltwasserrohren, Kesseln u. Ä.
- Feuerschutzdämmung

### 43.29.9 Sonstige Bauinstallation a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Einbau von Folgendem in Gebäude und andere Bauwerke:
  - Aufzüge und Rolltreppen, einschließlich Reparatur und Instandhaltung
  - automatische Türen und Drehtüren
  - Blitzableiter
  - Staubsaugersysteme
- Montage von Zäunen, Geländern und Feuertreppen
- Installation von Jalousien und Markisen
- Installation von Schildern (auch Leuchtschildern)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von gewerblichen Maschinen und Ausrüstungen (s. 33.20.0)*
- *Anbringen von Verkehrszeichen (s. 42.11.0)*

### 43.3 Sonstiger Ausbau

#### 43.31 Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei

##### 43.31.0 Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei

Diese Unterklasse umfasst:

- Stuck-, Gips- und Verputzarbeiten innen und außen, einschließlich damit verbundener Lattenschalung in und an Gebäuden und anderen Bauwerken

#### 43.32 Bautischlerei und -schlosserei

##### 43.32.0 Bautischlerei und -schlosserei

Diese Unterklasse umfasst:

- Einbau von Türen (außer automatischen Türen und Drehtüren), Fenstern, Tür- und Fensterrahmen aus Holz oder anderem Material
- Einbau von Einbauküchen, Einbauschränken, Treppen, Ladeneinrichtungen u. Ä.
- Einbau von Decken, beweglichen Trennwänden u. ä. Innenausbauarbeiten

Dieser Unterklasse ist der Einbau selbst hergestellter und fremd bezogener Bauelemente u. Ä. zuzuordnen.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Einbau von automatischen Türen und Drehtüren (s. 43.29.9)*
- *Zusammenbau von frei stehenden Möbeln (s. 95.24.0)*

**43.33 Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei**

**43.33.0 Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen, Anbringen oder Einbau von:
  - Wand- und Bodenfliesen oder -platten aus Keramik, Beton oder Stein
  - Ofenkacheln
  - Parkett- und andere Holzböden, Wandvertäfelungen
  - Teppich- und Linoleumböden sowie Bodenbeläge aus Gummi oder Kunststoffen
  - Böden und Wandverkleidungen aus Terrazzo, Marmor, Granit oder Schiefer
  - Tapeten
- Parkettversiegelung
- Fußbodenschleiferei

**43.34 Malerei und Glaserei**

**43.34.1 Maler- und Lackierergewerbe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Innen- und Außenanstrich von Gebäuden, auch als Korrosionsschutz
- Anstrich von Tiefbauten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Lackieren von Kraftwagen (s. 45.20.1)

**43.34.2 Glasergewerbe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Ausführung von Glaserarbeiten, einschließlich Einbau von Spiegeln usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Fenstereinbau (s. 43.32.0)

**43.39 Sonstiger Ausbau a. n. g.**

**43.39.0 Sonstiger Ausbau a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Akustikbau (z. B. Anbringen von Akustikplatten)
- Reinigung neu errichteter Gebäude (Baugrobreinigung)
- sonstige Baufertigstellung und Ausbauarbeiten a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Raumgestaltern (s. 74.10.3)
- allgemeine Innenreinigung von Gebäuden und anderen Bauwerken (s. 81.21.0)
- spezialisierte Innen- und Außenreinigung von Gebäuden (s. 81.22.9)



### **43.9 Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten**

#### **43.91 Dachdeckerei und Zimmerei**

##### **43.91.1 Dachdeckerei und Bauspenglerei**

Diese Unterklasse umfasst:

- Errichtung von Dächern
- Decken von Dächern
- Spenglerarbeiten im Außenbereich im Rahmen der Errichtung von Dächern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal (s. 77.32.0)

##### **43.91.2 Zimmerei und Ingenieurholzbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Errichtung von Dachstühlen u. ä. Holzkonstruktionen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal (s. 77.32.0)

### **43.99 Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten a. n. g.**

#### **43.99.1 Gerüstbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Auf- und Abbau von Gerüsten und Arbeitsbühnen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Gerüsten und Arbeitsbühnen ohne Auf- und Abbau (s. 77.32.0)

##### **43.99.2 Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bau von Schornsteinen
- Feuerungs- und Industrieofenbau
- Kaminbau

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einbau von Heizungsanlagen (s. 43.22.0)
- Verlegen von Ofenkacheln (s. 43.33.0)

**43.99.9 Baugewerbe a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- spezielle Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau, die besondere Fachkenntnisse bzw. Ausrüstungen erfordern:
  - Herstellen von Fundamenten einschließlich Pfahlgründung
  - Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit
  - Gebäudetrocknung
  - Schachtbau
  - Montage von Stahlelementen
  - Eisenbiegerei
  - Mauer- und Pflasterarbeiten
  - Betonarbeiten, einschließlich Stahlbetonarbeiten
  - Aufstellen von Stadtmöbeln (z. B. Wartehäuschen, Bänke)
  - Arbeiten, für die spezielle Voraussetzungen, wie Erfahrung im Klettern und die entsprechende Ausrüstung, erforderlich sind, d. h. Arbeiten an Bauwerken in großer Höhe
- Unterwasserarbeiten
- Bau von Außenschwimmb Becken
- Fassadenreinigung
- Vermietung von Kränen und anderen Baugeräten, die nicht einer bestimmten Bautätigkeit zugeordnet werden können, mit Bedienungspersonal

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal (s. 77.32.0)*

### **G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen**

Dieser Abschnitt umfasst den Groß- und Einzelhandel (d. h. Verkauf ohne Weiterverarbeitung) mit jeder Art von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen beim Verkauf von Waren. Groß- und Einzelhandel sind die letzten Glieder in der Absatzkette für Waren.

Der Abschnitt umfasst außerdem die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Verkauf ohne Weiterverarbeitung umfasst die im Handel übliche Behandlung (handelsübliche Manipulation) wie Sortieren, Klassieren und Zusammenstellen von Waren, Mischen von Waren (zum Beispiel Mischen von Sand), Abfüllen in Flaschen (mit oder ohne vorherige Flaschenspülung), Abpacken, Auspacken und Umpacken zur Verteilung in kleineren Mengen, Lagerung (auch gefroren oder gekühlt).

Abteilung 45 umfasst alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kraftfahrzeughandel und -reparatur, während zu den Abteilungen 46 und 47 alle sonstigen Verkaufstätigkeiten gehören. Die Unterscheidung zwischen Abteilung 46 (Großhandel) und Abteilung 47 (Einzelhandel) erfolgt nach dem vorherrschenden Kundentyp.

Großhandel umfasst den Wiederverkauf (Verkauf ohne Weiterverarbeitung) von Neu- und Gebrauchsgütern an Einzelhändler, Unternehmen, kommerzielle Nutzer, Körperschaften und berufliche Nutzer oder den Wiederverkauf an andere Großhändler sowie die Handelsvermittlung bzw. den Kaufabschluss auf Rechnung solcher Auftraggeber, auch über das Internet. Die typischen Großhändler sind diejenigen, die Eigentümer der von ihnen gehandelten Waren sind. Dazu zählen beispielsweise Industrielieferer, Exportfirmen, Importfirmen und Einkaufsgenossenschaften sowie Verkaufsniederlassungen und Verkaufsbüros (keine Ladengeschäfte), die von Hersteller- oder Bergbaueinheiten getrennt von ihren Produktionsanlagen eingerichtet werden, um ihre Produkte zu vermarkten, und die nicht lediglich Bestellungen für Direktlieferungen aus ihren Produktionseinrichtungen abwickeln. Ferner zählen dazu Waren- und Rohstoffmakler, Kommissionäre und Handelsvertreter, die im Namen und auf Rechnung anderer Handel treiben, sowie landwirtschaftliche Einkaufs- und Absatzgenossenschaften.

Die Tätigkeit von Großhändlern besteht in der Regel darin, Waren in großen Mengen zusammenzustellen, zu sortieren und zu klassieren, auszuwickeln, umzuwickeln und in kleineren Mengen weiterzuverteilen (z. B. Arzneimittel), Waren zu lagern, zu kühlen, auszuliefern und aufzustellen, für ihre Kunden Werbung zu betreiben und Etiketten zu gestalten.

## Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

---

Einzelhandel umfasst den Wiederverkauf (Verkauf ohne Weiterverarbeitung) von Neu- und Gebrauchsgütern vor allem an private Haushalte für den privaten Ge- oder Verbrauch, in Verkaufsräumen, einschließlich Warenhäusern, an Ständen, durch Versandhäuser, auch über das Internet, im Straßenhandel und durch Haustürverkauf, durch Verbrauchergenossenschaften, Auktionshäuser usw. Die Einzelhändler erwerben zumeist das Eigentum an den von ihnen gehandelten Waren, zum Teil sind sie aber auch als Handelsvertreter für einen Auftraggeber tätig und verkaufen auf Konsignations- oder auf Kommissionsbasis.

Die Handelsvermittlung auf der Einzelhandelsstufe gehört zum Einzelhandel und wird nicht separat nachgewiesen.

### **45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen**

Diese Abteilung umfasst alle Tätigkeiten, die sich auf Kraftfahrzeuge einschließlich Lastkraftwagen, Anhänger und Krafträder beziehen, außer deren Herstellung und Vermietung: Groß- und Einzelhandel mit Neu- und Gebrauchtfahrzeugen, Reparatur und Instandhaltung von Kraftfahrzeugen, Groß- und Einzelhandel mit Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge. Ebenfalls eingeschlossen sind die Handelsvermittlung, der Versandhandel sowie der Handel über das Internet von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. Diese Abteilung umfasst ferner das Waschen, Polieren usw. von Kraftfahrzeugen.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Großhandel mit Mineralölerzeugnissen (s. 46.71.2)
- Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen sowie Kühlmitteln für Kraftfahrzeuge (s. 47.30. 1 und .2)
- Vermietung von Kraftwagen (s. Gruppe 77.1)
- Vermietung von Krafträdern (s. 77.39.0)

#### **45.1 Handel mit Kraftwagen**

##### **45.11 Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger**

##### **45.11.0 Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger**

Diese Unterklasse umfasst:

- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von neuen und gebrauchten Kraftwagen:
  - Personenkraftwagen einschließlich Sonderfahrzeuge wie Krankenwagen, Kleinbusse usw. (mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger)
- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von geländegängigen Kraftwagen (mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von Kraftwagenteilen und -zubehör (s. Gruppe 45.3)
- Vermietung von Personenkraftwagen mit Fahrer (s. 49.32.0)
- Vermietung von Personenkraftwagen ohne Fahrer (s. 77.11.0)

##### **45.19 Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t**

##### **45.19.0 Handel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t**

Diese Unterklasse umfasst:

- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von neuen und gebrauchten Kraftwagen:
  - Lastkraftwagen, Anhänger und Sattelanhänger
  - Wohnwagen und Wohnmobile
- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von geländegängigen Kraftwagen (mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von Kraftwagenteilen und -zubehör (s. Gruppe 45.3)
- Lkw-Vermietung mit Fahrer (s. 49.41.0)
- Lkw-Vermietung ohne Fahrer (s. 77.12.0)

### **45.2 Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen**

### **45.20 Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen**

#### **45.20.1 Lackieren von Kraftwagen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen:
- Spritzen und Lackieren von Kraftwagen, nicht als Teil des Herstellungsprozesses

#### **45.20.2 Autowaschanlagen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen:
- Waschen, Polieren usw. von Kraftwagen

#### **45.20.3 Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger (ohne Lackierung und Autowäsche)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger:
- mechanische Reparaturen
- elektrische Reparaturen
- Reparatur von elektronischen Einspritzsystemen
- regelmäßiger Wartungsdienst
- Karosseriereparaturen
- Reparatur von Kraftwagenteilen
- Reparatur von Windschutzscheiben und Fenstern
- Reparatur von Autositzen
- Reifendienst außer Runderneuerung
- Rostschutzbehandlung
- An- und Einbau von Teilen und Zubehör, nicht als Teil des Herstellungsprozesses

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Runderneuerung von Reifen (s. 22.11.0)

### 45.20.4 Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (ohne Lackierung und Autowäsche)

Diese Unterklasse umfasst:

- Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t :
  - mechanische Reparaturen
  - elektrische Reparaturen
  - Reparatur von elektronischen Einspritzsystemen
  - regelmäßiger Wartungsdienst
  - Karosseriereparaturen
  - Reparatur von Kraftwagenteilen
  - Reparatur von Windschutzscheiben und Fenstern
  - Reparatur von Autositzen
- Reifendienst außer Runderneuerung
- Rostschutzbehandlung
- An- und Einbau von Teilen und Zubehör, nicht als Teil des Herstellungsprozesses

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Runderneuerung von Reifen (s. 22.11.0)

### 45.3 Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör

Diese Gruppe umfasst den Groß- und Einzelhandel mit sowie die Handelsvermittlung von Teilen, Bauelementen, Material, Werkzeugen und Zubehör für Kraftwagen, z. B.:

- Gummireifen und Luftschläuche
- Zündkerzen, Batterien, Beleuchtungsgeräte und elektrische Teile

#### 45.31 Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör

##### 45.31.0 Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung auf der Großhandelsstufe) mit Teilen, Bauelementen, Material, Werkzeugen und Zubehör für Kraftwagen

**45.32 Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör**

**45.32.0 Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel (einschließlich Handelsvermittlung auf der Einzelhandelsstufe) mit Teilen, Bauelementen, Material, Werkzeugen und Zubehör für Kraftwagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen) (s. 47.30.1 und .2)

**45.4 Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern**

**45.40 Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern**

**45.40.0 Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von Krafträdern einschließlich Kleinkrafträdern
- Groß- und Einzelhandel mit sowie Handelsvermittlung von Teilen und Zubehör für Krafträder
- Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör (s. 46.49.2)
- Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör (s. 47.64.1)
- Vermietung von Krafträdern (s. 77.39.0)
- Reparatur und Instandhaltung von Fahrrädern (s. 95.29.0)



### 46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)

Diese Abteilung umfasst den Großhandel auf eigene Rechnung oder auf fremde Rechnung (Handelsvermittlung), und zwar sowohl den Binnengroßhandel als auch den internationalen Großhandel (Import/Export).

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Großhandel mit Kraftwagen und Wohnwagen sowie mit Krafträdern (s. 45.1, 45.4)
- Großhandel mit Kraftwagen- und Kraftradzubehör (s. 45.31.0, 45.40.0)
- Vermietung und Operate-Leasing (s. Abteilung 77)
- Verpackung von festen Waren und Abfüllung von flüssigen oder gasförmigen Waren, einschließlich Mischen und Filtern, für Dritte (s. 82.92.0)

#### 46.1 Handelsvermittlung

Diese Gruppe umfasst:

- Tätigkeiten von Handelsvertretern, Handelsmaklern und allen anderen Großhändlern, die im Namen und auf Rechnung anderer Handel treiben
- Zusammenbringen von Käufern und Verkäufern von Waren oder Besorgung von Handelsgeschäften im Namen eines Auftraggebers, auch über das Internet
- Großhandelstätigkeiten von Auktionshäusern, auch im Internet

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- Großhandel auf eigene Rechnung (s. 46.2 bis 46.9)
- Handelsvermittlung auf der Einzelhandelsstufe (s. Abteilung 47)
- Einzelhandel durch Handelsvertreter nicht in Verkaufsräumen (s. 47.99.9)

#### 46.11 Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren

##### 46.11.0 Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Getreide, Saatgut, Futtermitteln, Rohtabak
- Handelsvermittlung von Blumen, Pflanzen und Blumenzwiebeln
- Handelsvermittlung von lebendem Vieh, lebenden Heim- und Kleintieren, Tieren für Aquarien und Terrarien
- Handelsvermittlung von textilen Rohstoffen und Halbwaren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Meterware für Bekleidung und Wäsche (s. 46.16.1)

**46.12 Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen, Metallen und technischen Chemikalien**

**46.12.0 Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen, Metallen und technischen Chemikalien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (ohne Tankstellen)
- Handelsvermittlung von Erzen, Eisen, Stahl und NE-Metallen, Eisen-, Stahl- und NE-Metallhalbzeug
- Handelsvermittlung von technischen Chemikalien, einschließlich Düngemittel und agrochemische Erzeugnisse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Handelsvermittlung von Anstrichmitteln (s. 46.13.2)*
- *Einzelhandel in fremdem Namen mit Motorenkraftstoffen (Agenturtankstellen) (s. 47.30.1)*

**46.13 Handelsvermittlung von Holz, Baustoffen und Anstrichmitteln**

**46.13.1 Handelsvermittlung von Rohholz, Holzhalbwaren und Bauelementen aus Holz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Stammholz
- Handelsvermittlung von Schnittholz, z. B. Balken, Bretter, Platten
- Handelsvermittlung von Bauelementen aus Holz, z. B. Fenster, Türen, Tore, Treppen, Rollläden, Geländer
- Handelsvermittlung von Fertigteilbauten aus Holz, z. B. Gartenhütten

**46.13.2 Handelsvermittlung von Baustoffen und Anstrichmitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von mineralischen Baustoffen wie Steine, Sand, Kies, Schotter, Zement, Mörtel, Dämmplatten
- Handelsvermittlung von Bauelementen aus Stahl, z. B. Fenster, Türen, Tore, Treppen, Rollläden, Geländer
- Handelsvermittlung von Fertigteilbauten aus mineralischen Stoffen, z. B. Garagen
- Handelsvermittlung von Flachglas
- Handelsvermittlung von Farben und Lacken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Handelsvermittlung von Tapeten (s. 46.18.6)*

### **46.14 Handelsvermittlung von Maschinen, technischem Bedarf, Wasser- und Luftfahrzeugen**

#### **46.14.1 Handelsvermittlung von Maschinen (ohne landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen) und technischem Bedarf a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Werkzeugmaschinen, Baumaschinen und -geräten, Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe, das Ernährungsgewerbe usw.
- Handelsvermittlung von technischem Bedarf a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Handelsvermittlung von Kraftfahrzeugen (s. Gruppe 45.1)
- Handelsvermittlung von Werkzeugen (s. 46.14.4)

#### **46.14.2 Handelsvermittlung von Wasser- und Luftfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Handelsvermittlung von Sport- und Campingartikeln (s. 46.18.9)

#### **46.14.3 Handelsvermittlung von Geräten der Unterhaltungselektronik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Rundfunk- und phonotechnischen Geräten, CD-Playern, DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräten und Zubehör dafür

#### **46.14.4 Handelsvermittlung von Werkzeugen**

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Handelsvermittlung von Kraftfahrzeugzubehör (s. 45.31.0, 45.40.0)
- Handelsvermittlung von Werkzeugmaschinen (s. 46.14.1)

#### **46.14.5 Handelsvermittlung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Fotokopiermaschinen, Rechenmaschinen, Postbearbeitungsmaschinen, Diktiergeräten u. a. Büromaschinen
- Handelsvermittlung von PCs, Notebooks u. a. Datenverarbeitungsgeräten
- Handelsvermittlung von Computerbildschirmen, Computertastaturen, Computerdruckern, Beleglesegeräten u. a. peripheren Geräten
- Handelsvermittlung von Software

**46.14.6 Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten:
- Pflüge, Stalldungstreuer, Sämaschinen
- Erntemaschinen
- Dreschmaschinen
- Melkmaschinen
- Maschinen für Geflügelhaltung und Imkerei
- Trockenmaschinen u. ä. Ernteaufbereitungsmaschinen
- land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung Maschinen für das Ernährungsgewerbe (s. 46.14.1)

**46.14.7 Handelsvermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Armaturen für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik
- Handelsvermittlung von Sanitärkeramik
- Handelsvermittlung von Heizkörpern und -kesseln, Heizungsbrennern

**46.14.9 Handelsvermittlung von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen  
a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Telekommunikationsgeräten
- Handelsvermittlung von isolierten elektrischen Drähten und Leitungen, elektrischen Schaltern, Fassungen, Abzweigdosen
- Handelsvermittlung von Elektromotoren, Transformatoren, Akkumulatoren, Batterien
- Handelsvermittlung von elektrischen und elektronischen Mess-, Prüf-, Regel- und Steuerungsgeräten
- Handelsvermittlung von elektronischen Bauelementen

### **46.15 Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren**

#### **46.15.1 Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Antiquitäten**

#### **46.15.2 Handelsvermittlung von keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Holzwaren a. n. g., sowie Flecht- und Korbwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Tafelgeschirr und Ziergegenständen aus Keramik und Glas für den Haushalt
- Handelsvermittlung von Holz-, Flecht- und Korbwaren a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Bauholz (s. 46.13.1)
- Handelsvermittlung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen (s. 46.15.1)

#### **46.15.3 Handelsvermittlung von elektrischen Haushaltsgeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von elektrischen Wasch-, Bügel- und Geschirrspülmaschinen, Kühl- und Gefrierschränken und -truhen, Staubsaugern usw. für den Haushalt
- Handelsvermittlung von elektrischen Brotschneidemaschinen, Dosenöffnern usw. für den Haushalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe, das Ernährungsgewerbe usw. (s. 46.14.1)

#### **46.15.4 Handelsvermittlung von Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Metallkurzwaren u. a. Kleineisenwaren
- Handelsvermittlung von Hausrat aus Metall und Kunststoff
- Handelsvermittlung von Lager- und Transportbehältern aus Metall und Kunststoff

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Bauelementen aus Stahl (s. 46.13.2)
- Handelsvermittlung von Werkzeugen (s. 46.14.4)
- Handelsvermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik (s. 46.14.7)
- Handelsvermittlung von Besteck und Tafelgeräten aus Edelmetall (s. 46.18.2)

#### **46.15.5 Handelsvermittlung von Putz- und Reinigungsmitteln**

**46.16 Handelsvermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren**

**46.16.1 Handelsvermittlung von Meterware für Bekleidung und Wäsche**

**46.16.2 Handelsvermittlung von Heim- und Haustextilien und Bodenbelägen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Dekorations- und Möbelstoffen, Gardinen, dekorativen Decken und Kissen, Stuhl- und Sesselaufgaben u. Ä.
- Handelsvermittlung von Teppichen, textilen und nicht textilen Bodenbelägen
- Handelsvermittlung von Matratzen, Steppdecken u. a. Bettdecken, Kopfkissen u. a. Bettwaren
- Handelsvermittlung von Haus- und Tischwäsche, z. B. Hand-, Bade- und Geschirrtücher, Tischdecken, Stoffservietten, Bettwäsche

**46.16.3 Handelsvermittlung von Bekleidung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Oberbekleidung und Wäsche
- Handelsvermittlung von Kurzwaren, z. B. Nähmaschinen, handelsfertig aufgemachte Näh-, Stopf- und Handarbeitsgarne, Knöpfe, Reißverschlüsse

**46.16.4 Handelsvermittlung von Bekleidungszubehör**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Gürteln, Hosenträgern, Handschuhen, Krawatten, Schals, Tüchern
- Handelsvermittlung von Schirmen und Stöcken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Hüten und Mützen (s. 46.16.3)

**46.16.5 Handelsvermittlung von Schuhen, Lederwaren und Reisegepäck**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Schuhen
- Handelsvermittlung von Taschen, Koffern, Mappen, Geldbörsen, Reisenecessaires, Etuis u. Ä.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Handelsvermittlung von Lederbekleidung (s. 46.16.3)
- Handelsvermittlung von Bekleidungszubehör (s. 46.16.4)

### **46.17 Handelsvermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren**

#### **46.17.1 Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Zucker, Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwaren, kandierten Früchten
- Handelsvermittlung von Speiseeis
- Handelsvermittlung von süßen und salzigen Dauerbackwaren und Knabberartikeln

#### **46.17.2 Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen**

#### **46.17.9 Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Bier und alkoholfreien Getränken
- Handelsvermittlung von Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen, Nahrungsfetten, Fleisch, Fleischwaren, Fisch, Fischerzeugnissen
- Handelsvermittlung von Obst, Gemüse, Kartoffeln, Obst-, Gemüse- und Kartoffelkonserven
- Handelsvermittlung von Kaffee, Tee, Kakao, Gewürzen
- Handelsvermittlung von Konfitüren u. a. Brotaufstrichen
- Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln
- Handelsvermittlung von Tabakwaren

### **46.18 Handelsvermittlung von sonstigen Waren**

#### **46.18.1 Handelsvermittlung von feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Foto-, Kino- und Projektionsgeräten und Zubehör dafür
- Handelsvermittlung von optischen Erzeugnissen, z. B. Lupen, Ferngläser, Mikroskope
- Handelsvermittlung von feinmechanisch-optischen Mess- und Prüfinstrumenten u. Ä.

#### **46.18.2 Handelsvermittlung von Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Uhren und Schmuck
- Handelsvermittlung von Besteck und Tafelgeräten aus Edelmetallen
- Handelsvermittlung von Edel- und Schmucksteinen und Perlen

### **46.18.3 Handelsvermittlung von Spielwaren und Musikinstrumenten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Spielen und Spielwaren, einschließlich Spielfahrzeuge und Musikspielwaren
- Handelsvermittlung von Bastelsätzen für den Modellbau
- Handelsvermittlung von Musikinstrumenten

### **46.18.4 Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Grundstoffen und zubereiteten Arzneimitteln, Impfstoffen, Verbandmitteln, Desinfektionsmitteln, Röntgen-Kontrastmitteln usw.
- Handelsvermittlung von medizinischen und dentalmedizinischen Geräten, Instrumenten und Einrichtungen, Dentalrohstoffen
- Handelsvermittlung von Krankenpflegeartikeln, orthopädischen Erzeugnissen, Inkontinenzartikeln u. a. Altenpflegeartikeln
- Handelsvermittlung von Laborgeräten und -einrichtungen, Laborbedarf

### **46.18.5 Handelsvermittlung von kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Feinseifen, Duftwasser, Parfüms, Make-up, Mund- und Haarpflegemitteln, Rasiermitteln u. Ä.
- Handelsvermittlung von Hygieneartikeln, z. B. Kondome und Binden

### **46.18.6 Handelsvermittlung von Karton, Papier und Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenk- und Werbeartikeln, Verpackungsmitteln und Tapeten**

### **46.18.7 Handelsvermittlung von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Musikalien und sonstigen Druckerzeugnissen**

### **46.18.9 Handelsvermittlung von sonstigen Waren a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Sport- und Campingartikeln
- Handelsvermittlung von Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör
- Handelsvermittlung von Altmaterialien und Reststoffen
- Handelsvermittlung von sonstigen, anderweitig nicht genannten Waren



### **46.19 Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

#### **46.19.0 Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Handelsvermittlung von Waren aus dem Sortiment mehrerer Klassen der Gruppe 46.1, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Klasse klar überwiegen

### **46.2 Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren**

#### **46.21 Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln**

##### **46.21.0 Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Getreide und Saatgut, einschließlich Blumensamen
- Großhandel mit Ölfrüchten
- Großhandel mit Rohtabak
- Großhandel mit Futtermitteln und landwirtschaftlichen Grundstoffen a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Textilfasern (s. 46.76.0)*

#### **46.22 Großhandel mit Blumen und Pflanzen**

##### **46.22.0 Großhandel mit Blumen und Pflanzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Blumen, Pflanzen und Blumenzwiebeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Blumensamen (s. 46.21.0)*
- *Großhandel mit Textilfasern (s. 46.76.0)*

#### **46.23 Großhandel mit lebenden Tieren**

##### **46.23.0 Großhandel mit lebenden Tieren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit lebendem Vieh, lebenden Heim- und Kleintieren, Tieren für Aquarien und Terrarien

**46.24 Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder**

**46.24.0 Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit rohen Häuten und Fellen, einschließlich Pelzfellen
- Großhandel mit Leder und Lederfaserstoff

**46.3 Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren**

**46.31 Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln**

**46.31.0 Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit frischem Obst und Gemüse und frischen Kartoffeln
- Großhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse sowie zubereiteten und konservierten Kartoffeln

**46.32 Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren**

**46.32.0 Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren**

**46.33 Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten**

**46.33.0 Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Milch und Milcherzeugnissen
- Großhandel mit Eiern und Eiprodukten
- Großhandel mit tierischen oder pflanzlichen Speiseölen und Nahrungsfetten

**46.34 Großhandel mit Getränken**

**46.34.0 Großhandel mit Getränken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Bier, Wein, Sekt, Spirituosen u. a. alkoholhaltigen Getränken
- Großhandel mit alkoholfreien Getränken
- Einkauf, Flaschenabfüllung und Wiederverkauf von Wein ohne weitere Verarbeitung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Verschneiden von Spirituosen und Wein (s. 11.01.0, 11.02.0)*

**46.35 Großhandel mit Tabakwaren**

**46.35.0 Großhandel mit Tabakwaren**

**46.36 Großhandel mit Zucker, Süßwaren und Backwaren**

**46.36.0 Großhandel mit Zucker, Süßwaren und Backwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Zucker, Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwaren, kandierten Früchten
- Großhandel mit Speiseeis
- Großhandel mit süßen und salzigen Dauerbackwaren und Knabberartikeln
- Großhandel mit sonstigen Backwaren

**46.37 Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen**

**46.37.0 Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen**

**46.38 Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln**

**46.38.1 Großhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen**

**46.38.2 Großhandel mit Mehl und Getreideprodukten**

**46.38.9 Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Konfitüren u. a. Brotaufstrichen
- Großhandel mit sonstigen, anderweitig nicht genannten Nahrungsmitteln
- Großhandel mit Futtermitteln für Heimtiere

**46.39 Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**46.39.1 Großhandel mit tiefgefrorenen Nahrungsmitteln, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit tiefgefrorenen Nahrungsmitteln aus dem Sortiment mehrerer Klassen der Gruppe 46.3, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Klasse klar überwiegen

**46.39.9 Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Waren aus dem Sortiment mehrerer Klassen der Gruppe 46.3, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Klasse klar überwiegen

**46.4 Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern**

Diese Gruppe umfasst den Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, einschließlich Textilien.

**46.41 Großhandel mit Textilien**

**46.41.0 Großhandel mit Textilien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Dekorations- und Möbelstoffen, Gardinen, dekorativen Decken und Kissen, Stuhl- und Sesselaufgaben u. Ä.
- Großhandel mit Matratzen, Steppdecken u. a. Bettdecken, Kopfkissen u. a. Bettwaren
- Großhandel mit Haus- und Tischwäsche, z. B. Hand-, Bade- und Geschirrtücher, Tischdecken, Stoffservietten, Bettwäsche
- Großhandel mit Kurzwaren, z. B. Nähnadeln, handelsfertig aufgemachte Näh-, Stopf- und Handarbeitsgarne, Knöpfe, Reißverschlüsse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Textilfasern (s. 46.76.0)

**46.42 Großhandel mit Bekleidung und Schuhen**

**46.42.1 Großhandel mit Bekleidung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Oberbekleidung, einschließlich Sportbekleidung und Wäsche
- Großhandel mit Gürteln, Hosenträgern, Handschuhen, Krawatten, Schals, Tüchern
- Großhandel mit Pelzwaren
- Großhandel mit Schirmen und Stöcken

**46.42.2 Großhandel mit Schuhen**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Lederwaren (s. 46.49.3)
- Großhandel mit speziellen Sportschuhen, z. B. Skischuhen (s. 46.49.2)

**46.43 Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik**

**46.43.1 Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Foto-, Kino- und Projektionsgeräten und Zubehör dafür
- Großhandel mit optischen Erzeugnissen, z. B. Lupen, Ferngläser, Mikroskope

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.52.0)

### 46.43.2 Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit elektrischen Wasch-, Bügel- und Geschirrspülmaschinen, Kühl- und Gefrierschränken und -truhen, Staubsaugern usw. für den Haushalt
- Großhandel mit elektrischen Brotschneidemaschinen, Dosenöffnern usw. für den Haushalt
- Großhandel mit elektrischen Heizgeräten für den Haushalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.52.0)
- Großhandel mit Nähmaschinen (s. 46.64.0)

### 46.43.3 Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Rundfunk- und phonotechnischen Geräten, CD-Playern, DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräten und Zubehör dafür
- Großhandel mit bespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.52.0)

### 46.44 Großhandel mit keramischen Erzeugnissen, Glaswaren und Reinigungsmitteln

#### 46.44.1 Großhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Tafelgeschirr und Ziergegenständen aus Keramik und Glas für den Haushalt
- Großhandel mit Flaschen u. a. Verpackungsglas und -keramik

#### 46.44.2 Großhandel mit Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln

### 46.45 Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln

#### 46.45.0 Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Feinseifen, Duftwasser, Parfüms, Make-up, Mund- und Haarpflegemitteln, Rasiermitteln u. Ä.
- Großhandel mit Hygieneartikeln, z. B. Kondome und Binden

**46.46 Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen**

**46.46.1 Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit pharmazeutischen Grundstoffen und zubereiteten Arzneimitteln, Impfstoffen, Verbandmitteln, Desinfektionsmitteln, Röntgen-Kontrastmitteln usw.

**46.46.2 Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln, Dental- und Laborbedarf**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit medizinischen und dentalmedizinischen Geräten, Instrumenten und Einrichtungen, Dentalrohstoffen
- Großhandel mit Krankenpflegeartikeln, orthopädischen Erzeugnissen, Inkontinenzartikeln u. a. Altenpflegeartikeln
- Großhandel mit Laborgeräten und -einrichtungen, Laborbedarf

**46.47 Großhandel mit Möbeln, Teppichen, Lampen und Leuchten**

**46.47.0 Großhandel mit Möbeln, Teppichen, Lampen und Leuchten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Wohnmöbeln, einschließlich Campingmöbel
- Großhandel mit Teppichen
- Großhandel mit Lampen und Leuchten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Büromöbeln (s. 46.65.0)*
- *Großhandel mit Bodenbelägen (ohne Teppiche) (s. 46.73.8)*

**46.48 Großhandel mit Uhren und Schmuck**

**46.48.0 Großhandel mit Uhren und Schmuck**

**46.49 Großhandel mit sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern**

**46.49.1 Großhandel mit Spielwaren und Musikinstrumenten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Spielen und Spielwaren, einschließlich Spielfahrzeuge und Musikspielwaren
- Großhandel mit Bastelsätzen für den Modellbau
- Großhandel mit Musikinstrumenten

### **46.49.2 Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör
- Großhandel mit Sportartikeln, einschließlich spezieller Sportschuhe wie z. B. Skischuhe
- Großhandel mit Campingartikeln (ohne Campingmöbel)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Sportbekleidung (s. 46.42.1)*

### **46.49.3 Großhandel mit Lederwaren, Reisegepäck, Geschenk- und Werbeartikeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Taschen, Koffern, Mappen, Geldbörsen, Reisenecessaires, Etuis u. Ä.
- Großhandel mit Geschenk- und Werbeartikeln

### **46.49.4 Großhandel mit Karton, Papier, Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Büchern, Zeitschriften und Zeitungen**

### **46.49.5 Großhandel mit nicht elektrischen Haushaltsgeräten, Haushaltswaren aus Metall sowie sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Hausrat aus Holz, Metall und Kunststoff, z. B. Besteck und Tafelgeräte, Koch- und Bratgeschirr, nicht elektrische Haushaltsgeräte
- Großhandel mit Verpackungsmitteln aus Metall für den Haushalt
- Großhandel mit Holz-, Korb-, Flecht- und Korkwaren a. n. g.

### **46.5 Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik**

Diese Gruppe umfasst den Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), d. h. mit Datenverarbeitungsgeräten, Telekommunikationsgeräten und elektronischen Bauteilen.

### **46.51 Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software**

#### **46.51.0 Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit PCs, Notebooks u. a. Datenverarbeitungsgeräten
- Großhandel mit Computerbildschirmen, Computertastaturen, Computerdruckern, Beleglesegeräten u. a. peripheren Geräten
- Großhandel mit Software

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit elektronischen Bauteilen (s. 46.52.0)
- Großhandel mit Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte) (s. 46.66.0)

### **46.52 Großhandel mit elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten**

#### **46.52.0 Großhandel mit elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Elektronenröhren
- Großhandel mit Halbleiterbauelementen
- Großhandel mit Mikrochips und integrierten Schaltungen
- Großhandel mit gedruckten Schaltungen
- Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern und Disketten, magnetischen und optischen CDs und DVDs
- Großhandel mit Telefon- u. a. Telekommunikationsgeräten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit bespielten Ton- und Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.43.3)
- Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 46.51.0)

### **46.6 Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör**

Diese Gruppe umfasst den Großhandel mit speziellen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör für alle Wirtschaftszweige sowie mit nichtwirtschaftszweigspezifischen Maschinen.

#### **46.61 Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten**

##### **46.61.0 Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten:
  - Pflüge, Stallungstreuer, Sämaschinen
  - Erntemaschinen
  - Dreschmaschinen
  - Melkmaschinen
  - Maschinen für Geflügelhaltung und Imkerei
  - Trockenmaschinen u. ä. Ernteaufbereitungsmaschinen
  - land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen
- Großhandel mit Rasenmähern
- Großhandel mit Geräten für die Gartenarbeit



### **46.62 Großhandel mit Werkzeugmaschinen**

#### **46.62.0 Großhandel mit Werkzeugmaschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Werkzeugmaschinen jeder Art und für jedes Material, auch computergesteuert

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Werkzeugen (s. 46.74.1)

### **46.63 Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen**

#### **46.63.0 Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen**

### **46.64 Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen**

#### **46.64.0 Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen, auch computergesteuert
- Großhandel mit Haushaltsnähmaschinen

### **46.65 Großhandel mit Büromöbeln**

#### **46.65.0 Großhandel mit Büromöbeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Büro-, Laden- und sonstigen Objektmöbeln, z. B. Möbeln für Hotels, Kirchen, Schulen

### **46.66 Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen**

#### **46.66.0 Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Fotokopiermaschinen, Rechenmaschinen, Postbearbeitungsmaschinen, Diktiergeräten u. a. Büromaschinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten (s. 46.51.0)
- Großhandel mit elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten (s. 46.52.0)

**46.69 Großhandel mit sonstigen Maschinen und Ausrüstungen**

**46.69.1 Großhandel mit Flurförderzeugen und Fahrzeugen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Gabelstaplern, Hubwagen, Kraftkarren u. a. Flurförderzeugen sowie mit anderen Beförderungsmitteln außer Kraftfahrzeugen und Fahrrädern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Kraftwagen, Anhängern und Wohnwagen (s. Gruppe 45.1)
- Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör (s. 45.31.0)
- Großhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör (s. 45.40.0)
- Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör (s. 46.49.2)

**46.69.2 Großhandel mit sonstigen Maschinen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Industrierobotern
- Großhandel mit sonstigen Maschinen a. n. g. für Industrie, Handel, Navigation und andere Dienstleistungen, z. B.:
  - Maschinen für das Ernährungsgewerbe
  - Maschinen für das Textilreinigungsgewerbe
  - Maschinen für das Ledergewerbe
  - Hebezeuge, z. B. Krane
  - Warenverkaufsautomaten
  - Groß- und Schnellwaagen
  - Verpackungsmaschinen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten (s. 46.51.0)
- Großhandel mit Telekommunikationsgeräten (s. 46.52.0)
- Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen (s. 46.61.0)
- Großhandel mit Werkzeugmaschinen (s. 46.62.0)
- Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen (s. 46.63.0)
- Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen (s. 46.64.0)
- Großhandel mit Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte) (s. 46.66.0)

**46.69.3 Großhandel mit sonstigen Ausrüstungen und Zubehör für Maschinen sowie mit technischem Bedarf**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit isolierten elektrischen Drähten und Leitungen, elektrischen Schaltern, Fassungen, Abzweigdosen und anderem technischem Installationsmaterial
- Großhandel mit sonstigem Elektromaterial wie Elektromotoren und Transformatoren, Akkumulatoren, Batterien
- Großhandel mit elektrischen und elektronischen Mess-, Prüf-, Regel- und Steuerungsgeräten
- Großhandel mit Waffen und Munition

### 46.7 Sonstiger Großhandel

Diese Gruppe umfasst sonstige, in anderen Gruppen dieser Abteilung nicht aufgeführte Tätigkeiten des Fachgroßhandels. Hierzu zählt auch der Großhandel mit Halbwaren, ausgenommen landwirtschaftlichen Halbwaren, die typischerweise nicht für den Haushaltsgebrauch gedacht sind.

### 46.71 Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen

#### 46.71.1 Großhandel mit festen Brennstoffen

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit festen Brennstoffen, z. B.:
  - Holzkohle, Kohle, Koks, Brennholz

#### 46.71.2 Großhandel mit Mineralölerzeugnissen

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Kraft- und Schmierstoffen, z. B.:
  - Erdöl, Rohöl, Dieselmotortreibstoff, Benzin, Heizöl, Kerosin
  - Flüssiggas, Butan und Propan
  - Schmieröle und -fette

### 46.72 Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug

#### 46.72.1 Großhandel mit Eisenerzen, Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlhalbzeug

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Eisenerzen
- Großhandel mit Roheisen und Ferrolegierungen
- Großhandel mit Halbzeug aus Eisen und Stahl a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Metallschrott (s. 46.77.0)

#### 46.72.2 Großhandel mit NE-Erzen, NE-Metallen und NE-Metallhalbzeug

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Metallerzen (ohne Eisenerz)
- Großhandel mit Hüttenmetallen (ohne Eisen und Stahl)
- Großhandel mit Halbzeug aus NE-Metallen
- Großhandel mit Gold und anderen Edelmetallen sowie Halbzeug daraus

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Metallschrott (s. 46.77.0)

**46.73 Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik**

**46.73.1 Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**46.73.2 Großhandel mit Roh- und Schnittholz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Stammholz
- Großhandel mit Schnittholz, z. B. Balken, Bretter, Platten

**46.73.3 Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Bauelementen aus Holz, z. B. Fenster, Türen, Tore, Treppen, Rollläden, Geländer
- Großhandel mit Fertigteilbauten aus Holz, z. B. Gartenhütten

**46.73.4 Großhandel mit Baustoffen und Bauelementen aus mineralischen Stoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit mineralischen Baustoffen wie Steine, Sand, Kies, Schotter, Zement, Mörtel, Dämmplatten
- Großhandel mit Bauelementen und Fertigteilbauten aus mineralischen Stoffen, z. B. Garagen

**46.73.5 Großhandel mit Flachglas**

**46.73.6 Großhandel mit Anstrichmitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Farben und Lacken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Tapeten (s. 46.73.8)*

**46.73.7 Großhandel mit Sanitärkeramik**

– Großhandel mit Sanitärkeramik:

- Badewannen, Waschbecken, Toiletten und andere sanitärkeramische Erzeugnisse

### **46.73.8 Großhandel mit Tapeten und Bodenbelägen (ohne Teppiche)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Tapeten sowie textilen und nicht textilen Fußbodenbelägen (außer Teppichen, Läufern usw.)

### **46.74 Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke sowie Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung**

#### **46.74.1 Großhandel mit Werkzeugen und Kleineisenwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Handwerkszeug wie Hämmer, Sägen, Schraubendreher usw.
- Großhandel mit Metallkurzwaren und Kleineisenwaren

#### **46.74.2 Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Armaturen für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik
- Großhandel mit Heizkörpern und -kesseln, Heizungsbrennern
- Großhandel mit Warmwasserbereitern
- Großhandel mit sonstigem Installationsmaterial für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik:
  - Rohrleitungen, T-Stücke, Anschlüsse, Gummischläuche usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Großhandel mit Sanitärkeramik (s. 46.73.7)*

#### **46.74.3 Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Bauelementen aus Metall und Kunststoff, z. B. Fenster, Türen, Tore, Treppen, Rollläden, Geländer
- Großhandel mit Fertigteilbauten aus Metall
- Großhandel mit Schlössern

### **46.75 Großhandel mit chemischen Erzeugnissen**

#### **46.75.0 Großhandel mit chemischen Erzeugnissen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit technischen Chemikalien:
  - Anilin, Druckfarbe, etherische Öle, Industriegase, chemische Klebstoffe, Farbstoffe, Kunstharz, Methanol, Paraffin, Duft- und Geschmacksstoffe, Soda, Industriesalz, Säuren, Schwefel, Stärkederivate usw.
- Großhandel mit Düngemitteln und agrochemischen Erzeugnissen

**46.76 Großhandel mit sonstigen Halbwaren**

**46.76.0 Großhandel mit sonstigen Halbwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Rohkunststoffen
- Großhandel mit Kautschuk
- Großhandel mit Textilfasern usw.
- Großhandel mit Papier (Meterware)
- Großhandel mit Edel- und Schmucksteinen, Perlen

**46.77 Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen**

**46.77.0 Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Schrott und sonstigen Altmaterialien und Reststoffen für die Rückgewinnung, einschließlich Sammeln, Sortieren, Trennen, Zerlegen von Gebrauchsgütern, wie z. B. Kraftwagen, Datenverarbeitungsgeräte, Fernseh- und anderen Geräte, zur Gewinnung wieder verwertbarer Teile, Verpacken und Neuverpacken, Lagern und Ausliefern, jedoch ohne eigentliches Weiterverarbeitungsverfahren. Dabei haben die angekauften und verkauften Altmaterialien einen Restwert.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sammlung von Abfällen aus Haushalt, Industrie, Handwerk und Gewerbe (s. Gruppe 38.1)*
- *Behandlung von Abfällen, nicht zur Weiterverwendung in einem industriellen Herstellungsverfahren, sondern mit dem Ziel der Beseitigung (s. Gruppe 38.2)*
- *Verarbeitung von Altmaterialien, Reststoffen usw. zu Sekundärrohstoffen, wenn ein industrieller Verarbeitungsprozess erforderlich ist (die hergestellten Sekundärrohstoffe eignen sich für die direkte Verwendung in einem industriellen Herstellungsverfahren, sind jedoch kein Endprodukt) (s. Gruppe 38.3)*
- *Zerlegen von Kraftwagen, Datenverarbeitungsgeräten, Fernseh- und anderen Geräten zur Materialrückgewinnung (s. 38.31.0)*
- *Schiffsverschrottung (s. 38.31.0)*
- *Schreddern von Autos usw. mithilfe mechanischer Verfahren (s. 38.32.0)*

**46.9 Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**46.90 Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**46.90.1 Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren aus dem Sortiment der Gruppen 46.2 bis 46.7, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Gruppe klar überwiegen

**46.90.2 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren aus dem Sortiment der Gruppen 46.2 und 46.7, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Gruppe klar überwiegen

**46.90.3 Großhandel mit Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Großhandel mit Fertigwaren aus dem Sortiment der Gruppen 46.3 bis 46.6, ohne dass Waren aus dem Sortiment einer Gruppe klar überwiegen

### 47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)

Diese Abteilung umfasst den Wiederverkauf von Neu- und Gebrauchtwaren vor allem an private Haushalte für den privaten Ge- oder Verbrauch, in Verkaufsräumen, einschließlich Warenhäusern, an Marktständen, durch Versandhäuser, im Straßenhandel und durch Haustürverkauf, Verbrauchergenossenschaften usw.

Der Einzelhandel wird in dieser Abteilung zunächst nach der Art der Verkaufsstelle klassifiziert (Einzelhandel in Verkaufsräumen: Gruppen 47.1 bis 47.7; Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen: Gruppen 47.8 und 47.9). Der Einzelhandel in Verkaufsräumen umfasst auch den Einzelhandel mit Gebrauchtwaren (Klasse 47.79). Zudem wird beim Einzelhandel in Verkaufsräumen unterschieden zwischen spezialisiertem Einzelhandel (Gruppen 47.2 bis 47.7) und Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Gruppe 47.1). Der spezialisierte Einzelhandel in Verkaufsräumen wird weiter nach dem Warensortiment unterteilt. Der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen wird nach Arten des Einzelhandels unterteilt, wie Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten (Gruppe 47.8) und sonstiger Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, z. B. Versandhandel, Haustürverkauf, Automatenverkauf usw. (Gruppe 47.9).

Die in dieser Abteilung verkauften Waren sind auf Erzeugnisse beschränkt, die allgemein als Konsumgüter oder Einzelhandelswaren bezeichnet werden. Daher sind Waren, die normalerweise nicht im Einzelhandel verkauft werden, wie etwa Getreide, Erze, Industriemaschinen usw., ausgeschlossen. Ebenfalls zu dieser Abteilung gehören Einheiten, deren Tätigkeit überwiegend im Verkauf ausgestellter Waren an private Haushalte besteht, etwa von Personalcomputern, Papier- und Schreibwaren, Farben oder Holz, auch wenn diese Produkte nicht für den persönlichen Gebrauch oder für den Haushalt bestimmt sind. Die handelsübliche Behandlung, die z. B. Sortieren, Trennen, Zusammenstellen und Verpacken umfassen kann, tangiert nicht die Wesenseigenschaften einer Ware.

Diese Abteilung umfasst auch den Einzelhandel durch Handelsvertreter und Einzelhandelstätigkeiten von Auktionshäusern.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugteilen und -zubehör (s. Abteilung 45)
- Handel mit Getreide, Erzen, Rohöl, technischen Chemikalien, Eisen und Stahl sowie mit Industriemaschinen und Ausrüstungen usw. (s. Abteilung 46)
- Verkauf von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen für den alsbaldigen Verzehr (s. Abteilung 56)
- Vermietung von Gebrauchsgütern (s. Gruppe 77.2)



### **47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel (in Verkaufsräumen) mit einem breit gefächerten Warensortiment in derselben Einheit, etwa in Supermärkten oder Kaufhäusern.

#### **47.11 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren**

##### **47.11.1 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Waren aus dem Sortiment von 5 oder mehr Klassen der Gruppen 47.2 bis 47.7 (ohne Klasse 47.79), wobei der Anteil an der Wertschöpfung oder einer geeigneten Ersatzgröße jeweils unter 50 % jedoch über 5 % liegt. Der Anteil von Waren aus dem Sortiment der Gruppe 47.2 muss 70 % oder mehr betragen

##### **47.11.2 Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Waren aus dem Sortiment von 5 oder mehr Klassen der Gruppen 47.2 bis 47.7 (ohne Klasse 47.79), wobei der Anteil an der Wertschöpfung oder einer geeigneten Ersatzgröße jeweils unter 50 %, jedoch über 5 % liegt. Der Anteil von Waren aus dem Sortiment der Gruppe 47.2 muss mindestens 35 %, jedoch weniger als 70 % betragen

#### **47.19 Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art**

##### **47.19.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Waren aus dem Sortiment von 5 oder mehr Klassen der Gruppen 47.3 bis 47.7 (ohne Klasse 47.79), wobei der Anteil an der Wertschöpfung oder einer geeigneten Ersatzgröße jeweils unter 50 %, jedoch über 5 % liegt. Das Gesamtsortiment darf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Gruppe 47.2) nicht enthalten

##### **47.19.2 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Nahrungsmittel**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Waren aus dem Sortiment von 5 oder mehr Klassen der Gruppen 47.2 bis 47.7 (ohne Klasse 47.79), wobei der Anteil an der Wertschöpfung oder einer geeigneten Ersatzgröße jeweils unter 50 %, jedoch über 5 % liegt. Der Anteil von Waren aus dem Sortiment der Gruppe 47.2 muss weniger als 35 % betragen

**47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)**

**47.21 Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln**

**47.21.0 Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit frischem Obst und Gemüse und frischen Kartoffeln
- Einzelhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse und zubereiteten und konservierten Kartoffeln

**47.22 Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren**

**47.22.0 Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren**

**47.23 Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen**

**47.23.0 Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen**

**47.24 Einzelhandel mit Back- und Süßwaren**

**47.24.0 Einzelhandel mit Back- und Süßwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwaren, kandierten Früchten
- Einzelhandel mit Speiseeis
- Einzelhandel mit süßen und salzigen Dauerbackwaren und Knabberartikeln
- Einzelhandel mit sonstigen Backwaren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verkauf von Speiseeis durch Eiscafés, Eisverkaufswagen oder -stände zum sofortigen Verzehr (s. 56.10.5)

**47.25 Einzelhandel mit Getränken**

**47.25.0 Einzelhandel mit Getränken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Bier, Wein, Sekt, Spirituosen u. a. alkoholhaltigen Getränken
- Einzelhandel mit alkoholfreien Getränken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verkauf von Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle (s. Gruppe 56.3)

**47.26 Einzelhandel mit Tabakwaren**

**47.26.0 Einzelhandel mit Tabakwaren**

**47.29 Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln**

**47.29.0 Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten
- Einzelhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen
- Einzelhandel mit Konfitüren u. a. Brotaufstrichen
- Einzelhandel mit sonstigen, anderweitig nicht genannten Nahrungsmitteln

**47.3 Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)**

**47.30 Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)**

**47.30.1 Einzelhandel in fremdem Namen mit Motorenkraftstoffen (Agenturtankstellen)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Fahrzeugkraftstoffen durch Agenturtankstellen
- Einzelhandel mit Schmierstoffen und Kühlmitteln für Kraftfahrzeuge durch Agenturtankstellen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Kraftstoffen (s. 46.71.2)
- Einzelhandel mit Flaschengas für den Haushalt (s. 47.78.9)

**47.30.2 Einzelhandel in eigenem Namen mit Motorenkraftstoffen (Freie Tankstellen)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Fahrzeugkraftstoffen durch Freie Tankstellen
- Einzelhandel mit Schmierstoffen und Kühlmitteln für Kraftfahrzeuge durch Freie Tankstellen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Großhandel mit Kraftstoffen (s. 46.71.2)
- Einzelhandel mit Flaschengas für den Haushalt (s. 47.78.9)

**47.4 Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik  
(in Verkaufsräumen)**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), wie Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte, Telekommunikationsgeräte und Geräten der Unterhaltungselektronik.

**47.41 Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software**

**47.41.0 Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit PCs, Notebooks u. a. Datenverarbeitungsgeräten
- Einzelhandel mit Computerbildschirmen, Computertastaturen, Computerdruckern u. a. peripheren Geräten
- Einzelhandel mit Videospielkonsolen
- Einzelhandel mit Standardsoftware, einschließlich Videospielen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit unbespielten Ton- und Bildträgern (s. 47.63.0)

**47.42 Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten**

**47.42.0 Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten**

**47.43 Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik**

**47.43.0 Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Rundfunk- und phonotechnischen Geräten, CD-Playern, DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräten und Zubehör dafür

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern (s. 47.63.0)

### **47.5 Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel mit Haushaltsartikeln wie Textilien, Metallwaren, Teppichen, Elektrogeräten oder Möbeln.

#### **47.51 Einzelhandel mit Textilien**

##### **47.51.0 Einzelhandel mit Textilien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Dekorations- und Möbelstoffen, dekorativen Decken und Kissen, Stuhl- und Sesselauflegen u. Ä.
- Einzelhandel mit Matratzen, Steppdecken u. a. Bettdecken, Kopfkissen u. a. Bettwaren
- Einzelhandel mit Haus- und Tischwäsche, z. B. Hand-, Bade- und Geschirrtücher, Tischdecken, Stoffservietten, Bettwäsche
- Einzelhandel mit Kurzwaren, z. B. Nähnadeln, handelsfertig aufgemachte Näh-, Stopf- und Handarbeitsgarne, Knöpfe, Reißverschlüsse
- Einzelhandel mit Ausgangsmaterial für Handarbeiten zur Herstellung von Teppichen und Stickereien

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Vorhängen und Bodenbelägen (s. 47.53.0)
- Einzelhandel mit Bekleidung (s. 47.71.0)

#### **47.52 Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf**

##### **47.52.1 Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Metallkurzwaren und Kleiseisenwaren
- Einzelhandel mit Bauelementen aus Metall und Kunststoff, z. B. Fenster, Türen, Tore, Treppen, Rollläden, Geländer
- Einzelhandel mit Werkzeugen
- Einzelhandel mit Rasenmähern

##### **47.52.3 Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Farben und Lacken
- Einzelhandel mit Flachglas
- Einzelhandel mit sonstigem Baumaterial wie Mauersteinen, Holz und Sanitärbedarf
- Einzelhandel mit Heimwerkerbedarf
- Einzelhandel mit Saunas

**47.53 Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten**

**47.53.0 Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Teppichen, Brücken und Läufern
- Einzelhandel mit Vorhängen und Gardinen
- Einzelhandel mit Tapeten und Fußbodenbelägen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Bodenplatten aus Kork (s. 47.52.3)

**47.54 Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten**

**47.54.0 Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit elektrischen Wasch-, Bügel- und Geschirrspülmaschinen, Kühl- und Gefrierschränken und -truhen, Staubsaugern, Nähmaschinen usw. für den Haushalt
- Einzelhandel mit elektrischen Brotschneidemaschinen, Dosenöffnern usw. für den Haushalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik (s. 47.43.0)

**47.59 Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat**

**47.59.1 Einzelhandel mit Wohnmöbeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Wohnmöbeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Antiquitäten (s. 47.79.1)

**47.59.2 Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Tafelgeschirr und Ziergegenständen aus Keramik und Glas für den Haushalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Antiquitäten (s. 47.79.1)

### **47.59.3 Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Noten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Antiquitäten (s. 47.79.1)

### **47.59.9 Einzelhandel mit Haushaltsgegenständen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Lampen und Leuchten
- Einzelhandel mit Hausrat aus Holz, Metall und Kunststoff, z. B. Besteck und Tafelgeräte, Koch- und Bratgeschirr, nicht elektrische Haushaltsgeräte
- Einzelhandel mit Holz-, Kork-, Korb- und Flechtwaren
- Einzelhandel mit Sicherheitssystemen wie Verriegelungseinrichtungen und Tresoren, ohne Installation oder Wartung
- Einzelhandel mit Haushaltsartikeln und Einrichtungsgegenständen a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Antiquitäten (s. 47.79.1)

### **47.6 Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel mit Waren für kulturelle und Freizeitaktivitäten, wie Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Musik- und Videoaufnahmen, Sportausrüstung und Spielwaren.

#### **47.61 Einzelhandel mit Büchern**

##### **47.61.0 Einzelhandel mit Büchern**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit gebrauchten oder antiquarischen Büchern (s. 47.79.2)

#### **47.62 Einzelhandel mit Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf**

##### **47.62.1 Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen**

##### **47.62.2 Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Füllfederhaltern, Kugelschreibern, Blei- und Farbstiften, Papier und anderem Schreib- und Büromaterial

**47.63 Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern**

**47.63.0 Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit bespielten Tonbändern, Compact Discs und Musikkassetten
- Einzelhandel mit Videobändern und DVDs
- Einzelhandel mit unbespielten Ton- und Bildträgern

**47.64 Einzelhandel mit Fahrrädern, Sport- und Campingartikeln**

**47.64.1 Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör**

**47.64.2 Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln, Anglerbedarf und Booten

**47.65 Einzelhandel mit Spielwaren**

**47.65.0 Einzelhandel mit Spielwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Spielen und Spielwaren, einschließlich Spielfahrzeuge und Musikspielwaren
- Einzelhandel mit Bastelsätzen für den Modellbau

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Videospielkonsolen (s. 47.41.0)
- Einzelhandel mit Standardsoftware, einschließlich Videospielen (s. 47.41.0)



### **47.7 Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel mit bestimmten Produktsortimenten, die in anderen Teilen der Klassifikation nicht genannt sind, wie etwa Bekleidung, Schuhe und Lederwaren, pharmazeutische Erzeugnisse und medizinische Hilfsmittel, Uhren, Andenken, Reinigungsmittel, Waffen, Blumen, Haustiere und dergleichen. Ebenfalls eingeschlossen ist der Einzelhandel mit Gebrauchsgütern.

### **47.71 Einzelhandel mit Bekleidung**

#### **47.71.0 Einzelhandel mit Bekleidung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Oberbekleidung und Wäsche
- Einzelhandel mit Gürteln, Hosenträgern, Handschuhen, Krawatten, Schals, Tüchern
- Einzelhandel mit Pelzwaren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Textilien (s. 47.51.0)

### **47.72 Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren**

#### **47.72.1 Einzelhandel mit Schuhen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Schuhen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit speziellen Sportschuhen, z. B. Skischuhen (s. 47.64.2)

#### **47.72.2 Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Taschen, Koffern, Mappen, Geldbörsen, Reisenecessaires, Etais u. Ä.

### **47.73 Apotheken**

#### **47.73.0 Apotheken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Arzneimitteln

**47.74 Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln**

**47.74.0 Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit medizinischen Geräten und Hilfsmitteln, Inkontinenzartikeln u. a. Kranken- und Altenpflegeartikeln, orthopädischen Hilfsmitteln, Krankenfahrstühlen u. Ä.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit Arzneimitteln (s. 47.73.0)
- Tätigkeit von Augenoptikern (s. 47.78.1)

**47.75 Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln**

**47.75.0 Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Feinseifen, Duftwasser, Parfüms, Make-up, Mund- und Haarpflegemitteln, Rasiermitteln u. Ä.
- Einzelhandel mit Hygieneartikeln, z. B. Kondome und Binden

**47.76 Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien, Düngemitteln, zoologischem Bedarf und lebenden Tieren**

**47.76.1 Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln**

**47.76.2 Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit lebenden Heim- und Kleintieren, Tieren für Aquarien und Terrarien
- Einzelhandel mit Futtermitteln für Haustiere
- Einzelhandel mit zoologischen Gebrauchsartikeln

**47.77 Einzelhandel mit Uhren und Schmuck**

**47.77.0 Einzelhandel mit Uhren und Schmuck**

**47.78 Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)**

**47.78.1 Augenoptiker**

### **47.78.2 Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Foto-, Kino- und Projektionsgeräten und Zubehör dafür
- Einzelhandel mit optischen Erzeugnissen, z. B. Lupen, Ferngläser, Mikroskope
- Einzelhandel mit feinmechanischen Mess- und Prüfinstrumenten u. Ä.

### **47.78.3 Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Andenken, kunstgewerblichen Erzeugnissen und Devotionalien
- Einzelhandel mit Sammlerbriefmarken und -münzen
- Einzelhandelsleistungen kommerzieller Kunstgalerien

### **47.78.9 Sonstiger Einzelhandel a. n. g. (in Verkaufsräumen)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Heizöl, Flaschengas, Kohle und Holz
- Einzelhandel mit Waffen und Munition
- Einzelhandel mit Non-Food-Waren a. n. g.

### **47.79 Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren**

#### **47.79.1 Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen
- Tätigkeiten von Auktionshäusern für Antiquitäten und antike Teppiche (Einzelhandel in Verkaufsräumen)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel (einschließlich Auktionen und im Internet) mit gebrauchten Kraftwagen (s. Gruppe 45.1)
- Internet-Auktionen und sonstige Auktionen nicht in Verkaufsräumen (Einzelhandel) (s. 47.91.1 bis .9, 47.99.9)
- Tätigkeiten von Leihhäusern (s. 64.92.2)

#### **47.79.2 Antiquariate**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit gebrauchten Büchern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Internet-Auktionen und sonstige Auktionen nicht in Verkaufsräumen (Einzelhandel) (s. 47.91.1 bis .9, 47.99.9)
- Tätigkeiten von Leihhäusern (s. 64.92.2)

**47.79.9 Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel (einschließlich Auktionen und im Internet) mit gebrauchten Kraftwagen (s. Gruppe 45.1)
- Internet-Auktionen und sonstige Auktionen nicht in Verkaufsräumen (Einzelhandel) (s. 47.91.1 bis .9, 47.99.9)
- Tätigkeiten von Leihhäusern (s. 64.92.2)

**47.8 Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten**

Diese Gruppe umfasst den Einzelhandel mit Neu- oder Gebrauchtwaren aller Art an meist beweglichen Ständen entweder auf öffentlichen Straßen oder auf festen Marktplätzen.

**47.81 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten**

**47.81.0 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel mit zubereiteten Nahrungsmitteln für den sofortigen Verzehr (z. B. mobile Imbissstände) (s. 56.10.3)

**47.82 Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten**

**47.82.0 Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten**

**47.89 Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten**

**47.89.0 Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit sonstigen Waren an Verkaufsständen und auf Märkten, z. B.:
  - Teppiche, Brücken und Läufer
  - Bücher
  - Spiele und Spielwaren
  - Haushaltsgерäte und Geräte der Unterhaltungselektronik
  - Musik- und Videoaufnahmen

### **47.9 Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten**

Diese Gruppe umfasst Einzelhandelstätigkeiten von Versandhäusern, über das Internet, im Haustürverkauf, Automatenverkauf usw.

#### **47.91 Versand- und Internet-Einzelhandel**

##### **47.91.1 Versand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren**

Diese Unterklasse umfasst Einzelhandelstätigkeiten des Versandhandels mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, auch unter Einsatz des Internets. Dabei trifft der Käufer seine Wahl anhand von Anzeigen, Katalogen, Informationen auf Webseiten, Mustern oder anderen Werbemitteln. Die Bestellung erfolgt per Post, per Telefax, telefonisch oder über das Internet (in der Regel mithilfe besonderer Einrichtungen auf einer Webseite).

- Direktverkauf über Fernsehen, Hörfunk und Telefon
- Internet-Auktionen (Einzelhandel)

##### **47.91.9 Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel**

Diese Unterklasse umfasst Einzelhandelstätigkeiten des Versandhandels mit anderen Waren als Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, auch unter Einsatz des Internets. Dabei trifft der Käufer seine Wahl anhand von Anzeigen, Katalogen, Informationen auf Webseiten, Mustern oder anderen Werbemitteln. Die Bestellung erfolgt per Post, per Telefax, telefonisch oder über das Internet (in der Regel mithilfe besonderer Einrichtungen auf einer Webseite). Die erworbenen Produkte können entweder direkt aus dem Internet heruntergeladen oder physisch an den Kunden ausgeliefert werden.

- Direktverkauf über Fernsehen, Hörfunk und Telefon
- Internet-Auktionen (Einzelhandel)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einzelhandel (einschließlich Auktionen) mit Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugteilen und -zubehör über das Internet (s. 45.1, 45.3)
- Einzelhandel (einschließlich Auktionen) mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör über das Internet (s. 45.40.0)

**47.99      Sonstiger Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten**

**47.99.1    Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Direktverkauf von Brennstoffen (Heizöl, Brennholz usw.), die an die Kunden ausgeliefert werden

**47.99.9    Sonstiger Einzelhandel a. n. g. (nicht in Verkaufsräumen)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einzelhandel mit Waren aller Art und in allen Vertriebsformen a. n. g.:
  - Direktverkauf (außer von Brennstoffen) vom Lager
  - Haustürverkauf
  - Automatenverkauf usw.
- Auktionen nicht in Verkaufsräumen (Einzelhandel, ausgenommen Internet)
- Einzelhandel durch Handelsvertreter (nicht in Verkaufsräumen)

### **H      Verkehr und Lagerei**

Dieser Abschnitt umfasst die Personen- und Güterbeförderung im Linien- oder Gelegenheitsverkehr auf Schienen, in Rohrfernleitungen, auf der Straße, zu Wasser und in der Luft sowie damit verbundene Tätigkeiten wie Betrieb von Bahnhöfen, Häfen und Flughäfen, Parkplätzen und Parkhäusern sowie Frachtumschlag, Lagerei usw. Einschlossen sind auch die Vermietung von Fahrzeugen mit Fahrer oder Bedienungspersonal sowie Post-, Kurier- und Expressdienste.

#### **49      Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen**

Diese Abteilung umfasst die Beförderung von Personen und Gütern auf Straßen und Schienen sowie von Gütern in Rohrfernleitungen.

##### **49.1      Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr**

##### **49.10      Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr**

##### **49.10.0      Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr**

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung im Schienenfernverkehr
- Betrieb von Schlafwagen und Speisewagen als Teil der Tätigkeit eines Bahnunternehmens

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Personenbeförderungsleistungen im Orts- und Nahverkehr (s. 49.31.0)*
- *Betrieb von Eisenbahninfrastrukturen und damit verbundene Tätigkeiten wie Weichenstellen und Rangieren (s. 52.21.3)*
- *Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr (s. 52.21.4)*
- *Betrieb von Schlafwagen und Speisewagen durch eigenständige Unternehmen (s. 55.90.9 und 56.10.1 bis .3)*

##### **49.2      Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr**

##### **49.20      Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr**

##### **49.20.0      Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr**

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterbeförderung mit Schienenfahrzeugen auf Hauptverkehrsstrecken und auf Nebenstrecken des Frachtverkehrs

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Lagerei (s. 52.10.0)*
- *Betrieb von Eisenbahninfrastrukturen und damit verbundene Tätigkeiten wie Weichenstellen und Rangieren (s. 52.21.3)*
- *Betrieb von Abfertigungseinrichtungen für den Frachtumschlag (s. 52.21.5)*
- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*

### **49.3 Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr**

Diese Gruppe umfasst alle Tätigkeiten zur Personenbeförderung zu Lande außer der Beförderung im Eisenbahnfernverkehr.

### **49.31 Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)**

#### **49.31.0 Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung im Orts- und Nahverkehr zu Lande. Verschiedene Verkehrsmittel können zum Einsatz kommen, z. B. Omnibusse, Straßenbahnen, Oberleitungsbusse, U-Bahnen, Hochbahnen, Nahverkehrszüge usw. Die Beförderung erfolgt auf festgelegten Strecken, meistens nach festem Fahrplan, wobei die Fahrgäste an meist festen Haltestellen zu- oder aussteigen können.
- Flughafen- oder Bahnhofszubringerlinien
- Betrieb von Zahnrad- und Seilbahnen usw., soweit diese Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen sind

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Personenbeförderung im Schienenfernverkehr (s. 49.10.0)*
- *Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr (s. 52.21.4)*

### **49.32 Betrieb von Taxis**

#### **49.32.0 Betrieb von Taxis**

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung mit Taxis
- Pkw-Vermietung mit Fahrer

### **49.39 Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.**

#### **49.39.1 Personenbeförderung im Omnibus-Linienfernverkehr**

Diese Unterklasse umfasst:

- linienmäßigen Omnibusfernverkehr
- Flughafen-Shuttles

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Flughafenzubringerlinien im Nahverkehr (s. 49.31.0)*



### 49.39.2 Personenbeförderung im Omnibus-Gelegenheitsverkehr

Diese Unterklasse umfasst:

- Charter- und Ausflugsverkehr mit Omnibussen

### 49.39.9 Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- sonstige Personenbeförderung im Landverkehr:
  - Betrieb von Standseilbahnen, Seilschwebbahnen und Skiliften, soweit diese nicht Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen sind
  - Betrieb von Schulbussen und von Bussen im Werksverkehr
  - Personenbeförderung mit von Menschen oder Tieren gezogenen Fahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Rettungsdienste und Krankentransport (s. 86.90.9)

### 49.4 Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte

#### 49.41 Güterbeförderung im Straßenverkehr

##### 49.41.0 Güterbeförderung im Straßenverkehr

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterbeförderung im Straßenverkehr:
  - Holztransport
  - Viehtransport
  - Kühlwagentransport
  - Schwertransport
  - Gefahrguttransport
  - Tankwagentransport einschl. Milchsammlung, Transport mit Silofahrzeugen
  - Transport von Kraftwagen
  - Transport von Abfällen und Abfallstoffen (jedoch nicht deren Sammlung und Beseitigung)
- Lkw-Vermietung mit Fahrer
- Güterbeförderung mit von Menschen oder Tieren gezogenen Fahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Transport von Stämmen im Wald im Rahmen der Holzfällerei (s. 02.40.0)
- Verteilung von Wasser durch Lastkraftwagen (s. 36.00.3)
- Abfalltransport als integraler Bestandteil der Abfallsammlung (s. 38.11.0 und 38.12.0)
- Umzugstransporte (s. 49.42.0)
- Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (s. 52.21.5)
- Verpacken im Hinblick auf den Transport (s. 52.29.1)
- Post-, Kurier- und Expressdienste (s. 53.20.0)

**49.42 Umzugstransporte**

**49.42.0 Umzugstransporte**

Diese Unterklasse umfasst:

- Umzugsdienstleistungen für Unternehmen und Haushalte im Straßenverkehr

**49.5 Transport in Rohrfernleitungen**

**49.50 Transport in Rohrfernleitungen**

**49.50.0 Transport in Rohrfernleitungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Transport von Gasen, Flüssigkeiten, Schlämmen und anderen Gütern in Rohrfernleitungen
- Betrieb von Pumpstationen für Rohrfernleitungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verteilung von Erd- oder Stadtgas, Dampf oder Wasser (s. 35.22.0, 35.30.0, 36.00.3)
- Transport von Flüssigkeiten mit Lastkraftwagen (s. 49.41.0)

### 50 Schifffahrt

Diese Abteilung umfasst die Personen- und Güterbeförderung zu Wasser im Linien- oder Gelegenheitsverkehr. Ebenso enthalten ist der Betrieb von Schlepp- und Schubschiffen, Ausflugs- und Kreuzfahrtschiffen, Fähren, Wassertaxis usw. Zwar lässt der Einsatzort Rückschlüsse auf die Unterscheidung zwischen See-/Küstenschifffahrt einerseits und Binnenschifffahrt andererseits zu, doch ausschlaggebend ist letztlich die Art des eingesetzten Wasserfahrzeugs. Die Beförderung auf Seeschiffen ist in die Gruppen 50.1 und 50.2 eingeordnet, der Transport mit anderen Schiffen hingegen in die Gruppen 50.3 und 50.4.

#### 50.1 Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt

Diese Gruppe umfasst die Beförderung von Passagieren auf Wasserfahrzeugen, die für den Einsatz auf hoher See oder in Küstengewässern konstruiert wurden. Eingeschlossen ist auch die Personenbeförderung auf großen Seen usw., falls ähnliche Wasserfahrzeuge zum Einsatz kommen.

#### 50.10 Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt

##### 50.10.0 Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt, im Linien- oder Gelegenheitsverkehr:
  - Betrieb von Ausflugs- und Kreuzfahrtschiffen
  - Betrieb von Fähren, Wassertaxis usw.
- Vermietung von Vergnügungsschiffen mit Besatzung für den See- und Küstenverkehr (z. B. für Angeltouren)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Restaurants und Bars an Bord von Schiffen, falls dieser durch eigenständige Unternehmen erfolgt (s. 56.10.1 bis .3 und 56.30.3)*
- *Vermietung von Vergnügungsschiffen und Yachten ohne Besatzung (s. 77.21.0)*
- *Betrieb von "schwimmenden Casinos" (s. 92.00.2)*

**50.2 Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt**

Diese Gruppe umfasst die Beförderung von Gütern auf Wasserfahrzeugen, die für den Einsatz auf hoher See oder in Küstengewässern konstruiert wurden. Eingeschlossen ist auch die Güterbeförderung auf großen Seen usw., falls ähnliche Wasserfahrzeuge zum Einsatz kommen.

**50.20 Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt**

**50.20.0 Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt, im Linien- oder Gelegenheitsverkehr
- Betrieb von Schlepp- und Schubschiffen, Bohrinseln usw. auf hoher See oder in Küstengewässern
- Vermietung von Schiffen mit Besatzung für die Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Lagerei (s. 52.10.0)*
- *Hafenbetrieb und sonstige Hilfstätigkeiten wie Docken, Lotsendienst, Leichtertransport, Bergung von Schiffen, einschließlich damit verbundener Schleppdienste (s. 52.22.2 bis .9)*
- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Vermietung von Handelsschiffen ohne Besatzung (s. 77.34.0)*

**50.3 Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt**

Diese Gruppe umfasst die Beförderung von Passagieren auf Binnengewässern mit Wasserfahrzeugen, die nicht für die See- und Küstenschifffahrt konstruiert wurden.

**50.30 Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt**

**50.30.0 Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung auf Flüssen, Kanälen, Seen und anderen Binnengewässern sowie innerhalb von Häfen
- Vermietung von Vergnügungsschiffen mit Besatzung in der Binnenschifffahrt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Vergnügungsschiffen und Yachten ohne Besatzung (s. 77.21.0)*

### 50.4 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt

Diese Gruppe umfasst die Beförderung von Gütern auf Binnengewässern mit Wasserfahrzeugen, die nicht für die See- und Küstenschifffahrt konstruiert wurden.

#### 50.40 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt

##### 50.40.0 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterbeförderung auf Flüssen, Kanälen, Seen und anderen Binnengewässern sowie innerhalb von Häfen
- Betrieb von Schlepp- und Schubschiffen auf Binnengewässern
- Vermietung von Schiffen mit Besatzung für die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Bergung, einschließlich damit verbundener Schleppdienste (s. 52.22.9)*
- *Vermietung von Handelsschiffen ohne Besatzung (s. 77.34.0)*

## **51 Luftfahrt**

Diese Abteilung umfasst die Personen- und Güterbeförderung in der Luft- und Raumfahrt.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft mit Flugzeugen (s. 01.61.0)
- Instandhaltung und Reparatur von Flugzeugen, Flugzeugmotoren und Triebwerken (s. 33.16.0)
- Betrieb von Flughäfen (s. 52.23.1)
- Platzierung von Luftwerbung (s. 73.11.0)
- Luftbildfotografie (s. 74.20.1)

### **51.1 Personenbeförderung in der Luftfahrt**

#### **51.10 Personenbeförderung in der Luftfahrt**

##### **51.10.0 Personenbeförderung in der Luftfahrt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Personenbeförderung im Linienflugverkehr
- Personenbeförderung im Charterflugverkehr
- Durchführung von Rundflügen
- Betrieb von Lufttaxis
- Vermietung von Luftfahrzeugen zur Personenbeförderung mit Besatzung
- Durchführung von Vergnügungs- oder Unterrichtsflügen, die von Luftsportvereinen durchgeführt werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Luftfahrzeugen ohne Besatzung (s. 77.35.0)

### **51.2 Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport**

#### **51.21 Güterbeförderung in der Luftfahrt**

##### **51.21.0 Güterbeförderung in der Luftfahrt**

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterbeförderung im Linienflugverkehr
- Güterbeförderung im Gelegenheitsflugverkehr
- Vermietung von Luftfahrzeugen zur Güterbeförderung mit Besatzung

### **51.22 Raumtransport**

#### **51.22.0 Raumtransport**

Diese Unterklasse umfasst:

- Starten von Satelliten und Raumfahrzeugen
- Personen- und Güterbeförderung in der Raumfahrt

### **52 Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr**

Diese Abteilung umfasst die Lagerei sowie die Erbringung von anderen Dienstleistungen für den Verkehr, wie den Betrieb von Verkehrsinfrastrukturen (z. B. Flughäfen, Häfen, Tunnel, Brücken usw.), die Verkehrsvermittlung und den Frachtumschlag.

#### **52.1 Lagerei**

#### **52.10 Lagerei**

##### **52.10.0 Lagerei**

Diese Unterklasse umfasst:

– Betrieb von Lagereinrichtungen für alle Arten von Gütern:

- Kühlhäuser
- Getreidesilos, Lagerhäuser, Lagertanks usw.
- Freilager
- Schockgefrieren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Parkplätzen und Parkhäusern (s. 52.21.1)*
- *Betrieb von Selbsteinlagerungssystemen (s. 68.20.2)*
- *Vermietung von Lagerraum (s. 68.20.2)*

### **52.2 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr**

Diese Gruppe umfasst Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen oder Gütern wie z. B. den Betrieb von Teilen der Verkehrsinfrastruktur oder Tätigkeiten im Frachtumschlag unmittelbar vor oder nach der Beförderung oder zwischen einzelnen Verkehrsabschnitten. Der Betrieb und die Wartung sämtlicher Verkehrseinrichtungen sind eingeschlossen.

#### **52.21 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr**

##### **52.21.1 Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Parkplätzen und Parkhäusern, Fahrradstellplätzen

##### **52.21.2 Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Straßen, Brücken, Tunneln

### **52.21.3 Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Eisenbahninfrastrukturen und damit verbundene Tätigkeiten wie Weichenstellen und Rangieren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr (s. 52.21.4)*

### **52.21.4 Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Abfertigungseinrichtungen für den Personenverkehr zu Lande, wie Bahnhöfe, Omnibusbahnhöfe

### **52.21.5 Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachtumschlag)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Abfertigungseinrichtungen für den Güterverkehr zu Lande, wie Güterumschlagsanlagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*

### **52.21.9 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterstützungstätigkeiten für die Beförderung von Personen, Tieren und Gütern zu Land:
- Betrieb von Winterstellplätzen für Wohnwagen
- Abschlepp- und Pannendienste
- Verflüssigung von Gas zu Transportzwecken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*

### **52.22 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt**

#### **52.22.1 Betrieb von Wasserstraßen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Kanälen, Schleusen, Schiffshebewerken usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Betrieb von Yachthäfen (s. 93.29.0)*



### 52.22.2 Betrieb von Häfen

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Abfertigungseinrichtungen wie Häfen und Anlegestellen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Betrieb von Yachthäfen (s. 93.29.0)*

### 52.22.3 Lotsinnen und Lotsen in der Schifffahrt

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterstützungstätigkeiten für die Beförderung von Personen, Tieren und Gütern zu Wasser:
- orts- und schifffahrtskundige Beratung an Bord von Wasserfahrzeugen von, zu und außerhalb der Häfen und über See
- Navigation in der Schifffahrt

### 52.22.9 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterstützungstätigkeiten für die Beförderung von Personen, Tieren und Gütern zu Wasser:
- Fest- und Losmachdienste
- Leichterverkehr und Bergung, einschließlich damit verbundener Schleppdienste
- Betrieb von Leuchttürmen
- Eisbrechen
- Schiffsregistrierung
- Auflegen und Lagern von Schiffen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Wasserstraßen (s. 52.22.1)*
- *Betrieb von Häfen (s. 52.22.2)*
- *Lotsendienste (s. 52.22.3)*
- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Betrieb von Yachthäfen (s. 93.29.0)*

## **52.23 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt**

### **52.23.1 Betrieb von Flughäfen und Landeplätzen für Luftfahrzeuge**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterstützungstätigkeiten für die Beförderung von Personen, Tieren und Gütern in der Luft:
- Betrieb von Flugabfertigungseinrichtungen
- Flughafenkontrolle, Regelung und Überwachung des Flugverkehrs
- Bodendienste auf Flughäfen usw.
- Feuerwehren und Brandbekämpfungsdienste auf Flughäfen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Betrieb von Flugschulen (s. 85.32.0 und 85.53.0)*

### **52.23.9 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Schleppen von Luftfahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Frachtumschlag (s. 52.24.0)*
- *Betrieb von Flugschulen (s. 85.32.0 und 85.53.0)*

## **52.24 Frachtumschlag**

### **52.24.0 Frachtumschlag**

Diese Unterklasse umfasst:

- Be- und Entladen von Gütern und Gepäck unabhängig von der Art des benutzten Beförderungsmittels:
- Stauerei
- Containerumschlag
- sonstiger Frachtumschlag
- Reisegepäckumschlag an Flug- oder Bahnhöfen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen (s. 52.21.5, 52.22.2 und 52.23.1)*

### 52.29 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr a. n. g.

#### 52.29.1 Spedition

Diese Unterklasse umfasst:

- Güterversendungen
- Organisation von Beförderungsleistungen zu Land, zu Wasser oder in der Luft
- Sammel- und Einzelladungsverkehre (einschließlich Abholung, Auslieferung und Zusammenstellung von Sendungen)
- Ausstellung und Beschaffung von Transportdokumenten und Begleitpapieren
- Zollspedition
- Tätigkeiten von See- und Luftfrachtspeditionen
- Übernahme von Warenmanipulationen, z. B. Verpackung, Umpackung, Bemusterung, Wiegen der Güter

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Güterbeförderung (s. Abteilungen 49 bis 51)
- Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen (s. 52.21.5, 52.22.2 und 52.23.1)
- Frachtumschlag (s. 52.24.0)
- Kurierdienste (s. 53.20.0)
- Erbringung von Kraftfahrt-, See-, Luftfahrt- und anderen Transportversicherungsleistungen (s. 65.12.2)

#### 52.29.2 Schiffsmaklerbüros und -agenturen

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermittlung von Frachtkapazität im Seeverkehr

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Kurierdienste (s. 53.20.0)
- Erbringung von Kraftfahrt-, See-, Luftfahrt- und anderen Transportversicherungsleistungen (s. 65.12.2)

#### 52.29.9 Erbringung von Dienstleistungen für den Verkehr a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Luftfrachtagenturen:
- Vermittlung von Frachtkapazität im Luftverkehr

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Güterbeförderung (s. Abteilungen 49 bis 51)
- Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen (s. 52.21.5, 52.22.2 und 52.23.1)
- Frachtumschlag (s. 52.24.0)
- Kurierdienste (s. 53.20.0)
- Erbringung von Kraftfahrt-, See-, Luftfahrt- und anderen Transportversicherungsleistungen (s. 65.12.2)
- Tätigkeiten von Reisebüros (s. 79.11.0)
- Tätigkeiten von Reiseveranstaltern (s. 79.12.0)
- Touristische Unterstützungsleistungen (s. 79.90.0)

**53 Post-, Kurier- und Expressdienste**

Diese Abteilung umfasst Post-, Kurier- und Expressdienste wie die Abholung, Beförderung und Zustellung von Brief- und Paketpost nach verschiedenen Regelungen. Eingeschlossen sind auch lokale Liefer- und Botendienste.

**53.1 Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern**

**53.10 Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern**

**53.10.0 Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern**

Diese Unterklasse umfasst die Erbringung von Postdienstleistungen durch einen oder mehrere Postdienstleister, die gemäß einer Universaldienstverpflichtung von einem oder mehreren Universaldienstleistern durchgeführt werden. Hierzu zählt die Nutzung einer umfassenden Dienstleistungsinfrastruktur einschließlich Verkaufsstellen, Anlagen zum Sortieren und Verarbeiten sowie Abhol- und Zustellrouten. Die Zustellung kann Briefpost, also Briefe, Postkarten, Drucksachen (Zeitungen, Zeitschriften, Werbemittel usw.), Pakete, Päckchen, Güter oder Dokumente umfassen. Eingeschlossen sind auch Hilfsdienste, die für die Durchführung der Universaldienstverpflichtung benötigt werden.

Diese Unterklasse umfasst:

- Abholung, Sortierung, Beförderung und Zustellung (national oder international) von Briefpost, Päckchen und Paketen durch Postdienstleister, die auf der Grundlage einer Universaldienstverpflichtung arbeiten. Die Beförderung kann auf verschiedene Art und sowohl mit eigenen Fahrzeugen als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen.
- Einsammeln von Brief- und Paketpost aus öffentlichen Briefkästen bzw. bei Postfilialen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Postgiro- und Postsparkassendienste sowie Zahlungsanweisungsdienste (s. 64.19.2)*

**53.2 Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste**

**53.20 Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste**

**53.20.0 Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste**

Diese Unterklasse umfasst:

- Abholung, Sortierung, Beförderung und Zustellung (national oder international) von Briefpost, Päckchen und Paketen durch Unternehmen, die nicht auf der Grundlage einer Universaldienstverpflichtung arbeiten. Die Beförderung kann auf verschiedene Art und sowohl mit eigenen Fahrzeugen als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen.
- Zustelldienste u. a. lokale Liefer- und Botendienste

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Beförderung von Gütern (s. Abteilungen 49 bis 51)*

### I Gastgewerbe

Dieser Abschnitt umfasst die kurzzeitige Gewährung von Unterkunft sowie die Bereitstellung von kompletten Mahlzeiten und von Getränken zum in der Regel sofortigen Verzehr. Art und Umfang von zusätzlichen Dienstleistungen können innerhalb dieses Abschnitts stark variieren.

Nicht eingeschlossen ist die langfristige Unterbringung am gewöhnlichen Wohnsitz, die unter das Grundstücks- und Wohnungswesen fällt (Abschnitt L). Nicht unter diesen Abschnitt fällt ferner die Zubereitung von Speisen oder Getränken, die entweder nicht zum sofortigen Verzehr geeignet sind oder über unabhängige Vertriebskanäle verkauft werden, d. h. durch den Groß- oder Einzelhandel. Die Zubereitung solcher Nahrungsmittel fällt unter Abschnitt C – Verarbeitendes Gewerbe.

#### 55 Beherbergung

Diese Abteilung umfasst die kurzzeitige Beherbergung von Besuchern und anderen Reisenden. Inbegriffen ist auch die längerfristige Unterbringung von Studenten, Berufstätigen und ähnlichen Personen. Einige Einheiten gewähren nur Unterkunft, während andere auch Mahlzeiten und/oder Freizeitaktivitäten anbieten.

##### 55.1 Hotels, Gasthöfe und Pensionen

##### 55.10 Hotels, Gasthöfe und Pensionen

##### 55.10.1 Hotels (ohne Hotels garnis)

Diese Unterklasse umfasst die meist kurzzeitige (tage- oder wochenweise) Beherbergung von Gästen. Sie umfasst die Unterbringung in jedermann zugänglichen möblierten Unterkünften wie Gästezimmern und Suiten. Die hier eingeordneten Einheiten bieten tägliches Bettenmachen und Reinigen der Zimmer, verfügen über ein – auch für Passanten zugängliches – Restaurant und bieten eine Reihe von zusätzlichen Dienstleistungen wie die Bereitstellung von Parkplätzen, Textilreinigung, Schwimmbädern, Trainings- und Erholungseinrichtungen, Versammlungs- und Konferenzräumen an.

Diese Unterklasse umfasst die Unterbringung in:

- Hotels
- Ferienhotels
- Suite-/Apartmenthotels
- Motels

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)*

### 55.10.2 Hotels garnis

Diese Unterklasse umfasst die meist kurzzeitige (tage- oder wochenweise) Beherbergung von Gästen. Sie umfasst die Unterbringung in jedermann zugänglichen möblierten Unterkünften wie Gästezimmern und Suiten. Die hier eingeordneten Einheiten bieten tägliches Bettenmachen und Reinigen der Zimmer, sowie ggf. eine Reihe von zusätzlichen Dienstleistungen wie die Bereitstellung von Parkplätzen, Textilreinigung, Schwimmbädern, Trainings- und Erholungseinrichtungen, Versamlungs- und Konferenzräumen an. Die hier zu klassifizierenden Einheiten verfügen nicht über ein Restaurant und bieten höchstens Frühstück an.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)

### 55.10.3 Gasthöfe

Diese Unterklasse umfasst die meist kurzzeitige (tage- oder wochenweise) Beherbergung von Gästen. Sie umfasst die Unterbringung in jedermann zugänglichen möblierten Unterkünften wie Gästezimmern. Die hier eingeordneten Einheiten bieten tägliches Bettenmachen und Reinigen der Zimmer an und verfügen neben dem – auch für Passanten zugänglichen – Gastraum in der Regel nicht über weitere Aufenthaltsräume.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)

### 55.10.4 Pensionen

Diese Unterklasse umfasst die meist kurzzeitige (tage- oder wochenweise) Beherbergung von Gästen. Sie umfasst die Unterbringung in jedermann zugänglichen möblierten Unterkünften wie Gästezimmern. Die hier eingeordneten Einheiten bieten tägliches Bettenmachen und Reinigen der Zimmer an und geben Speisen und Getränke nur an Hausgäste ab.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)

### 55.2 Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten

#### 55.20 Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten

Diese Klasse umfasst die meist kurzzeitige (tage- oder wochenweise) Beherbergung von Gästen in separaten Räumlichkeiten, die entweder aus vollständig möblierten Zimmern oder aus Wohn-, Ess- und Schlafräumen bestehen und mit Kochgelegenheiten oder vollständig ausgestatteten Küchen versehen sind. Dabei kann es sich um Wohnungen in kleinen mehrstöckigen Einzelgebäuden oder Gebäudekomplexen handeln, oder um eingeschossige Bungalows, Ferienhäuser und Hütten. Es werden bestenfalls minimale zusätzliche Dienstleistungen angeboten.

##### 55.20.1 Erholungs- und Ferienheime

Diese Unterklasse umfasst:

- Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen, z. B. Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Müttern, Kindern oder Betreuten sozialer Einrichtungen zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *kurzzeitige Beherbergung mit täglichem Reinigen und Bettenmachen (s. 55.10)*
- *Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)*

##### 55.20.2 Feriencentren

Diese Unterklasse umfasst:

- Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten (auch mit Kochgelegenheit), einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs sowie von Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen, z. B. Massageeinrichtungen, Solarium, Sauna, Frisör, und zur aktiven Freizeitgestaltung, z. B. Schwimmbad, Tennis, Tischtennis, Kleingolf, Trimm-Dich-Anlagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *kurzzeitige Beherbergung mit täglichem Reinigen und Bettenmachen (s. 55.10)*
- *Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)*

### 55.20.3 Ferienhäuser und Ferienwohnungen

Diese Unterklasse umfasst:

- Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nicht abgegeben werden, aber Kochgelegenheit vorhanden ist

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *kurzzeitige Beherbergung mit täglichem Reinigen und Bettenmachen (s. 55.10)*
- *Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)*

### 55.20.4 Jugendherbergen und Hütten

Diese Unterklasse umfasst:

- Beherbergungsstätten, mit in der Regel einfacher Ausstattung, vorzugsweise für Jugendliche oder Angehörige der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein), in denen Speisen und Getränke in der Regel nur an Hausgäste abgegeben werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *kurzzeitige Beherbergung mit täglichem Reinigen und Bettenmachen (s. 55.10)*
- *Betrieb von Schutzhütten oder einfachen Biwakeinrichtungen für das Aufstellen von Zelten oder das Ausbreiten von Schlafsäcken*
- *Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis (s. Abteilung 68)*

## 55.3 Campingplätze

### 55.30 Campingplätze

#### 55.30.0 Campingplätze

Diese Unterklasse umfasst:

- kurzzeitige Beherbergung auf Campingplätzen, Caravanparks und Freizeitcamps sowie Camps für Fischer und Jäger
- Bereitstellung von Stellplätzen und Einrichtungen für Wohnmobile
- Betrieb von Schutzhütten oder einfachen Biwakeinrichtungen für das Aufstellen von Zelten oder das Ausbreiten von Schlafsäcken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Winterstellplätzen für Wohnwagen (s. 52.21.9)*
- *Berghütten und Jugendherbergen (s. 55.20.4)*



### **55.9 Sonstige Beherbergungsstätten**

### **55.90 Sonstige Beherbergungsstätten**

#### **55.90.1 Privatquartiere**

Diese Unterklasse umfasst:

- Kleinbeherbergungsstätten mit weniger als 9 Betten, die für jedermann zugänglich sind und in denen Gäste zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt aufgenommen werden (auch als Bestandteil der Wohnung einer Privatvermieterin bzw. eines Privatvermieters)

#### **55.90.9 Sonstige Beherbergungsstätten a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst die vorübergehende oder längerfristige Unterbringung in Einzel- oder Gemeinschaftszimmern oder Schlafsälen für Studenten, Wanderarbeiter (Saisonarbeiter) und andere Personen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Wohnheime für Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler
- Schulschlafsäle
- Berufstätigenwohnheime
- Betrieb von Schlafwagen soweit von selbstständigen Einheiten ausgeführt

**56 Gastronomie**

Diese Abteilung umfasst die Bewirtung mit kompletten Mahlzeiten oder mit Getränken zum sofortigen oder alsbaldigen Verzehr. Dabei kann es sich um herkömmliche Restaurants, Selbstbedienungsrestaurants oder Restaurants handeln, die Speisen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen, unabhängig davon, ob diese fest oder mobil sind und über Sitzgelegenheiten verfügen oder nicht. Entscheidend ist die Tatsache, dass Mahlzeiten zum sofortigen Verzehr angeboten werden, und nicht die Art der Einrichtung, von der sie angeboten werden.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Herstellung von Mahlzeiten, die nicht zum sofortigen Verzehr geeignet oder bestimmt sind, oder von Nahrungsmitteln, die nicht als Mahlzeit angesehen werden (s. Abteilungen 10 und 11)
- Verkauf von nicht selbst zubereiteten Nahrungsmitteln, die nicht als Mahlzeit angesehen werden, oder von Mahlzeiten, die nicht zum sofortigen Verzehr geeignet sind (s. Abschnitt G)

**56.1 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.**

**56.10 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.**

Diese Klasse umfasst das Anbieten von Speisen an Kunden, die entweder im Sitzen bedient werden oder sich an einem Büfett selbst bedienen, unabhängig davon, ob sie die Speisen an Ort und Stelle verzehren, mitnehmen oder geliefert bekommen. Eingeschlossen sind die Zubereitung und das Servieren von Speisen zum sofortigen Verzehr aus Kraftfahrzeugen oder nicht motorisierten Wagen heraus.

**56.10.1 Restaurants mit herkömmlicher Bedienung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
- Betrieb von Restaurants mit herkömmlicher Bedienung in Verkehrsmitteln, soweit von selbstständigen Einheiten ausgeführt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Bewirtungsleistungen auf Lizenzbasis (s. 56.29.0)

**56.10.2 Restaurants mit Selbstbedienung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Selbstbedienungsrestaurants
- Betrieb von Restaurants mit Selbstbedienung in Verkehrsmitteln, soweit von selbstständigen Einheiten ausgeführt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Bewirtungsleistungen auf Lizenzbasis (s. 56.29.0)

### 56.10.3 Imbissstuben u. Ä.

Diese Unterklasse umfasst:

- Bewirtschaftungsstätten, die keine oder wenig Sitzgelegenheiten aufweisen und von denen ein eng begrenztes Sortiment von Speisen mit oder ohne Ausschank von Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen abgegeben wird:
- Würstchenstände u. ä. Fast-Food-Einrichtungen
- Imbissstuben, -ständen und -wagen
- Zubereitung von Speisen in Marktständen
- Betrieb von Imbissstuben u. Ä. in Verkehrsmitteln, soweit von selbstständigen Einheiten ausgeführt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Bewirtschaftungsleistungen auf Lizenzbasis (s. 56.29.0)

### 56.10.4 Cafés

Diese Unterklasse umfasst:

- Verkauf von Speisen, insbesondere von Konditoreierzeugnissen, im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle, sowie damit verbundener Verkauf von Getränken, unter Umständen auch mit begleitendem Unterhaltungsprogramm

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Bewirtschaftungsleistungen auf Lizenzbasis (s. 56.29.0)

### 56.10.5 Eissalons

Diese Unterklasse umfasst:

- Bewirtschaftungsstätten, von denen insbesondere Speiseeis sowie ein eng begrenztes Sortiment von Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle oder zum Mitnehmen abgegeben wird
- Betrieb von Eisverkaufswagen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Bewirtschaftungsleistungen auf Lizenzbasis (s. 56.29.0)

## **56.2 Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen**

Diese Gruppe umfasst Cateringleistungen für Einzelveranstaltungen oder einen bestimmten Zeitraum sowie Bewirtungsleistungen auf Lizenzbasis, z. B. in Sport- oder ähnlichen Anlagen. Die Speisen werden meist in einer Produktionszentrale zubereitet.

### **56.21 Event-Caterer**

#### **56.21.0 Event-Caterer**

Diese Unterklasse umfasst:

- vertraglich vereinbarte Verpflegungsdienstleistungen zu einem bestimmten Anlass an einem vom Kunden angegebenen Ort

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nicht haltbaren Nahrungsmitteln, die zum Wiederverkauf bestimmt sind (s. 10.89.0)
- Einzelhandel mit nicht haltbaren Nahrungsmitteln (s. Abteilung 47)

## **56.29 Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen**

### **56.29.0 Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- vertraglich vereinbarte Verpflegungsdienstleistungen für eine bestimmte Zeitdauer (z. B. für Verkehrsunternehmen)
- Bewirtungsleistungen auf Lizenzbasis in Sport- und ähnlichen Anlagen
- Betrieb von Kantinen (z. B. in Fabriken, Bürogebäuden, Krankenhäusern, Universitäten oder Schulen) auf Lizenzbasis

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von nicht haltbaren Nahrungsmitteln, die zum Wiederverkauf bestimmt sind (s. 10.89.0)
- Einzelhandel mit nicht haltbaren Nahrungsmitteln (s. Abteilung 47)

## **56.3 Ausschank von Getränken**

### **56.30 Ausschank von Getränken**

#### **56.30.1 Schankwirtschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bewirtungsstätten mit Ausschank von Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von verpackten / fertig zubereiteten Getränken (s. Abteilung 47)
- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Betrieb von Tanzdielen ohne Getränkeausschank (s. 93.29.0)

### 56.30.2 Diskotheken und Tanzlokale

Diese Unterklasse umfasst:

- Lokale mit Tanzmusik, verbunden mit Verkauf von Getränken, im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle, unter Umständen auch mit begleitendem Unterhaltungsprogramm

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von verpackten / fertig zubereiteten Getränken (s. Abteilung 47)
- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Betrieb von Tanzdielen ohne Getränkeausschank (s. 93.29.0)

### 56.30.3 Bars

Diese Unterklasse umfasst:

- Verkauf von Getränken, im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von verpackten / fertig zubereiteten Getränken (s. Abteilung 47)
- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Betrieb von Tanzdielen ohne Getränkeausschank (s. 93.29.0)

### 56.30.4 Vergnügungslokale

Diese Unterklasse umfasst:

- Verkauf von Getränken, im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle, mit begleitendem Unterhaltungsprogramm

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von verpackten / fertig zubereiteten Getränken (s. Abteilung 47)
- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Betrieb von Tanzdielen ohne Getränkeausschank (s. 93.29.0)

### 56.30.9 Sonstige getränkegeprägte Gastronomie

Diese Unterklasse umfasst:

- Zubereitung und Servieren von Getränken, im Allgemeinen zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle:
- Betrieb von mobilen Getränkeverkaufseinrichtungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von verpackten / fertig zubereiteten Getränken (s. Abteilung 47)
- Automatenverkauf (s. 47.99.9)
- Betrieb von Schankwirtschaften (s. 56.30.1)
- Betrieb von Diskotheken und Tanzlokale mit Getränkeausschank (s. 56.30.2)
- Betrieb von Bars (s. 56.30.3)
- Betrieb von Vergnügungslokalen (s. 56.30.4)
- Betrieb von Tanzdielen ohne Getränkeausschank (s. 93.29.0)

## **J Information und Kommunikation**

Dieser Abschnitt umfasst die Herstellung und den Vertrieb von Informations- und kulturellen Angeboten, die Bereitstellung der Mittel zur Übertragung und Verteilung dieser Produkte, einschließlich der Datenübertragung und zur Kommunikation, Tätigkeiten im Bereich der Informationstechnologie, die Verarbeitung von Daten und andere Informationsdienstleistungen.

Unter diesen Abschnitt fallen: das Verlagswesen, einschließlich des Verlegens von Software (Abteilung 58); die Herstellung von Filmen und von Tonaufnahmen sowie das Verlegen von Musik (Abteilung 59); die Herstellung und Ausstrahlung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen (Abteilung 60); die Telekommunikation (Abteilung 61); Dienstleistungen der Informationstechnologie (Abteilung 62) und sonstige Informationsdienstleistungen (Abteilung 63).

Zum Verlagswesen gehört auch der Erwerb von Eigentumsrechten an Inhalten (Informationsprodukten), die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, indem auf verschiedene Weise für ihre Vervielfältigung und Verbreitung gesorgt wird. Dieser Abschnitt umfasst alle möglichen Formen des Verlegens (in gedruckter, elektronischer oder Audioform, im Internet, als Multimediaprodukte wie Nachschlagewerke auf CD-ROM usw.).

Die Herstellung und der Vertrieb von Fernsehprogrammen umfassen die Abteilungen 59, 60 und 61, nach der jeweiligen Stufe in diesem Prozess. Einzelkomponenten wie Filme, Fernsehserien usw. sind in die Abteilung 59 eingegliedert, während die Herstellung ganzer Fernsehprogramme, ob aus Komponenten gemäß Abteilung 59 oder anderen Bestandteilen bestehend (z. B. Live-Nachrichtenprogramme), unter Abteilung 60 fällt. Ebenfalls unter Abteilung 60 fällt die Ausstrahlung der Programme durch den Produzenten. Die Verbreitung ganzer (d. h. inhaltlich unveränderter) Fernsehprogramme durch Dritte gehört in die Abteilung 61. Die Verbreitung gemäß Abteilung 61 kann durch Antennenausstrahlung, per Satellit oder über Kabel erfolgen.

### 58 Verlagswesen

Diese Abteilung umfasst das Verlegen von Büchern, Broschüren, Faltblättern, Prospekten und ähnlichen Druckerzeugnissen, Wörterbüchern und Enzyklopädien, Atlanten und anderen kartografischen Erzeugnissen, Zeitungen und Zeitschriften, Verzeichnissen und Adressenlisten sowie von Software. Diese Werke zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Schaffung eine schöpferische Leistung erfordert und sie meist urheberrechtlich geschützt sind.

Zum Verlagswesen gehört auch der Erwerb von Eigentumsrechten an Inhalten (Informationsprodukten), die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, indem auf verschiedene Weise für ihre Vervielfältigung und Verbreitung gesorgt wird. Dieser Abschnitt umfasst alle Formen des Verlegens (in gedruckter, elektronischer oder Audioform, im Internet, als Multimediaprodukte wie Nachschlagewerke auf CD-ROM usw.), außer dem Veröffentlichen von Filmen.

#### 58.1 Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)

Diese Gruppe umfasst das Verlegen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Verzeichnissen und Adressenlisten und anderen Werken wie Fotografien, Stiche, Postkarten, Fahrpläne, Formulare, Plakate, Poster und Reproduktionen von Kunstwerken.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Druckerzeugnissen (s. Gruppe 18.1)

#### 58.11 Verlegen von Büchern

##### 58.11.0 Verlegen von Büchern

Diese Unterklasse umfasst das Verlegen von Büchern in gedruckter oder elektronischer Form (als CD oder mit elektronischer Anzeigevorrichtung usw.), z. B. als Hörbücher oder im Internet.

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von Büchern, Broschüren, Faltblättern und ähnlichen Druckerzeugnissen einschließlich Wörterbüchern und Enzyklopädien
- Verlegen von Atlanten und anderen kartografischen Erzeugnissen
- Verlegen von Hörbüchern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Globen (s. 32.99.0)
- Verlegen von Werbematerial (s. 58.19.0)
- Musik- und Notenverlage (s. 59.20.3)
- selbstständige Autoren (s. 90.03.2)

**58.12 Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen**

**58.12.0 Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen**

Diese Unterklasse umfasst die Veröffentlichung von Verzeichnissen mit Fakten/Informationen (Dateien), deren Zusammensetzung, nicht jedoch deren Inhalt geschützt sind. Diese Verzeichnisse können in gedruckter oder elektronischer Form veröffentlicht werden.

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von Adressbüchern u. Ä.
- Verlegen von Telefonbüchern
- Verlegen sonstiger Verzeichnisse und Zusammenstellungen, wie z. B. Rechtsfallsammlungen, Arzneimittelkompendien usw.

**58.13 Verlegen von Zeitungen**

**58.13.0 Verlegen von Zeitungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von Zeitungen, einschließlich Werbezeitungen, die mindestens viermal pro Woche erscheinen. Diese können in gedruckter oder in elektronischer Form (einschließlich Internet) veröffentlicht werden.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von Korrespondenz- und Nachrichtenbüros (s. 63.91.0)*

**58.14 Verlegen von Zeitschriften**

**58.14.0 Verlegen von Zeitschriften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von Zeitschriften und anderen periodischen Druckschriften, die weniger als viermal wöchentlich erscheinen. Diese können in gedruckter oder elektronischer Form (einschließlich Internet) veröffentlicht werden. Hierzu zählt auch das Verlegen von Radio- und Fernsehprogrammzeitschriften.



### 58.19 Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)

#### 58.19.0 Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen (auch online) von:
  - Katalogen
  - Fotografien, Stichen und Postkarten
  - Grußkarten
  - Formularen
  - Plakaten, Postern und Reproduktionen von Kunstwerken
  - Werbematerial
  - sonstigen Druckerzeugnissen
- Online-Veröffentlichung von Statistiken und anderen Informationen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Werbezeitungen (s. 58.13.0)
- Online-Bereitstellung von Software zur Nutzung (Hosting von Anwendungen und Anwenderdiensten) (s. 63.11.0)

### 58.2 Verlegen von Software

#### 58.21 Verlegen von Computerspielen

##### 58.21.0 Verlegen von Computerspielen

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von Computerspielen für sämtliche Plattformen

#### 58.29 Verlegen von sonstiger Software

##### 58.29.0 Verlegen von sonstiger Software

Diese Unterklasse umfasst:

- Verlegen von (nichtkundenspezifischer) Standardsoftware einschließlich Übersetzung oder Anpassung solcher Software an einen bestimmten Markt auf eigene Rechnung:
  - Software für Betriebssysteme
  - berufliche und andere Anwendungssoftware

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vervielfältigung von Software (s. 18.20.0)
- Einzelhandel mit nicht kundenspezifischer Software (s. 47.41.0)
- Verlegen von Computerspielen (s. 58.21.0)
- Herstellung von Software ohne Verlegen (einschließlich Übersetzung oder Anpassung der Standardsoftware an einen bestimmten Markt im Lohnauftrag) (s. 62.01.9)
- Online-Bereitstellung von Software zur Nutzung (Hosting von Anwendungen und Anwenderdiensten) (s. 63.11.0)

**59 Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Spiel- und anderen Filmen, einschließlich Video- und DVD-Aufnahmen, zur direkten Vorführung (z. B. in Kinos) oder für Fernsehsendungen; Unterstützungstätigkeiten wie Filmmontage, Filmschnitt und Untertitelung usw.; den Verleih und Vertrieb von Filmen an andere Wirtschaftszweige, sowie die Filmvorführung. Eingeschlossen ist ebenfalls der Kauf und Verkauf von Filmrechten.

Diese Abteilung umfasst auch die Durchführung von Tonaufnahmen, d. h. Herstellung von Masteraufnahmen und die Veröffentlichung, Bewerbung und den Vertrieb von Tonaufnahmen, das Verlegen von Musik sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Tonaufnahme in oder außerhalb von Studios.

**59.1 Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos**

Diese Gruppe umfasst die Herstellung von Spiel- und anderen Filmen, auch auf Videobändern, DVDs und anderen Medien, einschließlich digitaler Verbreitung, zur direkten Vorführung (z. B. in Kinos) oder für Fernsehsendungen; Unterstützungstätigkeiten wie Filmmontage, -schnitt und Untertitelung usw.; den Verleih und Vertrieb von Filmen und anderen Filmprodukten (Videobänder, DVDs) an andere Wirtschaftszweige sowie die Filmvorführung. Eingeschlossen ist ebenfalls der Kauf und Verkauf von Filmrechten.

**59.11 Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen**

**59.11.0 Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung von Filmen, Videos und Fernsehprogrammen (Fernsehserien, Dokumentarfilme usw.) und Werbespots

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vervielfältigung von Filmen (außer Vervielfältigung von Kinofilmen zwecks Verleih an Kinos) sowie von Tonbändern, Videofilmen, CDs und DVDs anhand von Masterbändern (s. 18.20.0)
- Großhandel mit bespielten Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.43.3)
- Großhandel mit unbespielten Videobändern und unbeschriebenen CDs (s. 46.52.0)
- Einzelhandel mit Videobändern, CDs und DVDs (s. 47.63.0)
- Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik (s. 59.12.0)
- Ton- und Hörbuchaufnahmen (s. 59.20.1)
- Ausstrahlung von Fernsehprogrammen (s. Gruppe 60.2)
- Herstellung kompletter Programme von Fernsehsendern (s. Gruppe 60.2)
- Filmentwicklung außer für die Filmindustrie (s. 74.20.2)
- Vermittlungsagenturen für Schauspieler und Künstler (s. 74.90.0)
- Verleih von Videobändern und DVDs an die Allgemeinheit (Videotheken) (s. 77.22.0)
- Echtzeit- (d. h. simultane) Untertitelung von Live-Fernsehaufnahmen von Auftritten, Sitzungen, Konferenzen usw. (s. 82.99.9)
- Tätigkeiten von selbstständigen Schauspielern, Zeichnern, Regisseuren, Bühnenbildnern und Filmtechnikern (s. Gruppe 90.0)

### 59.12 Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik

#### 59.12.0 Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik

Diese Unterklasse umfasst

- Tätigkeiten der Nachbearbeitung wie Montage, Überspielen von Film auf Band, Synchronisation, Be- und Untertitelung, Montage von Vor- und Nachspann, Schrifteinblendung, Computergrafik, Animation und Spezialeffekte, Entwicklung und Bearbeitung von Filmen sowie Tätigkeiten von Aufnahmestudios und Spezialstudios für Trickfilme
- Vervielfältigung von Kinofilmen zwecks Verleih an Kinos
- Tätigkeiten von Filmmaterialsammlungen usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Vervielfältigung von Filmen (außer Vervielfältigung von Kinofilmen zwecks Verleih an Kinos) sowie von Tonbändern, Videofilmen, CDs und DVDs anhand von Masterbändern (s. 18.20.0)
- Großhandel mit bespielten Videobändern, CDs und DVDs (s. 46.43.3)
- Großhandel mit unbespielten Videobändern und unbeschriebenen CDs (s. 46.52.0)
- Einzelhandel mit Videobändern, CDs und DVDs (s. 47.63.0)
- Ton- und Hörbuchaufnahmen (s. 59.20.1)
- Ausstrahlung von Fernsehprogrammen (s. Gruppe 60.2)
- Herstellung kompletter Programme von Fernsehsendern (s. Gruppe 60.2)
- Filmentwicklung außer für die Filmindustrie (s. 74.20.2)
- Vermittlungsagenturen für Schauspieler und Künstler (s. 74.90.0)
- Verleih von Videobändern und DVDs an die Allgemeinheit (Videotheken) (s. 77.22.0)
- Echtzeit- (d. h. simultane) Untertitelung von Live-Fernsehaufnahmen von Auftritten, Sitzungen, Konferenzen usw. (s. 82.99.9)
- Tätigkeiten von selbstständigen Schauspielern, Zeichnern, Regisseuren, Bühnenbildnern und Filmtechnikern (s. Gruppe 90.0)

### 59.13 Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)

#### 59.13.0 Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)

Diese Unterklasse umfasst:

- Verbreitung von Filmen, Videobändern, DVDs und ähnlichen Produkten an Kinos, Fernsehnetzbetreiber und -sender sowie Vorführer
- Erwerb und Verkauf von Film-, Video- und DVD-Rechten

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Vervielfältigung von Filmen sowie Videobändern, CDs und DVDs anhand von Masterbändern (s. 18.20.0)
- Großhandel mit bespielten Videobändern und DVDs (s. 46.43.3)
- Einzelhandel mit bespielten Videobändern und DVDs (s. 47.63.0)

**59.14 Kinos**

**59.14.0 Kinos**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vorführung von Filmen und Videofilmen in Kinos, sonstigen Vorführräumen oder im Freien
- Tätigkeiten von Filmclubs

**59.2 Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien**

**59.20 Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien**

Diese Klasse umfasst:

- Herstellung von Originalen von Tonaufnahmen, z. B. auf Bändern und CDs; außerdem umfasst sie die Veröffentlichung von Tonaufnahmen, Werbung für Tonaufnahmen und den verlegerischen Vertrieb von Tonaufnahmen an Groß- und Einzelhändler oder unmittelbar an den Kunden.

Diese Tätigkeiten können von derselben Einheit ausgeführt werden, die auch die Masteraufzeichnungen aufnimmt. Ist dies nicht der Fall, so muss die Einheit, die diese Tätigkeiten ausführt, die Rechte für die Vervielfältigung und Verbreitung der Originalaufnahmen einholen.

- Anfertigung von Tonaufnahmen im Tonstudio oder anderswo, einschließlich der Aufzeichnung von Hörfunksendungen
- Verlegen von Musik und Musikalien, d. h. Erwerb und Registrierung von Rechten an musikalischen Kompositionen, die Werbung für diese und die Erteilung von Nutzungsgenehmigungen sowie die Verwendung solcher Kompositionen für Aufnahmen, im Hörfunk und Fernsehen, in Kinofilmen, bei Liveauftritten sowie in Print- und sonstigen Medien

Bei den Einheiten, die diese Tätigkeiten ausführen, kann es sich entweder um die Rechteinhaber selbst handeln oder um von diesen autorisierte Rechteinhaber

**59.20.1 Tonstudios und Herstellung von Hörfunkbeiträgen**

Diese Unterklasse umfasst:

- die Anfertigung von Tonaufnahmen im Tonstudio oder anderswo, einschließlich der Aufzeichnung von Hörfunkbeiträgen oder -sendungen

### 59.20.2 Verlegen von bespielten Tonträgern

Diese Unterklasse umfasst:

- verlegerischen Vertrieb von Tonaufnahmen an Groß- und Einzelhändler oder unmittelbar an den Kunden. Diese Tätigkeiten können von derselben Einheit ausgeführt werden, die auch die Masteraufzeichnungen aufnimmt. Ist dies nicht der Fall, so muss die Einheit, die diese Tätigkeiten ausführt, die Rechte für die Vervielfältigung und Verbreitung der Originalaufnahmen einholen. Eingeschlossen ist auch der verlegerische Vertrieb von Musikaufnahmen enthaltenden elektronische Dateien, die heruntergeladen und lokal abgespeichert werden können (Musikdownloads).

### 59.20.3 Verlegen von Musikalien

Diese Unterklasse umfasst :

- Verlegen von Musikalien, d. h. Erwerb und Registrierung von Rechten an musikalischen Kompositionen, die Werbung für diese und die Erteilung von Nutzungsgenehmigungen sowie die Verwendung solcher Kompositionen für Aufnahmen, im Hörfunk und Fernsehen, in Kinofilmen, bei Liveauftritten sowie in Print- und sonstigen Medien.

Bei den Einheiten, die diese Tätigkeiten ausführen, kann es sich entweder um die Rechteinhaber selbst handeln oder um von diesen autorisierte Rechteinhaber.

### **60 Rundfunkveranstalter**

Diese Abteilung umfasst die Schaffung von Inhalten und den Erwerb von Rechten zur Verbreitung von Inhalten und deren anschließende Ausstrahlung, z. B. als Hörfunk-, Fernseh- und Datensendungen aus den Bereichen Unterhaltung, Nachrichten, Talk usw. Eingeschlossen ist auch die Datenübertragung, die typischerweise Teil von Hörfunk- und Fernsehausstrahlung ist. Die Übertragung kann mittels verschiedener Technologien erfolgen: drahtlos, über Satellit, Kabel oder das Internet. Die Abteilung umfasst auch die Produktion von Spartensendungen (begrenzte Programmstruktur, z. B. Nachrichten, Sport, Erziehung, Sendungen für Jugendliche) auf Abonnements- oder Gebührenbasis, die anschließend von Dritten öffentlich ausgestrahlt werden.

#### **60.1 Hörfunkveranstalter**

#### **60.10 Hörfunkveranstalter**

##### **60.10.0 Hörfunkveranstalter**

Diese Unterklasse umfasst:

- Übertragung von Tonsignalen durch Rundfunkstudios und ähnliche Einrichtungen für die Übertragung von Audiosendungen für die Öffentlichkeit, Mitglieder oder Abonnenten
- Tätigkeiten von Radiosendern, d. h. Zusammenstellung und Übertragung (drahtlos, über Satellit oder Kabel) von Audiosendungen an Mitglieder oder Abonnenten
- Übertragung von Hörfunksendungen über das Internet (Internetradiosender)
- Datenübertragung als integrierter Teil der Hörfunkübertragung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Aufzeichnung von Hörfunksendungen (s. 59.20.1)*

### 60.2 Fernsehveranstalter

#### 60.20 Fernsehveranstalter

##### 60.20.0 Fernsehveranstalter

Diese Unterklasse umfasst:

- Herstellung kompletter Fernsehprogramme aus eingekauften Programmkomponenten (wie Spiel- und Dokumentarfilme), selbst produzierten Programmkomponenten (z. B. lokale Nachrichten, Liveberichte) oder aus einer Kombination daraus.

Ein solches Fernsehprogramm kann entweder von den produzierenden Einheiten selbst übertragen werden oder durch Dritte wie Kabelunternehmen oder Satellitenfernsehanbieter.

Bei den Programmen kann es sich um solche von allgemeinem Interesse oder um Spartenprogramme (begrenzte Programmstruktur wie Nachrichten, Sport, Erziehung, Sendungen für Jugendliche) handeln. Diese Unterklasse umfasst sowohl Programme, die für die Nutzer gebührenfrei sind, als auch solche, die nur im Rahmen eines Abonnements verfügbar sind. Hierzu zählen auch Video-on-Demand-Programme.

- Datenübertragung als integrierter Teil der Fernsehübertragung.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Fernsehsendungen (Spiel- und Dokumentarfilme, Talkshows, Werbespots usw.) ohne deren Übertragung (s. 59.11.0)*
- *Zusammenstellung und Verbreitung von Programmpaketen ohne Programmherstellung (s. Abteilung 61)*

### 61 Telekommunikation

Diese Abteilung umfasst die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, d. h. die Übertragung von Sprache, Daten, Text, Ton und Bild. Die Übertragungseinrichtungen können auf einer einzigen oder auf mehreren Technologien beruhen. Den in dieser Abteilung aufgeführten Tätigkeiten ist gemeinsam, dass zwar Inhalte übertragen, aber keine Inhalte hergestellt werden. Die Gliederung dieser Abteilung richtet sich nach der Art der betriebenen Infrastruktur.

Im Falle der Übertragung von Fernsehsignalen kann es sich auch um die Bündelung ganzer Fernsehprogramme (hergestellt gemäß Abteilung 60) zu Programmpaketen zum Weiterverkauf handeln.

#### 61.1 Leitungsgebundene Telekommunikation

#### 61.10 Leitungsgebundene Telekommunikation

##### 61.10.0 Leitungsgebundene Telekommunikation

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb und Unterhalt von Einrichtungen zur Übertragung von Sprache, Daten, Text, Ton und Bild mittels leitungsgebundener Infrastruktur sowie die Gewährung des Zugangs zu solchen Einrichtungen:
- Betrieb und Wartung von Schalt- und Übermittlungseinrichtungen für Punkt-zu-Punkt-Verbindungen via Leitungen, Mikrowellen oder einer Kombination aus Leitungen und Satellitenverbindungen
- Betrieb von Kabelübertragungsnetzen (z. B. für die Übertragung von Daten und Fernsehsignalen)
- Telegrafie- und andere nicht sprachgebundene Kommunikationsdienste mit eigenen Einrichtungen

Die Übertragungseinrichtungen können auf einer einzigen oder auf einer Kombination mehrerer Technologien beruhen.

- Kauf von Zugangs- und Netzkapazitäten von Besitzern oder Betreibern von Netzen und das Angebot von Telekommunikationsdiensten für Unternehmen und Privathaushalte auf der Basis dieser Kapazitäten
- Internetzugangsdienste des Netzbetreibers

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von Telekommunikationsleistungen (s. 61.90.9)



### **61.2 Drahtlose Telekommunikation**

### **61.20 Drahtlose Telekommunikation**

### **61.20.0 Drahtlose Telekommunikation**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb und Wartung von Einrichtungen zur Übertragung von Sprache, Daten, Text, Ton und Bild mittels drahtloser Telekommunikationsinfrastrukturen sowie die Gewährung des Zugangs zu solchen Einrichtungen
- Wartung und Betrieb von Mobilfunknetzen und anderen drahtlosen Telekommunikationsnetzen

Diese Einrichtungen übertragen Radiowellen durch Rundstrahlung und können auf einer einzigen oder auf einer Kombination mehrerer Technologien beruhen.

- Kauf von Zugangs- und Netzkapazitäten von Besitzern oder Betreibern von Netzen und das Angebot von drahtlosen Telekommunikationsdiensten (außer via Satellit) für Unternehmen und Privathaushalte auf der Basis dieser Kapazitäten
- Internetzugangsdienste von Betreibern drahtloser Netze

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von Telekommunikationsleistungen (s. 61.90.9)

### **61.3 Satellitentelekommunikation**

### **61.30 Satellitentelekommunikation**

### **61.30.0 Satellitentelekommunikation**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb und Wartung von Einrichtungen zur Übertragung von Sprache, Daten, Text, Ton und Bild mit satellitengestützten Telekommunikationsinfrastrukturen sowie die Gewährung des Zugangs zu solchen Einrichtungen
- Lieferung von Bild-, Ton- und Textprogrammen von Fernseh- oder Hörfunksendern an den Kunden mittels Direktausstrahlung über Satellit. Die unter diese Klasse fallenden Einheiten generieren im Allgemeinen Programme nicht selbst.
- Internetzugangsdienste von Betreibern der Satelliteninfrastruktur

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Wiederverkauf von Telekommunikationsleistungen (s. 61.90.9)

**61.9 Sonstige Telekommunikation**

**61.90 Sonstige Telekommunikation**

**61.90.1 Internetserviceprovider**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bereitstellung des Internetzugangs über Verbindungen zwischen dem Kunden und dem Diensteanbieter (Internetserviceprovider), die nicht dem Diensteanbieter gehören oder von ihm gesteuert werden, wie Internetzugang durch Einwählen usw.
- Bereitstellung des Internetzugangs in öffentlich zugänglichen Einrichtungen, z. B. Internet-Cafés

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Internetzugangsdienste von Betreibern von Telekommunikationsinfrastrukturen (s. 61.10.0, 61.20.0, 61.30.0)

**61.90.9 Sonstige Telekommunikation a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Bereitstellung spezieller Telekommunikationsanwendungen wie Satellitenortung, Kommunikationstelemetrie sowie Betrieb von Radarstationen
- Betrieb von Satellitenfunkanlagen und ähnlichen Einrichtungen, die operativ mit einem oder mehreren terrestrischen Übertragungssystemen verbunden sind und Nachrichten von Satellitensystemen empfangen bzw. an diese senden können
- Bereitstellung des Telefonzugangs in öffentlich zugänglichen Einrichtungen, z. B. Call-Shops
- Telekommunikationsdienstleistungen über bestehende Fernmeldeverbindungen:
  - IP-Telefonie (Sprachübermittlung über das Internet)
- Wiederverkauf von Telekommunikationsdienstleistungen (d. h. Kauf und Weiterverkauf von Netzkapazitäten ohne Angebot zusätzlicher Dienstleistungen)

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Internetzugangsdienste von Betreibern von Telekommunikationsinfrastrukturen (s. 61.10.0, 61.20.0, 61.30.0)

### **62 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie**

Diese Abteilung umfasst die nachfolgend aufgeführten Tätigkeiten im Bereich der Informationstechnologie: Entwicklung, Anpassung, Testen und Pflege von Software, Planung und Entwurf von Computersystemen, die Hardware-, Software- und Kommunikationstechnologie umfassen, Verwaltung und Betrieb der Computersysteme und/oder Datenverarbeitungsanlagen eines Kunden vor Ort und sonstige fachliche und technische mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten.

#### **62.0 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie**

##### **62.01 Programmierungstätigkeiten**

##### **62.01.1 Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen**

Diese Unterklasse umfasst die Entwicklung, die Anpassung, das Testen und die Pflege von Software für Internetpräsentationen sowie das Verfassen der Software-Dokumentation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Design der Struktur und des Inhalts von Web-Seiten und/oder Durchführung der notwendigen Programmierarbeiten zur Entwicklung und Implementierung von Web-Seiten
- Anpassung von Web-Seiten an Kundenanforderungen, d. h. Änderung oder Konfigurierung bestehender Anwendungen, damit sie in der Systemumgebung des Kunden betriebsfähig werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Softwarepaketen (s. 58.29.0)
- Übersetzung oder Anpassung von Standardsoftware an einen bestimmten Markt auf eigene Rechnung (s. 58.29.0)
- Planung und Entwurf von Computersystemen, die Hardware-, Software- und Kommunikationstechnologie umfassen, auch wenn die Bereitstellung der Software einen integralen Bestandteil dieser Dienstleistungen bildet (s. 62.02.0)

### 62.01.9 Sonstige Softwareentwicklung

Diese Unterklasse umfasst die Entwicklung, die Anpassung, das Testen und die Pflege von Software (ohne solche für Internetpräsentationen) sowie das Verfassen der Software-Dokumentation.

Diese Unterklasse umfasst:

- Design der Struktur und des Inhalts von und/oder Durchführung der notwendigen Programmierarbeiten zur Entwicklung und Implementierung von:
  - Systemsoftware (einschließlich Aktualisierung und Patches)
  - Softwareanwendungen (einschließlich Aktualisierungen und Patches)
  - Datenbanken
- Anpassung von Software (ohne Internetpräsentationen) an Kundenanforderungen, d. h. Änderung oder Konfigurierung bestehender Anwendungen, damit sie in der Systemumgebung des Kunden betriebsfähig werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Softwarepaketen (s. 58.29.0)
- Übersetzung oder Anpassung von Standardsoftware an einen bestimmten Markt auf eigene Rechnung (s. 58.29.0)
- Planung und Entwurf von Computersystemen, die Hardware-, Software- und Kommunikationstechnologie umfassen, auch wenn die Bereitstellung der Software einen integralen Bestandteil dieser Dienstleistungen bildet (s. 62.02.0)

### 62.02 Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie

#### 62.02.0 Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie

Diese Unterklasse umfasst:

- Planung und Entwurf von Computersystemen, die Hardware-, Software- und Kommunikationstechnologie umfassen. Zum Leistungsumfang kann auch die Schulung der Nutzer gehören.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verkauf von Computerhardware und -software (s. 46.51.0, 47.41.0)
- Installation von Großrechnern und ähnlichen Computern (s. 33.20.0)
- Installieren (Einrichten) von Arbeitsplatzrechnern (s. 62.09.0)
- Installation von Software, Datenwiederherstellung nach einem Systemabsturz (s. 62.09.0)

### **62.03    Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte**

#### **62.03.0    Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verwaltung und Betrieb von Computersystemen und/oder Datenverarbeitungsanlagen eines Kunden vor Ort und die damit verbundenen Support-Dienstleistungen.

### **62.09    Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Informationstechnologie**

#### **62.09.0    Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Informationstechnologie**

Diese Unterklasse umfasst:

- sonstige, anderweitig nicht genannte Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie und Computertechnik, z. B.:
  - Datenwiederherstellung nach einem Systemabsturz
  - Installieren (Einrichten) von Arbeitsplatzrechnern
  - Softwareinstallation

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von Großrechnern und ähnlichen Computern (s. 33.20.0)*
- *Programmierungstätigkeiten (s. 62.01.1 und .9)*
- *Beratung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (s. 62.02.0)*
- *Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte (s. 62.03.0)*
- *Datenverarbeitung und Hosting (s. 63.11.0)*

### 63 Informationsdienstleistungen

Diese Abteilung umfasst Tätigkeiten von Suchmaschinen-Portalen, Datenverarbeitung und Hosting sowie sonstige Tätigkeiten, die der Bereitstellung von Informationen dienen.

#### 63.1 Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale

Diese Gruppe umfasst die Bereitstellung von Infrastrukturen für Hosting, Datenverarbeitungsdienste und die Bereitstellung von Suchfunktionen und anderen Portalen für das Internet.

#### 63.11 Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten

##### 63.11.0 Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten

Diese Unterklasse umfasst:

- Bereitstellung von Infrastrukturen für Hosting, Datenverarbeitungsdienste und damit verbundene Tätigkeiten
- spezialisierte Hosting-Dienstleistungen:
  - Web-Hosting
  - Streamingdienste
  - Anwendungshosting
- Bereitstellung von Anwendungsdiensten
- allgemeine Bereitstellung von Rechenzeiten auf Großrechnern
- Datenverarbeitungstätigkeiten:
  - vollständige Datenverarbeitung von Kundendaten
  - Erzeugung spezieller Berichte anhand von Kundendaten
- Dateneingabe (auch durch Scannen)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten, bei denen Datenverarbeitungsanlagen nur als Hilfsmittel verwendet werden; sie werden entsprechend der angebotenen Dienstleistung klassifiziert
- Aufnahme von Dokumenten auf Mikrofilm (s. 74.20.1)

#### 63.12 Webportale

##### 63.12.0 Webportale

Diese Unterklasse umfasst

- Betrieb von Web-Seiten, die unter Verwendung einer Suchmaschine umfassende Datenbanken mit Internet-Adressen und -Inhalten in einem benutzerfreundlichen Format generieren und bereitstellen
- Betrieb sonstiger Web-Seiten, die als Internet-Portale fungieren, beispielsweise Medien-Websites mit regelmäßig aktualisiertem Inhalt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften usw. im Internet (s. Abteilung 58)
- Übertragung von Rundfunksendungen über das Internet (s. Abteilung 60)

### **63.9 Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen**

Diese Gruppe umfasst Tätigkeiten von Nachrichtenagenturen und alle anderweitig nicht genannten Informationsdienstleistungen.

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Bibliotheken und Archiven (s. 91.01.0)

### **63.91 Korrespondenz- und Nachrichtenbüros**

#### **63.91.0 Korrespondenz- und Nachrichtenbüros**

Diese Unterklasse umfasst:

- Lieferung von Nachrichten, Bildmaterial und Beiträgen zu speziellen Themen durch Korrespondenz- und Nachrichtenbüros an die Medien

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten selbstständiger Fotojournalistinnen und Fotojournalisten (s. 74.20.1)
- Tätigkeiten selbstständiger Journalistinnen und Journalisten (s. 90.03.5)

### **63.99 Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a. n. g.**

#### **63.99.0 Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst sonstige Informationsdienstleistungen, anderweitig nicht genannt, z. B.:

- rechnergestützte Telefonauskunftsdienste
- Informationsvermittlung gegen Entgelt oder auf sonstiger vertraglicher Grundlage
- Nachrichten- und Zeitungsausschnittdienste usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Call-Center (s. 82.20.0)
- Auskunftsteien (s. 82.91.2)

## **K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen**

Dieser Abschnitt umfasst die Erbringung von Finanzdienstleistungen einschließlich Versicherungs- und Rückversicherungsdienstleistungen, die Tätigkeit von Pensionskassen und Pensionsfonds sowie mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten. Dieser Abschnitt umfasst auch das Halten von Vermögenswerten, z. B. die Tätigkeit von Holding- oder Treuhandgesellschaften, Fonds und ähnlichen Finanzinstitutionen.

### **64 Erbringung von Finanzdienstleistungen**

Diese Abteilung umfasst:

- Hereinnahme und Ausleihen von Finanzmitteln sowie die Durchführung anderer Bank- und Finanzgeschäfte (ohne Versicherungen, Pensions- und Sterbekassen, Sozialversicherung).

Anmerkung: Nationale institutionelle Regelungen spielen bei der Klassifizierung innerhalb dieser Abteilung eine wichtige Rolle.

#### **64.1 Zentralbanken und Kreditinstitute**

Diese Gruppe umfasst:

- Hereinnahme von Mitteln in Form von übertragbaren Einlagen, d. h. Einlagen mit festem Geldwert, die auf Tagesbasis entgegengenommen werden und außer bei Zentralbanken, vom nichtfinanziellen Sektor stammen

##### **64.11 Zentralbanken**

###### **64.11.0 Zentralbanken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Ausgabe von Banknoten und Münzen der Landeswährung und Verwaltung der Landeswährung
- Geldmengenüberwachung und -steuerung
- Hereinnahme von Einlagen für den Zahlungsausgleich zwischen Kreditinstituten
- Bankenaufsicht
- Halten der Währungsreserven des Landes
- Tätigkeit als Geschäftsbank der Regierung



### 64.19 Kreditinstitute (ohne Spezialkreditinstitute)

Diese Klasse umfasst das Hereinnehmen von Einlagen oder einlagenähnlichen Finanzmitteln sowie die Kreditgewährung. Die Kreditgewährung kann verschiedene Formen annehmen, z. B. die Form von Darlehen, Hypothekarkrediten, Kreditkarten usw. Zu den Tätigkeiten der hier zu klassifizierenden Einheiten gehört auch das Führen von Wertpapierdepots.

#### 64.19.1 Kreditbanken einschließlich Zweigstellen ausländischer Banken

Diese Unterklasse umfasst:

- Kreditinstitute in privater Rechtsform (ohne die der eingetragenen Genossenschaft), die in der Regel Bankgeschäfte aller Art betreiben. Das Schwergewicht liegt im kurz- und mittelfristigen Kredit- und Einlagengeschäft.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

#### 64.19.2 Kreditinstitute des Sparkassensektors

Diese Unterklasse umfasst:

- abgesehen von wenigen Ausnahmen kommunale Einrichtungen, deren Gewährträger Gemeinden und Gemeindeverbände sind. Wichtigstes Passivgeschäft ist die Entgegennahme von Spareinlagen, wichtigstes Aktivgeschäft die Hergabe langfristiger Kredite (vor allem Hypothekarkredite), daneben alle üblichen Bankgeschäfte, auch das kurz und mittelfristige Kreditgeschäft.
- Zentralinstitute (Landesbanken) der in ihrem Bereich tätigen, ihnen angeschlossenen Sparkassen. Die Landesbanken dienen den Sparkassen als Liquiditätshalter und als Abwicklungsstellen für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Ferner leiten sie öffentliche Mittel im Rahmen spezieller Kreditprogramme weiter; als Landesbanken sind sie die "Hausbanken" der Länder. Sie betreiben das Grund- und Kommunalkreditgeschäft und besitzen das Emissionsrecht; darüber hinaus führen sie alle üblichen Bankgeschäfte aus.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Bausparkassen (s. 64.19.6)*
- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

### 64.19.3 Kreditinstitute des Genossenschaftssektors

Diese Unterklasse umfasst:

- den Regional- und Fachverbänden des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossene Institute, die die üblichen Bankgeschäfte vornehmlich mit ihren Mitgliedern, aber auch mit jedermann betreiben. Fast ausschließlich in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft geführt, einschließlich einiger Kreditinstitute in anderer Rechtsform. Bezeichnet als Volksbanken, Genossenschaftsbanken, Raiffeisenbanken, Raiffeisenkassen, Spar- und Darlehenskassen, Spar- und Kreditbanken, Beamtenbanken, Bankvereine, Vereinsbanken.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

### 64.19.4 Realkreditinstitute

Diese Unterklasse umfasst:

- Kreditinstitute, die ausschließlich oder überwiegend den Real- oder Kommunalkredit pflegen und sich durch Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalobligationen oder Aufnahme langfristiger Mittel refinanzieren:
  - private Hypothekenbanken einschließlich Schiffsbanken
  - öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

### 64.19.5 Kreditinstitute mit Sonderaufgaben

Diese Unterklasse umfasst:

- Kreditinstitute, denen besondere Aufgaben, hauptsächlich die Durchführung öffentlicher Kreditaktionen, übertragen worden sind, z. B. die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Investitionsbank Berlin oder die Landwirtschaftliche Rentenbank, teilweise mit Emissionsrecht

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

### 64.19.6 Bausparkassen

Diese Unterklasse umfasst:

- Kreditinstitute, deren Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, Bauspareinlagen entgegenzunehmen und aus den angesammelten Beträgen ihren Bausparern Gelddarlehen für wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zu gewähren:
  - private Bausparkassen
  - öffentliche Bausparkassen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen (s. 64.92.1)*
- *Verarbeitung und Abrechnung von Kreditkartentransaktionen (s. 66.19.0)*

### 64.2 Beteiligungsgesellschaften

#### 64.20 Beteiligungsgesellschaften

##### 64.20.0 Beteiligungsgesellschaften

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Holding-Gesellschaften, d. h. von Einheiten, die die Aktiva (Kontrollmehrheit) einer Gruppe von Tochterunternehmen halten und deren Hauptfunktion darin besteht, Eigentümer dieser Gruppe zu sein. Die zu dieser Unterklasse zählenden Holding-Gesellschaften erbringen keine andere Dienstleistung für die Unternehmen, deren Aktien sie halten, d. h. sie haben keine Funktion in der Verwaltung oder im Management anderer Einheiten.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *aktives Management von Unternehmen, strategische Planung und Entscheidung in Unternehmen (s. 70.10.1 und .9)*

### 64.3 Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen

#### 64.30 Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen

##### 64.30.0 Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen

Diese Unterklasse umfasst juristische Personen, die geschaffen wurden, um Wertpapiere oder sonstige finanzielle Vermögenswerte zusammenzufassen, jedoch ohne im Auftrag der Anteilseigner Managementfunktionen wahrzunehmen. Die Portfolios sind so auf den Kundenbedarf zugeschnitten, dass spezifische Investitionsmerkmale in Bezug auf Diversifizierung, Risiko, Rendite und Preisvolatilität erfüllt sind. Diese Einheiten erwirtschaften Erträge in Form von Zinsen, Dividenden und sonstigem Vermögenseinkommen, haben jedoch nur wenig oder keine Beschäftigten und keine Einnahmen aus dem Verkauf von Dienstleistungen.

Diese Unterklasse umfasst:

- offene Investmentfonds
- geschlossene Investmentfonds
- anteilige Investmentfonds mit Anteilscheinen, die treuhänderisch verwaltet werden ("Unit Investment Trust Funds")
- Treuhandfonds, Nachlässe oder Treuhandkonten, die im Auftrag der Begünstigten im Rahmen eines Treuhandvertrags, eines Testaments oder einer Vermittlervereinbarung verwaltet werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Investment- und Treuhandfonds, die aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen Einnahmen erzielen (Zuordnung gemäß ihrer Haupttätigkeit in der jeweiligen Unterklasse dieser Klassifikation)*
- *Holding-Gesellschaften (s. 64.20.0)*
- *Pensionskassen und Pensionsfonds (s. 65.30.0)*
- *Fondsmanagement (s. 66.30.0)*

### **64.9 Sonstige Finanzierungsinstitutionen**

Diese Gruppe umfasst die Erbringung von Finanzdienstleistungen durch andere Einheiten als Kreditinstitute.

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- *Versicherungen sowie Pensionskassen und Pensionsfonds (s. Abteilung 65)*

### **64.91 Institutionen für Finanzierungsleasing**

#### **64.91.0 Institutionen für Finanzierungsleasing**

Diese Unterklasse umfasst:

- Leasing, bei dem die Vertragsdauer annähernd der gewöhnlichen Nutzungsdauer des Leasingobjekts entspricht und bei dem der Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit der Nutzung des Objekts verbundenen Vorteile genießt und alle mit dem Besitz verbundenen Risiken übernimmt. Die Eigentumsrechte an dem Objekt werden nach Ablauf der Mietzeit übertragen oder nicht übertragen. Ein derartiges Leasing deckt alle oder nahezu alle Kosten einschließlich Zinsen ab.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Operating-Leasing (s. Abteilung 77) je nach Art der geleasten Güter*

### 64.92 Spezialkreditinstitute

#### 64.92.1 Spezialkreditinstitute (ohne Pfandkreditgeschäfte)

Diese Unterklasse umfasst:

- Kreditgarantiegemeinschaften: Gemeinschaftseinrichtungen von Banken und Handwerks-, Handels- oder ähnlichen Organisationen; sie übernehmen Ausfallbürgschaften für längerfristige Kredite an Betriebe, die ihnen unmittelbar oder über ihre Verbände angeschlossen sind. Hier sind auch die Beteiligungsgarantiegemeinschaften einzuordnen.
- Kassenvereine: Institute, die für die ihnen angeschlossenen Kreditinstitute und deren Kunden die Wertpapiersammelverwahrung übernehmen und den Effektengiroverkehr durchführen
- sonstige Erbringung von Finanzdienstleistungen, die in erster Linie mit der Kreditgewährung durch Institute, die nicht den Zentralbanken und Kreditinstituten zuzurechnen sind, zusammenhängen, wobei die Kredite eine Vielzahl von Formen haben können, z. B. Darlehen, Hypothekarkredite, Kreditkarten usw.:
- Gewährung von Verbraucherkrediten
- Außenhandelsfinanzierung
- Bereitstellung langfristiger Finanzierungsmittel für Unternehmen durch Kundenkreditbanken
- Kreditvergabe außerhalb des Bankensystems
- Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch Spezialkreditinstitute, die keine Einlagen hereinnehmen

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Gewährung von Wohnungsbaukrediten durch spezielle Institute, die auch Einlagen hereinnehmen (s. 64.19.6)
- Operating-Leasing (s. Abteilung 77) je nach Art der geleasten Güter
- Gewährung von Zuschüssen durch Interessenvertretungen und Vereinigungen (s. 94.99.9)

#### 64.92.2 Leihhäuser

Diese Unterklasse umfasst:

- Unternehmen, die das Pfandkreditgeschäft betreiben, d. h. Darlehen gegen Verpfändung von Gegenständen des täglichen Gebrauchs usw. gewähren

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Realkreditinstitute (s. 64.19.4)
- Gewährung von Verbraucherkrediten (s. 64.92.1)

**64.99 Sonstige Finanzdienstleistungen a. n. g.**

**64.99.1 Investmentaktiengesellschaften und Fonds von Kapitalanlagegesellschaften (ohne Geldmarktfonds)**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Beteiligungsgesellschaften (s. 64.20.0)
- Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen (s. 64.30.0)
- Finanzierungsleasing (s. 64.91.0)
- Wertpapiergeschäfte für Dritte (s. 66.12.0)
- Handel mit und Leasing sowie Vermietung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (s. Abteilung 68)
- Wechselinkasso ohne Schuldenerwerb (s. 82.91.1)
- Gewährung von Zuschüssen durch Interessenvertretungen und Vereinigungen (s. 94.99.9)

**64.99.9 Sonstige Finanzierungsinstitutionen a. n. g.**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- Erbringung sonstiger Finanzdienstleistungen, die in erster Linie mit der Verteilung von Mitteln, außer durch Kreditgewährung, zu tun haben:
- Factoring-Geschäfte
- Swaps, Optionen und sonstige Sicherungsgeschäfte
- Handel mit Lebensversicherungs-Altverträgen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Beteiligungsgesellschaften (s. 64.20.0)
- Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen (s. 64.30.0)
- Finanzierungsleasing (s. 64.91.0)
- Wertpapiergeschäfte für Dritte (s. 66.12.0)
- Handel mit und Leasing sowie Vermietung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (s. Abteilung 68)
- Wechselinkasso ohne Schuldenerwerb (s. 82.91.1)
- Gewährung von Zuschüssen durch Interessenvertretungen und Vereinigungen (s. 94.99.9)

### **65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)**

Diese Abteilung umfasst die Risikoübernahme durch Versicherungsverträge und das Anlegen von Prämien zum Aufbau eines Portfolios finanzieller Vermögenswerte, auf die im Falle künftiger Schadensfälle zurückgegriffen werden kann. Dazu zählen auch Direktversicherungen und Rückversicherungen.

#### **65.1 Versicherungen**

Diese Gruppe umfasst Lebensversicherung mit oder ohne Sparkomponente sowie sonstige Versicherungen.

##### **65.11 Lebensversicherungen**

###### **65.11.0 Lebensversicherungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Risikoübernahme durch Lebensversicherungsverträge, einschließlich damit verbundener Invaliditätsversicherungsverträge und Unfallversicherungsverträge für den Todes- oder Invaliditätsfall, mit oder ohne Sparkomponente

##### **65.12 Nichtlebensversicherungen**

###### **65.12.1 Krankenversicherungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Risikoübernahme durch Versicherungsverträge gegen alle mit Krankheit verbundenen wirtschaftlichen Risiken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *gesetzliche Krankenversicherung (s. 84.30.0)*

###### **65.12.2 Schaden- und Unfallversicherungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Risikoübernahme durch sonstige Versicherungsverträge:
  - Unfallversicherung
  - Feuerversicherung
  - Hagel- und sonstige Unwetterversicherung
  - Reisegepäckversicherung, Reiserücktrittskostenversicherung
  - Rechtsschutzversicherung
  - Kraftfahrt-, See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
  - Vermögensschaden- und Kreditversicherung
  - Haftpflichtversicherung
  - Hausratversicherung

**65.2 Rückversicherungen**

**65.20 Rückversicherungen**

**65.20.0 Rückversicherungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten der Übernahme des gesamten oder eines Teils des Risikos im Zusammenhang mit Versicherungsverträgen, die ursprünglich mit anderen Versicherungsträgern abgeschlossen wurden

**65.3 Pensionskassen und Pensionsfonds**

**65.30 Pensionskassen und Pensionsfonds**

**65.30.0 Pensionskassen und Pensionsfonds**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeit von juristischen Personen (d. h. Fonds, Pläne oder Programme), die aufgelegt wurden, um ausschließlich für die Beschäftigten oder Mitglieder des Geldgebers Leistungen der Altersversorgung zu gewähren. Dazu zählen Rentenpläne mit festgelegten Leistungen sowie individuelle Pläne, deren Leistungen lediglich vom Beitrag des Mitglieds bestimmt werden:
  - Versorgungspläne für Arbeitnehmer
  - Pensionsfonds und -pläne
  - Rentenpläne

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Management von Pensionskassen und Pensionsfonds (s. 66.30.0)*
- *Sozialversicherung (s. 84.30.0)*



### **66 Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten**

Diese Abteilung umfasst die Erbringung von Dienstleistungen, die in engem Zusammenhang mit den Kreditinstituten und Versicherungen stehen, ohne diese jedoch einzuschließen. Die Gliederung dieser Abteilung erfolgt in erster Linie anhand der Art der angebotenen Finanztransaktion oder Finanzierung.

#### **66.1 Mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten**

Diese Gruppe umfasst insbesondere die Bereitstellung physischer und elektronischer Marktplätze, um den Handel mit Aktien, Aktienoptionen, Schuldverschreibungen oder Waren zu erleichtern.

##### **66.11 Effekten- und Warenbörsen**

###### **66.11.0 Effekten- und Warenbörsen**

Diese Unterklasse umfasst den Betrieb und die Überwachung von Finanzmärkten durch andere als staatliche Stellen, z. B.:

- Warenbörsen
- Wertpapierbörsen
- Börsen für Aktien- oder Warenoptionen

##### **66.12 Effekten- und Warenhandel**

###### **66.12.0 Effekten- und Warenhandel**

Diese Unterklasse umfasst:

- Durchführung von Börsengeschäften für Dritte (z. B. Maklergeschäfte) und damit verbundene Tätigkeiten
- Wertpapierhandel
- Warenterminhandel
- Tätigkeiten von Wechselstuben usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Börsengeschäfte auf eigene Rechnung (s. 64.99.1)*
- *Portfoliomanagement gegen Entgelt oder auf Vertragsbasis (s. 66.30.0)*

**66.19 Sonstige mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten**

**66.19.0 Sonstige mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten**

Diese Unterklasse umfasst die anderweit nicht genannten mit den Finanzdienstleistungen verbundenen Tätigkeiten:

- Verarbeitung und Abrechnung von Finanztransaktionen einschließlich Kreditkartentransaktionen
- Investmentberatung
- Hypothekenberatung und -vermittlung
- treuhänderische Effektenverwahrung gegen Entgelt oder auf Vertragsbasis

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern (s. 66.22.0)
- Fondsmanagement (s. 66.30.0)

**66.2 Mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten**

Diese Gruppe umfasst die Tätigkeit von Versicherungsagentinnen, Versicherungsagenten u. Ä., die Annuitäten und Versicherungsverträge verkaufen oder andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Versicherungen und Pensionen, z. B. Schadensregulierung und Verwaltung von Versicherungsdiensten für Dritte ("Third Party Administration") erbringen.

**66.21 Risiko- und Schadensbewertung**

**66.21.0 Risiko- und Schadensbewertung**

Diese Unterklasse umfasst z. B. Risiko- und Schadensbewertung und Befriedigung von Versicherungsansprüchen wie:

- Bewertung von Versicherungsrisiken und -schäden:
  - Risikoabschätzung
  - Risiko- und Schadensbeurteilung
- Befriedigung von Versicherungsansprüchen:
  - Schadensregulierung
  - Havarie- und Verlustregulierung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Schätzung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (s. 68.31.1 und .2)
- Schätzungen für andere Zwecke (s. 74.90.0)
- Ermittlungsdienste durch Detekteien (s. 80.30.0)

### **66.22 Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern**

#### **66.22.0 Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern (Versicherungsvermittlerinnen und -vermittlern) in Form des Verkaufs von, des Handels mit und der Akquisition von Versicherungsverträgen

### **66.29 Sonstige mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten**

#### **66.29.0 Sonstige mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten im Zusammenhang mit Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds (außer Schadensabwicklung und Versicherungsagenturen):
  - Bergungsverwaltung
  - Tätigkeiten im Bereich Versicherungsmathematik

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Bergungstätigkeiten in der Seeversicherung (s. 52.22.9)*

### **66.3 Fondsmanagement**

#### **66.30 Fondsmanagement**

##### **66.30.0 Fondsmanagement**

Diese Unterklasse umfasst Tätigkeiten des Portfolio- und Fondsmanagement gegen Entgelt oder auf Vertragsbasis für Einzelpersonen, Unternehmen und Dritte, z. B.:

- Management von Investmentfonds ("Mutual Funds")
- Management von sonstigen Investmentfonds
- Management von Pensionskassen und Pensionsfonds

## **L Grundstücks- und Wohnungswesen**

Dieser Abschnitt umfasst den Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen, die Vermietung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen, die Erbringung sonstiger Dienstleistungen im Zusammenhang mit Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen, z. B. Schätzung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen oder die Tätigkeit als Treuhänder von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Die unter diesen Abschnitt fallenden Tätigkeiten können eigene oder gemietete Objekte betreffen und gegen Entgelt oder auf Vertragsbasis ausgeübt werden. Dieser Abschnitt umfasst auch die Errichtung von Bauwerken, wenn der Errichter Eigentümer der Gebäude bleibt und sie vermietet. Zielt die Errichtung der Bauwerke auf einen späteren Verkauf oder die Nutzung von Anlagen zu Produktionszwecken ab, sind die Einheiten nicht hier einzuordnen, sondern in der Klasse 41.10 bzw. nach ihren operativen Tätigkeiten, z. B. Herstellung von Waren.

Zu diesem Abschnitt gehört auch die Tätigkeit von Hausverwaltungen.

### **68 Grundstücks- und Wohnungswesen**

#### **68.1 Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen**

#### **68.10 Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen**

##### **68.10.1 Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen:
  - Ein- und Mehrfamilienhäuser und Wohnungen
  - Wohngrundstücke
- Aufteilung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen in Parzellen bzw. Einheiten, ohne Infrastrukturverbesserung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Realisierung von Bauvorhaben zum Verkauf (s. 41.10.1 bis .3)
- Flächenaufteilung mit Infrastrukturverbesserung (s. 42.99.0)

### 68.10.2 Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden

Diese Unterklasse umfasst:

- Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden:
- Nichtwohngebäude einschließlich Ausstellungshallen, Selbsteinlagerungssysteme und Einkaufszentren
- Gewerbegrundstücke
- Aufteilung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden in Parzellen bzw. Einheiten, ohne Infrastrukturverbesserung

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Realisierung von Bauvorhaben zum Verkauf (s. 41.10.1 bis .3)
- Flächenaufteilung mit Infrastrukturverbesserung (s. 42.99.0)

### 68.2 Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen

#### 68.20 Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen

##### 68.20.1 Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung, Verpachtung und Bewirtschaftung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken, Wohngebäuden oder Wohnungen:
- Ein- und Mehrfamilienhäuser und Wohnungen
- Wohngrundstücke
- Bereitstellung von Häusern und möblierten oder unmöblierten Wohnungen zur längerfristigen Nutzung, in der Regel auf monatlicher oder jährlicher Basis
- Realisierung von Wohnungsbauvorhaben zur eigenen Bewirtschaftung
- Vermietung und Verpachtung von Grundstücken für Wohnmobile

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Betrieb von Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienheimen, Wohnheimen, Campingplätzen und sonstigen Unterkünften für kurzzeitigen Aufenthalt (s. Abteilung 55)

##### 68.20.2 Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung, Verpachtung und Bewirtschaftung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden:
- Nichtwohngebäude einschließlich Ausstellungshallen, Selbsteinlagerungssysteme und Einkaufszentren
- Gewerbegrundstücke
- Realisierung von Bauvorhaben für Nichtwohngebäude zur eigenen Bewirtschaftung

**68.3 Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte**

**68.31 Vermittlung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte**

**68.31.1 Vermittlung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte**

Diese Unterklasse umfasst die Vermittlungstätigkeiten von Immobilienagenturen:

- Vermittlung des Kaufs, Verkaufs, der Vermietung oder Verpachtung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen
- Beratungs- und Schätztätigkeiten im Zusammenhang mit dem Kauf, Verkauf, der Vermietung oder Verpachtung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen
- Tätigkeit als Treuhänder von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Rechtsberatung (s. 69.10.1 bis .9)

**68.31.2 Vermittlung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte**

Diese Unterklasse umfasst die Vermittlungstätigkeiten von Immobilienagenturen:

- Vermittlung des Kaufs, Verkaufs, der Vermietung oder Verpachtung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
- Beratungs- und Schätztätigkeiten im Zusammenhang mit dem Kauf, Verkauf, der Vermietung oder Verpachtung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
- Tätigkeit als Treuhänder von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Rechtsberatung (s. 69.10.1 bis .9)

**68.32 Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte**

**68.32.1 Verwaltung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Rechtsberatung (s. 69.10.1 bis .9)
- Anlagenmanagement (eine Kombination von Dienstleistungen wie allgemeine Innenreinigung, Wartung und kleinere Reparaturen, Abfallentsorgung, Wach- und Sicherheitsdienste) (s. 81.10.0)
- Anlagenmanagement für Militärstützpunkte, Gefängnisse und andere Anlagen (ohne Management von EDV-Anlagen) (s. 81.10.0)

**68.32.2 Verwaltung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Rechtsberatung (s. 69.10.1 bis .9)
- Anlagenmanagement (eine Kombination von Dienstleistungen wie allgemeine Innenreinigung, Wartung und kleinere Reparaturen, Abfallentsorgung, Wach- und Sicherheitsdienste) (s. 81.10.0)
- Anlagenmanagement für Militärstützpunkte, Gefängnisse und andere Anlagen (ohne Management von EDV-Anlagen) (s. 81.10.0)

**M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen**

Dieser Abschnitt umfasst bestimmte freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten erfordern ein hohes Maß an Ausbildung und stellen den Nutzern Fachkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung.

**69 Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung**

Diese Abteilung umfasst die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen einer Partei gegenüber einer anderen Partei durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte oder unter deren Aufsicht, auch vor Gerichten oder sonstigen Justiz- und Verwaltungsstellen, z. B. Beratung und Vertretung in Zivil- und Strafsachen und arbeitsrechtlichen Streitfällen. Sie umfasst ferner die Vorbereitung amtlicher Urkunden, z. B. Urkunden und Satzungen bei der Gründung von Aktiengesellschaften, Gesellschaftsverträge oder ähnliche Urkunden im Zusammenhang mit Firmengründungen, Patenten und Urheberrechten, die Vorbereitung von förmlichen Verträgen, Testamenten, Treuhandvereinbarungen usw. sowie sonstige Tätigkeiten von Notarinnen und Notaren, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern, Schiedsfrauen und Schiedsmännern, Rechtsbeiständen, Prüferinnen, Prüfern und Sachverständigen. Diese Abteilung umfasst ferner Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungs- und Buchführungsleistungen, wie die Prüfung von Rechnungsführungsunterlagen, die Vorbereitung des Jahresabschlusses, die Durchführung von gesetzlichen Jahresabschlussprüfungen sowie das Führen der Geschäftsbücher.

**69.1      Rechtsberatung**

**69.10     Rechtsberatung**

**69.10.1   Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat**

Diese Unterklasse umfasst:

- Wahrnehmung der rechtlichen Interessen einer Partei gegenüber einer anderen Partei durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte oder unter deren Aufsicht, auch vor Gerichten oder sonstigen Justiz- und Verwaltungsstellen:
  - Beratung und Vertretung in Zivilverfahren
  - Beratung und Vertretung in Strafverfahren
  - Beratung und Vertretung in arbeitsrechtlichen Streitfällen
- hoheitliche Tätigkeit der Notarinnen und Notare in Form von:
  - Beurkundung von Satzungen und Beschlüssen bei der Gründung von Aktiengesellschaften und von Gesellschaftsverträgen oder ähnliche Urkunden im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen
  - Beurkundung von Verträgen, Testamenten, Treuhandvereinbarungen usw.
  - Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Abschriften
  - präventive Rechtskontrolle
  - Errichtung von Vollstreckungstiteln
  - Beratung und Betreuung auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Gerichten (s. 84.23.0)

**69.10.2   Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat**

Diese Unterklasse umfasst:

- Wahrnehmung der rechtlichen Interessen einer Partei gegenüber einer anderen Partei durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte oder unter deren Aufsicht, auch vor Gerichten oder sonstigen Justiz- und Verwaltungsstellen:
  - Beratung und Vertretung in Zivilverfahren
  - Beratung und Vertretung in Strafverfahren
  - Beratung und Vertretung in arbeitsrechtlichen Streitfällen
  - Vorbereitung von Verträgen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Gerichten (s. 84.23.0)



## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 69.10.3 Notariate

Diese Unterklasse umfasst:

- hoheitliche Tätigkeit der Notarinnen und Notare in Form von:
- Beurkundung von Satzungen und Beschlüssen bei der Gründung von Aktiengesellschaften und von Gesellschaftsverträgen oder ähnliche Urkunden im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen
- Beurkundung von Verträgen, Testamenten, Treuhandvereinbarungen usw.
- Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Abschriften
- präventive Rechtskontrolle
- Errichtung von Vollstreckungstiteln
- Beratung und Betreuung auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Gerichten (s. 84.23.0)

### 69.10.4 Patentanwaltskanzleien

Diese Unterklasse umfasst:

- Wahrnehmung der rechtlichen Interessen von Parteien auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes durch Patentanwälte oder unter deren Aufsicht, auch vor Gerichten oder sonstigen Justiz- und Verwaltungsstellen:
- Beratung in Schutzrechtsangelegenheiten und rechtliche Vertretung gegenüber Dritten
- Vertretung in Verfahren vor Patent- und Markenämtern und Patentgerichten
- Vertretung in Verfahren wegen Erklärung der Nichtigkeit oder Zurücknahme eines Patents oder ergänzenden Schutzzertifikats oder wegen Erteilung einer Zwangslizenz vor Gerichten
- Vertretung in Verfahren vor dem Bundessortenamt u. ä. Institutionen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Gerichten (s. 84.23.0)

### 69.10.9 Erbringung sonstiger juristischer Dienstleistungen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Gerichtsvollziehern, Schiedsfrauen und Schiedsmännern, Rechtsbeiständen, Prüferinnen und Prüfern und Sachverständigen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Gerichten (s. 84.23.0)

**69.2      Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung**

**69.20     Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung**

**69.20.1   Praxen von Wirtschaftsprüferinnen und -prüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Prüfung von Geschäftsbüchern sowie Bescheinigung ihrer Ordnungsmäßigkeit durch Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften:
- Abschlussprüfung (z. B. Jahresabschlussprüfung, Konzernabschlussprüfung)
- Prüfung der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse (z. B. Kreditwürdigkeit, Sanierungskonzepte)
- Prospektprüfung (z. B. Kapitalanlage- oder Börsenzulassungssprospekte)
- Wirtschaftlichkeitsprüfung (z. B. Preisprüfung bei öffentlichen Aufträgen)
- Funktionsprüfung (z. B. Kontrollsysteme, Datenverarbeitungssysteme)
- Prüfung besonderer Vorgänge (z. B. Gründung von Unternehmen, Verschmelzung)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Datenverarbeitungs- und Tabellierungstätigkeiten (s. 63.11.0)
- Unternehmensberatung im Bereich Buchführungssysteme und Verfahren zur Budgetkontrolle (s. 70.22.0)
- Wechselinkasso (s. 82.91.1)

**69.20.2   Praxen von vereidigten Buchprüferinnen und -prüfern, Buchprüfungsgesellschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Prüfung von Geschäftsbüchern sowie Bescheinigung ihrer Ordnungsmäßigkeit durch Buchprüferinnen, Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaften:
- Abschlussprüfung (z. B. Jahresabschlussprüfung, Konzernabschlussprüfung)
- Prüfung der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse (z. B. Kreditwürdigkeit, Sanierungskonzepte)
- Führung von Büchern und Aufzeichnungen sowie Bestätigung ihrer Ordnungsmäßigkeit
- Prospektprüfung (z. B. Kapitalanlage oder Börsenzulassungssprospekte)
- Wirtschaftlichkeitsprüfung (z. B. Preisprüfung bei öffentlichen Aufträgen)
- Funktionsprüfung (z. B. Kontrollsysteme, Datenverarbeitungssysteme)
- Prüfung besonderer Vorgänge (z. B. Gründung von Unternehmen, Verschmelzung)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Datenverarbeitungs- und Tabellierungstätigkeiten (s. 63.11.0)
- Unternehmensberatung im Bereich Buchführungssysteme und Verfahren zur Budgetkontrolle (s. 70.22.0)
- Wechselinkasso (s. 82.91.1)

**69.20.3 Praxen von Steuerbevollmächtigten, Steuerberaterinnen und -beratern, Steuerberatungsgesellschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Steuerdeklarationsberatung für Privatpersonen und Unternehmen (z. B. Anfertigen von Steuererklärungen, Prüfen der Steuerbescheide)
- Steuerdurchsetzungsberatung (z. B. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Mandanten vor Steuerbehörden und Finanzgerichten)
- Steuergestaltungsberatung (z. B. bei Umstrukturierungen)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Datenverarbeitungs- und Tabellierungstätigkeiten (s. 63.11.0)*
- *Unternehmensberatung im Bereich Buchführungssysteme und Verfahren zur Budgetkontrolle (s. 70.22.0)*
- *Wechselinkasso (s. 82.91.1)*

**69.20.4 Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Aufzeichnung von Geschäftsvorfällen (auch unter Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen)
- Führung von Geschäftsbüchern (auch unter Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Datenverarbeitungs- und Tabellierungstätigkeiten (s. 63.11.0)*
- *Unternehmensberatung im Bereich Buchführungssysteme und Verfahren zur Budgetkontrolle (s. 70.22.0)*
- *Wechselinkasso (s. 82.91.1)*

**70 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung**

Diese Abteilung umfasst die Beratung und Unterstützung von Unternehmen und anderen Organisationen in Managementfragen wie: strategische und Organisationsplanung; Finanz- und Budgetplanung; Marketingziele und -maßnahmen; Maßnahmen, Verfahren und Planung im Personalbereich; Produktionsplanung; Kontrollplanung. Sie umfasst auch die Überwachung und Führung von anderen Einheiten desselben Unternehmens, d. h. die Tätigkeit von Firmenzentralen.

**70.1 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben**

**70.10 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben**

**70.10.1 Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften**

Diese Unterklasse umfasst die Überwachung und Führung von anderen Einheiten eines Konzerns, die Ausführung der strategischen und der Organisationsplanung und die Entscheidungsfindung, die Ausübung der betrieblichen Kontrolle und die Führung des Tagesgeschäfts der verbundenen Einheiten.

Diese Unterklasse umfasst die Tätigkeiten von:

- Konzernzentralen
- Tochtergesellschaftsverwaltungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Holding-Gesellschaften, die nicht an der Unternehmensführung beteiligt sind (s. 64.20.0)

**70.10.9 Sonstige Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben**

Diese Unterklasse umfasst die Überwachung und Führung von Unternehmen und Betrieben, die Ausführung der strategischen und der Organisationsplanung und die Entscheidungsfindung in den Einheiten, die Ausübung der betrieblichen Kontrolle und die Führung des Tagesgeschäfts der Einheiten.

Diese Unterklasse umfasst die Tätigkeiten von:

- Firmenzentralen
- zentralen Verwaltungsbüros
- Bezirks- und Regionalbüros

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Holding-Gesellschaften, die nicht an der Unternehmensführung beteiligt sind (s. 64.20.0)
- Holding-Gesellschaften, die an der Unternehmensführung beteiligt sind (s. 70.10.1)

## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 70.2 Public-Relations- und Unternehmensberatung

#### 70.21 Public-Relations-Beratung

##### 70.21.0 Public-Relations-Beratung

Diese Unterklasse umfasst die Beratung, Anleitung und praktische Unterstützung von Unternehmen und anderen Organisationen im Bereich Public-Relations und Kommunikation, einschließlich Lobbying.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Werbeagenturen sowie Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen (s. Gruppe 73.1)
- Markt- und Meinungsforschung (s. 73.20.0)

#### 70.22 Unternehmensberatung

##### 70.22.0 Unternehmensberatung

Diese Unterklasse umfasst:

- Beratung, Anleitung und praktische Unterstützung von Unternehmen und anderen Organisationen in Managementfragen, z. B. strategische und Organisationsplanung sowie Umstellung von Unternehmensprozessen (einschließlich Sanierungsberatung), Change-Management, Kostenreduzierung und andere finanzielle Angelegenheiten, Marketingziele und -maßnahmen, Maßnahmen, Verfahren und Planung im Personalbereich (einschließlich damit verbundener Beratung bei der Suche und Auswahl von Fach- und Führungskräften), Produktionsplanung und Kontrollplanung. Diese unternehmensbezogenen Dienstleistungen können die Beratung, Anleitung und praktische Unterstützung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen beinhalten, betreffend:
  - Entwurf von Buchführungsmethoden oder -verfahren, Kostenerfassungsprogrammen, Verfahren zur Budgetkontrolle
  - Beratung und Unterstützung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen bei Planung, Organisation, Rationalisierung und Kontrolle, Führungsinformationen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Entwicklung von Computersoftware für Buchführungssysteme (s. 62.01.9)
- Rechtsberatung und -vertretung (s. 69.10.1 bis .9)
- Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung (s. 69.20.1 bis .4)
- Beratungstätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. 71.11.1 bis .3, 71.12.1 bis .9)
- Beratungstätigkeiten in den Bereichen Umweltschutz, Landwirtschaft und Sicherheit und ähnliche Beratungstätigkeiten (s. 74.90.0)
- Suche, Auswahl und Vermittlung von Arbeitskräften einschließlich Suche und Vermittlung von Führungskräften (s. 78.10.0)
- Ausbildungsberatung (s. 85.60.0)

**71 Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung**

**71.1 Architektur- und Ingenieurbüros**

Diese Gruppe umfasst die Tätigkeit von Architektur- und Ingenieurbüros, wie die Ausarbeitung von Entwürfen, Bauaufsicht, Vermessungen, Kartierungen u. Ä.

**71.11 Architekturbüros**

**71.11.1 Architekturbüros für Hochbau**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Architekturbüros u. Ä.:
- Bauplanung und -entwurf durch Architekturbüros für den Hochbau
- Bauaufsicht durch Architekturbüros für den Hochbau

**71.11.2 Büros für Innenarchitektur**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten, die vornehmlich das Planen und die Durchführung von Innenprojekten betreffen, um die baulichen und ästhetischen Wünsche der Kunden zu erfüllen. Dabei werden konstruktiv-technische Kenntnisse des Entwerfens, des Bauablaufs, der Bauvorschriften und Bauordnungen sowie der Baumaterialien angewandt.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Interior Design und Raumgestaltung (s. 74.10.3)*

**71.11.3 Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Architekturbüros u. Ä.:
- Bauplanung und -entwurf durch Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung
- Städteplanung
- Bauaufsicht durch Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung

**71.11.4 Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Architekturbüros u. Ä.:
- Bauplanung und -entwurf durch Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung
- Bauaufsicht durch Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung

**71.12 Ingenieurbüros**

**71.12.1 Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anwendung von physikalischen Gesetzen und Konstruktionsprinzipien auf den Entwurf von bautechnischen Strukturen und Verfahren und Beratungstätigkeiten für:
- Planung von Projekten im Zusammenhang mit Hoch- und Tiefbau, Wasser- und Straßenbau
- Planung von Wasserwirtschaftsprojekten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Testbohrungen im Bergbau (s. 09.10.0 und 09.90.0)
- Entwicklung und Verlegen von Software im Ingenieurwesen (s. 58.29.0 und 62.01.9)
- Tätigkeiten von Hard- und Softwareberatern (s. 62.02.0 und 62.09.0)
- technische, physikalische und chemische Untersuchungen (s. 71.20.0)
- Forschung und Entwicklung im Ingenieurwesen (s. 72.19.0)
- Industriedesign (s. 74.10.1)
- Luftbildfotografie (s. 74.20.1)

**71.12.2 Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anwendung von physikalischen Gesetzen und Konstruktionsprinzipien auf den Entwurf von Maschinen, Materialien, Instrumenten, Strukturen, Verfahren und Systemen und Beratungstätigkeiten für:
- Entwurf von Maschinen, industriellen Verfahren und Anlagen, bezogen auf die physikalisch-technische Funktionalität
- Entwurf von Projekten in den Bereichen Elektrotechnik und Elektronik, Bergbau, Verfahrenstechnik, Maschinenbau, Fertigungsorganisation, Systementwicklung, Sicherheitstechnik, Klimatechnik, Kühltechnik, Sanitär- und Umwelttechnik, Akustik usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Testbohrungen im Bergbau (s. 09.10.0 und 09.90.0)
- Entwicklung und Verlegen von Software im Ingenieurwesen (s. 58.29.0 und 62.01.9)
- Tätigkeiten von Hard- und Softwareberatern (s. 62.02.0 und 62.09.0)
- technische, physikalische und chemische Untersuchungen (s. 71.20.0)
- Forschung und Entwicklung im Ingenieurwesen (s. 72.19.0)
- Industriedesign (s. 74.10.1)
- Luftbildfotografie (s. 74.20.1)

### **71.12.3 Vermessungsbüros**

Diese Unterklasse umfasst:

- geodätischen, geophysikalische, geologische und seismische Untersuchung:
- Land-, Grundstücks- und Katastervermessung
- Lage- und Höhenaufmaß
- Erstellung (amtlicher) Lagepläne, Kartografie und Telemetrie
- Begutachtung in nachbarrechtlichen Grenzstreitigkeiten
- hydrologische Untersuchungen
- unterirdische Untersuchungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Testbohrungen im Bergbau (s. 09.10.0 und 09.90.0)
- Entwicklung und Verlegen von Software im Ingenieurwesen (s. 58.29.0 und 62.01.9)
- Tätigkeiten von Hard- und Softwareberatern (s. 62.02.0 und 62.09.0)
- technische, physikalische und chemische Untersuchungen (s. 71.20.0)
- Forschung und Entwicklung im Ingenieurwesen (s. 72.19.0)
- Industriedesign (s. 74.10.1)
- Luftbildfotografie (s. 74.20.1)

### **71.12.9 Sonstige Ingenieurbüros**

Diese Unterklasse umfasst:

- Büros baufachlicher Sachverständiger
- Büros für technisch-wirtschaftliche Beratung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Testbohrungen im Bergbau (s. 09.10.0 und 09.90.0)
- Entwicklung und Verlegen von Software im Ingenieurwesen (s. 58.29.0 und 62.01.9)
- Tätigkeiten von Hard- und Softwareberatern (s. 62.02.0 und 62.09.0)
- technische, physikalische und chemische Untersuchungen (s. 71.20.0)
- Forschung und Entwicklung im Ingenieurwesen (s. 72.19.0)
- Industriedesign (s. 74.10.1)
- Luftbildfotografie (s. 74.20.1)



## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 71.2 Technische, physikalische und chemische Untersuchung

#### 71.20 Technische, physikalische und chemische Untersuchung

##### 71.20.0 Technische, physikalische und chemische Untersuchung

Diese Unterklasse umfasst:

- technische, physikalische, chemische und sonstige Untersuchungen wie:
  - Akustik- und Vibrationsuntersuchungen
  - Untersuchung der Zusammensetzung und Reinheit von Mineralen usw.
  - Untersuchungen auf dem Gebiet der Lebensmittelhygiene, einschließlich damit verbundener tierärztlicher Tests und Kontrollen im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelherstellung
  - Untersuchung der physikalischen Eigenschaften und Leistungsmerkmale von Materialien, z. B. der Stärke, Dicke, Ermüdungsfestigkeit, elektrische Leitfähigkeit, Radioaktivität, Temperaturbeständigkeit usw.
  - Eignungs- und Zuverlässigkeitsprüfungen von Werkstoffen und Produkten
  - Leistungsprüfungen vollständiger Aggregate: Motoren, Kraftwagen, elektronische Anlagen usw.
  - Röntgenuntersuchungen von Schweißnähten und Verbindungsstücken
  - Fehleranalyse
  - Untersuchung und Messung von Umweltindikatoren: Boden-, Luft- und Wasserverschmutzung usw.
- Betrieb von Messnetzen und Messstationen
- Erstellung von Prüfberichten für Produkte, einschließlich Verbrauchsgüter, Kraftfahrzeuge, Druckbehälter, Kernkraftwerke usw.
- regelmäßige technische Überprüfung von Kraftfahrzeugen
- Feststellung und Zertifizierung der Echtheit von Kunstwerken
- Untersuchungen an Modellen (z. B. von Flugzeugen, Schiffen, Dämmen usw.)
- Betrieb von Polizeilabors

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Untersuchung von tierischem Probenmaterial (s. 75.00.9)
- diagnostische Bildgebung, Untersuchung medizinischen und zahnmedizinischen Probenmaterials (s. Abteilung 86)

**72      Forschung und Entwicklung**

Diese Abteilung umfasst drei Arten von Tätigkeiten auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung: (1) Grundlagenforschung: experimentelle oder theoretische Arbeiten, die in erster Linie zur Gewinnung neuer Erkenntnisse über die Grundlagen der Erscheinungen und wahrnehmbaren Tatsachen durchgeführt werden, ohne dass damit bestimmte Anwendungen oder ein bestimmter Nutzen angestrebt werden; (2) angewandte Forschung: schöpferische Forschungstätigkeit zur Gewinnung neuer Erkenntnisse, die in erster Linie auf ein spezifisches praktisches Ziel gerichtet ist; und (3) experimentelle Entwicklung: planmäßiges Arbeiten auf der Grundlage vorhandener Kenntnisse aus der Forschung und/oder aufgrund praktischer Erfahrungen, das auf die Herstellung neuer oder die Verbesserung vorhandener Werkstoffe, Erzeugnisse und Anlagen und die Einführung neuer oder die Verbesserung vorhandener Verfahren, Systeme und Dienstleistungen gerichtet ist.

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in dieser Abteilung ist in zwei Kategorien untergliedert: Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin und Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften.

**72.1      Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin**

Diese Gruppe umfasst Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin.

**72.11      Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie**

**72.11.0    Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie**

Diese Unterklasse umfasst Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie:

- DNA/RNA: Genomik, Pharmakogenetik, Gensonden, Gentechnik, DNA/RNA-Sequenzierung/-Synthese/-Amplifikation, Gene Expression Profiling und Einsatz der Antisense-Technologie
- Proteine und andere Moleküle: Sequenzierung, Synthese und Veränderung von Proteinen und Peptiden (einschließlich hochmolekularer Hormone); verbesserte Darreichungsformen für hochmolekulare Wirkstoffe; Proteomik, Proteinisolierung und -reinigung, Signalerzeugung, Identifikation von Zellrezeptoren
- Zell- und Gewebekultur- sowie Tissue-Engineering: Zell- und Gewebekultur-Engineering, Tissue-Engineering (einschließlich Tissue-Scaffolds und biomedizinische Verfahren), Zellfusion, Vakzine und Immunstimulanzien, Embryo-Kultivierung
- Methoden der Bioverfahrenstechnik: Fermentationen in Bioreaktoren, Bioverfahren, biologisches Bleichen, biologische Zellstoffgewinnung, biologische Laugung, biologische Entschwefelung, biologische Umweltsanierung und biologische Filtration
- Subzelluläre Organismen: Gentherapie, virale Vektoren
- Bioinformatik: Erstellung von Datenbanken mit Genomen oder Proteinsequenzen; Modellierung komplexer biologischer Prozesse einschließlich der Systembiologie
- Nanobiotechnologie: Anwendung von Werkzeugen und Verfahren der Nano- und Mikrosystemtechnik zur Herstellung von Hilfsmitteln für die Erforschung biologischer Systeme sowie Anwendungen in der Wirkstoffdarreichung, der Diagnostik usw.

**72.19      Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin**

**72.19.0    Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin**

Diese Unterklasse umfasst:

- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin, ohne Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie:
  - Forschung und Entwicklung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Physik, Astronomie, Chemie, Biologie (ohne Biotechnologie), Geowissenschaften
  - Forschung und Entwicklung in den Bereichen Ingenieurwissenschaften
  - Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
  - Forschung und Entwicklung in den Bereichen Agrar- und Forstwissenschaften
- interdisziplinäre Forschung und Entwicklung, hauptsächlich in den Bereichen Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin

## **Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen**

---

**72.2      Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften**

**72.20     Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften**

**72.20.0   Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Psychologie und Soziologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften
- interdisziplinäre Forschung und Entwicklung, hauptsächlich im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Marktforschung (s. 73.20.0)*

## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 73 Werbung und Marktforschung

Diese Abteilung umfasst die Planung von Werbekampagnen und die Platzierung solcher Werbung in Zeitschriften, Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen oder anderen Medien sowie der Entwurf von Displaysystemen und -einrichtungen.

#### 73.1 Werbung

##### 73.11 Werbeagenturen

##### 73.11.0 Werbeagenturen

Diese Unterklasse umfasst die Gesamtpalette von Werbeaktivitäten (entweder über unternehmenseigene Kapazitäten oder durch Auslagerung), einschließlich Beratung, kreative Dienste, Herstellung von Werbematerial und Einkauf.

Diese Unterklasse umfasst:

- Entwicklung und Durchführung von Werbekampagnen:
- Planung und Durchführung von Werbekampagnen und Platzierung in Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk, Fernsehen, im Internet oder in anderen Medien
- Planung und Platzierung von Außenwerbung, z. B. Plakatanschlag, Gestaltung von Schaufenstern und Ausstellungsräumen, Verkehrsmittelwerbung usw.
- Planung und Durchführung von Luftwerbung
- Verteilung und Zustellung von Werbematerial oder Mustern
- Planung und Herstellung von Ständen und anderen Displaysystemen und -einrichtungen
- Durchführung von Marketingkampagnen und anderen Werbediensten mit dem Ziel, Kunden zu werben und zu binden:
- Produktwerbung
- Absatzförderung in Endverkaufsstellen
- Direktwerbung
- Marketingberatung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verlegen von Werbematerial (s. 58.19.0)
- Herstellung von Werbesendungen für Fernsehen und Film (s. 59.11.0)
- Herstellung von Werbesendungen für den Hörfunk (s. 59.20.1)
- Marktforschung (s. 73.20.0)
- Werbefotografie (s. 74.20.1)
- Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltung (s. 82.30.0)
- Postversand (s. 82.19.0)

**73.12 Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen**

**73.12.0 Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Media-Repräsentation, d. h. Verkauf oder Weiterverkauf von Sendezeiten und Anzeigenflächen für verschiedene Werbezwecke

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verkauf von Sendezeiten oder Anzeigenflächen direkt durch die Eigentümer (Verleger usw.)  
(s. entsprechende Unterklasse des Eigentümers)
- Öffentlichkeitsarbeit (s. 70.21.0)

**73.2 Markt- und Meinungsforschung**

**73.20 Markt- und Meinungsforschung**

**73.20.0 Markt- und Meinungsforschung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Untersuchung des Marktpotenzials, der Produktwahrnehmung, der Akzeptanz und der Bekanntheit von Waren und Dienstleistungen sowie der Verbrauchergewohnheiten zum Zwecke der Verkaufsförderung und der Entwicklung neuer Waren und Dienstleistungen, einschließlich statistischer Untersuchung der Ergebnisse
- Meinungsforschung zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen und damit verbundene statistische Untersuchung

## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 74 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten

#### 74.1 Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design

Diese Gruppe umfasst:

- auf die Gestaltung von Produkten, Informationen und Räumen spezialisierte Designleistungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign, d. h. Anwendung von physikalischen Gesetzen und Konstruktionsprinzipien auf den Entwurf von Maschinen, Materialien, Instrumenten, Strukturen, Verfahren und Systemen (s. 71.12.2)*

#### 74.10 Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design

##### 74.10.1 Industrie-, Produkt- und Mode-Design

Diese Unterklasse umfasst:

- Industrie-, Produkt- und Modedesign, d. h. Entwurf und Entwicklung von Designs und Spezifikationen, die die Verwendung, den Wert und das Aussehen von Produkten optimieren, einschließlich Bestimmung von Materialien, Konstruktion, Mechanismus, Form, Farbe und Oberflächenbeschaffenheit von Produkten, unter Berücksichtigung der Charakteristika und Bedürfnisse des Menschen, der Sicherheit, der Marktattraktivität und der Effizienz von Produktion, Vertrieb und Wartung:
- Design von technischen und elektrotechnischen Apparaten, Maschinen, Werkzeugen
- Design von Fahrzeugen, Transport- und Verkehrsmitteln
- Design von medizinischen Geräten und Hilfsmitteln
- Design von Möbeln, Leuchten und anderen Haushalts- und Gebrauchsgütern
- Design von Bekleidung, Schuhen, Schmuck und Accessoires
- Design von Heimtextilien und Tapeten, Dekoren, Schmuckpapier usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Entwurf und Programmierung von Web-Seiten (s. 62.01.1)*
- *Architekturbüros (s. 71.11.1 bis .4)*
- *Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign, d. h. Anwendung von physikalischen Gesetzen und Konstruktionsprinzipien auf den Entwurf von Maschinen, Materialien, Instrumenten, Strukturen, Verfahren und Systemen (s. 71.12.2)*

### **74.10.2 Grafik- und Kommunikationsdesign**

Diese Unterklasse umfasst:

- auf die Gestaltung von Botschaften und Informationen spezialisierte Designleistungen unter Berücksichtigung der Charakteristika und Bedürfnisse des Menschen, der Unternehmensziele, der Marktattraktivität und der Effizienz von Produktionstechnik und Verbreitungsmedien. Design und Beratung bei der inhaltlichen und äußeren Erscheinungsform von Kommunikationsinhalten, Konzeption und Gestaltung von visuellen Erscheinungsbildern (Corporate Design) und Medien der Unternehmenskommunikation, Markengestaltung und Markenaktualisierung, Bestimmung der Bildsprache, Form, Farbe, Typografie von Veröffentlichungen, didaktische Illustration komplexer und abstrakter Zusammenhänge, Buch- und Zeitschriftenillustration:
- Design von Firmenzeichen und -erscheinungsbildern
- Design von Verpackungen, Produktausstattungen und Verkaufshilfen im Einzelhandel
- Design von Zeitschriften, Zeitungen, Büchern
- Design von Postwertzeichen, Münzen, Banknoten, Wertpapieren
- Design von kalligrafischen Schriftzügen, Dokumenten, Heraldik
- Design von Satzschriften und Alphabeten (Fonts)
- Design von Spielen und Spielausstattungen
- Design von Leit- und Orientierungssystemen für Raum- und Gebäudeplanung,
- Design von didaktischen Schautafeln und Schildern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Entwurf und Programmierung von Web-Seiten (s. 62.01.1)*
- *Entwicklung und Durchführung von Werbekampagnen (s. 73.11.0)*
- *Verfassen von technischen Texten und Dokumentationen, z. B. Handbüchern (s. 90.03.2)*

### **74.10.3 Interior Design und Raumgestaltung**

Diese Unterklasse umfasst:

- spezialisierte Designleistungen, die vornehmlich das Planen und die Gestaltung von Innenprojekten betreffen, um die konzeptionellen, ästhetischen und baulichen Wünsche der Kunden zu erfüllen. Dafür werden Bauordnungen, Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen, Bewegungsflächen- und Geschossplanung, mechanische und elektrische Anforderungen sowie Innenausstattungen und Möbel berücksichtigt:
- Design von Verkaufsräumen
- Design von Hotelausstattungen und -einrichtungen
- Design von Wohnräumen
- Licht-/Beleuchtungsdesign

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign, d. h. Anwendung von physikalischen Gesetzen und Konstruktionsprinzipien auf den Entwurf von Maschinen, Materialien, Instrumenten, Strukturen, Verfahren und Systemen (s. 71.12.2)*



## **Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen**

---

### **74.2 Fotografie und Fotolabors**

#### **74.20 Fotografie und Fotolabors**

##### **74.20.1 Fotografie**

Diese Unterklasse umfasst:

- Fotografie für Privatpersonen und kommerzielle Nutzer:
  - Porträtaufnahmen, z. B. Passbilder, Aufnahmen von Schulklassen, Hochzeiten usw.
  - Werbe- und Modeaufnahmen, Aufnahmen für das Verlagswesen, die Immobilienbranche und den Tourismus
  - Luftbildfotografie
  - Videoaufnahmen von Veranstaltungen (Hochzeiten, Sitzungen usw.)
- Tätigkeiten von Fotojournalistinnen und Fotojournalisten, bei denen die fotografische Arbeit im Vordergrund steht
- Aufnahme von Dokumenten auf Mikrofilm

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Spiel- und anderen Filmen, auch auf Videobändern, DVDs und anderen Medien, zur direkten Vorführung (z. B. in Kinos) oder für Fernsehsendungen (s. 59.11.0)
- Bearbeitung von Filmen für die Filmindustrie und das Fernsehen (s. 59.12.0)
- Kartografie und Telemetrie (s. 71.12.3)
- Betrieb von münzbetriebenen Fotoautomaten (s. 96.09.0)

##### **74.20.2 Fotolabors**

Diese Unterklasse umfasst:

- Filmbearbeitung:
  - Entwicklung, Herstellung von Abzügen und Vergrößerungen von Negativen oder Filmen im Kundenauftrag
  - Diarahme
  - Reproduktion, Restauration und Retuschieren von Aufnahmen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Bearbeitung von Filmen für die Filmindustrie und das Fernsehen (s. 59.12.0)

### **74.3 Übersetzen und Dolmetschen**

#### **74.30 Übersetzen und Dolmetschen**

##### **74.30.1 Übersetzen**

##### **74.30.2 Dolmetschen**

#### **74.9 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.**

#### **74.90 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.**

## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 74.90.0 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst die Erbringung einer Vielzahl von Dienstleistungen, im Allgemeinen für kommerzielle Kunden. Sie beinhaltet Tätigkeiten, für die fortgeschrittene berufliche, wissenschaftliche und technische Kenntnisse erforderlich sind. Nicht eingeschlossen sind laufende routinemäßige Geschäftsvorgänge, die in der Regel von kurzer Dauer sind oder deren Hauptzweck nicht im Transfer von Fachwissen besteht.

Diese Unterklasse umfasst:

- Maklergeschäfte wie Vermittlung von Verträgen über Kauf und Verkauf von kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich Berufspraxen, jedoch ohne Immobilienvermittlungsgeschäfte
- Patentmaklergeschäfte (Vermittlung von Kauf oder Verkauf von Patenten)
- Verwaltung von Urheberrechten und der sich daraus ergebenden Einkünfte (mit Ausnahme von Filmen und anderen künstlerischen Werken)
- Schätztätigkeiten, außer im Zusammenhang mit Immobilien und Versicherungen, (z. B. für Antiquitäten und Schmuck)
- Prüfung von Rechnungen und Auskunft über Frachtraten
- meteorologische Tätigkeiten
- Sicherheitsberatung
- landwirtschaftliche Beratung
- Umweltberatung
- sonstige technische Beratung
- sonstige Beratung a. n. g.
- Tätigkeiten von Quantity-Surveyors
- Tätigkeiten von Agentinnen, Agenten und Agenturen, die Auftritte von Personen bei Film, Fernsehen und Theater, Unterhaltungs- und Sportveranstaltungen sowie Bücher, Schauspiele, Kunstwerke, Fotografien usw. an Produzenten, Verleger usw. vermitteln

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *Tätigkeiten von Auktionshäusern (Groß- und Einzelhandel) (s. Abschnitt G)*
- *Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie (s. 62.02.0)*
- *Immobilienvermittlung (s. Gruppe 68.3)*
- *Rechts- und Steuerberatung (s. Abteilung 69)*
- *Buchführung (s. 69.20.4)*
- *Unternehmensberatung (s. 70.22.0)*
- *Beratungstätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros (s. Gruppe 71.1)*
- *Entwurf von Maschinen und Industrieanlagen (s. 71.12.2, 74.10.1)*
- *Durchführung tierärztlicher Tests und Kontrollen im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelherstellung (s. 71.20.0)*
- *Werbegestaltung und -beratung (s. 73.11.0)*
- *Entwurf und Herstellung von Ständen und anderen Displaysystemen und -einrichtungen (s. 73.11.0)*
- *Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltung (s. 82.30.0)*
- *Tätigkeiten selbstständiger Auktionatoren (s. 82.99.1)*
- *Verwaltung von Treueprogrammen (s. 82.99.9)*
- *Beratungsdienste für Ausbildungsorientierung (s. 85.60.0)*
- *Verbraucherkredit- und Schuldnerberatung, Haushaltsgeldberatung, Ehe- und Familienberatung (s. 88.99.0)*

## Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

---

### 75 Veterinärwesen

Diese Abteilung umfasst die medizinische Versorgung und Kontrolluntersuchung von Nutz- und Haustieren. Diese Leistungen werden von Tierärztinnen und Tierärzten in Tierkliniken sowie bei Besuchen in landwirtschaftlichen Betrieben, Zwingern oder Tierheimen, in eigenen Behandlungs- und Operationsräumen oder anderweitig erbracht. Sie umfassen auch den Transport kranker Tiere.

#### 75.0 Veterinärwesen

#### 75.00 Veterinärwesen

##### 75.00.1 Tierarztpraxen

Diese Unterklasse umfasst:

- medizinische Versorgung und Kontrolluntersuchungen von Nutz- und Haustieren sowie Zootieren, Pelz- und Zuchttieren in Tierarztpraxen sowie bei Besuchen in landwirtschaftlichen Betrieben, Zwingern oder Tierheimen oder anderweitig außerhalb von Tierkliniken
- Tätigkeiten von tierärztlichen Assistentinnen und Assistenten oder sonstigem tierärztlichen Personal in Tierarztpraxen sowie bei Besuchen in landwirtschaftlichen Betrieben, Zwingern oder Tierheimen oder anderweitig außerhalb von Tierkliniken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Aufnahme von Pensionsvieh ohne medizinische Versorgung (s. 01.62.0)
- Schafschur (s. 01.62.0)
- Herdenprüfung, Viehtreiben, Bereitstellung von Weiden, Kapaunisieren usw. (s. 01.62.0)
- mit künstlicher Besamung verbundene Tätigkeiten (s. 01.62.0)
- Aufnahme von Haustieren ohne medizinische Versorgung (s. 96.09.0)

##### 75.00.9 Sonstiges Veterinärwesen

Diese Unterklasse umfasst:

- klinisch-pathologische und sonstige Diagnosetätigkeiten an Tieren
- Transport kranker Tiere

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Aufnahme von Pensionsvieh ohne medizinische Versorgung (s. 01.62.0)
- Schafschur (s. 01.62.0)
- Herdenprüfung, Viehtreiben, Bereitstellung von Weiden, Kapaunisieren usw. (s. 01.62.0)
- mit künstlicher Besamung verbundene Tätigkeiten (s. 01.62.0)
- Aufnahme von Haustieren ohne medizinische Versorgung (s. 96.09.0)

## **N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen**

Dieser Abschnitt umfasst eine Vielzahl von Tätigkeiten zur Unterstützung der allgemeinen Geschäftstätigkeit. Diese Tätigkeiten unterscheiden sich insofern von denen in Abschnitt M, als ihr Hauptzweck nicht im Transfer von Fachwissen besteht.

### **77 Vermietung von beweglichen Sachen**

Diese Abteilung umfasst die Vermietung und das Operating-Leasing von Sachanlagen ohne Bedienungspersonal und das Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights), einschließlich der Vermietung und des Operating-Leasings einer Vielzahl von Sachgütern wie Kraftwagen, Datenverarbeitungsgeräten, Gebrauchsgütern, Maschinen und Ausrüstungen an Kunden gegen eine periodisch zu entrichtende Mietgebühr oder Leasingzahlung. Sie ist untergliedert in: (1) die Vermietung von Kraftfahrzeugen, (2) die Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten und anderen Gebrauchsgütern, (3) die Vermietung von Maschinen und Geräten, die häufig für wirtschaftliche Tätigkeiten eingesetzt werden, einschließlich Verkehrsmittel, und (4) das Leasing von als geistiges Eigentum geschützten und ähnlichen Gütern.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- *Finanzierungsleasing (s. 64.91.0)*
- *Vermietung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (s. Abschnitt L)*
- *Vermietung von Geräten mit Bedienungspersonal (s. entsprechende Unterklassen der mit diesen Geräten ausgeübten Tätigkeit, z. B. Bau (Abschnitt F) und Verkehr (Abschnitt H))*

#### **77.1 Vermietung von Kraftwagen**

##### **77.11 Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger**

###### **77.11.0 Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von Personenkraftwagen und anderen Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger ohne Fahrer

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Personenkraftwagen mit Fahrer (s. 49.32.0)*
- *Vermietung von Motorrädern und Wohnwagen ohne Fahrer (s. 77.39.0)*

### **77.12 Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t**

#### **77.12.0 Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing der folgenden Fahrzeugarten:
  - Lastkraftwagen, Nutzanhänger und andere Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t ohne Fahrer
  - Campingbusse

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Lastkraftwagen mit Fahrer (s. 49.41.0)*
- *Vermietung von Wohnwagen ohne Fahrer (s. 77.39.0)*

### **77.2 Vermietung von Gebrauchsgütern**

Diese Gruppe umfasst die Vermietung von Gebrauchsgütern sowie die Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten und Videofilmen. Die Tätigkeiten umfassen die kurzfristige Vermietung von Gütern, wenngleich in einigen Fällen auch eine längerfristige Vermietung vorkommen kann.

#### **77.21 Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten**

##### **77.21.0 Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten**

Diese Unterklasse umfasst die Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten:

- Kanus, Segelboote und andere Vergnügungsboote
- sonstige Ausrüstungen für den Wassersport (z. B. Surfbretter, Wasserskier)
- Segelflugzeuge, Hanggleiter
- Skier für den Wintersport, Schlittschuhe
- Fahrräder
- Liegestühle und Sonnenschirme
- sonstige Sportausrüstung (z. B. Golfausrüstungen, Ausrüstungen für Feldsportarten, Ballschlägerspiele, usw.)
- Campingausrüstungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Vergnügungsschiffen und Segelbooten mit Besatzung (s. 50.10.0, 50.30.0)*
- *Verleih von bespielten Ton- und Bildträgern (Videotheken) (s. 77.22.0)*
- *Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern a. n. g. (s. 77.29.0)*
- *Verleih von Ausrüstungen für Freizeit- und Vergnügungszwecke als Teil von Freizeitaktivitäten (s. 93.29.0)*

**77.22 Videotheken**

**77.22.0 Videotheken**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verleih von Videofilmen, Schallplatten, CDs, DVDs usw. an die Allgemeinheit
- Verleih von Videospielen
- *Verleih von Filmen, Videobändern, DVDs und ähnlichen Produkten an Kinos, Fernsehnetzbetreiber und -sender sowie Vorführer (s. 59.13.0)*

**77.29 Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern**

**77.29.0 Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern**

Diese Unterklasse umfasst:

- die Vermietung von allen Arten von Gebrauchsgütern (außer Sport- und Freizeitgeräte) an Haushalte oder Unternehmen:
  - Textilien, Bekleidung und Schuhe
  - Möbel, Keramik und Glaswaren, Küchen- und Tischgeschirr, Elektro- und Haushaltsgeräte
  - Schmuck, Musikinstrumente, Bühnenausstattungen und Kostüme
  - Bücher, Zeitungen und Zeitschriften
  - Maschinen und Geräte zur Nutzung durch Amateure oder als Hobby, z. B. Werkzeuge für Heimwerker
  - Blumen und Pflanzen
  - elektrische Haushaltsgeräte

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Vermietung von Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Anhängern und Campingbussen ohne Fahrer (s. Gruppe 77.1)*
- *Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten (s. 77.21.0)*
- *Verleih von bespielten Ton- und Bildträgern (Videotheken) (s. 77.22.0)*
- *Vermietung von Büromöbeln (s. 77.33.0)*
- *Vermietung von Motorrädern und Wohnwagen ohne Fahrer (s. 77.39.0)*
- *Vermietung von Wäsche, Arbeitskleidung u. Ä. durch Wäschereien (s. 96.01.0)*

**77.3 Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen**

**77.31 Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten**

**77.31.0 Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen und Geräten ohne Bedienungspersonal:
  - Erzeugnisse der Klasse 28.30, wie land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen usw.

## Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung land- und forstwirtschaftlicher Maschinen und Geräte mit Bedienungspersonal (s. 01.61.0, 02.40.0)

### **77.32 Vermietung von Baumaschinen und -geräten**

#### **77.32.0 Vermietung von Baumaschinen und -geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal:
  - Kranwagen (Autokrane), Turmdrehkrane u. Ä.
  - Betonpumpen
  - Gerüste und Arbeitsbühnen ohne Auf- und Abbau

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal (s. Abteilung 43)

### **77.33 Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen**

#### **77.33.0 Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ohne Bedienungspersonal:
  - Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte
  - Fotokopiermaschinen, Schreibmaschinen und Textverarbeitungsgeräte
  - Buchungsmaschinen und -geräte, Registrierkassen, Rechenmaschinen usw.
  - Büromöbel

### **77.34 Vermietung von Wasserfahrzeugen**

#### **77.34.0 Vermietung von Wasserfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von Wasserfahrzeugen ohne Besatzung:
  - Handelsschiffe
  - Fahrgastschiffe

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Wasserfahrzeugen mit Besatzung (s. Abteilung 50)
- Vermietung von Vergnügungsschiffen ohne Besatzung (s. 77.21.0)

**77.35 Vermietung von Luftfahrzeugen**

**77.35.0 Vermietung von Luftfahrzeugen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von Luftfahrzeugen ohne Besatzung:
  - Flugzeuge
  - Hubschrauber
  - Heißluftballons

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Luftfahrzeugen mit Besatzung (s. Abteilung 51)

**77.39 Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.**

**77.39.0 Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vermietung und Operating-Leasing von sonstigen, im Allgemeinen als Investitionsgüter genutzten Maschinen und Geräten ohne Bedienungspersonal:
  - Verbrennungsmotoren und Turbinen
  - Werkzeugmaschinen
  - Maschinen und Geräte für den Bergbau und die Erdölförderung
  - Hörfunk-, Fernseh- und Nachrichtenübermittlungsgeräte (ohne Amateurbedarf)
  - Geräte für die Herstellung von Filmen
  - Mess- und Kontrollgeräte
  - sonstige Maschinen für wissenschaftliche oder kommerzielle Zwecke
- Vermietung und Operating-Leasing von Landfahrzeugen (außer Kraftfahrzeuge) ohne Fahrer:
  - Krafträder, Wohnwagen, Wohnmobile usw.
  - Schienenfahrzeuge
- Vermietung von Wohn- oder Bürocontainern
- Vermietung von Transportcontainern
- Vermietung von Tieren (z. B. Herden, Rennpferden)
- Vermietung von Paletten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Fahrrädern (s. 77.21.0)
- Vermietung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen und Geräten (s. 77.31.0)
- Vermietung von Baumaschinen und -geräten (s. 77.32.0)
- Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (s. 77.33.0)



### **77.4 Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)**

### **77.40 Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)**

### **77.40.0 Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)**

Diese Unterklasse umfasst die Erteilung der Genehmigung zur Nutzung von als geistiges Eigentum geschützten und ähnlichen Gütern durch andere gegen Zahlung einer Gebühr an den Eigentümer des Gutes (d. h. des Vermögenswertes). Die Nutzung dieser Vermögenswerte kann auf unterschiedliche Weise erfolgen, z. B. in Form der Vervielfältigung, der Nutzung in nachfolgenden Prozessen oder Produkten, der Geschäftstätigkeit im Rahmen eines Franchising usw. Dabei kann der derzeitige Eigentümer die Vermögenswerte selbst geschaffen oder fremd bezogen haben.

Diese Unterklasse umfasst:

- Leasing von als geistiges Eigentum geschützten und ähnlichen Gütern (ohne urheberrechtlich geschützte Werke wie Bücher, Filme, Musik oder Software)
- Empfang von Gebühren für die Nutzung folgender Güter:
  - Patente
  - Waren- oder Dienstleistungszeichen
  - Marken
  - Prospektierung und Bewertung von Bodenschätzen
  - Franchise-Vereinbarungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erwerb von Veröffentlichungsrechten im Verlagswesen und in der Filmindustrie (s. Abteilungen 58 und 59)*
- *Produktion, Reproduktion und Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken (Bücher, Software, Filme) (s. Abteilungen 58 und 59)*
- *Leasing von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (s. 68.20.1 und .2)*
- *Verwaltung von Urheberrechten und der sich daraus ergebenden Einkünfte (mit Ausnahme von Filmen und anderen künstlerischen Werken)*
- *Leasing von Sachanlagen (s. 77.1, 77.2 und 77.3)*

**78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften**

Diese Abteilung umfasst die Zusammenstellung von Stellenangeboten und die Vermittlung von Bewerberinnen und Bewerbern, wobei die vermittelten Personen nicht bei den Stellenvermittlungsbüros beschäftigt sind, die Überlassung von Arbeitskräften an Kunden für einen begrenzten Zeitraum, um den Personalbestand des Kunden aufzustocken, sowie die Bereitstellung sonstiger Arbeitskräfte. Diese Abteilung umfasst auch die Suche nach und Vermittlung von Führungskräften sowie die Tätigkeit von Castingagenturen.

**78.1 Vermittlung von Arbeitskräften**

**78.10 Vermittlung von Arbeitskräften**

**78.10.0 Vermittlung von Arbeitskräften**

Diese Klasse umfasst:

- Zusammenstellung von Stellenangeboten und die Vermittlung von Bewerberinnen und Bewerbern, wobei die vermittelten Personen nicht bei den Stellenvermittlungsbüros beschäftigt sind:
- Suche, Auswahl und Vermittlung von Arbeitskräften bzw. Arbeitsstellen einschließlich Suche und Vermittlung von Führungskräften
- Agenturen und Büros, die Schauspielerinnen und Schauspieler vermitteln, z. B. Castingagenturen
- Online-Arbeitsvermittlungsagenturen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeit von Agenturen für die Vermittlung einzelner Künstlerinnen und Künstler (s. 74.90.0)*

**78.2 Befristete Überlassung von Arbeitskräften**

**78.20 Befristete Überlassung von Arbeitskräften**

**78.20.0 Befristete Überlassung von Arbeitskräften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Überlassung von Arbeitskräften an Kunden für einen begrenzten Zeitraum, um den Personalbestand des Kunden aufzustocken oder vorübergehend zu verstärken, wobei die überlassenen Arbeitskräfte Beschäftigte der Zeitarbeitsfirmen bleiben.

Die hier eingeordneten Einheiten üben jedoch keine direkte Aufsicht über ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenunternehmen aus.

## Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

---

### **78.3      Sonstige Überlassung von Arbeitskräften**

### **78.30     Sonstige Überlassung von Arbeitskräften**

### **78.30.0   Sonstige Überlassung von Arbeitskräften**

Diese Unterklasse umfasst:

- sonstige Bereitstellung von Arbeitskräften für Kunden.

Die hier eingeordneten Unternehmen sind offizieller Arbeitgeber in Sachen Lohn- und Gehaltsabrechnung, Steuern und Abgaben und in anderen Personalfragen, sie sind jedoch nicht für die fachliche Anleitung und Beaufsichtigung der Arbeitskräfte zuständig.

Die Überlassung von Arbeitskräften erfolgt üblicherweise langfristig oder unbefristet und die hier eingeordneten Einheiten nehmen im Zusammenhang damit ein breites Spektrum von Aufgaben der Personalverwaltung wahr.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Bereitstellung von Personalfunktionen zusammen mit Führung von Unternehmen oder Aufsicht über Unternehmen (s. Klassen der Wirtschaftstätigkeit des betreffenden Unternehmens)*
- *Überlassung von Arbeitskräften an Kunden, um den Personalbestand des Kunden vorübergehend aufzustocken oder zu verstärken (s. 78.20.0)*

### **79 Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen**

Diese Abteilung umfasst Agenturen, die überwiegend im Verkauf von Reise-, Beförderungs- und Unterbringungsdienstleistungen an die breite Öffentlichkeit und an Firmenkunden sowie in der Zusammenstellung und Organisation von Pauschalreisen tätig sind, die über Reisebüros oder direkt, z. B. durch Reiseveranstalter, verkauft werden, oder die sonstige mit Reisen verbundene Dienstleistungen, einschließlich Reservierungsleistungen, erbringen. Eingeschlossen sind auch die Tätigkeiten von Reiseführerinnen und Reiseführern und zur Förderung des Tourismus.

#### **79.1 Reisebüros und Reiseveranstalter**

##### **79.11 Reisebüros**

##### **79.11.0 Reisebüros**

Diese Unterklasse umfasst:

- Agenturen, die überwiegend in der Beratung und im Verkauf (auf Groß- oder Einzelhandelsbasis bzw. als Vermittler) von Reise-, Beförderungs- und Unterbringungsdienstleistungen an die breite Öffentlichkeit und an Firmenkunden tätig sind

##### **79.12 Reiseveranstalter**

##### **79.12.0 Reiseveranstalter**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zusammenstellung und Organisation von Pauschalreisen, die über Reisebüros oder direkt durch Reiseveranstalter verkauft werden. Die Reisen können einzelne oder alle der folgenden Leistungen umfassen:
  - Beförderung
  - Unterbringung
  - Mahlzeiten
  - Besuche von Museen und historischen oder kulturellen Sehenswürdigkeiten, Theatervorstellungen, Musik- oder Sportveranstaltungen

## Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

---

### 79.9 Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen

### 79.90 Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen

### 79.90.0 Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen

Diese Unterklasse umfasst:

- sonstige reisebezogene Reservierungsdienstleistungen:
  - Reservierung von Beförderungsmitteln, Fährverbindungen, Unterkünften, Restaurants, Mietwagen, Unterhaltungs- und Sportveranstaltungen
- Vermittlung von Timesharing-Wohnungen
- Tauschbörsen für Eigentümer von Wohnobjekten wie Häusern oder Wohnungen
- Verkauf von Tickets für Theatervorführungen, Sportveranstaltungen und alle sonstigen Vergnügungs- und Unterhaltungsveranstaltungen
- Unterstützungstätigkeiten für Touristinnen und Touristen:
  - Erteilung von Reiseauskünften an Touristinnen und Touristen
  - Tätigkeiten von Reise- und Gästeführerinnen und -führern
- Tätigkeiten zur Förderung des Tourismus

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Reisebüros und Reiseveranstalter (s. 79.11.0 und 79.12.0)
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen wie Versammlungen, Kongresse und Konferenzen (s. 82.30.0)
- Wirtschaftsförderung im Tourismus (s. 84.13.0)
- Tätigkeiten von Bergführerinnen und Bergführern (s. 93.19.0)

### **80 Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien**

Diese Abteilung umfasst Tätigkeiten im Bereich Sicherheit, z. B.: Ermittlungsdienste und Detekteien; Wach- und Patrouillendienste; Abholung und Auslieferung von Bargeld, Belegen oder anderen Wertgegenständen mit Personal und Ausrüstung zum Schutz dieser Gegenstände während des Transports; Betrieb elektronischer Alarmsysteme wie Einbruchs- oder Diebstahllalarmgeräte und Feuermelder mit Schwerpunkt Fernüberwachung dieser Systeme, häufig jedoch auch verbunden mit Verkaufs-, Installations- und Reparaturdiensten. Werden letztgenannte Dienste separat erbracht, fallen sie nicht unter diese Abteilung, sondern sind unter Einzelhandel, Baugewerbe usw. einzuordnen.

#### **80.1 Private Wach- und Sicherheitsdienste**

##### **80.10 Private Wach- und Sicherheitsdienste**

##### **80.10.0 Private Wach- und Sicherheitsdienste**

Diese Unterklasse umfasst die Erbringung einer oder mehrerer der folgenden Dienstleistungen: Wach- und Patrouillendienste, Abholung und Auslieferung von Bargeld, Belegen oder anderen Wertgegenständen mit Personal und Ausrüstung zum Schutz dieser Gegenstände während des Transports.

Diese Unterklasse umfasst:

- Schutzdienstleistungen mit gepanzerten Fahrzeugen
- Dienstleistungen von Leibwächterinnen und Leibwächtern
- Wachdienste, Zugangskontrolldienste, Patrouillendienste
- Lügendetektordienste
- Fingerabdruckdienste
- Vernichten von Datenträgern mit vertraulichen Informationen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sicherheitsberatung (s. 74.90.0)*
- *Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen (s. 80.20.0)*
- *Tätigkeiten im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung (s. 84.24.0)*

**80.2 Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen**

**80.20 Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen**

**80.20.0 Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Überwachung und Fernüberwachung von elektronischen Sicherheitssystemen wie Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern, einschließlich deren Installation und Instandhaltung
- Installation, Reparatur, Umbau und Anpassung von mechanischen oder elektronischen Verriegelungseinrichtungen, Safes und Tresorräumen in Verbindung mit deren anschließender Überwachung oder Fernüberwachung

Die Einheiten, die diese Tätigkeiten ausüben, können auch im Verkauf solcher Sicherheitssysteme, mechanischer oder elektronischer Verriegelungseinrichtungen, von Safes und Tresorräumen tätig sein.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Installation von Sicherheitssystemen wie Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern, ohne anschließende Überwachung (s. 43.21.0)*
- *spezialisierte Einzelhandel mit elektrischen Sicherheitsalarmanlagen, mechanischen oder elektronischen Verriegelungseinrichtungen, Safes und Tresorräumen, ohne Überwachung, Installation oder Wartung (s. 47.59.9)*
- *Sicherheitsberatung (s. 74.90.0)*
- *Tätigkeiten im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung (s. 84.24.0)*
- *Schlüsseldienste (s. 95.29.0)*

**80.3 Detekteien**

**80.30 Detekteien**

**80.30.0 Detekteien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Ermittlungsdienste durch Detekteien
- Tätigkeiten aller Privatdetektive, unabhängig von der Art des Kunden oder dem Zweck der Nachforschungen

### **81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau**

Diese Abteilung umfasst die Erbringung einer Kombination von Unterstützungsleistungen innerhalb der Gebäude und Anlagen eines Kunden, die Innen- und Außenreinigung von Gebäuden aller Art, die Reinigung von Industriemaschinen, die Reinigung von Eisenbahnen, Bussen, Flugzeugen usw., die Tankbehälter-Innenreinigung von Land- und Wasserfahrzeugen, die Desinfektion und Schädlingsbekämpfung in Gebäuden, in Eisenbahnen, auf Schiffen usw., die Flaschenreinigung, Straßenreinigung, den Winterdienst, die Landschaftspflege, auch in Verbindung mit Landschaftsplanung und/oder Anlegen von Fußwegen, Stützmauern, Terrassen, Zäunen, Teichen und ähnlichen Bauwerken.

#### **81.1 Hausmeisterdienste**

##### **81.10 Hausmeisterdienste**

##### **81.10.0 Hausmeisterdienste**

Diese Unterklasse umfasst die Erbringung einer Kombination von Unterstützungsleistungen innerhalb der Gebäude und Anlagen eines Kunden. Zu diesen Dienstleistungen zählen die allgemeine Innenreinigung, Wartung, Abfallentsorgung, Wach- und Sicherheitsdienste, Hauspostbeförderung, Empfang, Wäschereinigung sowie damit verbundene Dienstleistungen zur Unterstützung der Tätigkeiten innerhalb von Gebäuden und Anlagen. Diese Dienstleistungen werden von externem Betriebspersonal erbracht, das nichts mit dem Kerngeschäft oder den Kerntätigkeiten des Kunden zu tun hat und keine Verantwortung dafür trägt.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erbringung einzelner Dienstleistungen (z. B. nur Innenreinigung) oder Ausübung einzelner Funktionen (z. B. nur Heizungsbetrieb) (s. die entsprechende Klasse der erbrachten Dienstleistung)*
- *Bereitstellung von Management- oder Betriebspersonal für den gesamten Betrieb eines Kunden, z. B. ein Hotel, ein Restaurant, ein Bergwerk oder ein Krankenhaus (s. Klasse des Betriebes)*
- *Verwaltung und Betrieb der Computersysteme und/oder Datenverarbeitungsanlagen eines Kunden vor Ort (s. 62.03.0)*
- *Betrieb von Justizvollzugsanstalten im Lohnauftrag (s. 84.23.0)*

#### **81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln**

Diese Gruppe umfasst die allgemeine Innenreinigung von Gebäuden aller Art, die Außenreinigung von Gebäuden, Spezialreinigung von Gebäuden und sonstige Spezialreinigung, Reinigung von Industriemaschinen, die Tankbehälter-Innenreinigung von Land- und Wasserfahrzeugen, die Desinfektion und Schädlingsbekämpfung in Gebäuden und Industriemaschinen, die Flaschenreinigung, die Straßenreinigung und den Winterdienst.



### 81.21 Allgemeine Gebäudereinigung

#### 81.21.0 Allgemeine Gebäudereinigung

Diese Unterklasse umfasst:

- allgemeine Reinigung von Gebäuden aller Art, wie:
  - Büros
  - Wohnhäuser und Wohnungen
  - Fabriken
  - Geschäfte
  - Anstaltsgebäude

Diese Tätigkeiten betreffen in der Regel die Innenreinigung, wenngleich auch die Reinigung angrenzender Außenflächen wie Fenster und Fußwege eingeschlossen sein kann.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reinigung neu errichteter Gebäude (Baugrobreinigung) (s. 43.39.0)*
- *Spezialreinigung wie Fensterreinigung, Reinigung von Kaminen, Öfen, Kesseln, Lüftungsschächten und Entlüftungsanlagen (s. 81.22.1 und 81.22.9)*
- *Shampoonieren von Teppichen und Läufern sowie Reinigung von Vorhängen und Gardinen, auch in den Räumen des Kunden (s. 96.01.0)*

### 81.22 Spezielle Reinigung von Gebäuden und Reinigung von Maschinen

#### 81.22.1 Schornsteinreinigung

Diese Unterklasse umfasst:

- Reinigung von Kaminen

#### 81.22.9 Sonstige spezielle Reinigung von Gebäuden und Maschinen

Diese Unterklasse umfasst:

- Außenreinigung von Gebäuden aller Art wie Büro-, Fabrik- und Anstaltsgebäude, Läden und sonstige Geschäftsräume sowie Wohngebäude mit mehreren Wohneinheiten
- Spezialreinigung von Gebäuden wie Fensterreinigung, Reinigung von Öfen, Kesseln, Lüftungsschächten und Entlüftungsanlagen
- Reinigung von Industriemaschinen
- Sterilisation von Objekten oder Anlagen (z. B. Operationssäle)
- sonstige Reinigung von Gebäuden, Reinigung von Inventar, a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reinigung neu errichteter Gebäude (Baugrobreinigung) (s. 43.39.0)*
- *Fassadenreinigung durch Dampf, Sandstrahl o. Ä. (s. 43.99.9)*
- *Shampoonieren von Teppichen und Läufern sowie Reinigung von Vorhängen und Gardinen, auch in den Räumen des Kunden (s. 96.01.0)*

**81.29 Reinigung a. n. g.**

**81.29.1 Reinigung von Verkehrsmitteln**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reinigung von Eisenbahnen, Bussen, Flugzeugen usw.
- Innenreinigung von Tankbehältern von Straßen-, Schienen- und Wasserfahrzeugen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reinigung von Personenkraftwagen, Waschanlagen (s. 45.20.0)*

**81.29.2 Desinfektion und Schädlingsbekämpfung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Desinfektion und Schädlingsbekämpfung in Gebäuden und Verkehrsmitteln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft (s. 01.61.0)*

**81.29.9 Sonstige Reinigung a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Schwimmbeckenreinigung und -wartung
- Flaschenreinigung
- Straßenreinigung und Winterdienst
- Strandreinigung
- sonstige Reinigungsdienste, a. n. g.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reinigung neu errichteter Gebäude (Baugrobreinigung) (s. 43.39.0)*
- *Reinigung von Personenkraftwagen, Waschanlagen (s. 45.20.0)*
- *Fassadenreinigung durch Dampf, Sandstrahl o. Ä. (s. 43.99.9)*
- *Shampooen von Teppichen und Läufern sowie Reinigung von Vorhängen und Gardinen, auch in den Räumen des Kunden (s. 96.01.0)*

### 81.3 Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen

### 81.30 Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen

#### 81.30.1 Garten- und Landschaftsbau

Diese Unterklasse umfasst:

- Anlage und Pflege von:
  - Parks und Gärten für:
    - private und öffentliche Wohnungen
    - öffentliche und halböffentliche Gebäude (Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Kirchen usw.)
    - Industrie- und kommerzielle Bauten
  - kommunalen Flächen (Parks, Grünflächen usw.)
  - Verkehrswegebegrünung (Straßen, Eisenbahn- und Straßenbahnstrecken, Fußgängerzonen, Alleen, Wasserwege, Häfen)
  - Baumstandorten
- Begrünung von:
  - Gebäuden (Dachgärten, Fassaden, Innengärten usw.)
  - Sportanlagen (Fußballplätze, Golfplätze usw.), Spielplätzen, Liegewiesen und andere Freizeitanlagen
  - stehenden und fließenden Gewässern (Sammelbecken, Feuchtgebiete, Teiche, Schwimm- und Badeteichanlagen, Schwimmbecken, Wassergräben, Wasserläufe, Pflanzenkläranlagen)
- Anpflanzungen zum Schutz vor Lärm, Wind, Erosion, zum Sichtschutz und gegen Blendung
- Verpflanzarbeiten, Großbaumverpflanzung
- Baumpflege und Baumsanierung
- Anspritzbegrünung
- Renaturierung, Rekultivierung, Melioration nicht land- oder forstwirtschaftlicher Flächen
- Anlage und Pflege von Wasserrückhalteflächen u. Ä.
- Erdarbeiten, Anlegen von Wegen, Errichtung von Stützmauern und Zäunen u. ä. Tätigkeiten im Rahmen landschaftsgärtnerischer Gesamtwerke

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- kommerzielle Erzeugung von Pflanzen und Bäumen und damit verbundene Tätigkeiten (s. Abteilungen 01 und 02)
- Baumschulen und Forstbaumschulen (s. 01.30.2 und 02.10.0)
- Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (s. 01.61.0)
- Bautätigkeiten zur Landschaftsgestaltung (s. Abschnitt F)
- Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung (s. 71.11.3)

**81.30.9 Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Anlage und Pflege von Friedhofsflächen und Gräbern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- kommerzielle Erzeugung von Pflanzen und Bäumen (s. Abteilungen 01 und 02)
- Betrieb von Baumschulen und Forstbaumschulen (s. 01.30.2 und 02.10.0)
- Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (s. 01.61.0)
- Bautätigkeiten zur Landschaftsgestaltung (s. Abschnitt F)
- Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung (s. 71.11.3)

### **82 Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.**

Diese Abteilung umfasst die Erbringung von Sekretariats- und Schreibdiensten als Tagesgeschäft sowie von laufenden routinemäßigen Dienstleistungen für Geschäftsvorgänge für andere im Lohnauftrag. Sie umfasst ferner den Betrieb von Copy-Shops und Call Centern, die Tätigkeit von Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltern, Inkassobüros und Auskunftsteilen, das Abfüll- und Verpackungsgewerbe sowie alle anderweitig nicht genannten Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen.

Die in dieser Abteilung eingeordneten Einheiten stellen nicht das Betriebspersonal für die Ausführung der gesamten Geschäftsvorgänge eines Unternehmens bereit.

#### **82.1 Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops**

Diese Gruppe umfasst die Erbringung einer Reihe von Sekretariats- und Schreibdiensten als Tagesgeschäft, z. B. Finanzplanung, Rechnungsstellung und Belegaufbewahrung, Personaleinsatz, Lieferungen und Logistik, für Dritte im Lohnauftrag. Diese Gruppe umfasst auch die Erbringung von Unternehmensdienstleistungen für andere im Lohnauftrag, bei denen es sich um laufende routinemäßige Dienstleistungen für Geschäftsvorgänge handelt, die die Unternehmen und Organisationen normalerweise selbst erbringen.

#### **82.11 Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste**

##### **82.11.0 Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste**

Diese Unterklasse umfasst die Erbringung einer Kombination von Sekretariats- und Schreibdiensten als Tagesgeschäft, z. B. Empfang, Rechnungsstellung und Belegaufbewahrung, Personal- und Postdienste usw., für Dritte im Lohnauftrag.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erbringung von Dienstleistungen in einem speziellen Bereich dieser Tätigkeiten (s. Unterklasse dieses speziellen Bereichs)*
- *Überlassung von Betriebspersonal ohne Aufsicht (s. Abteilung 78)*

**82.19 Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste**

**82.19.0 Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste**

Diese Unterklasse umfasst eine Vielzahl von Tätigkeiten des Kopierens, der Dokumentenvorbereitung und sonstiger spezieller Sekretariatsdienste. Die hier berücksichtigten Tätigkeiten des Kopierens/der Vervielfältigung von Dokumenten decken nur die Erstellung von Kleinauflagen ab.

Diese Unterklasse umfasst:

- Dokumentenvorbereitung
- Editieren und Korrekturlesen von Dokumenten
- Schreiben von Briefen und Zusammenfassungen, Textverarbeitung
- Transkription von Dokumenten und sonstige Sekretariatsdienste
- Vermietung von Postfächern und sonstige Post- und Versanddienste, z. B. Vorsortieren, Adressieren usw.
- Anfertigen von Fotokopien
- sonstiges Vervielfältigen von Dokumenten
- Anfertigen von Blaupausen
- sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Kopieren von Dokumenten ohne Druckleistungen wie Offsetdruck, Schnelldruck, Digitaldruck, Dienstleistungen der Druckvorbereitung
- sonstige Unterstützungsdienste für Sekretariate

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Drucken von Dokumenten (Offsetdruck, Schnelldruck usw.) (s. 18.12.0)*
- *Dienstleistungen der Druckvorbereitung (s. 18.13.0)*
- *Konzeption und Durchführung von Direktwerbung (s. 73.11.0)*
- *Durchführung spezieller stenografischer Mitschriften wie Gerichtsmitschriften (s. 82.99.9)*
- *öffentliche Stenografierdienste (s. 82.99.9)*

## Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

---

### **82.2 Call Center**

### **82.20 Call Center**

### **82.20.0 Call Center**

Diese Unterklasse umfasst folgende Tätigkeiten:

- Call Center für eingehende Anrufe, Entgegennahme von Anrufen durch Mitarbeiter, automatische Verteilung von Anrufen, integrierte Computer-/Telefon-Systeme, interaktive Sprachausgabesysteme oder ähnliche Verfahren zur Annahme von Aufträgen, Weitergabe von Produktinformationen, Bearbeitung von Kundenanfragen und -beschwerden
- Call Center für ausgehende Anrufe, in denen ähnliche Verfahren zum Verkauf oder zur Vermarktung von Waren oder Dienstleistungen an potenzielle Kunden, zur Durchführung von Marktforschungsmaßnahmen, Meinungsumfragen und ähnlichen Tätigkeiten für Kunden angewandt werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Durchführung von Werbekampagnen (s. 73.11.0)
- Markt- und Meinungsforschung (s. 73.20.0)

### **82.3 Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter**

### **82.30 Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter**

### **82.30.0 Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter**

Diese Unterklasse umfasst die Organisation und Verwaltung von und die Werbung für Veranstaltungen wie Messen, Kongresse, Konferenzen und Sitzungen, mit oder ohne Management und Bereitstellung von Personal zum Betrieb der Einrichtungen, in denen diese Veranstaltungen stattfinden.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Organisation und Durchführung von Museumsausstellungen (s. 91.02.0)

### **82.9 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen**

### **82.91 Inkassobüros und Auskunftsteien**

### **82.91.1 Inkassobüros**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einziehung von Forderungen und die Überweisung der eingezogenen Beträge an die Kunden, z. B. Wechsel- oder Schuldeninkasso

**82.91.2 Auskunfteien**

Diese Unterklasse umfasst:

- Zusammenstellung von Informationen, z. B. über das Kreditverhalten oder den beruflichen Werdegang von Privatpersonen und das Kreditverhalten von Unternehmen, und Weitergabe dieser Informationen an Kreditinstitute, Einzelhändler und andere, die die Kreditwürdigkeit dieser Personen oder Unternehmen beurteilen müssen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Detekteien (s. 80.30.0)

**82.92 Abfüllen und Verpacken**

**82.92.0 Abfüllen und Verpacken**

Diese Unterklasse umfasst:

- kommerzielle Abfüll- und Verpackungstätigkeiten im Lohnauftrag, auch mittels automatischer Verfahren:
  - Abfüllen von Flüssigkeiten einschließlich Getränken und Lebensmitteln
  - Abfüllen in Sprühdosen
  - Verpackung von Waren (Blisterverpackung, Folieneinschweißung usw.)
  - Sicherheitsverpackung für pharmazeutische Produkte
  - Etikettieren, Bedrucken und Markieren
  - Einpacken von Paketen und Geschenken

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Erfrischungsgetränken und Gewinnung von natürlichem Mineralwasser (s. 11.07.0)
- Verpackungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Verkehr (s. 52.29.1)

**82.99 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.**

**82.99.1 Versteigerungsgewerbe**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten selbstständiger Auktionatoren

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von Auktionshäusern (Groß- und Einzelhandel) (s. Abschnitt G)



### 82.99.9 Erbringung von anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- wörtliche Niederschrift und stenografische Mitschrift von Gerichtsverfahren und anschließende Abschrift von:
  - Mitschriften bei Gericht, auch stenografisch
  - öffentlichen Stenografierdiensten
- Echtzeit- (d. h. simultane) Untertitelung von Live-Fernsehaufnahmen von Sitzungen und Konferenzen
- Verwaltung von Adressenlisten mittels Strichcodes
- Strichcode-Druck
- Tätigkeiten von Fundraising-Organisationen im Lohnauftrag
- Rückübereignungsdienste
- Einsammeln von Münzen aus Parkuhren
- Verwaltung von Kundentreueprogrammen
- Herausgabe von Geschenkgutscheinen
- Telefonauftragsdienste, Telefonweckdienste
- Ablesen von Wärme-, Strom-, Gas- und Wasserzählern

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *automatisierte computergestützte Informationsdienstleistungen, z. B. Telefonauskunftsdienste (s. 63.99.0)*
- *Transkription von Dokumenten (s. 82.19.0)*
- *Be- und Untertitelung von Filmen (s. 59.12.0)*

## **O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung**

Dieser Abschnitt umfasst die Tätigkeiten hoheitlicher Natur, die normalerweise von der öffentlichen Verwaltung ausgeführt werden. Dazu gehören das Erlassen und die juristische Auslegung von Gesetzen und daraus resultierenden Vorschriften sowie die Verwaltung von Programmen, die auf ihnen beruhen, Gesetzgebungstätigkeiten, Steuerverwaltung, Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Einwanderungsdienste, auswärtige Angelegenheiten und die Verwaltung von Regierungsprogrammen. Dieser Abschnitt umfasst ferner die gesetzliche Sozialversicherung.

Der rechtliche oder institutionelle Status an sich ist nicht entscheidend für die Einordnung einer Tätigkeit in diesen Abschnitt, sondern vielmehr der Umstand, dass eine Tätigkeit den im vorstehenden Abschnitt dargestellten Charakter aufweist. Demnach fallen an anderer Stelle in dieser Klassifikation aufgeführte Tätigkeiten nicht unter diesen Abschnitt, auch wenn sie von öffentlichen Einheiten ausgeführt werden. So ist z. B. die Verwaltung des Bildungssystems (Vorschriften, Aufsicht, Lehrpläne) diesem Abschnitt zugeordnet, nicht aber die eigentliche Erziehungs- und Unterrichtstätigkeit (s. Abschnitt P), und Gefängnis- und Militärkrankenhäuser sind dem Gesundheits- und Sozialwesen (Abschnitt Q) zuzurechnen. Andererseits können einige der in diesem Abschnitt aufgeführten Tätigkeiten von nichtstaatlichen Einheiten ausgeübt werden.

### **84 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung**

#### **84.1 Öffentliche Verwaltung**

##### **84.11 Allgemeine öffentliche Verwaltung**

##### **84.11.0 Allgemeine öffentliche Verwaltung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verwaltungstätigkeiten der exekutiven und legislativen Organe auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene
- Verwaltung und Aufsicht im Finanz- und Steuerwesen:
  - Anwendung von Steuersystemen
  - Einzug von Steuern und Abgaben auf Waren, Steuerfahndung
  - Zollverwaltung
- Ausführung des Haushaltsplans, Verwaltung öffentlicher Mittel und öffentlicher Schulden:
  - Erhebung und Einzug von Geldern, Ausgabenkontrolle
- Verwaltung der gesamten zivilen Forschungs- und Entwicklungspolitik und der damit zusammenhängenden Mittel
- Verwaltung und Durchführung gesamtwirtschaftlicher und sozialpolitischer Planung und von statistischen Diensten auf allen staatlichen Ebenen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von regierungseigenen oder von Regierungsstellen genutzten Gebäuden (s. 68.2 und 68.3)
- Verwaltung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zum Wohl der Bürger in Bezug auf Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen und der damit zusammenhängenden Mittel (s. 84.12.0)
- Verwaltung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit (s. 84.13.0)
- Verwaltung von verteidigungsrelevanten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen und der damit zusammenhängenden Mittel (s. 84.22.0)
- Betrieb von staatlichen Archiven (s. 91.01.0)

### **84.12 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen**

#### **84.12.0 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen**

Diese Unterklasse umfasst:

- öffentliche Verwaltung von Programmen zum Wohl der Bürger in Bezug auf:
  - Gesundheit
  - Erziehung und Unterricht
  - Kultur
  - Sport
  - Freizeit
  - Umwelt
  - Wohnungswesen
  - Sozialwesen
- öffentliche Verwaltung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen für diesen Bereich und der damit zusammenhängenden Mittel
- Sponsoring von kulturellen und Freizeitaktivitäten
- Vergabe öffentlicher Zuschüsse an Künstler
- Verwaltung von Programmen der Trinkwasserversorgung
- Verwaltung von Abfallsammlung und -entsorgung
- Verwaltung von Umweltschutzprogrammen
- Verwaltung von Wohnungsbauprogrammen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Abwasser- und Abfallbeseitigung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (s. Abteilungen 37, 38 und 39)
- Sozialversicherung (s. 84.30.0)
- Erziehung und Unterricht (s. Abschnitt P)
- Gesundheitswesen (s. Abteilung 86)
- Museen und andere kulturelle Einrichtungen (s. Abteilung 91)
- Tätigkeiten staatlicher Bibliotheken und Archive (s. 91.01.0)
- Sport und sonstige Unterhaltung (s. Abteilung 93)

**84.13      Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht**

**84.13.0    Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht**

Diese Unterklasse umfasst:

- Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht einschließlich Zuschussvergabe in den Bereichen:
  - Landwirtschaft
  - Flächennutzung
  - Energie und Bodenschätze
  - Infrastruktur
  - Verkehr
  - Kommunikation
  - Beherbergung und Tourismus
  - Handel
- Verwaltung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der damit zusammenhängenden Mittel
- allgemeine Arbeitsverwaltung
- Umsetzung von Maßnahmen zur Regionalentwicklung, z. B. zur Senkung der Arbeitslosigkeit

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Forschung und experimentelle Entwicklung (s. Abteilung 72)*
- *Tätigkeiten von örtlichen Touristeninformationsbüros und Zimmervermittlungen (s. 79.90.0)*
- *Sozialversicherung (s. 84.30.0)*

**84.2        Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtspflege, öffentliche Sicherheit und Ordnung**

**84.21      Auswärtige Angelegenheiten**

**84.21.0    Auswärtige Angelegenheiten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Verwaltung und Betrieb des Auswärtigen Amtes sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland oder am Sitz internationaler Organisationen
- Verwaltung, Erbringung und Unterstützung von zur Verbreitung im Ausland bestimmten Informations- und Kulturdiensten
- über internationale Organisationen oder anderweitig geleistete Hilfe für Entwicklungsländer
- Gewährung von Militärhilfe an das Ausland
- Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Außenhandel, internationalen Finanzgeschäften und auslandsbezogenen technischen Fragen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *internationale Katastrophen- und Flüchtlingshilfe (s. 88.99.0)*

### 84.22 Verteidigung

#### 84.22.0 Verteidigung

Diese Unterklasse umfasst:

- Verwaltung des Verteidigungswesens, Kontrolle und Einsatz der Land-, See-, Luft- und Weltraumverteidigung:
  - Kampfeinheiten von Heer, Marine und Luftwaffe
  - Ingenieurwesen, Transport, Nachrichtenübermittlung, Militärischer Abschirmdienst, Material, Personal und sonstige nicht zu Kampfzwecken eingesetzte Truppen und Kommandos
  - Reserve- und Hilfsstreitkräfte im Verteidigungswesen
  - Militärlogistik (Versorgung, Ausrüstung, Bauwerke usw.)
  - medizinische Betreuung von Angehörigen der Streitkräfte im Einsatz
- Verwaltung, Betrieb und Unterstützung des Zivilschutzes
- Unterstützung bei der Ausarbeitung von Krisenplänen und Durchführung von Übungen unter Beteiligung von Zivilstellen und der Bevölkerung
- Verwaltung von verteidigungsrelevanten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen und der damit zusammenhängenden Mittel

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *Forschung und experimentelle Entwicklung (s. Abteilung 72)*
- *Gewährung von Militärhilfe an das Ausland (s. 84.21.0)*
- *Tätigkeiten von Militärgerichten (s. 84.23.0)*
- *Versorgung in Notstandssituationen im Inland bei Katastrophen in Friedenszeiten (s. 84.24.0)*
- *Unterricht in Militärhochschulen, -kollegs und -akademien (s. Abteilung 85)*
- *Tätigkeiten von Militärkrankenhäusern (s. 86.10.1)*

### 84.23 Rechtspflege

#### 84.23.0 Rechtspflege

Diese Unterklasse umfasst:

- Verwaltung und Betrieb von Verwaltungs-, Zivil-, Straf- und Militärgerichten und des Justizwesens, einschließlich der Rechtsberatung und Rechtsvertretung, die im Auftrag von staatlichen Stellen erfolgen oder durch staatliche Stellen in Form von Geldauszahlungen oder Dienstleistungen unterstützt werden
- Urteilsfällung und Auslegung von Gesetzen
- Schlichtung von Zivilsachen
- Verwaltung von Justizvollzugsanstalten und Durchführung von strafrechtlichen Maßnahmen einschließlich Rehabilitationsdienste, unabhängig davon, ob diese durch staatliche Stellen verwaltet und durchgeführt werden oder durch private Einheiten im Lohnauftrag

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Beratung und Vertretung in Zivil- und Strafsachen usw. (s. Gruppe 69.1)*
- *Notariate (s. 69.10.3)*
- *Tätigkeiten von Gefängnisschulen (s. Abteilung 85)*
- *Tätigkeiten von Gefängniskrankenhäusern (s. 86.10.1)*

### **84.24 Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

#### **84.24.0 Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- Verwaltung und Einsatz der von öffentlichen Stellen unterhaltenen regulären Polizeikräfte und polizeilichen Hilfskräfte einschließlich der Hafen-, Grenz- und Küstenpolizei und anderer polizeilicher Sondereinheiten; Regelung des Straßenverkehrs, Ausländerregistrierung und Führen von Verhaftungsprotokollen
- Versorgung in Notstandssituationen im Inland bei Katastrophen in Friedenszeiten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Polizeilabors (s. 71.20.0)*
- *Verwaltung und Einsatz der Streitkräfte (s. 84.22.0)*

### **84.25 Feuerwehren**

#### **84.25.0 Feuerwehren**

*Diese Unterklasse umfasst:*

- Brandbekämpfung und Brandverhütung:
- Verwaltung und Einsatz der Berufsfeuerwehr und freiwilligen Feuerwehr zur Brandverhütung und -bekämpfung, Rettung von Personen und Tieren, Katastrophenhilfe, Hilfe bei Überschwemmungen, Verkehrsunfällen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden (s. 02.40.0)*
- *Brandbekämpfung und -verhütung auf Öl- und Gasfeldern (s. 09.10.0)*
- *Brandbekämpfung und -verhütung auf Flughäfen (s. 52.23.1)*

**84.3 Sozialversicherung**

**84.30 Sozialversicherung**

**84.30.0 Sozialversicherung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Finanzierung und Verwaltung staatlicher Sozialversicherungsprogramme:
- Kranken-, Arbeitsunfall- und Arbeitslosenversicherung
- Rentenversicherung
- Programme zum Ausgleich finanzieller Verluste aufgrund von Mutterschaft, vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, Witwenschaft usw.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *freiwillige Sozialversicherung (s. 65.12.1, 65.30.0)*
- *Sozialwesen (ohne Beherbergung) (s. 88.10.1 und .2 und 88.99.0)*

### **P Erziehung und Unterricht**

Dieser Abschnitt umfasst Erziehung und Unterricht auf allen Stufen und für alle Berufe. Der Unterricht kann mündlich oder schriftlich, über Hörfunk, Fernsehen, Internet oder als Fernkurs erteilt werden.

Der Abschnitt umfasst sowohl den Unterricht in den verschiedenen Lehranstalten des regulären Schulsystems auf den verschiedenen Stufen (erster Bildungsweg) als auch Erwachsenenbildung, Alphabetisierungsprogramme usw. Die Durchführung von Programmen für Erwachsene, die inhaltlich bestimmten Programmen des regulären Schulsystems entsprechen, werden den Einrichtungen des regulären Schulsystems zugeordnet. Eingeschlossen sind auch die verschiedenen Stufen von Militärschulen und -akademien, Gefängnisschulen usw. Der Abschnitt umfasst sowohl das öffentliche als auch das private Bildungswesen.

Die Klassen umfassen auf jeder Stufe des ersten Bildungsweges auch den Sonderunterricht für körperlich oder geistig behinderte Schüler.

Die Untergliederung dieses Abschnittes beruht auf der angebotenen Bildungsstufe nach der Definition der ISCED 1997. Die Tätigkeiten der Bildungseinrichtungen, die Ausbildungsgänge der verschiedenen ISCED-Stufen anbieten, sind wie folgt in die einzelnen Klassen eingeordnet: ISCED-Stufe 0 in Klasse 85.10, ISCED-Stufe 1 in Klasse 85.20, ISCED-Stufen 2-3 in Gruppe 85.3, ISCED-Stufe 4 in Klasse 85.41 und ISCED-Stufen 5-6 in Klasse 85.42.

Dieser Abschnitt umfasst ferner die Erteilung von Unterricht überwiegend in sportlichen und Freizeitaktivitäten wie Tennis- oder Golfkurse und die Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht.

### **85 Erziehung und Unterricht**

#### **85.1 Kindergärten und Vorschulen**

#### **85.10 Kindergärten und Vorschulen**

Diese Klasse umfasst:

- vorschulische Erziehung im Elementarbereich. Die vorschulische Erziehung ist definiert als Eingangsstufe des formellen Bildungswesens und soll sehr junge Kinder mit einem schulischen Umfeld vertraut machen. Sie hat somit die Funktion einer Brücke zwischen den Lebensbereichen Familie und Schule.



### 85.10.1 Kindergärten

Diese Unterklasse umfasst:

- Einrichtungen, in denen Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt ganztägig während der üblichen Arbeits- und Geschäftszeit oder nur für einen Teil des Tages regelmäßig betreut werden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tagesbetreuung von Kindern (s. 88.91.0)*

### 85.10.2 Vorklassen, Schulkindergärten

Diese Unterklasse umfasst:

- vorwiegend an Grundschulen eingerichtete Vorklassen und Schulkindergärten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tagesbetreuung von Kindern (s. 88.91.0)*

### 85.2 Grundschulen

### 85.20 Grundschulen

### 85.20.0 Grundschulen

Diese Unterklasse umfasst:

- allgemein bildende Schulen im Primarbereich: Die Erteilung von allgemein bildendem Unterricht und damit zusammenhängende Unterrichtsarbeit, die den Schülern ein solides Grundwissen im Lesen, Schreiben und in Mathematik und ein Basiswissen in anderen Fächern wie Geschichte, Geografie, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Kunst und Musik vermitteln

Der Unterricht wird in der Regel Kindern erteilt, die Klasse umfasst jedoch auch Alphabetisierungsprogramme innerhalb oder außerhalb des Schulsystems, die in ihrem Inhalt den Lehrplänen von Grundschulen/Volksschulen ähneln, jedoch für Menschen bestimmt sind, die als zu alt für den Besuch von Grundschulen/Volksschulen angesehen werden (d. h. Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene).

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Erwachsenenbildung nach der Definition in Gruppe 85.5*
- *Tagesbetreuung von Kindern, auch Schulkindern (s. 88.91.0)*

### **85.3 Weiterführende Schulen**

Diese Gruppe umfasst die Erteilung von Unterricht in allgemein bildenden und in berufsbildenden weiterführenden Schulen.

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- *Erwachsenenbildung nach der Definition in Gruppe 85.5*

### **85.31 Allgemein bildende weiterführende Schulen**

#### **85.31.1 Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich I**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erteilung eines Unterrichts im ersten Zyklus des Sekundarbereichs, der im Großen und Ganzen die allgemeine Schulpflicht abdeckt und die Grundlage für lebenslanges Lernen und für die Persönlichkeitsentwicklung bildet und mit dessen Hilfe die Bildungschancen verbessert werden können. Die Unterrichtsprogramme solcher Einheiten sind normalerweise eher fächerorientiert und die Lehrkräfte stärker spezialisiert; häufiger sind mehrere Lehrkräfte beschäftigt, die in ihrem Fachgebiet Unterricht erteilen.

Der auf dieser Stufe einsetzende auf bestimmte Fächer konzentrierte Unterricht hat oft auch schon einen gewissen Einfluss auf die berufliche Orientierung der Schüler. Das Unterrichtsprogramm soll die Schüler für den Besuch von allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs II und von berufsbildenden Schulen befähigen, ohne sie dabei an ein bestimmtes Fachgebiet zu binden.

#### **85.31.2 Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich II**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erteilung eines Unterrichts im zweiten Zyklus des Sekundarbereichs, der im Allgemeinen zur Hochschulreife führt und die Grundlage für lebenslanges Lernen und für die Persönlichkeitsentwicklung bildet und mit dessen Hilfe die Bildungschancen verbessert werden können. Die Unterrichtsprogramme solcher Einheiten sind normalerweise eher fächerorientiert und die Lehrkräfte stärker spezialisiert; häufiger sind mehrere Lehrkräfte beschäftigt, die in ihrem Fachgebiet Unterricht erteilen.

Der auf dieser Stufe einsetzende auf bestimmte Fächer konzentrierte Unterricht hat oft auch schon einen gewissen Einfluss auf die berufliche Orientierung der Schüler. Das Unterrichtsprogramm soll die Schüler für den Zugang zu Hochschulen befähigen, ohne sie dabei an ein bestimmtes Fachgebiet zu binden.

### 85.32 Berufsbildende weiterführende Schulen

#### 85.32.0 Berufsbildende weiterführende Schulen

Diese Unterklasse umfasst:

- Erteilung von Unterricht, dessen Schwerpunkt auf einer fachbezogenen Ausbildung liegt, wobei sowohl ein theoretisches Hintergrundwissen als auch praktische Kenntnisse für den ausgeübten oder zukünftigen Beruf vermittelt werden. Ziel des Ausbildungsprogramms ist dabei die Vorbereitung auf einen allgemeinen Berufsbereich oder einen ganz bestimmten Beruf.

Diese Unterklasse umfasst:

- berufsbildende Schulen unterhalb der Stufe nach der Definition in Gruppe 85.4 dieser Klassifikation
- Ausbildung von Reiseführerinnen und Reiseführern
- Ausbildung von Küchenchefinnen, Küchenchefs, Hoteliers, Gastwirtinnen und Gastwirten
- Kosmetik- und Frisörschulen
- Ausbildungsstätten für Computerreparatur
- Fahrschulen für Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer, z. B. Lkw- und Busfahrerinnen und -fahrer, Schulen für Berufsflugzeugführerinnen oder -schiffsführerinnen und -führer

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer berufsbildender Unterricht (s. Gruppe 85.4)*
- *Ausbildung in darstellender Kunst für Freizeit, Hobby und Persönlichkeitsentfaltung (s. 85.52.0)*
- *Fahrschulen, nicht für Berufskraftfahrerinnen und -fahrer (s. 85.53.0)*

### 85.4 Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht

Diese Gruppe umfasst das Abhalten von post-sekundärem, nicht tertiärem Unterricht und Kursen und die Erteilung von Abschlüssen auf Bachelor-, Graduierten- und Postgraduiertenebene. Zulassungsvoraussetzung ist ein Abschluss mindestens der Sekundarstufe II.

*Diese Gruppe umfasst nicht:*

- *Erwachsenenbildung nach der Definition in Gruppe 85.5*

#### 85.41 Post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht

##### 85.41.0 Post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht

Diese Unterklasse umfasst die Erteilung von post-sekundärem Unterricht, der nicht als tertiärer Unterricht angesehen werden kann. Ein Beispiel ist die Erteilung von post-sekundärem Zusatzunterricht zur Vorbereitung auf den tertiären Unterricht oder post-sekundären, nicht tertiären berufsbildenden Unterricht.

## **85.42 Tertiärer Unterricht**

Diese Unterklasse umfasst:

- ersten, zweiten und dritten Zyklus im tertiären Bildungsbereich
- Ausbildung in darstellender Kunst auf der tertiären Ebene

### **85.42.1 Universitäten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterricht an Universitäten u. ä. Hochschulen, der zur Erlangung eines akademischen Grades oder gleichwertigen Abschlusses führt. Auf dieser Stufe wird eine Vielzahl von Fächern angeboten, die schwerpunktmäßig theoretische Kenntnisse vermitteln.

### **85.42.2 Allgemeine Fachhochschulen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterricht an Fachhochschulen, der zur Erlangung eines akademischen Grades oder gleichwertigen Abschlusses führt. Auf dieser Stufe wird eine Vielzahl von Fächern angeboten, die sowohl theoretische als auch praktische Kenntnisse vermitteln.

### **85.42.3 Verwaltungsfachhochschulen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterricht, der zur Erlangung eines akademischen Grades oder gleichwertigen Abschlusses führt und ausschließlich zu einer Tätigkeit im gehobenen Dienst der öffentlichen Verwaltung (einschließlich Sozialversicherung) befähigt. Auf dieser Stufe wird eine Vielzahl von Fächern angeboten, die sowohl theoretische als auch praktische Kenntnisse vermitteln.

### **85.42.4 Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens**

Diese Unterklasse umfasst:

- Berufs- und Fachakademien sowie Schulen des Gesundheitswesens (ohne Hochschulen). Auf dieser Stufe liegt der Schwerpunkt auf einer fachbezogenen Ausbildung, wobei sowohl ein theoretisches Hintergrundwissen als auch praktische Kenntnisse für den ausgeübten oder zukünftigen Beruf vermittelt werden. Ziel des Ausbildungsprogramms ist dabei die Vorbereitung auf einen allgemeinen Berufsbereich oder einen ganz bestimmten Beruf.

### 85.5 Sonstiger Unterricht

Diese Gruppe umfasst die allgemeine und berufliche Weiterbildung für alle Berufe, als Hobby oder zur Persönlichkeitsentfaltung, die nicht von den Gruppen 85.1 bis 85.4 dieser Klassifikation erfasst wird. Eingeschlossen sind Ferienlager und Schulen, die Gruppen oder Einzelpersonen Unterricht in sportlichen Aktivitäten, Fremdsprachenunterricht, Kunst-, Schauspiel oder Musikunterricht oder sonstigen Unterricht oder andere Spezialausbildung erteilen, die nicht mit dem Unterricht der Gruppen 85.1 bis 85.4 dieser Klassifikation vergleichbar sind.

### 85.51 Sport- und Freizeitunterricht

#### 85.51.0 Sport- und Freizeitunterricht

Diese Unterklasse umfasst:

- Erteilung von Unterricht in sportlichen Aktivitäten für Gruppen oder Einzelpersonen, z. B. in Ferienlagern oder durch Schulen. Dazu zählen auch Sportferienlager mit oder ohne Übernachtung. Nicht eingeschlossen sind Fachhochschulen und Universitäten. Der Unterricht kann an verschiedenen Orten erteilt werden, z. B. in den Räumlichkeiten der Einheit oder des Kunden, in Ausbildungseinrichtungen oder in einem anderen Rahmen. Der in diese Unterklasse eingeordnete Unterricht ist formal organisiert.

Diese Unterklasse umfasst:

- Sportunterricht (Tennis, Fußball, Basketball, Cricket, Baseball usw.)
- Sportferienlager
- Gymnastikunterricht
- Reitunterricht in Reitakademien oder -schulen
- Schwimmunterricht
- professionelle Sportlehrerinnen, Sportlehrer, Trainerinnen, Trainer, Betreuerinnen und Betreuer
- Kampfsportunterricht
- Unterricht im Kartenspiel (z. B. Skat, Bridge)
- Yogaunterricht

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Kulturunterricht (s. 85.52.0)*

**85.52 Kulturunterricht**

**85.52.0 Kulturunterricht**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erteilung von Kunst-, Schauspiel- und Musikunterricht. Einheiten, die diese Art von Unterricht erteilen, können die Bezeichnung "Schule", "Studio" oder "Klasse" usw. tragen. Sie erteilen formal organisierten Unterricht, hauptsächlich für Hobby, Freizeitbeschäftigung oder Selbstentfaltung, die Unterweisung führt jedoch nicht zu einem beruflichen Abschluss, oder Hochschulabschluss.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeit von Klavierlehrerinnen und Klavierlehrern sowie sonstigen Musikunterricht
- Kunstunterricht
- Tanzunterricht und Tanzstudios
- Schauspielschulen (ohne Schauspielhochschulen)
- Kunstschulen (ohne Kunsthochschulen)
- Schulen für darstellende Kunst (ohne Kunsthochschulen)
- Fotoschulen (ohne gewerbliche Fotografie)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Fremdsprachenunterricht (s. 85.59.1)*

**85.53 Fahr- und Flugschulen**

**85.53.0 Fahr- und Flugschulen**

- Unterricht in Kraftfahr-, Flug-, Segel- und Bootsführerschulen, der nicht zu Zertifikaten und Führerscheinen zur beruflichen Nutzung führt

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Fahr-, Flug- und Schifffahrtsschulen für Berufskraftfahrerinnen und -fahrer, Berufsflugzeugführerinnen und -führer sowie Berufsschiffsführerinnen und -führer (s. 85.32.0)*

### 85.59 Sonstiger Unterricht a. n. g.

Diese Klasse umfasst:

- Unterricht, der sich keinem Bereich zuordnen lässt:
- akademischer Privatunterricht
- Lernzentren, die Nachhilfekurse anbieten
- professionelle Prüfungsvorbereitungskurse
- Sprach- und Konversationskurse
- Computerkurse
- Religionsunterricht
- Rettungsschwimmerausbildung
- Überlebenstraining
- Rhetorikkurse
- Schnellesekurse

Diese Klasse umfasst nicht:

- *Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene (s. 85.20.0)*
- *allgemein bildende weiterführende Schulen (s. 85.31.1 und .2)*
- *berufsbildende weiterführende Schulen (s. 85.32.0)*
- *tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht (s. Gruppe 85.4)*

#### 85.59.1 Allgemeine und politische Erwachsenenbildung

Diese Unterklasse umfasst:

- allgemeine Erwachsenenbildung, d. h. Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems, der in Tages- oder Abendkursen in Schulen oder in besonderen Einrichtungen (Volkshochschulen usw.) für Erwachsene erteilt wird

#### 85.59.2 Berufliche Erwachsenenbildung

Diese Unterklasse umfasst:

- berufliche Erwachsenenbildung, d. h. Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems, der in Tages- oder Abendkursen in Schulen oder in besonderen Einrichtungen für Erwachsene erteilt wird

#### 85.59.9 Unterricht a. n. g.

**85.6 Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht**

**85.60 Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht**

**85.60.0 Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht**

Diese Unterklasse umfasst:

- Erbringung von Dienstleistungen zur Unterstützung von Unterrichtstätigkeiten oder -systemen:
  - Beratungsdienste für Ausbildungsorientierung
  - Bewertung von Prüfungsergebnissen
  - Durchführung von Prüfungen
  - Organisation von Studentenaustauschprogrammen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften (s. 72.20.0)*
- *öffentliche Verwaltung in Bezug auf Erziehung und Unterricht (s. 84.12.0)*



### **Q Gesundheits- und Sozialwesen**

Dieser Abschnitt umfasst die Erbringung von Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Die Tätigkeiten reichen von der medizinischen Versorgung durch medizinische Fachkräfte in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen über stationäre Pflegeleistungen mit einem gewissen Anteil an medizinischer Versorgung bis hin zu Tätigkeiten des Sozialwesens ohne Beteiligung medizinischer Fachkräfte.

#### **86 Gesundheitswesen**

Diese Abteilung umfasst die Tätigkeiten von Akut- und Langzeitkrankenhäusern, allgemeinen oder Fachkliniken, chirurgischen, psychiatrischen und Suchtkrankenhäusern, Sanatorien, Einrichtungen der Präventivmedizin, Heil- und Pflegeanstalten, Rehazentren, Leprakliniken und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die über Unterbringungsmöglichkeiten verfügen und die in der Diagnose sowie der medizinischen Behandlung von Patientinnen und Patienten mit einer großen Bandbreite heilkundlicher Therapien tätig sind. Die Abteilung umfasst ferner Konsultations- und Behandlungstätigkeiten von praktischen Ärztinnen und Ärzten bzw. Fachärztinnen und Fachärzten. Eingeschlossen sind auch allgemeine und spezielle Zahn-, Mund- und Kieferbehandlung und Kieferorthopädie. Zudem umfasst diese Abteilung alle humanmedizinischen bzw. heilkundlichen Tätigkeiten, die nicht in Krankenhäusern oder von Ärztinnen und Ärzten bzw. psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten, sondern von Angehörigen der Gesundheitsfachberufe, die die rechtliche Befähigung zur Behandlung von Patientinnen und Patienten besitzen, ausgeübt werden.

##### **86.1 Krankenhäuser**

##### **86.10 Krankenhäuser**

##### **86.10.1 Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)**

Diese Unterklasse umfasst:

- medizinische Tätigkeiten, Diagnose und Behandlung, in Allgemeinkrankenhäusern (z. B. kommunalen oder Landeskrankenhäusern, gemeinnützigen Krankenhäusern, Militär- und Gefängniskrankenhäusern) und Fachkliniken (z. B. Suchtkrankenhäusern, Fachkliniken für Infektionskrankheiten, Entbindungskliniken), ohne Hochschul-, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken

Die Tätigkeiten werden im Wesentlichen im Rahmen einer stationären Behandlung von Patientinnen und Patienten unter unmittelbarer ärztlicher Leitung ausgeübt und umfassen:

- Tätigkeiten von Ärztinnen und Ärzten und Angehörigen der Gesundheitsfachberufe
- Labor- und technische Dienste wie radiologische und Anästhesiedienste
- Leistungen von Notfallambulanzen
- Leistungen von Operationssälen und Krankenhausapotheken, Essenszubereitung und sonstige Krankenhausleistungen
- Leistungen von Zentren für Familienplanung, die medizinische Behandlungen wie Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch vornehmen, mit Unterbringung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Labortests und Untersuchung aller Arten von Materialien und Erzeugnissen mit Ausnahme von medizinischen Tests und Untersuchungen (s. 71.20.0)*
- *Veterinärwesen (s. 75.00.1 bis .9)*
- *medizinische Betreuung von Angehörigen der Streitkräfte im Einsatz (s. 84.22.0)*
- *Tätigkeiten von Zahnarztpraxen allgemeiner oder spezieller Natur, z. B. allgemeine Zahnheilkunde, endodontische und pädiatrische Zahnheilkunde, Oralpathologie, Kieferorthopädie (s. 86.23.0)*
- *Konsultation von stationären Patientinnen und Patienten durch Privatärzte (s. Gruppe 86.2)*
- *Tätigkeiten von medizinischen Laboren (s. 86.90.9)*
- *Rettungsdienste und Krankentransport (s. 86.90.9)*
- *Beratung im Bereich Familienplanung ohne medizinische Behandlung (s. 88.99.0)*

### 86.10.2 Hochschulkliniken

Diese Unterklasse umfasst:

- medizinische Tätigkeiten, Diagnose und Behandlung, in Universitätskliniken

Die Tätigkeiten werden im Wesentlichen im Rahmen einer stationären Behandlung von Patientinnen und Patienten unter unmittelbarer ärztlicher Leitung ausgeübt und umfassen:

- Tätigkeiten von Ärztinnen und Ärzten und Angehörigen der Gesundheitsfachberufe
- Labor- und technische Dienste wie radiologische und Anästhesiedienste
- Leistungen von Notfallambulanzen
- Leistungen von Operationssälen und Krankenhausapotheken, Essenszubereitung und sonstige Krankenhausleistungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Labortests und Untersuchung aller Arten von Materialien und Erzeugnissen mit Ausnahme von medizinischen Tests und Untersuchungen (s. 71.20.0)*
- *Veterinärwesen (s. 75.00.1 bis .9)*
- *medizinische Betreuung von Angehörigen der Streitkräfte im Einsatz (s. 84.22.0)*
- *Tätigkeiten von Zahnarztpraxen allgemeiner oder spezieller Natur, z. B. allgemeine Zahnheilkunde, endodontische und pädiatrische Zahnheilkunde, Oralpathologie, Kieferorthopädie (s. 86.23.0)*
- *Konsultation von stationären Patientinnen und Patienten durch Privatärzte (s. Gruppe 86.2)*
- *Tätigkeiten von medizinischen Laboren (s. 86.90.9)*
- *Rettungsdienste und Krankentransport (s. 86.90.9)*

### 86.10.3 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken

Diese Unterklasse umfasst:

- Einrichtungen, die der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern oder zu festigen, auch mit dem Ziel, einer drohenden Behinderung vorzubeugen, eine Behinderung zu beseitigen, zu bessern oder eine Verschlimmerung zu verhüten oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern (Rehabilitation), fachlich medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, zu verbessern und den Patientinnen und Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte zu helfen, und in denen die Patientinnen und Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

Hier eingeordnet werden kurz- oder langfristige Tätigkeiten der Sanatorien, Einrichtungen der Präventivmedizin, Heil- und Pflegeanstalten, Rehabilitationszentren und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die für die Aufnahme von Patientinnen und Patienten ausgerüstet sind. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die stationäre Behandlung unter unmittelbarer ärztlicher Verantwortung.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Labortests und Untersuchung aller Arten von Materialien und Erzeugnissen mit Ausnahme von medizinischen Tests und Untersuchungen (s. 71.20.0)*
- *Veterinärwesen (s. 75.00.1 bis .9)*
- *medizinische Betreuung von Angehörigen der Streitkräfte im Einsatz (s. 84.22.0)*
- *Tätigkeiten von Zahnarztpraxen allgemeiner oder spezieller Natur, z. B. allgemeine Zahnheilkunde, endodontische und pädiatrische Zahnheilkunde, Oralpathologie, Kieferorthopädie (s. 86.23.0)*
- *Konsultation von stationären Patientinnen und Patienten durch Privatärzte (s. Gruppe 86.2)*
- *Tätigkeiten von medizinischen Laboren (s. 86.90.9)*
- *Rettungsdienste und Krankentransport (s. 86.90.9)*

## **86.2 Arzt- und Zahnarztpraxen**

Diese Gruppe umfasst Konsultation und Behandlung durch Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner, praktische Ärztinnen und Ärzte sowie Fachärztinnen und Fachärzte, einschließlich Chirurginnen und Chirurgen, Zahnärztinnen und Zahnärzte usw.

Diese Tätigkeiten werden entweder in Einzel- oder Gemeinschaftspraxen, in Krankenhausambulanzen oder in Kliniken, die z. B. Unternehmen, Schulen, Altersheimen, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind, oder im Hause der Patientinnen und Patienten ausgeübt.

### **86.21 Arztpraxen für Allgemeinmedizin**

#### **86.21.0 Arztpraxen für Allgemeinmedizin**

Diese Unterklasse umfasst:

- allgemeinmedizinische Konsultation und Behandlung durch praktische Ärztinnen und Ärzte sowie Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- stationäre Behandlung in Krankenhäusern (s. 86.10.1 bis .3)
- Tätigkeiten von Angehörigen der Gesundheitsfachberufe wie Hebammen, Entbindungshelfer, Krankenschwestern und -pfleger, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten (s. 86.90.2, 86.90.9)

### **86.22 Facharztpraxen**

#### **86.22.0 Facharztpraxen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Konsultation und Behandlung durch Fachärztinnen und Fachärzte (ohne solche für Allgemeinmedizin)
- in Ambulatorien durchgeführte Behandlungen wie Dialyse, Chemotherapie, Insulintherapie, Behandlungen der Atemwege, Bestrahlungen usw.
- Leistungen von Zentren für Familienplanung, die medizinische Behandlungen wie Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch vornehmen, ohne Unterbringung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- stationäre Behandlung in Krankenhäusern (s. 86.10.1 und .2)
- heilkundliche Tätigkeiten von psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (s. 86.90.1)
- Tätigkeiten von Angehörigen der Gesundheitsfachberufe wie Hebammen, Entbindungshelfer, Krankenschwestern und -pfleger, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten (s. 86.90.2, 86.90.9)
- Heilpraktikerpraxen (s. 86.90.3)
- Beratung im Bereich Familienplanung ohne medizinische Behandlung (s. 88.99.0)

### 86.23 Zahnarztpraxen

#### 86.23.0 Zahnarztpraxen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten in Zahnarztpraxen allgemeiner oder spezieller Natur, z. B. allgemeine Zahnheilkunde, endodontische und pädiatrische Zahnheilkunde, Oralpathologie
- Kieferorthopädie
- Kieferchirurgie

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Herstellung von Zahnersatz in zahntechnischen Laboratorien (s. 32.50.3)
- stationäre Behandlung in Krankenhäusern (s. 86.10.1 und .2)
- Tätigkeiten von selbstständig tätigem zahnmedizinischem Hilfspersonal wie Fachkräften für Dentalhygiene (s. 86.90.9)

### 86.9 Gesundheitswesen a. n. g.

#### 86.90 Gesundheitswesen a. n. g.

##### 86.90.1 Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten

Diese Unterklasse umfasst:

- heilkundliche Tätigkeiten von Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten, die nicht in Krankenhäusern ausgeübt werden. Diese Leistungen können sowohl in Gesundheitszentren, die Unternehmen, Schulen, Altenheimen, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind, sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen (mit Unterbringung) oder eigenen Behandlungsräumen, im Hause der Patientinnen und Patienten oder anderweitig erbracht werden.

##### 86.90.2 Massagepraxen, Krankengymnastikpraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen

Diese Unterklasse umfasst:

- humanmedizinische Tätigkeiten, die nicht in Krankenhäusern oder von Ärztinnen und Ärzten, sondern von Angehörigen der paramedizinischen Berufe, die die rechtliche Befähigung zur Behandlung von Patientinnen und Patienten besitzen, ausgeübt werden. Hier eingeordnet werden z. B. Tätigkeiten von Hebammen, Entbindungshelfern, Physiotherapeutinnen, Physiotherapeuten und anderen Fachkräften auf den Gebieten Optometrie, Hydrotherapie, medizinische Massage. Diese Leistungen können sowohl in Gesundheitszentren, die Unternehmen, Schulen, Altenheimen, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind, sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen (mit Unterbringung) oder eigenen Behandlungsräumen, im Hause der Patientinnen und Patienten oder anderweitig erbracht werden.

### 86.90.3 Heilpraktikerpraxen

Diese Unterklasse umfasst:

- humanmedizinische Tätigkeiten von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern. Diese Leistungen können sowohl in Gesundheitszentren, die Unternehmen, Schulen, Altenheimen, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind, sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen (mit Unterbringung) oder eigenen Behandlungsräumen, im Hause der Patientinnen und Patienten oder anderweitig erbracht werden. Hier eingeordnet werden auch Tätigkeiten von Fachkräften für Homöopathie, Chiropraktik, Akupunktur usw.

### 86.90.9 Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen

Diese Unterklasse umfasst:

- alle übrigen humanmedizinischen Tätigkeiten, die nicht in Krankenhäusern oder von Ärztinnen und Ärzten, sondern von Angehörigen der paramedizinischen Berufe, die die rechtliche Befähigung zur Behandlung von Patientinnen und Patienten besitzen, ausgeübt werden. Hier eingeordnet werden auch Tätigkeiten von Krankenschwestern, Krankenpflegern, Fachkräften für Ergotherapie, Sprachtherapie (Logopädie), medizinische Fußpflege (Podologie) usw. Diese Leistungen können sowohl in Gesundheitszentren, die Unternehmen, Schulen, Altenheimen, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind, sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen (mit Unterbringung) oder eigenen Behandlungsräumen, im Hause der Patientinnen und Patienten oder anderweitig erbracht werden.
- Tätigkeiten von zahnärztlichem Hilfspersonal wie Zahntherapeutinnen und -therapeuten, in Schulen tätigen Zahnarthelferinnen und -helfern sowie Dentalhygienikerinnen und Dentalhygienikern, die außerhalb von Zahnarztpraxen arbeiten können, aber regelmäßig von Zahnärztinnen oder Zahnärzten überwacht werden
- Tätigkeiten von medizinischen Labors wie:
  - Röntgenlabors und andere Labors für diagnostische Bildgebung
  - Blutanalyselabors
- Tätigkeiten von Blut-, Samen- und Organbanken usw.
- Rettungsdienste und Krankentransport in Kranken- und Rettungswagen, Hubschraubern, Flugzeugen usw. Diese Leistungen werden häufig im Rahmen eines medizinischen Notfalleinsatzes erbracht.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Zahnersatz durch Zahntechnikerinnen und Zahntechniker (s. 32.50.3)*
- *Verlegung von Patientinnen und Patienten ohne lebensrettende Ausrüstung oder medizinisches Personal (s. Abteilungen 49, 50 und 51)*
- *nichtmedizinische Laboruntersuchungen (s. 71.20.0)*
- *Untersuchungen auf dem Gebiet der Lebensmittelhygiene (s. 71.20.0)*
- *Krankenhäuser (s. 86.10.1 und .2)*
- *Arzt- und Zahnarztpraxen (s. Gruppe 86.2)*
- *Pflegeheime (s. 87.10.0)*

### 87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)

Diese Abteilung umfasst die Unterbringung in Heimen in Kombination mit Pflege-, Beaufsichtigungs- oder anderen Betreuungsleistungen entsprechend den Anforderungen der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Tätigkeit besteht zu einem erheblichen Teil aus einem Mix von Gesundheits- und Sozialleistungen, wobei die Gesundheitsleistungen vorwiegend in Form pflegerischer Tätigkeiten erbracht werden.

#### 87.1 Pflegeheime

#### 87.10 Pflegeheime

##### 87.10.0 Pflegeheime

Diese Unterklasse umfasst:

- Einrichtungen, die der umfassenden Betreuung und Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Menschen dienen. Nach Anlage, Ausstattung und Personalbesetzung sind sie darauf ausgerichtet, verbliebene Kräfte der betroffenen Menschen mit ärztlicher Hilfe zu üben und zu erhalten sowie eine Besserung des Allgemeinzustandes, insbesondere durch aktivierende Pflege, herbeizuführen:
  - Altenpflegeheime
  - Genesungsheime mit Pflegekomponente
  - Erholungsheime mit Pflegekomponente
  - Pflegeeinrichtungen für Behinderte

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- häusliche Pflege durch medizinische Pflegefachkräfte (s. Abteilung 86)
- stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä. (s. 87.20.0)
- Altenheime ohne oder mit nur minimaler Pflegeleistung (s. 87.30.0)
- Sozialwesen mit Unterbringung wie Waisenhäuser, Kinderheime, Obdachlosenheime (s. 87.90.0)

#### 87.2 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.

#### 87.20 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.

#### **87.20.0 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Einrichtungen, die der umfassenden Betreuung und Versorgung von Menschen bei Entwicklungsverzögerung, Geisteskrankheit und Drogenmissbrauch dienen (ohne stationäre Krankenhauspflege). Die Pflegeeinrichtungen stellen Unterkunft und Verpflegung, Aufsicht zum Schutz der Heimbewohnerinnen und -bewohner und ein gewisses Maß an medizinischer Versorgung bereit.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von:
  - Einrichtungen zur Behandlung von Alkohol- und Drogensucht
  - psychiatrischen Genesungsheimen
  - betreuten Wohngruppen für psychisch instabile Menschen
  - Einrichtungen für Menschen mit verzögerter geistiger Entwicklung
  - betreuten Übergangseinrichtungen für psychisch kranke Menschen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *psychiatrische Krankenhäuser (s. Gruppe 86.1)*
- *Einrichtungen des Sozialwesens mit Unterbringung wie Obdachlosenheime (s. 87.90.0)*

#### **87.3 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime**

#### **87.30 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime**

#### **87.30.0 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime**

Diese Unterklasse umfasst die Unterbringung und Pflege von älteren und behinderten Menschen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen, und die nicht allein leben möchten, in Heimen. Dazu zählt üblicherweise die Unterbringung, Verpflegung, Aufsicht und Hilfe im täglichen Leben wie Haushaltsführung. Gelegentlich sind diesen Einheiten auch separate Pflegestationen angeschlossen.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von:
  - Altenheimen ohne oder mit geringfügigen Pflegeleistungen, in denen alte Menschen, die bei der Aufnahme zur Führung eines eigenen Haushalts nicht mehr im Stande, aber nicht pflegebedürftig sind, voll versorgt und betreut werden
  - Einrichtungen für betreutes Wohnen mit in sich abgeschlossener Wohnungen, die in Anlage und Ausstattung den besonderen Bedürfnissen alter oder behinderter Menschen Rechnung tragen und sie in die Lage versetzen sollen, möglichst lange ein selbstständiges Leben zu führen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von Altenpflegeheimen (s. 87.10.0)*



**87.9 Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)**

**87.90 Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)**

**87.90.0 Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)**

Diese Unterklasse umfasst:

- Unterbringung und Pflege von Menschen (außer Behinderten und älteren Menschen), die nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen, und die nicht allein leben möchten, in Heimen. Die Tätigkeiten werden entweder von staatlichen Stellen oder von privaten Organisationen ausgeübt.
- soziale Betreuung rund um die Uhr von Kindern und Personengruppen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, wobei jedoch medizinische Behandlung oder Erziehung und Ausbildung nicht im Vordergrund stehen:
  - Waisenhäuser
  - Kinderheime
  - Obdachlosenheime
  - Einrichtungen, die ledige Mütter und deren Kinder aufnehmen
  - betreute Übergangseinrichtungen für Menschen mit sozialen oder persönlichen Problemen
  - betreute Übergangseinrichtungen für Straftäterinnen und Straftäter
  - Erziehungsheime

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- Wohnheime für Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Berufstätige (s. 55.90.9)
- Finanzierung und Verwaltung von Sozialversicherungsprogrammen (s. 84.30.0)
- Tätigkeiten von Pflegeheimen (s. 87.10.0)
- stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä. (s. 87.20.0)
- Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime (s. 87.30.0)
- Adoptionstätigkeiten (s. 88.99.0)
- kurzfristige Unterbringung von Katastrophenopfern (s. 88.99.0)

**88 Sozialwesen (ohne Heime)**

Diese Abteilung umfasst anderweitig nicht genannte Tätigkeiten der sozialen Unterstützung von Bedürftigen. Nicht dazu zählen Unterbringungsleistungen, außer auf vorübergehender Basis.

**88.1 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter**

**88.10 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter**

**88.10.1 Ambulante soziale Dienste**

Diese Unterklasse umfasst:

- soziale, Beratungs-, Fürsorge- und ähnliche Dienstleistungen, die durch staatliche oder private Einrichtungen, landesweit bzw. auf lokaler Ebene tätige Selbsthilfeorganisationen, einschließlich Fachberatungsdiensten, für ältere Menschen und Behinderte in deren Wohnung oder anderweitig erbracht werden:
  - ambulante Pflege für ältere Menschen oder behinderte Erwachsene
  - Besuchsdienste für ältere Menschen und Behinderte

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Finanzierung und Verwaltung von Sozialversicherungsprogrammen (s. 84.30.0)
- ähnliche Aktivitäten wie die in dieser Klasse aufgeführten, jedoch mit Unterbringung (s. 87.30.0)
- Tagesbetreuung von behinderten Kindern (s. 88.91.0)

**88.10.2 Sonstige soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter**

Diese Unterklasse umfasst:

- soziale, Beratungs-, Fürsorge-, Weitervermittlungs- und ähnliche Dienstleistungen, die durch staatliche oder private Einrichtungen, landesweit bzw. auf lokaler Ebene tätige Selbsthilfeorganisationen, einschließlich Fachberatungsdiensten, für ältere Menschen und Behinderte erbracht werden:
  - Tagespflege für ältere Menschen oder behinderte Erwachsene
  - berufliche Rehabilitation sowie Qualifikationsmaßnahmen für Behinderte, sofern der Ausbildungsaspekt nicht im Vordergrund steht

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Finanzierung und Verwaltung von Sozialversicherungsprogrammen (s. 84.30.0)
- ähnliche Aktivitäten wie die in dieser Klasse aufgeführten, jedoch mit Unterbringung (s. 87.30.0)
- Tagesbetreuung von behinderten Kindern (s. 88.91.0)

### **88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)**

#### **88.91 Tagesbetreuung von Kindern**

##### **88.91.0 Tagesbetreuung von Kindern**

Diese Unterklasse umfasst auch:

- Tagesbetreuung von Schulkindern einschließlich Tagesbetreuung von behinderten Kindern

#### **88.99 Sonstiges Sozialwesen a. n. g.**

##### **88.99.0 Sonstiges Sozialwesen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- soziale, Beratungs-, Fürsorge-, Flüchtlingsbetreuungs-, Weitervermittlungs- und ähnliche Dienstleistungen, die durch staatliche oder private Einrichtungen, Katastrophenhilfswerke, landesweit bzw. auf lokaler Ebene tätige Selbsthilfeorganisationen, einschließlich Fachberatungsdienste, für Einzelpersonen und Familien in deren Wohnung oder anderweitig erbracht werden:
- Betreuung und Beratung von Kindern und Jugendlichen
- Adoptionstätigkeiten, Maßnahmen zur Verhütung von Kindesmisshandlungen usw.
- Haushaltsgeldberatung, Ehe- und Familienberatung, Schuldnerberatung
- Gemeinschafts- und Nachbarschaftshilfe
- Hilfe für Katastrophenopfer, Flüchtlinge, Einwanderer usw. einschließlich vorübergehender oder längerfristiger Unterbringung
- berufliche Rehabilitation sowie Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose, sofern der Ausbildungsaspekt nicht im Vordergrund steht
- Feststellung der Anspruchsberechtigung im Zusammenhang mit Sozialhilfe, Mietzuschüssen oder Essensmarken
- Tagesstätten für Obdachlose und andere sozial schwache Gruppen
- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen oder andere Hilfsmaßnahmen im Sozialbereich

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *freiwillige Sozialversicherung (s. 65.12.1, 65.30.0)*
- *Finanzierung und Verwaltung von staatlichen Sozialversicherungsprogrammen (s. 84.30.0)*
- *Tagesbetreuung von Kindern (s. 88.91.0)*

## **R Kunst, Unterhaltung und Erholung**

Dieser Abschnitt umfasst Tätigkeiten, die die verschiedenen kulturellen, Unterhaltungs- und Freizeitinteressen der breiten Öffentlichkeit abdecken, einschließlich Durchführung von Liveauftritten, Betrieb von Museen, Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, sportliche und Freizeitaktivitäten.

### **90 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten**

Diese Abteilung umfasst den Betrieb von Einrichtungen und die Erbringung von Dienstleistungen zur Befriedigung der kulturellen und Unterhaltungsinteressen ihrer Kunden. Dazu zählt die Produktion und Förderung von und die Teilnahme an Liveauftritten, Veranstaltungen oder Ausstellungen sowie die Bereitstellung künstlerischer, kreativer oder technischer Fachkenntnisse für die Herstellung von Kunstwerken und die Durchführung von Liveauftritten.

*Diese Abteilung umfasst nicht:*

- Verlagswesen (s. Abteilung 58)
- Herstellung, Nachbearbeitung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Videofilmen (s. 59.11.0, 59.12.0 und 59.13.0)
- Filmvorführung (s. 59.14.0)
- Ausstrahlung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen (s. 60.10.0 und 60.20.0)
- Betrieb von Museen, historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen, botanischen und zoologischen Gärten, Naturparks (s. Abteilung 91)
- Spiel-, Wett- und Lotteriewesen (s. 92.00.1 bis .3)
- Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung (s. Abteilung 93)

### **90.0 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten**

Diese Gruppe umfasst die bildende und darstellende Kunst und damit verbundene Tätigkeiten.

#### **90.01 Darstellende Kunst**

##### **90.01.1 Theaterensembles**

Diese Unterklasse umfasst:

- Produktion und Aufführung von Theaterstücken, Opern u. Ä.
- Tätigkeiten von Theaterensembles oder Schauspielgruppen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)
- Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen (s. 90.04.1 bis .3)

### 90.01.2 Ballettgruppen, Orchester, Kapellen und Chöre

Diese Unterklasse umfasst:

- Produktion und Aufführung von Konzerten, tänzerischen und sonstigen Bühnendarbietungen:
- Tätigkeiten von Musik- und Tanzensembles, Orchestern, Kapellen oder Chören

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)
- Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen (s. 90.04.1 bis .3)

### 90.01.3 Selbstständige Artistinnen und Artisten, Zirkusgruppen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten einzelner Artistinnen und Artisten, wie Akrobatinnen und Akrobaten, Domteusen und Domteure, Illusionistinnen und Illusionisten, Clowns, Kunstschützzinnen und -schützen
- Tätigkeiten von Zirkusgruppen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)
- Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen (s. 90.04.1 bis .3)

### 90.01.4 Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten einzelner Künstlerinnen und Künstler wie Schauspielerinnen und Schauspieler, Tänzerinnen und Tänzer, Dirigentinnen und Dirigenten, Musikerinnen und Musiker, Vortragende oder Sprecherinnen und Sprecher

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)
- Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen (s. 90.04.1 bis .3)

**90.02 Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst**

**90.02.0 Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst**

Diese Unterklasse umfasst:

- mit der Produktion und Aufführung von Theaterstücken, Opern, Konzerten, tänzerischen und sonstigen Bühnendarbietungen verbundene Tätigkeiten:
- Tätigkeiten von Regisseurinnen und Regisseuren, Produzentinnen und Produzenten, Bühnenbildnerinnen und Bühnenbildnern, Bühnenarbeiterinnen und Bühnenarbeitern, Beleuchterinnen und Beleuchtern usw.
- Tätigkeiten von Produzenten oder Organisatoren von künstlerischen Liveveranstaltungen, mit oder ohne Bereitstellung von Einrichtungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Interior Design* (s. 74.10.3)
- *Künstleragenturen* (s. 74.90.0)
- *Rollenbesetzung* (s. 78.10.0)
- *Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen* (s. 90.04.1 bis .3)

**90.03 Künstlerisches und schriftstellerisches Schaffen**

**90.03.1 Selbstständige Komponistinnen, Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter**

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tonstudios* (s. 59.20.1)
- *Orchester, Kapellen und Chöre* (s. 90.01.2)
- *Tätigkeiten einzelner Musikerinnen und Musiker* (s. 90.01.4)

**90.03.2 Selbstständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten einzelner Künstlerinnen und Künstler, wie Sachbuchautorinnen und Sachbuchautoren, Belletristinnen und Belletristen, Biografinnen und Biografen, Dichterinnen und Dichter, Drehbuchautorinnen und Drehbuchautoren, Librettistinnen und Librettisten, usw., einschließlich Schreiben von technischen Texten, Dokumentationen usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von selbstständigen Journalistinnen und Journalisten* (s. 90.03.5)

### 90.03.3 Selbstständige bildende Künstlerinnen und Künstler

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten einzelner Künstlerinnen und Künstler wie Bildhauerinnen und Bildhauer, Malerinnen und Maler, Zeichnerinnen und Zeichner, Graveurinnen und Graveure, Radiererinnen und Radierer usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Herstellung von Statuen, außer von künstlerischen Originalwerken (s. 23.70.0)*
- *Grafik-Design (s. 74.10.2)*
- *Restaurierung von Kunstwerken wie Gemälden usw. (s. 90.03.4)*
- *Restaurierung von Möbeln (ohne Museumsstücke) (s. 95.24.0)*

### 90.03.4 Selbstständige Restauratorinnen und Restauratoren

Diese Unterklasse umfasst:

- Restaurierung von Kunstwerken wie Gemälden usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Restaurierung von Orgeln und historischen Musikinstrumenten (s. 33.19.0)*
- *Restaurierung von Fotos (s. 74.20.2)*
- *Restaurierung von Möbeln (ohne Museumsstücke) (s. 95.24.0)*

### 90.03.5 Selbstständige Journalistinnen und Journalisten, Pressefotografinnen und Pressefotografen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Journalistinnen und Journalisten
- Tätigkeiten von Pressefotografinnen und Pressefotografen, sofern sie ihre Fotos selbst mit Textberichten versehen und die Textberichterstattung im Vordergrund steht

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von Fotojournalistinnen und Fotojournalisten, bei denen die fotografische Arbeit im Vordergrund steht (s. 74.20.1)*
- *Tätigkeiten von selbstständigen Schriftstellerinnen und Schriftsteller (s. 90.03.2)*
- *Herstellung und Nachbearbeitung von Filmen und Videofilmen (s. 59.11.0 und 59.12.0)*

**90.04 Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen**

**90.04.1 Theater- und Konzertveranstalter**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Theaterveranstaltern, Varieté- und Kleinkunstveranstaltern, Konzert- und Ballettveranstaltern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Kinos (s. 59.14.0)
- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Tätigkeiten von Vorverkaufsstellen (s. 79.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)

**90.04.2 Opern- und Schauspielhäuser, Konzerthallen und ähnliche Einrichtungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Opern- und Operettenhäusern, Musicaltheatern, Konzertsälen, Schauspielhäusern u. ä. Einrichtungen für künstlerische Darbietungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Kinos (s. 59.14.0)
- Künstleragenturen (s. 74.90.0)
- Tätigkeiten von Vorverkaufsstellen (s. 79.90.0)
- Rollenbesetzung (s. 78.10.0)

**90.04.3 Varietés und Kleinkunsthöhlen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Varietés und Kleinkunsthöhlen u. ä. Einrichtungen für künstlerische Darbietungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Kinos (s. 59.14.0)
- Tätigkeiten von Vorverkaufsstellen (s. 79.90.0)



### 91 Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten

Diese Abteilung umfasst den Betrieb von Bibliotheken und Archiven, Museen aller Art, botanischen und zoologischen Gärten; historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen und Naturparks. Sie umfasst ferner den Erhalt und die Ausstellung von Gegenständen, Stätten und Naturwundern von historischem, kulturellem oder pädagogischem Interesse (z. B. Stätten des Weltkulturerbes usw.).

#### 91.0 Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten

##### 91.01 Bibliotheken und Archive

##### 91.01.0 Bibliotheken und Archive

Diese Unterklasse umfasst:

- Dokumentations- und Informationstätigkeiten von Bibliotheken aller Art, Lese-, Hör- und Schausälen und öffentlichen Archiven, die für die Allgemeinheit oder einen besonderen Benutzerkreis wie Studentinnen, Studenten, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Personal oder Mitglieder erbracht werden, sowie Betrieb von staatlichen Archiven:
- Sammlung von besonderen oder allgemeinen Beständen
- Katalogisierung von Sammlungen
- Ausleihen und Lagern von Büchern, Landkarten, Zeitschriften, Filmen, Schallplatten, Bändern, Kunstwerken usw.
- Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit der Auffindung bestimmter Werke usw.
- Bildagenturen und Filmarchive

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Verleih von Filmen, Videobändern, DVDs und ähnlichen Produkten an Kinos, Fernsehnetzbetreiber und -sender sowie Vorführer (s. 59.13.0)
- Videotheken (s. 77.22.0)

##### 91.02 Museen

##### 91.02.0 Museen

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Museen aller Art:
- Kunstmuseen, Museen für Schmuck, Möbel, Kostüme, Keramik, Silberwaren
- naturgeschichtliche, wissenschaftliche und technische Museen, historische Museen einschließlich Militärmuseen
- sonstige spezialisierte Museen
- Freilichtmuseen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Tätigkeiten von kommerziellen Kunstgalerien (s. 47.78.3)
- Restaurierung von Kunstwerken und Museumsstücken (s. 90.03.4)
- Tätigkeiten von Bibliotheken und Archiven (s. 91.01.0)

**91.03 Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen**

**91.03.0 Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb und Erhalt von historischen Stätten und Gebäuden

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Renovierung und Restaurierung historischer Stätten und Gebäude (s. Abschnitt F)
- Restaurierung von Kunstwerken und Museumsstücken (s. 90.03.4)

**91.04 Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks**

**91.04.0 Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von botanischen und zoologischen Gärten einschließlich Kinderzoos (Streichelzoos)
- Betrieb von Naturparks einschließlich Erhaltung wild lebender Pflanzen und Tiere usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Garten- und Landschaftsbau (s. 81.30.1)
- Betrieb von Fisch- und Jagdrevieren für Sportfischerei und -jagd (s. 93.19.0)

**92 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen**

Diese Abteilung umfasst den Betrieb von Glücksspielstätten wie Casinos, Bingohallen, Videospielterminals, sowie die Erbringung von Wettdienstleistungen wie Verkauf von Lotterielosen, Durchführung von Lotterien und Rennwetten (in Wettbüros außerhalb von Rennbahnen).

**92.0 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen**

**92.00 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen**

**92.00.1 Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten**

Diese Unterklasse umfasst folgende Tätigkeiten des Spiel-, Wett- und Lotteriewesens:

- Betrieb von Münzspielautomaten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Betrieb von Münzspielen ohne Gewinnmöglichkeit zum Zweck der Unterhaltung (s. 93.29.0)

### 92.00.2 Spielbanken und Spielklubs

Diese Unterklasse umfasst folgende Tätigkeiten des Spiel-, Wett- und Lotteriewesens:

- Betrieb von Spielcasinos einschließlich "schwimmenden Spielcasinos"
- Betrieb von virtuellen Spielseiten im Rahmen des Spiel-, Wett- und Lotteriewesens

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Münzspielautomaten (s. 92.00.1)*
- *Betrieb von Münzspielen ohne Gewinnmöglichkeit zum Zweck der Unterhaltung (s. 93.29.0)*

### 92.00.3 Wett-, Toto- und Lotteriewesen

Diese Unterklasse umfasst folgende Tätigkeiten des Spiel-, Wett- und Lotteriewesens:

- Verkauf von Lotterielosen
- Tätigkeiten von Buchmachern und andere Wetttätigkeiten
- Betrieb von Wettbüros außerhalb von Rennbahnen

**93 Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung**

Diese Abteilung umfasst die Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung (ohne Betrieb von Museen, historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen, botanische und zoologische Gärten, Naturschutz, Spiel-, Lotterie- und Wettwesen).

**93.1 Erbringung von Dienstleistungen des Sports**

Diese Gruppe umfasst den Betrieb von Sportanlagen; Mannschaften und Sportvereine, deren Haupttätigkeit darin besteht, vor einem zahlenden Publikum an Sportveranstaltungen teilzunehmen; Tätigkeiten von Einzelathleten, die vor einem zahlenden Publikum an Sport- oder Rennveranstaltungen teilnehmen; Tätigkeiten von Besitzerinnen und Besitzern von Autos, Hunden, Pferden usw., die mit diesen an Rennen oder Sportveranstaltungen mit Zuschauerinnen und Zuschauern teilzunehmen; Tätigkeiten von Sporttrainerinnen und Sporttrainern, die spezielle Dienstleistungen zur Unterstützung von Sportlerinnen und Sportlern bei Sportveranstaltungen oder Wettkämpfen erbringen; Betrieb von Sportanlagen; sonstige Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Organisation und dem Management von und der Förderung von Sportveranstaltungen, a. n. g.

**93.11 Betrieb von Sportanlagen**

**93.11.0 Betrieb von Sportanlagen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb von Anlagen für Sportveranstaltungen, die im Freien oder in Gebäuden stattfinden (diese Anlagen können offen, geschlossen oder lediglich überdacht und mit Zuschauersitzplätzen ausgestattet sein):
  - Fußball-, Hockey-, Cricket- und Rugbystadien
  - Rennbahnen für Auto-, Hunde- oder Pferderennen
  - Schwimmbäder und -stadien
  - Leichtathletikstadien
  - Wintersportarenen und -stadien
  - Eishockeystadien
  - Boxstadien
  - Golfplätze
  - Bowlingbahnen
- Durchführung von Sportveranstaltungen im Freien oder in der Halle im Rahmen des Profi- oder Amateursports durch Vereinigungen, in deren eigenen Einrichtungen

Diese Unterklasse umfasst das Management dieser Einrichtungen und die Bereitstellung von Betriebspersonal.

## Abschnitt R: Kunst, Unterhaltung und Erholung

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Skiliften (s. 49.39.9)*
- *Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten (s. 77.21.0)*
- *Fitnesszentren (s. 93.13.0)*
- *Tätigkeiten in Parks und an Stränden im Zusammenhang mit Sport, Erholung und Freizeit (s. 93.29.0)*

### 93.12 Sportvereine

#### 93.12.0 Sportvereine

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Sportvereinen, die ihren Mitgliedern sportliche Aktivitäten ermöglichen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um professionelle, halbprofessionelle oder Amateurvereine handelt:
- Fußballvereine
- Bowlingvereine
- Schwimmvereine
- Golfclubs
- Boxvereine
- Wintersportvereine
- Schachclubs
- Leichtathletikvereine
- Schießvereine, usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sportunterricht durch Einzeltrainerinnen und Einzeltrainer (s. 85.51.0)*
- *Betrieb von Sportanlagen (s. 93.11.0)*
- *Durchführung von Sportveranstaltungen im Freien oder in der Halle im Rahmen des Profi- oder Amateursports durch Sportvereine, in deren eigenen Einrichtungen (s. 93.11.0)*

### 93.13 Fitnesszentren

#### 93.13.0 Fitnesszentren

Diese Unterklasse umfasst:

- Fitness- und Bodybuildingclubs und -einrichtungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Sportunterricht durch Einzeltrainerinnen und Einzeltrainer (s. 85.51.0)*

**93.19 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen des Sports**

**93.19.0 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen des Sports**

Diese Unterklasse umfasst:

- Durchführung und Förderung von Sportveranstaltungen, mit oder ohne Bereitstellung von Sportanlagen
- Tätigkeiten von selbstständigen Einzelsportlerinnen, Einzelsportlern, Schiedsrichterinnen, Schiedsrichtern, Zeitnehmerinnen, Zeitnehmern usw.
- Tätigkeiten von Sportligen und Regulierungsstellen
- mit der Förderung von Sportveranstaltungen verbundene Tätigkeiten
- Betrieb von Rennställen
- Betrieb von Fisch- und Jagdrevieren für Sportfischerei und -jagd
- Tätigkeiten von Bergführerinnen und Bergführern
- Tierdressur für Sport- und Unterhaltung
- Erbringung von Dienstleistungen für Sportfischerei und Sportjagd, Sporttauchen, Fallschirmspringen, Drachenfliegen u. a. Sportarten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Sportausrüstung (s. 77.21.0)
- Tätigkeiten von Sport- und Spielschulen (s. 85.51.0)
- Tätigkeiten von Einzel-Sportlehrerinnen, Einzel-Sportlehrern, Einzeltrainerinnen, Einzeltrainern, Einzelbetreuerinnen und Einzelbetreuern (s. 85.51.0)
- Durchführung von Sportveranstaltungen im Freien oder in der Halle im Rahmen des Profi- oder Amateursports durch Sportvereine, mit oder ohne Bereitstellung von eigenen Einrichtungen (s. 93.11.0 und 93.12.0)
- Tätigkeiten in Parks und an Stränden im Zusammenhang mit Sport, Erholung und Freizeit (s. 93.29.0)

**93.2 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung**

Diese Gruppe umfasst anderweitig nicht genannte Tätigkeiten von Einheiten, die Einrichtungen betreiben oder Dienstleistungen erbringen, um den Bedarf ihrer Kunden an verschiedenen Freizeitaktivitäten zu decken. Sie umfasst den Betrieb einer Vielzahl von Attraktionen wie Fahrgeschäfte, Wasserbahnen, Spiele, Shows, Themenausstellungen und Picknickplätze, von Yachthäfen, Skipisten, Tanzdielen ohne Ausschank von Getränken usw.

**93.21 Vergnügungs- und Themenparks**

**93.21.0 Vergnügungs- und Themenparks**

Diese Unterklasse umfasst:

- Vergnügungs- und Themenparks. Sie umfasst den Betrieb einer Vielzahl von Attraktionen wie Fahrgeschäfte, Wasserbahnen, Spiele, Shows, Themenausstellungen und Picknickplätze

### 93.29 Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.

#### 93.29.0 Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- anderweitig nicht genannte Tätigkeiten im Zusammenhang mit Unterhaltung und Freizeit (ausgenommen Vergnügungs- und Themenparks):
  - Betrieb von Münzspielen
  - Tätigkeiten von Freizeit- und Erholungsparks (ohne Unterbringung)
  - Betrieb von Verkehrseinrichtungen für Freizeit- und Erholungszwecke, z. B. Yachthäfen
  - Betrieb von Skipisten
  - Verleih von Ausrüstungen für Vergnügungs- und Freizeitzwecke als Teil von Erholungs- und Freizeitaktivitäten
  - Betrieb von Schauen und Messen mit Freizeit- und Erholungscharakter
  - Strandaktivitäten, einschließlich Vermietung von Umkleideräumen, Schließfächern, Liegestühlen usw.
  - Betrieb von Tanzdielen (ohne Ausschank von Getränken)
- Produktion oder Organisation von Liveveranstaltungen, ohne künstlerische und sportliche Veranstaltungen, mit oder ohne Bereitstellung von Einrichtungen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Betrieb von Standseilbahnen, Seilschwebebahnen und Skiliften (s. 49.39.9)*
- *Durchführung von Angeltouren (s. 50.10.0 und 50.30.0),*
- *Bereitstellung von Plätzen und Einrichtungen für die kurzzeitige Beherbergung von Gästen in Freizeitparks, Erholungsgebieten und auf Campingplätzen (s. 55.30.0)*
- *Betrieb von Caravanparks und Freizeitcamps, Camps für Fischer und Jäger und Campingplätzen (s. 55.30.0)*
- *Diskotheken (s. 56.30.2)*
- *darstellende Kunst, wie Schauspielkunst, Musik und andere Künste und Unterhaltungstätigkeiten, wie Produktion und Aufführung von Theaterstücken, Konzerten, Opern, tänzerischen und sonstigen Bühnendarbietungen, Tätigkeiten von Zirkustruppen (s. Abteilung 90)*
- *Betrieb von Münzspielautomaten (s. 92.00.1)*

## **S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen**

Dieser Abschnitt umfasst die Tätigkeiten von Interessenvertretungen, die Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern und eine Vielzahl von in dieser Klassifikation anderweitig nicht erfassten persönlichen und anderen Dienstleistungen.

### **94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)**

Diese Abteilung umfasst die Tätigkeiten von Vereinigungen, die die Interessen spezieller Bevölkerungsgruppen vertreten oder gegenüber der breiten Öffentlichkeit für bestimmte Ideen werben. Diese Vereinigungen verfügen in der Regel über einen Mitgliederstamm, jedoch können sich sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder an ihren Aktivitäten beteiligen und Nutzen daraus ziehen. Die Untergliederung dieser Abteilung erfolgt zunächst anhand des Zwecks, den diese Vereinigungen verfolgen, d. h. Vertretung der Interessen von Arbeitgebern, Selbstständigen und der Wissenschaft (Gruppe 94.1), Vertretung der Arbeitnehmerinteressen (Gruppe 94.2) oder Verbreitung von religiösen, politischen, kulturellen, pädagogischen oder die Freizeit betreffenden Vorstellungen und Tätigkeiten (Gruppe 94.9).

#### **94.1 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen**

Diese Gruppe umfasst die Tätigkeiten von Einheiten, die die Interessen der Mitglieder von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden vertreten. Im Falle der Berufsorganisationen sind auch die Tätigkeiten der Förderung der beruflichen Interessen des Berufsstandes eingeschlossen.

##### **94.11 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände**

###### **94.11.0 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die sich im Wesentlichen mit der Entwicklung und Förderung eines bestimmten Wirtschaftszweigs, einschließlich der Landwirtschaft, oder - ohne Rücksicht auf den Wirtschaftszweig - mit dem Wirtschaftswachstum und der wirtschaftlichen Lage eines bestimmten geografischen Gebiets oder einer bestimmten Gebietskörperschaft befassen:
  - Wirtschaftsverbände und -vereinigungen
  - Wirtschaftsfachverbände
- Tätigkeiten von Zusammenschlüssen solcher Vereinigungen
- Tätigkeiten von Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern, Innungen oder ähnlichen Organisationen
- Informationsverbreitung, Vertretung bei staatlichen Stellen, Öffentlichkeitsarbeit und Tarifverhandlungen durch Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände



## Abschnitt S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen

---

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- staatliche Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht (s. 84.13.0)
- Arbeitnehmervereinigungen (s. 94.20.0)

### 94.12 Berufsorganisationen

#### 94.12.0 Berufsorganisationen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die sich in erster Linie mit einer bestimmten wissenschaftlichen Disziplin, einem Beruf oder technischen Fachgebiet befassen, z. B. Ärztevereinigungen, Rechtsanwaltsvereinigungen, Wirtschaftsprüfervereinigungen, Ingenieurvereinigungen, Architektenvereinigungen usw.
- Tätigkeiten von Vereinigungen von Fachleuten auf wissenschaftlichem, akademischem oder kulturellem Gebiet wie Schriftstellerverbände, Künstlerverbände, Journalistenverbände usw.
- Gelehrtenvereinigungen

Die erbrachten Dienstleistungen betreffen vor allem die Wahrung und Förderung der Belange eines Berufsstandes inklusive der Informationsverbreitung und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Vertretung vor staatlichen Stellen, das Aufstellen von berufsethischen Grundsätzen sowie die Aufsicht über ihre Einhaltung

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- von diesen Vereinigungen durchgeführte Bildungsmaßnahmen (s. Abteilung 85)

### 94.2 Arbeitnehmervereinigungen

#### 94.20 Arbeitnehmervereinigungen

##### 94.20.0 Arbeitnehmervereinigungen

Diese Unterklasse umfasst:

- Vertretung der Interessen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern
- Tätigkeiten von Arbeitnehmervereinigungen zur Wahrnehmung der Mitgliederinteressen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Durchführung abgestimmter Maßnahmen durch Organisation
- Tätigkeiten von auf einzelne Betriebe beschränkten Gewerkschaften, Gewerkschaftsvereinigungen und gewerkschaftlichen Organisationen, die nach fachlichen, regionalen, strukturellen oder anderen Kriterien in Zweiggewerkschaften gegliedert sind

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- von diesen Vereinigungen durchgeführte Bildungsmaßnahmen (s. Abteilung 85)

### **94.9 Kirchliche Vereinigungen; politische Parteien sowie sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.**

Diese Gruppe umfasst die Tätigkeiten von Einheiten (ohne Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen, Arbeitnehmervereinigungen), die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten.

#### **94.91 Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen**

##### **94.91.0 Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von kirchlichen Vereinigungen oder Einzelpersonen, die in Kirchen, Moscheen, Tempeln, Synagogen oder an anderen Orten unmittelbar für Gläubige Dienstleistungen erbringen
- Tätigkeiten von Klöstern und Konventen
- Tätigkeiten im Zusammenhang mit religiöser Klausur
- Abhalten von Trauergottesdiensten

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- von diesen Vereinigungen durchgeführte Bildungsmaßnahmen (s. Abteilung 85)
- Tätigkeiten dieser Vereinigungen im Bereich des Gesundheitswesens (s. Abteilung 86)
- Tätigkeiten dieser Vereinigungen im Bereich der Sozialarbeit (s. Abteilungen 87 und 88)

#### **94.92 Politische Parteien und Vereinigungen**

##### **94.92.0 Politische Parteien und Vereinigungen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten politischer Parteien und ihrer Untergruppen wie Jugendorganisationen. Diese Vereinigungen befassen sich hauptsächlich damit, Parteimitgliedern oder der Partei nahe stehenden Personen zu politischen Ämtern zu verhelfen; zu ihrer Tätigkeit gehört auch die Informationsverbreitung, die Öffentlichkeitsarbeit, die Beschaffung von Geldmitteln usw.

### 94.99 Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.

#### 94.99.1 Organisationen der Bildung, Wissenschaft und Forschung

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die nicht unmittelbar einer politischen Partei angeschlossen sind und Angelegenheiten und Themen von öffentlichem Interesse unterstützen, d. h. durch Unterrichtung der Öffentlichkeit, politische Einflussnahme, Mittelbeschaffung usw.:
- Organisationen zur Förderung von öffentlichen Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung sowie von Bildungsstätten a. n. g.
- Zuschussvergabe durch Interessenvertretungen und Vereinigungen der Bildung, Wissenschaft und Forschung

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen im Sozialbereich (s. 88.99.0)
- Tätigkeiten von professionellen Künstlerensembles oder -organisationen (s. Gruppe 90.0)
- Tätigkeiten von Sportvereinen (s. 93.12.0)
- Tätigkeiten von Berufsorganisationen (s. 94.12.0)

#### 94.99.2 Organisationen der Kultur

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die nicht unmittelbar einer politischen Partei angeschlossen sind und Angelegenheiten und Themen von öffentlichem Interesse unterstützen, d. h. durch Unterrichtung der Öffentlichkeit, politische Einflussnahme, Mittelbeschaffung usw.:
- Vereine auf den Gebieten Kultur, Freizeit oder Hobby (außer Sport und Spiele), z. B. Vereine für Dichtkunst, Literatur, Geschichte, Gärtnern, Film und Foto, Musik und Kunst; Kunsthandwerk, Sammler-, Geselligkeits-, Karnevalsvereine usw.
- Zuschussvergabe durch Interessenvertretungen und Vereinigungen der Kultur

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen im Sozialbereich (s. 88.99.0)
- Tätigkeiten von professionellen Künstlerensembles oder -organisationen (s. Gruppe 90.0)
- Tätigkeiten von Sportvereinen (s. 93.12.0)
- Tätigkeiten von Berufsorganisationen (s. 94.12.0)

### 94.99.3 Verbraucherorganisationen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die nicht unmittelbar einer politischen Partei angeschlossen sind und Angelegenheiten und Themen von öffentlichem Interesse unterstützen, d. h. durch Unterrichtung der Öffentlichkeit, politische Einflussnahme, Mittelbeschaffung usw.:
- Verbraucherverbände
- Automobilclubs
- Mietervereine
- Zuschussvergabe durch Verbraucherorganisationen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen im Sozialbereich (s. 88.99.0)
- Tätigkeiten von professionellen Künstlerensembles oder -organisationen (s. Gruppe 90.0)
- Tätigkeiten von Sportvereinen (s. 93.12.0)
- Tätigkeiten von Berufsorganisationen (s. 94.12.0)

### 94.99.4 Jugendorganisationen

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die nicht unmittelbar einer politischen Partei angeschlossen sind und Angelegenheiten und Themen von öffentlichem Interesse unterstützen, d. h. durch Unterrichtung der Öffentlichkeit, politische Einflussnahme, Mittelbeschaffung usw.:
- Jugendvereinigungen, studentische Vereinigungen und Verbindungen usw.
- Zuschussvergabe durch Jugendorganisationen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen im Sozialbereich (s. 88.99.0)
- Tätigkeiten von professionellen Künstlerensembles oder -organisationen (s. Gruppe 90.0)
- Tätigkeiten von Sportvereinen (s. 93.12.0)
- Tätigkeiten von Berufsorganisationen (s. 94.12.0)

### 94.99.9 Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Organisationen, die nicht unmittelbar einer politischen Partei angeschlossen sind und Angelegenheiten und Themen von öffentlichem Interesse unterstützen, d. h. durch Unterrichtung der Öffentlichkeit, politische Einflussnahme, Mittelbeschaffung usw.:
- Bürgerinitiativen und Protestbewegungen a. n. g.
- Umwelt- und Ökologiebewegungen
- Selbsthilfeorganisationen im Gesundheitswesen
- Organisationen zum Schutz und zur Förderung bestimmter Personenkreise, z. B. ethnischer oder Minderheitsgruppen
- Vereinigungen mit patriotischer Zielsetzung einschließlich Kriegsveteranenvereine
- Vereinigungen zur Pflege sozialer Kontakte wie Rotary Clubs, Freimaurerlogen usw.
- kommunale Spitzen- und Regionalverbände (ohne Zweckverbände)
- Zuschussvergabe durch Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- karitative Maßnahmen wie Spendensammlungen im Sozialbereich (s. 88.99.0)
- Tätigkeiten von professionellen Künstlerensembles oder -organisationen (s. Gruppe 90.0)
- Tätigkeiten von Sportvereinen (s. 93.12.0)
- Tätigkeiten von Berufsorganisationen (s. 94.12.0)

### **95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern**

Diese Abteilung umfasst die Reparatur und Wartung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten wie PCs, Laptops, Computerterminals, Speichereinheiten und Drucker. Sie umfasst ferner die Reparatur von Kommunikationsgeräten wie Telefaxgeräte, Funkgeräte und Geräten der Unterhaltungselektronik wie Hörfunk- und Fernsehgeräte, Haushalts- und Gartengeräten, z. B. Rasenmäher und Laubgebläse, Schuhen und Lederwaren, Möbeln und Einrichtungsgegenständen, Bekleidung und Bekleidungszubehör, Sportartikeln, Musikinstrumenten, Hobbyartikeln, und von sonstigen Gebrauchsgütern.

#### **95.1 Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten**

Diese Gruppe umfasst die Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Kommunikationsgeräten.

#### **95.11 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten**

##### **95.11.0 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von elektronischen Geräten wie Datenverarbeitungsgeräten und -anlagen, sowie peripheren Geräten:
- PCs
- Laptops
- Magnetplatteneinheiten, Flash-Speicher und andere Speichermedien
- optische CD-Laufwerke (CD-RW, CD-ROM, DVD-ROM, DVD-RW)
- Drucker
- Bildschirme
- Tastaturen
- Mäuse, Joysticks und Trackballs
- interne und externe Computermodems
- Server
- Scanner einschließlich Strichcodescanner
- Chipkartenleser
- "Virtual-Reality"-Helme
- Projektoren (Beamer)
- Computerterminals wie Geldautomaten; nicht mechanisch betriebene POS- ("Point-of-Sale") Terminals
- sonstige Terminals für einen bestimmten Verwendungszweck
- Handcomputer (PDA)

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reparatur und Instandhaltung von Modems für die Nachrichtenübertragung (s. 95.12.0)*

### **95.12 Reparatur von Telekommunikationsgeräten**

#### **95.12.0 Reparatur von Telekommunikationsgeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Telekommunikationsgeräten wie:
  - netzgebundene und schnurlose Telefone
  - Mobiltelefone
  - Modems für die Nachrichtenübertragung
  - Telefaxgeräte
  - Datenübertragungsgeräte (z. B. Router, Brücken, Modems)
  - Funkgeräte
  - Fernsehkameras sowie Videokameras für den kommerziellen Einsatz

### **95.2 Reparatur von Gebrauchsgütern**

#### **95.21 Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik**

##### **95.21.0 Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur folgender Geräte der Unterhaltungselektronik:
  - Fernseh- und Hörfunkempfangsgeräte
  - Videorecorder
  - CD-Player
  - Videokameras für Amateure

#### **95.22 Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten**

##### **95.22.0 Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Haushalts- und Gartengeräten:
  - Kühlschränke, Herde, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Klimageräte usw.
  - Rasenmäher, Kantenschneider, Laubbläser, Schneefräsen, Trimmer usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Reparatur von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 33.12.0)*
- *Reparatur von zentralen Klimaanlage (s. 43.22.0)*

**95.23 Reparatur von Schuhen und Lederwaren**

**95.23.0 Reparatur von Schuhen und Lederwaren**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur von Stiefeln, Schuhen, Koffern u. ä. Lederwaren
- Absatzreparatur

**95.24 Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen**

**95.24.0 Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen**

Diese Unterklasse umfasst:

- Aufpolstern, Reparieren und Restaurieren von Möbeln und Einrichtungsgegenständen (einschließlich Büromöbel)
- Zusammenbau / Aufbau von frei stehenden Möbeln

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Einbau von Einbauküchen, Einbauschränken, Ladeneinrichtungen u. Ä. (s. 43.32.0)
- Restaurierung von Museumsstücken (s. 90.03.4)

**95.25 Reparatur von Uhren und Schmuck**

**95.25.0 Reparatur von Uhren und Schmuck**

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur von Uhren und Teilen davon wie Uhrgehäuse usw. aus jeglichem Material; Reparatur von Uhrwerken, Chronometern usw.
- Reparatur von Schmuck

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Industriegravur von Metallen (s. 25.62.0)
- Reparatur von Stechuhren, Datums-/Uhrzeitstempeln, Zeitschlössern u. Ä. (s. 33.13.0)



### 95.29 Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern

#### 95.29.0 Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern

Diese Unterklasse umfasst:

- Reparatur und Instandhaltung von Fahrrädern
- Reparatur und Änderung von Bekleidung
- Reparatur und Instandhaltung von Sportgeräten (ohne Sportgewehre) und Campingausrüstung
- Reparatur von Büchern
- Reparatur und Instandhaltung von Musikinstrumenten (ohne Orgeln und historische Musikinstrumente)
- Reparatur von Spielzeug u. Ä.
- Reparatur von Beleuchtungsartikeln
- Reparatur und Instandhaltung von sonstigen Gebrauchsgütern
- Klavierstimmen
- Sofortservice (Gravieren, Anfertigung von Schlüsseln, Einschweißen von Ausweisen usw.)

Diese Unterklasse umfasst nicht:

- *Industriegravur von Metallen (s. 25.61.0)*
- *Reparatur von Sport- und Freizeitgewehren (s. 33.11.0)*
- *Reparatur von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb (s. 33.12.0)*

### **96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen**

Diese Abteilung umfasst die Erbringung aller Dienstleistungen, die anderweitig in dieser Klassifikation nicht genannt sind. Insbesondere sind dies Dienstleistungen von Wäschereien und chemischen Reinigungen, Kosmetik- und Frisörsalons, Bestattungsunternehmen, Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.

#### **96.0 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen**

##### **96.01 Wäscherei und chemische Reinigung**

##### **96.01.0 Wäscherei und chemische Reinigung**

Diese Unterklasse umfasst:

- Waschen, chemisches Reinigen, Bügeln usw. jeder Art von Bekleidung (einschließlich Pelze) und anderen Textilien durch maschinelle Einrichtungen, von Hand oder im Wege der Selbstbedienung durch münzbetriebene Waschautomaten, für private oder kommerzielle Kunden
- Annahme, Abholen und Ausliefern von Wäschestücken im Zusammenhang mit dem Waschen oder chemischen Reinigen
- Shampooieren von Teppichen und Läufern, Reinigung von Vorhängen und Gardinen, auch in den Räumlichkeiten der Kunden
- Bereitstellung von Wäsche, Arbeits- und Berufskleidung u. Ä. durch Wäschereien
- Windelwaschdienste

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Vermietung von Bekleidung (ohne Arbeitskleidung), auch wenn deren Reinigung zur Geschäftstätigkeit gehört (s. 77.29.0)
- Ausbessern und Ändern von Bekleidung usw. als selbstständige Tätigkeit (s. 95.29.0)

##### **96.02 Frisör- und Kosmetiksalons**

##### **96.02.1 Frisörsalons**

Diese Unterklasse umfasst:

- Haarwäsche, Schneiden, Legen, Färben, Tönen, Wellen, Glätten und ähnliche Frisördienstleistungen für Männer, Frauen und Kinder
- Rasur und Bartpflege

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Herstellung von Perücken (s. 32.99.0)

## Abschnitt S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen

---

### 96.02.2 Kosmetiksalons

Diese Unterklasse umfasst:

- Gesichtsmassage, Maniküre, Pediküre, Schminken usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *medizinische Massage (s. 86.90.2)*
- *medizinische Fußpflege (s. 86.90.9)*

### 96.03 Bestattungswesen

#### 96.03.1 Bestattungsinstitute

Diese Unterklasse umfasst:

- Vorbereitung der Beerdigung oder Einäscherung von Leichnamen und Tierkörpern sowie damit verbundene Tätigkeiten:
- Vorbereitung von Leichnamen für die Erd- oder Feuerbestattung, einschließlich Einbalsamierung, und Tätigkeit von Leichenbestattern

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von Friedhofsgärtnereien (s. 81.30.9)*
- *Abhalten von Trauergottesdiensten (s. 94.91.0)*
- *Betrieb von Krematorien und Friedhöfen (s. 96.03.2)*

#### 96.03.2 Friedhöfe und Krematorien

Diese Unterklasse umfasst:

- Beerdigung oder Einäscherung von Leichnamen und Tierkörpern sowie damit verbundene Tätigkeiten:
- Betrieb von Krematorien und Friedhöfen
- Vermietung eingerichteter Räume in Leichenhallen
- Vermietung oder Verkauf von Gräbern
- Instandhaltung von Gräbern und Mausoleen

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- *Tätigkeiten von Friedhofsgärtnereien (s. 81.30.9)*
- *Abhalten von Trauergottesdiensten (s. 94.91.0)*

### **96.04 Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.**

#### **96.04.0 Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Betrieb türkischer Bäder, Saunas und Dampfbäder, Solarien, Schlankheits- und Massagestudios usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Durchführung medizinischer Massagen, Tätigkeiten medizinischer Bademeisterinnen und Bademeister (s. 86.90.2)
- Fitness- und Bodybuildingclubs und -einrichtungen (s. 93.13.0)

### **96.09 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g.**

#### **96.09.0 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g.**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten von Astrologinnen, Astrologen Spiritistinnen und Spiritisten
- Erbringung persönlicher Dienstleistungen wie Begleitsdienste, Heirats- und Partnervermittlung
- Betreuung von Haustieren wie Unterbringung, Pflege, Beaufsichtigung und Dressur
- Tätigkeiten von Ahnenforschungsinstituten
- Tätigkeiten von Tätowierungs- und Piercingstudios
- Tätigkeiten von Schuhputzerinnen und Schuhputzern, Trägerinnen und Trägern, Parkplatzzuiseherinnen und -zuweisen usw.
- Betrieb von münzbetriebenen Geräten für persönliche Dienstleistungen wie Fotoautomaten, Waagen, Blutdruckmessern, Schließfächern usw.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

- Veterinärwesen (s. 75.00.1 und .9)
- Betrieb von Münzspielautomaten (s. 92.00.1)
- Betrieb von Münzspielen ohne Gewinnmöglichkeit zum Zweck der Unterhaltung (s. 93.29.0)
- Betrieb von Münzwaschautomaten (s. 96.01.0)

**Abschnitt T: Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

---

**T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**97 Private Haushalte mit Hauspersonal**

**97.0 Private Haushalte mit Hauspersonal**

**97.00 Private Haushalte mit Hauspersonal**

**97.00.0 Private Haushalte mit Hauspersonal**

Diese Abteilung umfasst die Tätigkeit von Haushalten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber von Hauspersonal wie Dienstmädchen, Kellner, Diener, Köchinnen, Köche, Wäscherinnen, Wäscher, Gärtnerinnen, Gärtner, Pförtnerinnen, Pförtner, Stallgehilfen, Fahrerinnen, Fahrer, Hausmeisterinnen, Hausmeister, Erzieherinnen, Erzieher, Babysitter, Hauslehrerinnen, Hauslehrer, Sekretärinnen, Sekretäre usw. beschäftigen. Sie ermöglicht es dem Hauspersonal, in Volkszählungen oder Studien den Wirtschaftszweig ihres Arbeitgebers anzugeben, auch wenn der Arbeitgeber eine Einzelperson ist. Das Produktionsergebnis dieser Tätigkeit wird von den Haushalten konsumiert, bei denen das Hauspersonal beschäftigt ist.

*Diese Unterklasse umfasst nicht:*

– *Erbringung von Dienstleistungen wie Kochen, Gartenpflege usw. durch selbstständige Dienstleister (Unternehmen oder Einzelpersonen) (s. entsprechende Unterklasse dieser Klassifikation)*

**98 Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Abteilung umfasst die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Private Haushalte sind nur dann in diese Abteilung einzuordnen, wenn es nicht möglich ist, eine Haupttätigkeit der Güterproduktion für den Eigenbedarf zu ermitteln. Übt der Haushalt marktbestimmte Tätigkeiten aus, so ist er anhand seiner hauptsächlichlichen marktbestimmten Tätigkeit einzuordnen.

**Abschnitt T: Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

---

**98.1 Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**98.10 Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**98.10.0 Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst die Produktion von Waren für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt durch private Haushalte, d. h. die Tätigkeit von privaten Haushalten, die eine Vielzahl von Waren für den Eigenbedarf produzieren. Dazu zählen das Jagen und Sammeln, die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, die Errichtung von Unterkünften sowie die Herstellung von Bekleidung und anderen Waren für den Eigenbedarf durch private Haushalte.

Sofern private Haushalte auch marktbestimmte Waren produzieren, werden sie in den entsprechenden Wirtschaftszweig eingeordnet, zu dem die Herstellung der Waren gehört. Wenn sie hauptsächlich eine bestimmte Art von Waren für den Eigenbedarf produzieren, sind sie dem Wirtschaftszweig zuzurechnen, der diese Waren für den Absatz an Dritte produziert.

**98.2 Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**98.20 Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

**98.20.0 Erbringungen von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt**

Diese Unterklasse umfasst die Tätigkeit der Erbringung von Dienstleistungen für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt durch private Haushalte. Zu diesen Tätigkeiten zählen Kochen, Unterrichten, Versorgung von Haushaltsmitgliedern und andere, durch den Haushalt für den Eigenbedarf erbrachte Dienstleistungen.

Sofern private Haushalte auch verschiedene Waren für den Eigenbedarf produzieren, werden sie in der Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt zugeordnet.

**U Extritoriale Organisationen und Körperschaften**

**99 Extritoriale Organisationen und Körperschaften**

**99.0 Extritoriale Organisationen und Körperschaften**

**99.00 Extritoriale Organisationen und Körperschaften**

**99.00.0 Extritoriale Organisationen und Körperschaften**

Diese Unterklasse umfasst:

- Tätigkeiten internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen und ihrer Sonder- oder Regionalorganisationen usw., des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Weltzollorganisation, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Organisation Erdöl exportierender Länder, der Europäischen Gemeinschaften, der Europäischen Freihandelsassoziation usw.
- Tätigkeiten von diplomatischen und konsularischen Vertretungen fremder Staaten

## **Anhang 1**

**Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur  
Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige  
NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG)  
Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über  
bestimmte Bereiche der Statistik**





**VERORDNUNG (EG) NR. 1893/2006 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES**

**vom 20. Dezember 2006**

**zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige  
NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates  
sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik  
(Text von Bedeutung für den EWR)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT  
DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 285 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme der Europäischen Zentralbank <sup>(1)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates <sup>(3)</sup> wurde die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (im Folgenden als „NACE Rev. 1“ oder „NACE Rev. 1.1“ bezeichnet) aufgestellt.
- (2) Um der technischen Entwicklung und den strukturellen Veränderungen der Wirtschaft Rechnung zu tragen, sollte eine aktuelle Klassifikation mit der Bezeichnung NACE Revision 2 (im Folgenden als „NACE Rev. 2“ bezeichnet) aufgestellt werden.

- (3) Eine auf dem neuesten Stand befindliche Klassifikation wie die NACE Rev. 2 ist für die fortdauernden Bemühungen der Kommission, die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken zu modernisieren, von zentraler Bedeutung; sie wird voraussichtlich durch besser vergleichbare und sachdienlichere Daten zu einer besseren Wirtschaftspolitik auf gemeinschaftlicher und nationaler Ebene beitragen.
- (4) Der Binnenmarkt bedarf für sein Funktionieren statistischer Normen, die für die Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung nationaler und gemeinschaftlicher Statistiken gelten, so dass Unternehmen, Finanzinstitute, Regierungen und alle anderen Binnenmarktteilnehmer Zugang zu zuverlässigen und vergleichbaren statistischen Daten haben können. Hierfür ist es unabdingbar, dass die einzelnen Kategorien der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Gemeinschaft in allen Mitgliedstaaten einheitlich interpretiert werden.
- (5) Die Unternehmen benötigen zuverlässige und vergleichbare Statistiken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit beurteilen zu können, und solche Statistiken helfen den Gemeinschaftsorganen bei der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

---

(1) ABl. C 79 vom 1.4.2006, S. 31.

(2) Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 12. Oktober 2006 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 19. Dezember 2006.

(3) ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1).

- (6) Die Aufstellung einer überarbeiteten gemeinsamen statistischen Klassifikation der Wirtschaftszweige verpflichtet die Mitgliedstaaten nicht zur Erhebung, Veröffentlichung oder Bereitstellung von Daten. Nur wenn die von den Mitgliedstaaten verwendeten Wirtschaftszweigklassifikationen mit der Gemeinschaftsklassifikation verknüpft sind, ist es möglich, integrierte Informationen so zuverlässig, schnell, flexibel und so tief gegliedert bereit zu stellen, wie es für die Steuerung des Binnenmarktes erforderlich ist.
- (7) Die Mitgliedstaaten sollten in die Lage versetzt werden, zur Berücksichtigung nationaler Bedürfnisse in ihren nationalen Klassifikationen zusätzliche Kategorien einzuführen, die sich auf die statistische Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Gemeinschaft stützen.
- (8) Für die internationale Vergleichbarkeit von Wirtschaftsstatistiken ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane Wirtschaftszweigklassifikationen verwenden, die unmittelbar mit der International Standard Industrial Classification of all economic activities (ISIC) Rev. 4 (Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC) Rev. 4) verknüpft sind, die von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen angenommen worden ist.
- (9) Der Einsatz der Wirtschaftszweigklassifikationen in der Gemeinschaft erfordert es, dass die Kommission vom dem durch den Beschluss 89/382/EWG, Euratom des Rates<sup>(4)</sup> eingesetzten Ausschuss für das statistische Programm unterstützt wird; dies gilt insbesondere für die Prüfung von Problemen, die sich aus der Umsetzung der NACE Rev. 2 ergeben, den vollständig koordinierten Übergang von der NACE Rev. 1 zur NACE Rev. 2 sowie

die Ausarbeitung künftiger Änderungen der NACE Rev. 2.

- (10) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates<sup>(1)</sup> ist ein gemeinsamer Rahmen für den Aufbau von statistischen Unternehmensregistern mit harmonisierten Definitionen, Merkmalen, Erfassungsbereich und Aktualisierungsverfahren geschaffen worden.
- (11) Zur Aufstellung einer überarbeiteten statistischen Wirtschaftszweigklassifikation ist es notwendig, insbesondere die verschiedenen Verweise auf die NACE Rev. 1 anzupassen und mehrere einschlägige Instrumente zu ändern. Es ist daher notwendig, die folgenden Instrumente zu ändern: die Verordnung (EWG) Nr. 3037/90, die Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Einführung einer Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern<sup>(2)</sup>, die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik<sup>(3)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken<sup>(4)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates vom 25. Mai 1998 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs<sup>(5)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der

(1) ABl. L 196 vom 5.8.1993, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

(2) ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

(3) ABl. L 14 vom 17.1.1997, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

(4) ABl. L 162 vom 5.6.1998, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1503/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 281 vom 12.10.2006, S. 15).

(5) ABl. L 163 vom 6.6.1998, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

(4) ABl. L 181 vom 28.6.1989, S. 47.

Arbeitskosten<sup>(6)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik<sup>(7)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über den Arbeitskostenindex<sup>(8)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 48/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 über die Erstellung der jährlichen Statistiken der Gemeinschaft über die Stahlindustrie für die Berichtsjahre 2003-2009<sup>(9)</sup>, die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft<sup>(10)</sup>, und die Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung<sup>(11)</sup>.

- (12) Vor der Umstellung auf die NACE Rev. 2 müssen mehrere Instrumente der Gemeinschaft nach den auf sie anzuwendenden besonderen Verfahren geändert werden, und zwar die Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft<sup>(12)</sup>, die Verordnung (EG)

Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft<sup>(13)</sup> sowie die Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen<sup>(14)</sup>.

- (13) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>(15)</sup> erlassen werden.
- (14) Insbesondere sollte die Kommission die Befugnis erhalten, die NACE Rev. 2 zu ändern oder zu ergänzen, um technologischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen oder sie auf andere Wirtschafts- und Sozialklassifikationen auszurichten. Da es sich hierbei um Maßnahmen allgemeiner Tragweite handelt, die eine Änderung von nicht wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung bewirken oder eine Hinzufügung neuer nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung bewirken, sollten diese Maßnahmen gemäß dem in Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen werden.

(6) ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003.

(7) ABl. L 332 vom 9.12.2002, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 783/2005 der Kommission (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 38).

(8) ABl. L 69 vom 13.3.2003, S. 1.

(9) ABl. L 7 vom 13.1.2004, S. 1.

(10) ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 49.

(11) ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 1.

(12) ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1267/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 180 vom 18.7.2003, S. 1).

(13) ABl. L 33 vom 5.2.2004, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 909/2006 der Kommission (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 14).

(14) ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 23. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 10).

(15) ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

(15) Da das Ziel dieser Verordnung, nämlich die Schaffung gemeinsamer statistischer Normen, die die Bereitstellung harmonisierter Daten ermöglichen, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher besser auf Gemeinschaftsebene zu verwirklichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

(16) Der Ausschuss für das statistische Programm ist gehört worden –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### ABSCHNITT I

#### ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

##### Artikel 1

##### Gegenstand und Geltungsbereich

1. Mit dieser Verordnung wird eine gemeinsame statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, im Folgenden als „NACE Rev. 2“ bezeichnet, aufgestellt. Diese Klassifikation gewährleistet die Relevanz der gemeinschaftlichen Klassifikationen für die wirtschaftliche Wirklichkeit und verbessert die Vergleichbarkeit zwischen nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen Klassifikationen und somit auch von nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen Statistiken.
2. Diese Verordnung gilt nur für die Verwendung der Klassifikation zu statistischen Zwecken.

##### Artikel 2

##### NACE Rev. 2

1. Die NACE Rev. 2 besteht aus:

- a) einer ersten Ebene, deren Positionen mit einem alphabetischen Kode gekennzeichnet sind (Abschnitte);
  - b) einer zweiten Ebene, deren Positionen mit einem zweistelligen numerischen Kode gekennzeichnet sind (Abteilungen);
  - c) einer dritten Ebene, deren Positionen mit einem dreistelligen numerischen Kode gekennzeichnet sind (Gruppen); und
  - d) einer vierten Ebene, deren Positionen mit einem vierstelligen numerischen Kode gekennzeichnet sind (Klassen).
2. Die NACE Rev. 2 ist in Anhang I wiedergegeben.

##### Artikel 3

##### Verwendung der NACE Rev. 2

Die Kommission verwendet die NACE Rev. 2 für alle Statistiken, die nach Wirtschaftszweigen gegliedert sind.

##### Artikel 4

##### Nationale Wirtschaftszweigklassifikationen

1. Die Statistiken der Mitgliedstaaten, die nach Wirtschaftszweigen gegliedert dargeboten werden, werden unter Verwendung der NACE Rev. 2 oder einer von ihr abgeleiteten nationalen Klassifikation erstellt.
2. Die nationalen Klassifikationen können zusätzliche Positionen und Ebenen aufweisen; ebenso kann eine unterschiedliche Kodierung verwendet werden. Jede Ebene außer der höchsten besteht entweder aus denselben Positionen wie die entsprechende Ebene der NACE Rev. 2 oder aus Positionen, die eine genaue Untergliederung dieser Positionen darstellen.
3. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission die Entwurfsfassungen zur Festlegung oder Änderung ihrer nationalen Klassifikationen vor deren Veröffentlichung zur Genehmigung. Die Kommission prüft binnen zwei Monaten

die Übereinstimmung dieser Entwurfsfassungen mit Absatz 2. Die Kommission übermittelt die genehmigten nationalen Klassifikationen den anderen Mitgliedstaaten zur Kenntnisnahme. Die nationalen Klassifikationen der Mitgliedstaaten enthalten eine Tabelle der Entsprechungen zwischen den nationalen Klassifikationen und der NACE Rev. 2.

4. Sollten sich bestimmte Positionen der NACE Rev. 2 als mit der nationalen Wirtschaftsstruktur unvereinbar erweisen, kann die Kommission einem Mitgliedstaat die Genehmigung erteilen, in einem bestimmten Sektor ein Aggregat von Positionen der NACE Rev. 2 zu verwenden.

Um eine solche Genehmigung zu erhalten, muss der betreffende Mitgliedstaat der Kommission alle Angaben bereitstellen, die für die Beurteilung des Antrags erforderlich sind. Die Kommission trifft ihre Entscheidung binnen drei Monaten.

Ungeachtet der Bestimmungen von Absatz 2 berechtigt eine solche Genehmigung den betreffenden Mitgliedstaat jedoch nicht dazu, die aggregierten Positionen anders zu untergliedern als die NACE Rev. 2.

5. Die Kommission überprüft zusammen mit dem betroffenen Mitgliedstaat in regelmäßigen Abständen, ob die gemäß Absatz 4 erteilten Genehmigungen noch gerechtfertigt sind.

#### *Artikel 5*

##### **Aufgaben der Kommission**

Die Kommission gewährleistet in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Verbreitung, Pflege und Förderung der NACE Rev. 2, indem sie insbesondere

- a) Erläuterungen zur NACE Rev. 2 abfasst, aktualisiert und veröffentlicht,
- b) Anleitungen zur Einordnung statistischer Einheiten gemäß der NACE Rev. 2 erstellt und veröffentlicht,

- c) Korrespondenztabelle für die Entsprechungen zwischen der NACE Rev. 1.1 und der NACE Rev. 2 und zwischen der NACE Rev. 2 und der NACE Rev. 1.1 veröffentlicht und
- d) auf eine Verbesserung der Kohärenz mit anderen Sozial- und Wirtschaftsklassifikationen hinarbeitet.

#### *Artikel 6*

##### **Durchführungsmaßnahmen**

1. Die folgenden Maßnahmen zur Umsetzung der NACE Rev. 2 werden nach dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren erlassen:
  - a) Entscheidungen, die bei Problemen erforderlich sind, die sich aus der Umsetzung der NACE Rev. 2 ergeben, einschließlich der Einreihung von wirtschaftlichen Tätigkeiten in bestimmte Klassen; und
  - b) technische Maßnahmen, die einen vollständig koordinierten Übergang von der NACE Rev. 1.1 zur NACE Rev. 2 sicherstellen, insbesondere hinsichtlich der Thematik von Brüchen in Zeitreihen, einschließlich doppelter Berichterstattung und der Rückrechnung von Zeitreihen.
2. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der NACE Rev. 2 zur Änderung oder Ergänzung von nicht-wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung werden nach dem in Artikel 7 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen, wenn sie folgenden Zwecken dienen:
  - a) Berücksichtigung technischer oder wirtschaftlicher Entwicklungen; oder
  - b) Ausrichtung auf andere Wirtschafts- und Sozialklassifikationen.
3. Der Grundsatz, dass der Nutzen der Aktualisierung der NACE Rev. 2 deren Kosten überwiegen muss, und der Grundsatz, dass die zusätzlichen Kosten

und Belastungen innerhalb vernünftiger Grenzen bleiben müssen, ist zu berücksichtigen.

#### *Artikel 7*

##### **Ausschuss**

1. Die Kommission wird von dem durch den Beschluss 89/382/EWG, Euratom, eingesetzten Ausschuss für das Statistische Programm unterstützt.
2. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt das Verfahren der Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.

3. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt das Verfahren des Artikels 5a Absätze 1 bis 4 und des Artikels 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

#### *Artikel 8*

##### **Durchführung der NACE Rev. 2**

1. Die statistischen Einheiten, auf die in gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 eingerichteten Unternehmensregistern Bezug genommen wird, sind gemäß der NACE Rev. 2 einzuordnen.
2. Die Mitgliedstaaten erstellen Statistiken, die sich auf vom 1. Januar 2008 an durchgeführte Wirtschaftstätigkeiten beziehen, auf der Grundlage der NACE Rev. 2 oder einer von dieser gemäß Artikel 4 abgeleiteten nationalen Klassifikation.
3. Abweichend von Absatz 2 sind Konjunkturstatistiken gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 und der Arbeitskostenindex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 ab dem 1. Januar 2009 im Einklang mit der NACE Rev. 2 zu erstellen.

4. Absatz 2 gilt nicht für folgende Statistiken:

- a) Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2223/96;
- b) die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 138/2004; und
- c) Statistiken der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 184/2005.

#### **ABSCHNITT II**

##### **ÄNDERUNG VERBUNDENER RECHTSVORSCHRIFTEN**

#### *Artikel 9*

##### **Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90**

Die Artikel 3, 10 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 3037/90 werden gestrichen.

#### *Artikel 10*

##### **Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91**

Die Verordnung (EG) Nr. 3924/91 wird wie folgt geändert:

- 1) Im gesamten Text wird „NACE Rev. 1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.
- 2) Artikel 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Der Erhebungsbereich der Statistik nach Artikel 1 umfasst die Tätigkeiten der Abschnitte B und C der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).“

#### *Artikel 11*

##### **Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97**

Die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 wird wie folgt geändert:

1) Im gesamten Text und in den Anhängen wird „NACE Rev. 1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt, jedoch nicht in Anhang 1 Abschnitt 10 „Berichte und Pilotuntersuchungen“, Anhang 3 Abschnitt 5 „Erstes Berichtsjahr“ und Anhang 3 Abschnitt 9 „Berichte und Pilotuntersuchungen“, wo die Angabe „NACE Rev. 1“ bestehen bleibt.

2) Artikel 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Diese Verordnung gilt für alle marktwirtschaftlichen Tätigkeiten der Abschnitte B bis N und P bis S der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).“

3) Die Anhänge werden nach Maßgabe des Anhangs II der vorliegenden Verordnung geändert.

#### *Artikel 12*

#### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98**

Die Verordnung (EG) Nr. 1165/98 wird wie folgt geändert:

1) Artikel 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Diese Verordnung gilt für alle marktwirtschaftlichen Tätigkeiten der Abschnitte B bis N und P bis S der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).“

2) In Artikel 17 werden folgende Buchstaben angefügt:

„k) das erste Basisjahr, das für Zeitreihen gemäß der NACE Rev. 2 anzuwenden ist;

l) für Zeitreihen vor 2009, die gemäß der NACE Rev. 2 zu übermitteln sind, die Gliederungstiefe, die Form, den ersten Berichtszeitraum und den Berichtszeitraum.“

3) Die Anhänge werden nach Maßgabe des Anhangs III der vorliegenden Verordnung geändert.

#### *Artikel 13*

#### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1172/98**

Im gesamten Text und in den Anhängen der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 werden „NACE Rev. 1“ und „NACE Rev. 1.1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.

#### *Artikel 14*

#### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999**

Die Verordnung (EG) Nr. 530/1999 wird wie folgt geändert:

1) Im gesamten Text wird „NACE Rev. 1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.

2) In Artikel 3

a) erhält Absatz 1 folgende Fassung:

„1. Die Statistik erfasst alle Wirtschaftszweige der Abschnitte B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), C (Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren), D (Energieversorgung), E (Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen), F (Baugewerbe/Bau), G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen), H (Verkehr und Lagerei), I (Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie), J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen) der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).“

b) wird Absatz 2 gestrichen.



#### Artikel 15

##### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002**

Die Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 wird wie folgt geändert:

- 1) Im gesamten Text und in den Anhängen werden „NACE Rev. 1“ und „NACE Rev. 1.1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.
- 2) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 wird nach Maßgabe des Anhangs IV der vorliegenden Verordnung geändert.

#### Artikel 16

##### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003**

Die Verordnung (EG) Nr. 450/2003 wird wie folgt geändert:

- 1) Im gesamten Text wird „NACE Rev. 1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.
- 2) Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

##### **Erfassungsbereich**

1. Diese Verordnung erstreckt sich auf alle Wirtschaftszweige der Abschnitte B bis S der NACE Rev. 2.
2. Die Aufnahme der Wirtschaftszweige der Abschnitte O bis S der NACE Rev. 2 in den Anwendungsbereich dieser Verordnung wird nach dem in Artikel 12 Absatz 2 genannten Verfahren und unter Berücksichtigung der Durchführbarkeitsstudien nach Artikel 10 festgelegt.“
- 3) Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

##### **Häufigkeit und Rückrechnungen**

1. Die Daten für den AKI werden erstmals gemäß der NACE Rev. 2 für das erste Quartal 2009 und danach für jedes Quartal (das am 31. März, 30. Juni, 30. September bzw. 31. Dezember jedes Jahres endet) erstellt.

2. Rückrechnungen für den Zeitraum vom ersten Quartal 2000 bis zum vierten Quartal 2008 werden von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Die Rückrechnungen werden für jeden der Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2 und für die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Bestandteile der Arbeitskosten bereitgestellt.“

- 4) Artikel 6 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

“3. Die in Artikel 5 genannten rückgerechneten Daten werden der Kommission (Eurostat) gleichzeitig mit dem AKI für das erste Quartal 2009 übermittelt.“

- 5) Artikel 11 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) die Aufnahme der Abschnitte O bis S der NACE Rev. 2 (Artikel 3),“

#### Artikel 17

##### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 48/2004**

Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 48/2004 erhält folgende Fassung:

„Diese Verordnung bezieht sich auf Daten über die Stahlindustrie, die als Gruppe 24.1 der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) festgelegt ist.“

#### Artikel 18

##### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004**

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 wird nach Maßgabe des Anhangs V der vorliegenden Verordnung geändert.

#### Artikel 19

##### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005**

Die Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 wird wie folgt geändert:

- 1) Im gesamten Text wird „NACE Rev. 1.1“ durch „NACE Rev. 2“ ersetzt.

- 2) Artikel 2 Absatz 2 wird gestrichen.
- 3) Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

#### **Erfassungsbereich der Statistiken**

Die Statistiken über die betriebliche Bildung erfassen mindestens alle Wirtschaftszweige der Abschnitte B bis N und R bis S der NACE Rev. 2.“

#### **ABSCHNITT III**

#### **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

##### *Artikel 20*

#### **Übergangsbestimmungen**

Entsprechend den Erfordernissen der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission (Eurostat) die strukturellen

Unternehmensstatistiken für das Kalenderjahr 2008 sowohl gemäß der NACE Rev. 1.1 als auch gemäß der NACE Rev. 2.

Für jeden Anhang der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 wird über die Liste der Merkmale und die erforderlichen Untergliederungen, die gemäß der NACE Rev. 1.1 zu übermitteln sind, gemäß dem Verfahren des Artikels 13 jener Verordnung entschieden.

##### *Artikel 21*

#### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.  
Sie gilt ab dem 1. Januar 2008.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 20. Dezember 2006.

*Im Namen des Europäischen Parlaments*

*Der Präsident*

J. BORRELL FONTELLES

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. KORKEAOJA



## **Anhang 2**

### **Verordnungen**

**betreffend die statistische Systematik  
der Wirtschaftszweige  
in der Europäischen Gemeinschaft**



VERORDNUNG (EWG) Nr. 3037/90 DES RATES  
vom 9. Oktober 1990  
betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen  
Gemeinschaft

DER RAT DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 100a,

auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>,

in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament<sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes der Gemeinschaft setzt statistische Normen voraus, die für die Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung nationaler und gemeinschaftlicher statistischer Daten anwendbar sind, damit die Unternehmen, Finanzierungsinstitutionen, Behörden und alle sonstigen Marktteilnehmer im Binnenmarkt zuverlässige und vergleichbare statistische Daten erhalten.

Derartige Informationen sind für die Unternehmen zur Beurteilung ihrer Wettbewerbsfähigkeit notwendig und dienen den Gemeinschaftsorganen zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen.

Nur wenn die Mitgliedstaaten mit der gemeinschaftlichen Systematik verknüpfte Wirtschaftszweigsystematiken verwenden, werden integrierte statistische Informationen mit der für die Verwaltung des Binnenmarktes erforderlichen Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Flexibilität und Gliederungsstufe geliefert werden können.

Dabei ist vorzusehen, daß die Mitgliedstaaten – ausgehend von den Positionen der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften – entsprechend den einzelstaatlichen Erfordernissen in ihre nationalen Systematiken Untergliederungen einfügen können.

Um der internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistiken willen müssen die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane Wirtschaftszweigsystematiken verwenden, die direkt mit der "International Standard Industrial Classification" (ISIC) der Vereinten Nationen in Verbindung stehen.

Die Verwendung der Systematik der Wirtschaftszweige der Gemeinschaft erfordert,

---

(1) ABl. Nr. C 58 vom 8.3.1990, S. 25.

(2) ABl. Nr. C 175 vom 16.7.1990, S. 84, und Beschluß vom 12. September 1990 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

(3) ABl. Nr. C 182 vom 23.7.1990, S. 1.

daß die Kommission bei allen Fragen der Anwendung dieser Verordnung von dem durch den Beschluß 89/382/EWG, Euratom<sup>(4)</sup> eingesetzten Ausschuß für das Statistische Programm unterstützt wird, namentlich in bezug auf die Auslegung dieser Systematik, kleinere Änderungen daran, die Abfassung und Aktualisierung der dazugehörigen Erläuterungen, die Erstellung von Leitlinien für die Klassifizierung statistischer Einheiten gemäß der Systematik.

Es ist unerlässlich, daß der Inhalt der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften in allen Mitgliedstaaten einheitlich interpretiert wird.

Die Ausarbeitung einer neuen Systematik macht eine Übergangszeit erforderlich -

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

(1) Ziel dieser Verordnung ist es, eine gemeinsame statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft aufzustellen, um die Vergleichbarkeit zwischen den nationalen und den gemeinschaftlichen Systematiken und damit zwischen den nationalen und den gemeinschaftlichen Statistiken zu gewährleisten.

(2) Diese Verordnung gilt ausschließlich für die Verwendung von Systematiken zu statistischen Zwecken.

(3) Diese Verordnung als solche beinhaltet für die Mitgliedstaaten keine Verpflichtung, Daten zu erheben, zu veröffentlichen oder zu liefern, und betrifft keine Verpflichtung, bei Erhebungen und statistischen Analysen eine bestimmte Gliederungsstufe oder einen bestimmten Typ statistischer Einheiten zu verwenden.

#### *Artikel 2*

(1) Es wird eine gemeinsame Grundlage für statistische Systematiken der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften - im folgenden "NACE Rev. 1" genannt - eingeführt. NACE Rev. 1 setzt sich zusammen aus:

- einer ersten Ebene, deren Positionen mit einem alphabetischen Code identifiziert sind (Abschnitte),
- einer Zwischenstufe, deren Positionen mit einem doppelten alphabetischen Code identifiziert sind (Unterabschnitte),
- einer zweiten Ebene, deren Positionen mit einem zweistelligen numerischen Code identifiziert sind (Abteilungen),
- einer dritten Ebene, deren Positionen mit einem dreistelligen numerischen Code identifiziert sind (Gruppen),

---

(4) ABl. Nr. L 181 vom 28.6.1989, S. 47.

- einer vierten Ebene, deren Positionen mit einem vierstelligen numerischen Code identifiziert sind (Klassen).

(2) Die NACE Rev. 1 ist dieser Verordnung als Anhang beigelegt.

#### *Artikel 3*

(1) Die Dienststellen der Kommission setzen die NACE Rev. 1 für alle Statistiken über die Wirtschaftszweige ein.

(2) Die Statistiken der Mitgliedstaaten über die Wirtschaftszweige werden unter Verwendung der NACE Rev. 1 oder einer davon abgeleiteten nationalen Wirtschaftszweigsystematik erstellt, für die folgendes gilt:

- a) Die nationalen Wirtschaftszweigsystematiken umfassen Ebenen, die denen der NACE Rev. 1 insofern entsprechen, als sich jede der Ebenen entweder aus den gleichen Positionen wie die entsprechende Ebene der NACE Rev. 1 oder aus Positionen, die eine genaue Zerlegung der jeweiligen Ebene darstellen, zusammensetzt.
- b) Darüber hinaus können zusätzliche Ebenen eingefügt werden.
- c) Jede der Ebenen, mit Ausnahme der höchsten, läßt sich genau in die nächsthöhere Ebene der NACE Rev. 1 einpassen.

d) Es darf eine abweichende Codierung verwendet werden.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission die Textentwürfe zur Festlegung oder Änderung ihrer nationalen Systematik vor ihrer Veröffentlichung zwecks Billigung. Die Kommission überprüft die Übereinstimmung dieser Textentwürfe mit Absatz 2. Die von ihr gebilligte nationale Systematik wird zur Information an die anderen Mitgliedstaaten weitergeleitet. In der Veröffentlichung der Mitgliedstaaten ist die Korrespondenztabelle zwischen nationaler Systematik und der NACE Rev. 1 enthalten.

(4) Die Mitgliedstaaten, die eine von der NACE Rev. 1 abgeleitete nationale Systematik verwenden möchten, verabschieden so rasch wie möglich, spätestens jedoch am 31. Dezember 1992, die für die Erstellung einer nationalen Systematik gemäß diesem Artikel erforderlichen Maßnahmen.

#### *Artikel 4*

(1) Neben den in Artikel 3 festgelegten Bestimmungen kann ein Mitgliedstaat, falls bestimmte Positionen der NACE Rev. 1 mit der nationalen Wirtschaftsstruktur nicht vereinbar sind, von der Kommission die Genehmigung erhalten, in einem bestimmten Bereich die NACE Rev. 1 auf einer spezifischen Ebene zusammenzufassen.

(2) Um eine solche Genehmigung zu erhalten, muß der betreffende Mitgliedstaat der Kommission alle für die Prüfung seines



Antrags erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen.

(3) Ungeachtet des Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a) ist es dem Mitgliedstaat indessen nicht aufgrund dieser Genehmigung gestattet, die zusammengefaßte Position abweichend von der NACE Rev. 1 zu untergliedern.

(4) Die Kommission überprüft zusammen mit dem betreffenden Mitgliedstaat regelmäßig die Anwendung dieser Bestimmungen, um festzustellen, ob sie noch berechtigt sind.

#### *Artikel 5*

Die Kommission trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um die Durchführung und Verwaltung der NACE Rev. 1 zu gewährleisten.

#### *Artikel 6*

Die Kommission trifft auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus nach Anhörung des in Artikel 7 genannten Ausschusses die Maßnahmen, die erforderlich sind, um eine einheitliche Anwendung der NACE Rev. 1 sicherzustellen.

#### *Artikel 7*

Die Kommission wird von dem Ausschuß für das Statistische Programm (im folgenden "Ausschuß" genannt) unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem ein Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

#### *Artikel 8*

Der Ausschuß kann alle die Anwendung der NACE Rev. 1 betreffenden Fragen, die ihm der Vorsitzende von sich aus oder auf Antrag des Vertreters eines Mitgliedstaats unterbreitet und die die Anwendung dieser Verordnung, insbesondere in bezug auf die nachstehenden Bereiche, zum Gegenstand haben, prüfen:

- a) Auslegung der NACE Rev. 1;
- b) kleinere Änderungen der NACE Rev. 1
  - zur Anpassung an die technologische oder wirtschaftliche Entwicklung,
  - zur Angleichung und Verdeutlichung der Texte,
  - aufgrund von Änderungen anderer Wirtschaftszweigsystematiken, insbesondere der ISIC Rev. 3;
- c) Vorbereitung und Koordinierung der Arbeiten zur Revision der NACE Rev. 1;
- d) Ausarbeitung und Aktualisierung der Erläuterungen zur NACE Rev. 1;
- e) Erstellung von Leitlinien für die Klassifizierung der statistischen Einheiten gemäß der NACE Rev. 1;
- f) Prüfung der Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Anwendung der NACE Rev. 1 in den Wirtschaftszweigsystematiken der Mitgliedstaaten ergeben;
- g) Beratungen mit dem Ziel, gegebenenfalls einen gemeinsamen Standpunkt

hinsichtlich der Arbeiten der internationalen Organisationen im Bereich der Wirtschaftszweigssystematiken, insbesondere der Systematik ISIC und ihrer Erläuterungen, auszuarbeiten.

Die unter den Buchstaben a) bis g) aufgeführten Maßnahmen werden nach dem Verfahren des Artikel 9 festgelegt.

#### *Artikel 9*

(1) Der Vertreter der Kommission unterbreitet dem Ausschuß einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der betreffenden Frage festsetzen kann. Die Stellungnahme wird mit der Mehrheit abgegeben, die in Artikel 148 Absatz 2 des Vertrages für die Annahme der vom Rat auf Vorschlag der Kommission zu fassenden Beschlüsse vorgesehen ist. Bei der Abstimmung im Ausschuß werden die Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten gemäß dem vorgenannten Artikel gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(2) Die Kommission erläßt die Maßnahmen, die unmittelbar gelten. Stimmen sie jedoch mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein, so werden diese Maßnahmen sofort von der Kommission dem Rat mitgeteilt. In diesem Fall verschiebt die Kommission die Durchführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen um drei Monate, vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an gerechnet.

(3) Der Rat kann innerhalb des in Absatz 2 genannten Zeitraums mit qualifizierter Mehrheit einen abweichenden Beschluß fassen.

#### *Artikel 10*

(1) Die nach dem 1. Januar 1993 von den Mitgliedstaaten erhobenen Statistiken, die eine Klassifikation nach Wirtschaftszweigen enthalten, werden mit Hilfe der NACE Rev. 1 oder einer davon abgeleiteten Systematik gemäß Artikel 3 erstellt.

(2) Die Mitgliedstaaten verwenden die NACE Rev. 1, um der Kommission die nach dem 1. Januar 1993 erhobenen, nach Wirtschaftszweigen klassifizierten Statistiken zu übermitteln.

#### *Artikel 11*

(1) Es ist eine Übergangszeit vorgesehen, die am 1. Januar 1993 beginnt und am 31. Dezember 1994 endet. Während dieses Zeitraums kann die Kommission für nach dem 1. Januar 1993 erhobene Daten einem Mitgliedstaat die Genehmigung erteilen, aus ordnungsgemäß belegten technischen oder operationellen Gründen eine andere Systematik als die in Artikel 3 vorgesehene zu verwenden.

(2) Die Kommission kann die Übergangszeit auf Antrag eines Mitgliedstaats verlängern.

#### *Artikel 12*

(1) Werden die Daten im Sinne des Artikels 11 der Kommission übermittelt, so bemühen sich die Mitgliedstaaten auf Ersuchen der Kommission um eine Übermittlung in einer an die NACE Rev. 1 angepaßten Form.

(2) Die Mitgliedstaaten liefern der Kommission (Eurostat) die notwendigen Informationen zu den Korrespondenztabelle, die für die Erstellung dieser Daten verwendet wurden. Diese Korrespondenztabelle werden von der Kommission veröffentlicht.

#### *Artikel 13*

Die Kommission veröffentlicht die Korrespondenztabelle für die derzeitige NACE und die NACE Rev. 1 innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

#### *Artikel 14*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 9. Oktober 1990.

*Im Namen des Rates*  
*Der Präsident*  
P. ROMITA

## **Anhang 3**

### **Verordnung**

**über die statistischen Einheiten  
für die Beobachtung und Analyse  
der Wirtschaft in der Gemeinschaft**



VERORDNUNG (EWG) Nr. 696/93 DES RATES  
vom 15. März 1993  
betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in  
der Gemeinschaft

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 100a,

auf Vorschlag der Kommission<sup>1)</sup>,

in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament<sup>2)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes der Gemeinschaft setzt statistische Normen voraus, die für die Festlegung der Einheiten sowie die Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung nationaler und gemeinschaftlicher statistischer Daten anwendbar sind, damit die Unternehmen, Finanzinstitute, Behörden und alle sonstigen Marktteilnehmer im Binnenmarkt zuverlässige und vergleichbare Informationen erhalten.

Statistische Informationen über die Wirtschaft sind für die Unternehmen zur Beurteilung ihrer Wettbewerbsfähigkeit notwendig und dienen den Gemeinschaftsorganen zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die Schaffung gemeinsamer statistischer Normen, die die Erstellung harmonisierter Informationen ermöglichen, eine Maßnahme, die nur auf Gemeinschaftsebene effizient durchgeführt werden kann; die Anwendung der Normen wird in den einzelnen Mitgliedstaaten unter Aufsicht der für die Erstellung der amtlichen Statistik zuständigen Organisationen und Einrichtungen erfolgen.

Nur wenn die Mitgliedstaaten gemeinsame Definitionen statistischer Einheiten verwenden, werden integrierte statistische Informationen mit der für die Verwaltung des Binnenmarktes erforderlichen Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Flexibilität und Gliederungstiefe geliefert werden können.

Dabei ist vorzusehen, daß die Mitgliedstaaten, um spezifischen Erfordernissen Rechnung zu tragen, andere statistische Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft beibehalten oder in ihre nationalen Systemen einführen können.

---

1) ABl. Nr. C 267 vom 16.10.1992, S. 3.

2) ABl. Nr. C 337 vom 21.12.1992 und Beschluß vom 10. Februar 1993 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

3) ABl. Nr. C 19 vom 25.1.1993, S. 60.

Welche statistische Einheit für eine bestimmte Erhebung oder Analyse zu verwenden ist, wird in spezifischen Rechtsvorschriften festgelegt.

Die Verwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90<sup>4)</sup> vorgesehenen statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) erfordert die Definition statistischer Einheiten für die Register, die Erhebungen, die Darstellung und die statistische Analyse.

Der durch die Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 eingesetzte Ausschuß ist für die Erstellung von Leitlinien für die Klassifizierung der statistischen Einheiten gemäß der NACE Rev. 1 zuständig; die Definition dieser Einheiten muß daher von anderer Seite vorgenommen werden.

Es ist unerlässlich, daß die nach der NACE Rev. 1 klassifizierten statistischen Einheiten in allen Mitgliedstaaten nach einheitlichen Gesichtspunkten definiert werden, um die Vergleichbarkeit zwischen den einzelstaatlichen und den entsprechenden gemeinschaftlichen Statistiken zu gewährleisten.

Es ist wünschenswert, die Zahl der statistischen Einheiten der Wirtschaft zu begrenzen.

Um der internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistiken willen müssen die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane statistische Einheiten verwenden, die direkt mit der in der Einführung zur "Internationalen Standard Industrial Classification" (ISIC Rev. 3)

der Vereinten Nationen gegebenen Beschreibung einerseits und den Dokumenten zum System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA) der Vereinten Nationen andererseits in Verbindung stehen.

Zur Wirtschaft zählen alle an der Produktion beteiligten Einheiten sowie alle wirtschaftlichen und finanziellen Transaktionen, die von diesen Einheiten durchgeführt werden.

Die strikte und umfassende Verwendung dieser Einheiten macht eine Übergangszeit erforderlich.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

Mit dieser Verordnung wird ein Verzeichnis der statistischen Einheiten (im folgenden "statistische Einheiten der Wirtschaft" genannt) zusammen mit den hierzu verwendeten Kriterien, den Definitionen der Einheiten sowie Erläuterungen gemäß dem Anhang eingeführt.

#### *Artikel 2*

Die Definitionen der statistischen Einheiten der Wirtschaft werden von den Mitgliedstaaten und von der Kommission zur Festlegung der Einheiten verwendet, um die statistischen Informationen über die Wirtschaft und insbesondere die mit der NACE Rev. 1

---

4) ABl. Nr. L 293 vom 24.10.1990, S. 1.

zusammenhängenden Informationen zu erheben, zu übermitteln, zu veröffentlichen und zu analysieren.

#### *Artikel 3*

Vom 1. Januar 1994 an verwenden die Mitgliedstaaten für die in Artikel 2 genannten Zwecke die in Artikel 1 vorgesehenen Definitionen, wenn es sich um statistische Informationen handelt, die sich auf die Zeit nach diesem Datum beziehen.

#### *Artikel 4*

(1) Während einer Übergangszeit, die am 1. Januar 1994 beginnt und am 31. Dezember 1995 endet, kann ein Mitgliedstaat für auf diesen Zeitraum bezogene Statistiken andere als die in Artikel 1 vorgesehenen statistischen Einheiten der Wirtschaft verwenden. In diesem Fall sind die für die Kommission bestimmten statistischen Daten für die Übergangszeit in möglichst exakter Abstimmung auf die im Anhang zu dieser Verordnung niedergelegten Anforderungen zu übermitteln.

(2) Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates kann die Kommission ausnahmsweise, wenn ordnungsgemäß belegte technische oder operationelle Gründe vorliegen, die Übergangszeit bis höchstens zum 31. Dezember 1997 verlängern.

#### *Artikel 5*

Nach Ablauf der Übergangszeit gemäß Artikel 4 kann die Kommission einem Mitgliedstaat die Verwendung anderer statistischer Einheiten der Wirtschaft gestatten, sofern diese Einheiten nach dem in Artikel 6 vorgesehenen Verfahren festgelegt werden.

#### *Artikel 6*

Die Durchführungsbestimmungen für diese Verordnung einschließlich der Maßnahmen zur Anpassung an die wirtschaftliche und technische Entwicklung, die insbesondere die statistischen Einheiten der Wirtschaft, die verwendeten Kriterien und die im Anhang aufgeführten Definitionen betreffen, werden gemäß dem Verfahren des Artikels 7 erlassen.

#### *Artikel 7*

(1) Der Vertreter der Kommission unterbreitet dem durch den Beschluß 89/382/EWG, Euratom<sup>1)</sup> eingesetzten Ausschuß für das Statistische Programm einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der betreffenden Frage festsetzen kann. Die Stellungnahme wird mit der Mehrheit abgegeben, die in Artikel 148 Absatz 2 des Vertrages für die Annahme der vom Rat auf Vorschlag der Kommission zu fassenden Beschlüsse vorgesehen ist. Bei der Abstimmung

---

1) ABl. Nr. L 181 vom 28.6.1989, S. 47.



im Ausschuß werden die Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten gemäß dem vorgenannten Artikel gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(2) Die Kommission erläßt Maßnahmen, die unmittelbar gelten. Stimmen sie jedoch mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein, so werden diese Maßnahmen sofort von der Kommission dem Rat mitgeteilt. In diesem Fall verschiebt die Kommission die Durchführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen um drei Monate, vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an gerechnet.

(3) Der Rat kann innerhalb des in Absatz 2 genannten Zeitraums mit qualifizierter Mehrheit einen anderslautenden Beschluß fassen.

#### *Artikel 8*

Statistische Einheiten der Wirtschaft, die in einer eine Gemeinschaftsstatistik regelnden Rechtsvorschrift der Gemeinschaft erwähnt sind, sind nach Maßgabe der Begriffe und der Terminologie dieser Verordnung zu interpretieren.

#### *Artikel 9*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 15. März 1993.

*Im Namen des Rates  
Der Präsident  
M. Jelved*

## ANHANG

### DIE STATISTISCHEN EINHEITEN DER WIRTSCHAFT IN DER GEMEINSCHAFT

#### ABSCHNITT I

##### Verzeichnis der Einheiten

Das Verzeichnis der statistischen Einheiten der Wirtschaft lautet wie folgt:

- A. Unternehmen;
- B. institutionelle Einheit;
- C. Unternehmensgruppe;
- D. fachliche Einheit (FE);
- E. homogene Produktionseinheit (HPE);
- F. örtliche Einheit;
- G. fachliche Einheit auf örtlicher Ebene (örtliche FE);
- H. homogene Produktionseinheit auf örtlicher Ebene (örtliche HPE).

#### ABSCHNITT II

##### Verwendete Kriterien

Die in dieser Verordnung aufgeführten statistischen Einheiten werden auf der Grundlage dreier Kriterien definiert. Die relative Bedeutung dieser drei Kriterien ist je nach Einheit unterschiedlich.

##### A. *Rechtliche, buchungstechnische oder organisatorische Kriterien*

1. Um bestimmte Einheiten definieren zu können, die im wirtschaftlichen Bereich beschrieben und identifiziert werden, muß auf Kriterien rechtlicher bzw. institutioneller Art zurückgegriffen

werden. Manchmal müssen bestimmte rechtlich getrennte Einheiten zusammengefaßt werden, da sie in organisatorischer Hinsicht nicht ausreichend autonom sind. Um bestimmte Einheiten definieren zu können, sind außerdem Kriterien buchungstechnischer oder finanzieller Art unverzichtbar.

2. Zur Bildung der Einheit "Unternehmen" sind diejenigen rechtlichen Einheiten zu verwenden, die insgesamt oder teilweise eine Produktionstätigkeit ausüben.
3. Rechtliche Einheiten sind:
  - juristische Personen, die als solche vom Gesetz anerkannt sind, unabhängig davon, welche Personen oder Einrichtungen ihre Besitzer oder ihre Mitglieder sind, oder
  - natürliche Personen, die eine Wirtschaftstätigkeit selbständig ausüben.
4. Die rechtliche Einheit ist stets, alleine oder zuweilen auch zusammen mit anderen rechtlichen Einheiten, der rechtliche Träger der statistischen Einheit "Unternehmen".

#### B. *Geographisches Kriterium*

1. Eine Einheit kann räumlich festgestellt sein. Hierbei wird zwischen lokaler, regionaler, nationaler, gemeinschaftlicher und weltweiter Ebene unterschieden.
2. Die örtliche Ebene entspricht der kleinsten Verwaltungseinheit: "commune" bzw. "gemeente" in Belgien, "kommune" in Dänemark, "Gemeinde" in Deutschland, "demos" oder "koinotis" in Griechenland, "Municipio" in Spanien, "commune" in Frankreich, "DED/ward" in Irland, "commune" in Italien, "commune" in Luxemburg, "gemeente" in den Niederlanden, "concelho" in Portugal und "ward" im Vereinigten Königreich.
3. Die regionalen Ebenen werden in der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) definiert. Diese unterscheidet die Ebenen I, II und III.
4. Sowohl die Beobachtungseinheiten als auch die Analyseeinheiten werden so definiert, daß prioritär für jeden Mitgliedstaat Daten erstellt und die Daten der einzelnen Mitgliedstaaten zu Angaben für die Gemeinschaft oder für größere Wirtschaftsräume zusammengefaßt werden können.
5. Die Regeln hinsichtlich der geographischen Kriterien müssen sehr streng sein, um Konsolidierungen zu ermöglichen und Mehrfacherfassungen und Auslassungen zu vermeiden.

### C. *Tätigkeitskriterium*

1. Die Produktionstätigkeit oder Wirtschaftstätigkeit (im folgenden als "Tätigkeit" bezeichnet) ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Mitteln (Ausrüstungen, Arbeitskräfte, Fabrikationsprozesse, Informationsnetz, Erzeugnisse), die zur Erzeugung bestimmter Waren oder Dienstleistungen führen. Eine Tätigkeit ist durch den Input von Erzeugnissen (Waren oder Dienstleistungen), einen Produktionsprozeß und die produzierten Erzeugnisse gekennzeichnet.
2. Die Tätigkeiten werden mit Bezug auf eine spezifische Ebene der NACE Rev. 1 bestimmt.
3. Werden mehrere Tätigkeiten in ein und derselben Einheit ausgeführt, so werden die Tätigkeiten - bei denen es sich nicht um Hilfstätigkeiten handelt - nach der von ihnen erzeugten Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten geordnet. Es wird zwischen der Haupttätigkeit und den Nebentätigkeiten unterschieden.
4. Wenn bei fehlenden Angaben über die Wertschöpfung andere Kriterien wie z.B. Beschäftigung, Lohn- und Gehaltsumme, Umsatz und Sachanlagen in Betracht gezogen werden müssen, sind diese Elemente so zu verwenden, daß die bestmögliche Annäherung an die Klassifizierung erreicht wird, die bei Zugrundelegung dieser Wertschöpfungen erreicht worden wäre.
5. Die Einheiten werden nach ihren Tätigkeiten klassifiziert. Macht eine Tätigkeit mehr als 50 % der Wertschöpfung aus, so bestimmt sie die Klassifizierung der Einheit. In den übrigen Fällen sind die Klassifizierungsregeln anzuwenden. Die Klassifizierung erfolgt in Stufen von oben nach unten, beginnend mit der höchsten Aggregationsebene, die dem Abschnitt (1 Buchstabe) entspricht; es folgen die Abteilung (2 Ziffern), die Gruppe (3 Ziffern) und schließlich die Klasse (4 Ziffern). Auf jeder Ebene muß die Klassifizierung mit der vorhergehenden Ebene kompatibel sein. Zuständig in diesem Bereich ist der mit Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 eingesetzte Ausschuß für das Statistische Programm.
6. Mit den Haupt- und Nebentätigkeiten sind Hilfstätigkeiten verbunden, wie z.B. Verwaltung, Buchführung, EDV, Überwachung, Einkauf, Verkauf und Verkaufsförderung, Lagerung, Reparatur, Transport und Kantinen.

Bei diesen Hilfstätigkeiten innerhalb einer Einheit handelt es sich um Tätigkeiten, die ausgeübt werden, um die Produktion von für Dritte bestimmten Waren und Dienstleistungen durch diese Einheit zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Produkte der Hilfstätigkeiten werden als solche nicht an Dritte geliefert.

7. Der Begriff der Hilfstätigkeit wird in Abschnitt IV unter Buchstabe B ausgeführt.

### ABSCHNITT III

#### Definitionen der statistischen Einheiten der Wirtschaft und spezifische Erläuterungen zu den einzelnen Einheiten

##### A. *Unternehmen*

Das Unternehmen entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten an einem Standort oder an mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit entsprechen.

##### Erläuterungen:

Das so definierte Unternehmen ist eine wirtschaftliche Größe, die daher unter bestimmten Umständen der Vereinigung mehrerer rechtlicher Einheiten entsprechen kann. Bestimmte rechtliche Einheiten sind nämlich ausschließlich zugunsten einer anderen rechtlichen Einheit tätig, und ihre Existenz hat lediglich verwaltungstechnische (z.B. steuerliche) Gründe, ohne daß die Einheiten in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam wären. Zu dieser Kategorie zählt auch ein Großteil der rechtlichen Einheiten ohne Beschäftigte. Häufig sind die Tätigkeiten dieser rechtlichen Einheiten als Hilfstätigkeiten zu den Tätigkeiten der rechtlichen Muttereinheit anzusehen, der sie angehören und der sie angeschlossen sein müssen, um die für die Wirtschaftsanalyse verwendete Größe "Unternehmen" zu bilden.

##### B. *Institutionelle Einheit*

Die institutionelle Einheit ist ein elementares wirtschaftliches Entscheidungszentrum. Sie zeichnet sich durch Einmaligkeit des Verhaltens sowie durch Entscheidungsfreiheit bei der Ausübung ihrer Hauptfunktion aus. Eine Einheit gilt als institutionelle Einheit, wenn sie Entscheidungsfreiheit bei der Ausübung ihrer Hauptfunktion besitzt und über eine vollständige Rechnungsführung verfügt.

- Entscheidungsfreiheit in der Ausübung ihrer Hauptfunktion heißt, daß sie für ihre Entscheidungen und Handlungen verantwortlich und haftbar ist.
- Das Vorhandensein einer vollständigen Rechnungsführung bedeutet, daß die Einheit sowohl Rechnungsunterlagen, aus denen die Gesamtheit ihrer wirtschaftlichen und finanziellen

Transaktionen für den Berichtszeitraum hervorgeht, als auch eine Bilanz ihrer Aktiva und Passiva besitzt.

#### E r l ä u t e r u n g e n :

1. Im Sektor Kapitalgesellschaften entspricht das Unternehmen der institutionellen Einheit des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESG. Es gibt ferner analoge institutionelle Einheiten in den Sektoren Staat und Private Organisationen. Die institutionelle Einheit im Sektor Private Haushalte umfaßt alle Tätigkeiten der privaten Haushalte, während der Begriff Unternehmen ausschließlich ihren Produktionstätigkeiten vorbehalten ist.
2. In Anwendung dieser Regeln gilt für Institutionen, die nicht eindeutig die beiden vorgenannten Merkmale einer institutionellen Einheit besitzen, folgendes:
  - a) Private Haushalte genießen Entscheidungsfreiheit in der Ausübung ihrer Tätigkeit und sind daher institutionelle Einheiten, auch wenn sie keine vollständige Rechnungsführung besitzen.
  - b) Institutionen ohne vollständige Rechnungsführung sind den institutionellen Einheiten zuzuordnen, in deren Rechnung ihre Teilbuchführung enthalten ist.
  - c) Institutionen mit vollständiger Rechnungsführung, aber ohne Entscheidungsbefugnis für die Ausübung ihrer Hauptfunktion, sind in die Einheiten einzubeziehen, von denen sie beherrscht werden.
  - d) Institutionen, die der Definition der institutionellen Einheit entsprechen, werden auch dann als solche betrachtet, wenn sie ihre Rechnungsführung in keiner Form veröffentlichen.
  - e) Zu einer Unternehmensgruppe gehörende Einheiten, die eine vollständige Rechnungsführung besitzen, werden als institutionelle Einheiten betrachtet, selbst wenn sie de facto oder de jure einen Teil ihrer Entscheidungsbefugnis an die Dachgesellschaft (Holding) abgetreten haben, welche die Gesamtleitung der Gruppe wahrnimmt. Die Holdinggesellschaft selbst gilt als selbständige institutionelle Einheit neben den von ihr kontrollierten Einheiten.
3. Als institutionelle Einheiten sind anzusehen:
  - Einheiten mit vollständiger Rechnungsführung und Entscheidungsfreiheit:

- a) Kapitalgesellschaften,
- b) Genossenschaften und Personengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- c) öffentliche Unternehmen mit besonderem Statut, das ihnen Rechtspersönlichkeit verleiht,
- d) Organisationen ohne Erwerbscharakter mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- e) öffentliche Körperschaften;
- Einheiten mit vollständiger Rechnungsführung, denen vereinbarungsgemäß Entscheidungsfreiheit zugeschrieben wird:
  - f) Quasi-Kapitalgesellschaften, das sind Einzelunternehmen, Personengesellschaften und öffentliche Unternehmen, die nicht unter die Buchstaben a), b) oder c) fallen, soweit ihr wirtschaftliches und finanzielles Verhalten sich von dem ihrer Eigentümer unterscheidet und dem einer Kapitalgesellschaft nahekommmt;
- Einheiten, die nicht unbedingt eine vollständige Rechnungsführung besitzen, denen jedoch vereinbarungsgemäß Entscheidungsfreiheit unterstellt wird:
  - g) private Haushalte.

### C. Unternehmensgruppe

Die Unternehmensgruppe vereinigt Unternehmen, die rechtlich-finanzielle Bindungen untereinander haben. In der Unternehmensgruppe kann es – insbesondere, was die Produktions-, Verkaufs-, Gewinnpolitik usw. anbetrifft – mehrere Entscheidungszentren geben. Sie kann gewisse Aspekte der finanziellen Unternehmensleitung und des Steuerwesens vereinen. Sie bildet eine wirtschaftliche Einheit, die Entscheidungen treffen kann, die sich vor allem auf die miteinander verbundenen Einheiten beziehen, aus denen sie sich zusammensetzt.

#### Erläuterungen:

1. Für bestimmte Beobachtungen und Analysen ist es bisweilen sinnvoll und notwendig, die Bindungen zwischen bestimmten Unternehmen zu prüfen und die eng miteinander verbundenen Unternehmen zu einer Gesamtheit zusammenzufassen. Zahlreiche Arbeiten im Zusammenhang mit dem Begriff der Unternehmensgruppe sind noch nicht abgeschlossen. Bei

der vorstehenden Definition wurde vom Begriff der "rechnungslegenden Einheit" ausgegangen, wie er von der Siebten Richtlinie 83/349/EWG des Rates (ABl. Nr. L 193 vom 18.7.1983, S. 1) eingeführt wurde.

Diese Richtlinie wurde erstmals auf die konsolidierten Abschlüsse des Geschäftsjahres angewandt, das im Laufe des Jahres 1990 beginnt. Mit der Richtlinie 90/605/EWG (ABl. Nr. L 317 vom 16.11.1990, S. 60) wurde der Anwendungsbereich der Siebten Richtlinie erweitert.

2. Gemäß der Siebten Richtlinie wird davon ausgegangen, daß es sich um eine Gruppe handelt, sobald 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte von einem anderen Unternehmen gehalten oder kontrolliert werden. Die Verfahren, die bei der Kontrolle der Befugnisse zur Ernennung der Unternehmensleitung angewandt werden, müssen als Kriterium berücksichtigt werden. Abgesehen von der Mehrheitsbeteiligung soll die tatsächlich ausgeübte Kontrolle berücksichtigt werden.
3. Diese Definition ist ohne Aufbereitung für die statistische Analyse nicht verwendbar, denn die "rechnungslegenden Einheiten" bilden keine disjunktiven und additiven Unternehmensgruppen. Somit muß eine von der "rechnungslegenden Einheit" abgeleitete statistische Einheit "Unternehmensgruppe" anhand folgender Schritte definiert werden:
  - Berücksichtigt werden die rechnungslegenden Einheiten mit dem höchsten Konsolidierungsgrad: "Gruppenoberhaupt".
  - Aus der "Unternehmensgruppe" werden die Einheiten ausgewählt, deren Buchführung global in die Abschlüsse des konsolidierenden Unternehmens integriert ist.
  - Hinzugefügt werden die Einheiten mit Mehrheitsbeteiligung, deren Abschlüsse in Anwendung eines der Kriterien der Siebten Richtlinie - unterschiedliche Art der Tätigkeit oder vergleichsweise kleine Größe - nicht in der globalen Konsolidierung enthalten sind.
  - Zeitlich begrenzte Verbindungen unter einem Jahr werden nicht berücksichtigt.
4. Die Unternehmensgruppe ist ein Unternehmenszusammenschluß unter der Kontrolle des "Gruppenoberhaupt". Das "Gruppenoberhaupt" ist eine juristische Muttereinheit, die von keiner anderen rechtlichen Einheit (direkt oder indirekt) kontrolliert wird. Jedes Tochterunternehmen eines anderen Tochterunternehmens gilt als Tochterunternehmen des Mutterunternehmens. Ferner sei darauf hingewiesen, daß es bei Genossenschaften oder Gegenseitigkeitsgesellschaften spezifische Gruppen gibt, bei denen die Anteile des Mutterunternehmens von den Tochtergesellschaften gehalten werden.



5. Die Unternehmensgruppen bestehen häufig aus sehr verschiedenartig verknüpften Einheiten (Eigentum, Kontrolle, Verwaltung usw.). In vielen Fällen haben diese Einheiten Verbindungen zu Einheiten der Tochterunternehmen und deren Tochterunternehmen. Die Einheit "Unternehmensgruppe" zeichnet sich häufig durch komplexe Beziehungen aus; sie ist oftmals auch in ihren Tätigkeiten sehr heterogen. Innerhalb der Unternehmensgruppen sind Untergruppen erkennbar.
6. Es ist nützlich, sämtliche Verbindungen (sowohl Mehrheits- als auch Minderheitsbeteiligungen) festzustellen, die über das Netz der Tochterunternehmen und deren Tochterunternehmen vom "Gruppenoberhaupt" bis zum kontrollierten Unternehmen reichen. Auf diese Weise kann der gesamte Organisationsplan der Gruppe festgestellt werden.
7. Angesichts der Auswirkungen der einzelnen Richtlinien zur Rechnungslegung muß man sich stets bemühen, bei den elementaren Einheiten, welche die Gruppe bilden, einen Unterschied zwischen den Einheiten, die zu den "nichtfinanziellen Unternehmen" gehören, und denjenigen, die unter die "finanziellen Einrichtungen" einzuordnen sind, zu machen. Bei letzteren gilt es, zwischen den Einheiten, die zu den "Kreditinstituten" gehören, und denjenigen, die den "Versicherungsunternehmen" zuzurechnen sind, zu unterscheiden. Die Gruppen haben weltweite Verbindungen, jedoch müssen sie für das Wirtschaftsgebiet jedes einzelnen Mitgliedstaats sowie für das Wirtschaftsgebiet der Gemeinschaft analysiert werden.
8. Die Einheit "Unternehmensgruppe" ist vor allem für finanzielle Analysen und Analysen der Unternehmensstrategie von Nutzen, sie ist jedoch zu heterogen und ändert sich zu häufig, als daß sie zur zentralen Beobachtungs- und Analyseeinheit, die weiterhin das Unternehmen sein wird, werden könnte. Sie dient der Sammlung und Darstellung bestimmter Informationen.

#### D. *Fachliche Einheit*

Die fachliche Einheit (FE) faßt innerhalb eines Unternehmens sämtliche Teile zusammen, die zur Ausübung einer Tätigkeit auf der Ebene der (vierstelligen) Klasse der NACE Rev. 1 beitragen. Es handelt sich um eine Einheit, die einer oder mehreren operationellen Unterabteilungen des Unternehmens entspricht. Das Unternehmen muß über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede FE zumindest den Wert der Produktion und der Vorleistungen, die Personalkosten und den Betriebsüberschuß sowie Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.

#### Erläuterungen:

1. Da es auf der Ebene der Unternehmen verschiedenartige horizontale und vertikale Integrationsformen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gibt, wurde die FE als Beobachtungseinheit geschaffen, um die Gleichartigkeit der Ergebnisse statistischer Erhebungen nach Tätigkeiten und damit auch die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu verbessern. Eine Einheit, die lediglich Hilfstätigkeiten für ein Unternehmen ausübt, dem sie angehört, kann nicht als gesonderte FE betrachtet werden. Tatsächlich entspricht die "FE" der praktischen Definition in Ziffer 96 der Einführung zur ISIC Rev. 3.
2. Die in einer bestimmten Position der NACE Rev. 1 eingeordneten FE können wegen der diesen FE zugeordneten Nebentätigkeiten, die aus den verfügbaren Rechnungsunterlagen nicht hervorgehen, Produkte herstellen, die nicht zu der für ihre Tätigkeit typischen homogenen Gruppe gehören. Umgekehrt umfassen die in Abhängigkeit von der Haupttätigkeit in einer bestimmten Position der Systematik klassifizierten FE nicht die gesamte Produktion homogener Gruppen bestimmter Produkte, da diese Produkte im Rahmen von Nebentätigkeiten einer FE, die sich auf eine andere Systematikposition beziehen, erzeugt werden können.
3. Die internen Rechnungslegungen der Unternehmen (z.B. Nutzen- oder Kostenzentren) haben sich aufgrund von Kriterien entwickelt, die häufig dem Tätigkeitsbegriff nahekommen. Sie ermöglichen es, Informationen auf der Ebene der FE zu liefern und sie somit beobachtbar zu machen.
4. Alle Kosten für Hilfstätigkeiten des Unternehmens müssen der Haupttätigkeit oder den Nebentätigkeiten und somit den innerhalb des Unternehmens beobachteten FE zugeordnet werden.

#### E. *Homogene Produktionseinheit*

Die homogene Produktionseinheit (HPE) ist durch eine einheitliche Tätigkeit, nämlich durch Gütereingänge, einen Produktionsprozeß und durch einen Produktionsausstoß homogener Güter gekennzeichnet. Die Güter, die die Eingänge und den Produktionsausstoß darstellen, sind in bezug auf eine Gütersystematik gleichzeitig durch ihre Beschaffenheit, ihren Verarbeitungsgrad und die angewandte Produktionstechnik gekennzeichnet. Die homogene Produktionseinheit kann einer institutionellen Einheit oder einem Teil einer solchen entsprechen; sie kann jedoch nie zwei verschiedenen institutionellen Einheiten angehören.

#### Erläuterungen:

1. Für eine genaue Analyse des Produktionsprozesses verwendet das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen homogene Produktionseinheiten, die die Untersuchung technisch-wirtschaftlicher Beziehungen ermöglichen. In der Praxis werden diese – vor allem für die Input-Output-Tabellen verwendeten – Analyseeinheiten, da sie in der Regel nicht direkt beobachtet werden können, anhand von für Beobachtungseinheiten erhobenen Daten rekonstituiert.
2. Die meisten Beobachtungseinheiten haben gemischte oder nebeneinander laufende Tätigkeiten. Unter Umständen führen sie eine Haupttätigkeit, Nebentätigkeit – d.h. in andere Produktionsbereiche gehörende Tätigkeiten – und Hilfstätigkeiten wie z.B. Verwaltung, Einkauf, Verkauf an den Handel, Lagerung und Reparaturen aus. Wenn eine Beobachtungseinheit eine Haupttätigkeit und eine oder mehrere Nebentätigkeiten ausführt, wird sie in eine entsprechende Zahl homogener Produktionseinheiten untergliedert, wobei die Nebentätigkeiten in andere Positionen der Systematik einzuordnen sind als die Haupttätigkeiten. Hilfstätigkeiten einer Beobachtungseinheit hingegen werden nicht von den Haupt- oder Nebentätigkeiten getrennt, denen sie zuarbeiten.
3. Die homogene Produktionseinheit wird unabhängig vom Standort der Tätigkeit definiert. In der ISIC Rev. 3 wird die "homogene Produktionseinheit" so definiert, daß sie der "HPE auf örtlicher Ebene" entspricht. Ziffer 112 der Einführung zur ISIC Rev. 3 ist dabei durch Ziffer 104 bedingt.

#### F. Örtliche Einheit

Die örtliche Einheit ist ein an einem räumlich festgestellten Ort gelegenes Unternehmen oder Teil eines Unternehmens (Werkstätte, Werk, Verkaufsladen, Büro, Grube, Lagerhaus). An diesem Ort oder von diesem Ort aus werden Wirtschaftstätigkeiten ausgeübt, für die – mit Ausnahmen – eine oder mehrere Personen (unter Umständen auch zeitweise) im Auftrag ein und desselben Unternehmens arbeiten.

#### Erläuterungen:

1. Wenn eine Person an mehreren Orten (zu Wartungs- oder Überwachungsarbeiten) oder zu Hause arbeitet, dann gilt der Ort als für sie maßgebliche örtliche Einheit, von dem aus sie Anweisungen erhält und die Arbeit organisiert wird. Es muß sich genau feststellen lassen, wie viele Beschäftigte den einzelnen örtlichen Einheiten zuzurechnen sind. Jede rechtliche Einheit muß jedoch, wenn sie rechtlicher Träger eines Unternehmens oder eines Teils eines

Unternehmens ist, eine örtliche Einheit als Sitz haben, auch wenn dort niemand arbeitet. Andererseits kann eine örtliche Einheit nur Hilfstätigkeiten umfassen.

2. Der Begriff des räumlich festgestellten Orts ist eng eingegrenzt: zwei Produktionseinheiten desselben Unternehmens, die sich an verschiedenen Orten befinden (selbst wenn beide Orte in derselben kleinsten Verwaltungseinheit eines Mitgliedstaats liegen) sind als zwei örtliche Einheiten zu betrachten. Es kann jedoch vorkommen, daß dieselbe örtliche Einheit räumlich in mehreren aneinandergrenzenden Verwaltungseinheiten liegt. In diesem Falle ist vereinbarungsgemäß die Postanschrift maßgebend.
3. Die Grenzen des Geländes gelten als Grenzen des Standorts, wobei z.B. das dieses Gelände durchquerende öffentliche Straßen- und Wegenetz nicht in jedem Fall die Grenzföhrung unterbricht. Die Definition ist nahezu identisch mit der Definition unter Ziffer 101 der ISIC Rev. 3, sofern es sich um einen Standort im eigentlichen Sinne handelt, weicht jedoch von der Definition unter Ziffer 102 ab, weil sich der "eigentliche Sinn" nicht in Abhängigkeit von der jeweiligen Statistik ändern kann; außerdem ist normalerweise das Kriterium der Beschäftigung anzuwenden.
4. Für die Regionalkonten verwendet das ESVG-REG (regionale Entsprechung des ESVG) die gleiche Definition der örtlichen Einheit.

#### G. *Fachliche Einheit auf örtlicher Ebene*

Die fachliche Einheit auf örtlicher Ebene (örtliche FE) ist der Teil einer fachlichen Einheit, der sich auf örtlicher Ebene befindet.

#### E r l ä u t e r u n g e n :

1. Jede FE muß zumindest eine "örtliche FE" haben; die FE kann jedoch aus dem Zusammenschluß der Teile einer oder mehrerer örtlicher Einheiten entstanden sein. Eine örtliche Einheit kann dagegen unter bestimmten Umständen nur eine Gesamtheit von Hilfstätigkeiten umfassen. In diesem Fall ist eine ergänzende Klassifizierung der örtlichen Einheit möglich. Andererseits muß jedes Unternehmen zumindest eine "örtliche FE" haben.
2. Die "örtliche FE" entspricht der praktischen Definition des "establishment" in Ziffer 106 der Einführung zur ISIC Rev. 3.

#### H. *Homogene Produktionseinheit auf örtlicher Ebene*

Die homogene Produktionseinheit auf örtlicher Ebene (örtliche HPE) ist der Teil einer homogenen Produktionseinheit, der sich auf örtlicher Ebene befindet.

### ABSCHNITT IV

#### Ergänzende Erläuterungen

#### A. *Öffentliche Körperschaften und private Organisationen*

1. Im Bereich der öffentlichen Körperschaften ist die geeignete statistische Einheit für die Erhebung und Aufbereitung von Statistiken sehr variabel (z.B. Zentralstaat, Sozialversicherung oder lokale Gebietskörperschaft der Region, der Provinz, des Departements, der Grafschaft, der Gemeinde, der Stadt). Die verschiedenen Körperschaften planen, kontrollieren und verwalten gemeinsam die Finanzen der sie konstituierenden Institutionen (diese Organe können z.B. Ministerien sein, Generaldirektionen, Direktionen, Büros, Agenturen, Ämter usw.). Einige dieser Körperschaften – insbesondere die lokalen Gebietskörperschaften – werden jedoch wahrscheinlich, was die Art der Tätigkeit anbelangt, weitaus heterogener sein als die Kapitalgesellschaften.
2. Häufig sind die Tätigkeiten dieser Körperschaften dem Abschnitt L der NACE Rev. 1 "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" zuzuordnen, andere hingegen üben im wesentlichen Tätigkeiten aus, die anderen Abschnitten zuzurechnen sind: "Erziehung und Unterricht" (Abschnitt M), "Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen" (Abschnitt N), "Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen" (Abschnitt O) oder andere.
3. Sollen Datenreihen über Größen des privaten Sektors mit Daten über diese nach der Art der Wirtschaftstätigkeit klassifizierten öffentlichen Körperschaften und privaten Organisationen kombiniert werden, so müssen die für ihre Festlegung und Klassifizierung verwendeten statistischen Einheiten Größen entsprechen, die den statistischen Einheiten, wie sie im privaten Sektor definiert sind, möglichst nahekommen. Daher sind alle im privaten Sektor verwendeten Kriterien analog auch auf die öffentlichen Körperschaften anwendbar. Das gleiche gilt für die privaten Organisationen.

## B. *Hilfstätigkeiten*

1. Eine Tätigkeit muß als Hilfstätigkeit gelten, wenn sie folgende Bedingungen ausnahmslos erfüllt:
  - a) Sie darf nur die jeweilige Einheit selbst "bedienen", d.h. die erzeugten Waren oder Dienstleistungen dürfen nicht am Markt gehandelt werden.
  - b) Sie muß, was ihre Art und ihre Bedeutung anbetrifft, in den vergleichbaren Produktionseinheiten vorkommen.
  - c) Sie muß Dienstleistungen produzieren oder ausnahmsweise Verbrauchsgüter, die nicht in die Zusammensetzung des Enderzeugnisses der Einheit (wie z.B. Kleinwerkzeug oder Gerüste) eingehen.
  - d) Sie muß zu den laufenden Kosten der Einheit selbst beitragen, also nicht zur Entstehung von Bruttoanlagevermögen führen.
2. Die Unterscheidung zwischen Hilfstätigkeit und Haupt- oder Nebentätigkeit kann anhand folgender Beispiele veranschaulicht werden:
  - Die Produktion von Kleinwerkzeug zur Verwendung in der Einheit ist eine Hilfstätigkeit (Beachtung sämtlicher Kriterien).
  - Die Beförderung auf eigene Rechnung ist im allgemeinen eine Hilfstätigkeit (Beachtung sämtlicher Kriterien).
  - Der Verkauf der eigenen Produktion ist eine Hilfstätigkeit, denn der allgemeinen Regel zufolge kann man nicht produzieren ohne zu verkaufen. Gibt es jedoch innerhalb des produzierenden Unternehmens eine Einzelhandelsverkaufsstelle (Direktverkauf an den Endverbraucher), die z.B. eine örtliche Einheit darstellt, kann diese Verkaufsstelle – ausnahmsweise und für bestimmte Analysen – mit einer Einheit einer wirtschaftlichen Tätigkeit gleichgesetzt werden. Diese Beobachtungseinheit wird dann doppelt klassifiziert und zwar einmal nach der Tätigkeit (Haupt- oder Nebentätigkeit), der sie innerhalb des Unternehmens zuzuordnen ist, und dann nach ihrer eigenen Tätigkeit (Einzelhandel).
3. Dementsprechend lautet die allgemeine Regel, daß angesichts der Tatsache, daß die Produktionsprozesse normalerweise nicht ohne die Unterstützung einer bestimmten Zahl von Hilfstätigkeiten ablaufen können, eben diese nicht als getrennte Einheiten behandelt werden

dürfen, selbst wenn sie in einer gesonderten rechtlichen Einheit oder an einem gesonderten Standort ausgeführt werden und Gegenstand einer getrennten Rechnungsführung sind. Ferner müßte die Hilfstätigkeit auch bei der Bestimmung des Tätigkeitscodes der Einheit, zu der die Hilfstätigkeiten gehören, außer acht gelassen werden. Das beste Beispiel für eine Einheit, die Hilfstätigkeiten ausführt, ist die Zentralverwaltung bzw. der "Sitz" eines Unternehmens.

4. In Anbetracht der unter Nummer 1 gegebenen Definitionen dürfen folgende Tätigkeiten nicht als Hilfstätigkeiten angesehen werden:

- a) Die Produktion von Waren oder die Durchführung von Arbeiten, die zur Bildung des Anlagevermögens beitragen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Erstellung von Anlagen für eigene Rechnung. Diese Vorgehensweise entspricht der in der NACE Rev. 1 verwendeten Methode, bei der die für die Erstellung von Anlagen auf eigene Rechnung zuständigen Einheiten, wenn Daten über sie vorliegen, dem Baugewerbe zugeordnet werden.
- b) Die Produktion, die zwar für die Haupttätigkeit oder die Nebentätigkeiten verbraucht, zu einem erheblichen Teil jedoch vermarktet wird.
- c) Die Produktion von Waren, die später zu einem integrierten Bestandteil der Produktion der Haupt- oder Nebentätigkeit werden, wie z.B. die Tätigkeit einer Abteilung, die für die Verpackung der in dem Unternehmen erzeugten Waren Kisten, Behälter usw. herstellt.
- d) Die Produktion von Energie (integriertes Kraftwerk oder integrierte Kokerei), und zwar unabhängig davon, ob die produzierte Energie vollständig im Rahmen der Haupt- oder Nebentätigkeiten verbraucht wird oder nicht.
- e) Der Kauf von Waren zwecks Wiederverkauf ohne Weiterverarbeitung.
- f) Forschung und Entwicklung. Diese Tätigkeiten sind nicht sehr verbreitet und erbringen keine Dienstleistungen für die laufende Produktion.

In allen diesen Fällen müssen diese Tätigkeiten, sofern getrennte Daten über sie vorliegen, als getrennte Tätigkeiten behandelt und infolgedessen als FE betrachtet werden.

5. Werden Hilfstätigkeiten zugunsten einer einzigen Einheit ausgeführt, bilden diese Tätigkeiten und die dafür aufgewendeten Mittel einen integrierten Bestandteil der Tätigkeiten und Mittel der Einheit, aus der sie hervorgehen. Werden die Tätigkeiten der statistischen Einheit und die entsprechenden Hilfstätigkeiten nicht in ein und demselben geographischen Gebiet durchgeführt – es handelt sich hier um für statistische Erhebungen abgegrenzte Gebiete –

könnte es jedoch interessant sein, für die Daten, die nach den genannten geographischen Gebieten klassifiziert werden müssen, zusätzliche getrennte Informationen über diese Einheiten einzuholen, obwohl letztere nur Hilfstätigkeiten ausführen.

6. Werden Hilfstätigkeiten im wesentlichen zugunsten von zwei oder mehr fachlichen Einheiten ausgeführt, müssen die Kosten dieser Hilfstätigkeiten auf alle fachlichen Einheiten verteilt werden, denen sie zugeordnet werden können. Liegen Angaben über die Verteilung der für jede Tätigkeit getrennt ausweisbaren Kosten vor, müssen die Kosten auf dieser Grundlage umgelegt werden. Gibt es jedoch keine Angaben dieser Art, müssen die Kosten der Hilfstätigkeit anteilmäßig nach dem Produktionswert, nach Abzug des Werts der Vorleistungen und ausschließlich der Kosten der Hilfstätigkeiten an sich auf die Haupt- und Nebentätigkeiten verteilt werden. Gestaltet sich die Anwendung dieser Methode zu schwierig, können die Kosten der Hilfstätigkeit einfach anteilmäßig nach dem Produktionswert aufgeteilt werden.
7. Sind die Hilfstätigkeiten so ausgerichtet, daß sie zwei oder mehr Einheiten eines mehrere Einheiten umfassenden Unternehmens dienen, können sie an einem gesonderten Ort eine Gruppe von Hilfstätigkeiten bilden. In diesem Fall könnte es, vor allem da es sinnvoll ist, bestimmte Tätigkeiten vollständig zu erfassen, selbst wenn diese unabhängig oder von Einheiten, die nur Hilfstätigkeiten ausführen (z.B. EDV-Tätigkeiten), durchgeführt werden, interessant sein, zusätzliche Klassifikationen zu schaffen. Zu diesem Zweck können diese Einheiten außer nach der Tätigkeit der Einheit, zu der sie gehören, auch noch nach ihrer eigenen Tätigkeit klassifiziert werden.
8. Unter Umständen kann eine Tätigkeit, die ursprünglich eine Hilfstätigkeit war, anfangen, Dienstleistungen zu liefern, die an andere Einheiten verkauft werden sollen. Diese Entwicklung kann so weit gehen, daß die Tätigkeit nicht mehr als Hilfstätigkeit angesehen werden kann, sondern als eine der Haupt- oder Nebentätigkeiten einer Einheit behandelt werden muß. Die einzige Möglichkeit, eine bestimmte Tätigkeit als Hilfstätigkeit oder als Haupt- oder Nebentätigkeit zu definieren, besteht darin, ihre Bedeutung innerhalb des gesamten Unternehmens einzuschätzen.



C. *Tabelle nach Tätigkeit und Standort*

	Ein oder mehrere Standorte	Ein einziger Standort
Eine oder mehrere Tätigkeiten	Unternehmen Institutionelle Einheit	Örtliche Einheit
Eine einzige Tätigkeit	FE HPE	Örtliche FE Örtliche HPE

## **Anhang 4**

### **Umsteigeschlüssel**

**von der Klassifikation der Wirtschaftszweige,**

**Ausgabe 2003**

**zur Klassifikation der Wirtschaftszweige,**

**Ausgabe 2008**



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
00.00.0		98.10.0	Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
		98.20.0	Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
01.11.1	ex	01.11.0	Anbau von Getreide (ohne Reis)
		01.12.0	Anbau von Reis
01.11.2	ex	01.11.0	Anbau von Ölsaaten, trockenen Hülsenfrüchten
		01.13.2	Anbau von Kartoffeln, Zuckerrüben sowie sonstigen Wurzeln und Knollen
		01.14.0	Anbau von Zuckerrohr
		01.15.0	Anbau von Tabak
		01.16.0	Anbau von Faserpflanzen
		01.19.9	Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen a.n.g.
	ex	01.26.0	Anbau von ölhaltigen Früchten
	ex	01.28.0	Anbau von Pflanzen für narkotische und pharmazeutische Zwecke für den Pflanzenschutz u.Ä.; Hopfen
	ex	01.29.0	Anbau von Gummibäumen zur Gewinnung von Latex; Forstung von Bäumen zur Gewinnung von Pflanzensäften
	ex	01.63.0	Aufbereitung von Tabakblättern
	ex	01.64.0	Erzeugung von Saatgut für Zuckerrüben und Futterpflanzen (einschließlich Gräsern)
01.12.1	ex	01.11.0	Anbau von grünen Erbsen und Bohnen
		01.13.1	Anbau von Gemüse und Melonen
	ex	01.28.0	Anbau von Pfeffer u.a. Gewürzpflanzen
	ex	02.30.0	Sammeln von Waldpilzen und Trüffeln
01.12.2		01.19.1	Anbau von Zierpflanzen zum Schnitt
	ex	01.30.1	Anbau von Zimmerpflanzen, Beet- und Balkonpflanzen
01.12.3		01.30.2	Betrieb von Baumschulen
01.12.4		01.19.2	Erzeugung von Blumensamen .
	ex	01.25.9	Erzeugung von Fruchtsamen
	ex	01.30.1	Erzeugung von Rollrasen
	ex	01.64.0	Saatgutaufbereitung o.a.S
	ex	02.10.0	Erzeugung von Forstsamen
01.13.1		01.22.0	Anbau von tropischen und subtropischen Früchten
		01.23.0	Anbau von Zitrusfrüchten
		01.24.0	Anbau von Kern- und Steinobst
		01.25.1	Anbau von Erdbeeren

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	01.25.9	Anbau von sonstigem Obst (ohne Erdbeeren und Nüsse)
	ex	01.64.0	Saatgutaufbereitung für den Obstbau
	ex	02.30.0	Sammeln von Beeren
01.13.2		01.21.0	Anbau von Wein- und Tafeltrauben
	ex	01.64.0	Saatgutaufbereitung für den Weinbau
	ex	11.02.0	Herstellung von Wein aus selbsterzeugten Trauben (sofern die Zahl der hierfür erforderlichen Arbeitsstunden gegenüber dem Anbau überwiegt)
01.13.3	ex	01.25.9	Anbau von Nüssen
	ex	01.26.0	Anbau von Kokosnüssen und Oliven
		01.27.0	Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken
	ex	01.28.0	Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische Zwecke
	ex	01.63.0	Aufbereitung von Kakaobohnen
	ex	01.64.0	Saatgutaufbereitung für den allgemeinen Dauerkulturbau
	ex	02.30.0	Sammeln von Nüssen
	ex	10.41.0	Herstellung von Olivenöl aus selbsterzeugten Oliven (sofern die Zahl der hierfür erforderlichen Arbeitsstunden gegenüber dem Anbau überwiegt)
01.21.1	ex	01.41.0	Haltung von Milchkühen
01.21.2	ex	01.42.0	Haltung von anderen Rindern
01.21.3	ex	01.41.0	Gemischte Weideviehhaltung (Schwerpunkt Milchviehhaltung)
	ex	01.42.0	Gemischte Weideviehhaltung (Schwerpunkt Rindviehhaltung)
01.22.1		01.45.0	Haltung von Schafen und Ziegen; Erzeugung von Rohwolle von Schafen
01.22.2		01.43.0	Haltung von Pferden und Eseln
01.23.0		01.46.0	Haltung von Schweinen
01.24.0		01.47.1	Haltung von Legehennen zur Konsumeierzeugung
		01.47.2	Betrieb von Brütereien
		01.47.9	Sonstige Haltung von Nutzgeflügel
01.25.0		01.44.0	Haltung von Kamelen
		01.49.0	Sonstige Tierhaltung
	ex	03.22.0	Froschzucht
01.30.1	ex	01.50.0	Gemischte Landwirtschaft ohne ausgeprägten Schwerpunkt
01.30.2	ex	01.50.0	Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Pflanzenbau
01.30.3	ex	01.50.0	Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Tierhaltung
01.41.1		01.61.0	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau, wie Beschneiden von Obstbäumen und Reben

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	01.63.0	Aufbereitung von Kulturpflanzen für die Rohstoffmärkte im Lohnauftrag
	ex	01.64.0	Saatgutaufbereitung im Lohnauftrag
	ex	10.39.0	Aufbereitung von verderblichen Früchten und Gemüse, Schälen und Schneiden von Gemüse, Herstellung von frischem Salat im Lohnauftrag
01.41.2		81.30.1	Garten- und Landschaftsbau
01.41.3		81.30.9	Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen
01.42.0	ex	01.62.0	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung
01.50.0		01.70.0	Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten
	ex	94.99.9	Dienstleistungen zur Unterstützung der Jagd und Fallenstellerei
02.01.0	ex	01.29.0	Forstung von Weihnachtsbäumen
	ex	02.10.0	Forstwirtschaft (ohne Holzeinschlag)
		02.20.0	Holzeinschlag
	ex	02.30.0	Sammeln von anderen wild wachsenden Erzeugnissen des Waldes
	ex	16.10.0	Herstellung von Holzpfehlen und Pflöcken
02.02.0	ex	02.40.0	Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzgewinnung
05.01.1		03.11.0	Hochsee- und Küstenfischerei
	ex	70.22.0	Fischbestandsberatung in der Hochsee- und Küstenfischerei
05.01.2		03.12.0	Süßwasserfischerei
	ex	70.22.0	Fischbestandsberatung in der Fluss- und Seenfischerei
05.02.0		03.21.0	Meeresaquakultur
	ex	03.22.0	Süßwasseraquakultur (ohne Froschzucht)
10.10.1		05.10.0	Steinkohlenbergbau
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Steinkohlenbergbau
10.10.2	ex	19.20.0	Herstellung von Steinkohlenbriketts
10.20.0		05.20.0	Braunkohlenbergbau
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Braunkohlenbergbau und -veredlung
	ex	19.20.0	Herstellung von Braunkohlenbriketts
10.30.0		08.92.0	Torfgewinnung; Aufbereitung von Torf zur Qualitätsverbesserung oder zur Vereinfachung der Beförderung oder Lagerung
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Torfgewinnung und -veredlung
	ex	19.20.0	Herstellung von Torfbriketts
11.10.0		06.10.0	Gewinnung von Erdöl

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
		06.20.0	Gewinnung von Erdgas
	ex	09.10.0	Verflüssigung und Rückumwandlung von Erdgas zu Transportzwecken am Gewinnungsort
	ex	52.21.9	Verflüssigung und Rückumwandlung von Erdgas zu Transportzwecken, nicht am Gewinnungsort
11.20.0	ex	09.10.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas
12.00.0		07.21.0	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
13.10.0		07.10.0	Eisenerzbergbau
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Eisenerzbergbau
13.20.0		07.29.0	Sonstiger NE-Metallerzbergbau
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für den NE-Metallerzbergbau
14.11.1	ex	08.11.0	Gewinnung von Naturwerksteinen a.n.g.
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Naturwerksteinen a.n.g.
14.11.2	ex	08.11.0	Gewinnung von Natursteinen a.n.g.
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Natursteinen a.n.g.
	ex	38.32.0	Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von überwiegend aus Natursteinen bestehendem Abbruchmaterial
14.12.1	ex	08.11.0	Gewinnung von Kalkstein, Dolomitstein und Kreide
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kalkstein, Dolomitstein und Kreide
14.12.2	ex	08.11.0	Gewinnung von Gips- und Anhydritstein
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Gips und Anhydritstein
14.13.0	ex	08.11.0	Gewinnung von Schiefer
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Schiefer
14.21.0	ex	08.12.0	Gewinnung von Kies und Sand
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kies und Sand
14.22.1	ex	08.12.0	Gewinnung von Ton
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Ton
14.22.2	ex	08.12.0	Gewinnung von Kaolin
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kaolin
14.30.1	ex	08.91.0	Gewinnung von Kalisalzen und Magnesiumsulfaten

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Kaligewinnung
14.30.2	ex	08.91.0	Bergbau auf Mineralien a.n.g.
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Mineralien a.n.g.
14.40.0		08.93.0	Gewinnung von Salz (ohne Herstellung von Tafelsalz)
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Salz
	ex	10.84.0	Herstellung von Tafelsalz (ohne Gewinnung von Salz)
14.50.0		08.99.0	Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g.
	ex	09.90.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g., sonstiger Bergbau
	ex	38.21.0	Behandlung und Beseitigung von Schlacken und Aschen aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g.
	ex	38.32.0	Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von überwiegend aus Beton- oder Ziegelbruch bestehendem Abbruchmaterial
15.11.1	ex	10.11.0	Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel, Talgschmelzen und Schmalzsiedereien)
15.11.2	ex	10.11.0	Talgschmelzen und Schmalzsiedereien
15.12.0	ex	10.11.0	Schlachten von Kaninchen und Wild; Zubereitung von Kaninchenfleisch, Wildfleisch u.Ä.
		10.12.0	Schlachten von Geflügel
15.13.0		10.13.0	Fleischverarbeitung (ohne Herstellung von Fleischfertiggerichten)
	ex	10.85.0	Herstellung von Fleischfertiggerichten
	ex	10.89.0	Herstellung von Extrakten u.Ä. von Fleisch
15.20.0		10.20.0	Fischverarbeitung (ohne Herstellung von Fischfertiggerichten)
	ex	10.85.0	Herstellung von Fischfertiggerichten
15.31.0		10.31.0	Kartoffelverarbeitung
15.32.0		10.32.0	Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften
15.33.1	ex	10.39.0	Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven
	ex	10.85.0	Herstellung von Gemüsefertiggerichten
15.33.2	ex	10.39.0	Herstellung von Sauerkonserven
15.33.4	ex	10.39.0	Herstellung von Konfitüren sowie von Brotaufstrichen auf Fruchtbasis
15.33.5	ex	10.39.0	Herstellung von Fruchtzubereitungen für die Milch- und Eiscremeindustrie
15.41.0	ex	10.41.0	Herstellung von rohen Ölen und Fetten
15.42.0	ex	10.41.0	Herstellung von raffinierten Ölen und Fetten
15.43.0		10.42.0	Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten
15.51.0		10.51.0	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)
15.52.0		10.52.0	Herstellung von Speiseeis



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
15.61.1	ex	10.61.0	Mahlmühlen (ohne Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen)
	ex	16.29.0	Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen von Mahlmühlen
15.61.2	ex	10.61.0	Schälmühlen (ohne Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen)
	ex	16.29.0	Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen von Schälmühlen
15.62.0		10.62.0	Herstellung von Stärke und Stärkerzeugnissen
	ex	10.89.0	Herstellung von Kunsthonig und karamellisiertem Zucker
15.71.0		10.91.0	Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere
15.72.0		10.92.0	Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere
15.81.1	ex	10.71.0	Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren, Pizza frisch, Sandwiches u.ä. frischen Backwaren)
	ex	10.89.0	Herstellungen von Sandwiches u.ä. frischen Backwaren, Pizza frisch (nicht gegart)
15.81.2	ex	10.71.0	Herstellung von Konditorwaren
15.82.0		10.72.0	Herstellung von Dauerbackwaren
	ex	10.85.0	Herstellung von (haltbar gemachten) Fertigpizzen
15.83.0		10.81.0	Herstellung von Zucker
15.84.0		10.82.0	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)
15.85.0		10.73.0	Herstellung von Teigwaren
	ex	10.85.0	Herstellung von zubereiteten Couscous-Gerichten
15.86.0		10.83.0	Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz
15.87.0	ex	10.84.0	Herstellung von Würzmitteln und Soßen
15.88.0		10.86.0	Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln
15.89.1	ex	10.89.0	Herstellung von Backmitteln
15.89.2	ex	10.85.0	Herstellung von Nahrungsmittelzubereitungen (Fertiggerichten) a.n.g.
	ex	10.89.0	Herstellung von Nahrungsmitteln a.n.g.
15.91.0	ex	11.01.0	Herstellung von Spirituosen
15.92.0	ex	20.14.0	Herstellung von Alkohol
15.93.0	ex	11.02.0	Herstellung von Traubenwein
15.94.0		11.03.0	Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen
15.95.0		11.04.0	Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen
15.96.0		11.05.0	Herstellung von Bier
15.97.0		11.06.0	Herstellung von Malz
15.98.0		11.07.0	Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
16.00.1	ex	12.00.0	Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigaretten)
16.00.2	ex	12.00.0	Herstellung von Zigaretten
17.11.0	ex	13.10.0	Baumwollaufbereitung und -spinnerei
17.12.0	ex	13.10.0	Wollaufbereitung und Streichgarnspinnerei
17.13.0	ex	13.10.0	Wollaufbereitung und Kammgarnspinnerei
17.14.0	ex	13.10.0	Flachsaufbereitung und -spinnerei
17.15.0	ex	13.10.0	Zwirnen und Texturieren von Filamentgarnen, Seidenaufbereitung und -spinnerei
17.16.0	ex	13.10.0	Herstellung von Nähgarn
17.17.0	ex	13.10.0	Sonstige Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei
17.21.1	ex	13.20.0	Baumwollweberei (ohne Möbel-, Dekorations- und Gardinenstoffweberei)
17.21.2	ex	13.20.0	Möbel- und Dekorationsstoffweberei
17.21.3	ex	13.20.0	Gardinenstoffweberei
17.22.0	ex	13.20.0	Streichgarnweberei
17.23.0	ex	13.20.0	Kammgarnweberei
17.24.0	ex	13.20.0	Seiden- und Filamentgarnweberei
17.25.0	ex	13.20.0	Sonstige Weberei
17.30.0	ex	13.30.0	Veredlung von Textilien und Bekleidung, einschließlich Siebdrucken (ohne Sofortservice)
	ex	18.12.0	Bedrucken (außer Siebdrucken) von Textilien (ohne Sofortservice)
17.40.1	ex	13.92.0	Herstellung von Haus-, Bett- und Tischwäsche
17.40.2	ex	13.92.0	Herstellung von Bettwaren (ohne Matratzen)
17.40.3	ex	13.92.0	Herstellung von konfektionierten textilen Artikeln für die Innenausstattung
17.40.4	ex	13.92.0	Herstellung von sonstigen konfektionierten textilen Artikeln a.n.g.
	ex	32.50.1	Herstellung von OP-Abdecktüchern
	ex	33.19.0	Reparatur von Planen
	ex	95.29.0	Reparatur von Zelten
17.51.0		13.93.0	Herstellung von Teppichen
17.52.0		13.94.0	Herstellung von Seilerwaren; nicht Reparatur und Ausbessern von Fischernetzen
	ex	33.19.0	Reparatur und Ausbessern von Fischernetzen, Seilen und Leinen
17.53.0		13.95.0	Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)
17.54.1	ex	13.96.0	Bandweberei und -flechterei (technische Textilien)
	ex	13.99.0	Herstellung von sonstigen Textilwaren a.n.g. (ohne technische Textilien)

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
17.54.2	ex	13.96.0	Sonstiges Textilgewerbe a.n.g. (technische Textilien)
	ex	13.99.0	Herstellung von sonstigen Textilwaren a.n.g. (ohne technische Textilien)
	ex	17.22.0	Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen aus Watte: Monatsbinden oder Tampons usw.
	ex	33.19.0	Reparatur von Säcken zur Lagerung von Düngemitteln, Chemikalien, u.Ä.
17.60.1	ex	13.91.0	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff (ohne Gardinenstoff)
17.60.2	ex	13.91.0	Herstellung von gewirktem Gardinenstoff
17.71.0	ex	14.19.0	Herstellung von Schuhen aus Textilfasern ohne Sohle
		14.31.0	Herstellung von Strumpfwaren (ohne Schuhe aus Textilfasern ohne Sohle)
17.72.0		14.39.0	Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff
18.10.0		14.11.0	Herstellung von Lederbekleidung
	ex	32.99.0	Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung aus Leder
18.21.0		14.12.0	Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung
18.22.1		14.13.1	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Herren und Knaben
18.22.2		14.13.2	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen
18.22.3		14.13.3	Herstellung von gewirkter und gestrickter Oberbekleidung
18.23.1		14.14.1	Herstellung von gewebter Wäsche (ohne Miederwaren)
18.23.2		14.14.2	Herstellung von gewirkter und gestrickter Wäsche (ohne Miederwaren)
18.23.3		14.14.3	Herstellung von Miederwaren
18.24.1	ex	14.19.0	Herstellung von Sportbekleidung
	ex	32.99.0	Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (nicht aus Leder)
18.24.2	ex	14.19.0	Herstellung von Hüten und sonstigen Kopfbedeckungen
18.24.3	ex	14.19.0	Herstellung von Bekleidung und Bekleidungszubehör für Kleinkinder
18.24.4	ex	14.19.0	Herstellung von sonstigen gewirkten und gestrickten Fertigerzeugnissen
18.24.5	ex	14.19.0	Herstellung von Bekleidungszubehör a.n.g.
18.30.0	ex	13.20.0	Herstellung von künstlichem Pelzwerk (Webpelz)
	ex	13.91.0	Herstellung von Pelzimitationen (Gestricke) und künstlichem Pelzwerk sowie Waren daraus
		14.20.0	Herstellung von Pelzwaren
	ex	15.11.0	Zurichtung und Färben von Fellen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
19.10.0	ex	15.11.0	Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen
19.20.0	ex	15.12.0	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen sowie von Haltegurten und anderen Gurten aus Leder für die Berufsausübung)
	ex	32.99.0	Herstellung von Haltegurten und anderen Gurten aus Leder für die Berufsausübung
19.30.1	ex	15.20.0	Herstellung von Sportschuhen (ohne Skischuhe)
	ex	22.19.0	Herstellung von Gummisohlen und anderen Schuhteilen aus Gummi für Sportschuhe
	ex	22.29.0	Herstellung von Schuhteilen, Laufsohlen und Absätzen aus Kunststoff für Kunststoffschuhe
	ex	32.30.0	Herstellung von Skistiefeln
19.30.2	ex	15.20.0	Herstellung von sonstigen Schuhen
	ex	16.29.0	Herstellung von Schuhteilen aus Holz
	ex	22.19.0	Herstellung von Gummisohlen und anderen Schuhteilen aus Gummi für sonstige Schuhe
	ex	22.29.0	Herstellung von Schuhteilen, Laufsohlen und Absätzen aus Kunststoff für sonstige Schuhe
20.10.0	ex	16.10.0	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke
	ex	16.29.0	Herstellung von Brennholzpellets u.Ä. aus Pressholz
20.20.1	ex	16.21.0	Herstellung von Furnier-, Sperrholz- und Holzfasernplatten
20.20.2	ex	16.21.0	Herstellung von Holzspanplatten
20.30.1		16.22.0	Herstellung von Parketttafeln
	ex	16.23.0	Herstellung von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen und Ausbauelementen aus Holz (ohne Parketttafeln)
	ex	43.32.0	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente o.Ä. aus Holz
	ex	43.91.2	Errichtung serienmäßig vorgefertigter Dachstühle aus Holz
20.30.2	ex	16.23.0	Herstellung von Bausätzen für Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau sowie von Fertigteilbauten daraus
	ex	41.20.2	Errichtung selbst hergestellter Fertigteilbauten aus Holz
20.40.0		16.24.0	Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz
	ex	33.19.0	Reparatur von Paletten, Transportfässern u.ä. Gegenständen aus Holz
20.51.0	ex	16.29.0	Herstellung von Holzwaren a.n.g. (ohne Herstellung von Möbeln, Holzsärgen)
	ex	32.99.0	Herstellung von Holzsärgen
	ex	33.19.0	Reparatur von Holzwaren

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
20.52.0	ex	16.29.0	Herstellung von Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Herstellung von Möbeln)
	ex	32.99.0	Herstellung von Rettungsmitteln aus Kork
21.11.0		17.11.0	Herstellung von Holz- und Zellstoff
21.12.0		17.12.0	Herstellung von Papier, Karton und Pappe
21.21.0		17.21.0	Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe
21.22.0	ex	17.22.0	Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe (ohne Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen aus Watte)
	ex	18.12.0	Bedrucken von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe
21.23.0	ex	17.23.0	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe
21.24.0		17.24.0	Herstellung von Tapeten
21.25.0	ex	17.29.0	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe (ohne Unterhaltungsartikel, Bedrucken von Etiketten und Anhängern)
	ex	18.12.0	Bedrucken von Etiketten und Anhängern
22.11.1	ex	32.99.0	Herstellung (Verlegen) von Globen
	ex	58.11.0	Verlegen von Büchern
	ex	58.12.0	Verlegen von Katalog- und Jahrbuchveröffentlichungen
22.11.2	ex	58.12.0	Verlegen von Telefon- und Adressbüchern
22.12.1	ex	58.13.0	Verlegen von Tageszeitungen
22.12.2	ex	58.14.0	Verlegen von Wochen- und Sonntagszeitungen
22.13.1	ex	58.14.0	Verlegen von Fachzeitschriften
22.13.2	ex	58.14.0	Verlegen von allgemeinen Zeitschriften
22.13.3	ex	58.14.0	Verlegen von sonstigen Zeitschriften
22.14.1	ex	59.20.2	Verlegen von bespielten Tonträgern
22.14.2	ex	59.20.3	Verlegen von Musikalien
22.15.0	ex	58.19.0	Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)
22.21.0		18.11.0	Drucken von Zeitungen
22.22.0	ex	17.23.0	Herstellung von Schreibwaren aus Papier/Pappe für Ausbildung/Beruf (Hefte, Mappen, Hefter, usw.), sofern die aufgedruckte Information nicht das Hauptmerkmal darstellt
	ex	18.12.0	Drucken anderer Druckerzeugnisse als Zeitungen
	ex	58.19.0	Verlegen von Verkaufskatalogen, Werbematerial, Briefmarken, Schecks, Banknoten usw.

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
22.23.0	ex	18.14.0	Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen
22.24.0	ex	18.13.0	Druck- und Medienvorstufe
22.25.0	ex	18.13.0	Herstellung von Präsentationsmedien, wie Overheadprojektionsfolien, von Skizzen, Layouts, Dummies
	ex	18.14.0	Stanzen, Lochen, Perforieren, Bohren, Prägen, Laminieren u.ä. Fertigbearbeiten von Druckerzeugnissen
22.31.0	ex	18.20.0	Vervielfältigung von bespielten Tonträgern
22.32.0	ex	18.20.0	Vervielfältigung von bespielten Bildträgern
22.33.0	ex	18.20.0	Vervielfältigung von bespielten Datenträgern
23.10.0	ex	19.10.0	Kokerei
23.20.0	ex	19.20.0	Mineralölverarbeitung
23.30.0	ex	20.13.0	Anreicherung von Uran- und Thoriumerzen
	ex	21.20.0	Herstellung radioaktiver Elemente zur medizinischen Verwendung
		24.46.0	Aufbereitung und Herstellung von Kernbrennstoffen
	ex	38.12.0	Sammlung radioaktiver Abfälle
	ex	38.22.0	Behandlung, Beseitigung und Lagerung radioaktiver Abfälle
24.11.0		20.11.0	Herstellung von Industriegasen
24.12.0		20.12.0	Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten
24.13.0	ex	20.13.0	Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien
24.14.0	ex	19.10.0	Herstellung von Pech und Pechkoks
	ex	20.14.0	Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien
24.15.0		20.15.0	Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen
	ex	38.21.0	Kompostierung organischer Abfälle
24.16.0		20.16.0	Herstellung von Kunststoffen in Primärformen
24.17.0		20.17.0	Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen
24.20.0		20.20.0	Herstellung von Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln
24.30.0		20.30.0	Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten
24.41.0		21.10.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
24.42.0	ex	21.20.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen (ohne Knochenzement und Zahnfüllungen)
	ex	32.50.1	Herstellung von chirurgischen Abdecktüchern, sterilem Nahtmaterial u. Gewebe, imprägnierter medizinischer Watte u. Verbandszeug, Knochenzement, Zahnfüllungen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
24.51.0		20.41.0	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln
	ex	20.42.0	Herstellung von Seifen zur Körperpflege
24.52.0	ex	20.42.0	Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen
24.61.0	ex	20.51.0	Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen
24.62.0		20.52.0	Herstellung von Klebstoffen
	ex	20.59.0	Herstellung von Gelatine und ihren Derivaten
24.63.0		20.53.0	Herstellung von etherischen Ölen
24.64.0	ex	20.59.0	Herstellung von fotochemischen Erzeugnissen
24.65.0		26.80.0	Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern
24.66.0	ex	20.59.0	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a.n.g. (ohne Herstellung halbfertiger Scheiben (Wafers) und Mikroplättchen (Chips u.Ä.)
	ex	26.11.9	Herstellung halbfertiger Scheiben (Wafers) und Mikroplättchen (Chips u.Ä.)
24.70.0		20.60.0	Herstellung von Chemiefasern
25.11.0	ex	22.11.0	Herstellung von Bereifungen
25.12.0	ex	22.11.0	Runderneuerung von Bereifungen
25.13.0	ex	22.19.0	Herstellung von sonstigen Gummiwaren
	ex	32.50.1	Herstellung von medizinischen Latex-Handschuhen
	ex	32.99.0	Herstellung aufblasbarer Rettungswesten aus Kautschuk
	ex	33.19.0	Reparatur von sonstigen Gummiwaren
25.21.0		22.21.0	Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen
	ex	33.19.0	Reparatur von Rohren und Schläuchen aus Kunststoffen einschl. Reparatur von Rohrnetzen aus Kunststoffen in Industrieanlagen
	ex	33.20.0	Installation von Rohren und Schläuchen aus Kunststoffen einschließlich Installation von Rohrleitungsnetzen aus Kunststoffen in Industrieanlagen
25.22.0		22.22.0	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen
25.23.0	ex	22.23.0	Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen
	ex	27.33.0	Herstellung von Leerrohren aus Kunststoffen
	ex	41.20.2	Errichtung von selbst hergestellten Gebäuden aus Kunststoffen
	ex	43.32.0	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente aus Kunststoffen
25.24.1	ex	22.29.0	Herstellung von technischen Kunststoffteilen
	ex	27.33.0	Herstellung von nicht stromführendem Installationsmaterial, Baulementen aus Kunststoff für Überlandleitungen und Schalterabdeckungen
25.24.2	ex	22.29.0	Herstellung von Fertigerzeugnissen aus Kunststoffen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	32.99.0	Herstellung von Sicherheitskopfbedeckungen aus Kunststoffen u.ä.
	ex	33.19.0	Reparatur von Kunststofffenstern
26.11.0		23.11.0	Herstellung von Flachglas
26.12.0		23.12.0	Veredlung und Bearbeitung von Flachglas
26.13.1	ex	23.13.0	Herstellung von Behältnissen aus Glas
26.13.2	ex	23.13.0	Herstellung von Trinkgläsern und Tischzubehör aus Glas
26.14.1	ex	23.14.0	Herstellung von Verstärkungsglasfasern
26.14.2	ex	23.14.0	Herstellung von Isolierglasfasern u.Ä.
26.15.0		23.19.0	Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren
	ex	32.50.1	Herstellung von Destilliergeräten aus Quarzglas für Laboratorien
	ex	33.19.0	Reparatur von Schläuchen und Rohren aus Glas einschließlich industrieller Rohrnetze aus Glas
	ex	33.20.0	Installation von Rohren und Schläuchen aus Glas
26.21.1	ex	23.41.0	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Porzellan
	ex	95.29.0	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Porzellan
26.21.2	ex	23.41.0	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Steingut, Steinzeug und Feinsteinzeug
	ex	95.29.0	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Steingut, Steinzeug und Feinsteinzeug
26.21.3	ex	23.41.0	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Ton sowie von Töpferwaren
	ex	95.29.0	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Ton sowie von Töpferwaren
26.22.0		23.42.0	Herstellung von Sanitärkeramik
	ex	33.19.0	Reparatur von Sanitärkeramik
26.23.0		23.43.0	Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik
	ex	33.19.0	Reparatur von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik
	ex	33.20.0	Einbau von Isolatoren aus Keramik in Stromaggregate
26.24.0	ex	23.44.0	Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke
	ex	33.19.0	Reparatur von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke
26.25.0		23.49.0	Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen
	ex	33.19.0	Reparatur von sonstigen keramischen Erzeugnissen
26.26.1	ex	23.20.0	Herstellung von Waren aus feuerfesten keramischen Werkstoffen
	ex	33.19.0	Reparatur von Waren aus feuerfesten keramischen Werkstoffen
26.26.2	ex	23.20.0	Herstellung von ungeformten feuerfesten keramischen Werkstoffen



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.19.0	Reparatur von ungeformten feuerfesten keramischen Werkstoffen
26.30.0		23.31.0	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten
26.40.1	ex	23.32.0	Herstellung von Ziegeln
26.40.2	ex	23.32.0	Herstellung von sonstiger Baukeramik
	ex	33.19.0	Reparatur und Instandhaltung von keramischen Rohren, Rohrform-, -verbindungs-, -verschlussstücken, Rohrleitungen, Rinnen, einschl. keramischer Rohrnetze in Industrieanlagen
	ex	33.20.0	Installation von keramischen Rohren in Industrieanlagen
26.51.0		23.51.0	Herstellung von Zement
26.52.0	ex	23.52.0	Herstellung von Kalk
26.53.0	ex	23.52.0	Herstellung von gebranntem Gips
26.61.1	ex	23.61.0	Herstellung von Bausätzen für Fertigteilbauten aus Beton für den Bau
26.61.2	ex	23.61.0	Herstellung von Konstruktionsteilen und großformatigen Fertigbauteilen aus Beton sowie von sonstigen Betonerzeugnissen für den Bau
26.61.3	ex	23.61.0	Herstellung von Erzeugnissen aus Porenbeton für den Bau
26.61.4	ex	23.61.0	Herstellung von Erzeugnissen aus Kalksandstein für den Bau
26.62.0		23.62.0	Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau
26.63.0		23.63.0	Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)
26.64.0		23.64.0	Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)
26.65.0		23.65.0	Herstellung von Faserzementwaren
26.66.0		23.69.0	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a. n. g.
26.70.1	ex	23.70.0	Steinbildhauerei und Steinmetzerei
26.70.2	ex	23.70.0	Sonstige Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a.n.g.
26.81.3	ex	23.91.0	Herstellung von Schleifkörpern mit Diamant oder Bornitrid
	ex	33.19.0	Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten an Diamantschleifkörpern
	ex	33.20.0	Installation von Diamantschleifkörpern
26.81.4	ex	23.91.0	Herstellung von Schleifmitteln auf Unterlage
26.81.5	ex	23.91.0	Herstellung von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
	ex	33.19.0	Reparatur und Instandhaltung von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
	ex	33.20.0	Installation von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
26.81.6	ex	23.91.0	Herstellung von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen
	ex	33.19.0	Reparatur und Instandhaltung von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.20.0	Installation von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen
26.82.0		23.99.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a.n.g.
27.10.0		24.10.0	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen
27.21.1	ex	24.51.0	Herstellung von Rohren aus Gusseisen
27.21.2	ex	24.51.0	Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Gusseisen
27.22.1		24.20.1	Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre)
27.22.2		24.20.2	Herstellung von Präzisionsstahlrohren
27.22.3		24.20.3	Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl
27.31.0		24.31.0	Herstellung von Blankstahl
27.32.0		24.32.0	Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm
27.33.0	ex	24.33.0	Herstellung von Kaltprofilen
27.34.0		24.34.0	Herstellung von kaltgezogenem Draht
27.41.0		24.41.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen
27.42.1	ex	24.42.0	Erzeugung von Aluminium
27.42.2	ex	24.42.0	Erste Bearbeitung von Aluminium
27.43.1	ex	24.43.0	Erzeugung von Blei, Zink und Zinn
27.43.2	ex	24.43.0	Erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn (ohne Herstellung von Stangen, Stäben, Profilen, Draht aus Blei, Blechen, Folien, Bändern, Pulver, Flitter aus Zinn, Rohren usw. aus Blei, Zinn und Zink)
	ex	25.99.3	Herstellung von Stangen, Stäben, Profilen, Draht aus Blei, Blechen, Folien, Bändern, Pulver, Flitter aus Zinn, Rohren, Rohrfittings aus Blei, Zinn und Zink
27.44.1	ex	24.44.0	Erzeugung von Kupfer
27.44.2	ex	24.44.0	Erste Bearbeitung von Kupfer
27.45.1	ex	24.45.0	Erzeugung von sonstigen NE-Metallen
27.45.2	ex	24.45.0	Erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen
27.51.1	ex	24.51.0	Eisengießereien (ohne Herstellung von duktilem Gusseisen)
27.51.2	ex	24.51.0	Herstellung von duktilem Gusseisen
27.52.0		24.52.0	Stahlgießereien
27.53.0		24.53.0	Leichtmetallgießereien
27.54.0		24.54.0	Buntmetallgießereien
28.11.1	ex	24.33.0	Herstellung von kalt hergestellten, profilierten Blechen und Sandwich-Platten

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
	ex 25.11.0	Herstellung von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen)
	ex 33.11.0	Reparatur von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen, Gebäude u.a. Bauwerke)
	ex 33.20.0	Installation von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen, Gebäude u.a. Bauwerke)
	ex 41.20.2	Errichtung von selbst vorgefertigten Metallgebäuden
	ex 43.99.9	Errichtung von selbst vorgefertigten baulichen Metallkonstruktionen (ohne Gebäude)
28.11.2	ex 25.11.0	Herstellung von Grubenausbaukonstruktionen
	ex 33.11.0	Reparatur von Grubenausbaukonstruktionen
	ex 33.20.0	Installation von Grubenausbaukonstruktionen
28.12.0	25.12.0	Herstellung von Ausbauelementen aus Metall
	ex 33.11.0	Reparatur von Ausbauelementen aus Metall
	ex 43.32.0	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente aus Metall
28.21.0	25.29.0	Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
	ex 33.11.0	Reparatur von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
	ex 33.20.0	Installation von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
28.22.0	25.21.0	Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen
	ex 33.11.0	Werksreparatur von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen
	ex 33.20.0	Installation von Heizkesseln mit industrieller Kapazität (z.B. für die Fernheizung)
28.30.0	25.30.0	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)
	ex 33.11.0	Reparatur von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)
	ex 33.20.0	Installation von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)
28.40.1	ex 25.50.1	Herstellung von schweren Freiformschmiedestücken
28.40.2	ex 25.50.1	Herstellung von leichten Freiformschmiedestücken
28.40.3	25.50.2	Herstellung von Gesenkschmiedeteilen
28.40.4	25.50.3	Herstellung von Kaltfließpressteilen
28.40.7	25.50.5	Herstellung von pulvermetallurgischen Erzeugnissen
28.40.8	25.50.4	Herstellung von Press-, Zieh- und Stanzteilen
28.51.0	25.61.0	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung
28.52.1	ex 25.62.0	Schlosserei und Schweißerei
	ex 33.11.0	Allgemeine mechanische Reparaturarbeiten an Metallerzeugnissen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.12.0	Allgemeine mechanische Reparatur, Instandhaltung, Service und Wartung von Maschinen, auch Schärfen von Messern und Werkzeugen
28.52.2	ex	25.62.0	Schleiferei und Dreherei
28.52.3	ex	01.62.0	Hufschmieden (Beschlagschmieden)
	ex	25.62.0	Kunstschmieden
28.61.0	ex	25.71.0	Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen
	ex	33.11.0	Reparatur von Schneidwaren für kommerzielle Zwecke
	ex	95.29.0	Reparatur von Schneidwaren für den Haushalt und Bestecken aus unedlen Metallen
28.62.1		25.73.1	Herstellung von Handwerkzeugen
	ex	33.11.0	Reparatur von Handwerkzeugen
28.62.2		25.73.2	Herstellung von Sägen und von Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung
	ex	33.11.0	Reparatur von Sägen für die Holzbearbeitung
	ex	33.12.0	Reparatur von Sägen und anderen Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung wie das Schärfen von Sägeblättern und Schneidklingen
	ex	33.20.0	Installation von Sägen und anderen Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung
28.62.3	ex	25.73.5	Herstellung von Werkzeugen für das Baugewerbe
	ex	28.92.1	Herstellung von Werkzeugen für Bergwerksmaschinen
	ex	28.92.2	Herstellung von Werkzeugen für Baumaschinen
	ex	33.11.0	Reparatur von Werkzeugen für das Baugewerbe
	ex	33.12.0	Reparatur von Werkzeugen für baugewerbliche Maschinen, wie das Schärfen von Klingen und Sägeblättern
	ex	33.20.0	Installation von Werkzeugen für das Baugewerbe
28.62.4		25.73.3	Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung a.n.g.
	ex	33.12.0	Reparatur von auswechselbaren Werkzeugen für Metallbearbeitungsmaschinen wie das Schärfen von Klingen und Sägeblättern
	ex	33.20.0	Installation von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung
28.62.5		25.73.4	Herstellung von Geräten für die Landwirtschaft
	ex	33.11.0	Reparatur von Geräten für die Landwirtschaft
	ex	33.20.0	Installation von Geräten für die Landwirtschaft
28.62.6	ex	25.73.5	Herstellung von sonstigen Werkzeugen
	ex	33.11.0	Reparatur von sonstigen Werkzeugen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.20.0	Installation von sonstigen Werkzeugen
	ex	95.29.0	Schärfen von Klingen für Haushaltsmaschinen
28.63.0	ex	25.72.0	Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen
	ex	33.11.0	Reparatur von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen
28.71.0		25.91.0	Herstellung von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
	ex	33.11.0	Reparatur von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
	ex	33.20.0	Installation von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
28.72.0		25.92.0	Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall
28.73.0	ex	25.93.0	Herstellung von Drahtwaren
28.74.1		25.94.0	Herstellung von Schrauben und Nieten
28.74.2	ex	25.93.0	Herstellung von Ketten
28.74.3	ex	25.93.0	Herstellung von Federn
28.75.1	ex	25.71.0	Herstellung von Säbeln, Schwertern, Degen, Bajonetten
		25.99.1	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
	ex	33.20.0	Installation von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
	ex	95.29.0	Reparatur von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
28.75.2		25.99.2	Herstellung von Panzerschränken und Tresoranlagen
	ex	33.11.0	Reparatur von Panzerschränken und Tresoranlagen
	ex	33.20.0	Installation von Panzerschränken und Tresoranlagen
28.75.3	ex	25.72.0	Herstellung von Garderobenhaken, Huthaltern u.ä. Metallwaren
	ex	25.99.3	Herstellung von Metallwaren a.n.g.
	ex	32.99.0	Herstellung von Sicherheitskopfbedeckungen aus Metall, Särgen aus Metall
	ex	33.11.0	Reparatur von Metallwaren a.n.g.
	ex	33.20.0	Installation von Metallwaren a.n.g.
29.11.0	ex	28.11.0	Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
	ex	33.12.0	Reparatur von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
	ex	33.20.0	Installation von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
29.12.0	ex	28.11.0	Herstellung von Windturbinen
	ex	28.12.0	Herstellung von hydraulischer Ausrüstung

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
		28.13.0	Herstellung von Pumpen und Kompressoren (ohne hydraulische Ausrüstung)
	ex	33.12.0	Reparatur von Pumpen und Kompressoren
	ex	33.20.0	Installation von Pumpen und Kompressoren
29.13.0	ex	28.12.0	Herstellung von Ventilen für Ölhydraulik und Pneumatik
		28.14.0	Herstellung von Armaturen (ohne Ventile für Ölhydraulik und Pneumatik)
	ex	33.12.0	Reparatur von Armaturen einschl. Drossel- und Einlassventilen
	ex	33.20.0	Installation von Armaturen einschl. Drossel- und Einlassventilen
29.14.0		28.15.0	Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
	ex	33.12.0	Reparatur von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
	ex	33.20.0	Installation von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
29.21.0	ex	28.21.9	Herstellung von Öfen und Brennern
	ex	32.50.1	Herstellung von zahnmedizinischen Laboröfen
	ex	33.12.0	Reparatur von Öfen und Brennern
	ex	33.20.0	Installation von Öfen und Brennern
29.22.0	ex	28.22.0	Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln
	ex	33.12.0	Reparatur von Hebezeugen und Fördermitteln (ohne Aufzüge und Rolltreppen)
	ex	33.20.0	Installation von Hebezeugen und Fördermitteln (ohne Aufzüge und Rolltreppen)
	ex	43.29.9	Einbau, Reparatur und Instandhaltung von Aufzügen und Rolltreppen
29.23.0	ex	28.25.0	Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen (nicht für den Haushalt), Klimaanlage für Kraftfahrzeuge
	ex	33.12.0	Reparatur von industriellen Kälteanlagen und Luftreinigungsanlagen
	ex	33.20.0	Installation von industriellen Kälteanlagen (auch Milchkühlanlagen) und Luftreinigungsanlagen
29.24.0	ex	28.29.0	Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
	ex	32.50.1	Herstellung von Destilliergeräten, Zentrifugen für Laboratorien
	ex	33.12.0	Reparatur von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
	ex	33.13.0	Reparatur von Destillieranlagen, Zentrifugen
	ex	33.20.0	Installation von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
29.31.1	ex	28.30.0	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
29.31.2	ex	33.12.0	Reparatur von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
29.32.1	ex	28.30.0	Herstellung von sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Maschinen
	ex	28.93.0	Herstellung von Maschinen zum Reinigen, Sortieren oder Sieben von Körner- oder Hülsenfrüchten
	ex	33.20.0	Installation von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (ohne Zugmaschinen)
29.32.2	ex	33.12.0	Reparatur sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (ohne Rasenmäher)
	ex	95.22.0	Reparatur von Rasenmähern
29.41.0		28.24.0	Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb
	ex	33.12.0	Reparatur von handgeführten kraftbetriebenen Werkzeugen (ohne solche für den Haushalt)
	ex	95.22.0	Reparatur von elektrischen Hecken-, Grasscheren und Rasenkantenschneider
29.42.0		28.41.0	Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
	ex	33.12.0	Reparatur von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
	ex	33.20.0	Installation von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
29.43.1		28.49.1	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
	ex	33.12.0	Reparatur von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
	ex	33.20.0	Installation von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
29.43.2		28.49.2	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
	ex	33.12.0	Reparatur von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
	ex	33.20.0	Installation von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
29.43.3		28.49.3	Herstellung von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör für Werkzeugmaschinen
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör von Werkzeugmaschinen
	ex	33.20.0	Installation von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör von Werkzeugmaschinen
29.43.4	ex	27.90.0	Herstellung von Elektroschweiß- und -lötgeräten
	ex	33.12.0	Reparatur von Elektroschweiß- und -lötgeräten
	ex	33.20.0	Installation von Elektroschweiß- und -lötgeräten
29.43.5	ex	28.29.0	Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	28.49.9	Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
	ex	33.12.0	Reparatur von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
	ex	33.20.0	Installation von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
29.51.0		28.91.0	Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
29.52.1	ex	28.92.1	Herstellung von Bergwerksmaschinen
	ex	33.12.0	Reparatur von Bergwerksmaschinen
	ex	33.20.0	Installation von Bergwerksmaschinen
29.52.2	ex	28.92.2	Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen (ohne Maschinen zur Herstellung von Ziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren, Grafitelektroden, Tafelkreide usw.)
	ex	28.99.0	Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren, Grafitelektroden, Tafelkreide usw.
	ex	33.12.0	Reparatur von Bau- und Baustoffmaschinen
	ex	33.20.0	Installation von Bau- und Baustoffmaschinen
29.53.0	ex	28.30.0	Herstellung von Teilen von Melk- und Milchmaschinen
	ex	28.93.0	Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung
29.54.0	ex	28.94.0	Herstellung von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
29.55.0		28.95.0	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für Papiererzeugung und -verarbeitung
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für Papiererzeugung und -verarbeitung
29.56.1	ex	28.94.0	Herstellung von Druckmaschinen zum Bedrucken von Spinnstoffen
	ex	28.99.0	Herstellung von Druckereimaschinen



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für das Druckgewerbe
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für das Druckgewerbe
29.56.3		28.96.0	Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk
29.56.4	ex	25.73.5	Herstellung von Formkästen und Formen (außer Blockformen)
	ex	28.94.0	Herstellung von Wäscheschleudern
	ex	28.99.0	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
	ex	32.50.1	Herstellung von Ultraschallreinigungsgeräten für Laboratorien
	ex	33.12.0	Reparatur von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
	ex	33.20.0	Installation von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
	ex	95.22.0	Reparatur von Schneefräsen, Laubbläsern und Trimmern
29.60.0		25.40.0	Herstellung von Waffen und Munition
	ex	30.30.0	Herstellung von Interkontinentalraketen
		30.40.0	Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen
	ex	33.11.0	Reparatur von Schuss- und Artilleriewaffen (einschließlich Sport- und Freizeitgewehre)
	ex	33.20.0	Installation von Schuss- und Artilleriewaffen
29.71.0		27.51.0	Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten
	ex	28.21.9	Herstellung von Raumheizkörpern und elektrischen Swimmingpoolheizungen
	ex	28.25.0	Herstellung von Dachventilatoren
	ex	33.14.0	Reparatur von Straßen-, Boden- u.ä. Heizgeräten
	ex	33.20.0	Installation von Straßen-, Boden- u.ä. Heizgeräten
29.72.0		27.52.0	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsgeräten
		28.21.1	Herstellung von Solarwärmekollektoren
	ex	28.21.9	Herstellung von nicht elektrischen Heiz- u.ä. Geräten (ohne nicht elektrische Haushaltsgeräte und Solarwärmekollektoren)
30.01.0	ex	28.23.0	Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)
	ex	33.20.0	Installation von Fotokopiergeräten u.a. Büromaschinen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
30.02.0	ex	26.12.0	Herstellung von Ton-, Video-, Netzwerk- u.ä. Karten für Geräte der automatischen Datenverarbeitung
	ex	26.20.0	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten
	ex	33.20.0	Installation von EDV-Anlagen (Großrechner)
	ex	62.09.0	Einrichten von Arbeitsplatzrechnern
31.10.0	ex	26.11.9	Herstellung von elektronischen Induktoren (z.B. Drosselspulen, Transformatoren)
	ex	27.11.0	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren (ohne windgetriebene Stromerzeugungsaggregate)
	ex	28.11.0	Herstellung von windgetriebenen Stromerzeugungsaggregaten
	ex	33.13.0	Reparatur von elektronischen Transformatoren, Wicklungen, Drosselspulen und anderen Selbstinduktionsspulen usw.
	ex	33.14.0	Reparatur von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
	ex	33.20.0	Installation von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
31.20.0	ex	26.11.9	Herstellung elektronischer Schalter und Schaltungen
		27.12.0	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
	ex	27.33.0	Herstellung von Schaltern für Stromkreise, Steckdosen und Steckern, Lampenfassungen, Anschluss- und Verteilungskästen usw.
	ex	27.90.0	Herstellung von Überspannungsableitern
	ex	33.14.0	Reparatur von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
	ex	33.20.0	Installation von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
31.30.0	ex	26.11.9	Herstellung elektronischer Anschlüsse
	ex	27.31.0	Herstellung von Glasfaserkabeln
		27.32.0	Herstellung von isolierten Elektrokabeln, -leitungen und -drähten
	ex	27.90.0	Herstellung von Geräteanschlusskabeln, Verlängerungskabeln und anderen Elektrokabelsätzen aus isoliertem Draht und Verbindern
31.40.0		27.20.0	Herstellung von Batterien und Akkumulatoren
	ex	33.14.0	Reparatur von Akkumulatoren und Batterien
	ex	33.20.0	Installation von Akkumulatoren und Batterien
31.50.0	ex	27.40.0	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten
	ex	27.90.0	Herstellung von Werbeleuchten, Leuchtschildern u.Ä.
31.61.0	ex	27.40.0	Herstellung von Scheinwerfern für Kraftfahrzeuge
	ex	27.90.0	Herstellung elektrischer Ausrüstungsgegenstände für Schiffe, Flugzeuge und Schienenfahrzeuge, Fahrzeuge a.n.g.
	ex	29.31.0	Herstellung elektrischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren
	ex	33.14.0	Reparatur und Instandhaltung von elektrischen Ausrüstungen für Industriemotoren

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
31.62.0	ex	33.20.0	Installation von elektrischen Ausrüstungen für Industriemotoren
	ex	23.44.0	Herstellung von Dauermagneten aus agglomeriertem Ferrit u.ä.
	ex	25.99.3	Herstellung von Dauermagneten aus Metall
	ex	26.30.0	Herstellung von Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern
	ex	26.51.3	Herstellung von Minensuchgeräten usw.
	ex	27.11.0	Herstellung von elektrischen Außenbordermotoren
	ex	27.40.0	Herstellung von elektrischen Insektenlampen u.ä. Insektenvernichtungsgeräten
	ex	27.90.0	Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
	ex	28.49.9	Herstellung von Maschinen zum Elektroplattieren
	ex	28.99.0	Herstellung von Sonnenbänken
	ex	29.31.0	Herstellung von elektrischen, akustischen Einbruchs- und Diebstahlalarmanlagen für Kraftwagen
	ex	30.20.2	Herstellung von elektr. Signal-, Sicherungs-, Überwachungs- oder Steuereinrichtungen für Eisen- und Straßenbahnen
	ex	33.13.0	Reparatur von Minendetektoren
	ex	33.14.0	Reparatur von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
32.10.0	ex	33.20.0	Installation von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
		26.11.1	Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen
	ex	26.11.9	Herstellung von elektronischen Bauelementen (ohne Solarzellen und Solarmodule)
	ex	26.12.0	Herstellung von bestückten Leiterplatten
	ex	27.90.0	Herstellung von elektrischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen Bauteilen
32.20.0	ex	33.13.0	Reparatur von Elektronen- u.a. Vakuumröhren, Halbleiterbauelementen u.Ä.
	ex	26.30.0	Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik
	ex	33.13.0	Reparatur und Instandhaltung von Fernseh- und Hörfunksendegeräten, Vermittlungseinrichtungen u.ä. kommerziellen Geräten
	ex	33.20.0	Installation von nachrichtentechnischen Anlagen und Kommunikationssystemen (Netzwerke)
	ex	95.12.0	Reparatur von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik (ohne Fernseh- und Hörfunksendegeräte, Vermittlungseinrichtungen u.ä. kommerzielle Geräte)
32.30.0	ex	26.11.9	Herstellung elektronischer Fotokomponenten

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
	ex 26.20.0	Herstellung von Video-Beamern
	ex 26.30.0	Herstellung von Telefonanrufbeantwortern, Sende- und Empfangsantennen, Rundfunkstudioausrüstung, Infrarot-Kommunikationsgeräten
	ex 26.40.0	Herstellung von Rundfunkgeräten sowie von phono- und videotechnischen Geräten
	ex 26.70.0	Herstellung von Digitalkameras
	ex 28.23.0	Herstellung von Diktiergeräten
	ex 33.12.0	Reparatur von Diktiergeräten
	ex 33.13.0	Reparatur von gewerblichen Ausrüstungen für Rundfunk sowie Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten
	ex 33.20.0	Installation von gewerblichen Ausrüstungen für Rundfunk sowie Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten
33.10.1	26.60.0	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
	ex 32.50.1	Herstellung von Dentalbohrmaschinen, Sterilisatoren für medizinische Zwecke oder Laboratorien usw
	ex 33.13.0	Reparatur von elektronischen Bestrahlungs-, Elektrotherapie-, sonstigen elektromed. Geräten, wie MRT-Geräten, med. Ultraschallgeräten, Herzschrittmachern usw.
	ex 33.14.0	Reparatur von elektrischen Bestrahlungs-, Elektrotherapie-, sonstigen elektromed. Geräten, wie MRT-Geräten, med. Ultraschallgeräten, Herzschrittmachern usw.
	ex 33.20.0	Installation von elektromedizinischen Geräten
33.10.2	ex 31.01.2	Herstellung von Frisörstühlen
	ex 32.50.1	Herstellung von medizintechnischen Geräten
	ex 32.99.0	Herstellung von Gasmasken
	ex 33.13.0	Reparatur von medizintechnischen Geräten
	ex 33.20.0	Installation von medizintechnischen Geräten
33.10.3	32.50.2	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen
33.10.4	32.50.3	Zahntechnische Laboratorien
33.20.1	ex 26.30.0	Herstellung von Fernmeldesignaltestgeräten
	26.51.1	Herstellung von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex 32.50.1	Herstellung von elektrischen medizinischen Messgeräten und Thermometern
	ex 33.13.0	Reparatur v. elektronischen Flugnavigations-, Flugtriebwerks- u. meteorolog. Instrumenten, Geräten z. Prüfung und Kontrolle von physikal., elektr. u.chem. Eigenschaften usw.

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
	ex 33.14.0	Reparatur v. elektrischen Flugnavigations-, Flugtriebwerks- u. meteorolog. Instrumenten, Geräten z. Prüfung und Kontrolle von physikal., elektr. u. chem. Eigenschaften usw.
	ex 33.20.0	Installation von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
33.20.2	26.51.2	Herstellung von nicht elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex 26.70.0	Herstellung von optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex 28.29.0	Herstellung von Wasserwaagen, Bandmaßen u. ä. Handwerkzeugen (ohne optische)
	ex 32.50.1	Herstellung von nicht elektrischen medizinischen Messgeräten wie Thermometern
	ex 33.13.0	Reparatur von feinmechanisch-optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex 33.20.0	Installation von feinmechanisch-optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
33.20.3	ex 26.51.3	Herstellung von mechanischen Prüfmaschinen (ohne Auswuchtmaschinen)
	ex 28.99.0	Herstellung von Auswuchtmaschinen
	ex 33.12.0	Reparatur von Auswuchtmaschinen
	ex 33.20.0	Installation von Auswuchtmaschinen
33.30.0	ex 33.13.0	Reparatur und Instandhaltung von Prozesssteuerungsanlagen
	ex 33.20.0	Herstellung (Montage) von industriellen Prozesssteuerungsanlagen
33.40.1	ex 32.50.1	Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen
33.40.2	ex 26.70.0	Herstellung von optischen Instrumenten
	ex 27.31.0	Herstellung von Lichtleitfasern und Lichtleitkabeln
	ex 33.13.0	Reparatur von optischen Instrumenten
33.40.3	ex 26.20.0	Herstellung von Beamern
	ex 26.70.0	Herstellung von Kameras, Projektoren, Vergrößerern und Verkleinerern einschließlich Objektiven
	ex 28.99.0	Herstellung von Apparaten für die Projizierung von Schaltungsbildern auf lichtempfindliche Halbleitermaterialien
	ex 33.13.0	Reparatur von Foto-, Projektions- und Kinogeräten
	ex 33.20.0	Installation von Projektions- und Kinogeräten
33.50.0	26.52.0	Herstellung von Uhren
	ex 32.12.0	Herstellung von Uhrketten und Uhrarmbändern aus Edelmetall
	ex 32.13.0	Herstellung von Uhrketten und Uhrarmbändern aus unedlen Metallen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	33.13.0	Reparatur von Parkuhren, Kurzzeitmessern, Zeitschaltern und anderen Zeitauslösern
	ex	33.20.0	Installation von gewerblichen Zeitmessinstrumenten und -geräten
34.10.1		29.10.1	Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren
	ex	29.32.0	Zusammenbau von Bausätzen und Einbau von Baugruppen und Bausätzen für Personenkraftwagen innerhalb des Herstellungsverfahrens
	ex	30.91.0	Herstellung von Motoren für Krafträder
34.10.2	ex	28.92.2	Herstellung von Off-Road-Muldenkippern
		29.10.2	Herstellung von Nutzkraftwagen und Nutzkraftwagenmotoren
	ex	29.32.0	Zusammenbau von Bausätzen und Einbau von Baugruppen und Bausätzen für Nutzkraftwagen innerhalb des Herstellungsverfahrens
	ex	33.12.0	Reparatur und Instandhaltung von Off-Road-Muldenkippern
	ex	33.17.0	Reparatur und Instandhaltung von Motorschlitten, Golfwagen usw. sowie der Sonderausrüstung von Spezialfahrzeugen
	ex	33.20.0	Installation von Sonderausrüstung von Spezialfahrzeugen
34.20.0		29.20.0	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern; Umbau, Tuning von Kraftwagen
	ex	33.11.0	Reparatur von Transportcontainern für eine oder mehrere Beförderungsarten
34.30.0	ex	28.11.0	Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern und dergleichen sowie Ein- und Auslassventilen für Kolbenverbrennungsmotoren
	ex	29.32.0	H.v. Teilen und Zubehör f. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren (oh. Kolben, Kolbenringe, Vergaser u.dgl., Ein- und Auslassventile)
35.11.0	ex	30.11.0	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)
	ex	33.15.0	Reparatur und Instandhaltung von Schiffen (ohne Werksüberholung und Schiffsumbau)
35.12.0		30.12.0	Boots- und Yachtbau
	ex	33.15.0	Reparatur und Instandhaltung von Booten und Yachten
35.20.6	ex	30.20.1	Herstellung von Lokomotiven und anderen Schienenfahrzeugen
	ex	33.17.0	Reparatur von Schienenfahrzeugen.
35.20.7	ex	25.99.3	Herstellung von montiertem Gleismaterial
	ex	30.20.2	Herstellung von Eisenbahninfrastruktur
35.30.0	ex	28.99.0	Herstellung von Startvorrichtungen für Flugzeuge am Boden und auf Flugzeugträgern sowie Zubehör
	ex	30.30.0	Luft- und Raumfahrzeugbau
	ex	33.16.0	Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen
35.41.1	ex	30.91.0	Herstellung von Krafträdern (ohne Kraftradteile)

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
35.41.2	ex	30.91.0	Herstellung von Krafttradteilen und -zubehör
35.42.1	ex	30.92.0	Herstellung von Fahrrädern (ohne Fahrradteile, ohne Reparatur)
35.42.2	ex	30.92.0	Herstellung von Fahrradteilen und -zubehör
35.43.0	ex	30.92.0	Herstellung von Behindertenfahrzeugen (ohne Reparatur)
	ex	33.17.0	Reparatur von Behindertenfahrzeugen
35.50.0	ex	28.22.0	Herstellung von Schubkarren u.Ä.
		30.99.0	Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a.n.g.
	ex	31.01.2	Herstellung von Servierwagen für den Restaurantbedarf
	ex	33.11.0	Reparatur von Einkaufswagen
	ex	33.12.0	Reparatur von Schubkarren u.Ä.
	ex	33.17.0	Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a.n.g.
36.11.1		31.09.1	Herstellung von Polstermöbeln
	ex	95.24.0	Bespannung und Polsterung von Polstermöbeln
36.11.2	ex	29.32.0	Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge
	ex	30.11.0	Herstellung von Sitzen für Schiffe
	ex	30.20.1	Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge
	ex	30.30.0	Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge
	ex	31.01.1	Herstellung von Bürositzmöbeln
	ex	31.01.2	Herstellung von Ladensitzmöbeln
	ex	31.02.0	Herstellung von Küchensitzmöbeln
	ex	31.09.9	Herstellung von Sitzmöbeln (ohne Polstermöbel) für Ess-, Wohn- oder Schlafzimmer
	ex	33.16.0	Reparatur von Flugzeugsitzen
	ex	33.17.0	Reparatur von Eisenbahnsitzen
	ex	95.24.0	Reparatur von Sitzmöbeln
36.12.1	ex	28.23.0	Herstellung von Wandtafeln
	ex	31.01.1	Herstellung von Büromöbeln
	ex	95.24.0	Reparatur von Büromöbeln
36.12.2	ex	31.01.2	Herstellung von Ladenmöbeln und sonstigen Objektmöbeln
	ex	95.24.0	Reparatur von Ladenmöbeln
36.13.0	ex	31.02.0	Herstellung von Küchenmöbeln
	ex	95.24.0	Reparatur von Küchenmöbeln
36.14.1	ex	31.09.9	Herstellung von Esszimmer- und Wohnzimmermöbeln
	ex	95.24.0	Reparatur von Esszimmer- und Wohnzimmermöbeln
36.14.2	ex	31.09.9	Herstellung von Schlafzimmernmöbeln
	ex	95.24.0	Reparatur von Schlafzimmernmöbeln

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
36.14.3	ex	31.01.2	Herstellung von Labormöbeln
	ex	31.09.9	Herstellung von Möbeln a.n.g.
	ex	95.24.0	Reparatur von Möbeln a.n.g.
36.15.0		31.03.0	Herstellung von Matratzen
36.21.0		32.11.0	Herstellung von Münzen
36.22.1	ex	32.12.0	Bearbeitung von Edelsteinen, Schmucksteinen und Perlen
36.22.2	ex	32.12.0	Herstellung von Schmuck aus Edelmetallen und Edelmetallplattierungen
36.22.3	ex	32.12.0	Herstellung von Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Tafelgeräte und Bestecke)
36.22.4	ex	32.12.0	Herstellung von Tafelgeräten und Bestecken aus Edelmetallen oder mit Edelmetallen überzogen
36.22.5	ex	32.12.0	Herstellung von Edelmetallerzeugnissen für technische Zwecke
36.30.0		32.20.0	Herstellung von Musikinstrumenten
	ex	33.19.0	Restaurierung von Orgeln und historischen Musikinstrumenten
	ex	33.20.0	Installation von Orgeln usw.
	ex	95.29.0	Reparatur von Musikinstrumenten (ohne Orgeln und historische Musikinstrumente)
36.40.0	ex	32.30.0	Herstellung von Sportgeräten
	ex	32.99.0	Herstellung von Ohr- und Nasenstöpseln für Schwimmschwämme und Geräuschschutz
	ex	33.20.0	Installation von Sportgeräten
	ex	95.29.0	Reparatur von Sportgeräten
36.50.0	ex	26.40.0	Herstellung von Videospielkonsolen
	ex	28.99.0	Herstellung von Ausrüstungen für automatische Kegelbahnen
		32.40.0	Herstellung von Spielwaren
	ex	33.12.0	Reparatur von Kegel- und Bowlingbahnen
	ex	33.19.0	Reparatur von Flippern, Münzspielautomaten, Billardspielen, Glücksspieltischen
	ex	33.20.0	Installation von Kegel- und Bowlingbahnen
36.61.0	ex	32.13.0	Herstellung von Fantasieschmuck
36.62.0	ex	22.19.0	Herstellung von Gummibürsten
		32.91.0	Herstellung von Besen und Bürsten
36.63.1	ex	22.23.0	Herstellung von Bodenbelägen auf textiler Unterlage
36.63.2	ex	32.99.0	Herstellung von sonstigem Bekleidungszubehör a.n.g.
36.63.3	ex	20.51.0	Herstellung von Streichhölzern
	ex	32.99.0	Herstellung von chemischen Erzeugnissen a.n.g.



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
36.63.4	ex	30.92.0	Herstellung von Kinderwagen
	ex	33.17.0	Reparatur und Instandhaltung von Kinderwagen
36.63.5	ex	32.99.0	Herstellung von Füllhaltern, Kugelschreibern, Filzstiften und Stempeln und sonstigen Erzeugnissen a.n.g.
36.63.6	ex	32.99.0	Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Tierausstopperei
36.63.7	ex	32.99.0	Herstellung von Weihnachtsschmuck
36.63.8	ex	13.99.0	Herstellung von Puderquasten und fingerlosen Handschuhen
	ex	15.12.0	Herstellung von Reitpeitschen u.ä. Waren
	ex	16.29.0	Herstellung von Handgriffen für Regenschirme, Stöcke u.ä; Blöcken für die Fertigung von Tabakspfeifen
	ex	17.29.0	Herstellung von Fest-, Karnevals- u.ä. Unterhaltungsartikel aus Papier oder Pappe
	ex	22.19.0	Herstellung von Kämmen, Haarnadeln, Haarwicklern u. dgl. aus Gummi; Pfeifenmundstücken aus Gummi
	ex	22.29.0	Herstellung von Kämmen, Haarwicklern u. dgl., aus Kunststoffen; Herstellung von Zigarren- und Zigarettenmundstücken aus Kunststoffen
	ex	25.99.3	Herstellung von Vakuum-Isolierflaschen, Haarwicklern, Schirmgriffen und -gestellen, Kämmen, Orden, Ehrenabzeichen, militärischen Rangabzeichen aus Metall
	ex	28.99.0	Herstellung von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
	ex	32.99.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a.n.g.
	ex	33.12.0	Reparatur und Instandhaltung von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
	ex	33.20.0	Installation von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
37.10.1	ex	38.31.0	Mechanisches Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren aus Eisen oder Stahl
	ex	38.32.0	Sonstiges Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Eisen oder Stahl
37.10.2	ex	38.31.0	Mechanisches Zerlegen von Fahrzeugwracks und anderen Altwaren aus NE-Metallen
	ex	38.32.0	Sonstiges Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus NE-Metallen
37.20.1	ex	38.32.0	Recycling von textilen Altmaterialien und Reststoffen
37.20.2	ex	38.32.0	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Papier, Karton und Pappe

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
37.20.3	ex	38.32.0	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Glas
37.20.4	ex	38.32.0	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Kunststoffen
37.20.5	ex	38.32.0	Recycling von sonstigen Altmaterialien und Reststoffen
40.11.1		35.11.1	Elektrizitätserzeugung ohne Verteilung
40.11.2	ex	35.11.2	Elektrizitätserzeugung aus Wärmekraft mit Fremdbezug zur Verteilung
	ex	38.12.0	Sammlung verbrauchter (bestrahlter) Brennstoffelemente (Stäbe, Kartuschen) von Kernreaktoren
40.11.3	ex	35.11.2	Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und sonstigen Energiequellen mit Fremdbezug zur Verteilung
40.11.4	ex	35.11.3	Elektrizitätserzeugung aus Wärmekraft ohne Fremdbezug zur Verteilung
	ex	38.12.0	Sammlung verbrauchter (bestrahlter) Brennstoffelemente (Stäbe, Kartuschen) von Kernreaktoren
40.11.5	ex	35.11.3	Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und sonstigen Energiequellen ohne Fremdbezug zur Verteilung
40.12.0		35.12.0	Elektrizitätsübertragung
40.13.0		35.13.0	Elektrizitätsverteilung
		35.14.0	Elektrizitätshandel
40.21.1		35.21.1	Gaserzeugung ohne Verteilung
40.21.2		35.21.2	Gaserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung
40.21.3		35.21.3	Gaserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung
40.22.0		35.22.0	Gasverteilung durch Rohrleitungen
		35.23.0	Gashandel durch Rohrleitungen
40.30.1	ex	35.30.0	Wärmeerzeugung durch Heizkraftwerk mit Fremdbezug zur Verteilung
40.30.2	ex	35.30.0	Wärmeerzeugung durch Fernheizwerk mit Fremdbezug zur Verteilung
40.30.3	ex	35.30.0	Wärmeerzeugung durch Heizkraftwerk ohne Fremdbezug zur Verteilung
40.30.4	ex	35.30.0	Wärmeerzeugung durch Fernheizwerk ohne Fremdbezug zur Verteilung
40.30.5	ex	35.30.0	Wärmeverteilung ohne Erzeugung
41.00.1		36.00.1	Wassergewinnung mit Fremdbezug zur Verteilung
41.00.2		36.00.2	Wassergewinnung ohne Fremdbezug zur Verteilung
41.00.3		36.00.3	Wasserverteilung ohne Gewinnung
45.11.1		43.11.0	Abbrucharbeiten
45.11.2	ex	43.12.0	Erdbewegungsarbeiten
45.11.4	ex	43.12.0	Aufschließung von Lagerstätten; Auffüllen stillgelegter Lagerstätten
45.12.0		43.13.0	Test- und Suchbohrung
45.21.1	ex	41.20.1	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
	ex 41.20.2	Errichtung von Fertigteilbauten
	ex 42.11.0	Straßenbau
	ex 42.12.0	Bahnbau
	ex 42.13.0	Brücken- und Tunnelbau
	ex 42.21.0	Rohrleitungs-, Brunnen- und Kläranlagenbau
	ex 42.91.0	Wasserbau
	ex 42.99.0	Sonstiger Tiefbau a.n.g.
	ex 43.99.9	Bau von Außenschwimmbecken
45.21.2	ex 41.20.1	Hochbau (ohne Fertigteilbau)
	ex 42.21.0	Kläranlagenbau
45.21.3	ex 41.20.2	Errichtung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau aus selbst hergestellten Fertigteilen
45.21.4	ex 41.20.2	Errichtung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau aus fremd bezogenen Fertigteilen
45.21.5	ex 41.20.2	Errichtung von Fertigteilbauten aus Holz und Kunststoffen im Hochbau aus fremd bezogenen Fertigteilen
45.21.6	ex 42.13.0	Brücken- und Tunnelbau
45.21.7	ex 42.21.0	Rohrleitungstiefbau
	42.22.0	Bau von Strom- und Kommunikationskabelnetzen (innerstädtische und über Land)
45.22.1	43.91.1	Dachdeckerei und Bauspenglerei
45.22.2	ex 43.99.9	Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit
45.22.3	ex 42.13.0	Errichtung von Brücken aus Holz
	ex 43.91.2	Zimmerei und Ingenieurholzbau (ohne Errichtung von Brücken aus Holz)
45.23.1	ex 41.20.1	Belagarbeiten an Sportflächen von Sportstadien u.Ä.
	ex 42.11.0	Bau von Straßen
	ex 42.99.0	Sonstiger Tiefbau a.n.g.
45.23.2	ex 42.12.0	Bau von Bahnverkehrsstrecken
45.24.0	ex 42.21.0	Bau von Bewässerungssystemen (Kanälen)
	ex 42.91.0	Wasserbau
	ex 43.99.9	Unterwasserarbeiten
45.25.1	ex 42.21.0	Brunnenbau
45.25.2	ex 43.99.9	Schachtbau
45.25.3	43.99.2	Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau
45.25.4	43.99.1	Gerüstbau
	ex 77.32.0	Vermietung von Gerüsten u.Ä. mit nachrangigem Auf- und Abbau

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
45.25.5	ex	43.99.9	Gebäudetrocknung
45.25.6	ex	39.00.0	Asbest- u.ä. Sanierung von Bauwerken
	ex	42.13.0	Errichtung von Brücken aus Metall
	ex	43.99.9	Sonstiger Hoch- und Tiefbau a.n.g.
45.31.0	ex	43.21.0	Elektroinstallation
	ex	43.22.0	Installation von Elektroheizungsanlagen (ohne Fußleistenheizungen)
	ex	43.29.9	Installation von Aufzügen und Rolltreppen; Blitzableitern
	ex	80.20.0	Installation, Reparatur, Umbau und Anpassung von Sicherheitssystemen und Verriegelungseinrichtungen in Verbindung mit Überwachung
45.32.0		43.29.1	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung
45.33.0	ex	43.22.0	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation
45.34.0	ex	43.21.0	Installation von Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen
	ex	43.29.9	Sonstige Bauinstallation (ohne Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen)
45.41.0		43.31.0	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei
45.42.0	ex	43.32.0	Bautischlerei und -schlosserei
45.43.1	ex	43.33.0	Parkettlegerei
45.43.2	ex	43.33.0	Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei
45.43.3	ex	43.33.0	Estrichlegerei
45.43.4	ex	43.33.0	Sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei
45.43.5	ex	43.33.0	Tapetenkleberei
45.43.6	ex	43.33.0	Raumausstattung, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
45.44.1		43.34.1	Maler- und Lackierergewerbe
45.44.2		43.34.2	Glasergerberbe
45.45.1	ex	43.99.9	Fassadenreinigung
45.45.3		43.39.0	Ausbaugewerbe a.n.g.
	ex	43.99.9	Einbau von Swimmingpools (ohne Ausschachtung, Elektroinstallation)
45.50.1	ex	43.99.9	Vermietung von Betonpumpen mit Bedienungspersonal
45.50.2	ex	43.99.9	Vermietung von sonstigen Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal
50.10.1	ex	45.11.0	Handelsvermittlung mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	45.19.0	Handelsvermittlung mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
50.10.2	ex	45.11.0	Großhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	45.19.0	Großhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
50.10.3	ex	45.11.0	Einzelhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	45.19.0	Einzelhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
50.20.3		45.20.1	Lackieren von Kraftwagen
50.20.4		45.20.2	Autowaschanlagen
50.20.5		45.20.3	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger (ohne Lackierung und Autowäsche)
		45.20.4	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (ohne Lackierung und Autowäsche)
	ex	52.21.9	Abschleppdienste
50.30.1	ex	45.31.0	Handelsvermittlung mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Großhandelsstufe
	ex	45.32.0	Handelsvermittlung mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Einzelhandelsstufe
50.30.2	ex	45.31.0	Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör
	ex	46.77.0	Ausbau wiederverwertbarer Teile aus Altfahrzeugen zum Wiederverkauf
50.30.3	ex	45.32.0	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör
50.40.1	ex	45.40.0	Handelsvermittlung von Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
50.40.2	ex	45.40.0	Großhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
50.40.3	ex	45.40.0	Einzelhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
50.40.4	ex	45.40.0	Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern
50.50.1		47.30.1	Einzelhandel in fremdem Namen mit Motorenkraftstoffen (Agenturtankstellen)
50.50.2		47.30.2	Einzelhandel in eigenem Namen mit Motorenkraftstoffen (Freie Tankstellen)
51.11.2	ex	46.11.0	Handelsvermittlung von Blumen und Pflanzen
51.11.4	ex	46.11.0	Handelsvermittlung von lebenden Tieren
51.11.5	ex	46.11.0	Handelsvermittlung von textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten, Fellen und Leder
51.11.6	ex	46.11.0	Handelsvermittlung von Getreide, Saaten, Futtermitteln und Rohabak
51.12.1	ex	46.12.0	Handelsvermittlung von festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.12.3	ex	46.12.0	Handelsvermittlung von technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk, Kunststoffen und Düngemitteln
51.12.4	ex	46.12.0	Handelsvermittlung von Erzen, Eisen, Stahl und NE-Metallen
51.12.5	ex	46.12.0	Handelsvermittlung von Eisen-, Stahl- und NE-Metallhalbzeug
51.13.1		46.13.1	Handelsvermittlung von Rohholz, Holzhalbwaren und Bauelementen aus Holz
51.13.2	ex	46.13.2	Handelsvermittlung von Baustoffen, Bauelementen aus Stahl und mineralischen Stoffen und von Flachglas
51.13.3	ex	46.13.2	Handelsvermittlung von Anstrichmitteln
51.13.4	ex	46.13.2	Handelsvermittlung von chemisch technischen Erzeugnissen
51.14.1		46.14.1	Handelsvermittlung von Maschinen und technischem Bedarf (ohne landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen)
51.14.2		46.14.2	Handelsvermittlung von Wasser- und Luftfahrzeugen
51.14.4		46.14.3	Handelsvermittlung von Geräten der Unterhaltungselektronik
51.14.5		46.14.4	Handelsvermittlung von Werkzeugen
51.14.6		46.14.5	Handelsvermittlung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software
51.14.7		46.14.6	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
51.14.8		46.14.7	Handelsvermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik
51.14.9		46.14.9	Handelsvermittlung von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen a.n.g.
51.15.1		46.15.1	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Antiquitäten
51.15.2		46.15.2	Handelsvermittlung von keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Holzwaren a.n.g. sowie Flecht- und Korbwaren
51.15.3		46.15.3	Handelsvermittlung von elektrischen Haushaltsgeräten
51.15.4		46.15.4	Handelsvermittlung von Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.
51.15.5		46.15.5	Handelsvermittlung von Putz- und Reinigungsmitteln
51.16.1		46.16.1	Handelsvermittlung von Meterware für Bekleidung und Wäsche
51.16.2		46.16.2	Handelsvermittlung von Heim- und Haustextilien und Bodenbelägen
51.16.7		46.16.3	Handelsvermittlung von Bekleidung
51.16.8		46.16.4	Handelsvermittlung von Bekleidungszubehör
51.16.9		46.16.5	Handelsvermittlung von Schuhen, Lederwaren und Reisegepäck
51.17.1	ex	46.17.1	Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren
	ex	46.17.2	Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen
	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.17.2	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von Obst, Gemüse und Kartoffeln
51.17.3	ex	46.17.1	Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren
51.17.4	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen, Nahrungsfetten, Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild
51.17.5	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen
51.17.6	ex	46.17.2	Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen
51.17.7	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von sonstigen Getränken
51.17.8	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von tiefgefrorenen Nahrungsmitteln
51.17.9	ex	46.17.9	Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln sowie Tabakwaren
51.18.1		46.18.1	Handelsvermittlung von feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen
51.18.2		46.18.2	Handelsvermittlung von Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck
51.18.3		46.18.3	Handelsvermittlung von Spielwaren und Musikinstrumenten
51.18.4	ex	46.18.9	Handelsvermittlung von Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)
51.18.5		46.18.4	Handelsvermittlung von pharmazeut. Erzeugnissen, med. u. orthopäd. Artikeln, Labor-, Ärzte-, Dentalbedarf, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
51.18.6		46.18.5	Handelsvermittlung von kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln
51.18.7		46.18.6	Handelsvermittlung von Karton, Papier und Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenk- und Werbeartikeln, Verpackungsmitteln und Tapeten
51.18.8		46.18.7	Handelsvermittlung von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Musikalien und sonstigen Druckerzeugnissen
51.18.9	ex	46.18.9	Handelsvermittlung von Altmaterialien und Reststoffen
51.19.0		46.19.0	Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.21.0	ex	01.64.0	Beizen von Saatgut
	ex	46.21.0	Großhandel mit Getreide, Saatgut und Futtermitteln
51.22.0		46.22.0	Großhandel mit Blumen und Pflanzen
51.23.0		46.23.0	Großhandel mit lebenden Tieren
51.24.0		46.24.0	Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder
51.25.0	ex	46.21.0	Großhandel mit Rohtabak
51.31.0	ex	10.39.0	Herstellung von geschälten oder geschnittenem frischem Obst, Gemüse oder Salat, abgepackt
	ex	46.31.0	Großhandel mit frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln
51.32.0		46.32.0	Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.33.0		46.33.0	Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten
51.34.1	ex	46.34.0	Großhandel mit Getränken, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.34.2	ex	11.01.0	Verschneiden von Spirituosen
	ex	11.02.0	Verschneiden von Wein
	ex	46.34.0	Großhandel mit Wein, Sekt und Spirituosen
51.34.5	ex	46.34.0	Großhandel mit sonstigen Getränken
51.35.0		46.35.0	Großhandel mit Tabakwaren
51.36.1	ex	46.36.0	Großhandel mit Zucker
51.36.2	ex	46.36.0	Großhandel mit Süßwaren
51.36.3	ex	46.36.0	Großhandel mit Backwaren
51.37.1	ex	46.37.0	Großhandel mit Kaffee, Tee und Kakao
51.37.2	ex	46.37.0	Großhandel mit Gewürzen
51.38.1		46.38.1	Großhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen
51.38.2		46.38.2	Großhandel mit Mehl und Getreideprodukten
51.38.3	ex	46.31.0	Großhandel mit haltbar gemachtem Obst und Gemüse und haltbar gemachten Kartoffeln
		46.38.9	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln a.n.g.
51.39.1		46.39.1	Großhandel mit tiefgefrorenen Nahrungsmitteln, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.39.2		46.39.9	Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.41.1	ex	46.41.0	Großhandel mit Meterware für Bekleidung und Wäsche
51.41.2	ex	46.41.0	Großhandel mit Heim und Haushaltstextilien
51.42.3		46.42.2	Großhandel mit Schuhen
51.42.4	ex	46.42.1	Großhandel mit Oberbekleidung sowie Bekleidungszubehör
51.42.5	ex	46.42.1	Großhandel mit Unterbekleidung, Pullovern u.Ä.
51.43.1	ex	46.43.2	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
	ex	46.43.3	Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik
	ex	46.47.0	Großhandel mit elektrischen Lampen und Leuchten
	ex	46.52.0	Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern und Disketten, magnetischen und optischen CDs und DVDs
51.43.2	ex	46.43.2	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
	ex	46.47.0	Großhandel mit elektrischen Lampen und Leuchten
51.43.3	ex	46.43.3	Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik
	ex	46.52.0	Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern und Disketten, magnetischen und optischen CDs und DVDs



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.43.4	ex	46.43.2	Großhandel mit elektrotechnischem Zubehör und Elektroinstallationszubehör
51.44.1	ex	46.49.5	Großhandel mit Haushaltswaren aus Metall
51.44.2		46.44.1	Großhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren
51.44.3	ex	46.73.8	Großhandel mit Tapeten
51.44.4		46.44.2	Großhandel mit Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln
51.45.0		46.45.0	Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln
51.46.1		46.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
51.46.2	ex	46.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf
51.46.3	ex	46.46.2	Großhandel mit Dentalbedarf
51.47.1	ex	46.49.5	Großhandel mit nicht elektrischen Haushaltsgeräten
51.47.2		46.49.1	Großhandel mit Spielwaren und Musikinstrumenten
51.47.3		46.49.2	Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)
51.47.4		46.48.0	Großhandel mit Uhren und Schmuck
51.47.5		46.49.3	Großhandel mit Lederwaren, Reisegepäck, Geschenk- und Werbeartikeln
51.47.6	ex	46.47.0	Großhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Antiquitäten und Teppichen (ohne Holz-, Korb-, Flecht- und Korkwaren)
	ex	46.49.5	Großhandel mit Holz-, Korb-, Flecht- und Korkwaren
	ex	46.73.8	Großhandel mit Bodenbelägen (ohne Teppiche)
51.47.7		46.43.1	Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen
	ex	46.49.5	Großhandel mit feinmechanischen Erzeugnissen
	ex	46.69.3	Großhandel mit Messgeräten
51.47.8		46.49.4	Großhandel mit Karton, Papier, Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Büchern, Zeitschriften und Zeitungen
51.51.2		46.71.1	Großhandel mit festen Brennstoffen
51.51.3		46.71.2	Großhandel mit Mineralölerzeugnissen
51.52.1	ex	46.72.1	Großhandel mit Eisenerzen
	ex	46.72.2	Großhandel mit NE-Erzen
51.52.2	ex	46.72.1	Großhandel mit Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlhalbzeug
51.52.3	ex	46.72.2	Großhandel mit NE-Metallen und NE-Metallhalbzeug
51.53.1		46.73.1	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.53.2		46.73.2	Großhandel mit Roh- und Schnittholz
51.53.3		46.73.3	Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.53.4		46.73.4	Großhandel mit Baustoffen und Bauelementen aus mineralischen Stoffen
51.53.5		46.73.5	Großhandel mit Flachglas
51.53.6		46.73.6	Großhandel mit Anstrichmitteln
51.53.7		46.73.7	Großhandel mit Sanitärkeramik
51.54.2		46.74.1	Großhandel mit Werkzeugen und Kleineisenwaren
51.54.3		46.74.2	Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung
51.54.4		46.74.3	Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke
51.55.1	ex	46.75.0	Großhandel mit chemischen Erzeugnissen
51.55.2	ex	46.75.0	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen (ohne Kunststoffe)
	ex	46.76.0	Großhandel mit Kunststoffen in Primärformen
51.55.3	ex	46.75.0	Großhandel mit rohen technischen Fetten und Ölen sowie Kautschuk (ohne Natur- und regenerierter Kautschuk)
	ex	46.76.0	Großhandel mit Natur- und regeneriertem Kautschuk
51.55.4	ex	46.75.0	Großhandel mit chemisch technischen Erzeugnissen
51.55.5	ex	46.75.0	Großhandel mit Düngemitteln
51.56.0	ex	46.76.0	Großhandel mit sonstigen Halbwaren
51.57.1	ex	38.32.0	Schneiden und Pressen von Altmaterialien und Reststoffen, ohne ausgeprägten Schwerpunkt, zur Verringerung des Volumens
	ex	46.77.0	Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.57.2	ex	38.32.0	Schneiden und Pressen von metallischen Altmaterialien und Reststoffen zur Verringerung des Volumens
	ex	46.77.0	Großhandel mit metallischen Altmaterialien und Reststoffen
51.57.3	ex	38.32.0	Schneiden und Pressen von nicht metallischen Altmaterialien und Reststoffen zur Verringerung des Volumens
	ex	46.77.0	Großhandel mit nicht metallischen Altmaterialien und Reststoffen
51.81.1	ex	46.62.0	Großhandel mit Werkzeugmaschinen (ohne Holzbearbeitungsmaschinen)
51.81.2	ex	46.62.0	Großhandel mit Holzbearbeitungsmaschinen
51.82.0		46.63.0	Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen
51.83.0		46.64.0	Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen
51.84.0	ex	26.20.0	Assembling von Computern für Geschäftskunden (Konfigurieren auf Kundenwunsch)
		46.51.0	Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software
51.85.1		46.66.0	Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
51.85.2		46.65.0	Großhandel mit Büromöbeln
51.86.0	ex	46.52.0	Großhandel mit elektronischen Bauelementen
51.87.1		46.69.1	Großhandel mit Flurförderzeugen und Fahrzeugen a.n.g.
51.87.2		46.69.2	Großhandel mit sonstigen Maschinen (ohne landwirtschaftliche Maschinen)
51.87.3	ex	46.52.0	Großhandel mit Telekommunikationsgeräten
	ex	46.69.3	Großhandel mit sonstigen Ausrüstungen und Zubehör für Maschinen sowie technischem Bedarf (ohne Telekommunikationsgeräte)
51.88.0		46.61.0	Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
51.90.1		46.90.1	Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.90.2		46.90.2	Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
51.90.3		46.90.3	Großhandel mit Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
52.11.1		47.11.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
52.11.2		47.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren
52.12.1		47.19.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)
52.12.2		47.19.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel
52.21.0	ex	47.21.0	Einzelhandel mit frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln
52.22.0		47.22.0	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren
52.23.0		47.23.0	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen
52.24.1	ex	47.24.0	Einzelhandel mit Backwaren
52.24.2	ex	47.24.0	Einzelhandel mit Süßwaren
52.25.1	ex	47.25.0	Einzelhandel mit Wein, Sekt und Spirituosen
52.25.2	ex	47.25.0	Einzelhandel mit sonstigen Getränken
52.26.0		47.26.0	Einzelhandel mit Tabakwaren
52.27.1	ex	47.29.0	Einzelhandel mit Reformwaren
52.27.5	ex	47.21.0	Einzelhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse und zubereiteten und konservierten Kartoffeln
	ex	47.29.0	Sonstiger Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln (ohne Reformwaren, Obst-, Gemüse- und Kartoffelkonserven)
52.31.0		47.73.0	Apotheken
52.32.0		47.74.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
52.33.1	ex	47.75.0	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln (ohne Drogerieartikel)

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
52.33.2	ex	47.75.0	Einzelhandel mit Drogerieartikeln
52.41.1	ex	47.51.0	Einzelhandel mit Haushaltstextilien
52.41.2	ex	47.51.0	Einzelhandel mit Kurzwaren, Schneidereibedarf, Handarbeiten sowie Meterware für Bekleidung und Wäsche
52.42.1	ex	47.71.0	Einzelhandel mit Bekleidung, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
52.42.2	ex	47.71.0	Einzelhandel mit Herrenbekleidung und Bekleidungszubehör
52.42.3	ex	47.71.0	Einzelhandel mit Damenbekleidung und Bekleidungszubehör
52.42.4	ex	47.71.0	Einzelhandel mit Kinder- und Säuglingsbekleidung und Bekleidungszubehör
52.42.5	ex	47.71.0	Einzelhandel mit Kürschnerwaren
52.43.1		47.72.1	Einzelhandel mit Schuhen
52.43.2		47.72.2	Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck
52.44.1	ex	47.59.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln
52.44.2	ex	47.59.9	Einzelhandel mit Beleuchtungsartikeln
52.44.3	ex	47.59.9	Einzelhandel mit Haushaltsgegenständen
52.44.4		47.59.2	Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren
52.44.6	ex	47.59.9	Einzelhandel mit Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren
52.44.7	ex	47.53.0	Einzelhandel mit Heimtextilien
52.45.1	ex	47.52.3	Einzelhandel mit Elektroinstallationszubehör
		47.54.0	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
52.45.2		47.43.0	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik (ohne bespielte und unbespielte Ton- und Bildträger)
		47.63.0	Einzelhandel mit bespielten und unbespielten Ton- und Bildträgern
52.45.3		47.59.3	Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien
52.46.1		47.52.1	Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.
52.46.2	ex	47.52.3	Einzelhandel mit Anstrichmitteln
52.46.3	ex	47.52.3	Einzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf
52.47.1		47.62.2	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln
52.47.2		47.61.0	Einzelhandel mit Büchern
	ex	47.62.1	Einzelhandel mit Fachzeitschriften
52.47.3	ex	47.62.1	Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen
52.48.1	ex	47.53.0	Einzelhandel mit Tapeten und Bodenbelägen
52.48.2		47.78.3	Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln
52.48.5		47.77.0	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck
52.48.6		47.65.0	Einzelhandel mit Spielwaren
52.49.1		47.76.1	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
52.49.2		47.76.2	Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren
52.49.3		47.78.1	Augenoptiker
52.49.4		47.78.2	Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker)
52.49.5	ex	26.20.0	Assembling von Computern für Privatkunden (Konfigurieren auf Kundenwunsch)
		47.41.0	Einzelhandel mit Büromaschinen, Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung und Software
52.49.6		47.42.0	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten
52.49.7		47.64.1	Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör
52.49.8		47.64.2	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)
52.49.9	ex	47.59.1	Einzelhandel mit Büromöbeln
	ex	47.59.9	Einzelhandel mit Tresoren
		47.78.9	Sonstiger Facheinzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen)
52.50.1	ex	47.79.1	Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen
52.50.2	ex	47.79.2	Antiquariate
52.50.3	ex	47.79.9	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchsgütern
52.61.1	ex	47.91.1	Versandhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
	ex	47.91.9	Versandhandel mit sonstigen Waren
52.61.2	ex	47.91.1	Fachversand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
52.61.3	ex	47.91.9	Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel
52.62.1		47.81.0	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten
52.62.2		47.82.0	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten
		47.89.0	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten
52.63.1		47.99.1	Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen
52.63.4	ex	45.11.0	Internet-Auktionen mit Kraftwagen von 3,5 t oder weniger
	ex	45.19.0	Internet-Auktionen mit Kraftwagen von mehr als 3,5 t
	ex	45.31.0	Internet-Auktionen mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Großhandelsstufe
	ex	45.32.0	Internet-Auktionen mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Einzelhandelsstufe
	ex	47.79.1	Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppiche durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	47.79.2	Antiquariatstätigkeiten durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)
	ex	47.79.9	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)
	ex	47.91.1	Internet-Auktionen mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
	ex	47.91.9	Internet-Auktionen mit sonstigen Artikeln
		47.99.9	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (nicht in Verkaufsräumen); auch Tätigkeiten durch Auktionshäuser
52.71.0	ex	95.23.0	Reparatur von Schuhen und Lederwaren
52.72.1	ex	95.22.0	Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten (ohne Geräte der Unterhaltungselektronik)
52.72.2		95.21.0	Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik
52.73.0		95.25.0	Reparatur von Uhren und Schmuck
52.74.1	ex	95.29.0	Reparatur von Fahrrädern
52.74.2	ex	13.30.0	Beflocken und Bedrucken von Textilien (Sofortservice)
	ex	95.12.0	Reparatur von Mobiltelefonen
	ex	95.23.0	Absatzreparaturen
	ex	95.29.0	Reparatur, Ändern v. Bekleidung, Sport-, Fotogeräten, Campingausrüstungen, Spielwaren, Schlüsselanfertigung, Einschweißen v. Ausweisen, Prägen v. Kfz-Kennzeichen u.Ä. im Sofortservice; Klavierstimmen
55.10.1	ex	55.10.1	Hotels (ohne Hotels garnis)
55.10.2	ex	55.10.2	Hotels garnis
55.10.3		55.10.3	Gasthöfe
55.10.4		55.10.4	Pensionen
55.21.0		55.20.4	Jugendherbergen und Hütten
	ex	55.30.0	Notunterkünfte und Biwaks
55.22.0	ex	55.30.0	Campingplätze
55.23.1		55.20.1	Erholungs- und Ferienheime
55.23.2		55.20.2	Ferienzentren
55.23.3		55.20.3	Ferienhäuser und Ferienwohnungen
55.23.4		55.90.1	Privatquartiere
55.23.6	ex	55.10.1	Boardinghouses (nicht als Hotels garnis betrieben)
	ex	55.10.2	Boardinghouses (als Hotels garnis betrieben)
55.23.7		55.90.9	Sonstiges Beherbergungsgewerbe a.n.g.
55.30.1	ex	56.10.1	Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
55.30.2	ex	56.10.2	Restaurants mit Selbstbedienung

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
55.30.3	56.10.4	Cafés
55.30.4	56.10.5	Eissalons
55.30.5	56.10.3	Imbissstuben u.Ä.
55.40.1	56.30.1	Schankwirtschaften
55.40.3	56.30.2	Diskotheken und Tanzlokale
55.40.5	56.30.3	Bars
55.40.6	56.30.4	Vergnügungslokale
55.40.7	56.30.9	Sonstige getränkegeprägte Gastronomie
55.51.0	ex 56.29.0	Kantinen
55.52.0	ex 56.10.1	Hauslieferung von Speisen durch Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
	ex 56.10.2	Hauslieferung von Speisen durch Restaurants mit Selbstbedienung
	56.21.0	Event-Catering (nicht von Restaurants mit Hauslieferung)
	ex 56.29.0	Caterer (ohne Event-Catering)
60.10.0	49.10.0	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr
	49.20.0	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
	ex 49.31.0	Personenbeförderung im Eisenbahnnahverkehr
	ex 52.21.3	Schlepp- und Schubdienste (Rangieren) im Eisenbahnverkehr
60.21.1	ex 49.31.0	Personenbeförderung im Omnibus-Orts- und - Nachbarortslinienverkehr
	ex 49.39.9	Betrieb von Schulbussen, Zubringerbussen und Bussen im Werksverkehr
60.21.2	49.39.1	Personenbeförderung im Omnibus-Überlandlinienfernverkehr
60.21.3	ex 49.31.0	Personenbeförderung mit Stadtschnellbahnen und Straßenbahnen
60.21.4	ex 49.31.0	Berg und Seilbahnen (als Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen)
	ex 49.39.9	Berg und Seilbahnen (nicht als Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen)
60.22.0	49.32.0	Betrieb von Taxis
60.23.1	49.39.2	Personenbeförderung im Omnibus-Gelegenheitsverkehr
60.23.2	ex 49.39.9	Personenbeförderung im Landverkehr a.n.g.
60.24.5	ex 49.41.0	Erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr (ohne Umzugstransporte)
	ex 49.42.0	Erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr (Umzugstransporte)
60.24.6	ex 49.41.0	Erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr (ohne Umzugstransporte)
	ex 49.42.0	Erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr (Umzugstransporte)

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
60.30.0	49.50.0	Transport in Rohrfernleitungen
61.10.0	50.10.0	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt
	50.20.0	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt
	ex 52.22.9	Schleppdienste für in Seenot geratene Hochsee- und Küstenschiffe
61.20.1	ex 50.30.0	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt
	ex 52.22.9	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Personenbeförderung
61.20.2	ex 50.40.0	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Reedereien
	ex 52.22.9	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Güterbeförderung durch Reedereien
61.20.3	ex 50.40.0	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Partikuliere
	ex 52.22.9	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Güterbeförderung durch Partikuliere
61.20.4	ex 50.30.0	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Fluss- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt
	ex 50.40.0	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Fluss- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt
	ex 52.22.9	Schleppdienste für in Not geratene Fluss- und Kanalfähren, Hafenschiffe
62.10.0	ex 51.10.0	Linienflugverkehr (Personenbeförderung)
	ex 51.21.0	Linienflugverkehr (Güterbeförderung)
62.20.0	ex 51.10.0	Gelegenheitsflugverkehr (Personenbeförderung)
	ex 51.21.0	Gelegenheitsflugverkehr (Güterbeförderung)
62.30.0	51.22.0	Raumtransport
	ex 52.23.9	Dienstleistungen im Rahmen des Raumtransports
63.11.0	52.24.0	Frachtumschlag
63.12.1	ex 52.10.0	Lagerei (ohne Kühlhäuser)
63.12.2	ex 52.10.0	Kühlhäuser
63.21.1	52.21.1	Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen
63.21.2	52.21.2	Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge
	ex 52.21.3	Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge
	52.21.4	Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe
	52.21.5	Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachtumschlag)
	ex 52.21.9	Betrieb von Fahrzentralen für Taxis und Fahrradkuriere, von Winterstellplätzen für Wohnwagen; Instandhaltung und kleine Reparaturen an Schienenfahrzeugen



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	79.90.0	Reservierung von Sitzplätzen in Omnibussen und Zügen
63.22.1		52.22.1	Betrieb von Binnenwasserstraßen (Schleusen, Schiffshebewerke usw.)
	ex	52.22.2	Binnenhäfen und Anlegestellen für die Binnenschifffahrt
	ex	52.22.9	Sonst. Hilfs- und Nebentätigkeiten f. d. Binnenschifffahrt (ohne Betrieb von Wasserstraßen und Binnenhäfen; Unterricht zur Erlangung v. Patenten f. d. Berufsschifffahrt)
	ex	85.32.0	Unterricht zur Erlangung von Patenten für die Berufsschifffahrt
63.22.2	ex	52.22.2	Seehäfen und Anlegestellen für die Seeschifffahrt
63.22.3	ex	52.22.9	Bugsier- und Bergungsschifffahrt
63.22.4		52.22.3	Lotsinnen und Lotsen in der Schifffahrt
	ex	52.22.9	Betrieb von Leuchttürmen
63.23.1	ex	52.23.1	Flughafenbetriebe
63.23.2	ex	52.23.1	Landeplätze für Luftfahrzeuge
63.23.3	ex	52.23.9	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt a.n.g. (ohne Flugunterricht zur Erlangung von Musterberechtigungen)
	ex	85.32.0	Flugunterricht zur Erlangung von Musterberechtigungen
63.30.1		79.11.0	Reisebüros
	ex	79.90.0	Reservierungsleistungen bezüglich Unterkünfte
63.30.2		79.12.0	Reiseveranstalter
	ex	79.90.0	Tätigkeiten von Fremdenführern, Erteilung von Reiseauskünften an Besucher, Tätigkeiten zur Förderung des Tourismus
63.40.1		52.29.1	Spedition
63.40.2		52.29.2	Schiffsmaklerbüros und -agenturen
63.40.4	ex	52.29.9	Logistische Dienstleistungen a.n.g.
	ex	74.90.0	Rechnungsprüfung und Auskunft über Frachtraten im Rahmen der Logistik
63.40.5	ex	52.29.9	Verkehrsvermittlung a.n.g.
64.11.0	ex	53.10.0	Postverwaltung
	ex	82.19.0	Vermietung von Postfächern
64.12.1	ex	53.10.0	Briefdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex	53.20.0	Briefdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.12.2	ex	53.10.0	Zeitungsdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex	53.20.0	Zeitungsdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.12.3	ex	53.10.0	Paketdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex	53.20.0	Paketdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.12.5	ex	53.10.0	Expressdienste von Universaldienstleistungsanbietern

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	53.20.0	Expressdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.12.6	ex	53.10.0	Kurierdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex	53.20.0	Kurierdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.12.7	ex	53.10.0	Erbringung sonstiger postalischen Dienstleistungen von Universaldienstleistungsanbietern
	ex	53.20.0	Erbringung von sonstigen postalischen Dienstleistungen, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
64.30.1	ex	60.10.0	Übertragung von Hörfunksendungen über Kabel u.ä.
	ex	60.20.0	Übertragung von Fernsehsendungen über Kabel u.ä.
		61.10.0	Leitungsgebundene Telekommunikation (ohne Übertragung von Hörfunksendungen über Kabel u.ä.)
64.30.2		61.20.0	Drahtlose Telekommunikation
64.30.3		61.30.0	Satellitentelekommunikation
64.30.4	ex	60.10.0	Übertragung von Hörfunksendungen, nicht über Kabel
	ex	60.20.0	Übertragung von Fernsehsendungen, nicht über Kabel
	ex	61.90.1	Internetserviceprovider
	ex	61.90.9	Sonstige Telekommunikation a.n.g.
65.11.0		64.11.0	Zentralbanken
65.12.1		64.19.1	Kreditbanken einschließlich Zweigstellen ausländischer Banken
65.12.2	ex	64.19.2	Girozentralen
65.12.3	ex	64.19.2	Sparkassen
65.12.4	ex	64.19.3	Genossenschaftliche Zentralbanken
65.12.5	ex	64.19.3	Kreditgenossenschaften
65.12.6		64.19.4	Realkreditinstitute
65.12.7		64.19.5	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
65.12.9		64.19.6	Bausparkassen
65.21.0		64.91.0	Institutionen für Finanzierungsleasing
65.22.0		64.92.1	Spezialkreditinstitute (ohne Pfandkreditgeschäfte)
	ex	64.99.9	Factoring
65.23.1	ex	64.20.0	Tätigkeiten von Finanz-Holding-Gesellschaften (nicht mit Unternehmensmanagement verbunden)
		64.30.0	Treuhand- und sonstige Fonds u.ä. Finanzinstitutionen
		64.99.1	Investmentaktiengesellschaften und Fonds von Kapitalanlagegesellschaften (ohne Geldmarktfonds)
65.23.2		64.92.2	Leihhäuser
65.23.3	ex	64.99.9	Sonstige Finanzierungsinstitutionen a.n.g.
66.01.1		65.11.0	Lebensversicherungen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
66.01.2	ex	65.20.0	Rückversicherungen für die Lebensversicherungen
66.02.0	ex	65.20.0	Rückversicherungen für Pensionskassen
		65.30.0	Pensionskassen und Pensionsfonds
66.03.1		65.12.1	Krankenversicherungen
66.03.2		65.12.2	Schaden- und Unfallversicherungen
66.03.3	ex	65.20.0	Rückversicherungen für das sonstige Versicherungsgewerbe
67.11.0		66.11.0	Effekten- und Warenbörsen
67.12.0	ex	66.12.0	Effekten- und Warenhandel
		66.30.0	Fondsmanagement
67.13.0	ex	66.12.0	Betrieb von Wechselstuben
	ex	66.19.0	Sonstige mit den Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten
67.20.1	ex	66.22.0	Versicherungsvertreter
67.20.2	ex	66.22.0	Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern
67.20.3		66.21.0	Risiko- und Schadensbewertung
		66.29.0	Sonstige mit den Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten
70.11.1		41.10.1	Erschließung von unbebauten Grundstücken
70.11.2		41.10.2	Bauträger für Nichtwohngebäude
70.11.3		41.10.3	Bauträger für Wohngebäude
70.12.1	ex	68.10.1	Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken
		68.10.2	Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
70.12.2	ex	68.10.1	Kauf und Verkauf von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen
70.20.1	ex	68.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken
		68.20.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
70.20.2	ex	68.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngebäuden und Wohnungen
70.31.0		68.31.1	Vermittlung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte
		68.31.2	Vermittlung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte
70.32.0		68.32.1	Verwaltung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte
		68.32.2	Verwaltung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte
	ex	81.10.0	Facility Management

WZ 2003	WZ 2008	Inhalt
71.10.0	77.11.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
71.21.0	77.12.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
	ex 77.39.0	Vermietung von Landfahrzeugen (außer Kraftwagen) und -transporteinrichtungen ohne Fahrer, von Paletten, Transportcontainern
71.22.0	77.34.0	Vermietung von Wasserfahrzeugen ohne Schiffsführer
71.23.0	77.35.0	Vermietung von Luftfahrzeugen ohne Pilot
71.31.0	77.31.0	Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
71.32.0	ex 77.32.0	Vermietung von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal
	ex 77.39.0	Vermietung von Wohn- und Bürocontainern
71.33.0	ex 61.90.1	Internet-Cafés
	ex 61.90.9	Call-Shops
	77.33.0	Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
71.34.0	ex 77.39.0	Vermietung von sonstigen Maschinen und Geräten
71.40.1	ex 77.29.0	Verleih von Wäsche und Arbeitskleidung
71.40.2	ex 77.21.0	Verleih von Sportgeräten und Fahrrädern, auch Skier, Pferde und Ponys zur Sportausübung
71.40.3	ex 77.29.0	Leihbüchereien und Lesezirkel
71.40.4	77.22.0	Videotheken
71.40.5	ex 77.21.0	Vermietung von Vergnügungsfahrzeugen (z. B. Wassersportfahrzeuge)
	ex 77.29.0	Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern a.n.g. (ohne Vergnügungsfahrzeuge)
72.10.0	ex 62.02.0	Hardwareberatung
72.21.0	ex 58.21.0	Verlegen von Computerspielen
	ex 58.29.0	Verlegen von sonstiger Software (ohne Computerspiele)
	ex 62.01.9	Entwicklung von Standardsoftware
72.22.1	ex 62.02.0	Softwareberatung
72.22.2	62.01.1	Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen
72.22.3	ex 62.01.9	Entwicklung kundenspezifischer Software (ohne Internetpräsentationen)
	ex 62.09.0	Softwareinstallation
72.30.1	ex 63.11.0	Datenerfassungsdienste
	ex 74.20.1	Mikroverfilmung

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
72.30.3	ex	63.11.0	Bereitstellungsdienste für Teilnehmersysteme
72.30.5		62.03.0	Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte
	ex	63.11.0	Datenverarbeitung
72.40.0	ex	58.11.0	Online-Veröffentlichung von Büchern
	ex	58.12.0	Online-Veröffentlichung von Verzeichnissen und Mailinglisten
	ex	58.13.0	Online-Veröffentlichung von Zeitungen
	ex	58.14.0	Online-Veröffentlichung von Zeitschriften
	ex	58.19.0	Sonstige Online-Veröffentlichung
	ex	58.21.0	Online-Veröffentlichung von Computerspielen
	ex	58.29.0	Online-Veröffentlichung von Software (ohne Computerspiele)
	ex	59.20.3	Musik-Downloads
	ex	60.10.0	Ausstrahlung von Internet-Radiosendungen
	ex	60.20.0	Ausstrahlung von Internet-Filmbeiträgen
	ex	62.01.9	Entwicklung, Anpassung und Pflege der Software von Datenbankanwendungen
	ex	63.11.0	Datenbankservice, Datenspeicherdienste
		63.12.0	Webportale
72.50.0	ex	33.12.0	Reparatur von Büromaschinen
		95.11.0	Instandhaltung und Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
72.60.1	ex	62.09.0	Informationsvermittlung
72.60.2	ex	62.09.0	Mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten a.n.g.
73.10.1	ex	72.11.0	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Naturwissenschaften
	ex	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik
73.10.2	ex	72.11.0	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Ingenieurwissenschaften
	ex	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Ingenieurwissenschaften
73.10.3	ex	72.11.0	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften
	ex	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften
73.10.4	ex	72.11.0	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
	ex	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
73.10.5	ex	72.11.0	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Umweltbereich
	ex	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Umweltbereich

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
73.20.1	ex	72.20.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
73.20.2	ex	72.20.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften
74.11.1		69.10.1	Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat
74.11.2		69.10.2	Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat
74.11.3		69.10.3	Notariate
74.11.4		69.10.4	Patentanwaltskanzleien
74.11.5		69.10.9	Erbringung sonstiger juristischer Dienstleistungen a.n.g.
74.12.1	ex	69.20.1	Praxen von Wirtschaftsprüferinnen und -prüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
74.12.2	ex	69.20.2	Praxen von vereidigten Buchprüferinnen und -prüfern, Buchprüfungsgesellschaften
74.12.3	ex	69.20.3	Praxen von Steuerberaterinnen und -beratern, Steuerberatungsgesellschaften
74.12.4	ex	69.20.3	Praxen von Steuerbevollmächtigten
74.12.5		69.20.4	Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)
74.13.1	ex	73.20.0	Marktforschung
74.13.2	ex	73.20.0	Meinungsforschung
74.14.1	ex	02.40.0	Forstwirtschaftliche Beratungsleistungen
	ex	69.20.1	Insolvenzverwaltung durch Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
	ex	69.20.2	Insolvenzverwaltung durch vereidigte Buchprüferinnen und -prüfer, Buchprüfungsgesellschaften
	ex	69.20.3	Insolvenzverwaltung durch Steuerbevollmächtigte, Steuerberaterinnen und -berater, Steuerberatungsgesellschaften
	ex	70.22.0	Unternehmensberatung
	ex	74.90.0	Managementberatung für landwirtschaftliche Betriebe, z. B. durch Agronomen und Agrarökonomen
		85.60.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht
74.14.2		70.21.0	Public-Relations-Beratung
74.15.1	ex	64.20.0	Beteiligungsgesellschaften im Produzierenden Gewerbe (Verwaltung von Anteilen, ohne Managementtätigkeiten)
	ex	70.10.1	Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe
74.15.2	ex	64.20.0	Beteiligungsgesellschaften außerhalb des Produzierenden Gewerbes (Verwaltung von Anteilen, ohne Managementtätigkeiten)
	ex	70.10.1	Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds)

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
74.15.3	ex	64.20.0	Geschlossene Immobilienfonds mit Nichtwohngebäuden
74.15.4	ex	64.20.0	Geschlossene Immobilienfonds mit Wohngebäuden
74.15.5	ex	70.10.9	Komplementärgesellschaften
74.15.6	ex	70.10.9	Sonstige Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben
74.20.1		71.11.1	Architekturbüros für Hochbau
		71.11.2	Büros für Innenarchitektur
74.20.2		71.11.3	Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung
74.20.3		71.11.4	Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung
74.20.4		71.12.1	Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung
74.20.5	ex	71.12.2	Ingenieurbüros für technische Fachplanung
74.20.6	ex	71.12.2	Büros für Industrie-Design
74.20.7	ex	71.12.9	Büros baufachlicher Sachverständiger
74.20.8	ex	71.12.9	Büros für technisch-wirtschaftliche Beratung
74.20.9		71.12.3	Vermessungsbüros
	ex	74.20.1	Luftbildfotografie in Verbindung mit Kartografie
	ex	74.90.0	Meteorologische Tätigkeiten
74.30.1	ex	71.20.0	Technische Untersuchung und Beratung
74.30.2	ex	71.20.0	Physikalische Untersuchung und Beratung
74.30.3	ex	71.20.0	Chemische Untersuchung und Beratung
74.30.4	ex	71.20.0	Betrieb von Messnetzen und Messstationen
74.40.1	ex	73.11.0	Werbegestaltung
74.40.2	ex	59.11.0	Verkauf von Werbezeiten in Filmen direkt durch den Eigentümer
	ex	73.11.0	Planung und Durchführung v. Werbekampagnen; Durchführung von Marketingkampagnen u.a. Werbediensten mit dem Ziel, Kunden zu werben
		73.12.0	Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen, nicht durch den Eigentümer
74.50.1	ex	78.10.0	Vermittlung von Arbeitskräften
74.50.2		78.20.0	Befristete Überlassung von Arbeitskräften
		78.30.0	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften
74.60.1		80.30.0	Detekteien
74.60.2	ex	74.90.0	Sicherheitsberatung
		80.10.0	Private Wach- und Sicherheitsdienste
	ex	80.20.0	Überwachung von Sicherheitssystemen und Verriegelungseinrichtungen
74.70.1		81.21.0	Allgemeine Gebäudereinigung
		81.22.9	Sonstige spezielle Reinigung von Gebäuden und Maschinen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	81.29.9	Flaschenreinigung
74.70.2		81.22.1	Schornsteinreinigung
74.70.3		81.29.1	Reinigung von Verkehrsmitteln
74.70.4		81.29.2	Desinfektion und Schädlingsbekämpfung
74.81.1	ex	74.20.1	Fotografisches Gewerbe
74.81.2		74.20.2	Fotolabors
74.82.0		82.92.0	Abfüllen und Verpacken
74.85.1		74.30.2	Dolmetschen
74.85.2		74.30.1	Übersetzen
74.85.3		82.11.0	Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste (Tagesgeschäft)
	ex	82.19.0	Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste
	ex	82.99.9	Öffentliche Stenografierdienste, Verwaltung von Mailinglisten mittels Strichcodes, Strichcode-Druck
74.86.0		82.20.0	Call Center
74.87.1		82.30.0	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter
	ex	95.24.0	Auf- und Abbau von Messeständen
74.87.2	ex	74.90.0	Sachverständige a.n.g.
74.87.3		82.99.1	Versteigerungsgewerbe
74.87.4		74.10.1	Industrie- und Produkt-Design
		74.10.2	Grafik- und Kommunikationsdesign
		74.10.3	Interior Design und Raumgestaltung
74.87.5		82.91.2	Auskunfteien
74.87.6		82.91.1	Inkassobüros
74.87.7	ex	58.11.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Büchern
	ex	58.12.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen
	ex	58.14.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Zeitschriften
	ex	58.19.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von sonstigen Druckerzeugnissen
	ex	58.21.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Computerspielen
	ex	58.29.0	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Standardsoftware
	ex	59.20.2	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von bespielten Tonträgern
	ex	59.20.3	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Musikalien
	ex	66.19.0	Anlageberatung (Finanzdienstleistung)
	ex	70.22.0	Anlageberatung (Unternehmensberatung)



WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	74.90.0	Maklergeschäfte über Kauf und Verkauf von kleinen und mittleren Unternehmen; Patentmakler (Lizenzen, Patente)
		77.40.0	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights); Vermarktung von Patenten u.ä.
74.87.8		63.99.0	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a.n.g. wie automatisierte Telefonauskunftdienstleistungen, Recherchierdienste, Zeitungsausschnittdienste
	ex	74.90.0	Tätigkeiten von Agenturen, die Auftritte von Personen vermitteln; Künstleragenturen
	ex	82.99.9	Rückübereignungsdienste, Einsammeln v. Münzen aus Parkuhren, Verwaltung von Treueprogrammen, Gaszähler ablesen, sonstige Dienstleistungen a.n.g.
75.11.0	ex	84.11.0	Allgemeine öffentliche Verwaltung
75.12.2	ex	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Bildung und Kultur
75.12.3	ex	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen
75.12.4	ex	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Gesundheitswesen
75.12.5	ex	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sport
75.13.0	ex	82.99.9	Ausgabe von Führerscheinen für Kraftfahrzeuge
		84.13.0	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
75.14.0	ex	81.10.0	Betrieb regierungseigener Gebäude (Facility Management)
	ex	84.11.0	Erbringung sonstiger, mit der öffentlichen Verwaltung verbundener Dienstleistungen
	ex	91.01.0	Erhaltung und Betreuung der staatlichen Aufzeichnungen und Archive
75.21.0		84.21.0	Auswärtige Angelegenheiten
	ex	88.99.0	Internationale Katastrophen- und Flüchtlingshilfe
75.22.0		84.22.0	Verteidigung
75.23.0		84.23.0	Rechtspflege
75.24.0	ex	71.20.0	Betrieb von Polizeilabors
		84.24.0	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
75.25.0		84.25.0	Feuerwehren
75.30.1	ex	84.30.0	Gesetzliche Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte)
75.30.2	ex	84.30.0	Knappschaftliche Rentenversicherung
75.30.3	ex	84.30.0	Altershilfe für Landwirte
75.30.4	ex	84.30.0	Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes
75.30.5	ex	84.30.0	Gesetzliche Krankenversicherung (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
75.30.6	ex	84.30.0	Knappschaftliche Krankenversicherung

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
75.30.7	ex	84.30.0	Gesetzliche Unfallversicherung
75.30.8	ex	84.30.0	Arbeitsförderung
75.30.9	ex	84.30.0	Sonstige Sozialversicherung
80.10.1	ex	85.10.1	Kindergärten
80.10.2	ex	85.10.1	Kinderhorte
80.10.4		85.10.2	Vorklassen, Schulkindergärten
80.10.5		85.20.0	Grundschulen
80.21.1		85.31.1	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich I
80.21.2		85.31.2	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich II
80.22.0	ex	85.32.0	Berufsbildende weiterführende Schulen im Sekundarbereich
80.30.5		85.42.1	Universitäten
80.30.6		85.42.2	Allgemeine Fachhochschulen
80.30.7		85.42.3	Verwaltungsfachhochschulen
80.30.8	ex	85.41.0	Post-Sekundärer Unterricht, der nicht zur Erlangung eines akademischen Grades führt
		85.42.4	Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens
80.41.1	ex	85.32.0	Fahrschulen für Berufskraftfahrer
	ex	85.53.0	Kraftfahrschulen (nicht für Berufskraftfahrer)
80.41.2	ex	85.32.0	Schulen für professionelle Boots- und Schiffsführer
	ex	85.53.0	Flug-, Bootsführer-, Segel- u.ä. Schulen (ohne professionelle)
80.42.1	ex	85.52.0	Kulturunterricht im Rahmen der allgemeinen und politischen Erwachsenenbildung
		85.59.1	Allgemeine und politische Erwachsenenbildung
80.42.2	ex	85.32.0	Berufliche Erwachsenenbildung (Unterrichtsinhalt berufsbildender weiterführender Schulen)
	ex	85.51.0	Sport- und Spielunterricht im Rahmen der Beruflichen Erwachsenenbildung
	ex	85.52.0	Kulturunterricht im Rahmen der beruflichen Erwachsenenbildung
		85.59.2	Berufliche Erwachsenenbildung (nicht Unterrichtsinhalt berufsbildender weiterführender Schulen, Sport-, Freizeit-, Kulturunterricht)
80.42.3	ex	85.32.0	Selbstständige Lehrerinnen und Lehrer in der Berufsbildung
	ex	85.41.0	Unterricht von selbstständigen Lehrerinnen und Lehrern (post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht)
	ex	85.51.0	Sport- und Freizeitunterricht (ohne Flug-, Segel- u.ä. Unterricht) durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer
	ex	85.52.0	Kulturunterricht durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer
	ex	85.59.9	Unterricht a.n.g. durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
80.42.4	ex	85.59.9	Unterricht a.n.g.
85.11.1		86.10.1	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
85.11.2		86.10.2	Hochschulkliniken
85.11.3		86.10.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
	ex	87.20.0	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u.Ä.
85.12.1		86.21.0	Arztpraxen für Allgemeinmedizin
85.12.2		86.22.0	Facharztpraxen
85.13.0		86.23.0	Zahnarztpraxen
85.14.1		86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
85.14.2		86.90.2	Praxen für Massage, Krankengymnastik, von medizinischen Bademeister(n)/innen), Hebammen u. Entbindungspflegerinnen u.ä. Berufen
85.14.3		86.90.3	Heilpraktikerpraxen
85.14.4	ex	86.90.9	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen
	ex	87.10.0	Beratung und Vorsorge für Patienten durch Krankenschwestern/-pfleger
	ex	87.20.0	Einrichtungen in Altenpflegeheimen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u.Ä.
	ex	87.30.0	Einrichtungen in Altenpflegeheimen zur Betreuung von älteren und behinderten Personen durch paramedizinisches Personal
85.14.5	ex	86.90.9	Krankentransport- und Rettungsdienste
85.14.6	ex	86.90.9	Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens
85.20.1		75.00.1	Tierarztpraxen
85.20.2	ex	75.00.9	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Veterinärwesen
85.20.3	ex	75.00.9	Anstalten und Einrichtungen des Veterinärwesens
85.31.1	ex	87.90.0	Jugendwohnheime
85.31.2	ex	87.90.0	Erziehungsheime
85.31.3	ex	87.30.0	Altenwohnheime
85.31.4	ex	87.30.0	Altenheime
85.31.5	ex	87.10.0	Altenpflegeheime
85.31.6	ex	87.90.0	Heime für werdende Mütter sowie Mütter oder Väter mit Kind
85.31.7	ex	87.10.0	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter
85.31.8	ex	87.30.0	Wohnheime für Behinderte
85.31.9	ex	87.10.0	Genesungsheime
	ex	87.20.0	Betreute Wohngruppen für psychisch instabile Menschen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	87.90.0	Waisenhäuser, Kinderheime, Obdachlosenheime, betreute Übergangseinrichtungen für Straftäter
85.32.1		88.10.2	Tagesstätten (ohne Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und Jugendzentren)
	ex	88.99.0	Tagestätten für Obdachlose und andere sozial schwache Gruppen
85.32.2		88.91.0	Tagesbetreuung von Kindern
85.32.3	ex	88.99.0	Jugendzentren und Häuser der offenen Tür
85.32.4	ex	88.99.0	Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen
85.32.5	ex	88.99.0	Feststellung der Anspruchsberechtigung im Zusammenhang mit Sozialhilfe, Mietzuschüssen usw.
85.32.6		88.10.1	Ambulante soziale Dienste
	ex	88.99.0	Gemeinschafts- und Nachbarschaftshilfe
85.32.7	ex	88.99.0	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe (Spendensammlungen und andere Hilfsmaßnahmen )
85.32.8	ex	88.99.0	Unterstützungskassen
85.32.9	ex	88.99.0	Sonstiges Sozialwesen a.n.g.
90.01.1		37.00.2	Betrieb von Kläranlagen
90.01.2		37.00.1	Betrieb der Sammelkanalisation
90.02.1	ex	38.11.0	Sammlung nicht gefährlicher Abfälle
	ex	38.12.0	Sammlung gefährlicher Abfälle
90.02.2	ex	38.21.0	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Thermische Abfallbeseitigung)
	ex	38.22.0	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Thermische Abfallbeseitigung)
90.02.3	ex	38.21.0	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Abfalldeponien)
	ex	38.22.0	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Abfalldeponien)
90.02.4	ex	38.21.0	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Biologische Abfallbeseitigung)
	ex	38.22.0	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Biologische Abfallbeseitigung)
90.02.5	ex	38.21.0	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Sonstige Abfallbeseitigung)
	ex	38.22.0	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Sonstige Abfallbeseitigung)
90.03.0	ex	38.11.0	Leeren von Abfallkörben an öffentlichen Plätzen
	ex	38.22.0	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln
	ex	39.00.0	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	81.29.9	Kehren und Reinigen von Straßen usw., Schnee- und Eisbeseitigung auf Straßen, Rollbahnen, Streuen von Salz oder Sand
91.11.1	ex	94.11.0	Wirtschaftsverbände (ohne öffentlich rechtliche Wirtschaftsvertretungen)
91.11.2	ex	94.11.0	Öffentlich rechtliche Wirtschaftsvertretungen
91.11.3	ex	94.11.0	Arbeitgeberverbände
91.12.1	ex	94.12.0	Berufsorganisationen (ohne öffentlich rechtliche Berufsvertretungen)
91.12.2	ex	94.12.0	Öffentlich rechtliche Berufsvertretungen
91.20.0		94.20.0	Arbeitnehmervereinigungen
91.31.1	ex	94.91.0	Kirchen und kirchlich religiöse Vereinigungen
91.31.2	ex	94.91.0	Sonstige religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
91.32.0		94.92.0	Politische Parteien und Vereinigungen
91.33.1		94.99.1	Organisationen der Bildung, Wissenschaft und Forschung
		94.99.2	Organisationen der Kultur
91.33.2	ex	94.99.9	Organisationen des Gesundheitswesens
91.33.3		94.99.4	Jugendorganisationen
91.33.4		94.99.3	Verbraucherorganisationen
91.33.5	ex	94.99.9	Kommunale Spitzen- und Regionalverbände
91.33.6	ex	94.99.9	Verbände der Sozialversicherungsträger
91.33.7	ex	94.99.9	Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a.n.g.
92.11.1	ex	59.11.0	Herstellung von Kinofilmen
92.11.2	ex	59.11.0	Herstellung von Fernsehfilmen
92.11.3	ex	59.11.0	Herstellung von Industrie-, Wirtschafts- und Werbefilmen
92.11.4	ex	59.12.0	Sonstige Filmherstellung
92.11.5	ex	59.12.0	Filmtechnik
	ex	82.99.9	Echtzeit- (d.h. simultane) Untertitelung von Live-Fernsehaufnahmen von Sitzungen und Konferenzen
92.11.6		59.20.1	Tonstudios
92.12.1	ex	59.13.0	Filmverleih
92.12.2	ex	59.13.0	Videoprogrammanbieter
92.12.3	ex	59.13.0	Filmvertrieb
92.13.0		59.14.0	Kinos
92.20.1	ex	60.10.0	Gestaltung, Realisation und Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen
	ex	60.20.0	Gestaltung, Realisation und Ausstrahlung von Fernsehprogrammen
92.20.2	ex	59.11.0	Herstellung von Fernsehprogrammbeiträgen auf Band u.Ä.
	ex	59.20.2	Herstellung von Hörfunkbeiträgen auf Band u.Ä.
	ex	60.10.0	Herstellung von Hörfunkprogrammen

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
	ex	60.20.0	Herstellung von Fernsehprogrammen
92.31.1		90.01.1	Theaterensembles
92.31.2		90.01.2	Ballettgruppen, Orchester, Kapellen und Chöre
92.31.3		90.03.3	Selbstständige bildende Künstlerinnen und Künstler
92.31.4		90.03.4	Selbstständige Restauratorinnen und Restauratoren
92.31.5		90.03.1	Selbstständige Komponistinnen, Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter
92.31.6		90.03.2	Selbstständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller
92.31.7		90.01.4	Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst
	ex	90.02.0	Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst
92.31.8	ex	90.01.3	Selbstständige Artistinnen und Artisten
92.32.1		90.04.1	Theater- und Konzertveranstalter
92.32.2		90.04.2	Opern- und Schauspielhäuser, Konzerthallen u.ä Einrichtungen
92.32.3		90.04.3	Varietés und Kleinkunsthöhlen
92.32.5	ex	79.90.0	Betrieb von Vorverkaufsstellen
	ex	90.02.0	Technische Hilfsdienste für kulturelle und unterhaltende Leistungen
92.33.0		93.21.0	Vergnügungs- und Themenparks
92.34.1	ex	85.52.0	Tanzschulen
92.34.2	ex	79.90.0	Zirkuskassen
	ex	90.01.3	Zirkusbetriebe
	ex	90.02.0	Unterstützungsdienstleist. f. Zirkusbetriebe hinsichtl. Choreografie u. Regie, Tätigkeiten v. Bühnen-, Maskenbildnern, Lichtkünstlern; Beleuchtung und Musik
	ex	93.29.0	Betrieb von Puppentheatern, Rodeos, Schießbuden, Modelleisenbahnen usw., Abbrennen von Feuerwerken
92.40.1		63.91.0	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros
92.40.2	ex	74.20.1	Tätigkeiten von Fotojournalistinnen und Fotojournalisten, bei denen die fotografische Arbeit im Vordergrund steht
		90.03.5	Tätigkeiten von selbstständigen Journalist(en/innen), Pressefotograf(en/innen), sofern sie ihre Fotos selbst mit Textberichten versehen und die Textberichterstattung im Vordergrund steht
92.51.0	ex	91.01.0	Bibliotheken und Archive
92.52.1		91.02.0	Museen
92.52.2		91.03.0	Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen
92.53.1	ex	91.04.0	Botanische und zoologische Gärten

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
92.53.2	ex	91.04.0	Naturparks und Tiergehege
92.53.3	ex	91.04.0	Natur- und Landschaftsschutz
92.61.0	ex	93.11.0	Betrieb von Sportanlagen
92.62.1	ex	85.51.0	Sport- und Spielunterricht von Sportverbänden und Sportvereinen
	ex	93.11.0	Durchführung von Sportveranstaltungen im Freien oder in der Halle im Rahmen des Profi- oder Amateursports
	ex	93.12.0	Sportausübung in Sportvereinen
	ex	93.19.0	Sportfischerei, Jagd zu Sportzwecken
	ex	93.29.0	Tätigkeiten von Yachthäfen
92.62.2	ex	93.12.0	Professionelle Sportmannschaften
	ex	93.19.0	Durchführung von Sportveranstaltungen, im Freien oder in der Halle, im Rahmen des Profisports; Betrieb von Rennställen
92.62.3	ex	93.19.0	Selbstständige Berufssportlerinnen und -sportler sowie -trainerinnen und -trainer
92.62.4	ex	79.90.0	Reservierungsleistungen und damit verbundene Dienstleistungen für Sportveranstaltungen
	ex	93.19.0	Sportpromoter und sonstige professionelle Sportveranstalter
92.62.5	ex	85.51.0	Sport- und Spielunterricht von Sport- und Spielschulen
92.71.1		92.00.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten
92.71.2		92.00.2	Spielbanken und Spielklubs
92.71.3		92.00.3	Wett-, Toto- und Lotteriewesen
92.72.1	ex	79.90.0	Reservierungsleistungen für Garten- und Grünanlagen
	ex	93.29.0	Garten- und Grünanlagen
92.72.2	ex	01.62.0	Hufschmieden für Reitpferde
	ex	78.10.0	Besetzung von Rollen in Film-, Fernseh- und Theaterproduktionen
	ex	79.90.0	Reservierungsleistungen für sonstige Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit a.n.g.
	ex	93.29.0	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit a.n.g.
93.01.1	ex	96.01.0	Wäscherei; auch mit dem Waschen verbundenes Ausbessern und geringfügiges Ausbessern und Ändern von Bekleidung oder sonstiger Textilien
93.01.2	ex	96.01.0	Annahmestellen für Wäscherei
93.01.3	ex	96.01.0	Chem. Reinigung, Bekleidungsfärberei; mit der Reinigung verbundenes Ausbessern/geringfügiges Ändern v. Bekleidung o. sonstiger Textilien
93.01.4	ex	96.01.0	Annahmestellen für chemische Reinigung und Bekleidungsfärberei
93.01.5	ex	96.01.0	Heißmanglei und Bügelei

WZ 2003		WZ 2008	Inhalt
93.02.4		96.02.2	Kosmetiksalons
93.02.5		96.02.1	Frisörsalons
93.03.1		96.03.1	Bestattungsinstitute
93.03.2		96.03.2	Friedhöfe und Krematorien
93.04.1	ex	96.04.0	Bäder und Saunas (ohne medizinische Bäder)
93.04.2		93.13.0	Fitnesszentren
	ex	96.04.0	Solarien, Massagesalons (ohne medizinische Massagen)
93.05.1	ex	96.09.0	Ehevermittlungsinstitute
93.05.2	ex	85.51.0	Yogaschulen, Unterricht im Kartenspiel
	ex	96.09.0	Erbringung von sonstigen persönlichen Dienstleistungen
93.05.3	ex	96.09.0	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a.n.g.
95.00.2	ex	97.00.0	Private Haushalte mit Hauspersonal zur Kinderbetreuung
95.00.3	ex	97.00.0	Private Haushalte mit sonstigem Hauspersonal
99.00.1	ex	99.00.0	Vertretungen fremder Staaten
99.00.2	ex	99.00.0	Dienststellen von Stationierungstreitkräften
99.00.3	ex	99.00.0	Internationale und supranationale Organisationen mit Behördencharakter





## **Anhang 5**

### **Umsteigeschlüssel**

**von der Klassifikation der Wirtschaftszweige,**

**Ausgabe 2008**

**zur Klassifikation der Wirtschaftszweige,**

**Ausgabe 2003**



WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
01.11.0	ex	01.11.1	Anbau von Getreide (ohne Reis)
	ex	01.11.2	Anbau von Ölsaaten, trockenen Hülsenfrüchten
	ex	01.12.1	Anbau von grünen Erbsen und Bohnen
01.12.0	ex	01.11.1	Anbau von Reis
01.13.1	ex	01.12.1	Anbau von Gemüse und Melonen
01.13.2	ex	01.11.2	Anbau von Kartoffeln, Zuckerrüben sowie sonstigen Wurzeln und Knollen
01.14.0	ex	01.11.2	Anbau von Zuckerrohr
01.15.0	ex	01.11.2	Anbau von Tabak
01.16.0	ex	01.11.2	Anbau von Faserpflanzen
01.19.1	ex	01.12.2	Anbau von Zierpflanzen zum Schnitt
01.19.2	ex	01.12.4	Erzeugung von Blumensamen .
01.19.9	ex	01.11.2	Anbau von sonstigen einjährigen Pflanzen a.n.g.
01.21.0	ex	01.13.2	Anbau von Wein- und Tafeltrauben
01.22.0	ex	01.13.1	Anbau von tropischen und subtropischen Früchten
01.23.0	ex	01.13.1	Anbau von Zitrusfrüchten
01.24.0	ex	01.13.1	Anbau von Kern- und Steinobst
01.25.1	ex	01.13.1	Anbau von Erdbeeren
01.25.9	ex	01.12.4	Erzeugung von Fruchtsamen
	ex	01.13.1	Anbau von sonstigem Obst (ohne Erdbeeren und Nüsse)
	ex	01.13.3	Anbau von Nüssen
01.26.0	ex	01.11.2	Anbau von ölhaltigen Früchten
	ex	01.13.3	Anbau von Kokosnüssen und Oliven
01.27.0	ex	01.13.3	Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Getränken
01.28.0	ex	01.11.2	Anbau von Pflanzen für narkotische und pharmazeutische Zwecke für den Pflanzenschutz u.Ä.; Hopfen
	ex	01.12.1	Anbau von Pfeffer u.a. Gewürzpflanzen
	ex	01.13.3	Anbau von Gewürzpflanzen, Pflanzen für aromatische Zwecke
01.29.0	ex	01.11.2	Anbau von Gummibäumen zur Gewinnung von Latex; Forstung von Bäumen zur Gewinnung von Pflanzensäften
	ex	02.01.0	Forstung von Weihnachtsbäumen
01.30.1	ex	01.12.2	Anbau von Zimmerpflanzen, Beet- und Balkonpflanzen
	ex	01.12.4	Erzeugung von Rollrasen
01.30.2		01.12.3	Betrieb von Baumschulen
01.41.0		01.21.1	Haltung von Milchkühen
	ex	01.21.3	Gemischte Weideviehhaltung (Schwerpunkt Milchviehhaltung)
01.42.0		01.21.2	Haltung von anderen Rindern

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	01.21.3	Gemischte Weideviehhaltung (Schwerpunkt Rindviehhaltung)
01.43.0		01.22.2	Haltung von Pferden und Eseln
01.44.0	ex	01.25.0	Haltung von Kamelen
01.45.0		01.22.1	Haltung von Schafen und Ziegen; Erzeugung von Rohwolle von Schafen
01.46.0		01.23.0	Haltung von Schweinen
01.47.1	ex	01.24.0	Haltung von Legehennen zur Konsumeierzeugung
01.47.2	ex	01.24.0	Betrieb von Brütereien
01.47.9	ex	01.24.0	Sonstige Haltung von Nutzgeflügel
01.49.0	ex	01.25.0	Sonstige Tierhaltung
01.50.0		01.30.1	Gemischte Landwirtschaft ohne ausgeprägten Schwerpunkt
		01.30.2	Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Pflanzenbau
		01.30.3	Gemischte Landwirtschaft mit Schwerpunkt Tierhaltung
01.61.0	ex	01.41.1	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Pflanzenbau, wie Beschneiden von Obstbäumen und Reben
01.62.0		01.42.0	Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für die Tierhaltung
	ex	28.52.3	Hufschmieden (Beschlagschmieden)
	ex	92.72.2	Hufschmieden für Reitpferde
01.63.0	ex	01.11.2	Aufbereitung von Tabakblättern
	ex	01.13.3	Aufbereitung von Kakaobohnen
	ex	01.41.1	Aufbereitung von Kulturpflanzen für die Rohstoffmärkte im Lohnauftrag
01.64.0	ex	01.11.2	Erzeugung von Saatgut für Zuckerrüben und Futterpflanzen (einschließlich Gräsern)
	ex	01.12.4	Saatgutaufbereitung o.a.S
	ex	01.13.1	Saatgutaufbereitung für den Obstbau
	ex	01.13.2	Saatgutaufbereitung für den Weinbau
	ex	01.13.3	Saatgutaufbereitung für den allgemeinen Dauerkulturbau
	ex	01.41.1	Saatgutaufbereitung im Lohnauftrag
	ex	51.21.0	Beizen von Saatgut
01.70.0	ex	01.50.0	Jagd, Fallenstellerei und damit verbundene Tätigkeiten
02.10.0	ex	01.12.4	Erzeugung von Forstsamen
	ex	02.01.0	Forstwirtschaft (ohne Holzeinschlag)
02.20.0	ex	02.01.0	Holzeinschlag
02.30.0	ex	01.12.1	Sammeln von Waldpilzen und Trüffeln
	ex	01.13.1	Sammeln von Beeren

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	01.13.3	Sammeln von Nüssen
	ex	02.01.0	Sammeln von anderen wild wachsenden Erzeugnissen des Waldes
02.40.0		02.02.0	Erbringung von Dienstleistungen für Forstwirtschaft und Holzgewinnung
	ex	74.14.1	Forstwirtschaftliche Beratungsleistungen
03.11.0	ex	05.01.1	Hochsee- und Küstenfischerei
03.12.0	ex	05.01.2	Süßwasserfischerei
03.21.0	ex	05.02.0	Meeresaquakultur
03.22.0	ex	01.25.0	Froschzucht
	ex	05.02.0	Süßwasseraquakultur (ohne Froschzucht)
05.10.0	ex	10.10.1	Steinkohlenbergbau
05.20.0	ex	10.20.0	Braunkohlenbergbau
06.10.0	ex	11.10.0	Gewinnung von Erdöl
06.20.0	ex	11.10.0	Gewinnung von Erdgas
07.10.0	ex	13.10.0	Eisenerzbergbau
07.21.0	ex	12.00.0	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
07.29.0	ex	13.20.0	Sonstiger NE-Metallerzbergbau
08.11.0	ex	14.11.1	Gewinnung von Naturwerksteinen a.n.g.
	ex	14.11.2	Gewinnung von Natursteinen a.n.g.
	ex	14.12.1	Gewinnung von Kalkstein, Dolomitstein und Kreide
	ex	14.12.2	Gewinnung von Gips- und Anhydritstein
	ex	14.13.0	Gewinnung von Schiefer
08.12.0	ex	14.21.0	Gewinnung von Kies und Sand
	ex	14.22.1	Gewinnung von Ton
	ex	14.22.2	Gewinnung von Kaolin
08.91.0	ex	14.30.1	Gewinnung von Kalisalzen und Magnesiumsulfaten
	ex	14.30.2	Bergbau auf Mineralien a.n.g.
08.92.0	ex	10.30.0	Torfgewinnung; Aufbereitung von Torf zur Qualitätsverbesserung oder zur Vereinfachung der Beförderung oder Lagerung
08.93.0	ex	14.40.0	Gewinnung von Salz (ohne Herstellung von Tafelsalz)
08.99.0	ex	14.50.0	Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g.
09.10.0	ex	11.10.0	Verflüssigung und Rückumwandlung von Erdgas zu Transportzwecken am Gewinnungsort
		11.20.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas
09.90.0	ex	10.10.1	Erbringung von Dienstleistungen für den Steinkohlenbergbau

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 10.20.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Braunkohlenbergbau und -veredlung
	ex 10.30.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Torfgewinnung und -veredlung
	ex 12.00.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
	ex 13.10.0	Erbringung von Dienstleistungen für den Eisenerzbergbau
	ex 13.20.0	Erbringung von Dienstleistungen für den NE-Metallerzbergbau
	ex 14.11.1	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Naturwerksteinen a.n.g.
	ex 14.11.2	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Natursteinen a.n.g.
	ex 14.12.1	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kalkstein, Dolomitstein und Kreide
	ex 14.12.2	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Gips und Anhydritstein
	ex 14.13.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Schiefer
	ex 14.21.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kies und Sand
	ex 14.22.1	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Ton
	ex 14.22.2	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Kaolin
	ex 14.30.1	Erbringung von Dienstleistungen für die Kaligewinnung
	ex 14.30.2	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Mineralien a.n.g.
	ex 14.40.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Salz
	ex 14.50.0	Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g., sonstiger Bergbau
10.11.0	15.11.1	Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel, Talgschmelzen und Schmalzsiedereien)
	15.11.2	Talgschmelzen und Schmalzsiedereien
	ex 15.12.0	Schlachten von Kaninchen und Wild; Zubereitung von Kaninchenfleisch, Wildfleisch u.Ä.
10.12.0	ex 15.12.0	Schlachten von Geflügel
10.13.0	ex 15.13.0	Fleischverarbeitung (ohne Herstellung von Fleischfertiggerichten)
10.20.0	ex 15.20.0	Fischverarbeitung (ohne Herstellung von Fischfertiggerichten)
10.31.0	15.31.0	Kartoffelverarbeitung
10.32.0	15.32.0	Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
10.39.0	ex	01.41.1	Aufbereitung von verderblichen Früchten und Gemüse, Schälen und Schneiden von Gemüse, Herstellung von frischem Salat im Lohnauftrag
	ex	15.33.1	Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven
		15.33.2	Herstellung von Sauerkonserven
		15.33.4	Herstellung von Konfitüren sowie von Brotaufstrichen auf Fruchtbasis
		15.33.5	Herstellung von Fruchtzubereitungen für die Milch- und Eiscremeindustrie
	ex	51.31.0	Herstellung von geschälten oder geschnittenem frischem Obst, Gemüse oder Salat, abgepackt
10.41.0	ex	01.13.3	Herstellung von Olivenöl aus selbsterzeugten Oliven (sofern die Zahl der hierfür erforderlichen Arbeitsstunden gegenüber dem Anbau überwiegt)
		15.41.0	Herstellung von rohen Ölen und Fetten
		15.42.0	Herstellung von raffinierten Ölen und Fetten
10.42.0		15.43.0	Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten
10.51.0		15.51.0	Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis)
10.52.0		15.52.0	Herstellung von Speiseeis
10.61.0	ex	15.61.1	Mahlmühlen (ohne Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen)
	ex	15.61.2	Schälmühlen (ohne Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen)
10.62.0	ex	15.62.0	Herstellung von Stärke und Stärkerzeugnissen
10.71.0	ex	15.81.1	Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren, Pizza frisch, Sandwiches u.ä. frischen Backwaren)
		15.81.2	Herstellung von Konditorwaren
10.72.0	ex	15.82.0	Herstellung von Dauerbackwaren
10.73.0	ex	15.85.0	Herstellung von Teigwaren
10.81.0		15.83.0	Herstellung von Zucker
10.82.0		15.84.0	Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)
10.83.0		15.86.0	Verarbeitung von Kaffee und Tee, Herstellung von Kaffee-Ersatz
10.84.0	ex	14.40.0	Herstellung von Tafelsalz (ohne Gewinnung von Salz)
		15.87.0	Herstellung von Würzmitteln und Soßen
10.85.0	ex	15.13.0	Herstellung von Fleischfertiggerichten
	ex	15.20.0	Herstellung von Fischfertiggerichten
	ex	15.33.1	Herstellung von Gemüsefertiggerichten
	ex	15.82.0	Herstellung von (haltbar gemachten) Fertigpizzen
	ex	15.85.0	Herstellung von zubereiteten Couscous-Gerichten



WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 15.89.2	Herstellung von Nahrungsmittelzubereitungen (Fertiggerichten) a.n.g.
10.86.0	15.88.0	Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln
10.89.0	ex 15.13.0	Herstellung von Extrakten u.Ä. von Fleisch
	ex 15.62.0	Herstellung von Kunsthonig und karamellisiertem Zucker
	ex 15.81.1	Herstellungen von Sandwiches u.ä. frischen Backwaren, Pizza frisch (nicht gegart)
	15.89.1	Herstellung von Backmitteln
	ex 15.89.2	Herstellung von Nahrungsmitteln a.n.g.
10.91.0	15.71.0	Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere
10.92.0	15.72.0	Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere
11.01.0	15.91.0	Herstellung von Spirituosen
	ex 51.34.2	Verschneiden von Spirituosen
11.02.0	ex 01.13.2	Herstellung von Wein aus selbsterzeugten Trauben (sofern die Zahl der hierfür erforderlichen Arbeitsstunden gegenüber dem Anbau überwiegt)
	15.93.0	Herstellung von Traubenwein
	ex 51.34.2	Verschneiden von Wein
11.03.0	15.94.0	Herstellung von Apfelwein und anderen Fruchtweinen
11.04.0	15.95.0	Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen
11.05.0	15.96.0	Herstellung von Bier
11.06.0	15.97.0	Herstellung von Malz
11.07.0	15.98.0	Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer
12.00.0	16.00.1	Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigaretten)
	16.00.2	Herstellung von Zigaretten
13.10.0	17.11.0	Baumwollaufbereitung und -spinnerei
	17.12.0	Wollaufbereitung und Streichgarnspinnerei
	17.13.0	Wollaufbereitung und Kammgarnspinnerei
	17.14.0	Flachsaufbereitung und -spinnerei
	17.15.0	Zwinnen und Texturieren von Filamentgarnen, Seidenaufbereitung und -spinnerei
	17.16.0	Herstellung von Nähgarn
	17.17.0	Sonstige Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei
13.20.0	17.21.1	Baumwollweberei (ohne Möbel-, Dekorations- und Gardinenstoffweberei)
	17.21.2	Möbel- und Dekorationsstoffweberei
	17.21.3	Gardinenstoffweberei

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	17.22.0	Streichgarnweberei
	17.23.0	Kammgarnweberei
	17.24.0	Seiden- und Filamentgarnweberei
	17.25.0	Sonstige Weberei
	ex 18.30.0	Herstellung von künstlichem Pelzwerk (Webpelz)
13.30.0	ex 17.30.0	Veredlung von Textilien und Bekleidung, einschließlich Siebdrucken (ohne Sofortservice)
	ex 52.74.2	Beflocken und Bedrucken von Textilien (Sofortservice)
13.91.0	17.60.1	Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff (ohne Gardinenstoff)
	17.60.2	Herstellung von gewirktem Gardinenstoff
	ex 18.30.0	Herstellung von Pelzimitationen (Gestricke) und künstlichem Pelzwerk sowie Waren daraus
13.92.0	17.40.1	Herstellung von Haus-, Bett- und Tischwäsche
	17.40.2	Herstellung von Bettwaren (ohne Matratzen)
	17.40.3	Herstellung von konfektionierten textilen Artikeln für die Innenausstattung
	ex 17.40.4	Herstellung von sonstigen konfektionierten textilen Artikeln a.n.g.
13.93.0	17.51.0	Herstellung von Teppichen
13.94.0	ex 17.52.0	Herstellung von Seilerwaren; nicht Reparatur und Ausbessern von Fischernetzen
13.95.0	17.53.0	Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung)
13.96.0	ex 17.54.1	Bandweberei und -flechterei (technische Textilien)
	ex 17.54.2	Sonstiges Textilgewerbe a.n.g. (technische Textilien)
13.99.0	ex 17.54.1	Herstellung von sonstigen Textilwaren a.n.g. (ohne technische Textilien)
	ex 17.54.2	Herstellung von sonstigen Textilwaren a.n.g. (ohne technische Textilien)
	ex 36.63.8	Herstellung von Puderquasten und fingerlosen Handschuhen
14.11.0	ex 18.10.0	Herstellung von Lederbekleidung
14.12.0	18.21.0	Herstellung von Arbeits- und Berufsbekleidung
14.13.1	18.22.1	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Herren und Knaben
14.13.2	18.22.2	Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen
14.13.3	18.22.3	Herstellung von gewirkter und gestrickter Oberbekleidung
14.14.1	18.23.1	Herstellung von gewebter Wäsche (ohne Miederwaren)
14.14.2	18.23.2	Herstellung von gewirkter und gestrickter Wäsche (ohne Miederwaren)
14.14.3	18.23.3	Herstellung von Miederwaren

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
14.19.0	ex	17.71.0	Herstellung von Schuhen aus Textilfasern ohne Sohle
	ex	18.24.1	Herstellung von Sportbekleidung
		18.24.2	Herstellung von Hüten und sonstigen Kopfbedeckungen
		18.24.3	Herstellung von Bekleidung und Bekleidungszubehör für Kleinkinder
		18.24.4	Herstellung von sonstigen gewirkten und gestrickten Fertigerzeugnissen
		18.24.5	Herstellung von Bekleidungszubehör a.n.g.
14.20.0	ex	18.30.0	Herstellung von Pelzwaren
14.31.0	ex	17.71.0	Herstellung von Strumpfwaren (ohne Schuhe aus Textilfasern ohne Sohle)
14.39.0		17.72.0	Herstellung von sonstiger Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff
15.11.0	ex	18.30.0	Zurichtung und Färben von Fellen
		19.10.0	Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen
15.12.0	ex	19.20.0	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen sowie von Haltegurten und anderen Gurten aus Leder für die Berufsausübung)
	ex	36.63.8	Herstellung von Reitpeitschen u.ä. Waren
15.20.0	ex	19.30.1	Herstellung von Sportschuhen (ohne Skischuhe)
	ex	19.30.2	Herstellung von sonstigen Schuhen
16.10.0	ex	02.01.0	Herstellung von Holzpfählen und Pflöcken
	ex	20.10.0	Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke
16.21.0		20.20.1	Herstellung von Furnier-, Sperrholz- und Holzfaserplatten
		20.20.2	Herstellung von Holzspanplatten
16.22.0	ex	20.30.1	Herstellung von Parketttafeln
16.23.0	ex	20.30.1	Herstellung von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen und Ausbauelementen aus Holz (ohne Parketttafeln)
	ex	20.30.2	Herstellung von Bausätzen für Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau sowie von Fertigteilbauten daraus
16.24.0	ex	20.40.0	Herstellung von Verpackungsmitteln, Lagerbehältern und Ladungsträgern aus Holz
16.29.0	ex	15.61.1	Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen von Mahlmühlen
	ex	15.61.2	Herstellung von Brennstoffpellets aus Mahlrückständen von Schälmdmühlen
	ex	19.30.2	Herstellung von Schuhteilen aus Holz
	ex	20.10.0	Herstellung von Brennholzpellets u.Ä. aus Pressholz

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 20.51.0	Herstellung von Holzwaren a.n.g. (ohne Herstellung von Möbeln, Holzsärgen)
	ex 20.52.0	Herstellung von Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Herstellung von Möbeln)
	ex 36.63.8	Herstellung von Handgriffen für Regenschirme, Stöcke u.ä; Blöcken für die Fertigung von Tabakspfeifen
17.11.0	21.11.0	Herstellung von Holz- und Zellstoff
17.12.0	21.12.0	Herstellung von Papier, Karton und Pappe
17.21.0	21.21.0	Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe
17.22.0	ex 17.54.2	Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen aus Watte: Monatsbinden oder Tampons usw.
	ex 21.22.0	Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe (ohne Herstellung von Textilwatte und Erzeugnissen aus Watte)
17.23.0	21.23.0	Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe
	ex 22.22.0	Herstellung von Schreibwaren aus Papier/Pappe für Ausbildung/Beruf (Hefte, Mappen, Hefter, usw.), sofern die aufgedruckte Information nicht das Hauptmerkmal darstellt
17.24.0	21.24.0	Herstellung von Tapeten
17.29.0	ex 21.25.0	Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe (ohne Unterhaltungsartikel, Bedrucken von Etiketten und Anhängern)
	ex 36.63.8	Herstellung von Fest-, Karnevals- u.ä. Unterhaltungsartikel aus Papier oder Pappe
18.11.0	22.21.0	Drucken von Zeitungen
18.12.0	ex 17.30.0	Bedrucken (außer Siebdrucken) von Textilien (ohne Sofortservice)
	ex 21.22.0	Bedrucken von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe
	ex 21.25.0	Bedrucken von Etiketten und Anhängern
	ex 22.22.0	Drucken anderer Druckerzeugnisse als Zeitungen
18.13.0	22.24.0	Druck- und Medienvorstufe
	ex 22.25.0	Herstellung von Präsentationsmedien, wie Overheadprojektionsfolien, von Skizzen, Layouts, Dummies
18.14.0	22.23.0	Binden von Druckerzeugnissen und damit verbundene Dienstleistungen
	ex 22.25.0	Stanzen, Lochen, Perforieren, Bohren, Prägen, Laminieren u.ä. Fertigbearbeiten von Druckerzeugnissen
18.20.0	22.31.0	Vervielfältigung von bespielten Tonträgern
	22.32.0	Vervielfältigung von bespielten Bildträgern

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	22.33.0	Vervielfältigung von bespielten Datenträgern
19.10.0	23.10.0	Kokerei
	ex 24.14.0	Herstellung von Pech und Pechkoks
19.20.0	10.10.2	Herstellung von Steinkohlenbriketts
	ex 10.20.0	Herstellung von Braunkohlenbriketts
	ex 10.30.0	Herstellung von Torfbriketts
	23.20.0	Mineralölverarbeitung
20.11.0	24.11.0	Herstellung von Industriegasen
20.12.0	24.12.0	Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten
20.13.0	ex 23.30.0	Anreicherung von Uran- und Thoriumerzen
	24.13.0	Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien
20.14.0	15.92.0	Herstellung von Alkohol
	ex 24.14.0	Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien
20.15.0	ex 24.15.0	Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen
20.16.0	24.16.0	Herstellung von Kunststoffen in Primärformen
20.17.0	24.17.0	Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen
20.20.0	24.20.0	Herstellung von Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln
20.30.0	24.30.0	Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten
20.41.0	ex 24.51.0	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln
20.42.0	ex 24.51.0	Herstellung von Seifen zur Körperpflege
	24.52.0	Herstellung von Körperpflegemitteln und Duftstoffen
20.51.0	24.61.0	Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen
	ex 36.63.3	Herstellung von Streichhölzern
20.52.0	ex 24.62.0	Herstellung von Klebstoffen
20.53.0	24.63.0	Herstellung von etherischen Ölen
20.59.0	ex 24.62.0	Herstellung von Gelatine und ihren Derivaten
	24.64.0	Herstellung von fotochemischen Erzeugnissen
	ex 24.66.0	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a.n.g. (ohne Herstellung halbfertiger Scheiben (Wafers) und Mikroplättchen (Chips u.Ä.))
20.60.0	24.70.0	Herstellung von Chemiefasern
21.10.0	24.41.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
21.20.0	ex 23.30.0	Herstellung radioaktiver Elemente zur medizinischen Verwendung

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 24.42.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen (ohne Knochenzement und Zahnfüllungen)
22.11.0	25.11.0	Herstellung von Bereifungen
	25.12.0	Runderneuerung von Bereifungen
22.19.0	ex 19.30.1	Herstellung von Gummisohlen und anderen Schuhteilen aus Gummi für Sportschuhe
	ex 19.30.2	Herstellung von Gummisohlen und anderen Schuhteilen aus Gummi für sonstige Schuhe
	ex 25.13.0	Herstellung von sonstigen Gummiwaren
	ex 36.62.0	Herstellung von Gummibürsten
	ex 36.63.8	Herstellung von Kämmen, Haarnadeln, Haarwicklern u. dgl. aus Gummi; Pfeifenmundstücken aus Gummi
22.21.0	ex 25.21.0	Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen
22.22.0	25.22.0	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen
22.23.0	ex 25.23.0	Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen
	36.63.1	Herstellung von Bodenbelägen auf textiler Unterlage
22.29.0	ex 19.30.1	Herstellung von Schuhteilen, Laufsohlen und Absätzen aus Kunststoff für Kunststoffschuhe
	ex 19.30.2	Herstellung von Schuhteilen, Laufsohlen und Absätzen aus Kunststoff für sonstige Schuhe
	ex 25.24.1	Herstellung von technischen Kunststoffteilen
	ex 25.24.2	Herstellung von Fertigerzeugnissen aus Kunststoffen
	ex 36.63.8	Herstellung von Kämmen, Haarwicklern u. dgl. aus Kunststoffen; Herstellung von Zigarren- und Zigarettenmundstücken aus Kunststoffen
23.11.0	26.11.0	Herstellung von Flachglas
23.12.0	26.12.0	Veredlung und Bearbeitung von Flachglas
23.13.0	26.13.1	Herstellung von Behältnissen aus Glas
	26.13.2	Herstellung von Trinkgläsern und Tischzubehör aus Glas
23.14.0	26.14.1	Herstellung von Verstärkungsglasfasern
	26.14.2	Herstellung von Isolierglasfasern u.Ä.
23.19.0	ex 26.15.0	Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren
23.20.0	ex 26.26.1	Herstellung von Waren aus feuerfesten keramischen Werkstoffen
	ex 26.26.2	Herstellung von ungeformten feuerfesten keramischen Werkstoffen
23.31.0	26.30.0	Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
23.32.0	26.40.1	Herstellung von Ziegeln
	ex 26.40.2	Herstellung von sonstiger Baukeramik
23.41.0	ex 26.21.1	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Porzellan
	ex 26.21.2	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Steingut, Steinzeug und Feinsteinzeug
	ex 26.21.3	Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Ton sowie von Töpferwaren
23.42.0	ex 26.22.0	Herstellung von Sanitärkeramik
23.43.0	ex 26.23.0	Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik
23.44.0	ex 26.24.0	Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke
	ex 31.62.0	Herstellung von Dauermagneten aus agglomeriertem Ferrit u.ä.
23.49.0	ex 26.25.0	Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen
23.51.0	26.51.0	Herstellung von Zement
23.52.0	26.52.0	Herstellung von Kalk
	26.53.0	Herstellung von gebranntem Gips
23.61.0	26.61.1	Herstellung von Bausätzen für Fertigteilbauten aus Beton für den Bau
	26.61.2	Herstellung von Konstruktionsteilen und großformatigen Fertigbauteilen aus Beton sowie von sonstigen Betonerzeugnissen für den Bau
	26.61.3	Herstellung von Erzeugnissen aus Porenbeton für den Bau
	26.61.4	Herstellung von Erzeugnissen aus Kalksandstein für den Bau
23.62.0	26.62.0	Herstellung von Gipserzeugnissen für den Bau
23.63.0	26.63.0	Herstellung von Frischbeton (Transportbeton)
23.64.0	26.64.0	Herstellung von Mörtel und anderem Beton (Trockenbeton)
23.65.0	26.65.0	Herstellung von Faserzementwaren
23.69.0	26.66.0	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips a.n.g.
23.70.0	26.70.1	Steinbildhauerei und Steinmetzerei
	26.70.2	Sonstige Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a.n.g.
23.91.0	ex 26.81.3	Herstellung von Schleifkörpern mit Diamant oder Bornitrid
	26.81.4	Herstellung von Schleifmitteln auf Unterlage
	ex 26.81.5	Herstellung von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
	ex 26.81.6	Herstellung von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen
23.99.0	26.82.0	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a.n.g.
24.10.0	27.10.0	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
24.20.1	27.22.1	Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre)
24.20.2	27.22.2	Herstellung von Präzisionsstahlrohren
24.20.3	27.22.3	Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl
24.31.0	27.31.0	Herstellung von Blankstahl
24.32.0	27.32.0	Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm
24.33.0	27.33.0	Herstellung von Kaltprofilen
	ex 28.11.1	Herstellung von kalt hergestellten, profilierten Blechen und Sandwich-Platten
24.34.0	27.34.0	Herstellung von kaltgezogenem Draht
24.41.0	27.41.0	Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen
24.42.0	27.42.1	Erzeugung von Aluminium
	27.42.2	Erste Bearbeitung von Aluminium
24.43.0	27.43.1	Erzeugung von Blei, Zink und Zinn
	ex 27.43.2	Erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn (ohne Herstellung von Stangen, Stäben, Profilen, Draht aus Blei, Blechen, Folien, Bändern, Pulver, Flitter aus Zinn, Rohren usw. aus Blei, Zinn und Zink)
24.44.0	27.44.1	Erzeugung von Kupfer
	27.44.2	Erste Bearbeitung von Kupfer
24.45.0	27.45.1	Erzeugung von sonstigen NE-Metallen
	27.45.2	Erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen
24.46.0	ex 23.30.0	Aufbereitung und Herstellung von Kernbrennstoffen
24.51.0	27.21.1	Herstellung von Rohren aus Gusseisen
	27.21.2	Herstellung von Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Gusseisen
	27.51.1	Eisengießereien (ohne Herstellung von duktilem Gusseisen)
	27.51.2	Herstellung von duktilem Gusseisen
24.52.0	27.52.0	Stahlgießereien
24.53.0	27.53.0	Leichtmetallgießereien
24.54.0	27.54.0	Buntmetallgießereien
25.11.0	ex 28.11.1	Herstellung von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen)
	ex 28.11.2	Herstellung von Grubenausbaukonstruktionen
25.12.0	ex 28.12.0	Herstellung von Ausbauelementen aus Metall
25.21.0	ex 28.22.0	Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen
25.29.0	ex 28.21.0	Herstellung von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
25.30.0	ex 28.30.0	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)



WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
25.40.0	ex	29.60.0	Herstellung von Waffen und Munition
25.50.1		28.40.1	Herstellung von schweren Freiformschmiedestücken
		28.40.2	Herstellung von leichten Freiformschmiedestücken
25.50.2		28.40.3	Herstellung von Gesenkschmiedeteilen
25.50.3		28.40.4	Herstellung von Kaltfließpressteilen
25.50.4		28.40.8	Herstellung von Press-, Zieh- und Stanzteilen
25.50.5		28.40.7	Herstellung von pulvermetallurgischen Erzeugnissen
25.61.0		28.51.0	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung
25.62.0	ex	28.52.1	Schlosserei und Schweißerei
		28.52.2	Schleiferei und Dreherei
	ex	28.52.3	Kunstschmieden
25.71.0	ex	28.61.0	Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen
	ex	28.75.1	Herstellung von Säbeln, Schwertern, Degen, Bajonetten
25.72.0	ex	28.63.0	Herstellung von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen
	ex	28.75.3	Herstellung von Garderobenhaken, Huthaltern u.ä. Metallwaren
25.73.1	ex	28.62.1	Herstellung von Handwerkzeugen
25.73.2	ex	28.62.2	Herstellung von Sägen und von Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung
25.73.3	ex	28.62.4	Herstellung von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung a.n.g.
25.73.4	ex	28.62.5	Herstellung von Geräten für die Landwirtschaft
25.73.5	ex	28.62.3	Herstellung von Werkzeugen für das Baugewerbe
	ex	28.62.6	Herstellung von sonstigen Werkzeugen
	ex	29.56.4	Herstellung von Formkästen und Formen (außer Blockformen)
25.91.0	ex	28.71.0	Herstellung von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
25.92.0		28.72.0	Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall
25.93.0		28.73.0	Herstellung von Drahtwaren
		28.74.2	Herstellung von Ketten
		28.74.3	Herstellung von Federn
25.94.0		28.74.1	Herstellung von Schrauben und Nieten
25.99.1	ex	28.75.1	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
25.99.2	ex	28.75.2	Herstellung von Panzerschränken und Tresoranlagen
25.99.3	ex	27.43.2	Herstellung von Stangen, Stäben, Profilen, Draht aus Blei, Blechen, Folien, Bändern, Pulver, Flitter aus Zinn, Rohren, Rohrfittings aus Blei, Zinn und Zink

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	28.75.3	Herstellung von Metallwaren a.n.g.
	ex	31.62.0	Herstellung von Dauermagneten aus Metall
	ex	35.20.7	Herstellung von montiertem Gleismaterial
	ex	36.63.8	H.v. Vakuum-Isolierflaschen, Haarwicklern, Schirmgriffen und -gestellen, Kämmen, Orden, Ehrenabzeichen, militärischen Rangabzeichen aus Metall
26.11.1	ex	32.10.0	Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen
26.11.9	ex	24.66.0	Herstellung halbfertiger Scheiben (Wafers) und Mikroplättchen (Chips u.Ä.)
	ex	31.10.0	Herstellung von elektronischen Induktoren (z.B. Drosselspulen, Transformatoren)
	ex	31.20.0	Herstellung elektronischer Schalter und Schaltungen
	ex	31.30.0	Herstellung elektronischer Anschlüsse
	ex	32.10.0	Herstellung von elektronischen Bauelementen (ohne Solarzellen und Solarmodule)
	ex	32.30.0	Herstellung elektronischer Fotokomponenten
26.12.0	ex	30.02.0	Herstellung von Ton-, Video-, Netzwerk- u.ä. Karten für Geräte der automatischen Datenverarbeitung
	ex	32.10.0	Herstellung von bestückten Leiterplatten
26.20.0	ex	30.02.0	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten
	ex	32.30.0	Herstellung von Video-Beamern
	ex	33.40.3	Herstellung von Beamern
	ex	51.84.0	Assembling von Computern für Geschäftskunden (Konfigurieren auf Kundenwunsch)
	ex	52.49.5	Assembling von Computern für Privatkunden (Konfigurieren auf Kundenwunsch)
26.30.0	ex	31.62.0	Herstellung von Einbruchs- oder Diebstahlalarmgeräten und Feuermeldern
	ex	32.20.0	Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik
	ex	32.30.0	Herstellung von Telefonanrufbeantwortern, Sende- und Empfangsantennen, Rundfunkstudioausrüstung, Infrarot-Kommunikationsgeräten
	ex	33.20.1	Herstellung von Fernmeldesignaltestgeräten
26.40.0	ex	32.30.0	Herstellung von Rundfunkgeräten sowie von phono- und videotechnischen Geräten
	ex	36.50.0	Herstellung von Videospielkonsolen
26.51.1	ex	33.20.1	Herstellung von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
26.51.2	ex	33.20.2	Herstellung von nicht elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
26.51.3	ex	31.62.0	Herstellung von Minensuchgeräten usw.
	ex	33.20.3	Herstellung von mechanischen Prüfmaschinen (ohne Auswuchtmaschinen)
26.52.0	ex	33.50.0	Herstellung von Uhren
26.60.0	ex	33.10.1	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
26.70.0	ex	32.30.0	Herstellung von Digitalkameras
	ex	33.20.2	Herstellung von optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex	33.40.2	Herstellung von optischen Instrumenten
	ex	33.40.3	Herstellung von Kameras, Projektoren, Vergrößerern und Verkleinerern einschließlich Objektiven
26.80.0		24.65.0	Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern
27.11.0	ex	31.10.0	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren (ohne windgetriebene Stromerzeugungsaggregate)
	ex	31.62.0	Herstellung von elektrischen Außenbordermotoren
27.12.0	ex	31.20.0	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
27.20.0	ex	31.40.0	Herstellung von Batterien und Akkumulatoren
27.31.0	ex	31.30.0	Herstellung von Glasfaserkabeln
	ex	33.40.2	Herstellung von Lichtleitfasern und Lichtleitkabeln
27.32.0	ex	31.30.0	Herstellung von isolierten Elektrokabeln, -leitungen und -drähten
27.33.0	ex	25.23.0	Herstellung von Leerrohren aus Kunststoffen
	ex	25.24.1	Herstellung von nicht stromführendem Installationsmaterial, Bauelementen aus Kunststoff für Überlandleitungen und Schalterabdeckungen
	ex	31.20.0	Herstellung von Schaltern für Stromkreise, Steckdosen und Steckern, Lampenfassungen, Anschluss- und Verteilungskästen usw.
27.40.0	ex	31.50.0	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten
	ex	31.61.0	Herstellung von Scheinwerfern für Kraftfahrzeuge
	ex	31.62.0	Herstellung von elektrischen Insektenlampen u. ä. Insektenvernichtungsgeräten
27.51.0	ex	29.71.0	Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten
27.52.0	ex	29.72.0	Herstellung von nicht elektrischen Haushaltsgeräten
27.90.0	ex	29.43.4	Herstellung von Elektroschweiß- und -lötgeräten
	ex	31.20.0	Herstellung von Überspannungsableitern

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 31.30.0	Herstellung von Geräteanschlusskabeln, Verlängerungskabeln und anderen Elektrokabelsätzen aus isoliertem Draht und Verbindern
	ex 31.50.0	Herstellung von Werbeleuchten, Leuchtschildern u.Ä.
	ex 31.61.0	Herstellung elektrischer Ausrüstungsgegenstände für Schiffe, Flugzeuge und Schienenfahrzeuge, Fahrzeuge a.n.g.
	ex 31.62.0	Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
	ex 32.10.0	Herstellung von elektrischen Kondensatoren, Widerständen und ähnlichen Bauteilen
28.11.0	ex 29.11.0	Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
	ex 29.12.0	Herstellung von Windturbinen
	ex 31.10.0	Herstellung von windgetriebenen Stromerzeugungsaggregaten
	ex 34.30.0	Herstellung von Kolben, Kolbenringen und Vergasern und dergleichen sowie Ein- und Auslassventilen für Kolbenverbrennungsmotoren
28.12.0	ex 29.12.0	Herstellung von hydraulischer Ausrüstung
	ex 29.13.0	Herstellung von Ventilen für Ölhydraulik und Pneumatik
28.13.0	ex 29.12.0	Herstellung von Pumpen und Kompressoren (ohne hydraulische Ausrüstung)
28.14.0	ex 29.13.0	Herstellung von Armaturen (ohne Ventile für Ölhydraulik und Pneumatik)
28.15.0	ex 29.14.0	Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
28.21.1	ex 29.72.0	Herstellung von Solarwärmekollektoren
28.21.9	ex 29.21.0	Herstellung von Öfen und Brennern
	ex 29.71.0	Herstellung von Raumheizkörpern und elektrischen Swimmingpoolheizungen
	ex 29.72.0	Herstellung von nicht elektrischen Heiz- u.ä. Geräten (ohne nicht elektrische Haushaltsgeräte und Solarwärmekollektoren)
28.22.0	ex 29.22.0	Herstellung von Hebezeugen und Fördermitteln
	ex 35.50.0	Herstellung von Schubkarren u.Ä.
28.23.0	ex 30.01.0	Herstellung von Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)
	ex 32.30.0	Herstellung von Diktiergeräten
	ex 36.12.1	Herstellung von Wandtafeln
28.24.0	ex 29.41.0	Herstellung von handgeführten Werkzeugen mit Motorantrieb
28.25.0	ex 29.23.0	Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen (nicht für den Haushalt), Klimaanlage für Kraftfahrzeuge
	ex 29.71.0	Herstellung von Dachventilatoren

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
28.29.0	ex	29.24.0	Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
	ex	29.43.5	Herstellung von nicht elektrischen Löt- und Schweißgeräten
	ex	33.20.2	Herstellung von Wasserwaagen, Bandmaßen u.ä. Handwerkzeugen (ohne optische)
28.30.0		29.31.1	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
	ex	29.32.1	Herstellung von sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Maschinen
	ex	29.53.0	Herstellung von Teilen von Melk- und Milchmaschinen
28.41.0	ex	29.42.0	Herstellung von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
28.49.1	ex	29.43.1	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
28.49.2	ex	29.43.2	Herstellung von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
28.49.3	ex	29.43.3	Herstellung von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör für Werkzeugmaschinen
28.49.9	ex	29.43.5	Herstellung von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
	ex	31.62.0	Herstellung von Maschinen zum Elektrolattieren
28.91.0	ex	29.51.0	Herstellung von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
28.92.1	ex	28.62.3	Herstellung von Werkzeugen für Bergwerksmaschinen
	ex	29.52.1	Herstellung von Bergwerksmaschinen
28.92.2	ex	28.62.3	Herstellung von Werkzeugen für Baumaschinen
	ex	29.52.2	Herstellung von Bau- und Baustoffmaschinen (ohne Maschinen zur Herstellung von Ziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren, Grafitelektroden, Tafelkreide usw.)
	ex	34.10.2	Herstellung von Off-Road-Muldenkippern
28.93.0	ex	29.32.1	Herstellung von Maschinen zum Reinigen, Sortieren oder Sieben von Körner- oder Hülsenfrüchten
	ex	29.53.0	Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und die Tabakverarbeitung
28.94.0	ex	29.54.0	Herstellung von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
	ex	29.56.1	Herstellung von Druckmaschinen zum Bedrucken von Spinnstoffen
	ex	29.56.4	Herstellung von Wäscheschleudern
28.95.0	ex	29.55.0	Herstellung von Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung
28.96.0	ex	29.56.3	Herstellung von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
28.99.0	ex	29.52.2	Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Mauer- und Dachziegeln, geformten keramischen Massen, keramischen Rohren, Grafitelektroden, Tafelkreide usw.
	ex	29.56.1	Herstellung von Druckereimaschinen
	ex	29.56.4	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
	ex	31.62.0	Herstellung von Sonnenbänken
	ex	33.20.3	Herstellung von Auswuchtmaschinen
	ex	33.40.3	Herstellung von Apparaten für die Projizierung von Schaltungsbildern auf lichtempfindliche Halbleitermaterialien
	ex	35.30.0	Herstellung von Startvorrichtungen für Flugzeuge am Boden und auf Flugzeugträgern sowie Zubehör
	ex	36.50.0	Herstellung von Ausrüstungen für automatische Kegelbahnen
	ex	36.63.8	Herstellung von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
29.10.1	ex	34.10.1	Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren
29.10.2	ex	34.10.2	Herstellung von Nutzkraftwagen und Nutzkraftwagenmotoren
29.20.0	ex	34.20.0	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern; Umbau, Tuning von Kraftwagen
29.31.0	ex	31.61.0	Herstellung elektrischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren
	ex	31.62.0	Herstellung von elektrischen, akustischen Einbruchs- und Diebstahlalarmanlagen für Kraftwagen
29.32.0	ex	34.10.1	Zusammenbau von Bausätzen und Einbau von Baugruppen und Bausätzen für Personenkraftwagen innerhalb des Herstellungsverfahrens
	ex	34.10.2	Zusammenbau von Bausätzen und Einbau von Baugruppen und Bausätzen für Nutzkraftwagen innerhalb des Herstellungsverfahrens
	ex	34.30.0	H.v. Teilen und Zubehör f. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren (oh. Kolben, Kolbenringe, Vergaser u.dgl., Ein- und Auslassventile)
	ex	36.11.2	Herstellung von Sitzen für Kraftfahrzeuge
30.11.0	ex	35.11.0	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)
	ex	36.11.2	Herstellung von Sitzen für Schiffe
30.12.0	ex	35.12.0	Boots- und Yachtbau
30.20.1	ex	35.20.6	Herstellung von Lokomotiven und anderen Schienenfahrzeugen
	ex	36.11.2	Herstellung von Sitzen für Schienenfahrzeuge
30.20.2	ex	31.62.0	Herstellung von elektr. Signal-, Sicherheits-, Überwachungs- oder Steuereinrichtungen für Eisen- und Straßenbahnen

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	35.20.7	Herstellung von Eisenbahninfrastruktur
30.30.0	ex	29.60.0	Herstellung von Interkontinentalraketen
	ex	35.30.0	Luft- und Raumfahrzeugbau
	ex	36.11.2	Herstellung von Sitzen für Luftfahrzeuge
30.40.0	ex	29.60.0	Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen
30.91.0	ex	34.10.1	Herstellung von Motoren für Krafträder
		35.41.1	Herstellung von Krafträdern (ohne Kraftradteile)
		35.41.2	Herstellung von Kraftradteilen und -zubehör
30.92.0		35.42.1	Herstellung von Fahrrädern (ohne Fahrradteile, ohne Reparatur)
		35.42.2	Herstellung von Fahrradteilen und -zubehör
	ex	35.43.0	Herstellung von Behindertenfahrzeugen (ohne Reparatur)
	ex	36.63.4	Herstellung von Kinderwagen
30.99.0	ex	35.50.0	Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a.n.g.
31.01.1	ex	36.11.2	Herstellung von Bürositzmöbeln
	ex	36.12.1	Herstellung von Büromöbeln
31.01.2	ex	36.14.3	Herstellung von Labormöbeln
	ex	33.10.2	Herstellung von Frisörstühlen
	ex	35.50.0	Herstellung von Servierwagen für den Restaurantbedarf
	ex	36.11.2	Herstellung von Ladensitzmöbeln
	ex	36.12.2	Herstellung von Ladenmöbeln und sonstigen Objektmöbeln
31.02.0	ex	36.11.2	Herstellung von Küchensitzmöbeln
	ex	36.13.0	Herstellung von Küchenmöbeln
31.03.0		36.15.0	Herstellung von Matratzen
31.09.1	ex	36.11.1	Herstellung von Polstermöbeln
31.09.9	ex	36.11.2	Herstellung von Sitzmöbeln (ohne Polstermöbel) für Ess-, Wohn- oder Schlafzimmer
	ex	36.14.1	Herstellung von Esszimmer- und Wohnzimmermöbeln
	ex	36.14.2	Herstellung von Schlafzimmermöbeln
	ex	36.14.3	Herstellung von Möbeln a.n.g.
32.11.0		36.21.0	Herstellung von Münzen
32.12.0	ex	33.50.0	Herstellung von Uhrketten und Uhrarmbändern aus Edelmetall
		36.22.1	Bearbeitung von Edelsteinen, Schmucksteinen und Perlen
		36.22.2	Herstellung von Schmuck aus Edelmetallen und Edelmetallplattierungen
		36.22.3	Herstellung von Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Tafelgeräte und Bestecke)

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
		36.22.4	Herstellung von Tafelgeräten und Bestecken aus Edelmetallen oder mit Edelmetallen überzogen
		36.22.5	Herstellung von Edelmetallerzeugnissen für technische Zwecke
32.13.0	ex	33.50.0	Herstellung von Uhrketten und Uhrarmbändern aus unedlen Metallen
		36.61.0	Herstellung von Fantasieschmuck
32.20.0	ex	36.30.0	Herstellung von Musikinstrumenten
32.30.0	ex	19.30.1	Herstellung von Skistiefeln
	ex	36.40.0	Herstellung von Sportgeräten
32.40.0	ex	36.50.0	Herstellung von Spielwaren
32.50.1	ex	17.40.4	Herstellung von OP-Abdecktüchern
	ex	24.42.0	Herstellung von chirurgischen Abdecktüchern, sterilem Nahtmaterial u. Gewebe, imprägnierter medizinischer Watte u. Verbandszeug, Knochenzement, Zahnfüllungen
	ex	25.13.0	Herstellung von medizinischen Latex-Handschuhen
	ex	26.15.0	Herstellung von Destilliergeräten aus Quarzglas für Laboratorien
	ex	29.21.0	Herstellung von zahnmedizinischen Laboröfen
	ex	29.24.0	Herstellung von Destilliergeräten, Zentrifugen für Laboratorien
	ex	29.56.4	Herstellung von Ultraschallreinigungsgeräten für Laboratorien
	ex	33.10.1	Herstellung von Dentalbohrmaschinen, Sterilisatoren für medizinische Zwecke oder Laboratorien usw
	ex	33.10.2	Herstellung von medizintechnischen Geräten
	ex	33.20.1	Herstellung von elektrischen medizinischen Messgeräten und Thermometern
	ex	33.20.2	Herstellung von nicht elektrischen medizinischen Messgeräten wie Thermometern
		33.40.1	Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen
32.50.2		33.10.3	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen
32.50.3		33.10.4	Zahntechnische Laboratorien
32.91.0	ex	36.62.0	Herstellung von Besen und Bürsten
32.99.0	ex	18.10.0	Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung aus Leder
	ex	18.24.1	Herstellung von feuerbeständiger Schutzkleidung (nicht aus Leder)
	ex	19.20.0	Herstellung von Haltegurten und anderen Gurten aus Leder für die Berufsausübung
	ex	20.51.0	Herstellung von Holzsärgen
	ex	20.52.0	Herstellung von Rettungsmitteln aus Kork
	ex	22.11.1	Herstellung (Verlegen) von Globen
	ex	25.13.0	Herstellung aufblasbarer Rettungswesten aus Kautschuk
	ex	25.24.2	Herstellung von Sicherheitskopfbedeckungen aus Kunststoffen u.ä.



WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 28.75.3	Herstellung von Sicherheitskopfbedeckungen aus Metall, Särgen aus Metall
	ex 33.10.2	Herstellung von Gasmasken
	ex 36.40.0	Herstellung von Ohr- und Nasenstöpseln für Schwimmzwecke und Geräuschschutz
	36.63.2	Herstellung von sonstigem Bekleidungszubehör a.n.g.
	ex 36.63.3	Herstellung von chemischen Erzeugnissen a.n.g.
	36.63.5	Herstellung von Füllhaltern, Kugelschreibern, Filzstiften und Stempeln und sonstigen Erzeugnissen a.n.g.
	36.63.6	Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Tierausstopperei
	36.63.7	Herstellung von Weihnachtsschmuck
	ex 36.63.8	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen a.n.g.
33.11.0	ex 28.11.1	Reparatur von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen, Gebäude u.a. Bauwerke)
	ex 28.11.2	Reparatur von Grubenausbaukonstruktionen
	ex 28.12.0	Reparatur von Ausbauelementen aus Metall
	ex 28.21.0	Reparatur von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
	ex 28.22.0	Werksreparatur von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen
	ex 28.30.0	Reparatur von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)
	ex 28.52.1	Allgemeine mechanische Reparaturarbeiten an Metallerzeugnissen
	ex 28.61.0	Reparatur von Schneidwaren für kommerzielle Zwecke
	ex 28.62.1	Reparatur von Handwerkzeugen
	ex 28.62.2	Reparatur von Sägen für die Holzbearbeitung
	ex 28.62.3	Reparatur von Werkzeugen für das Baugewerbe
	ex 28.62.5	Reparatur von Geräten für die Landwirtschaft
	ex 28.62.6	Reparatur von sonstigen Werkzeugen
	ex 28.63.0	Reparatur von Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen
	ex 28.71.0	Reparatur von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
	ex 28.75.2	Reparatur von Panzerschränken und Tresoranlagen
	ex 28.75.3	Reparatur von Metallwaren a.n.g.
	ex 29.60.0	Reparatur von Schuss- und Artilleriewaffen (einschließlich Sport- und Freizeitgewehre)
	ex 34.20.0	Reparatur von Transportcontainern für eine oder mehrere Beförderungsarten
	ex 35.50.0	Reparatur von Einkaufswagen

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
33.12.0	ex	28.52.1	Allgemeine mechanische Reparatur, Instandhaltung, Service und Wartung von Maschinen, auch Schärfen von Messern und Werkzeugen
	ex	28.62.2	Reparatur von Sägen und anderen Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung wie das Schärfen von Sägeblättern und Schneidklingen
	ex	28.62.3	Reparatur von Werkzeugen für baugewerbliche Maschinen, wie das Schärfen von Klingen und Sägeblättern
	ex	28.62.4	Reparatur von auswechselbaren Werkzeugen für Metallbearbeitungsmaschinen wie das Schärfen von Klingen und Sägeblättern
	ex	29.11.0	Reparatur von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
	ex	29.12.0	Reparatur von Pumpen und Kompressoren
	ex	29.13.0	Reparatur von Armaturen einschl. Drossel- und Einlassventilen
	ex	29.14.0	Reparatur von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
	ex	29.21.0	Reparatur von Öfen und Brennern
	ex	29.22.0	Reparatur von Hebezeugen und Fördermitteln (ohne Aufzüge und Rolltreppen)
	ex	29.23.0	Reparatur von industriellen Kälteanlagen und Luftreinigungsanlagen
	ex	29.24.0	Reparatur von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
		29.31.2	Reparatur von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen
	ex	29.32.2	Reparatur sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (ohne Rasenmäher)
	ex	29.41.0	Reparatur von handgeführten kraftbetriebenen Werkzeugen (ohne solche für den Haushalt)
	ex	29.42.0	Reparatur von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
	ex	29.43.1	Reparatur von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
	ex	29.43.2	Reparatur von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
	ex	29.43.3	Reparatur von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör von Werkzeugmaschinen
	ex	29.43.4	Reparatur von Elektroschweiß- und -lötgeräten
	ex	29.43.5	Reparatur von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
	ex	29.51.0	Reparatur von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
	ex	29.52.1	Reparatur von Bergwerksmaschinen
	ex	29.52.2	Reparatur von Bau- und Baustoffmaschinen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
33.13.0	ex 29.53.0	Reparatur von Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung
	ex 29.54.0	Reparatur von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
	ex 29.55.0	Reparatur von Maschinen für Papiererzeugung und -verarbeitung
	ex 29.56.1	Reparatur von Maschinen für das Druckgewerbe
	ex 29.56.3	Reparatur von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk
	ex 29.56.4	Reparatur von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
	ex 32.30.0	Reparatur von Diktiergeräten
	ex 33.20.3	Reparatur von Auswuchtmaschinen
	ex 34.10.2	Reparatur und Instandhaltung von Off-Road-Muldenkippern
	ex 35.50.0	Reparatur von Schubkarren u.Ä.
	ex 36.50.0	Reparatur von Kegel- und Bowlingbahnen
	ex 36.63.8	Reparatur und Instandhaltung von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
	ex 72.50.0	Reparatur von Büromaschinen
	ex 29.24.0	Reparatur von Destillieranlagen, Zentrifugen
	ex 31.10.0	Reparatur von elektronischen Transformatoren, Wicklungen, Drosselspulen und anderen Selbstinduktionsspulen usw.
	ex 31.62.0	Reparatur von Minendetektoren
	ex 32.10.0	Reparatur von Elektronen- u.a. Vakuumröhren, Halbleiterbauelementen u.Ä.
	ex 32.20.0	Reparatur und Instandhaltung von Fernseh- und Hörfunksendegeräten, Vermittlungseinrichtungen u.ä. kommerziellen Geräten
	ex 32.30.0	Reparatur von gewerblichen Ausrüstungen für Rundfunk sowie Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten
	ex 33.10.1	Reparatur von elektronischen Bestrahlungs-, Elektrotherapie-, sonstigen elektromed. Geräten, wie MRT-Geräten, med. Ultraschallgeräten, Herzschrittmachern usw.
	ex 33.10.2	Reparatur von medizintechnischen Geräten
	ex 33.20.1	Reparatur v. elektronischen Flugnavigations-, Flugtriebwerks- u. meteorolog. Instrumenten, Geräten z. Prüfung und Kontrolle von physikal., elektr. u. chem. Eigenschaften usw.
	ex 33.20.2	Reparatur von feinmechanisch-optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumenten und Vorrichtungen
	ex 33.30.0	Reparatur und Instandhaltung von Prozesssteuerungsanlagen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 33.40.2	Reparatur von optischen Instrumenten
	ex 33.40.3	Reparatur von Foto-, Projektions- und Kinogeräten
	ex 33.50.0	Reparatur von Parkuhren, Kurzzeitmessern, Zeitschaltern und anderen Zeitauslösern
33.14.0	ex 29.71.0	Reparatur von Straßen-, Boden- u.ä. Heizgeräten
	ex 31.10.0	Reparatur von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
	ex 31.20.0	Reparatur von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
	ex 31.40.0	Reparatur von Akkumulatoren und Batterien
	ex 31.61.0	Reparatur und Instandhaltung von elektrischen Ausrüstungen für Industriemotoren
	ex 31.62.0	Reparatur von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
	ex 33.10.1	Reparatur von elektrischen Bestrahlungs-, Elektrotherapie-, sonstigen elektromed. Geräten, wie MRT-Geräten, med. Ultraschallgeräten, Herzschrittmachern usw.
	ex 33.20.1	Reparatur v. elektrischen Flugnavigations-, Flugtriebwerks- u. meteorolog. Instrumenten, Geräten z. Prüfung und Kontrolle von physikal., elektr. u. chem. Eigenschaften usw.
33.15.0	ex 35.11.0	Reparatur und Instandhaltung von Schiffen (ohne Werksüberholung und Schiffsumbau)
	ex 35.12.0	Reparatur und Instandhaltung von Booten und Yachten
33.16.0	ex 35.30.0	Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen
	ex 36.11.2	Reparatur von Flugzeugsitzen
33.17.0	ex 34.10.2	Reparatur und Instandhaltung von Motorschlitten, Golfwagen usw. sowie der Sonderausrüstung von Spezialfahrzeugen
	ex 35.20.6	Reparatur von Schienenfahrzeugen.
	ex 35.43.0	Reparatur von Behindertenfahrzeugen
	ex 35.50.0	Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a.n.g.
	ex 36.11.2	Reparatur von Eisenbahnsitzen
	ex 36.63.4	Reparatur und Instandhaltung von Kinderwagen
33.19.0	ex 17.40.4	Reparatur von Planen
	ex 17.52.0	Reparatur und Ausbessern von Fischernetzen, Seilen und Leinen
	ex 17.54.2	Reparatur von Säcken zur Lagerung von Düngemitteln, Chemikalien, u.Ä.
	ex 20.40.0	Reparatur von Paletten, Transportfässern u.ä. Gegenständen aus Holz
	ex 20.51.0	Reparatur von Holzwaren
	ex 25.13.0	Reparatur von sonstigen Gummiwaren
	ex 25.21.0	Reparatur von Rohren und Schläuchen aus Kunststoffen einschl. Reparatur von Rohrnetzen aus Kunststoffen in Industrieanlagen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 25.24.2	Reparatur von Kunststofffenstern
	ex 26.15.0	Reparatur von Schläuchen und Rohren aus Glas einschließlich industrieller Rohrnetze aus Glas
	ex 26.22.0	Reparatur von Sanitärkeramik
	ex 26.23.0	Reparatur von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik
	ex 26.24.0	Reparatur von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke
	ex 26.25.0	Reparatur von sonstigen keramischen Erzeugnissen
	ex 26.26.1	Reparatur von Waren aus feuerfesten keramischen Werkstoffen
	ex 26.26.2	Reparatur von ungeformten feuerfesten keramischen Werkstoffen
	ex 26.40.2	Reparatur und Instandhaltung von keramischen Rohren, Rohrform-, -verbindungs-, -verschlussstücken, Rohrleitungen, Rinnen, einschl. keramischer Rohrnetze in Industrieanlagen
	ex 26.81.3	Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten an Diamantschleifkörpern
	ex 26.81.5	Reparatur und Instandhaltung von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
	ex 26.81.6	Reparatur und Instandhaltung von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen
	ex 36.30.0	Restaurierung von Orgeln und historischen Musikinstrumenten
	ex 36.50.0	Reparatur von Flippern, Münzspielautomaten, Billardspielen, Glücksspieltischen
33.20.0	ex 25.21.0	Installation von Rohren und Schläuchen aus Kunststoffen einschließlich Installation von Rohrleitungsnetzen aus Kunststoffen in Industrieanlagen
	ex 26.15.0	Installation von Rohren und Schläuchen aus Glas
	ex 26.23.0	Einbau von Isolatoren aus Keramik in Stromaggregate
	ex 26.40.2	Installation von keramischen Rohren in Industrieanlagen
	ex 26.81.3	Installation von Diamantschleifkörpern
	ex 26.81.5	Installation von Mühlsteinen und Steinen zum Zerfasern
	ex 26.81.6	Installation von Schleifkörpern (ohne Diamantschleifkörper) und Poliersteinen
	ex 28.11.1	Installation von Metallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen, Gebäude u.a. Bauwerke)
	ex 28.11.2	Installation von Grubenausbaukonstruktionen
	ex 28.21.0	Installation von Sammelbehältern, Tanks u.ä. Behältern aus Metall mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l
	ex 28.22.0	Installation von Heizkesseln mit industrieller Kapazität (z.B. für die Fernheizung)
	ex 28.30.0	Installation von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
ex	28.62.2	Installation von Sägen und anderen Maschinenwerkzeugen für die Holzbearbeitung
ex	28.62.3	Installation von Werkzeugen für das Baugewerbe
ex	28.62.4	Installation von auswechselbaren Werkzeugen für die Metallbearbeitung
ex	28.62.5	Installation von Geräten für die Landwirtschaft
ex	28.62.6	Installation von sonstigen Werkzeugen
ex	28.71.0	Installation von Metallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger
ex	28.75.1	Installation von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
ex	28.75.2	Installation von Panzerschränken und Tresoranlagen
ex	28.75.3	Installation von Metallwaren a.n.g.
ex	29.11.0	Installation von Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)
ex	29.12.0	Installation von Pumpen und Kompressoren
ex	29.13.0	Installation von Armaturen einschl. Drossel- und Einlassventilen
ex	29.14.0	Installation von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen
ex	29.21.0	Installation von Öfen und Brennern
ex	29.22.0	Installation von Hebezeugen und Fördermitteln (ohne Aufzüge und Rolltreppen)
ex	29.23.0	Installation von industriellen Kälteanlagen (auch Milchkühlanlagen) und Luftreinigungsanlagen
ex	29.24.0	Installation von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen a.n.g.
ex	29.32.1	Installation von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (ohne Zugmaschinen)
ex	29.42.0	Installation von Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung
ex	29.43.1	Installation von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Steinen, Beton und sonstigen mineralischen Stoffen
ex	29.43.2	Installation von Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von sonstigen harten Stoffen
ex	29.43.3	Installation von Maschinenspannzeugen und sonstigem Zubehör von Werkzeugmaschinen
ex	29.43.4	Installation von Elektroschweiß- und -lötgeräten
ex	29.43.5	Installation von sonstigen Werkzeugmaschinen a.n.g.
ex	29.51.0	Installation von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen
ex	29.52.1	Installation von Bergwerksmaschinen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
ex	29.52.2	Installation von Bau- und Baustoffmaschinen
ex	29.53.0	Installation von Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung
ex	29.54.0	Installation von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe
ex	29.55.0	Installation von Maschinen für Papiererzeugung und -verarbeitung
ex	29.56.1	Installation von Maschinen für das Druckgewerbe
ex	29.56.3	Installation von Maschinen für die Verarbeitung von Kunststoffen und Kautschuk
ex	29.56.4	Installation von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.
ex	29.60.0	Installation von Schuss- und Artilleriewaffen
ex	29.71.0	Installation von Straßen-, Boden- u.ä. Heizgeräten
ex	30.01.0	Installation von Fotokopiergeräten u.a. Büromaschinen
ex	30.02.0	Installation von EDV-Anlagen (Großrechner)
ex	31.10.0	Installation von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
ex	31.20.0	Installation von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
ex	31.40.0	Installation von Akkumulatoren und Batterien
ex	31.61.0	Installation von elektrischen Ausrüstungen für Industriemotoren
ex	31.62.0	Installation von sonstigen elektrischen Ausrüstungen a.n.g.
ex	32.20.0	Installation von nachrichtentechnischen Anlagen und Kommunikationssystemen (Netzwerke)
ex	32.30.0	Installation von gewerblichen Ausrüstungen für Rundfunk sowie Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten
ex	33.10.1	Installation von elektromedizinischen Geräten
ex	33.10.2	Installation von medizintechnischen Geräten
ex	33.20.1	Installation von elektrischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumenten und Vorrichtungen
ex	33.20.2	Installation von feinmechanisch-optischen Mess-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumenten und Vorrichtungen
ex	33.20.3	Installation von Auswuchtmaschinen
ex	33.30.0	Herstellung (Montage) von industriellen Prozesssteuerungsanlagen
ex	33.40.3	Installation von Projektions- und Kinogeräten
ex	33.50.0	Installation von gewerblichen Zeitmessinstrumenten und -geräten
ex	34.10.2	Installation von Sonderausrüstung von Spezialfahrzeugen
ex	36.30.0	Installation von Orgeln usw.
ex	36.40.0	Installation von Sportgeräten
ex	36.50.0	Installation von Kegel- und Bowlingbahnen

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	36.63.8	Installation von Karussells, Wippen, Schießständen und anderen Geräten und Ausrüstungen für das Schaustellergewerbe
35.11.1		40.11.1	Elektrizitätserzeugung ohne Verteilung
35.11.2	ex	40.11.2	Elektrizitätserzeugung aus Wärmekraft mit Fremdbezug zur Verteilung
		40.11.3	Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und sonstigen Energiequellen mit Fremdbezug zur Verteilung
35.11.3	ex	40.11.4	Elektrizitätserzeugung aus Wärmekraft ohne Fremdbezug zur Verteilung
		40.11.5	Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und sonstigen Energiequellen ohne Fremdbezug zur Verteilung
35.12.0		40.12.0	Elektrizitätsübertragung
35.13.0	ex	40.13.0	Elektrizitätsverteilung
35.14.0	ex	40.13.0	Elektrizitätshandel
35.21.1		40.21.1	Gaserzeugung ohne Verteilung
35.21.2		40.21.2	Gaserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung
35.21.3		40.21.3	Gaserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung
35.22.0	ex	40.22.0	Gasverteilung durch Rohrleitungen
35.23.0	ex	40.22.0	Gashandel durch Rohrleitungen
35.30.0		40.30.1	Wärmeerzeugung durch Heizkraftwerk mit Fremdbezug zur Verteilung
		40.30.2	Wärmeerzeugung durch Fernheizwerk mit Fremdbezug zur Verteilung
		40.30.3	Wärmeerzeugung durch Heizkraftwerk ohne Fremdbezug zur Verteilung
		40.30.4	Wärmeerzeugung durch Fernheizwerk ohne Fremdbezug zur Verteilung
		40.30.5	Wärmeverteilung ohne Erzeugung
36.00.1		41.00.1	Wassergewinnung mit Fremdbezug zur Verteilung
36.00.2		41.00.2	Wassergewinnung ohne Fremdbezug zur Verteilung
36.00.3		41.00.3	Wasserverteilung ohne Gewinnung
37.00.1		90.01.2	Betrieb der Sammelkanalisation
37.00.2		90.01.1	Betrieb von Kläranlagen
38.11.0	ex	90.02.1	Sammlung nicht gefährlicher Abfälle
	ex	90.03.0	Leeren von Abfallkörben an öffentlichen Plätzen
38.12.0	ex	23.30.0	Sammlung radioaktiver Abfälle
	ex	40.11.2	Sammlung verbrauchter (bestrahlter) Brennstoffelemente (Stäbe, Kartuschen) von Kernreaktoren
	ex	40.11.4	Sammlung verbrauchter (bestrahlter) Brennstoffelemente (Stäbe, Kartuschen) von Kernreaktoren
	ex	90.02.1	Sammlung gefährlicher Abfälle



WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
38.21.0	ex	14.50.0	Behandlung und Beseitigung von Schlacken und Aschen aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden a.n.g.
	ex	24.15.0	Kompostierung organischer Abfälle
	ex	90.02.2	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Thermische Abfallbeseitigung)
	ex	90.02.3	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Abfalldeponien)
	ex	90.02.4	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Biologische Abfallbeseitigung)
	ex	90.02.5	Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle (Sonstige Abfallbeseitigung)
38.22.0	ex	23.30.0	Behandlung, Beseitigung und Lagerung radioaktiver Abfälle
	ex	90.02.2	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Thermische Abfallbeseitigung)
	ex	90.02.3	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Abfalldeponien)
	ex	90.02.4	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Biologische Abfallbeseitigung)
	ex	90.02.5	Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Sonstige Abfallbeseitigung)
	ex	90.03.0	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln
38.31.0	ex	37.10.1	Mechanisches Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren aus Eisen oder Stahl
	ex	37.10.2	Mechanisches Zerlegen von Fahrzeugwracks und anderen Altwaren aus NE-Metallen
38.32.0	ex	14.11.2	Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von überwiegend aus Natursteinen bestehendem Abbruchmaterial
	ex	14.50.0	Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von überwiegend aus Beton- oder Ziegelbruch bestehendem Abbruchmaterial
	ex	37.10.1	Sonstiges Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Eisen oder Stahl
	ex	37.10.2	Sonstiges Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus NE-Metallen
		37.20.1	Recycling von textilen Altmaterialien und Reststoffen
		37.20.2	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Papier, Karton und Pappe
		37.20.3	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Glas
		37.20.4	Recycling von Altmaterialien und Reststoffen aus Kunststoffen
		37.20.5	Recycling von sonstigen Altmaterialien und Reststoffen
	ex	51.57.1	Schneiden und Pressen von Altmaterialien und Reststoffen, ohne ausgeprägten Schwerpunkt, zur Verringerung des Volumens

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	51.57.2	Schneiden und Pressen von metallischen Altmaterialien und Reststoffen zur Verringerung des Volumens
	ex	51.57.3	Schneiden und Pressen von nicht metallischen Altmaterialien und Reststoffen zur Verringerung des Volumens
39.00.0	ex	45.25.6	Asbest- u.ä. Sanierung von Bauwerken
	ex	90.03.0	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung
41.10.1		70.11.1	Erschließung von unbebauten Grundstücken
41.10.2		70.11.2	Bauträger für Nichtwohngebäude
41.10.3		70.11.3	Bauträger für Wohngebäude
41.20.1	ex	45.21.1	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)
	ex	45.21.2	Hochbau (ohne Fertigteilbau)
	ex	45.23.1	Belagsarbeiten an Sportflächen von Sportstadien u.Ä.
41.20.2	ex	20.30.2	Errichtung selbst hergestellter Fertigteilbauten aus Holz
	ex	25.23.0	Errichtung von selbst hergestellten Gebäuden aus Kunststoffen
	ex	28.11.1	Errichtung von selbst vorgefertigten Metallgebäuden
	ex	45.21.1	Errichtung von Fertigteilbauten
		45.21.3	Errichtung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau aus selbst hergestellten Fertigteilen
		45.21.4	Errichtung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau aus fremd bezogenen Fertigteilen
		45.21.5	Errichtung von Fertigteilbauten aus Holz und Kunststoffen im Hochbau aus fremd bezogenen Fertigteilen
42.11.0	ex	45.21.1	Straßenbau
	ex	45.23.1	Bau von Straßen
42.12.0	ex	45.21.1	Bahnbau
		45.23.2	Bau von Bahnverkehrsstrecken
42.13.0	ex	45.21.1	Brücken- und Tunnelbau
		45.21.6	Brücken- und Tunnelbau
	ex	45.22.3	Errichtung von Brücken aus Holz
	ex	45.25.6	Errichtung von Brücken aus Metall
42.21.0	ex	45.21.1	Rohrleitungs-, Brunnen- und Kläranlagenbau
	ex	45.21.2	Kläranlagenbau
	ex	45.21.7	Rohrleitungstiefbau
	ex	45.24.0	Bau von Bewässerungssystemen (Kanälen)
		45.25.1	Brunnenbau
42.22.0	ex	45.21.7	Bau von Strom- und Kommunikationskabelnetzen (innerstädtische und über Land)

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
42.91.0	ex	45.21.1	Wasserbau
	ex	45.24.0	Wasserbau
42.99.0	ex	45.21.1	Sonstiger Tiefbau a.n.g.
	ex	45.23.1	Sonstiger Tiefbau a.n.g.
43.11.0		45.11.1	Abbrucharbeiten
43.12.0		45.11.2	Erdbewegungsarbeiten
		45.11.4	Aufschließung von Lagerstätten; Auffüllen stillgelegter Lagerstätten
43.13.0		45.12.0	Test- und Suchbohrung
43.21.0	ex	45.31.0	Elektroinstallation
	ex	45.34.0	Installation von Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen
43.22.0	ex	45.31.0	Installation von Elektroheizungsanlagen (ohne Fußleistenheizungen)
		45.33.0	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation
43.29.1		45.32.0	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung
43.29.9	ex	29.22.0	Einbau, Reparatur und Instandhaltung von Aufzügen und Rolltreppen
	ex	45.31.0	Installation von Aufzügen und Rolltreppen; Blitzableitern
	ex	45.34.0	Sonstige Bauinstallation (ohne Beleuchtungs- und Signalanlagen für Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen)
43.31.0		45.41.0	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei
43.32.0	ex	20.30.1	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente o.Ä. aus Holz
	ex	25.23.0	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente aus Kunststoffen
	ex	28.12.0	Einbau selbst hergestellter Ausbauelemente aus Metall
		45.42.0	Bautischlerei und -schlosserei
43.33.0		45.43.1	Parkettlegerei
		45.43.2	Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei
		45.43.3	Estrichlegerei
		45.43.4	Sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei
		45.43.5	Tapetenkleberei
		45.43.6	Raumausstattung, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
43.34.1		45.44.1	Maler- und Lackierergewerbe
43.34.2		45.44.2	Glasergerber
43.39.0	ex	45.45.3	Ausbaugewerbe a.n.g.
43.91.1		45.22.1	Dachdeckerei und Bauspenglerei
43.91.2	ex	20.30.1	Errichtung serienmäßig vorgefertigter Dachstühle aus Holz
	ex	45.22.3	Zimmerei und Ingenieurholzbau (ohne Errichtung von Brücken aus Holz)
43.99.1	ex	45.25.4	Gerüstbau

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
43.99.2		45.25.3	Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau
43.99.9	ex	28.11.1	Errichtung von selbst vorgefertigten baulichen Metallkonstruktionen (ohne Gebäude)
	ex	45.21.1	Bau von Außenschwimmbecken
		45.22.2	Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit
	ex	45.24.0	Unterwasserarbeiten
		45.25.2	Schachtbau
		45.25.5	Gebäudetrocknung
	ex	45.25.6	Sonstiger Hoch- und Tiefbau a.n.g.
		45.45.1	Fassadenreinigung
	ex	45.45.3	Einbau von Swimmingpools (ohne Ausschachtung, Elektroinstallation)
		45.50.1	Vermietung von Betonpumpen mit Bedienungspersonal
		45.50.2	Vermietung von sonstigen Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal
45.11.0	ex	50.10.1	Handelsvermittlung mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	50.10.2	Großhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	50.10.3	Einzelhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit Kraftwagen von 3,5 t oder weniger
45.19.0	ex	50.10.1	Handelsvermittlung mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
	ex	50.10.2	Großhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
	ex	50.10.3	Einzelhandel mit Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit Kraftwagen von mehr als 3,5 t
45.20.1		50.20.3	Lackieren von Kraftwagen
45.20.2		50.20.4	Autowaschanlagen
45.20.3	ex	50.20.5	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger (ohne Lackierung und Autowäsche)
45.20.4	ex	50.20.5	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (ohne Lackierung und Autowäsche)
45.31.0	ex	50.30.1	Handelsvermittlung mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Großhandelsstufe
	ex	50.30.2	Großhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Großhandelsstufe
45.32.0	ex	50.30.1	Handelsvermittlung mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Einzelhandelsstufe
		50.30.3	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit Kraftwagenteilen und -zubehör auf der Einzelhandelsstufe
45.40.0		50.40.1	Handelsvermittlung von Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
		50.40.2	Großhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
		50.40.3	Einzelhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör
		50.40.4	Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern
46.11.0		51.11.2	Handelsvermittlung von Blumen und Pflanzen
		51.11.4	Handelsvermittlung von lebenden Tieren
		51.11.5	Handelsvermittlung von textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten, Fellen und Leder
		51.11.6	Handelsvermittlung von Getreide, Saaten, Futtermitteln und Rohtabak
46.12.0		51.12.1	Handelsvermittlung von festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen
		51.12.3	Handelsvermittlung von technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk, Kunststoffen und Düngemitteln
		51.12.4	Handelsvermittlung von Erzen, Eisen, Stahl und NE-Metallen
		51.12.5	Handelsvermittlung von Eisen-, Stahl- und NE-Metallhalbzeug
46.13.1		51.13.1	Handelsvermittlung von Rohholz, Holzhalbwaren und Bauelementen aus Holz
46.13.2		51.13.2	Handelsvermittlung von Baustoffen, Bauelementen aus Stahl und mineralischen Stoffen und von Flachglas
		51.13.3	Handelsvermittlung von Anstrichmitteln
		51.13.4	Handelsvermittlung von chemisch technischen Erzeugnissen
46.14.1		51.14.1	Handelsvermittlung von Maschinen und technischem Bedarf (ohne landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen)
46.14.2		51.14.2	Handelsvermittlung von Wasser- und Luftfahrzeugen
46.14.3		51.14.4	Handelsvermittlung von Geräten der Unterhaltungselektronik
46.14.4		51.14.5	Handelsvermittlung von Werkzeugen
46.14.5		51.14.6	Handelsvermittlung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software
46.14.6		51.14.7	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
46.14.7		51.14.8	Handelsvermittlung von Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
46.14.9	51.14.9	Handelsvermittlung von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen a.n.g.
46.15.1	51.15.1	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Antiquitäten
46.15.2	51.15.2	Handelsvermittlung von keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Holzwaren a.n.g. sowie Flecht- und Korbwaren
46.15.3	51.15.3	Handelsvermittlung von elektrischen Haushaltsgeräten
46.15.4	51.15.4	Handelsvermittlung von Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.
46.15.5	51.15.5	Handelsvermittlung von Putz- und Reinigungsmitteln
46.16.1	51.16.1	Handelsvermittlung von Meterware für Bekleidung und Wäsche
46.16.2	51.16.2	Handelsvermittlung von Heim- und Haustextilien und Bodenbelägen
46.16.3	51.16.7	Handelsvermittlung von Bekleidung
46.16.4	51.16.8	Handelsvermittlung von Bekleidungszubehör
46.16.5	51.16.9	Handelsvermittlung von Schuhen, Lederwaren und Reisegepäck
46.17.1	ex 51.17.1	Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren
	51.17.3	Handelsvermittlung von Zucker und Süßwaren
46.17.2	ex 51.17.1	Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen
	51.17.6	Handelsvermittlung von Wein, Sekt und Spirituosen
46.17.9	ex 51.17.1	Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
	51.17.2	Handelsvermittlung von Obst, Gemüse und Kartoffeln
	51.17.4	Handelsvermittlung von Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen, Nahrungsfetten, Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild
	51.17.5	Handelsvermittlung von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen
	51.17.7	Handelsvermittlung von sonstigen Getränken
	51.17.8	Handelsvermittlung von tiefgefrorenen Nahrungsmitteln
	51.17.9	Handelsvermittlung von sonstigen Nahrungsmitteln sowie Tabakwaren
46.18.1	51.18.1	Handelsvermittlung von feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen
46.18.2	51.18.2	Handelsvermittlung von Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck
46.18.3	51.18.3	Handelsvermittlung von Spielwaren und Musikinstrumenten
46.18.4	51.18.5	Handelsvermittlung von pharmazeut. Erzeugnissen, med. u. orthopäd. Artikeln, Labor-, Ärzte-, Dentalbedarf, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
46.18.5	51.18.6	Handelsvermittlung von kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
46.18.6	51.18.7	Handelsvermittlung von Karton, Papier und Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenk- und Werbeartikeln, Verpackungsmitteln und Tapeten
46.18.7	51.18.8	Handelsvermittlung von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Musikalien und sonstigen Druckerzeugnissen
46.18.9	51.18.4	Handelsvermittlung von Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)
	51.18.9	Handelsvermittlung von Altmaterialien und Reststoffen
46.19.0	51.19.0	Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.21.0	ex 51.21.0	Großhandel mit Getreide, Saatgut und Futtermitteln
	51.25.0	Großhandel mit Rohtabak
46.22.0	51.22.0	Großhandel mit Blumen und Pflanzen
46.23.0	51.23.0	Großhandel mit lebenden Tieren
46.24.0	51.24.0	Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder
46.31.0	ex 51.31.0	Großhandel mit frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln
	ex 51.38.3	Großhandel mit haltbar gemachtem Obst und Gemüse und haltbar gemachten Kartoffeln
46.32.0	51.32.0	Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren
46.33.0	51.33.0	Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten
46.34.0	51.34.1	Großhandel mit Getränken, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	ex 51.34.2	Großhandel mit Wein, Sekt und Spirituosen
	51.34.5	Großhandel mit sonstigen Getränken
46.35.0	51.35.0	Großhandel mit Tabakwaren
46.36.0	51.36.1	Großhandel mit Zucker
	51.36.2	Großhandel mit Süßwaren
	51.36.3	Großhandel mit Backwaren
46.37.0	51.37.1	Großhandel mit Kaffee, Tee und Kakao
	51.37.2	Großhandel mit Gewürzen
46.38.1	51.38.1	Großhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen
46.38.2	51.38.2	Großhandel mit Mehl und Getreideprodukten
46.38.9	ex 51.38.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln a.n.g.
46.39.1	51.39.1	Großhandel mit tiefgefrorenen Nahrungsmitteln, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.39.9	51.39.2	Großhandel mit sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.41.0	51.41.1	Großhandel mit Meterware für Bekleidung und Wäsche
	51.41.2	Großhandel mit Heim- und Haushaltstextilien

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
46.42.1		51.42.4	Großhandel mit Oberbekleidung sowie Bekleidungszubehör
		51.42.5	Großhandel mit Unterbekleidung, Pullovern u.Ä.
46.42.2		51.42.3	Großhandel mit Schuhen
46.43.1	ex	51.47.7	Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen
46.43.2	ex	51.43.1	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
	ex	51.43.2	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
		51.43.4	Großhandel mit elektrotechnischem Zubehör und Elektroinstallationszubehör
46.43.3	ex	51.43.1	Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik
	ex	51.43.3	Großhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik
46.44.1		51.44.2	Großhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren
46.44.2		51.44.4	Großhandel mit Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln
46.45.0		51.45.0	Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln
46.46.1		51.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
46.46.2		51.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf
		51.46.3	Großhandel mit Dentalbedarf
46.47.0	ex	51.43.1	Großhandel mit elektrischen Lampen und Leuchten
	ex	51.43.2	Großhandel mit elektrischen Lampen und Leuchten
	ex	51.47.6	Großhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Antiquitäten und Teppichen (ohne Holz-, Korb-, Flecht- und Korkwaren)
46.48.0		51.47.4	Großhandel mit Uhren und Schmuck
46.49.1		51.47.2	Großhandel mit Spielwaren und Musikinstrumenten
46.49.2		51.47.3	Großhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)
46.49.3		51.47.5	Großhandel mit Lederwaren, Reisegepäck, Geschenk- und Werbeartikeln
46.49.4		51.47.8	Großhandel mit Karton, Papier, Pappe, Schreibwaren, Bürobedarf, Büchern, Zeitschriften und Zeitungen
46.49.5		51.44.1	Großhandel mit Haushaltswaren aus Metall
		51.47.1	Großhandel mit nicht elektrischen Haushaltsgeräten
	ex	51.47.6	Großhandel mit Holz-, Korb-, Flecht- und Korkwaren
	ex	51.47.7	Großhandel mit feinmechanischen Erzeugnissen
46.51.0	ex	51.84.0	Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software
46.52.0	ex	51.43.1	Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern und Disketten, magnetischen und optischen CDs und DVDs



WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	51.43.3	Großhandel mit unbespielten Ton- und Videobändern und Disketten, magnetischen und optischen CDs und DVDs
		51.86.0	Großhandel mit elektronischen Bauelementen
	ex	51.87.3	Großhandel mit Telekommunikationsgeräten
46.61.0		51.88.0	Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
46.62.0		51.81.1	Großhandel mit Werkzeugmaschinen (ohne Holzbearbeitungsmaschinen)
		51.81.2	Großhandel mit Holzbearbeitungsmaschinen
46.63.0		51.82.0	Großhandel mit Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen
46.64.0		51.83.0	Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen
46.65.0		51.85.2	Großhandel mit Büromöbeln
46.66.0		51.85.1	Großhandel mit sonstigen Büromaschinen und -einrichtungen
46.69.1		51.87.1	Großhandel mit Flurförderzeugen und Fahrzeugen a.n.g.
46.69.2		51.87.2	Großhandel mit sonstigen Maschinen (ohne landwirtschaftliche Maschinen)
46.69.3	ex	51.47.7	Großhandel mit Messgeräten
	ex	51.87.3	Großhandel mit sonstigen Ausrüstungen und Zubehör für Maschinen sowie technischem Bedarf (ohne Telekommunikationsgeräte)
46.71.1		51.51.2	Großhandel mit festen Brennstoffen
46.71.2		51.51.3	Großhandel mit Mineralölerzeugnissen
46.72.1	ex	51.52.1	Großhandel mit Eisenerzen
		51.52.2	Großhandel mit Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlhalbzeug
46.72.2	ex	51.52.1	Großhandel mit NE-Erzen
		51.52.3	Großhandel mit NE-Metallen und NE-Metallhalbzeug
46.73.1		51.53.1	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.73.2		51.53.2	Großhandel mit Roh- und Schnittholz
46.73.3		51.53.3	Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz
46.73.4		51.53.4	Großhandel mit Baustoffen und Bauelementen aus mineralischen Stoffen
46.73.5		51.53.5	Großhandel mit Flachglas
46.73.6		51.53.6	Großhandel mit Anstrichmitteln
46.73.7		51.53.7	Großhandel mit Sanitärkeramik
46.73.8		51.44.3	Großhandel mit Tapeten
	ex	51.47.6	Großhandel mit Bodenbelägen (ohne Teppiche)
46.74.1		51.54.2	Großhandel mit Werkzeugen und Kleineisenwaren
46.74.2		51.54.3	Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
46.74.3	51.54.4	Großhandel mit Metall- und Kunststoffwaren für Bauzwecke
46.75.0	51.55.1	Großhandel mit chemischen Erzeugnissen
	ex 51.55.2	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen (ohne Kunststoffe)
	ex 51.55.3	Großhandel mit rohen technischen Fetten und Ölen sowie Kautschuk (ohne Natur- und regenerierter Kautschuk)
	51.55.4	Großhandel mit chemisch technischen Erzeugnissen
	51.55.5	Großhandel mit Düngemitteln
46.76.0	ex 51.55.2	Großhandel mit Kunststoffen in Primärformen
	ex 51.55.3	Großhandel mit Natur- und regeneriertem Kautschuk
	51.56.0	Großhandel mit sonstigen Halbwaren
46.77.0	ex 50.30.2	Ausbau wiederverwertbarer Teile aus Altfahrzeugen zum Wiederverkauf
	ex 51.57.1	Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	ex 51.57.2	Großhandel mit metallischen Altmaterialien und Reststoffen
	ex 51.57.3	Großhandel mit nicht metallischen Altmaterialien und Reststoffen
46.90.1	51.90.1	Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.90.2	51.90.2	Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
46.90.3	51.90.3	Großhandel mit Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
47.11.1	52.11.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
47.11.2	52.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren
47.19.1	52.12.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)
47.19.2	52.12.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Nahrungsmittel
47.21.0	52.21.0	Einzelhandel mit frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln
	ex 52.27.5	Einzelhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse und zubereiteten und konservierten Kartoffeln
47.22.0	52.22.0	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren
47.23.0	52.23.0	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen
47.24.0	52.24.1	Einzelhandel mit Backwaren
	52.24.2	Einzelhandel mit Süßwaren
47.25.0	52.25.1	Einzelhandel mit Wein, Sekt und Spirituosen
	52.25.2	Einzelhandel mit sonstigen Getränken
47.26.0	52.26.0	Einzelhandel mit Tabakwaren

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
47.29.0	52.27.1	Einzelhandel mit Reformwaren
	ex 52.27.5	Sonstiger Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln (ohne Reformwaren, Obst-, Gemüse- und Kartoffelkonserven)
47.30.1	50.50.1	Einzelhandel in fremdem Namen mit Motorenkraftstoffen (Agenturtankstellen)
47.30.2	50.50.2	Einzelhandel in eigenem Namen mit Motorenkraftstoffen (Freie Tankstellen)
47.41.0	ex 52.49.5	Einzelhandel mit Büromaschinen, Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung und Software
47.42.0	52.49.6	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten
47.43.0	ex 52.45.2	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik (ohne bespielte und unbespielte Ton- und Bildträger)
47.51.0	52.41.1	Einzelhandel mit Haushaltstextilien
	52.41.2	Einzelhandel mit Kurzwaren, Schneidereibedarf, Handarbeiten sowie Meterware für Bekleidung und Wäsche
47.52.1	52.46.1	Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.
47.52.3	ex 52.45.1	Einzelhandel mit Elektroinstallationszubehör
	52.46.2	Einzelhandel mit Anstrichmitteln
	52.46.3	Einzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf
47.53.0	52.44.7	Einzelhandel mit Heimtextilien
	52.48.1	Einzelhandel mit Tapeten und Bodenbelägen
47.54.0	ex 52.45.1	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten
47.59.1	52.44.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln
	ex 52.49.9	Einzelhandel mit Büromöbeln
47.59.2	52.44.4	Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren
47.59.3	52.45.3	Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien
47.59.9	52.44.2	Einzelhandel mit Beleuchtungsartikeln
	52.44.3	Einzelhandel mit Haushaltsgegenständen
	52.44.6	Einzelhandel mit Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren
	ex 52.49.9	Einzelhandel mit Tresoren
47.61.0	ex 52.47.2	Einzelhandel mit Büchern
47.62.1	ex 52.47.2	Einzelhandel mit Fachzeitschriften
	52.47.3	Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen
47.62.2	52.47.1	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln
47.63.0	ex 52.45.2	Einzelhandel mit bespielten und unbespielten Ton- und Bildträgern
47.64.1	52.49.7	Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör
47.64.2	52.49.8	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
47.65.0	52.48.6	Einzelhandel mit Spielwaren
47.71.0	52.42.1	Einzelhandel mit Bekleidung, ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	52.42.2	Einzelhandel mit Herrenbekleidung und Bekleidungszubehör
	52.42.3	Einzelhandel mit Damenbekleidung und Bekleidungszubehör
	52.42.4	Einzelhandel mit Kinder- und Säuglingsbekleidung und Bekleidungszubehör
	52.42.5	Einzelhandel mit Kürschnerwaren
47.72.1	52.43.1	Einzelhandel mit Schuhen
47.72.2	52.43.2	Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck
47.73.0	52.31.0	Apotheken
47.74.0	52.32.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
47.75.0	52.33.1	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln (ohne Drogerieartikel)
	52.33.2	Einzelhandel mit Drogerieartikeln
47.76.1	52.49.1	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln
47.76.2	52.49.2	Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren
47.77.0	52.48.5	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck
47.78.1	52.49.3	Augenoptiker
47.78.2	52.49.4	Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker)
47.78.3	52.48.2	Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln
47.78.9	ex 52.49.9	Sonstiger Facheinzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen)
47.79.1	52.50.1	Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen
	ex 52.63.4	Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppiche durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)
47.79.2	52.50.2	Antiquariate
	ex 52.63.4	Antiquariatstätigkeiten durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)
47.79.9	52.50.3	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren
	ex 52.63.4	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren durch Auktionshäuser (ohne Internet-Auktionen)
47.81.0	52.62.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten
47.82.0	ex 52.62.2	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten
47.89.0	ex 52.62.2	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
47.91.1	ex	52.61.1	Versandhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
		52.61.2	Fachversand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
47.91.9	ex	52.61.1	Versandhandel mit sonstigen Waren
		52.61.3	Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel
	ex	52.63.4	Internet-Auktionen mit sonstigen Artikeln
47.99.1		52.63.1	Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen
47.99.9	ex	52.63.4	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (nicht in Verkaufsräumen); auch Tätigkeiten durch Auktionshäuser
49.10.0	ex	60.10.0	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr
49.20.0	ex	60.10.0	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
49.31.0	ex	60.10.0	Personenbeförderung im Eisenbahnnahverkehr
	ex	60.21.1	Personenbeförderung im Omnibus-Orts- und - Nachbarortslinienverkehr
		60.21.3	Personenbeförderung mit Stadtschnellbahnen und Straßenbahnen
	ex	60.21.4	Berg und Seilbahnen (als Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen)
49.32.0		60.22.0	Betrieb von Taxis
49.39.1		60.21.2	Personenbeförderung im Omnibus-Überlandlinienfernverkehr
49.39.2		60.23.1	Personenbeförderung im Omnibus-Gelegenheitsverkehr
49.39.9	ex	60.21.1	Betrieb von Schulbussen, Zubringerbussen und Bussen im Werksverkehr
	ex	60.21.4	Berg und Seilbahnen (nicht als Teil von Orts- und Nahverkehrssystemen)
		60.23.2	Personenbeförderung im Landverkehr a.n.g.
49.41.0	ex	60.24.5	Erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr (ohne Umzugstransporte)
	ex	60.24.6	Erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr (ohne Umzugstransporte)
49.42.0	ex	60.24.5	Erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr (Umzugstransporte)
	ex	60.24.6	Erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr (Umzugstransporte)
49.50.0		60.30.0	Transport in Rohrfernleitungen
50.10.0	ex	61.10.0	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt
50.20.0	ex	61.10.0	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt
50.30.0	ex	61.20.1	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	61.20.4	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Fluss- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt
50.40.0	ex	61.20.2	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Reedereien
	ex	61.20.3	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Partikuliere
	ex	61.20.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt durch Fluss- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt
51.10.0	ex	62.10.0	Linienflugverkehr (Personenbeförderung)
	ex	62.20.0	Gelegenheitsflugverkehr (Personenbeförderung)
51.21.0	ex	62.10.0	Linienflugverkehr (Güterbeförderung)
	ex	62.20.0	Gelegenheitsflugverkehr (Güterbeförderung)
51.22.0	ex	62.30.0	Raumtransport
52.10.0		63.12.1	Lagerei (ohne Kühlhäuser)
		63.12.2	Kühlhäuser
52.21.1		63.21.1	Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen
52.21.2	ex	63.21.2	Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge
52.21.3	ex	60.10.0	Schlepp- und Schubdienste (Rangieren) im Eisenbahnverkehr
	ex	63.21.2	Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge
52.21.4	ex	63.21.2	Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe
52.21.5	ex	63.21.2	Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachturnschlag)
52.21.9	ex	11.10.0	Verflüssigung und Rückumwandlung von Erdgas zu Transportzwecken, nicht am Gewinnungsort
	ex	50.20.5	Abschleppdienste
	ex	63.21.2	Betrieb von Fahrzentralen für Taxis und Fahrradkuriere, von Winterstellplätzen für Wohnwagen; Instandhaltung und kleine Reparaturen an Schienenfahrzeugen
52.22.1	ex	63.22.1	Betrieb von Binnenwasserstraßen (Schleusen, Schiffshebewerke usw.)
52.22.2	ex	63.22.1	Binnenhäfen und Anlegestellen für die Binnenschifffahrt
		63.22.2	Seehäfen und Anlegestellen für die Seeschifffahrt
52.22.3	ex	63.22.4	Lotsinnen und Lotsen in der Schifffahrt
52.22.9	ex	61.10.0	Schleppdienste für in Seenot geratene Hochsee- und Küstenschiffe
	ex	61.20.1	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Personenbeförderung
	ex	61.20.2	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Güterbeförderung durch Reedereien

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 61.20.3	Schleppdienste für in Not geratene Binnenschiffe zur Güterbeförderung durch Partikuliere
	ex 61.20.4	Schleppdienste für in Not geratene Fluss- und Kanalfähren, Hafenschiffe
	ex 63.22.1	Sonst. Hilfs- und Nebentätigkeiten f. d. Binnenschifffahrt (ohne Betrieb von Wasserstraßen und Binnenhäfen; Unterricht zur Erlangung v. Patenten f. d. Berufsschifffahrt)
	63.22.3	Bugsier- und Bergungsschifffahrt
	ex 63.22.4	Betrieb von Leuchttürmen
52.23.1	63.23.1	Flughafenbetriebe
	63.23.2	Landeplätze für Luftfahrzeuge
52.23.9	ex 62.30.0	Dienstleistungen im Rahmen des Raumtransports
	ex 63.23.3	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt a.n.g. (ohne Flugunterricht zur Erlangung von Musterberechtigungen)
52.24.0	63.11.0	Frachtumschlag
52.29.1	63.40.1	Spedition
52.29.2	63.40.2	Schiffsmaklerbüros und -agenturen
52.29.9	ex 63.40.4	Logistische Dienstleistungen a.n.g.
	63.40.5	Verkehrsvermittlung a.n.g.
53.10.0	ex 64.11.0	Postverwaltung
	ex 64.12.1	Briefdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.2	Zeitungsdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.3	Paketdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.5	Expressdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.6	Kurierdienste von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.7	Erbringung sonstiger postalischen Dienstleistungen von Universaldienstleistungsanbietern
53.20.0	ex 64.12.1	Briefdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.2	Zeitungsdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.3	Paketdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.5	Expressdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.6	Kurierdienste, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
	ex 64.12.7	Erbringung von sonstigen postalischen Dienstleistungen, nicht von Universaldienstleistungsanbietern
55.10.1	55.10.1	Hotels (ohne Hotels garnis)
	ex 55.23.6	Boardinghouses (nicht als Hotels garnis betrieben)
55.10.2	55.10.2	Hotels garnis
	ex 55.23.6	Boardinghouses (als Hotels garnis betrieben)

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
55.10.3	55.10.3	Gasthöfe
55.10.4	55.10.4	Pensionen
55.20.1	55.23.1	Erholungs- und Ferienheime
55.20.2	55.23.2	Ferienzentren
55.20.3	55.23.3	Ferienhäuser und Ferienwohnungen
55.20.4	ex 55.21.0	Jugendherbergen und Hütten
55.30.0	ex 55.21.0	Notunterkünfte und Biwaks
	55.22.0	Campingplätze
55.90.1	55.23.4	Privatquartiere
55.90.9	55.23.7	Sonstiges Beherbergungsgewerbe a.n.g.
56.10.1	55.30.1	Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
	ex 55.52.0	Hauslieferung von Speisen durch Restaurants mit herkömmlicher Bedienung
56.10.2	55.30.2	Restaurants mit Selbstbedienung
	ex 55.52.0	Hauslieferung von Speisen durch Restaurants mit Selbstbedienung
56.10.3	55.30.5	Imbissstuben u.Ä.
56.10.4	55.30.3	Cafés
56.10.5	55.30.4	Eissalons
56.21.0	ex 55.52.0	Event-Catering (nicht von Restaurants mit Hauslieferung)
56.29.0	55.51.0	Kantinen
	ex 55.52.0	Caterer (ohne Event-Catering)
56.30.1	55.40.1	Schankwirtschaften
56.30.2	55.40.3	Diskotheiken und Tanzlokale
56.30.3	55.40.5	Bars
56.30.4	55.40.6	Vergnügungslokale
56.30.9	55.40.7	Sonstige getränkegeprägte Gastronomie
58.11.0	ex 22.11.1	Verlegen von Büchern
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Büchern
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Büchern
58.12.0	ex 22.11.1	Verlegen von Katalog- und Jahrbuchveröffentlichungen
	22.11.2	Verlegen von Telefon- und Adressbüchern
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Verzeichnissen und Mailinglisten
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen
58.13.0	22.12.1	Verlegen von Tageszeitungen
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Zeitungen
58.14.0	22.12.2	Verlegen von Wochen- und Sonntagszeitungen



WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	22.13.1	Verlegen von Fachzeitschriften
	22.13.2	Verlegen von allgemeinen Zeitschriften
	22.13.3	Verlegen von sonstigen Zeitschriften
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Zeitschriften
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Zeitschriften
58.19.0	22.15.0	Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)
	ex 22.22.0	Verlegen von Verkaufskatalogen, Werbematerial, Briefmarken, Schecks, Banknoten usw.
	ex 72.40.0	Sonstige Online-Veröffentlichung
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von sonstigen Druckerzeugnissen
58.21.0	ex 72.21.0	Verlegen von Computerspielen
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Computerspielen
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Computerspielen
58.29.0	ex 72.21.0	Verlegen von sonstiger Software (ohne Computerspiele)
	ex 72.40.0	Online-Veröffentlichung von Software (ohne Computerspiele)
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Standardsoftware
59.11.0	ex 74.40.2	Verkauf von Werbezeiten in Filmen direkt durch den Eigentümer
	92.11.1	Herstellung von Kinofilmen
	92.11.2	Herstellung von Fernsehfilmen
	92.11.3	Herstellung von Industrie-, Wirtschafts- und Werbefilmen
	ex 92.20.2	Herstellung von Fernsehprogrammbeiträgen auf Band u.Ä.
59.12.0	92.11.4	Sonstige Filmherstellung
	ex 92.11.5	Filmtechnik
59.13.0	92.12.1	Filmverleih
	92.12.2	Videoprogrammanbieter
	92.12.3	Filmvertrieb
59.14.0	92.13.0	Kinos
59.20.1	92.11.6	Tonstudios
59.20.2	22.14.1	Verlegen von bespielten Tonträgern
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von bespielten Tonträgern
	ex 92.20.2	Herstellung von Hörfunkbeiträgen auf Band u.Ä.
59.20.3	22.14.2	Verlegen von Musikalien
	ex 72.40.0	Musik-Downloads
	ex 74.87.7	Copyright-Dienstleistungen für das Verlegen von Musikalien
60.10.0	ex 64.30.1	Übertragung von Hörfunksendungen über Kabel u.ä.

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 64.30.4	Übertragung von Hörfunksendungen, nicht über Kabel
	ex 72.40.0	Ausstrahlung von Internet-Radiosendungen
	ex 92.20.1	Gestaltung, Realisation und Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen
	ex 92.20.2	Herstellung von Hörfunkprogrammen
60.20.0	ex 64.30.1	Übertragung von Fernsehsendungen über Kabel u.ä.
	ex 64.30.4	Übertragung von Fernsehsendungen, nicht über Kabel
	ex 72.40.0	Ausstrahlung von Internet-Filmbeiträgen
	ex 92.20.1	Gestaltung, Realisation und Ausstrahlung von Fernsehprogrammen
	ex 92.20.2	Herstellung von Fernsehprogrammen
61.10.0	ex 64.30.1	Leitungsgebundene Telekommunikation (ohne Übertragung von Hörfunksendungen über Kabel u.ä.)
61.20.0	64.30.2	Drahtlose Telekommunikation
61.30.0	64.30.3	Satellitentelekommunikation
61.90.1	ex 64.30.4	Internet-serviceprovider
	ex 71.33.0	Internet-Cafés
61.90.9	ex 64.30.4	Sonstige Telekommunikation a.n.g.
	ex 71.33.0	Call-Shops
62.01.1	72.22.2	Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen
62.01.9	ex 72.21.0	Entwicklung von Standardsoftware
	ex 72.22.3	Entwicklung kundenspezifischer Software (ohne Internetpräsentationen)
	ex 72.40.0	Entwicklung, Anpassung und Pflege der Software von Datenbankanwendungen
62.02.0	72.10.0	Hardwareberatung
	72.22.1	Softwareberatung
62.03.0	ex 72.30.5	Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte
62.09.0	ex 30.02.0	Einrichten von Arbeitsplatzrechnern
	ex 72.22.3	Softwareinstallation
	72.60.1	Informationsvermittlung
	72.60.2	Mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten a.n.g.
63.11.0	ex 72.30.1	Datenerfassungsdienste
	72.30.3	Bereitstellungsdienste für Teilnehmersysteme
	ex 72.30.5	Datenverarbeitung
	ex 72.40.0	Datenbankservice, Datenspeicherdienste
63.12.0	ex 72.40.0	Webportale
63.91.0	92.40.1	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
63.99.0	ex	74.87.8	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen a.n.g. wie automatisierte Telefonauskunftdienstleistungen, Recherchierdienste, Zeitungsausschnittdienste
64.11.0		65.11.0	Zentralbanken
64.19.1		65.12.1	Kreditbanken einschließlich Zweigstellen ausländischer Banken
64.19.2		65.12.2	Girozentralen
		65.12.3	Sparkassen
64.19.3		65.12.4	Genossenschaftliche Zentralbanken
		65.12.5	Kreditgenossenschaften
64.19.4		65.12.6	Realkreditinstitute
64.19.5		65.12.7	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
64.19.6		65.12.9	Bausparkassen
64.20.0	ex	65.23.1	Tätigkeiten von Finanz-Holding-Gesellschaften (nicht mit Unternehmensmanagement verbunden)
	ex	74.15.1	Beteiligungsgesellschaften im Produzierenden Gewerbe (Verwaltung von Anteilen, ohne Managementtätigkeiten)
	ex	74.15.2	Beteiligungsgesellschaften außerhalb des Produzierenden Gewerbes (Verwaltung von Anteilen, ohne Managementtätigkeiten)
		74.15.3	Geschlossene Immobilienfonds mit Nichtwohngebäuden
		74.15.4	Geschlossene Immobilienfonds mit Wohngebäuden
64.30.0	ex	65.23.1	Treuhand- und sonstige Fonds u.ä. Finanzinstitutionen
64.91.0		65.21.0	Institutionen für Finanzierungsleasing
64.92.1	ex	65.22.0	Spezialkreditinstitute (ohne Pfandkreditgeschäfte)
64.92.2		65.23.2	Leihhäuser
64.99.1	ex	65.23.1	Investmentaktiengesellschaften und Fonds von Kapitalanlagegesellschaften (ohne Geldmarktfonds)
64.99.9	ex	65.22.0	Factoring
		65.23.3	Sonstige Finanzierungsinstitutionen a.n.g.
65.11.0		66.01.1	Lebensversicherungen
65.12.1		66.03.1	Krankenversicherungen
65.12.2		66.03.2	Schaden- und Unfallversicherungen
65.20.0		66.01.2	Rückversicherungen für die Lebensversicherungen
	ex	66.02.0	Rückversicherungen für Pensionskassen
		66.03.3	Rückversicherungen für das sonstige Versicherungsgewerbe
65.30.0	ex	66.02.0	Pensionskassen und Pensionsfonds
66.11.0		67.11.0	Effekten- und Warenbörsen
66.12.0	ex	67.12.0	Effekten- und Warenhandel

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	67.13.0	Betrieb von Wechselstuben
66.19.0	ex	67.13.0	Sonstige mit den Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten
	ex	74.87.7	Anlageberatung (Finanzdienstleistung)
66.21.0	ex	67.20.3	Risiko- und Schadensbewertung
66.22.0		67.20.1	Versicherungsvertreter
		67.20.2	Tätigkeit von Versicherungsmaklerinnen und -maklern
66.29.0	ex	67.20.3	Sonstige mit den Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten
66.30.0	ex	67.12.0	Fondsmanagement
68.10.1	ex	70.12.1	Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken
		70.12.2	Kauf und Verkauf von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen
68.10.2	ex	70.12.1	Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
68.20.1	ex	70.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken
		70.20.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngebäuden und Wohnungen
68.20.2	ex	70.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden
68.31.1	ex	70.31.0	Vermittlung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte
68.31.2	ex	70.31.0	Vermittlung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte
68.32.1	ex	70.32.0	Verwaltung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte
68.32.2	ex	70.32.0	Verwaltung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte
69.10.1		74.11.1	Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat
69.10.2		74.11.2	Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat
69.10.3		74.11.3	Notariate
69.10.4		74.11.4	Patentanwaltskanzleien
69.10.9		74.11.5	Erbringung sonstiger juristischer Dienstleistungen a.n.g.
69.20.1		74.12.1	Praxen von Wirtschaftsprüferinnen und -prüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
	ex	74.14.1	Insolvenzverwaltung durch Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
69.20.2		74.12.2	Praxen von vereidigten Buchprüferinnen und -prüfern, Buchprüfungsgesellschaften

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 74.14.1	Insolvenzverwaltung durch vereidigte Buchprüferinnen und -prüfer, Buchprüfungsgesellschaften
69.20.3	74.12.3	Praxen von Steuerberaterinnen und -beratern, Steuerberatungsgesellschaften
	74.12.4	Praxen von Steuerbevollmächtigten
	ex 74.14.1	Insolvenzverwaltung durch Steuerbevollmächtigte, Steuerberaterinnen und -berater, Steuerberatungsgesellschaften
69.20.4	74.12.5	Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)
70.10.1	ex 74.15.1	Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe
	ex 74.15.2	Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds)
70.10.9	74.15.5	Komplementärgesellschaften
	74.15.6	Sonstige Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben
70.21.0	74.14.2	Public-Relations-Beratung
70.22.0	ex 05.01.1	Fischbestandsberatung in der Hochsee- und Küstenfischerei
	ex 05.01.2	Fischbestandsberatung in der Fluss- und Seenfischerei
	ex 74.14.1	Unternehmensberatung
	ex 74.87.7	Anlageberatung (Unternehmensberatung)
71.11.1	ex 74.20.1	Architekturbüros für Hochbau
71.11.2	ex 74.20.1	Büros für Innenarchitektur
71.11.3	74.20.2	Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung
71.11.4	74.20.3	Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung
71.12.1	74.20.4	Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung
71.12.2	74.20.5	Ingenieurbüros für technische Fachplanung
	74.20.6	Büros für Industrie-Design
71.12.3	ex 74.20.9	Vermessungsbüros
71.12.9	74.20.7	Büros beruflicher Sachverständiger
	74.20.8	Büros für technisch-wirtschaftliche Beratung
71.20.0	74.30.1	Technische Untersuchung und Beratung
	74.30.2	Physikalische Untersuchung und Beratung
	74.30.3	Chemische Untersuchung und Beratung
	74.30.4	Betrieb von Messnetzen und Messstationen
	ex 75.24.0	Betrieb von Polizeilabors
72.11.0	ex 73.10.1	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Naturwissenschaften
	ex 73.10.2	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Ingenieurwissenschaften

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 73.10.3	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften
	ex 73.10.4	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
	ex 73.10.5	Biotechnologische Forschung und Entwicklung im Umweltbereich
72.19.0	ex 73.10.1	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik
	ex 73.10.2	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Ingenieurwissenschaften
	ex 73.10.3	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften
	ex 73.10.4	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
	ex 73.10.5	Sonstige Forschung und Entwicklung im Umweltbereich
72.20.0	73.20.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
	73.20.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften
73.11.0	74.40.1	Werbegestaltung
	ex 74.40.2	Planung und Durchführung v. Werbekampagnen; Durchführung von Marketingkampagnen u.a. Werbediensten mit dem Ziel, Kunden zu werben
73.12.0	ex 74.40.2	Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen, nicht durch den Eigentümer
73.20.0	74.13.1	Marktforschung
	74.13.2	Meinungsforschung
74.10.1	ex 74.87.4	Industrie- und Produkt-Design
74.10.2	ex 74.87.4	Grafik- und Kommunikationsdesign
74.10.3	ex 74.87.4	Interior Design und Raumgestaltung
74.20.1	ex 72.30.1	Mikroverfilmung
	ex 74.20.9	Luftbildfotografie in Verbindung mit Kartografie
	74.81.1	Fotografisches Gewerbe
	ex 92.40.2	Tätigkeiten von Fotojournalistinnen und Fotojournalisten, bei denen die fotografische Arbeit im Vordergrund steht
74.20.2	74.81.2	Fotolabors
74.30.1	74.85.2	Übersetzen
74.30.2	74.85.1	Dolmetschen
74.90.0	ex 63.40.4	Rechnungsprüfung und Auskunft über Frachtraten im Rahmen der Logistik
	ex 74.14.1	Managementberatung für landwirtschaftliche Betriebe, z. B. durch Agronomen und Agrarökonominnen

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 74.20.9	Meteorologische Tätigkeiten
	ex 74.60.2	Sicherheitsberatung
	74.87.2	Sachverständige a.n.g.
	ex 74.87.7	Maklergeschäfte über Kauf und Verkauf von kleinen und mittleren Unternehmen; Patentmakler (Lizenzen, Patente)
	ex 74.87.8	Tätigkeiten von Agenturen, die Auftritte von Personen vermitteln; Künstleragenturen
75.00.1	85.20.1	Tierarztpraxen
75.00.9	85.20.2	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Veterinärwesen
	85.20.3	Anstalten und Einrichtungen des Veterinärwesens
77.11.0	71.10.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger
77.12.0	ex 71.21.0	Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t
77.21.0	71.40.2	Verleih von Sportgeräten und Fahrrädern, auch Skier, Pferde und Ponys zur Sportausübung
	ex 71.40.5	Vermietung von Vergnügungsfahrzeugen (z. B. Wassersportfahrzeuge)
77.22.0	71.40.4	Videotheken
77.29.0	71.40.1	Verleih von Wäsche und Arbeitskleidung
	71.40.3	Leihbüchereien und Lesezirkel
	ex 71.40.5	Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern a.n.g. (ohne Vergnügungsfahrzeuge)
77.31.0	71.31.0	Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
77.32.0	ex 45.25.4	Vermietung von Gerüsten u.Ä. mit nachrangigem Auf- und Abbau
	ex 71.32.0	Vermietung von Baumaschinen und -geräten ohne Bedienungspersonal
77.33.0	ex 71.33.0	Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
77.34.0	71.22.0	Vermietung von Wasserfahrzeugen ohne Schiffsführer
77.35.0	71.23.0	Vermietung von Luftfahrzeugen ohne Pilot
77.39.0	ex 71.21.0	Vermietung von Landfahrzeugen (außer Kraftwagen) und -transporteinrichtungen ohne Fahrer, von Paletten, Transportcontainern
	ex 71.32.0	Vermietung von Wohn- und Bürocontainern
	71.34.0	Vermietung von sonstigen Maschinen und Geräten
77.40.0	ex 74.87.7	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights); Vermarktung von Patenten u.ä.
78.10.0	74.50.1	Vermittlung von Arbeitskräften

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	92.72.2	Besetzung von Rollen in Film-, Fernseh- und Theaterproduktionen
78.20.0	ex	74.50.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften
78.30.0	ex	74.50.2	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften
79.11.0	ex	63.30.1	Reisebüros
79.12.0	ex	63.30.2	Reiseveranstalter
79.90.0	ex	63.21.2	Reservierung von Sitzplätzen in Omnibussen und Zügen
	ex	63.30.1	Reservierungsleistungen bezüglich Unterkünfte
	ex	63.30.2	Tätigkeiten von Fremdenführern, Erteilung von Reiseauskünften an Besucher, Tätigkeiten zur Förderung des Tourismus
	ex	92.32.5	Betrieb von Vorverkaufsstellen
	ex	92.34.2	Zirkuskassen
	ex	92.62.4	Reservierungsleistungen und damit verbundene Dienstleistungen für Sportveranstaltungen
	ex	92.72.1	Reservierungsleistungen für Garten- und Grünanlagen
	ex	92.72.2	Reservierungsleistungen für sonstige Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit a.n.g.
80.10.0	ex	74.60.2	Private Wach- und Sicherheitsdienste
80.20.0	ex	45.31.0	Installation, Reparatur, Umbau und Anpassung von Sicherheitssystemen und Verriegelungseinrichtungen in Verbindung mit Überwachung
	ex	74.60.2	Überwachung von Sicherheitssystemen und Verriegelungseinrichtungen
80.30.0		74.60.1	Detekteien
81.10.0	ex	70.32.0	Facility Management
	ex	75.14.0	Betrieb regierungseigener Gebäude (Facility Management)
81.21.0	ex	74.70.1	Allgemeine Gebäudereinigung
81.22.1		74.70.2	Schornsteinreinigung
81.22.9	ex	74.70.1	Sonstige spezielle Reinigung von Gebäuden und Maschinen
81.29.1		74.70.3	Reinigung von Verkehrsmitteln
81.29.2		74.70.4	Desinfektion und Schädlingsbekämpfung
81.29.9	ex	74.70.1	Flaschenreinigung
	ex	90.03.0	Kehren und Reinigen von Straßen usw., Schnee- und Eisbeseitigung auf Straßen, Rollbahnen, Streuen von Salz oder Sand
81.30.1		01.41.2	Garten- und Landschaftsbau
81.30.9		01.41.3	Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen
82.11.0	ex	74.85.3	Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste (Tagesgeschäft)
82.19.0	ex	64.11.0	Vermietung von Postfächern



WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 74.85.3	Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste
82.20.0	74.86.0	Call Center
82.30.0	ex 74.87.1	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter
82.91.1	74.87.6	Inkassobüros
82.91.2	74.87.5	Auskunfteien
82.92.0	74.82.0	Abfüllen und Verpacken
82.99.1	74.87.3	Versteigerungsgewerbe
82.99.9	ex 74.85.3	Öffentliche Stenografierdienste, Verwaltung von Mailinglisten mittels Strichcodes, Strichcode-Druck
	ex 74.87.8	Rückübermittlungsdienste, Einsammeln v. Münzen aus Parkuhren, Verwaltung von Treueprogrammen, Gaszähler ablesen, sonstige Dienstleistungen a.n.g.
	ex 75.13.0	Ausgabe von Führerscheinen für Kraftfahrzeuge
	ex 92.11.5	Echtzeit- (d.h. simultane) Untertitelung von Live-Fernsehaufnahmen von Sitzungen und Konferenzen
84.11.0	75.11.0	Allgemeine öffentliche Verwaltung
	ex 75.14.0	Erbringung sonstiger, mit der öffentlichen Verwaltung verbundener Dienstleistungen
84.12.0	75.12.2	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Bildung und Kultur
	75.12.3	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen
	75.12.4	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Gesundheitswesen
	75.12.5	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sport
84.13.0	ex 75.13.0	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
84.21.0	ex 75.21.0	Auswärtige Angelegenheiten
84.22.0	75.22.0	Verteidigung
84.23.0	75.23.0	Rechtspflege
84.24.0	ex 75.24.0	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
84.25.0	75.25.0	Feuerwehren
84.30.0	75.30.1	Gesetzliche Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte)
	75.30.2	Knappschaftliche Rentenversicherung
	75.30.3	Altershilfe für Landwirte
	75.30.4	Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes
	75.30.5	Gesetzliche Krankenversicherung (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
	75.30.6	Knappschaftliche Krankenversicherung
	75.30.7	Gesetzliche Unfallversicherung

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	75.30.8	Arbeitsförderung
	75.30.9	Sonstige Sozialversicherung
85.10.1	80.10.1	Kindergärten
	80.10.2	Kinderhorte
85.10.2	80.10.4	Vorklassen, Schulkindergärten
85.20.0	80.10.5	Grundschulen
85.31.1	80.21.1	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich I
85.31.2	80.21.2	Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich II
85.32.0	ex 63.22.1	Unterricht zur Erlangung von Patenten für die Berufsschiffahrt
	ex 63.23.3	Flugunterricht zur Erlangung von Musterberechtigungen
	80.22.0	Berufsbildende weiterführende Schulen im Sekundarbereich
	ex 80.41.1	Fahrschulen für Berufskraftfahrer
	ex 80.41.2	Schulen für professionelle Boots- und Schiffsführer
	ex 80.42.2	Berufliche Erwachsenenbildung (Unterrichtsinhalt berufsbildender weiterführender Schulen)
	ex 80.42.3	Selbstständige Lehrerinnen und Lehrer in der Berufsbildung
85.41.0	ex 80.30.8	Post-Sekundärer Unterricht, der nicht zur Erlangung eines akademischen Grades führt
	ex 80.42.3	Unterricht von selbstständigen Lehrerinnen und Lehrern (post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht)
85.42.1	80.30.5	Universitäten
85.42.2	80.30.6	Allgemeine Fachhochschulen
85.42.3	80.30.7	Verwaltungsfachhochschulen
85.42.4	ex 80.30.8	Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens
85.51.0	ex 80.42.2	Sport- und Spielunterricht im Rahmen der Beruflichen Erwachsenenbildung
	ex 80.42.3	Sport- und Freizeitunterricht (ohne Flug-, Segel- u.ä. Unterricht) durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer
	ex 92.62.1	Sport- und Spielunterricht von Sportverbänden und Sportvereinen
	92.62.5	Sport- und Spielunterricht von Sport- und Spielschulen
	ex 93.05.2	Yogaschulen, Unterricht im Kartenspiel
85.52.0	ex 80.42.1	Kulturunterricht im Rahmen der allgemeinen und politischen Erwachsenenbildung
	ex 80.42.2	Kulturunterricht im Rahmen der beruflichen Erwachsenenbildung
	ex 80.42.3	Kulturunterricht durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer
	92.34.1	Tanzschulen
85.53.0	ex 80.41.1	Kraftfahrschulen (nicht für Berufskraftfahrer)

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
	ex	80.41.2	Flug-, Bootsführer-, Segel- u.ä. Schulen (ohne professionelle)
85.59.1	ex	80.42.1	Allgemeine und politische Erwachsenenbildung
85.59.2	ex	80.42.2	Berufliche Erwachsenenbildung (nicht Unterrichtsinhalt berufsbildender weiterführender Schulen, Sport-, Freizeit-, Kulturunterricht)
85.59.9	ex	80.42.3	Unterricht a.n.g. durch selbstständige Lehrerinnen und Lehrer
		80.42.4	Unterricht a.n.g.
85.60.0	ex	74.14.1	Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht
86.10.1		85.11.1	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
86.10.2		85.11.2	Hochschulkliniken
86.10.3	ex	85.11.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
86.21.0		85.12.1	Arztpraxen für Allgemeinmedizin
86.22.0		85.12.2	Facharztpraxen
86.23.0		85.13.0	Zahnarztpraxen
86.90.1		85.14.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
86.90.2		85.14.2	Praxen für Massage, Krankengymnastik, von medizinischen Bademeister(n/innen), Hebammen u. Entbindungspflegern u.ä. Berufen
86.90.3		85.14.3	Heilpraktikerpraxen
86.90.9	ex	85.14.4	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen
		85.14.5	Krankentransport- und Rettungsdienste
		85.14.6	Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens
87.10.0	ex	85.14.4	Beratung und Vorsorge für Patienten durch Krankenschwestern/-pfleger
		85.31.5	Altenpflegeheime
		85.31.7	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter
	ex	85.31.9	Genesungsheime
87.20.0	ex	85.11.3	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u.Ä.
	ex	85.14.4	Einrichtungen in Altenpflegeheimen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u.Ä.
	ex	85.31.9	Betreute Wohngruppen für psychisch instabile Menschen
87.30.0	ex	85.14.4	Einrichtungen in Altenpflegeheimen zur Betreuung von älteren und behinderten Personen durch paramedizinisches Personal
		85.31.3	Altenwohnheime
		85.31.4	Altenheime

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	85.31.8	Wohnheime für Behinderte
87.90.0	85.31.1	Jugendwohnheime
	85.31.2	Erziehungsheime
	85.31.6	Heime für werdende Mütter sowie Mütter oder Väter mit Kind
	ex 85.31.9	Waisenhäuser, Kinderheime, Obdachlosenheime, betreute Übergangseinrichtungen für Straftäter
88.10.1	ex 85.32.6	Ambulante soziale Dienste
88.10.2	ex 85.32.1	Tagesstätten (ohne Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und Jugendzentren)
88.91.0	85.32.2	Tagesbetreuung von Kindern
88.99.0	ex 75.21.0	Internationale Katastrophen- und Flüchtlingshilfe
	ex 85.32.1	Tagestätten für Obdachlose und andere sozial schwache Gruppen
	85.32.3	Jugendzentren und Häuser der offenen Tür
	85.32.4	Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen
	85.32.5	Feststellung der Anspruchsberechtigung im Zusammenhang mit Sozialhilfe, Mietzuschüssen usw.
	ex 85.32.6	Gemeinschafts- und Nachbarschaftshilfe
	85.32.7	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe (Spendensammlungen und andere Hilfsmaßnahmen)
	85.32.8	Unterstützungskassen
	85.32.9	Sonstiges Sozialwesen a.n.g.
90.01.1	92.31.1	Theaterensembles
90.01.2	92.31.2	Ballettgruppen, Orchester, Kapellen und Chöre
90.01.3	92.31.8	Selbstständige Artistinnen und Artisten
	ex 92.34.2	Zirkusbetriebe
90.01.4	ex 92.31.7	Selbstständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstlerinnen und -künstler sowie sonstige darstellende Kunst
90.02.0	ex 92.31.7	Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst
	ex 92.32.5	Technische Hilfsdienste für kulturelle und unterhaltende Leistungen
	ex 92.34.2	Unterstützungsdienstleist. f. Zirkusbetriebe hinsichtl. Choreografie u. Regie, Tätigkeiten v. Bühnen-, Maskenbildnern, Lichtkünstlern; Beleuchtung und Musik
90.03.1	92.31.5	Selbstständige Komponistinnen, Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter
90.03.2	92.31.6	Selbstständige Schriftstellerinnen und Schriftsteller
90.03.3	92.31.3	Selbstständige bildende Künstlerinnen und Künstler
90.03.4	92.31.4	Selbstständige Restauratorinnen und Restauratoren

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
90.03.5	ex	92.40.2	Tätigkeiten von selbstständigen Journalist(en/innen), Pressefotograf(en/innen), sofern sie ihre Fotos selbst mit Textberichten versehen und die Textberichterstattung im Vordergrund steht
90.04.1		92.32.1	Theater- und Konzertveranstalter
90.04.2		92.32.2	Opern- und Schauspielhäuser, Konzerthallen u.ä Einrichtungen
90.04.3		92.32.3	Varietés und Kleinkunsth Bühnen
91.01.0	ex	75.14.0	Erhaltung und Betreuung der staatlichen Aufzeichnungen und Archive
		92.51.0	Bibliotheken und Archive
91.02.0		92.52.1	Museen
91.03.0		92.52.2	Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen
91.04.0		92.53.1	Botanische und zoologische Gärten
		92.53.2	Naturparks und Tiergehege
		92.53.3	Natur- und Landschaftsschutz
92.00.1		92.71.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten
92.00.2		92.71.2	Spielbanken und Spielklubs
92.00.3		92.71.3	Wett-, Toto- und Lotteriewesen
93.11.0		92.61.0	Betrieb von Sportanlagen
	ex	92.62.1	Durchführung von Sportveranstaltungen im Freien oder in der Halle im Rahmen des Profi- oder Amateursports
93.12.0	ex	92.62.1	Sportausübung in Sportvereinen
	ex	92.62.2	Professionelle Sportmannschaften
93.13.0	ex	93.04.2	Fitnesszentren
93.19.0	ex	92.62.1	Sportfischerei, Jagd zu Sportzwecken
	ex	92.62.2	Durchführung von Sportveranstaltungen, im Freien oder in der Halle, im Rahmen des Profisports; Betrieb von Rennställen
		92.62.3	Selbstständige Berufssportlerinnen und -sportler sowie -trainerinnen und -trainer
	ex	92.62.4	Sportpromoter und sonstige professionelle Sportveranstalter
93.21.0		92.33.0	Vergnügungs- und Themenparks
93.29.0	ex	92.34.2	Betrieb von Puppentheatern, Rodeos, Schießbuden, Modelleisenbahnen usw., Abbrennen von Feuerwerken
	ex	92.62.1	Tätigkeiten von Yachthäfen
	ex	92.72.1	Garten- und Grünanlagen
	ex	92.72.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit a.n.g.

WZ 2008		WZ 2003	Inhalt
94.11.0		91.11.1	Wirtschaftsverbände (ohne öffentlich rechtliche Wirtschaftsvertretungen)
		91.11.2	Öffentlich rechtliche Wirtschaftsvertretungen
		91.11.3	Arbeitgeberverbände
94.12.0		91.12.1	Berufsorganisationen (ohne öffentlich rechtliche Berufsvertretungen)
		91.12.2	Öffentlich rechtliche Berufsvertretungen
94.20.0		91.20.0	Arbeitnehmervereinigungen
94.91.0		91.31.1	Kirchen und kirchlich religiöse Vereinigungen
		91.31.2	Sonstige religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
94.92.0		91.32.0	Politische Parteien und Vereinigungen
94.99.1	ex	91.33.1	Organisationen der Bildung, Wissenschaft und Forschung
94.99.2	ex	91.33.1	Organisationen der Kultur
94.99.3		91.33.4	Verbraucherorganisationen
94.99.4		91.33.3	Jugendorganisationen
94.99.9	ex	01.50.0	Dienstleistungen zur Unterstützung der Jagd und Fallenstellerei
		91.33.2	Organisationen des Gesundheitswesens
		91.33.5	Kommunale Spitzen- und Regionalverbände
		91.33.6	Verbände der Sozialversicherungsträger
		91.33.7	Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a.n.g.
95.11.0	ex	72.50.0	Instandhaltung und Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
95.12.0	ex	32.20.0	Reparatur von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik (ohne Fernseh- und Hörfunksendegeräte, Vermittlungseinrichtungen u.ä. kommerzielle Geräte)
	ex	52.74.2	Reparatur von Mobiltelefonen
95.21.0		52.72.2	Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik
95.22.0	ex	29.32.2	Reparatur von Rasenmähern
	ex	29.41.0	Reparatur von elektrischen Hecken-, Grasscheren und Rasenkantenschneider
	ex	29.56.4	Reparatur von Schneefräsen, Laubbläsern und Trimmern
		52.72.1	Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten (ohne Geräte der Unterhaltungselektronik)
95.23.0		52.71.0	Reparatur von Schuhen und Lederwaren
	ex	52.74.2	Absatzreparaturen
95.24.0	ex	36.11.1	Bespannung und Polsterung von Polstermöbeln
	ex	36.11.2	Reparatur von Sitzmöbeln
	ex	36.12.1	Reparatur von Büromöbeln

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
	ex 36.12.2	Reparatur von Ladenmöbeln
	ex 36.13.0	Reparatur von Küchenmöbeln
	ex 36.14.1	Reparatur von Esszimmer- und Wohnzimmermöbeln
	ex 36.14.2	Reparatur von Schlafzimmermöbeln
	ex 36.14.3	Reparatur von Möbeln a.n.g
	ex 74.87.1	Auf- und Abbau von Messeständen
95.25.0	52.73.0	Reparatur von Uhren und Schmuck
95.29.0	ex 17.40.4	Reparatur von Zelten
	ex 26.21.1	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Porzellan
	ex 26.21.2	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Steingut, Steinzeug und Feinsteinzeug
	ex 26.21.3	Reparatur von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Ton sowie von Töpferwaren
	ex 28.61.0	Reparatur von Schneidwaren für den Haushalt und Bestecken aus unedlen Metallen
	ex 28.62.6	Schärfen von Klingen für Haushaltsmaschinen
	ex 28.75.1	Reparatur von nicht elektrischen Haushaltsartikeln aus Metall
	ex 36.30.0	Reparatur von Musikinstrumenten (ohne Orgeln und historische Musikinstrumente)
	ex 36.40.0	Reparatur von Sportgeräten
	52.74.1	Reparatur von Fahrrädern
	ex 52.74.2	Reparatur, Ändern v. Bekleidung, Sport-, Fotogeräten, Campingausrüstungen, Spielwaren, Schlüsselanfertigung, Einschweißen v. Ausweisen, Prägen v. Kfz-Kennzeichen u.Ä. im Sofortservice; Klavierstimmen
96.01.0	93.01.1	Wäscherei; auch mit dem Waschen verbundenes Ausbessern und geringfügiges Ausbessern und Ändern von Bekleidung oder sonstiger Textilien
	93.01.2	Annahmestellen für Wäscherei
	93.01.3	Chem. Reinigung, Bekleidungsfärberei; mit der Reinigung verbundenes Ausbessern/geringfügiges Ändern v. Bekleidung o. sonstiger Textilien
	93.01.4	Annahmestellen für chemische Reinigung und Bekleidungsfärberei
	93.01.5	Heißmanglelei und Bügelei
96.02.1	93.02.5	Frisörsalons
96.02.2	93.02.4	Kosmetiksalons
96.03.1	93.03.1	Bestattungsinstitute
96.03.2	93.03.2	Friedhöfe und Krematorien

WZ 2008	WZ 2003	Inhalt
96.04.0	93.04.1	Bäder und Saunas (ohne medizinische Bäder)
	ex 93.04.2	Solarien, Massagesalons (ohne medizinische Massagen)
96.09.0	93.05.1	Ehevermittlungsinstitute
	ex 93.05.2	Erbringung von sonstigen persönlichen Dienstleistungen
	93.05.3	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a.n.g.
97.00.0	95.00.2	Private Haushalte mit Hauspersonal zur Kinderbetreuung
	95.00.3	Private Haushalte mit sonstigem Hauspersonal
98.10.0	ex 00.00.0	Herstellung von Waren durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
98.20.0	ex 00.00.0	Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
99.00.0	99.00.1	Vertretungen fremder Staaten
	99.00.2	Dienststellen von Stationierungstreitkräften
	99.00.3	Internationale und supranationale Organisationen mit Behördencharakter





## **Anhang 6**

**Alphabetisches Stichwortverzeichnis**

**zur**

**Klassifikation der Wirtschaftszweige,**

**Ausgabe 2008**



Abaca .....	01.16.0
Abbruch von Gebäuden und anderen Bauwerken .....	43.11.0
Abbrucharbeiten .....	43.11.0
Abdecktücher, chirurgische .....	32.50.1
Abdeckungen für Autos .....	13.92.0
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit .....	43.99.9
Abfallzerkleinerer .....	27.51.0
Abfüllen in Sprühdosen .....	82.92.0
Abfüllen und Verpacken .....	82.92.0
Abgasreinigungsanlagen .....	29.32.0
Ablesen von Wärme-, Strom-, Gas- und Wasserzählern .....	82.99.9
Ablufthauben .....	27.51.0
Abräumen des Deckgebirges .....	43.12.0
Absätze .....	15.20.0
Absatzförderung in Endverkaufsstellen .....	73.11.0
Absatzreparatur, Reparatur .....	95.23.0
Abschleppdienste .....	52.21.9
Abschusseinrichtungen .....	30.30.0
Abteile .....	30.30.0
Abteufmaschinen .....	28.92.1
Abwasserbeseitigungsanlagen .....	42.21.0
Abzeichen .....	13.96.0
Abzweigdosen .....	46.14.9
Abzweigdosen .....	46.69.3
Achsen .....	29.32.0
Achsen .....	30.20.1
Acryl .....	20.16.0
Addiermaschinen .....	28.23.0
Additive .....	20.59.0
Adoptionstätigkeiten .....	88.99.0
Adressbücher .....	58.12.0
Adressiermaschinen .....	28.23.0
Agavefasern .....	01.16.0
Agenten .....	74.90.0
Ahnenforschungsinstitute .....	96.09.0
Ahornsirup .....	10.81.0
Ahornzucker .....	10.81.0
Airbags .....	29.32.0
Akarizide .....	20.20.0
Akkordeons .....	32.20.0
Akku-Ladegeräte .....	27.90.0
Akkumulatoren .....	27.20.0
Akkumulatoren .....	33.14.0
Akkumulatoren .....	46.14.9
Akkumulatoren .....	46.69.3
Aktienoptionen .....	66.11.0
Aktivkohle .....	20.59.0

Akustikbau .....	43.39.0
Akustikuntersuchungen .....	71.20.0
Ale .....	11.05.0
Algen .....	03.11.0
Algen .....	03.21.0
Alkalien .....	20.13.0
Alkohole .....	20.14.0
Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich I .....	85.31.1
Allgemein bildende weiterführende Schulen Sekundarbereich II .....	85.31.2
Allgemeine Fachhochschulen .....	85.42.2
Allgemeine öffentliche Verwaltung .....	84.11.0
Allgemeine und politische Erwachsenenbildung .....	85.59.1
Altenheime .....	87.30.0
Altenpflegeartikel .....	46.18.4
Altenpflegeartikel .....	46.46.2
Altenpflegeartikel .....	47.74.0
Altenpflegeheime .....	87.10.0
Altmaterialien und Reststoffe .....	46.18.9
Altmaterialien und Reststoffe .....	46.77.0
Altöl .....	19.20.0
Aluminium .....	24.42.0
Aluminiumerze .....	07.29.0
Aluminiumfolie .....	24.42.0
Aluminiumhalbzeug .....	24.42.0
Aluminiumlegierungen .....	24.42.0
Aluminiumoxid .....	24.42.0
Amateur-Videokamera .....	26.40.0
Ambosse .....	25.73.5
Ambulante soziale Dienste .....	88.10.1
Ammoniak .....	20.15.0
Ammoniumchlorid .....	20.15.0
Ammoniumkarbonat .....	20.15.0
Amomen .....	01.28.0
Amphibienfahrzeuge .....	29.10.2
Amphibienfahrzeuge für militärische Zecke .....	30.40.0
Ananas .....	01.22.0
Anbringen von Akustikplatten .....	43.39.0
Andenken .....	47.78.3
Andouillettes .....	10.13.0
Anfertigung von Schlüsseln .....	95.29.0
Angledozer .....	28.92.2
Anglerbedarf .....	47.64.2
Anhänger .....	28.30.0
Anhänger .....	29.20.0
Anhänger .....	45.19.0
Anhydrit .....	08.11.0
Anilin .....	46.75.0

Anisfrüchte .....	01.28.0
Anker .....	25.99.3
Anlegestellen .....	52.22.2
Anoden für Elektroplattieren .....	32.12.0
Anschlusskästen .....	27.33.0
Anstrich von Tiefbauten .....	43.34.1
Anstrichmittel .....	20.30.0
Anstrichmittel .....	46.13.2
Anstrichmittel .....	46.73.1
Anstrichmittel .....	46.73.6
Anstrichmittel .....	47.52.3
Antennen .....	43.21.0
Antibiotika .....	21.10.0
Antiklopfmittel .....	20.59.0
Antiquariate .....	47.79.2
Antiquitäten .....	46.15.1
Antiquitäten .....	47.79.1
Antriebselemente .....	28.15.0
Antriebselemente .....	33.12.0
Anwendungshosting .....	63.11.0
Anzeigetafeln .....	27.90.0
Anzüge .....	14.13.1
Äpfel .....	01.24.0
Apfelwein .....	11.03.0
Apotheken .....	47.73.0
Apparatetische für die Stromverteilung .....	27.12.0
Aprikosen .....	01.24.0
Arbeitnehmervereinigungen .....	94.20.0
Arbeitsbekleidung .....	14.12.0
Arbeitsbühnen .....	77.32.0
Arbeitslosenversicherung .....	84.30.0
Arbeitsunfallversicherung .....	84.30.0
Architektenvereinigungen .....	94.12.0
Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung .....	71.11.4
Architekturbüros für Hochbau .....	71.11.1
Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung .....	71.11.3
Archive .....	91.01.0
Armaturbrettuhren .....	26.52.0
Armaturen .....	28.14.0
Armaturen für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik .....	46.14.7
Armaturen für Gas, Wasser, Heizung und Klimatechnik .....	46.74.2
Armbänder .....	32.12.0
Armbrüste .....	32.30.0
Artilleriegeschütze .....	25.40.0
Artilleriewaffen .....	33.11.0
Artischocken .....	01.13.1
Artisten .....	90.01.3

Arzneimittel .....	46.18.4
Arzneimittel .....	46.46.1
Arzneimittel .....	47.73.0
Arzneiwaren .....	21.20.0
Ärztevereinigungen .....	94.12.0
Arztpraxen für Allgemeinmedizin .....	86.21.0
Asbest .....	08.99.0
Asphaltgestein .....	08.99.0
Asphaltieren .....	42.11.0
Asphaltite .....	08.99.0
Astrologen .....	96.09.0
Atlanten .....	58.11.0
Auberginen .....	01.13.1
Aufbauten .....	29.20.0
Aufbauten für Schienenfahrzeuge und Übergänge .....	30.20.1
Aufzüge .....	28.22.0
Aufzüge .....	43.29.9
Augenbrauen .....	32.99.0
Augenoptiker .....	47.78.1
Auktionatoren .....	82.99.1
Auktionen nicht in Verkaufsräumen .....	47.99.9
Ausbaulemente aus Metall .....	25.12.0
Ausbohrmaschinen .....	28.49.1
Ausbohrmaschinen .....	28.49.2
Ausflugsschiffe .....	50.10.0
Ausgüsse .....	23.65.0
Auskunfteien .....	82.91.2
Auslassventile .....	28.11.0
Auspuffrohre .....	29.32.0
Auspufftöpfe .....	29.32.0
Ausschachtung .....	43.12.0
Außenanstrich von Gebäuden .....	43.34.1
Außenhandelsfinanzierung .....	64.92.1
Außenreinigung von Gebäuden aller Art .....	81.22.9
Außenwerbung .....	73.11.0
Ausstellungsbauelemente .....	25.11.0
Ausstellungsveranstalter .....	82.30.0
Autokrane .....	29.10.2
Autokrane .....	77.32.0
Automatenverkauf .....	47.99.9
Automobilclubs .....	94.99.3
Autorennbahnen .....	93.11.0
Autowaschanlagen .....	45.20.2
Avocados .....	01.22.0
Babybekleidung .....	14.19.0
Bäckereiöfen .....	28.93.0
Backwaren .....	10.71.0

Backwaren .....	47.24.0
Badebekleidung .....	14.19.0
Badekappen .....	22.19.0
Bäder .....	96.04.0
Badesalze .....	20.42.0
Badetücher .....	46.16.2
Badetücher .....	46.41.0
Badetücher .....	47.51.0
Badewannen .....	22.23.0
Badewannen .....	23.42.0
Badewannen .....	25.99.3
Badewannen .....	46.73.7
Bahnhöfe .....	52.21.4
Bahnverkehrsstrecken .....	42.12.0
Bajonette .....	25.71.0
Balata .....	02.30.0
Balata .....	20.17.0
Balken .....	16.23.0
Balken .....	46.13.1
Balken .....	46.73.2
Balkonpflanzen .....	01.30.1
Bälle .....	32.30.0
Ballettgruppen .....	90.01.2
Ballettveranstalter .....	90.04.1
Ballons .....	22.22.0
Balsame .....	02.30.0
Bananen .....	01.22.0
Bandausleser .....	28.93.0
Bänder .....	13.96.0
Bandmaße .....	28.29.0
Bars .....	56.30.3
Bärte .....	32.99.0
Barthpflege .....	96.02.1
Bastelsätze .....	46.49.1
Bastelsätze für den Modellbau .....	46.18.3
Bastelsätze für den Modellbau .....	47.65.0
Bastfasern, textile .....	01.16.0
Bataten .....	01.13.2
Batterien .....	27.20.0
Batterien .....	33.14.0
Batterien .....	46.14.9
Batterien .....	46.69.3
Bau von Außenschwimmbecken .....	43.99.9
Bauelemente aus Holz .....	46.73.3
Bauelemente aus Metall und Kunststoff .....	47.52.1
Bauelemente, elektronische .....	46.14.9
Baugeräte .....	33.12.0



Baugrobreinigung .....	43.39.0
Bauhütten .....	25.11.0
Baukastenspielzeug .....	32.40.0
Baumaschinen .....	28.92.2
Baumaschinen .....	33.12.0
Baumaschinen .....	46.63.0
Baumschulen .....	01.30.2
Baumwolle .....	01.16.0
Baumwollentkörnung .....	01.63.0
Baumwolllinters .....	10.41.0
Baumwollsaat .....	01.11.0
Bauschlosserei .....	43.32.0
Bausparkassen .....	64.19.6
Bauspenglerei .....	43.91.1
Baustellenabsicherung beim Straßenbau .....	42.11.0
Baustellenentwässerung .....	43.12.0
Baustoffe .....	46.13.2
Baustoffe .....	46.73.1
Baustoffe und Bauelemente aus mineralischen Stoffen .....	46.73.4
Baustoffmaschinen .....	28.92.2
Baustoffmaschinen .....	46.63.0
Bauteilprüfmaschinen .....	26.51.3
Bautischlerei .....	43.32.0
Bauträger für Nichtwohngebäude .....	41.10.2
Bauträger für Wohngebäude .....	41.10.3
Bauxit .....	07.29.0
Beamer, Reparatur .....	95.11.0
Becken .....	23.65.0
Bedrucken .....	82.92.0
Beeren .....	02.30.0
Befeuerungsanlagen für Rollbahnen .....	43.21.0
Begleitsdienste .....	96.09.0
Behälter aus Metall .....	25.29.0
Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle .....	38.22.0
Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle .....	38.21.0
Behindertenwohnheime .....	87.30.0
Behördenschiffe .....	30.11.0
Beiwagen .....	30.91.0
Bekleidung .....	46.16.3
Bekleidung .....	46.42.1
Bekleidung .....	47.71.0
Bekleidung .....	47.82.0
Bekleidungsherstellungsmaschinen .....	33.12.0
Belagsarbeiten an Straßen, Brücken und Tunneln .....	42.11.0
Beleglesegeräte .....	46.14.5
Beleglesegeräte .....	46.51.0
Beleuchter .....	90.02.0

Beleuchtungsanlagen .....	43.21.0
Beleuchtungsanlagen für Gebäude .....	43.21.0
Beleuchtungsartikel, Reparatur .....	95.29.0
Beleuchtungskörper .....	27.40.0
Beleuchtungszubehör .....	22.29.0
Belletristen .....	90.03.2
Benzin .....	19.20.0
Benzin .....	46.71.2
Beratungsdienstleistungen, .....	88.10.2
Bereitstellung von Weiden .....	01.62.0
Bergbaugeräte .....	33.12.0
Bergbaumaschinen .....	33.12.0
Bergführer .....	93.19.0
Bergungsverwaltung .....	66.29.0
Bergwerksmaschinen .....	28.92.1
Bergwerksmaschinen .....	46.63.0
Berufliche Erwachsenenbildung .....	85.59.2
Berufliche Rehabilitation sowie Qualifikationsmaßnahmen für Behinderte .....	88.10.2
Berufsakademien .....	85.42.4
Berufsbekleidung .....	14.12.0
Berufsbildende weiterführende Schulen .....	85.32.0
Berufsorganisationen .....	94.12.0
Berufstätigenwohnheime .....	55.90.9
Besamung .....	01.62.0
Besätze .....	13.96.0
Beschallungssysteme .....	26.40.0
Beschichten von Metall .....	25.61.0
Beschläge .....	25.72.0
Beschneiden von Obstbäumen .....	01.61.0
Beschneiden von Reben .....	01.61.0
Beschriften von Metall .....	25.62.0
Besen .....	16.29.0
Besen .....	32.91.0
Bespannung von Polstermöbeln .....	31.09.1
Bespielte Ton- und Videobänder .....	46.43.3
Bestattungsinstitute .....	96.03.1
Besteck .....	47.59.9
Bestrahlungsgeräte .....	33.13.0
Bestrahlungsgeräte .....	33.20.0
Bestrahlungstherapiegeräte .....	26.60.0
Bestrahlungstherapiegeräte .....	33.13.0
Besuchsdienste für ältere Menschen und Behinderte .....	88.10.1
Beteiligungsgesellschaften .....	64.20.0
Betonarbeiten .....	43.99.9
Betonmischmaschinen .....	28.92.2
Betonmischwagen .....	29.10.2
Betonpumpen .....	77.32.0

Betreuung und Beratung von Kindern und Jugendlichen .....	88.99.0
Betreuung von Haustieren .....	96.09.0
Betrieb von Deponien .....	38.21.0
Betrieb von Pumpstationen für Rohrfernleitungen .....	49.50.0
Betrieb von Verkehrseinrichtungen .....	93.29.0
Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge .....	52.21.3
Betrieb von Verteilungsnetzen .....	35.13.0
Bettcouches .....	31.09.1
Bettdecken .....	46.16.2
Bettdecken .....	46.41.0
Bettdecken .....	47.51.0
Bettwaren .....	46.16.2
Bettwaren .....	46.41.0
Bettwaren .....	47.51.0
Bettwäsche .....	13.92.0
Bettwäsche .....	46.16.2
Bettwäsche .....	46.41.0
Bettwäsche .....	47.51.0
Beutel .....	22.22.0
Beutel aus Papier .....	17.21.0
Beutelvorrichtungen .....	28.93.0
Bewässerungssysteme .....	42.21.0
Bewegungsmelder .....	26.51.1
Bewegungsmelder .....	26.51.2
Bezirks- und Regionalbüros .....	70.10.9
Bibliotheken .....	91.01.0
Bidetbecken .....	22.23.0
Bidets .....	23.42.0
Bier .....	11.05.0
Bier .....	46.17.9
Bier .....	47.25.0
Bilder .....	47.78.3
Bildhauer .....	90.03.3
Bildplatten .....	26.80.0
Bildschirme, Reparatur .....	95.11.0
Bildungsorganisationen .....	94.99.1
Billardspiele .....	32.40.0
Bimetallthermometer .....	26.51.2
Bindemaschinen .....	28.23.0
Binden .....	17.22.0
Binden .....	21.20.0
Binden .....	46.18.5
Binden .....	46.45.0
Binden .....	47.75.0
Binden von Büchern .....	18.14.0
Binder .....	16.23.0
Bindfäden .....	13.94.0

Bindungen .....	32.30.0
Binnenfischerei .....	03.12.0
Binnenwasserstraßen .....	30.20.2
Biografen .....	90.03.2
Bio-Kraftstoffe .....	19.20.0
Biozide .....	20.20.0
Birnen .....	01.24.0
Birnenwein .....	11.03.0
Bitumen .....	08.99.0
Bitumenverteiler .....	28.92.2
Blankstahl .....	24.31.0
Blasinstrumente .....	32.20.0
Blätter .....	22.19.0
Blattfedern .....	25.93.0
Blattgemüse .....	01.13.1
Blattwerk .....	32.99.0
Blaubeeren .....	01.25.9
Blechknabber .....	28.24.0
Blechschnaider .....	28.49.9
Bleibatterien .....	27.20.0
Bleierze .....	07.29.0
Bleilegierungen .....	24.43.0
Bleistifte .....	32.99.0
Bleistifte .....	47.62.2
Bleistiftspitzmaschinen .....	28.23.0
Blitzableiter .....	43.29.9
Blitzlichtgeräte .....	27.40.0
Blitzschutzeinrichtungen .....	27.33.0
Blockformen .....	28.91.0
Blumen .....	46.11.0
Blumen .....	46.22.0
Blumen .....	47.76
Blumen .....	47.76.1
Blumen, künstliche .....	32.99.0
Blumenkohl .....	01.13.1
Blumenkörbe .....	32.99.0
Blumenkränze .....	32.99.0
Blumensamen .....	01.19.2
Blumensträuße .....	32.99.0
Blumentöpfe .....	23.69.0
Blumenzwiebeln .....	46.11.0
Blumenzwiebeln .....	46.22.0
Blusen .....	14.14.1
Blusen .....	14.14.2
Blut .....	21.10.0
Blutanalysegeräte .....	26.51.1
Blutanalysegeräte .....	26.51.2

Blutanalyzelabors .....	86.90.9
Blutbanken .....	86.90.9
Bockbier .....	11.05.0
Bodenbeläge .....	22.23.0
Bodenbeläge .....	46.16.2
Bodenbeläge (ohne Teppiche) .....	46.73.8
Bodenbeläge aus Nadelfilz .....	13.93.0
Bodenbeläge, textile .....	13.93.0
Bodendienste auf Flughäfen .....	52.23.1
Bodenfliesen .....	23.31.0
Bodengeräte zur Flugausbildung .....	30.30.0
Bodenplatten .....	23.32.0
Bodybuildingclubs .....	93.13.0
Bogen .....	32.30.0
Bohnen .....	01.11.0
Bohnenquark .....	10.39.0
Bohnergeräte .....	27.51.0
Bohren von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Bohrer .....	28.24.0
Bohrhämmer .....	28.24.0
Bohrinseln .....	50.20.0
Bohrmaschinen .....	28.49.1
Bohrmaschinen .....	28.49.2
Bohrmaschinen .....	28.92.1
Bohrplattformen .....	30.11.0
Bohrwerkzeuge .....	25.73.2
Bojen .....	30.11.0
Bologneser Wurst .....	10.13.0
Bolzen .....	25.94.0
Bomben .....	25.40.0
Boote .....	30.12.0
Boote .....	33.15.0
Boote .....	47.64.2
Bootsbau .....	30.12.0
Bootsführerschulen .....	85.53.0
Borat .....	08.91.0
Bordsteine .....	23.70.0
Börsen .....	66.11.0
Borsten .....	10.11.0
Botanische Gärten .....	91.04.0
Böttcherwaren .....	16.24.0
Bottiche .....	16.24.0
Bowlingbahnen .....	33.20.0
Bowlingbahnen .....	93.11.0
Bowlingvereine .....	93.12.0
Boxstadien .....	93.11.0
Boxvereine .....	93.12.0

Brandbekämpfung .....	84.25.0
Brandbekämpfungsdienste auf Flughäfen .....	52.23.1
Brandbekämpfungsleistungen .....	09.10.0
Brandschutzbekleidung .....	32.99.0
Brandverhütung .....	84.25.0
Branntwein .....	11.01.0
Bratgeschirr .....	46.49.5
Bratgeschirr .....	47.59.9
Bratpfannen .....	25.99.1
Bratpfannen .....	27.51.0
Braunkohle .....	05.20.0
Braunkohlebriketts .....	19.20.0
Braunkohlenbergbau .....	05.20.0
Braunkohlerohrteer .....	19.10.0
Bräunungsmittel .....	20.42.0
Bremsen .....	29.32.0
Bremsvorrichtungen .....	30.20.1
Brenner .....	28.21.9
Brennerregler .....	26.51.1
Brennerregler .....	26.51.2
Brennholz .....	02.20.0
Brennholz .....	16.29.0
Brennholz .....	46.71.1
Brennholz .....	47.99.1
Brennholzpellets .....	16.29.0
Brennstoffe .....	46.12.0
Brennstoffe .....	46.71.1
Brennstoffe .....	47.99.1
Brennstoffzellen .....	27.90.0
Bretter .....	46.13.1
Bretter .....	46.73.2
Brettspiele .....	32.40.0
Bretzel .....	10.72.0
Briefmarken .....	47.78.3
Briefmarkenzählgeräte .....	28.23.0
Briefumschläge .....	17.23.0
Brillengläser .....	32.50.1
Broccoli .....	01.13.1
Broschüren .....	58.11.0
Brot .....	10.71.0
Brotaufstriche .....	46.17.9
Brotaufstriche .....	46.38.9
Brotaufstriche .....	47.29.0
Brötchen .....	10.71.0
Brotschneidemaschinen .....	46.15.3
Brotschneidemaschinen .....	46.43.2
Brotschneidemaschinen .....	47.54.0

Bruchbänder .....	32.50.2
Brücken .....	13.93.0
Brücken .....	14.20.0
Brücken .....	26.30.0
Brücken .....	32.50.3
Brücken .....	42.13.0
Brücken .....	47.53.0
Brücken .....	47.89.0
Brücken .....	52.21.2
Brückenwaagen .....	28.29.0
Brühen .....	10.89.0
Brunnenbau .....	42.21.0
Brütereien .....	01.47.2
Buchbinderei .....	18.14.0
Buchbindereimaschinen .....	28.99.0
Bücher .....	46.18.7
Bücher .....	46.49.4
Bücher .....	47.61.0
Bücher .....	47.89.0
Bücher, Reparatur .....	95.29.0
Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste) .....	69.20.4
Buchmacher .....	92.00.3
Buchprüfer .....	69.20.2
Buchprüfungsgesellschaften .....	69.20.2
Buchweizen .....	01.19.9
Büffelmilch .....	01.41.0
Bügeleimaschinen .....	28.94.0
Bügeleisen .....	27.51.0
Bügelmaschinen .....	46.15.3
Bügelmaschinen .....	46.43.2
Bügelmaschinen .....	47.54.0
Bügeln .....	96.01.0
Bügelpressen .....	28.94.0
Bühnenarbeiter .....	90.02.0
Bühnenbildner .....	90.02.0
Bühnenkünstlerinnen/-künstler .....	90.01.4
Bulben .....	01.30.1
Bulldozer .....	28.92.2
Buntmetallgießereien .....	24.54.0
Bürgerinitiativen .....	94.99.9
Büroartikel .....	47.62.2
Büroartikel aus Metall .....	25.99.3
Bürobedarf .....	17.23.0
Bürobedarf .....	22.29.0
Bürobedarf .....	46.18.6
Bürobedarf .....	46.49.4
Bürogebäude .....	41.20.1

Büromaschinen .....	28.23.0
Büromaschinen .....	46.14.5
Büromaschinen .....	77.33.0
Büromöbel .....	31.01.1
Büromöbel .....	46.65.0
Büros für Innenarchitektur .....	71.11.2
Büroschachteln .....	17.21.0
Bürsten .....	16.29.0
Bürsten .....	27.51.0
Bürsten .....	32.91.0
Buschmesser .....	25.71.0
Büstenhalter .....	14.14.3
Butan .....	19.20.0
Butan .....	46.71.2
Büttenpapier .....	17.12.0
Butter .....	10.51.0
Butterkneteter .....	28.93.0
Buttermaschinen .....	28.93.0
Cachous .....	10.82.0
Cafés .....	56.10.4
Call Center .....	82.20.0
Call-Shops .....	61.90.9
Campinganhänger .....	29.20.0
Campingartikel .....	46.18.9
Campingartikel (ohne Campingmöbel) .....	46.49.2
Campingmöbel .....	46.47.0
Campingplätze .....	55.30.0
Campingwaren .....	13.92.0
Caravanparks .....	55.30.0
Cashewnüsse .....	01.25.9
CD-Abspielgeräte .....	26.40.0
CD-Laufwerke .....	26.20.0
CD-Laufwerke, Reparatur .....	95.11.0
CD-Player .....	46.14.3
CD-Player .....	46.43.3
CD-Player .....	47.43.0
CD-Player, Reparatur .....	95.21.0
CDs .....	18.20.0
CDs .....	46.43.3
CDs .....	77.22.0
Cellulose .....	20.16.0
Charterflugverkehr .....	51.10.0
Chemiefabriken .....	42.99.0
Chemiefasern .....	20.60.0
Chemikalien, technische .....	46.12.0
Chemische Erzeugnisse .....	46.75.0
Chemische Reinigung .....	96.01.0



Chenillegewebe .....	13.20.0
Chicorée .....	01.13.1
Chipkartenleser .....	26.20.0
Chipkartenleser, Reparatur .....	95.11.0
Chöre .....	90.01.2
Chrom .....	24.45.0
Chromerze .....	07.29.0
Chronometer, Reparatur .....	95.25.0
Cola .....	11.07.0
Compact Discs .....	47.63.0
Computer .....	33.20.0
Computerbildschirme .....	26.20.0
Computerbildschirme .....	46.14.5
Computerbildschirme .....	46.51.0
Computerbildschirme .....	47.41.0
Computerdrucke .....	26.20.0
Computerdrucker .....	46.14.5
Computerdrucker .....	46.51.0
Computerdrucker .....	47.41.0
Computerkopfhörer .....	26.40.0
Computermäuse .....	26.20.0
Computerspiele .....	58.21.0
Computertastaturen .....	26.20.0
Computertastaturen .....	46.14.5
Computertastaturen .....	46.51.0
Computertastaturen .....	47.41.0
Computerterminals .....	26.20.0
Computertomografen .....	26.60.0
Container .....	22.22.0
Containerumschlag .....	52.24.0
Copy-Shops .....	82.19.0
Cordgewebe .....	13.96.0
Cornichons .....	01.13.1
Couscous .....	10.73.0
Dachdeckerei .....	43.91.1
Dachstühle .....	43.91.2
Dachventilatoren .....	28.25.0
Dachziegel .....	23.32.0
Dämmplatten .....	46.13.2
Dämmplatten .....	46.73.4
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung .....	43.29.1
Dampfbäder .....	96.04.0
Dampferzeuger .....	25.30.0
Dampferzeuger .....	33.11.0
Dampfkessel .....	25.30.0
Dampfkessel .....	33.11.0
Dampfreinigungsmaschinen .....	28.29.0

Dampfsammler .....	25.30.0
Dampfturbinen .....	28.11.0
Dampfturbinenanlagen .....	28.11.0
Datenübertragungsgeräte, Reparatur .....	95.12.0
Datenverarbeitungsgeräte .....	26.20.0
Datenverarbeitungsgeräte .....	46.14.5
Datenverarbeitungsgeräte .....	46.51.0
Datenverarbeitungsgeräte .....	47.41.0
Datenverarbeitungsgeräte .....	77.33.0
Datenwiederherstellung .....	62.09.0
Datteln .....	01.22.0
Datums-/Uhrzeitstempel .....	26.52.0
Datumsstempel .....	32.99.0
Dauerbackwaren .....	10.72.0
Dauerbackwaren .....	46.17.1
Dauerbackwaren .....	47.24.0
Dauermagnete .....	25.99.3
Dauerschablonen .....	17.23.0
Daunen .....	10.12.0
Daunendecken .....	13.92.0
Deckdienste .....	01.62.0
Decken .....	13.92.0
Decken .....	46.16.2
Decken .....	47.51.0
Decken von Dächern .....	43.91.1
Deckenleuchten .....	27.40.0
Deckenverkleidungen .....	22.23.0
Deckenziegel .....	23.32.0
Deiche .....	42.91.0
Dekontaminierung und Reinigung von Oberflächenwasser .....	39.00.0
Dekontaminierung von Böden und Grundwasser .....	39.00.0
Dekontaminierung von Industrieanlagen .....	39.00.0
Dekorationsartikel .....	22.29.0
Dekorationsartikel .....	32.99.0
Dekorationsstoffe .....	46.16.2
Dekorationsstoffe .....	46.41.0
Dekorationsstoffe .....	47.51.0
Dekorative Servierwagen .....	31.01.1
Dentalrohstoffe .....	46.18.4
Dentalrohstoffe .....	46.46.2
Deodorants .....	20.42.0
Derricks .....	28.22.0
Design von Bekleidung .....	74.10.1
Design von Fahrzeugen .....	74.10.1
Design von Haushalts- und Gebrauchsgütern .....	74.10.1
Design von Textilien .....	74.10.1
Desinfektionsmittel .....	20.20.0

Desinfektionsmittel .....	46.18.4
Desinfektionsmittel .....	46.46.1
Desktop-Computer .....	26.20.0
Destillieranlagen .....	28.29.0
Destilliergeräte .....	32.50.1
Detekteien .....	80.30.0
Detektionsgeräte .....	26.51.1
Detektionsgeräte .....	26.51.2
Devotionalien .....	47.78.3
Diaprojektoren .....	26.70.0
Diarahmung .....	74.20.2
diätetische Nahrungsmittel .....	10.86.0
Dichter .....	90.03.2
Dichtungen .....	15.12.0
Diebstahlalarmgeräte .....	26.30.0
Dielen .....	16.22.0
Dielen .....	23.61.0
Dielen .....	23.62.0
Dieselmotoren .....	46.71.2
Diktiergeräte .....	28.23.0
Diktiergeräte .....	46.14.5
Diktiergeräte .....	46.66.0
Dioden .....	26.11.9
Direktwerbung .....	73.11.0
Disketten .....	26.80.0
Diskotheken .....	56.30.2
Dochte .....	13.96.0
Dokumentarfilme .....	59.11.0
Dokumentenvorbereitung .....	82.19.0
Dolmetschen .....	74.30.2
Dolomit .....	23.52.0
Domteure .....	90.01.3
Dorne .....	28.49.3
Dosen .....	25.91.0
Dosen .....	25.92.0
Dosenöffner .....	27.51.0
Dosenöffner .....	46.15.3
Dosenöffner .....	46.43.2
Dosenöffner .....	47.54.0
Drachenfliegen .....	93.19.0
Drahtbearbeitungsmaschinen .....	28.41.0
Drähte .....	46.69.3
Drahtheftmaschinen .....	28.24.0
Drahtwalzmaschinen .....	28.41.0
Drahtwaren .....	25.93.0
Drahtziehmaschinen .....	28.41.0
Drehbuchautoren .....	90.03.2

Drehen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Drehfutter .....	28.49.3
Drehgestelle .....	30.20.1
Drehmaschinen .....	28.49.2
Drehorgeln .....	32.20.0
Drehstabfedern .....	25.93.0
Drehtüren .....	43.29.9
Drehwerkzeuge .....	25.73.3
Dreiräder .....	30.92.0
Dreschmaschinen .....	28.30.0
Dreschmaschinen .....	46.14.6
Dreschmaschinen .....	46.61.0
Dromedare .....	01.44.0
Drosseln .....	26.11.9
Drosselspulen .....	26.11.9
Drosselventile .....	28.14.0
Drucken .....	18.12.0
Drucker, Reparatur .....	95.11.0
Druckereimaschinen .....	28.99.0
Druckerzeugnisse .....	46.18.7
Druckfarbe .....	46.75.0
Druckfarben .....	20.30.0
Druckgase .....	20.11.0
Druckknöpfe .....	32.99.0
Druckknopfschalter .....	27.33.0
Druckluftnagler .....	28.24.0
Druckluft-Niethämmer .....	28.24.0
Druckpapier .....	17.23.0
Druckschalter .....	27.33.0
Druckschriften .....	18.11.0
Druckspeicher .....	25.30.0
Drüsen .....	21.10.0
Duftpflanzen .....	01.28.0
Duftstoffe .....	20.42.0
Duftstoffe .....	46.75.0
Duftwasser .....	46.18.5
Duftwasser .....	46.45.0
Duftwasser .....	47.75.0
Dummys .....	18.13.0
Düngemittel .....	20.15.0
Düngemittel .....	46.12.0
Düngemittel .....	47.76
Dunstabzugshauben .....	27.51.0
Durchflussmesser .....	26.51.1
Durchflussmesser .....	26.51.2
Durchschreibepapier .....	17.12.0
Durchschreibepapier .....	17.23.0

Duschen .....	23.42.0
Duschwannen .....	22.23.0
DVD-Abspielgeräte .....	26.40.0
DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte .....	46.14.3
DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte .....	46.43.3
DVD-Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte .....	47.43.0
DVDs .....	18.20.0
DVDs .....	46.43.3
DVDs .....	47.63.0
DVDs .....	77.22.0
DV-Laufwerke .....	26.20.0
Eau de Toilette .....	20.42.0
Edelmetalle .....	24.41.0
Edelmetalle .....	46.72.2
Edelmetallerze .....	07.29.0
Edelmetallfolien .....	24.41.0
Edelmetallhalbzeug .....	24.41.0
Edelmetalllegierungen .....	24.41.0
Edelmetallwaren .....	46.18.2
Edelsteine .....	08.99.0
Edelsteine .....	32.12.0
Edelsteine .....	46.18.2
Edelsteine .....	46.76.0
Editieren und Korrekturlesen von Dokumenten .....	82.19.0
Effektenbörsen .....	66.11.0
Effektenhandel .....	66.12.0
Effektenverwahrung .....	66.19.0
Eggen .....	28.30.0
Eheberatung .....	88.99.0
Ehrenzeichen .....	25.99.3
Eicheln .....	02.30.0
Eier .....	46.17.9
Eier .....	46.33.0
Eier .....	47.29.0
Eieralbumin .....	10.89.0
Eierschachteln .....	17.29.0
Eimer .....	25.91.0
Einachsschlepper .....	28.30.0
Einäscherung von Leichnamen .....	96.03.1
Einbau von Decken .....	43.32.0
Einbau von Einbauküchen, Einbauschränken, Treppen, Ladeneinrichtungen .....	43.32.0
Einbau von Türen .....	43.32.0
Einbruchalarmanlagen .....	43.21.0
Einbruchsalarmgeräte .....	26.30.0
Einbruchsicherungen .....	33.20.0
Einebnung .....	43.12.0
Einfamilienhäuser .....	41.20.1

Einkaufswagen .....	30.99.0
Einkaufszentren .....	41.20.1
Einlassventile .....	28.11.0
Einlassventile .....	28.14.0
Einpacken von Paketen und Geschenken .....	82.92.0
Einrichtungsgegenstände .....	46.15.1
Einrichtungsgegenstände, Reparatur .....	95.24.0
Einsammeln von Münzen aus Parkuhren .....	82.99.9
Einschweißen von Ausweisen .....	95.29.0
Einstückbriefe .....	17.23.0
Einwandererhilfe .....	88.99.0
Einzelstapler .....	93.19.0
Eisbrechen .....	52.22.9
Eisen .....	46.12.0
Eisen .....	46.72.1
Eisenbahnschwellen aus Holz .....	16.10.0
Eisenbiegerei .....	43.99.9
Eisenerzbergbau .....	07.10.0
Eisenerze .....	46.72.1
Eisengießereien .....	24.51.0
Eisenhalbzeug .....	46.72.1
Eisenkraut .....	10.83.0
Eisenwaren .....	46.15.4
Eishockeystadien .....	93.11.0
Eissalons .....	56.10.5
Eisverkaufswagen .....	56.10.5
Eiweißstoffe .....	20.59.0
Elektrische Haushaltsgeräte .....	46.15.3
Elektrische Leitungen und Armaturen .....	43.21.0
Elektrizitätserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung .....	35.11.2
Elektrizitätserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung .....	35.11.3
Elektrizitätserzeugung ohne Verteilung .....	35.11.1
Elektrizitätshandel .....	35.14.0
Elektrizitätsübertragung .....	35.12.0
Elektrizitätsverteilung .....	35.13.0
Elektrodrähte .....	27.32.0
Elektroendoskopiegeräte .....	26.60.0
Elektroendoskopiegeräte .....	33.13.0
Elektroherde .....	27.51.0
Elektroinstallation .....	43.21.0
Elektrokabel .....	27.32.0
Elektrokabelsätze .....	27.90.0
Elektrokamine .....	27.40.0
Elektrokardiografen .....	26.60.0
Elektrokardiografen .....	33.13.0
Elektroleitungen .....	27.32.0
Elektromagnete .....	26.11.9

Elektromagnete .....	27.90.0
Elektromedizinische Geräte .....	33.20.0
Elektromotoren .....	27.11.0
Elektromotoren .....	46.14.9
Elektromotoren .....	46.69.3
Elektronenmikroskope .....	33.13.0
Elektronenröhren .....	26.11.9
Elektronenröhren .....	46.52.0
Elektrorasierer .....	27.51.0
Elektrotherapiegeräte .....	26.60.0
Elektrotherapiegeräte .....	33.13.0
Elementargase .....	20.11.0
Eloxieren von Metall .....	25.61.0
Emaillen .....	20.30.0
Emaillieren von Metall .....	25.61.0
Empfängnisverhütungsmittel .....	21.20.0
Empfangsantennen .....	26.30.0
Emus .....	01.49.0
Energy-Drinks .....	11.07.0
Engoben .....	20.30.0
Entaschungsvorrichtungen .....	28.21.9
Enten .....	01.47.9
Entfernungsmesser .....	26.70.0
Entgraten von Metall .....	25.61.0
Enthaarungsmittel .....	20.42.0
Entkrausungsmittel .....	20.42.0
Entladekissen .....	13.94.0
Entladungslampen .....	27.40.0
Entseuchung .....	39.00.0
Enttrümmerung von Baustellen .....	43.12.0
Entwicklung, Herstellung von Abzügen und Vergrößerungen von Negativen oder Filmen im Kundenauftrag .....	74.20.2
Enzyklopädien .....	58.11.0
Epoxidharze .....	20.16.0
Erbsen .....	01.11.0
Erbsenspaltmaschinen .....	28.93.0
Erdauffüllung .....	43.12.0
Erdbeeren .....	01.25.1
Erdbewegungen .....	43.12.0
Erdbewegungsmaschinen .....	28.92.2
Erden .....	08.99
Erdgas .....	06.20.0
Erdhobel .....	28.92.2
Erdnüsse .....	01.11.0
Erdöl .....	06.10.0
Erdöl .....	46.71.2
Erfrischungsgetränke aus Milch .....	10.51.0

Erholungsheime .....	55.20.1
Erholungsheime mit Pflegekomponente .....	87.10.0
Erholungsparks (ohne Unterbringung) .....	93.29.0
Ernteaufbereitungsmaschinen .....	46.14.6
Ernteaufbereitungsmaschinen .....	46.61.0
Erntemaschinen .....	28.30.0
Erntemaschinen .....	46.14.6
Erntemaschinen .....	46.61.0
Erodieren von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Erschließung von unbebauten Grundstücken .....	41.10.1
Erstaufforstung .....	02.10.0
Erze .....	46.12.0
Esel .....	01.43.0
Eselskarren .....	30.99.0
Esparsette .....	01.19.9
Essig .....	10.84.0
Esskastanien .....	01.25.9
Ethan .....	19.20.0
Etherische Öle .....	20.53.0
Etherische Öle .....	46.75.0
Ethylen .....	20.16.0
Etiketten .....	13.96.0
Etiketten .....	17.29.0
Etikettieren .....	82.92.0
Etuis .....	16.29.0
Etuis .....	46.16.5
Etuis .....	46.49.3
Etuis .....	47.72.2
Event-Caterer .....	56.21.0
Extruder .....	28.96.0
Fabriken .....	41.20.1
Fachakademien .....	85.42.4
Facharztpraxen .....	86.22.0
Fachberatungsdienste .....	88.10.2
Factoring-Geschäfte .....	64.99.9
Fahnen .....	13.92.0
Fahrbüchereien .....	29.10.2
Fähren .....	50.10.0
Fahrgastschiffe .....	30.11.0
Fahrgestelle mit Motoren für Nutzkraftwagen .....	29.10.2
Fahrgestelle mit Motoren für Personenkraftwagen .....	29.10.1
Fahrradteile .....	46.18.9
Fahrräder .....	30.92.0
Fahrräder .....	46.18.9
Fahrräder .....	46.49.2
Fahrräder .....	47.64.1
Fahrräder mit Hilfsmotor .....	30.91.0



Fahrräder, Reparatur .....	95.29.0
Fahrradteile .....	46.49.2
Fahrradteile .....	47.64.1
Fährschiffe .....	30.11.0
Fahrschulen .....	85.53.0
Fahrsteige .....	28.22.0
Fahrtreppen .....	28.22.0
Fahrwerke .....	30.30.0
Fahrzeugbeleuchtungen .....	27.40.0
Fahrzeugdesign .....	74.10.1
Fahrzeugkraftstoffe durch Agenturtankstellen .....	47.30.1
Fahrzeugkraftstoffe durch Freie Tankstellen .....	47.30.2
Faktis .....	20.17.0
Fallenstellerei .....	01.70.0
Fallhämmer .....	28.41.0
Fallschirme .....	13.92.0
Fallschirmspringen .....	93.19.0
Faltblätter .....	58.11.0
Faltpapier .....	17.12.0
Faltschachteln .....	17.21.0
Familienberatung .....	88.99.0
Fantasieschmuck .....	32.13.0
Farben .....	20.30.0
Farben .....	46.13.2
Farben .....	46.73.6
Farben .....	47.52.3
Färben von Haaren .....	96.02.1
Färben von Metall .....	25.61.0
Farberden .....	08.91.0
Farbstifte .....	32.99.0
Farbstifte .....	47.62.2
Farbstoffe .....	20.12.0
Farbstoffe .....	20.30.0
Farbstoffe .....	46.75.0
Faserpflanzen .....	01.16.0
Faserpflanzen .....	01.16.0
Faserplatten .....	16.21.0
Faserzementwaren .....	23.65.0
Fassadenreinigung .....	43.99.9
Fässer .....	16.24.0
Fässer .....	25.91.0
Fassungen .....	46.14.9
Fassungen .....	46.69.3
Fast Food Einrichtungen .....	56.10.3
Faxgeräte .....	26.30.0
Federblätter .....	25.93.0
Federn .....	10.12.0

Federn .....	25.93.0
Federn .....	26.52.0
Feigen .....	01.22.0
Feilmaschinen .....	28.49.9
Feinschnitt .....	12.00.0
Feinseifen .....	46.18.5
Feinseifen .....	46.45.0
Feinseifen .....	47.75.0
Feldionenmikroskope .....	33.13.0
Feldspat .....	08.99.0
Felle .....	10.11.0
Felle .....	46.24.0
Felsabbau .....	43.12.0
Fenchelfrüchte .....	01.28.0
Fender .....	13.94.0
Fenster .....	16.23.0
Fenster .....	22.23.0
Fenster .....	46.13.1
Fenster .....	46.13.2
Fenster .....	46.73.3
Fenster .....	46.74.3
Fenster .....	47.52.1
Fensterheber, elektrische .....	29.31.0
Fensterläden .....	16.23.0
Fensterrahmen .....	23.65.0
Fensterreinigung .....	81.22.9
Ferienhäuser .....	55.20.3
Ferienheime .....	55.20.1
Ferienhotels .....	55.10.1
Ferienwohnungen .....	55.20.3
Ferienzentren .....	55.20.2
Fernbedienungsgeräte .....	26.30.0
Ferngläser .....	26.70.0
Ferngläser .....	33.13.0
Ferngläser .....	46.18.1
Ferngläser .....	46.43.1
Ferngläser .....	47.78.2
Fernsehbildschirme .....	26.40.0
Fernsehhempfangsgeräte .....	26.40.0
Fernsehhempfangsgeräte, Reparatur .....	95.21.0
Fernsehkameras .....	26.30.0
Fernsehkameras, Reparatur .....	95.12.0
Fernsehkünstler/-innen .....	90.01.4
Fernsehprogramme .....	59.11.0
Fernsehsendegeräte .....	26.30.0
Fernsehserien .....	59.11.0
Fernsehveranstalter .....	60.20.0

Ferrolegierungen .....	24.10.0
Ferrolegierungen .....	46.72.1
Fertiggerichte .....	10.85.0
Fertigsenf .....	10.84.0
Fertigteilbauten .....	41.20.2
Fertigteilbauten aus Holz .....	46.13.1
Fertigteilbauten aus Holz .....	46.73.3
Fertigteilbauten aus Metall .....	46.74.3
Fertigwalzstraßen .....	24.10.0
Festmachdienste .....	52.22.9
Festplatten-Datenträger .....	26.80.0
Fette .....	10.41.0
Feuchtigkeitsregler .....	26.51.1
Feuchtigkeitsregler .....	26.51.2
Feuerbeton .....	23.20.0
Feuerlöscher .....	28.29.0
Feuermeldeanlagen .....	43.21.0
Feuermelder .....	26.30.0
Feuerroste .....	27.52.0
Feuerschutzdämmung .....	43.29.1
Feuertreppen .....	43.29.9
Feuerüberwachungsanlagen .....	26.70.0
Feuerungsofenbau .....	43.99.2
Feuerversicherung .....	65.12.2
Feuerwehren .....	84.25.0
Feuerwehren auf Flughäfen .....	52.23.1
Feuerwehrschiffe .....	30.11.0
Feuerzeuge .....	32.99.0
Figuren .....	23.69.0
Filmbearbeitung .....	74.20.2
Filmclubs .....	59.14.0
Filme .....	59.11.0
Filmkünstler/-innen, .....	90.01.4
Filmprojektoren .....	26.70.0
Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken) .....	59.13.0
Filtermaschinen .....	28.93.0
Filterpapier .....	17.29.0
Filzstifte .....	32.99.0
Finanzierungsleasing .....	64.91.0
Fingerabdruckdienste .....	80.10.0
Firmenzentralen .....	70.10.9
Firstbleche .....	25.99.3
Fisch .....	46.17.9
Fisch .....	46.38.1
Fisch .....	47.23.0
Fischereifahrzeuge .....	30.11.0
Fischernetze .....	13.94.0

Fischernetze .....	33.19.0
Fischerzeugnisse .....	46.17.9
Fischerzeugnisse .....	46.38.1
Fischerzeugnisse .....	47.23.0
Fischfertiggerichte .....	10.85.0
Fischfilets .....	10.20.0
Fischmehl .....	10.20.0
Fischrogen .....	03.21.0
Fischrogen .....	10.20.0
FI-Schutzschalter .....	27.33.0
Fischverarbeitung .....	10.20.0
Fitnessclubs .....	93.13.0
Fitnesszentren .....	93.13.0
Fixierpressen .....	28.94.0
Flachglas .....	23.11.0
Flachglas .....	46.13.2
Flachglas .....	46.73.5
Flachglas .....	47.52.3
Flachreliefs .....	23.69.0
Flachs .....	01.16.0
Flaggen .....	13.92.0
Flammenregler .....	26.51.1
Flammenregler .....	26.51.2
Flaschen .....	22.22.0
Flaschen .....	23.13.0
Flaschen .....	46.44.1
Flaschengas .....	47.78.9
Flaschenreinigung .....	81.29.9
Flaschenzüge .....	28.22.0
Flash-Speicher .....	26.20.0
Flash-Speicher, Reparatur .....	95.11.0
Flechten .....	02.30.0
Flechtmaschinen .....	28.94.0
Flechtwaren .....	16.29.0
Flechtwaren .....	46.15.2
Flechtwaren .....	46.49.5
Flechtwaren .....	47.59.9
Fleisch .....	46.17.9
Fleisch .....	46.32.0
Fleisch .....	47.22.0
Fleisch in Aspik .....	10.13.0
Fleischfertiggerichte .....	10.85.0
Fleischkonserven .....	10.13.0
Fleischverarbeitung .....	10.13.0
Fleischwaren .....	46.17.9
Fleischwaren .....	46.32.0
Fleischwaren .....	47.22.0

Fliesen .....	22.23.0
Fliesen .....	23.65.0
Fliesenlegerei .....	43.33.0
Flipper .....	32.40.0
Flipper .....	33.19.0
Flöße .....	30.12.0
Flüchtlingshilfe, .....	88.99.0
Flugabfertigungseinrichtungen .....	52.23.1
Flugdrachen .....	30.30.0
Flughäfen .....	30.20.2
Flughäfen .....	52.23.1
Flughafengebäude .....	41.20.1
Flughafenkontrolle .....	52.23.1
Flughafen-Shuttles .....	49.39.1
Flugschreiber .....	26.51.1
Flugschreiber .....	26.51.2
Flugschulen .....	85.53.0
Flugtriebwerksinstrumente .....	33.13.0
Flugzeugtriebwerke .....	33.16.0
Flurförderzeuge .....	46.69.1
Flussbauten .....	42.91.0
Flüssiggas .....	46.71.2
Flüssiggase .....	20.11.0
Flüssigkeitsthermometer .....	26.51.2
Flussspat .....	08.91.0
Folien .....	22.21.0
Folienbeutel .....	25.99.3
Fondants .....	10.82.0
Fondsmanagement .....	66.30.0
Förderbänder .....	13.96.0
Förderbänder .....	22.19.0
Fördergeräte .....	33.12.0
Fördermittel .....	33.12.0
Förderplattformen .....	30.11.0
Formen .....	16.29.0
Formen (außer Blockformen) .....	25.73.5
Formkästen .....	25.73.5
Formmaschinen .....	28.93.0
Formulare .....	58.19.0
Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie .....	72.11.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Agrar- und Forstwissenschaften .....	72.19.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Ingenieurwissenschaften .....	72.19.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Physik, Astronomie, Chemie, Biologie (ohne Biotechnologie), Geowissenschaften .....	72.19.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie .....	72.19.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin, ohne Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie .....	72.19.0

Forschung und Entwicklung in den Bereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Psychologie und Soziologie .....	72.20.0
Forschung und Entwicklung in den Bereichen Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften .....	72.20.0
Forschungsorganisationen .....	94.99.1
Forstbaumschulen .....	02.10.0
Forstung .....	02.10.0
Forstwirtschaft .....	02.10.0
Fotogeräte .....	46.43.1
Fotogeräte .....	47.78.2
Fotografie .....	74.20.1
Fotografien .....	58.19.0
Fotojournalisten .....	74.20.1
Fotokopiergeräte .....	28.23.0
Fotokopiergeräte .....	33.12.0
Fotokopiermaschinen .....	46.14.5
Fotokopiermaschinen .....	46.66.0
Fotolabors .....	74.20.2
Fotosatz .....	18.13.0
Fotoschulen (ohne gewerbliche Fotografie) .....	85.52.0
Frachtschiffe .....	30.11.0
Frachtumschlag .....	52.24.0
Fräsen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Fräsmaschinen .....	28.49.2
Fräswerkzeuge .....	25.73.2
Fräswerkzeuge .....	25.73.3
Freiformschmiedestücke .....	25.50.1
Freilager .....	52.10.0
Freilichtmuseen .....	91.02.0
Freimaurerlogen .....	94.99.9
Freizeitboote .....	30.12.0
Freizeitcamps .....	55.30.0
Freizeitparks (ohne Unterbringung) .....	93.29.0
Freizeitunterricht .....	85.51.0
Friedhöfe .....	96.03.2
Frischbeton .....	23.63.0
Frischfleisch .....	10.11.0
Frischmilch .....	10.51.0
Frisördienstleistungen .....	96.02.1
Frisörsalons .....	96.02.1
Froschzucht .....	03.22.0
Frostschutzmittel .....	20.59.0
Frottiergewebe .....	13.20.0
Frottiergewirke .....	13.91.0
Früchte, kandiert .....	46.36.0
Früchte, kandiert .....	47.24.0
Früchte, kandierte .....	46.17.1

Früchte, künstliche .....	32.99.0
Früchte, subtropische .....	01.22.0
Früchte, tropische .....	01.22.0
Früchten .....	47.24.0
Früchten, ölhaltige .....	01.26.0
Fruchtgemüse .....	01.13.1
Fruchtsäfte .....	10.32.0
Fruchtsaftgetränke .....	11.07.0
Frühstücksnahrung aus Getreide .....	10.61.0
Füllapparate .....	28.93.0
Füllfederhalter .....	47.62.2
Füllhalter .....	32.99.0
Fundraising-Organisationen .....	82.99.9
Fungizide .....	20.20.0
Funkgeräte, Reparatur .....	95.12.0
Funkrufempfänger .....	26.30.0
Furniere .....	16.21.0
Furnierplatten .....	16.21.0
Fürsorgedienstleistungen .....	88.10.2
Fußballstadien .....	93.11.0
Fußballvereine .....	93.12.0
Fußbodenbeläge .....	47.53.0
Fußbodenlegerei .....	43.33.0
Fußmatten .....	16.29.0
Fußmatten aus Spinnstoffen .....	13.92.0
Fußpflegemittel .....	20.42.0
Futteraufbereitungsmaschinen .....	28.30.0
Futterkohl .....	01.19.9
Futtermais .....	01.19.9
Futtermittel .....	46.11.0
Futtermittel .....	46.21.0
Futtermittel für Haustiere .....	47.76.2
Futtermittel für Heimtiere .....	46.38.9
Futtermittel für Nutztiere .....	10.91.0
Futtermittel für sonstige Tiere .....	10.92.0
Futtermittelmaschinen .....	33.12.0
Futterrüben .....	01.19.9
Gabeln .....	25.71.0
Gabelstapler .....	33.12.0
Gabelstapler .....	46.69.1
Gamaschen .....	15.20.0
Gänse .....	01.47.9
Garagen .....	46.13.2
Garagen .....	46.73.4
Gardinen .....	46.16.2
Gardinen .....	46.41.0
Gardinen .....	47.53.0

Gardinenreinigung .....	96.01.0
Garn .....	13.10.0
Gartenbau .....	81.30.1
Gartenerde .....	20.15.0
Gartengeräte, Reparatur .....	95.22.0
Gartenhütten .....	46.13.1
Gartenhütten .....	46.73.3
Gartensitzmöbel .....	31.09.9
Gartenstühle .....	31.09.9
Gasdruckgewehre .....	25.40.0
Gasdruckpistolen .....	25.40.0
Gaserzeuger .....	28.29.0
Gaserzeugung mit Fremdbezug zur Verteilung .....	35.21.2
Gaserzeugung ohne Fremdbezug zur Verteilung .....	35.21.3
Gaserzeugung ohne Verteilung .....	35.21.1
Gashandel durch Rohrleitungen .....	35.23.0
Gasinstallation .....	43.22.0
Gasmasken .....	32.99.0
Gasthöfe .....	55.10.3
Gaststätten .....	41.20.1
Gasturbinen .....	28.11.0
Gasverteilung durch Rohrleitungen .....	35.22.0
Gateways .....	26.30.0
Gaze .....	21.20.0
Gebäudereinigung .....	81.21.0
Gebäudetrocknung .....	43.99.9
Gedruckte Schaltungen .....	46.52.0
Gefahrguttransport .....	49.41.0
Geflechte .....	16.29.0
Geflügel .....	10.12.0
Geflügelbrütereien .....	01.47.2
Geflügeleier .....	01.47.1
Gefriereinrichtungen .....	28.25.0
Gefrierfleisch .....	10.11.0
Gefrierschränke .....	27.51.0
Gefrierschränke .....	46.15.3
Gefrierschränke .....	46.43.2
Gefrierschränke .....	47.54.0
Gefriertruhen .....	46.15.3
Gefriertruhen .....	46.43.2
Gefriertruhen .....	47.54.0
Gehstöcke .....	32.99.0
Geländefahrzeuge .....	29.10.1
Geländer .....	16.23.0
Geländer .....	43.29.9
Geländer .....	46.13.1
Geländer .....	46.13.2



Geländer .....	46.73.3
Geländer .....	46.74.3
Geländer .....	47.52.1
Geldausgabeautomaten .....	26.20.0
Geldbörsen .....	46.16.5
Geldbörsen .....	46.49.3
Geldbörsen .....	47.72.2
Geldmengenüberwachung .....	64.11.0
Geldtransporte .....	29.10.2
Gelee .....	10.39.0
Gelehrtenvereinigungen .....	94.12.0
Gelenke, künstliche .....	32.50.2
Gelenkketten .....	28.15.0
Gemeinschaftshilfe .....	88.99.0
Gemüse .....	01.13.1
Gemüse .....	01.13.1
Gemüse .....	46.17.9
Gemüse .....	46.31.0
Gemüse .....	47.21.0
Gemüsefertiggerichtete .....	10.85.0
Gemüsekonserven .....	46.17.9
Gemüsesäfte .....	10.32.0
Gemüsesamen .....	01.13.1
Generatoren .....	27.11.0
Generatoren, elektrische .....	33.14.0
Genesungsheime mit Pflegekomponente .....	87.10.0
Genussmittel .....	46.38.9
Genussmittel .....	47.11.1
Genussmittel .....	47.29.0
Genussmittel .....	47.81.0
Geodätische Instrumente .....	26.51.1
Gepäckwagen .....	30.99.0
Geräte .....	25.73.1
Geräte der Unterhaltungselektronik .....	47.89.0
Geräteanschlusskabel .....	27.90.0
Gerichtsvollzieher .....	69.10.9
Gerste .....	01.11.0
Gerüstbau .....	43.99.1
Gerüste .....	77.32.0
Geschäftshäuser .....	41.20.1
Geschenkartikel .....	46.18.6
Geschenkartikel .....	46.49.3
Geschenkartikel .....	47.78.3
Geschirr .....	22.29.0
Geschirrspülmaschinen .....	27.51.0
Geschirrspülmaschinen .....	46.15.3
Geschirrspülmaschinen .....	46.43.2

Geschirrspülmaschinen .....	47.54.0
Geschirrspülmittel .....	20.41.0
Geschirrtücher .....	13.92.0
Geschirrtücher .....	46.16.2
Geschirrtücher .....	46.41.0
Geschirrtücher .....	47.51.0
Geschmacksstoffe .....	46.75.0
Geschütze aus Selbstfahrlafetten .....	25.40.0
Gesellschaftsspiele .....	32.40.0
Gesenkschmiedeteile .....	25.50.2
Gesichtsmassage .....	96.02.2
Gespannfahrzeuge .....	30.99.0
Gespannfahrzeuge .....	33.17.0
Getränke .....	46.34.0
Getränke .....	47.11.1
Getränke .....	47.25.0
Getränke .....	47.81.0
Getränkeherstellungsmaschinen .....	33.12.0
Getränkeverkaufseinrichtungen, mobile .....	56.30.9
Getreide .....	01.11.0
Getreide .....	46.11.0
Getreide .....	46.21.0
Getreidebürstmaschinen .....	28.93.0
Getreideprodukte .....	46.38.2
Getreidesilos .....	52.10.0
Getriebe .....	28.15.0
Getriebe .....	29.32.0
Getriebe .....	33.12.0
Gewebe aus Glasfaser .....	13.20.0
Gewebeband .....	13.99.0
Gewerbegrundstücke .....	68.10.2
Gewerbegrundstücke .....	68.31.2
Gewerkschaften .....	94.20.0
Gewerkschaftsvereinigungen .....	94.20.0
Gewichte für Gewichtheben .....	25.99.3
Gewindewerkzeuge .....	25.73.3
Gewürze .....	10.84.0
Gewürze .....	46.17.9
Gewürze .....	46.37.0
Gewürze .....	47.29.0
Gewürznelken .....	01.28.0
Gewürzpflanzen .....	01.28.0
Giebelventilatoren .....	28.25.0
Gießmaschinen .....	28.91.0
Gießmaschinen .....	33.12.0
Gießpfannen .....	28.91.0
Gimpen .....	13.96.0

Gin .....	11.01.0
Gips .....	23.52.0
Gipsarbeiten .....	43.31.0
Gipserzeugnisse .....	23.62.0
Gipsstein .....	08.11.0
Gittergeflechte .....	16.29.0
Glas in Stangen .....	23.19.0
Glasbausteine .....	23.19.0
Glaserarbeiten .....	43.34.2
Glasfaser .....	23.14.0
Glasfasergewebe .....	13.20.0
Glasfaserkabel .....	27.31.0
Glasfaserkabel .....	43.21.0
Glasfiguren .....	23.19.0
Glaskolben .....	23.19.0
Glasrohre .....	23.19.0
Glasspiegel .....	23.12.0
Glasuren .....	20.30.0
Glaswaren .....	46.15.2
Glaswaren .....	46.44.1
Glaswolle .....	23.14.0
Glätten von Haaren .....	96.02.1
Gleichrichter .....	27.90.0
Gleisbauerzeugnisse .....	24.10.0
Gleiskettenzugmaschinen .....	28.92.1
Gleiskettenzugmaschinen .....	28.92.2
Gleismaterial .....	25.99.3
Gleitlager .....	28.15.0
Gliedmaßen, künstliche .....	32.50.2
Glimmer .....	08.99.0
Globen .....	32.99.0
Glocken .....	25.99.3
Glücksspieltische .....	32.40.0
Glucose .....	10.62.0
Glucosesirup .....	10.62.0
Glühlampen .....	27.40.0
Glühstrümpfe .....	13.96.0
Glühstrumpfgewebe .....	13.96.0
Glycerin .....	20.14.0
Glycerin .....	20.41.0
Gokarts .....	29.10.1
Gold .....	07.29.0
Gold .....	24.41.0
Gold .....	46.72.2
Goldplattierungen .....	24.41.0
Goldschmiedewaren .....	32.12.0
Golfclubs .....	93.12.0

Golfplätze .....	93.11.0
Golfwagen .....	29.10.2
GPS-Geräte .....	26.51.1
Grabenaushub .....	43.12.0
Grabsteine .....	23.70.0
Grader .....	28.92.2
Grafikdesign .....	74.10.2
Grafikkarten .....	26.12.0
Grafit .....	08.99.0
Grafitelektroden .....	27.90.0
Grapefruits .....	01.23.0
Graveure .....	90.03.3
Gravieren .....	95.29.0
Gravieren von Metall .....	25.61.0
Greifer .....	28.22.0
Grenzwertregler .....	26.51.2
Griffe .....	16.29.0
Grillgeräte .....	27.51.0
Großrechner .....	33.20.0
Großuhren .....	26.52.0
Großwaagen .....	46.69.2
Grubenholz .....	02.20.0
Grundschulen .....	85.20.0
Grußkarten .....	58.19.0
Guano .....	08.91.0
Gummibäume .....	01.29.0
Gummibekleidungsartikel .....	22.19.0
Gummibürsten .....	22.19.0
Gummireifen .....	22.11.0
Gummischläuche .....	46.74.2
Gummischrubbern .....	32.91.0
Gummi-sohlen .....	22.19.0
Gummiwaren .....	22.19.0
Gummiwischer .....	32.91.0
Gurken .....	01.13.1
Gurte .....	13.96.0
Gürtel .....	14.19.0
Gürtel .....	46.16.4
Gürtel .....	46.42.1
Gürtel .....	47.71.0
Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachtumschlag) .....	52.21.5
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr .....	49.20.0
Güterbeförderung im Straßenverkehr .....	49.41.0
Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt .....	50.40.0
Güterbeförderung in der Luftfahrt .....	51.21.0
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt .....	50.20.0

Güterversendungen .....	52.29.1
Güterwagen .....	30.20.1
Gymnastikunterricht .....	85.51.0
Haare .....	10.11.0
Haarlacke .....	20.42.0
Haarnetze .....	14.19.0
Haarpflegemittel .....	46.18.5
Haarpflegemittel .....	46.45.0
Haarpflegemittel .....	47.75.0
Haarscherapparate .....	25.71.0
Haarschneideapparate .....	25.71.0
Haartrockner .....	27.51.0
Haarwäsche .....	96.02.1
Haarwaschmittel .....	20.42.0
Haarwickler .....	22.29.0
Haarwickler .....	25.99.3
Hackmesser .....	25.71.0
Häfen .....	42.91.0
Häfen .....	52.22.2
Hafer .....	01.11.0
Haftmittel für Zahnprothesen .....	20.42.0
Haftpflichtversicherung .....	65.12.2
Hagelversicherung .....	65.12.2
Halbleiterbauelemente .....	46.52.0
Halbleiter-Wechselrichter .....	27.90.0
Hallenentlüftungssysteme .....	28.25.0
Hämmer .....	46.74.1
Hamster .....	01.49.0
Handarbeitsgarne .....	46.16.3
Handarbeitsgarne .....	46.41.0
Handarbeitsgarne .....	47.51.0
Handcomputer .....	26.20.0
Handcomputer, Reparatur .....	95.11.0
Handelskammern .....	94.11.0
Handelsvertreter .....	47.99.9
Handgeführte Werkzeuge mit Motorantrieb .....	33.12.0
Handpflegemittel .....	20.42.0
Handpumpen .....	28.13.0
Handschuhe .....	14.19.0
Handschuhe .....	46.16.4
Handschuhe .....	46.42.1
Handschuhe .....	47.71.0
Handsiebe .....	32.99.0
Handtücher .....	17.22.0
Handtücher .....	46.16.2
Handtücher .....	46.41.0
Handtücher .....	47.51.0

Handwaffen .....	25.40.0
Handwagen .....	30.99.0
Handwebstühle .....	28.94.0
Handwerkskammern .....	94.11.0
Handzähler .....	26.51.1
Handzähler .....	26.51.2
Hanf .....	01.16.0
Hanggleiter .....	30.30.0
Harmonien .....	32.20.0
Harnstoff .....	20.15.0
Härten von Metall .....	25.61.0
Haselnüsse .....	01.25.9
Haspelmaschinen .....	28.94.0
Hauptbücher .....	17.23.0
Haushaltsartikel aus Papier .....	17.22.0
Haushaltsbesteck .....	25.71.0
Haushaltsgeldberatung .....	88.99.0
Haushaltsgeräte .....	47.89.0
Haushaltsgeräte, elektrische .....	46.15.3
Haushaltsgeräte, Reparatur .....	95.22.0
Haushaltsheizgeräte .....	28.21.9
Haushaltsnähmaschinen .....	46.64.0
Haushaltsventilatoren .....	27.51.0
Haushaltswaagen .....	28.29.0
Hausmeisterdienste .....	81.10.0
Hausrat aus Holz, Metall und Kunststoff .....	47.59.9
Hausrat aus Metall und Kunststoff .....	46.15.4
Hausratversicherung .....	65.12.2
Haustiere .....	01.49.0
Haustürverkauf .....	47.99.9
Hauswäsche .....	13.92.0
Hauswäsche .....	46.16.2
Hauswäsche .....	46.41.0
Hauswäsche .....	47.51.0
Häute .....	10.11.0
Häute .....	46.24.0
Hautwolle .....	10.11.0
Havarie regulierung .....	66.21.0
Hebezeuge .....	28.22.0
Hebezeuge .....	33.12.0
Hefe .....	10.89.0
Hefte .....	17.23.0
Hefter .....	17.23.0
Heftklammerentferner .....	28.23.0
Heftmaschinen .....	28.23.0
Heilpraktikerpraxen .....	86.90.3
Heimtiere .....	46.23.0

Heimtiere .....	47.76.2
Heimwerkerbedarf .....	47.52.3
Heiratsvermittlung .....	96.09.0
Heißluftballons .....	30.30.0
Heizdecken .....	27.51.0
Heizgeräte .....	46.43.2
Heizkessel .....	25.21.0
Heizkessel .....	46.14.7
Heizkessel .....	46.74.2
Heizkissen .....	13.92.0
Heizkörper .....	25.21.0
Heizkörper .....	46.14.7
Heizkörper .....	46.74.2
Heizöl .....	19.20.0
Heizöl .....	46.71.2
Heizöl .....	47.78.9
Heizöl .....	47.99.1
Heizungsanlagen .....	33.20.0
Heizungsarmaturen .....	28.14.0
Heizungsbrenner .....	46.14.7
Heizungsbrenner .....	46.74.2
Heizungsinstallation .....	43.22.0
Heizwiderstände .....	27.51.0
Hemden .....	14.14.1
Hemden .....	14.14.2
Herbizide .....	20.20.0
Herde, Reparatur .....	95.22.0
Herdenprüfung .....	01.62.0
Herzschrittmacher .....	26.60.0
Herzschrittmacher .....	33.13.0
Hilfsstreitkräfte .....	84.22.0
Himbeeren .....	01.25.9
Hirse .....	01.11.0
Hobelmaschinen .....	28.24.0
Hobelmaschinen .....	28.49.2
Hobeln von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Hobelwerke .....	16.10.0
Hochbahnen .....	49.31.0
Hochelastikreifen .....	22.11.0
Hochhäuser .....	41.20.1
Hochöfen .....	24.10.0
Hochreliefs .....	23.69.0
Hochschulkliniken .....	86.10.2
Hochseefischerei .....	03.11.0
Hockeystadien .....	93.11.0
Hohlglas .....	23.13.0
Holdinggesellschaften .....	70.10.1

Holding-Gesellschaften .....	64.20.0
Holz .....	46.73.1
Holz .....	47.52.3
Holz .....	47.78.9
Holzeinschlag .....	02.20.0
Holzhalbwaren .....	46.13.1
Holzimprägnierwerke .....	16.10.0
Holzkohle .....	02.20.0
Holzkohle .....	46.71.1
Holzmehl .....	16.10.0
Holzpflagemittel .....	20.41.0
Holzplättchen .....	16.10.0
Holzplatten .....	16.21.0
Holzschnitzel .....	16.10.0
Holzstoff .....	17.11.0
Holztaxierung .....	02.40.0
Holztransport .....	49.41.0
Holztrocknung .....	16.10.0
Holzwaren .....	16.29.0
Holzwaren .....	46.15.2
Holzwaren .....	46.49.5
Holzwaren .....	47.59.9
Holzwolle .....	16.10.0
Homogenisierapparate .....	28.93.0
Honigmelonen .....	01.13.1
Hopfen .....	01.28.0
Hörbücher .....	58.11.0
Hörfunkbeiträge .....	59.20.1
Hörfunkempfangsgeräte .....	26.40.0
Hörfunkempfangsgeräte, Reparatur .....	95.21.0
Hörfunkkünstler/-innen .....	90.01.4
Hörfunkveranstalter .....	60.10.0
Hörgeräte .....	26.60.0
Hörgeräte .....	33.13.0
Hörsäle .....	91.01.0
Hosen .....	14.13.1
Hosen .....	14.13.2
Hosen .....	14.13.3
Hosenträger .....	46.16.4
Hosenträger .....	46.42.1
Hosenträger .....	47.71.0
Hosting .....	63.11.0
Hotels .....	41.20.1
Hotels (ohne Hotels garnis) .....	55.10.1
Hotels garnis .....	55.10.2
Hourdis .....	23.32.0
Hubschrauber .....	30.30.0



Hubvorrichtungen .....	28.22.0
Hubwagen .....	46.69.1
Hufschmiedetätigkeiten .....	01.62.0
Hühner .....	01.47.9
Hülsenfrüchte .....	01.11.0
Hunde .....	01.49.0
Hunderennbahnen .....	93.11.0
Hüte .....	14.19.0
Hütten .....	55.20.4
Hüttenmetalle (ohne Eisen und Stahl) .....	46.72.2
Hüttenzement .....	23.51.0
Hydraulikflüssigkeiten .....	20.59.0
Hydraulikgetriebe .....	28.12.0
Hydrosysteme .....	28.12.0
Hygieneartikel .....	46.18.5
Hygieneartikel .....	46.45.0
Hygieneartikel .....	47.75.0
Hygieneartikel aus Papier .....	17.22.0
Hypothekenberatung .....	66.19.0
Imbissstuben .....	56.10.3
Imkereien .....	01.49.0
Impfstoffe .....	21.20.0
Impfstoffe .....	46.18.4
Impfstoffe .....	46.46.1
Induktoren .....	26.11.9
Industriearmaturen .....	28.14.0
Industrieanlagen (außer Gebäude) .....	42.99.0
Industrie-Design .....	74.10.1
Industriegase .....	20.11.0
Industrielle Prozesssteuerungseinrichtungen .....	33.20.0
Industriemaschinen .....	33.20.0
Industriemotoren .....	28.11.0
Industrieöfen .....	33.12.0
Industrieofenbau .....	43.99.2
Industrieroboter .....	28.22.0
Industriesalz .....	46.75.0
Inertgase .....	20.11.0
Infrarot-Kommunikationsgeräte .....	26.30.0
Infrarotlampen .....	27.40.0
Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung .....	71.12.1
Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign .....	71.12.2
Ingenieurholzbau .....	43.91.2
Ingenieurvereinigungen .....	94.12.0
Ingwer .....	01.28.0
Inkassobüros .....	82.91.1
Inkontinenzartikel .....	46.18.4
Inkontinenzartikel .....	46.46.2

Inkontinenzartikel .....	47.74.0
Inkubatoren .....	26.51.1
Inkubatoren .....	26.51.2
Inlays .....	32.50.3
Innenanstrich von Gebäuden .....	43.34.1
Innenreinigung von Tankbehältern von Straßen-, Schienen- und Wasserfahrzeugen .....	81.29.1
Innensohlen .....	15.20.0
Innungen .....	94.11.0
Insekten .....	01.49.0
Insektenlampen .....	27.40.0
Insektizide .....	20.20.0
Installation von Industriemaschinen in Fabrikationsanlagen .....	33.20.0
Installation von Jalousien und Markisen .....	43.29.9
Installation von Schildern (auch Leuchtschildern) .....	43.29.9
Installieren (Einrichten) von Arbeitsplatzrechnern .....	62.09.0
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen .....	45.20.2
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger (ohne Lackierung und Autowäsche) .....	45.20.3
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (ohne Lackierung und Autowäsche) .....	45.20.4
Integrierte Schaltungen .....	46.52.0
Interior Design .....	74.10.3
Internet-Cafés .....	61.90.1
Internet-Einzelhandel .....	47.91.1
Internetserviceprovider .....	61.90.1
Inulin .....	10.62.0
Investmentaktiengesellschaften .....	64.99.1
Investmentberatung .....	66.19.0
Investmentfonds .....	64.30.0
Ionenaustauscher .....	20.16.0
IP-Telefonie .....	61.90.9
Isolatoren .....	23.19.0
Isolatoren .....	23.43.0
Isolatoren .....	27.90.0
Isoliergase .....	20.11.0
Isolierrohre .....	27.33.0
Isolierrohre .....	27.90.0
Isolierteile .....	22.29.0
Isolierteile .....	23.19.0
Isolierteile .....	23.43.0
Isolierteile .....	27.90.0
Isolierverglasungen .....	23.12.0
Jacken .....	14.13.1
Jacken .....	14.13.2
Jacken .....	14.13.3
Jacquardmaschinen .....	28.94.0
Jagdmunition .....	25.40.0

Joghurt .....	10.51.0
Johannisbeeren .....	01.25.9
Johannisbrotsamen .....	01.25.9
Journalisten .....	90.03.5
Journalistenverbände .....	94.12.0
Joysticks, Reparatur .....	95.11.0
Jugendherbergen .....	55.20.4
Jugendorganisationen .....	94.92.0
Jugendorganisationen .....	94.99.4
Junggarnelen .....	03.21.0
Junghummer .....	03.21.0
Jute .....	01.16.0
Kabel .....	13.94.0
Kabel .....	25.93.0
Kabelnetzleitungstiefbau .....	42.22.0
Kabel-TV-Geräte .....	26.30.0
Kaffee .....	01.27.0
Kaffee .....	10.83.0
Kaffee .....	46.17.9
Kaffee .....	46.37.0
Kaffee .....	47.29.0
Kaffee-Ersatz .....	10.83.0
Kaffee-Extrakt .....	10.83.0
Kaffeemaschinen .....	27.51.0
Kajaks .....	30.12.0
Kakao .....	01.27.0
Kakao .....	10.82.0
Kakao .....	46.17.9
Kakao .....	46.37.0
Kakao .....	47.29.0
Kakaobutter .....	10.82.0
Kakaofett .....	10.82.0
Kakaoöl .....	10.82.0
Kakaowaren .....	46.17.1
Kakaowaren .....	46.36.0
Kakaowaren .....	47.24.0
Kalander .....	28.29.0
Kalisalze .....	08.91.0
Kaliumnitrite .....	20.15.0
Kalk .....	08.11.0
Kalk .....	23.52.0
Kaltband .....	24.32.0
Kälteanlagen .....	33.12.0
Kältemaschinen .....	33.12.0
Kaltfließpressteile .....	25.50.3
Kaltprofile .....	24.33.0
Kamele .....	01.44.0

Kameras .....	26.70.0
Kamille .....	10.83.0
Kaminbau .....	43.99.2
Kämme .....	22.29.0
Kämme .....	25.99.3
Kämme .....	27.51.0
Kampffahrzeuge .....	30.40.0
Kampfmunition .....	25.40.0
Kampfsportunterricht .....	85.51.0
Kanäle .....	42.21.0
Kanäle .....	52.22.1
Kanalnetze .....	42.21.0
Kandierte Früchte .....	46.36.0
Kandierte Früchte .....	47.24.0
Kaninchen .....	01.49.0
Kaninchenbekämpfung .....	01.61.0
Kannen .....	25.92.0
Kantenschneider, Reparatur .....	95.22.0
Kantinen .....	56.29.0
Kanus .....	30.12.0
Kaolin .....	08.12.0
Kapaunisieren .....	01.62.0
Kapellen .....	90.01.2
Karamell .....	10.89.0
Karamellen .....	10.82.0
Karaokegeräte .....	26.40.0
Kardamomen .....	01.28.0
Karosserien .....	29.20.0
Kartoffelchips .....	10.31.0
Kartoffelflocken .....	10.31.0
Kartoffelkonserven .....	46.17.9
Kartoffelmehl .....	10.31.0
Kartoffeln .....	01.13.2
Kartoffeln .....	10.31.0
Kartoffeln .....	46.17.9
Kartoffeln .....	46.31.0
Kartoffeln .....	47.21.0
Kartoffelpüree .....	10.31.0
Kartoffelsnacks .....	10.31.0
Kartoffelverarbeitung .....	10.31.0
Karton .....	17.12.0
Karton .....	46.18.6
Karton .....	46.49.4
Karussells .....	28.99.0
Käse .....	10.51.0
Kasein .....	10.51.0
Kassava .....	01.13.2

Kassenvereine .....	64.92.1
Kassetten .....	16.29.0
Kassetten .....	25.99.2
Kataloge .....	58.19.0
Katalysatoren .....	20.59.0
Katalysatoren .....	29.32.0
Katastrophenhilfe .....	84.25.0
Katastrophenopferhilfe .....	88.99.0
Katzen .....	01.49.0
Kaugummi .....	10.82.0
Kautabak .....	12.00.0
Kautschuk .....	20.17.0
Kautschuk .....	46.76.0
Kaviar .....	10.20.0
Kaviarersatz .....	10.20.0
Kehlmaschinen .....	28.49.2
Keimhemmungsmittel .....	20.20.0
Kekse .....	10.72.0
Kenaf .....	01.16.0
Kernbohrung .....	43.13.0
Kernbrennstoffe .....	24.46.0
Kernobst .....	01.24.0
Kernreaktoren, außer Isotopenterrern .....	25.30.0
Kerosin .....	19.20.0
Kerosin .....	46.71.2
Kerzen .....	32.99.0
Kessel .....	25.99.1
Kesselwagen .....	30.20.1
Ketchup .....	10.84.0
Ketten .....	25.93.0
Kettensägen .....	28.24.0
Kettfadenwächter .....	28.94.0
Kichererbsen .....	01.11.0
Kies .....	08.12.0
Kies .....	46.13.2
Kies .....	46.73.4
Kieselgur .....	08.99.0
Kieserit .....	08.91.0
Kinderfahrräder .....	30.92.0
Kindergärten .....	85.10.1
Kinderheime .....	87.90.0
Kinderwagen .....	30.92.0
Kinderwagen .....	33.17.0
Kinderwäsche .....	14.14.1
Kinderzoos .....	91.04.0
Kinogeräte .....	46.43.1
Kinogeräte .....	47.78.2

Kinos .....	59.14.0
Kippschalter .....	27.33.0
Kirchen .....	41.20.1
Kirchliche Vereinigungen .....	94.91.0
Kirschen .....	01.24.0
Kissen .....	32.91.0
Kissen .....	46.16.2
Kissen .....	46.41.0
Kissen .....	47.51.0
Kisten .....	16.24.0
Kisten .....	22.22.0
Kisten .....	25.91.0
Kitte .....	20.30.0
Kiwifrüchte .....	01.25.9
Kläranlagen .....	37.00.2
Kläranlagenbau .....	42.21.0
Klavierlehrerinnen .....	85.52.0
Klavierstimmen .....	95.29.0
Klebstoffe .....	20.52.0
Klebstoffe .....	46.75.0
Klebstreifenspender .....	28.23.0
Klee .....	01.19.9
Kleiderbügel .....	16.29.0
Kleiderbürsten .....	32.91.0
Kleiereiniger .....	28.93.0
Kleinbeherbergungsstätten .....	55.90.1
Kleinbusse (mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger) .....	45.11.0
Kleineisenwaren .....	46.15.4
Kleineisenwaren .....	46.74.1
Kleineisenwaren .....	47.52.1
Kleinkrafträder .....	30.91.0
Kleinkrafträder .....	45.40.0
Kleinkunsthöhlen .....	90.04.3
Kleintiere .....	46.23.0
Kleintiere .....	47.76.2
Kleinhäuser .....	26.52.0
Klementinen .....	01.23.0
Klimaanlagen .....	33.20.0
Klimageräte .....	28.25.0
Klimageräte, Reparatur .....	95.22.0
Klimainstallation .....	43.22.0
Klingeln .....	27.90.0
Klinker .....	23.51.0
Klosettschüsseln .....	23.42.0
Klöster .....	94.91.0
Knabberartikel .....	46.17.1
Knabberartikel .....	46.36.0

Knabberartikel .....	47.24.0
Knäckebröt .....	10.72.0
Kneifzangen .....	25.73.1
Knoblauch .....	01.13.1
Knochenplatten .....	32.50.1
Knochenzement .....	32.50.1
Knollen .....	01.13.2
Knollen .....	01.30.1
Knöpfe .....	32.99.0
Knöpfe .....	46.16.3
Knöpfe .....	46.41.0
Knöpfe .....	47.51.0
Kobalterze .....	07.29.0
Kocher .....	27.51.0
Kochfisch .....	10.20.0
Kochgeräte .....	27.52.0
Kochgeschirr .....	25.99.1
Kochgeschirr .....	46.49.5
Kochgeschirr .....	47.59.9
Kochschinken .....	10.13.0
Kochtöpfe .....	25.99.1
Koffer .....	15.12.0
Koffer .....	46.16.5
Koffer .....	46.49.3
Koffer .....	47.72.2
Koffer, Reparatur .....	95.23.0
Kofferdämme .....	30.11.0
Kohl .....	01.13.1
Kohle .....	46.71.1
Kohle .....	47.78.9
Kohleelektroden .....	27.90.0
Kohlendioxid .....	20.11.0
Kohlenwasserstoffe .....	06.20.0
Kohlenwasserstoffe .....	20.14.0
Kohlepapier .....	17.23.0
Kokerei .....	19.10.0
Kokosnüsse .....	01.26.0
Koks .....	19.10.0
Koks .....	46.71.1
Koksöfen .....	19.10.0
Kolben .....	28.11.0
Kolbenringe .....	28.11.0
Kolbenverbrennungsmotoren .....	28.11.0
Kommunikationsdesign .....	74.10.2
Kommunikationstelemetrie .....	61.90.9
Komponisten .....	90.03.1
Kompressoren .....	28.13.0

Kompressoren .....	33.12.0
Kondensatoren .....	25.30.0
Kondensatoren .....	26.11.9
Kondensatoren .....	27.90.0
Kondome .....	46.18.5
Kondome .....	46.45.0
Kondome .....	47.75.0
Konfitüren .....	10.39.0
Konfitüren .....	46.17.9
Konfitüren .....	46.38.9
Konfitüren .....	47.29.0
Kongressveranstalter .....	82.30.0
Kontakte .....	27.90.0
Kontaktlinsen .....	32.50.1
Kontrollerkarten .....	26.12.0
Kontrollinstrumente .....	33.13.0
Konvente .....	94.91.0
Konverter .....	24.10.0
Konverter .....	28.91.0
Konzernzentralen .....	70.10.1
Konzerthallen .....	90.04.2
Konzertsäle .....	90.04.2
Konzertveranstalter .....	90.04.1
Kopfbedeckungen .....	22.29.0
Kopfbedeckungen aus Pelzfellen .....	14.19.0
Kopfhörer .....	26.40.0
Kopfkissen .....	13.92.0
Kopfkissen .....	46.16.2
Kopfkissen .....	46.41.0
Kopfkissen .....	47.51.0
Kopfsalat .....	01.13.1
Korallen .....	03.11.0
Körbe .....	16.29.0
Korbwaren .....	16.29.0
Korbwaren .....	46.15.2
Korbwaren .....	46.49.5
Korbwaren .....	47.59.9
Kork .....	02.30.0
Korkwaren .....	16.29.0
Korkwaren .....	46.49.5
Korkwaren .....	47.59.9
Korn .....	11.01.0
Körnermais .....	01.11.0
Körperpflegemittel .....	20.42.0
Körperpflegemittel .....	46.45.0
Korrekturabzüge .....	18.13.0
Korrespondenzbüros .....	63.91.0



Korsetts .....	14.14.3
Kosmetika .....	20.42.0
Kosmetiksalons .....	96.02.2
Kostüme .....	14.13.2
Kostüme .....	14.13.3
Kracker .....	10.72.0
Kraftfahrtversicherung .....	65.12.2
Kraftkarren .....	28.22.0
Kraftkarren .....	46.69.1
Kraftmaschinen .....	33.12.0
Kraftmaschinen-Generator-Aggregate .....	27.12.0
Krafträder .....	30.91.0
Krafträder .....	45.40.0
Kraftradteile .....	45.40.0
Kraftübertragungselemente .....	28.15.0
Kraftübertragungsketten .....	28.15.0
Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger .....	45.11.0
Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t .....	45.19.0
Kraftwagenteile .....	45.31.0
Kraftwagenteile .....	45.32.0
Kraftwerke .....	42.22.0
Krane .....	46.69.2
Kräne .....	28.22.0
Krankenfahrstühle .....	47.74.0
Krankengymnastikpraxen .....	86.90.2
Krankenhausapotheken .....	86.10.1
Krankenhausbetten .....	32.50.1
Krankenhäuser .....	41.20.1
Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken) .....	86.10.1
Krankenpflegeartikel .....	46.18.4
Krankenpflegeartikel .....	46.46.2
Krankenpflegeartikel .....	47.74.0
Krankenversicherung .....	84.30.0
Krankenversicherungen .....	65.12.1
Krankenwagen .....	45.11.0
Kranwagen .....	29.10.2
Kranwagen .....	30.20.1
Kranwagen .....	77.32.0
Kräutertee .....	10.83.0
Krawatten .....	14.19.0
Krawatten .....	46.16.4
Krawatten .....	46.42.1
Krawatten .....	47.71.0
Kreditbanken .....	64.19.1
Kreditgarantiegemeinschaften .....	64.92.1
Kreditinstitute des Genossenschaftssektors .....	64.19.3
Kreditinstitute des Sparkassensektors .....	64.19.2

Kreditinstitute in privater Rechtsform (ohne die der eingetragenen Genossenschaft) .....	64.19.1
Kreditvergabe außerhalb des Bankensystems .....	64.92.1
Kreditversicherung .....	65.12.2
Kreide .....	08.11.0
Kreissägeblätter .....	25.73.2
Kreissägen .....	28.24.0
Krematorien .....	96.03.2
Krepppapier .....	17.12.0
Kreuzfahrtschiffe .....	50.10.0
Kricketstadien .....	93.11.0
Kriegsschiffe .....	30.11.0
Kriegsveteranenvereine .....	94.99.9
Kristallbaugruppen .....	26.11.9
Kronen .....	32.50.3
Kronleuchter .....	27.40.0
Krücken .....	32.50.2
Krustentiere .....	03.22.0
Kuchen .....	10.71.0
Küchenbeile .....	25.71.0
Küchenherde .....	27.52.0
Küchenmöbel .....	31.02.0
Kuchensetzmaschinen .....	28.93.0
Kugellager .....	28.15.0
Kugelpolitur von Metall .....	25.61.0
Kugelschreiber .....	32.99.0
Kugelschreiber .....	47.62.2
Kuhbohnen .....	01.11.0
Kühleinrichtungen .....	28.25.0
Kühler .....	29.32.0
Kühlhäuser .....	52.10.0
Kühlschränke .....	27.51.0
Kühlschränke .....	46.15.3
Kühlschränke .....	46.43.2
Kühlschränke .....	47.54.0
Kühlschränke, Reparatur .....	95.22.0
Kühlwagentransport .....	49.41.0
Kuhmilch .....	01.41.0
Kulturorganisationen .....	94.99.2
Kulturunterricht .....	85.52.0
Kunstgegenstände .....	47.78.3
Kunstharz .....	46.75.0
Kunsthonig .....	10.89.0
Künstlerverbände .....	94.12.0
Künstliche Zähne .....	32.50.3
Kunstmarmor .....	22.23.0
Kunstmuseen .....	91.02.0
Kunstschulen (ohne Kunsthochschulen) .....	85.52.0

Kunststein .....	22.23.0
Kunststoffbänder .....	22.29.0
Kunststoffwaren .....	46.15.4
Kunststoffwaren .....	47.52.1
Kunstunterricht .....	85.52.0
Kupfererze .....	07.29.0
Kupferhalbzeug .....	24.44.0
Kupferlegierungen .....	24.44.0
Kupplungen .....	28.15.0
Kupplungen .....	29.32.0
Kupplungsvorrichtungen .....	30.20.1
Kurbeln .....	28.15.0
Kurbelwellen .....	28.15.0
Kurzwaren .....	46.16.3
Kurzwaren .....	46.41.0
Kurzwaren .....	47.51.0
Küstenfischerei .....	03.11.0
Küstenschifffahrt .....	50.10.0
Kuvertiermaschinen .....	28.23.0
Laborbedarf .....	46.18.4
Laborbedarf .....	46.46.2
Laboreinrichtungen .....	46.18.4
Laboreinrichtungen .....	46.46.2
Laborgeräte .....	46.18.4
Laborgeräte .....	46.46.2
Laboröfen .....	28.21.9
Laboröfen .....	32.50.1
Laborreagenzien .....	20.59.0
Laborsterilisiergeräte .....	32.50.1
Laborwaagen .....	26.51.1
Laborwaagen .....	26.51.2
Lacke .....	20.30.0
Lacke .....	46.13.2
Lacke .....	46.73.6
Lacke .....	47.52.3
Lackharze .....	20.30.0
Lackieren von Kraftwagen .....	45.20.1
Lackieren von Metall .....	25.61.0
Ladenmöbel .....	31.01.2
Ladenmöbel .....	46.65.0
Ladentische .....	31.01.2
Ladenwaagen .....	28.29.0
Ladungsträger .....	16.24.0
Lager .....	28.15.0
Lager .....	33.12.0
Lagerbehälter .....	16.24.0
Lagerbehälter aus Metall .....	46.15.4

Lagerei .....	52.10.0
Lagereinrichtungen .....	52.10.0
Lagergehäuse .....	28.15.0
Lagerhäuser .....	41.20.1
Lagerhäuser .....	52.10.0
Lagertanks .....	52.10.0
Laich .....	03.21.0
Laminat .....	17.12.0
Lampen .....	27.40.0
Lampen .....	33.14.0
Lampen .....	46.47.0
Lampen .....	47.59.9
Lampenfassungen .....	27.33.0
Landeplätze für Luftfahrzeuge .....	52.23.1
Landesbanken .....	64.19.2
Landschaftsbau .....	81.30.1
Landstraßen .....	42.11.0
Landungsbrücken .....	30.11.0
Landwirtschaftskammern .....	94.11.0
Läppen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Laptop-Computer .....	26.20.0
Laptops, Reparatur .....	95.11.0
Laseranlagen .....	26.70.0
Lasergeräte .....	26.60.0
Laserstrahlen .....	25.62.0
Lastkraftwagen .....	29.10.2
Lastkraftwagen .....	45.19.0
Laternen .....	27.40.0
Latex .....	01.29.0
Laubbläser, Reparatur .....	95.22.0
Läufer .....	13.93.0
Läufer .....	47.53.0
Läufer .....	47.89.0
Laugen .....	20.13.0
Lautsprechersysteme .....	26.40.0
Layouts .....	18.13.0
LCD .....	26.11.9
Lebensmittelmischgeräte .....	27.51.0
Lebensmittelzerkleinerungsgeräte .....	27.51.0
Lebensversicherungen .....	65.11.0
LED .....	26.11.9
Leder .....	15.11.0
Leder .....	46.24.0
Lederbekleidung .....	14.11.0
Lederfaserstoff .....	15.11.0
Lederfaserstoff .....	46.24.0
Lederpflegemittel .....	20.41.0

Lederschürzen .....	14.11.0
Lederverarbeitung .....	15.12.0
Lederverarbeitungsmaschinen .....	33.12.0
Lederwaren .....	46.16.5
Lederwaren .....	46.49.3
Lederwaren .....	47.72.2
Lederwaren, Reparatur .....	95.23.0
Legehennen .....	01.47.1
Legen von Haaren .....	96.02.1
Leibwächter .....	80.10.0
Leichenwagen .....	30.99.0
Leichtathletikstadion .....	93.11.0
Leichtathletikvereine .....	93.12.0
Leichter .....	30.11.0
Leichtmetallgießereien .....	24.53.0
Leihhäuser .....	64.92.2
Leim .....	20.52.0
Leinen .....	33.19.0
Leinsamen .....	01.11.0
Leisten .....	16.23.0
Leistungsprüfungen vollständiger Aggregate .....	71.20.0
Leistungsschalter .....	27.12.0
Leistungstransformatoren .....	33.14.0
Leiterplatten .....	26.11.9
Leiterplatten .....	26.12.0
Leitungen .....	46.69.3
Leitungen für Computernetze und Kabelfernsehen, einschließlich Glasfaserkabeln .....	43.21.0
Leitungen für Telekommunikationssysteme .....	43.21.0
Leitungsmasten .....	02.20.0
Lenkgetriebe .....	29.32.0
Lenkräder .....	29.32.0
Lenksäulen .....	29.32.0
Lesesäle .....	91.01.0
Leuchtdioden .....	26.11.9
Leuchten .....	27.40.0
Leuchten .....	33.14.0
Leuchten .....	46.47.0
Leuchten .....	47.59.9
Leuchtkugeln .....	20.51.0
Leuchtschilder .....	27.40.0
Leuchtstofflampen .....	27.40.0
Leuchttürme .....	52.22.9
Librettisten .....	90.03.2
Lichtleitfaserkabel .....	27.31.0
Lichtmaschinen .....	29.31.0
Lichtmessgeräte .....	26.70.0
Lieferwagen .....	29.10.2

Likör .....	11.01.0
Limetten .....	01.23.0
Limonade .....	11.07.0
Linienflugverkehr .....	51.10.0
Linsen .....	01.11.0
Linsen .....	26.70.0
Linsen .....	33.13.0
Linters .....	17.11.0
Lithium-Batterien .....	27.20.0
Litzen .....	25.93.0
Lkw-Vermietung mit Fahrer .....	49.41.0
Lockenwickler .....	27.51.0
Löffel .....	25.71.0
Lokomotiven .....	30.20.1
Löschfahrzeuge .....	29.10.2
Losmachdienste .....	52.22.9
Lötgeräte .....	27.90.0
Lötgeräte .....	28.29.0
Lötkolben .....	27.90.0
Lotsen .....	52.22.3
Lotsinnen .....	52.22.3
Luftaufbereitungseinrichtungen .....	28.12.0
Luftballons .....	22.19.0
Luftbildfotografie .....	74.20.1
Luftdruckgewehre .....	25.40.0
Luftfahrtversicherung .....	65.12.2
Luftfahrzeuge .....	30.30.0
Luftfahrzeuge .....	33.16.0
Luftfahrzeuge .....	46.14.2
Luftfrachtagenturen .....	52.29.9
Luftfrachtspedition .....	52.29.1
Luftkissenfahrzeuge .....	30.11.0
Luftkissenfahrzeuge .....	30.12.0
Luftmatratzen .....	22.19.0
Luftpumpen .....	28.13.0
Luftreifen .....	22.11.0
Luftreinigungsanlagen .....	33.12.0
Luftschiffe .....	30.30.0
Luftschläuche .....	22.11.0
Lufttaxis .....	51.10.0
Lüftungsinstallation .....	43.22.0
Luftwerbung .....	73.11.0
Lügendetektordienste .....	80.10.0
Lupen .....	46.18.1
Lupen .....	46.43.1
Lupen .....	47.78.2
Lupinen .....	01.11.0

Luzerne .....	01.19.9
Magnesiumsulfat .....	08.91.0
Magnetkies .....	08.91.0
Magnetplatteneinheiten .....	26.20.0
Magnetplatteneinheiten, Reparatur .....	95.11.0
Magnetresonanztomografiegeräte .....	26.60.0
Magnetresonanztomografiegeräte .....	33.13.0
Mahlmühlen .....	10.61.0
Mähmaschinen .....	28.30.0
Mainframe-Computer .....	26.20.0
Mainframes .....	33.20.0
Maisöl .....	10.62.0
Make-up .....	46.18.5
Make-up .....	46.45.0
Make-up .....	47.75.0
Makkaroni .....	10.73.0
Maklergeschäfte .....	74.90.0
Maler .....	90.03.3
Maltose .....	10.62.0
Malzextrakt .....	10.89.0
Mandarinen .....	01.23.0
Mandeln .....	01.25.9
Mangan .....	24.45.0
Manganerze .....	07.29.0
Mangofrüchte .....	01.22.0
Maniküre .....	96.02.2
Maniok .....	01.13.2
Mäntel .....	14.13.1
Mäntel .....	14.13.2
Manteltiere .....	03.11.0
Mappen .....	17.23.0
Mappen .....	46.16.5
Mappen .....	46.49.3
Mappen .....	47.72.2
Margarine .....	10.42.0
Marineschiffe .....	30.11.0
Marketingberatung .....	73.11.0
Marketingkampagnen .....	73.11.0
Markieren .....	82.92.0
Markierung von Straßen .....	42.11.0
Markisen .....	13.92.0
Marktforschung .....	73.20.0
Marmelade .....	10.39.0
Maschinen .....	33.12.0
Maschinengewehre .....	25.40.0
Maschinenspannzeuge .....	28.49.3
Massagepraxen .....	86.90.2

Massagestudios .....	96.04.0
Masteraufzeichnungen .....	18.20.0
Mate .....	01.27.0
Mate .....	10.83.0
Materialprüfmaschinen .....	26.51.3
Matratzen .....	31.03.0
Matratzen .....	46.16.2
Matratzen .....	46.41.0
Matratzen .....	47.51.0
Matten .....	13.92.0
Matten .....	16.29.0
Mauerarbeiten .....	43.99.9
Mauersteine .....	23.61.0
Mauersteine .....	47.52.3
Mauerziegel .....	23.32.0
Maulesel .....	01.43.0
Maultiere .....	01.43.0
Mäuse, Reparatur .....	95.11.0
Mayonnaise .....	10.84.0
Media-Repräsentation .....	73.12.0
Meeresaquakultur .....	03.21.0
Meeresfische .....	03.21.0
Meeresfischerei .....	03.11.0
Meeresfrüchte .....	47.23.0
Meerespflanzen .....	03.21.0
Meeressäugetiere .....	01.70.0
Meerestiere .....	03.11.0
Meereswürmerfarmen .....	03.21.0
Mehl .....	46.38.2
Mehlbananen .....	01.22.0
Mehrfamilienhäuser .....	41.20.1
Meinungsforschung .....	73.20.0
Melasse .....	10.81.0
Melkmaschinen .....	28.30.0
Melkmaschinen .....	46.14.6
Melkmaschinen .....	46.61.0
Melonen .....	01.13.1
Messer .....	25.71.0
Messer .....	25.73.1
Messerschleifmaschinen .....	27.51.0
Messeveranstalter .....	82.30.0
Messgeräte .....	46.14.9
Messgeräte .....	46.69.3
Messinstrumente .....	33.13.0
Messinstrumente .....	47.78.2
Messinstrumente, feinmechanisch-optische .....	46.18.1
Met .....	11.03.0



Metalldetektoren .....	26.51.1
Metalle .....	46.12.0
Metallerzen (ohne Eisenerz) .....	46.72.2
Metallerzeugnisse .....	33.11.0
Metallfenster .....	25.12.0
Metallgebäude .....	25.11.0
Metallkabel .....	25.93.0
Metallkonstruktionen .....	25.11.0
Metallkurzwaren .....	46.15.4
Metallkurzwaren .....	46.74.1
Metallkurzwaren .....	47.52.1
Metallleiter .....	25.99.3
Metallskelette .....	25.11.0
Metalltore .....	25.12.0
Metalltüre .....	25.12.0
Metallverschlüsse .....	25.92.0
Metallwalzwerke .....	28.91.0
Metallwaren .....	46.15.4
Metallwaren .....	47.52.1
Meteorologische Instrumente .....	26.51.2
Meteorologische Instrumente .....	33.13.0
Meterware für Bekleidung und Wäsche .....	46.16.1
Methanol .....	46.75.0
Metronome .....	32.20.0
Miederwaren .....	14.14.3
Mietervereine .....	94.99.3
Mietzuschüsse .....	88.99.0
Mikrochips .....	46.52.0
Mikrofone .....	26.40.0
Mikroprozessoren .....	26.11.9
Mikroskope .....	26.70.0
Mikroskope .....	33.13.0
Mikroskope .....	46.18.1
Mikroskope .....	46.43.1
Mikroskope .....	47.78.2
Mikrowellenherde .....	27.51.0
Milch .....	46.17.9
Milch .....	46.33.0
Milch .....	47.29.0
Milcherzeugnisse .....	46.17.9
Milcherzeugnisse .....	46.33.0
Milcherzeugnisse .....	47.29.0
Milchpulver .....	10.51.0
Milchverarbeitung .....	10.51.0
Milchverarbeitungsmaschinen .....	28.93.0
Milchzentrifugen .....	28.93.0
Milchzucker .....	10.51.0

Militärlogistik .....	84.22.0
Militärmuseen .....	91.02.0
Minen .....	25.40.0
Minen für Stifte .....	32.99.0
Minensuchgeräte .....	26.51.1
Mineralölerzeugnisse .....	46.71.2
Mineralölverarbeitung .....	19.20.0
Mineralwässer .....	11.07.0
Mischpumpen .....	28.93.0
Möbel .....	23.65.0
Möbel .....	23.69.0
Möbel .....	46.15.1
Möbel .....	46.47.0
Möbel, Reparatur .....	95.24.0
Möbelbeschläge .....	22.29.0
Möbelbezüge .....	13.92.0
Möbeldesign .....	74.10.1
Möbelrestauration, Reparatur .....	95.24.0
Möbelstoffe .....	46.16.2
Möbelstoffe .....	46.41.0
Möbelstoffe .....	47.51.0
Mobiltelefone .....	26.30.0
Mobiltelefone, Reparatur .....	95.12.0
Modeaufnahmen .....	74.20.1
Mode-Design .....	74.10.1
Modellbausätze .....	32.40.0
Modelliermassen .....	32.50.1
Modemkarten .....	26.12.0
Modems .....	26.30.0
Modems, Reparatur .....	95.12.0
Möhren .....	01.13.1
Molke .....	10.51.0
Molluskizide .....	20.20.0
Molybdänerze .....	07.29.0
Monatsbinden .....	17.22.0
Montage von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen .....	33.20.0
Montage von Stahlelementen .....	43.99.9
Montagewerke .....	41.20.1
Moose .....	02.30.0
Mopps .....	32.91.0
Morgenröcke .....	14.14.1
Morgenröcke .....	14.14.2
Mörtel .....	23.64.0
Mörtel .....	46.13.2
Mörtel .....	46.73.4
Mörtelmischmaschinen .....	28.92.2
Mörtelverteiler .....	28.92.2

Motels .....	55.10.1
Motorboote .....	30.12.0
Motoren .....	30.30.0
Motoren für Kasträder .....	30.91.0
Motoren für Nutzkraftwagen .....	29.10.2
Motoren für Personenkraftwagen .....	29.10.1
Motorenaggregate, elektrische .....	33.14.0
Motorentreibstoff .....	19.20.0
Mühlsteine .....	23.91.0
Muldenkipper .....	28.92.2
Mullgewebe .....	13.20.0
Multifunktionsbürogeräte .....	26.20.0
Mundharmonikas .....	32.20.0
Mundpflegemittel .....	20.42.0
Mundpflegemittel .....	46.18.5
Mundpflegemittel .....	46.45.0
Mundpflegemittel .....	47.75.0
Munition .....	25.40.0
Munition .....	46.69.3
Munition .....	47.78.9
Münzeinwickelmaschinen .....	28.23.0
Münzen .....	32.11.0
Münzen .....	47.78.3
Münzspielautomaten .....	32.40.0
Münzspielautomaten .....	92.00.1
Münzspielgeräte .....	33.19.0
Münzzählmaschinen .....	28.23.0
Museen .....	91.02.0
Musicaltheater .....	90.04.2
Musikalien .....	46.18.7
Musikalien .....	47.59.3
Musikalien .....	59.20.3
Musikaufnahmen .....	47.89.0
Musikbearbeiter .....	90.03.1
Musikboxen .....	26.40.0
Musikinstrumente .....	26.40.0
Musikinstrumente .....	32.20.0
Musikinstrumente .....	46.18.3
Musikinstrumente .....	46.49.1
Musikinstrumente .....	47.59.3
Musikinstrumente (ohne Orgeln und historische Musikinstrumente), Reparatur .....	95.29.0
Musikkassetten .....	47.63.0
Musikspielwaren .....	46.18.3
Musikspielwaren .....	46.49.1
Musikspielwaren .....	47.65.0
Musikspielzeuginstrumente .....	32.40.0
Muskatblüte .....	01.28.0

Muskatnüsse .....	01.28.0
Muttern .....	25.94.0
Mützen .....	14.19.0
Nachbarschaftshilfe .....	88.99.0
Nachlässekonten .....	64.30.0
Nachrichtenbüros .....	63.91.0
Nachrichtendienste .....	63.99.0
Nachthemden .....	14.14.1
Nachthemden .....	14.14.2
Nägel .....	25.93.0
Nagler .....	28.24.0
Nähgarn .....	13.10.0
Nähgarne .....	46.16.3
Nähgarne .....	47.51.0
Nähmaschinen .....	28.94.0
Nähmaschinen .....	46.64.0
Nähmaschinen .....	47.54.0
Nähmaschinenköpfe .....	28.94.0
Nähmaschinenennadeln .....	28.94.0
Nähmaschinenschränke .....	31.09.9
Nähnadeln .....	46.16.3
Nähnadeln .....	47.51.0
Nahrungsfette .....	10.42.0
Nahrungsfette .....	46.17.9
Nahrungsfette .....	46.33.0
Nahrungsfette .....	47.29.0
Nahrungsmittel .....	46.38.9
Nahrungsmittel .....	47.11.1
Nahrungsmittel .....	47.29.0
Nahrungsmittel .....	47.81.0
Nahrungsmittelmachines .....	33.12.0
Nahtmaterial, chirurgisches .....	32.50.1
Nahverkehrszüge .....	49.31.0
Nasenstöpsel .....	32.99.0
Nasszellenbatterien .....	27.20.0
Naturasphalt .....	08.99.0
Naturkork .....	16.29.0
Naturparks .....	91.04.0
Naturperlen .....	03.11.0
Natursteine .....	08.11.0
Naturwerksteine .....	08.11.0
Navigationsgeräte .....	26.51.1
Navigationsgeräte .....	26.51.2
Navigationsinstrumente .....	33.13.0
Nebenstellenanlagen .....	26.30.0
NE-Erze .....	46.72.2
NE-Metalle .....	46.12.0

NE-Metalle .....	46.72.2
NE-Metallergbergbau .....	07.29.0
NE-Metallerze .....	07.29.0
NE-Metallhalbzeug .....	46.72.2
Netzmaschinen .....	28.94.0
Netzwerkkarten .....	26.12.0
Nichtwohngebäude .....	41.20.1
Nichtwohngebäude .....	68.10.2
Nichtwohngebäude für Dritte .....	68.31.2
Nickel .....	24.45.0
Nickel-Cadmium-Batterien .....	27.20.0
Nickelerze .....	07.29.0
Nickelmatte .....	24.45.0
Nieten .....	25.94.0
Nietmaschinen .....	28.49.9
Nigersaat .....	01.11.0
NiMH-Batterien .....	27.20.0
Nockenwellen .....	28.15.0
Notariate .....	69.10.3
Notebooks .....	46.14.5
Notebooks .....	46.51.0
Notebooks .....	47.41.0
Noten .....	47.59.3
Notfallambulanzen .....	86.10.1
Notstromanlagen .....	43.21.0
Nudeln .....	10.73.0
Nugats .....	10.82.0
Nummernstempel .....	32.99.0
Nüsse .....	01.25.9
Nüsse .....	02.30.0
Nutzgeflügel .....	01.47.9
Nutzkraftwagen .....	29.10.2
o-Acetylsalicylsäure .....	21.10.0
Obdachlosenheime .....	87.90.0
Oberbekleidung .....	46.16.3
Oberbekleidung .....	46.42.1
Oberbekleidung .....	47.71.0
Oberbekleidung für Damen und Mädchen .....	14.13.2
Oberbekleidung für Herren und Knaben, gewebt .....	14.13.1
Oberfräsmaschinen .....	28.24.0
Oberleitungsbusse .....	29.10.2
Oberleitungsbusse .....	49.31.0
Objektmöbel .....	46.65.0
Obst .....	46.17.9
Obst .....	46.31.0
Obst .....	47.21.0
Obstaufstriche .....	10.39.0

Obstkonserven .....	46.17.9
Obstsäfte .....	10.32.0
Obstwein .....	11.03.0
Obstzubereitungen .....	10.39.0
Öfen .....	27.52.0
Öfen .....	28.21.9
Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen .....	84.12.0
Ohrstöpsel .....	32.99.0
Ökologiebewegungen .....	94.99.9
Ölbriketts .....	19.20.0
Öle .....	10.41.0
Öle, etherisch .....	46.75.0
Ölfrüchte .....	46.21.0
Oliven .....	01.26.0
Olivenöl .....	10.41.0
Ölkuchen .....	10.41.0
Ölpalmen .....	01.26.0
Ölsaaten .....	01.11.0
Omnibusbahnhöfe .....	52.21.4
Omnibusfernverkehr .....	49.39.1
Omnibus-Gelegenheitsverkehr .....	49.39.2
Omnibus-Linienfernverkehr .....	49.39.1
Omnibusse .....	29.10.2
Omnibusse .....	49.31.0
Online-Arbeitsvermittlungsagenturen .....	78.10.0
Operationstische .....	32.50.1
Operettenhäuser .....	90.04.2
Opern .....	90.01.1
Opernhäuser .....	90.04.2
Orangeade .....	11.07.0
Orangen .....	01.23.0
Orchester .....	90.01.2
Orchestrien .....	32.20.0
Orden .....	25.99.3
Ordner .....	17.23.0
Organbanken .....	86.90.9
Orgeln .....	32.20.0
OSB-Platten .....	16.21.0
Paletten .....	16.24.0
Paletten .....	33.19.0
Pampelmusen .....	01.23.0
Pannendienste .....	52.21.9
Panzer .....	30.40.0
Panzerschränke .....	25.99.2
Panzertüren .....	25.99.2
Papayafrüchte .....	01.22.0

Papier .....	17.12.0
Papier .....	46.18.6
Papier .....	46.49.4
Papier .....	46.76.0
Papier .....	47.62.2
Papiererzeugungsmaschinen .....	33.12.0
Papiergarn .....	13.10.0
Papierverarbeitungsmaschinen .....	33.12.0
Papierwaren .....	47.62.2
Pappe .....	17.12.0
Pappe .....	46.18.6
Pappe .....	46.49.4
Paprika .....	01.28.0
Parabolantennen .....	43.21.0
Paraffin .....	46.75.0
Parfüm .....	47.75.0
Parfüms .....	46.18.5
Parfüms .....	46.45.0
Parfüms .....	20.42.0
Parfümzerstäuber .....	32.99.0
Parketttafeln .....	16.22.0
Parkhäuser .....	30.20.2
Parkhäuser .....	41.20.1
Parkhäuser .....	52.21.1
Parkplätze .....	30.20.2
Parkplätze .....	52.21.1
Parkplatzzuweiser .....	96.09.0
Parks .....	81.30.1
Parkuhren .....	26.52.0
Parteien, politische .....	94.92.0
Partnervermittlung .....	96.09.0
Pasten .....	20.59.0
Pastete .....	10.13.0
Pastillen .....	10.82.0
Patentanwaltskanzleien .....	69.10.4
Patentmaklergeschäfte .....	74.90.0
Patrouillendienste .....	80.10.0
PBX-Anlagen .....	26.30.0
PCs .....	46.14.5
PCs .....	46.51.0
PCs .....	47.41.0
PCs, Reparatur .....	95.11.0
PDA (Handcomputer) .....	26.20.0
Pech .....	19.10.0
Pechblende .....	07.21.0
Pechkoks .....	19.10.0
Pediküre .....	96.02.2

Peitschen .....	15.12.0
Pelletierung von Eisenerzen .....	07.10.0
Pelzbekleidung .....	14.20.0
Pelzfelle .....	01.49.0
Pelzfelle .....	01.70.0
Pelzfelle .....	14.20.0
Pelztiere .....	01.49.0
Pelzwaren .....	14.20.0
Pelzwaren .....	46.42.1
Pelzwaren .....	47.71.0
Pelzwerk .....	13.91.0
Pensionen .....	55.10.4
Pensionsfonds .....	65.30.0
Pensionskassen .....	65.30.0
Pensionsvieh .....	01.62.0
Peptone .....	20.59.0
Perlen .....	32.12.0
Perlen .....	46.18.2
Perlen .....	46.76.0
Perlhühner .....	01.47.9
Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr .....	49.10.0
Personenbeförderung im Landverkehr .....	49.39.9
Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis) .....	49.31.0
Personenbeförderung im Schienenfernverkehr .....	49.10.0
Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt .....	50.30.0
Personenbeförderung in der Luftfahrt .....	51.10.0
Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt .....	50.10.0
Personenkraftwagen .....	29.10.1
Personenkraftwagen .....	45.11.0
Perücken .....	32.99.0
Petschaften .....	32.99.0
Pfahllrammen .....	28.92.2
Pfandkreditgeschäft .....	64.92.2
Pfannkuchen .....	10.71.0
Pfeffer .....	01.28.0
Pfefferminz .....	10.82.0
Pfefferminze .....	10.83.0
Pfeifenmundstücke .....	22.19.0
Pfeifentabake .....	12.00.0
Pferde .....	01.43.0
Pferderennbahnen .....	93.11.0
Pferdeschlitten .....	30.99.0
Pfetten .....	16.23.0
Pfirsiche .....	01.24.0
Pflanzen .....	46.11.0
Pflanzen .....	46.22.0
Pflanzen .....	47.76



Pflanzenbau .....	01.50.0
Pflanzenhaar .....	02.30.0
Pflanzensäfte .....	01.29.0
Pflasterarbeiten .....	43.99.9
Pflastern von Straßen und Wegen .....	42.11.0
Pflastersteine .....	23.70.0
Pflaumen .....	01.24.0
Pflege für ältere Menschen oder behinderte Erwachsene .....	88.10.1
Pflegeeinrichtungen für Behinderte .....	87.10.0
Pflegeheime .....	87.10.0
Pflüge .....	28.30.0
Pflüge .....	46.14.6
Pflüge .....	46.61.0
Pfosten .....	23.61.0
Phenolharze .....	20.16.0
Phonotechnische Geräte .....	47.43.0
Phosphate .....	08.91.0
Piercingstudios .....	96.09.0
Pigmente .....	20.12.0
Pigmenten .....	20.30.0
Pilze .....	01.13.1
Pilze .....	02.30.0
Pilzmycel .....	01.30.1
Pinsel .....	32.91.0
Pistazien .....	01.25.9
Pistolen .....	25.40.0
Pizza .....	10.89.0
Pkw-Vermietung mit Fahrer .....	49.32.0
Plakate .....	58.19.0
Planen .....	13.92.0
Planen .....	33.19.0
Planetensonden .....	30.30.0
Planiermaschinen .....	28.92.2
Planierschilder .....	28.92.2
Planierung .....	43.12.0
Planschbecken .....	32.30.0
Plasma .....	26.11.9
Plastifizieren von Metall .....	25.61.0
Platin .....	24.41.0
Platinerze .....	07.29.0
Platinplattierungen .....	24.41.0
Platten .....	22.19.0
Platten .....	22.21.0
Platten .....	22.23.0
Platten .....	23.61.0
Platten .....	23.62.0
Platten .....	25.99.1

Platten .....	46.13.1
Platten .....	46.73.2
Plattenlegerei .....	43.33.0
Plattieren von Metall .....	25.61.0
Plissieren .....	13.30.0
Plüschgewirke .....	13.91.0
Polieren von Kraftwagen .....	45.20.2
Poliermaschinen .....	28.24.0
Poliermaschinen .....	28.49.1
Poliermaschinen .....	28.49.2
Poliermittel .....	20.41.0
Poliersteine .....	23.91.0
Poliertücher .....	14.20.0
Politische Parteien .....	94.92.0
Politische Vereinigungen .....	94.92.0
Polizeilabors .....	71.20.0
Polizeischiffe .....	30.11.0
Polstergarnituren .....	31.09.1
Polstermöbel .....	31.09.1
Polsterung von Polstermöbeln .....	31.09.1
Polyamide .....	20.16.0
Polyether .....	20.16.0
Polykarbonsäuren .....	20.14.0
Polymer .....	26.11.9
Polymere .....	20.16.0
Polyurethane .....	20.16.0
Pomelos .....	01.23.0
Pontons .....	30.11.0
Porree/Lauch .....	01.13.1
Portalhubwagen .....	28.22.0
Porter .....	11.05.0
Portlandzement .....	23.51.0
Porträtaufnahmen .....	74.20.1
Positionsbestimmungsgeräte .....	26.70.0
Positron-Emissionstomografen .....	26.60.0
Postbearbeitungsmaschinen .....	28.23.0
Postbearbeitungsmaschinen .....	46.14.5
Postbearbeitungsmaschinen .....	46.66.0
Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern .....	53.10.0
Poster .....	58.19.0
Postkarten .....	58.19.0
Postöffnungsgeräte .....	28.23.0
Post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht .....	85.41.0
Präparieren von Tieren .....	32.99.0
Präservative .....	22.19.0
Präzisionsstahlrohre .....	24.20.2
Prellsteine .....	23.70.0

Pressefotografen .....	90.03.5
Pressen .....	28.49.2
Pressen .....	28.93.0
Presskork .....	16.29.0
Pressschichtholz .....	16.21.0
Pressteile .....	25.50.4
Presswerkzeuge .....	25.73.5
Privatdetektive .....	80.30.0
Private Wach- und Sicherheitsdienste .....	80.10.0
Privatquartiere .....	55.90.1
Produkt-Design .....	74.10.1
Produktwerbung .....	73.11.0
Produzenten .....	90.02.0
Programmierung von Internetpräsentationen .....	62.01.1
Projektionsgeräte .....	46.43.1
Projektionsgeräte .....	47.78.2
Projektoren .....	26.20.0
Projektoren, Reparatur .....	95.11.0
Propan .....	19.20.0
Propan .....	46.71.2
Propeller .....	30.30.0
Propylen .....	20.16.0
Protestbewegungen .....	94.99.9
Prozesssteuerungseinrichtungen, industrielle .....	33.20.0
Prüfgeräte .....	46.14.9
Prüfgeräte .....	46.69.3
Prüfinstrumente .....	47.78.2
Prüfinstrumente, feinmechanisch-optische .....	46.18.1
Prüfmaschinen .....	26.51.3
Prüfstände .....	26.51.3
Psychotherapeutinnen .....	86.90.1
Public-Relations-Beratung .....	70.21.0
Puderquasten .....	13.99.0
Puffbohnen .....	01.11.0
Puffer und Pufferteile .....	30.20.1
Pullover .....	14.39.0
Pulver .....	20.59.0
Pulvermetallurgische Erzeugnisse .....	25.50.5
Pumpen .....	28.13.0
Pumpen .....	33.12.0
Pumpstationen .....	42.21.0
Puppen .....	32.40.0
Puppenbekleidung .....	32.40.0
Puten .....	01.47.9
Putzmittel .....	46.15.5
Putzmittel .....	46.44.2
Puzzles .....	32.40.0

Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose .....	88.99.0
Quantity-Surveyors .....	74.90.0
Quarz .....	08.99.0
Quasten .....	13.96.0
Quitten .....	01.24.0
Radargeräte .....	26.51.1
Radarstationen .....	61.90.9
Räder .....	29.32.0
Räder .....	30.20.1
Radierer .....	90.03.3
Radiokopfhörer .....	26.40.0
Raffination von Zucker .....	10.81.0
Raffineriegase .....	19.20.0
Raffinerien .....	42.99.0
Rahm .....	10.51.0
Rahmen .....	16.29.0
Rahmen .....	22.23.0
Rahmpulver .....	10.51.0
Raketenwerfer .....	25.40.0
Ramie .....	01.16.0
Randleisten .....	22.23.0
Rangabzeichen .....	25.99.3
Rangieren .....	52.21.3
Rapsamen .....	01.11.0
Rasenmäher .....	28.30.0
Rasenmäher .....	46.61.0
Rasenmäher .....	47.52.1
Rasenmäher, Reparatur .....	95.22.0
Rasierklingen .....	25.71.0
Rasiermesser .....	25.71.0
Rasiermittel .....	20.42.0
Rasiermittel .....	46.18.5
Rasiermittel .....	46.45.0
Rasiermittel .....	47.75.0
Rasur und Bartpflege .....	96.02.1
Räumen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Raumfähren .....	30.30.0
Raumfahrzeugbau .....	30.30.0
Raumfahrzeuge .....	30.30.0
Raumfahrzeuge .....	33.16.0
Raumgestaltung .....	74.10.3
Raumheizgeräte .....	27.51.0
Raumheizgeräte .....	28.21.9
Raumheizkörper .....	27.52.0
Raumstationen .....	30.30.0
Raumtransport .....	51.22.0
Räumwerkzeuge .....	25.73.3

Realkreditinstitute .....	64.19.4
Rechenmaschinen .....	28.23.0
Rechenmaschinen .....	33.12.0
Rechenmaschinen .....	46.14.5
Rechenmaschinen .....	46.66.0
Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat .....	69.10.1
Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat .....	69.10.2
Rechtsbeistände .....	69.10.9
Rechtspflege .....	84.23.0
Rechtsschutzversicherung .....	65.12.2
Regelgeräte .....	46.14.9
Regelgeräte .....	46.69.3
Regenrinnen .....	25.99.3
Regenschirme .....	32.99.0
Regionalverbände (ohne Zweckverbände) .....	94.99.9
Regisseure .....	90.02.0
Register .....	17.23.0
Registerkassen .....	28.23.0
Registrierkassen .....	33.12.0
Regulierungsstellen .....	93.19.0
Rehabilitationskliniken .....	86.10.3
Reibwerkzeuge .....	25.73.3
Reifenklappen .....	22.11.0
Reinigen von Metall .....	25.61.0
Reinigung von Eisenbahnen, Bussen, Flugzeugen usw. ....	81.29.1
Reinigung von Industriemaschinen .....	81.22.9
Reinigung von Kaminen .....	81.22.1
Reinigung von Öfen, Kesseln, Lüftungsschächten und Entlüftungsanlagen .....	81.22.9
Reinigung von Verkehrsmitteln .....	81.29.1
Reinigung von Vorhängen und Gardinen .....	96.01.0
Reinigung, chemische .....	96.01.0
Reinigungsmaschinen .....	28.93.0
Reinigungsmittel .....	20.41.0
Reinigungsmittel .....	46.15.5
Reinigungsmittel .....	46.44.2
Reinigungstücher .....	17.22.0
Reis .....	01.12.0
Reis .....	01.61.0
Reisebüros .....	79.11.0
Reisegepäck .....	46.16.5
Reisegepäck .....	46.49.3
Reisegepäck .....	47.72.2
Reisegepäckumschlag an Flug- oder Bahnhöfen .....	52.24.0
Reisegepäckversicherung .....	65.12.2
Reisenecessaires .....	46.16.5
Reisenecessaires .....	46.49.3
Reisenecessaires .....	47.72.2

Reiserücktrittskostenversicherung .....	65.12.2
Reiseveranstalter .....	79.12.0
Reisig .....	02.20.0
Reismehl .....	10.61.0
Reisschälmaschinen .....	28.93.0
Reißverschlüsse .....	32.99.0
Reißverschlüsse .....	46.16.3
Reißverschlüsse .....	46.41.0
Reißverschlüsse .....	47.51.0
Reiswein .....	11.03.0
Reitpeitschen .....	15.12.0
Reitunterricht .....	85.51.0
Reklameleuchten .....	27.40.0
Rektifizieranlagen .....	28.29.0
Relais .....	27.12.0
Relais .....	33.14.0
Religiöse Vereinigungen .....	94.91.0
Rennbahnen .....	93.11.0
Rennschlitten .....	32.30.0
Rennställe .....	93.19.0
Rennwagen .....	29.10.1
Rentenpläne .....	65.30.0
Rentenversicherung .....	84.30.0
Reparatur und Instandhaltung von Flugzeugtriebwerken .....	33.16.0
Reparatur und Instandhaltung von Gespannfahrzeugen .....	33.17.0
Reparatur und Instandhaltung von Kraftmaschinen .....	33.12.0
Reparatur und Instandhaltung von Luft- und Raumfahrzeugen .....	33.16.0
Reparatur und Instandhaltung von Pumpen, Kompressoren .....	33.12.0
Reparatur und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen .....	33.17.0
Reparatur und Instandhaltung von Schiffen, Booten und Yachten .....	33.15.0
Reparatur und Instandhaltung von Ventilen .....	33.12.0
Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten .....	95.11.0
Reparatur von elektrischen Ausrüstungen .....	33.14.0
Reparatur von elektronischen und optischen Geräten .....	33.13.0
Reparatur von Maschinen .....	33.12.0
Reparatur von peripheren Geräten .....	95.11.0
Reparieren und Restaurieren von Möbeln und Einrichtungsgegenständen .....	95.24.0
Reproduktion .....	74.20.2
Reproduktionen von Kunstwerken .....	58.19.0
Reptilienhäute .....	01.49.0
Reservestreitkräfte .....	84.22.0
Reservierungsleistungen .....	79.90.0
Resinoiden .....	20.53.0
Restaurants mit herkömmlicher Bedienung .....	56.10.1
Restaurants mit Selbstbedienung .....	56.10.2
Restauration .....	74.20.2
Restaurierung von Kunstwerken .....	90.03.4

Rettung von Personen und Tieren .....	84.25.0
Rettungsdienste .....	86.90.9
Rettungsmittel aus Kork .....	32.99.0
Retuschieren .....	74.20.2
Revolver .....	25.40.0
Richten von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Riechstoffmischungen .....	20.53.0
Riemenscheiben .....	28.15.0
Rinder .....	01.42.0
Rindersperma .....	01.42.0
Risikoabschätzung .....	66.21.0
Risikobewertung .....	66.21.0
Rizinussamen .....	01.11.0
Röcke .....	14.13.2
Röcke .....	14.13.3
Rodelschlitten .....	32.30.0
Rodentizide .....	20.20.0
Roggen .....	01.11.0
Rohdolomit .....	08.11.0
Roheisen .....	24.10.0
Roheisen .....	46.72.1
Rohhalbleiter .....	26.11.9
Rohholz .....	02.20.0
Rohholz .....	46.13.1
Rohholz .....	46.73.2
Rohkalisalz .....	20.15.0
Rohkunststoffe .....	46.76.0
Rohlaufprofile .....	22.11.0
Rohöl .....	06.10.0
Rohöl .....	19.20.0
Rohöl .....	46.71.2
Rohphosphat .....	20.15.0
Rohre .....	22.19.0
Rohre .....	23.32.0
Rohre .....	23.61.0
Rohre .....	23.65.0
Rohrfernleitungen .....	33.11.0
Rohrfernleitungen .....	42.21.0
Rohrformstücke .....	24.20.3
Rohrleitungen .....	23.32.0
Rohrleitungen .....	33.11.0
Rohrleitungen .....	42.21.0
Rohrleitungen .....	46.74.2
Rohrleitungstiefbau .....	42.21.0
Rohrstöcke .....	16.29.0
Rohrverbindungsstücke .....	24.20.3
Rohrverbindungsstücke .....	27.33.0

Rohrverschlussstücke .....	24.20.3
Rohtabak .....	46.11.0
Rohtabak .....	46.21.0
Rohwolle .....	01.45.0
Rollbahnen .....	42.11.0
Rollen .....	16.29.0
Rollen .....	17.29.0
Rollen zum Anstreichen .....	32.91.0
Rollenlager .....	28.15.0
Rollläden .....	22.23.0
Rollläden .....	46.13.1
Rollläden .....	46.13.2
Rollläden .....	46.73.3
Rollläden .....	46.74.3
Rollläden .....	47.52.1
Rolls .....	13.92.0
Rollrasen .....	01.30.1
Rollschuhe .....	32.30.0
Rollstühle .....	30.92.0
Rollstühle .....	33.17.0
Rolltreppen .....	33.20.0
Rolltreppen .....	43.29.9
Röntgen-Kontrastmittel .....	46.18.4
Röntgen-Kontrastmittel .....	46.46.1
Röntgenlabors .....	86.90.9
Röntgenuntersuchungen von Schweißnähten und Verbindungsstücken .....	71.20.0
Rosskastanien .....	02.30.0
Rösten von Kaffee .....	10.83.0
Röstgeräte .....	27.51.0
Rotary Clubs .....	94.99.9
Rotorblätter .....	30.30.0
Rotoren .....	30.30.0
Router .....	26.30.0
Router, Reparatur .....	95.12.0
Rüben .....	01.61.0
Rückbau von Straßen .....	43.11.0
Rückgewinnung sortierter Werkstoffe .....	38.32.0
Rückgewinnung von Gummi, z. B. aus gebrauchten Reifen, zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen .....	38.32.0
Rückgewinnung von Metallen aus fotografischen Abfällen wie Fixierlösung, Filme und Fotopapier .....	38.32.0
Rückübereignungsdienste .....	82.99.9
Rückversicherungen .....	65.20.0
Ruderboote .....	30.12.0
Rugbystadien .....	93.11.0
Rümpfe .....	30.30.0
Runderneuerung von Reifen .....	22.11.0



Rundflüge .....	51.10.0
Rundfunkgeräte .....	26.30.0
Rundfunkgeräte .....	47.43.0
Saatgut .....	01.13.1
Saatgut .....	46.11.0
Saatgut .....	46.21.0
Saatgutaufbereitung .....	01.64.0
Saccharose .....	10.81.0
Säcke .....	22.22.0
Säcke .....	33.19.0
Säcke aus Papier .....	17.21.0
Saflorsaat .....	01.11.0
Saftpressen .....	27.51.0
Sägeblätter .....	25.73.2
Sägeketten .....	25.73.2
Sägemaschinen .....	28.49.1
Sägemaschinen .....	28.49.2
Sägen .....	25.73.2
Sägen .....	46.74.1
Sägen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Sägewerke .....	16.10.0
Sago .....	10.62.0
Saiteninstrumente .....	32.20.0
Sakralbauten .....	41.20.1
Salami .....	10.13.0
Salate .....	10.39.0
Salatmischungen .....	10.39.0
Salicyl- und o-Acetylsalicylsäure .....	21.10.0
Salz .....	08.93.0
Salzbergbau .....	08.93.0
Sämaschinen .....	28.30.0
Sämaschinen .....	46.14.6
Sämaschinen .....	46.61.0
Samen von Rüben (außer von Zuckerrüben) .....	01.19.9
Samenbanken .....	86.90.9
Sämereien .....	47.76
Sammelbecken .....	42.21.0
Sammelbehälter .....	22.23.0
Sammelbehälter aus Metall .....	33.11.0
Sammelbehältern .....	25.29.0
Sammelkanalisation .....	37.00.1
Sammlerbriefmarken .....	47.78.3
Sammlermünzen .....	47.78.3
Sammlung gefährlicher Abfälle .....	38.12.0
Sammlung nicht gefährlicher Abfälle .....	38.11.0
Sand .....	08.12.0
Sand .....	46.13.2

Sand .....	46.73.4
Sandstrahlen von Metall .....	25.61.0
Sandstrahlmaschinen .....	28.29.0
Sandwich-Platten .....	24.33.0
Sanitärarmaturen .....	28.14.0
Sanitärbedarf .....	47.52.3
Sanitärkeramik .....	23.42.0
Sanitärkeramik .....	46.14.7
Sanitärkeramik .....	46.73.1
Sanitärkeramik .....	46.73.7
Särge .....	32.99.0
Satelliten .....	30.30.0
Satellitenfunkanlagen .....	61.90.9
Satellitenortung .....	61.90.9
Satellitenpositionsbestimmungsgeräte .....	26.51.1
Satellitentelekommunikation .....	61.30.0
Sattelanhänger .....	28.30.0
Sattelanhänger .....	29.20.0
Sattelanhänger .....	45.19.0
Sattelstraßenzugmaschinen .....	29.10.2
Sattlerwaren .....	15.12.0
Satzherstellung .....	18.13.0
Saunas .....	47.52.3
Saunas .....	96.04.0
Säuren .....	46.75.0
Scan-Geräte .....	28.23.0
Scanner .....	26.20.0
Scanner, Reparatur .....	95.11.0
Schachclubs .....	93.12.0
Schachtbau .....	43.99.9
Schachteln .....	16.24.0
Schachteln .....	16.29.0
Schadensbewertung .....	66.21.0
Schadensregulierung .....	66.21.0
Schadenversicherungen .....	65.12.2
Schädlingsbekämpfung .....	01.61.0
Schädlingsbekämpfung .....	02.40.0
Schädlingsbekämpfung .....	81.29.2
Schafe .....	01.45.0
Schafschur .....	01.62.0
Schaftmaschinen .....	28.94.0
Schalen .....	23.65.0
Schallplatten .....	77.22.0
Schälmaschinen .....	10.61.0
Schalotten .....	01.13.1
Schals .....	14.19.0
Schals .....	46.16.4

Schals .....	46.42.1
Schals .....	47.71.0
Schaltanlagen .....	33.14.0
Schalter .....	26.11.9
Schalter .....	27.12.0
Schalter .....	46.69.3
Schaltgeräte .....	33.14.0
Schaltkästen .....	27.33.0
Schalttafeln .....	27.12.0
Schaltungen .....	26.11.9
Schankwirtschaften .....	56.30.1
Schärfen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Schärfen von Scheren und Sägeblättern .....	33.12.0
Schärfmaschinen .....	28.24.0
Schärmaschinen .....	28.94.0
Schätzttätigkeiten .....	74.90.0
Schauellader .....	28.92.2
Schaumstoffmatratzen .....	31.03.0
Schaumwein .....	11.02.0
Schausäle .....	91.01.0
Schauspielgruppen .....	90.01.1
Schauspielhäuser .....	90.04.2
Schauspielschulen (ohne Schauspielhochschulen) .....	85.52.0
Schauvitriuen .....	31.01.2
Scheckschreibmaschinen .....	28.23.0
Scheinwerfer .....	27.40.0
Schellack .....	02.30.0
Scheren .....	25.71.0
Scheren .....	28.24.0
Scheren .....	28.41.0
Scherzartikel .....	22.29.0
Scheuerpasten .....	20.41.0
Scheuerschwämme .....	25.99.1
Schiedsfrauen .....	69.10.9
Schiedsmänner .....	69.10.9
Schiedsrichter .....	93.19.0
Schiefer .....	08.11.0
Schienenfahrzeuge .....	30.20.1
Schienenfahrzeuge .....	33.17.0
Schienenfahrzeuge ohne Eigenantrieb .....	30.20.1
Schienenfahrzeuge zur Gleisunterhaltung .....	30.20.1
Schienenfahrzeugmotoren .....	28.11.0
Schienenwege .....	30.20.2
Schießpulver .....	20.51.0
Schießstände .....	28.99.0
Schießvereine .....	93.12.0
Schiffbau .....	30.11.0

Schiffe .....	30.11.0
Schiffe .....	33.15.0
Schiffe mit Besatzung für die Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt .....	50.20.0
Schiffshebwerke .....	52.22.1
Schiffsmakleragenturen .....	52.29.2
Schiffsmaklerbüros .....	52.29.2
Schiffsmotoren .....	28.11.0
Schiffsregistrierung .....	52.22.9
Schiffsrümpfe .....	30.11.0
Schiffsschrauben .....	25.99.3
Schiffssegmente .....	30.11.0
Schilder .....	25.99.3
Schildkröten .....	03.11.0
Schindeln .....	16.23.0
Schirme .....	46.16.4
Schirme .....	46.42.1
Schirmgriffe .....	25.99.3
Schlachten .....	10.11.0
Schlachthäuser .....	10.11.0
Schlachtrinder .....	01.42.0
Schlafanzüge .....	14.14.1
Schlafanzüge .....	14.14.2
Schlafsäcke .....	13.92.0
Schlafwagen .....	49.10.0
Schlafwagen .....	55.90.9
Schlafzimmermöbel .....	31.09.9
Schlagbohrer .....	28.49.9
Schläger .....	32.30.0
Schlaginstrumente .....	32.20.0
Schlagschrauber .....	28.24.0
Schlankheitsstudios .....	96.04.0
Schläuche .....	13.96.0
Schläuche .....	22.19.0
Schläuche .....	22.21.0
Schlehen .....	01.24.0
Schleifen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Schleifkörper .....	23.91.0
Schleifmaschinen .....	28.24.0
Schleifmaschinen .....	28.49.1
Schleifmaschinen .....	28.49.2
Schleifmittel .....	23.91.0
Schleifpapier .....	23.91.0
Schleifscheiben .....	23.91.0
Schleifstoffe .....	08.99.0
Schlepp- und Schubschiffe .....	50.20.0
Schleppen von Luftfahrzeugen .....	52.23.9
Schleppschiffe .....	30.11.0

Schleppschiffe auf Binnengewässern .....	50.40.0
Schleusen .....	42.91.0
Schleusen .....	52.22.1
Schließvorrichtungen .....	27.90.0
Schlitten .....	30.99.0
Schlittschuhe .....	32.30.0
Schlösser .....	25.72.0
Schlösser .....	46.74.3
Schlüssel .....	25.72.0
Schmalzfleisch .....	10.13.0
Schmelzdraht .....	24.44.0
Schmelztiegel .....	32.12.0
Schmiedemaschinen .....	28.41.0
Schmieden .....	25.73.5
Schmiedewerkzeuge .....	25.73.5
Schmieröle .....	19.20.0
Schmieröle .....	46.71.2
Schmierstoffe .....	46.71.2
Schmierstoffe und Kühlmitteln für Kraftfahrzeuge durch Agenturtankstellen .....	47.30.1
Schmierstoffe und Kühlmitteln für Kraftfahrzeuge durch Freie Tankstellen .....	47.30.2
Schminken .....	96.02.2
Schmuck .....	32.12.0
Schmuck .....	46.18.2
Schmuck .....	46.48.0
Schmuck .....	47.77.0
Schmuck, Reparatur .....	95.25.0
Schmucksteine .....	32.12.0
Schmucksteine .....	46.18.2
Schmucksteine .....	46.76.0
Schnallen .....	25.99.3
Schnappschalter .....	27.33.0
Schneckenzucht .....	01.49.0
Schneemobile .....	29.10.2
Schneidemaschinen .....	28.93.0
Schneiden von Haaren .....	96.02.1
Schneiden von Metall .....	25.62.0
Schneiderpuppen .....	32.99.0
Schneidklingen .....	25.73.1
Schneidmaschinen .....	28.92.1
Schneidwaren .....	25.71.0
Schnellfeuergewehre .....	25.40.0
Schnellwaagen .....	46.69.2
Schnittholz .....	46.13.1
Schnittholz .....	46.73.2
Schnittstellenkarten .....	26.12.0
Schnupftabak .....	12.00.0
Schnüre aus Gummifäden .....	13.96.0

Schnürsenkel .....	13.99.0
Schnürsenkel aus Leder .....	15.12.0
Schockgefrieren .....	52.10.0
Schokolade .....	10.82.0
Schokoladenwaren .....	10.82.0
Schokoladenwaren .....	46.17.1
Schokoladenwaren .....	46.36.0
Schokoladenwaren .....	47.24.0
Schornsteinaufsätze .....	23.32.0
Schornsteine .....	43.99.2
Schornsteinreinigung .....	81.22.1
Schotter .....	46.13.2
Schotter .....	46.73.4
Schränke für Nähmaschinen .....	31.09.9
Schrauben .....	25.94.0
Schrauben .....	30.30.0
Schraubendreher .....	25.73.1
Schraubendreher .....	46.74.1
Schraubenfedern .....	25.93.0
Schraubstöcke .....	25.73.5
Schraubzwingen .....	25.73.5
Schreddern von metallischen Altmaterialien, Fahrzeugwracks usw. ....	38.32.0
Schreibdienste .....	82.11.0
Schreiben von Briefen .....	82.19.0
Schreibmaschinen .....	28.23.0
Schreibmaschinen .....	33.12.0
Schreibpapier .....	17.23.0
Schreibtafeln .....	28.23.0
Schreibtische .....	31.01.1
Schreibwaren .....	46.18.6
Schreibwaren .....	46.49.4
Schreibwaren .....	47.62.2
Schriftsteller .....	90.03.2
Schriftstellerverbände .....	94.12.0
Schrotflinten .....	25.40.0
Schrott .....	46.77.0
Schubschiffe .....	30.11.0
Schubschiffe auf Binnengewässern .....	50.40.0
Schuhbürsten .....	32.91.0
Schuhe .....	14.19.0
Schuhe .....	15.20.0
Schuhe .....	46.16.5
Schuhe .....	46.42.2
Schuhe .....	47.72.1
Schuhe .....	47.82.0
Schuhe, Reparatur .....	95.23.0
Schuhleisten .....	22.29.0

Schuhputzer .....	96.09.0
Schuhspanner .....	16.29.0
Schuhteile .....	15.20.0
Schuhteile aus Holz .....	16.29.0
Schulartikel .....	47.62.2
Schulbedarf .....	22.29.0
Schulbusse .....	49.39.9
Schuldnerberatung .....	88.99.0
Schulen .....	41.20.1
Schulen des Gesundheitswesens .....	85.42.4
Schulkindergärten .....	85.10.2
Schürfwagen .....	28.92.2
Schürzen .....	22.19.0
Schüsseln .....	25.99.1
Schussfadenwächter .....	28.94.0
Schusswaffen .....	33.11.0
Schuten .....	30.11.0
Schutzbezüge .....	13.92.0
Schutzfeuerwaffen .....	25.40.0
Schutzhelme .....	32.99.0
Schutzhütten .....	55.30.0
Schutzkleidung .....	32.99.0
Schwabbeln von Metall .....	25.61.0
Schwämme .....	03.11.0
Schwefel .....	08.91.0
Schwefelkies .....	08.91.0
Schweine .....	01.46.0
Schweißarbeiten .....	33.12.0
Schweißen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Schweißgeräte .....	27.90.0
Schweißgeräte .....	28.29.0
Schweißgeräte, bewegliche .....	33.11.0
Schwelkoks .....	19.10.0
Schwerter .....	25.71.0
Schwertransport .....	49.41.0
Schwimmbäder .....	93.11.0
Schwimmbecken .....	32.30.0
Schwimmbeckenreinigung .....	81.29.9
Schwimmbeckenwartung .....	81.29.9
Schwimmdocks .....	30.11.0
Schwimmkräne .....	30.11.0
Schwimmstadion .....	93.11.0
Schwimmtanks .....	30.11.0
Schwimmunterricht .....	85.51.0
Schwimmvereine .....	93.12.0
Schwimmwesten .....	13.92.0
Schwungräder .....	28.15.0

Scraper .....	28.92.2
Seefisch-Zuchtbetriebe .....	03.21.0
Seefrachtspedition .....	52.29.1
Seegras .....	02.30.0
Seenotrettungsschiffe .....	30.11.0
Seescheiden .....	03.11.0
Seeschifffahrt .....	50.10.0
Seeversicherung .....	65.12.2
Segel .....	13.92.0
Segelboote .....	30.12.0
Segelbretter .....	32.30.0
Segelflugzeuge .....	30.30.0
Segelschulen .....	85.53.0
Segelyachten .....	30.12.0
Seidenraupen .....	01.49.0
Seidenraupenkokons .....	01.49.0
Seifen .....	20.41.0
Seilbahnen .....	28.22.0
Seilbahnen .....	49.31.0
Seile .....	13.94.0
Seile .....	25.93.0
Seile .....	33.19.0
Seilerwaren .....	13.94.0
Seilschwebbahnen .....	49.39.9
Sekretariatsdienste .....	82.11.0
Sekt .....	46.17.2
Sekt .....	46.34.0
Sekt .....	47.25.0
Selbstbedienungsrestaurants .....	56.10.2
Selbstentladewagen .....	30.20.1
Selbsthilfeorganisationen .....	88.10.2
Selbsthilfeorganisationen im Gesundheitswesen .....	94.99.9
Sendantennen .....	26.30.0
Sendegeräte .....	26.30.0
Senfkörner .....	01.11.0
Senfmehl .....	10.84.0
Senkwerkzeuge .....	25.73.3
Separatoren .....	27.20.0
Server .....	26.20.0
Server, Reparatur .....	95.11.0
Servietten .....	17.22.0
Sesamsamen .....	01.11.0
Sessel .....	31.09.1
Sesselauflagen .....	46.16.2
Sesselauflagen .....	46.41.0
Sesselauflagen .....	47.51.0
Setzlinge .....	01.30.1



Setzlinge .....	03.21.0
Sexartikel .....	22.19.0
Shampoonieren von Teppichen und Läufern .....	96.01.0
Sicherheitsberatung .....	74.90.0
Sicherheitsbrillengläser .....	32.50.1
Sicherheitsdienste .....	80.20.0
Sicherheitsgurte .....	29.32.0
Sicherheitskopfbedeckungen .....	32.99.0
Sicherheitsriegel .....	25.72.0
Sicherheitssysteme .....	47.59.9
Sicherungen .....	27.12.0
Sicherungsgeräte .....	30.20.2
Siebdrucken auf Textilien .....	13.30.0
Signalanlagen .....	43.21.0
Signalgeneratoren .....	26.51.1
Signalgeräte .....	30.20.2
Signalhörner .....	32.20.0
Silber .....	07.29.0
Silber .....	24.41.0
Silberplattierungen .....	24.41.0
Silberschmiedewaren .....	32.12.0
Silicone .....	20.16.0
Sirenen .....	27.90.0
Sisal .....	01.16.0
Sittiche .....	01.49.0
Sitze für Kraftfahrzeuge .....	29.32.0
Sitze für Luftfahrzeuge .....	30.30.0
Sitze für Schienenfahrzeuge .....	30.20.1
Sitzkissen .....	13.92.0
Sitzmöbel .....	31.01.2
Sitzmöbel für Büro- und Arbeitsräume .....	31.01.1
Sitzpolster .....	13.92.0
Sitzstöße .....	32.99.0
Skianzüge .....	14.19.0
Skier .....	32.30.0
Skiffs .....	30.12.0
Skilifte .....	49.39.9
Skischuhe .....	32.30.0
Skischuhe .....	46.49.2
Skizzen .....	18.13.0
Slips .....	14.14.1
Slips .....	14.14.2
Socken .....	14.31.0
Soda .....	46.75.0
Sofas .....	31.09.1
Sofortservice .....	95.29.0
Software .....	18.20.0

Software .....	46.14.5
Software .....	46.51.0
Software .....	47.41.0
Software .....	58.29.0
Software für Betriebssysteme .....	58.29.0
Softwareinstallation .....	62.09.0
Sojabohnen .....	01.11.0
Sojabohnenöl .....	10.41.0
Solarien .....	96.04.0
Solarmodule .....	26.11.1
Solarstromanlagen .....	43.21.0
Solarwärmekollektoren .....	28.21.1
Solarzellen .....	26.11.1
Sonarbojen .....	26.51.1
Sonderfahrzeuge .....	45.11.0
Sonnenbänke .....	28.99.0
Sonnenblumenkerne .....	01.11.0
Sonnengläser .....	32.50.1
Sonnenschirme .....	32.99.0
Sonnenschutzmittel .....	20.42.0
Sorbets .....	10.52.0
Sorghum .....	01.11.0
Sortieren und Pressen von Kunststoffen zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen .....	38.32.0
Sortiergeräte .....	28.23.0
Sortiermaschinen .....	28.30.0
Soßen .....	10.84.0
Soundkarten .....	26.12.0
Soziale ambulante Dienste .....	88.10.1
Sozialhilfe .....	88.99.0
Sozialversicherung .....	84.30.0
Sozialwesen .....	88.99.0
Spannungsregler .....	29.31.0
Spannzangen .....	28.49.3
Spanplatten .....	16.21.0
Spargel .....	01.13.1
Sparren .....	16.23.0
Spedition .....	52.29.1
Speichermedien, Reparatur .....	95.11.0
Speiseeis .....	10.52.0
Speiseeis .....	46.17.1
Speiseeis .....	46.36.0
Speiseeis .....	47.24.0
Speiseöle .....	46.17.9
Speiseöle .....	46.33.0
Speiseöle .....	47.29.0
Speiserüben .....	01.13.1
Speisewagen .....	49.10.0

Spektrometer .....	26.51.1
Spektrometer .....	26.51.2
Spendensammlungen .....	88.99.0
Sperrholz .....	16.21.0
Spiegel .....	26.70.0
Spiegeleisen .....	24.10.0
Spielautomaten .....	92.00.1
Spielbanken .....	92.00.2
Spielcasinos .....	92.00.2
Spieldosen .....	32.20.0
Spiele .....	47.65.0
Spiele .....	47.89.0
Spielfahrzeuge .....	32.40.0
Spielfahrzeuge .....	46.18.3
Spielfahrzeuge .....	46.49.1
Spielfahrzeuge .....	47.65.0
Spielfiguren .....	32.40.0
Spielhallen .....	92.00.1
Spielkarten .....	32.40.0
Spielklubs .....	92.00.2
Spielwaren .....	32.40.0
Spielwaren .....	46.18.3
Spielwaren .....	46.49.1
Spielwaren .....	47.65.0
Spielwaren .....	47.89.0
Spielzeug, Reparatur .....	95.29.0
Spielzeugtiere .....	32.40.0
Spille .....	28.22.0
Spinat .....	01.13.1
Spindelflügel .....	28.94.0
Spindeln .....	28.94.0
Spinnerei .....	13.10.0
Spinnmaschinen .....	28.94.0
Spinnstoffaufbereitung .....	13.10.0
Spiritisten .....	96.09.0
Spirituosen .....	11.01.0
Spirituosen .....	46.17.2
Spirituosen .....	46.34.0
Spirituosen .....	47.25.0
Spitzenmaschinen .....	28.94.0
Spitzenverbände (ohne Zweckverbände) .....	94.99.9
Sport- und Campingartikel (ohne Campingmöbel) .....	47.64.2
Sportanlagen .....	42.99.0
Sportanlagen .....	93.11.0
Sportartikel .....	46.18.9
Sportartikel .....	46.49.2
Sportbekleidung .....	46.42.1

Sportboote .....	30.12.0
Sportferienlager .....	85.51.0
Sportgeräte .....	32.30.0
Sporthallen .....	41.20.1
Sporthandschuhe aus Leder .....	32.30.0
Sporthelme .....	32.99.0
Sportjagd .....	93.19.0
Sportkopfbedeckungen aus Leder .....	32.30.0
Sportligen .....	93.19.0
Sportmunition .....	25.40.0
Sporttauchen .....	93.19.0
Sportunterricht .....	85.51.0
Sportvereine .....	93.12.0
Sprengen .....	43.12.0
Sprengkapseln .....	20.51.0
Sprengkörper .....	25.40.0
Sprengstoffe .....	20.51.0
Sprengzünder .....	20.51.0
Spritzgebäck .....	10.72.0
Spritzmaschinen .....	28.30.0
Spritzpistolen .....	28.29.0
Sprühmaschinen .....	28.30.0
Sprungrahmen .....	31.03.0
Spülbecken .....	25.99.3
Spulen .....	16.29.0
Spulen .....	17.29.0
Spundwanderzeugnisse .....	24.10.0
Stäbe .....	16.23.0
Stäbe .....	22.19.0
Stabstahl .....	24.31.0
Stachelbeeren .....	01.25.9
Städteplanung .....	71.11.3
Stahl .....	24.10.0
Stahl .....	46.12.0
Stahl .....	46.72.1
Stahlbetonarbeiten .....	43.99.9
Stahldraht .....	24.34.0
Stahlgießereien .....	24.52.0
Stahlhalbzeug .....	46.72.1
Stahlrohre (ohne Präzisionsstahlrohre) .....	24.20.1
Stalldungstreuer .....	28.30.0
Stalldungstreuer .....	46.14.6
Stalldungstreuer .....	46.61.0
Stallreinigung .....	01.62.0
Stammholz .....	02.20.0
Stammholz .....	46.13.1
Stammholz .....	46.73.2

Standardsoftware .....	47.41.0
Standseilbahnen .....	49.39.9
Stängelgemüse .....	01.13.1
Stanzteile .....	25.50.4
Stanzwerkzeuge .....	25.73.3
Starkbier .....	11.05.0
Stärke .....	10.62.0
Stärkederivate .....	46.75.0
Stärkeerzeugnisse .....	10.62.0
Starten von Satelliten und Raumfahrzeugen .....	51.22.0
Statuetten .....	22.29.0
Statuetten .....	23.41.0
Staubsauger .....	27.51.0
Staubsauger .....	46.15.3
Staubsauger .....	46.43.2
Staubsauger .....	47.54.0
Staubsaugersysteme .....	43.29.9
Staubtücher .....	13.92.0
Staubwedel .....	32.91.0
Stauerei .....	52.24.0
Steatit (Talk) .....	08.99.0
Stechuhren .....	26.52.0
Steckdosen .....	27.33.0
Stecklinge .....	01.30.1
Steckrüben .....	01.19.9
Steine .....	08.99
Steine .....	46.13.2
Steine .....	46.73.4
Steinkohlebriketts .....	19.20.0
Steinkohlegas .....	19.10.0
Steinkohlenbergbau .....	05.10.0
Steinkohlerohteer .....	19.10.0
Steinmöbel .....	23.70.0
Steinobst .....	01.24.0
Stenografierdienste .....	82.99.9
Steppdecken .....	13.92.0
Steppdecken .....	46.16.2
Steppdecken .....	47.51.0
Stereoanlagen .....	26.40.0
Stereokopfhörer .....	26.40.0
Sterilisation von Objekten oder Anlagen (z. B. Operationssäle) .....	81.22.9
Sternanisfrüchte .....	01.28.0
Stetigförderer .....	28.22.0
Stetigförderer .....	28.92.1
Steuerberater .....	69.20.3
Steuerberatungsgesellschaften .....	69.20.3
Steuerbevollmächtigte .....	69.20.3

Steuerdeklarationsberatung .....	69.20.3
Steuerdurchsetzungsberatung .....	69.20.3
Steuerflächen .....	30.30.0
Steuergeräte .....	30.20.2
Steuergestaltungsberatung .....	69.20.3
Steuerungsgeräte .....	46.14.9
Steuerungsgeräte .....	46.69.3
Steuerungsinstrumente und -vorrichtungen .....	33.13.0
Stiche .....	58.19.0
Stichsägen .....	28.24.0
Stickereien .....	13.99.0
Stickmaschinen .....	28.94.0
Stickstoffsäuren .....	20.15.0
Stickstoffverbindungen .....	20.15.0
Stiefel, Reparatur .....	95.23.0
Stiele .....	16.29.0
Stifte .....	25.93.0
Stimmgabeln .....	32.20.0
Stimmpfeifen .....	32.20.0
Stöcke .....	32.30.0
Stöcke .....	46.16.4
Stöcke .....	46.42.1
Stoffservietten .....	46.16.2
Stoffservietten .....	46.41.0
Stoffservietten .....	47.51.0
Stopfgarne .....	46.16.3
Stopfgarne .....	46.41.0
Stopfgarne .....	47.51.0
Stoßdämpfer .....	29.32.0
Stoßdämpfer .....	30.20.1
Stoßen von metallischen Werkstücken .....	25.62.0
Stoßstangen .....	29.32.0
Stout .....	11.05.0
Strahlungsdetektoren .....	26.51.2
Strahlungsdetektoren .....	33.13.0
Strandreinigung .....	81.29.9
Strangpressen .....	28.96.0
Straßen .....	30.20.2
Straßen .....	42.11.0
Straßen .....	52.21.2
Straßenbahnen .....	30.20.1
Straßenbahnen .....	49.31.0
Straßenbeleuchtung (ohne Verkehrsampeln) .....	27.40.0
Straßenhobel .....	28.92.2
Straßenkehrmaschinen .....	29.10.2
Straßenreinigung .....	81.29.9
Straucherbsen .....	01.11.0

Strauchobst .....	01.25.9
Strauße .....	01.49.0
Streamingdienste .....	63.11.0
Streckenvortriebsmaschinen .....	28.92.1
Streichelzoos .....	91.04.0
Streichhölzer .....	20.51.0
Streifen .....	22.19.0
Streifen .....	22.21.0
Strichcode-Druck .....	82.99.9
Strichcodescanner .....	26.20.0
Strichcodescanner, Reparatur .....	95.11.0
Strickjacken .....	14.39.0
Strickmaschinen .....	28.94.0
Strickmaschinen .....	46.64.0
Strom- und Kommunikationsleitungsnetze .....	42.22.0
Stromgeneratoren .....	27.11.0
Stromschaltergeräte .....	27.12.0
Stromschienen .....	27.33.0
Stromzähler .....	43.21.0
Stroppen .....	13.94.0
Strümpfe .....	14.31.0
Strumpfhosen .....	14.31.0
Strumpfwaren .....	14.31.0
Stuckarbeiten .....	43.31.0
Studiogeräte .....	26.30.0
Stuhlaufgaben .....	46.16.2
Stuhlaufgaben .....	46.41.0
Stuhlaufgaben .....	47.51.0
Stühle .....	31.01.2
Stühle für Büro- und Arbeitsräume .....	31.01.1
Styrol .....	20.16.0
Suchgeräte .....	26.51.1
Suchgeräte .....	26.51.2
Suchtbekämpfung .....	87.20.0
Suite-/Apartmenthotels .....	55.10.1
Sulfosäuren .....	20.15.0
Sulkys .....	30.99.0
Superphosphatzement .....	23.51.0
Suppen .....	10.89.0
Surfanzüge .....	22.19.0
Surfbretter .....	32.30.0
Süßkartoffeln .....	01.13.2
Süßwaren .....	46.17.1
Süßwaren .....	46.36.0
Süßwaren .....	47.24.0
Süßwaren (ohne Dauerbackwaren) .....	10.82.0
Süßwasseraquakultur .....	03.22.0

Süßwassererzeugnisse .....	03.12.0
Süßwasserfische .....	03.22.0
Süßwasserfischerei .....	03.12.0
Süßwasser-Fischzuchtbetriebe .....	03.22.0
Süßwassermollusken .....	03.12.0
Süßwassertiere .....	03.12.0
Swaps .....	64.99.9
Tabak .....	01.15.0
Tabakspfeifen .....	16.29.0
Tabakspfeifen .....	32.99.0
Tabakverarbeitung .....	12.00.0
Tabakverarbeitungsmaschinen .....	33.12.0
Tabakwaren .....	46.17.9
Tabakwaren .....	46.35.0
Tabakwaren .....	47.11.1
Tabakwaren .....	47.26.0
Tabakwaren .....	47.81.0
Tabletts .....	17.22.0
Tafelgeräte .....	47.59.9
Tafelgeschirr .....	32.12.0
Tafelgeschirr .....	46.15.2
Tafelgeschirr .....	47.59.2
Tafeln .....	23.61.0
Tafeln .....	23.62.0
Tafeln .....	23.65.0
Tafeltrauben .....	01.21.0
Tafelwaagen .....	28.29.0
Tagesbetreuung von behinderten Kindern .....	88.91.0
Tagesbetreuung von Kindern .....	88.91.0
Tagesbettdecken .....	13.92.0
Tageslichtprojektoren .....	26.70.0
Tagespflege für ältere Menschen oder behinderte Erwachsene .....	88.10.2
Tagesstätten für Obdachlose und andere sozial schwache Gruppen .....	88.99.0
Talk .....	08.99.0
Talsperren .....	42.91.0
Tampons .....	17.22.0
Tandems .....	30.92.0
Tangerinen .....	01.23.0
Tankanhänger .....	29.20.0
Tanks .....	22.23.0
Tanks .....	25.29.0
Tanks aus Metall .....	33.11.0
Tankschiffe .....	30.11.0
Tankwagentransport .....	49.41.0
Tantalerze .....	07.29.0
Tanzdielen (ohne Ausschank von Getränken) .....	93.29.0
Tanzlokale .....	56.30.2



Tanzunterricht .....	85.52.0
Tapeten .....	17.24.0
Tapeten .....	46.18.6
Tapeten .....	46.73.8
Tapeten .....	47.53.0
Tapeziererei .....	43.33.0
Tapiokasago .....	10.62.0
Taschen .....	15.12.0
Taschen .....	46.16.5
Taschen .....	46.49.3
Taschen .....	47.72.2
Taschenleuchten .....	27.40.0
Taschentücher .....	17.22.0
Tassen .....	17.22.0
Tastaturen, Reparatur .....	95.11.0
Tätowierungsstudios .....	96.09.0
Tauchanzüge .....	22.19.0
Tauchfärben .....	13.10.0
Tauwerk .....	13.94.0
Taxis .....	49.32.0
Technische Chemikalien .....	46.12.0
Tee .....	01.27.0
Tee .....	10.83.0
Tee .....	46.17.9
Tee .....	46.37.0
Tee .....	47.29.0
Teemaschinen .....	27.51.0
Teig .....	10.61.0
Teigmischmaschinen .....	28.93.0
Teigwaren .....	10.73.0
Teigwarenkonserven .....	10.73.0
Teilchenbeschleuniger .....	27.90.0
Telefaxgeräte, Reparatur .....	95.12.0
Telefonauftragsdienste .....	82.99.9
Telefonbücher .....	58.12.0
Telefone, Reparatur .....	95.12.0
Telefongeräte .....	26.30.0
Telefongeräte .....	46.52.0
Telefonvermittlungseinrichtungen .....	26.30.0
Telefonweckdienste .....	82.99.9
Telekommunikation .....	61.20.0
Telekommunikationsgeräte .....	46.14.9
Telekommunikationsgeräte .....	46.52.0
Telekommunikationsgeräte .....	47.42.0
Telekommunikationsgeräte, Reparatur .....	95.12.0
Teleskope .....	26.70.0
Teleskope .....	33.13.0

Teller .....	17.22.0
Teller .....	25.99.1
Temperatur-Grenzwertregler .....	26.51.1
Tender .....	30.20.1
Teppiche .....	13.93.0
Teppiche .....	14.20.0
Teppiche .....	46.16.2
Teppiche .....	46.47.0
Teppiche .....	47.53.0
Teppiche .....	47.89.0
Teppiche, antike .....	47.79.1
Teppichfliesen .....	13.93.0
Test- und Suchbohrung .....	43.13.0
Testbenzin .....	19.20.0
Testbohrungen .....	09.10.0
Textildesign .....	74.10.1
Textildruckmaschinen .....	28.94.0
Textilfasern .....	46.76.0
Textilherstellungsmaschinen .....	33.12.0
Textilien .....	46.41.0
Textilien .....	47.51.0
Textilien .....	47.82.0
Textilmaschinen .....	28.94.0
Textilmaschinen .....	46.64.0
Textilveredlung .....	13.30.0
Textilwatte .....	17.22.0
Textilweichspüler .....	20.41.0
Theaterensembles .....	90.01.1
Theaterstücke .....	90.01.1
Theaterveranstalter .....	90.04.1
Themenparks .....	93.21.0
Thermometer .....	32.50.1
Thermoskannen .....	25.99.3
Thoriumerze .....	07.21.0
Thoriumerze .....	20.13.0
Tiefbauwerke .....	42.22.0
Tiefgaragen .....	41.20.1
Tiefkühltruhen .....	27.51.0
Tierarztpraxen .....	75.00.1
Tierdressur .....	93.19.0
Tiere für Aquarien und Terrarien .....	46.11.0
Tiere für Aquarien und Terrarien .....	46.23.0
Tiere für Aquarien und Terrarien .....	47.76.2
Tiere, lebend .....	47.76.2
Tierhaltung .....	01.50.0
Tischdecken .....	46.16.2
Tischdecken .....	46.41.0

Tischdecken .....	47.51.0
Tischleuchten .....	27.40.0
Tischwäsche .....	13.92.0
Tischwäsche .....	46.16.2
Tischwäsche .....	46.41.0
Tischwäsche .....	47.51.0
Toaster .....	27.51.0
Tochtergesellschaftsverwaltungen .....	70.10.1
Tofu .....	10.39.0
Toiletten .....	46.73.7
Toilettenpapier .....	17.22.0
Tomaten .....	01.13.1
Ton .....	08.12.0
Ton- und Bildträger, unbespielt .....	47.63.0
Ton- und Videobändern und Disketten, unbespielt .....	46.52.0
Tonaufnahmegeräte .....	26.40.0
Tonaufnahmen .....	59.20.1
Tonbänder .....	26.80.0
Tonbänder .....	47.63.0
Tönen von Haaren .....	96.02.1
Tonerde .....	24.42.0
Tonerdeschmelzzement .....	23.51.0
Tonerpatronen .....	28.23.0
Tonic .....	11.07.0
Tonstudios .....	59.20.1
Tore .....	46.13.1
Tore .....	46.13.2
Tore .....	46.73.3
Tore .....	46.74.3
Tore .....	47.52.1
Torfbriketts .....	19.20.0
Torfgewinnung .....	08.92.0
Torpedorohre .....	25.40.0
Torpedos .....	25.40.0
Torten .....	10.71.0
Trackballs .....	26.20.0
Trackballs, Reparatur .....	95.11.0
Tragflächen .....	30.30.0
Trainingsanzüge .....	14.19.0
Trampeltiere .....	01.44.0
Transformatoren .....	26.11.9
Transformatoren .....	27.11.0
Transformatoren .....	33.14.0
Transformatoren .....	46.14.9
Transformatoren .....	46.69.3
Transistoren .....	26.11.9
Transkription von Dokumenten .....	82.19.0

Transport in Rohrfernleitungen .....	49.50.0
Transport kranker Tiere .....	75.00.9
Transport mit Silofahrzeugen .....	49.41.0
Transport von Abfällen und Abfallstoffen (jedoch nicht deren Sammlung und Beseitigung) .....	49.41.0
Transport von Gasen, Flüssigkeiten, Schlämmen und anderen Gütern in Rohrfernleitungen .....	49.50.0
Transport von Kraftwagen .....	49.41.0
Transportbehälter aus Metall und Kunststoff .....	46.15.4
Transportbeton .....	23.63.0
Transportcontainer .....	29.20.0
Transportfässer .....	33.19.0
Transportfässer aus Stahl .....	33.11.0
Transportversicherung .....	65.12.2
Traubenmost .....	11.02.0
Traubenwein .....	11.02.0
Trauergottesdienste .....	94.91.0
Treibriemen .....	13.96.0
Treibriemen .....	15.12.0
Treibriemen .....	22.29.0
Treibstofftanks .....	30.30.0
Trennwände .....	16.23.0
Treppen .....	16.23.0
Treppen .....	46.13.1
Treppen .....	46.13.2
Treppen .....	46.73.3
Treppen .....	46.74.3
Treppen .....	47.52.1
Tresore .....	47.59.9
Treuhand- und sonstige Fonds .....	64.30.0
Treuhandfonds .....	64.30.0
Treuhandkonten .....	64.30.0
Triebwagen .....	30.20.1
Triebwerke für Luft- und Raumfahrzeuge .....	30.30.0
Trimmer, Reparatur .....	95.22.0
Trinkgläser .....	23.13.0
Triticale .....	01.11.0
Trockenmaschinen .....	28.94.0
Trockenmaschinen .....	46.14.6
Trockenmaschinen .....	46.61.0
Trockenzellenbatterien .....	27.20.0
Troddeln .....	13.96.0
Tröge .....	16.24.0
Tröge .....	23.65.0
Trommeln .....	16.24.0
Trommeln .....	25.91.0
Trübungsmittel .....	20.30.0

Trüffel .....	01.13.1
Trüffel .....	02.30.0
T-Shirts .....	14.14.1
T-Shirts .....	14.14.2
T-Stücke .....	46.74.2
Tücher .....	46.16.4
Tücher .....	46.42.1
Tücher .....	47.71.0
Tüll .....	13.99.0
Tüllmaschinen .....	28.94.0
Tunnel .....	42.13.0
Tunnel .....	52.21.2
Tunnelbau .....	42.13.0
Turbinen .....	28.11.0
Turbinen-Generator-Aggregate .....	28.11.0
Türen .....	16.23.0
Türen .....	22.23.0
Türen .....	29.32.0
Türen .....	30.30.0
Türen .....	43.29.9
Türen .....	46.13.1
Türen .....	46.13.2
Türen .....	46.73.3
Türen .....	46.74.3
Türen .....	47.52.1
Turmdrehkrane .....	77.32.0
Türöffnungsvorrichtungen .....	27.90.0
Türverriegelungen .....	29.31.0
U-Bahnen .....	49.31.0
Übergänge für Schienenfahrzeuge .....	30.20.1
Überhitzer .....	25.30.0
Überlassung von Arbeitskräften .....	78.20.0
Übersetzen .....	74.30.1
Überspannungsableiter .....	27.12.0
Überspannungsableiter .....	27.90.0
Übertragungsgeräte .....	26.30.0
Übertragungsregler .....	27.11.0
Überwachungsgeräte .....	30.20.2
Uhrbänder .....	32.12.0
Uhren .....	26.52.0
Uhren .....	46.18.2
Uhren .....	46.48.0
Uhren .....	47.77.0
Uhren, Reparatur .....	95.25.0
Uhrgehäuse, Reparatur .....	95.25.0
Uhrketten .....	32.12.0
Uhrwerke .....	26.52.0

Uhrwerke, Reparatur .....	95.25.0
Ultraschallgeräte .....	26.60.0
Ultraschallgeräte .....	33.13.0
Ultraschallreinigungsgерäte .....	32.50.1
Ultraviolettampen .....	27.40.0
Umdruckpapier .....	17.12.0
Umformer .....	26.11.9
Umspanntransformatoren .....	27.11.0
Umwälzluftheritzer .....	28.21.9
Umweltberatung .....	74.90.0
Umweltbewegungen .....	94.99.9
Umzugsanhänger .....	29.20.0
Umzugstransporte .....	49.42.0
Unfallversicherungen .....	65.12.2
Universitäten .....	85.42.1
Untergestelle .....	30.20.1
Unterhaltungsartikel .....	32.99.0
Unterhosen .....	14.14.1
Unterhosen .....	14.14.2
Unterlegscheiben .....	25.94.0
Unternehmensberatung .....	70.22.0
Untersuchung und Messung von Umweltindikatoren .....	71.20.0
Untersuchungstische .....	32.50.1
Untertassen .....	25.99.1
Unterwasserarbeiten .....	43.99.9
Unterziehpullis .....	14.39.0
Unwetterversicherung .....	65.12.2
Uranerze .....	07.21.0
Uranoxidkonzentrat .....	07.21.0
USB-Kabel .....	26.11.9
Vakuumisolierbehälter .....	32.99.0
Vakuumisolierflaschen .....	32.99.0
Vakuumpumpen .....	28.13.0
Vanadiumerze .....	07.29.0
Vanille .....	01.28.0
Variété- und Kleinkunstveranstalter .....	90.04.1
Varietés .....	90.04.3
Vaselin .....	19.20.0
Vasen .....	23.69.0
Veloursgewebe .....	13.20.0
Ventilatoren .....	28.25.0
Ventile .....	33.12.0
Verbandmittel .....	46.18.4
Verbandmittel .....	46.46.1
Verbandszeug .....	21.20.0
Verbraucherorganisationen .....	94.99.3
Verbraucherverbände .....	94.99.3

Verbrauchsmessgeräte .....	26.51.1
Verbrauchsmessgeräte .....	26.51.2
Verbrennungsmotoren .....	28.11.0
Verbrennungsöfen .....	28.21.9
Veredlung von Textilien .....	13.30.0
Vereinigungen, politische .....	94.92.0
Vergaser .....	28.11.0
Vergleichsgeräte .....	26.70.0
Vergnügungslokale .....	56.30.4
Vergnügungsparks .....	93.21.0
Vergnügungsschiffe .....	50.10.0
Vergrößerungsgeräte .....	26.70.0
Verkaufsautomaten .....	33.12.0
Verkehrssicherungsgeräte .....	27.90.0
Verkehrssignalgeräte .....	27.90.0
Verkehrssteuergeräte .....	27.90.0
Verkehrsüberwachungsgeräte .....	27.90.0
Verlängerungskabel .....	27.90.0
Verlegen von bespielten Tonträgern .....	59.20.2
Verlegen von Büchern .....	58.11.0
Verlustregulierung .....	66.21.0
Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen .....	73.12.0
Vermessungsbüros .....	71.12.3
Vermietung und Operating-Leasing von Personenkraftwagen und anderen Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger ohne Fahrer .....	77.11.0
Vermietung von Baumaschinen und -geräten .....	77.32.0
Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten .....	77.31.0
Vermietung von Luftfahrzeugen .....	77.35.0
Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten .....	77.21.0
Vermietung von Wasserfahrzeugen .....	77.34.0
Vermittlung von Arbeitskräften .....	78.10.0
Vermögensschadenversicherung .....	65.12.2
Vernichten von Datenträgern .....	80.10.0
Verpackung von Waren (Blisterverpackung, Folieneinschweißung usw.) .....	82.92.0
Verpackungen .....	25.92.0
Verpackungsglas .....	46.44.1
Verpackungsmaschinen .....	28.29.0
Verpackungsmaschinen .....	46.69.2
Verpackungsmittel .....	16.24.0
Verpackungsmittel .....	46.18.6
Verpackungsmittel aus Metall .....	46.49.5
Verpackungsmittel aus Vollpappe .....	17.21.0
Verputzarbeiten .....	43.31.0
Verriegelungseinrichtungen .....	47.59.9
Verschleißmaschinen .....	28.23.0
Verschlüsse .....	25.72.0
Verschlüsse .....	25.92.0

Versicherungsmakler .....	66.22.0
Verstärker .....	26.40.0
Versteigerungsgewerbe .....	82.99.1
Verteidigung .....	84.22.0
Verteiltransformatoren .....	33.14.0
Verteilungskästen .....	27.33.0
Verteilungsspannungsregler .....	27.11.0
Verteilungstransformatoren .....	27.11.0
Verwaltungsfachhochschulen .....	85.42.3
Verzahnwerkzeuge .....	25.73.3
Verzierungsborte .....	13.96.0
Vibrationsuntersuchungen .....	71.20.0
Videoaufnahmen .....	47.89.0
Videobänder .....	18.20.0
Videobänder .....	26.80.0
Videobänder .....	47.63.0
Videobandkassette .....	26.80.0
Videobeamer .....	26.20.0
Videofilme .....	59.11.0
Videofilme .....	77.22.0
Videokameras für Amateure, Reparatur .....	95.21.0
Videokameras für den kommerziellen Einsatz, Reparatur .....	95.12.0
Videorecorder .....	26.40.0
Videorecorder, Reparatur .....	95.21.0
Videos .....	59.11.0
Videospiele .....	47.41.0
Videospiele .....	77.22.0
Videospielgeräte .....	26.40.0
Videospielkonsolen .....	47.41.0
Videotheken .....	77.22.0
Vieh .....	46.11.0
Vieh, lebend .....	46.23.0
Viehtransport .....	49.41.0
Viehtrieb .....	01.62.0
Vinylacetat .....	20.16.0
Vinylchlorid .....	20.16.0
Virtual-Reality-Helme .....	26.20.0
Virtual-Reality-Helme, Reparatur .....	95.11.0
Vitamine .....	21.10.0
Vliesen .....	17.12.0
Vliesstoff .....	13.95.0
Vögel .....	01.49.0
Vogelbälge .....	01.49.0
Vollgummireifen .....	22.11.0
Vordrucke .....	17.23.0
Vorhänge .....	13.92.0
Vorhänge .....	47.53.0



Vorklassen .....	85.10.2
Vorschaltgeräte .....	27.11.0
Vorsorgekliniken .....	86.10.3
Vorwärmer .....	25.30.0
Vulkanisationsbeschleuniger .....	20.59.0
Wachdienste .....	80.10.0
Wachstumsregulatoren .....	20.20.0
Wafers .....	26.11.9
Waffeln .....	10.71.0
Waffen .....	25.40.0
Waffen .....	46.69.3
Waffen .....	47.78.9
Wahlmaschinen .....	28.23.0
Waisenhäuser .....	87.90.0
Waldbestandsaufnahme .....	02.40.0
Waldbrandbekämpfung .....	02.40.0
Waldpflege .....	02.10.0
Walnüsse .....	01.25.9
Walzenbezüge .....	22.19.0
Walzstraßen .....	24.10.0
Walzwerke .....	28.29.0
Walzwerkseinrichtungen .....	28.91.0
Walzwerkseinrichtungen .....	33.12.0
Wandfliesen .....	23.31.0
Wandleuchten .....	27.40.0
Wandteppiche .....	13.92.0
Wandverkleidungen .....	17.24.0
Warenbörsen .....	66.11.0
Warenhandel .....	66.12.0
Warenoptionen .....	66.11.0
Warenterminhandel .....	66.12.0
Warenverkaufsautomaten .....	28.29.0
Warenverkaufsautomaten .....	46.69.2
Wärme- und Kälteversorgung .....	35.30.0
Wärmeaustauscher .....	28.25.0
Wärmebehandlung von Metall .....	25.61.0
Wärmedämmarbeiten an Warm- oder Kaltwasserrohren, Kesseln .....	43.29.1
Wärmepumpen .....	28.21.9
Wärmflaschen .....	22.19.0
Warmhalteplatten .....	27.51.0
Warmhalteplatten .....	27.52.0
Warmwasserbereiter .....	27.51.0
Warmwasserbereiter .....	27.52.0
Warmwasserbereiter .....	46.74.2
Waschbecken .....	23.42.0
Waschbecken .....	25.99.3
Waschbecken .....	46.73.7

Wäsche .....	46.16.3
Wäsche .....	46.42.1
Wäsche .....	47.71.0
Waschen von Kraftwagen .....	45.20.2
Wäscherei, chemische .....	96.01.0
Wäschetrockner .....	27.51.0
Wäschetrockner, Reparatur .....	95.22.0
Waschmaschinen .....	27.51.0
Waschmaschinen .....	28.94.0
Waschmaschinen .....	46.15.3
Waschmaschinen .....	46.43.2
Waschmaschinen .....	47.54.0
Waschmaschinen, Reparatur .....	95.22.0
Waschmittel .....	20.41.0
Waschmittel .....	46.44.2
Wasserbahnen .....	93.21.0
Wasserbau .....	42.91.0
Wasserbettmatratzen .....	22.19.0
Wasserfahrzeuge .....	30.12.0
Wasserfahrzeuge .....	46.14.2
Wassergewinnung mit Fremdbezug zur Verteilung .....	36.00.1
Wassergewinnung ohne Fremdbezug zur Verteilung .....	36.00.2
Wasserinstallation .....	43.22.0
Wasserkraftturbinen .....	28.11.0
Wasserleitungen .....	42.21.0
Wassermelonen .....	01.13.1
Wasserräder .....	28.11.0
Wasserstraßen .....	42.91.0
Wasserstraßen .....	52.22.1
Wassertaxis .....	50.10.0
Wasserverteilung ohne Gewinnung .....	36.00.3
Wasserwaagen .....	28.29.0
Watte .....	21.20.0
WC-Becken .....	22.23.0
Weberei .....	13.20.0
Web-Hosting .....	63.11.0
Webmaschinen .....	28.94.0
Webpelz .....	13.20.0
Webportale .....	63.12.0
Webschützenwechsler .....	28.94.0
Web-Seiten .....	63.12.0
Wechselstuben .....	66.12.0
Wege .....	42.11.0
Weichenstellen .....	52.21.3
Weiden, Bereitstellung .....	01.62.0
Weihnachtsbäume .....	01.29.0
Weihnachtsbaum-Lichterketten .....	27.40.0

Wein .....	46.17.2
Wein .....	47.25.0
Weintrauben .....	01.21.0
Weitervermittlungsdienstleistungen .....	88.10.2
Weizen .....	01.11.0
Wellen von Haaren .....	96.02.1
Wellpapier .....	17.21.0
Wellpappe .....	17.21.0
Wellplatten .....	23.65.0
Werbeagenturen .....	73.11.0
Werbeaktivitäten .....	73.11.0
Werbeartikel .....	46.18.6
Werbeartikel .....	46.49.3
Werbeaufnahmen .....	74.20.1
Werbedienste .....	73.11.0
Werbekampagnen .....	73.11.0
Werbematerial .....	58.19.0
Werbematerial .....	73.11.0
Werbespots .....	59.11.0
Werbezeitungen .....	58.13.0
Werkstattwagen .....	30.20.1
Werkstückhalter .....	28.49.3
Werkzeuge .....	46.14.4
Werkzeuge .....	46.74.1
Werkzeuge .....	47.52.1
Werkzeuge, handgeführte mit Motorantrieb .....	33.12.0
Werkzeughalter .....	28.49.3
Werkzeugmaschinen .....	28.41.0
Werkzeugmaschinen .....	33.12.0
Werkzeugmaschinen .....	33.12.0
Werkzeugmaschinen .....	46.62.0
Wermutwein .....	11.04.0
Wertpapierbörsen .....	66.11.0
Wertpapierhandel .....	66.12.0
Werttransporte .....	29.10.2
Westen .....	14.39.0
Wettbüros .....	92.00.3
Whisky .....	11.01.0
Widerstände .....	26.11.9
Widerstände .....	27.90.0
Wiederaufforstung .....	02.10.0
Wiegegeräte .....	33.12.0
Wiegen .....	28.29.0
Wiegevorrichtungen .....	28.29.0
Wimpel .....	13.92.0
Windeleinlagen .....	17.22.0
Windeln .....	17.22.0

Windelwaschdienste .....	96.01.0
Winden .....	28.22.0
Windfegen .....	28.93.0
Windturbinen .....	28.11.0
Winterdienst .....	81.29.9
Wintersportarenen .....	93.11.0
Wintersportvereine .....	93.12.0
Winterstellplätze für Wohnwagen .....	52.21.9
Wippen .....	28.99.0
Wirkmaschinen .....	28.94.0
Wirtschaftlichkeitsprüfung .....	69.20.1
Wirtschaftsaufsicht .....	84.13.0
Wirtschaftsfachverbände .....	94.11.0
Wirtschaftsförderung .....	84.13.0
Wirtschaftsordnung .....	84.13.0
Wirtschaftsprüfer .....	69.20.1
Wirtschaftsprüfervereinigungen .....	94.12.0
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften .....	69.20.1
Wirtschaftsverbände .....	94.11.0
Wissenschaftsorganisationen .....	94.99.1
Wohnanhänger .....	29.20.0
Wohngebäude .....	68.20.1
Wohngebäude .....	68.31.1
Wohngrundstücke .....	68.20.1
Wohngrundstücke .....	68.31.1
Wohnheime für Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Schulschlafsäle .....	55.90.9
Wohnmöbel .....	46.47.0
Wohnmöbel .....	47.59.1
Wohnmobile .....	29.10.1
Wohnmobile .....	45.19.0
Wohnungen .....	68.20.1
Wohnungen für Dritte .....	68.31.1
Wohnwagen .....	45.19.0
Wohnzimmermöbel .....	31.09.9
Wörterbücher .....	58.11.0
Wurmfarmen .....	01.49.0
Wurst .....	10.13.0
Würstchenstände .....	56.10.3
Wurzelknollen .....	01.30.1
Wurzeln .....	01.13.2
Würzmittel .....	10.84.0
Würzsoßen .....	10.84.0
Yachtbau .....	30.12.0
Yachten .....	33.15.0
Yachthäfen .....	42.91.0
Yamswurzeln .....	01.13.2

Yogaunterricht .....	85.51.0
Zähleinrichtungen .....	26.51.2
Zahnarztpraxen .....	86.23.0
Zahnarztstühle .....	32.50.1
Zahnbürsten, elektrische .....	27.51.0
Zahnersatz .....	32.50.3
Zahnfüllungen .....	32.50.1
Zahnputzmittel .....	20.42.0
Zahnradbahnen .....	49.31.0
Zahnräder .....	28.15.0
Zahnräder .....	33.12.0
Zahntechnische Laboratorien .....	32.50.3
Zahnwachs .....	32.50.1
Zahnzement .....	32.50.1
Zäune .....	43.29.9
Zaunpfähle .....	02.20.0
Zeichner .....	90.03.3
Zeiger .....	26.52.0
Zeitauslöser .....	26.52.0
Zeiterfassungsgeräte .....	26.52.0
Zeitnehmer .....	93.19.0
Zeitschaltuhren .....	26.52.0
Zeitschlösser .....	26.52.0
Zeitschriften .....	46.18.7
Zeitschriften .....	46.49.4
Zeitschriften .....	47.62.1
Zeitschriften .....	58.14.0
Zeitungen .....	18.11.0
Zeitungen .....	46.18.7
Zeitungen .....	46.49.4
Zeitungen .....	47.62.1
Zeitungen .....	58.13.0
Zeitungsausschnittdienste .....	63.99.0
Zeitungspapier .....	17.12.0
Zellglasband .....	22.21.0
Zellstoff .....	17.11.0
Zellstoffwatte .....	17.12.0
Zelte .....	13.92.0
Zement .....	23.51.0
Zement .....	46.13.2
Zement .....	46.73.4
Zentralbanken .....	64.11.0
Zentralinstitute .....	64.19.2
Zentralschmieranlagen .....	28.99.0
Zentrifugen .....	28.29.0
Zerkleinern von Metallschrott .....	38.32.0
Zerkleinern, Reinigen und Sortieren von Glas .....	38.32.0

Zerlegen von Schiffs- und Fahrzeugwracks und anderen Altwaren .....	38.31.0
Zervelatwurst .....	10.13.0
Ziegel .....	23.32.0
Ziegen .....	01.45.0
Ziehteile .....	25.50.4
Ziehwerkzeuge .....	25.73.3
Zielvorrichtungen .....	26.70.0
Ziergegenstände .....	23.41.0
Ziergegenstände aus Keramik und Glas .....	47.59.2
Ziergegenstände aus Keramik und Glas für den Haushalt .....	46.15.2
Zierpflanzen .....	01.30.1
Zifferblätter .....	26.52.0
Zigaretten .....	12.00.0
Zigarettenetuis aus Edelmetallen .....	32.12.0
Zigarettenmundstücke .....	22.29.0
Zigarren .....	12.00.0
Zigarrenmundstücke .....	22.29.0
Zimmerei .....	43.91.2
Zimmerpflanzen .....	01.30.1
Zimt .....	01.28.0
Zinkerze .....	07.29.0
Zinklegierungen .....	24.43.0
Zinnerze .....	07.29.0
Zinnlegierungen .....	24.43.0
Zirkusgruppen .....	90.01.3
Zitronen .....	01.23.0
Zitrusfrüchte .....	01.23.0
Zollspedition .....	52.29.1
Zoologische Gärten .....	91.04.0
Zoologischer Bedarf .....	47.76.2
Zucker .....	10.81.0
Zucker .....	46.17.1
Zucker .....	46.36.0
Zuckermelonen .....	01.13.1
Zuckerrohr .....	01.14.0
Zuckerrüben .....	01.13.1
Zuckersirup .....	10.81.0
Zuckerwaren .....	10.82.0
Zuckerwaren .....	46.17.1
Zuckerwaren .....	46.36.0
Zuckerwaren .....	47.24.0
Zugangskontrolldienste .....	80.10.0
Zughaken .....	30.20.1
Zugmaschinen .....	28.92.2
Zugmaschinen .....	33.12.0
Zugmaschinen .....	46.14.6
Zugstiefeln .....	15.20.0

---

Zündkabel .....	29.31.0
Zündkerzen .....	29.31.0
Zusammenpressen großer Metallteile bzw. - Erzeugnisse, wie Eisenbahnwaggons .....	38.32.0
Zuschussvergabe durch Verbraucherorganisationen .....	94.99.3
Zwieback .....	10.72.0
Zwiebeln .....	01.13.1
Zwiebeln .....	01.30.1
Zwirnen .....	13.10.0

## 1. Ausgangslage

Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe, die sich durch Größe und Standort von Einzelhandelsgeschäften herkömmlicher Art unterscheiden, sind geeignet, die raumordnerische und städtebauliche Struktur nachhaltig und bei falscher Standortwahl nachteilig zu beeinflussen.

Aufgabe der Raumordnung ist es, Fehlentwicklungen nach Maßgabe der Erfordernisse der Raumordnung entgegenzuwirken und Ansiedlungsvorhaben räumlich zu steuern. Dazu sind zunehmend Regionale Entwicklungskonzepte und gebietsbezogene Festlegungen der Regionalplanung einzusetzen, die eine vorausschauende und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelsstandorte ermöglichen.

Der Einzelhandel ist eine tragende Säule der Stadtentwicklung und Stadterhaltung. Von besonderer Bedeutung sind dabei

- die Belebung der Innenstädte und Nebenzentren sowie der Ortszentren,
- die Bündelung mit anderen zentralen Einrichtungen in den Stadt- und Ortszentren,
- die Erhaltung und Entwicklung der Stadtgestalt,
- die Attraktivität und Sicherheit des öffentlichen Raumes,
- die Verkehrsverteilung (motorisierter Einkaufsverkehr, ÖPNV, Wirtschaftsverkehr),
- die soziale Integration,
- die wohnungsnahe Versorgung der Bevölkerung.

Der dynamische Strukturwandel im Handel ist insbesondere geprägt durch

- langfristig sinkende Anteile des Einzelhandels am privaten Verbrauch,
- fortschreitende Konzentration in allen Branchen bei gleichzeitiger zunehmender Internationalisierung des Handels,
- nachhaltige Verschiebungen zwischen den Handelsstandorten: weiteres Wachstum der Verkaufsflächen, einhergehend mit einer anhaltenden Erhöhung des Verkaufsflächenanteils der peripheren Standorte (Gewerbe-, Industrie-, Sondergebiete) zu Lasten zentraler Lagen (City, Nebenzentren, Vororte),
- anhaltendes Wachstum bei Fachmärkten und Einkaufszentren, kontinuierlich sinkende Marktanteile kleiner und mittlerer Fachgeschäfte sowie Marktanteilsverluste städtischer Warenhäuser,
- zunehmende Bedeutung neuer Vertriebsformen wie zum Beispiel Electronic Commerce.



Nach dem Baugesetzbuch (BauGB) sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten. Hierbei sind alle berührten öffentlichen und privaten Belange gerecht gegeneinander und untereinander abzuwägen (§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB). In diesem Zusammenhang sind auch die Belange der Wirtschaft zu berücksichtigen. § 1 Abs. 5 Nr. 8 BauGB erwähnt dabei ausdrücklich die mittelständische Struktur der Wirtschaft im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung. Nach § 2 i.V.m. § 1 des Mittelstandsförderungsgesetzes vom 16. Dezember 1975 (GBl. S. 861) sind auch die Auswirkungen der Planungen und Maßnahmen auf die Wirtschaftsstruktur des Einzugsbereichs zu berücksichtigen und der Zweck des Gesetzes zu beachten. Das Gesetz hat den Zweck, eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur, das heißt eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen und freien Berufen in der Wirtschaft in einem angemessenen Verhältnis mit großen Unternehmen sicherzustellen. Die Planungsträger und Genehmigungsbehörden haben auch bei der Bauleitplanung zur Verwirklichung der Zielsetzung des Mittelstandsförderungsgesetzes beizutragen.

Um negativen Auswirkungen durch die Ansiedlungen von Einzelhandelsgroßprojekten wirksamer entgegenzutreten zu können, wurde die Baunutzungsverordnung (BauNVO) mehrfach geändert. Die in der Baunutzungsverordnung zentrale Vorschrift des § 11 Abs. 3 BauNVO hat in ihrer gültigen Fassung von 1990 die Regelung der BauNVO 1986 übernommen.

Die nachfolgende Verwaltungsvorschrift trägt dieser aktuellen Fassung und der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung.

## **2. Die Regelung des § 11 Abs. 3 BauNVO 1990**

### **2.1 Allgemeines**

§ 11 Abs. 3 BauNVO enthält eine Sonderregelung für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Einkaufszentren, großflächigen Einzelhandelsbetrieben und sonstigen großflächigen Handelsbetrieben (im Folgenden als Einzelhandelsgroßprojekte bezeichnet). Danach sind die vorgenannten Betriebe nur in Kerngebieten und in für solche Betriebe ausdrücklich ausgewiesenen Sondergebieten zulässig. Diese Vorschrift schafft neben den in §§ 2 bis 9 BauNVO aufgeführten Baugebieten ein Baugebiet besonderer Art, das "Gebiet für großflächigen Einzelhandel". Seine eigentliche Bedeutung besteht darin, derartige Nutzungen einer speziellen bauleitplanerischen

Regelung zu unterwerfen und die genannten Betriebe aus Gewerbegebieten und Industriegebieten fernzuhalten.

## **2.2 Begriffe**

### **2.2.1 Einkaufszentren**

Ein Einkaufszentrum ist eine räumliche Zusammenfassung von Einzelhandelsbetrieben verschiedener Art und Größe, zumeist in Kombination mit verschiedenartigen Dienstleistungsbetrieben. Sie müssen insgesamt deutlich über 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche aufweisen.

In der Regel wird es sich um einen einheitlich geplanten, finanzierten, gebauten und verwalteten Gebäudekomplex handeln. Aus der für die Anwendung des § 11 Abs. 3 BauNVO maßgeblichen raumorderischen und städtebaulichen Sicht – insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur der Gemeinde – kann aber auch eine nicht von vornherein als solche geplante und organisierte Zusammenfassung von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben ein Einkaufszentrum im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO darstellen. Ein solches "Zusammenwachsen" mehrerer Betriebe zu einem "Einkaufszentrum" setzt jedoch außer der erforderlichen räumlichen Konzentration weitergehend voraus, dass die einzelnen Betriebe aus der Sicht der Kunden als aufeinander bezogen, als durch ein gemeinsames Konzept und durch Koordination miteinander verbunden in Erscheinung treten (vgl. BVerwG, Urteil vom 27.4.1990 - 4 C 16.87 -, BauR 1990, S. 573 = NVwZ 1990, S. 1074).

Hersteller-Direktverkaufszentren (auch als Fabrik-Verkaufs-Zentren oder Factory-Outlet-Center = FOC bezeichnet) sind Einkaufszentren. Mehrere aufeinander bezogene Fachmärkte („Fachmarktzentren“) sind ebenfalls Einkaufszentren.

### **2.2.2 Großflächige Einzelhandelsbetriebe**

Großflächige Einzelhandelsbetriebe sind in Abgrenzung zum sonstigen Handel planungsrechtlich eine eigenständige Nutzungsart.

Einzelhandelsbetriebe sind Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend an letzte Verbraucher verkaufen. Zu ihnen zählen unter anderem alle Kauf- und Warenhäuser, SB-Warenhäuser, SB-Kaufhäuser, Verbrauchermärkte sowie Fachmärkte. Dazu gehört auch der Direktverkauf an Endverbraucher am Standort des Fertigungsbetriebs.

Die Großflächigkeit beginnt, wo üblicherweise die Größe der der wohnungsnahen Versorgung dienenden Einzelhandelsbetriebe (Nachbarschaftsläden) ihre Obergrenze findet. Diese Grenze liegt – unabhängig von regionalen und örtlichen Verhältnissen – etwa bei 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche (so das Bundesverwaltungsgericht für einen der wohnungsnahen Versorgung dienenden Lebensmittelmarkt, Urteil vom 22.5.1987 - 4 C 19.85 -, BauR 1987, S. 528 = NVwZ 1987, S. 1076). Zur Frage, wann ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb Auswirkungen im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO haben kann, siehe Nummer 2.3.

Mehrere an sich selbstständige nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe können dann als ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb angesehen werden, wenn diese Betriebe eine Funktionseinheit bilden. Eine solche Funktionseinheit liegt vor, wenn die Betriebe ein bestimmtes gemeinsames Nutzungskonzept haben, aufgrund dessen die einzelnen Betriebe wechselseitig voneinander profitieren und das die Betriebe nicht als Konkurrenten, sondern als gemeinschaftlich verbundene Teilnehmer am Wettbewerb erscheinen lässt (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 22.1.1996 - 8 S 2964/95 -, BRS 58 Nr. 201).

### **2.2.3 Sonstige großflächige Handelsbetriebe**

Sonstige großflächige Handelsbetriebe sind Betriebe, die in nicht unerheblichem Umfang (mehr als 10 % vom Gesamtumsatz) auch an letzte Verbraucher verkaufen und hinsichtlich ihrer Auswirkungen großflächigen Einzelhandelsbetrieben vergleichbar sind.

Betriebe mit reiner Großhandelsfunktion zählen nicht zu den sonstigen großflächigen Handelsbetrieben. Großhandel liegt vor, wenn an einen Gewerbetreibenden (Wiederverkäufer, gewerblicher Verbraucher/Freiberufler oder Großverbraucher/Behörde/Kantine) betrieblich verwendbare oder betriebsfremde, aber betrieblich verwertbare Waren abgesetzt werden.

Der Absatz von Waren an Gewerbetreibende zu deren privaten Verbrauch rechnet zur Einzelhandelstätigkeit. Die Rechtsprechung hat eine Toleranzgrenze von 10 % des Umsatzes des Großhandelsunternehmens für betriebsfremde Waren zur Deckung des privaten Lebensbedarfs zugestanden.

### **2.2.4 Verkaufsfläche**

Verkaufsfläche ist die Fläche, die dem Verkauf dient einschließlich der Gänge, Treppen in den Verkaufsräumen, Standflächen für Einrichtungsgegenstände, Kassenzonen, Schaufenster und sonstiger Flächen, soweit sie dem Kunden zugänglich sind, sowie Freiverkaufsflächen, soweit sie nicht nur vorübergehend genutzt werden.

### **2.2.5 Sortimente**

Als Sortiment wird die Gesamtheit der von dem Handelsbetrieb angebotenen Warenarten verstanden. Zu dem Warenangebot gehört ein nach dem Charakter des Handelsbetriebs abgestuftes Sortiment an Dienstleistungen.

Der typische Charakter des Betriebs wird von seinem Kernsortiment (zum Beispiel Möbel; Nahrungsmittel, Getränke; Werkzeuge, Bauartikel) bestimmt. Das Randsortiment dient der Ergänzung des Angebots und muss sich dem Kernsortiment deutlich unterordnen. Da auf den Flächen der Randsortimente trotz ihres geringen Anteils an der Gesamtverkaufsfläche oft hohe Umsatzwerte erzielt werden, sind regelmäßig auch die Auswirkungen etwaiger Randsortimente auf die Zentrenstruktur genau zu untersuchen.

Die Sortimentsbreite ist die Vielfalt der angebotenen Warengruppen, die Sortimentstiefe wird durch die Auswahl innerhalb der Warengruppen charakterisiert.

Zentrenrelevante Sortimente zeichnen sich dadurch aus, dass sie zum Beispiel

- viele Innenstadtbesucher anziehen,
- einen geringen Flächenanspruch haben,
- häufig im Zusammenhang mit anderen Innenstadtnutzungen nachgefragt werden und
- überwiegend ohne PKW transportiert werden können.

Bei zentrenrelevanten Sortimenten sind negative Auswirkungen auf die Zentrenstruktur, insbesondere auf die Innenstadtentwicklung zu erwarten, wenn sie überdimensioniert an nicht integrierten Standorten (dazu unten Nr. 2.3.2) angesiedelt werden.

Nahversorgungsrelevante Sortimente sind vor allem die Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere für die Grundversorgung mit Lebensmitteln.

In der Regel zentren- und nahversorgungsrelevant sind die in der Anlage genannten Sortimente. Dabei sind die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere der Zentralitätsgrad der Gemeinde, zu berücksichtigen. In der jeweiligen Innenstadt nicht (mehr) vorhandene Sortimente sind dabei nicht automatisch nicht mehr zentrenrelevant.

## **2.3 Landesplanerische oder städtebauliche Auswirkungen großflächiger Handelsbetriebe**

Großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe gelten dann als Einzelhandelsgroßprojekte im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO, wenn sie nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung haben können.

### **2.3.1 Auswirkungen nach § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO**

Die in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauNVO genannten raumordnerischen oder städtebaulichen Auswirkungen werden in § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO beispielhaft konkretisiert. Im Einzelfall können auch nicht ausdrücklich ausgeführte Auswirkungen von Bedeutung sein. Für die Anwendung von § 11 Abs. 3 BauNVO bedarf es nicht des konkreten Nachweises, dass Auswirkungen tatsächlich eintreten; es genügt vielmehr bereits die Möglichkeit des Eintretens solcher Auswirkungen.

§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO nennt beispielhaft folgende Auswirkungen:

- schädliche Umwelteinwirkungen,
- Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung,
- auf den Verkehr,
- auf die Versorgung der Bevölkerung,
- auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden,
- auf das Orts- und Landschaftsbild und
- auf den Naturhaushalt.

Schädliche Umwelteinwirkungen sind insbesondere auf die Nachbarschaft einwirkende Immissionen durch einen stärkeren Zu- und Abfahrtsverkehr zu dem Vorhaben, zum Beispiel die Zunahme von Lärm- oder Abgasbelastungen in Wohnstraßen. Auswirkungen im Sinne einer Störung sind auch schon dann anzunehmen, wenn die zu erwartenden Belastungen noch nicht die Schwelle der schädlichen Umwelteinwir-

kungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) überschreiten.

Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung und den Verkehr liegen insbesondere vor, wenn die ordnungsgemäße verkehrliche Anbindung des Vorhabens nicht gewährleistet ist beziehungsweise das vorhandene Verkehrsnetz nach seiner Konzeption und Leistungsfähigkeit nicht auf das Vorhaben ausgerichtet ist, insbesondere Einrichtungen des ÖPNV fehlen.

Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung können sich dadurch ergeben, dass durch die zu erwartende Kaufkraftbindung an einem Standort und dadurch verursachter Geschäftsaufgaben im Wohnbereich die ausreichende Nahversorgung, vor allem für nicht motorisierte Bevölkerungsgruppen, beeinträchtigt ist.

Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden sind insbesondere Auswirkungen auf das Stadtzentrum oder die Nebenzentren in den Stadtteilen oder das Ortszentrum einer Gemeinde. Solche Auswirkungen können sich beispielsweise ergeben, wenn durch Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb dieser Zentren eine in der Innenstadt oder im Ortskern eingeleitete, mit öffentlichen Mitteln geförderte städtebauliche Sanierungsmaßnahme nicht planmäßig fortgeführt werden kann oder wenn durch starke Kaufkraftbindung außerhalb der Zentren das Niveau und die Vielfalt der Einzelhandelsgeschäfte in der Innenstadt oder im Ortskern abzusinken drohen. Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in anderen Gemeinden können sich ergeben, wenn der Einzugsbereich eines Einzelhandelsgroßprojekts den zentralörtlichen Versorgungsbereich der Ansiedlungsgemeinde wesentlich überschreitet und die Entwicklung und Versorgungsfunktion von Nachbargemeinden beeinträchtigt.

Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild können insbesondere bei einem nach Lage und Größe aus dem Rahmen der näheren oder weiteren Umgebung fallenden oder in der Landschaft dominierenden Vorhaben gegeben sein. Maßgebend ist, ob sich das Vorhaben in den gegebenen städtebaulichen und landschaftlichen Rahmen einfügt.

Auswirkungen auf den Naturhaushalt können durch eine Beeinträchtigung des Ökosystems gegeben sein, zum Beispiel Versiegelung von Freiflächen mit Stellflächen, Veränderung des Kleinklimas durch ausgedehnte Gebäude.

### 2.3.2 Vermutungsregel nach § 11 Abs. 3 Satz 3 und 4 BauNVO

Nach § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO 1990 sind Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO in der Regel anzunehmen, wenn die Geschossfläche des Betriebs 1200 m<sup>2</sup> überschreitet. Diese Vermutungsregel geht davon aus, dass die Verkaufsfläche erfahrungsgemäß etwa 2/3 der Geschossfläche beträgt und eine Verkaufsfläche oberhalb von 800 m<sup>2</sup> die in der Vorschrift genannten Auswirkungen haben kann.

Nach § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO gilt die – widerlegliche – Vermutung des Satzes 3 nicht, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass Auswirkungen bereits bei weniger als 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche vorliegen oder bei mehr als 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche nicht vorliegen. § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO konkretisiert die Anhaltspunkte – das heißt städtebauliche und betriebliche Besonderheiten – für eine von der Regel des § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO abweichende Beurteilung:

- Gliederung und Größe der Gemeinde und ihrer Ortsteile,
- Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung,
- Warenangebot des Betriebs.

Bei Vorhaben mit mehr als 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche ist im Sinne einer typisierenden Betrachtungsweise ohne besondere Prüfung von den Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO auszugehen, wenn der Antragsteller nicht eine atypische Fallgestaltung nachweist.

Betriebliche Besonderheiten, die von der typischen Fallgestaltung abweichen können, sind insbesondere gegeben,

- wenn der Anteil der Verkaufsfläche wesentlich unter 2/3 der Geschossfläche liegt,
- wenn der Betrieb beschränkt ist auf ein schmales Warensortiment (zum Beispiel Gartenbedarf),
- bei Artikeln, die üblicher Weise mit handwerklichen Dienstleistungen angeboten werden (zum Beispiel Kfz-Handel mit Werkstatt),
- bei Artikeln, die in einer gewissen Beziehung zu gewerblichen Nutzungen stehen (zum Beispiel Baustoffhandel).

Besonderheiten auf der städtebaulichen Seite können beispielsweise darin bestehen,

- dass der Einzugsbereich des Betriebs im Warenangebot bisher unterversorgt war und innerhalb des Einzugsbereichs des Betriebs zentrale Versorgungsbereiche an anderen Standorten nicht vorgesehen oder vorhanden sind oder
- der Betrieb in zentraler und für die Wohnbevölkerung gut erreichbarer Lage (städtebaulich integriert) errichtet werden soll, jedoch nur, wenn ein etwa vorhandenes Zentrenkonzept oder die angestrebte Zentrenstruktur dadurch nicht gestört wird.

Generell gilt für alle atypischen Fallgestaltungen Folgendes:

- Ist bei einer atypischen Fallgestaltung die Vermutungsregel nicht anzuwenden, muss die Abschätzung möglicher Auswirkungen auf konkrete Untersuchungen gestützt werden.
- Die atypische Fallgestaltung kann nicht losgelöst von der Größenordnung des Vorhabens beurteilt werden. Auch bei Vorhaben mit einem schmalen Warensortiment und nicht-zentrenrelevanten Kernsortimenten wie zum Beispiel Möbelhäusern, Bau- und Heimwerkermärkten sowie Gartencentern können aufgrund der Größe des Vorhabens Auswirkungen auf den Verkehr, auf die Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich, auf das Orts- und Landschaftsbild oder auf den Naturhaushalt vorliegen. Außerdem sind bei solchen Vorhaben aufgrund der branchenüblichen zentren- und nahversorgungsrelevanten Randsortimente Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in der Ansiedlungsgemeinde oder in benachbarten Gemeinden möglich und daher auch zu prüfen.
- Bei der Zulassung eines Vorhabens aufgrund einer atypischen Fallgestaltung ist es erforderlich, die Sortimente in der Baugenehmigung festzuschreiben.

### **2.3.3 Sonderfall Agglomeration**

Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO können jedoch auch dadurch gegeben sein, dass mehrere kleinere Betriebe mit einer Größe von jeweils unter 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche in räumlichem und zeitlichem Zusammenhang errichtet werden, zu vorhandenen Betrieben neue Betriebe unter 1200 m<sup>2</sup> hinzutreten oder vorhandene Betriebe entsprechend erweitert oder umgenutzt werden sollen. Solche als isolierte Einzelfälle gegebenenfalls für sich unbedenkliche Vorhaben müssen in ihrem Zusammenhang gesehen werden und können durch eine derartige Agglomeration gemeinsam zu Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauNVO, wenn nicht sogar zu einem Einkaufszentrum werden. Die näheren Voraus-



setzungen ergeben sich aus den Nummern 2.2.1 und 2.2.2.

Auf die Zulässigkeitsbeschränkung durch § 15 BauNVO wird hingewiesen (siehe im Einzelnen Nr. 5.1.5).

Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Beschränkung beziehungsweise den Ausschluss des Einzelhandels kann die Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben unterbunden werden.

### **3. Raumordnungsrechtliche Zulässigkeit**

#### **3.1. Allgemeines**

Die raumordnungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens richtet sich nach den Erfordernissen der Raumordnung, insbesondere nach den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, wie sie im Landesentwicklungsplan (LEP) 1983 und in den Regionalplänen festgelegt sind.

Wesentlicher Aspekt bei der Überprüfung der Raumverträglichkeit eines geplanten Einzelhandelsgroßprojekts ist die Erhaltung ausreichender Versorgungsstrukturen und funktionsfähiger Zentren der Städte und Gemeinden. Die Raumordnung ist kein Instrument der Bedarfsprüfung, der Investitionslenkung oder des Konkurrenzschutzes.

#### **3.2 Raumordnerische Kernregelung**

Kernregelung ist das Ziel der Raumordnung in Plansatz 2.2.34 des LEP 1983 mit folgendem Wortlaut:

"Großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher sollen nur an solchen Standorten ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden, wo sie sich nach Größe und Einzugsbereich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen; sie dürfen weder durch ihre Lage oder Größe noch durch ihre Folgewirkungen das städtebauliche Gefüge, die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns oder die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich beeinträchtigen."

Dieses Ziel ist in den meisten Regionalplänen ausgeformt worden. Die betreffenden

Plansätze enthalten weitere einschränkende Regelungen.

Im Rahmen der gegenwärtig laufenden Fortschreibung des LEP hat die Landesregierung folgende Neuregelung beschlossen:

- Z Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher (Einzelhandelsgroßprojekte) sollen sich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen; sie dürfen in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Hier- von abweichend kommen im Verdichtungsraum auch Kleinzentren und Gemein- den ohne zentralörtliche Funktionen in Betracht, wenn sie mit Siedlungsbereichen benachbarter Ober-, Mittel- oder Unterzentren zusammengewachsen sind.
- Z Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form des großflächigen Einzel- handels sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig.
- Z Die Verkaufsfläche der Einzelhandelsgroßprojekte soll so bemessen sein, dass deren Einzugsbereich den zentralörtlichen Verflechtungsbereich nicht wesentlich überschreitet. Die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbe- reich und die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte dürfen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.
- Z Einzelhandelsgroßprojekte dürfen weder durch ihre Lage und Größe noch durch ihre Folgewirkungen die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Stand- ortsgemeinde wesentlich beeinträchtigen. Einzelhandelsgroßprojekte sollen vor- rangig an städtebaulich integrierten Standorten ausgewiesen, errichtet oder er- weitert werden. Für nicht innenstadtrelevante Warensortimente kommen auch städtebauliche Randlagen in Frage.
- G Neue Einzelhandelsgroßprojekte sollen nur an Standorten realisiert werden, wo sie an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden können.
- G Regionalbedeutsame Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte können in den Re- gionalplänen vor allem auf Grund eines regionalen Entwicklungskonzepts festge- legt werden. Auf der Grundlage von regional abgestimmten Einzelhandelskon- zepten als Teil einer integrierten städtebaulichen Gesamtplanung soll eine aus- gewogene Einzelhandelsstruktur erhalten oder angestrebt werden.

Die mit Z gekennzeichneten Plansätze stellen in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung und somit sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Nr.4 Raumordnungsgesetz – ROG) dar. Dies wurde bei der Ausgestaltung nachstehender raumordnungsrechtlicher Regelungen soweit als möglich berücksichtigt.

Für Einzelhandelsgroßprojekte bestehen somit folgende raumordnerische Mindestanforderungen:

- Das Vorhaben muss sich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen (Kongruenzgebot) und
- darf die im Plansatz 2.2.34 LEP 1983 und die im Fortschreibungsentwurf des LEP genannten weiteren Belange nicht beeinträchtigen (Beeinträchtungsverbot).

### **3.2.1 Kongruenzgebot**

#### **3.2.1.1 Bedeutung**

Das Kongruenzgebot bedeutet zunächst, dass Einzelhandelsgroßprojekte in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden dürfen. Dabei muß das Vorhaben nach Umfang und Zweckbestimmung der räumlich-funktionell zugeordneten Versorgungsaufgabe der jeweiligen Zentralitätsstufe entsprechen. Diese Begrenzung soll sicherstellen, daß der Zentrale Ort die ihm zugewiesene Aufgabe erfüllt. Gleichzeitig wird dadurch verhindert, daß ein Zentraler Ort durch die Aufgabenwahrnehmung außerhalb des ihm zugewiesenen räumlich-funktionellen Aufgabenbereichs die räumlich-strukturell bedeutsame Aufgabenwahrnehmung durch die anderen Zentralen Orte beeinträchtigt.

Die Ober- und Mittelzentren sind im LEP, die Unter- und Kleinzentren in den Regionalplänen verbindlich festgelegt.

#### **3.2.1.2 Ausnahmen**

Abweichend von der Regel kommen auch Standorte in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion insbesondere in Betracht, wenn dies nach den raumstrukturellen Gegebenheiten zur Sicherung der Grundversorgung geboten ist.

### **3.2.1.3 Hersteller-Direktverkaufszentren**

Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form von Einzelhandelsgroßprojekten sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig. Insbesondere bei einer Geschossfläche von weniger als 5000 m<sup>2</sup> können auch Standorte in Mittelzentren in Betracht kommen.

### **3.2.1.4 Verletzung des Kongruenzgebots**

Eine Verletzung des Kongruenzgebots liegt vor, wenn der betriebswirtschaftlich angestrebte Einzugsbereich des Vorhabens den zentralörtlichen Verflechtungsbereich der Standortgemeinde wesentlich überschreitet. Eine wesentliche Überschreitung ist in der Regel gegeben, wenn mehr als 30 % des Umsatzes aus Räumen außerhalb des Verflechtungsbereichs erzielt werden soll.

## **3.2.2 Beeinträchtigungsverbot**

### **3.2.2.1 Bedeutung**

Das Vorhaben darf

- das städtebauliche Gefüge und die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns (Stadt- und Ortskerns) sowie
- die verbrauchernahe Versorgung im Einzugsbereich des Vorhabens nicht beeinträchtigen.

### **3.2.2.2 Beeinträchtigung des städtebaulichen Gefüges**

Das Vorhaben darf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung der Standortgemeinde nicht beeinträchtigen. Zur Beurteilung dieses städtebaulichen Kriteriums ist § 11 Abs. 3 Satz 2 BauNVO entsprechend anzuwenden (vgl. Nr. 2.3.1).

### **3.2.2.3 Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns und der verbrauchernahen Versorgung**

Wird ein Einzelhandelsgroßprojekt im zentralörtlichen Versorgungskern (Stadt- und Ortskern) errichtet oder erweitert oder diesem in unmittelbarer Nähe zugeordnet, ist in der Regel keine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit dieses Versorgungskerns der Standortgemeinde gegeben. Solche Standorte haben deshalb Vorrang vor städ-

tebaulichen Randlagen.

Städtebauliche Randlagen kommen am ehesten für Vorhaben mit nicht zentrenrelevanten und nicht nahversorgungsrelevanten Waren als Kernsortiment (zum Beispiel Möbel-Einrichtungshäuser, Bau- und Gartenmärkte) in Betracht, wenn die zentren- und nahversorgungsrelevanten Randsortimente nach Umfang und Zweckbestimmung so begrenzt werden, daß sie weder die verbrauchernahe Versorgung noch die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns (Stadt- und Ortskern) wesentlich beeinträchtigen und dort keine geeigneten Flächen zur Ansiedlung entsprechender Vorhaben zur Verfügung stehen.

Die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskerns (Stadt- und Ortskern) der Standortgemeinde oder die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte sowie die verbrauchernahe Versorgung im Einzugsbereich sind in der Regel wesentlich beeinträchtigt, wenn dort aufgrund des Vorhabens und des zu erwartenden Kaufkraftabflusses Geschäftsaufgaben drohen. Anhaltswert für eine derartige Annahme ist ein Umsatzverlust bei zentren- oder nahversorgungsrelevanten Sortimenten von ca. 10 % und bei nicht zentrenrelevanten und nicht nahversorgungsrelevanten Sortimenten von ca. 20 % im vorhabenspezifischen Sortiment.

### **3.3 Weitere Erfordernisse der Raumordnung**

Bei der raumordnerischen Überprüfung eines Vorhabens sind neben der vorstehenden Kernregelung und entsprechenden regionalplanerischen Konkretisierungen die weiteren im Einzelfall einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung, insbesondere die Grundsätze und Ziele im LEP und in den Regionalplänen mit heranzuziehen (zum Beispiel Regelungen des Umweltschutzes, des Städtebaus, des Verkehrs, des Natur- und Landschaftsschutzes).

### **3.4 Erweiterungsvorhaben**

Bei der raumordnerischen Beurteilung von Erweiterungsvorhaben ist auf Warenangebot, Umfang und Auswirkungen des Gesamtbetriebs nach Erweiterung abzustellen.

### **3.5 Agglomeration**

Für Agglomerationen nach Nr. 2.3.3 gelten die Regelungen in Kapitel 3 entsprechend.

### **3.6 Bindungswirkungen der Erfordernisse der Raumordnung**

Gemäß § 4 ROG sind die Ziele der Raumordnung zu beachten und Grundsätze sowie sonstige Erfordernisse der Raumordnung bei der Abwägung zu berücksichtigen.

Bauleitpläne sind gemäß § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung anzupassen.

### **3.7 Raumordnungsverfahren**

Für Einzelhandelsgroßprojekte ist gemäß § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LplG) in Verbindung mit § 1 Satz 3 Nr. 19 Raumordnungsverordnung (RoV) in der Regel ein Raumordnungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung (vgl. hierzu Nr. 4.2.8) durchzuführen. Mit der Einfügung der Nummer 19 in die Raumordnungsverordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1998 ist der Schwellenwert in § 13 Abs. 1 LplG („mehr als 5000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche“) durch das überlagernde Bundesrecht hinfällig geworden. Die Regierungspräsidien als höhere Raumordnungsbehörden entscheiden im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens.

Im Raumordnungsverfahren ist das einzelne Vorhaben nicht isoliert zu betrachten, sondern im Kontext mit den gegebenen und aktuell entstehenden zentralörtlichen Versorgungsstrukturen zu beurteilen. Dabei sind vorhandene Einzelhandelsgroßbetriebe sowie hinreichend bekannte und konkrete Vorhaben mit im Wesentlichen denselben Warensortimenten in die Beurteilung einzubeziehen. Außerdem können grundsätzlich auch Flächen berücksichtigt werden, die in einem Bebauungsplan als Sondergebiet großflächiger Einzelhandel mit einem bestimmten Sortiment und einer bestimmten Verkaufsfläche festgesetzt sind und deren Erschließung gesichert ist.

Das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens ist im nachfolgenden Bauleitplanverfahren nach Maßgabe der dafür geltenden Bestimmungen als abwägungsrelevanter Belang zu berücksichtigen. Die Pflicht, Ziele der Raumordnung zu beachten (§ 4 ROG) und Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 BauGB), bleibt unberührt.

Im Übrigen wird auf die Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Durchführung von Raumordnungsverfahren (VwV-ROV) in der jeweils geltenden Fassung verwiesen.

### **3.8 Unterrichtungspflicht, Auskunftspflicht**

Nach § 18 LplG haben alle öffentlichen Planungsträger den Raumordnungsbehörden und den Regionalverbänden Auskunft über die von ihnen beabsichtigten oder im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu ihrer Kenntnis gelangenden Planungen und Maßnahmen zu erteilen, soweit diese für die Raumordnung von Bedeutung sein können. Beabsichtigt ein Träger der Bauleitplanung, einen Bauleitplan als Grundlage für die Errichtung eines Einzelhandelsgroßprojekts aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, so hat er das Regierungspräsidium und den Regionalverband zu unterrichten. Diese beraten nach § 12 Abs. 3 Satz 1 LplG den Träger der Bauleitplanung und unterrichten ihn über die Erfordernisse der Raumordnung.

### **3.9 Unterrichtung bei grenzüberschreitenden Vorhaben**

Auf Grund der mit Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz abgeschlossenen Staatsverträge über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung unterrichtet die höhere Raumordnungsbehörde so frühzeitig wie möglich die jeweils zuständige Landesplanungsbehörde des Nachbarlandes über Vorhaben mit grenzüberschreitenden Auswirkungen.

Die förmliche Beteiligung der Nachbarländer und Nachbarstaaten im Raumordnungsverfahren bleibt unberührt.

### **3.10 Regionale Entwicklungskonzepte für den Einzelhandel**

Den Trägern der Regionalplanung wird empfohlen, Entwicklungskonzepte für den Einzelhandel auszuarbeiten, die eine vorausschauende, zielgerichtete und koordinierte Entwicklung der Einzelhandelsstandorte sowie fundierte Standortbewertungen und -entscheidungen ermöglichen.

Auf dieser Grundlage können insbesondere Standorte für regionalbedeutsame Einzelhandelsgroßprojekte in den Regionalplänen gebietsscharf festgelegt werden. Die Regionalbedeutsamkeit eines Vorhabens ist in der Regel ab einer Verkaufsfläche von ca. 5000 m<sup>2</sup> gegeben. Sie ist im Einzelfall zu prüfen. Dabei sind vor allem der jeweilige Betriebstyp und die raumstrukturelle Situation am vorgesehenen Standort von Bedeutung.

## **4. Gemeindliche Planung**

### **4.1 Gemeindliche Einzelhandelskonzepte**

Bei der Steuerung der Einzelhandelsentwicklung kommt den Gemeinden eine entscheidende Rolle zu. Mit der Aufstellung von gemeindlichen Einzelhandelskonzepten und der planungsrechtlichen Absicherung dieser Konzepte durch Bauleitpläne können die Gemeinden die Entwicklung ihrer Zentren und Nebenzentren unterstützen und für eine ausgewogene Versorgung sorgen. Vorhandene regionale Einzelhandelskonzepte sind dabei zu berücksichtigen. Einzelhandelskonzepte schaffen einerseits eine Orientierungs- und Beurteilungsgrundlage für die Bauleitplanung und die Beurteilung von Vorhaben wie auch andererseits Planungs- und Investitionssicherheit für den Einzelhandel, Investoren und Grundstückseigentümer. Einzelhandels- und Verkehrskonzepte müssen Hand in Hand gehen. Sie sind Bestandteil einer integrierten kommunalen Entwicklungsplanung. Der Erschließung von Einzelhandelsstandorten durch den öffentlichen Nahverkehr kommt eine große Bedeutung zu.

In den Einzelhandelskonzepten legen die Gemeinden ihre Entwicklungsziele für den Einzelhandel und die Standorte für die weitere Entwicklung des Einzelhandels fest. Bei der Aufstellung kommunaler Einzelhandelskonzepte ist insbesondere eine Beteiligung der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und Organisationen des Einzelhandels, der Regionalverbände sowie eine Abstimmung mit den betroffenen Nachbargemeinden im Sinne einer freiwilligen interkommunalen/regionalen Abstimmung zu empfehlen.

Bei der Aufstellung beziehungsweise Änderung von Flächennutzungsplänen muss im Erläuterungsbericht eine Darlegung des Bestandes zentraler Einrichtungen einschließlich Einzelhandelsschwerpunkten und zu deren beabsichtigter Fortentwicklung erfolgen. Dies gehört zu den zentralen Punkten einer vorbereitenden Bauleitplanung. Im Erläuterungsbericht kann insoweit auf eine vorhandene Einzelhandelskonzeption Bezug genommen werden. Bei den Darlegungen ist auch auf noch vorhandene ältere Bebauungspläne, denen eine frühere Fassung der Baunutzungsverordnung zugrunde liegt, nach der Einzelhandelsgroßprojekte in Gewerbegebieten und Industriegebieten zulässig sind, einzugehen (vgl. Nr. 4.3). Soll ausnahmsweise eine umgehende Umstellung solcher älterer Bebauungspläne auf die BauNVO 1990 nicht erfolgen, ist dies ausführlich zu begründen. Ohne ausreichende Thematisierung der Steuerung der zentralen Einrichtungen, namentlich der Einzelhandelsgroßprojekte, ist dem Flächennutzungsplan die Genehmigung zu versagen, da er der Grundanforderung, für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten



städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen darzustellen, nicht gerecht wird.

## **4.2 Bauleitplanung**

### **4.2.1 Anpassung der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung**

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dementsprechend sind Ziele der Raumordnung für die Bauleitplanung unmittelbar bindende Vorgaben und nicht Gegenstand der Abwägung nach § 1 Abs. 6 BauGB.

### **4.2.2 Darstellung im Flächennutzungsplan**

Wegen der städtebaulichen Bedeutung von Vorhaben nach § 11 Abs. 3 BauNVO sollten außerhalb der eigentlichen Ortskerne mit zentralen Funktionen beabsichtigte Kerngebiete bereits im Flächennutzungsplan als solche dargestellt werden. Bei der allgemeinen Zweckbestimmung des Kerngebiets, neben Handelsbetrieben die zentralen Einrichtungen von Wirtschaft, Verwaltung und Kultur aufzunehmen, wird aber regelmäßig die Darstellung von Kerngebieten in peripherer Lage nicht vertretbar sein. Ebenso wenig dürfte in derartigen Lagen die Entwicklung eines Bebauungsplans mit der Festsetzung Kerngebiet aus einer im Flächennutzungsplan dargestellten gewerblichen Baufläche oder gemischten Baufläche zulässig sein.

Bei der Darstellung eines Sondergebiets nach § 11 Abs. 3 BauNVO sollte neben der erforderlichen Zweckbestimmung (zum Beispiel "Sondergebiet – großflächige Einzelhandelsbetriebe") auch schon die Geschossfläche nach § 16 Abs. 1 BauNVO im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Nur so können die Auswirkungen zulässiger Vorhaben sicher beurteilt werden. Zur besseren Beurteilung ist außerdem eine weitere Konkretisierung der Zweckbestimmung (zum Beispiel Möbelmarkt) zu empfehlen.

### **4.2.3 Festsetzung im Bebauungsplan**

#### **4.2.3.1 Festsetzung "Kerngebiet"**

Die Festsetzung eines Kerngebiets, das lediglich dazu dienen soll, anstelle eines an sich erforderlichen Sondergebiets Vorhaben nach § 11 Abs. 3 BauNVO aufzunehmen, ohne sonstige für das Kerngebiet typische Funktionen zu übernehmen, ist eine Umgehung der Vorschriften der §§ 7 und 11 Abs. 3 BauNVO und daher unzulässig.

Bei Festsetzung von Kerngebieten außerhalb der vorhandenen Zentren oder Nebenzentren sowie in kleineren Gemeinden ist zu prüfen, ob eine Einschränkung der Einzelhandelsnutzung auf eine bestimmte Größenordnung vorgesehen werden muss.

#### **4.2.3.2 Festsetzung "Sondergebiet"**

Für Sondergebiete muss die Zweckbestimmung speziell festgesetzt werden. Während die Baunutzungsverordnung bei den übrigen Baugebieten der §§ 2 bis 9 die Zweckbestimmung des Gebiets und die zulässige Art der Nutzung selbst festlegt, müssen die Regelungen bei Sondergebieten im Bebauungsplan getroffen werden. Neben der Angabe der Zweckbestimmung (SO-Gebiet für großflächige Einzelhandelsbetriebe) ist die Festsetzung der Art der Nutzung, d.h. der einzeln aufzuführenden zulässigen Anlagen, unerlässlich. Danach sind insbesondere die Verkaufsflächen, das Sortiment sowie die Begrenzung des Randsortiments nach Art und Umfang im Einzelnen festzusetzen (Nr. 2.2.5). Wenn sich aus einer entsprechenden Begründung das städtebauliche Erfordernis ergibt, kann die höchstzulässige Verkaufsfläche als Gesamtverkaufsfläche des Sondergebiets oder Verkaufsfläche einzelner Handelsbetriebe oder Branchen ohne Bindung an vorgegebene Anlagentypen festgesetzt werden (vgl. BVerwG, Urteil vom 27.4.1990 - 4 C 36.87 -, NVwZ 1990, S. 1071 = BauR 1990, S. 569 = DVBl 1990, S. 1108).

#### **4.2.3.3 Beschränkung des Einzelhandels in sonstigen Baugebieten**

Bei Festsetzungen von Baugebieten, insbesondere von Mischgebieten und Gewerbegebieten, ist zu prüfen, ob im Hinblick auf eine unerwünschte Agglomeration von Einzelhandelsbetrieben (Nr. 2.3.3) oder zum Schutz zentraler Versorgungsbereiche gegebenenfalls eine Einschränkung der Einzelhandelsnutzung vorgesehen werden muss. So können nach § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO bei Vorliegen besonderer städtebaulicher Gründe bestimmte Arten an sich zulässiger Nutzungen und baulicher Anlagen ausgeschlossen beziehungsweise eingeschränkt werden. Festsetzungen, die auf die Größe von Anlagen abstellen (hier: Verkaufsfläche von Handelsbetrieben), sind jedoch nur zulässig, wenn dadurch bestimmte Arten von baulichen oder sonstigen Anlagen (Anlagentypen) – gegebenenfalls auch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Gemeinde – zutreffend gekennzeichnet werden (BVerwG, Urteil vom 22.5.1987 - 4 C 77.84 -, BauR 1987, S. 524 = DVBl 1987, S. 1004 = DÖV 1987, S. 1011). Weiterhin kann beispielsweise die Einzelhandelsnutzung in Gewerbegebieten völlig ausgeschlossen oder nur als Ausnahme vorgesehen werden.

#### **4.2.4 Bestimmungen in der Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan**

Eine Satzung über einen Vorhaben- und Erschließungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan), die ein Vorhaben mit Auswirkungen des § 11 Abs. 3 BauNVO zum Inhalt hat, ist in der städtebaulichen Einbindung wie ein entsprechendes Sondergebiet zu behandeln. Die Ausführungen zur Darstellung von Sondergebieten im Flächennutzungsplan beziehungsweise Festsetzung im Bebauungsplan gelten somit entsprechend.

Werden mit der festgesetzten Einzelhandelsnutzung andere zentrenrelevante Nutzungen wie zum Beispiel Einrichtungen im Bereich von Freizeit und Unterhaltung, Gastronomie, Kultur und dergleichen verbunden, sind auch insoweit die Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO zu berücksichtigen. Dies ergibt sich unmittelbar aus § 1 Abs. 5 und 6 BauGB. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan kann demnach unzulässig sein, auch wenn eine Bindung an die Baunutzungsverordnung nicht besteht.

#### **4.2.5 Beteiligung der benachbarten Gemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)**

Wegen des häufig über die Gemeindegrenzen hinausgehenden Einzugsgebietes von Einzelhandelsgroßbetrieben sind alle Gemeinden zu beteiligen, die von den Auswirkungen betroffen sein können. Dies gilt auch dann, wenn Gemeinden in einem anderen Bundesland liegen. Für die (materielle) gemeindenachbarliche Abstimmungspflicht kommt es nicht auf ein unmittelbares Angrenzen der Gemeinde an (BVerwG, Beschluss vom 9.1.1995 - 4 NB 42.94 -, DÖV 1995, S. 820).

#### **4.2.6 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 BauGB)**

Bei der Planung von Einzelhandelsgroßprojekten kommt neben den Regierungspräsidien als höheren Raumordnungsbehörden und den Regionalverbänden den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern als zu beteiligenden Trägern öffentlicher Belange besondere Bedeutung zu. Sie sind möglichst frühzeitig in das Planverfahren einzuschalten.

Bei Planungen im Zusammenhang mit Einzelhandelsnutzungen kann es fachlich geboten sein, außerhalb der förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zusätzlich die Einzelhandelsverbände um Stellungnahme zu bitten.

#### **4.2.7 Planungserfordernis, Abwägungsgebot**

Bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten wird der Flächenbedarf der Vorhaben und das Koordinationsbedürfnis der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange in der Regel eine förmliche Bauleitplanung erfordern (§ 1 Abs. 3 BauGB). Der Nachweis der Erforderlichkeit der Planung muss deren mögliche Auswirkungen im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO, insbesondere auf die infrastrukturelle Ausstattung der vorhandenen Zentren und Nebenzentren sowohl der planenden als auch der Nachbargemeinden, erkennen lassen.

Die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange kann bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben unter Umständen fehlerhaft sein, wenn die Ansiedlung solcher Betriebe zu wesentlichen Beeinträchtigungen ausgewogener Strukturen führt oder nur einzelnen Bevölkerungsgruppen zugute kommt. Dies kann zum Beispiel bei einer einseitigen Bevorzugung der Bevölkerungsgruppen, die sich des Individualverkehrs bedienen, der Fall sein.

#### **4.2.8 Umweltverträglichkeitsprüfung**

Für Einzelhandelsgroßprojekte ist in der Regel ein Raumordnungsverfahren mit integrierter raumordnerischer Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen (§ 13 LplG i.V.m. § 1 Satz 3 Nr. 19 RoV). Daneben unterliegen Bebauungspläne, die für die Errichtung von Einzelhandelsgroßprojekten im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 BauNVO ab einer Geschossfläche von 5000 m<sup>2</sup> aufgestellt werden, der (allgemeinen) Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung i.V.m. Nummer 18 der Anlage zu § 3).

Der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf für ein Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz“ sieht für Bebauungspläne, die im bisherigen Außenbereich für die Errichtung von Einzelhandelsgroßprojekten im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 BauNVO aufgestellt werden, bei einer zulässigen Geschossfläche von 5000 m<sup>2</sup> oder mehr eine Umweltverträglichkeitsprüfung generell und bei einer zulässigen Geschossfläche von 1200 m<sup>2</sup> bis weniger als 5000 m<sup>2</sup> dann vor, wenn eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls die UVP-Pflicht ergibt; darüber hinaus sind auch solche Bebauungspläne UVP-pflichtig, die für Einzelhandelsgroßprojekte mit einer zulässigen Geschossfläche von 1200 m<sup>2</sup> oder mehr in sonstigen Gebieten aufgestellt werden, wenn eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls die Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht ergibt (vgl. Bundesratsdrucksache 674/00, Stand 10.11.2000). Das

weitere Gesetzgebungsverfahren bleibt insoweit abzuwarten.

Falls ein Raumordnungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, führt dies zu einer Entlastung der Umweltverträglichkeitsprüfung im anschließenden Bebauungsplanverfahren. Umweltauswirkungen, die bereits im Raumordnungsverfahren geprüft wurden, müssen im Bebauungsplanverfahren nicht erneut geprüft werden. Die Umweltverträglichkeitsprüfung im Raumordnungsverfahren soll sich auf raumbedeutsame überörtliche Umweltaspekte beschränken. Welche Umweltauswirkungen im konkreten Einzelfall als raumbedeutsam einzustufen sind, ist bei der Erarbeitung des Untersuchungsrahmens im Raumordnungsverfahren festzulegen.

### **4.3 Überprüfung und Anpassung älterer Bebauungspläne**

#### **4.3.1 Planungserfordernis und Änderung älterer Bebauungspläne**

Im Geltungsbereich von Bebauungsplänen, die noch aufgrund der BauNVO 1962 und 1968 aufgestellt wurden, sind Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO gegebenenfalls uneingeschränkt zulässig. Sind solche Vorhaben im Hinblick auf ihre Auswirkungen dort raumordnerisch oder städtebaulich nicht vertretbar, so kann eine weitere Fehlentwicklung nur durch eine Änderung der Bebauungspläne im Wege der Umstellung auf die BauNVO 1990 verhindert werden. Dies gilt insbesondere für Industrie- und Gewerbegebiete. In diesen Fällen ergibt sich somit ein Planungserfordernis und damit eine Planungspflicht der Gemeinde im Sinne von § 1 Abs. 3 i.V.m. § 2 Abs. 4 BauGB. Die zeit- und sachgerechte Erfüllung dieser gesetzlichen Aufgabe ist von den Aufsichtsbehörden zu überwachen und gegebenenfalls im Aufsichtsweg durchzusetzen.

Die Änderung der Bebauungspläne kann nicht im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden. In der Regel genügt eine textliche Planänderung, auch soweit damit zusätzlich die Instrumente des § 1 Abs. 4, 5 und 9 BauNVO angewendet werden sollen. Eine pauschale Änderung mehrerer Bebauungspläne ohne individuelle Begründung für den einzelnen Plan ist im Hinblick auf die insoweit restriktive Rechtsprechung nicht unbedenklich, es sei denn, sie träfe auf alle geänderten Bebauungspläne in gleichem Maße zu. Bebauungspläne sollten jeweils nicht nur in räumlichen Teilbereichen des Plans auf die BauNVO 1990 umgestellt werden. Die Änderung kann sich jedoch gegebenenfalls auf die Festsetzung der Art der baulichen Nutzung beschränken. Zur Sicherung der Planung empfiehlt sich der Erlass einer Veränderungssperre oder die Zurückstellung kritischer Baugesuche.

#### **4.3.2 Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung**

Die Änderung von Bebauungsplänen kann zu Entschädigungsansprüchen nach §§ 42 ff. BauGB führen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die durch die Änderung ausgeschlossene Nutzung bisher zulässig war und durch die Aufhebung der zulässigen Nutzung eine nicht nur unwesentliche Wertminderung des Grundstücks eintritt. Der Bebauungsplan muss formell und materiell rechtsgültig sein; nach § 30 BauGB muss die Erschließung rechtlich und tatsächlich gesichert sein. Entschädigungsansprüche gegen die Gemeinde könnten sich danach nur ergeben, wenn vor der Änderung des Bebauungsplans und damit dem Ausschluss von Einzelhandelsgroßbetrieben eine den Erfordernissen des Zu- und Abgangsverkehrs dieser Einrichtungen entsprechende Erschließung gesichert war. Von einer nicht nur unwesentlichen Wertminderung von Grundstücken ist nur dann auszugehen, wenn in dem Gebiet oder für bestimmte Flächen im Hinblick auf die Zulässigkeit dieser Anlagen bei vorhandener Erschließung bereits ein Verkehrswert entstanden ist, der erheblich über dem Verkehrswert vergleichbarer Gewerbegebiete und Industriegebiete liegt, in denen die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben nicht möglich ist. Auf die Gewinnerwartung des einzelnen Grundstückseigentümers und auf seine persönlichen Nutzungsvorstellungen kommt es nicht an.

Nach Ablauf der in § 42 Abs. 2 BauGB bezeichneten Frist von sieben Jahren ab Zulässigkeit kann ein Entschädigungsanspruch infolge Planänderung nach § 42 Abs. 3 BauGB nur noch für Eingriffe in die tatsächlich ausgeübte Nutzung des Grundstücks geltend gemacht werden. Die Höhe der Entschädigung beim Grundstückswert bemisst sich nach dem Unterschied zwischen dem Wert des Grundstücks aufgrund der ausgeübten Nutzung und seinem Wert nach der Planänderung. Insbesondere bei Bebauungsplänen auf der Grundlage der BauNVO 1962 und 1968 ist diese Frist von sieben Jahren in der Regel seit langem abgelaufen.

## **5. Baurechtliche Zulässigkeit von Vorhaben im Einzelfall**

### **5.1 Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (§ 30 BauGB)**

Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB (qualifizierter Bebauungsplan) ist ein Vorhaben zulässig, wenn es diesen Festsetzungen nicht widerspricht und die Erschließung gesichert ist. Das gleiche gilt für Vorhaben im Geltungsbereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 2 BauGB).

Im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3 BauGB) richtet sich die Zulässigkeit des Vorhabens im Übrigen nach § 34 BauGB (Nr. 5.2.4) oder § 35 BauGB (Nr. 5.3).

Ist ein Baugebiet festgesetzt, ist § 15 BauNVO zu beachten (Nr. 5.1.5).

Die zulässige Art der baulichen Nutzung ist in den Bebauungsplänen durch Baugebiete nach der Baunutzungsverordnung festgesetzt. Der jeweils festgesetzte Baugebietstyp der Baunutzungsverordnung findet damit Eingang in den Bebauungsplan (§ 1 Abs. 3 BauNVO). Dem Bebauungsplan ist jeweils die Fassung der Baunutzungsverordnung zugrunde zu legen, die am ersten Tag der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplansentwurfs in Kraft war (vgl. §§ 25 bis 25c BauNVO).

Die einzelnen Fassungen der Baunutzungsverordnung sind wie folgt in Kraft getreten:

- Die Ursprungsfassung vom 26.06.1962 am 01.08.1962,
- die erste Änderungsverordnung vom 26.11.1968 am 01.01.1969,
- die zweite Änderungsverordnung vom 15.09.1977 am 01.10.1977,
- die dritte Änderungsverordnung vom 19.12.1986 am 01.01.1987 und
- die vierte Änderungsverordnung vom 23.01.1990 am 27.01.1990.

#### **5.1.1 Bebauungspläne auf der Grundlage der BauNVO 1986/BauNVO 1990**

Einzelhandelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO sind außer in Kerngebieten nur in für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig. Für sie gilt die Vermutungsgrenze von 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche.

### **5.1.2      Bebauungspläne auf der Grundlage der BauNVO 1977**

Einzelhandelsbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO sind außer in Kerngebieten nur in für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig. In anderen Baugebieten sind sie daher unzulässig. Für sie gilt die Vermutungsgrenze von 1500 m<sup>2</sup> Geschossfläche. § 11 Abs. 3 Satz 4 BauNVO 1986 findet auch auf Bebauungspläne auf der Grundlage des § 11 Abs. 3 BauNVO 1977 entsprechende Anwendung (§ 25b BauNVO).

Der Begriff des „Verbrauchermarkts“ entspricht im wesentlichen dem des großflächigen Einzelhandelsbetriebs in den neueren Fassungen der Baunutzungsverordnung ab 1977, in den er aufgegangen ist.

### **5.1.3      Bebauungspläne auf der Grundlage der BauNVO 1968**

Im Geltungsbereich von Bebauungsplänen, denen die BauNVO 1968 zugrunde liegt, sind Einkaufszentren und Verbrauchermärkte, die nach Lage, Umfang und Zweckbestimmung vorwiegend der übergemeindlichen Versorgung dienen sollen (mehr als 50 % des erwarteten Umsatzes außerhalb der Gemeinde), außer in Kerngebieten nur in den für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig (§ 11 Abs. 3 BauNVO 1968). Einkaufszentren und Verbrauchermärkte, die nicht vorwiegend der übergemeindlichen Versorgung dienen, sind demnach als Einzelhandels- oder Gewerbebetriebe auch in anderen Baugebieten nach der BauNVO 1968, insbesondere in Mischgebieten, Gewerbegebieten und Industriegebieten zulässig.

Zur Beurteilung der Frage, ob ein Vorhaben vorwiegend der übergemeindlichen Versorgung dienen soll oder wird, ist im Zweifelsfall (insbesondere bei Vorhaben mit mehr als 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche) ein neutrales Fachgutachten einzuholen.

### **5.1.4      Bebauungspläne auf der Grundlage der BauNVO 1962**

Im Geltungsbereich von Bebauungsplänen, denen die BauNVO 1962 zugrunde liegt, sind Handelsbetriebe aller Art in Mischgebieten, Kerngebieten, Gewerbegebieten und Industriegebieten zulässig.

### **5.1.5      Zulässigkeitsbeschränkung durch § 15 BauNVO**

§ 15 BauNVO ist in der im Baugenehmigungsverfahren gültigen Fassung der Baunutzungsverordnung auf alle nach der Baunutzungsverordnung festgesetzten Bau-



gebiete anzuwenden. Dies gilt unabhängig davon, welche Fassung der Baunutzungsverordnung dem Bebauungsplan zugrunde zu legen ist.

Vorhaben im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO sind demnach im Einzelfall unzulässig, wenn sie nach Anzahl, Lage, Umfang oder Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebiets widersprechen. Sie sind auch unzulässig, wenn von Ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können, die nach der Eigenart des Baugebiets im Baugebiet selbst oder in dessen Umgebung unzumutbar sind oder wenn sie solchen Belästigungen oder Störungen ausgesetzt werden. Die durch § 15 BauNVO geschützte maßgebliche Umgebung auch außerhalb des Baugebiets reicht nur so weit, wie unmittelbare Wirkungen eines Vorhabens die Nutzung anderer Grundstücke in baulichtlicher Hinsicht beeinträchtigen können. Eine Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit der in der maßgeblichen Umgebung oder in einzelnen Stadtteilzentren ausgeübten Einzelhandelsnutzung kann durch Anwendung des § 15 BauNVO nicht verhindert werden. „Fernwirkungen“ finden daher im Rahmen des § 15 BauNVO keine Berücksichtigung.

Unzumutbare Belästigungen oder Störungen im Sinne des § 15 Abs. 1 Satz 2 BauNVO können jedoch beispielsweise darin bestehen, dass ein hohes Verkehrsaufkommen die öffentlichen Straßen in der maßgeblichen Umgebung ungewöhnlich belastet, so dass der Zu- und Anlieferungsverkehr anderer Grundstücke erheblich behindert wird oder Wohngrundstücke durch Immissionen stark beeinträchtigt werden. Die Eigenart eines Baugebiets (§ 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO) lässt sich einerseits unmittelbar anhand der Festsetzungen des Bebauungsplans sowie aus der bereits vorhandenen und zugelassenen Bebauung feststellen. So können zum Beispiel auch Festsetzungen über die Verkaufsfläche die Eigenart des Baugebiets wesentlich mitbestimmen. Weiterer Aufschluss kann sich aus der Begründung zum Bebauungsplan ergeben. Aus ihr kann beispielsweise hervorgehen, dass der Bebauungsplan der Ansiedlung von Betrieben des produzierenden Gewerbes dienen soll, die aus der Innenstadt verlagert werden sollen.

Kleinere Betriebe, die im Einzelnen keine, in der Ansammlung mit anderen kleinen Betrieben aber Auswirkungen im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO hervorrufen, können im Einzelfall nach § 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO unzulässig sein, wenn sie nach Anzahl, Lage, Umfang oder Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebiets widersprechen, zum Beispiel wenn sich in einem Mischgebiet ein Einkaufszentrum oder ein Gebiet für Einzelhandelsgrößbetriebe entwickelt. In einem Mischgebiet allgemein zulässige Einzelhandelsbetriebe können im Einzelfall nach Anzahl und Umfang der

Eigenart des Baugebiets widersprechen, weil im selben Gebiet bereits Einzelhandelsbetriebe zugelassen worden sind und das gebotene quantitative Mischungsverhältnis von Wohnen und nicht wesentlich störendem Gewerbe durch die Zulassung eines weiteren Betriebs gestört würde (vgl. BVerwG, Urteil vom 4.5.1988 - 4C 34.86 - , BauR 1988, S. 440).

## **5.2 Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)**

### **5.2.1 Allgemeines**

Die planungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO im unbeplanten Innenbereich ist unterschiedlich zu beurteilen, und zwar

- bei einer näheren Umgebung, die uneinheitlich strukturiert und keinem Baugebiet der Baunutzungsverordnung vergleichbar ist, nur nach § 34 Abs. 1 BauGB (Nr. 5.2.2);
- bei einer näheren Umgebung, die einem Baugebiet der Baunutzungsverordnung entspricht, hinsichtlich der Art der Nutzung nach § 34 Abs. 2 BauGB, hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung, der Bauweise und der überbaubaren Grundstücksfläche nach § 34 Abs. 1 BauGB (Nr. 5.2.3);
- bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 2 BauGB) vorweg nach dessen Festsetzungen (Nr. 5.1), im Übrigen nach § 34 Abs. 1 oder 2 BauGB (Nr. 5.2.4).

Zulässigkeitsvoraussetzung für die Vorhaben in allen Bereichen ist die gesicherte Erschließung (Nr. 5.2.5).

### **5.2.2 Zulässigkeit nach § 34 Abs. 1 BauGB**

Ein Vorhaben ist zulässig, wenn es sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Ein Vorhaben fügt sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und zu überbauenden Grundstücksfläche immer dann ein, wenn es sich innerhalb des sich aus der näheren Umgebung ergebenden Rahmens hält, also in der näheren Umgebung bereits vorhanden ist. Sind großflächige Einzelhandelsbetriebe dort noch nicht vorhanden, fällt ein derartiges Vorhaben aus dem Rahmen. Auch ein aus dem Rahmen fallendes Vorhaben kann sich dennoch einfügen, wenn es im Verhältnis zu seiner näheren Umgebung keine bewältigungsbedürftigen Spannungen erzeugt oder vorhandene Spannungen verstärkt. Großflächige Einzelhandelsbetriebe werden in der Regel Spannungen erzeugen oder vorhandene Spannungen verstärken. Eine

Spannungsverstärkung ist zum Beispiel auch darin zu sehen, dass der durch das Vorhaben bedingte stärkere Zu- und Abfahrtsverkehr bisher ruhige Wohnstraßen durch Lärm und Abgase belastet oder dass das vorhandene Straßennetz überlastet wird.

Maßgeblich bei Anwendung des § 34 Abs. 1 BauGB ist die Berücksichtigung nur der „näheren Umgebung“. Zu beachten ist, dass die nach § 11 Abs. 3 BauNVO zu berücksichtigenden landesplanerischen und städtebaulichen Auswirkungen (vgl. Nrn. 2.3 und 2.3.1) regelmäßig weit über die nähere Umgebung hinausreichen. Derartige „Fernwirkungen“ bleiben jedoch bei der Beurteilung des Einfügens außer Betracht.

### **5.2.3 Zulässigkeit nach § 34 Abs. 2 BauGB**

In diesem Fall ist hinsichtlich der Beurteilung der Art der Nutzung die Baunutzungsverordnung (hier § 11 Abs. 3) unmittelbar anzuwenden. Ist die nähere Umgebung als Misch-, Gewerbe- oder Industriegebiet einzuordnen, ist ein Vorhaben, das die Voraussetzungen des § 11 Abs. 3 BauNVO erfüllt, unzulässig. Bei dieser Beurteilung sind auch die landesplanerischen und städtebaulichen Auswirkungen zu berücksichtigen, die räumlich über die nach § 34 Abs. 1 BauGB maßgebliche nähere Umgebung hinausgehen (Fernwirkungen). Ein Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO ist nur zulässig in einem Gebiet, das als Kerngebiet oder Sondergebiet „großflächiger Einzelhandel“ einzustufen ist. Hinsichtlich der Beurteilung des Maßes der baulichen Nutzung, der Bauweise und der überbaubaren Grundstücksfläche ist darüber hinaus auch die Prüfung nach § 34 Abs. 1 BauGB erforderlich (Nr. 5.2.2).

### **5.2.4 Mit einfachem Bebauungsplan**

Liegt ein einfacher Bebauungsplan (§ 30 Abs. 3 BauGB) vor, so sind Handelsbetriebe aller Art nur zulässig, wenn sie dessen Festsetzungen nicht widersprechen; insoweit gelten die Nummern 5.1 bis 5.1.4 entsprechend. Im Übrigen ist das Vorhaben nach § 34 Abs. 1 BauGB (Nr. 5.2.2) oder nach § 34 Abs. 2 BauGB (Nr. 5.2.3) zu beurteilen.

### **5.2.5 Gesicherte Erschließung**

Zur gesicherten Erschließung gehören bei Einzelhandelsgroßprojekten insbesondere der verkehrsgerechte Anschluss an eine leistungsfähige öffentliche Straße mit einwandfreien Grundstücksein- und -ausfahrten sowie gegebenenfalls mit zusätzlichen Ein- und Ausfädelungstreifen auf der öffentlichen Straße. Außerdem ist in der Regel

ein leistungsfähiger Anschluss an das öffentliche Nahverkehrsnetz erforderlich. Die Erschließung ist mit den zuständigen Straßenbaubehörden sowie dem Träger des ÖPNV abzustimmen.

### **5.3 Im Außenbereich**

Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO gehören nicht zu den nach § 35 Abs. 1 BauGB für den Außenbereich privilegierten Vorhaben. Sie können wegen ihres Umfangs und wegen der Beeinträchtigung öffentlicher Belange im Sinne des § 35 Abs. 2 und 3 BauGB im Außenbereich ohne bauplanungsrechtliche Festsetzungen nicht zugelassen werden. Dies gilt auch, wenn und soweit in einem Flächennutzungsplan Bauflächen dargestellt sind, die durch Bebauungspläne als Kerngebiete oder als Sondergebiete im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO ausgewiesen werden könnten.

### **5.4 Nutzungsänderungen und Erweiterungen**

Nutzungsänderungen und Erweiterungen sind genehmigungsbedürftig. Für sie gelten die Nummern 5.1 bis 5.3 sowie 5.5 entsprechend.

Eine Nutzungsänderung liegt auch vor, wenn ein Großhandelsbetrieb ganz oder teilweise auf Einzelhandel umstellt (Nr. 2.2.3). Der Bestandsschutz des Großhandels deckt nicht die Fortführung des Betriebs als (Teil-)Einzelhandel. Das Gleiche gilt, wenn ein in der Baugenehmigung festgeschriebenes Sortiment umgestellt beziehungsweise geändert wird oder wenn ein neues Sortiment hinzukommt.

Eine Erweiterung liegt bei einer Vergrößerung der Geschossfläche oder der Verkaufsfläche vor. Bei Erweiterungen sind für die Beurteilung der Zulässigkeit die Auswirkungen der gesamten Anlage zugrunde zu legen. Das Gleiche gilt, wenn anstelle eines größeren Handelsbetriebs mehrere kleinere Handelsbetriebe von jeweils nicht wesentlich unter 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche in räumlicher Nähe und zeitlichem Zusammenhang beantragt werden. Besonderes Augenmerk ist auf eine etwaige Zusammenlegung derartiger Betriebe zu legen, weil dies gegebenenfalls eine Nutzungsänderung oder Erweiterung darstellt.

## **5.5      Behandlung von Bauanträgen**

### **5.5.1    Antragsunterlagen**

Antragsunterlagen für Einzelhandelsbetriebe und sonstige Handelsbetriebe müssen die Art des Betriebs (Einzelhandel, Großhandel), die Geschossfläche, die Verkaufsfläche (Nr. 2.2.4) und die vorgesehenen Sortimente (Nr. 2.2.5), gegliedert nach der Größe der Verkaufsfläche, klar und eindeutig erkennen lassen. Liegen hierzu keine klaren Angaben vor, kann eine Baugenehmigung wegen Unmöglichkeit der Prüfung nach § 11 Abs. 3 BauNVO nicht erteilt werden.

Bei Anträgen für Großhandelsbetriebe ist darzulegen, inwieweit durch geeignete organisatorische Maßnahmen sichergestellt wird, dass der Handel mit dem letzten Verbraucher weitestgehend unterbunden wird (Nr. 2.2.3).

### **5.5.2    Festschreibung in der Baugenehmigung**

In der Baugenehmigung sind die Betriebsarten (Einzel-, Großhandel), die Größe der Verkaufsfläche sowie Art und Umfang beziehungsweise die absolute Größe des Sortiments (nach m<sup>2</sup> oder Anteil) festzuschreiben, wenn es sich aus entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplans oder in Anwendung von § 11 Abs. 3 BauNVO ergibt.

## Anlage

### Zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente

Anhaltspunkte für die Zentrenrelevanz von Einzelhandelssortimenten ergeben sich aus dem vorhandenen Angebotsbestand in den gewachsenen Zentren in Verbindung mit städtebaulichen Kriterien. Als zentrenrelevante Sortimente gelten:

Bücher/Zeitschriften/Papier/Schreibwaren/Büroorganisation

Kunst/Antiquitäten

Baby-/Kinderartikel

Bekleidung, Lederwaren, Schuhe

Unterhaltungselektronik/Computer, Elektrohaushaltswaren

Foto/Optik

Einrichtungszubehör (ohne Möbel), Haus- und Heimtextilien, Bastelartikel, Kunstgewerbe

Musikalienhandel

Uhren/Schmuck

Spielwaren, Sportartikel

### Nahversorgungs- (gegebenenfalls auch zentren-)relevante Sortimentsgruppen

Lebensmittel, Getränke

Drogerie, Kosmetik, Haushaltswaren

### In der Regel zentrenrelevante Sortimente

Teppiche (ohne Teppichböden)

Blumen

Tiere und Tiernahrung, Zooartikel

## Ergänzungen zum Einzelhandelserlass

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) und der VGH Baden-Württemberg haben mit ihren Urteilen vom 24.11.2005 und 22.09.2005 neue Auslegungen zu Fragen des großflächigen Einzelhandels getroffen, weshalb angesichts ihrer grundsätzlichen Ausführungen einzelne Darstellungen im Einzelhandelserlass vom 21. Februar 2001 als überholt angesehen werden müssen. Im einzelnen gilt folgendes:

### 1. Großflächigkeit von Einzelhandelsbetrieben nach § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO

Während die Großflächigkeit nach der früheren Rechtsprechung bei etwa 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche begonnen hat, sind Einzelhandelsbetriebe nunmehr dann als großflächig im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO anzusehen, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> überschreiten (vgl. BVerwG, Urt. v. 24.11.05 - 4 C 10.04 -, UPR 2006, 150 = DVBI 2006, 448 = ZfBR 2006, 247; BVerwG, Urt. v. 24.11.05 - 4 C 14.04 -, UPR 2006, 154 = DVBI 2006, 452 = ZfBR 2006, 250; BVerwG, Urt. v. 24.11.05 - 4 C 8.05 -, UPR 2006, 156 = ZfBR 2006, 253 und BVerwG, Urt. v. 24.11.05 - 4 C 3.05 -; alle Urteile können auch unter [www.bundesverwaltungsgericht.de](http://www.bundesverwaltungsgericht.de) abgerufen werden).

Die an der früheren Rechtsprechung orientierten Ausführungen zur Großflächigkeit von Einzelhandelsbetrieben in Ziff. 2.2.2 des Einzelhandelserlasses können deshalb keine Geltung mehr beanspruchen.

Das BVerwG hat in seinen Urteilen gleichzeitig klargestellt, dass bei der Berechnung der Verkaufsfläche auch die Thekenbereiche, die vom Kunden nicht betreten werden dürfen, der Kassenvorraum (einschließlich eines Bereichs zum Einpacken der Ware und Entsorgen des Verpackungsmaterials) sowie ein Windfang einzubeziehen sind.

### 2. Agglomeration, Funktionseinheit im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO

Im Einzelhandelserlass wird (gestützt auf die frühere Rechtsprechung des BVerwG und des VGH Bad.-Württ.) ausgeführt, dass mehrere an sich selbständige nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe als ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Sinne des § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO angesehen werden können, wenn diese Betriebe aufgrund eines gemeinsamen Nutzungskonzepts eine Funktionseinheit bilden (vgl. Ziff. 2.2.2, 2.3.3 und 5.4).

Der VGH Bad.-Württ. hat in seinem Urteil vom 22.09.2005 (3 S 1061/04 -, ZfBR 2006, 55) eine solche Agglomeration abgelehnt mit der Begründung, der ausdrückliche Wortlaut des § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO stelle für die Frage der Großflächigkeit auf den jeweiligen Einzelhandelsbetrieb ab und lasse für eine Zusammenrechnung der Verkaufsflächen verschiedener Betriebe keinen Raum. Diesen Grundsatz hat das BVerwG in seinen Urteilen vom 24.11.2005 (4 C 14.04, 4 C 8.05 und 4 C 3.05) bekräftigt. Die Verkaufsflächen baulich und funktionell eigenständiger Betriebe können danach grundsätzlich nicht unter dem Gesichtspunkt der Funktionseinheit zusammengerechnet werden. Von diesem Agglomerationsverbot lässt das BVerwG für den Fall eines „Nebenbetriebs“ unter sehr engen Voraussetzungen eine Ausnahme zu: Ist innerhalb eines Gebäudes die Betriebsfläche baulich in mehrere selbständig nutzbare betriebliche Einheiten unterteilt, bilden diese Einheiten gleichwohl einen Einzelhandelsbetrieb, wenn die Gesamtfläche durch einen Betrieb als Hauptbetrieb geprägt wird und auf den baulich abgetrennten Flächen zu dessen Warenangebot als Nebenleistung ein Warenangebot hinzutritt, das in einem inneren Zusammenhang mit der Hauptleistung steht, diese jedoch nur abrundet und von untergeordneter Bedeutung bleibt (Beispiel: flächenmäßig untergeordneter Backshop als Nebenbetrieb zu einem Lebensmittelmarkt).

Aufgrund dieser Rechtsprechung ist für die Annahme einer Funktionseinheit bei mehreren selbständigen Einzelhandelsbetrieben - abgesehen von der oben genannten Ausnahmekonstellation des Nebenbetriebs - im Hinblick auf § 11 Abs. 3 BauNVO kein Raum mehr.

### 3. Erhöhte Bedeutung der Auswirkungen nach § 11 Abs. 3 Satz 2 bis 4 BauNVO

Nach Auffassung des BVerwG (BVerwG, Urt. v. 24.11.05 - 4 C 10.04 -) kommt dem Gesichtspunkt der Auswirkungen nach § 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO nunmehr eine erhöhte Bedeutung zu, da sich der Typus des der wohnungsnahen Versorgung dienenden Einzelhandelsbetriebs häufig nicht mehr allein anhand der Großflächigkeit bestimmen lasse. Bei der Prüfung der Auswirkungen sind insbesondere die Gliederung und Größe der Gemeinde und ihrer Ortsteile, die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung, das Warenangebot und der Einzugsbereich des Betriebs sowie der Umfang des zusätzlichen Verkehrs zu berücksichtigen. Anstelle einer schematischen Handhabung des Schwellenwerts von 1200 m<sup>2</sup> Geschossfläche ist eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalls zu treffen. Dabei bleibt es bei der schon bisher angenommenen Verteilung der Darlegungslast, wonach unterhalb des



Schwellenwerts die Genehmigungsbehörde für die Möglichkeit derartiger Auswirkungen darlegungspflichtig ist, während bei Betrieben oberhalb dieser Größe der Bauantragsteller die Darlegungslast für das Fehlen solcher Auswirkungen trägt.

Die Regierungspräsidien, unteren Baurechtsbehörden und Gemeinden sowie die Regionalverbände wurden mit Erlassen des Innenministeriums vom 13.06.2006 (Az.: 6-2500.4/7) und des Wirtschaftsministeriums vom 14.06.2006 (Az.: 5R-4325/69) auf diese veränderte Rechtslage hingewiesen, auf eine förmliche Änderung des Einzelhandelserlasses wurde in diesem Zusammenhang verzichtet.